

Aktuelles 2006 -2009

Aktuelles 2006 - 2. Januar 2007 (s. auch Literatur)- es geht bei aktuelles 2007 weiter, Unterordner zu diesem - also Repetitorium Aktuelles 2006 links anklicken, dann taucht 2007 auf - änder ich noch, bzw. lasse ändern, dazu bin ich zu dumm

Ihre und meine Tageslektüre sollte sein: beck.de-nachrichten-aktuelles (ganz toll) und bgh-aktuelle entscheidungen sowie die aktuelle JuS und fall-des-monats.de zum Strafrecht.

Ist Saddam Hussein von einem Ausnahme- oder einem Sondergericht verurteilt worden? Verstößt die Todesstrafe gegen Völkerrecht bzw. die EMRK? S. Soering-Fall aus 1990 - NJW. Unser Innenminister will das Luftsicherheitsgesetz recyceln - als Kriegsvölkerrecht - das sei Krieg, wenn Terroristen ein Flugzeug kapern. Den Begriff Krieg gibt es im Völkerrecht eigentlich gar nicht mehr. S.

Noch was nettes zum Jahreswechsel: In der Preis-Prüfung am 21.12. bestand ein Mädels, weil sie wusste, was ein Ozelot ist - die BauO/BauNO und BauGB sowie unbeplanten Innenbereich konnte sie nicht erklären. Die Jubiläen 2007 rollen an. Am 1.1.1957 ist das Saarland beigetreten. Die Römischen Verträge 1957. 1807 war bestimmt auch irgendwas. Die Zeitungen berichten am 29.12. über die Bundeslöschtag - Strafanzeige plus Einstellungsbeschwerden im Dutzend des Brionkanzlers gegen die Vorgängerregierung, weil die ganzen Festplatten ratzekahl waren, als er antrat. Verwaltungsrechtlich ist das auch interessant. Der beschuldigte Beamte hatte auf Wiederherstellung seiner Ehre geklagt. Man hat sich verglichen. Der Bund trägt die Kosten des Verfahrens. Das sagt ja schon alles.

Äthiopien marschiert in Somalia ein - ist das noch ein failed state - geht das als humanitäre Intervention ohne UN-Mandat? Die NJW bringt in ihrer letzten Nummer das Miles-and-More-Urteil vom April - die kriegten sonst wohl das Heft nicht voll. Alle Zeitungen berichten über den kommenden Beitritt - Art. 49 EU - Rumäniens und Bulgariens. eine BGB-Dezemberklausur brachte wieder mal den Dachziegelfall - BGH NJW 1983 - abgewandelt: wer muss die gewandelte Kaufsache wo hinbringen bzw. wo abholen? Das war bestimmt schon die fünfte Klausur nach diesem Urteil - s. auch RÜ von diesem Jahr zum Folgeurteil des OLG Köln. Eine ÖR-Dezemberklausur drehte sich um Gelsengrün, § 107 GO - daher bitte die Gelsengrün-Entscheidung NJW 1998 OLG Hamm, Elektroarbeitenentscheidung Dezember 2002 - in jeder Ausbildungszeitschrift 2003 mehrfachst besprochen, Schilderprägerfall OVG-Münster 2005 angucken und die Pläne der NRW-Regierung dazu. Da die katholische Kirche den notwendigen Teilnehmer des § 216 nicht beerdigen lassen will, könnte der Sargträgerfall - § 240 Gewaltanwendung durch rumstehen - dran kommen. Die Gaspipeline-Weissrussland-Problematik muss die Völkerrechtler interessieren - kann Weissrussland ein Verfahren vor dem IGH erzwingen, sogar eine injunction gegen das Abstellen? Das Kammergericht hat entschieden, dass die Widerrufsfrist bei Ebay nicht 14 Tage sondern 1 Monat beträgt - wegen § 355 II.

In der Prof. Preis-Prüfung am 21.12. kam das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten, im BGB fast nur Arbeitsrecht, OBG-Eichen-mit-Raupen, die den Nachbarn stören. Der Arzt, der den italienischen Patienten getötet hat, würde hier nach § 216 verurteilt - Peterle-Fall, Tee-Fall, Ärzte-Fall, § 1904 BGB angucken.

In der Prof. Schmoeckel-Prüfung am 19.12. kam die November-Klausur: Partnerschaftsvermittlung-Geld-zurück, die harte Patronatserklärung von Boris Becker und Prüfungsrecht des BP sowie Urkundsdelikte. BenQ (schon 2 Mal geprüft) wirft ein neues Problem auf - s. FAZ vom 21.12.. Entweder die AN wechseln in eine Beschäftigungsgesellschaft und verlieren dadurch ihre Rechtsposition (Anfechtung des unterlassenen Widerspruchs nach § 613 a bzw. Widerspruch wegen unvollständiger Unterichtung) oder nicht, dann wird ihnen betriebsbedingt gekündigt. Die sitzen zwischen drei Stühlen. Die Grünen strengen wegen Art. 43 GG einen Organstreit an.

Am 19.12. hat ein Mädchen mit 15 Vorpunkten über 50 gemacht und eines mit 14 oder 17 Vorpunkten ist durchgefallen, es kam das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten. Am 12. Dezember kam im Strafrecht der BGH-Fall-ein-Junkie-setzt-dem-anderen-Junkie-eine-Spritze sowie ein Abschleppfall, das Halteverbot kommt zum Auto und ein klassischer BGH-Fall im Zivilrecht: der Strohmann, der das Grundstück gekauft hat, will es behalten. Der BGH verhandelte am 20.12. den Richter aus Heilbronn - Gas-Rebell - der auf Offenlegung der Gaspreiskalkulation klagt - § 315 BGB, war schon Prüfungsthema. Die SZ berichtet am 20.12. noch mal vom Dr. Krombach-Fall, 2001 vom EuGH und EGMR entschieden: Verurteilung in Abwesenheit. Der Untersuchungsausschuss in Hessen könnte dran kommen (Joschka Fischer: Untersuchungsausschüsse sind 1. ein politisches Kampfinstrument, 2. ein politisches Kampfinstrument, 3. ein politisches Kampfinstrument).

Da Anfang Dezember im Juridicum in Bonn die neue Regelung Schliessfächer-werden-morgens-aufgebrochen eingeführt

wurde und Prof. Pietzcker das schon prüfte, könnten auch andere Professoren auf die Problematik zu sprechen kommen. die PC-Gebühr tritt am 1.1.2007 in Kraft - eher eine Steuer. Am 14.12. wurde die BGH-Rechtsprechung zum Verhältnis Mord-Totschlag gefragt, Bürgerbegehren, § 817 BGB. Im Arbeitsrecht die unternehmerische Mitbestimmung - s. Uni Regensburg Richardi Vorlesungsmaterialien.

Der Bundesrat hat vor der Sauren-Gurken-Zeit zwei Gesetzesbeschlüsse gebilligt: 2. Justizmodernisierungsgesetz und Änderungen zum BauGB - s. beck.de. Der Bundestag hat das WEG reformiert: Mehrheitsentscheidungen bei Baumaßnahmen - der Querulant im Parterre hat es jetzt schwerer. Am 15.12. war Robert-Hoyzer-Tag - Gambelli-Betandwin-Lottostaatsvertrag sollte man kennen. Dem Bundesanwalt ist etwas passiert, was jedem Juristen ab und zu passiert. Man verliert seinen Instinkt und vertritt ein hanebüchenes Ergebnis mit der festen Überzeugung, die anderen seien alle bekloppt. Der BGH hat die Täuschung unproblematisch bejaht und einen neuen Schwerpunkt beim Vermögensschaden gesetzt. Subjektiver Schadenseinschlag bei Oddset? Dispositionsbefugnis als Vermögen? Die Pressemitteilung des BGH bringt den "Eingehungsbetrug" - danach sind die auch wegen der Spiele zu verurteilen, bei denen die Wetten verloren gingen. Bei den Wettgewinnen ist das aber Erfüllungsbetrug. Nicht nach BGH.

In der Bieberprüfung am 13.12. wurde im Pflichtfach die Dogenpalastentscheidung (Donna Leon erhält einen Seniorenpaß in Venedig, Günter Grass aber nicht)- Examensklausur - abgefragt und Prüfungsrecht des Bundespräsidenten in allen Verästelungen. Am 12.12. prüfte Herr Baxpehler die Examensklausur der geröntgen Sanitäter. Im Zivilrecht kam die falsche Todesanzeige in der Zeitung - § 823. Ich habe eine Karte für die Aida-Vorstellung - Sitzplatz neben der Kanzlerin. Der Startenor versemzelt die erste Arie und stürmt nach vollen 10 Minuten von der Bühne, die Rolle wird von einem Jeans-tragenden Radames zu Ende gesungen. Bekomme ich mein Geld zurück - bekommt er seine Gage?

Am 13.12. sind die Zeitungen wieder voll mit Europarecht. De minimis-Beihilfen - Durchsuchung bei Energiekonzernen (Hoechst-Entscheidung). Da das Rauchverbotsgesetz erst mal nicht kommt, werden Arbeitsrechtler fragen, ob nicht schon die jetzige Gesetzeslage einen Anspruch auf rauchfreie Arbeitsräume gibt - § 618? ArbeitsschutzG? Wir haben beim Tabakwerbeverbot wieder eins auf den Kopf bekommen, das Vw-Gesetz-Goldene-Aktie wird ein zweiter Supergau für die BRD in Luxemburg. Der Volltext der Mieterverein-berät-falsch-Entscheidung (Köndgen-Prüfung) ist da: VIII ZR 102/06.

Am 9.12. kam der Backofenfall, der Kölner Teestubenfall, die Zusammenlegung von Finanzgerichten und Ministerien, das Verbraucherinformationsgesetz, der Mord in der JVA Siegburg dran. In der Pagenkopfprüfung § 828 II mit dem berühmten BGH-Urteil zum radfahrenden Kind - Pagenkopf hat einen Fall zum zweiten Mal geprüft - Bettel- und Taubenfütterverbot-Wildpinkelverbot-VO er regte sich darüber auf, dass die Leute den Unterschied zwischen Satzung und Verordnung nicht auf die Reihe bekamen - dann verdient man ja auch nicht gelebt zu haben, wenn man das nicht weiß - prüfen bis der Arzt kommt. Die Zeitungen fragen, ob man den Winterurlaub mangels Schnee stornieren kann - was heißt stornieren überhaupt rechtlich und hat das Hotel den Schnee mitvermietet? Kann man stornieren, wenn es zuviel Schnee gibt?

Das BVerfG hat die Hufpfleger und Huftechniker als wichtigen Beruf im Art. 12 GG entdeckt. Man kriegt wirklich eine ungewollte Allgemeinbildung durch Lektüre solcher Pressemitteilungen. Art. 12 und 4 GG sind die am meisten geprüften Grundrechte - jede BVerfG-Entscheidung kommt als Klausur - JEDE - die Frage ist nur, wann. Am 9.12. in der Dr. Schuschke-Prüfung kamen nur seltsame Sachen dran: Angebot im Internet, wenn man nur draufklicken muss - § 312 e? BGH-Agent-provocateur im Strafrecht, Informationsfreiheitsgesetz im Ö. Im Völkerrecht prüfte Prof. Herdegen am 9.12. mal keine Grundrechte sondern das Einfrieren der Konten von Staaten und Personen durch UNO und EU - das wurde am 12.12.06 beim EuG verhandelt - die Bosphorus- und Yusuf-Entscheidungen sind in seinen Vorlesungsmaterialien. Im Arbeitsrecht kam die Gewerkschaftseigenschaft der Christlich-Dings-bums dran.

Er hat es wieder getan - das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten, klassische Auslegungsmethode anhand des Art. 82 GG - das Gesetz verstieße gegen Art. 85 GG n.R. - beim Luftsicherheitsgesetz hat er trotz Bedenken unterschrieben und einige Touristen und Piloten in Gefahr gebracht - hier nicht - da stimmen die Relationen nicht. Die FAZ hat es am 9.12. auch wieder getan: ein zweiseitiger Artikel über Carl Schmitt (Prof. Isensee: ich sehe, Sie kommen aus Plettenberg, welcher berühmte Jurist kommt auch daher? - bei der nächsten Prüfung der Kandidat: ich weiß, wen Sie meinen, mir fällt nur der Name gerade nicht ein, der kommt aus einem Nachbarort von mir) - der Führer schützt das Recht - Instituts- und institutionelle Garantien - über keinen toten oder lebenden Juristen wird so oft geschrieben wie über ihn - mir ist das völlig schleierhaft, wieso wertet man so einen Schreibtischtäter durch dauernde Erwähnung auf? Wieso fällt das Rauchverbotsgesetz nicht unter Art. 74 Nr. 11 oder 20? Die Welt hat am 8.12. auf Seite WR3 eine gute Übersicht über Stiftungen - wegen der geplanten Stiftungsreform und der Uni Bremen - s.u. - bitte angucken, wird sich

wohl auch übers Internet bei der Welt finden lassen. Die Entscheidung des BVerfG zum fehlenden Zeugnisverweigerungsrechts des JVA-Priesters gibt Anlass, sich mit der materiell-rechtlichen Problematik des § 139 StGB zu befassen.

Bedenken bei dem Rauchverbotsgesetz des Bundes - "gemeingefährliche Krankheit" bei passivrauchen - Art. 74 Nr. 19 GG? Das Schornsteinfegermonopol steht von Brüssel aus verstärkt unter Beschuss - fällt das unter Art. 14 GG? Die FAZ berichtet am 7.12. zur Online-Durchsuchung - Ermächtigungsgrundlage?

Art. 104 a III GG beschäftigt den Bundestag. Die FAZ hat am 6.12. auf Seite C 5 im Sonderteil eine wunderschöne Übersicht über den Vorteil von Aktien als Alterssicherung. beckde. berichtet über VG Koblenz: Wohnungsverweisung wegen Demo bei 1.000 leeren Flaschen in der Wohnung. Die StAs in NRW wollen das durchgestrichene Hakenkreuz - s. u. LG Stuttgart - nicht verfolgen. Am 5.12. verhandelte das BVerfG die Ballungsraumzulage Art. 33 V und Art. 3 I GG. Zweite Auflage des Strafverfahrens Strauß: liegt ein Beweisverwertungsverbot vor, wenn die Schweiz nicht mit der Verwertung ihres Beweismaterials einverstanden ist - Rechtskreistheorie? Nachlese Mannesmann: Konkurrentenklage hinsichtlich der Verteilung der Auflage?

Am 24.11. fragte Prof. Weigend im Pflichtfach, wo das Legalitätsprinzip herkäme? Ich genier mich richtig, das hätte ich auch nicht sagen können. Die Antwort: wie die StA aus Frankreich war pfiffig aber wohl grottenfalsch. Wenn man googelt, findet man die Angabe, dass das Ding in Hannover in einer Justizreform Mitte des 19. Jhdts. ausgebrütet worden sei - ob er das hat hören wollen? Einem Mädels wurde nach der Prüfung gesagt, sie habe nur fragend geantwortet: Eine piepsige Stimme nützt also nichts. Wenn die Antwort falsch ist, ist sie falsch. Wenn sie richtig ist, ist sie nichts wert, wenn Sie selber nicht daran glauben.

Rente mit 67 (Sie schon, ich nicht): Wie wirkt sich ein entsprechendes Gesetz auf das individuelle, kollektive Arbeitsrecht und Rentenrecht - Rückwirkung? - aus? So einfach, wie Münze sich das vorstellt, ist das nicht.

Am 28.11. fragte Prof. Löwer, er habe in der Zeitung gelesen, dass Russland die Grenzen nun an die Strände verlegt habe. Was sagen Sie dazu? Grenzen liegen im Meer und nicht am Meer - $12 + 12 + 200 = 200$, da muss man beim schwimmen wohl den Paß in der Badehose dabei haben, bisher muss ich 200 Seemeilen schwimmen, um ausser Landes zu kommen. Elfes-Urteil, Schenkkreise- Examensklausur - und Strafrechtsexamensklausur, der gekaufte Dokortitel, kamen dran und naturalmente Mannesmann. Die FAZ berichtet am 29.11. im Feuilleton über die geklaute Palandt-Kommentierung und gibt dem Affen bei § 278 Zucker, Quatsch, das ist ja wohl eigenes Verschulden, wenn der Professor nicht merkt, dass 27 Seiten aus dem Palandt sind - oberpeinlich. In Recht und Steuern wird über die Dominotheorie berichtet. Die Familie des vergifteten Russen will Putin in London verklagen - vielleicht - geht das? EGMR 2002 Al-Adsani-Fall - nein. Auch hier gilt die Staatenimmunität. Könnte das UK klagen? Rainbow-Warrior analog?

Das Arbeitsrecht treibt nach dem Flächentarifvertrag, den betrieblichen Bündnissen und dem Mindestlohn nun den Investivlohn durchs Dorf.

An dem großen Prüfungswochenende - 25.11. - ist ein Kandidat mit 39,8 Endpunkten durchgefallen - im Wahlfach ein einziger Punkt: im BGB hat er das Abstraktionsprinzip nicht gekannt, da war es vorbei. In einer anderen Prüfung weinte eine Kandidatin von morgens bis abends. Sie bestand mit 40,0 Punkten und versprach, sich von Jura abzuwenden. Es kam der gezielte Todesschuss - s.u. - und die Entscheidung des BSG zu Hartz IV. In der Pagenkopfprüfung kam Mannesmann - in der Parallelprüfung auch - und das Kreuzfahrtschiff, wegen dem angeblich der komplette Strom ausfiel sowie die Brechmittelentscheidung des EGMR. Der Kölner Teestubenfall sowie die Examensklausur der geröntgten Sanitäter und das 6 Monate alte Hengstfohlen als gebrauchte Sache. Und zwei Mal die Privatisierung der Gerichtsvollzieher. El Motassadeq auch. Die StA X hat kein Verfahren gegen den zweiten Schüler eingeleitet, der einen Amoklauf gegenüber seinen Freunden angekündigt hat - das wäre straflos - wie wäre es mit §§ 126, 130 und 185? Prof. Pietzcker hat am 23.11. gefragt: erzählen Sie mal über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde. Dann wurde noch das Problem der Schliessfächer im Juridicum - Aufbruch durch den Hausmeister und andere - angesprochen. Es kam nichts aktuelles. Das BVerfG-Urteil zum Schächten wird sicherlich wieder Prüfungsstoff sein. Problem: das Rangverhältnis der neuen Vorschrift Art. 20 a zu Art. 4 GG.

Die Gipfel - Nato-G8-EU warfen rechtliche Probleme auf. Reisesperren für Gewaltbereite - das Elfesurteil und das Gefährderanschreiben und die AETR-Rechtsprechung des EuGH (Aussenkompetenz entspricht Innenkompetenz) müssen

gekonnt werden. Der Cicero-Fall wurde am 22.11. verhandelt. Ist die Presse polizeifest?

Das Oskar-Lafontaine-Urteil steht auf der Homepage des BGH - I ZR 182/02: wird der EGMR wie im Caroline-Fall anders entscheiden? Am 17.11. prüfte Frau Obst-Oellers u.a. den Algerier in Guben-Fall-springt durch die Glasscheibe. Im ÖR kam der Zeitungsfall: bei einem Bundesligaspiel in Dresden verlangt der Ordnungsdienst, dass eine Zuschauerin sich bei der Einlassungskontrolle splinternackt auszieht. Die Kandidatin kam aus Dresden und sagte, sie wäre auch schon gefragt worden, ob sie was reinschmuggeln kann. Na dann. Sonst kam nichts aktuelles. Auch am 15.11. nicht. Das BVerfG hat am 21.11. den Kaugummi-heimlicher-Vaterschaftstest verhandelt mit dem Parallelproblem heimlicher Telefonmitschnitt. Frau Zypries hat ein Gesetz dazu angekündigt - zum Kaugummi. Wie wirkt sich der auf das beendete Verfahren aus, wäre es verfassungsgemäß? Das Attentat von Emsdetten: hätte ein gezielter Todesschuss eingesetzt werden dürfen? Steht der in § 63 II - 57 II - 7 PolG drin?

Die FAZ vom 20.11. und die SZ vom 21.11. berichten über die Heiratsmodalitäten von Euronext und der New Yorker Börse - mit Stiftung und Vertrag in Delaware - Prof. Schmoeckel und Köndgen interessieren Stiftungen sehr. Motassadeq bietet den Anlass, sich mit dem immerwährenden Prüfungsthema des Haftbefehls und Rechtsbehelfen zu befassen. O.J. Simpson: auch bei uns ist ein Geständnis fast der einzige Grund, ein Wiederaufnahmeverfahren zulasten des Angeklagten einzuleiten. Ist das ein Geständnis, wenn er in einem Buch seine Tat im Konjunktiv beschreibt? W.C. wohl kaum.

Der 16.11. war der Tag des Strafprozesses: der BGH entschied im Fall Motassadeq über die Frage, wie konkret ein Beihilfevorsatz sein muss; die Anklage P. Hartz ist raus - § 119 BetrVG. Wichtig: BGH vom 15.11.06 6 Monate alte Hengstfohlen sind keine gebrauchte Sachen, was objektiv zu bestimmen ist. Am 15.11. prüfte Prof. Schilken Bürgschaft - im ÖR wieder mal ein Abschleppfall, im Strafrecht der Teefall NJW 1995. Am 10.11. kamen die Totenschädel - § 7 II StGB - dran sowie das Luftsicherheitsgesetz und der Abschleppfall aus der JuS. Am 9.11. wurde überhaupt nichts aktuelles geprüft. Im Völkerrecht ein JuS-Fall. Der Fragebogen für Einbürgerungswillige steht wieder in der Zeitung. Frage aus der Prüfung zu dem hessischen Vorbild: Was ist falsch an "Wie heißt die staatliche Institution, in der die Länder auf Bundesebene vertreten sind?" Die gewollte Antwort: da der Bundesrat ein Bundesorgan sei, vertrete er die Länder nicht auf Bundesebene. Der Bundesrat soll nicht Länderinteressen vertreten, dann würden ihn die Landtage beschicken, sondern eine Qualitätskontrolle der Bundestagsbeschlüsse sicherstellen. Denn Ministerien können effektiver kontrollieren als Journalisten und Lehrer. Da het a Wischdischduer gebabbelt. Kabbes.

Die SZ berichtet am 14.11. von den zwei Gesetzesentwürfen zu den Deals im Strafverfahren mit Tarifen. Die StA Potsdam - § 9 BGB - hat in der Totenschädelaffäre § 168 nicht für einschlägig gehalten. Die FAZ berichtet im Wirtschaftsteil vom 13.11. von BenQ und § 613 a - s.u.. Vorstandssprecher Ricke-Telekom ist zurückgetreten. Im AKG gibt es keine Vorschrift dazu. Castortransporte und damit der Gewaltbegriff werden gern geprüft: Sargträgerfall/Laepplfall/Sitzblockade-US-Kaserne-BVerfG/Kurden-auf-der-Autobahn-BGH/Online-Demo-OLG-Ff. Die Welt berichtet am 11.11., dass nach Dresden nun auch in Freiburg ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen läuft. Am 10.11. wurde im Völkerrecht Seerecht Ostseepipeline abgefragt.

Prof. Löwer hat am 28.10. noch mal die Insolvenzfähigkeit der Hochschulen u. Studiengebühren geprüft sowie das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten: wo das mit der evidenten Verfassungswidrigkeit herkomme? Frau Prof. Grunewald am 25.10. den Backofenfall des BGH. Das LG Magdeburg hat sich mit weggeworfenen Probelosen der FIFA beschäftigt. Die hat tatsächlich auf Herausgabe geklagt und gewonnen- FAZ vom 9.11. und beck.de.. Im Arbeitsrecht sollte man so tun, als wenn man die Dominotheorie kennen würde, s. BAG vom 9.11. und FAZ vom 10.11 und das Einfühlungsverhältnis - handelsblatt vom 10.11. Das VG Bremen hat am 8.11. einen Eltern-Antrag auf Zulassung von Homeschooling abgelehnt, es geht um ein irisches Unternehmen - also eine schöne europarechtliche und grundrechtliche Problematik - Prof. Muckel hat das neulich schon geprüft. Der IStGH hat sein erstes Verfahren - wouw. Der ist ja eigentlich gegründet worden, damit er nichts zu tun bekommt, denn durch ein eigenes Völkerstrafgesetzbuch vermeidet man die Zuständigkeit von Den Haag. Am 27.10. kam im BGB der BGH-Fall - Zugang zu Bootstegen.

Unterlassene Hilfeleistung durch positives Tun (ich glaube, ich brauche Urlaub): Jugendliche feuern eine suizidgefährdete Frau an, sich doch endlich vom Dach zu stürzen. Dürfen Stadstreicher die Jugendlichen verprügeln, um die davon abzuhalten? Die Frankfurter Rundschau berichtet über die historisch wichtigen Daten des 9. November 1848, 1918, 1923, 1938, 1989. Beim LG Dortmund wird eine Schöffin mit Kopftuch ersetzt. Darf ein Embryo aus Mensch und Kuh erstellt werden, da das Embryonenschutzgesetz das nicht verbietet?

Der BGH hat am 6.11. entschieden: Der Altreifenbesitzer, der die an den Entsorgungsbetrieb auf das von diesem angemietete Grundstück geliefert hat, ist aus der Haftung raus, wenn EB pleite geht und der Eigentümer des Grundstücks entsorgt die Dinger auf seine Kosten. Prof. Köndgen prüfte am 3.11. den BGH-Fall der Falschberatung durch den Mieterverein - was das ist, Stiftung, § 675. Im ÖR kam OVG Münster-Klausur:Dortmunder-Hauptbahnhof-Drogenszene - 6-monatiges Aufenthaltsverbot für 52jährigen Medizinstudenten im 27. Semester. Strafrecht § 315 c und b. Und im Ö-Recht: Madonna will sich am 1. November bei einem Konzert in Münster ans Kreuz hängen. Kann man da was gegen machen? Die Lufthansa-Piloten klagen vor dem ArbG FfaM wegen der Altersgrenze von 60 Jahren aufgrund des Antidiskriminierungsgesetzes.

Was kann man aus 31 Vorpunkten machen? Am 28.10. 86 und 60. Am 23.10. hat eine Kandidatin mit 42 Vorpunkten - Verbesserungsversuch - 60 Endpunkte gemacht. Der Kandidat mit 36 machte 75 in der selben Prüfung. Die FAZ hat am 1.11. in Recht u. Steuern die BVerfG-Entscheidung zum Vergaberecht besprochen. Wichtig, da Examenshausarbeit und Pietzcker-Aufsatz in der NJW 2006. Auf derselben Seite der Produktrückruf, im Strafrecht der Erdalsprayfall des BGH, den man mit nur mit Kenntnis des Films "Die zwölf Geschworenen" lösen kann. Wenn alle Geschäftsführer gegen einen Rückruf votieren, entlastet das nicht, denn wenn einer aufgemuckt hätte, wären die anderen womöglich auch gekippt. Hypothetischer Kausalverlauf bei positivem Tun - Frau Prof. Puppe wird sich freuen.

Am 20.10. kam LG Stuttgart vom 29.9.06: der Nix-Gut-Versand verschickt Buttons mit einer Faust, welche ein Hakenkreuz zerschmettert, §§ 86 a, 86 III StGB? Muss ein AN, der in Potsdam wohnt (da ist der 31.10. ein Feiertag) arbeiten, wenn sein Betrieb in Berlin ist und da ist das ein Arbeitstag? Am 30.10. prüfte Baxpehler Europarecht im Pflichtfach. Im Zivilrecht wurde nach den Beweismitteln - SAPUZ gefragt und warum es heute SAPUZA heißen könnte - 500 € Frage bei Günther Jauch. Am 28.10. wurde der Münzhändlerfall im Strafrecht - NJW 1995 - der Flugreisefall im BGB und 80 V rauf und runter geprüft. Pagenkopf hat am 16.9. einen examensträchtigen Fall gebracht: NVwZ 2006 S. 799 - festgenommener Punker geht wegen 19 Stunden "Haft" zum EGMR. Am 27.10. kam Notwegrecht, Mietrecht, im Europarecht der Görgülüfall. Die Hooliganproblematik sollte einen noch mal zum Gefährdeanschreiben führen.

Die SZ berichtet am 31.10. von einem Hexenladen, indem ein Liebeszauber verkauft wurde, der leider nicht die erhoffte Wirkung hatte, so dass die Kundin auf Erstattung des Kaufpreises geklagt hat. Wie würden Sie entscheiden? Der Lagrandfall des IGH gilt auch für inhaftierte Türken in Deutschland, meint zu recht das BVerfG. Oskar Lafontaine hat seinen Prozess wegen der Sixt-Werbung verloren, Joschka Fischer seinen wegen der Werbung mit ihm als Kind gewonnen. Das erste freut einen doch. Kunst gegen Persönlichkeitsrecht. Satire in der Werbung? Für die Assessoren, die zur Justiz wollen. Es war gerade wieder ein Assessmentcenter. Diskussionsrunde (Was halten Sie davon, dass Richter bis 67 arbeiten sollen? Bedenken Sie bei Ihrem Diskussionsbeitrag, wer vor Ihnen sitzt), Arbeitsprobe (15 Akten in 30 Minuten) und Einzelgespräch. Vor allem ist wichtig, die Arbeitsprobe zu bestehen - s. Gehle/Anders, Dezernatsarbeit. Zu versuchen, 15 Urteile zu schreiben oder die Akten auch nur zu lesen, ist mehr als ungeschickt. Einzelgespräch: Was sind Ihre besten drei Eigenschaften - Ihre drei schlechtesten Eigenschaften? O je. Warum wollen Sie Richter werden, Alternativer Berufswunsch?

Am 26.10. wurde das Prüfungsrecht des BPräs geprüft sowie, ob das Reisebüro auf die Visumpflicht in Bulgarien hinweisen muss - BGH. Ist die Störung der Totenruhe in Afghanistan gemäß § 168 strafbar? Zuständigkeit der StA Potsdam wegen § 9 BGB! Schützt diese Vorschrift afghanische Gräber bzw. Baugruben? Ist die Bildzeitung strafrechtlich verantwortlich, wenn jetzt Bundeswehrsoldaten in Afghanistan deswegen umgebracht werden? Können die Bilder beschlagnahmt werden? Muss die Bundeswehr sagen, wer das war, § 96 StPO? Verstoß gegen KunstUrhG? Es wurde wegen des Fotos von Bismarcks Totenmaske geschaffen. Am 23.10. wurde von Prof. Breuer die Berliner Haushaltsnotlage II geprüft: Berlin will die Wohnungen verkaufen, ein Bürgerbegehren verbietet das. Im Zivilrecht kam der Milliardär in Las Vegas, der seinen Ellbogen in einen über ein Auktionshaus verkauften Picasso gesetzt hat. E 101 - Europarecht hat die zweite Vorschrift aus dem StGB erobert - nach § 284 nun § 266 a: Herkunftslandprinzip - act of state doctrine - Tatbestandswirkung - der Ball wird gespielt, wie er liegt.

Wir haben einen praktischen Fall zum Prüfungsrecht des Bundespräsidenten: Herr K. weigert sich, das Gesetz zur Privatisierung der Flugsicherung auszufertigen Art. 33 IV und 87 d GG - daddeln Sie nicht mit dem Amtseid rum sondern turnen die klassische Auslegungsmethode am Art. 82 GG vor - lernen die bisherigen BPräs/ReichsPräs, Fälle des Prüfungsrechts, andere Auslegungsmethoden in Europa, bei Shakespeare (Der Kaufmann von Venedig), in Weimar. Dürfte Art. 82 GG dahingehend geändert werden, dass man den BPräs völlig aus dem Gesetzgebungsverfahren rausnimmt? Muss es den geben? Darf die Luftsicherheit von 1 € Kräften übernommen werden? Anders als bei der Polizei geht es hier sofort um hopp oder topp - ich bin tot, wenn die einen Fehler machen. Wofür zahle ich eigentlich Steuern?

In der Pagenkopf-Prüfung am 20.10. wurde im Strafrecht gefragt: wessen haben sich Politiker in letzter Zeit bezichtigt? Petra Roth und die Hakenkreuzänderung. Ist ein Bundesgesetz gegen übermäßige Verschuldung der Länderhaushalte verfassungsmäßig? Art. 109 III GG. Die Zeitungen schreiben jetzt wieder vermehrt über die "PC-Gebühr", die eigentlich eine Steuer ist - in Karlsruhe liegt eine Vb einer Anwältin. Am 19.10. kam der BGH-Fall Junkie setzt anderem Junkie eine Spritze - dran sowie Strassen und Wegerecht und das Jugendstrafvollzugsgesetz, das in Arbeit ist. Das BVerfG hat am 19.10. Herrn Wowereit gezwungen, eine Bank zu überfallen - Art. 107 II 3 GG ist die Schlüsselnorm. Der Senat hat ihm richtig gesagt, was Sache ist. Dass er sein Portemonnaie nicht herzeigen musste, war alles.

Am 17.10. wurde im 2. Examen die Generalanzeigermeldung über Dreharbeiten in Godesberg (die Anwohner waren sauer) gestellt. Das BVerfG hat am 17.10. zum dritten Mal zu Art. 104 a V entschieden - die ersten zwei Entscheidungen waren Ex-Klausuren. Ist das eine Anspruchsgrundlage? Sieht nicht so aus - § 194 BGB. Das Land M-V muss dem Bund das Zwangsgeld ersetzen, welches Brüssel wegen der Nichtumsetzung von Flora-Fauna-Habitat aufgebracht hat. Am 18.10. wurde Idomeneo - s.u. - geprüft und BGH NJW 2006 S. 38 (nicht 56) sowie Brandstiftungsdelikte. Am 17.10. kam nichts aktuelles dran. Das gibt es auch. Statt dessen Bürgerbegehren und etwas Erbrecht.

Der LTag M-V hat sich ein paar problematische Tricks einfallen lassen: nur öffentliche Abstimmungen, die Fraktionszuschüsse werden gekürzt, die Mitarbeiter der Fraktionen müssen ein pol. Führungszeugnis vorlegen. Ob das hält? Das Schornsteinfegermonopol wird von Brüssel aus ermordet - ist Art. 14 GG betroffen? Ergibt sich aus § 8 a KHG von 2005 eine Garantienstellung im Fall Kevin für den Amtsvormund, also den Sachbearbeiter im Bremer Jugendamt? Die Völkerrechtler sollten sich mit den Vorfällen in Georgien und Russland beschäftigen - das WDÜ ist retorsions- und repressalienfest.

Am 12. und 14. Oktober 1806 wurde Preußen desaströs in Jena und Auerstedt besiegt. In jedem Ende steckt ein neuer Anfang meinen die Historiker dazu - im Mündlichen könnten die dann erfolgten Reformen Stein-Hardenberg und der Schulenstreit zwischen von Savigny und Thibaut gefragt werden. Ich kann nur dringend empfehlen, mal unter dem Stichwort Patrimonialeigentum - Handschriftenstreit - zu googeln. Ist im Sachenrecht auf die Rechtslage von 1818 abzustellen oder auf die von heute? Hinsichtlich der Gesetze ersteres, hinsichtlich der Rechtsmeinungen letzteres. Die FAZ bringt das Problem am 10.10. als Aufmacher auf der ersten Seite und am 11.10. dto. Es gibt den klassischen Hamburger-Stadtsiegel-Fall (BGH und BVerwG NJW 1994 S. 144) dazu. In der NJW Mitte der 90er Jahre kam der BGH-Fall: BP Carstens verklagt den Ex-BP Heinemann auf Herausgabe des von Pompidou geschenkten Gobbelinteppeichs. Am 11.10. wurde die Veröffentlichungspflicht der MdB-Einkünfte in Karlsruhe verhandelt - der BTagsPräs veröffentlicht die nicht trotz gesetzlicher Grundlage und wartet auf die - Diätenverbot bei Bismarck - Berufsverbot heute? Darf Art. 12 und 2 im Organstreit geprüft werden?

Herr Hammerschlag prüfte am 30.9. den BGH-Fall: Selbstmörder-Geisterfahrer will in der letzten Sekunde - erfolglos - das Steuer rumreißen. Der BGH hat am 5.10. im Klaus-Kinski-Fall entschieden, dass der postmortale Persönlichkeitsschutz nach 10 Jahren aufhört - danach wäre das Mephistourteil und das Marlene-Dietrich-Urteil falsch? Am 21.9. prüfte die neue Zivilrechtsprüferin Dr. Bölting drei aktuelle BGH-Fälle - R-Gespräch der 16-jährigen, kinderunsichere Glasscheibe in der Zimmertür, Vollstreckung auf Erstellung der Nebenkostenabrechnung.

Am 30.9. wurde Idomeneo (kann der Regisseur des abgesetzten Stückes klagen? Kann ein Buddhist bei Aufführung klagen?) - s.u. - und Lagrand in VR - geprüft - und im Zivilrecht der BGH-Fall §§ 844, 1619, der auf dem Hof der Eltern helfende Bauernsohn wird angefahren, und viel StPO (Frau Obst-Oellers - klar). die GmbH-Reform, der Ackermann-Prozess, squeeze out - s. BGH-Urteil, geprüft. Prof. Roth war wieder mit Handelsrecht zugange. Da kann man die Uhr nach stellen. Der EuGH hat am 28.9. ein Grundsatzurteil zur Goldenen Aktie (die Wirtschafts- u. Europarechtler müssen wissen, dass das keine Aktienart ist) gefällt. VW muss sich jetzt warm anziehen.

Darf der Bund eine Islamkonferenz abhalten? Die Methode, sich informell zu betätigen (Bündnis für Erziehung und Leitlinien statt Gesetze und RVOen) und sich dadurch um Kompetenzvorschriften rumzuschummeln, hat sehr viele Begeisterte in der Politik gefunden. Die Goldene Bulle wurde 1356 erlassen - die Stadt Frankfurt feiert das - s. Wikipedia. Am 26.9. wurde das Urteil des BVerfG zur Beihilfe - Wesentlichkeitstheorie - DVBl. 2004 S. 1420 - wieder mal geprüft. Das treibt die Prüfer offensichtlich um. Sowie Hypothekenrecht, ZPO, Sterbehilfe (Dt. Juristentag) und Ehrenmord.

Ist Kunst polizeifest, muss man aktuell nach dem Absetzen der Oper Idomeneo fragen. Die Entführung aus dem Serail bringen die dann gar nicht mehr oder was? Darf sich die Kanzlerin - der Mann ist Opernliebhaber, auch Phantom der Oper genannt, einmischen? Am 22.9. prüfte Pagenkopf den Kölner-Teestubenfall - s.u., aktuelle Klausur und BVerfG, da kann man nun wirklich nicht meckern. Im Zivilrecht kam eine Ebay-Versteigerung. Die ersten zwei BGB-Klausuren im September beschäftigen sich mit tiefem Erbrecht und § 1357. Am 18.9. wurde der Fenstersturzfall-§ 227-klassischer BGH-Fall geprüft. Prof. Kindhäuser brachte in seiner letzten Prüfung wieder mal eine gelaufene Klausur - der Bahnhoffach-Schlüssel-Trick. Heft 39 der NJW enthält einen schönen Aufsatz zur Föderalismusreform und zum Gynäkologen-Teich-Fall des OLG München.

Das BVerfG - FamRZ 06 S. 1358 - hat sich zu dem Kopftuch der Zuschauerin im Gerichtssaal geäußert. 2 BvR 677/05! Am 21.9. war die Waldschlösschenbrücke - s.u. wieder Prüfungsthema und Doc Morris, dto.. In Strafrechtspflege wurde seitens der Kandidaten die kleine und große Schwurkammer präsentiert - umph. Lt. SZ vom 21.9. will die EU die Verfassung über Art. 42 EU - passerelle - vorziehen und in der dritten Säule für die Justizpolitik das Mehrheitsprinzip einführen. Die EU-Verfassung soll also durch die Katzenklappe kommen. Glücklicherweise hat unser tapferer Innenminister dagegen gestimmt, so die Zeitungen am 23. September. Am 20.9. wurden die Zivilrechtspflegler § 15 a EGZPO und die Verlängerung dazu in NRW - GüSchLG abgefragt.

Am 19.9 wurde die Föderalismusreform geprüft und der Bundestagsbeschluss - Libanon/Bundeswehr (warum ist im Verteidigungsfall der Kanzler der IBuK? - Art. 115 b GG). Die Papstäußerung in Form eines Zitats über die Moslems kann Prüfer veranlassen, das BGH-Urteil NJW 2003 S. 1308 zu prüfen: Rechtsweg? Kritik erlaubt? Wie trickst man sich in den Zivilrechtsweg rein? Über § 839. Am 16.9. wurde die Waldschlösschenproblematik - s.u. - und die Sportwettenentscheidung des BVerfG geprüft. Herr Bönders im Wahlfach V+E: Was sagt Ihnen Bologna? Und das Jahr 1048? Zeitgleich kam in der Pagenkopfprüfung die WEA - Windkraftanlagen - und § 21 BImSchG und der auf der Insel Mainau für 19 Stunden in Haft genommene Punker - EGMR - dran. Bei Frau Puppe der Kochsalzfall des BGH. Am 14. und am 8. September wurde das Gammelfleisch - Warnung durch die BReg - geprüft (gucken Sie mal ins Lebensmittelgesetz rein) und § 476 BGB bei einem Hund mit Würmern. Am 15.9. war die türkische Anwältin, die aus Angst ihre Zulassung zurückgegeben hat, Prüfungsthema. Im BGB tiefes Erbrecht.

Am 12.9. prüfte Frau Puppe den Carolina-Fall des BGH vom letzten Winter, natürlich NStZ-Veröffentlichung. Prof. Köndgen fragte nach dem Umweltrecht in der WTO, UNO, EG-Vertrag - hammerhart. Er rügte, dass die Kandidaten den Umweltartikel im GATT erst durch Blättern finden mussten. Da könne man kein Prädikat bekommen - er sollte sich ärztlich untersuchen lassen. Vor allem hat er vorher selber rumgeblättert und gesucht. Im Pflichtfach wurde die Kenntnis des § 3 PflVG verlangt. Im ÖR kam der Anspruch auf Abonnement in der Oper = VGH München Fall. Im Zweiten wurde am 12.9. die geplante Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in NRW geprüft. Am 8.9. wurde der aktuelle BGH-Fall: Doppelvermietung einer Wohnung - geprüft. Die NRW-Regierung hat Zweifel an dem Sinn der geplanten Gemeindereform: Abkoppelung der Wahl des OB von der Kommunalwahl, Abschaffung des § 107 GO (Gelsengrün 1998, Elektroarbeitenentscheidung Dezember 2002, Schilderprägerfall 2005) und Kumulieren und Panaschieren. Die FAZ hat am 7.9. eine schöne Darstellung zu unserem Traumschiffeinsatz vor dem Libanon - Küstengewässer, Anschlusszone, Wirtschaftszone, hohe See, bei den Diplomaten heisst das 12+12+200. Das JPA Köln hat aus gegebenem Anlaß mitgeteilt, dass das OVG Münster entschieden habe, dass man einen Anspruch auf Prüferidentität hat.

Am 1.9.2006 ist der erste Teil der Föderalismusreform in Kraft getreten, d.h. die Grundgesetzänderungen, ohne Ausführungsgesetze. Am 28. August wurden die deals in Strafrecht-Pflichtfach geprüft (Herr Bieber brachte natürlich wieder seine rechtsgeschichtlichen Fragen: von wann ist § 211 in der jetzigen Fassung (auf der Höhe von Stalingrad), wie sah der vorher aus (wer planmäßig tötet), wer war der Pate der heutigen Fassung (Roland Freisler), sieht man dem Ding an, dass es von den Nazis ist?), die Brechmittelsentscheidung im Wahlfach. Doc Morris war im Europarecht dran.

Ein Mitarbeiter der Bahn hat 20 Kilometer Bahngleise an einen Schrotthändler verkauft, der sie zu Handys verarbeitet hat - der Jungbullenfall läßt grüssen. Die Resolution 1701 mit dem robusten Mandat stützt sich auf Kapitel 6 1/2 der UN-Charta. Vor 60 Jahren wurde Preußen durch ein Kontrollratsgesetz, steht im Hippel, aufgelöst. Das Land NRW wurde am 20.8.1946 durch ein Alliiertenkontrollratsgesetz gegründet - Grund genug, sich mal die Landesverfassung anzusehen - ein UFO in der Ausbildung. Der Bombenleger in der Bahn ist mittels Videoüberwachung der Bahn gefunden worden. Ist das verwertbar?

Der BGH hat den Backofen-Fall NICHT entschieden sondern dem EuGH vorgelegt - § 439 IV BGB - Nutzungsentschädigung bei Nachlieferung? Das VG Bremen hat die Landeskinderklausel bei den Studiengebühren gekippt - das BVerfG hat letztes Jahr die Landeskinderklausel bei Bremer Privatschulen für rechtmäßig gehalten.

Die Waldschlösschenbrückenproblematik in Dresden - Bürgerentscheid - Rote Liste der Unesco - Ratsbeschluss

zugunsten der Unesco trotz Bindung an den Bürgerentscheid - entwickelt sich weiter. Am 16.8. wird gemeldet, dass der Regierungspräsident den Beginn der Bauarbeiten angeordnet habe, dann das VG im Eilverfahren zugunsten des Rates entschieden hat und dann, dass der RP in die Beschwerde gegangen ist. Parallelproblematik: Am 11.8. wird über Windkraftträder vor der Wartburg berichtet - das Kreuzbergerurteil läßt grüssen - auch hier geht es um die Aussicht und das Unesco-Welterbe. Die SZ berichtet am 11.8., dass der Große Senat des BGH sich mit der Beweiskraft von Protokollen im Strafprozess beschäftigen wird. Hat er dann auch am 14.8. gemacht: Wenn der Verteidiger - hier Verteidigerin - lügt, gilt das Protokoll nicht.

Am 7. August 1106 ist Heinrich IV. gestorben - vorher war er in Canossa. Am 6.8.1806 hat Franz II. die dt. Kaiserkrone niedergelegt, das Erste Reich war am Ende. Am 1.8. kam in der Schuschke-Prüfung fast nichts aktuelles - nur in StPO die deals. Am 31. Juli kam im Strafrecht Gemeinderatsmitglied = Abgeordneter? Keine Immunität, keine Diäten, aber Haftung. Der Teich-Arzt/Gynäkologe-Kindfall - OLG München-NJW - s.u., die Sportwettenentscheidung, wohl weil in der aktuellen JuS. Am 27.7. wurde das Embryonenschutzgesetz - "Eierhandel" geprüft - Verstoß gegen Antidiskriminierungsrecht, dass Männer Samenspenden verkaufen können, Frauen Eierspenden aber nicht? In den USA soll das gang und gebe bei Studentinnen sein. Am 28.7. die Föderalismusreform und die Sportwettenentscheidung.

Nach der FAS vom 30. Juli ist die erste Klage gegen die Landeskinderklausel in Bremen/Studiengühren da - bitte das Urteil zu den Privatschulen des BVerfG ansehen. Die FAZ vom 29.7. bringt einen Bettlakenartikel zum Heiligen Römischen Reich Dt. Nation. Die Völkerrechtler sollten den Bernadottefall des IGH anlässlich der Tötung von UN-Mitarbeitern durch Israel anschauen. Und sehr hübsch: VG Berlin: Der Mann, der bei der Botschaft in Paraguay 5.000 Kinder als seine anerkennen will, klagt auf die Patenschaft des Bundespräsidenten für jedes 8. Kind. Bedarf Herr Köhler der Gegenzeichnung für solche Patenschaften?

Da in den Juli-Klausuren zwei aktuelle BGH-Entscheidungen dran kamen (Schenkweise und OHG/§ 894, in einer der letzten NJWs-RR), bitte angucken. Sowie das Urteil VIII ZR 284/05, am 26.7. ins Netz gestellt, am 22.7. geprüft. Am 18.7. kam der Schwarzarbeiterfall im Zivilrecht. Ein Kandidat hat durch die Kenntnis des Elfes-Urteil (Globalisierungsgegnern sollen den Paß abgenommen bekommen) sein Befriedigend gerettet.

In der Pagenkopf-Prüfung am 21. Juli (und bei Pietzker am 22.7.) kam die Maiklausur - s.u. Indemnität von Abgeordneten in Ba-Wü - dran, der Mann hat zudem die zweistelligen Punktzahlen als existent entdeckt. Prof. Breuer hat in der Parallelprüfung die Föderalismusreform en detail geprüft- Pietzker ebenso! Und das neue BVerfG-Urteil Klage gegen Braunkohlentagebau. Der EuGH hat am 21. Juli die Plaumanformel in der Nichtigkeitsklage der Nürburgring GmbH gegen das Tabakwerbeverbot aufgefrischt. Am 22. Juli wurde das Gefährdeansprechen geprüft, s. OVG Lüneburg in einer JuS und NJW Aufsatz 2006 sowie RÜ- Mittelteil. In einer Parallelprüfung hat ein Kandidat sich mit schlechteren Ausgangspunkten als im Freischuss verbessert - vollbefriedigend. Am 18. und 22.7. wurde ausführlich die Vormerkung geprüft. Das gepfändete Grabmal war auch wieder mal am 22.7. Prüfungsstoff - s.u.. Im Strafrecht bei Prüfer Rö. kam eine gelaufene Examensklausur dran. Lütke-Handjeri prüfte wie immer aktuelle Urteile: das fast ertrunkene Kind wird aus dem Teich gezogen, OLG München NJW 06 S. 1883 - und Heim- u. Pflegevertrag als feste Verbindung?

Der EuGH hat am 18. Juli sich nun auch das Sportrecht einverleibt, es gehöre nicht in die dritte sondern in die erste Säule - Wettbewerbsrecht im wahrsten Sinne des Wortes. Das 2. Justizmodernisierungsgesetz ist bei beck.de seit dem 20.7. im Netz. Am 14.7. wurde schon wieder das Luftsicherheitsgesetz geprüft. Im BGB - bei Schilken nun keine Überraschung - kam Grundschuld rauf und runter dran - § 1157, Kenntnisse wurden mit 14 Punkten belohnt und Vollbefriedigend. Im Strafrecht kamen die Klassiker Pampers/Winkelschleifer/CD-Milchflaschenfall, im Wahlfach was wohl - die deals natürlich. Was macht man, wenn man dem Drogenkurier nicht den Finger in den Hals stecken darf? Wurde am 10.7. geprüft. Art. 104 GG - habeas-corpus! Es schliessen sich sehr appetitliche Fragen an - "ein Tropfen genügt?". Wie lang darf man den festhalten? Besteht ein Beweisverwertungsverbot hinsichtlich des Outputs? s. auch beck.de vom 19.7.: EGMR zu anonymen Zeugenaussagen. Und wieder der Konflikt zwischen dem BVerfG und dem EGMR- Caroline/Ron Sommer/Görgülü. Am 11.7. Prüfung: Verfassungsschutzbericht Zeitung - BVerfG. War nicht bekannt - o mei. Und Graffiti - § 303 II kam mal wieder dran. Am 10.7. wurde im Arbeitsrecht jeder Kandidat nach einem EuGH-Urteil gefragt. Im V+E ebenso. Prof. Muckel fragte zwecks Verkaufsförderung seines POR-Buches Fälle aus diesem Buch.

Am 12.7.1806 wurde der Rheinbund gegründet - s. Juli-JuS zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Der EuGH hat schon die ersten Pflöcke gegen das AGG eingeschlagen: 12.7: Krankheit kann Kündigungsgrund sein, da keine Behinderung. Also muss der Arbeitgeber ganz schnell kündigen, bevor die Krankheit zur Behinderung wird. Super. Sehr wichtig wegen der Aprilklausur zum Insolvenzverwalter-will-in-die-Liste: BVerfG vom 11.7. Insolvenzverwalter kann keine Konkurrentenklage erheben - Art.12 ist eine sichere Bank in der Prüfung - s. die JuS-Aufsätze dieses Jahr.

Am 29.6. wurden die letzten beiden JuS geprüft sowie der BGH-Fall: Raucher muss Wohnung nicht renovieren. Am 28. Juni hat eine Kandidatin aus 34 Punkten im Mündlichen ein Vollbefriedigend gemacht. Es wurde nichts außergewöhnliches gefragt. Ihre Fähigkeiten, brillant zu formulieren und aus dem Stand zu argumentieren, wurden honoriert. Am 30. Juni wurde der JuS-Fall - Bundeswehrgeneral soll bei WM beraten - plus Luftsicherheitsgesetz, auch JuS, geprüft.

Bitte lesen: BGH VI ZR 259/04: die Kinder des Mieters, die brandgestiftet haben, können sich auf § 548 berufen. Und BGH III ZR 396/04: der Ansiedlungsvertrag - s. Flachglasurteil - wird von der Gemeinde nach der Kommunalwahl gekippt - sic- § 839? Beides am 4.7. ins Netz gestellt.

1.7.1976 - 30 Jahre Mitbestimmungsgesetz. Das AGG schlägt Wellen. Sehr gut SZ vom 30.6. zu den (angeblich) europarechtswidrigen Regelungen. Die Föderalismusreform ist durch. Jan Ullrich wird mit seinem Doping die strafrechtlichen Prüfungen beherrschen. Doping ist nicht mit Drogen zu verwechseln. § 263? Kriegt die Telekom ihr Geld von ihm zurück? Am 13.6. wurde der Stalking-Paragraph § 238 geprüft. Zeitungen 23.6.: Der Freund pinselt die durchgezogene Linie auf der Straße an, weil seine Freundin ein Bußgeldverfahren hat. Strafbarkeit? § 303 II? I? Am 20.6. wurde der Mai-RÜ-Falvon Dr. Schuschke geprüft: Mann bringt Kinder um, während seine Frau fremd geht.

Prüfung vom 13.6.2006 u. 19.6.: Da die Studenten das Dekanat besetzen, werden die Wahlen an einem geheimen Ort abgehalten. Strafbarkeit des anweisenden Dekans und des Taxifahrers, der die Leute da hinbringt? Dürfen die Studenten gehindert werden, die Jahnwiese zu betreten? PolG gegen VersG. Was ist wann und wo anzuwenden? Wie kann man sich gegen das kraft Schulgesetz am 22.6. eingeführte Zentralabitur wehren? Darf der Bund ein Rauchverbotsgesetz erlassen? Kompetenz, Art. 2 I GG? FaZ 22.6. 1. Seite: der EGMR entscheidet wieder mal anders als Karlsruhe: Kind als Schaden, 4,9 Millionen SE.

In den Prüfungen der letzten Zeit haben einige Kandidaten sich in ihrem Wahlfach blamiert. Wenn man z.B. Zivilrechtspflege hat, sollte man FGG und GBO zumindest kennen und sich im Erbrecht auskennen. Das ist Selbstverschulden. Bitte lesen: OLG München bei beck.de: Blendung einer Blitzanlage kein Urkundsdelikt aber § 303 - das dürfte nicht richtig sein, denn wenn ich die Hände vors Gesicht halte, ist das auch keine Sachbeschädigung am Film. Und S. OLG Rostock NJW 2006 S. 1819 - Fußballverein gegen Fan wegen DFB-Strafe, weil der den Ball während des Spiels geklaut hat.

Bei beck.de ist am 13.6. ein schönes Urteil veröffentlicht worden. Der Rentner kauft einen Mercedes A 140 mit einem A 160 Schriftzug dran. Am 10.6. kamen die WM-Tickets dran, s.u. - § 399, Vinkulierung, § 182. Sowie im Strafrecht der Tesamfilmstreifenfall und bei Prof. Roth § 110 HGB i.V. mit § 128 HGB - kannte keiner- das BGH-Urteil mit dem falschen Leitsatz, BGHZE 35 plus minus, s. HGB-Kommentarzu § 110. Er regte sich darüber auf, dass die Kandidaten das Protokoll der vorherigen Prüfung nicht gelesen hätten, da er diesen Fall weiterprüfte. In V+E brachte er dann aber gerade nicht, was er immer so bringt, WTO, Beihilfen, sondern das Verhältnis Völkerrecht / Europarecht oder Einwirkung o.ä.. An dem Mann ist die Zeit vorbeigegangen. In den 70zigern wäre die BGB-Prüfung fair gewesen, das war damals ein gängiges Problem. Ich weiß, wovon ich rede. Er prüfe "die Grundlagen der Grundlagen" (§ 110 - 128 HGB - im Jahr 2006!?)

Am 6.6. wurde das gepfändete Grabmal (der absolute Hit unter den geprüften Fällen, s.u.) und der Schubstanz/Rempeltanz/pogen im Saarland geprüft (BGH NJW-RR und Homepage), im Arbeitsrecht aus der letzten NZA die OT-Mitgliedschaft. Das OLG Frankfurt hat zur Online-Demonstration entschieden - Gewaltbegriff (Sargträger-, Laeppelfall, Sitzblockade vor der US-Kaserne, Kurden auf der Autobahn, Castor-Transport). Und die FAZ vom 6.6. zum geplanten Art. 104 b GG und der Meinung von Herrn Thierse dazu - rückwirkende Verfassungswidrigkeit?

Am 1.6. kam der Erbensucherfall - BGH NJW 2000 und gerade wieder neu entschieden s. BGH-Homepage.aktuelle Entscheidungen. Dann das gepfändete Grabmal, da in der letzten NJW mit Leitsatz, und der Fall aus der Zeitung: Zivi rettet Frau aus brennendem Krankenzimmer. Und das Rauchmeldergesetz sowie Kopftuchverbot - Schulgesetz NRW - und BND-Ausschuss - Schäfer-Gutachten- VG Berlin bei beck.de.

NRW hat 60. Geburtstag - was haben uns alles die Engländer gebracht? Die GO, die blauen Roben, die Aufteilung in OBG und PolG. Am 30.5. wurde im V+E das Einbürgerungsurteil des BVerfG geprüft: Problem, der EGMR sieht das anders. Wenn man Caroline und Görgülü ein bißchen verfolgt hat, konnte man mit der Problematik etwas anfangen - Verhältnis EMRK zum GG - die Niederländer z.B. setzen die EMRK über die Verfassung, wir nicht - das lernt man aus Zeitungen. Im Strafrecht kam wieder mal der Liebling-Kreuzbergfall: Einbrecher und Eigentümer einigen sich auf Geld, damit keine Anzeige erfolgt. In der zweiten Ö-Maiklausur kam eine interessante Frage dran. Darf die Ba-Wü Art. 46 I GG ohne den Satz 2 bringen?

Art. 28 I GG - Homogenitätsprinzip - was ist hier der Grundsatz? Wurde s.o. von Pagenkopf und Pietzker geprüft - von Pietzker übrigens schon 2004. Im Strafrecht: das BGH-Urteil zu Drogen als taugliche Diebstahlsgegenstände. Das BGH-Backofen-Urteil wird erwartet - Nutzungsentschädigung bei Nacherfüllung? Darf eine deutsche Moslemin-potentielle Selbstmordattentäterin an der Ausreise gehindert werden? Elfes-Urteil.

In einer Prüfung im Juni verzweifelte der Prüfer, weil fast keiner der Kandidaten § 929 und den Besitzdiener zusammenbekam. Niemand hat Zweifel daran, dass man wenigstens das bei jedem noch so schlechten Repetitor oder Professor in 4 Jahren gelernt hat. Der Punkt ist, dass die Kandidaten die GEISTESGEGENWART in der Prüfung nicht haben. Daran ist man meist selber schuld. Die Kandidaten sehen nicht ein, dass man fürs Mündliche anders lernen muss als fürs schriftliche. Verschwurbelte Fragen gibt es natürlich auch, aber die häufige Beschwerde, ich wusste nicht, was er von mir wollte, liegt i.d.R. im Verantwortungsbereich der Kandidaten. Sie sind in der Prüfung nicht geistig wach und nicht bereit, zu improvisieren. Wobei man (ich setze mich da natürlich selber als Maßstab) nicht auf alles kommen kann: Frage letzte Woche: warum sind Koalitionsverträge nicht einklagbar? Gewünschte Antwort: weil die dann über dem Gesetz stehen würden. Leicht unlogisch.

Am 20.5. menschet es in der Prüfung sehr. Prof. Roth (im IPR kam Rom I i.Vergleich zu Art. 27 ff.. EGBGB dran) lachte über Fragen des Vorsitzenden, zu recht: wieviel verdient der erste Beigeordnete in Köln? Während der Beratung brüllten die Herren so, dass man es durch die Tür hörte. Prof. Roth fragte nach dem Kaufmannsbegriff - eine alte Kamelle, er war zu recht darüber empört, dass die Kandidaten das nicht können - Protokolle um 1998 - aber das liest ja keiner - selber schuld. In der Löwer-Prüfung durften die Kandidaten sich im BGB und ÖR mit dem Prostitutionsgesetz beschäftigen. Es geht auch um die Frage, welchen Erfolg die Nutte schuldet - viel Spaß beim Formulieren. Prof. Löwer fragte nach der doppelten Analogie des § 79 II BVerfGG im Zivilrecht, aktuelles Urteil. Es steht in der Mai-JuS!!! In der Parallelprüfung kam das Luftsicherheitsgesetz dran, ebenfalls in der Mai-JuS. Am Wochenende des 20. Mai wurde also praktisch die komplette aktuelle JuS durchgeprüft, die aber niemand gelesen hatte. Der BGH-Fall NJW 2006 S. 992 wurde ebenfalls geprüft.

Am 18.5. wurde der BGH-Fall (Anfang 2005 und Examensklausur) des § 828 II - Kinder im ruhenden Verkehr geprüft. Kannte keiner. Das Laserdrome kam auch dran. Und das Elfes-Urteil. In JEDER Prüfung kommt die Föderalismusreform dran, s. auch 22. Juli Prof. Breuer und am 28. Juli - der Kandidat wusste noch nicht mal, wie man das Wort schreibt. Am 24.5. wurde über die Rücknahme der Einbürgerung entschieden. Kam schon zwei Mal im Mündlichen. Dem BVerfG liegt eine Vb wegen § 22 II RVG vor - Höchststreitwert für Anwaltsrechnungen 30 Mio - das Problem hätte ich mal gerne. Der RA, der sich in die Insolvenzverwalterliste reinklagen will (BVerfG/Klausur) kam jetzt schon 2 Mal dran. Am 17.5. wurde im Pflicht- u. Wahlfach Erbrecht geprüft. Im ÖR konnte eine Kandidatin nicht sagen, wer der erste Bundes- und wer der erste Reichspräsident war. Sie meinte dann noch, dass Ministerpräsidenten Mitglieder der Bundesregierung seien. Auf die Frage, wer im Bundestag sitzt, kam die Antwort "Menschen". Der Prüfer hat sich daraufhin die Kugel gegeben. Eine Kandidatin V+E konnte nicht erklären, was die NATO ist und behauptete, der Iran hätte Atomwaffen. Sie hat in ihrem Leben noch keine Zeitung gelesen. Wie wäre es da mit dem Wahlfach ZPO?

Am 16.5. wurde die Burka in der Bonner Schule geprüft. Am 12.5. wurde im WF StPO der europäische Haftbefehl und die europäische StPO/Schengen erfolglos abgefragt. In einer Parallelprüfung - Siebert - kam das BGH-Urteil aus 2003/04: verfristete Revisionsbegründung, wenn die Unterschrift eines Richters unter dem Urteil fehlt - Nichturteil - Wiedereinsetzung? Auch das hat er schon zum 2. Mal geprüft. Die Leute lesen die Protokolle nicht - ich fass es nicht. In der Pagenkopf-Prüfung kam der BGH-Fall 2005: Briefmarkenhändler will DM-Briefmarken noch umgetauscht bekommen, s. Mai-JuS. Am 10.5. wurde in Düsseldorf wieder mal nach Mahnverfahren und Spruchkörper-StPO gefragt. Am 24.4. fragte Prof. Pietzker nach dem Flachglasurteil im WF St+V - der Kandidat hatte davon noch nie gehört. Lassen Sie sich von Ihrem Repetitor das Geld wiedergeben. Bei Prof. Pagenkopf wurden am 28.4. wieder Bildchen angeschaut und dann ging es im Schweinsgalopp durch das ÖR - Föderalismusreform wurde angesprochen.

Auch im Zweiten kam Ende April der deal dran. Die BGH-Entscheidung NJW 2006 S. 990 - Sachenrecht - wurde am 25.4. und von Prof. Schilken kurz vorher geprüft. Am 25.4. kam zum xten Mal das Gesetzgebungsverfahren dran. Die Leute konnten das nicht.

Am 29.4. wurde Zwangsvollstreckungsrecht im Pflichtfach abgefragt, die deals, Insolvenzfähigkeit von Hochschulen (das scheint eine heiße Sache zu sein, da sich Prof. Löwer und Köndgen damit beschäftigen: wenn die Hochschulen schon Studiengebühren nehmen dürfen, müssten sie auch finanziell verantwortlich sein, aber Art. 5 III GG? Vergleich mit Ländern und Gemeinden, historischer Hintergrund) und sonst selbstgebastelte Fälle u. Fragen aus dem Einbürgertest, auch am 12.5. - nennen Sie drei deutsche Mittelgebirge. Prof. Roth prüfte im Wahlfach Europarecht Bevorzugung von Bayern bei Anliegeplätzen am See - Antidiskriminierungsrichtlinie - kann gut als Klausur kommen.

Wichtig: OLG Köln RÜ Mai-Heft, noch mal der Dachziegelfall, der schon 4 Mal Klausur war. Der EuGH hat am 27.4. die Vorlage des AG Niebüll wegen § 1617 BGB nicht angenommen. Das sei kein Gericht. Der Generalanzeiger berichtet am 27.4., dass die Kommission die Tür zu unserem Strafrecht, welche das EuGH-Urteil zum Umweltstrafrecht letztes Jahr aufgestossen hat, nun endgültig geöffnet hat - eine Richtlinie statt Rahmenbeschluss zur Produktpiraterie - Mehrheitsentscheidung statt Einstimmigkeit! Und im gleichen Heft die Leitlinie zur Dienstleistungsrichtlinie. Die Kommission hintergeht das EU-Parlament.

Am 21.4. fragte Prof. Morlok nach dem Bündnis für Erziehung von Frau v.d. Leyen. Die Dame meint, dass die ersten 10 Artikel im GG den 10 Geboten gleichkämen. Darf sie so ein Bündnis neben dem Grundgesetz erfinden und sog. Leitlinien dazu und nur die zwei großen Kirchen hinzuziehen? Kompetenz? Der Ehrenmord kam dran und Leo Kirch / Rolf Breuer. Am 24.4. wurde im Zivilrecht die Einkaufspassage, in welcher nur hochwertige Geschäfte sein sollen aber dann doch nicht sind, geprüft, s. BGH NJW 2006 S. 899 - wichtig. Am 25.4. kam das gepfändete Grabmal in Zivilrechtspflege dran. Und die Strafrechtsklausur Februar.

Am 12.4. ist der IGH 60 geworden. Im Zweiten Examen im April kamen zwei interessante Fälle: Können Internetcafés, die von den Schülern als Spielhalle benutzt werden, wegen § 33 i GewO geschlossen werden? Bitte googeln zu internetcafé urteile § 33 i GewO, BVerwG 9.3.2005. Und s. die Pressemitteilung des OVG Koblenz vom 6.4.: der Komm. Zweckverband Trier bekommt die Abfallentsorgung in Bonn. Konkurrentenklage von NRW-Konkurrenten blieb erfolglos.

Am 10.4. wurde die Dezemberklausur - Vermessungskatastergesetz - geprüft. Diebstahl/StPO und wann Eigentum und Besitz dauerhaft auseinanderfallen. Am 6.4. in Bonn eröffnete Dr. Kling die Prüfung mit der Frage nach der Unterhaltsreform, am selben Tag in der Zeitung, machte dann mit ZPO und Erbrecht (Bonifatiusfall, der kam auch in der Parallelprüfung bei Notar Dr. Mues dran) weiter. Prof. Kindhäuser prüfte den BGH-Fall des Ehegattenselbstmordes BGH 2004 - und ging dann zum xten Mal zu Rose-Rosahl über. Herr Eschweiler wollte Bundesstaat/Staatenbund/politischer Beamter wissen. Wahlfach StPO: der Kremendahl Fall - §§ 355, 357 StPO. Im WF Wirtschaftsrecht wurde nach den Schrottimmobilen gefragt. Am 6.4. prüfte Herr Baxpehler wieder das Elfes-Urteil - Hooligans zu Fußballspiel im Ausland.

Am 5.4. wurde in Köln wieder der Deal geprüft - s.u. - sowie Urteile zum Schächten, zum nichtehelichen Vater, zum § 258 a des JVA-Leiters, der einen Sexualtäter rauslässt. Prof. Löwer ist am 5.4. in den VerFGH NRW gewählt worden. Viel zu tun haben wird er da nicht. In Prüfungen wird gefragt: Wieviel Senate? Wo sitzt er und warum? Verfahrensarten? Wieviele Richter? Frau Dauner-Lieb ist da jetzt auch drin, wurde schon im Mai gefragt.

Sehr wichtig: die Zwangsabgabe auf PCs durch die GEZ! Dazu NJW 2006 S. 406. Kann jetzt schon VB erhoben werden mit dem Argument, eine Anwältin brauche den PC für ihren Beruf? s. FAZ Recht u. Steuern 12.4.. Das ist gar keine Rundfunkgebühr, wobei schon Rundfunkgebühr falsch ist (=Beitrag) das ist eine PC-Steuer. Darf der Staat Steuern nehmen, um die Gelder dann Grundrechtsträgern in den Rachen zu werfen? Ist man jetzt schon unmittelbar und gegenwärtig betroffen, wenn das Geetz erst ab dem 1.1.2007 greift und Gebührenbescheide erlassen werden müssen?

Am 3.4. und am 6.4. wurde wieder das niedersächsische Mediengesetz abgefragt (Parteien dürfen Rundfunkanstalt kaufen RÜ 2005). Es schreit nach einer Klausur. Und es durfte sich wieder jeder ein aktuelles Thema aussuchen. (Bieber, der Mann kann alles - s.u.). Am 28.3. wurde im Europarecht gefragt, welches Vertragsverletzungsverfahren anstehe? Enveda / EON. Zum neuen Gericht in Luxemburg s. FAZ 4.4. und zum Flugbenzin EuGH vom 5.4..

Im Wirtschaftsrecht wurde am 25.3. business judgment rule - § 93 I 2 AktG - die Neuerungen im GWB und verdeckte Sacheinlage geprüft. Im Europarecht die Dienstleistungsrichtlinie. In der Parallelprüfung war einer Kandidatin (leider schon wieder eine Frau, s.u.) völlig unbekannt, dass der Iran Probleme wegen seiner Atomdinge hat. Sie ist dann auch durchgefallen. Im Strafrecht kam am 25.3. Reiner Calmund dran. Verfassungsrechtliches Problem des § 266?

Vor 200 Jahren - 25.3.1806 - ist das Heilige Römische Reich untergegangen - Wikipedia u. Juli-JuS- sehr gut! Wurde am 21.4. geprüft, die Leute wussten dazu gar nichts. Im wievielten Reich leben wir? Im zweiten. Wann wurde die Bundesrepublik gegründet? 1867.

Am 28.3. wurde über die Sportwetten entschieden und am 3.4. geprüft, ebenfalls am 28.4.. Das BAG hat sich am 24.3.

der EuGH-Rspr. hinsichtlich des Begriffs Entlassung im § 17 KSchG angeschlossen, aber keine Rückwirkung angenommen. Der EuGH hat mit dem Urteil Rosemarie Kapferer wieder eine wichtige Entscheidung getroffen: ein rechtskräftiges Urteil, das gegen Europarecht verstößt, muß nicht aufgehoben werden - vom 16.3.2006 und FAZ Recht u. Steuern 19.4.. Am 23.3. hat Prof. Kindhäuser Leo Kirch/Dt. Bank - § 266 StGB geprüft. Von wann ist die Vorschrift? Wenn man das Mannesmannverfahren verfolgt hat, weiß man das. Im Wahlfach Staat u. Verwaltung in der Parallelprüfung konnte ein Mädels nicht sagen, wie der Präsident des BVerfG heißt. O mei. Mannesmann kam auch am 6.4. dran - § 87 AktG - § 26 StGB - Gutsherren/Gutsverwalter

Am 20.3. fragte der Prüfer im ÖR, Herr Bieber, was er denn aktuelles prüfen sollte. Die Dame (by the way: Prof. Roth duzt Kandidatinnen - angeblich hat er noch keine Frau gesehen, die Wettbewerbsrecht könne, Frau Prof. S. wird sich freuen) schlug den Großflughafen Berlin vor und wurde gefragt, wieviel Leute geklagt hätten und wie man einen Flughafen rechtlich baue. Sie wusste dazu gar nichts. Wie blöd muss man eigentlich sein, um ein Thema selber auswählen zu dürfen und dann nichts dazu zu wissen? Die Kandidatin, welche die Entscheidung Marbury / Madison 1803 des Supreme Courts (wikipedia) kannte (Vorlage für die Normenkontrolle, wichtig, weil bei den Sportwetten Karlsruhe es ja anders gemacht hat), bekam für diese einzige Antwort 14 Punkte. Am 3.4. kam das gleiche Spiel. Ein Kandidat gab die Gesundheitsreform an und kassierte sich damit die Fragen ein, wer Vorsitzender der Kommission sei und was eine Kopfpauschale sei. Das dummdreiste daran war, dass H. Bieber den Fall schon mal geprüft hatte. Der Kandidat meinte wohl, der Prüfer hat Alzheimer. Ich würde vorschlagen, dass man wie bei Günter Jauch erst mal Eingangsfragen stellt, bevor jemand auf den Stuhl im Mündlichen darf.

Die Änderungen im GaststG aus 2005 kamen dran. Googeln Sie mal zu den Neuerungen in der HandwO/GastG/BauGB/StPOGWB/UWG der letzten Jahre! Im Arbeitsrecht/Sozialrecht: s. Handelsblatt 17.3.: Weihnachtsfeier mit Chef = Arbeitsunfall, ohne nicht (bei der Polonaise der Weihnachtsfeier fällt jemand aus dem Fenster),SG Frankfurt. Am 17.3. und am 24.3. wurde die Föderalismusreform geprüft, noch mal das Luftsicherheitsgesetz, auch am 25.3. - s.u. - und im Strafrecht Heimtückemord an fünfjährigen Kindern (BGH aktuell s.o. Schuschke-Prüfung). Am 16.3. wurde wieder einmal der Deal geprüft - Grosser Senat. Die Kandidatin (Männer natürlich auch nicht) wusste das nicht. Am 17.3. kamen die Studiengebühren in den Landtag NW - Wesentlichkeitstheorie - Art. 3 GG? 15.3. 30 Jahre Mitbestimmungsgesetz am 1.7.1976 - s.Prof. Richardi Uni-Regensburg.

Am 13.3. und am 24.3. sowie 3.4. wurde die Föderalismusreform rauf und runter geprüft. Am 11.3. und am 15.3. waren in der FAZ schon wieder Artikel über Carl Schmitt. Der wird ein Mal im Monat geprüft. Wikipedia! Instituts- u. Institutionelle Garantien, Hüter der Verfassung, Plettenberg. Prof. Isensee in der Prüfung: ich sehe, Sie kommen aus Plettenberg. Welchen berühmten Sohn hat die Stadt Plettenberg? Am 10.3. wurde im Europarecht Marks & Spencer geprüft. Am 16.3. der Görgülüfall und natürlich der Iran. Am 24.3. der Distomofall und die AETR-Rechtsprechung.

Die Mangoldentscheidung des EuGH wirbelt das Arbeitsrecht durcheinander, in der Prüfung am 25.3. - keine Altersdiskriminierung schon vor Ablauf der Umsetzungsfrist der Richtlinie! Das sieht schwer nach einer horizontalen Wirkung aus - Faccini Dori gilt nicht mehr? Offensichtlich, s. die JuS-Besprechung Aprilheft und das neue EuGH-Urteil aus dem Juli zum griechischen TeilzBefrG. Am 16.2. und am 28.4. kam schon wieder der Spielsperrvertrag - BGH 2005 - dran, s. Heft 14 NJW. Und im Wahlfach StPO der Deal - s. JuS! Auch zum wiederholten Mal.

Im Wahlfach Strafrechtspflege sind die geplanten Reformen Warnschussarrest, 15 Jahre Höchststrafe für Jugendliche, Abschaffung des Heranwachsenden Prüfungsthema und das Jugendstrafvollzugsgesetz, Schuschke Ende Juni. Schauen Sie sich die historischen Hintergründe der Diversion, des JGG und die historische Entwicklung dazu an.

Machen Sie sich mit der geplanten Gemeinderechtsreform vertraut: (8-Jahre-Amtszeit/Abkoppelung von der Ratswahl/Kumulieren und panaschieren/Privat vor Staat, keine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden mehr)!!! NRW will das Widerspruchsverfahren abschaffen. Und mit den Informationsfreiheitsgesetzen (in NRW gibt es das schon länger) - der Berliner Fall - jemand will den Terminkalender des Regierenden Bürgermeisters sehen - kam am 3.2., 24.3. und am 6.4. in der Prüfung dran, keiner kannte den, obwohl das Gesetz mit grossem Tamtam zum 1.1. in Kraft getreten ist. In der FAZ am 3.4. war ein großer Artikel: die Behörden lehnen einfach rechtswidrig ab. Das gepfändete Grabmal des BGH (s. Link) kam in derselben Prüfung dran. Kommt beides totsicher als Klausur.

2007

Aktuelles 2007 bis 30.6. - 30. Juni 2007

Da die Seite 2006 allmählich zu lang wird, geht es hier mit neuem Schwung weiter. Die Literaturhinweise - die letzten 3 JuS, beck.de-nachrichten-aktuelles, mittwochs faz recht und steuern, fall-des-monats.de sowie die letzten gelaufenen Examensklausuren - gelten nach wie vor. Für die Rabbits: die Seite liest sich absatzweise von unten nach oben und zu unbekanntem Begriffen konsultiert man Google-wikipedia.

Was ändert sich am 1. Juli? Da mein Computerguru mit mir schimpft, weil die Seite zu lang wird, beginnt ab 1.7. eine neue Seite. Das Entsendegesetz wird auf Gebäudereinigung ausgedehnt, das geänderte WEG tritt in Kraft, Anpassung an die Rechtsprechung, dass Eigentumswohnungsinhaber nur anteilig für Handwerkerrechnungen haften - wie kann sich ein Handwerker vor den naheliegenden Problemen schützen? Der Supreme Court hat kurz vor seiner Sommerpause (seine Session beginnt am ersten Montag im Oktober) sowohl zum Schulrecht als auch zur Todesstrafe und zu Guantanamo entschieden - Alle Staatsrechtler lieben den Vergleich mit dem Bundesverfassungsgericht. Polen will sich nicht an das Ergebnis des EU-Gipfels halten - verstößt das gegen die WVK? Gilt die überhaupt im Europarecht? In NRW wird die Bezirksregierung langsam eingemottet - jetzt ist sie keine Polizeibehörde mehr - da häufig nach dem Aufbau der Verwaltung gefragt wird, gucken Sie mal in das Organigramm von Brandenburg rein, sehr anschaulich unmittelbare und mittelbare Verwaltung. Das Arbeitsgericht Düsseldorf hält nicht nur ein Kopftuch sondern auch eine Baskenmütze einer moslemischen Lehrerin für unzulässig.

Der EuGH will nach Ableben der Eigenheimzulage Ende 2005 diese wegen unzulässiger Beihilfe doch noch beurteilen - gibt es eine Fortsetzungsfeststellungsklage beim EuGH? Beim IGH - in Sachen Lagrand ja. Das BVerwG hat wieder mal zum Abfallrecht ein OVG aufgehoben - wenn man seine Baumabfälle ordnungsgemäß in einer Deponie abgeliefert hat, muss man die bei Insolvenz des Betreibers wieder abholen - Vergleich mit Bundesbodenschutzgesetz und den Regelungen im Polizeirecht? Das Handelsblatt berichtet heute ausführlich über die Problematik der "nur deutsche Notare" beim EuGH - was ist ein lateinisches Notariat, warum gibt es im Rheinland das Nurnotariat, was macht ein Notar so, Unterschied zu Lehrern, Rechtsanwälten, Polizeibeamten europarechtlich? Der Generalanwalt beim EuGH empfiehlt die Parmesanlage abzuweisen, da nur Italiener gegen einen Nachbau in Deutschland klagen könnten und in Parma hätte sich keiner beschwert - Klagebefugnis der Kommission im Vertragsverletzungsverfahren??? Die Welt hat einen großen Artikel zu dem Vorschlag unseres Bundespräsidenten, ihn beim nächsten Mal vom Volk wählen zu lassen - Herr Voscherau meint, man könne ihm ein erweitertes Prüfungsrecht bei Gesetzen und ein Auflösungsrecht des Bundestages geben. Es wird wieder pauschal auf die Präsidialdemokratie der Weimarer Verfassung geschimpft - man sollte vielleicht beachten, dass die vom GG angestrebte parlamentarische Demokratie eine Kanzlerdemokratie geworden ist. Dann will unser BP nicht sagen, wer sein Sommerfest 2006 "gesponsort" hat - muss er das nach dem Informationsfreiheitsgesetz? Siemens schickt seinen Compliance-Officer nach 6 Monaten in die Wüste und macht ihn in der Presse schlecht - er könne nicht genug englisch und sei nicht teamfähig - das ist fies. Meine Vermutung ist, er hat seine berufliche Veranlagung, zu ermitteln, nicht abgelegt. Noch mal in der Zeitung: die ARD geht ins Internet - wird hier die Pressefreiheit verletzt? Tirol will keinen Zweitwohnsitz von Deutschen erlauben - das dürfte europarechtswidrig sein.

In der Prüfung Schilken/Krämer/Jourasch am 27.6. kam das Bürokratieabbaugesetz, Marco W. in der Türkei, Sachenrecht, ein Schuttcontainer steht auf dem Gehweg = OBG, Strassenverkehrsdelikte. Vizekanzler Müntefering wendet sich nun vom gescheiterten gesetzlichen Mindestlohn dem Kommunal-Kombilohn zu - das gab's zuletzt bei unserem geliebten Führer: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme durch Autobahnbau - der Bund hat keine Gesetzgebungskompetenz über die Gemeinden, die Garantie der Finanzhoheit und Personalhoheit in Art. 28 II dürfte das ohnehin verbieten. Der BGH hat noch ein Mal entschieden, dass ein Miteigentumsanteil an einem Grundstück nicht derelinquiert werden kann, wichtig, war schon Examensklausur im Zivil- und ÖR-Recht, V ZB 6/07. Der EuGH muss sich mit der Bedürfnisprüfung bei der Notarzulassung beschäftigen. Fallen Notare unter die Ausnahme des hoheitlichen Handelns? Die Welt stellt die Modelle des Investivlohns vor (Belegschaftsaktie, stille Beteiligung, Genussrecht, Darlehen, GmbH-Anteil)- der Deutschlandfonds der SPD ist unter dem Aspekt zu sehen "die Gewerkschaften gehören zu meinem Klientel" und die wäre sauer, wenn die Betriebsräte auch noch entmachtet würden. Die FAZ wirft wieder die Frage auf, ob öffentlich-rechtliche Fernsehsender ins Internet und aufs Handy dürfen - zulasten der Zeitungen. Zum Reformvertrag (vielleicht heißt der in Zukunft der Vertrag von Brüssel oder Meise) meint die FAZ, es gäbe nur zwei wichtige Artikel. Welche? Meiner Meinung nach die Austrittsmöglichkeit und Opt-Out. Nach der FR sollen Fortsetzungsfeststellungsklagen gegen die Polizei- und Bundeswehraktivitäten in Heiligendamm erhoben werden - endlich könnte das theoretische Problem, in welcher Frist solche Klagen zu erheben sind, mal praktisch werden. Die FAZ berichtet über die AGG-Fälle des LAG Stuttgart. Nächste Woche stehen drei superwichtige Entscheidungen in

Karlsruhe an - die FAZ berichtet seit langem wieder mal (nach meiner Erinnerung bitte) vor einer Entscheidung und nicht erst nachher - heute über den Tornadoeinsatz in Afghanistan. Die soft skills once again: die 50/50 Frage. Zwei Beispiele: Frage: was ist häufiger, freie oder gebundene Verwaltung? (Die Kandidatin wusste nicht, was das überhaupt war), Augen zu und durch. "Die freie Verwaltung". "Richtig, Kandidat B, warum?" Oder: "Was sagt das OLG Köln zu der Frage, ob der Samstag bei Zustellungen an Anwälte mitgezählt wird oder nicht, also ob das ein Werktag ist oder nicht?" Der Prüfer ist Anwalt. Augen zu und durch: der Samstag ist ein Werktag. Die Alternative wäre "das weiß ich nicht" - sagen Sie mal selber. 50/50 Fragen kommen in jeder Prüfung mehrfach vor - üben Sie bei Günther Jauch, der hat auch so was.

In der Prüfung Doleischv.Dolsperg-Mansel-Spelthahn am 26.6. fiel eine Kandidatin mit 28 Vorpunkten mit 38 Endpunkten durch. In ihrem Wahlfach Strafrechtspflege wurde nach dem BGH-Urteil zum berichtigten Protokoll gefragt, dann, was man gegen ein Urteil des LG macht und Instanzenzug - sie konnte nichts dazu sagen, die Prüferin wurde sauer - Sie sehen, was Prüfungsangst und die daraus folgende Blockade anrichten kann - Mündliches muss man üben, dass man diese einfachen Sachen noch nie gesehen hat, kann ja kaum sein. Der Kandidat mit 37 Vorpunkten plus minus war super im Wahlfach ("was wissen Sie zur AG?" sinngemäß und Comroad-Entscheidung kam) Wirtschaftsrecht und hat das vb noch geschafft. Prof. Mansel sagte, er kommentiere im Jauernig das AGG und prüfte es daher ausführlich: das Kloster will einen männlichen Koch einstellen. Im Strafrecht kam Kickback eines Zahnarztes. Im ÖR-Pflichtfach die Sandkasten-Januarklausur, im ÖR-Wahlfach die März Klausur "Was ist Möbelrücken?". Im Zivilrecht der Autokauf durch den Käufer, der vorgibt, Unternehmer zu sein. Ich habe den Eindruck, dass die Prüfer wegen der langen Wartezeit jetzt mehr als je zuvor erwarten, dass Sie sich auf Ihr Wahlfach gründlich vorbereiten. Das Mangoldurteil steht wieder in der FAZ, es geht um eine Tagung zum Arbeitsrecht. Darf ein Staatsanwalt ein Buch mit einer Barschel-Mord-These veröffentlichen? Was kann er gegen das Verbot seines Vorgesetzten tun? Der vergleichbare Fall des BKA-Beamten, der ein Buch schreiben will, lief vor einiger Zeit und wurde auch geprüft. Haben wir zwei neue Staaten - Gaza und Westjordanland? Die belgische Anwaltskammer hat erfolglos beim EuGH gegen die Strafbarkeit der Teilnahme an Geldwäsche geklagt - bei uns wäre die Klage schon beim erstinstanzlichen Gericht als unzulässig abgewiesen worden. Porsche wird nach Allianz und Fresenius eine SE - arrivederci Gewerkschaften. Die CDU will den Investivlohn, die SPD den Deutschlandfonds. Nach dem Krieg hatte man sich zwei Modelle überlegt - die Betriebsräte und die Mitarbeiterbeteiligung - den damals begangenen Fehler will man offensichtlich jetzt wieder gut machen. Ist wenigstens eine längere Amtszeit des Bundespräsidenten wünschenswert? Ja, da dann ziemlich klar ist, dass keiner eine zweite Amtszeit machen wird.

Der europäische Haftbefehl: wir liefern die SS-Leute, die 1944 in St. Anna ein Massaker unter Zivilisten angerichtet haben, nicht aus, da es um die Vollstreckung geht und weil die Verhandlung in Abwesenheit erfolgte: das Dr. Krombach-Urteil des EuGH und des EGMR aus 2001 lassen grüssen. Die Grundschullehrerin empfiehlt mich nur für die Hauptschule, da ich beim Häkeln immer mit den runtergefallenen Maschen vorm Pult gestanden habe - hat ein Eilantrag Erfolg? VG Minden, nein. Karlsruhe hat nach dem Rasselsteinvilla-Urteil aus 2000 endlich wieder eine interessante Entscheidung zu Art. 14 GG gefällt - der oder das oder die squeeze out ist verfassungsmäßig, im Boxbergurteil durfte nicht zugunsten Mercedes enteignet werden, hier dann doch zugunsten der Mehrheitsaktionäre - in einem neuen Protokoll meint ein Prüfer, es sei auch in der Diskussion, ob § 48 III VwVfG mit Art. 14 GG vereinbar sei. Die FR behandelt den 17-jährigen, der mit einer 13-jährigen Engländerin in der Türkei unter einer Bettdecke geschmüsst hat. Schützt § 176 StGB kleine Engländerinnen in der Türkei? Gilt er für deutsche 17-jährige, denen die Hormone in der Türkei um die Ohren sausen? Würde er hier in Haft kommen - § 71 JGG? Sind die anzeigenden englischen Eltern wegen Freiheitsberaubung in mittelbarer Täterschaft zu bestrafen? Der "Hosenkläger", der von einer Reinigung 40 Millionen Euro wollte, weil seine Hose weggekommen sein soll, ist wie der Jude Shylock im Kaufmann von Venedig abgeurteilt worden - Tradition hat der anglo-amerikanische Rechtskreis, das muss man ihm lassen - das ist aber auch das einzig positive. Hab ich mir's doch gedacht: die BVerfG-Entscheidung zum Emissionsrechtehandel soll dem EuGH auf die Füße treten - die FAZ berichtet über eine Tagung zu dem Thema, vor allem zu dem in Karlsruhe anstehenden Urteil Mangold II zu § 14 III TeilzBefrG. Ist das eine "Erpressung", wie die Zeitungen zu der neuerlichen Stellungnahme der UNESCO zu der Waldschlösschenbrücke titeln? Wer haftet für Fehler der BAFIN, die von Banken finanziert und von Beamten betrieben wird? In der Prüfung Kindhäuser/Lüdtke-Handjeri/Weckerling am 21.6. wurden im Völkerrecht wieder die Menschenrechte abgefragt. Im ÖR wehrt sich die Nachbargemeinde gegen den Bau eines LKH - s. Homepage OVG Münster zur Stadt Herne - Strassenverkehrsdelikte und im Zivilrecht BGH NJW 2007 S. 1683 sowie S. 1757 und DB 2006 S. 152. Sowohl die Kandidatin mit 17 als auch mit 27 Vorpunkten machten 54 Endpunkte.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn-Lehmle/Schermaier am 16.6. hat eine Kandidatin mit 46 Vorpunkten 10,2 Endpunkte gemacht, ein Kandidat mit 34,4 Vorpunkten 7,3 und die Kandidatin mit 43 Vorpunkten nur 7,1 - die Kandidatin mit 38 Vorpunkten hat sie noch überholt und ist mit 7,6 nach Hause gegangen - warum - die Kandidatin hat sich nicht auf Rechtsgeschichte bei Prof. Schermaier vorbereitet, obwohl das in den Protokollen und auf seiner Homepage steht und

er im Probeexamen in Bonn dies auch geprüft hat - selber schuld, von der Gemeindereform hatte sie auch noch nie gehört - die Note ist definitiv im Mündlichen zerstört worden. Aha, Frau Merkel hat den politischen Merksatz "Satzungsfragen sind Machtfragen" kürmäßig vorgeführt. Die Kandidatin erhält 100 Punkte. Die Polen haben Art. 48 II EU nicht gekannt und sind dadurch überrumpelt worden. Die Ratspräsidentin kann eine Regierungskonferenz einberufen - die letzte ähnliche Situation gab es 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte. Es ist schon genial, das als letzten Joker aus dem Hut zu zaubern und dadurch den Sack zuzumachen. Die Welt meint, die Umsetzung des Brüsseler Vertrages bedürfte bei uns einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat - wieso? Wahrscheinlich muss Art. 23 GG wieder entpackt werden. Unser Bundespräsident will stärkere plebiszitäre Elemente wie seine Direktwahl einführen. Na ja, das sagt man eben in der letzten Sendung von Frau Christiansen - ein alter Hut. Wenn man das Staatsoberhaupt vom Parteiwillen abkoppelt, muss man ihm mehr Macht geben, dann kommt aber das ausbalancierte Tablett der Gewaltenteilung in Schiefelage.

Die FAS berichtet von der Kabinettsvorlage zur Sicherungsverwahrung für Jugendliche - ist die verfassungsgemäß? Die Nachlese zum Gipfel: warum will ein Labour-Premierminister nicht, dass die Grundrechtscharta auf der Insel verbindlich wird? Absurd. Welche Urteile hat er dabei im Auge? Carpenter? Die Franzosen: der unverfälschte Wettbewerb flog raus - was ist jetzt mit dem kommenden Urteil zum VW-Gesetz, zur Goldenen Aktie? Was ist, wenn zwischen Verhandlung und Urteil sich die Rechtslage ändert? Dann, da wieder mal Sonntag ist, zu den soft skills im neuen Prüfungsrecht, also zu dem Vortrag: Schreiben Sie sich den Obersatz und den Schlusssatz auf - Nehmen Sie Ihre Stimme auf dem Anrufbeantworter auf und hören sie ab - man ist erstaunt, wie man sich selber anhört. Wieviel ähms und desweiteren, jedoch, unzweifelhaft und ähnlicher sprachlicher Schrott sich einschleicht. Am wichtigsten für die Lösung ist der Sachverhalt - er enthält spiegelbildlich das Problem und die Lösung. Stellen Sie sich vor, Sie sind der Anspruchsteller und dann der Anspruchsgegner - wie würden Sie an deren Stelle argumentieren? Wie würden Sie ihrer Oma das Problem erklären? Also down to earth - nerven Sie nicht mit Worthülsen wie die billig und gerecht denkenden - stellen Sie sich vor, Sie stehen vor Gericht und müssen argumentieren.

Sie hat es wieder mal getan. handelsblatt.com bringt den Vertrag heute schon. Dass die doppelte Mehrheit erst 2014 kommt, ist wurscht, da die bis dahin ohnehin einfach im vorausseilenden Gehorsam praktiziert werden wird, zudem wäre die Umsetzung bis 2009 eh eng geworden. Raffiniert war die Drohung, ohne die Polen eine Regierungskonferenz anzusetzen; bis danach und falls Polen mit einem Veto kommt, ist das Zwillingsgespann nicht mehr an der Regierung. Die Engländer: Toni Blair kennt sich bei internationalen Grundrechten nicht aus. Was soll der Bohei mit dem EuGH? Bisher sind englische Urteile immer durch den EGMR in Straßburg einkassiert worden. Ein Land, das equity hat, sollte sich zudem nicht so anstellen. The king can do no wrong oder so ähnlich - abgesehen davon hat er doch in Nizza unterschrieben. Die SZ berichtet am 22.6. über das Piddimax-Verfahren beim EuGH = Vertragsverletzungsverfahren, weil wir Knoblauch als Arznei behandeln, so dass Piddimax Einfuhrschwierigkeiten hat.

So, ein Bekloppter schreibt an die StA Berlin, der Chef der Schwarzwaldklinik sei mit 78 in seinem Bett im Seniorenheim bzw. in der Klinik ermordet worden und die StA ordnet die Leichenobduktion an - sie hätte das gemusst - ein weiterer Tipp für "wie ärger ich meine Nachbarn". Wer klagt denn nun in Karlsruhe - die Linksfraktion, so die SZ auf Seite 1, oder die Partei, später im Heft? Prozessstandschaft der Partei und/oder Fraktion für die bespitzelten Abgeordneten? In der Löwer-Prüfung zu diesem Thema wurde § 105 GeschOBT angesprochen. Der Veranstalter der Love Parade schließt einen mehrjährigen Vertrag mit der Stadt Essen - geht das nach § 54 VwVfG - ist das überhaupt zulässig - rechtzeitig angemeldete Versammlungen kommen in den nächsten 5 Jahren ja nicht mehr zum Zug, es sei denn, der zuständige Polizeipräsident sieht das anders. Die SZ berichtet über den Squeeze Out bei der HypoVereinsbank. Kann die Familie von Stauffenberg verhindern, dass Tom Cruise den Hitler-Attentäter spielt?

In der Prüfung am 20.6. - Schuschke/Breuer? wurde die Anwaltshonorarvereinbarungsentscheidung des BVerfG geprüft, Beweisverwertungsverbot, Mord, Vortrag: Haftung für Unfall bei Probefahrt. Auch in der Kindhäuser-Prüfung am 21.6. kam die Gestoras pro Amnestia-Entscheidung im Völkerrecht- aus 17 Vorpunkten kann man 54,2 Endpunkte machen. In der Kapischke-Kreß/Weckerling-Prüfung am 18.6. kam im Strafrecht eine ältere Examensklausur, im Zivilrecht Gebrauchtwagenkauf und der vierjährige Junge fällt in den Gartenteich des Nachbargrundstücks, Menschenrechte auf internationaler Ebene, das 1503 Verfahren, das Urteil Gestoras pro Amnestia, der Soering-Fall, der Vermieter will nicht, dass die Mieterin ein Laken auf den Balkon hängt "Nein zu irgendeiner Sekte" und die Nachbargemeinde klagt gegen die Baugenehmigung für ein LKH. "Ach, Sie kennen sich?" hieß es nach der Notenverkündung, als zwei Kandidaten, die auch die gleiche Hausarbeit geschrieben hatten, sich gegenseitig gratulierten (die kannten sich aus meinem Kurs) - eine gefährliche Situation. BGH III ZR 176/06: Der Arbeitgeber bietet eine Kündigung oder eine Umsetzung an, kündigt dann und der Gewerkschaftssekretär versäumt die Klagefrist - wie lange haftet die Gewerkschaft für den Lohn - der Arbeitgeber hätte den Prozess verloren, weil er eine Änderungskündigung hätte aussprechen müssen? Der Generalanzeiger und Die Welt erklären in einem Frage-Anwort-Spiel, worum es bei diesem EU-Gipfel geht. Um die Blockademöglichkeit (witzig - bei dem Mindestlohn auch). Bei England um die Aussenpolitik, die EU soll in der UNO kein Konkurrent sein; und um die Grundrechte, weil dann ein

Referendum notwendig sei und die nicht existierende schriftliche englische Verfassung könnte durch Europarecht überlagert werden - die Engländer haben keine Solange I, II und Maastricht-Entscheidung. Angebliches Geheimrezept von Angela Merkel gegenüber Polen, mehr Stimmen im EU-Parlament. Scheitert der Gipfel, gibt es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten und keine Beitritte mehr. Der Telekom-Abschluss beerdigt endgültig das Burda-Urteil aus 1999 - längere Arbeitszeit und Jobgarantie sind keine Äpfel und Birnen mehr. Was ist, wenn die Telekom T-Service trotz Vereinbarung verkauft? Gilt bei dem Verstoß gegen einen Tarifvertrag § 135 oder § 137 BGB? Warum will ver.di das haben - es gibt doch § 613 a? SZ - BGH: bei Mieterhöhung gilt die vereinbarte Quadratmeterzahl und nicht die tatsächliche? Auch wenn, die niedriger ist? Die FAZ hat einen guten Artikel über Anwaltsfehler bei Schmerzensgeldfällen. Die SZ berichtet wieder über den Distomo-Villa Vigoni-Fall. Dürfen die Fernsehanstalten im Internet quasi eine gebührenfinanzierte Zeitung anbieten?

Die neue Düsseldorfer Tabelle ist da - zum ersten Mal wird der Kindesunterhalt nicht angehoben sondern abgesenkt. Die Schweizer Freundin des in London lebenden Herbert Grönemeyer verklagt mit Erfolg die Bunte - IPR/ZPO. Den Radfahrern wird vom Verband ein Vertragsstrafversprechen abgepresst - Bosman II? Am 19.6. in der Prüfung Rosenberger-Schnappauf/Gehle kam der Backofenfall, Gebrauchtwagenkauf/das Erzbistum Köln will sich gegen Presseberichte über einen vergewaltigenden Priester wehren. Mit ZPO-Einschüben. Ein Blinder will seinen Blindenhund mit ins städtische Schwimmbad nehmen - § 8 II GO - AGG. Arbeitsrecht: Ist eine Hebamme Arbeitnehmerin? Staat + Verwaltung: Doping. Der Kandidat, der durchgefallen ist, soll vor allem im Wahlfach versagt haben. Strafrecht - quer Beet und StPO. Münzfeiring tobt, Angie Baby hat sich wieder mal durchgesetzt. Bei der Debatte Mindestlohn ist nicht so sehr interessant, ob der kommt sondern wie: § 138 BGB wird reformiert, das Mindestarbeitsbedingengesetz von 1952 wird reaktiviert (+)(so was ähnliches hatten wir zuletzt beim Beitritt der DDR, da wurde die Karteileiche des alten Art. 23 GG hervorgeholt), das Entsendegesetz kommt zur Anwendung (+), die Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach dem TVG (-), sondern wer das Vetorecht bekommt. Die Gewerkschaften, Der Arbeitsminister, der Bundestag, die Regierung? Ein absolutes Debakel für die Gewerkschaften - Tariflöhne sind Mindestlöhne - Art. 9 III GG dürfte verletzt sein. Der Vatikan sagt, "man soll das Auto nicht als Ort der Sünde benutzen" - was ist denn damit gemeint? Ich fühle mich in die verquaste Erziehungssprache der 60er Jahre versetzt - die Zeitschrift Bravo übernahm die Aufklärungsarbeit und lieferte Starschnitte. Die Stadt Dresden hat erfolglos gegen die Vergabeentscheidung-Waldschlösschenbrücke einen Eilantrag gestellt - ist die Ersatzvornahme ein VA? Das VG Freiburg und das VG Minden beschäftigen sich mit den Studiengebühren sowie dem Internationalen "Sozialpakt".

Der EU-Gipfel rollt an. Welche Wahlsysteme kennen Sie, könnte gefragt werden? Mehrheitswahlrecht England und Frankreich, Hare-Niemeyer, d'Hondt, Sainte Lague-Schepers, reines Verhältniswahlrecht, doppelte Stimmenmehrheit, Nizza und Quadratwurzel. Die FAZ berichtet am 19.6. ausführlich über die Vb/Organstreit (?) der Linken gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Im Feuilleton wird über den Pilgerweg geschrieben - jeder, der das Buch von Harpe Kerkeling in die Hand genommen hat, hat es in 3 Tagen ausgelesen. Die Welt kommt am 19.6. mit einem zweiseitigen Artikel von Roman Herzog u.a. über die EU-"Verfassung". Wie ist der Bettnachbar auf der Intensivstation zu bestrafen, der die Schläuche rauszieht und die Tür abschliesst, sie dann aber doch auf gutes Zureden öffnet, so dass der Patient gerade doch noch gerettet wird? Die SZ berichtet, dass der BGH in Strafverfahren eine nachträgliche Protokolländerung nun doch zulässt - er ist offiziell gekippt, das macht er eigentlich nie, weil er dann ja einen Berg von Wiederaufnahmeanträgen auf den Tisch kriegt, was hier nicht zu befürchten ist. Kann Hitler posthum die Ehrenbürgerwürde aberkannt werden? Ermächtigungsgrundlage? GO - Geschichtsklitterung - die Gemeinde soll sich die nächsten tausend Jahre genießen. Ein Leserbrief wies mich darauf hin, dass die Geschichte mit den 39 Vorpunkten = 39 Endpunkten eigentlich gar nicht sein könne. Das räume ich gerne ein, wüsste aber auch nicht, warum man so was erfinden sollte. Den Prüfern sei dennoch In dubio pro reo gewährt.

In der Löwer-Prüfung am 16.6. kam die § 828 II Problematik, die Vb/Organstreit der Links-Partei gegen die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz und im Völkerrecht: Uganda kauft ein Grundstück in Deutschland, bezahlt aber den Kaufpreis nicht - das AG Berlin-Tiergarten soll eine Klausel erteilen - der Argentinien-Entscheidung des BVerfG nachgebildet. Am 15.6. hat Herr Habermehl gefragt, was der Zaun in Heiligendamm rechtlich sei (duje, solche abgedrehten Überlegungen können nur wir Juristen anstellen). Am 16.6. (Schmidt-Eichhorn-Schermaier-?) kam die geplante Gemeindereform (kannte nur 1 von 6 Kandidaten), Urkundsdelikte, Rechtsgeschichte und Änderung Altes/Neues Schuldrecht, ein Fall aus der Übung, Unterhaltsrecht aus der FAZ vom Prüfungstag sowie die Umbenennung einer Strasse. Die Kölner Moschee ist wieder in den Zeitungen. Schlägt die Parkplatznot die Religionsfreiheit? Oberammergau: darf ein Bürgerbegehren die Kunst- u. Religionsfreiheit definieren? Eine Parteigründung als Fusion und nach der Fraktionsgründung - wie geht das rechtlich? Ver.di ist damals mit Hilfe des Umwandlungsgesetzes gegründet worden.

Was ist strafrechtlich die ins Internet gesetzte "Hinrichtung" eines mit Photo abgebildeten Lehrers? § 111? § 185? §§ 202 ff..? Noch einmal zu den Soft skills: die mündliche Prüfung ist von Deutschland sucht den Superstar manchmal nicht weit entfernt. Neulich lachte ein Kandidat immer erst auf, bevor er eine Antwort gab. Dann hatte ich mal einen, der

hat immer, nachdem er geantwortet hat, sich in seinen Stuhl geschmissen und laut geseufzt. Prof. Kindhäuser sah sich das ein paar Mal an und sagte dann sinngemäß, wir müssen uns hier auch den Samstag um die Ohren schlagen, lassen Sie das. Was macht der Typ, Antwort, Seufzen und sich in den Sessel schmeissen. Der hat das trotz mehrfacher anzüglicher Bemerkungen den ganzen Tag durchgezogen, der Verbesserungsversuch war dann weg. Dann antwortete ein Kandidat mit sehr lauter Stimme. Die Kommission sagte, bitte nicht so laut. Er antwortete weiter mit lauter Stimme - ein Repetitor hätte ihm das dringend empfohlen. Häufiger sind natürlich die piepsigen Stimmen der Mädchen. Leise sprechen nützt bei einer falschen Antwort gar nichts. Bei einer richtigen entwertet es die Antwort oder, was sehr oft vorkommt, fragt der Prüfer nicht nach, sondern geht an den nächsten Kandidaten, der wiederholt das und bekommt die Punkte. Es ist wichtig, die Reaktion der Prüfer zu sehen. Leider wird denen in Kursen beigebracht, sie sollten ein Pokerface machen. Glücklicherweise halten sich die meisten nicht dran. Eine Kandidatin hat mal die ganze Zeit mit dem Kopf nach unten geantwortet und hat nicht gesehen, wie die Mitprüfer Zeichen gegeben haben. Es gibt Prüfer, die sagen falsch vor. Na ja, das ist Künstlerpech. Ein älterer Richter hat mir mal von seiner Prüfung erzählt. Der Prüfer fragte nach Karl dem Großen. Der Kandidat kam nicht drauf, der Mitprüfer schob die flache Hand von unten nach oben, um GROß zu signalisieren, über seinem Kopf. Antwort: "Karl der Kahle". Oder: in welcher Stadt wurden auch deutsche Kaiser gekrönt? Gewünschte Antwort: Frankfurt. Der Kandidat kam nicht drauf. Hilfestellung: ein großer Eisenbahn-Knotenpunkt. Antwort: Rheda-Wiedenbrück. Und jetzt noch die schrecklichste Situation von allen. Man weiß die Antwort nicht, der Prüfer lässt einen nicht vom Haken, "lassen Sie sich ruhig Zeit", es wird totenstill im Saal, der vollkommene Blackout ist da. Füße nebeneinander stellen, Hände nebeneinander ruhig auf den Tisch und durch die Nase atmen. Nicht schnaufen, sondern nur bewusst atmen. Dadurch ist die Verkrampfung sofort weg. Erwarten Sie nicht den perfekten Tag - Sie werden Bälle ins Wasser schlagen oder aus dem Rough nicht rauskriegen. Birdies wie gutes Wahlfach, Rechtsgeschichte und Aktuelles bringen die Punkte. Prüfer haben auch Macken. Einer wollte mal wissen, wann die Bundesrepublik gegründet wurde: gewünschte Antwort: 1871. Richtigerweise hätte er 1867 erwarten müssen. Die wollen manchmal Stichworte hören, auf die nur sie alleine kommen würden. Das ist nun mal so. Abhaken und weitermachen.

Am 24.5. wurde gefragt, was der Unterschied zwischen einem Botschafter und einem Konsul sei - gewünschte Antwort: der Botschafter arbeitet umfassend, der Konsul nicht - ah so, na ja. Schon vor dieser Prüfung wurde gesagt, dass es heute keine Prädikate gebe. Ah so na ja. Der EU-Gipfel beschäftigt die FAZ - ebenso ganz ausführlich die Geschichte der Waldschlösschenbrücke. Das Verfahren gegen Herrn Uhl: auch er hat nichts zu seinen Mittätern gesagt - das ist doch sehr seltsam, dass sowohl gegenüber Herrn Hartz als auch ihm gegenüber kein Jagdeifer in dieser Hinsicht besteht. Wie macht sich ein Bankangestellter strafbar, der als Robin Hood Gelder an Bedürftige verschiebt? Das ist ja reines Forderungsgeld - § 263 a? § 266???

Darf die Bundestagsverwaltung (ne Quatsch, das Unternehmen, das für den Bundestag fährt) einem Chauffeur, der bei Günther Jauch erzählt hat, dass Politiker, vor allem hohe arrogant seien aber mit Ausnahmen, fristlos kündigen? Hat er sich gemäß §§ 185, 353 b (Kollektivbeleidigung - überhaupt Kundgabe der Mißachtung - Geheimnis - Amtsträger?) strafbar gemacht? Man weiß doch, wer es wo und warum gesagt hat. § 626 oder nur eine Abmahnung? Am 21.5. in der Düsseldorfer Prütting-Prüfung hat ein Mädchen mit 39 Vorpunkten in jedem Fach 0 Punkte bekommen und ist durchgefallen - Hausarbeit 15 Punkte, Klausuren dann entsprechend - zu den anderen Kandidaten soll Herr Prof. P. gesagt haben, man sei da eben mißtrauisch. Die JPAs trauen sich m.E. nach seit längerem nicht mehr, offen von Täuschung zu sprechen, das können sie i.d.R. nicht beweisen - man macht das eben durch den Dolch in den Rücken - was in diesem Fall sicherlich mit Erfolg anfechtbar sein dürfte - vier Mal 0 Punkte können platterdings nicht sein, wenn sie gegenüber den Prüfern nicht handgreiflich geworden ist - man wundert sich doch manchmal, was Juristen für eine richtige Verfahrensart halten, wenn sie meinen, sich so was erlauben zu können - die soll mal klagen - das dauert und dann hauen wir ihr den Täuschungsversuch um die Ohren - bitte, das ist keine "meiner" Kandidaten gewesen. Die Festspiele in Oberammergau - verstößt die Regelung, dass nur Eingeborene oder Einwohner, die schon seit 20 Jahren dort wohnen, mitspielen dürfen, gegen Gemeinderecht, Verfassungsrecht, Europarecht? Der BGH meint, Gaspreise seien nicht über § 315 BGB transparent zu machen, Erhöhungen schon - man könne ja den Anbieter wechseln - aha, ich reise also die Ölheizung im Keller mal eben so raus und wechsel zu Gas und umgekehrt. Der EU-Gipfel naht. Die Engländer und Franzosen wollen, dass keine "Verfassung" raus kommt, weil sie nur bei dieser ein Referendum machen müssen. Was kennzeichnet also eine Verfassung? Gut dazu Die Welt heute. Durften die Bundeswehrturnados in Heiligendamm eingesetzt werden - analog Oderbruch-Hochwasser oder Hamburger Sturmflut 1962, wo Sandsäcke geschleppt werden mussten? Bonns Stadtrat hat beschlossen, ein Beethoven-Festspielhaus zu bauen, die Telekom und andere tragen die Baukosten von 60 Millionen - darf die Stadt das überhaupt? die zwei Mai-Klausuren im ÖR werden sicherlich häufig geprüft: Zum einen Anscheinsgefahr, ex ante ex post § 39 OBG. Zum anderen cic im ÖR und § 40 II VwGO?

Am 12.6. kam schon wieder die Novemberstrafrechtsklausur, Versammlungsrecht, Sachenrecht, in der Parallelprüfung Bereicherungsrecht. Am Freitag Warnschussarrest. Und am 12.6. zum ersten Mal seit 20 Jahren im Wahlfach ZPO

Insolvenzrecht. Ein US-Gericht hat den Kombattantenbegriff nach Art.4 der 3. Genfer Konvention anders ausgelegt als der Präsident. Woran erkennt man Kombattanten? Unser BT-Präsident Lammert meint, die EU sei kein Moloch auf Beutezug - Mindermeinung. Darf das Land NRW in einen "Verbund" mit den Benelux-Staaten?

Im 2. Examen letzte Woche fragte Herr Kapischke, General aus Köln: Was würden Sie als Staatsanwalt vorbereitend auf den Gipfel in Heiligendamm tun? Die Kronzeugenregelung kam dran. Der Distomo-Fall ist wieder aktuell. Die griechischen Kläger hatten zwar erfolglos vor Jahren versucht, das Goethe-Institut in Athen aus ihrem Titel zu pfänden (der Prüfungshit im Völkerrecht), jetzt ist es ihnen aber gelungen, in die Villa Vigoni in Italien, die der Bund ohnehin gerne los werden will, zu vollstrecken. Vor welchem Gericht kann die BRD gegen Italien klagen - IGH/EuGH/EGMR/dispute settlement body der WTO? Die Waldschlösschenbrücke: darf die Stadt nun eine leichtere Brücke bauen oder muss sie DIE Brücke des Bürgerentscheids hinstellen? Derselbe Streitgegenstand? § 43 c BRAO - die Fachanwaltsprüfungen sollen schwerer werden. Großkanzleien können da schummeln, die Fälle werden offiziell von dem Kandidaten bearbeitet. Machen Sie in der Referendarzeit mindestens einen Fachanwaltslehrgang - die Lehrgänge sind billiger, sie kriegen zudem frei und müssen nicht neben ihrer Arbeit noch Wochenendkurse machen und haben müssen Sie die Bezeichnung, wenn Sie nicht Richter werden wollen und dürfen. Man muss jetzt allerdings schon ab dem 1. Jahr Nachprüfungen machen. Suchen Sie sich das aus, was hohe Streitwerte bringt - Versicherungsrecht/Bankenrecht/Medizinrecht. Ein ulkiger Fall aus den Protokollen: Oma O will ihren toten Kater durch den Unternehmer U einäschern lassen. Er macht das, die Rechnung will sie aber erst bezahlen, wenn er nachweist, dass die Asche die Katze ist. Er schreibt eine Mahnung "auf die anstehende Streupflicht darf ich freundlichst hinweisen". Sie zahlt empört und erstattet Anzeige. Strafbarkeit?

Heute ist nichts interessantes in den Sonntagszeitungen drin. Deshalb bleibt etwas Zeit für die soft skills. Zunächst zum Vorgespräch. Es wird nach Hobbys, dem Berufswunsch, den Punkteerwartungen und dem gesundheitlichen Zustand gefragt - letzteres nicht, weil den Prüfer das wirklich interessiert sondern weil es ein Anfechtungsgrund wäre, wenn er es nicht tun würde und Sie dann käseweis durchfallen, weil ihre Katze gestern überfahren wurde. Leider fallen viele Prüfer auf Leidensgeschichten herein und geben extra Punkte - sehr bedauerlich. Hobbys - bitte nicht mehr als anderthalb aufzählen. Ich hatte schon die ulkigsten Sachen: Boxen - ein Mädchen - oder eine Kandidatin sagte: ich habe ein altes krankes Pony, mit dem gehe ich jeden Abend spazieren - die Stimmung war darauf bombig, das Mädchen war in der Prüfung auch so und hat ein gutes Ergebnis eingefahren. Bitte nicht lesen als Hobby angeben, das ist wirklich zu blöd. Berufswunsch - bei schlechten Punkten sollte man sich nur auf sein Wahlfach festlegen. Bei guten Punkten die Justiz. Sagen Sie nie, ich will Anwalt werden, dann werden Sie behandelt, wie die Katze, die eine tote Ratte vors Bett legt. Punkteerwartung: tja, Ansprüche anmelden hat sich bisher immer gelohnt - denn dann wird man tatsächlich geprüft und nicht als unproblematischer Fall vergessen. Zum Event selber: schauen Sie mal, wie viele Kandidaten sich hinflenzen und wegpennen. Bauch an die Tischkante, immer im Gesetz mitblättern, Füße ruhig halten, Hände ruhig halten. Immer Interesse signalisieren. In letzter Zeit sind leider Kandidaten, die sich auf Kosten der anderen profilieren wollten, mit der Masche durchgekommen. Ein Mädchen hat, als der Nachbar was sagte, immer mit dem Kopf geschüttelt - manche schnipsen wie in der dritten Klasse und drängeln sich vor - die meisten Prüfer sind damit überfordert - es fehlt das psychologische Training, obwohl die Kurse machen, wie man richtig prüft. Ich empfehle sowas nicht. Durch Angucken signalisieren Sie deutlich genug, dass Sie was sagen wollen. Und am wichtigsten: jede Antwort ist besser als keine Antwort. Viele Kandidaten beklagen sich, dass sie überhaupt nicht drankommen. Und dann zu sagen, ich weiß es nicht, ist natürlich tödlich. Verdrängen Sie den Impuls, eine perfekte Antwort geben zu wollen, die gibt es i.d.R. nicht. Sie müssen mit der Antwort das Treppengeländer der Frage anfassen - mehr ist meist nicht gewollt oder möglich. Schwätzen ist aber nicht gewollt - heisse Luft erkennen Prüfer sofort. Ganz wichtig: Prüfer wollen keinen Kandidaten reinreiten - die wollen auch einen spannenden, lustigen Tag verbringen und glücklich nach Hause gehen. Dann noch zur Kleidung. Die richtige verringert Ihre Nervosität und das ist die halbe Miete. Also nicht den Konfirmationsanzug recyceln - die Mädels Röcke, wenn man halbwegs vorzeigbare Beine hat. Wann haben Sie zuletzt eine Juristin im Rock gesehen? Gibt es praktisch nicht. Ein Kandidat ist mal im weissen Anzug mit weisser Weste mit rosa Knöspchen drauf erschienen - das hat ihn eine Note gekostet. Eine Kandidatin mit Holzfällerhemd - sie hätte nicht gewusst, das man depressives grau anzuziehen hat. Nicht lila, nicht gestreift, GRAU. Bei Prof. Herzberg mussten die Herren in Schwarz antreten - hat er in einem Brief an die Kandidaten vorher eingefordert. Ein emeritierter Professor hat bei 35 Grad die Herren gebeten, ihre Jackets auszuziehen, den Mädels das aber ausdrücklich verboten - er hat wohl befürchtet, die Blusen seien zu durchsichtig. Ein Professor hat mal den Schlitz im Rock goutiert "ich sehe, Sie haben Geschmack". Was sagt man, wenn man auf seine schlechten Punkte angesprochen wird? Ich bin zu doof oder habe zu wenig Klausuren geschrieben? Eine Kandidatin sagte, ich habe Prüfungsangst, wenn ich schon die Wand von diesem Gebäude sehe Das kam gut an. Eine andere, 13,5 Vorpunkte: Beurteilen Sie mich bitte nach dem, was ich heute zeige. Eigentlich frech aber gut formuliert, sie hat bestanden.

Das Handelsblatt - handelsblatt.com - bringt ein informatives Interview zur geplanten GmbH-Reform. Der Energieausweis für alte Wohnhäuser ist beschlossene Sache - überflüssig wie ein Kropf, denn wenn ich ein Haus kaufe, frage ich schon mal, was die für eine Heizung im Keller haben und welche Fenster u.ä.. Echte oder unechte Rückwirkung? Präsident Bush fragt sich, wo der Pferdefuß in dem Putinschen Vorschlag liegt - den er schon wegen Gesichtsverlustes kaum annehmen kann. Die Anklage wegen des Verschenkens von Fußball-WM-Tickets an Politiker durch EnBW ist zugelassen worden - § 331? § 108 e? Paris Hilton. Sie heult zu recht - bei uns gäbe es beim ersten Mal Geldstrafe und 9 Monate Entziehung der Fahrerlaubnis, dann 90 Tagessätze plus und dann Freiheitsstrafe auf Bewährung plus. Elektronische Fußfessel - § 56 b StGB?

Der Klimagipfel endet mit der Formulierung "ernsthaft in Betracht ziehen" - was heißt das völkerrechtlich, schuldrechtlich und laienhaft? Ergibt sich daraus eine Pflicht irgendwelcher Art nach der WVK? Was ist das strafrechtlich, wenn Greenpeace-Aktivisten versuchen, mit ihrem knallroten Gummiboot in die Sperrzone einzudringen? Und wenn ein Deutscher versucht, auf das Papamobil eines deutschen Papstes in Rom aufzuspringen? Interessiert das einen deutschen Staatsanwalt? Als Ablenkung von diesen todtraurigen Themen kann ich nur wärmstens Harpe Kerkelings "Ich bin dann mal weg" empfehlen - wenn Sie nicht bei Seite 158 lachen, bis der Arzt kommt, sind Sie klinisch tot.

Der BGH wird sich am 17.7. mit einer 25-stündigen Flugverspätung und der Auslegung einer EG-VO beschäftigen - ist das eine Annullierung oder eine Verspätung? Autonom ausgelegt? Wer bezahlt die von den Demonstranten in Heiligendamm zertrampelten Felder? Ein SPD-Politiker meint, Steinewerfer würden einen versuchten Mord begehen. Wissen und Wollen, Überwindung der Hemmschwelle? Welches Mordmerkmal? Von wann ist § 211 in seiner aktuellen Fassung, wie sah er vorher aus, wer war der Autor, sieht man das der Vorschrift an? Für die richtige Beantwortung gibt es

14

Punkte

im

Mündlichen.

In Heiligendamm ist Krieg - mit Demonstration hat das nichts mehr zu tun. Das BVerfG hat am 6.6. die Waldschlösschenbrücke im Sinn des Bürgerbegehrens zulasten des Völkerrechts geklärt - Gemeinderecht schlägt nicht transformiertes Völkerrecht - mit uns wird kein völkerrechtlicher Vertrag mehr geschlossen werden. In der Kölner-Prüfung am 5.6. kam § 1615 I II, die neue BGH-Entscheidung zu § 828 II, das Auto stand aber nicht vor einer Ampel sondern im Halteverbot, der erste Teil der Strafrechtsnovemberklausur, Klage auf einen rauchfreien Arbeitsplatz. Jetzt beherrschen die Inhalte von Heiligendamm die Schlagzeilen: TRIPS, Kyoto-Protokoll, DOHA-Runde, Emissionsrechtehandel sollte man sich mal angucken. Die FR meint, für den Einsatz von Gummigeschossen bei Demos gäbe es keine Ermächtigungsgrundlage. Wie wäre mit § 58 PolG-NW? Frau Merkel will keine Klima-Einigung ohne die UNO - ist die überhaupt dafür zuständig? Wird der Weltfrieden bedroht? Der EuGH hat das Alkoholmonopol in Schweden gekippt - Luxemburg meint also, für Gefahrenabwehr und Gesundheitspolitik seien sie unter dem Deckmäntelchen der Warenverkehrsfreiheit zuständig. Ist Alkohol eine Ware? Geht es um Dienstleistungsfreiheit? Einfuhrverbot oder mengemäßige Beschränkung? Schranke? Geschriebene, ungeschriebene - der Fall wird ein Klassiker werden.

Am 1. Juni wurde in irgendeiner Prüfung wieder nach der geplanten Gemeindereform gefragt. In der Druckindustrie wird gestreikt - die Drucker hatten im 19. Jhd. den ersten Tarifvertrag - angeblich weil sie lesen und schreiben konnten. Machen sich Rote-Kreuz-Mitarbeiter strafbar, die sich irgendwas spritzen, um ohnmächtig zu werden? Der Film Flatliners in der Realität. Was könnte man gegen einen Zeitungsverleger - Larry Flint - machen, der 1 Million Dollar für Beweise von Sexskandalen von Politikern bietet? Die Presse ist polizeifest. Nach den Krawallen in Rostock wird der Eilantrag in Karlsruhe keine Chance mehr haben. Dumm gelaufen - genau, der Antrag wurde Dienstag mittag abgewiesen. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg - auch per Vertrag? Wesentlichkeitstheorie?

Die Krawalle in Rostock - in einer Zeitung ist ein Foto von einem Mann, der einen Einkaufswagen voll von Steinen vor sich herschiebt - welche Straftaten würden Sie als Staatsanwalt prüfen? Angeblich sollen die gefassten Übeltäter im beschleunigten Verfahren abgeurteilt werden - bei schwerem Landfriedensbruch? Die Studenten an der Uni Köln wurden aufgefordert, die Studiengebühren auf ein Treuhandkonto zu zahlen, wenn 10.000 das tuten, könnte die Uni nicht 1/4 der Studenten exmatrikulieren. Ist das strafbar? Die FAZ berichtet über die Terrorliste der EU und die Streichung der Volksmudschahedin, weil keine Beweise vorgelegt werden - bitte das Yusuf-Urteil des EuGH angucken.

Das BVerfG muckt gegen den EuGH auf. In den zwei Entscheidungen zum Emissionshandel wird dem BVerwG eine intensivere gerichtliche Kontrollrolle zugestanden, als sie der EuGH haben will und es wird, wie beim EGMR, nur von der Pflicht der Gerichte gesprochen, sich mit der Rspr. des EuGH auseinanderzusetzen aber nicht von der Pflicht, sich mit Kotau zu unterwerfen. Kann ich verstehen, mir langt das allmählich auch, was aus Luxemburg kommt. Das ist mehr als Richterrecht, das ist Richterpolitik.

Heiligendamm auf jeder Seite in jeder Zeitung, man meint, die Welt ginge unter - die Journaille hetzt in letzter Zeit statt zu berichten - s. Christian Klar (der sitzt m.E. nach zu recht). Jetzt klagen sich noch Journalisten ein - gibt Art. 5 I GG ein Anspruchsrecht? Institutsgarantie - Carl Schmitt angucken. Eine andere Demo darf wegen Polizeinotstands nicht stattfinden. Ist Art. 8 GG verletzt? Die Nierenshow ist nur ein Gag gewesen - ist das Betrug?

Das BAG - 2 AZR 200/06 - hat sich zum Kündigungsgrund Privates Surfen im Internet ausgelassen - es kommt wie immer darauf an. Das OVG Greifswald hat in Sachen Heiligendamm das VG Schleswig aufgehoben - es wird also zu Brokdorf II beim BVerfG kommen (Unterschied zwischen einem AKW und Präsident Bush?). Nach dem Hamburger Kessel und dem Münchner Trichter gab es nun den Hamburger Wanderkessel - es wird natürlich dagegen posthum geklagt - gibt Art. 8 GG ein Recht auf Kontakt mit Zuschauern und Passanten? Jemand, der einem Kloster ans Leder will, hat die Nemesis Prozess Limited gegründet, sich die Ansprüche des Insolvenzverwalters an die abtreten lassen und mit Erfolg vor einer Kammer für Handelssachen in München geklagt - ist das nicht eine unzulässige gewillkürte Prozessstandschaft im Kleid des Formenmißbrauchs? JuraXX beschäftigt heute die Zeitungen - da muss man wirklich doof sein, um darauf reingefallen zu sein. MdB Uhl kriegt jetzt richtig Ärger - kein Deal wie Peter Hartz - sondern das volle Programm in der VW-Affäre zudem Prozessbetrugsanzeige durch den Focus - hier sieht man den Unterschied zwischen guten und schlechten Anwälten unter dem Vorbehalt, dass auch ein guter Anwalt gegen einen beratungsresistenten Mandanten nichts machen kann. Die FAZ berichtet über das Hariri Sondertribunal und dessen Vorläufer. Liegt bei den Call-In-Sendungen ein Betrug vor, wenn der Hot Button manipuliert wird? Ist ein Journalist wegen Verstosses gegen das TierschutzG strafbar, der in einer Radiosendung einen Corgi verspeist, um gegen die Tötung eines Fuchses durch Prinzgemahl Philipp zu protestieren - Rechtfertigung durch Pressefreiheit? Nach dem Kölner Stadtanzeiger sind vor Vietnam 11 Kilometer Kabel aus dem Meer "gestohlen" worden - ist das § 242?

Mai: Kann das noch nicht rechtskräftige Verfahren gegen die Eltern von Nadine verschärft werden, da der Leichenfund schwere Mißhandlungen bewiesen hat? LG Lübeck: Polizeibeamte hatten frühmorgens einen betrunkenen 18-jährigen aus dem Auto gelassen und der ist dann überfahren worden - die StA und die Verteidigung haben auf Freispruch plädiert - Anklage wegen Aussetzung mit Todesfolge, Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung. Wann ist das Gericht mal an den Antrag der StA gebunden? Es gibt einen einzigen Fall - Günther Jauch, 125.000 € Frage. In der von Bassewitz-Looschelders-Feldmann-Prüfung am 24.5. kam Heiligendamm mit allem, was das hergibt (Brokdorfurteil, § 15 VersG/Bannmeile) und das Urteil zum § 1615 I II BGB, Ladendiebstahl und StPO, Sachenrecht. In der Baxpehler-Ruby-Hansel-Prüfung letzte Woche kamen das Lüth-Urteil, das Mangold-Urteil, das Grünbuch zum Arbeitsrecht, StPO im Pflichtfach (Urteilstenor), eine Februartklausur im ÖR. Die Telekom hat durch einen juristischen Trick - Abschluss eines Beherrschungs- u. Ergebnisabführungsvertrages und dadurch Begründung einer gewerbesteuerlichen Organschaft - die Stadt Bonn in Haushaltsprobleme gebracht. Einnahmequellen des Staates? (Steuern, Gebühren, Beiträge, Sonderabgaben, Kreditaufnahme, Monopolausbeute, Verscherbelung des Tafelsilbers, eigene Unternehmen). Jede Zeitung berichtet über die Kölner Moschee. Kann das Verbot des Bürgerbegehrens gegen Bebauungspläne in § 26 GO umschifft werden, indem es sich gegen das Megaphon richtet, mit dem die Gläubigen zum Gebet gerufen werden bzw. zur Parkplatzsituation? Der Verfassungsschutz Berlin beobachtet wieder die Scientology Church - Art. 4 GG? Die Bundesbahn leistet sich einen Staatsanwalt im Pensionsalter als Compliance Officer - der meint, es wäre seine Aufgabe, Korruption aufzudecken- er wird ein hübsches Büro kriegen, viele Vorträge halten und viele Reisen machen. Ich finde das geplante Antidopinggesetz - den Text - immer noch nicht übers Internet - hoffentlich sind Sie da erfolgreicher. Bei den Grünen "müssen" die Mandatsträger 80% ihrer Aufwandsentschädigung u.ä. an die Partei abgeben - bei den anderen gibt es das auch - aber in der Höhe? Verstösst das gegen das staatliche Parteienfinanzierungsverbot?

An der Uni Essen sollen nicht nur "Spenden" für OP-Termine verlangt worden sein sondern auch Organhandel betrieben worden sein - wer macht sich strafbar, wenn eine gekaufte Niere verpflanzt wird - der Arzt (§ 228?) - der Spender (notwendiger Teilnehmer an der Körperverletzung an sich selber?), der Empfänger (§ 35?). Australischer Sondermüll soll in NRW entsorgt werden. Verstösst ein Importverbot gegen das GG und/oder Europarecht? Sollte Verwaltungsrecht Ihre Leidenschaft sein - soll gelegentlich vorkommen - ist Abfallrecht eine Goldgrube. Die Leute, die Müll legal entsorgen können, werden mit Gold aufgewogen.

In der Prüfung Köndgen/Reuter/Weckerling war der Prüfer Becker ausgetauscht worden - das Gefährderanschreiben kam. Das Verwaltungsgericht Köln will in einem Ortstermin klären, ob das Bonner Metropol (für Nicht-Bonner: ein uraltes Kino, was pleite gegangen ist, weil da keiner mehr rein wollte) unter Denkmalschutz soll - die Entscheidungen zum Blüchermuseum und zur Rasselsteinvilla (2000) bitte angucken. Darf eine Niere in einer Fernsehshow durch SMS-Wahl der Zuschauer vergeben werden? Die alte Big-Brother-Problematik - WDR-Gesetz.

Die Unternehmenssteuerreform wird ein Debakel für die Kirchen: ab 2009 führen die Banken die Kirchensteuer an diese ab, aber nur, wenn man als Kunde denen sagt, sie sollen das tun - Verstoß gegen Art. 4, 140 GG? Das Halbeinkünfteverfahren hört auf. Der volle Aktiengewinn wird besteuert - hoffen Sie auf eine Baisse bis Ende 2008 und kaufen dann soviel Aktien, wie die Oma hergibt. Das BVerfG hat das Halbeinkünfteverfahren verlangt. Mal gucken, ob

das hier zulässig ist. Spanien will den Münzschatz haben - 200 Meilen-Zone- 12-Meilen-Zone - Völkergewohnheitsrecht - Flaggenprinzip bei gesunkenen Schiffen?

Auch die FAZ und der GA berichten am 26.5. ganzseitig über das Hambacher Fest. Heiligendamm: das VG hat dem Antrag teilweise stattgegeben. Na also. Der BGH meint, der Aufruf zum Heiligen Krieg falle nicht unter § 129 oder § 130, nur die Werbung um Mitglieder sei strafbar - hier werden die plötzlich pingelig - dann müsste die Wahlfeststellung und die alic nun endgültig beerdigt sein, da sie nicht im Gesetz stehen. Darf die StA in Hamburg einen ganzen Postbriefkasten (warum sind die gelb?) beschlagnahmen, um ein eventuelles Bekennerschreiben zu finden? Die haben wohl Angst, dass die Zeitungsredaktion, an die das gerichtet ist, das nicht rausrückt. Das VG Arnsberg hat einer Klage gegen Studiengebühren stattgegeben, da die Sitzung in der Uni Siegen - Senat (was ist der Unterschied zwischen Rektor, Kanzler, Dekan - wer ist die Behörde?) nicht öffentlich war. Das Siebengebirge soll Nationalpark werden, da muss ich mich erst mal schlau machen, was das rechtlich überhaupt ist. Auch Herr Riis hat sich gedopt, warum kommen die jetzt alle aus ihren Höhlen gekrochen - wer gibt so was ohne rechtliche Not zu? Weil Herr Zabel ein schlechtes Gewissen gegenüber seinem Sohn hat? Da würde es ausreichen, ihm unter vier Augen zu sagen, dass er den Vater nicht mehr in sein Abendgebet einschliessen müsse. Meine versaute Phantasie spekuliert darauf, dass jemand die zu erpressen versucht und das ist die Flucht nach vorne. Windklau: ist das strafbar, wenn man sein Windkraftrad so setzt, dass die anderen schon genehmigten keinen Wind mehr abkriegen? Klage gegen die Genehmigung für den "Dieb"?

Der BGH - VI ZR 109/06 - hat wieder zu § 828 II entschieden - auch hier ging es um ein haltendes Fahrzeug aber nur vor einer Ampel - er verteidigt nach aussen, dass er eine frische Vorschrift wie einen Regenwurm in zwei Teile geteilt hat, kippt aber innerlich. In der Prüfung am 24.5. - Prof. Walter u.a. - kannte kein Wahlfachkandidat die Brechmittelentscheidung, im Strafrecht kam der Fall aus Hamburg: das Kind wird aus dem Fenster geschmissen. Im ÖR ein einfacher Abschleppfall, im Zivilrecht 4 kleine normale Fälle. Frage: Kann es sein, dass jemand eine gebrauchte Sache kauft und dann Anspruch auf eine neue hat? So ein Schmierentheater, "ich habe 1996 gedopt und danach niemals mehr" - leider ist fortgesetztes Lügen vor Fernsehcameras nicht strafbar. Jan Ullrich hat seinen Anwalt gefeuert - dazu sage ich lieber nichts, sonst habe ich von beiden Seiten eine Strafanzeige am Hals. Die SZ berichtet über den Leipziger Justizskandal u.a.: der Sitzungsvertreter der StA hat beantragt, dass Zuschauern Schreibwerkzeug abgenommen wird, damit die nicht mitschreiben können - wär das ein Revisionsgrund? Bei der Geburtstagsfeier für Rheinland-Pfalz in der Rheingoldhalle ist hessischer Wein ausgeschenkt worden. Hat der Betreiber einen Zahlungsanspruch? Der Bundestag beschliesst das Nichtrauchergesetz: darf er auch für sich selber per Gesetz das Rauchen in den Räumen des Reichstages verbieten? S. § 112 OWiG.

Ist die Bezeichnung von Burkaträgerinnen als menschliche Pinguine eine straflose Kollektivbeleidigung? Warum sagt denn niemand mal was passendes zu den Männern bzw. Vätern dieser armen Geschöpfe? Ein Generalanwalt will dem EuGH die Zuständigkeit in kollektivrechtlichen Fragen im Arbeitsrecht geben - darf eine internationale Gewerkschaft gegen eine Umflagung also Standortverlagerung streiken? Die EU ist ein unersättliches Gebilde wie in in Alien I - III - das kollektive Arbeitsrecht steht nicht in deren Zuständigkeit. In der Prüfung Weigend/Paffrath/Schmidt am 23.5. kam die Mini-GmbH und Squeeze out, die Kronzeugenregelung, Bürgerbegehren gegen den Ruf des Muezzin in der Moschee, Dreiecksbetrug, die Putzfrau klaut einen Scheck, letzteres im Zivilrecht. Aha, jeder Radfahrer gesteht diese Woche, dass er 1996 gedopt hat (Herr Zabel, er habe bis 1996 gedopt und seither nicht mehr - dazu fällt einem ja nichts mehr ein) - das ist nämlich alles verjährt, strafrechtlich - zivilrechtlich, 10 Jahresfrist wohl auch. Das Verfahren gegen Jan Ullrich wird möglicherweise eingestellt, da mangels Irrtums der Telekom-Oberen kein Betrug vorgelegen hat - bei systematischem Doping muss man davon ausgehen, dass die das wussten - wenn die Verteidiger sich das ausgedacht haben, ist es genial. Die Unterhaltsreform ist teilweise nichtig, bevor sie überhaupt in Kraft getreten ist, ist sie nun komplett vom Tisch und muss neu gemacht werden - § 139 BGB im Verfassungsrecht?

Das ist ein schwarzer Tag für nichteheliche Väter - das BVerfG hat § 1615 I II gekippt. Die FR berichtet heute ausführlich, die Welt ein bißchen, über das Hambacher Fest. Der BGH hat im Bäckerfall wieder mal den § 354 II StPO angewandt - Verstoß gegen den gesetzlichen Richter? Das Feuilleton der FAZ schreibt über die Konkurrentenklage im Richtermilieu - war Klausur. Was verlangt die Fusion zweiter Gemeinden rechtlich? Die Zustimmung der oberen Behörde ist ein Kondominium. Heiligendamm: darf eine Geruchsprobe genommen werden? Ermächtigungsgrundlage??? Die Homepage von Daimler gibt den Vertrag mit Cerberus präzise wieder - bitte die Holzmüllerentscheidung NJW 1982 S. 1703 ansehen.

Heiligendamm: die FR und die SZ berichten über den Hamburger Kessel (es gibt auch noch den Münchner Trichter = die Leute werden nach Auflösung der Demo zwar nicht eingekesselt aber nur sehr langsam durch einen Trichter rausgelassen) und die SZ über das Hambacher Fest 1832. Ich gehe davon aus, dass der Eilantrag durchgeht, falls die

Antragsteller nicht irgendeinen blöden Formfehler gemacht haben. Die Opposition will gegen die Geheimhaltungspolitik im Geheimdienstauschuss - ein bißchen unlogisch - beim BVerfG klagen - mit welchem präzisen Antrag bitte? Ist das strafbar, wenn ein Essener Chefarzt OP-Termine an AOK-Patienten nur gegen eine "Spende" vergibt - Erpressung - Körperverletzung durch Unterlassen, Bestechlichkeit? Die FAZ berichtet sehr instruktiv über die Länderbotschaften in Brüssel. Am 23.5. hat das GG wieder mal Geburtstag (starke Grundrechte, Föderalismus, parlamentarische Demokratie als Geburtstagskerzen). Das ZDF berichtete am 22.5. über den Fall Soering - 1990 beim EGMR: das Todeszellensyndrom verbietet die Auslieferung in die USA - wenn also schnell hingerichtet wird, sei das alles kein Problem. Eine Bonner Kanzlei soll dem jetzt helfen - da bin ich sehr gespannt - er hat gesagt, er habe ein - falsches - Geständnis abgelegt, weil er glaubte, als Sohn eines Diplomaten immun zu sein - der merkt gar nicht, was er da eigentlich gesagt hat. Ist er als volljähriger Diplomatensohn überhaupt immun gewesen - Wiener Diplomatenkonvention, Art. 37 - oder über die Konsulare? Er muss doch gewusst haben, welche Farbe sein Pass gehabt hat.

Heiligendamm: der Eilantrag ist da. Unser Bundestagspräsident nötigt das Bundesverfassungsgericht, da es mit der Entscheidung über die Veröffentlichung der Nebentätigkeiten nicht rüberkomme. Es ist ja doch interessant, dass das Gericht bei einer Pattsituation offensichtlich nicht diese Pattscheidung verkündet sondern noch weiter berät, so lange, bis jemand einknickt? Der Berichterstatte di Fabio hat wohl Schwierigkeiten, sich durchzusetzen.

BGH 2 StR 467/06 (über HRR): T lügt bei der Erwachsenenadoption über das angebliche Eltern-Kind-Verhältnis - § 271 StGB - ist das Betrug? BGH 1 StR 349/06 (über HRR) zum gespaltenen Zeugnisverweigerungsrecht (man lernt immer noch was dazu). Kölner Stadtanzeiger: bedürfen Pfandflaschensammler einer Erlaubnis, müssen sie ein Gewerbe anmelden? Was ist das Flaschenpfand zivilrechtlich? Eine Rückkaufverpflichtung des Ladens. Anders bei Bierfässchen, da muss der Kunde zurückgeben.

BGH IV ZR 85/05: Die Tochter T des Ponyhalters H hat die Box nicht richtig abgeschlossen. Das Pony P1 ist mit den Kollegen ausgebüchst, die Kollegen haben auf der Autobahn ein Auto erlegt - Haftung? BGH 4 StR 522/06 setzt die unsägliche Rechtsprechung zu den wichtigen Körpergliedern im § 224 fort (ein Kandidat sagte mal, alles was vom Körper absteht, ein anderer: alles was mit einem Gelenk verbunden ist) der steifgebliebene Zeige- und Mittelfinger? Die Vorinstanz hat allen Ernstes argumentiert, dass der Zeigefinger seine Zeigefingerfunktion ja erfülle (ich hätte diese Deutung zum Mittelfinger erwartet), der BGH stellt auf die Pinzettenfunktion ab. Und BGH 5 StR 506/06 zum Amtsträger - Mitarbeiter einer Wohnungsbaugesellschaft? El-Masri: ist das § 306 a 3. Alternative, wenn um 4 Uhr 40 morgens Metro angezündet wird? § 80 a und § 81 III StPO - wer erlässt am Vatertag den Unterbringungsbeschluss? Heiligendamm: die SZ bringt am 18.5. einen Lageplan. Es ist ja nicht so, dass man vom Zaun aus den Politikern aufs Frühstücksbrötchen schauen könnte - die Allgemeinverfügung soll von einer ausgeliehenen Beamtin, die schon die Castortransportverfügung gemacht hat, gefertigt worden sein - kann man denn, wenn man keine Versammlung anmeldet, gegen die Allgemeinverfügung klagen? Kann man, wenn man eine anmeldet, klagen? Wohl nicht, da man dann ja gegen das Verbot vorgehen kann - ist die Allgemeinverfügung also gerichtsfest? TUI kauft sich ein Dorf in der Toskana, ginge das hier auch - § 11 BauGB, Aprilklausur? BGH: Satellitenschüssel der Mieter, Art. 5 gegen Art. 14 GG, § 541 BGB. Der Bundesrechnungshof macht die Bundeskunsthalle in Bonn rund - Klage gegen den Bericht? Ist eine Bundeskunsthalle überhaupt zulässig? Das BVerwG will einem Polizisten für den Diensthund keine Hundesteuer abnehmen (warum gibt es keine Katzen- oder Schildkrötensteuer? - Haben die Gemeinden ein Steuererfindungsrecht? Art. 105 II a GG i.V. mit § 1 KAG).

Am 16.5. - Bönders/Schilken/Paffrath - behandelte der Vortrag Tierhalterhaftung und § 7 StVG. Im Strafrecht kam die relativ aktuelle Entscheidung, dass ein Geblitzter das Schild mit einer Folie überklebt (sollte man kennen), folglich wieder mal Urkundsdelikte, im Zivilrecht Maklervertrag und ZPO, im ÖR Eröffnung des Rechtsweges - zu mehr kam man da wohl nicht. Auch da Heulen und Zähneklappern nach der neuen Prüfungsordnung, auch Vorträge muss man üben. Heiligendamm: die Bannmeile - historischer Hintergrund? Ermächtigungsgrundlage für ein Demonstrationsverbot entlang des Zaunes? Verstoß gegen Art. 8 GG - Brokdorfurteil/1985? Lesen Sie bitte die Ermächtigungsgrundlage im BannmeilenG-NW - seltsam formuliert - zur Allgemeinverfügung und Abgrenzung zum dinglichen Verwaltungsakt sollte man sich schlaue machen und zur Geschichte des Verwaltungsaktes, Otto Maier, acte administratif.

In der Prüfung am 15.5. - Bönders/Steinbeck/Röske: Was kann Christian Klar gegen die Ablehnung seiner Begnadigung tun? Ist der Bundespräsident eine Behörde? Frau Steinbeck: § 894. Röske wie immer ein JuS-Fall. Heiligendamm: die Versammlungsbehörde hat eine Allgemeinverfügung angekündigt: keine Versammlungen am D-Day. Bekommen die Anwohner, die sich extra neue Zäune angeschafft haben, diese ersetzt - von wem? Die FAZ berichtet über die geplante

Mini-GmbH. Und die Neuauflage der Kronzeugenregelung.

Die ersten Ergebnisse nach der neuen Prüfungsordnung müssen ziemlich übel sein - die Durchfallquote muss erheblich höher sein als nach altem Recht - bei drei Zivilrechtsklausuren und nur einer Strafrechtsklausur sollte man seinen Lernschwerpunkt entsprechend verlagern. Durch das Ergebnis der Bremenwahl entfällt die 2/3 Mehrheit der Großen Koalition im Bundesrat. Daimler: nach welchem Recht geht der "Verkauf" von Chrysler? Warum wurde hier eine Tochtergesellschaft gegründet? Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren, die Wirtschaftsrechtler sollten sich die BGH-Urteile dazu angucken. Die Neuauflage des Luftsicherheitsgesetzes soll zu einer Änderung der Art. 35 und 87 a II GG führen. Kann Tokio Hotel für die Schulschwänzer, die sich an der Kölnarena Karten besorgen, als Störer zur Verantwortung gezogen werden? Die SZ berichtet über den Fall Dupont in den USA. Dupont hat 340 Millionen ohne Schaden gezahlt. Aus Angst vor einer pretrial discovery und einer Sammelklage wegen ein bißchen Chemie im Wasser.

In der Prüfung Dabitz/Lüdtke-Handjeri/Krämer am 11.5. kam die Examensklausur, Sozialarbeiter will Waffenschein haben, die im Regal zersprungene Mineralwasserflasche und bei Bauarbeiten mittels "Vibrator" (O-Ton) wird das Nachbargrundstück geschädigt sowie OLG Hamm 05/06: die Brieftaube bringt ein Flugzeug zum Absturz (das OLG hat die Taube zu 50% verurteilt, hoffentlich hatte die eine gute Haftpflichtversicherung), Examensklausur: Tennisclubchef bricht im eigenen Verein ein. In Bremen ist nach Sainte Lague-Schepers gewählt worden - also nicht Hare-Niemeyer oder d'Hondt - die SZ erklärt das heute - wie bei d'Hondt werden die Stimmen dividiert, aber nur durch ungerade Zahlen, 1,3,5 etc. - nach der SZ das Zählsystem der Zukunft "Bei Hare-Niemeyer kann es zu dem Paradoxon kommen, dass eine Partei trotz Stimmengewinn ein Mandat verliert." - geben Sie bei google mal Paradoxien von Hare/Niemeyer ein. Am 11.5. in Düsseldorf - Prof. Haferkamp wurde die OLG München-Entscheidung RÜ S. 73 (§ 323 II 2 i.V. mit Abs. IV analog) geprüft, Vortrag nach neuem Recht: in der Hotelzimmerminibar steht eine Flasche Wein, auf dem Zettel steht 10 €, den der Gast aber nicht gesehen hat, er dachte, die kostet 5 €. Die Bienen: ein Imker klagt mit Erfolg vor dem VG Augsburg gegen ein Feld mit genverändertem Mais. Warum hat das BGB 5 Paragraphen über Bienen aber nur einen - ursprünglich: § 618 - zu Arbeitnehmern?

Frau Merkel verspricht, dass der Bund 1/3 der Krippenkosten trägt - was ist mit dem Budgetrecht des Bundestages? Stellt die Auslobung - sehr viel Geld für Tipps auf den Verbleib des entführten Kindes - eine strafbare Handlung dar? Die Italiener frieren die Konten der Familien der Entführungsoffer ein, um so was zu verhindern - englische Kinder werden sonst in Zukunft im Akkord entführt.

Heiligendamm: enthält § 35 I Nr. 2 und 3 PolG-NW den Unterbindungsgewahrsam? In Bayern müssen Sie damit rechnen, dass Sie von einer Demo erst 14 Tage später nach Hause kommen, das ist aber ein nachträglicher Gewahrsam und keine Vorbeugehaft. Darf die Bundeswehr eingesetzt werden? Muss der Bund dem Land M-V die Polizeikosten ersetzen? Der Streik bei der Telekom: Unechte oder echte Streikbruchprämie? Der Champagnerflaschenfall des BAG zu § 612 a BGB. Wir werden hier sämtliche Varianten des Arbeitskampfrechts vorgeführt bekommen. Bei der Telekom sollen 50% der Mitarbeiter der Festnetzsparte gewerkschaftlich organisiert sein.

In der Düsseldorfer Prüfung am 10.5. wurde die 26-Punkte-Kandidatin-Wahlfach Strafrechtspflege nach der PKS gefragt, sie wusste nicht was das war, kriegte einen Punkt im Wahlfach und als Endergebnis 38 Punkte - damit habe ich kein Mitleid, ich hätte als Prüfer das persönlich genommen und sie mit 25 Endpunkten nach Hause geschickt - in der Zeit in between kann man alles ausser Gehirnochirurgie lernen. Heiligendamm wirft seine Schatten voraus. Gefährderansreiben - darf der Anlass für die "Razzia" ein Buch über den Widerstand bei einem Gipfel von 1988 sein? Herr Schäuble kündigt eine Vorbeugehaft an - PolG-StPO? Die FAZ schreibt zur Finanzierung der Krippenplätze durch den Bund - Art. 104 b und 85 GG - erstes Problem der Föderalismusreform. Der Islam bekommt den Körperschaftsstatus - wichtig, da dann Spenden steuerlich absetzbar sind, die Lizenz zum Gelddrucken. Toni Blair kündigt seinen Rücktritt an - was ist das rechtlich, wenn ein Bundeskanzler, ein Minister, ein MdB zurücktreten? Die Schildkröte Susi sitzt vor einer Straßenbahn, die schreckhafte Fahrerin holt die Polizei. Haftet der Halter der Dame (welcher) für die Kosten? Die Welt berichtet über den Mißerfolg des AGG: es findet eine mittelbare, nicht nachweisbare Diskriminierung statt. Die 84 Fragen der FDP sind übrigens beantwortet worden - zu finden über Prof. Schlachter, Uni Regensburg. Das Stammzellengesetz interessiert die Prüfer leider auch. Wissenschaftsfreiheit gegen Art. 2 II GG.

In der Prüfung Kindhäuser/L-H/? am 10.5. kam der Streit Mutter/Tochter, ob der Erblasser in einem Diamantring beerdigt werden soll im BGB und im Strafrecht, Kaufhausdelikte rauf und runter und die Kopftuchzuschauerin im Gericht, die an die frische Luft gesetzt wird sowie der Unfall beim Bergwandern: die Mutter fällt auf den Vater, der liegt im Koma und stirbt. Am 30.4. Linden/Kreße/Fleischfresser: Examensklausur, damit der Junkie in der Arztpraxis einbrechen kann, spiegelt er dem volltrunkenen Arzt vor, der müsse schnell zu seinem Vater fahren. Verschmutzung Öl auf dem Fluss. O je - "Razzia" - "Kabinett hebt Hochschulrahmengesetz auf" - was ist daran falsch - das darf doch der FAZ nicht passieren? Die Minister Gabriel, Schmidt und Seehofer wollen mir Fit statt Fett verordnen, ich denk, ich seh nicht richtig. Darf der Bund so eine Kampagne starten? Ein Baukonsortium (was ist das?) übernimmt einen

privatisierten Autobahnabschnitt. Warum privatisiert der Staat auf Deuvel komm raus? Weil er so aus den Verdi-Tarif-Verträgen rauskommt - dem Privatunternehmer wird aber über das Tariftrueugesetz/Entsendegesetz der Tariflohn abgepresst. Das VG Berlin hat die Umbenennung der Koch-Straße in Rudi-Dutschke-Straße "genehmigt". Wo steht, wer Straßen umbenennen darf? Altbekannte Klausurenthematik - ist die Klage überhaupt zulässig? Die Hamburger Uni verbietet ihren Professoren ohne Abstimmung mit der Pressestelle den Mund aufzumachen. Art. 5 I, III GG? Hochschulverfassungsverstreit. Der BGH - VII ZR 50/06 - hat die Teilrechtsfähigkeit der WEG im Zusammenhang mit einer MaBV-Bürgerschaft (die sollte gesetzlich verboten werden) geklärt. Für die Leute, die eine Neubauwohnung kaufen wollen, wichtig.

Die FR berichtet am 9.5., dass der Kölner Stadtrat am kommenden Dienstag das Bürgerbegehren zur Verhinderung der Moschee als unzulässig abweisen wird. Die Welt berichtet am 9.5. über das geplante Abspecken der EU-Verfassung - kein Grundrechtsteil mehr, kein Aussenminister, keine Flagge oder Hymne, aber Umweltrecht. Hat ein Undercover Agent ein Steuergeheimnis gegenüber dem Finanzamt - Agent Mauss beschwert sich über angebliche Durchstechereien, welche schon durch die Veröffentlichung der geplanten Betriebsprüfung bewiesen wären. §§ 129 c und d StGB sind in der Planung - Anleitung zum Bau von Bomben, Aufruf zum Heiligen Krieg, Geldsammlung für Attentate. Die PKS ist da, wie jedes Jahr im Mai - nur für die Strafrechtspflegler ein Muß. Volksbegehren für den Flughafen Berlin-Tempelhof - Examensklausur NW: gegen Startbahnbau in Düsseldorf - hat das Land die Kompetenz dafür - Luftverkehr? Volksbegehren, Volksentscheid, Referendum, Volksbefragungen, Volksinitiative? Am 10.5. diskutiert der Bundestag über die Änderung der Quoren in Art. 44 und 93 GG wegen der Großen-Koalition-Machtverhältnisse. Was kann man gegen einen MdB (von Bismarck) machen, der absolut nie auftaucht? Was bei einem Gemeinderatsmitglied? Auch bei der Privatisierung der Bahn gibt es rechtliche Probleme.

So, Christian Klar wird nicht begnadigt - uns treibt natürlich die Frage nach dem warum um. Bedarf die Ablehnung der Gegenzeichnung der Kanzlerin? Dürfte Art. 60 II GG abgeschafft werden - ist die Begnadigungsmöglichkeit Bestandteil der Garantie der Menschenwürde? Unterschied Amnestie, Abolition, Begnadigung? Kann gegen die Ablehnung geklagt werden - Rechtsweg, Klageart, Klagebefugnis, Vorverfahren? Das BVerfG soll 1969 mit 4:4 eine Vb abgewiesen haben. Ist das strafbar, wenn die CSU mit Liebesentzug bei der nächsten Bundespräsidentenwahl droht, wenn er Gnade gewährt hätte - § 106 StGB? Die Privatisierung der Gerichtsvollzieher steht im Bundesrat an - GV machen gar nicht viel, Zustellungen, Abnahme der e.V., Herausgabevollstreckung und Vollstreckung wegen Geld in bewegliche Sachen, wobei die Hürden bei letzterer so hoch sind, dass der Schuldner alles schon beseite geschafft hat, wenn der endlich in die Wohnung kommt - zeigen Sie mir einen Anwalt, der eine solche Vollstreckung erfolgreich hinter sich gebracht hat - ohne Änderung der ZPO ist die Privatisierung also nutzlos. Ein Mann hat wegen falscher Krebsdiagnose sein Vermögen verprasst. Bekommt er von der Klinik Schadensersatz? Der Supreme Court läßt den Videobeweis zu. Die Gemeinde Pingelei verhindert den Zugang zum genehmigten Windkraftadgelände der Stadt Bremerhaven durch eine abgeschlossene Schranke. Die Allianz-Vertreter klagen auf volle Provision, da die Allianz bei dem Kompakttarif nur noch 40% zahlen will.

Bitte auf den 15. Mai achten - Sie können sich beurlauben lassen und somit die Studiengebühr sparen. In der Prüfung Opitz-Roth-Schmidt vom 28.4. kam die Tornadoklage, die NPD will in die Stadthalle, § 2 GO wird geändert: die Gemeinde darf nur Aufgaben wahrnehmen, die im Gesetz stehen, insbesondere keine Altenheime mehr in eigener Trägerschaft haben und UMWELTRECHT. Prof. Roth brachte den Fall aus seiner Übung. Nur ein Kandidat ist da drin gewesen. 8 Punkte waren das maximale, was vergeben wurde - ein Kandidat mit 55 Vorpunkten wollte ein Gut haben, was ich für reichlich vermessen halte. In der Löwer-Prüfung nebenan waren 4 Punkte das höchste, was der Tag hergab. Die Bundeskanzlerin meint, die Begnadigung Christian Klars sei allein Sache des Bundespräsidenten. Muss sie nicht nach Art. 58 GG gegenzeichnen? Die Welt berichtet, dass der BGH einen Aufruf zum Heiligen Krieg per Internet für straflos hält. Die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung (1228 Mitglieder) wird diskutiert. Die UN-Reform: ständige Mitglieder ohne Vetorecht - verstößt Art. 108 UN-Charta gegen das völkerrechtliche Konsensprinzip? Am 8.5. beginnt in Bonn der Strafprozess gegen den BAFIN-Einkäufer, der bei seinem Kumpel nie gelieferte Computer bezahlte.

Haften die Veranstalter des Gumballrennens für den tödlichen Autounfall in Mazedonien? Nach welchem Recht? Kann in London geklagt werden - EuGVVO? LG Osnabrück: Ein Ballonfahrer fliegt zu niedrig und die Hühner kriegen eine Herzattacke - Haftung nach LuftVG? OVG Koblenz u. BVerfG: Herr Mun, Chef seiner eigenen Sekte, darf nach Deutschland einreisen. Bei der Pressemitteilung des BGH 54/2007 kriegt man Angst, der Typ ist mit 27 wieder auf der Straße.

Die Stadt Hamburg möchte, dass die Zufahrt zum Hamburger Hafen (ca. 130 km von der Küste entfernt und dennoch höchst profitabel, da das Transportmittel Schiff das billigste überhaupt ist) vertieft wird - die Elbvertiefung.

Niedersachsen ist dagegen und will einen eigenen Hafen an der Küste bauen - dann gehen in Hamburg die Lichter aus, ausser Musicalproduzenten und Reeperbahn sowie Seegerichtshof gibt es dann keine Arbeitgeber mehr. Der Sächsische Verfassungsgerichtshof sagt, die Waldschlösschenbrücke müsse gebaut werden. Der Klimawandel beschäftigt auch die Prüfer. Umweltrecht wurde bisher sehr selten geprüft - das ändert sich gerade. Prof. Morlock wollte auf das Prinzip Zuckerbrot und Peitsche hinaus - man kann Menschen durch Belohnungen dazu bringen, sich umweltbewußt zu benehmen. die letzten beiden Klausuren aus dem Apriltermin sind da. Der Polizist erschießt ein entlaufenes Pferd und erleidet ein Knalltrauma - war schon Klausur und Urteil. Und das aktuelle Urteil zum Investorenvertrag gemäß § 11 BauGB.

Am 30.4. (Morlok-Dabitz/Batke-Anskinewitsch) kamen die sich in den Bundestag abseilenden Demonstranten ("Was fällt Ihnen dazu ein?"), im Wahlfach Staat +V Umweltrecht im Europarecht und Völkerrecht, Autokauf, Vermögensdelikte. In der Kindhäuser/Dabitz/?-Prüfung am 3.5. kam die Bürgerschaft auf erstes Anfordern (kannte keiner), die Föderalismusreform (kannte keiner), das Prüfungsrecht der Kanzlerin, Wegnahme von "geschuldetem" Drogengeld (Klausur) und aktuelles: die Anti-Terror-Datei. Die Prüfung bestand überwiegend aus der Erklärung von Begriffen, da die Kandidaten die falschen Begriffe in die Runde schmissen. Ein Kandidat soll immer bei Beginn seiner Antwort gelacht haben. Von 46 auf nur 78. Und rief mehrfach dazwischen.

In der Löwer/Rehbein/Röske-Prüfung am 28.4. kam: Der Bayerische Minister M liest seine eigene Todesanzeige in der Zeitung, die sein Erzfeind geschaltet hat. Die SPD verlangt von ihren Mandatsträger lt. Satzung Spenden. Der Student S will keine Studiengebühren bezahlen - er beruft sich auf Art. 13 II c des Internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Satorius II - 21). Röske wie immer ein JuS-Fall Februar Seite 132. Darf Flatrate-Saufen in Gaststätten verboten werden? Per Gesetz oder durch Auflage nach dem GaststG? Die Verhandlung zu den Rundfunkgebühren. Man muss sich wie immer alle entscheidenden Sätze aus 5 verschiedenen Tageszeitungen zusammenkratzen. Gibt Art. 5 GG einen Finanzierungsanspruch? Findet nur eine Mißbrauchskontrolle durch die Länder statt? Wird die Rundfunkgebühr (Beitrag) wie eine Müllgebühr behandelt? Ist die Rundfunkgebühr euoparechtlich eine unzulässige Beihilfe? Den Rechtsstreit werden die Rundfunkanstalten wohl verlieren. Am 28.4. (Schmidt-Eichhorn/Rütten/Eschweiler) wurde nach der Constitutio Criminalis Carolinae gefragt (nur die 82 Punkte Kandidatin konnte mit dem Begriff überhaupt etwas anfangen - so was unterscheidet die guten von anderen und nicht 8 Theorien zu irgendwas) - Zuparken der Garagenausfahrt und zwei alte Examensklausuren=BVerfG-Fälle im ÖR (Runterstufung der Bundesstraße und Konkurrentenklage zum BAG). Ein Kandidat hat aus 30 Punkte 78 Endpunkte gemacht. Das ArbG Osnabrück hält das AGG für europarechtswidrig - wegen der Nichtanwendbarkeit auf Kündigungen. Das BVerfG verhandelt am 2.5. die Erhöhung der Rundfunkgebühr (ist ein Beitrag, keine Gebühr) um 22 Cents - die Rundfunkanstalten wollen nicht am Gängelband der Länder hängen. Die Islamkonferenz - darf der Innenminister so was überhaupt - der Staat soll doch neutral sein? Das erste Urteil zur Föderalismusreform ist da, BVerwG: wenn der Bund wegen Verletzung der EMRK Entschädigung zahlen muss, kann er sich das von den Ländern wiederholen - Art. 104 a letzter Absatz als Anspruchsgrundlage?

April: Der BGH hat einen interessanten FALL - III ZR 197/06: eine Aktiengesellschaft will ihre Vorstände mit einer Jagd verwöhnen - pachten kann aber nur eine natürliche Person, die Chefsekretärin pachtet daher eine Jagd und lässt ihre Chefs jagen. Wer bezahlt die Vergütung? Der Generalanzeiger berichtet über das Urteil des BGH - XI ZR 44/- zur Verjährung bei falscher Anlageberatung. Die neue Wundertüte im Verjährungsrecht ist § 199 I Nr. 2. Die FAZ hat einen Bettlakenartikel über Richterrecht mit einem Plädoyer für größere Freiheiten der Richter - um Gottes willen, das Gefährliche an Richtern ist, dass sie nur von Richtern kontrolliert werden - Sie werden das merken, wenn Sie gegen Prüfungen klagen wollen oder gegen Richter selber vorgehen wollen. No way. Venezuela enteignet die Ölfirmen - die Völkerrechtler müssen die Hull-Doktrin kennen. Die SZ berichtet, dass der erste Streik 1156 vor Christus stattgefunden habe. Kaum. Das waren streikende Sklaven, also streikende Sachen. Die FAZ berichtet ausführlich im Wirtschaftsteil zum Tarifsozialplan. Heute abend finden im Rheinland unzählige Straftaten statt - Maibaumklauf - rheinisches Brauchtum als Rechtfertigungsgrund? Prof. Isensee hat sich laut FAZ zur Fraktionsdisziplin und Gewissensfreiheit der Abgeordneten geäußert. Lesen Sie mal einen Aufsatz von ihm. Er formuliert brillant und auf den Punkt (das sollte bei einem Professor auch selbstverständlich sein) und oft mit Zitaten aus dem alten Testament, erst beim zweiten Lesen fällt einem auf, dass man durchaus einen anderen Standpunkt vertreten könnte. Das Hochschulrahmengesetz wird abgeschafft. Die Bonner Uni verlangt Nicht-EU-Studenten pro Semester 150 € ab. Wofür bitte? Darf so diskriminiert werden?

Die FR meint, die Rechtsgrundlage für die Online-Durchsuchung durch den Verfassungsschutz sei § 8 VerfSchutzG-Bund gewesen - vor dem BGH ging es um die Online-Durchsuchung nach der StPO. Die Durchfallquoten im zweiten Examen sind im Moment grauenvoll. In einer Repetenten-AG sollen von 10 Leuten 8 - wieder, auch zum dritten Mal - durchgefallen seien. Die Leute üben keine Klausuren. In der Regel wird die Note aus dem ersten Examen im zweiten

nicht gehalten. Verbesserungen kommen so gut wie nicht vor. Das für diejenigen, die keinen Bock haben, den Freischuss noch mal zu machen ("Ich bin so frustriert, ich mache lieber Zusatzqualifikationen"). Keiner braucht einen Juristen mit ausreichend und einer Zusatzqualifikation. Es gibt genug Kandidaten, die eine gute Note plus Auslandsaufenthalt u.a. anbieten können.

Frau Harms hat die Akte gegen Mr. Rumsfeld nicht angelegt, er sei ja nicht in Deutschland zu erwarten. Der BGH hat das Urteil gegen Herrn Heugel (Köln sucht den OB-Kandidaten) wegen Verletzung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes aufgehoben - Herr Trienekens hätte vernommen werden müssen. Am 26.4. (Ahn-Roth/Greier/Muckel) wurden die Deals, die Online-Durchsuchung und die Buback-Problematik (Anfangsverdacht) geprüft (hatten die Kandidaten nicht gelesen - o je) und, dass seit dem 15.4.2007 im Baurecht es kein Widerspruchsverfahren mehr gibt (der Prüfer war mutzig, dass die Kandidaten das nicht wussten). Frau Ahn-Roth fragte den Kandidaten mit 40 Vorpunkten, ob er tatsächlich vorhabe, das 2. Examen zu machen, da würden doch so viele durchfallen. In der Prüfung soll eine Kandidatin mit 44 Vorpunkten gewesen sein, die sich mehr als penetrant mit Fingerschnipsen durchgehend gemeldet hat, um die anderen Kandidaten zu korrigieren - Frau Ahn-Roth honorierte das mit einem Vollbefriedigend - ich war nicht dabei, aber es hört sich mehr als unfair an. Herr Prof. Muckel: Verstößt § 35 PolG gegen Art. 5 EMRK? Er hat wieder einen Fall aus seinem Buch geprüft - Professoren sind sehr prognostizierbar in dem, was sie prüfen.

Gegen Richard Gere ist in Indien ein Haftbefehl erlassen worden - wegen öffentlichen Küssens. Genau so was meinte di Fabio, als er Bedenken gegen den europäischen Haftbefehl anmeldete, glücklicherweise ist Indien nicht in der EU. Sri Lanka will unseren Botschafter zur Persona non grata erklären lassen, dürfen wir denen die Entwicklungshilfe streichen? Die Wiener Diplomatenkonvention ist repressions- und repressalienfest. Putin will den KSE-Vertrag nicht ratifizieren - erlaubt Art. 18 WVK das? Der Tarifsozialplan ist vom BAG abgesegnet worden, die Gewerkschaften können den Sozialplan also erstreiken. Was ist, wenn der Betriebsrat schon einen Sozialplan unter Dach und Fach hat? Die seit 2 Jahren praktizierte Online-Durchsuchung beruht nur auf einer Dienstanweisung von Otto Schily - da ist man ja baff. Das halten die auch noch für rechtmäßig. Frau Harms hat ja wenigstens versucht, eine richterliche Erlaubnis zu bekommen. Herr Kleinfeld ist nach der FAZ zurückgetreten, was juristisch nicht richtig ist, da das AktG den Fall gar nicht regelt und da man einen Anstellungsvertrag nur kündigen oder auslaufen lassen kann. Es ist nach den Zeitungen noch nie vorgekommen, dass Aufsichtsrat und Vorstand gleichzeitig von Bord gehen. Das BVerwG hat sich mit der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zweier Generäle beschäftigt - erstaunlicherweise mit den Gründen hierfür - das ist nicht justiziabel, es sei denn, der Minister begründet diesen Schritt. Prüfer - die meisten waren ja noch bei der Bundeswehr - interessieren sich sehr dafür. Zu meiner Examenszeit - 1976 - musste ein männlicher Kandidat schon mit dem Kopf unter dem Arm ankommen, damit sein Zivildienst sich nicht in der Note niederschlug ("Wo haben Sie gedient?"). Frau Harms hat den Anfangsverdacht gegen Herrn W. bejaht. Ich würde den Anfangsverdacht gemäß § 164 StGB gegen Herrn Boock auch bejahen. Übrigens: nach Kaiserslautern gibt es keine IC-Verbindung von Norden aus - das sagt ja schon alles.

Die im Regal geborstene Wasserflasche steht in der JuS. Caroline II ist jetzt in vollem Wortlaut da - VI ZR 52/06 - und der BGH erlaubt eine Hinauskündigungsklausel bei Gesellschaftsverträgen, wenn man nur durch Erbgang an die Gesellschafterstellung rangekommen ist - II ZR 300/05. Die Kommunen klagen die Meistbegünstigungsklausel aus dem Ländertarifvertrag ein. Das VG Düsseldorf hat die Sparkasse verpflichtet, der NPD ein Konto zu geben. Der VGH NW hat den Haushalt 2005 einkassiert - egal, da folgenlos. Die Kronzeugenregelung soll wieder auferstehen. Bei der Organspende soll die österreichische Widerspruchslösung eingeführt werden - wenn Sie da Skifahren, sollten Sie sich auf den Bauch und auf den Rücken eintätowieren, "ich widerspreche". Sonst müssen Sie für den Sohn des Chefarztes als Ersatzteillager herhalten. Die FAZ berichtet, dass Gutscheine in 3 Jahren verjähren - das war mal eine Examensklausur, wohl von Prof. Preis: § 801 letzter Absatz. Wenn ein Gutschein ein Papier nach § 793 ist, geht der, wenn er ein Papier nach § 807 ist, nicht. Die FAZ berichtet über alle Attentate, an denen Christian Klar beteiligt war. Gegen die Presse hat man keine Chance, wenn die einen einmal im Visier hat (was nicht heißt, dass ich Sympathie für den Mann hätte).

Am 23.4. (Hauck-Dabitz-Zaczyk) kam im Zivilrecht wie wehrt man sich gegen ein benachbartes Bordell, im ÖR, wie wehrt man sich gegen ein benachbartes Bordell, und: was war am 25.3.2007? Wie witzig, die ersten beiden Zivilrechtsklausuren im April drehen sich um den Kauf von Hunden. In der Strafrechtsklausur geht es um Straftaten von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz - (ein schnuckeliger Fall, der bestimmt zum Prüfungshit wird: der Dienstmützenfall des BGH, § 9 BGB, die Totenschädelaffäre aus dem letzten Winter, schützt § 242 eine afghanische Armbanduhr?). "Regierung ordnet Untersuchung zu RAF-Informationen an" - darf die das? Sehr kurios, kurz vor der Entscheidung über die Hafterleichterung von Christian Klar kommt ein alter Kollege und entlastet ihn hinsichtlich des Buback-Mordes - aber nicht wirklich, denn wenn er nicht geschossen hat, war er doch dabei und daher Mittäter. Müssen die alten RAF-Terroristen jetzt aussagen oder haben sie § 55 StPO? Ein Querschnittsgelähmter kündigt seinen

Selbstmord an - Prof. Hackethal hatte vor einigen Jahren eine vergleichbare Aktion mit der Patientin Daniela gestartet, um eine Ordnungsverfügung und dann einen Eilantrag in Karlsruhe zu provozieren. Karlsruhe hat ihm aber ganz unaufgeregt empfohlen, erst mal den Rechtsweg zu beschreiten. In der Kapischke-Jox-Roitzeim-Prüfung am 13.4. kam die im Regal explodierende Wasserflasche, Widerruf-Vertragsschluss, Nachbarschutz gegen Supermarkt, der die Lieferungszeiten, welche die Baugenehmigung vorschreibt, nicht einhält. Im Strafrecht die Examensklausur: der Polizist klingelt bei der Ehefrau wegen eines angeblich von ihrem Mann verursachten Unfalls, um abzukassieren.

Am Freitag, 20.4., kam in der Düsseldorfer Prüfung die Schäuble-Äusserung über das fehlende in dubio pro reo bei der Gefahrenabwehr und die ältere Entscheidung des VG Münster zum Flitzer in der Fußgängerzone, ob ein nackter Mann sich auf Kunstfreiheit berufen kann. Im Zivilrecht kam eine alte Examensklausur aus dem Sachenrecht, im Strafrecht Carjacking mittels einer angeblich aidsverseuchten Spritze. Nun soll der Terrorist W. den Generalbundesanwalt umgebracht haben. Kann trotz der Verurteilung wegen § 129 a und Verbüßung der Strafe nun wegen eines Mordes während der RAF-Zugehörigkeit die Akte wieder aufgemacht werden? Die Welt berichtet über den geplanten Finanzstopp des Bundes für die Stadt Dresden wegen der Waldschlösschenbrücke - obwohl Deutschland das Abkommen zum Weltkulturerbe nicht gemäß Art. 59 II GG umgesetzt hat, ergäbe sich aus dem Bona-fide-Grundsatz die Pflicht des Landes Sachsen, das Abkommen zu beachten. Magnus Gäfgen schnuppert Morgenluft - der EGMR hat seine Individualbeschwerde zur Entscheidung angenommen - ich würde aber nicht darauf wetten, dass dieses Gericht die Androhung von Gewalt zwecks Preisgabe des Verstecks des entführten Opfers als rechtswidrig ansieht.

Am 21.4. habe ich nichts dolles in den Zeitungen gefunden, deshalb lohnt es sich, in HRR reinzusehen, dort sind aktuelle Strafrechtsurteile des BGH abgedruckt - Labellostift II, Auto als gefährliches Werkzeug im Sinn des § 224? Die März-JuS bringt einen guten Artikel zur Terminologie im Europarecht - viele Zeitungen schreiben ja EU-Richtlinie, EU-Parlament u.a.. - auch als Grundkurs zum Verständnis geeignet. Die Präsidentenwahl in Frankreich steht am Wochenende an - jedenfalls der erste Wahlgang - Unterschiede zum Bundespräsidenten? Am 17.4. (Hellebrand-Bölting-Dabitz) kam in Zivilrechtspflege der BGH-Fall dran, wie aus einem Urteil auf Erstellung einer Nebenkostenabrechnung vollstreckt wird und Pfändung bei nicht verheiratetem Paar. Im Zivilrecht: die explodierende Wasserflasche im Regal des Supermarktes. Strafrecht: was passiert, wenn der Staatsanwalt die Anklageschrift nicht unterschreiben würde. Im Wahlrecht überlange Verfahrensdauer oder U-Haft-Dauer - EMRK. Das BVerfG kann sich nach Meldung der FR nicht in dem Verfahren der Offenlegung der Nebeneinkünfte der MdBs einmischen. Der BGH hat die Rechtscheinhaltung analog § 179 BGB i.V. mit § 4 GmbHG auch auf eine niederländische GmbH angewandt - ohne dem EuGH vorzulegen - II ZR 84/05. Die FAZ meint, das BVerfG hätte beinahe ein Versäumnisurteil gegen die Links-Fraktion erlassen - oje, das jibbet da nicht. Die Anwälte der Linksfraktion seien überfordert gewesen und hätten die Frage nach dem Ereignis, ab dem die einzuhaltende 6-Monats-Frist lief, nicht beantworten können. Herr Schäuble meint, in dubio pro reo gelte bei einem Gefährder nicht - wie immer kommt es drauf an - in der ex-ante-Sicht hat er recht, bei der ex-post-Sicht nicht. Am 13.4. wurde die Jagdgenossenschaftsentscheidung (Zwangsmitgliedschaft) geprüft, § 1369 und Auto als Hausratsgegenstand, § 266: der Vermieter legt die Mietkaution nicht sicher an. Das heute alles beherrschende Thema ist die Tornadoverhandlung. Zentrale Vorschrift Art. 59 II GG. Die EU will den Klimawandel als Bedrohung des Weltfriedens werten - ein Begriff aus Kapitel VII der UN-Charta - wollen die jemandem den Krieg erklären?

Das BVerfG hat sich am 17.4. zum Gewaltbegriff geäußert, man muss die folgenden Urteile kennen: Sargträgerfall, Laepplefall, Demo vor US-Kaserne, die Kurden auf der Autobahn, Castor-Transport, Online-Demo und jetzt Drängeln auf der Straße. Der BGH - V ZB 145/hat zum Vorerben in einer Miterbengemeinschaft festgestellt, dass für diesen das Verfügungsverbot des § 2113 nicht gelte. Der Amoklauf an einer amerikanischen Universität wird die Frage nach der Zulässigkeit des gezielten Todesschusses in den Raum stellen. Steht der in § 63 II PolG? Was ist der Unterschied zwischen § 57 und § 63 PolG? Parallelproblematik Abschuss eines Flugzeuges - Luftsicherheitsgesetz. Die FAZ berichtet über ein Verfahren vor dem EGMR: eine polnische Schwangere durfte trotz Erblindungsgefahr nicht abtreiben. Ein Windpark bedroht die Silhouette einer Ferieninsel. Wie sieht das baurechtlich aus?

Am 4.4. war wieder eine Prüfung nach neuem Recht: Vortrag: die Polizei beschlagnahmt Radargerät im Auto - Klage auf Herausgabe vor dem VG. Im Strafrecht kam § 356 a StGB. Das Handelsblatt berichtet, dass ein Gericht Temperaturen in gemieteten Gewerberäumen über 26 Grad als Mietmangel ansieht - hätte ich das nur früher gewusst. Das BAG hat eine Betriebsvereinbarung über Pfändungskosten für unwirksam erklärt - klar, das ist eine Lohnfrage und da darf der Betriebsrat nicht dran. Herr Gabriel will eine Flugticket-Klimaabgabe - zulässige Sonderabgabe? Bin ich als Urlauber verantwortlich für wen bitte?

Das BVerfG hat sich am 13.4. zu Art. 12 GG (Bayerisches Spielbankenmonopol) und Art. 33 V GG (kriegt ein Richter die Pension nach seinem letzten Dienstgrad, wenn er den unter 3 Jahren innehatte?) geäußert. Das letztere hat ein Geschmäckerle. Der Satz Filbingers "Was einmal Recht war, kann jetzt nicht Unrecht sein" geistert durch jede Zeitung. Es könnte gefragt werden, ob das juristisch stimmt (es kommt auf das Rechtsgebiet an). Nach den Sparkassen sollen jetzt

auch die Kölner und Bonner Stadtwerke fusionieren. Dazu bedarf es der Zustimmung des RP - ein sog. Kondominium. Ach ja, wichtig die Pressemitteilung des BGH vom 13.4. zu einer richtigen Widerrufsbelehrung. Sogar Banken machen so was von falsche Widerrufsbelehrungen (die hätten sie vom Verband der Banken, Ich: googeln Sie doch einmal, die Frist ist doch total falsch angegeben, aber die sind beratungsresistent).

In der Muckel-Timm-Prüfung am 12.4. kam die BVerfG-Entscheidung zur künstlichen Befruchtung, § 29 a SGB V, und die neue Formel zu Art. 3 GG im 55. Band des BVerfG S. 72 ff. (findet man über google unter neue formel art. 3 gg), dann GbR, Sachenrecht. Im Wahlfach Staat u. Verwaltung Raumordnungsrecht, der Kandidat wusste noch nicht mal, wie man das schreibt und kriegte 2 Punkte - ich habe bei dem Wahlfach mit niemandem Mitleid - das ist pures Pflichtfach, Raumordnungsrecht nicht, aber da reicht ja die Gesetzeslektüre. Die Münchner Behörde hat nach der FAZ vom 13.4. gegen den AC Milano ein Zwangsgeld von 100.000 € festgesetzt, gegen das angeblich kein Rechtsmittel möglich sei. Hä? Das wird der AC zwar aus der Zuckerdose bezahlen können, aber wehren würde ich mich an deren Stelle schon.

In der Bieber-Lüdtke-Handjery-Domat-Prüfung am 12.4. kam das Tabakwerbeverbot und wie immer bei Herrn Bieber eingestreute Rechtsgeschichtsfragen, im Zivilrecht Familienrecht. Der Supreme Court zwingt President Bush hinsichtlich der Klimaveränderung tätig zu werden. Die FAZ vom 11.4. überlegt, wie völkerrechtlich so was durchgesetzt werden kann - der ausgefallene Winter macht die Leute hysterisch. Der BGH geklärt, dass ein Wohnungseigentümer weder als Gesamt- noch als Teilschuldner haftet - nur die teilrechtsfähige WEG, der arme Handwerker kann also nur auf das Gemeinschaftskonto zugreifen oder muss Vorkasse nehmen. Anna Nicole Smith: würde der Fall in Deutschland spielen, wäre § 1600 I, II anzuwenden. Wer bekäme aufgrund des Kindeswohls das Million-dollar-baby? Der AC Milan ist mit der Trikotwerbung BWin aufgelaufen. Baden-Württembergs MP Oettinger hat Porsche eine Zufahrtsstraße versprochen. Was sagt uns das öffentlich-rechtlich, strafrechtlich und politisch? Obwohl etwas speziell: Die SZ und die Welt erklären die Eigenhandel-Spread-Katastrophe bei der WestLB gut verständlich. Schadensersatzansprüche von VW-Aktionären?

In der April-JuS ist ein sehr schöner Lernfall für das AGG drin und die Entscheidung des BVerfG zur Diskriminierung - NJW 2007 S. 137=JuS 07 S. 372. Das Nachfolgeurteil zum Mangoldurteil ist da. Das BAG hat § 81 II SGB IX im Sinn der Antidiskriminierungsrichtlinien schon vor Inkrafttreten des AGG ausgelegt - vertikale Wirkung. Der EGMR hat die künstliche Befruchtung gegen den Willen des Vaters abgelehnt und damit das Todesurteil für den Embryo gesprochen - was aber, wenn die Mutter das Kind im europäischen Ausland trotzdem zur Welt bringt - § 1600 IV BGB? Die zuständige Münchner Behörde hat dem AC Mailand verboten, im Spiel am 11.4. BWin-Werbung zu tragen. Kann BWin vorher oder wenigstens nachher aus europarechtlichen Gründen dagegen vorgehen? Wenn der AC nicht spielen darf, verlieren die Bayern kampfflos - anstelle des AC Milano würde ich zuhause bleiben. Das OLG Köln hält eine Ablösesumme des Nachmieters an den Vormieter für die Küche für zulässig, es sei denn, sie liegt mehr als 50% über dem Wert der verkauften Küche (in Wirklichkeit ist das ja eine Maklergebühr). Das OLG Karlsruhe verurteilte eine Bank, die einen von einem Angestellten veruntreuten Kundenscheck über 350.000 € auf dessen Privatkonto gutgeschrieben hatte - Scheckrecht ist BGB - hier geht es um E-B-V.

Das 6. Rundfunkurteil des BVerfG kommt (Nr. 1: ZDF als staatl. GmbH? Nr. 2: Wie strahlt das Fernsehen aus, ör oder pr - zu welchem Gericht muss ich als Zuschauer gehen? Nr. 3: Privatisierung - egal wie, innen- oder aussenpluralistisch, Nr. 4 und 5: Grundversorgung). Dann will das BVerfG zur Bürgenhaftung im Arbeitnehmerentendegesetz entscheiden (Was ist eine Nach-, Rück-, Blanko-, Höchstbetragsbürgschaft?) - Art. 12 GG. Die Gemeinden haben eine Kommunalvb gegen Hartz IV eingelegt, der Bund dürfte keine Gesetze zu Gemeinden machen. Die Argumentation hat was.

Die Protokolle aus der Bieber-Prüfung vom 24.3. sind da. Im Arbeitsrecht: woher kommt der Antidiskriminierungsgedanke - "Haben Sie noch nie Forrest Gump, Mississippi (hoffentlich richtig geschrieben) Burning gesehen - wenigstens Vom Winde verweht?" Er hätte besser nach Shrek fragen sollen. Er liebt den Supreme Court, was anhand der Protokolle leicht festzustellen und vorzubereiten ist. DaimlerChrysler-Hauptversammlung: dürfen die Aktionäre vom Vorstand verlangen, Chrysler am Strassenrand auszusetzen? In den Holzmüller-Gelatine-Entscheidungen hat der BGH geklärt, dass der Vorstand die Hauptversammlung zu fragen hat, wenn er den Edelstein der AG verkaufen will - aber gibt es ein Weisungsrecht der Aktionäre? Angeblich will Frau Zypries die Anwälte wie die Ärzte budgetieren und an eine gesetzliche Rechtsschutz dranhängen - ich hoffe, das ist ein Aprilscherz. In der Schmidt-Eichhorn-Krieg-Schöbener-Prüfung letzte Woche (genaues Datum weiß ich nicht) wurde im Strafrecht nach der Emmingerischen Justizreform gefragt - kannten die Leute nicht - und dem Aufbau der Strafgerichte. Im BGB Aufbau der Zivilgerichte und der Flugreisefall abgewandelt: Schwarzfahrt eines Minderjährigen in der Eisenbahn. Im ÖR Flachglasfall-Ansiedlungsvertrag. Jan Ullrich, sieh an. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass er nicht sehr geschickt

verteidigt wird (diesen zwei Anwälten, die schon Thomas Springstein und Volkert/Gebauer/VW "geholfen" haben, würde ich die goldene Himbeere verleihen). Beweisen 9 Blutbeutel, dass er selber Dr. Fuentes um Blutdoping gebeten hat - selbst wenn, ist das schon ein unmittelbares Ansetzen zum Betrug - vor allem: den Vertrag mit der T-Mobile hatte er doch vorher geschlossen oder?

Die SZ berichtet über Darlehen zu Schenkkreisen (BGH November 2005, LG Köln November 2006 zum Sponsoring). Die Welle der Schenkkreise hat Süddeutschland erreicht. Ein Richter erzählte letzte Woche, dass die Teilnehmer sich als Herr Schiller und Herr Goethe in die Charts eintragen und mit Taxis kommen, damit sie nicht verklagt werden können. Das AG Waldbröl hat einen der geleugnet hat, das Geld gekriegt zu haben, wegen Prozessbetruges verurteilt, nachdem die StA dessen Wohnung durchsucht und die Schenkungsurkunde gefunden hat. Übrigens seien die Leute erst nach dem BGH-Urteil auf die Idee gekommen, zu bestreiten, dass sie das Geld bekommen haben. Da hat der BGH was angerichtet - mir ist das schleierhaft, bei den Summen (meist nur maximal 5.000 €) kann man die doch im Regen stehen lassen - am Aktienmarkt hätten sie das auch verloren. Dummheit gehört bestraft. Die Pendlerpauschalenproblematik erklärt der GA am 4.4. gut. Es geht um die Frage, ob der Gesetzgeber die fünf Jahre alte Grundsatzentscheidung des BVerfG dahingehend aufheben darf, dass die Leistungsfähigkeit des Steuerschuldners nur bis zum Werkstor zu berücksichtigen sei.

Vorletzte Woche kam BGH VI ZR 225/05 dran - ist § 91 ZPO eine einklagbare Anspruchsgrundlage? Letzte Woche wurden wieder mal zwei Examensklausuren geprüft - die Dezemberklausur mit dem Treuhandgedöns und eine Untreuesache mit tausend Beteiligten um der stehlende Ex-Bonner-Professor. Die SZ listet am 3.4. die Urteile des BVerfG auf (großer Lauschangriff, Europäischer Haftbefehl, Luftsicherheitsgesetz, Cicero, Onlinedurchsuchung), welche eine Verteidigungslinie gegen die Pläne Herrn Schäubles, die Online-Durchsuchung per Gesetz zu erlauben, darstellen. Und sie berichtet über das Problem, ob zwei Täter eine kriminelle Vereinigung - §§ 129, 129 a - sein können. Anders als bei der Bande haben die ja noch nichts gemacht sondern sitzen nur in Joschka Fischers WG in Frankfurt rum und bereden, was man gegen die Startbahn West machen könne. Die Strafbarkeit wird also sehr weit vorverlagert. Der GA berichtet über § 153 f StPO und die hunderte Seiten dicke Strafanzeige eines Anwalts gegen Mr. Rumsfeld aufgrund des Völkerstrafgesetzbuches. Die Welt erzählt anschaulich, wie die Polizei illegalen Downloadern auf die Schliche kommt. Herr Feldmayer von Siemens ist immer noch nicht auf freiem Fuß - bei Fluchtgefahr dürfte es doch ein leichtes sein, durch Kautions- und Paßübergabe den Haftgrund zu beseitigen. Woran das wohl liegen mag? Die Tornadoklagengliederung kann gut als Klausur oder Kurzvortrag eingesetzt werden - am Sachverhalt sieht man schon, wo der Hase lang läuft.

In der Pagenkopfprüfung am 30.3. kam der Flugreisefall dran. Und die Videoüberwachung der Synagoge - BVerfG - der Strafrechtsprüfer wollte nach 2 Minuten die Wahlfachprüfung abbrechen und 0 Punkte geben - Herr Pagenkopf hat ihn davon abgehalten. Nett. Sonst wäre das auch ein Anfechtungsgrund gewesen. Angeblich soll der Prüfer dem Mädel verboten haben, bei Aufzählung der Haftgründe in der StPO nachzugucken - das müsste man auswendig wissen (seh ich auch so, aber dafür 0 Punkte?) - im Pflichtfach brachte er seine eigene Klausur aus dem Klausurenkurs und zwar Mannesmann plus Kölner Müllskandal - selbst wenn man den Fall kannte, war das im Mündlichen zu schwer. Herr Pagenkopf soll ihn dann noch ein bißchen da behalten haben. Da wäre ich gerne Mäuschen gewesen.

Die April-JuS bringt Fälle zum AGG und vor allem zum Stalking - wichtig: Herr Hammerschlag meinte, bei der Bestellung von fiesen Sachen für das Opfer käme ein Betrug mangels Bereicherungsabsicht des Stalkers nicht in Betracht (man könnte hier anders argumentieren: der Täter bereichert sich um die Arbeitskraft des Unternehmers, bei dem er den Sarg für die Adresse des Opfers bestellt hat) - die Vorschrift ist gemacht worden, um eine Vorbeugehaft anordnen zu können - das haben zuletzt die Nazis gemacht - ja, ich weiß, das habe ich schon mal geschrieben. Am 30.3. in Düsseldorf wurde E-B-V, Diebstahl und Betrug sowie Baurecht geprüft - nichts aktuelles. Am 27.3. EU-Geschichte rauf und runter. Am 2.4. wird die Pendlerpauschale diskutiert. Ist sie verfassungsmäßig? Keine Ahnung. Steuerrecht ist nur über Art. 3 I GG angreifbar und der räumt dem Gesetzgeber eine Einschätzungsprärogative ein.

März: Das BVerfG hat sich wieder als Superrevisionsinstanz im Strafrecht betätigt. Die BGH-Auslegung, unwissentliches Entfernen vom Unfallort sei dem berechtigten oder entschuldigtem Entfernen gleichzustellen, ist gekippt worden. Die Tornados werden nicht im Eilverfahren entschieden. Das BVerfG hat eine Gliederung ins Netz gestellt, bitte angucken. Das VG Saarlouis hat Doc Morris III dem EuGH vorgelegt. Eine neverending story. Am 30.3. kamen in der Hammerschlag-Prüfung Teencourts, EV, Anfechtungsklage. Europarecht beherrscht am 29.3. die Themen. Nach dem Bosman-Urteil wird das Charleroi-Urteil des EuGH kommen: muss der DFB einem Verein Schadensersatz zahlen, wenn dessen Spieler sich bei einem Spiel in der Nationalmannschaft verletzt? § 280 nein, § 27 III i.V. mit § 670 BGB - aber wo liegt das europarechtliche Problem? Das BVerfG hat den Feinstaub Luxemburg

vorgelegt. Seit dem Ärztinnen-Urteil 2001 legen die alles vor aus Angst, wegen Verletzung des gesetzlichen Richters von Karlsruhe aufgehoben zu werden. Heute wird AWACS III = Tornado entschieden. Ohne den Publikumsjoker einzusetzen rate ich mal: der Antrag wird abgewiesen. Frau Mohnhaupt will nicht als Mörderin von der Bildzeitung bezeichnet werden. Warum nicht? Die Lebach-Urteile I und II angucken.

In der Hellebrand-Prüfung am 28.3. wollte die NPD wieder eine Stadthalle (Kulturzentrum Ignaz-Bubis-Halle) haben, Urkundsdelikte, der 10jährige Filius pazifistischer Eltern kauft sich von seinem Taschengeld eine softgun. Herr Steinbrück kriegt die Krise: nach dem Meilicke-Urteil haut ihm heute der EuGH das ITS-Urteil um die Ohren - Marks&Spencer gilt wohl nicht mehr. Die erste Prüfung nach neuem Recht war am 22.3.: der Vortrag: einmal das zweite VU, und dann Verkauf eines gestohlenen Autos und Weiterverkauf. Der Kölner Rheinunfall: Die Welt berichtet, da die anderen Schiffe alle Just-in-Time-Unternehmen beliefern sollen, drehen die jetzt Däumchen und werden den Verursacher des Unfalls auf Schadensersatz in Anspruch nehmen - ein Fall der Drittschadensliquidation? Von wem kann die Kölner Feuerwehr die Bergungsprize verlangen? Vom Bund, dem Kapitän, dem Schiffseigner, den Eigentümern der Container? Als Teilschuldner oder Gesamtschuldner? Wie sieht es mit einem Regress aus? Die FAZ diskutiert den EuGH und Herrn Papier, weil diesen die englische und französische Arbeitsweise der Richter am EGMR und EuGH stört nach dem Motto, mehr Macht für Richter über den Gesetzgeber. Gibt es Arbeitslohn hinter Gittern? Der "Experte" in der SZ meint, nein - ich würde sagen, es kommt darauf an (§ 315 S. 3 BGB z.B.), wobei er offensichtlich noch meint, ein Vorstandsmitglied sei Arbeitnehmer.

Auch bei Siemens kommt § 119 BetrVG wohl zum Tragen - Problem: das Sponsoring anderer Gewerkschaften passt da nicht drunter. Es ist doch seltsam, dass so was immer alles auf einmal rauskommt. Da kommt man morgens als Vorstandsmitglied ins Büro und geht als U-Häftling (Fluchtgefahr als Haftgrund) um 9 Uhr 10 wieder raus. Der Bundestag will den Lohnwucher gesetzlich definieren - viel Vergnügen! Die Welt hat wieder mal die beste Darstellung der Alternativen (§ 5 TVG, Erweiterung des Entsendegesetzes, Definition des sittenwidrigen Lohnes, Mindestlohngesetz). Wie kann man Sittenwidrigkeit denn definieren - angekoppelt an den ortsüblichen Lohn, abstrakt, generell, angekoppelt an den Tariflohn, der ja eh schon ein Mindestlohn ist - abartig.

Was ist das strafrechtlich: ein Polizeibeamter drückt zwei Mal den Feueralarmknopf weg, wodurch ein vorläufig festgenommener (weil er eine Frau belästigt habe - darf man deshalb festnehmen? ich hab mal die Polizei gerufen, als ein Penner aus dem Bonner Loch drohte, mich abzustechen - ich solle nicht so hysterisch sein, der wär amtsbekannt harmlos), der seine Matratze selber angezündet hat, stirbt? Ist das positives Tun oder Unterlassen - Ziegenhaarurteil - Wissen und Wollen - Hemmschwelle? Was wusste der Polizeibeamte denn genau und was wollte er? § 212, § 227, § 222, § 340? Der BGH hat die § 315 BGB Klage auf Auskunft zu den Gaspreisen abgewiesen. Das am 28.3. veröffentlichte Urteil des BGH - III ZR 137/06 - war letztes Jahr Examensklausur. Die Mindestlohndebatte spitzt sich zu. Die FR erklärt das am 28.3. auf Seite 2 rechtlich am besten. Mir ist allerdings schleierhaft, warum ausgerechnet die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn - also durch den Bundestag - haben will und die CDU einen, der vom Tariflohn abhängt, also von den Gewerkschaften. Verkehrte Welt? § 138 BGB ist einer näheren Prüfung zu unterziehen - wie wird der ortsübliche Lohn bestimmt? Dann das Überhangmandat, der CDU kommen ja zwei Abgeordnete abhanden, § 6 V BWahlG - die Überhangmandate sind irre schwer (genau) zu erklären, es gibt über google ein forum (wer-weiss-was), in welchem die Diskussteilnehmer das gut herausgearbeitet haben - aber da brauche ich Papier und Bleistift und 8 Stunden Schlaf vorher. Am Donnerstag wird im Bundestag die Patientenverfügung behandelt. Die FAZ bearbeitet den Handschriftenstreit im Feuilleton noch einmal.

Die Welt erklärt am 27.3. ausgezeichnet den Trick bei Porsche/Vw-Übernahmegesetz - Porsche macht ein unattraktives Angebot, die Aktionäre lehnen ab, dann darf Porsche auf 50% erhöhen. Der Bundespräsident hat die Gesundheitsreform ausgefertigt. NRW will die Privatisierung der städtischen Wasserleitungen per Gesetz ermöglichen - kann man die überhaupt übereignen ohne sie rauszurufen? S. NJW 2006 s. 992 plus minus. Auch der Spiegel bringt diese Woche eine Übersicht über alle Urteile, in denen der Islam eine Rolle spielt - Schächten/Kopftuch/Ehrenmorde. Bei den Ehrenmordurteilen des BGH hat sich kein Mensch über die Privilegierung dieser Täter aufgeregt, nun schreibt eine Familienrichterin nur einen Hinweis in einer Scheidungssache, nachdem sie den Mann schon nach dem Gewaltschutzgesetz aus der Wohnung gehalten hatte, und jeder meint, sie verhauen zu müssen. Die FAZ bringt am 27.3. die Frage, ob Staaten aus der EU austreten können - eine alte Kamelle in Prüfungen.

In der Obst-Oellers-Prüfung am 22.3. wurden die Deals im Pflichtfach gefragt, die Leute kannten die nicht - im ÖR wieder mal § 107 GO - ebenfalls unbekannt. Da am 26.3. der komplette Rhein bei Köln wegen eines umgekippten Schiffs gesperrt ist, wird im Mündlichen sicher wieder nach den Ansprüchen der anderen Schiffe und nach dem klassischen Schleusen-Fleetfall des BGH gefragt - ist das § 315 StGB? Wer muss die Container rausfischen - Art. 89 GG - wer bezahlt die Aktion, wenn die Stadt Köln das tut? In der Schmidt-Eichhorn-Prüfung am 24.3. kam die Beseitigung der Ölspur durch die Gemeinde - Minderjährigenrecht - und wie in allen Prüfungen am Wochenende die EU. Am 24.3. kam der Morgan-Bucher-Fall des EuGH dran. Herr Bieber: stellen Sie sich vor, Sie studieren in Belgien, in Maastricht....

In der Kindhäuser-Prüfung am 22.3. kam die Entscheidung NJW 2007 S. 759. Die Feier zum 50. Geburtstag der Römischen Verträge machte den Eindruck eines Kindergeburtstages, bei dem alle Gäste bis auf einen beleidigt sind, weil sie nicht neben der Gastgeberin sitzen dürfen. Der Bundespräsident empfiehlt 3 Bücher - bedarf das der Gegenzeichnung - Anordnung oder Verfügung i.S. des Art. 58 GG? Er prüft zudem die Gesundheitsreform immer noch. Sie soll am nächsten Sonntag in Kraft treten. Die Frankfurter Richterin, welche den Koran kennt, hat einen Fehler begangen, der keinem fertigen Juristen passieren darf - sie hat angreifbar formuliert. So, wie die hetzende Meute der Journalisten das sieht, hat sie das nämlich ganz sicher nicht gemeint. Die Waldschlösschenbrücke soll nun sowohl zum BVerfG - über Art. 100 II GG - als auch zum LVerfG über die Kommunalverfassungsbeschwerde.

Günther Jauch hat das Grundbuchamt Berlin respektive das Land Berlin verklagt, weil es einem Bildreporter Auskunft erteilt hat. Die Familienrichterin, die nach dem Koran scheiden will, veranlasst die Welt zu einer Gesamtschau, vor allem zu den Ehrenmordfällen des BGH und dem Türkenfall aus 1981 - Rechtsfolgenlösung, negative Typenkorrektur bei § 211. England hat vor 200 Jahren den Sklavenhandel abgeschafft - bringt uns das weiter? Ich glaube nicht.

Am 22.3. - Kindhäuser-Prüfung - wurden die Schrottimmobiliemietpool (Zeitung vom Vortag), Dreieckerpressung, Abschleppfall geprüft. Die FR bringt am 22.3. die Zusammenfassung des Tornado-Antrags, die Linksfraktion beruft sich auf Art. 59 II GG als verletztes Recht des Bundestages. Der neue UN-Menschenrechtsrat rügt unsere Schulen - haben die nichts besseres zu tun? S. auch FR. Darf eine Staat einen Kaaba-ähnlichen Kubus als unerwünschte und gefährliche Kunst verbieten - ist das eine Sondernutzung oder was? Die Gemeinden haben seit 2000 erstmals wieder einen Überschuss erwirtschaftet - diese Heulbojen, man meinte immer, die Lichter gingen aus, was wegen der fehlenden Insolvenzfähigkeit nicht möglich ist. Wer bestimmt in Helgoland, ob der Hafen für große Schiffe erweitert wird - die Gemeinde oder der Kreis Pinneberg?

Im 2. Examen kosten Widersprüche, die nach dem 1.1.2007 eingelegt wurden, jetzt was - wohl 50 € pro Klausur. Am 20.3. wurde im Zweiten die JVA Siegburg und der klauende Bonner Professor geprüft - im ÖR Jagdrecht - im Aktenvortrag: ist das Betrug, wenn bei einer Ebay-Auktion ein Verwandter als Scheinbieter den Preis hochtreibt - kommt es darauf an, ob die Sache wirklich so viel wert ist? Ist § 15 a PolG verfassungswidrig - die bayerische Parallelregelung jedenfalls, so das BVerfG am 20.3.. Der Wehrbeauftragte hat sich geäußert - Unterschied zur Datenschutzbeauftragten? In Berlin wird gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zum Mindestlohn geklagt.

Bitte die Pressemitteilung des EuGH vom 20.3. zum Fall Morgan lesen - § 5 BAFöG ist europarechtswidrig. In der Weigend-Feldmann-Borges-Prüfung am 15.3. kam ein Abschleppfall, Ebay-Notebook kommt beim Käufer nicht an, muss ein Beraubter dem verletzten Räuber helfen? die Kandidatin mit 20 Vorpunkten ging mit 35 Endpunkten nach Hause - auf die Frage, welches Gericht über die EMRK wacht (ihr Wahlfach) sagte sie, der EuGH - auch als der Prüfer hier noch weiterhelfen wollte, kam gar nichts. Die Kandidatin mit IPR wusste mit CISG nichts anzufangen. Im ÖR wurde nach den Plänen, das Widerspruchsverfahren in NW abzuschaffen, gefragt. Ein einziger Kandidat wusste das. Manchmal hat man den Eindruck, die Kandidaten hätten NULL BOCK. Die Kandidatin, die sich verbessern wollte, sagte im Strafrecht zu § 242 "dann müsste er sich die Sache zugeeignet haben". Prof. Weigend: Hat Prof. Herzberg Ihnen das in Bochum so beigebracht?

Die Waldschlösschenbrücke geht wohl zum Landesverfassungsgericht. Frau Zypries will trotz des Einigungsvertrages Sicherungsverwahrung für DDR-Altfälle einführen - Maßnahme- oder Einzelfallgesetz? Die Welt schreibt etwas zu Böckenfördes Paradoxon (eine freiheitliche Demokratie kann mit ihren Gegnern nicht fertig werden). In der Pagenkopfprüfung am 16.3. kam schon wieder der Rausschmiss aus dem städtischen Chor - s.u. - und im Strafrecht die BGH-Entscheidung, ob Kokain eigentumsfähig ist, im BGB viel ZPO. Der Prozess über die Ausbildungsmethoden in der Kaserne Coesfeld beginnt. Das LG Münster hat teilweise nicht eröffnet, das OLG Hamm hat auf die Beschwerde der StA - angeblich - an dieselbe Kammer zurückgegeben. Das kann eigentlich alles so nicht gewesen sein - s. §§ 209, 210 StPO. Stellt Übergießen mit kaltem Wasser in einer warmen Sommernacht im Rahmen der Ausbildung eine Körperverletzung im Amt - bzw. § 30 WehrstrG - dar? Müssen wir uns von Warmduschern verteidigen lassen? Der Koelner Stadtanzeiger berichtet auf seiner Homepage ganz gut. 18 Angeklagte auf ein Mal - das sollte man nie machen - wenn da einer laufen geht oder krank wird und jeder Verteidiger macht natürlich seinen Mund auf. Und bitte die Pressemitteilung des BVerfG angucken - Honnecker II - Bundeswehroffiziere müssen mit Filmaufnahmen zurechtkommen - der Gag ist der richtige Rechtsbehelf. Der Kannibale von Rotenburg (kein § 216, da das Verlangen nicht "handlungsleitend" war) hat Vb eingelegt - Karlsruhe bekommt zur Zeit unappetitliche Verfahren auf den Tisch (Inzest unter Geschwistern). Das neue Unterhaltsrecht soll diese Woche festgezurr werden.

Die FAZ erklärt am 17.3. auf Seite 8, dass es sich bei der NATO-Frühjahrsoffensive um einen Bündnisfall noch im Zusammenhang mit dem 11.9.2001 handele - na ja. Ich glaube, dass die amerikanische Argumentation, die Taliban hätten den 11. September veranstaltet, weil Osama Bin Ladin - 1,90 Meter groß (wenn der normal groß wäre, würde er sich in Manhattan verstecken) - sich in ihrem Hochgebirge versteckt, nicht die herrschende Meinung repräsentiert -

und wir schliessen uns diesem Stuss nach fast 6 Jahren an (Prof. Isensee meinte damals, dann könnte man ja auch Italien bombardieren, weil die Mafia da ihren Sitz hat). Die SZ diskutiert auf Seite 3 den schon geprüften Fall, ob Ärzte, die siamesische Zwillinge trennen und ein Kind stirbt, sich strafbar machen bzw. ob das der Fall ist, wenn sie sich weigern und beide Kinder sterben. Das ZDF hat zum zweiten Mal beim BVerfG in einem Eilverfahren erreicht, dass es vor einer Strafverhandlung filmen darf - verblüffenderweise gibt es keinen ordentlichen Rechtsbehelf. Die FAZ läutet auf Seite 11 schon das EU-Jubiläum am 25.3. ein und erklärt ein bißchen den geschichtlichen Hintergrund. Eine Apotheke will nun Reisen für Kranke verkaufen - war schon Klausur: der Apotheker verkauft Eintrittskarten für Reitturniere. Herr Milbradt äußert sich zur Waldschlösschenbrücke. In der Schuschke-Prüfung am 12.3. kamen zwei Fälle aus der Februar-NStZ und im ÖR die alte Examensklausur/BVerfG-Entscheidung: Rausschmiss aus städtischem Chor - Rechtsgrundlage § 8 II GO umgekehrt. Im zweiten Examen sind in NRW im August-Klausuren-Termin 43% (74 Kandidaten) und im Septembertermin 39% (54) schon im schriftlichen durchgefallen, da es die Anweisung gab, nach bayerischen Maßstäben zu korrigieren. Da daraufhin eine dritte Repetenten-AG aufgemacht werden musste und das Land die Repetenten ja auch bezahlen muss, wurde die Anweisung dann rückgängig gemacht - das ist Jura. Carl Schmitt steht schon wieder im Feuilleton der FAZ - jetzt will Plettenberg diesen Schreibtischtäter auch noch ehren. Der meist gefragte Staatsrechtler im Mündlichen - Instituts- u. institutionelle Garantie. Darf ein Bundeswehroffizier "versetzt" werden (das dürfte eher eine Umsetzung sein), da er gegen den Afghanistan-Einsatz ist? Art. 4 GG gegen Funktionsfähigkeit der Bundeswehr? Lesen Sie bitte das Urteil des BVerfG aus 2006 dazu.

Das ArbG Frankfurt hat am 14.3. die Klage der Lufthansa-Piloten gegen die tarifliche Altersgrenze aufgrund des AGG abgewiesen. Die FAZ berichtet am 16.3. im Feuilleton über das absurde Vorhaben, Hitler posthum die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen - der hatte die Reichsangehörigkeit nicht die Staatsangehörigkeit, da das Sache der Länder war, er hat 1935 die dt. Staatsangehörigkeit erst selber eingeführt - gesetzlicher Erbe Hitlers ist der Staat Bayern - huch - die FAZ fragt, ob das Land Niedersachsen mit der Aktion bezweckt, die Beamtengehälter Hitlers von Bayern zurückzufordern. Die Uni Münster führt als letzte Uni in NRW Studiengebühren ein, aber wesentlich geringere als die anderen - ist das ein Ansatzpunkt für eine Klage? Frau Zypries will das Erbrecht ändern, das Pflichtteilsrecht schwächen, das Recht, andere durch Schenkungen zu beglücken, stärken. Jan Ullrich hat in Deutschland eine DNA-Probe zur Verfügung gestellt, versucht aber nun beim Verfassungsgericht in Spanien die Auslieferung der Blutbeutel zu verhindern. Ich vermute, dass er hofft, dass die verderben, und will deshalb das alles in die Länge ziehen. Wahlrecht mit 16 auch im Bundestag - pro und contra?

Prof. Preis hat sich an den 84 Fragen der FDP/Westerwelle an den Bundestag zum AGG in der letzten Prüfung abgearbeitet (gucken Sie sich die Fragen 15 -24 unbedingt an - googeln Große Anfrage AGG). Der BGH - VI ZR 274/05 - meint, dass eine Heufuhre, die wegen Regens unter einer Brücke abgestellt wurde und dann anfang zu brennen, nicht für den Brandschaden an der Brücke verantwortlich ist. Die Welt berichtet am 15.3. über eine Vorlage an den EuGH: das Grundbuchamt will die Umschreibung eines für den Bau einer Moschee vorgesehenen Grundstücks nicht vornehmen, weil der Erwerber auf er Terrorliste der EU steht - die Vorlage dürfte unzulässig sein - s. Urteil Niebuß-2006. Jede Zeitung berichtet heute über die Waldschlösschenbrücke - hätte das OVG nicht nach Art. 100 II GG vorlegen müssen? Kann die Stadt Dresden oder die Unesco das mit einer Vb wegen des gesetzlichen Richterrechts rügen? Das ArbG Berlin lehnt eine Verletzung des AGG wegen Benachteiligung aufgrund Parteibuchs ab. Kann der Bonn-Berlin-Vertrag nach § 54 ff.. VwVfG i.V. miz § 314 BGB gekündigt werden? Die Ideen des März: war das ein gemeinschaftlicher Mord an Cäsar? Heimtücke-niedriger Beweggrund? Jeden Donnerstag bringt die Frankfurter Rundschau auf der letzten Seite einen Prozessbericht - sehr sehr gut.

In der Düsseldorf-Prüfung-Hauck-Kubink-Schütz am 9.3. kam das geplante Antidopinggesetz - Vergleich § 5 "Sportbetrug" mit § 263 und die Sportwettenentscheidung. Im Zivilrecht Bürgerschaft und OLG Rostock:Fußballverein-muss-wegen-Hooligan-Strafe-zahlen; im ÖR Verständnisfragen zu Grundrechten. In der Preis-Zieschang-Baxpehler-Düsseldorf-Prüfung am 12.3. kam die Examensklausur-BAG: angeblicher Arzt soll sein Gehalt zurückzahlen, obwohl er keinen geschädigt hat und BAG: Unfall mit Dienstwagen, Verrechnung mit Lohn? Im Strafrecht wollte ein Patient lieber sterben als mit amputiertem Bein zu leben - im ÖR hat eine Wohngeldempfängerin Zinseinkünfte verschwiegen und die geplante Änderung des § 107 GO. Im Arbeitsrecht AGG und Mangoldurteil § 14 III TeilzeitbetrG. Dann In der Bönders-Brauns-v.Plehwé-Prüfung am 9.3. kam im Strafrecht der Türkenfall-BGH, im ÖR: darf ich über eine Ampel fahren, die seit einer halben Stunde rot ist? Im Zivilrecht ZPO und A. Im Wahlfach StPO hatten die Kandidaten von Kriminologie keine Ahnung. Von vier Kandidaten fielen zwei durch. Die besagten. In einer Prüfung am 12.3. kam der Backofenfall-Robert-Hoyzer und Gemeinderecht, § 107 GO. Die Waldschlösschenbrücke ist vom OVG Bautzen entschieden worden - der Bürgerentscheid schlägt Völkerrecht. Das VG Stuttgart hat Paintball erlaubt - Laserdrome-Fall. Die Links-Fraktion will nun nach der Schlappe der Herren Gauweiler und Wimmer gegen den Tornadoeinsatz vorgehen. Ich nehme an, die Prozesstandschaft wurde diesmal nicht zugelassen, weil die Antragsteller nicht der Opposition angehören. Die EU will die Sammelklage einführen. Was kann die Gaststättenbehörde gegen die SaufpauSchale machen - Entziehung der Konzession oder nur eine Auflage? Ist das AG für eine Räumungsklage gegen einen Leihpfarrer überhaupt zuständig

oder ist das eine rein innerkirchliche Angelegenheit? Ist es strafbar, wenn ein Paparazzo von Promis 50.000 € dafür fordert und erhält, dass er ungünstige Fotos nicht veröffentlicht? Die FAZ berichtet am 14.3. über eine Reihe von geplanten Verboten. Geht das überhaupt, Ostflohmärkte, Paintball, Glühbirnen, Killerspiele, Alkohol für Minderjährige zu verbieten? Ermächtigungsgrundlagen? Grundrechte?

Am 12.3. kam in der Schuschke-Prüfung im Zivilrecht ein Autounfall - Besoffener wird auf ein Auto bei Stau draufgeschoben, im Strafrecht Trunkenheitsdelikte rauf und runter. Auch in der Paeffgen-Zimmer-Huschens-Prüfung am 9.3. kam ein Autounfall, Trunkenheitsfahrt und die NPD will ins Kulturzentrum - im Wahlfach wollte ein Bordell eine Schankerlaubnis. Karlsruhe hat den Eilantrag in Sachen Tornados abgewiesen - die Begründung, unzulässige Prozessstandschaft, ist erstaunlich, da in Eilverfahren das noch nie gerügt und in Hauptsacheverfahren in den letzten Jahren immer für zulässig gehalten wurde. Niedersachsen hatte Hitler eingebürgert und will ihn jetzt posthum ausbürgern - § 49 VwVfG oder wie? Grotesk. Prof. Verrel schreibt in der Welt am 12.3. über die Patientenverfügung, speziell die sog. Reichweitenbeschränkung, also die Beschränkung nur auf Krankheiten mit tödlichem Verlauf, nicht Demenz oder Wachkoma - bitte die Klassiker - das Peterle-Urteil (MDR 1984 S. 858), Teefall (NJW 1995 S. 204), Ärzefall (NJW 1997 S. 807) und die BVerfG-Entscheidung zu § 1904 angucken.

Es gibt ein neues Urteil zur verdeckten Sacheinlage - II ZR 272/05. handelsblatt.com/Recht+Steuern bringt am 9.3. einen Rechtsquiz - ich habe die Fragen 3/8/12 falsch beantwortet - wieviele schaffen Sie und bitte mit Paragraphen und Begründung? Die EU-Verfassung soll diese falsche Etikettierung verlieren. Der Bundestag beschliesst am 9.3. die Rente mit 67 - rentenrechtlich, arbeitsrechtlich aber nicht - oje. Am 8.3. in der Kindhäuserprüfung: Prüfungsrecht der Kanzlerin bei der Gegenzeichnung, Terroristendatei. Warum wurde 1998 der Wohnungseinbruchsdiebstahl nach § 244 ausgelagert? Weil es viel schlimmer ist, wenn die Diebe meine Wohnung durchsuchen als wenn sie durch mein Büro gehen - deshalb Qualifikation und nicht Regelbeispiel. Der BGH wird das LG Stuttgart (Faust zerschmettert Hakenkreuz-Button - §§ 86, 86 a StGB) kippen. Das Handelsblatt bringt am 8.3. eine gute Darstellung der Probleme der beginnenden Verhandlungen des zweiten Teils der Föderalismusreform - die zentrale Norm ist Art. 109 GG - in den sechziger Jahren wurde die Verflechtung von Bundes- und Landesfinanzen eingeführt - das soll jetzt rückgängig gemacht werden, dann soll die Steuergesetzgebung und das Verbot für die Länder Schulden zu machen, kommen, Herr Rüttgers: das geht den Bund schlichtweg nichts an. Die Protokolle vom 22.2. bringen mir wieder mal folgende Detailkenntnis mit folgenloser Richtigkeit bei: es gibt die funktionale, die formelle und die materielle Privatisierung (das kann man weder vor dieser Prüfung noch nach dieser Prüfung irgendwann brauchen, aber der Prüfer meint natürlich, ich wäre ahnungslos, da ich diese Differenzierung nicht kenne) - es wurde auch nach Eigen- und Regiebetrieb gefragt - wie schön, das hätte ich sogar gewußt. Das zweite Justizmodernisierungsgesetz wird nun auch in der März-JuS besprochen- bitte angucken, vor allem die kurze Darstellung der vorangegangenen Reformen ist gut.

Das BVerfG verlangt am 7.3., dass erfolgsabhängige Anwaltshonorare in Ausnahmefällen vereinbart werden dürfen - das ist natürlich eine absolute Katastrophe, da nun die Mandanten die Anwälte erpressen: "entweder wir vereinbaren ein Erfolgshonorar oder ich geh zu einem Anwalt". Caroline II ist da. Der BGH unterwirft sich dem EGMR und dem von ihm praktizierten englischen Rechtssystem: im KunstUrhG steht nicht "Personen" der Zeitgeschichte sondern nur Zeitgeschichte. Es muss also einen Anlaß aus der Zeitgeschichte für die Berichterstattung geben und nicht bloße Neugier wegen eines Promis, wie es dem so geht. Das BVerfG kann sein Lüthurteil einmotten (abgesehen von der Drittwirkung der Grundrechte). Caroline I war Klausur und Prüfungshit im Mündlichen. Caroline II wird das ebenfalls. Die Bunte wird jetzt nur noch mit 3 Seiten Auflage erscheinen können. Die FAZ berichtet am 7.3. ausführlich über die Vergewaltigung des Habeas-Corpus-Grundsatzes in den USA. Herr Schäuble bringt einen Gesetzesentwurf zur Strafbarkeit des Dopings heute ins Kabinett mit. Damit erreicht er das Gegenteil des beabsichtigten Ziels: In Strafverfahren gilt in dubio pro reo und nicht das englische Prinzip im Sportrecht strict liability. Deshalb hat Dieter Baumann ja krampfhaft versucht, seine Zahnpasta strafrechtlich untersuchen zu lassen. In Düsseldorf wird am 7.3. gegen die geplante Gemeindereform - § 107 GO - demonstriert (Gelsengrün/Elektroarbeiten/Wuppertaler Autorecycling/Schilderprägerentscheidung, ich weiß nicht warum, denn die alte Fassung des § 88 GO sah doch genauso aus und über die hat sich niemand aufgeregt.

Wenn der EuGH entscheidet, wackeln bei uns die Wände: der EuGH hat am 6.3. wieder mal zwei wichtige Urteile verkündet: das Meilicke-Verfahren - Herr Steinbrück kriegt die Krise, er muss heute eine Bank überfallen, da er 5 Milliarden braucht - und Placanica: zur Strafbarkeit von unterstützenden Handlungen bei Wetten, die Kurse der Wettanbieter an den Börsen gingen sofort um 20% nach oben - Schindler II. Der BGH hat am 19.1.07 - V ZR 163/06 - ein wichtiges Problem der Praxis entschieden: die Mutter überträgt ihrem Sohn ihr Häuschen und behält ein Wohnrecht. Sie kommt ins Heim, er vermietet ihre Wohnung und will die Miete behalten, sie soll Hartz IV in Anspruch nehmen - man sollte nur mit kalter Hand schenken, jeder Notar wird Ihnen das bestätigen. In der Weismann-Verrel-Franke-Prüfung am 26.2. kam das Begnadigungsrecht des BP - die zwei durchzufallenden Kandidaten kannten das nicht und

wussten auch nichts von einem aktuellen Anlass. Die Gnadensordnung s. Fußnote zu Art. 60 II wurde besprochen und darin das seltsame, dass der BP hier als Gesetzgeber auftritt. Art. 103 II GG kam (certa, stricta, praevia, scripta) und die Warnung vor Gammelfleisch. Prof. Verrel: Mitgefängene hauen einem Sexualstraftäter eines auf die Glocke. Franke: was fällt Ihnen zu Neugeborenen ein? Die FR berichtet am 6.3. über die Verfassungswidrigkeit einer Kindergartenpflicht - ist das eine Trennung im Sinn von Art. 6 III GG? (ich finde es sehr ulkig, dass die SPD dieses Ministerium früher als Gedöns verachtet hat und jetzt merkt, wie man mit diesem die politischen Gegner aufmischen kann und vor allem bei der Bevölkerung beliebt werden kann). Die FAZ schreibt über Cern - die Illuminati-Leser werden das kennen. Prof. Löwer fragte mal, zu welchem Gericht ein Physiker geht, der dort die Kündigung erhalten hat. Die FAZ berichtet über den Ansturm auf Österreichs Unis aufgrund des EuGH-Urteils 2005. Der BGH kündigt mit Pressemitteilung vom 5.3. noch ein Kölner-Müllskandalverfahren an: darf die Aussage eines 55-StPO-Zeugen verlesen werden? Für 52-Zeugen verbietet das § 252, es sei denn, es handelt sich um richterliche Protokolle (die Unterscheidung ist Quatsch, denn der Sinn des 252 ist ja, diese Aussage aussen vor zu halten, egal, wer sie nun protokolliert hat - es geht ja nicht um die Glaubwürdigkeit).

Das OVG Münster hat am 2.3. entschieden, dass die Stadt Wesseling vom Land NW keinen Aufwendungsersatz aus GoA bekommt, wenn sie eine Ölspur auf einer Landstraße beseitigt - die Tätigkeit der Feuerwehr sei unentgeltlich - problematisch, da ja nur die Tätigkeit bei Feuer unentgeltlich ist, wenn die aber meine Katze vom Dach holen, nicht. Der EuGH hat am 27.2. einen zweiten Fall Yusuf entschieden und bei einem sog. Gemeinsamen Standpunkt aus dem "dritten Pfeiler" ein Vorlageverfahren für zulässig erklärt und festgestellt, er sei für absolut alle Vorlagen von absolut allen Rechtsakten zuständig - wouw.

Die FAZ diskutiert am 3.3. ausführlich den zweiten Teil der geplanten Föderalismusreform. Was für Sanktionen legt man an, wenn ein Bundesland trotzdem Schulden macht und vor allem wer? Am 3.3. berichten die Zeitungen über den 5. Geburtstag des Kölner Müllskandals: im Mündlichen wird gerne gefragt, was der Unterschied zwischen einem MdB und einem Ratsmitglied ist sowie des Amtsträgers im Sinn der § 331 ff. und dem Mandatsträger in § 108 e. Der Bundespräsident will die Gesundheitsreform, die am 1.4. in Kraft treten soll, prüfen, kann aber nicht, weil er den Gesetzesbeschluss noch nicht vorliegen hat und er erst mal zwei Wochen auf Auslandsreise ist. Im Zweiten kam Ende Februar im Strafrecht der -BGH-Fall-2006 des Falschfahrers, der in letzter Sekunde das Licht wieder anmacht. Das BVerfG hat am 1.3. Boxberg II verkündet - Enteignung zugunsten einer Messe. Der Bundestag fällt nicht unter das Rauchverbot, wie ist das, wenn 600 MdBs rauchen wollen und 5 nicht - analog zum Gemeinderat? Der BGH hat am 1.3. ein interessantes Urteil zu § 119 HGB ins Netz gesetzt - II ZR 245/05 und eine Pressemitteilung zu § 89 b HGB analog beim Vertragshändler. Die FeinstaubVO ist in Kraft. Das wird am 1.3. wohl ein schwarzer Tag für Boris Becker - das OLG München beschäftigt sich erneut mit seiner harten Patronatserklärung in einer Hotelbar in den USA - er wird das mit dem Geld bezahlen, was er von der FAZ bekommt, weil die ihn für die Nullnummer der Sonntagszeitung als Werbeträger benutzt hat. Die Bestimmung des neuen Präsidenten des OLG Koblenz soll ungültig sein, weil Enthaltungen nicht als Nein-Stimmen gezählt wurden - bei Personalentscheidungen und im Bundesrat sind Enthaltungen Nein-Stimmen. Die letzte Februar-Klausur: jemand klagt am 26.2.2007 (Montag) gegen einen am 25.2.2005 bekannt gemachten Bebauungsplan - § 47 VwGO ist seitdem 1.1.07 neu - s. Februar-RÜ. In der Prüfung Burgi-Mansel-Lichtinghagen am 26.2. kam das allgemeine und besondere Persönlichkeitsrecht (für solche Scherze bin ich zu alt, du je), das AGG, Erbrecht, vorgetäuschter Eigenbedarf = Prozessbetrug und Strassenverkehrsschild. Ein Kandidat mit 70 Vorpunkten bekam 118 Endpunkte. Ein Kandidat mit 15 Vorpunkten fiel durch, der andere mit 15 Vorpunkten bekam 44.

Februar: Am 24.2. in der Pietzcker-Prüfung kam Vergaberecht, StPO, Sachenrecht, das Mangoldurteil. Die Zeitungen am 28.2. besprechen das Cicero-Urteil. Sagen Sie im Mündlichen bloß nicht "Razzia". Die Folgefragen stellen sich jetzt: Beweisverwertungsverbot - Fernwirkung? Idi Amin kommt ins Kino, dann muss ein verstorbener Familienrichter aus Bonn auch im Film vorkommen. Eine der 13 Ehefrauen des Diktators tauchte mit Kind in Bonn auf und wollte sich scheiden lassen. Idi Amin wurde am Schwarzen Brett ausgehängt und per öff. Zustellung geladen. Der zuständige Richter für A hatte Angst vor Repressalien und schob die Sache dem Richter für den Buchstaben I zu. Der schob zurück. Die Ehe wurde in Abwesenheit geschieden, die Terminsrolle hing nicht an der Tür. Die Privatisierung der Gerichtsvollzieher ist heute wieder Thema in den Zeitungen - Art. 33 IV GG.

Am 27.2. wurde der Backofenfall geprüft, ein Abschleppfall, Werbefahrzeug an der Autobahn und viel StPO. Am 27.2. kam endlich das Gefährderanschreiben als Klausur. Die Cicero-Entscheidung sollte zur Lektüre der Spiegelentscheidung und des Carl-von-Ossietzky-Falles animieren - das Pressegrundrecht ist eine Institutsgarantie - Carl Schmitt. Der IGH ist am 26.2. mutig: Ein völkerrechtliches Delikt durch Unterlassen gegen das nicht mehr existierende Jugoslawien, die

SZ hat am 27.2. den besten Artikel dazu mit einer falschen Schlagzeile "Völkermord durch Unterlassen" und der Generalanzeiger schreibt nett. Der EuGH hatte schon bei den spanischen Erdbeeren (die franz. Polizei machte nichts gegen wild gewordene französische Bauern) ein Unterlassen im Europarecht bejaht. Im Verfahren gegen den Ministerrat, weil er nichts gegen Deutschland wegen des Defizits machte, allerdings abgelehnt. Der EuGH bringt ein beschleunigtes Vertragsverletzungsverfahren gegen uns in Gang wegen des Telekommunikationsgesetzes. Auch was neues. Die Strafrechtsklausur vom 26.2. ist der Rose-Rosahl-Fall: der gedungene Killer soll einen Mann mit Baskenmütze erschiessen - der Mittäter macht sich sowieso aus dem Staub - § 24 II 2 am Ende?

Am 23.2. in der Limpensprüfung fragte der Strafrechtsprüfer jeden Kandidaten nach einem berühmten Strafrechtler, der erste Kandidat durfte etwas zu Feuerbach sagen, der zweite zu Franz von Liszt und so weiter. Aktuelles kam nicht. Am 24.2. prüfte Frau Opitz zum zweiten Mal die Zusammenlegung der Verwaltungs- und Sozialgerichte in Berlin/Brandenburg - die Leute kannten das nicht, haben also offensichtlich nicht Protokolle gelesen - und es kam wieder mal Rückwirkung dran - eine sehr beliebte Sache, s. auch BVerwG JuS 2007 S. 167. Am 14.2. wurde das Prüfungsrecht des BPräs. geprüft sowie, ob ein Rosenmontagszugwagen mit einem kopulierenden Paar Merkel-Müntefering verboten werden dürfe. Im Strafrecht BGH: Die Räuber finden in der Kiste nicht das erwartete Geld sondern nur Weinflaschen. Im WF Europarecht das bevorstehende Jubiläum der Römischen Verträge sowie die EU-Verfassung und das Verbot von Billigtextilien aus China. Die Februar-RÜ berichtet über die am 1.1.07 in Kraft getretene Änderung des § 47 VwGO. Am 2.3. findet im Bundestag eine Grundsatzdebatte über die Rechte der Opposition statt, da diese nur 27% auf die Waage bringt, für alle wichtigen Dinge aber 33% braucht. Auch die SZ hat am 24.2. einen Preußenartikel und berichtet über das 75-jährige Jubiläum der Einbürgerung unseres Führers - um Reichskanzler werden zu können, musste er ja Deutscher werden, damals wurde man das noch durch Ernennung zum Beamten, das wurde nach dem Krieg sofort abgeschafft, die Welt hat am 24.2. noch mal zwei Seiten über Preußen - die FAZ nada, für Jura und Geschichte interessiert sich einiger Zeit da keiner mehr. Das BVerfG hat nun wohl endgültig den Deckel auf den Fall Görgülü gemacht. Das sieht man selten mal, dass einem OLG Willkür vorgeworfen wird. Das war eine toughe Kollegin - die hat sich durch mehrere verlorene Vben nicht entmutigen lassen und hat letztendlich doch noch obsiegt.

Die Welt bringt am 23.2. einen Bettlakenartikel über Preußen anlässlich des 60. Todestages - die Alliierten hatten Preußen am 25.2.1947 aufgelöst - in Bonn waren wir von 1815 - 1947 preußisch und von 1794 - 1814 französisch, Napoleon hat auf der Popallee höchstpersönlich seine Truppen exerzieren lassen. Am 22.2. kam das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten und die Föderalismusreform, die mangels Gesetzestext dann doch nicht geprüft wurde. Und der NPD-will-in-die-Stadthalle-Fall, im Zivilrecht Erbrecht und bei Prof. Kindhäuser Hehlerei. Die zweite Februartklausur besteht aus Familienrecht und Vertragsrecht.

Das Handelsblatt berichtet am 22.2., dass der High Court in London die Flucht aus dem dt. Insolvenzrecht gestoppt habe - im Anschluss an die EuGH-Entscheidung Eurofood/Parmalat und die Überseeringsache. Früher hat man eine schlingernde GmbH sitzmäßig nach Norddeutschland verlagert, den Namen geändert und die dann mangels Vermögensmasse gelöscht, so dass das in Bonn keiner mitgekriegt hat. Nach England fliehen kann man also nicht mehr. Geht noch die Flucht nach Frankreich? Die verlangten bisher eine Stromrechnung von einem Jahr zum Nachweis, dass man nicht nur briefkastenmäßig umzieht - die Franzosen haben eine Restschuldbefreiung, auch wenn es um eine deliktische Haftung geht. Die erste Februartklausur ist da: typische Kaufrechtsprobleme: Aliudlieferung, Verjährung, Haftungsausschluss. Die FAZ verhaut am 22.2. im Wirtschaftsteil den EuGH - er maße sich zuviele Kompetenzen an. In dem Kartellstreit ist ein erstaunliches Zwischenurteil ergangen - die Geltendmachung der Schadensersatzansprüche durch eine extra für den Prozess gegründete GmbH ist zulässig. Da unsere BMJ wohl nicht sicher ist, ob sie eine Bankenverpflichtung zur Kontengewährung an jedermann durchkriegt, will sie ein pfändungssicheres Konto einrichten - die Rechtslage im Moment ist kurios: bei Pfändung des Arbeitseinkommens wird der Pfändungsschutz automatisch durch den Arbeitgeber berücksichtigt - bei der Pfändung eines Kontos muss der Schuldner einen Schutzantrag stellen, dessen Bearbeitung inklusive Beschwerde in Bonn 3 Monate dauert, so lange kriegt der kein Geld. Und die Pfändungsfreigrenzen bei Freiberuflern gibt es per Gesetz überhaupt nicht. Man könnte mit einem Titel mir sämtliche Konten platt machen.

Zum dritten Versuch im zweiten Examen. Es ist jetzt in NRW vorgekommen, dass Referendare mit 46 oder 36 Vorpunkten nicht zum Mündlichen angetreten sind, weil ihnen das zu wenig war. Beim zweiten Versuch sind sie nicht zum Mündlichen zugelassen worden - der dritte Versuch wurde dann nicht genehmigt - dumm gelaufen. In München und Köln sollen Moscheen errichtet werden - geht das durch Baugenehmigung oder muss ein B-Plan her? Fügen die sich ein? Was ist mit der befürchteten Gettobildung durch den Zuzug gläubiger Menschen zu ihrem Gotteshaus? Letzte Änderung des BauGB Juli 2004 und geplante Änderungen angucken. Ein Geschwisterpaar will gegen § 173 StGB Vb einlegen. Ich glaube nicht, dass die überhaupt angenommen wird, obwohl die Vorschrift interessant zu lesen ist und

die Kommentierung auch. Es gibt Dinge, über die kann man nicht diskutieren. Die FAZ bringt im Feuilleton am 21.2. zum dritten Mal die Diskussion, ob Sport ins GG soll.

Der BGH hat sich am 20.2. - VIII ZR 92/06 - mit der im Kaufvertrag angegebenen Laufleistung eines Pkw beschäftigt - nur Beschaffungsangabe oder Beschaffungsgarantie? Die Gesundheitsreform entmacht die Krankenkassen zugunsten des Bundes. Der verteilt das Geld über den Gesundheitsfonds und hebt dadurch die Selbstverwaltung der Kassen auf - das hat noch nicht mal der Führer gemacht. Die Krankenkassen dürfen nicht mehr nach Krankheit diskriminieren. Die Zwangsmitgliedschaft ab dem 1.7.2007 erfasst schlappe bisher nicht versicherte 300.000 Menschen maximal - von 82 Millionen. Art. 2 I GG? Heft 8 der NJW bringt einen interessanten Fall: Der Beklagte fährt ohne Fahrerlaubnis und über einen sturzbetrunken auf der Straße liegenden Mann, der ein uneheliches, unterhaltsberechtigtes Kind hat. Der BGH - VI ZR 115/05 - hat die fehlende Fahrerlaubnis nicht berücksichtigt - der Mann hätte doch gar nicht das Auto fahren dürfen. Das Vorwort in diesem Heft bringt die Kritik am Hartz-Prozess auf den Punkt. Das Handelsblatt - handelsblatt.com - berichtet am 20.2. zum zweiten Mal über das EU-Grünbuch zur Gleichschaltung von Arbeitnehmern und Selbständigen sowie über den Gesetzesentwurf der Professoren Preis und Henssler zum Arbeitsrecht (die Verpflichtung dazu stand übrigens nicht nur im Einigungsvertrag sondern schon in der Weimarer Verfassung). Der BGH hat am 16.2. den Fall des perfekten Pferdes entschieden. Es reicht für die Mangelhaftigkeit nicht, wenn das Röntgenbild eine Abweichung von der gewollten Perfektion zeigt, ohne dass eine mittlere Wahrscheinlichkeit des Umschlagens in einen Schaden vorliegt. Das Urteil gegen den Kannibalen von Rotenburg ist rechtskräftig. Kein § 216, da kein "Handlungsleiten" durch das Opfer vorlag. Der BGH hat sich dadurch geschickt um das Problem rumgeschummelt, ob ein ernstliches Verlangen des Opfers nicht deshalb ausscheidet, weil es nicht alle Hühner auf dem Balkon hat - dann hätte der Täter ja auch konsequenterweise den § 20 oder § 21. Mordmerkmale Zur Verdeckung des geplanten § 168 - da hatten sich die Zeitungen noch totgelacht, als die StA das anklagte. Und zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, obwohl Roland Freisler sich 1942 bestimmt nicht vorstellte, dass der Täter später eine schmackhafte Mahlzeit mit anschließendem Video plante.

Gibt es einen Anspruch gegen die Fernsehanstalten auf ein Wort zum Freitag oder Sabbat? Das OVG Koblenz hat die Zweitwohnungssteuer für Studenten gekippt - zuhause hätten die ja nur ein Zimmer und keine Wohnung, sehr richtig. Prof. Preis hat sein aus-portal.de aus dem Koma geholt - es ist jetzt wieder schön aktuell - bitte die Gesundheitsreform da nachlesen - zum Grundverständnis pkv wikipedia und gkv wikipedia. Die letzten Pressemitteilungen des BAG sind wichtig. Am 9.2. wurde die online-Durchsuchung geprüft. Keine ZPO, keine StPO. Da die Amerikaner ein durch Folter erzwungenes Geständnis bei Militärsondergerichten zulassen wollen, stellt die SZ am 16.2. die Geschichte der Folter zwecks Geständnis dar - die Inquisition, nicht zu verwechseln mit der kirchlichen, war ein Fortschritt gegenüber den Gottesurteilen des Mittelalters - entweder ein Geständnis oder zwei unabhängige Zeugen waren für die Verurteilung erforderlich. Am 16.2. beschäftigt sich der Bundesrat mit § 238 StGB: wer unbefugt nachstellt und die Lebensgestaltung schwerwiegend und unzumutbar beeinträchtigt - na klasse, das ist doch nur der Fall, wenn das Stalking-Opfer tot ist - der Sinn der Vorschrift liegt gar nicht in der Bestrafung (§§ 223, 240 reichen da völlig) sondern in der erweiterten Möglichkeit, die Täter in Untersuchungshaft zu nehmen, damit kein Mord passiert.

Der BGH - es geht um Betriebsrente - hat das Abstandsgebot des Art. 6 I GG in der Entscheidung zur Witwerrente der Homo-Ehe eingehalten. Fahranfänger sollen 0,0 Promille Alkohol im Blut haben. Welche Promillegrenzen gibt es? (0,3 - 0,5 - 1,1 - 1,6 - 2,0 - 3,0 - 3,3 - 4/Exitus bei normalen Trinkern). Ist es verfassungsgemäß, dass diese Grenzen von der Rechtsprechung und nicht vom Gesetzgeber festgelegt wurden? Was hat der Gesetzgeber mit § 323 a vor? Berühmte Entscheidung zur alic? Dänenfall - NJW 1997. Ansatzpunkt und Theorien für die alic? Kann ein Hamburger Geschäftsreisender, dem an Weiberfastnacht in einem Bonner Reisebüro die teure Seidenkrawatte abgeschnitten wird, Schadensersatz verlangen?

Die Goldene Aktie beherrscht am 14.2. die Zeitungen - die SZ hat im Wirtschaftsteil die beste Übersicht über die EuGH-Urteile. Und natürlich der heimliche Vaterschaftstest. Die FAZ berichtet über eine Haushaltsklage in NRW (Wo sitzt der VGH und warum da? Wieviele Senate hat er? Wieviele Richter? Nur Richter oder auch "Schöffen"? Professoren Löwer, Dauner-Lieb und Breuer sitzen da drin, zuvor Prof. Stern. Alles Fragen aus dem Mündlichen). Der DFB will notfalls keine Fußballspiele mehr in Sachsen veranstalten. Verstößt das gegen das AGG? Dort ist von Zugang zu Gütern und Dienstleistungen die Rede. Die FAZ berichtet am 13.2. über die Normenkontrollklage FDP/CDU gegen den Haushalt 2004 - Art. 110, 115 GG. Was bringt ein solches Verfahren? Gar nichts, da ja das Haushaltsjahr schon längst abgelaufen ist. Das VW-Gesetz wird in Luxemburg verhandelt - die Frankfurter Rundschau berichtet, worum es da geht (ein Investor kann nie mehr als 20% der Stimmen haben, selbst wenn er z.B. 85% der Aktien hält).

Ah so, das OLG Stuttgart erklärt das in seiner Mohnhaupt-Presserklärung, wieso 5 x lebenslänglich geht - aus historischen Gründen.

Die FAZ berichtet am 10.2., dass Ba-Wü das Doppelmandat abschaffen will. Der ehemalige Oberbürgermeister Daniels in Bonn war zeitweise OB, Landtagsabgeordneter und MdB - er hatte die Zulassung parteiunabhängiger Kandidaten in Karlsruhe durchgesetzt. Ist das jetzt verfassungsgemäß? Welche Interessenkollision soll da sein? Die wollen nur eine Pensionsberechtigung sparen. Den Job im Landtag konnte man in 3 Stunden pro Woche machen - die Länder hatten bisher ja nur die Gesetzgebungskompetenz für Gefahrenabwehr und Kultur - seit der Föderalismusreform könnte das anders sein. Inkompatibilität - Ineligibilität (meine Zunge verknotet sich da immer) - Art. 137 GG.

Prof. Löwer hat in seiner letzten Prüfung den BVerfG-Fall/Klausur des lügenden Nigerianers geprüft (§ 48 VwVfG trotz Art. 16 GG - Thomas-Mann-Artikel). Dann muss er nach dem hessischen Fragebogen drei deutsche Mittelgebirge nennen. Wie wird man Deutscher? Wo steht der Begriff des Deutschen? Warum steht da 31.12.1937? (Art. 146 GG - weil wir die Österreicher nicht haben wollten - der Anschluss war ja 1938). Er - Prof. Löwer - fragte übrigens auch, was ein deutscher Anwalt machen kann, wenn ein italienischer die OLG-Zulassung bekommt und er nicht, weil er noch nicht 5 Jahre Anwalt ist (wird gerade abgeschafft). Konkurrentenklage - muss das BVerfG dem EuGH vorlegen? Was ist an den Ehrengerichteten der Anwälte, die mit Richtern und Anwälten besetzt sind, zu kritisieren?

Prof. Stern schreibt im Feuilleton der FAZ vom 9.2. (emeritierte Professoren kommen ins Feuilleton) über die Pläne, den Sport u.a. in Art. 20 a GG aufzunehmen. Das AGG wird immer mehr Prüfungsthema: enthält es abschliessende Diskriminierungsverbote? Darf bei der Kündigung aus ethnischen Gründen diskriminiert werden? Verboten das Gesetz unterschiedliche Weihnachtsgelder für Angestellte und Arbeiter als sog. mittelbare Diskriminierung? Alles mit einem Blick ins Gesetz zu lösen. Prof. Schnapp: Muss ein Bundesminister die deutsche Staatsangehörigkeit haben? Wo würden Sie da nachgucken? Im Ministergesetz und im GG - da steht aber nichts dazu. Ich will aber, dass jemand, der mich regiert, im selben Boot sitzt und nicht mit seinem auswärtigen Paß wegläuft, wenn es brenzlig wird.

Am 6.2. kam in der Ketterle-Prüfung der Pistolenschuss im Theater, die Online-Durchsuchung und Baurecht. In Düsseldorf wurde am Montag, den 5.2. gefragt, wie das denn mit 5 x lebenslänglich - RAF - sein könne, dann die Neufassung des Luftsicherheitsgesetzes - die Kandidaten kannten weder die RAF-Problematik noch das Luftsicherheitsgesetz in der alten oder geplanten neuen Fassung - Vormerkung war auch wieder das Thema. In der Prüfung am 7.2. wurde nach dem Verrichtungsgehilfen gefragt - kein Kandidat kannte den. Dann: Was gibt es denn noch fürgehilfen? Auch da haben alle gepasst - was einen Kandidaten nicht hinderte, mit 40 Vorpunkten auf dem Flur einen Anspruch auf vollbefriedigend anzumelden. Zur Online-Durchsuchung: Warum passt § 102 StPO nicht direkt? Immerhin steht der PC in meiner Wohnung. Warum nicht analog? Warum geht § 100 a nicht direkt, immerhin komme ich mit meinem PC über Telefonleitungen ins Internet. Warum nicht analog? Warum geht keine Gesamtanalogie? Muss das GG geändert werden, wenn ein spezielles Gesetz kommt? Ich würde mir das BVerfG-Urteil zum Großen Lauschangriff noch mal angucken. Die Class action wird von mehreren Zeitungen am 8.2. erklärt. Darf im Äthiopierprozess die Handyaufzeichnung als Beweismittel eingesetzt werden?

Die Ergebnisse vom 27.1. sind da. Aus 27 Vorpunkten wurden 70, aus 32 nur 50, aus 20 dann 51, aus knapp 40 nur 59. Es wurde im Wahlfach Arbeitsrecht nach dem ersten Präsidenten des BAG gefragt und wer als erster die Idee der Drittwirkung der Grundrechte gehabt habe - Herr Dürig in einer Festschrift von 1923. Ahja. Das AGG kam dran. Die ulkigsten Pagenkopf-Protokolle: Zunächst der 17.10.2003: "Der antike Philosoph Heraklit von Ephesus (um 580 - 480 v.C.) wurde von seinen Zeitgenossen wegen der Schwerverständlichkeit seines Denkens auch "der Dunkle" genannt. Wer an Wiedergeburt glaubt, könnte auf die Idee kommen, dass es sich bei Dr. P. um die Reinkarnation des Heraklit handelt. Dieser Eindruck verfliegt jedoch wieder angesichts der Erkenntnis, dass den Rätselsprüchen des antiken Philosophen ein Sinngehalt anhing, den die Äußerungen des P gänzlich vermissen lassen." Dann der 27.8.1999: "Dänen und Schweden haben sich neulich die Hand geschüttelt. Können Sie sich vorstellen, wo das war? - Auf der Öresundbrücke? Genau. Ein Jahrhundertbauwerk. Das hätten sich unsere Vorfahren nicht träumen lassen. ... Was ist der Öresund? Eine Meerenge. Was ist da problematisch? Mensch, denken Sie doch mal nach. Welches Schiff ist hundert Meter hoch. Ihre Eltern haben doch damit zu tun (Meine Eltern haben eine Mineralölspedition) Bohrinseln. Ja, die Dinger sind oft 150 Meter hoch. Wo gibt es so was sonst noch? Meerengen? Ja. Gibraltar. Gibraltar ist ein Sonderfall. Wieso? Weil es zu England gehört. Wem hat es ursprünglich gehört? Spanien. Ja, eigentlich haben wir die Zeit der Kolonien hinter uns. Unglaublich, dass am Ende des 20. Jahrhunderts das immer noch nicht zurückgegeben wurde (Soviel ich weiß, wurde Gibraltar den Engländern von Spanien geschenkt). Wo noch? Bosporus und Dardanellen.

Genau. Was gibts da für Probleme? Odessa, einer der drei eisfreien Häfen der russischen Marine. Ja, was nutzt denen das, wenn die in der lauwarmen Badewanne Kapitän spielen.Die Zeit ist um, wir sind am Ende. Das hat Ihnen wohl nicht geschmeckt?"

Können Nachbarn eines türkischen Konsulats sich wegen Attentatsängsten dagegen wehren? S. BVerwG, Pressemitteilungen. Da die Auslegungsmethoden häufig geprüft werden, bitte nachgucken: Rechtspositivismus = Weimarer Zeit; Interessenjurisprudenz/ Begriffsjurisprudenz Zivilrecht/von Jhering; englische Auslegungsmethode beim EGMR (nichts als der Wortlaut, s. den letzten Akt im Kaufmann von Venedig, Caroline-Entscheidung: was fielen uns Deutschen ein, in das KURhG die Person der Zeitgeschichte hineinzulesen?), BVerfG: Wortlaut/Systematik/Geschichte/Zweck/verfassungskonform/ rechtsvergleichend; EuGH: Wortlaut (nicht Brockhaus sondern anhand des EU-Rechts), keine historische Auslegung, Urteile nach französischem Rechtsverständnis. Österreich: Versteinierungstheorie - weiß ich auch erst seit letzter Woche. Von Savigny bitte nachlesen, wollte Prof. Löwer auch wieder hören. Eine Frage von Herrn Habermehl: nicht rechtsfähige Anstalten: 3xs: Schulen, Schleusen, Strafanstalten. Über Schleusen wollte ich schon immer mal was wissen und ich dachte, es hiesse justizvollzugsanstalten. Für StPO: Der Polizeibeamte, der auf dem Weg nach Hause ist, erschießt einen Vandalierer: § 127 StPO?

In der Löwer-Prüfung am 5.2. kam Kaufrecht/StPO-Robert-Hoyzer-RAF, im ÖR die verschiedenen Auslegungsmethoden und ihr historischer Hintergrund sowie der Untersuchungsausschuss und Nescovic - kein Wunder - Prof. Löwer hat die vier Gysi-Verfahren seitens des Bundestages damals gemacht - § 44 b AbgG. Die Krawalle in italienischen Fußballstadien - dürften wir auch sagen, wir schicken da keine Polizei mehr rein? Was wären unsere Mittel, um damit fertig zu werden? Ähnliches wurde schon bei den französischen Krawallen in den Vorstädten gefragt. In der Schilken-Kurzweily-Weckerling-Prüfung am 2.2. kam Hypothekenrecht/StPO/Privatisierung der Gerichtsvollzieher - schon wieder - dran und eine Karikatur (Schiedsrichter weist Sport aus Art. 20 a GG raus). Polizeiruf 110 vom 4.2.: Ist das nur eine kriminalistische List oder ein § 136 a StPO, wenn der Kommissar dem Beschuldigten eine am Tator gefundene Krawattennadel als angeblich versehentlich in seiner Wohnung beschlagnahmte Sache zurückgibt? Darf Haftbefehl erlassen werden, wenn der Beschuldigte den Kommissar, der einen § 136 a StPO begeht, würgt? Ich habe noch Protokolle vom 19.12. - Bönders/Schmoedel-Thomer - reinbekommen. Im BGB kam die Novemberklausur (Partnervermittlung), im ÖR das Informationsfreiheitsgesetz und die Neufassung des § 45 BBG (echte oder unechte Rückwirkung? BVerfG 10.8.2006 - wichtig), im Strafrecht die aktuelle Entscheidung des OLG München (das BayObLG gibt es ja nicht mehr): jemand überklebt mit einer Folie ein Strassenverkehrsschild. Und noch eine nette Geschichte des Prüfers Hauck: er macht gerne Rollenspiele "ich bin eine AN, die im 5. Monat schwanger ist und will von Ihnen, Sie sind meine Anwältin, über meine Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. Sie dürfen mir gerne Fragen stellen." Die Kandidatin - völlig konsterniert: "Wann ist es denn so weit?" "Was meinen Sie denn, wenn ich im 5. Monat schwanger bin?" "Wie geht es Ihnen?" "Meine Frauenärztin sagt, bestens." Die Stimmung war dann auch bestens.

Das BAG hat einen interessanten Fall: Der AN nimmt eine Änderungskündigung, die ihm mit der Bitte um umgehende Antwort geschickt wird, erst nach 4 Wochen an. § 148 BGB - aber längstens 3 Wochen, die zu kurze Frist würde auf 3 Wochen verlängert - der AN hatte in den Vorinstanzen gewonnen, das BAG gab der AG recht. Die Gesundheitsreform ist durch - das Gesetzgebungsverfahren ist Ende Januar wieder abgefragt worden (Referentenentwurf, Gesetzesinitiative, 3 Lesungen bzw. 2, Beschluss, Bundesrat, Gegenzeichnung, Ausfertigung durch den BP, Verkündung im Bundesgesetzblatt, In Kraft treten). Ist die Bürgerversicherung - Versicherungspflicht nicht nur für Arbeitnehmer sondern auch für Freiberufler - verfassungsmäßig Art. 2 I GG - BVerfG-Urteil zur Bremer AN-Kammer und zum Impfwang? Geschichtlicher Hintergrund der Krankenversicherung?

Die Pagenkopfprotokolle vom 19.1. sind endlich da - er hat die Jagdgenossenschaftsentscheidung des BVerfG geprüft - Herr Röske wie immer Jus-Fall mit Lösung - obwohl in allen Protokollen steht, das er das tut, wussten das einige Kandidaten nicht - JuS 10/06 "Internet-Auktion mit Folgen". Der Kölner Stadtanzeiger berichtet am 2.2., dass die Müllwerker gegen die geplante Neufassung des § 107 GO demonstrieren wollen (Gelsengrünurteil - OLG Hamm NJW 1998, Elektroarbeitenentscheidung Dezember 2002, Wuppertaler Autorecycling 2003, Schilderprägerfall - OVG Münster 2005). Die FAZ berichtet am 1.2. davon, dass die Stadtwerke Konstanz, also die Stadt Konstanz, Eigentümerin des bayerischen Hafens in Lindau, dem einzigen Zugang Bayerns zu den Weltmeeren, geworden ist. Baden-Württemberg hat sich also in Bayern Land dazugekauft. Das könnte zu Problemen führen.

Was macht ein Gericht, wenn es nach Verkündung des Tenors merkt, dass die errechnete Zahl falsch ist - Welteke-Fall - im verkündeten Urteil bekommt er eine Pension von 11.100 € - nageln Sie mich bitte jetzt nicht auf die genaue Zahl fest - und in den Gründen stehen dann später nur 8.400 €? Miteiner Berichtigung nach §§ 319 ff.. ZPO ist es hier nicht getan. Rechtsmittel einlegen. In der Knütel-Kindhäuser-Prüfung am 25.1. (ein Schlachtfest - der Kandidat mit 40

Vorpunkten kam mit 63 nach Hause - Prof. Knütel vergab 2,4,1,4,7,4 Punkte - ich wär ja auch frustriert, wenn meine seit 20 Jahren vorbereitete Schuldrechtsreform durch Brüssel obsolet wird - aber das? Er soll in der Vorlesung Studenten mit Wasser verglichen haben: sie sickern überall durch und landen auf dem untersten Niveau) wurden die Begriffe dingliches Recht (Sukzessionsschutz wollte er hören - hä?), Verfügung, Zubehör gefragt - ach ja und "Plural von Sau?" Nicht Säue - ich wär da durchgefallen, wobei er da wohl keine Ahnung hat, wie man sieht, wenn man das ergoogelt. In Prof. Kindhäusers Prüfung durften sich die Kandidaten an dem Ausdruck "konkludent" abarbeiten - eine Kandidatin mit 14 Vorpunkten wurde mit 23 Endpunkten nach Hause geschickt - es gibt Dinge, die tut man nicht - 32 wären ja auch noch demütigend genug gewesen. Denen springt mal jemand vor den Zug. Und zwei Fragen für den Millionärsquiz von Günter Jauch: Warum kommt bei Befangenheit des Richters keine Beschwerde in Betracht sondern nur Revision? Welcher Rechtsbehelf besteht gegen Fehler der StA im Rahmen des Vorverfahrens? Darüber muss man doch intensiver nachdenken. Ich hätte nach zwei Tagen gesagt, dass bei angeblicher Befangenheit die Verteidiger das Verfahren dauernd blockieren könnten. Und der Rechtsbehelf gegen die StA? Es kommt darauf an. Bei Beschlagnahme und ähnlichem § 98 II 2 analog und sonst eben gar nichts.

Im Pflichtfach gab Prof. Kindhäuser sich nicht mit 3 Theorien zum Dreiecksbetrug zufrieden - diese Leute haben Sorgen. Wenn Sie einem Richter auch nur mit einer Theorie kommen, bekommt Ihr Mandant die Höchststrafe. Der Kandidat mit 25 Vorpunkten bekam einen Punkt in der Wahlfachprüfung. Und fiel durch. Vorsitzende Prüfer haben zwar kein doppeltes Stimmrecht, aber man kann seinem Mitprüfer doch beibringen, dass ein Punkt in der Zivilrechtsprüfung für eine Kandidatin mit 14 Vorpunkten nicht sein muss. Vor allem bei solchen Fragen bzw. Kritiken. Plural von Sau. Der Verbesserungskandidat am 25.1., der beim 1. Versuch 88 Endpunkte hatte und jetzt mit 55 Vorpunkten reinging, bekam im Zivilrecht 4 Punkte und ging mit 85 nach Hause. Das ist einfach unanständig.

Wegen der spannenden Entscheidung des BVerfG zur Erbschaftssteuer sollten Sie sich auf die Fragen nach den Unterschieden zwischen BVerfG und Supreme Court gefasst machen (Superrevisionsinstanz, Sitz des Gerichts, Wahl der Richter), was wir von dem abgekupfert haben (Marbury / Madison), dann zu den Unterschieden der Verfahren vor dem LG und dem BVerfG (Kosten, schriftliche Vollmacht, Anwaltszwang, Verhandlung, Fernsehen, Stuhlrteil) und vor allem zur konkreten Normenkontrolle im Gegensatz zur Vorlage nach Art. 234 EG. Das BAG hat angekündigt, dass es zwei wichtige Fragen entscheiden wird. Zum einen die des Sozialtarifvertrages, der Betriebsrat darf zur Erzwingung eines Sozialplanes nicht streiken. Und zur Tarifkonkurrenz und Tarifpluralität - die Lokführer fallen unter ver.di, transnet und gdl.

Januar: In einer weiteren Prüfung am 23.1. wurde Robert Hoyzer und die Kinderporno-Kreditkartenfahndung gefragt. Im Zivilrecht: wie heißt die Tochter von Ulrike Meinhof? Die hatte gegen die FAZ erfolglos geklagt. Und Kopftuch einer Lehrerin im Vergleich mit einer Nonne. Die Strafrechtsklausur im Januar war - ein Teil davon - der BGH-2006-Fall: Geisterfahrer-Selbstmörder auf der Autobahn überlegt es sich in letzter Sekunde noch anders. Die Verkündung des Erbschaftssteuerurteils erfolgt nur online - ist das mit dem BVerfGG vereinbar? Die FAZ berichtet über den Streik gegen Rente mit 67 - das ist mal ein gutes Gefühl für jeden Juristen - endlich mal ein Fall, bei dem man sich ohne jede Selbstzweifel ganz sicher ist, dass das rechtswidrig ist. Das BVerfG beschäftigte sich mit § 53 StPO - Geistlicher-Seelsorger, ist offenbar nicht dasselbe. Ein Arzt, dem der Patient während der Blutabnahme von seinen Aktien erzählt, hat ein Zeugnisverweigerungsrecht. Ein Geistlicher nur in der Beichte, da hat die Kirche nicht aufgepasst. Im materiellen Recht - §§ 138, 139 StGB - sind Geistliche viel besser geschützt als Anwälte oder Ärzte.

Am 26.1. - Hauck-Zieschang-Habermehl wurde das Urteil-leeres-Verhütungstäbchen im Oberarm, Arbeitsrecht: Beendigung der Sozialversicherungsfreiheit Kündigungsgrund-aktuelles Urteil?, Kameraüberwachung eines Bahnhofs, umkleben des Preisschildes an eingeschweisstem Oberhemd gefragt. In der Schmidt-Eichhorn/Lang/Weckerling-Prüfung wurde Umstecken eines Knöllchens geprüft, im Zivilrecht der alte Fall Sicherungsübereignung und Vermieterpfandrecht beißen sich, im ÖR Rauchmeldergesetz (Gemäß § 95 BVerfGG kann man gegen ein Unterlassen vorgehen - wussten Sie das?) und wieder Privatisierung der Gerichtsvollzieher.

Die Prüfung Doleisch-von-Dolsberg/Pera: StPO - klar - Renovierungsklausel und Antenne im Mietvertrag, im IPR Überseering u.a.. In der Rosenberger/Horst/Kreße-Prüfung am Wochenende kam im Europarecht das Mangold-Urteil und die Preußen-Elektra-Entscheidung sowie - protokollfest - Hochschulrecht, das neue Hochschulfreiheitsgesetz, StPO, § 127 StPO. Die SZ bringt am 30.1. eine gute Zusammenfassung des bisherigen Geschehens zur Waldschlösschenbrücke - das Gericht hat ein Mediationsverfahren befohlen. Geringe Wahlbeteiligung bei den Bürgermeisterwahlen in Hessen: Kann eine Wahlpflicht wie in Belgien und Griechenland eingeführt werden? Am 25.1. wurde Stalking, StPO und im V+E Siemens/Kartell/400 Millionen € Bußgeld geprüft, im BGB Zurechnung des Wissens

des zuliefernden Karosseriebetriebs beim Verkauf eines Gebrauchtwagens. Schauen Sie sich die Vorschau des BGH über die kommenden Termine an, vor allem: § 89 b HGB analog für Vertragshändler (und Autobahnraststätten), warum kaufe ich den BMW, wegen des Produkts oder weil es dieser Händler ist? Dann: Die Mauerbilder, hat der Künstler einen § 812? Und: Ist ein Button mit einer Faust, welche das Hakenkreuz zerschmettert, strafbar?

Am 25.1. wurde nichts aktuelles geprüft - der Laserdrome-Fall, versuchtes Regelbeispiel, Erb- und Sachenrecht und das sehr anstrengend. Am 24.1. - Prof. Morlok - kam das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten/Gang des Gesetzgebungsverfahrens, Begnadigungsproblematik, Auslegungsmethoden (die österreichische Versteinerungstheorie - man lernt doch immer noch was dazu), Brandstiftungsdelikte, Erb- und Sachenrecht-Vormerkung = Examensklausur. Am 23.1. kam der Kurnaz-Fall dran, Anspruch auf konsularischen Schutz sowie Rücktritt Stoiber, was das ist, wenn der Kanzler zurücktritt. Der Bundespräsident entschuldigt sich im Ausland für Mohammedkarikaturen des Malers M § 16 a VersG, BGH 2006 Sommerexzem des verkauften Pferdes - im Wahlfach St+V eine alte Klausur: JVA in der Nachbarschaft s.o.. Was kann der unternehmen? Herr Schuschke ist durch Herrn Schmidt-Eichhorn ersetzt worden. Jemand hat am 26.1. 75.000 € in Kaiserlautern unters Volk geworfen - Mainz hatte das abgelehnt. Sondernutzung - Versammlung - Grundrecht der veranstaltenden Rundfunkanstalt - Menschenwürde analog Big Brother und Dieter Bohlen -DSDS?

Lt. Generalanzeiger vom 24.1. und 25.1. hat MP Rüttgers die Gemeindereform beschlossen - § 107 GO wird gekappt, Zwei-Stimmen-Wahlrecht im Landtag, Abkoppelung Rats- u. Bürgermeisterwahl, Kumulieren u. Panachieren kommt aber wohl doch nicht. Die Altersgrenze von 68 bei Bürgermeistern fällt. Frage aus dem Mündlichen: warum gibt es bei Bundeskanzlern keine Altersgrenze aber - bisher - bei Bürgermeistern? Das LAG Hamm hat einen netten Fall: die Aushilfe des angestellten Surflehrers fährt dessen Wagen kaputt. Gelten die Regeln der betrieblich veranlassten Tätigkeit auch zwischen zwei Arbeitnehmern? Am 17.1. wurde im Strafrecht die Examensklausur Lehrer-Pausenhof-Schlägerei-Änderung-des-Einsatzplanes geprüft. Prof. Schilken prüfte die Hausarbeit - Stradivari landet auf dem Sperrmüll-ähnlich wie der LG-Bonn-Fall-August-Macke-Bild. Im ÖR Prüfungsrecht des BP u.a.. Die FAZ berichtet am 24. Januar, dass das geplante Arbeitsvertragsgesetz (wurde schon im Einigungsvertrag 1990 verbindlich vereinbart) nicht kommt. Was soll da auch groß drinstehen - Prof. Preis und Henssler waren damit befasst. Das Handelsblatt hat aber vor kurzem berichtet, dass die EG-Kommission ein Grünbuch zum Arbeitsrecht erstellt hat - Arbeitnehmer und -ähnliche Personen sollen alle gleich behandelt werden. Unser Aussenminister (SZ: "zergliederte Sprechweise" - warum geben Politiker in Not immer über die Bildzeitung ihre Meinung bekannt? Kein Satz hat mehr als vier Worte und kein Wort hat mehr als vier Buchstaben) wird wohl zurücktreten müssen - die SZ hat am 23.1. den Grund abgedruckt, Die Welt hat am 25.1. nachgezogen. Wer hat wohl der Zeitung dieses geheime Dokument gegeben? Die Cicero-Entscheidung wird auch für diesen Fall wichtig sein. Eine Frage beantwortet aber keiner. Warum haben die Amis Kurnaz nicht einfach vor die Tür gesetzt, wenn er angeblich unschuldig war?

Die Zeitungen am 24.1. bringen alle die Geschichte der RAF. Klar will Begnadigung nach Art. 60 II, Mohnhaupt hat gar nichts beantragt, sie will Recht - die Bundesanwaltschaft hat den Antrag gestellt. Wie kann das sein: 5 x lebenslänglich und 15 Jahre? Im Mündlichen: wie kann das sein "Mörder wird zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt?" (in der Revision ist von Totschlag auf Mord verbösert worden, ein Jugendlicher, Rechtsfolgenlösung nach § 49 oder § 21) Die Uni Frankfurt soll Stiftungsuniversität werden. Am 19.1. kam die Begnadigungsproblematik im Wahlfach S+V, im Strafrecht der Hartz-Prozess, ein Kandidat kam mit Strickjacke - das erhöht natürlich das Wohlfühl, löst die Nervosität und mindert die Anspannung. Für die Wahlfächler ein Muß. Bitte auch den Otto-Schily-Paragraphen § 138 a StPO angucken. Er hatte damals wegen seines Ausschlusses als Verteidiger von Gudrun Ensslin erfolgreich Vb erhoben - Art. 12 I 2 GG - und darauf hin ist die Vorschrift gemacht worden. Seine Karriere als Terroristenverteidiger war kurz, da damals § 146 StPO nicht auf "gleichzeitige" Verteidigung beschränkt war. Terrorismus als Dauerdelikt verbot Anwälten daher, mehr als einmal einen Terroristen zu verteidigen.

Das BAG hat einen Schadensersatzanspruch des gemobbten AN gegen den Mobber wegen Verlust des Arbeitsplatzes durch Eigenkündigung abgelehnt. Das haben die mal anders entschieden, als einem Krankenhausverwaltungsdirektor auf Druck der Ärzte gekündigt wurde - war Examensklausur. Wenn Sie noch was vererben wollen, tun Sie es bis zum 31. Januar. Dann wird das BVerfG das bahnbrechende Urteil zur Erbschaftssteuer verkünden (Einnahmequellen des Staates: Steuern Gebühren Beiträge Sonderabgaben Verscherbelung des Tafelsilbers Kreditaufnahmen eigene Unternehmen Monopolausbeute - Prof. Löwer: Sie wissen, ich prüfe immer gerne die FAZ vom Prüfungstag - heute habe ich mal den Express gelesen. Was ist juristisch falsch an der Schlagzeile "MDR verzockt Millionen Rundfunkgebühren an der Börse"? Es sind Rundfunkbeiträge - Studiengebühren dürften das übrigens auch nicht mehr sein).

Die am 19.1. - VII ZR 275/05 - auf der Homepage des BGH veröffentlichte Entscheidung war gerade Examenshausarbeit. Am 18.1. fragte Prof. Hillgruber, wann das GG in Kraft getreten sei. Die Kandidaten einigten sich auf den 1.1.1900. Als er mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden war und fragte, welche Verfassung denn 1900 gegolten habe, kam die Antwort "Weimarer Verfassung". So in der Art "Eine Weimarer Verfassung bitte". Den EuGH

hielten die für ein Sonderangebot bei Ebay. Solange es solche Kandidaten gibt, braucht man vor einer Juristenschwemme keine Angst zu haben. Also NJW 1989 S. 1305 - sehr gut zum GG - dann Wikipedia zur Weimarer Verfassung und Deutsches Kaiserreich, Westfälischer Friede, Goldene Bulle, Carl Schmitt. Wieso wir im zweiten Reich leben, müssen Sie selber austüfteln. "Neunjähriger schmuggelt sich in zwei Flugzeuge" - der Flugreisefall als praktischer Fall. Moskau verhindert eine Reform des EGMR - 90.000 Verfahren, von denen mindestens 80.000 unzulässig sind - eine Vorprüfungskammer sollte eingeführt werden. Rücktritt eines Ministerpräsidenten: was heißt das rechtlich, wenn ein Bundeskanzler oder ein Minister zurücktritt? Wie tritt ein MdB zurück und warum so? Der 2. Teil der Föderalismusreform stockt (der 1. Teil: Art. 22, Art. 84 I Satz 7, Art. 91 a, Art. 74 (Kernkompetenz, Abweichungskompetenz und das dritte, was ich immer vergesse), Art. 85 GG - s. den Artikel von Ipsen NJW 06).

Es kam in der Prüfung am 18.1. das Gefährderanschreiben, im BGB Gebrauchtwagenkauf. In der Pagenkopfprüfung am 12.1. (drei Prüflinge, die wegen Anspruch auf Prüferidentität letztes Jahr ausgestiegen waren und wieder Pagenkopf kriegten) wurde von Frau Puppe - sie prüft immer NSTZ-Fälle - der Fall geprüft, dass jemand mit angespitzten Eßstäbchen im Gerichtssaal jemanden abstechen will. Pagenkopf fragte, ob ein Sabatterianer, der am Sabbat eine Fahrprüfung wiederholen soll, das muss - political correctness in der Prüfung - er redete wie immer meist selber und kam über die Zulässigkeit nicht hinaus. Es kam in beiden Prüfungen nichts aktuelles. Gucken Sie sich bitte die Pressemitteilung des BVerfG zum Jagdrecht an - Art. 14 und 4 GG des Eigentümers gegen den Jagdberechtigten? Und die Entscheidung des EGMR zum Parallellfall - den Namen habe ich wieder vergessen.

Am 17.1. begann der Hartz-Prozess. BODENLOS: Die FAZ titelt mit "Geständnis" - seit wann ist das ein Geständnis, wenn die Hintermänner nicht genannt werden? Der wahre Angeklagte war ja gar nicht im Saal. Kein Dieb, der seinen Auftraggeber nicht nennt, kriegt so einen Deal. Niemand glaubt, dass Hartz diese Millionen jahrelang ohne Einbeziehung der Unternehmensspitze dem Betriebsrat in den Rachen geschoben hat. Das wesentliche hat Hartz gestern also gar nicht gesagt und das schlimme ist, niemand will das wissen, die StA müsste man zum Jagen tragen. Seine Verteidigung hat hier ein Husarenstück abgeliefert - bei dem hätten die Mannesmannverteidiger mal in die Lehre gehen sollen - ich glaube, da war er nicht drin. Gängige Fragen im Mündlichen: ist das Geständnis im Strafprozess ein Beweismittel? Ist das Gericht an dieses gebunden? In der ZPO: Unterschied Geständnis, Anerkenntnis. Die Prostituierten wurden gemäß §§ 154, 154 a StPO behandelt. Der Rest wird als deal über die Bühne gebracht - also ein Verfahren mit zwei deals, einem im Gesetz und einem ohne gesetzliche Vorgabe. Die Entscheidung des Großen Senats ist DAS THEMA in Strafrechtsprüfungen, Pflicht- oder Wahlfach. Frau Prof. Puppe meint, der Hauptansatzpunkt wäre § 261 StPO - "Inbegriff der mündlichen Verhandlung". Das Schuldprinzip, Mündlichkeits- und Unmittelbarkeitsprinzip, Nemo tenetur se ipsum accusare sind andere Angriffspunkte.

Die Welt - übrigens die einzige Zeitung, die fast jeden Tag was geschichtliches bringt - stellt einen geschichtlichen Vergleich zwischen dem stündlich erwarteten Rücktritt von Stoiber und Karl V. an. Im Mündlichen wurde mal gefragt, wie Karl V. gestorben ist. Der Kandidat, natürlich ahnungslos, dachte sich, die sind alle gewaltsam gestorben und sagte, der ist umgebracht worden. Der Prüfer lachte sich schäps, da Karl V. im Kloster an Altersschwäche gestorben ist. In Italien sind ehemalige Wehrmachtsoldaten wegen eines Massakers in Marzabotto in Abwesenheit (s. Dr. Krombachfall 2001 in allen Zeitschriften) verurteilt worden. Es gab vor ein paar Jahren einen ähnlichen Fall - Caiazzo. Der BGH hat da ca. 1995 wegen Verjährung freigesprochen, u.a. den ehemaligen Bürgermeister von Ochtendung. Bei Wehrmachtssoldaten habe kein Stillstand der Rechtspflege zwischen 1933 und 49 bestanden. Renate Schmidt, Vorgängerin von Frau von der Leyen will das Familienwahlrecht - angeblich soll es das in der Kirche geben - ein alter Hut. Verbietet Art. 38 GG das? Eine Familie mit 7 Kindern hat 9 Stimmen? Die siebenfache Mutter und Ministerin will das Ehegattensplittung in ein Kindersplittung ändern. Nun steht in Art. 6 Absatz I G aber die Ehe und nicht das Kind drin. Dürfen Alleinstehende mit Kindern besser behandelt werden als Eheleute ohne Kinder? Das sog. Abstandsgebot ist zu beachten - wie sieht es mit den anderen Absätzen des Art. 6 aus? Ich glaube, ich adoptiere ein Kind aus Gründen der Steuerersparnis. Als die Dame mit dem Bündnis für Erziehung und Leitlinien kam, prüfte Prof. Morlock das. Er schwenkte eine Zeitung und fragte: "Haben Sie heute schon Zeitung gelesen?" Leider hat kein Kandidat gesagt, nein, ich war vollauf damit beschäftigt, mein Frühstück unten zu halten.

Da Prof. Knütel noch mal prüft, sollte man nicht nur in den letzten zwei Wochen Latein lernen und wenigstens die Seiten bei Uwe Wesel, Geschichte des Rechts, zum Römischen Recht lesen, sondern auch die GBO wegen der BGH-Entscheidung vom 11.1. (die Verzögerung einer Grundbucheintragung begründet eine Amtshaftung plus enteignungsgleichen Eingriff) angucken. Er hat mal einer Kandidatin, allerdings im WF ZPO, welche den Inhalt des § 14 GBO kannte aber nicht die Nummer gesagt, dann könne man ja kein VB erwarten. Ach ja, noch ne hübsche Geschichte: er bringt öfters den Fall mit dem Komma: A verspricht B formwirksam ein Grundstück zu schenken. Als der Kandidat losdaddelte mit Schenkung "Sie müssen mich doch erst mal fragen, wo das Komma sitzt!" Das mache ich bei einem

Mandanten auch mal. Wo haben Sie gerade das Komma gesetzt? Der Mann kann nicht mündlich präzise formulieren und macht das zum Fehler des Kandidaten - das muss ihm mal jemand nachmachen. In einer der letzten Prüfungen begann er den Satz "A verspricht" woraufhin der Prüfer Feldmann sagte, ach, das kenne ich, es geht um das Komma. Sie können sich denken, was da gebacken war. In der folgenden Prüfung von Feldmann - Europarecht - fragte der nach einer Richtlinie. Prof. Knütel klinkte sich ein und verlangte von dem Kandidaten, dass er die genaue Nummer der Richtlinie nenne - sonst könne man ja kein VB bekommen. Feldmann: Nummern sind Schall und Rauch, die weiß ich doch selber nicht. Daraufhin haben die sich bald auf offener Bühne geschlagen.

In der Pressemeldung vom 10.1. hat der BGH wieder mal ein Beweisverwertungsverbot abgelehnt (die Schweizer StA hat Unterlagen ausgeliefert mit der Einschränkung, kein Strafverfahren damit zu munitionieren) - wichtig für das Max-Strauß-Verfahren in Augsburg - das ist sowieso eine hübsche Frage, wieso der in Augsburg angeklagt wird - er wohnt in München und Tatort ist auch München. Am 11.1. berichten alle Zeitungen über die Kreditkartenfahndungsmethode. Man sollte sich daher über die Vertragsbeziehungen zwischen Kunden-Boutique §§ 433, 364 -Boutique-Kreditkarteninstitut=Garantievertrag, Kunde-Mastercard=Geschäftsbesorgung - schlau machen und über die Rechtsnatur der Karte (damit es nicht so spannend ist: eine Vollmachtsurkunde, die belegt, dass der Kunde Mastercard verpflichten kann).

Es gibt neues vom Rauchverbotsgesetz. Der Bund meint ja, er hätte nur fürs Arbeitsrecht die Kompetenz, Nr. 11 und 19 bei Art. 74 will er nicht sehen. Es soll in NRW ein Volksbegehren und im Bund etwas vergleichbares geben. Dürfte im Bund nicht zulässig sein. Rasterfahndung - § 98 a StPO oder PolG? die FAZ meint § 161 StPO- hä? - - nach Kinderpornographiebeziehern mit Hilfe der Banken und Kreditkartenunternehmen. Jetzt werden einige Männer ihre Computer buchstäblich löschen. Reicht als Beweis, dass bezahlt wurde? Was wäre, wenn die Banken nicht freiwillig mitgemacht hätten? Bei Mastercard werden heute sehr viele Leute kündigen. Ist das ein Kündigungsgrund? Das Bankgeheimnis ist ein Phantom, es steht nur in AGBs. Ein Zeugnisverweigerungsrecht haben die nicht.

Die USA haben, nachdem die EG Herrn Yusuf die Konten eingefroren hat - das Urteil des EuGH wird dauernd geprüft Ayadi und Yusuf sowie Namibia-Gutachten des IGH für die Kompetenz der UNO, Konten von Schurkenstaaten einzufrieren, letzte Herdegenprüfung im Dezember 06 - ihn nun in Somalia bombardiert. Mit welchem anerkannten Kriegsgrund bitte? Frau Merkel will den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie. Schröder ist über einen Vertrag raus, damit die Atomindustrie nicht zu Gericht gehen kann. Wegfall der Geschäftsgrundlage wegen der gesperrten Ölpipeline? Auch für den Koalitionsvertrag? § 54 ff. VwVfG? Wie, wenn die EG uns dazu zwingt? Sie erschummelt sich gerade wieder eine Zuständigkeit, die sie nicht hat - das fehlende Energieeuroparecht wird über Wettbewerbsrecht reingeholt.

Das erste Heft der NJW 07 feiert den fünfjährigen Geburtstag der Schuldrechts- und ZPO-Reform (§§ 278, 348, 519 ZPO sind die Highlights) - nicht der VwGO-Reform (§ 40 II, § 99, § 146 a VwGO). Die Schuldrechtsreform: Vereinfachung auf der Tatbestandsseite (Pflichtverletzung) und Rechtsfolgenseite (§ 323, § 280 - 284). Das Auftaktheft ist voll mit interessanten Urteilen - vor allem zum Tariftreuegesetz - Art. 9 III und 12 GG Seite 51. Darf eine Partei den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2008 durch "Urwahl" oder "Mitgliederbefragung" befinden? Erlaubt Art. 21 GG so eine Basisdemokratie? Darf eine Partei rothaarige Frauen ausschließen? Eine Prüferin meinte ja, da Art. 21 GG nichts zu Grundrechten sagt und eine Partei ja polarisieren darf bzw. muss um ihre Anhänger zu halten. Die Rente mit 67: Kündigung ist unzulässig, s. § 41 SGB VI, Befristung aber nicht, so BAG, wenn er eine ausreichende Rente erhält.

In der Neuauflage des Prozesses beim OLG Hamburg Motassadeq (wie konkret muss ein Beihilfevorsatz sein?) stellt sich das Problem des § 354 II StPO - das OLG hatte keinen Senat mehr übrig, da zum zweiten Mal zurückverwiesen wurde. Ist das noch der gesetzliche Richter? In den Spekulationsterminen Rosenberger und Schuschke bestanden die Strafrechtsprüfungen zu 90% aus StPO. U.a. Motassadeq BGH 4 StR 353/06: Rechtskreistheorie bei § 55 StPO und verteidigtem Angeklagten sowie § 313 StPO, Annahmeverurteilung aber keine Annahmeverurteilung - wurde als alte Kamelle eingestuft.

Dürfen die Werbeplakate für das neue Stück von Hochhuth "Heil Hitler" und den Film von Helge Schneider "Mein Führer" aufgehängt werden? Eine Variante des Buttons-Faust-zerschmettert-Hakenkreuz" - Kunstfreiheit - ist Kunst polizeifest? Im "Dritten" Reich - wir leben übrigens im Zweiten - hat ein Schlachter Schwierigkeiten bekommen: er kam auf den Bauernhof, wo er schlachten sollte und sagte "Heil Hitler, wo ist die Sau?" Die Stiftung von Magnus Gäfgen wirft Probleme im Strafvollzugsrecht auf - dürfen die Sitzungen des Vorstandes in der JVA stattfinden oder hat er Anspruch darauf, Freigang oder Ausgang zu bekommen? § 89 BGB i.V. mit dem Stiftungsgesetz NRW bitte angucken. Die SZ berichtet am 5.1. auf der berühmten Seite 3 vom Soering-Fall (EGMR 1990: wir haben nichts gegen die Todesstrafe,

Hauptsache, die Hinrichtung erfolgt schnell). Die EU will eine Grundrechtsagentur einrichten, obwohl es ja kaum Grundrechte im EG-Vertrag gibt, im EU-Vertrag schon gar nicht. Für Kandidaten, die eine Schreibverlängerung in Klausuren bekommen wollen: beschäftigen Sie sich mal mit dem Stichwort Chronische Schreibschwäche. Es könnte ja sein, dass man durch die vielen Übungsklausuren eine anhaltende Sehenscheidenentzündung hat. Die Pagenkopfprüfung vom 22.12. ist da. Er prüfte das Hufbeschlagsgesetz(wie würden Sie Ihrer Oma eine Vb gegen ein Gesetz erklären?), im Strafrecht kam § 21, im Zivilrecht der Wasserrutschenfall des OLG Köln, s. dort die letzte Pressemitteilung 2006. Wie wäre die Aktion der Obdachlosen in Paris zu beurteilen, wenn sie in Berlin stattfinden würde? Sondernutzung - Versammlung? Gibt es bei uns ein einklagbares Recht auf Wohnung? Carl Schmitt steht am 3.1. schon wieder im Feuilleton der FAZ - ich versteh es nicht. Die juristischen Vorstellungen von Herrn Schäuble präzisieren sich: Änderung des Art. 87 a GG - Quasi-Verteidigungsfall (obwohl er dann nicht mehr der IBUK ist - Art. 115 b GG) - Genfer Konvention für die Opfer. Die Fusion der Landesarbeitsgerichte Brandenburg und Berlin und Finanzgerichte steht am 3.1. in einer Zeitung - Frau Opitz hat das schon im Dezember geprüft. Sonder- oder Ausnahmegesetz bei Saddam Hussein? Völker- u. europarechtliche Zulässigkeit der Todesstrafe - Soering-Fall EGMR NJW 1990. Kann das Luftsicherheitsgesetz mit Kriegsvölkerrecht (Krieg gibt es im Völkerrecht gar nicht mehr sondern nur bewaffnete Konflikte) recycelt werden - s. SZ vom 2.1.2007? Bindungswirkung des Urteils vom 15.2.2006, § 31 BVerfGG?

Aktuelles seit dem 1.7.2007 - 31. Dezember 2007

Der Generalanzeiger berichtet über das Inkrafttreten der Römischen Verträge am 1.1.1958. Ich muss mir jetzt für mein Auto eine Feinstaubplakette besorgen, da Köln die auch bei auswärtigen Kfzs verlangt. Das ist ja nun lästig, da ich keinen Diesel habe. Könnte man dagegen klagen?

Ein 19-jähriger Schüler in Wiesbaden hat seine Schule angezündet, um die Vernichtung seiner Noten zu erreichen - auch hier ist das BGH-Urteil vom 15.3.2007 - "andere Straftat" im Sinn des § 306 b letzter Absatz - wichtig. Der VGH Mannheim hat geklärt, dass Beweisverwertungsverbote nicht im Ordnungsbehördenrecht gelten, NJW 2007 S. 2571 - es geht ja um Gefahrenabwehr. Muss man dem operierenden Oberarzt das Chefarzthonorar zahlen, wenn man das mit dem Chefarzt so vereinbart hat? Der BGH - III ZR 144/07 - meint nein wegen § 613 BGB. Die bedrängte Situation des Patienten schlägt die Vertragsfreiheit. Der neue Präsident des BSG hat in der FR die kommenden wichtigen Verfahren des BSG angekündigt - auch hier schlägt das Europarecht zu: Vergaberecht bei Verträgen zwischen Krankenkassen und Pharmaunternehmen. 37% aller Klagen haben bei Sozialgerichten Erfolg - das Verfahren hat zudem keine Gerichtskosten. Na dann mal ran. Ein Arbeitgeber sollte in Beschäftigungsverhältnissen, welche nicht unter das KSchG fallen, nicht abmahnen sondern kündigen - BAG 6 AZR 145/07 - eine Abmahnung sei ein Kündigungsverzicht. Das OVG Münster NJW 2007 S. 3798 beschäftigte sich mit der Fortsetzungsfeststellungsklage eines Referendars wegen der Beschlagnahme seines Handys an der Schleuse - er meint, er würde gegenüber Richtern und Staatsanwälten diskriminiert - zu recht - man ist nun mal nur Auszubildender. Die Klage müsste mangels Wiederholungsgefahr schon unzulässig sein. Wer ist der Klagegegner?

Die volle Entscheidung des VGH Rhld.-Pf. zu den Schulhof-CDs der NPD ist jetzt auf der Homepage des VGH veröffentlicht. Ebenso interessant die in der Januar-JuS besprochene Entscheidung des VGH zur Altersgrenze bei kommunalen Wahlbeamten. Wie ist es mit der Altersuntergrenze für Bundespräsidenten? Handelt es sich um Berufe nach Art. 12 oder Ämter gemäß Art. 33 GG?

Wenn man sein verunfalltes Kfz selber repariert und sofort wieder verkauft, werden Reparaturkosten, die über dem Wiederbeschaffungswert liegen, nicht ersetzt: BGH VI ZR 56/07 - es ist eine Schonfrist von 6 Monaten einzuhalten. Da unser Bundespräsident das Datenvorratsspeicherungsgesetz oder Vorratsdatenspeicherungsgesetz - wie auch immer - unterschrieben hat, kann das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten als Evergreen in der Prüfung auftauchen. Wichtig ist, nicht rumzuerzählen und vom Amtseid anzufangen, sondern die klassische Auslegungsmethode an Art. 82 GG vorzuturnen. Unsere Politiker, die noch schneller als die 25.000 Vb eingelegt haben - also noch vor Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar - wollen einen Eilantrag nach § 32 BVerfGG stellen. Man will sich profilieren. Ab einem gewissen Alter sollte sich diese Sucht doch verlieren. Voraussetzungen für § 32 BVerfGG? Der Tiger im Zoo von San Francisco soll von seinen Opfern provoziert worden sein - ändert das was an der Haftung? § 833 - der Schaden muss "durch" das Tier entstanden sein - hier wird das Mitverschulden in den Tatbestand hineingenommen.

Angeblich wollen 25.000 Leute sich der Verfassungsbeschwerde gegen das Datenvorratsspeicherungsgesetz anschließen - kennt das BVerfGG das? § 21 sieht danach aus. Der BGH arbeitet zwischen den Jahren: III ZR 114/07 - nach der Rasselsteinvilla-Entscheidung NJW 1999 S. 2877 endlich mal wieder ein wichtiger Fall zur Enteignung: die fehlende Vermietbarkeit vor der Enteignung ist auch zu entschädigen. Ein Tiger hat im Zoo von San Francisco einen Menschen getötet - ein gern geprüfter Fall - § 833 - § 839 bei privatrechtlich geregelter Zugang - § 280 einer ör

Sonderverbindung? Im Münchner Rentner-Überfall-Fall ist der eine Täter ein 20-jähriger Grieche und der andere ein 17-jähriger Türke. Voraussetzungen der Haftbefehle gegen beide? Nach den Zeitungen ist gar kein Raub angenommen worden sondern nur Diebstahl. Das sehe ich anders. Darf ein Tatort eine Religionsgemeinschaft als inzestuös darstellen? Das halte ich für unzulässig. Andererseits kann man dann überhaupt keine Krimis mehr drehen. Irgendeinen Beruf oder Weltanschauung hat ja jeder Täter. Art. 5 III gegen Art. 4 GG?

Das EuG hat am 19.12. die Regeln für den Erfolg eines einstweiligen Verfügungsantrages vor dem EuG festgelegt - es muss ein Hauptsacheverfahren anhängig sein, die Parteien dieses Verfahrens müssen den Antrag stellen und selber ernstlich und irreparabel durch den Nichterlass geschädigt sein. Im Fernsehen wird der Videofilm der Münchner U-Bahn übertragen, auf dem ein Rentner von zwei Männern hinterrücks angegriffen wird. Die nehmen dann noch seinen Rucksack mit und werden aufgrund eines Telefonats mit dem gestohlenen Handy geschnappt. In dem Fall ist alles drin. Der Jagdhüttenfall des BGH NJW 2004 S. 528: Ausnutzung einer zu anderen Zwecken geschaffenen Gewaltlage - gilt dies auch für die Qualifikation, wenn die Körperverletzung schon vorher zum Abschluss gekommen ist? Durfte hier das Handy abgehört werden, der Film verwertet und im Fernsehen gezeigt werden? Unser Bundestagspräsident hat was gegen Fußballgehälter - wenn man mit 35 Jahren eine Lottoannahmestelle aufmachen muss, sind die Einkommen doch wohl verständlich. Wir leben allmählich im real existierenden Sozialismus. Die SPD will eine Volksabstimmung über den Mindestlohn - das ist nur mit der Sauren-Gurken-Zeit zu erklären. Die unteren VGe in NRW machen Front gegen die Versetzung von Beamten von der Bezirksregierung zum Landschaftsverband - analog Art. 97 II GG? Eine schöne Bescherung.

Die FAS bringt einen Rückblick auf das Kartellrecht anlässlich des am 1.1.08 anstehenden Geburtstages des GWB. Das Reichsgericht hat 1897 Kartelle ausdrücklich erlaubt, die Alliierten 1945 ausdrücklich verboten, da sie die Schlagkraft der deutschen Armee auf die Geschlossenheit der Wirtschaft zurückführten. Die zweite BGB-Klausur im Dezember besteht aus BAG-Urteilen: zu miles-and-more und zum Anspruch auf einen Dienstwagen sowie einem Dienstwagenunfall.

Das Jahr ist juristisch vorbei, Zeit für einen Rückblick: im Strafverfahrensrecht hat der BGH so viele Beweisverwertungsverbote angenommen wie in den 50 Jahren vorher zusammen nicht. Im Arbeitsrecht hat sich der EuGH auch im kollektiven Teil eingemischt. Der BGH unterwirft sich in Zivilsachen bedingungslos dem EuGH. Die UNO setzt die EU vermehrt zur Umsetzung ihrer Ziele ein (Terroristenliste und Kosovo-Verwaltung). Das immer stärker werdende völkerrechtliche Thema sind die Grundrechte auf internationaler Ebene. Im Staatsrecht hat das BVerfG die Kanzlerdemokratie etabliert. Im Verwaltungsrecht ist in NRW das Bürokratieabbaugesetz das beherrschende Thema. Das Gesellschaftsrecht ertrinkt im Europarecht. Der BGH führt das Gesellschaftsrecht ins BGB zurück, um die Lts. u.ä. aburteilen zu können - eine Analogie des GmbH- oder Aktienrechts ist ja nicht erlaubt. Im Arbeitsrecht segeln die Gewerkschaften in die untergehende Sonne - trotz des durch das BAG abgesegneten Tarifsozialplanes. Die GdL dürfte daran nicht unschuldig sein. Das IPR ist fest in der Hand von Brüssel durch Rom I und II. Im Mietrecht hat es ein Erdbeben gegeben - der Vermieter muss jetzt selber renovieren. Mit mangelhaften Tieren ist der BGH noch nicht durch - s. die Terminankündigungen vom 21.12. auf der Homepage des BGH - der nachzukaustrierende Wallach Diokletian.

In der Dezember-Strafrechtsklausur zündet ein falscher Polizist eine Halle an, um Pelze stehlen zu können, ein Wachmann stirbt an Rauchvergiftung - das erinnert mich an die Entscheidung des BGH vom 15.3.2007 - s. unten. Die Zeitungen titeln im Wirtschaftsteil, dass der BGH das Doc-Morris-Verbot aufgehoben habe. Es dürfte sich nur um die Abweisung einer Unterlassungsklage der Konkurrenz gehandelt haben. Der BGH unterwirft sich Europarecht - das Fremdbesitzverbot, das Verbot, Apotheken durch Kapitalgesellschaften zu betreiben ist praktisch gefallen. Doc Morris hat ein schönes Weihnachtsgeschenk bekommen. Peter Hartz hat nach den Zeitungen in dem Verfahren gegen "Dr." Volkert (gelernter Schmied mit Ehrendoktorwürde der Uni Braunschweig - dass die sich nicht schämen) eine von seinem Verteidiger souffierte Aussage gemacht - so was sollte ich als Anwältin in Bonn mal versuchen. Ich würde als Staatsanwalt eine Akte wegen Falschaussage anlegen. Dass das Gericht diese Strategie mitmacht - erst Hartz mit dem mildestmöglichen Ausgang so schnell wie möglich durchziehen und dann nimmt er alle Schuld auf sich. Eine Zeitung macht sich um die 5.000 Heizpilze in Berlin Sorgen - da schmelzen drei Eisberge pro Monat vorzeitig ab. Braucht ein Gastwirt für die Dinger eine Erlaubnis, kann man die verbieten? Die Polizei erzählt, man solle bei einem Überfall nicht "Hilfe" rufen sondern "Feuer" - ist das nach § 145 strafbar? Das Hartz IV Urteil des BVerfG wird überall besprochen. Gegen Mischverwaltung Länder-Länder wie bei der ARD, GEZ, ZVS, Kultusministerkonferenz hat niemand was. Gegen eine Mischverwaltung Bund- Land (Sorbenstiftung) ja aber mit Katzenklappe. Nur eine Mischverwaltung Bund-Gemeinde geht nicht.

In der Prüfung Schilken/Reuter/Jorasch am 12.12. wurden aus 54 90, aus 41 86, aus 34 60, aus 58 107, aus 35 73 Punkte - nur protokollfeste Dinge, keine aktuellen Sachen, StPO im Pflicht- und Wahlfach. Der EuGH hat am 18.12. in der Entscheidung Laval (in der Pressemitteilung ist fast alles - na ja viel - fettgedruckt) das Arbeitskampfrecht als Grundrecht anerkennt - Baustellenbesetzungen wären aber unzulässig - woraus ergibt sich die Kompetenz des EuGH,

sich zu Grundrechten zu äußern und dann noch welche zu erfinden, die nicht im EG-Vertrag drinstehen? Der Bundesrat beschäftigt sich am 20.12. mit dem Postmindestlohn. Problematisch ist, ob das geplante Gesetz bei Postkonkurrenten, welche einen Tarifvertrag haben, gilt - Art. 9 III GG. Es geht also um das Rangverhältnis der beiden - ziemlich gut zu der Normenhierarchie im Arbeitsrecht das Lehrbuch von Lieb. Angeblich soll bezweifelt werden, ob die Arbeitgeberseite tariffähig sei. Einige Bundesländer wollen sich enthalten - im Bundesrat sowie bei Personalwahlen sind Enthaltungen Nein-Stimmen. Die Bundesregierung gibt grünes Licht für Erfolgshonorare bei Anwälten - da kommt was auf uns zu. Man wird sich als Anwalt diesen unsittlichen Offerten der Mandanten bei großen Streitwerten nicht entziehen können. Sarkozy besucht Prof. Ratzinger - man erfährt dabei, dass der französische Staat ein Mitspracherecht bei der Ernennung einiger Bischöfe hat - der Gang nach Canossa war also eine bilaterale Angelegenheit. Das BVerfG hat entschieden, dass die bei Hartz IV praktizierte Mischverwaltung zwischen Bund und Gemeinden unzulässig sei und diese "ermuntert", bis 2010 eine andere Lösung zu finden - NRW will in der neuen Gemeindeordnung die Daseinsvorsorge rausnehmen - z.B. die Heimzuständigkeit - mal sehen, ob das hält. Ein Betreuer berichtete mir, dass der Landschaftsverband Rheinland Heimplätze abbauen soll/will. Menschen, die seit 20 Jahren im Heim leben, werden in betreutes Wohnen umgetopft mit der Bezeichnung Bewo plus. Dies damit die Kosten von der Kommune und nicht dem LV zu tragen sind.

Ach du je - die FAZ berichtet im Feuilleton über Pertinenz und Hausfideikomisse. Der Unfallersatztarif ist nun endgültig beerdigt worden - BGH XII ZR 155/05. Thirteen days - Ihre Eltern werden ungefähr meine Altersklasse sein - Jahrgang 1954 plus minus. Wir Kinder haben die Kubakrise bemerkt, weil die Eltern sicher von Krieg ausgingen und die Bedrücktheit uns nicht verborgen blieb - ein halbes Jahr später haben wir fähnchenschwendend in Godesberg gestanden, als JFK zur Botschaft am Rhein gefahren ist. Ausgehend von dem Film haben sich die Russen auf Hugo Grotius berufen, das Recht der freien Meere - Völkergewohnheitsrecht. Die Seerechtskonvention gab es damals noch nicht. Waren die Amerikaner im Wege der Repressalie oder Retorsion berechtigt, eine "Quarantäne" (JFK sagt im Film, das Wort Blockade dürfe man nicht verwenden) zu praktizieren? Immerhin haben sie vorher den Russen in der Türkei was ähnliches in den Vorgarten gesetzt - der Film dient als Vorlage zur geplanten Anlage in Polen. JFK zitiert das tolle Buch von Barbara Tuchmann "August 1914". Lesen! Noch besser ist ihr Buch über das 14. Jahrhundert "Der ferne Spiegel" - unglaublich spannend. Die Szene im UN-Sicherheitsrat kann man sich xmal ansehen, wobei die eigentlichen Übeltäter die amerikanischen Militärs sind - nicht die Russen. Wie wirkt sich der Wortbruch von Roland Koch hinsichtlich des Nachtflugverbotes am Frankfurter Flughafen rechtlich aus? Gilt § 38 VwVfG? Das OVG Münster hat bei der Entscheidung zur Giftpipeline das Boxberg-Urteil angewandt. Darf zugunsten eines großen Unternehmens enteignet werden? Was ist der Unterschied zur Enteignung zugunsten einer Privatschule, RWE, einer Stuttgarter Messegesellschaft? Die FAZ berichtet über das EuGH-Urteil zur Viking-Line - Arbeitskampfrecht als Einschränkung einer Grundfreiheit - die machen in Luxemburg, was sie wollen. Nun steht der Sterbehilfe-Kandidat und der Arzt namentlich in der Zeitung. Was kann die Ordnungsbehörde machen? Der Kandidat ist Engländer und wohnt noch in England. Sarkozy hat seiner Neuen einen Heiratsantrag gemacht - nach einem Monat - und verbringt praktisch vor den Augen der Journaille eine Nacht mit ihr im Disneylandhotel - könnte man bei uns einen solchen Präsidenten wieder loswerden, abwählen? Ich hab meinen ersten Fall nach dem Bürokratieabbaugesetz - in dem VA gegen den Mandanten steht unter Rechtsbehelfsbelehrung "gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats seit Bekanntgabe Klage beim erheben. Das Verschulden Ihres Bevollmächtigten wird Ihnen zugerechnet." Weiß ein Laie, was unter Bekanntgabe zu verstehen ist? Steht irgendwo, dass der VA mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist? Ist das Verschulden zuzurechnen?

Marco W: ist der Haftbefehl nach § 120 aufgehoben oder nur nach § 116 ausser Vollzug gesetzt worden? Darf in Lüneburg parallel ein Ermittlungsverfahren geführt werden oder gilt auch hier die Einrede der Rechtshängigkeit - s. § 12 StPO und § 51 III StGB? In der Prüfung Köndgen/Thomer/Weingarten am 7.12. wurden aus 26 51, aus 38 67, aus 29 81 und aus 38 73 Punkte. Am 14.12. in der Paeffgen-Prüfung kamen wieder Urkundsdelikte. In der Prüfung am 10.12. Bönders/Pamp/Hillgruber wurden aus 31 48, aus 64 104, aus unbekannt 105, aus 28 40, aus 26 55 und aus 39 65 Punkte - im Völkerrecht wurde gefragt, was am 10.12.1948 war - höchste Einzelpunktzahl: ein einziges Mal eine 11, ein paar 10 Punkte. Das wichtigste passiert heute im Fernsehen - Thirteen Days: zur Kubakrise für Völkerrechtler und sonst Krieginteressierte ein Muss. Der Anwalt von Charlotte (er handelt nach englischem Rechtsverständnis, betrachtet den Strafprozess also als Parteiverfahren, in dem jeder seine Extremposition vertreten muss) meint, die Anwälte von Marco W. (welche eine ahnungslose Zeitung nach der Freilassung als "begabt" bezeichnete) hätten sich strafbar gemacht, weil Herr Öger eingeflogen sei. Legt hier ein deutscher Staatsanwalt eine Akte an? Ist er zuständig? Könnten §§ 331 ff.. StGB einschlägig sein? Nehmen wir mal an, Ghaddafi würde Angela Merkel besuchen und sein Beduinenzelt in ihrem Garten aufbauen wollen. Bräuchte er eine Baugenehmigung? Oder schützt ihn die Immunität? Carla Bruni hat einen Neuen, wobei sie wie seine alte aussieht.

Der BGH meint, die Revision des CDU-Mitgliedes Hohmann gegen seinen Ausschluss würde am zu niedrigen Streitwert scheitern - da denkt man zuerst, wie kann das denn sein, es gibt doch seit 2002 nur noch eine Zulassungsrevision -

aber s. § 26 Nr. 8 EGZPO - das dürfte ein Regressfall für seinen Anwalt sein. Gegen den Fraktionsausschluss ist er nicht zum BVerfG gegangen - die CDU hatte das wohl befürchtet und eine Schutzschrift hinterlegt. Er hat immerhin noch 3 Instanzen gehabt zwei innerparteiliche und das LG Berlin. War er beim Kammergericht? Anscheinend nicht. Hier noch die genauen Punktzahlen aus der Prüfung Limpens/Franke/von Danwitz vom 14.11. - nichts ist unmöglich: 20 nicht bestanden, 18 51, 30 49, 29 73, 44 84, 44 84. Der AStA Bochum bekommt pro Student im Semester 12 € und veranstaltet eine Mensaparty für 220.000 € aufwärts - ist das durch das hochschulpolitische Mandat gedeckt? Prof. Isensee wollte mal wissen, wie es mit dem Studiticket und dem studentischen Kindergarten sei. Ihre Zwangsmitgliedschaft in der Verfassten Studierendenschaft hat unser Führer eingeführt - nach dem Krieg wurden die Professoren daraus entlassen. Die Bali-Klimakonferenz: der Generalsekretär heult, die US-Verhandlerin bricht zusammen und wird aus dem Saal getragen - ich nehme an, wegen des Hemdes, das er getragen hat. Sie ringen um Worte, was zeigt, dass im Völkerrecht eine Analogie, mit der wir im deutschen Recht nur so um uns werfen, nicht möglich ist - s. WVK. Der Supreme Court beschäftigt sich mit dem Second Amendment, dem Recht, Waffen zu tragen. Wie ist das bei uns? Hat man einen Anspruch auf eine eigene Waffe, wenn man eine Sachkundeprüfung und weitere objektiv überprüfbare Voraussetzungen nachweist? Eine Verfassungsrichterin ist für Kinderrechte im Grundgesetz - eine Zeitung hat so was - die Rechte im Grundgesetz - als Geschwätz bezeichnet - Programmsätze sind Lügen im Gesetz.

Am 17.12. kommt eine neue Düsseldorfer Tabelle - normalerweise erscheint sie alle 2 Jahre im Juli - zuletzt Juli 2007. Wegen der Unterhaltsreform aber nun schon jetzt. Die FAS berichtet, dass die Beträge kräftig steigen - im Sommer sind sie zum ersten Mal runtergesetzt worden.

Ein Berliner Busfahrer fährt mit einem Doppeldeckerbus durch eine Brücke und rasiert das Dach ab - betrieblich veranlasste Tätigkeit - welche Haftungsquote würden Sie annehmen - welchen Verschuldensgrad bei ihm und welchen Verantwortungsgrad beim Arbeitgeber? Herr Öger soll es bei Marco W. gerichtet haben - ich hoffe, dass es nicht so war. Frau Harms beantragt Beugehaftung, um Zeugenaussagen von ehemaligen - hoffentlich - RAF-Terroristen zum Buback-Mord zu erzwingen. Welche Haftarten gibt es, Voraussetzungen des Haftbefehls, Rechtsbehelfe - die Standardfragen im Mündlichen.

Kann eine Gemeinde, die gleichzeitig Baugenehmigungserteilungsbehörde ist, noch im Gerichtsverfahren zwischen Gemeinde und Widerspruchsbehörde den Bebauungsplan so ändern, dass der Bauherr plötzlich etwas unzulässige beantragt? Das BVerfG meint ja - s. Pressemitteilung vom 13. Dezember. Gibt es eine Kompetenz des Bundes für eine Nationalakademie in Art. 91b GG? Gibt es nach der Föderalismusreform noch die Kompetenz kraft Natur der Sache etc.? Der Vertrag von Lissabon ist paraphiert, auch wenn Mr. Brown nicht mit aufs Bild wollte - die SZ spricht von Feigheit. Geht die Transformation nach Art. 59 II GG, obwohl dieser Artikel völkerrechtliche Verträge regelt und die "Verfassung" von uns ja schon umgesetzt wurde? Der Artikel ist von 1949, die Auffassung, dass EU-Recht kein Völkerrecht sei, aber naturgemäß ein bißchen jünger. Kinderrechte ins GG - die FAZ stellt zu recht fest, dass das ein Etikettenschwindel ist. Es geht um Rechte des Staates über die Kinder, weil man den Eltern keine Erziehung mehr zutraut. Was ist der Unterschied zwischen Programmsätzen und Staatszielbestimmungen?

Der EuGH meint, dass eine Klage aus § 3 PflVG am Wohnort des Unfallopfers erhoben werden kann - also deliktischer Gerichtsstand im großzügigen Sinn - wie bei uns auch. Der BGH hat noch einmal der Erlassfalle eine Absage erteilt: wenn man dem Gegner, der 92.000 € haben will, einen Scheck über 205 € schickt und schreibt, mit der Einlösung verzichte er auf restliche Ansprüche, hat man mit Zitronen gehandelt - I ZR 155/04. Die FAZ berichtet über einen Vortrag des BVerfG-Präsidenten über die Hauptthemen der Verfassungsgerichtsbarkeit: Feindstrafrecht, Luftsicherheitsgesetz, Wolfgang Daschner, Großer Lauschangriff und den zur Immobilie gewordenen Kern der Menschenwürde. Der Vertrag von Lissabon wird paraphiert - Mr. Brown kommt erst zum Nachtsch. Der Mann lässt sich nirgendwo im Ausland blicken. Zu Recht. Die Grundrechtscharta ist gestern vom EU-Parlament gebilligt worden. Sie bringt gar nichts, da alles schon in der Charta von Nizza drinstand. Sie ist lediglich durch eine In-Bezugnahme im Vertrag von Lissabon drin, damit der Anschein der Verfassung vermieden wird. Grundrechte werden bisher nur als Sättigungsbeilage zu Grundfreiheiten gesehen - Ausnahme die Entscheidung zur Brenner-Autobahn: das Versammlungsgrundrecht schlägt die Warenverkehrsfreiheit, jedenfalls bei Demos nur am Wochenende. Der EGMR kann froh sein, denn sonst hätte er nicht mehr viel zu tun (bei 90.000 Verfahren wäre ihm das vielleicht ganz lieb). Die Neuerungen des Vertrages von Lissabon: ein High Commissioner nach englischem Vorbild, ein EU-Präsident, eine Mini-Kommission, doppelte Mehrheit im Ministerrat, Klimaschutz als Politikziel, mehr Mitspracherecht für das Parlament, Subsidiaritätsklage der Mitgliedsstaaten und vor allem ein Austrittsrecht für Mitgliedsstaaten - England denkt bestimmt darüber nach.

Was würden Sie sagen? Sind "authentische Scherbenfiguren aus Originalmaterial" echte Terrakottakrieger? Bekommt man als Besucher sein Geld zurück, wenn man gar nicht gemerkt hat, dass da "made in China 2007" draufstand? Im Probeexamen am 12.12. an der Uni Bonn hat Prof. Waldhoff den VGH Münsterfall zur Altersgrenze der

Oberbürgermeister geprüft - angenehmerweise hat er nicht wie seine Kollegen einfach seine letzte Prüfung recycelt. In der Prüfung Bieber/Nestler/Keller am 11.12. kam im Strafrecht der BGH-Fall 3 StR 454/06 vom 15.3.2007. Im Zivilrecht ein OLG-Dresden-Fall - WM 2007 S. 1023 - zu § 812, wenn bei einer Online-Überweisung die Bankleitzahl falsch eingegeben wird. Von wann sind die Girovertragsvorschriften? Gibt es bei der 1. Vernehmung Anspruch auf einen Pflichtverteidiger? Im Verwaltungsrecht Verwaltungsvollstreckung rauf und runter. Geschichtlicher Werdegang des Bürokratieabbaugesetzes. In Strafrechtspflege § 255 a StPO, das Recht auf konfrontative Befragung, der Zeuge vom Hören Sagen. Im Arbeitsrecht die Kündigung eines Schwerbehinderten - was ist die Zustimmung des Integrationsamtes? Aus 54 wurden 108, aus 50 92, aus 30 67, 16 und 20 ausreichend bzw. nicht bestanden. Das LG Hamburg hat bei einer Urteilsverkündung Journalisten ausgeschlossen - das wäre ein Mißverständnis gewesen (ich wüsste nicht welches hier rechtlich relevant sein könnte, hat das Gericht die Journalisten für Zuschauer oder Parteien gehalten oder geglaubt, ein Scheidungsurteil zu veründen - selbst das ist öffentlich?). Wie wirkt sich das auf das Verfahren aus? Frau Zypries will den Verkauf von Darlehen sanktionieren - §§ 137, 399, 1136 und § 354 a HGB sollten gekannt werden. Die Stadt Marburg hat ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen erlassen - in welcher Form ginge das in Bonn - OBG-VO oder Satzung? Ist Alkoholtrinken auf öffentlichen Plätzen (der erste Sekt nach der Prüfung z.B.) Gemeingebrauch oder Sondernutzung? Was für Rechtsfolgen können effektiv daran geknüpft werden? Ausländische Staatsfonds kaufen deutsche Bankaktien - können diese Heuschrecken verhindert werden? Olli Kahn ist suspendiert worden und muss 25.000 € zahlen, weil er die Weihnachtsfeier zu früh verlassen hat - u.a.. Ist ein Fußballspieler ein AN? Darf ein AG so was tun? Das Sonderproblem bei Fußballvereinen ist die künstlerische Freiheit des Trainers - andernfalls würde das ArbG München jeden Freitag abend die Aufstellung für das Spiel am Wochenende machen müssen. Die FAZ diskutiert die goldenen Fallschirme und eine steuerliche Bestrafungsmöglichkeit. In der letzten Köndgen-Prüfung (er hat die letzten zwei Male Themen aus seinem aktuellen Seminar geprüft - ausgesprochen fair) wurde gefragt, ob ein Anwalt, der sämtliche Fristen verbaselt hat, einen Honoraranspruch hat - Gewährleistung. Eine Kandidatin sagte, die Mandanten zahlen ja nicht dafür, dass der Anwalt irgendwas tut. Als sie sah, dass die Prüfer verknautscht guckten, ruderte sie zurück. Ihr wurde daraufhin opportunistisches Verhalten vorgeworfen. In dieser Situation kann man sich nur falsch benehmen. Adenauer hat gesagt, meine Herren, Sie können mich doch nicht hindern, klüger zu werden - was schert mich mein Geschwätz von gestern. Ich möchte diese Leute mal sehen, wenn sie selber geprüft würden und ums Überleben kämpfen. By the way: ich müsste auch erst gründlichst nachgucken, welche Gewährleistung ein Mandant hat - es liegt zwar ein Dienstvertrag vor, also keine gesetzliche Gewährleistungsregelung, aber die Rechtsprechung ist vielfältig. So aus dem Bauch heraus kann ich das auch nicht verlässlich sagen, die Antwort der Kandidatin hörte sich für mich sehr gut an - wenn ich zwei Fristen verbasel, bin ich dran - das Problem ist nur die Kausalität des Fehlers für den Schaden. Aber offensichtlich haben Kandidaten den Wissensstand im Mündlichen zu haben, den Prof. Köndgen nach einer Seminarsitzung hat.

In der Prüfung Bönders et alia am 10.12. kam Erbrecht, Kindergartenpflicht, Befugnisse eines Kontrolleurs. In der Prüfung Köndgen/Thomer/Weingarten am 7.12. wurde in Strafrechtspflege die Geruchsprobe erörtert, im Wirtschaftsrecht acting in concert, Private Equity, Investmentfonds, Wertpapierübernahmegesetz. Das Mädels mit 38 Vorpunkten fing in der Wahlfachprüfung bei Herrn Thomer, als er einen Fall prüfte, der schon xmal in den Protokollen stand, an zu weinen. Der EuGH hat sich am 11.12. in Sachen Viking Line gegen Fisherman's Union wieder ins kollektive Arbeitsrecht eingemischt - wenn Viking Line umfliegen will, die Gewerkschaften wollen durch Verhandlungsverbot das verhindern, sei das ein Eingriff in die Niederlassungsfreiheit - und was soll die BRD nach Meinung des EuGH dagegen tun können? Art. 9 III GG abschaffen? Der BGH - XI ZR 132/06 - hat die Umdeutung eines Schuldbeitritts in eine Bürgschaft zugelassen. Die Bürgschaft schnuppert Morgenluft. Das BVerfG und der BGH haben seit Mitte der 90er Jahre auf diese psychologische Falle das Messer gewetzt - im Mündlichen wird gerne gefragt, was eine Bürgschaft auf erstes Anfordern, eine Rück- eine Nachbürgschaft sei. Die Bürgschaft sollte gesetzlich verboten werden - denn jeder Bürge denkt, es komme nicht zum Schwur, es handele sich nur um eine Formalie einer überpingeligen Bank. In der Prüfung Baxpehler/Kreße/Scherf am 10.12. kam die Altersbegrenzung der Piloten - BVerfG - das Bürokratieabbaugesetz, im Zivilrecht Familienrecht (§ 1357) und Handelsrecht (§ 28 HGB), im Strafrecht Hehlerei u.a.. Aus 21 wurden 62 Punkte, aus anderen 21 ca. 50, aus 44 90 und aus 55 unbekannt. Alle Zeitungen verbreiten sich über die Maximalvorstandsvergütung und/oder Transparenz - Prof. Thüsing in der SZ. Mir fehlt das Verständnis für diese Neiddebatte - sollen die Leute doch soviel verdienen, wie es geht. Die können nachher nicht zum Arbeitsamt und sich anstellen. Art. 12, 14, 2, 3 GG verbietet einen Maximallohn. Warum sollen die Vergütungen transparent sein? Ich will meine Anwaltshonorare auch nicht in der Zeitung lesen. Aktionäre sind in diesem Aspekt doch gar nicht schutzwürdig. Der Kosovo (ich lese auch immer das Kosovo - egal) könnte ein Protektorat werden - ähnlich den Völkerbundmandaten - gibt es völkerrechtlich was dazu? Noch keine Ahnung. Der Spiegel bringt diese Woche einen tollen Bericht über den Gang der krepierenden Verhandlungen. Darf die EU die Oberhoheit halten? Woher soll da die Kompetenz kommen? § 19 III AGG soll europarechtswidrig sein, meint Brüssel. Der BGH - II ZR 239/05 - hat sich zum Vereins-Konzern (erlaubt das AktG das überhaupt?), zum Nebenzweckprivileg (FC Bayern und der ADAC sind eigentlich Idealvereine, dass sie nebenbei teure Schneeketten und Fanschals verkaufen, ist egal) und der Haftung des Vorstandes bei Formenmißbrauch

geäußert. Keine Haftung aber Löschung im Vereinsregister - jetzt hat der aufsichtsführende Richter den schwarzen Peter, der sich mit einem Vereinskonzern anlegen muss und das Haftungsprivileg des § 839 nicht hat, weil es um FGG geht - und dann wird aus dem rechtsfähigen ein nichtrechtsfähiger Verein, der trotz § 54 BGB wie ein rechtsfähiger Verein behandelt wird - was soll das denn? Wenn ein GmbH-Geschäftsführer über die Strenge schlägt, haftet er aber nach § 826 - Vulkanwerft - Trihotel-Fälle. Wie kann man das wegerklären? Die FAZ diskutiert, ob die Scientology Church eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft ist. Ist mein Golfclub so was? Was ist der Unterschied? Der Suchtcharakter dürfte vergleichbar sein, aber dem Golfclub fehlt das übersinnliche Element - könnte man auch anders sehen. Der Hessische Staatsgerichtshof hat sich mit dem hessischen Kopftuchverbot beschäftigt - das sei ein sexualisiertes Berufsverhalten - die Begründung verblüfft einigermassen.

In der Prüfung Köndgen/Weingarten/? Am 7.12. wurde zum Aufwärmen im Zivilrecht nach den Fristen für die Einlegung und Begründung der Berufung gefragt und ob ein Anwalt, der die Frist verpennt hat, auch die für die Wiedereinsetzung, einen Honoraranspruch hat. Im Strafrecht kam der Fall aus dem Spiegel der Medizinerin, die ihre Approbation gefälscht hatte. Im ÖR, ob die Bundeskanzlerin ein Prüfungsrecht bei Gesetzen hat. Der Kosovo: Resolution 1244 sieht die "Einrichtung internationaler ziviler Präsenz" vor - die UNO will die EU damit beauftragen. Darf die das? Die Resolution soll ein living instrument sein. Der Kosovo kann nach der FR nur Mitglied im IWF und der Weltbank werden, weil die Anerkennerstaaten da die Mehrheit haben. Die Juristen im Kosovo erarbeiten eine Verfassung. Im Mündlichen wurde mal gefragt, was Sie als deutscher Jurist da empfehlen würden - welche Art der Demokratie, Grundrechte, Flagge, Hymne, Hauptstadt? In den Zeitungen wird die Offenlegung der Vorstandsbezüge diskutiert - wir sind wieder bei § 87 AktG - der Vorschrift unseres Führers.

Es gibt eine neue problematische Variante des Deals: Lutz Drach hatte von der StA in der Hauptverhandlung die "Zusage" bekommen, dass sie sich einer 2/3 Entlassung nicht widersetzen würde, das OLG Köln nennt das eine sog. tatsächliche Verständigung (man lernt immer neue Vokabeln). Es kam wie es kommen musste - er wurde nicht nach 2/3 entlassen (ich vermute, weil die Brüder das Reemtsma-Lösegeld immer noch nicht rausrücken): das OLG meint, eine solche Vereinbarung sei nicht bindend. Der NRW-Wissenschaftsminister (so ähnlich) übt seine Aufsicht über die Kölner Uni aus, weil sie von 17 Millionen Studiengelder lediglich 4,1 für die Verbesserung der Studienbedingungen ausgegeben hat. Ist das Rechts- oder Fachaufsicht? Die Scientology Church soll verboten werden - ich halte die Zeugen Jehova für viel schlimmer, aber da macht man nichts - wer ist dafür zuständig? Mit welchem Grund und aufgrund von welcher Ermächtigungsgrundlage?

Im Termin Limpens/Franke/von Danwitz am 14.11. wurden aus 44 84, aus 18 51 (im Wahlfach 13 Punkte), aus 44 84, aus 29 73, aus 30 49 und aus 20 nicht bestanden. Das Forsthaus wird nicht ausreichend beheizt - schuld ist nicht die Heizung sondern das Heizkraftwerk - muss der Förster dem Heizungsbauer den Werklohn zahlen? Nein, die vereinbarte Eigenschaft sei die Tüchtigkeit der Heizung und die liege ja nicht vor - BGH VII ZR 183/05 - der Handwerker darf also nicht sehenden Auges was bauen, von dem er weiß, dass es wegen der falschen Vorgabe nicht funktionieren wird. Das Motto, wenn der Kunde das so haben will, machen wir das eben, ist rechtlich nicht zulässig. Der Supreme Court hat am 5.12. wieder mal die Habeas Corpus Garantie für Guantanamo-Häftlinge verhandelt. Ist es zulässig, für diese eine spezielle Gerichtsbarkeit einzurichten? Bei uns ginge das, s. Art. 101 II GG. Die Amerikaner praktizieren das Feindstrafrecht - würden wir vielleicht auch tun, wenn mit einem Schlag über 3.000 Leute umgebracht werden. Die EG-Wettbewerbskommissarin meint, der Postmindestlohn sei europarechtswidrig - aber keine verbotene Beihilfe, s. Preussen-Elektra-Urteil. Im Verfahren C-14/07 meint die Generalanwältin eine Klage an ein englisches Gericht muss in englischer Sprache eingereicht werden - klar - und die Anlagen auch. Was ist, wenn die gesamte aussergerichtliche Korrespondenz auf deutsch geführt wurde? Die englischen Anwälte können damit nichts anfangen. Die Kindstötung - der Gretchenprozess von 1772, den Goethe als Referendar gesehen hat, beherrscht die Zeitungen. Kann man ein vierjähriges Kind heimtückisch töten - kommt es darauf an, ob die Mutter den ältesten Jungen, der seine Geschwister noch hätte verteidigen können, zuerst umgebracht hat? Im Strafprozess in Halberstadt - Rechtsradikale verprügeln Schauspieler - hat das Gericht eine gemeinschaftliche Körperverletzung abgelehnt, so dass jedem Angeklagten jede einzelne Handlung nachgewiesen werden muss. Es wäre keine Mittäterschaft, weil die Tat spontan gewesen wäre. Ich finde diese Argumentation erschreckend. Und grottenfalsch, denn die Strafschärfung ist ja nicht wegen der Planung vorgesehen sondern wegen der geballten Gefährlichkeit von mehreren Tätern, die sich gegenseitig unterstützen. Der Strafprozess in Sachen Hannah ist 99 Tage nach der Tat in erster Instanz zu Ende gegangen. Ich kann mich nicht erinnern, bei einem Kapitaldelikt so schnell einen Verfahrensabschluss erlebt zu haben. Ist das ein Verstoß gegen die EMRK? Als Verteidiger muss man versuchen, Strafverfahren so lange rauszuzögern, wie es geht (es sei denn, der Mandant ist glasklar unschuldig - aber wann hat man das schon mal). Je länger die Tat zurückliegt, desto mehr macht das Leben danach des Täters (seine Freundin ist schwanger, er hat eine Arbeitsstelle) und des Opfers (es hat sich wieder etwas gefangen) einen positiven Eindruck. In der StPO gibt es ausser bei der U-Haft keine Vorschrift, welche eine Beschleunigung erzwingt.

Das OLG Düsseldorf hat einen weiteren Al-Quaida-Prozess beendet. Ist das ein versuchter Versicherungsbetrug, wenn

man 28 Lebensversicherungen abschliesst und mehr geschieht nicht? § 22? Nein, BGH. Was wäre mit der Zuständigkeit des OLG gewesen, wenn es nur eine kriminelle aber keine terroristische Vereinigung angenommen hätte? Hätte dann ein Beweisverwertungsverbot hinsichtlich des Abhörens vorgelegen? Der neue Palandt ist da - im EGBGB netterweise schon mit der Rom-II-Kommentierung. Wenn mir ein Engländer in Paris ins Auto fährt, galt bis 1999 das Günstigkeitsprinzip (Tatort- oder Erfolgsortrecht je nachdem, was günstiger war, seit 1999 der Tatort, aber der Geschädigte konnte das Erfolgsrecht wählen - ab Januar 2009 nur noch Erfolgsortrecht ohne Wahlrecht = französisches Recht - s. loi badinter, aber wie, wenn ich mich in Bonn ins Krankenhaus lege? Und was ist mit der Zuständigkeit nach der EuGVVO?). Die Sache Prof. Lüdemann / Uni Göttingen - BVerwG 2 C 31.04 vom 3.11.2005 - soll Ende 07/Anfang 08 vom BVerfG entschieden werden: muss ein Hochschullehrer fürs Neue Testament gläubig sein? War im Dezember 2005 Examensklausur. Die katholische Kirche ruft zum Boykott eines Nicole-Kidman-Films auf. Was ist der Unterschied zum Lüth-Fall? Zu welchem Gericht geht das? Darf die Kirche das? Die Welt berichtet über die Magna Charta. Im dunklen 13. Jahrhundert haben die englischen Fürsten dem englischen König das zweitwichtigste Recht abverhandelt, nämlich das Recht der Steuererhebung, was später der Auslöser für den Unabhängigkeitskrieg der amerikanischen Kolonien wurde. Bei uns ist damit die Goldene Bulle und der Augsburger Religionsfrieden vergleichbar. Durch das Föderalismusprinzip wurde der Kaiser, der kein stehendes Heer hatte (das war zu teuer und zu gefährlich), entmachtet. Die EU will die Blue Card einführen. Hat sie die Kompetenz? Erste Säule, da es um Arbeitnehmer geht oder zweite oder dritte Säule? AETR-Rechtsprechung. Die Aussenkompetenz entspricht der Innenkompetenz - aber darum geht es hier wohl nicht sondern um das nationale Ausländerrecht. Deutschland hat als ursprünglich typisches Auswanderungsland das ius sanguinis, die USA das ius soli. Wenn Kinder von ausgewanderten Deutschen wieder zurückkommen wollen, sollen sie das können. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist von unserem Führer eingeführt worden. Das AG Oschatz hat wegen des schlimmen Vorfalls in Müggeln 8 Monate ohne Bewährung verhängt, damit diese Leute beim nächsten Anlass eine Schere im Kopf haben. Ein mutiger Mann. Welcher Strafzweck ist das? Geht das bei Jugendlichen? Ich nehme an, wegen schweren Landfriedensbruchs. Die FAZ berichtet über die amerikanischen Möglichkeiten, ohne Mann an Kinder zu kommen. Adoption oder Samen- bzw. Eizellenspende. Bei uns ist die Mutter, aus deren Bauch das Kind kommt.

Die Bahn und die GdL haben sich geeinigt. Jetzt kriegen alle einen "eigenständigen Tarifvertrag", im Endeffekt also keiner - zum Basistarifvertrag kommen spezielle Regelungen, das nannte man bisher Eingruppierung. Aber es muss ja jeder sein Gesicht wahren - man lernt durch diese Geschichte Verhandlungstechnik. Was ist der Unterschied zwischen einem Mantel- und einem Rahmentarifvertrag? Gehen Sie von dem Bild aus. Auch bei Gericht und sonst kann man die gut brauchen. Wegen des Postmindestlohns wollen die Konkurrenten Massenentlassungen vornehmen. Gibt es wegen des Mindestlohns einen Kündigungsgrund - betriebsbedingt? Bisher verlangen die Arbeitsgerichte, dass bei Rationalisierungen der Arbeitgeber die nicht einfach so durchführen darf sondern er muss einen Plan vorlegen, aus dem sich ergibt, dass die Rationalisierung erfolgreich sein kann. Die Stadt Köln will nach der Sparkasse Bonn jetzt auch noch die Stadtwerke Bonn aufkaufen. Nächstens werden wir noch eingemeindet. Die Stadtwerke waren bis zur Liberalisierung des Strommarktes ein Eigenbetrieb, danach ein GmbH-Konzern, damit die Stromgewinne nicht in den allgemeinen Haushalt zur Sanierung von Bussen und Bahnen fließen sondern an den Kunden zurückgegeben werden können - wenn nämlich die hier ansässigen Unternehmen wie Telekom und Haribo und Postbank den Stromanbieter wechseln, gehen bei der Stadt die Lichter aus. Friedrich der Große hat am 5.12.1757 bei Leuthen seinen größten militärischen Sieg errungen - was wenig genützt hat, denn am Ende seiner Regierungszeit war Preußen genauso klein wie vorher. Allerdings hat er die Justiz reformiert - das PrALLR war konkret und nicht abstrakt formuliert, es gab ein Analogieverbot und jeder Paragraph hatte nur einen Satz. Er hatte was gegen Richter. Er hatte auch was gegen universitäre Gutachten für Rechtsstreite und verbot diese deshalb. Anwälte mussten Roben tragen, damit man die Halunken von weitem erkennen könne. Er hat das Petitionsrecht eingeführt, um den Gerichten auf die Finger hauen zu können.

Was macht man mit einem 15-jährigen zuhause lebenden Schulschwänzer, der seine Freundin im Elternhaus tötet, damit sie kein anderer haben soll - Haftgrund - § 72 JGG? Der BGH meint, eine Prospekthaftung - cic - liege auch dann vor, wenn der Prospekt (das oder der wechselt immer) nicht ausgehändigt worden sei, also wenn der Anleger einfach auf die Erzählerei des Anlageberaters gezeichnet habe - II ZR 21/06 - wie begründet man denn so was? Man sollte als Anwalt oder Steuerberater keine Hausbesuche bei neuen Mandanten machen - man schleppt sich zu denen hin, arbeitet und bekommt sein Honorar nicht - BGH III ZR 295/06. Die Reform des FGK kommt, die 1. Lesung im BT hat stattgefunden. Der Name ist eine falsche Übersetzung aus dem lateinischen: ius voluntaria - nur der Richter soll in seiner Methode freier sein, nicht die Beteiligten - es soll ein Großes Familiengericht eingeführt werden, befristete Beschwerde u.a.. - eigentlich gehört dieses 200 Paragraphen dicke Gesetz abgeschafft - es ist überflüssig - vor allem nach der ZPO-Reform 2002, s. § 273 ZPO. In der 1. ÖR-Klausur im November ging es um die Zulässigkeit von Durchsuchung nach der Handwerksordnung, in der 2. um eine Nutzungsänderung - Baurecht - aus einem Wochenendhaus wurde ein Wohnhaus. Die FAZ stellt die drei Wege zum Mindestlohn dar. Die SPD will einen gesetzlichen Mindestlohn, die CDU einen tarifgekoppelten nach dem Entsendegesetz und/oder

Mindestarbeitsbedingungengesetz von 1952. Die Waldschlösschenbrücke hat wieder eine neue Wende. Der Bund will 100 Mio Baugeldzuschuss nicht geben, da 1976 sich die Länder verpflichtet hätten, das UNESCO-Welterbeabkommen einzuhalten, was durch den Einigungsvertrag auch für Sachsen gelte. Der AWD, angeblich unabhängiger Finanzberater, wird von SwissLife übernommen. Gilt hier § 613 a analog bei den Handelsvertretern? Nach welchem Recht geht das? IPR. Was heißt eigentlich Übernahme gesellschafts- und kaufrechtlich?

Rechtfertigt Art. 42 I 1 GG ein Parlamentsfernsehen - also staatliches Fernsehen? Eine Parlamentszeitung gibt es ja schon. Wir haben einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil die Rundfunkfreiheit im Grundrechtsteil des GG steht, also einen staatlichen verbietet, ein privater nach dem Krieg aber nicht möglich war - die Alliierten sagten, es gäbe nicht genug Frequenzen, was nur ein Vorwand gewesen sein dürfte. Also hat man das Zwischending gewählt. Die Unis und die Kirchen betreiben auch öffentlich-rechtliche Dinge. Das erste Rundfunkurteil verbot Staatsrundfunk, das zweite klärte die Mehrwertsteuerfrage für Rundfunkanstalten, das dritte legte fest, dass ein privater Rundfunksender bzw. Fernsehsender entweder aussen- oder innenpluralistisch zu sein habe, je nachdem, wie der zuständige Landesgesetzgeber es haben wolle. Man sieht an den vorhandenen oder fehlenden Nachrichtensendungen, welches Modell das einzelne Land hat. Das vierte Rundfunkurteil bestätigte die Existenzberechtigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wegen der Grundversorgung. Der Glücksspielstaatsvertrag muss bis Ende des Jahres unter Dach und Fach sein - was ist, wenn nur 13 von 16 Bundesländern die Gesetze durch und die Ratifikationsurkunden - man meint, man wäre im Völkerrecht - hinterlegt haben? Gilt das für die Abtrünnigen dann auch? Wenn nicht, fällt diese Festung in die Hand der Privaten. Eine 64-jährige bekommt durch eine Auslands-Eizellen-Spende ein Kind - gegen Kinder von alten Männern wie Yves Montand, Charly Chaplin, Anthony Quinn hat man nichts. Hat sie sich strafbar gemacht? Am 3.12.1932 ist von Schleicher der letzte Reichskanzler vor unserem geliebten Führer geworden. Hitler ist legal an die Macht gekommen, wenn man darunter seine Ernennung zum Kanzler versteht - illegal, wenn das Ermächtigungsgesetz als Machtergreifung verstanden wird - obwohl die Weimarer Verfassung keinen Art. 79 III GG hatte, lag eine formelle Rechtswidrigkeit vor - Abgeordnete wurden wegverhaftet, der SS und SA Mob tobte (deshalb heute die Bannmeilengesetze), Göring zählte falsch. Weimarer hatte eine Präsidialdemokratie, wir haben eine Kanzlerdemokratie - offiziell eine parlamentarische Demokratie.

Wenn ich noch Klausuren schreiben müsste, würde ich mir das Urteil des VGH Rhl.-Pf. - VGH O 27/07 - zu den Schulhof-CDs der NPD genau angucken. Schon der CDU-Fraktions-Flyer zur WM und den Olympischen Spielen kam zwei Mal als Klausur. Nach der Pressemitteilung ist u.a. problematisch, ob die NPD nicht die Kommunen verklagen muss, welche sich an die Tipps der Landesregierung halten. Schließlich haben die ein Selbstverwaltungsrecht. Könnte eine Kommune gegen die Tipps, die ja eigentlich eine Anweisung sind, klagen? Die StA geht in Sachen Claassen in Revision. Ist das eine der Situation Kremendahl vergleichbare Situation? Was sagen §§ 331 ff.. zur strafbaren Klimapflege?

Das letzte Stündlein des EGBGB in seiner jetzigen Fassung hat geschlagen. Das EU-Parlament (der Ausdruck ist eigentlich falsch: EG-Parlament, da in der ersten Säule, aber die nennen sich selber so) wird Rom I im Dezember verabschieden - im Juli schon Rom II - inkrafttreten im Januar 2009. Bisher wurden Verträge mit Auslandsbezug (Sie mieten eine Ferienwohnung in Österreich) nach Art. 27 f. behandelt - d.h. nach dem inkorporierten EVÜ - wir hatten nicht ratifiziert sondern einfach als dt. Gesetz verabschiedet. Die Vorschriften sind nach Art. 36 autonom auszulegen. Nun kommt eine Verordnung, an der wir nicht rumfummeln dürfen - z.B. darf als Rechtswahl jetzt auch Handelsbrauch - lex mercatoria - vereinbart werden und die konkludente Rechtswahl wird erleichtert - jeder Richter kann dann wie die Amerikaner sagen, wenn ihr zu einem dt. Gericht kommt, wollt ihr deutsches Recht. Ich kenne das in der Praxis so, dass das Gericht sagt, so, Sie wollen spanisches Recht? Dann holen wir erst mal ein Gutachten über § 293 ZPO bei Prof. Mansel ein, das dauert über ein Jahr und kostet 10.000 € aufwärts - wollen Sie sich nicht doch vergleichen? Wobei jetzt § 293 ZPO kaum mehr angewandt werden darf, da bei Europarecht der EuGH das Auslegungsmonopol hat. Das Ziellandprinzip bei Verbrauchern - s. Art. 29 f. - soll allerdings nicht gelten. Rom I beschäftigt sich mit gesetzlichen Schuldverhältnissen - also Sie löschen in Italien ein Feuer oder finden den Ötzi. Die FAZ berichtet über den Handschriftenstreit. M.E. nach hat das Land Ba-Wü versucht, die eigenen Handschriften zurückzukaufen, um verdeckt das Internat Salem subventionieren zu können, so dass Brüssel nicht rügt. Patrimonialegentum? Prof. Dolzer, der Mann mit dem Plutoniumkoffer, zeitweise Prüfer in Bonn, hat ein "gutachterliches Positionspapier" erstellt - als wenn man einen Pudding an die Wand nagelt. Italien will das dt. Modell im Wahlrecht übernehmen (welches? d'Hondt?, Hare-Niemeyer, St. Lague-Schepers, Familienwahlrecht?). In Russland wird am Wochenende gewählt - reines Verhältniswahlrecht? Wann hatten wir das mal? Rund um Frankfurt wollen die Kommunen gegen den geplanten Ausbau des Flughafens vorgehen - gegen den Planfeststellungsbeschluss und den Landesentwicklungsplan - wegen Flora Fauna Habitat (also Kleine Hufeisennase analog) und wegen der angekündigten Enteignung von Grundstücken der Gemeinde - kann eine Gemeinde sich auf Art. 14 GG berufen? Nein, BVerfG, nur Art. 28 II GG, egal, was auf dem Grundstück los ist. Bei Großvorhaben kann nicht mit der Baugenehmigung gearbeitet werden, weil der Bürger dagegen nur juristische teure Schritte unternehmen kann (ich würde nicht gegen einen Flughafen klagen, ohne gleichzeitig Privatinsolvenz

anzumelden). Bei Plänen bekommt er aber die politische, kostenlose, effektivere Lösung. Er kann in den Erörterungsterminen Rabatzen machen und Unterschriften sammeln. Die SZ berichtet über den Verkauf von amerikanischen Grundstücken. Die haben keinen Kaufvertrag und Übereignung sondern Kaufvertrag und closing. Der BGH hat Frau Harms wieder mal zurückgepfiffen und den Unterschied zwischen § 129 StGB und § 129 a StGB geklärt - wobei hier die StPO interessanter ist als das StGB - denn bei § 129 a können Ermittlungsmethoden angewandt werden, die bei normalen Delikten nicht zulässig sind - Abhören z.B.. Die Dt. Bank rekrutiert ihre Trainees analog C&A auf Jobmessen mit Golf: Sie dürfen auf einer aufgebauten Driving Range den longest drive versuchen. Da hätte ich ja nirgendwo einen Job gekriegt. Der Mindestlohn bei der Post kommt - da die Konkurrenten nicht am Verhandlungstisch saßen, halte ich das für ein Gesetz zulasten Dritter.

Noch zu der letzten Prüfung Schmidt-Eichhorn/Merschmeier/?: im Arbeitsrecht kam der BAG-Fall des § 623: die Angestellte wird GmbH-GF und die GmbH wird dann gelöscht - ruhte ihr Arbeitsverhältnis nur? In dieser Prüfung und in der Parallelprüfung sollen die Wortlautargumente bei der Falllösung gut angekommen sein - sagt die Südkurve. Im ÖR kam ein Fall, der schon 7 Mal mindestens geprüft wurde. Au weia - der BGH IX ZR 105/06 meint, dass ich keine Honorarrechnung schreiben darf, wenn ich nicht gemäß § 49 b V BRAO darauf hingewiesen habe, dass nach Streitwert abgerechnet wird - das sei keine reine Berufsregelung sondern schlage auf das Zivilrecht durch. "Wer auf Beamte schießt, gehört vor ein Schwurgericht" meint Monsieur Sarkozy im Nach-Scheidungsstreß. Stimmt der Satz bei uns? Utz Klassen, Abitur mit siebzehn und mit der Bestnote 0,7, meint, er habe einen Freispruch "allererster Klasse" bekommen. Der Mann ist im falschen Film. Die Kammer hat an das Kremendahl-Urteil - 3 StR 212/07 - angeknüpft. Und seine Sekretärinnen haben Glück, wenn sie kein Verfahren wegen Falschaussage bekommen aufgrund der Zahnarztgeschichte. Wie - fast - jeder weiß, gibt es zudem keine Klasseneinteilungen bei Freisprüchen. Ihm wird die B-Note für seine Kür allerdings egal sein. Ein Richter des VG Dresden tritt in der SZ nach und kritisiert das OVG im Hinblick auf die Kleine Hufeisennase. Er wird wohl nicht mehr Richter am OVG. Marco W: sein Anwalt tingelt durch Talkshows und meint, eine Aussage von 170 Seiten, zu dem er selber schon ein Glaubwürdigkeitsgutachten vorliegen habe, könne in zwei Tagen übersetzt werden. Der Kosovo wird sich am Wochenende für unabhängig erklären, wird man dadurch ein Staat? Das BVerwG hat den BND sprich den Bund verurteilt, dem klagenden Journalisten Aktenkopien zur Verfügung zu stellen. Wie wird das vollstreckt? Das BVerfG beschäftigt sich mit der 5% Klausel in Gemeindeordnungen. Der VGH Münster hat diese Klausel schon 1997 gekippt. Die letzte Verhandlung fand im August statt - im September/Oktobre war Kommunalwahl - und der Vorsitzende fragte Prof. Dr. W., ob das Land noch einen Schriftsatznachlass bis November haben wolle. Nein, wir würden doch nur "heiße Luft" produzieren. Ok, Verkündungstermin in zwei Wochen, so dass die 5% Klausel noch vor der Kommunalwahl fiel und bei der FDP die Champagnerkorken knallten.

Darf die rheinland-pfälzische Regierung Gemeinden Rezepte gegen die NPD schriftlich und kostenlos erteilen? Der VGH Koblenz meint ja - Klageart - ist eine Ermächtigungsgrundlage erforderlich wegen Art. 21 GG? Oder nicht wegen Art. 7 und Behördeninterna? Welche? Der BGH - II ZR 136/06 - meint, dass ein GbR-Gesellschafter von einem anderen nicht nur Ersatz von bezahlten Beträgen verlangen kann sondern sogar die Mitwirkung bei der Abwehr von unberechtigten Ansprüchen Dritter. Zur GbR: diese war ursprünglich als hässliche Schwester der OHG geplant (kein § 124 HGB, keine Nachschusspflicht, §§ 718, 719), wurde jedoch ein Hit für Freiberufler. Die Teilrechtsfähigkeit ist schon seit 1999 unbestritten - wegen § 11 II InsO - die Teilrechtsfähigkeit wurde immer zulasten der GbR anerkannt - Haftung aus Vertrag, aus Haltereigenschaft, aus Scheck und Wechsel. Das berühmte Urteil vom 29.1.2001 liess die GbR zum ersten Mal Morgenluft schnuppern, da der BGH ihr erstmalig etwas positives zugestand - die aktive Parteifähigkeit. Im zweiten Leitsatz wurde § 128 HGB analog angewandt - der BGH folgte einem Professor (er ist weder Larenz, Flume, Medicus gefolgt) - Karsten Schmidt. Konsequenterweise wurden in der Folgezeit §§ 129, 130, 160 HGB ebenfalls analog angewandt, nur seltsamerweise § 28 HGB nicht, so dass man sich allmählich nach der Existenzberechtigung der GbR neben der OHG fragt. Im Dezember 2006 hat der BGH die letzte Bastion gerissen - die GbR ist grundbuchfähig, zwar nur durch Eintragung der Ger, aber immerhin. In der Prüfung Stobbe/Weckerling/Zeppenfeld am 24.11. wurden aus 43 81, aus 38 70, aus 19 44, aus 35 59, aus 37 53 und aus 31 66 Punkte.

In der Prüfung Krebs/Linden/Windisch am 22.11. kam das Spielbankurteil des BGH, im Vortrag wollte ein Partnerschaftsinstitut per VU die Vergütung haben. Im Strafrecht ging es um den geplanten Amoklauf am Kölner Gymnasium und § 127 StPO, im ÖR, was sich aktuell im AG-VwGO-NW geändert habe, und schächten. Aus 36 Punkte wurden 80, aus 24 43, aus 36 68 Punkte. Der BGH hat wieder mal bestätigt, dass die Gerichtsstände in der EuGVVO autonom auszulegen sind - XII ZR 146/07 - die Klage auf Ersatz der Steuernachteile bei Realsplittling sind Unterhaltsansprüche, wie bei uns auch. Und: VI ZR 229/06: Der Notar hat einen 34-jährigen, der an Übelkeit leidet, auch auf Herzinfarkt hin zu untersuchen, wenn seine Ehefrau sagt, der wär in der Familie üblich - der Kläger hat erst bei BGH gewonnen. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Jox/Merschmeier am 23.11. wurden aus 26 65, aus 33 65, aus 17 dann 46 - dritter Versuch, aus 29 52 und aus 38 66. Im Zivilrecht kam der Pfandflaschenfall des BGH, im Strafrecht die

Frage, von wann die Magna Charta war und was von dem Satz, das StGB sei die Magna Charta des Straftäters, zu halten sei, Strafzwecktheorien, im ÖR gaaaanz einfach, in den Protokollen stand, dass immer die Klagearten geprüft wurden, diesmal im Wahlfach S+V, der Kandidat kam dennoch damit nicht zurecht. Der 17 Punkte Mann hat wegen seinen Geschichtskenntnissen gut gepunktet. Im Arbeitsrecht "keine Lokführer heute" - ein Kündigungsfall. Im IPR kam ein Kandidat nicht auf die EuGVVO. Den Prüfern blieb nicht verborgen, dass bei Fragen im Gesetzestext geblättert bzw. die richtige Vorschrift aufgeschlagen war, was zu Antworten verhalf, obwohl man nicht dran war - also eine Art aufzeigen ohne penetrant zu sein. In der zweiten BGB-Klausur im November ging es um die Frage, ob ein nichtehelicher Vater für die Operationskosten seines Kindes vom Arzt in Anspruch genommen werden kann und ob man prozessual die Mutter einbeziehen kann. In der dritten BGB-Klausur §§ 1643, 1821 rauf und runter und als voller Teil IPR nach der neuen Studienordnung: ein türkisches Ehepaar mit Kind in Deutschland - wonach gehen Unterhaltspflichten etc. - und es sollte die Struktur der Prüfung dargestellt werden - Art. 3 EGBGB von oben nach unten lesen - fies, da ein Wahlfächler das natürlich hinkriegt - jedenfalls der, welcher drei Jahre bei Prof. Roth in der ersten Reihe gesessen hat - ein Wahlfach, in dem Praxis und Theorie sehr auseinanderklaffen - in der Praxis sucht man die Vorschrift und guckt dann in den Kommentar und google und sucht die passenden Urteile zusammen - an der Uni machen Sie die kompliziertesten Verrenkungen mit Erstfrage, Vorfrage etc.. und vergessen, dass jeder deutsche Richter immer in den Stall zurückstrebt. In der Strafrechtsklausur wollte der Täter einen Rentner in der Wohnung überfallen, der starb ihm aber ohne Erfolg wegen Herzinfarktes weg - der Täter nimmt daraufhin die Vase, die im Treppenhaus steht, mit. Sein Kumpel hält die Verfolger dann 5 Minuten fest. In der Prüfung Bönders et alia am 26.10. wurden aus 38 65, aus 51 76, aus 48 73, aus 20 44, aus 35 63 und aus 36 65 Punkte. Herzliches Beileid. George W. will in Annapolis einen Staat gründen, wie macht man das? Köln hat was analog der Waldschlösschenbrücke - der Ausbau des Godorfer Hafens - das Bürgerbegehren dagegen wird die erforderliche Stimmenzahl bringen, wobei mir nicht klar ist, wieso das zulässig sein soll - bauplanungsrechtliche Vorhaben sind nach § 26 GO nicht bürgerbegehrenstauglich. Herr Piech wird nun auf Veranlassung der Verteidigung - jedenfalls will die das so sehen - an die Wand genagelt. Bringt das einen Vorteil für die jetzigen Angeklagten? Ich wüsste nicht welchen. Der Unrechtsgehalt ist doch noch grösser, wenn der Betriebsrat keinerlei Kontrolle fürchten muss (meine Meinung bitte).

Beim AG Bonn verklagt gerade ein Telefonsexanbieter einen Gehörlosen auf Zahlung der Rechnung. Reicht der Einwand, man höre nichts, damit die Klage abgewiesen wird? In der Prüfung Stobbe/Zeppenfeld/Weckerling am 24.11. kam das Hufpflegergesetz, die VB der Kirche gegen den verkaufsoffenen Sonntag, die GdL und Marco W i.V. mit der EMRK. Im Wahlfach StPO verwechselte ein Kandidat Fahrverbot mit Entziehung der Fahrerlaubnis. Im Strafrecht Don Camillo, der durch heftiges Glockengeläut die NPD-Demonstration behindern will - ist das Gewalt? Im Zivilrecht hat der Mietwagen, mit dem man zu einem Bundesligaspiel will, einen Mangel. In Meckenheim ist die Bürgermeisterin abgewählt worden - die Stellvertreterebene kommt nun zum Zug - man hatte bei der Gemeindereform 1994 vergessen, die Doppelspitze dort abzuschaffen. Die CDU und FDP Fraktionen wollen sich einer Bundesratsinitiative anschließen - offensichtlich verweigert sich also die SPD - dahingehend, dass bei Mord trotz Rechtskraft neu angeklagt werden kann, z.B. bei DNA-Materialfund. Das halte ich für verfassungswidrig, denn für alte Fälle ist das eine echte Rückwirkung und für neue Fälle nicht notwendig, da man jetzt schon DNA-Proben machen kann. Das VG Düsseldorf hält die Zweitwohnungssteuer - s. Art. 105 II a GG i.V. mit KAG-NW - bei Studenten für unzulässig, da deren Kinderzimmer keine Erstwohnung sei. Die Gemeinden nehmen die Zweitwohnungssteuer nicht, weil sie auf zusätzliche Einnahmen durch die Bewohner hoffen sondern weil sie diese motivieren wollen, ihren ersten Wohnsitz dort anzumelden, dann gibt es mehr Geld vom Land. Das LAG Schleswig-Holstein meint, dass der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht bei der Vergütung von Raucherpausen hat, Topftheorie, § 87 BetrVG - bei Lohnfragen geht es um unternehmerische Fragen, das ist Sache der Gewerkschaften - was in den Topf reinkommt, bestimmt der AG, wie es verteilt wird, kann als Betriebsvereinbarung erzwungen werden. Der Betriebsrat von VW verklagt Porsche wegen der Holding, die nach europäischem Recht konstruiert ist. Dürfen 12.000 AN bei Porsche genauso viele Sitze im Aufsichtsrat beanspruchen wie VW mit 320.000?

Das BMJ schlägt auf der Grundlage des Art. 245 EGBGB einen neuen Widerrufsbelehrungstext für Fernabsatzgeschäfte vor. Bitte angucken und mit dem Gesetzestext vergleichen - es wäre nicht das erste Mal, dass die Belehrung falsch wäre. Dann noch zu einem allgemeinen Prüfungsproblem: eine Kandidatin berichtete mir, sie habe einen großen Fehler in der Prüfung gemacht - in den Protokollen hätte gestanden, nicht melden. Hätte sie nicht gemacht, die anderen aber. Oder letzte Woche bei der Prüfung Löwer auch - zeitweise, wie berichtet wurde. Prüfer sind leider nicht in der Lage - einige - Fragen gerecht zu verteilen und lassen sich in eine intensive Befragung eines Kandidaten zulasten der anderen hineinziehen. Ich hatte mal einen Kandidaten, dem wurde in der Schlussbesprechung vorgeworfen, er habe sich nicht genug "eingebracht", weil er sich an dem Gemelde nicht beteiligt habe. Hoffentlich lernen die Prüfer das endlich. Entscheiden Sie also selber. Genauso die Sache mit den Krankheiten oder verstorbenen oder sonst abhandengekommenen Zugehörigen. Leider zieht diese Mitleidsmaske - bitte, ich finde das schlimm. Neulich hat eine Kandidatin verschwiegen, dass sie ein Kind hat, sie fiel durch. Das war sehr nobel, aber doch falsch.

Das VG Arnsberg hat die zuständige Behörde verpflichtet, einem Arzt einen Waffenschein unter Auflagen zu erteilen. Er sollte bedenken, dass seine Patienten ihm die Waffe vielleicht abnehmen plus Rezeptblock. Was kann er prozessual gegen die Einschränkung machen? Frau Pauli tritt aus der CSU aus - jedenfalls hat sie das vor - was ist der Austritt aus einem Tennisverein rechtlich? Unterschied bei einer Partei? In der Prüfung Bönders/Dinkelbach/Bozza-Bodden vom 16.11. wurden ein einziges Mal 10 Punkte vergeben, im Wahlfach Steuerrecht - man meint, man wäre beim Perfekten Dinner. Aus 40 wurden 73, aus 33 dann 65, aus 49 82, aus ? ausreichend, aus ? befriedigend, eine Kandidatin bestand nicht - im Wahlfach Strafrechtspflege war § 12 StGB unbekannt. Im Wahlfach S+V kam das Bürokratieabbaugesetz: § 6 I, III AGVwGO, § 179 a LBG und der Gang des Landesgesetzgebungsverfahrens. Zum VW-Prozess wurde gefragt, warum § 119 BetrVG nur den Vorteilgewährenden bestraft und nicht den annehmenden Betriebsrat - notwendige Teilnahme, Vergleich mit § 120 StGB und §§ 177 ff... Der wichtigste Grund ist m.E., dass ein Betriebsrat sich überhaupt an die StA wendet. Genauso wie im Verwaltungsrecht - eine durch Bestechung erlangte Genehmigung ist auch nicht gemäß § 44 VwVfG nichtig sondern nur rechtswidrig nach § 48.

Darf ein Vermieter Mieter nach ethnischen Gesichtspunkten auf seine Mietshäuser verteilen? Kann die Ordnungsbehörde ihm das verbieten? Wird hier eine Ghettoisierung gefördert? Im alten Ausländergesetz durfte Ausländern der Zuzug in ein Stadtgebiet deshalb verboten werden - wie das jetzt ist, muss ich erst noch nachgucken. Verstoß gegen das AGG? Baurechtlich sollten Altersheime nie neben Kindergärten gebaut werden - raten Sie mal warum. Frauenwohnungen und Frauentaxis gibt es doch auch. Sowie Parkplätze. Der Bundesrechnungshof hat wieder massenhafte Verschwendung entdeckt - kann dagegen geklagt werden? Wo? Der Bundesrechnungshof macht seinen Bericht für den Bundestag - er ist einer der Formellen Mitarbeiter des Bundestages, um eine Transparenz der Regierungsarbeit zu bewirken - wie auch der Bundeswehrbeauftragte, der Petitionsausschuss, die Parlamentarischen Staatssekretäre. Gegen die Eltern der verhungerten Lea-Sophie ist Haftbefehl erlassen worden - welcher Haftgrund soll hier einschlägig sein? Und welches Delikt: Totschlag durch Unterlassen - Mord durch Unterlassen geht nicht? Der BGH hat dies bisher immer abgelehnt, weil das Nichtstun keine lebenslange Freiheitsstrafe rechtfertigen könne - man hat ja nur einen winzigen Moment verpasst - jeder bereut mal, dass er etwas nicht getan hat - z.B. den Verbesserungsversuch zu unternehmen. Hier geht es aber um monatelanges Unterlassen. Grausam. Niedriger Beweggrund. Die Eltern gehen mit dem Kind nicht zum Arzt, weil sie Angst haben, das Kindergeld zu verlieren. Herr Schily will nicht sagen, wofür er Geld von Siemens und ob überhaupt bekommen hat. Jetzt geht es um Sanktionen. Na mal gucken. Die FAZ berichtet über einen Jugendrichter, der "spiegelnde Strafen" anwendet - geht das nach dem JGG? Wird bei Marco W. die Untersuchungshaft - nach deutschem Recht - auf eine Vollzugshaft angerechnet - s. § 52 a JGG - Ermessen des Richters? Es kommt nach dem BGH darauf an, ob der Rest so lang ist, dass er noch eine Lehre machen kann bzw. sonst erzogen werden kann.

In der Prüfung Löwer/Faßbender/Brandt am 22.11. kam im ÖR die Ernennung von Herrn Scholz zum Arbeitsminister - darf der Bundespräsident sich weigern? Geschichte dazu: Heuss und Adenauer. Ernennet der Bundespräsident den Vizekanzler? Auslegungsmethoden. Arten der Demokratie? Kontrollmechanismen im Bundestag? Im Zivilrecht Arbeitsrecht, im Strafrecht Hehlerei, im Wahlfach StPO Vernehmungsmethoden beim Verdeckten Ermittler, im Wahlfach Arbeitsrecht: wer ist Herr Schell? Wußte die Kandidatin nicht. GdL rauf und runter. Kannte sie nicht. Die StA hat im Prozess Utz Claassen 90 Tagessätze à 5.000 € beantragt - bei einem stellenlosen Manager - was hat er denn als aktuelles Einkommen angegeben? Der BGH meint in der Spielsperrvertrag II Entscheidung - III ZR 9/07 - dass ein unvermeidbarer Verbotsirrtum vor Erlass eines BGH-Urteils vorliege - also dürften diese Urteile keine Rückwirkung entfalten - möglicherweise will er der Mangold II Entscheidung des BVerfG nicht im Wege stehen, das sich mit dieser Problematik beschäftigen wird. Das BVerfG hat am 22.11. geklärt, dass die Einstellung eines Strafverfahrens wegen Verfahrenshindernis nicht die Aberkennung der Pension verhindert - also keine Bindungswirkung analog umgekehrt wie im StVG - §§ 3,4 - wenn ein Strafgericht vergißt, die Fahrerlaubnis zu entziehen. Im Arbeitsrecht ist eine Bindungswirkung auch abgelehnt worden: eine Verdachtskündigung darf trotz Einstellung nach § 170 II StPO erfolgen. Die FAZ - Herr Bannas, der bestinformierte Journalist über den Verlauf von geheimen Sitzungen der Bundesregierung - schreibt noch mal über den Vizekanzler Steinmeier - er erfindet durch den Staatssekretär für Innenpolitik im Aussenamt praktisch einen Vizekanzler mit Ressort, was nicht im GG steht. Wird hier das GG durch die Praxis faktisch geändert? Art. 87 GG gibt der Regierung ein Ministeriumserfindungsrecht. Herr Steinmeier hat natürlich Probleme: alle wichtigen aussenpolitischen Dinge schnappt ihm die Kanzlerin weg - er kann nur noch die Erdbeerstaaten empfangen. Er kann also keine Themen besetzen noch hat er je eine Wahl gewonnen. Die FAZ berichtet über 200 Jahre Aktienrecht - ein bißchen zu kurz gesprungen, da die Engländer und Niederländer diese Form der Risikobeschränkung bei Investitionen schon ein paar Jahrhunderte davor praktiziert haben. Die FAZ prüft, ob das Verbot der Sozietät von Anwälten mit Nichtanwältinnen vor dem Hintergrund des am 1.7.2008 in Kraft tretenden Rechtsdienstleistungsgesetz - oder so ähnlich - verfassungsmäßig ist. Jede Autowerkstatt wird jetzt Unfälle selber abwickeln. Die Banken machen Testamentsvollstreckungen. Der Countdown für den Kosovo läuft: er wird sich für unabhängig erklären und Serbien wird einen Cyberspace-Krieg beginnen - die NATO diskutiert, ob das Lahmlegen der Computer einen Bündnisfall nach

Art. 5 des Natostatuts begründet. Wieso ist die Besuchspflichtentscheidung des OLG direkt zum BVerfG gekommen? Weiß ich auch nicht aus dem Stehgreif - übers FGG und nicht BGB?

Das BAG hatte eine IPR-Problematik am 13.11. zu entscheiden: kann eine deutsche Flugbegleiterin einer US-amerikanischen Airline, in deren Arbeitsvertrag amerikanisches Recht vereinbart ist, Teilzeit beantragen? Gehört das TeilzeitBefrG zu den zwingenden Vorschriften der Art. 30, 34 EGBGB? Ja. Der BGH - III ZR 91/07 hat sich bei einem Streitwert von 119 € zu einem alten Problem geäußert: Wenn in der Rechnung um Zahlung bis zum Tag X gebeten wird, liegt ein Verzug nur unter den Voraussetzungen des § 286 III 1 vor - also nicht dies interpellat pro homine. In der ersten Novemberklausur hat ein zu hoch beladener LKW die Leitung der Bahn beschädigt, welche der Bahn-Netz-AG gehört, woraufhin die Bahn andere Loks einsetzen musste. Haftet die Autohaftpflichtversicherung für Schäden durch falsch beladene Autos? Wer ist Gläubiger? Kann die Bahn-AG im Prozess Ansprüche der Bahn-Netz-AG geltend machen? Im dritten Teil soll die Rosinentheorie dran gekommen sein. In Sachen Marco W. meint das türkische Gericht, die deutschen Verteidiger sollten sich die Aussage von Charlotte doch selber bei den englischen Behörden besorgen, im Klartext, sie hätten keine Ahnung vom türkischen Verfahrensrecht, was die Herren zu Unrecht empört - auch im deutschen Recht kann man das tun - § 219 ff.. StPO - und wenn der Spiegel es schafft, die Aussage zu bekommen, dann die Verteidigung wohl auch. Die Engländer haben einen Parteienprozess - auch im Strafrecht - egal, wie es sein mag: wenn ich mich als Verteidiger in eine Strafsache reinhänge, in der es um türkisches und englisches Recht geht, sollte ich mich da auskennen. Und wenn ich beschleunigen will, sollte ich nicht dauernd verzögernde Anträge stellen wie zur Befangenheit. Die Verhandlung heute beim BVerfG um die Besuchspflicht geht um § 1684 I BGB. Ist das eine Anspruchsgrundlage? Würde die Besuchspflicht nach § 888 ZPO vollstreckt oder nach FGG? Prof. Seier hat sich zu dem geplanten Amoklauf an einer Kölner Schule geäußert und den Rücktritt als Goldene Brücke bezeichnet, wie wir das alle gelernt haben. Im Grunde ist das ein Witz, denn kein Straftäter tritt zurück, weil er auf Belobigung durch den Richter hofft - das wäre ja zudem Verbrechervernunft und ein unfreiwilliger Rücktritt. Das StGB hat manchmal wunderliche psychologische Überlegungen. Zudem nimmt die Rechtsprechung ja sogar trotz Zielerreichung einen Rücktritt an - der Denkkettelfall des Großen Senates - man kann also sogar ohne Reue zurücktreten. Die FAZ hat hinsichtlich der Einstellung eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt für innenpolitische Aufgaben - sprich Parteipolitik - Schaum vor dem Mund - Herr Steinmeier wurde vor ein paar Monaten als blutleerer Apparatschik bezeichnet, der bisher noch keine Wahl gewonnen habe. Das ist offenkundig Parteienfinanzierung. Der EuGH hat nach der FAZ - Recht und Steuern - zum Firmenrecht im Fall Céline entschieden, dass eine gleichlautende Firma auch die Marke verletzen muss. Bei uns ist das nicht anders, denn das Firmenrecht verlangt eine Verwechslungsgefahr. Als die Telekom anfang, führte sie einen Prozess gegen eine Altfirma Telekom, die Rohrpostanlagen herstellte, und verlor, da keine Verwechslungsgefahr. Die Verhandlung zur Kennzeichenidentifizierung hat die Argumente der Beteiligten deutlich gemacht - liegt ein geringfügiger Eingriff vor? Nach der StVO kann die Polizei jedes Auto sogar ohne Grund rauswinken und langwierig nach dem Warndreieck untersuchen. Auch hier wird nicht gesagt, dass allein dieses Verfahren Gangster vielleicht dazu bringt, in dieser Gegend nicht beruflich tätig zu werden. Die FR berichtet, dass Frau Harms § 129 a StGB übergebührlich ausdehne, um zuständig zu bleiben - bei Gipfelgegnern in Heiligendamm z.B.. Die FAZ berichtet in Recht und Steuern über § 71 a AktG und geplante Änderungen aus Brüssel zur Finanzverfassung der Aktiengesellschaft und GmbH. Jede Zeitung schreibt fast täglich über die Stammzellenforschung und die geplante Änderung des Stichtages. Haben Stammzellen Menschenwürde? Diese Bastion wird fallen, wenn und sobald Parkinson u.a. so geheilt werden können.

Der Postmindestlohn soll jetzt über § 6 III Nr. 3 PostG kommen - die SPD will auf Biegen und Brechen eine Ankoppelung an Tariflöhne verhindern. Heute müssen Vereine ihre Satzungen ändern - BGH II ZR 91/06. Die FR berichtet über den 18. Geburtstag der UN-Kinderrechtskonvention und dass diese anders als 5 andere Konventionen kein Fakultativprotokoll mit der Möglichkeit der Individualbeschwerde hat. Das wollen einige Staaten ändern - dann wird wohl ein 6-jähriger klagen können, der über diese Konvention in seinem Fix und Foxi Heft was gelesen hat. Die Sterbehilfe beherrscht heute die Zeitungen - das Peterle-Urteil, den Teefall, den Ärztefall des BGH sowie § 1904 BGB sollte man kennen. Prof. Hackethal hatte auch schon mal versucht, die Problematik gewaltsam zum BVerfG zu bringen. Er kündigte eine aktive Sterbehilfe an, erhielt eine OBG-Verfügung und Karlsruhe sagte, stell dich hinten an, geh erst zum Verwaltungsgericht. Das BVerfG beschäftigt sich am 20.11. mit der automatischen Kennzeichenerfassung - analog Rasterfahndungsentscheidung? Herr Stoiber muss sich bei Herrn Verheugen einen Termin geben lassen, wenn er eine Richtlinie gefunden hat, die man entsorgen kann. Der Amoklauf in Köln ist in §§ 30, 31 - Duchesne-Paragrafen - hängen geblieben.

Die Gebrauchtwagenhändler müssen ihre AGB für Unternehmerkunden ändern - BGH VIII ZR 141/06. In der Prüfung Köndgen/Huschens/? am 16.11. verbat sich Herr Köndgen vorab Mißfallensbekundungen und Mitschreiben (rechtliche Grundlage?) - bei ihm wollten dann ein Iraker und ein Deutscher eine Wohnung anmieten, der Iraker bekam sie nicht - im Strafrecht Körperverletzungsdelikte, im ÖR will jemand anonym bestattet werden. Am 16.11. in der Prüfung

Bönders/Dinkelbach/? kam der Vw-Prozess, die BGB-Klausur Oktober 2006 - Eigenblut-Rutsche - und Polizeirecht, Gefahrforschung bei morschen Bäumen. Am 21.11. befasst sich das BVerfG mit der Besuchspflicht von Vätern. Da Grundrechte Rechte sind, ist problematisch, ob eine solche Pflicht, die nicht im BGB steht, aus Art. 6 GG hergeleitet werden kann - Leistungsgrundrechte sind bisher nur gegen den Staat konstruiert worden. Im VW-Prozess will die Verteidigung argumentieren, dass kein Schaden nach § 266 StGB vorliege, weil die mit Lustreisen verwöhnten Betriebsräte das Geld wert gewesen seien und somit Streikkosten verhindert hätten. Wenn Sie das in einer Examenshausarbeit schreiben würden, kämen 0 Punkte raus. Ein Einzelhändler öffnet in Halle an der Saale 24 Stunden rund um die Uhr - die Gewerkschaften sind böse, weil er externe AN holt, um Nachtzuschläge zu vermeiden. Das hat er sich von der öffentlichen Hand abgeguckt, die holt alles von draussen, was nur irgendwie geht, um ver.di zu vermeiden.

Die FAS berichtet über die Vb der Kirche(n) gegen verkaufsoffene Sonntage und verweist auf das Kaufhofurteil des BVerfG vom Juni 2004 zu Art. 139 WV. Wie ist es aber mit der Zulässigkeit? Liegt die eigene und unmittelbare Betroffenheit vor? Die Anwaltskammer kann auch nicht gegen das neue Rechtsberatungsgesetz klagen. Ist es nicht zumutbar, erst mal die Verwaltungsgerichte gegen einen konkreten Sonntag anzurufen? Die FAS berichtet zudem über einen Rechtsstreit in Magdeburg - ausgerechnet eine katholische Organisation vermietet Gewerberäume an einen Neonaziklamottenladen für 3 Jahre und kündigt nun fristlos. Ich glaube, sie hat keine guten Karten.

In einer anderen Prüfung im Zweiten diese Woche kam im Vortrag § 951 - der Fliesenlegergeselle klaut Fliesen seines Chefs und bietet die einem Bauherrn an, der die einbaut und dem Chef jetzt nicht bezahlen will. Im Zivilrecht GbR mbH und Kfz-Brief rauf und runter. Im Strafrecht Haftbefehl - die Voraussetzungen und Rechtsbehelfe waren nicht allen Kandidaten bekannt, im ÖR § 80 V mit § 34 a PolG - eine Kandidatin wollte die Verfassungsmäßigkeit des PolG prüfen. Das Problem, dass die Polizei nicht weiss, ob der angeblich schlagende Ehemann die Wahrheit sagt oder die Ehefrau, und dass deshalb nur eine reine Folgenabwägung erfolgen muss, war auch nicht allen klar. Zeitungen berichten heute über eine Verhaftung wegen virtuellen Diebstahls im Internet. Ist das strafbar, wenn Verrückte für fiktive Möbel 4.000 € zahlen und der Täter stellt die virtuell in seine Wohnung? Der BGH hat Premiere endlich gesagt, dass Kunden nicht festgehalten werden dürfen, wenn Premiere keine Bundesligarechte mehr hat - ich würde aber nicht darauf wetten, dass die jetzt jedem das Geld zurückgeben - erst wenn ein Anwaltsbrief kommt, knicken die "aus Kulanz" ein - meine eigene Erfahrung - trotz OLG München Urteil.

Am 14.11. im Zweiten wusste der Prüfer, pensionierter Polizeipräsident, nichts vom Bürokratieabbaugesetz - im Strafrecht kam Telefonüberwachung. Das unwichtigste zuerst: Gustav Adolf kam am 16.11.1632 ums Leben - die Schweden waren im dreissigjährigen Krieg auch hier in der Gegend - die Beendigung des Krieges war etwas neues, da Verlierer nicht massakriert wurden, wie sonst üblich und von diesen erwartet, sondern es gab einen Vertragsschluss. Die Bahn will die GdL auf 5 Mio wegen eines im Frühsommer angeblich rechtswidrigen Warnstreiks verklagen - die Bahn meint natürlich nicht, dass sie diese Summe demnächst bekommt oder ein entsprechendes Urteil, die will, dass buchhalterisch die GdL hier eine Rücklage machen muss und somit aus der Streikkasse rausnehmen muss. Der EuGH hat den Backofenfall des BGH verhandelt - die Generalanwältin meint, dass § 439 IV, d.h. die Richtlinie, dem Verkäufer keinen Anspruch auf Nutzungsentschädigung gibt - liegt nahe, denn andernfalls würde niemand mehr die Nacherfüllung wählen, da er dann 300 € noch zuzahlen müsste. Heino hat Konzerte abgesagt - er zahlt nicht alle Ticketpreise zurück, da das Geld schon ausgegeben sei - § 818 III? Im Vertragsrecht? § 326 V - absolutes Fixgeschäft - § 366, wenn er das Geld nur noch anteilig hat? Ein Mädels ist mal durchgefallen, weil es auf hartnäckige Fragen des Prüfers darauf bestand, dass der Kauf eines Tickets ein Kaufvertrag sei. Nebenbei wusste sie auch nichts mit der Haftungsverfassung der GmbH anzufangen. Ab dem 1.1.08 gibt es eine neue Gewerbesteuer - Unternehmen überlegen, ob sie in die Personengesellschaft zurückumwandeln. Der Staat greift hier auf schon einmal versteuertes Geld zu. Die Gewerbesteuer ist wohl beerdigt (bin da nicht ganz sicher), die Gewerbeertragssteuer soll jetzt reformiert kommen. Die Mindestlohndebatte verlangt die Definition des Briefträgers. Die Amerikaner sollen ein Gesetz machen, welches Fluggesellschaften verpflichtet, Fluggäste nach 3 Stunden warten wieder aus dem Flieger zu lassen - am Valentinstag sollen die 11 Stunden da gesessen haben - § 239 StGB? Der Große Senat soll nach der FAZ in der NJW sich einen Trick ausgedacht haben, um vom EGMR gerügte lange Verfahrensdauern in Wirtschaftsstrafsachen zu entschärfen - man gibt Freiheitsstrafe ohne Bewährung und verrechnet dann - s.u. - und dann kommt Bewährung raus wie früher auch. Das ist ja ziemlich Das BVerfG meint, dass bei Ausweisungen die Gefährlichkeit des Betroffenen zeitnah und deshalb auf den Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung anzusetzen ist und nicht auf den Zeitpunkt des VAs - und wie ist es dann mit § 35 VI GewO? Da müsste dann doch das gleiche gelten. Die Polizei in Bonn kontrolliert Autos auf Einbruchswerkzeuge - darf die das? In der StVO ist kein Verdacht nötig, aber das bezieht sich doch nur auf Strassenverkehrsgefährdung oder? Im VW-Prozess ist der Befangenheitsantrag abgelehnt worden - die Ergänzungsschöffen sind Betriebsräte oder ehemalige - in der Gegend gibt es wohl nur bei VW beschäftigte. Die Anklageschrift hat 81 Seiten - der StA hat nur 31 vorgelesen (den Anklagesatz, also ohne die Kinderkrankheiten der

Angeklagten). Das wichtigste: Herr Thierse (ich finde ja noch schlimmer, dass er von der letzten Lebensphase von Frau M. gesprochen hat - hoffentlich liest sie das nicht in der Zeitung). Kann ein Bundestagspräsident oder Vize abgewählt werden? Art. 40 GG sieht das nicht vor - kein Versehen - genau wie beim Bundespräsident will man kein Impeachment wie bei Clinton sondern eine politische Lösung hinter geschlossenen Türen. Helmut Kohl hat Herrn Thierse mal mit Göring verglichen - der war Reichstagspräsident und hat beim Ermächtigungsgesetz falsch gezählt - man brauchte eine absolute doppelte Zwei-Drittel-Mehrheit. Der Kölner Stadtanzeiger bringt einen geschichtlichen Überblick, da das Reiterstandbild in den Godorfer Hafen umgetopft wird. 1794 - 1814 war das Rheinland französisch (Code civil etc., lateinisches Nurnotariat, Staatsanwalt), vorher war es kurfürstlich, dann von 1815 - 1947 preußisch. Der Code civil etc. wurde hier beibehalten.

Am 14.11. kam in der Prüfung Limpens/von Danwitz/Franke im Zivilrecht protokollfestes, im Strafrecht das Problem: Notwehrprovokation, darf jemand mit einem Messer die Kneipe betreten, in der sein Feind sitzt, der schon angegeben hat, er werde ihn kaltmachen? Prof. Marquard meinte mal dazu, nein, Waffengleichheit, fair play, man müsse ohne Messer dahin und sich verhaun lassen - na ja. Im ÖR Gang des Gesetzgebungsverfahren, Rückwirkung, in S+V Klagerücknahme, im V+E Uno rauf und runter, im Europarecht VW-Gesetz, im Arbeitsrecht GdL, Urlaubssperre, Versetzung. Im zweiten Examen am 8.11. kam die BGH-Entscheidung zum Eigentum an Pfandflaschen, StPO gängiges, Windkraft im ÖR. Ein Schöffe im VW-Prozess ist Angestellter bei VW - ist das ein Befangenheitsgrund nach § 24 II StPO? Der EuGH hat im Arzneimittelrecht das Herkunftslandprinzip gestärkt - Knoblauchkapseln dürfen von uns nicht als Arznei behandelt werden, wenn das Herstellerland das auch nicht tut. Der BGH hat bestätigt, dass bei einer Grundstückszwangsversteigerung die Katze im Sack gekauft wird - V ZB 44/07: das Grundstück war halb so groß wie vorgestellt, kein Rücktritt, keine Anfechtung - das Problem ist, dass das ZVG keine Vorschrift enthält, welche den Schuldner verpflichtet, den Gutachter oder Interessenten ins Haus zu lassen - wenn der dann letztendlich auszieht, nimmt er regelmäßig alles mit - Wasserhähne, Innentüren etc., so dass nur die nackte Aussenhaut bleibt - soviel zum Schnäppchen bei Versteigerungen. Kann der Ersteigerer des angeblichen Hitler-Globus sein Geld zurückverlangen, wenn sich herausstellt, dass es das gar nicht der Globus unseres geliebten Führers gewesen ist? Es gibt drei Arten der Versteigerung: die nach § 156, die Pfandversteigerung und die Zwangsversteigerung. Das BAG meint, dass bei einer Betriebsübernahme (keine bloße Funktionsnachfolge sondern die wirtschaftliche Identität des Betriebes muss gewahrt bleiben) gemäß § 613 a ein Tarifvertrag nicht durch eine Betriebsvereinbarung abgelöst werden dürfe - letzte Woche wurde es aber für zulässig gehalten, dass der neue AG durch eine Individualvereinbarung den Lohn abändert. Ich blick durch das Gewusel nicht mehr durch. Ein Staatsanwalt findet vor dem Termin und vor dem Amtsgericht einen Briefumschlag mit einem Scheck über 56.000 € (wahrscheinlich war da eine Zwangsversteigerung - die 10% Sicherheit bringen manche als Scheck mit). Wenn sich da keiner meldet, ist er der Finder oder sein Dienstherr? Er war ja nicht privat da. Wir hatten die sehr schwierige Examensklausur, dass die Müllwerker in einem Container 80.000 Deutsche Mark finden - wem stehen die zu, wenn kein Verlierer zu orten ist? Das BVerfG hat den Pferde-Podologen = Hufpflegern (s. Oktoberklausur) recht gegeben. Eigentlich sollen die 5 Jahre lang lernen - das ist ja länger als das Jurastudium. Überall wird liberalisiert (s. das neue Rechtsberatungsgesetz, welches Anwälten die einfachen Verkehrsunfälle nehmen wird), hier aber verschärft? Art. 12 rauf und runter. Wie ist es übrigens mit den sog. Turboscheidungen im Ausland - übers Internet organisiert? Sind die nach unserem EGBGB wirksam? § 328 ZPO - EuGVVO? Die FAZ schreibt über den neuen Vizekanzler, den es rechtlich gar nicht gibt. Die Handschrift Adenauers - Die Politik lebt von Symbolik - s. "Bundesstadt" Bonn - einen Stellvertreterfall gibt es zudem nicht, denn wenn die Kanzlerin unterwegs ist, ist sie immer noch erreichbar und wenn sie im Koma liegt, wird über Art. 67 GG ein Nachfolger ins Amt gesetzt. Der Präsident des BFH regt sich in der FAZ über die Nichtanwendungserlasse der Finanzminister auf - eine Spezialität im Steuerrecht. Der VW-Prozess 2. Teil beginnt - Herr Piech sitzt wieder nicht auf der Anklagebank - man sollte den Prozess aus Niedersachsen rausverlegen. Die Hufeisennase muss woanders fliegen - Europarecht schlägt einen Bürgerentscheid also auch nicht - allerdings müssen die Leute nachts höchstens 30 km/h auf der Brücke fahren. Das finde ich ein bißchen witzig. Neben wilden, zahmen, gezähmten, Luxus- und Nutztieren gibt es im BGB jetzt also auch kleine und große Tiere. Jedenfalls im Mietrecht.

Die FAZ berichtet über die geplante Änderung des Aussenwirtschaftsgesetzes zum Schutz gegen Staatsfonds - Verbot mit Erlaubnisvorbehalt oder Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt? Ist die Wesentlichkeitstheorie verletzt, wenn die Regierung das entscheidet? Und dann noch nach dem europarechtlichen Verständnis von "Sicherheit und Ordnung", also nach Maßgabe des EuGH? Die goldene Aktie durch die Hintertür? Die Wesentlichkeitstheorie ist im Kalkarurteil zum Schutz der Legislativen vor der vorpreschenden Exekutiven erfunden worden - neuerdings (GdL) wird sie zum Schutz der Legislativen vor Richtern umfunktioniert. Darf ein Mieter zwei Britisch-Kurzhaar-Katzen halten, wenn der Mietvertrag nur Zierfische und Vögel erlaubt? Der BGH kippt die Klausel komplett - keine geltungserhaltende Reduktion, obwohl es ein Dauerschuldverhältnis ist - in meinem Mietvertrag hier steht, dass ich nur Vögel und Tiere halten darf, die nicht mehr als drei Beine haben. Das OLG München hat den Überseeringfall umgekehrt zu entscheiden gehabt - nicht der Hinzug einer niederländischen GmbH nach Bonn sondern den Wegzug einer deutschen GmbH nach Portugal - eigentlich wie Daily Mail - aber im Ergebnis anders - das HR dürfe die Löschung nicht eintragen, eine

deutsche GmbH habe ihren Sitz zwingend in Deutschland zu haben - man meint, man wäre im Jahr 1933. Das dürfte europarechtlich nicht halten. Der BGH meint, dass ein Anwalt, der nur geringe Schulden hat, aber im Schuldnerverzeichnis steht, gemäß § 14 II BRAO seine Zulassung verliert - Ärzte dürfen trotz Insolvenzverfahren weiter praktizieren, sie würden den Patienten ja weiter richtig behandeln - das ist diskriminierend. Der Amateurfußballverein Dattenfeld gewinnt gegen Straelen mit 4:0, wobei Straelen nie in die Nähe des Tores kommt - da die aber einen Zollstock dabei haben, stellt sich heraus, dass die gastgebenden Tore 17 Zentimeter zu niedrig sind - wie würden Sie entscheiden? Das OVG Bautzen entscheidet heute über die Kleine Hufeisennase neben der Waldschlösschenbrücke. Das Umweltschadengesetz tritt am 14.11. in Kraft - heute - wonach sogar legale Fabriken für depressive Hamster haften. Der IStGH fängt am 31.3.08 seinen ersten Strafprozess an - Kindersoldaten im Kongo. Die EG hat ihr Grünbuch (enthält Ideen - das Weissbuch Vorschläge) zum Arbeitsrecht eingemottet. Franzi van Almsick hat anders als die Freundinnen von Herbert Grönemeyer und Olli Kahn vor dem BGH verloren. Es gäbe keinen generellen Unterlassungsanspruch für die Zukunft - also muss man warten, bis die Urlaubsfotos in der Gala sind und dann auf Schmerzensgeld klagen. Diese Promis wollen eigentlich nur erreichen, dass sie von den Zeitschriften Honorar bekommen.

Die FR präsentiert die vier Modelle, die den großen Vier - Eon, RWE, Vattenfall, EnBW - die Erhöhung der Strompreise austreiben sollen: Pflicht zum Zwangsverkauf nach dem GWB, Verstaatlichung nach Art. 15 GG, Verbot, neue Kraftwerke zu bauen, Entflechtung auf Vorschlag von Neeli Kroes. Herr Kollege Dr. Meilicke hatte im März 2006 beim EuGH gewonnen - Dividenden von ausländischen AGs sind steuerlich jedenfalls bis 2001 zu behandeln wie von deutschen. Nun hängt er immer noch vor dem FG Köln, weil Herr Steinbrück die Bescheinigung der ausländischen AG nicht akzeptieren will - der Fall Angonese und Herkunftslandprinzip im Steuerrecht. Müntefering tritt als Minister und Vizekanzler zurück, melden die Agenturen - was heißt das rechtlich? Kann man Vizekanzler bleiben, ohne Minister zu sein? Dieter Bohlen ist rentenrechtlich ein Künstler - schuld daran ist wohl der Jurist von RTL, der in seinen Vertrag reingeschrieben hat, er müsse eine "eigenschöpferische, höchstpersönliche" Leistung abliefern - die Zielrichtung dieser Formulierung war sicherlich das Urheberrecht, damit nicht ein Witzeschreiber von RTL einen Nachschlag verlangt. Ein teurer Fehler des Juristen. Wieso sind Tätowierer und Showcatcher keine Künstler, die Bank-Werbung mit Dirk Nowitzki aber schon? Coffee to go: kann eine Behörde etwas gegen die Pappbecher machen - § 5 GaststG - Verpackungsordnung, unzulässiges Zwangspfand? Für Pappgeschirr hatte McDonalds in Kassel vor Jahren einen Sieg beim BVerwG/BVerfG (?) errungen. Der Bund arbeite im Kreislaufwirtschaftsgesetz mit dem Zuckerbrot, da dürfe eine Stadt nicht die Peitsche einsetzen. Italienische Hooligans, die eine Polizeikaserne stürmen wollen, werden als Terroristen behandelt - also Feindstrafrecht? Und man muss endlich den Terroristen definieren. Die Präsidentin des BVerwG meint, die Mehmet-Klausel des Zuwanderungsgesetzes verstosse gegen eine EG-Richtlinie und die EMRK. Die EMRK habe "fast Verfassungsrang". In den Niederlanden steht die EMRK über der Verfassung, bei den anderen Mitgliedsstaaten im Rang einer Verfassung, bei uns hat die EMRK, über Art. 59 II GG umgesetzt, den Rang einfachen Bundesrechts. Noch. Ist der englische Act of Settlement von 1701, nach dem ein englischer König keine/n Katholiken/in ehelichen darf, diskriminierend, also europarechtswidrig? Ist für diese Leute das Diskriminierungsverbot gemacht? Arbeitnehmerfreizügigkeit? Die evangelische Landeskirche hat gegen die Sonntagsladenöffnungsmöglichkeiten in Berlin Vb eingelegt. In Bonn und Umgebung ist auch jeden Sonntag irgendwo ein Jubiläum, weil ein Brunnen 12 Jahre alt wird, und die Läden des Stadtteils haben offen. Irland hat schon beim EuGH gegen die EG-Richtlinie (nicht EU-Richtlinie!), auf der das Vorratsdatenspeicherungsgesetz beruht, geklagt. Das Gesetz ist für die Presse und Strafverteidiger verheerend - allein die Kenntnis der Email-Adresse zeigt ja z.B., woher der Spiegel seine Information hat - auch aus einem Internet-Café - ich vermute, die Gangster werden zum guten alten Briefpapier und UPS zurückkehren. Die FAZ schreibt über die mißachtete Subsidiarität in der EU und vor allem beim EuGH, der ja macht, was er will - das Urteil Mangold II wird mit Spannung erwartet - im Fall Mangold wurde die befristete Einstellung von alten Anwälten wie mir verboten, im Fall Palacio die Zwangspensionierung von meinesgleichen aber zugelassen. Ein Saudischer Prinz kauft einen neuen Airbus (das Teil würde ich nicht geschenkt nehmen) - welche Rechtswahl die wohl getroffen haben.

Die geplante Erbschaftssteuerreform fördert die Zahl der Erwachsenenadoptionen - die soll ca. 1.000 € kosten. Di Fabios Vortrag letzter Woche ist in der Welt abgedruckt - auch er zitiert Carl Schmitt - und diskutiert das Feindstrafrecht. Utz Claassen soll lt. FAZ erklärt haben, ein Minister habe versehentlich Tickets erhalten, da die Unterlagen beim Zahnarzt runtergefallen seien - man sieht wieder mal, dass aber auch jeder Angeklagter, er kann so geschäftserfahren sein wie er will, einen kompletten Aussetzer hat, wenn es um ihm selber geht - er macht sich nicht nur unglaublich, es stimmt auch juristisch nicht - jemand, der ungesehen unterschreibt, hat dolus directus nullten Grades. Der Ölpreis - das Mineralölbevorratungsurteil könnte wieder relevant werden. Angeblich wollen 7.000 Leute Vb gegen das Vorratsdatenspeicherungsgesetz einlegen - das verstopft natürlich nur die Geschäftsstelle des Senates - ich würde jedem die höchste Mißbrauchsgebühr aufdrücken, die das BVerfGG hergibt. Das BAG kippt die Stichtagsregelung bei Weihnachtsgratifikationen - bisher musste man bei Kündigung im nächsten Jahr damit rechnen, einen Teil zurückzahlen zu müssen.

Der BGH hat am 9.11. über eine andere Variante der Kunden- und Werkstattbindung verhandelt und will Anfang Dezember da anders entscheiden als neulich - sagt die FAZ. Die Bahnbediensteten wollen gegen die geplante Privatisierung der Bahn streiken - ein politischer Streik?

Es besteht Streit, ob die europarechtliche Grundlage des Vorratsdatenspeicherungsgesetzes in die erste oder dritte Säule gehört. Bei der Weitergabe von Fluggastdaten konnte man das noch mit den Tickets, also der Dienstleistungsfreiheit, in die erste Säule schieben. Aber bei der nackten Terrorbekämpfung auch? Wirkt sich der Fehler auf Europaebene überhaupt auf unser Gesetzgebungsverfahren aus - fruit of the poisonous tree analog - Trennungs- und Abstraktionsprinzip im Staatsrecht? In der ersten Säule gibt es Verordnungen (wenn die Mitgliedstaaten nicht dranrumfummeln sollen dürfen) und Richtlinien (wenn sie das tun sollen und dürfen und sich Zeit lassen können), in der dritten Säule Gemeinsame Standpunkte und Rahmenbeschlüsse und vor allem das Einstimmigkeitsprinzip, da diese Säule nach Völkerrecht funktioniert (Konsensprinzip). Der EuGH versucht seit einigen Jahren, alles in die erste Säule zu drücken. Das Motiv ist klar. Die Geschäftsführer-Gesellschafter der Gaffel-Kölsch-Brauerei GmbH (Gaffel ist ein altmodischer Ausdruck für Zunft) streiten sich vor dem LG Köln um die gegenseitige Abberufung. Was ist die Folge, wenn alle Geschäftsführer abberufen worden sind? Die Antwort liegt auf der Hand. Der Richter bei Marco W. muss weitermachen. Wie kann man als Anwalt einen Befangenheitsantrag, der die Verzögerung eines Rechtsstreites herbeiführen soll, einsetzen, wenn man eine Beschleunigung haben will? Das weiss doch jeder Anfänger. Im Zweiten Examen wurden im November - jetzt - 9 statt 8 Klausuren geschrieben. Bei einer Klausur war eine Seite schief kopiert, es fehlten am Rand ein paar Buchstaben - man konnte den Text aber noch lesen. Einer beschwerte sich, 20 Minuten Schreibverlängerung und dann alles auf Anfang, die Klausur wurde einkassiert und eine 9. angesetzt. Auch JPAs sollten Krisenmanagement lernen. Die SZ schreibt heute mal über Carl Schmitt - wahrscheinlich hat der Redakteur von der FAZ rübergewechselt, der den ein Mal im Monat da behandelt.

Die Besteller eines Porsche Cayenne müssen jetzt drei Tage länger auf ihr Auto warten und sollten sich mit den Begriffen kalte und heiße Aussperrung, § 146 SGB III (AN für welche, die GdL eine Vorreiterrolle übernimmt, bekommen kein ALG), § 615 S. 3, Betriebsbesetzung, Betriebsstilllegung, lean production und just in time beschäftigen. Muss Porsche gegenüber dem Kunden sich den Streik zurechnen lassen? § 278? Herr Mehdorn will die Lokführer angeblich outsourcen. Ist das mitbestimmungs- und streikfest? Neuseeland will das Rülpfen von Schafen und Kühen besteuern - es lief mal eine Examenshausaarbeit, ob es eine Atemsteuer geben darf - nur auf den ersten Blick absurd. Die Sektsteuer zur Finanzierung der Marine von Wilhelm II. gibt es ja auch immer noch. Der Richter von Marco W. will den Fall abgeben, geht das ausserhalb von § 15 StPO? Und wenn er es tut, wird der neue Richter den nächsten Termin doch erst mal absetzen, weil er sich einlesen muss. Das Vorratsdatenspeicherungsgesetz wird heute im BT verabschiedet - Gang des Gesetzgebungsverfahrens? Wird häufigst geprüft. BT-Präsident Lammert wendet § 8 der Verhaltsregeln an, um Otto Schily ein Ordnungsgeld zu verpassen - ist das eine ausreichende Ermächtigungsgrundlage? Otto Schily will natürlich nur vorführen, was für ein guter Jurist er ist trotz schlechtesten Examina. Auch Adenauer soll lebenslang unter seinen schlechten Examina gelitten haben. Die FAZ berichtet über den 2. Teil der Föderalismusreform: Finanzentflechtung und Neuverschuldungsverbot.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Weckerling/Jungclaus am 27.10. kam im ÖR das Luftsicherheitsgesetz und der GdL-Streik, im Strafrecht StPO und Trunkenheitsfahrt, im Zivilrecht Internetversteigerung. Auch die Kandidaten mit 16 und 17 Vorpunkten haben bestanden. Der Kandidat mit 44 Vorpunkten blieb irgendwo in den 70ern hängen. Am 7.11. in der Prüfung Egger/Klenke/Zieschang kam als Vortrag Rose-Rosahl mit sich kreuzenden Mordmerkmalen, im Zivilrecht der Bowling-Bahn-Fall des BGH - XI ZR 156/05, im Strafrecht kein Fall sondern nur Abgrenzungen der Deliktsarten, im ÖR ein beamteter Pfarrer, der von der Kanzel gegen seine eigene Religion wettet. Nur drei Kandidaten: von 31 auf 72, von 47 auf 91 und von 47 auf 96. Im zweiten kam am 6.11. als Vortrag ein Verkehrsunfall, im Strafrecht die Deals und Videofilm als Beweismittel, im ÖR das dänische Restaurantschiff in Düsseldorf, dessen Schankerlaubnis entzogen werden soll, Bürokratieabbaugesetz, im Zivilrecht ein Notarfall. Die SZ schreibt über Hugo Preuß, den Vater der Weimarer Verfassung. Eine Präsidialdemokratie, die heute noch Vorbild für die österreichische Verfassung ist. Der Präsident sollte kein Ersatzkaiser sein, weil man so Sehnsucht nach Wilhelm II. gehabt hätte. Man war froh, ihn los zu sein (fängt einen Krieg an, weil ein verrückter Attentäter einen fremden Thronfolger ermordet). Sondern aus Angst vor russischen Zuständen. Man befürchtete, dass die Revolution rüberschwappte - Kommunisten kommen nicht durch Karriere im Auswärtigen Amt an die Macht sondern durch die Wahl ins Parlament - Joschka Fischer hat auch nur einen Taxiführerschein als einzige abgeschlossene Ausbildung vorzuweisen. Also musste das Parlament unten gehalten werden. Sie scheiterte nicht an der fehlenden 5% Klausel sondern weil sie sofort in schweres Fahrwasser geriet. Unser Grundgesetz hat bisher nur sonnige Tage erlebt - ein paar Wölkchen zu Zeiten der RAF und 1990 - sonst aber eine Insel der Seligen. Im kommenden VW-Prozess tritt die eigentlich vorgesehene Oberstaatsanwältin nicht auf - sie wäre befangen - § 22 StPO analog? Di Fabio hat sich vor dem gemeinsamen Abendessen der Bundesregierung mit den Richtern (so etwas sollte nicht stattfinden) zum gekippten Luftsicherheitsgesetz geäußert. Das sei nicht durch den

Gesetzgeber regelbar - dass durch ein solches Gesetz Terroristen möglicherweise vom Kapern eines Flugzeuges Abstand nehmen, sieht er nicht. Oder sagt es wenigstens nicht. Der Äpplewoi = Ebbelwoi bleibt, die Kommission ist eingeknickt. Eine Kuh fällt aufs Autodach - ist das die typische Tiergefahr des § 833?

Das OLG Köln hat die Internetbewertung von Lehrern für zulässig erachtet - Richter sollten sich dann aber nicht wundern, wenn für sie das gleiche veranstaltet wird. Ein Lehrer hat die schlechten Eintragungen über seine Kolleginnen geändert - ist das strafbar? Der Strafprozess Utz Claassen hat begonnen - Große Strafkammer, nicht Schöffengericht. Das macht die StA, wenn sie keine zweite Tatsacheninstanz haben will - wegen des Presserummels. Auch er hat sich sehr ungeschickt verhalten, nach dem FAZ-Bericht zu beurteilen. Hand in der Hosentasche bei seiner Einlassung - und das als ehemaliger Vorstandsvorsitzender - auch so was muss man üben - die Amerikaner machen das. Ein Verteidiger - 3 Anwälte! - hat ein Eingangsplädoyer in Vorwegnahme der wohl kommenden StPO-Reform, angelehnt ans amerikanische Recht, gehalten. Die Richter wurden sauer. Das OLG hatte gemäß §§ 209, 210 StPO die komplette Anklage zugelassen, da es sich um einen tateinheitlichen Vorgang halte. Angeklagte meinen immer, in der Verhandlung sei alles auf Anfang gestellt - dass die Anklage einen hinreichenden Tatverdacht voraussetzt und der Eröffnungsbeschluss auch, dass das Gericht also zu 75% von einer Verurteilung ausgeht, wird verdrängt. Die Bahn fordert die Verhandlungspflicht der GdL ein - während Verhandlungen darf nicht gestreikt werden. Die FAZ berichtet über einen Vortrag des BVerf-Richters Hassemer über Art. 97 GG im Konflikt mit der Gesetzesbindung von Richtern. Eine solche haben wir allenfalls im Strafrecht. Da die internationalen Gerichte uns aber die Hölle heiß machen - wir machen ja alles durch Analogie ergebnispasend - fürchten die Richter einen Machtverlust. Es geht also nicht um die Sache. In Recht und Steuern wird Mangold II kontrovers diskutiert. Darf der EuGH durch eine horizontale Anwendung der Antidiskriminierungsrichtlinien einen einzelnen Paragraphen des Bundestages killen? Hat er durch die Entscheidung Palacio eine Kehrtwende gemacht?

Auf dem Landespresseball in Stuttgart am 9.11. darf auf Anweisung von Herrn Oettinger nicht getanzt werden - Preisfrage: wegen des 9.11.1918-1938-1923-1989? NRW fordert den Warnschußarrest für Jugendliche - aufgewärmter Kaffee. Die Diäten der Abgeordneten haben sich erhöht - sehr problematisch, dass die MdBs nicht nur die Höhe festsetzen sondern das Geld auch automatisch bekommen - der Finanzminister muss nun eine Bank überfallen - deshalb fordert Karlsruhe für Art. 48 III GG die Einhaltung des Transparenzgebotes. Die Unterhaltsreform: Den Vorsprung der Ehe in Art. 6 I GG kann man nun endgültig vergessen. Mädels, lasst euch schwängern, dann müsst ihr nie wieder arbeiten gehen. In der Prüfung Bönders/Mannebeck/Eßer am 19.10. wurden aus 16 40, aus 28 53, aus 46 geschätzte 74, aus 36 geschätzte 61 und aus 58 95 Punkte.

In der Prüfung Roth/Dabitz/Kurzweily am 27.10. kam die aktuelle Examensklausur mit dem verunfallten Teppich, im Wahlfach Zivilrechtspflege Inhalts- und Ausübungskontrolle bei Eheverträgen, leider ein Desaster für die Kandidaten, er wurde laut (wir dachten, er prüft Erbrecht, da das so in den Protokollen steht - dumm gelaufen), im ÖR will jemand alle Emailadressen von sämtlichen beim Finanzamt und Finanzgericht Beschäftigten haben, im Strafrecht Rücktritt vom Delikt während der Rauschat - nichts aktuelles. In der Prüfung Knütel/Eske/Rosenberger vom 25.10. fragte Prof. Knütel: in der Zeit des Papstes Julius II. wurde unter einer Gärkammer für Wein eine Marmorstatue gefunden, über deren Hals die Mitte der Grenzlinie zum Nachbargrundstück verlief. Der Kopf lag beim Nachbarn B, der Torso beim Finder A - hoffentlich legt er sich bald dazu - juristisch gesprochen bitte. Im Strafrecht kam hauptsächlich StPO, im ÖR Subventionen - 41 - bfr., 43 zu 78, 25 zu 43, 63 zu 118, 47 zu 97. In der Prüfung Zaczyk/Baxpehler/Scholten am 25.10. kam im Strafrecht der klassische BGH-Fall der Granate, die am falschen Auto angebracht wird, im Zivilrecht BGH XI ZR 156/05 (Bowlingbahn), im ÖR die Septemberklausur mit den CDs, die durch die Gegend fliegen - aus 42 wurden 70, aus 21 dann 50, aus 41 81, aus 61 116 und aus 37 87 - nach neuem Recht - ohne die Uni-Ergebnisse - es gab durchaus unterschiedliche Vortragsnoten - nicht vornotenorientiert. In der weiteren Prüfung am 25.10. wurde eine Kandidatin mit 43 Vorpunkten mit 88 nach Hause geschickt. Auf die Nachfrage, warum sie kein Vollbefriedigend bekommen habe, hieß es, "oh, das tut uns leid, das wussten wir nicht" - sie hätten nicht gemerkt, dass es so knapp war. Nicht fair und sicherlich ein Anfechtungsgrund - theoretisch - keiner wird später diese Äusserung so bestätigen - nicht aus bösem Willen, sondern weil man eben schiefe Sätze bei so einem blöden Ergebnis sagt. Die Herren Kandidaten wurden üppigst beschenkt - von 67 und 63 auf gut! Das war die Prüfung mit der Einladung zum Kaffeetrinken. Der Senatsvorsitzende Bepler beim BAG, der - mit seinen Kollegen - über die Tarifeinheit zu entscheiden hat, hat zu recht kritisiert, dass der wissenschaftliche Dienst des Bundestages sich da reingehängt hat - die Lokführer streiken in Schleswig-Holstein ohne Vorankündigung - müssen sie die abgeben? Frau Zypries will den Stichtag beim Zugewinn nach vorne ziehen, damit zwischen Trennung und Rechtshängigkeit der Scheidung keine Trickserie möglich ist. Na ja, dann macht er es eben vor der Trennung. Tierschützer befreien 18.500 Nerze aus einer Zuchtfarm - ist das Diebstahl - Nötigung - Hausfriedensbruch - Sachbeschädigung? Lief schon mal als Klausur. Pakistan ruft den Ausnahmezustand aus. Ginge das bei uns? Nach welchen Vorschriften?

In der Prüfung Bieber/Jürgens / Reitze am 27.10. wurden aus 52 99, aus 35 62, aus 32 63, aus 26 44 und aus 40 87 Endpunkte. Wer war Christel Schmidt? Wie hieß der Nachfolgefall? Im Strafrecht kam wieder der nette Fall, dass Friedrich der Große seinen Untertanen die Kartoffel nahebringen will, indem er sie bewachen läßt, damit sie geklaut wird. Das LAG Chemnitz - gleiche Besetzung wie das ArbG, was zeigt, dass die Rechtsmittelinstanz nicht besser besetzt sein soll sondern nur mit anderen Richtern - hat bestätigt, dass die Kampfaktik nicht durch die Gerichte festzulegen sei. Italien weist gefährliche Rumänen aus - das Donatella Calfa Urteil des EuGH in Abwandlung. Zu den Vorträgen, allmählich hat man ja ein paar gesehen. Alle sind gleich langweilig - die Kandidaten versuchen, aber auch alles in den Vortrag reinzupacken, schnell zu reden, und eine Vorlesung abzuliefern. Zunächst zum SV: der muss nicht vorgetragen werden. Wenn er vorgetragen wird, dann sollte er zusammengefasst werden - mit eigenen Worten und nicht wie ein Papagei wiederholt werden. Dann hat der Vortrag einen Schwerpunkt - pro und contra müssen kommen. Nicht nach dem Motto "Herr Lehrer, ich weiß was" alle Definitionen, die bei dem Fall angebracht werden könnten, bringen. Sie sollen den Prüfer nicht auf eine neue Bewusstseinsstufe heben, Sie sollen den Fall lösen. Und der wird gelöst, indem der Schwerpunkt gesehen wird. Im Zweiten Examen fällt es den Kandidaten schwer, den richtigen Standpunkt zu sehen. Zum Beispiel kommt ein Mandant mit einer Klage im Urkundenprozess - da muss man doch erst mal gucken, was die Spielregeln für das Ding sind. Oder mit einem Strafbefehl: Frist, Frist, Frist. Aber nein, es wird stattdessen der materiell-rechtliche Sachverhalt bis aufs kleinste wiedergegeben, aber in der Lösung nur teilweise verwendet und der zwingende prozessuale Einstieg wird nach hinten gesetzt, wenn er denn überhaupt gebracht wird. Üben übt, das gilt auch hier.

Die Anwälte von Marco W. sind jetzt völlig neben der Spur, Befangenheitsantrag gegen den Richter. Bei uns würde das erst mal zum Absetzen des neuen Termins führen, da der Richter ja bis zur Entscheidung seiner Kollegen nichts mehr machen darf. Und jetzt meinen diese Kollegen, dass sie sich im türkischen Recht auskennen und das da mandantenfreundlicher geregelt ist? Das Notarmonopol soll durch Brüssel weggefegt werden - wunderbar. Aber darf Brüssel das? Der Äpfelwoi soll jetzt anders heißen, da Wein nur aus Trauben gemacht werden dürfe, meint Brüssel. Sind hier nicht die regionalen Eigenheiten zu berücksichtigen - analog Laserdrome-Urteil? Die FAZ meint, dass die Entscheidung des LAG Chemnitz heute zur GdL nicht die Gründung von 20 neuen Gewerkschaften bewirken würde, da denen die Druckfähigkeit fehlen würde - die hätten die erst, wenn Herr Mehdorn im Ruhestand sei. Das halte ich für naiv - die sind am Montag schon druckfähig. Bei der e.V. gibt es nur zwei Instanzen, die Verfassungsbeschwerden sind sicherlich schon fertig formuliert - kann Karlsruhe auf das Hauptsacheverfahren, welches bis zum BAG gehen könnte, verweisen? Ich meine, ja. Sonst sind die wirklich eine Superrevisionsinstanz.

Das 2. Bürokratieabbaugesetz ist heute in Kraft getreten. Der Bund plant eine einheitliche Wassergebühr. Hat er dafür die Kompetenz?

Oktober: Am 30.10. in der Prüfung Dylla-Krebs/Dabitz/Hagen wurden aus 43 und 42 Punkten jeweils 90, aus 41 73 und aus 13 N.B.. Im Strafrecht kam der alte Zeitungsfall: Jemand faxt an die JVA als angebliche Staatsanwaltschaft, Häftling H solle entlassen werden. Im ÖR Entschädigung von Zwangsarbeitern - unterschiedliche Behandlung, im Zivilrecht fällt ein Alki über einen im Kaufhauseingang vom Lieferanten abgestellten PC. Das LG Köln hat Volker Beck im Wege einer einstweiligen Verfügung verboten, Kardinal Meisner als Hassprediger zu bezeichnen. Welchen Streitwert hat das Gericht wohl angesetzt? Wer steht im Rubrum - Kardinal Meisner oder das Erzbistum? Geht das nicht zum Verwaltungsgericht? Beck hat vorher ein Abmahnschreiben bekommen, aber nicht reagiert - das Verfahren darf er jetzt bezahlen. Der Supreme Court beschäftigt sich mit punitive damage - 2,5 Milliarden Dollar - wegen des Tankerunglücks Exxon of Valdez. Wir haben das Institut nicht, da präventiv durch den TÜV und Gewerbeaufsicht Unternehmern schon genügend Kosten aufgebürdet werden. Ausnahme im Presserecht. Wenn Caroline eine von ihren zahlreichen Verfahren mal gewinnt, dann muss die Bunte heftig draufzahlen, zur Abschöpfung des Gewinns dieser Auflage. Die FAZ berichtet, dass es einen gutgläubigen Erwerb von GmbH-Anteilen im MoMiG geben soll. Der Veräußerer muss allerdings schon seit 3 Jahren im Handelsregister stehen - seltsam - erlaubt § 15 HGB nicht ohnehin schon den Erwerb vom Eingetragenen? Taugt das Handelsregister als Rechtsscheingrundlage - Unterschied zum Grundbuch? Es soll eine § 936 vergleichbare Regelung fehlen. In Italien können Sie sogar an gestohlenen Sachen Eigentum erwerben. Bei den Römern hat man den Erwerb vom Nichtberechtigten zwar als unanständig empfunden, dafür war die Ersitzungsfrist sehr flott - 1 Jahr, soweit ich mich richtig erinnere. Kurt Cobain liegt in einem Bankschließfach tot herum, weil die Stadt Seattle die Beerdigung verweigert, um zu verhindern, dass der Friedhof zur Pilgerstätte wird. Hat er als toter Einwohner nach § 8 II GO einen Anspruch? Die Staatsfonds - Prof. Köndgen hat die neulich auch geprüft - sollen durch ein Veto der Bundesregierung verhindert werden können - Wesentlichkeitstheorie? Art. 14 GG? Am 23.10. in der Prüfung Noethen/Quarch/Baxpehler wurden aus 20 47, aus 22 46, aus 17 nicht bestanden, aus 28 50, aus 20 42 und aus 38 71 Punkte - mit so netten Fragen wie "Was gibt es denn noch ausser der Leistungskondition und wo steht das?" - Kindergarten, aber sicherlich gut gemeint. Im Wahlfach Strafrechtspflege wurde gefragt, was passiert, wenn der

Richter nach der Urteilsverkündung aber vor Absetzen des Urteils verstirbt.

In der Prüfung Verrel/Schmitz-Justen u.a. am 25.10. wurde Art. 141 EG verletzt - die Damen bekamen Mädchenfragen (Die Einladung zum Kaffeetrinken juristisch betrachtet), danach zu den Männern "die Damen haben schon was gesagt, nun sagen Sie mal" - bodenlos und das durch einen jungen Prüfer, er wird nicht gemerkt haben, wie das rüberkommt. BGH XII ZR 9/05: der Vater zahlt den Kindern Unterhalt, wobei ein Kredit als einkommensmindernd angesetzt wird. Er will nun von der Mutter über § 426 die Hälfte der gezahlten Kreditraten haben - ja, meint der BGH, sie zahlt den Kredit also doppelt ab. In der Prüfung Hellebrand/Feldmann/Dabitz am 26.10. wurden aus 51 92, aus 23 51 und aus 35 77 Punkte. Die Kandidaten mit 27 Vorpunkten hielten ihr Ergebnis geheim. In der Prüfung Verrel/Schmitz-Justen/Müller wurden aus 28 46, aus 67 127, aus 43 82, aus 31 59 und aus 63 121. Im Heft 44 der NJW ist ein guter Aufsatz zu den Neuerungen in der VwGO. Darf ein Landtagsabgeordneter wegen seiner IM-Tätigkeit aus dem Landtag geworfen werden? Im Bund erlaubt § 44 b AbgG nur eine Untersuchung. Wobei Tätigkeiten für die CIA etc.. nicht untersucht werden. In den USA kämpfen Hauseigentümer um das right to dry, die Wäsche zum Trocknen auf die Leine zu hängen. Da dies Zeichen für den sozialen Abstieg der Gegend ist, wollen Gemeinden das verbieten. Ginge das bei uns? In Eigentumswohnungsanlagen können auch Gartenzwerge verboten werden. Im November soll der Entwurf eines Umweltgesetzbuches vorgestellt werden. Das Umweltrecht vereinbart Zuckerbrot und Peitsche (Preise, Steuervorteile, Recht zum Handeltreiben mit Emissionsrechten einerseits, Strafrecht, Verbote etc. andererseits). Die Kompetenzen sind jedenfalls bis zur Föderalismusreform Kraut und Rüben gewesen. Die GdL hofft auf die Entscheidung des LAG am 2. November. Darf ein Gericht die Streiktaktik vorschreiben? Als die IG Metall in den 80er Jahren die Politik der tausend Nadelstiche umsetzte, kam auch keiner auf die Idee, ihr das zu verbieten. Hier geht es aber um die Kunden, die eigentlich bestreikt werden. In Bonn findet ein Ehrenmordprozess statt, weil die ältere Tochter den Vater angezeigt hat. Sie ist im Zeugenschutzprogramm und will nicht aussagen. Darf das Gericht ihre schriftliche Aussage verlesen? Darf bei der Vernehmung des Ex-Ehemannes als Zeugen die Öffentlichkeit und der Angeklagte ausgeschlossen werden?

In der Prüfung Bieber/Jürgens/Reitze am Wochenende wurde nach der Argumentationslinie von Prof. Thüsing für die GdL gefragt - im Pflichtfach ÖR - es sei die Wesentlichkeitstheorie - ist mir nicht aufgefallen - Kalkarurteil analog? Dann nach dem Namen der Klägerinnen im BAFÖG-Fall des EuGH. Wo steht der Mindestlohn im Grundgesetz? Im Sozialstaatsprinzip - das seh ich anders, das Verbot steht in Art. 2 I GG. Was macht das BVerfG mit der Fortsetzungsfeststellungsklage? Nicht mehr analog § 113 I 4 sondern als Feststellungsklage. Im Steuerrecht wurde der Geist der Reichsabgabenordnung erfragt, wahrscheinlich, weil Halloween ansteht. Die anderen Prüfer waren protokollfest. Am 29.10. in der Prüfung Schuschke/Pietzker/? kamen nur Standardsachen - der Flugreisefall - Hausbau auf fremdem Grundstück. Ist es zulässig, Abwassergebühren nach der Frischwasseranforderung zu berechnen, aufgrund von Geschosshöhe, -tiefe, -breite? Am 26.10. in Düsseldorf kam als Vortrag OLG Düsseldorf NJW 2003 S. 1521 und BGH NJW 2004 S. 775. Sowie die Gemeindereform. In der Prüfung am 25.10. wurde im Strafrecht gefragt, wann der BGH seine Rechtsprechung zu der Verdeckungsabsicht geändert habe - früher hat er eine Zäsur zwischen Vergewaltigung und Tötung verlangt, Ausnahme bei Kindern, seit ca. 1988 eine Gesamtwürdigung. Rosa Karteikarten sind angesagt, ein Prüfer hangelte sich an diesen lang (ein bißchen gemein von mir, er wollte eben nur strukturiert prüfen, was ja nicht das schlechteste ist; wenn ich bei Gericht mit Karteikarten auflaufen würde, würden die aber gucken - und das im Strafrecht - 40 Paragraphen muss man da kennen). Am 24.10. in der Prüfung Baxpehler/Quarch/Noethen kam der Vertrag von Lissabon, Haustürrecht (die Verwalter-GmbH will dem Mieter - Verbraucher - etwas andrehen, der Vermieter ist auch Verbraucher) Strassenverkehrsstrafrecht, im ÖR kein Fall, nur kindgerechte Fragen. Eine Kandidatin hat nach der Notenvergabe gesagt, dass die Prüfung zu untertourig war und dass die Herren keine Gelegenheit gegeben hätte, zu zeigen, was man kann - jedenfalls teilweise - mutig und richtig. Ein Mädels fiel durch und die anderen kamen mit schwach bestanden raus, eine Kandidatin mit befriedigend. Herr Papier äußert sich über die seiner Meinung nach richtige oder falsche Verschuldensgrenze, was er besser lassen sollte, allerdings meint die FAZ "Alarmismus sei eine beliebte Stilform der Juristen mit publizistischer Absicht" - sehr ulkig, aber auch jede Schlagzeile bei google news oder Der Spiegel etc. lebt von Alarmismus. Die stimmrechtslose Vorzugsaktie bei der Bahn ist wieder im Gespräch - das wird nicht wichtig sein, da die SPD nach ihrem Beschluss zu 130-Tempo auf der Autobahn unter 15 % Stimmen bei der nächsten Wahl sinken wird. Das BAG meint, bei Mobbing gäbe es Schmerzensgeld aber keine Naturalrestitution in Form der Entlassung des Peinigers. Der BGH - 3 StR 50/07 - schützt sich gegen Vorwürfe aus Straßburg, wir würden zuviel analog machen - über § 51 StGB sollen Verfahrensfehler im Wege der Anrechnung auf die Strafe behandelt werden. Das BVerfG - 2 BVR 1042/07 - setzt da noch einen drauf, indem Vben wegen Beweisverwertungsverboten nur dann Erfolg hätten, wenn diese Fehler nicht sonst kompensiert worden seien. Die Gerichte werden wohl künftig in ihre Urteile reinschreiben, dass x Monate wegen eines Verfahrensfehlers angerechnet werden.

Darf der Deutsche Beamtenbund die Kriegskasse der GdL auffüllen? In der Hoffnung, dass die beamteten Lokführer dann auch mehr Gehalt bekommen? Wie ist es mit einem Haftbefehl gegen eine Frau, die nach der Geburt ihres Kindes

diese in die Mülltonne gelegt hat? Welcher Haftgrund bei einem Geständnis?

Am 25.10. wurde gefragt, wo in der Verfassung NRW steht - die richtige Antwort der Kandidatin, in der Präambel, verblüffte den insoweit unwissenden Prüfer, geschieht ihm recht, was ist das denn für eine Frage. In der Prüfung Weismann/Brambring/Schmidt am 24.10. wurden aus 28 55, aus 36 65 und aus 51 93 Punkte. Im Zivilrecht - der Rest liegt noch nicht vor, kam der defekte Heizkessel in einem verkauften Gebrauchthaus. In der Prüfung Bönders/Müller-Wiedenhorn/Christensen am 26.10. kamen im Zivilrecht die rabiaten Disco-Türsteher (Examensklausur nach meiner Erinnerung), die Trihotel-Entscheidung und der IKB-Fall in Wirtschaftsrecht, StPO sowie Vermögensdelikte, Behördenaufbau, Amtshaftung, § 84 LBG. Aus 48 wurden 74, aus 43 dann 65, aus 51 nur 76, aus 35 63, aus 20 44 und aus 38 65 Punkte. Anlässlich des Unglücks in Grevenbroich sollte man die Pawlowschen Reflexe eines Staatsanwaltes berücksichtigen. Als die Wuppertaler Schwebebahn runterfiel, wurde gefragt, was Sie als Staatsanwalt jetzt konkret veranlassen (die Leichen ins Polizeirevier bringen lassen?). "Ich lasse ermitteln" wollen die Prüfer nicht hören. Marco W.'s Anwälte wollen den EGMR anrufen - offensichtlich wissen die nicht, dass da 100.000 Verfahren anhängig sind und dass der EGMR erst bei einigen Jahren Verfahrensdauer - nachher - daran rummeckert. Ausserdem müssten diese Anwälte ihren Antrag ins Französische übersetzen lassen, daran dürfte es schon scheitern. An den niederländischen Unis soll es für Erstsemester widerliche Aufnahmezerimonien geben - lebendige Goldfische schlucken z.B.. Ist das strafbar? Das nicht mehr existente BayObLG hat noch nicht mal ein Aufnahmezerimonie bei einem 15-jährigen durch zweiminütiges Zusammenschlagen für unzulässig gehalten.

Im Zweiten wurde am 19.10. der Notarztfall - NJW 1983 - als Vortrag gefordert: fehlende Strafbarkeit von Frauenärzten bis zu den Eröffnungswehen, kannte keiner. Im Strafrecht Bestechung Siemens, was ist mit den Taten vor Geburt des § 299 StGB? Im ÖR der Fußballhooligan, der seinen Paß abgeben soll. Die restlichen Oktoberklausuren sind da, drei bekannt-zu-sein-habende-Urteile: im Strafrecht der Algerier in Guben, das Hufpflegergesetz und die angeblich gesundheitsgefährdende Mobilfunkanlage. In der Prüfung Verrel/Schmitz-Justen/Müller am 25.10. kam als Vortrag im ÖR das abrutschende Felshanggrundstück, im ÖR die Äusserung von NRW sich am Benelux-Vertrag zu beteiligen - kann NRW aus der Bundesrepublik austreten - der Vertrag von Lissabon - im Zivilrecht wuchsen die Wurzeln des Baumes aufs Nachbargrundstück, im Strafrecht Trunkenheitsfahrt mit Todesfolge. In der Parallelprüfung wurde gefragt, wieviele Bände das RG in Strafsachen hinterlassen hätte (kein Kommentar, sonst gefährde ich meine Anwaltszulassung). Die Zeitungen berichten über den heute anstehenden weiteren Verhandlungstag in Sachen Marco W. - in einem Parallellfall wäre er in Deutschland als Ausländer auch in Haft gekommen - das glaube ich nicht (Mindermeinung) - § 132 StPO und §§ 71, 72 JGG plus Verhältnismäßigkeit in § 112 StPO. Darf die Stiftung Warentest Schulbücher testen und kritisieren? Liegt die erforderliche Objektivität und Sachkunde vor? Freiherr vom Stein hat am 25.10. seinen 250sten Geburtstag gefeiert - herzlichen Glückwunsch und dass er noch lange bei guter Gesundheit glücklich sein möge. Auf einer RWE-Baustelle in Grevenbroich sind einige Arbeiter von einem Baugerüst gestürzt. Wer haftet hier? Die Berufsgenossenschaft, der Baugerüstaufsteller, RWE? Das gestörte Gesamtschuldverhältnis lässt grüssen. Die Welt berichtet, dass in Abu Ghoraib die Methode Guter Cop - Böser Cop bei Vernehmungen untersagt worden sei. Ist das eine kriminalistische List oder eine Täuschung nach § 136 a StPO? Wenn man daraufhin die Leiche findet, ist das egal, § 343 StGB erfasst so was nicht. Der Bund will ein Zentrum gegen Vertreibungen errichten, als elegante Verhinderung eines solchen Zentrums durch Frau Steinbach - hat der Bund hierfür die Kompetenz? In welcher Rechtsform?

Am 22.10. wurde in Marburg Julius von Kirchmann "Die Werthlosigkeit der Jurisprudenz als Wissenschaft" (Durch einen Federstrich des Gesetzgebers werden ganze Bibliotheken zu Makulatur) geprüft und die Online-Durchsuchung. Der Landtag NRW hat den Glücksspielvertrag verabschiedet - Pferdewetten gehen, Fußballwetten nicht, Bwin darf nicht ins Fernsehen, Aktion Mensch etc. aber doch. Art. 3 GG oder Einschätzungsprärogative des Landes? Die Stadt Rom soll bei Schnellportraitstellen (wie am Montmartre) Schilder hingehängt haben, dass bei Nichtgefallen nicht bezahlt werden muss - wie wäre das nach unserem Recht? Kann man widerrufen - gilt Werkvertragsrecht? Auf wessen Sicht kommt es bei der Beurteilung der Qualität des Porträts an? Das Arbeitsgericht Stuttgart - Aussenstelle Ludwigsburg - hat den e.V.-Antrag (gegen wen eigentlich?) abgelehnt - es könne dem Amtsgericht-Handelsregister nichts vorschreiben. Darum dürfte es nicht gehen sondern um die angebliche Pflicht der gegnerischen Gewerkschaft, Besetzungsparität zu beachten. Egal, jetzt muss sich der Betriebsrat mit den Rechtsbehelfen des FGG beschäftigen. Stimmt der Satz juristisch "Man kann Unternehmen nicht gegen den Willen der Belegschaft übernehmen?" Nein, unternehmerische Entscheidungen fallen nicht unter das BetrVG - allerdings hat das BAG den Tarifsozialplan und damit die Erstreikungsmöglichkeit anerkannt, so dass die Folgen der Übernahme verhandelt werden müssen. Die FAZ schreibt ausführlich zu den Deals. Und zum BGH und den Fall Görgülü - der Sorgerechtsantrag wurde abgelehnt - das Kindeswohl geht vor. Leider ist das in der Praxis so, man schafft es eigentlich nie, durch das Gericht die Umpfropfung der Kinder von einem in den anderen Haushalt zu erreichen. Der Schachtbrettmörder wurde wegen eines Moratoriums nicht zum Tode sondern nur zu lebenslang verurteilt - das Moratorium hat seinen Anlass in der EMRK - die Russen wollen es sich nicht mit dem Europarat verderben. Kann das Geständnis in diesem Verfahren über weitere Morde später in dem neuen Verfahren verwertet werden, fragte Prof. Paeffgen neulich.

Die Anna-Amalia-Bibliothek wird wieder eröffnet: was ist die rechtlich - was müsste in die Benutzerordnung rein? Wenn Sie in der Referendarzeit gut verdienen wollen und vier Mal Examen machen möchten, schauen Sie sich bitte den doppelten Referendar des OLG Saarbrücken in der NJW 2007 S. 2868 an. Herr Beck spricht vom Sittenverfall in der Großen Koalition: wo taucht der Sittenbegriff im Strafrecht, VerwRecht, Zivilrecht, Staatsrecht auf? Das OLG Frankfurt meint, dass ein in der Türkei gekaufter Teppich, der nach Deutschland geliefert werden sollte, unters türkische Recht fällt - Art. 27 - 29 EGBGB - na denn, der Senat darf dann türkische Recht anwenden, wohl noch auf unserem alten Schuldrecht, also römischem Recht beruhend - wenn der Teppich in Griechenland gekauft worden wäre, wäre Art. 29 anzuwenden. Spiegel online berichtet heute am besten über das nächste VW-Problem: die Eintragung der Porsche-Holding SE ins Handelsregister von Ludwigsburg. Durch Verkleinerung des Aufsichtsrats und Internationalisierung kommen nur wenige und unterschiedliche Gewerkschaftler in den Aufsichtsrat. Muss dieser demokratisch besetzt sein, wie gefordert wird? Quatsch, es geht hier nicht um Staatsorganisationsrecht sondern um Art. 14 GG und zwar der Gesellschaft und der Gesellschafter (grundrechtlich sind die schon Eigentümer, nur eben sachenrechtlich nicht). Haribo ist auf einen Koblenzer Finanzbeamten böse, der das Golfhotel Jakobsberg als Liebhaberei und Neverland Ranch bezeichnet hat. Angeblich deshalb zieht Hans Riegel nach Rheinbach und nicht nach Grafschaft - wer's glaubt. Das Flachglasurteil aus den 80er Jahren sowie die BVerwG-Entscheidung zu § 11 BauGB sollte man sich mal wieder angucken. Das englische Mädel, was Marco W. untergekommen ist oder auch nicht, macht diese Woche eine Videoaussage - ginge das nach deutschem Recht? Ja. Ich glaube, die verwechseln die Begriffe Vergewaltigung und rape - die Engländer sehen schweres petting wohl als Vergewaltigung an.

Der EuGH hat sich heute nicht nur zum VW-Gesetz geäußert sondern auch zu der Konkurrenzfrage EG- und EU-Vertrag: Umweltverschmutzung durch Schiffe gehöre nicht in die dritte Säule - Rahmenbeschluss - sondern in die erste - Richtlinie. Der praktische Unterschied: in der dritten Säule herrscht immer noch das völkerrechtliche Konsensprinzip - wenn ein Staat nicht mitmachen will, macht er nicht mit, in der ersten Säule sind aber häufig Mehrheitsentscheidungen - ohne Quadratwurzel - möglich. Der EuGH hat ebenfalls die Morgan-Bucher-Entscheidung zu § 5 BAFöG gefällt. Hier geht es um Inländerdiskriminierung im Ausland. Fallen Studenten unter die Arbeitnehmerfreizügigkeit und Unis unter Dienstleistungsfreiheit oder nur unter Freizügigkeit an sich? Otty Schily will Friedrich Merz zeigen, wie man es richtig macht. Seine Anwalts-GmbH soll für 6 Monate "Rechtsberatung" von Siemens 2006 140.000 € bekommen haben. Er, immer noch MdB, will Herrn Lammert keine Auskunft erteilen. Hat das Urteil des BVerfG Rechtskraft? Gilt es nur für seine GmbH, die nicht im Bundestag sitzt, oder für ihn, der da sitzt aber auf dessen Namen die Rechnung nicht läuft? Art. 12 GG? Er kennt sich mit der Vorschrift aus - § 138 a StPO ist wegen ihm gemacht worden. Ihm ist das jetzt wurscht, nach 2009 wird er nicht mehr im Bundestag sitzen und bis dahin mauert er. Man sollte aber manchmal beachten, dass die Justiz bei Spitzfindigkeiten wie ein wütendes Kind beim Mensch-ärger-Dich-nicht die Figuren vom Brett fegt. Anstelle von Herrn Lammert würde ich die Diäten von Otto Schily beim Amtsgericht Berlin hinterlegen oder ein Zurückbehaltungsrecht ausüben. Die FAZ berichtet über den EuGH-Präsidenten, die SZ über den EuGH-Berichterstatler in Sachen VW-Gesetz. Die Verhandlung und das Urteil werden nach französischem Rechtsverständnis abgehandelt. Kurz und knapp das Urteil nach dem Motto, der Generalanwalt hat euch ja schon geschrieben, worauf es ankommt. Bei den Miterben von Pavarotti gibt es Streit. Gibt es einen Auskunftsanspruch unter Miterben? Nach dem BGH nicht. Der EGMR hat Le Pen recht gegeben. Er wird demnächst im "beschleunigten Verfahren" über die Moskauer-Musical-Tschetschenen-Tragödie entscheiden. Am 12.10. wurde in V+E gefragt, wo international etwas zu den Rechten der Kinder zu finden sei, wegen des Weltkindertages (vor vier Monaten!)? Nr. 29 im Sartorius II. Wieviele und welche Staaten haben das Ding NICHT ratifiziert? Warum nicht? Ach du je.

In der Bönders-Esser-Mannebeck-Prüfung am 19.10. war Land unter im Zivilrecht, Chaos, im Strafrecht das übersprühte Kennzeichen, im ÖR die Schülerrüge wegen Rauchens. Der EGMR entscheidet heute über einen Roman, in dem Le Pen wüst beschimpft wird - in der Tradition des Lüth-Urteils? Der über Interpol und Internet gesuchte und gefundene Christopher N. meint, die Fotos, die er ins Netz gestellt habe, seien nicht gerichtsverwertbar. Bei uns schon. In der Prüfung am 19.10. Köndgen/Diesterheft/Thomer kamen die Vor- und Nachteile des Bürokratieabbaugesetzes, die Föderalismusreform, § 312 BGB (Theorien - oje, da hätte ich alt ausgesehen, wozu gibt es schließlich den Palandt?), Verstrickungsbruch, Pfandkehr. Die Welt beschreibt die Situationen in europäischen Staaten zur Goldenen Aktie. Geht es hier um § 134 AktG? Wenn das VW-Gesetz morgen fällt, wovon auszugehen ist, dann hat das Konsequenzen für Lufthansa und Eon. Was konkret? Ist das VW-Gesetz dann nichtig? Was kann und muss der Bund tun, um das VW-Gesetz aus der Welt zu schaffen? Ach ja, am 13.9. wurde gefragt, in welcher Form man ein Bordell rechtlich führen sollte und ob die Werbung "Der große Bums" zulässig sei.

Am Dienstag wird der EuGH das Urteil zum VW-Gesetz verkünden, am Mittwoch wird in Ludwigsburg (?) die Aufsichtsratsbesetzung der Porsche-Holding verhandelt. Die Goldene Aktie ist keine Aktie sondern eine Art § 182 BGB. Kunden der Bahn haben Strafanzeige wegen Nötigung gestellt - wahrscheinlich die Ehefrauen der Lokführer - albern.

In der Prüfung Schuschke/??/ am 18.10. wurde der Brief eines VG-Präsidenten an die Mitarbeiter, es dürften keine

Hunde mehr mitgebracht werden, geprüft, im Zivilrecht will der Schwiegervater die Hochzeitsfeierkosten wieder haben, im Strafrecht Überfall auf Taxifahrer, arbeitsrechtliche Vertragsstrafe und in S+V Gewerbeuntersagung wegen Steuerrückständen. Die GdL verlangt, dass der Bund als "Eigentümer" der Bahn (die Aktiengesellschaft gehört sich selber, da sie rechtsfähig ist, ein Aktionär ist nicht Miteigentümer) in den Tarifkonflikt eingreife. Der Bund sagt, er dürfe das nicht. Stimmt das aktienrechtlich (§§ 105 II, 111 IV, 90 III, 77 II, 84 I AktG) und/oder arbeitsrechtlich (Art. 9 III GG)? Herr Schell geht in Kur - das kann mehrere Gründe haben: zum einen sieht er sich als Verlierer - als Gewinner will man natürlich den Erfolg einheimsen - zum anderen will er sich aus der Schußlinie nehmen, da er und Herr Mehdorn offensichtlich nicht miteinander können - oder drittens, er ist einfach nur dumm. Sein Stellvertreter hat eine anwaltlich formulierte Erklärung so vorgelesen, als ob er noch nicht lange lesen und schreiben könne - sorry, aber so hat er vorgetragen. Die Welt bringt einen tollen Artikel zu Bushs Androhung des Dritten Weltkrieges. Wenn er so weitermacht, wird der Iran Israel angreifen und dann haben wir den Dritten Weltkrieg. Der Atomwaffensperrvertrag sei absichtlich löcherig und ohne Konsequenzen gemacht worden. Bei Saddam sei das was anderes gewesen - seit dem Kuwaitüberfall und dem ersten Golfkrieg habe nur ein Waffenstillstand bestanden, den dieser gebrochen habe. Na ja. Alle Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben haben, sind also schön blöd gewesen. Warum kündigt der Iran den Vertrag nicht einfach? Die Hallstein-Doktrin wird in der FAZ dargelegt. Die ersten zwei Klausuren aus dem Oktober sind da. Zum einen eine Autounfallabwicklung - Unfallersatztarifentscheidung des BGH - und Rückabwicklung eines Unternehmenskaufs. Der EU-Reformvertrag ist durch - Österreich darf deutsche Medizinstudenten nach Hause schicken, Polen hat die Ionnanina-Klausel, die ohnehin keine praktische Rolle spielt, durchgesetzt, als Deklaration (?). Die Entscheidung im Exzellenzwettbewerb fällt heute. Darf die Forschung (ohne die Lehre) von einem Bewilligungsausschuss, indem der Staat mit sitzt, bewertet werden? Kunst darf nicht vom Staat bewertet werden - Forschung schon? Chancen einer Konkurrentenklage? Die neue Emissionshandelsentscheidung - BVerwG - habe ich nicht verstanden - da müssen Sie selber durch. In der Bönders-Prüfung am 12.10. fielen Erklärungen wie, dass die Prüfer nach der neuen Prüfungsordnung weniger Honorar bekämen (klar, keine Hausarbeitskorrektur) und dass 13 Punkte im Schwerpunktbereich nichts nützen würden, wenn man in der Prüfung 6 Punkte bekäme - die Studenten wüssten, dass die Uni Köln leichter sei als Bonn

Im zweiten Examen wurde am 17.10. nach dem Bürokratieabbaugesetz gefragt, in der Parallelprüfung nach der geplanten Sicherungsverwahrung für Jugendliche, im Vortrag, ob der Brief eines Bruders an den einsitzenden Bruder, in welchem vorgeschlagen wird, dem Richter die Fresse zu polieren, beschlagnahmt werden darf trotz des Zeugnisverweigerungsrechts. Was ist der Kfz-Brief für ein Papier? Nur absurde Sachen heute: Art. 67 der französischen Verfassung soll verhindern, dass der Staatspräsident sich scheiden lässt bzw. seine Frau von ihm - wie ist das bei uns? Art. 46 GG für die Abgeordneten - verbietet dieser zivilrechtliche Verfahren - kann da die Gefahr der Inhaftierung bestehen? O ja - und bei dem Bundespräsidenten und der Kanzlerin? Moses und die 10 Gebote. Prof. Pagenkopf hat mal gefragt, seit wann die 10 Gebote bei uns nicht mehr als Gesetz gelten. Ich würde mir die noch mal genau angucken und checken, welche Vorschrift bei uns welchem Gebot bzw. Verbot entspricht. Man weiß ja nie. Moses hatte übrigens eine schwere Kindheit: seine Mutter hat ihn in einem Körbchen zu den Krokodilen im Nil gesellt, um ihn vor dem Pharao zu retten - war das strafbar? Gibt es Schmerzensgeld für zwei in der Geburtsklinik vertauschte Babys, wenn die Mütter ein Jahr lang ziemlich glücklich waren? Gibt es Schadensersatz, wenn Hochzeitsblumen in der falschen Farbe angeliefert werden? § 284? Der BGH macht die Gebrauchtwagenhändler wieder einen Kopf kleiner. Mit der Unwirksamkeit der Inspektionsklausel. Dann der BGH: wir beschwerten uns beim IGH über die Behandlung der Gebrüder Lagrand, machen es aber nicht wesentlich anders: 1 StR 273/07 - der Verstoß gegen die Belehrung nach Art. 36 WÜK würde mit der Widerspruchslösung wie bei § 136 - § 257 StPO behandelt.

Der EuGH hat in Sachen Palacio de la Villa / Spanien eine zwangsweise Pensionierung von älteren Arbeitnehmern für zulässig erklärt, wenn sie durch Tarifvertrag oder Gesetz erfolgt und ein legitimer Grund vorliegt - Kurzfassung - das Hess LAG hatte kurz vorher die Zwangspensionierung der 60jährigen Lufthansa-Piloten abgesegnet. Die GdL will nicht verhandeln, weil dann Friedenspflicht besteht und nicht gestreikt werden darf - ein Arbeitsrechtler erklärt heute, dass Sparten Gewerkschaften mindestens 80% der Sparten-AN als Mitglieder haben müssten, um druckfähig zu sein - die GdL hätte 75% aller Lokführer. Bei der IG-Metall reichen zwischen 10 und 15% maximal. Die FR schreibt zu den räuberischen Staatsfonds - Vattenfall hätte sich durch den Einkauf von norddeutschen Stadtwerken eine goldene Nase verdient und würde den schwedischen Strom so verbilligen. Prof. Schneider aus Mainz fordert, dass § 23 V AktG geändert werden solle. Die räuberischen Aktionäre, Berufskläger, werden in der FAZ, Recht und Steuern, und sonst behandelt. Das LG Frankfurt hat einen zum Schadensersatz verurteilt, trotz der Möglichkeit des Freigabeverfahrens. Das OLG Celle meint, ein Hausverkäufer habe ungefragt mitzuteilen, dass der Vorbesitzer sich in dem Haus erhängt habe, sonst sei das § 123 - ah so, das Vorleben im Haus ist zwar keine Beschaffenheit nach § 434 aber das Lügen ist eine arglistige Täuschung? Wie ist es beim Kauf eines gebrauchten Bettes oder beim Anmieten einer Wohnung? Das OLG Düsseldorf meint, ein Golfclub habe ein Darlehen von 16.000 DM zurückzuzahlen, da eine 10jährige Bindung mit Stellung eines Ersatzspielers unzumutbar sei - es trifft ja so arme Leute, die nicht wissen, was sie tun, als sie diese Suchtsportart beginnen, und das noch im teuren Düsseldorf. Eine Körperschafts-Uni wird Stiftungs-Universität. Nach

dem Umwandlungsgesetz? Der ADAC meint, dass betrunkenen Fußgänger der Führerschein nach § 69 a StGB entzogen werden könne. Aha, muss ich dann also erst in der Kneipe übernachten, bevor ich nach Hause darf? Der EU-Gipfel in Lissabon wirft seine Schatten voraus. Mal gucken, ob der Reformvertrag von den Mitgliedsstaaten umgesetzt wird. Jan Ullrich, die Bonner StA bietet ihm § 153 a an, wenn er gesteht. Das würde ich an seiner Stelle aussitzen.

Die Zeitungen behandeln die Testkäufer. Problematisch sind nicht so sehr die Kinder sondern ob überhaupt ein Verfahren aufgrund eines Testkaufes - agent provocateur - eingeleitet werden darf. Darf der Staat zu Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten animieren? Vor ein paar Jahren hat ein Gericht das anlässlich eines Testkaufes bei einem Apotheker erörtert und Prof. Paeffgen hat es geprüft. Was ist, wenn Konkurrenten mit Kinder-Testkäufer arbeiten und dann eine e.V. wegen unlauteren Wettbewerbs beantragen? Beweisverwertungsverbot? Die Commerzbank wollte eigentlich am Samstag ihre Filialen öffnen - kann der Betriebsrat da mitbestimmen? Zu dem Schachbrettmörder aus der Paeffgen-Prüfung: ich nehme an, dass der Prüfer auf die Nachtragsanklage hinauswollte - theoretisch geht das, praktisch sicherlich nicht, bei 40 Anklagen noch 24 plus hinterherschoben und das bei Mord, indem der Staatsanwalt in 10 Minuten auf Rückseiten seiner Aktenblätter Anklagen pinselt? In Bonn gab es vor Jahren einen Fall; ein Jugendlicher hat immer, wenn er Hafturlaub hatte, eine Reihe von Autos gestohlen und wurde zu 1 Jahr Jugendstrafe verurteilt. Er ging in Berufung und erklärte in der Verhandlung, er wolle 2 Jahre haben. Warum? Weil er dann eine Lehre in der JVA machen könne. Das Gericht sagte, das gehe leider nicht wegen des Verbotes der reformatio. Daraufhin der Angeklagte: ok, dann gesteh ich eben noch 20 Autoaufbrüche. Der Staatsanwalt: die glaube ich Ihnen aber nicht. 30 Jahre Landshut-Entführung lief mal als Klausur: der arabische Terrorist droht auf dem Rollfeld in Mogadischu, alle fünf Minuten eine Geisel zu erschiessen, wenn sein Bruder nicht aus dt. Haft entlassen wird. Als sich nichts tut, will er zuerst die Amerikaner, dann die Israelis und dann alphabetisch töten. Die Flightattendant schiebt ihm den fiesen Norweger Z als Amerikaner A vor die Flinte, indem sie seinen Paß manipuliert.

In der Prüfung Paeffgen/Weckerling/Keßen am 12.10. kam im Strafrecht nur StPO und BTMG: stellen Sie sich vor, ein wegen 40 Morden Angeklagter schildert in der Verhandlung weitere 28 Morde im Detail - der Russe aus den Zeitungen. Im ÖR: Sie sind Anwalt der GdL, was machen Sie? Und Luftsicherheitsgesetz, im Zivilrecht normale Schadensersatzfragen zum fehlerhaften Bau, in V+E Zustandekommen von multilateralen Verträgen - Vorbehalte. In der Prüfung am 12.10. Bönders/Steinbeck/Krämer kam als Vortrag Schächten-Ausnahmegenehmigung, im Zivilrecht "was entscheidet das BVerfG heute?" und § 377 HGB in allen Varianten - der Maler Gerhard Richter bemalt eine Speisekarte, der Gastwirt verkauft die, im Strafrecht greift der Freund ins Lenkrad, um sie umzubringen, im ÖR bekommt ein Schüler wegen Rauchens einen Verweis. Die Rostocker Sparkasse will gemäß FAZ nicht, dass die NPD deren Konto dort auf Werbeflyern angibt. Eine neue Variante des Problems, ob eine Bank speziell diese Bank solche Kunden nehmen muss. Ist es strafbar, wenn ein Mann seine Frau in die Schweiz zur Sterbehilfegesellschaft Dignitas fährt? § 27? § 216? § 9 II 2 StGB? Bei grenzüberschreitendem Sachverhalt? Handelt es sich nur um eine sozialadäquate Tätigkeit? Er hätte sie ja auch ins Taxi setzen können? Günther Jauch und andere streiten sich um den Zugang zu ihrem Potsdamer See - das erinnert an die Bodensee-problematik und an England, dort soll jeder Engländer das Recht haben, an den Strand, wo auch immer, gehen zu können. Ach ja, in der Prüfung am 10.10. schliefen der Vorsitzende im Zivilrecht zeitweise, während des Strafrechts schlief der Zivilrechtsprüfer (der sämtliche Fragen freigab, so dass die Kandidaten gegeneinander konkurrieren mussten) und während des ÖR schliefen der Zivilrechts- und der Strafrechtsprüfer. Im Strafrecht sah der Prüfer den, der antworten sollte, durchdringend an. Der ÖR-Prüfer lobte häufig, was dann allerdings in der Notengebung sich nicht wiederfand.

Nach der FAZ hat die GdL versucht, den Spieß umzudrehen und mit § 32 ZPO die Bahn vor dem ArbG Berlin zu verklagen, was sich aber für nicht zuständig erklärt hat. Die Bahn hat juristisch einen klaren Punktsieg errungen. Das BVerfG hat das Abstandsgebot des Art. 6 I GG betont - wenn die Lebenspartnerschaft dieser Beamtin für den Verheiratetenzuschlag hätte herhalten können, würden ja Geschwister, die zusammen wohnen, und den nicht bekommen können, benachteiligt - das stand allerdings nicht in der Pressemitteilung. Die Mephisto-Entscheidung wird von allen Zeitungen anlässlich der Esra-Entscheidung aufbereitet. Im Grunde hängt der Erfolg der Vb von der Vorinstanz, dem BGH, ab. Denn der Angreifer beim BVerfG, also der Verlierer beim BGH, muss es ja schaffen, mehr als ein Patt zu erreichen.

Die Grünen haben sich bei der Afghanistan-Abstimmung enthalten. Was ist eine Enthaltung im Bundestag, im Bundesrat, bei der Kanzlerinnenwahl? Und warum? Dürfen Kinder als Testkäufer eingesetzt werden, darf ein Restaurant Kindern Zutritt verbieten? Völlig richtig, wenn ich schon mal mittags essen gehe, will ich nicht zugucken, wie der Balg versucht, mit dem Hummer im Becken zu spielen, oder seine Spaghetti auf dem Tisch drapiert. Die streikenden Lokführer haben Hausverbot bekommen. Alle Welt empört sich darüber, das die angerufenen Arbeitsgerichte beim Streik die Verhältnismässigkeit prüfen. Bei der Aussperrung wird das selbstverständlicherweise gemacht. Die Verhältnismässigkeit beim Streik soll schon durch die Voraussetzungen der fehlenden Friedenspflicht und der gescheiterten Verhandlungen sowie der Urabstimmung gewahrt sein.

In der Prüfung am 10.10. - Prof. Muckel - kam ein Fall des VG Aachen: nach einem Selbstmordversuch trennt sich die Freundin von dem Freund und schickt eine mißverständliche SMS - die Polizei bricht die Tür auf - und: ein Geistheiler wirbt im Internet, er könne Beckenschiefstände geistheilen und bekommt ein Verfahren nach dem Heilwerbeverbotsgesetz für medizinische Berufe (so ähnlich). Alle Kandidaten zwischen 22 und 47 Vorpunkten erhielten im Schnitt für Vortrag und Prüfungsgespräch jeweils 8 Punkte. Der EuGH hat in Sachen Möllendorf (in Fortsetzung von Yusuf, Gestoras pro Amnestia, Bosphorus beim EGMR) eine Vorlage des Grundbuchamtes Berlin (seit wann ist das Grundbuchamt ein Gericht im Sinn des Art. 234 EG? Vorlagen des Handelsregisters, Überseeringproblematik, oder des Vormundschaftsgerichts - Niebüll - wurden bisher immer abgelehnt) angenommen und entschieden, dass jemand, der auf der Terrorliste der UN und der EU steht, kein Grundstück erwerben darf. Die Frage ist, nach welcher Vorschrift in der GBO das Grundbuchamt die Eintragung verweigert hat. Ich tippe auf § 18. Es haben wohl die Verkäuferinnen und nicht Osama-Bin-Ladin das Verfahren durchgezogen. Es geht um eine VO, also erste Säule, die zwischen Abschluss des Kaufvertrages und Antragstellung beim Grundbuchamt kam. Kam sie noch rechtzeitig - werden wir wegen unseres Trennungsprinzips hier diskriminiert, ist das Eigentumsrecht der Damen verletzt? Vor allem: kann der Käufer Rückzahlung des Kaufpreises verlangen - Unmöglichkeit? Wer hat die zu vertreten? Hochspannend - man muss daraus wohl den Schluss ziehen, dass ein arabisch wirkendes Gegenüber als Vertragspartner große Schwierigkeiten mit sich bringen kann, wenn es nicht um Alltagsgeschäfte geht. Die FAZ fragt sich, wo Herr Kirch das Geld für den Kauf der Bundesligaübertragungsrechte herbekommt und mutmasst, dass er als Kommissionär auftritt. Ihr Zeitungshändler ist ein Kommissionär, die Tankstelle und das Reisebüro ein Handelsvertreter, Ihre Repetitorenkette Franchiser - meist. In Hannover sollen sog. Ventilwächter überfällige Bußgeldbescheide vollstrecken, indem dem Auto die Luft aus den Reifen gelassen wird - gibt es dafür eine Rechtsgrundlage? Es erinnert an die Toyota-Methode: die Ratenautokäufer, die nicht zahlen, finden ihr Auto auf der Straße nicht mehr vor, weil Toyota mit dem Zweitschlüssel den abgeschleppt hat. Die Bundesratsinitiative - Wiederaufnahmegrund im Strafrecht bei DNA-Analyse - wurde schon im 2. Examen geprüft und wird in Die Welt heute im Hinblick auf Art. 103 GG - ne bis in idem - besprochen, was thematisch daneben liegen dürfte. Er wird ja nicht zwei Mal bestraft. Im Feuilleton der FAZ findet sich ein verschwurbelter Aufsatz zu der Kernvorschrift des StGB - § 46: was ist Schuld eigentlich? Im Sportrecht, im englischen Recht und im Mittelalter gelten und galten statt dessen "strict liability". Heute wird in Karlsruhe die Zulässigkeit des Schlüsselromans verhandelt. Bei der Online-Durchsuchung ging es übrigens um § 27 a BVerfGG, was der geneigte Leser sicherlich schon selber herausgefunden hat. Quantas und Boeing haben Probleme wegen Lieferverzögerung. Es würde mich ja interessieren, welche Rechtswahl die getroffen haben und wie hoch die vereinbarte Vertragsstrafe ist. Die Briefträger, die nicht bei der Post arbeiten, haben eine Gewerkschaft gegründet. Warum braucht man dafür 7 Leute, freiwillig, überbetrieblich, gegnerfrei und demokratisch?

Das BAG hat einen Fall aus der Fachhochschule in Brühl - Herr Bönders - entschieden: die Azubi hat Kettenanschlussarbeitsverträge bekommen, die AG hat vergessen, den sachlichen Grund, den der Tarifvertrag in schriftlicher Form verlangt, in den Arbeitsvertrag aufzunehmen. Ansonsten sagt § 14 TeilzBefrG nur, dass die Befristung schriftlich sein muss, nicht die Begründung. Am 10.10. in der Schuschke/Gehle/Prof. Muckel-Prüfung kam als Vortrag Produkthaftungsgesetz, im Zivilrecht Kaufrecht, im ÖR Art.12 GG, im Strafrecht Erlaubnistatbestandsirrtum und Diebstahl - nichts aktuelles, lauter Klassiker. Bonner Richter demonstrieren heute in Düsseldorf wegen des geplanten Stellenabbaus - ich hätte da schon ein paar Ideen, wie man die Justiz rationalisieren kann - wenn Richter z.B. gezwungen werden könnten, zum Telefonhörer zu greifen, anstatt über die Geschäftsstelle zu schreiben, wenn es um weniger als 3 Zeilen geht - oder dass man den armen Justizwachmeistern elektrische Golfcarts für die Akten kauft, die fahren tatsächlich noch mit solchen krummen Wägelchen durch die Flure. Der BGH meint, dass ein Gebrauchtwagenverkäufer ungefragt einen Unfallschaden offenbaren muss - obwohl die Käuferin die Anfechtung erklärt hat, ist § 434 schulmäßig durchgeprüft worden. Der Verkäufer hat also informationsmäßig eine Bringschuld. Liegt es fern, anzunehmen, dass BGH-Richter gebrauchte Autos kaufen? Bisher mussten Privatverkäufe dem Käufer nicht ungefragt auf die Nase binden, dass der Wagen schon einen Unfall gehabt hatte. Wie kann man sich grottenschlecht auf eine entscheidende Situation vorbereiten? Eva Herman (Kerne - das war nach meinem Empfinden ein kalkulierter Rausschmiss, sie soll gegen die Entlassung durch den NDR vor dem Arbeitsgericht Klage eingereicht haben - ist eine Moderatorin einer Talkshow Arbeitnehmerin?) Der NRW-Prozessvertreter beim BVerfG in Sachen Online-Durchsuchung (Herr Papier hat ihn wie einen Referendar vorgeführt, dass es eine Art hatte) und Herr Schell von der GdL können ein Lied davon singen. Bei der Bahn müssen die Sektkorken knallen. Die wichtigen Kunden dürfen per Gerichtsbeschluss nicht bestreikt werden, bei den Pendlern knickt die GdL ein - die Taktik, einen Notfahrplan einfach nicht zu erstellen, hat sich ausgezahlt. In der Verhandlung zur Online-Durchsuchung hat eine mündliche Beweisaufnahme mit "sachkundigen Auskunftspersonen" stattgefunden - was ist das, wo steht das, darf Karlsruhe das? Der Generalanzeiger berichtet, dass Herr Papier moniert habe, dass kein Landtagsabgeordneter da gewesen sei. Warum? Als wenn man durch die Verhandlung was lernen würde und wollte. Den besten Prozessbericht bringt heute die SZ: es ist nicht klar, welches Grundrecht thematisch betroffen ist - Art. 10, 13 oder 2 I? Ich glaube, dass der Landesregierung relativ egal ist, ob das Gesetz hält oder nicht - das politische Ziel hat sie erreicht - man schaue sich

die Parallelproblematik der nachträglichen Sicherungsverwahrung an. Als in Ba-Wü ein Häftling einen Monat vor seiner Entlassung erklärte, er werde den Richter umbringen, hat der Landtag ratzafatz die nachträgliche Sicherungsverwahrung beschlossen - die JVA Weissenthurm in Rheinland-Pfalz (Hannibal Lecter würde da hinkommen) wurde daraufhin sofort erweitert. Die Rh-Pf-Regierung ging davon aus, dass Kinderschänder nun nach Norden umziehen - Ba-Wü kann dann in seiner Polizeistatistik gute Ergebnisse vorweisen - dass das Land meinte, das Gesetz hält in Karlsruhe, kann ich mir nicht vorstellen. Prof. Muckel will den Monheimer Bürgern gegen das Rohrleitungsgesetz helfen - unter Bezugnahme auf das Boxberg-Urteil. Ich glaube, da vertut er sich. Es ging damals um eine Umlegung nach dem alten Bundesbaugesetz. Spätere Urteile zum RWE und zur Stuttgarter Messe haben eine Enteignung zugelassen. Es soll ein Bürgerbegehren gegen den Transrapid geben - Problem, es ist ein bundesplanungsrechtliches Vorhaben - sagt jedenfalls die SZ, muss ich nachgucken. Die FAZ diskutiert Frauenquoten bei Professuren. War mal Examensklausur: muss die Frauenquote nicht gerade in der Juristerei eingeführt werden? Im Sexualstrafrecht wäre das ganz sinnvoll - bisher hat der BGH da seltsame Entscheidungen getroffen - manchmal. Die Gäste in der Ferienanlage der McCanns sollen alle eine DNA-Probe abgeben - § 81 c StPO bzw. h?

Die Durchsuchung beim Chefarzt des Essener Uniklinikums: ist es strafbar, wenn ein Arzt sagt, Sie sind zu totkrank, es lohnt sich bei Ihnen nicht, zu transplantieren, oder Sie sind Alkoholiker, eine Lebertransplantation ist bei Ihnen für die Katz? Wie, wenn er sagt, gegen Geld mache ich es doch? Hat er einen Kontrahierungszwang? Garantenstellung - § 323 c? Darf er auf sein Chefarzthonorar zulasten der Uni verzichten? Ist das Betrug, wenn er ankündigt, selber operieren zu wollen, und es dann doch nicht tut? Die Ausreden, die ein Verteidiger hier finden kann, liegen auf der Hand. Mir wurde plötzlich schlecht, deshalb konnte ich an diesem Tag nicht operieren. Die Patienten haben mir das Geld förmlich aufgedrängt. Mein Arbeitgeber wusste doch, wie ich das mache. Darf ein Unfallarzt auf der Autobahn selektieren und den schuldigen Unfallverursacher zuerst behandeln, weil der noch zu retten ist, und die unschuldigen Opfer erst danach? Hat er eine Art gerichtliches Schnellverfahren mit Schuldspruch durchzuführen? Ne, das kann er nach eigener Einschätzung so machen, wie er es für richtig hält. Darf ein Patient sich notfalls eine Niere schießen? Ja, er hat den § 35. Der transplantierende Arzt ist wegen § 228 dran und der Spender auch, als notwendiger Teilnehmer. Das OVG Münster meint, der Internationale Pakt für soziale etc. Rechte, den der Bund abgeschlossen habe, binde das Land NRW nicht und gebe Studenten keine subjektiven Rechte. Darüber kann man länger nachdenken. Ein deutscher Nationalspieler weigert sich, in Israel zu spielen - darf er deswegen rausgeworfen werden? § 626? Es hat zum ersten Mal eine feindliche Übernahme im Bankenbereich gegeben - durch Banken, Kannibalismus sozusagen. Die GdL will nun 4 Tage ganztätig S-Bahnen bestreiken - das ist der Bahn wohl relativ wurscht, denn die Geschäftsleute nehmen sich ein Taxi und die anderen Gäste fahren notgedrungen danach weiter mit der Bahn - einen Notfahrplan kann die Bahn jetzt angeblich nicht machen - haha. 4 Tage dürften unverhältnismäßig sein, vor allem, weil das Wochenende ausgenommen sind. Herr Mehdorn spricht von Streik als "Krieg". Krieg gibt es gar nicht mehr sondern nur noch bewaffnete Konflikte.

Der VGH Koblenz hat einen Blüchermuseum-Nachfolgefall: jemand kauft eine Kapelle und baut da eine Zwischendecke mit Fußbodenheizung ein - der Landeskonservator kriegt einen Föhn und verlangt, dass das wieder ausgebaut wird - der Beschwerdeführer beruft sich auf die Eigentumsgarantie in der Landesverfassung - darf es überhaupt Landesgrundrechte geben - mit welchem Rang gegenüber den Bundesgrundrechten - und wer hat hier Recht? Der VGH NW verhandelt am 16. Oktober auch eine "Finanzklage" - u.a. der "Bundesstadt" Bonn: wir würden zuviel für die Wiedervereinigung im vertikalen Finanzausgleich zahlen und den horizontalen gäbe es nicht. Stellen Sie sich vor, Sie sind Anwalt und ein Mann kommt zu Ihnen, weil Interpol ihn weltweit mit Foto sucht. Ich googel erst mal und erfahre, dass Interpol eine Internationale Organisation mit 186 Mitgliedstaaten ist. Wo verklage ich die? Beim IGH geht es nicht - beim EGMR analog Al-Adsani aus 2002? Oder Yusuf beim EuGH? Am 10.10. verhandelt der Supreme Court Medellin/Texas, die Nachfolgesache zu den Lagrandbrüdern. Mexiko hatte 2004 beim IGH ein analoges Urteil erstritten. Bei den Lagrands hatte Clinton noch behauptet, amerikanische Richter seien an Urteile des IGH nicht gebunden, er könne nur ein "statement of interest" abgeben. Bush sieht das nun anders. Wie ist das bei uns, sind die Gerichte an IGH-Entscheidungen gebunden? Der Internationale Strafgerichtshof im gleichen Ort - wegen Hugo Grotius siedelt man dort gerne Völkerrechtliche Gerichte an - hat nach der FAZ fast nur mit afrikanischen Fällen zu tun. Wir und andre entziehen uns der Gerichtsbarkeit durch ein eigenes Völkerstrafgesetzbuch, die Amerikaner haben erst gar nicht paraphiert. Am 9.10.1807 (Die Welt ist wirklich wunderbar hinsichtlich rechtsgeschichtlicher Berichterstattung) trat das Oktoberedikt in Preußen in Kraft - nicht zur Wohlfahrtsförderung der Menschen sondern zur Wiedergewinnung der Vormachtstellung Preußens. Der ZDF-Krimi am Montag hat gezeigt, dass das Zeugenschutzprogramm in Internetzeiten wirkungslos ist. Der Gangster sucht mit Foto im Internet und einer Auslobung sein Opfer. Der Ehemann des Opfers bringt den Profikiller in Nothilfe um und die Nachbarn helfen bei Entsorgung der Leiche - machen die sich gemäß § 168 strafbar oder fällt das auch noch unter Nothilfe? Vor 30 Jahren wurde die Landshut in Mogadischu durch die GSG 9 gestürmt - das lief mal als Examenshausaarbeit, das Bundesgrenzschutzgesetz gab für den Einsatz nichts her. Marco W. hat erfolglos Haftbeschwerde eingelegt. Dürfte ein deutscher Richter argumentieren, er bleibe in Haft, weil die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen sei? Könnte er die kleine Engländerin zwingen, herzukommen und auszusagen? Der BayVGH beschäftigt sich am 10.10. mit der Frage, wer den kommunalen Finanzbedarf definieren darf,

die bayerischen Gemeinden oder bis heute Herr Stoiber? Also die analoge Problematik zu der ARD-Vb - KEF. Priminister Brown sagt die Wahlen ab - England hat keine gesetzlich festgelegten Wahltermine. Wie kann man bei uns den Wahltermin manipulieren? Bisher ging es bei uns nur um das Problem, wie man Wahlen vorziehen kann, wie kann man Wahlen rauszögern? Die FAZ berichtet, dass bisher eigentlich noch gegen Streik an sich geklagt wurde sondern immer nur gegen einzelne Maßnahmen wie die Kette vor dem Betrieb. Professor Thüsing hat sich auf die Seite der Lokführer gestellt, die Bahn wird ihm wahrscheinlich Hausverbot erteilen.

In Arbeitsverträgen soll es jetzt vermehrt Klauseln geben, nach denen Nichtraucher 5 Tage mehr Urlaub bekommen als Kompensation für die Raucherpausen der anderen - ist das eine unzulässige Diskriminierung - § 612 a? In der Heros-Strafsache haben 3 von 4 Angeklagten rechtzeitig Revision eingelegt bzw. begründet, bei dem 4. haben die Anwälte einen Fehler gemacht - wird in der ZPO, in der StPO, in der VwGO der Fehler des Anwaltes dem Mandanten zugerechnet? Ja, nein, nein, obwohl die VwGO auf die ZPO verweist. Wirkt die Revision eines Angeklagten auch für die anderen? Wie ist dies bei Jugendlichen? Am 4.10. in der Prüfung Schuschke/Kapischke/? kam im Vortrag Ebay, im Zivilrecht § 771 ZPO, im Strafrecht will ein Österreicher, der seit 11 Jahren hier mit Haftbefehl gesucht wird, sich dagegen wehren. Im ÖR: jemand stellt einen Antrag auf Zulassung eines Wolfsgeheges - wonach geht das, mit welchem Gründen könnte man den Antrag ablehnen. In der Prüfung vom 11.9. wurde im Europarecht die EGMR-Entscheidung aus 2005 zur Stammzellenforschung - VOC/Frankreich geprüft (Was ist eine Stammzelle? Kennen Sie das Stammzellengesetz?). Der aktuelle Bestseller von Michael Crichton "Next" behandelt diese Problematik als Krimi. Wie sieht das EG-rechtlich aus? Ist eine Stammzelle eine Ware? Gibt es eine Rechtfertigung nach Art. 30? Die Zeitungen laufen sich für die BVerfG-Verhandlung am 10.10. über die NRW-Präventiv-Online-Durchsuchung warm. Fällt diese unter Telefonabhören - Quellen-TKÜ, wie der Kölner Stadtanzeiger erklärt (ich versteh das nicht, ich will es auch nicht wissen) - oder unter Zugreifen auf die Festplatte. Was für Folgen hat denn eine rechtswidrige Maßnahme? Beweisverwertungsverbote analog StPO im Bereich der Gefahrenabwehr? Es gab mal eine Examensklausur zu dem Thema: bei einer staatsanwaltlichen, rechtswidrigen Durchsuchung einer Gaststätte werden Fotos einer Orgie mit Angestellten und Gästen gefunden. Darf aufgrund dieses rechtswidrigen Bildmaterials der Laden geschlossen werden? Natürlich, die Behörde kann ja nicht sehenden Auges so was dulden müssen. Die GdL will Streiks jetzt gar nicht oder nur 3 Minuten vorher ankündigen. Kann die Bahn schon wegen dieser Ankündigung eine einstweilige Verfügung mit bundesweiter Wirkung beantragen? Ich meine ja, das ist einfach eine Frechheit. Mit welchem Antrag? Wichtig wegen der unterschiedlichen Vollstreckungsmöglichkeiten nach §§ 888, 890 ZPO. Ein langjähriger Prüfungsvorsitzender wies mich darauf hin, dass meine Aussage (von einer anderen Quelle), jeder Prüfer setze seine Note selber fest, nicht stimme. Die ganze Kommission entscheide. Zu Ihrer Beruhigung solle ich das mitteilen. Was ich hiermit gerne tue. Der Spiegel beteiligt sich an der überflüssigen Spekulation, ob Uwe Barschel doch keinen Selbstmord begangen habe. Welche Rechtskraft entwickelt eine Einstellung nach § 170 II, 153, 153 a StPO, bei einem Urteil, bei einem Strafbefehl? Könnte die Familie jetzt noch ein Klageerzwingungsverfahren anstrengen, damit die Ermittlungen wieder aufgenommen werden?

Die Bahn hat sich das falsche Gericht ausgesucht. Wie kann ein Richter sich von Anwälten zwingen lassen, von 15 Uhr bis nachts um 2 zu verhandeln? Für den Befangenheitsantrag musste ein Ersatzrichter rangekarrt werden - der muss das ja dann entscheiden. Die e.V. musste dann mit dem Taxi von Chemnitz nach Frankfurt zwecks Zustellung (sehr wichtig, der siegreiche Antragsteller muss als Partei zustellen, obwohl auch von Amts wegen zugestellt wird, sonst verfällt die e.V. nach einem Monat) gebracht werden - daran hätten die auch denken können - aber zu einem hessischen Arbeitsgericht will die Bahn nicht. Muss die Zustellung an den Gegner selber erfolgen oder an dessen Anwälte? Herr Schell ist natürlich vor Urteilsverkündung verschwunden. Was ist, wenn in Frankfurt das Klingelschild und der Briefkasten abmontiert war und alle auf Betriebsausflug waren? Ein Schöffe soll mit Irokesenschnitt da gesessen haben - ich nehme an, von der Arbeitgeberseite war der nicht. Das Ergebnis wird in den Zeitungen verrissen. Ich halte es für richtig. Nahverkehr ja, Güter- und Fernverkehr, bei dem die zahlungskräftigen Kunden auf Dauer abspringen könnten, nein. Wo sitzen Schöffen in Robe? Bei der Kammer für Handelssachen. Kann man was gegen Schöffen mit Irokesenschnitt machen? Solange die sich nicht danebenbenehmen, nicht. Die StA geht in Sachen JVA-Siegburg in die Revision. Das muss sie auch, denn die Gegenseite geht ganz sicher. Sonst könnte ja nicht verbösert werden. Bei Siemens werden §§ 17, 30 OWiG diskutiert. Warum ist das OWiG 1972 eingeführt worden? Was sind die Unterschiede zum Strafrecht und StPO, wird häufig gefragt. Wie geht das bei einem Knöllchen, was ist das? Einfach mal das Gesetz lesen.

In der Prüfung Rosenberger/Keller/Kreß am 25.9. kam der Entzug des tschechischen Führerscheins durch eine deutsche Behörde, viel StPO (hat man einen Anspruch auf Einstellung?), was ist das strafrechtlich, wenn ein gemietetes Auto nach Ablauf der Mietzeit nicht zurückgebracht wird? Im Zivilrecht Internetkauf - nichts aktuelles. Ich habe heute gedacht, ich hätte aus Versehen zwei Mal die SZ bekommen - die FAZ ist - leider - nicht wieder zu erkennen. Die Lokführer dürfen nur im Nahverkehr streiken - nicht im Fern- und Güterverkehr. Das kann die Bahn verkraften - eigentlich - nur werden die Geschäftsleute für heute eh aufs Flugzeug umgebucht haben. Die GdL hat

wohl versucht, über einen Befangenheitsantrag eine Entscheidung in der Sache bis heute zu verhindern. Nach deren Meinung darf die Bahn keine beamteten Lokführer als Streikbrecher einsetzen, sie kann keine Aussperrung machen (ausgesperrt werden ja nur die arbeitswilligen, die anderen streiken ja) und sie soll nicht zu Gericht gehen. Wo steht, dass die Bahn als wehrloses Opfer einen Streik gegen die Kunden hinnehmen muss? Daimler legt den Namen Chrysler ab - gilt § 25 HGB bzw. hier § 15 im IPR? Ist das im EGBGB überhaupt geregelt? Die FAZ berichtet über die Unterstützung der RAF durch die DDR. Können die Opfer jetzt von der BRD als Rechtsnachfolger der DDR aus Amtshaftung Schadensersatz verlangen? Ich meine ja, es sei denn, alles ist verjährt. Die Stadt Heidelberg gibt Betreuungsgutscheine aus. Verstößt das gegen das Kindergeldgesetzgebungsmonopol des Bundes? Der Fall erinnert an das Begrüssungsgeld der Gemeinde Much, welches vom OVG Münster verworfen wurde. In der Bamberger-Prüfung kam die Zeitungsmeldung, dass ein Möbelhaus den Kunden die Knöllchen wegen Falschparkens bezahlt. Darf das durch eine Ordnungsverfügung unterbunden werden? Der EuGH hat das Herkunftslandprinzip bei "Baileys-Minis" verteidigt. Der Supermarkt hat die Fläschchen nach englischen Maßen ohne wenn und aber ins Regal zu stellen.

Die heranwachsenden Angeklagten im JVA-Siegburg-Mordprozess sind gemäß § 106 JGG behandelt worden, der 17-jährige hat die Jugendhöchststrafe erhalten. Der von Marco W. beauftragte Anwalt soll von den Eltern "entlassen" worden sein - dürfen die das überhaupt - ist das nicht höchstpersönlich? Burma/Birma/Myanmar: muss unsere Botschaft englischen Korrespondenten helfen - gilt das Konsulargesetz für EU-Inländer? Gibt es Botschafts asyl ausserhalb von Südamerika für Birmanesen? Erlaubt Art. 2 Nr. 7 UN-Charta Maßnahmen? In der Prüfung Köndgen/Klein/Krämer am 15.9. kam im Zivilrecht, was eine EC-Karte sei, § 362, 364 - er wollte nach dem Wechsel fragen, hielt sich dann aber doch noch zurück (Wechsel sind Kreditmittel, Schecks sind Zahlungsmittel; Wechsel sind Anweisungen in einer speziellen Form und geborene Orderpapiere - als Kurzfassung), im Arbeitsrecht wurde das Burda-Urteil angesprochen, im ÖR kam die Examensklausur mit dem in der Flughafengarage offen stehende Auto, im Strafrecht sollte die Saldotheorie beim Betrug angewandt werden - die Kandidaten mussten Zahlen zusammenrechnen - nichts aktuelles. In der Prüfung Prof. Löwer am 13.9. hat ein Kandidat mit 16 Vorpunkten mit 40 bestanden - ein anderer mit 40 Vorpunkten ist mit 57 nach Hause geschickt worden, aus 42 wurden 84 und aus 50 dann 78. Toyota: nichts ist unmöglich. Das Arbeitsgericht Chemnitz soll am späten 4. Oktober über den e.V.-Antrag der Bahn beschliessen. Es geht um den Regionalverkehr. Diese Taktik der GdL ist nicht so fies, denn die Kunden des Regionalverkehrs kehren - notgedrungen - nach dem Streik zur Bahn zurück. Man fährt ja nicht von Rheinbach nach Bonn mit dem Zug, weil man das so hübsch findet sondern weil man muss. Andererseits wird dadurch eigentlich nicht die Bahn bestreikt sondern der Kunde der Bahn. Das Kammergericht in Berlin soll nach der FAZ eine iranische Scheidung - er ruft drei Mal vor dem Zelt = Senat "ich verstoße Dich" - durchgeführt haben. Bisher war man der Auffassung, dass solche Scheidungen gegen den ordre public verstossen. Die Kommentatoren sprechen sich für das amerikanische System aus, also für den Aufenthaltsort als Anknüpfung. Die Amerikaner mögen kein IPR, dann müssten ihre Richter sich ja mit fremdem Recht beschäftigen. Wer vor amerikanischen Gerichten klage, wolle amerikanisches Recht haben. So geht es also auch. Ein Sachverständiger ist zu 150.000 € Schadensersatz verurteilt worden, weil er 1994 - also vor § 893 a - fälschlicherweise den Angeklagten als den Bankräuber identifiziert hat. Der eigentliche Fehler lag bei dem Gericht. Nur wegen des Ohrläppchens darf niemand verurteilt werden. Ist der wirkliche Täter, der sich erst meldete, als das Opfer die Haftstrafe verbüßt hatte, straf- bzw. zivilrechtlich zu belangen? Hatte er eine Garantenstellung? Hat der unschuldig verurteilte jetzt einen Raubüberfall auf diese Bank frei - double jeopardy? Frau Merkel übe ihre Richtlinienkompetenz nicht aus. Albern. Noch kein Kanzler hat die ausgeübt. Es wird immer nur damit gedroht. Art. 65 GG trägt die Handschrift Adenauers. Wenn ein Kanzler gegen die Mehrheit seiner Minister mit der Faust auf den Tisch haut, ist er die längste Zeit Kanzler gewesen. Wie oft in der Politik (z.B. beim Vizekanzler oder der Vertrauensfrage) Theaterdonner.

Die GdL hat bei 121 Arbeitsgerichten Schutzschriften hinterlegt. Die Bahn kann sich wegen § 32 ZPO das ihr angenehmste Gericht aussuchen - die Wahl fiel auf Chemnitz - hoffentlich ist der Kammervorsitzende nicht in Herbstferien. Auf das Prinzip der Tarifeinheit würde ich seitens der Bahn nicht hoffen, die letzten BAG-Urteile sahen nicht danach aus. Zum 3. Oktober: Am 3. Oktober 2000 endete die absolute Verjährung bei Körperverletzungsdelikten. Die DDR-Sportler, die mit Staatsdoping versorgt wurden, hätten bis zu diesem Datum eine erstinstanzliche Verurteilung durchbekommen müssen, um diese Verjährung zu unterbrechen. Das haben sie nicht geschafft, deshalb wird die Bundesrepublik als Rechtsnachfolger der DDR aus Amtshaftung in Anspruch genommen. Die Wiedervereinigung ist von oben nach unten erfolgt und nicht wie 1945 der Wiederaufbau von unten nach oben - zuerst die Gemeinden dann die Länder und dann der Bund. Die DDR ist als vollmachtloser Vertreter der als Hülle existierenden Länder beigetreten. Gerichtlich wurden die Schüsse an der Mauer von unten nach oben aufgearbeitet. Bei den Soldaten wollte man die Probleme, welches Recht Anwendung findet, ob es einen Rechtfertigungsgrund gibt, aufarbeiten, damit für die Oberen wie Krenz etc.. nur noch das Problem der Befehlskette übrig blieb. Der papertrail fehlt. Die Nürnberger Prozesse haben unsere NS-Vergangenheit ja von oben nach unten "abgearbeitet" - die Juristen blieben verschont - kein einziger Richter des Volksgerichtshofes ist rechtskräftig verurteilt worden - man sollte sich schämen. Der Einigungsvertrag wurde 1990 in 6 Wochen durchgehauen - so sieht er auch aus - dünn und unjuristisch. Damit die Leute nicht mit den

Füßen abstimmen, einige Landesfürsten bei uns waren gegen die Wiedervereinigung, musste das schnell gehen. Wir haben unser Recht wie eine Käseglocke über die DDR rübergestülpt - bis auf kleine Ausnahmen. Die Länder haben sich sog. Vorschaltgesetze, vorläufige Verfassungen gegeben. Der 2+4 Vertrag war dann der eigentliche Friedensvertrag nach dem 2. Weltkrieg. Da Friedensverträge der Regelung von Reparationen dienen, die Westalliierten wollten keine, die Russen haben ihre abmontiert, gab es keinen richtigen. 1955 und dann 1972 - Pariser und Ostverträge - hatten eine Ersatzfunktion. Nach dem Fall der Mauer musste die Reprivatisierung flott passieren, damit die Industrie gewillt war, Grundstücke zu kaufen und zu investieren. Glücklicherweise war die DDR so dumm, die Grundbuchunterlagen in Speichern und Kellern aufzuheben, so dass die alten Eigentumsverhältnisse fix rekonstruiert werden konnten.

Die Grünen klagen in Prozesstandschaft für den Bundestag gegen den Tornadoeinsatz beim Gipfel von Heiligendamm in Karlsruhe. Hindenburg wurde am 2.10.1847 geboren. Die Lokführer wollen am Freitag wieder streiken. Dürfen Beamte als Streikbrecher eingesetzt werden? Die FR weist auf ein Urteil des BVerfG aus 1993 zum Poststreik hin, in dem dies für unzulässig erklärt wurde. Die Bahn hat aber nicht das Mittel der Aussperrung, weil dann überhaupt keine Züge mehr fahren. Muss sie als wehrloses Opfer diesen Streik hinnehmen, wobei der wirklich Bestreikte ja der Nahverkehrskunde ist? Es soll ein Parlamentsfernsehen aus Steuergeldern geben - ist dies zulässig? Staatsferne? Phoenix wird aus Rundfunk"gebühren" finanziert. Das SG Berlin hat Hartz IV nach Art. 100 GG dem BVerfG vorgelegt. Hoffentlich hat sich das Gericht dabei richtig Mühe gegeben. Karlsruhe verlangt ein ausführliches Vorgutachten unter Berücksichtigung der eigenen Urteile. Das OVG Münster entscheidet am 9. Oktober über die Studiengebühren. 50 Jahre Raumfahrt. Wem gehört der Weltraum? Kann man da Claims wie im Wilden Westen abstecken? In der Prüfung am 19.9. Kapischke/Bamberger/Timme kam im Strafrecht der Abschuss von Flugzeugen und Marco W. in der Türkei. Im Verwaltungsrecht (Herr Bamberger ist wie ausgewechselt, man muss wohl keine Angst mehr vor ihm haben) massives Falschparken bei Kaufhauseröffnung. Im Zivilrecht Bürgschaft und "Verbraucher haben 6 Monate Garantie beim Kauf von neuen Sachen" als Zeitungsüberschrift.

Am 26.9. in der Prüfung Rosenberger/Keller/Kreß kam im Strafrecht nur StPO, im Zivilrecht Widerruf bei Online-Vertrag, im ÖR Vorläufiger Rechtsschutz, im Europarecht die Ladeninhaberin in Budapest, die Slips mit religiösen Aufschriften im Schaufenster hat - der Prüfer suchte den EG-Vertrag im Hippel und wurde sauer, als er auf den Sartorius hingewiesen wurde. Am 1.10.1807 wurde Freiherr vom Stein Minister und führte die Gewerbefreiheit, Gemeindegeldverwaltung ein und schaffte die Leibeigenschaft ab. Bonn war von 1815 - 1947 preussisch. Hitler hatte alle anderen Länder schon 1934 aufgelöst - da Göring aber gerne Ministerpräsident von Preußen sein wollte, in der Nachfolge von Bismarck, blieb das Land als leere Hülle bestehen. Friedrich der Große hatte die Schulpflicht eingeführt - "Volksschule" - sowie die Justiz aufgeräumt und die Kartoffel eingeführt - Preußen wurde durch diese Reformen zum modernsten Staat in Europa. Seit dem 1.10. gilt in Hessen Rauchverbot, ab dem 1.1.2008 in NRW.

September: Das OVG Berlin meint, dass ein städtisches Wasserwerk nicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz-Berlin verpflichtet sei, seine Kalkulation offenzulegen, das sei ein Geschäftsgeheimnis. Dieses Gesetz wird von Gerichten und Behörden gleichermaßen bekämpft. Das BVerfG hat schon wieder eine Entscheidung zu Art. 33 V GG, den man abschaffen sollte, gefällt. Die Einstellung von arbeitslosen Lehrern, damit wenigstens einige Berufserfahrung vorweisen können, wenn sie sich in einem Reisebüro bewerben, in Teilzeit ist unzulässig. Welche Beamtenarten gibt es, woher kommt der Begriff, was heißt hergebrachte Grundsätze, ist Art. 33 V GG abschaffbar?

Sie wollen irgendwas bis zum 30. September kündigen - reicht es, wenn das Schreiben am 1. Oktober ankommt? Der BGH schreibt zu § 193 BGB ausführlich in III ZR 172/04. Das LG Stuttgart meint, ein billiges Ebay-Schnäppchen würde keine Hehlerei begründen. Liegt hier grobe Fahrlässigkeit oder Wissen und Wollen vor? Ich bin eher der Meinung der Amtsrichterin. Wer billigst auf einem virtuellen Flohmarkt einkauft, hat dolus eventualis.

In der Prüfung am 27.9. Dabitz/??? kamen die Schenkkreise und das Hausverbot an Obdachlose sowie Urkundsdelikte im Strassenverkehr. Das BVerwG meint, dass die NRW-Regelung, dass Führungsämter nur auf Zeit auf Beamte übertragen werden dürften, mit Art. 33 V unvereinbar sei. Es soll also bei der bisherigen Regelung bleiben, dass ein Beamter solange nach oben befördert wird, bis er auf immer und ewig in dem Amt ist, für das er völlig unfähig ist. Und die zweite Pressemeldung vom 27.9.: Neben der EG-Richtlinie, Aktionsplan gegen Feinstaub, gibt es eine Klagebefugnis gegen eine Gemeinde, dagegen was tun zu müssen. Allerdings nicht auf eine konkrete Maßnahme. Der Kläger bekam Steine statt Brot. Der BGH hat am 27.9. eine weitere Variante des Spielbank-Sperrvertrages behandelt. Gilt die Verpflichtung der Spielbank auch für den Automatenbereich, der nicht durch Personal kontrolliert wird? In Wiesbaden hat Kanther eine Geldstrafe bekommen, in Stuttgart die ehemalige Justizministerin ein Jahr auf Bewährung. Ihm wurden über 20 Jahre Fehlverhalten vorgeworfen, ihr fünf Minuten. Beide haben sich wie die Axt im Walde vor Gericht benommen.

Auch im September kam eine ÖR-Examensklausur zum Rauchen - Grundrechte eines Tabakwarengeschäftsinhabers und Europarecht. Die zweite Klausur drehte sich um in der Innenstadt herumfliegende CDs aus einer Kaufhaussonderaktion

- nette, normale Probleme. Das LAG Hamm hat entschieden, dass eine Kündigung nicht per SMS geht. Ein bekannter Fall aus dem Mündlichen: wie kündigt man einem AN auf einer Ölbohrinsel oder im Irak, wenn man nur Telefonverbindung hat und einen zweiten AN mit einem Handy da unten? §§ 623, 174, 167 II. Die Bahn verklagt den Verkehrsverbund, weil der jeden Monat 1 Mio € wegen schmutziger und verspäteter Züge einbehält, vor dem VG Gelsenkirchen. Die FAZ berichtet am 26.9. über die Meckenheimer Verhältnisse - ein Antrag nach § 122 GO sei noch nie vorgekommen. Der BGH hat heute über eine Quotenabgeltungs-Renovierungsklausel entschieden - o je, in dieser Republik werden keine Wohnungen mehr renoviert werden, die Handwerker können alle Insolvenz anmelden, die Vermieter werden in der Miete jetzt einen versteckten Renovierungspfennig einbauen müssen. Das Urteil vom 12.9. hat vielfältige Probleme aufgeworfen. Was ist mit schon unterschriebenen Verträgen - kann der Vermieter eine Nachverhandlung der nichtigen Klausel verlangen? Kann der Mieter, der renoviert hat, Ersatz verlangen? In dem Strafverfahren Kanther sieht es nach einem Deal aus. Die FR berichtet auch über den Fall Soering - NJW 1990. Als wenn amerikanische Richter nach 20 Jahren kippen würden, weil eine neu beauftragte mittelgroße Bonner Kanzlei nun die Presse instrumentalisiert. Schon die Begründung, sein Anwalt habe ihn nicht richtig verteidigt, weil er in einer emotionalen Krise gewesen sei, erinnert an Ally McBeal. Das VG Koblenz hat ein Outletzentrum in Montabaur für zulässig gehalten - § 1 BauGB - muss eine planende Gemeinde Rücksicht auf die Nachbargemeinden nehmen?

Beim Oktoberfest durften sich nur bayerische Schausteller bewerben - ist das europarechtswidrig oder nationales Kulturgut? Der Bootsanlegefall Ciola - Urteil vom 29.4.1999 Rs. C-224/97, Pechstein Randnummer 9, wird häufig im Mündlichen geprüft. Der bayerische Tatort am Sonntag: wie ist es strafrechtlich zu beurteilen, wenn T1 das Opfer niederschlägt, T2 schießt auf das Opfer und P3, die Putzfrau, ersäuft es dann im Teich? Beim VG Freiburg findet am 14.11. eine Verhandlung über die IQ-Regelung im Ba-Wü Holschulgesetz statt. Ist es zulässig, bei einer Hochbegabung eine Studiengebührenbefreiung als Ermessensregelung zu treffen? Eine IQ-Testfrage nach Spiegel-online: Welche der Zahlen 14/84/28/112 folgt logischerweise auf die Reihenfolge 14/7/28/14/56 - Sie haben 3 Minuten Zeit - ich würde da schon durchfallen. Darf diese Vergünstigung aufgrund einer allgemeinen Begabung festgestellt worden oder muss diese studiengangbezogen sein? Die FAZ benutzt Carl Schmitt im Feuilleton als Aufmacher für einen Piratenartikel. Wie bei Terroristen will man diese nicht gesellschaftsfähig machen, indem man sie als Gegner anerkennt. Die Bahn will bei ihrem Börsengang vinkulierte stimmrechtslose Namensvorzugsaktien herausgeben. Was haben Piraten und Terroristen gemeinsam, was unterscheidet sie, warum muss man Piraten und Terroristen definieren? Die Bürgermeisterin von Meckenheim kontert auf den Abwahantrag nach § 66 GO mit einem Antrag nach § 122 GO - ist die Landesregierung verpflichtet, sich damit überhaupt zu beschäftigen? Ist das eine Abart des Art. 68 GG - Waffengleichheit - was soll sie sonst gegen einen Rat machen, der sie abwählen will? Das geplante und auf einer EG-Richtlinie beruhende Hafensicherheitsgesetz NRW will die Kosten der Bewachung der Häfen den Betreibern auferlegen. Ab dem 1.1.2008 müssen Autofahrer in Köln eine Feinstaubplakette haben.

Die Protokolle der Prüfung Blank/LenzWeismann vom 15.9. sind da. Die Kandidatin mit Wahlfach Wirtschaftsrecht hatte sich auf Aktienrecht nicht vorbereitet - trotz der Protokollhinweise. Die Kandidatin in Strafrechtspflege kannte die Vorschrift fürs Telefonabhören nicht. Der Prüfer nuscelte daraufhin § 100 c, sie "Ach ja, § 110, den kenne ich". StPO wurde im Pflichtfach geprüft, obwohl in den Protokollen stand, das mache dieser Prüfer normalerweise nicht, wenn ein Wahlfächler dabei wäre. Es wird aber aber auch keine Gelegenheit seitens der Kandidaten ausgelassen, etwas nicht zu lernen - dumm gelaufen. Wie kann man sein Wahlfach nicht lernen, gerade jetzt, wo man 5 Monate Zeit hat? Die Noten waren entsprechend. Auf dem Oktoberfest hat ein Amerikaner einer Chilenin eine Karotte ans Auge gehauen - IPR - Art. 40 EGBG - welches Recht ist anwendbar? Und strafprozessual: § 132, 163 b StPO. Frau Merkel hat der Post aufgegeben, den Mindestlohn auch mit den Konkurrenten zu verhandeln. Sie hat wohl erkannt, dass das sonst nicht vor Gericht hält. Herr Kanther muss sich ab dem 25.9. erneut wegen der Verschiebung von Parteivermögen in die Schweiz verantworten. Es geht jetzt auch um Betrug. An dem Verfahren sieht man, wie ein promovierter Volljurist, in höchst stressigen Ämtern erfolgreich, nicht in der Lage ist, in einer eigenen Sache klug und überlegt zu agieren. Kohl hatte in seiner Spendenaffäre alles seine Anwälte machen lassen. Die haben dann den unerhörten Deal gemäß § 153 a hingekriegt - Geringfügigkeit bei der hohen Geldbuße???. Ein Anwalt, der sich selber verteidigt, hat einen Idioten zum Mandanten - der Satz ist von einem bekannten Kölner Strafverteidiger.

Im Zweiten Examen in Berlin sollten die Entscheidungen "Umbettung" (OVG Münster) und "Wagenburg"(OVG Berlin oder umgekehrt) als Klausur geschrieben werden. Ein Toter wurde ins falsche Familiengrab gelegt - muss die Stadt auf ihre Kosten und gegen den Willen der anderen Familie aus- und umgraben? Ist eine Wagenburg eine bauliche Anlage und macht es etwas aus, dass vorher ein Pachtvertrag bestand? Aus meiner Erinnerung bitte. War beides schon Thema im Mündlichen in NRW. Es wurden die Sachen der Kandidaten im Saal durchsucht - Ermächtigungsgrundlage? Man muss ja schon arg bescheuert sein, wenn man diese Urteile dann auch noch im Original in der Tasche hat - man kann die doch

zu Hause lesen. Ein Richter soll in einer AG die Themen ausgeplaudert haben. Überlegen Sie mal, in was für einer unangenehmen Lage man da ist - soll man den AG-Leiter verpetzen müssen? Ist das durch ihn Verrat eines Dienstgeheimnisses? Rechtsfolgen für die Kandidaten? In NRW hatten wir vor langer Zeit einen hübschen Fall. Prof. O. stellte eine Klausur, natürlich mit Hilfe der Hiwis. Eine hübsche Hiwi, die später Frau Prof. O. wurde, schrieb die im Examen und fiel auf, weil sie so dumm war, zu detailliert zu schreiben. Den Fall hat das JPA dann als Klausur gestellt: was ist, wenn ein Kandidat ein Hausarbeitsthema als Hiwi bearbeitet hat? Muss er das melden? Der Fehler liegt ja beim Professor. Gucken Sie mal ins JAG rein, vor allem ist problematisch, welche der fiesen Rechtsfolgen auf so einen Fall anzuwenden sind. Neulich hat der Prüfer den Fall aus dem Bonner Klausurenkurs der Woche vorher geprüft - das halte ich für unzulässig, unfair gegenüber den Kandidaten von anderswo. Bei Prof. L. vorletzte Woche soll ein Kandidat, der herzlich auf dem Flur begrüßt wurde, auf demselben (Flur) gesagt haben, Prof. L. habe ihn durchs Studium begleitet und er habe schon für ihn oder bei ihm gearbeitet - wie kann das sein, dass er von ihm geprüft wird? Ist also ein Referendar, der ja lebenslänglich den Tipp des AG-Leiters befolgt, dafür zu bestrafen? Wieso? Was ist das strafrechtlich, wenn ein anderer die Klausuren schreibt - er muss ja dann auch den Lebenslauf handschriftlich gefertigt haben? Das BayObLG hat 1981 entschieden, dass die Abgabe einer Fremdklausur kein § 267 sei - falsche Anwendung der Geisteskrankheitstheorie. In Heft 39 der NJW ist eine Entscheidung des VGH Mannheim. Der Kandidat hat sich nach Einlegung des Widerspruchs mit dem Korrektor in Verbindung gesetzt und ihm persönlich vorgeheult - die Note wurde deswegen von 3 auf 0 Punkte herabgesetzt. Sagen Sie nicht, so was macht keiner. In Protokollen habe ich schon gelesen, dass Kandidaten versucht haben, sich bei den Prüfern persönlich vorzustellen. Der Fehler liegt auch hier in erster Linie bei dem Korrektor. Er hätte mit dem Kandidaten überhaupt nicht sprechen dürfen. Darf im Widerspruchsverfahren verbösert werden? Auf welchen Zeitpunkt ist bei der Korrektur der Hausarbeit abzustellen, die Abgabe oder die Widerspruchsentscheidung?

Das Ordnungsamt der Stadt Köln hat einen 46-jährigen Mann einäschern und anonym beerdigen lassen, obwohl seine alte Mutter in Köln lebt und aktenkundig ist. Was kann diese jetzt rechtlich unternehmen? Klage auf Umbettung? Amtshaftungsklage mit Schmerzensgeld? Bei den McCanns gibt es eine neue Variante. Sie sind zum Lügendetektortest bereit. Bekanntermassen geht das in Deutschland nicht, Ausnahme: im Sorgerechtsstreit will der beschuldigte Vater beweisen, dass er seinem Kind nichts angetan hat. Wie ist das aber, wenn in einem Land wie England der Lügendetektortest anerkannt ist und gemacht wird? Darf bzw. muss die deutsche StA - wir müssen den Fall ja immer nach Deutschland verlegen - das Ergebnis verwenden? Herkunftslandprinzip des EU-Rechts in der StPO, fair trial Art. 6 EMRK? Quasi der ordre public des IPR im Strafprozessrecht? Herr Stoiber fordert, dass Kathedralen nicht höher als Moscheen sein dürfen oder umgekehrt. Ist das mit dem Baurecht vereinbar? Darf im Baurecht berücksichtigt werden, dass in manchen islamischen Ländern christliche Kirchen nicht gebaut werden dürfen - das Gegenseitigkeitsgebot des Amtshaftungsrechts im Baurecht? In der JuS 2002 gibt es eine Fallbesprechung zu dem Muezzin, der zum Gebet ruft. In dem Prozess gegen Gott ist eine Klageerwiderung, unterzeichnet mit "Gott" eingegangen. Was macht man als Richter damit?

In der Prüfung Paeffgen/Gebhard/Brand am 20.9. kam die Magna Charta, die Goldene Bulle, Paulskirchenverfassung, ein Abschleppfall und Anfechtung einer ausgeübten Innenvollmacht. Ein Verbesserungskandidat (beim ersten Mal 50 Vorpunkte und 80 Endpunkte bei Herrn Bönders) hat nun aus 68 Vorpunkten 120 gemacht (Chapeau!). Das ist kurios, denn wenn er beim ersten Mal 90 Punkte gemacht hätte, hätte er nie jetzt 120 Punkte gemacht, eigentlich muss er für die "Schlappe" dankbar sein - könnte man natürlich anders sehen. Der Vorsitzende hat kein doppeltes Stimmrecht, jeder Prüfer legt seine Note alleine fest. Eine Verbesserungskandidatin hat 2 Sozialpunkte bekommen, damit sie das Vollbefriedigend noch schafft. Der Landtag NRW hat die Reform der Gemeindeordnung beschlossen. Im Mordprozess JVA Siegburg hat der Staatsanwalt einen Antrag nach § 106 I JGG gestellt. Die FAZ stellt die Meinungen der Parteien zum Abschuss von Flugzeugen dar. Die CDU will Art. 87 a ändern, die SPD Art. 35 GG. Ex-Kanzler Schmidt meint, dass der Staat für Terroristen nicht kalkulierbar sein dürfe. Das sehe ich anders. Bodyguards der Politiker werden im Fernsehen auch immer ausführlich gezeigt, damit ein potentieller Attentäter sich sagt, ich komm an den Politiker nicht ran (Sie müssen ja nicht meiner Meinung sein).

In der Prüfung Löwer/Reuter/Loschelder am 15.9. kam im Pflichtfach ÖR die Vergabeentscheidung des BVerwG - Unterschwelligkeit-Rechtsweg-Problematik, in V+E will jemand Uganda verklagen, § 19 VGG etc.. Im Zivilrecht die Zylinderkopfsentscheidung, als der Prüfer merkte, dass jeder die kannte, hat er die Katzenentscheidung fallen lassen. Im Strafrecht eine Examenklausur. Eine Kandidatin hatte eine Hausarbeit abgegeben, bei der zwanzig Seiten wohl im Copyshop verschwunden waren - noch 4 Punkte. Ein Kandidat hat von 40 Punkten nur 57 erreicht. Am 17.9. in der Prüfung Hellebrand/Feldmann/Volkmer wurde im Strafrecht die Islam-Rede unseres Papstes auf Beleidigungen hin untersucht. Im ÖR kam das übliche, Folgenbeseitigungsanspruch, OBG. Herr Volkmer meinte zu Anfang, er müsse unbedingt um spätestens 15 Uhr weg und wolle bei 5 Kandidaten keine Pause machen. Das wäre sicherlich ein Anfechtungsgrund gewesen - Herr Feldmann sorgte für die Pause. "Diese Antwort ist Hauptschulniveau" - na ja - zwei Kandidaten fielen durch. Die Hunde (?oder Huren? ich glaube Huren) des Krieges - Blackwater - Outsourcing der US-

Armee im Irak. Die Amerikaner behandeln Taliban als unlawful combatants mit Unterbringung in Guantanamo, weil sie keine regulären Streitkräfte nach der Haager Landkriegsordnung und der 4. Genfer Konvention seien. Selber setzen sie Söldner ein und garantieren denen strafrechtliche Immunität. Bodenlos. O.J. Simpson: was wäre das bei uns, wenn jemand, ihm gestohlenen Gut mit Gewalt aus einem Hotelzimmer zurückholen würde? Das erste, was man über die amerikanische Strafverfolgung liest, ist immer Verschwörung gegen die Justiz und ihm würde Lebenslang drohen. Da war das Mittelalter bei uns noch fortschrittlicher. Das BVerfG hat am 19.9. verhandelt, ob eine Partei sich an einer Rundfunkanstalt beteiligen darf. Parteiferne als Folge der Staatsferne? Hier haben Abgeordnete geklagt und nicht wie letzte Woche ARD et alia. Die EU will ein Unbundling der Energiekonzerne durchsetzen. Über Art. 81, 82 EG? Ist das nach deutschem Recht eine Enteignung, wenn ein Unternehmen gezwungen wird, die Leitungen und die Leistungen zu trennen? Erlaubt § 19 IV Nr. 4 GWB eine deutsche Maßnahme mit dem Inhalt? Muss die EU das Eigentumsgrundrecht beachten - aus der EMRK? Kann sich RWE, in öffentlicher Hand, überhaupt auf Eigentum berufen? Die Republikaner wollen in einer hessischen Stadt ein Fest ausrichten - die Arbeitnehmer des Veranstaltungsortes (Hotel?) weigern sich, die zu bedienen. Frau Pauli meint, Ehen sollten auf 7 Jahre befristet sein. Gesetze, B-Pläne, Flächennutzungspläne mit Verfallsdatum gibt es schon. Nach der Frisur zu urteilen, steht sie neben sich. Es gibt noch einen anderen Fall, in dem Gott verklagt wurde. Eine Versicherung hatte eine Regulierung wegen höherer Gewalt abgelehnt. Daraufhin hat der Kläger Gott, vertreten durch den Kardinal K, verklagt. Man hat sich verglichen. In der NJW diese Woche S. 2765 steht der Fall, in dem der schockierte Polizist über das Land von dem Geisterfahrer als Unfallverursacher die Kosten seiner psychotherapeutischen Behandlung ersetzt haben will. Eine neue Variante der Schockschäden. Alle Zeitungen regen sich entsetzlich über Herrn Jung auf. M.E. nach müsste eine gesetzliche Regelung gemacht werden, denn der Sinn einer solchen ist nicht, das Flugzeug wirklich abzuschiesen sondern den Terroristen analog den Israelis (die zahlen für keinen entführten Israeli) klarzumachen, dass ein Luftangriff auf ein Atomkraftwerk keinen Erfolg haben wird, weil das entführte Flugzeug runtergeholt wird - sozusagen ein Gesetz mit Mentalreservation - aber das geht wohl aus politischen Gründen nicht und ist rechtlich zu exotisch - ich sollte wohl mit Frau Pauli zum Friseur gehen.

In der Prüfung Göhler-Schlicht/Verrel/Hillgruber am 18.9. kam im Zivilrecht die Spülmaschine, die sich von einer ETW in die darunterliegenden und den PC durchregne (BGH), im Strafrecht Heimtücke - der Ehemann vergiftet seine im Rollstuhl sitzende Ehefrau, um für die Geliebte frei zu sein, im Wahlfach Strafrechtspflege Statistiken. Bei Herrn Hillgruber: alles zu Herrn Jung in der Zeitung und im Völkerrecht Entebbe. In der Prüfung Ketterle/Keller/Domat kam im Strafrecht der übergesetzliche Notstand durch Abschuss von Flugzeugen, im ÖR will die Stadt die Bestattungskosten von der Familie ersetzt haben (OVG Münster), im Zivilrecht hat man zu wenig Wechselgeld im Laden bekommen. Im V+E Inländerdiskriminierung. Ikea in Godorf macht eine höhere Betriebsrente davon abhängig, dass die Arbeitnehmer gewillt sind, flexiblere Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen - nach dem BAG ist das kein Verstoß gegen § 612 a BGB - ich blick durch die Rechtsprechung nicht mehr durch, das Versprechen einer Champagnerflasche an Streikbrecher ist unzulässig aber eine höhere Betriebsrente nicht??? In der Prüfung Schuschke/Bergmann/Baxpehler vom 15.9. kam die Moschee: der Muezzin ruft zum Gebet - Immissionsschutzrecht, im Wahlfach S+V Föderalismusreform, im Strafrecht die McCanns: der Zeugenstatus wandelt sich in einen Beschuldigtenstatus um, was ist mit den alten Vernehmungen, dürfen die verwertet werden? Im Zivilrecht normal-grauselige Fälle. In Heft 17 der FamRZ ist die schon geprüfte Sürmeli-Entscheidung. Wenn ein Zivilprozess 16 Jahre dauert, kann man direkt zum EGMR - weder die Vb noch sonst was fällt unter Art. 13 EMRK. In der Prüfung am 15.9. - Weismann/Lenz/Blank - kam das Olli-Kahn-Urteil des BGH, StPO im Pflichtfach und Amtshaftung, in Wirtschaftsrecht die Haffa-EMTV-Infomatec-Entscheidungen zu Ad-Hoc-Mitteilungen. Darf ein Kardinal von "entarteter Kultur" sprechen? Der Staat darf nicht von entarteter Kunst sprechen, da Art. 5 III GG die Bewertung der Kunst durch den Staat verbietet. Nun ist die katholische Kirche zwar eine Körperschaft, aber nicht, damit sie VAe erlassen kann, sondern damit sie sich nicht als Verein organisieren muss. Zu welchem Gericht geht eine Klage des Künstlers gegen das Erzbistum Köln? In den USA klagt ein Senator gegen Gott. Was würde ein Deutscher Richter damit machen? Er würde verlangen, dass der Vorname des Beklagten angegeben wird und dann die Klage zurückschicken. Pavarotti hat zwei Testamente gemacht: eines nach italienischem Recht - Noterbenrecht der Ehefrau - und eines für die amerikanischen Immobilien. IPR! Die Frau, die ihr neugeborenes vom Balkon geworfen hat, ist zu 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt worden - Mord oder Totschlag? Die Bürgermeisterin von Meckenheim soll abgewählt werden - § 66 GO. Der übergesetzliche Notstand unseres Verteidigungsministers. Machen sich die Piloten nach § 20 WehrstrafG strafbar? Er nach § 357 StGB? § 89 dürfte nicht greifen, da Einwirkungen von innen da nicht drunter fallen. Das Problem liegt allerdings woanders. In der kurzen Zeit, in der die Entscheidung über den Abschuss getroffen werden muss, kann niemand sicher wissen, ob das Flugzeug in den Händen von Terroristen ist. Es könnte ja die Verkettung von unglücklichen Umständen sein. Richtig Angst hat man natürlich vor einem Attentat in ein Atomkraftwerk, dann gehen in Europa die Lichter aus. Das OLG Karlsruhe hat sich zu § 357 BGB geäußert. Was ist mit den Kosten der Versendung an den Kunden nach der Bestellung? Die Rücksendekosten sind geregelt aber die Hinsendekosten? Und man merkt, warum einige Produkte 39,99 € kosten.

Es gibt jetzt eine vierte Art der unternehmerischen Mitbestimmung (MitbestG von 1976, DrittelbeteiligungsG von 2005,

MontanmitbestG von 1951 ca.), wie der Fall VW-Porsche zeigt. Die Holding ist eine SE und dort sollen die VW-Arbeitnehmer, über 320.000 genauso viele Sitze bekommen wie die Porsche-Werkstätigen, ca. 11.000. Die Anzahl wird wohl durch einen Vertrag festgelegt. Wieso wird da eine e.V. beim Arbeitsgericht gegen die Handelsregistereintragung beantragt? Die FR meint, Herr Jung mache sich gemäß § 89 StGB strafbar. Es wird wieder der Einsatz der Bundeswehr anhand von Art. 35, 87 a GG diskutiert. Falls ich die FAZ richtig verstanden habe, ist Herr Jung gar nicht für einen Abschussbefehl zuständig, da wir dann im Krieg sind und gemäß Art. 115 b GG ist die Kanzlerin dann Verteidigungsminister. Rupert Scholz hat im Auftrag eines Bundesverbandes der Hotellerie ein Gutachten erstellt, nach dem das Rauchverbot in Niedersachsen verfassungswidrig sei. Was von solchen Gutachten zu halten ist, ist bekannt. Das AG München meint, dass ein Kaufinteressent, der von Düsseldorf nach München fährt, um sich ein Auto anzusehen, die Kosten erstattet bekommt, wenn der Verkäufer geflunkert hat.

In der Prüfung Henssler/Schaffranek/Krämer am 6.9. wurde die Love Parade sowie die Rückrufaktion von Mattel gefragt und eine einfache fahrlässige Tötung - die Kandidaten haben im Zivilrecht den Begriff der OHG nicht auf die Reihe bekommen (diese Meldung eines Zuschauers wurde von einem Kandidaten allerdings heftig dementiert). Auch bei Uwe Barschel wird anlässlich seines Todestages wieder die Mordtheorie aufgewärmt. Er habe sich doch nicht mit Schuhen in eine volle Badewanne gelegt. Warum nicht? Der Mann war gelernter Anwalt und eine Kandidatin hat mir erzählt, dass in der rechtsmedizinischen Vorlesung immer erzählt wird, dass gerade Selbstmörder sich mit Klamotten in die Wanne legen, weil sie sich genießen. Jeder Junganwalt hat damals Lebensversicherungen als Altersvorsorge abgeschlossen, das Versorgungswerk gab es ja noch nicht. Viele Versicherungsverträge hatten eine Ausschlussklausel bei Selbstmord. Mörder hätten sich doch wohl geschickter angestellt und ihm die Schuhe etc. ausgezogen. Der Staatsanwalt, der ein Buch geschrieben hat, hat nach eigenen Angaben Verfassungsbeschwerde gegen das Verbot der Veröffentlichung durch seine Behörde - Ermächtigungsgrundlage? - eingelegt. Er sollte erst mal den Rechtsweg ausschöpfen. Der deutsche Richtertag will heute gegen die Abhängigkeit der Justiz von der Exekutiven hinsichtlich der Beförderungen und der Finanzausstattung schießen. Glücklicherweise sind Richter noch von jemand anderem abhängig. Gegen Richter kommt man nicht an - sowohl in der Haftung als auch im Strafrecht sind die perfekt abgesichert. Unser BMV beruft sich auf den übergesetzlichen Notstand, um Flugzeuge abzuschossen. Ja fein, aber er schießt ja nicht selber ab. Also braucht er eine Ermächtigungsgrundlage, um den Scharfschützen anweisen zu dürfen, zu schießen. Die gibt es nicht. Das hat nichts mit dem übergesetzlichen Notstand zu tun. O je, Herr Jung hat gemeint, der übergesetzliche Notstand würde sich aus Art. 87 a IV GG ergeben. Er hat überhaupt nicht verstanden, dass ein übergesetzlicher Notstand so heißt, weil er nicht im Gesetz steht. Das Brett des Carneades, der Mignonette-Fall sind wieder da. Deutschland soll sich - finanziell - an der Force de Frappe beteiligen. Frau Merkel kontert mit dem Atomwaffensperrvertrag. Verboten der eine Untermiete bei einer Atommacht? Das glaube ich nicht. Gerhard Schröder besucht Edmund Stoiber, just nachdem der einen Job in Brüssel fest an der Hand hat - weil er ihn so mag oder eine warme Mahlzeit haben will? Als zuständiger Staatsanwalt würde ich jetzt schon eine Akte anlegen.

Am 17.9. entscheidet nicht der EuGH über ein Unternehmen in Seattle sondern das EuG. HRR hat wieder interessante BGH-Urteile zum Strafrecht und den EGMR Nr. 36549/03 zur Aussage, die durch Folter erlangt wurde - Magnus Gäfgen wird dessen Entscheidung mit Aufmerksamkeit lesen. In seinem Fall gab es eine dreifache Aussage. Die erste, die durch Androhung von Gewalt erlangt wurde, die zweite, die darauf aufbaute - die Richterin war leider nicht in der Lage, eine qualifizierte Belehrung zu geben, und die Aussage in der Hauptverhandlung, die er auf Empfehlung seines Verteidigers machte. Der Fall des EGMR spielt in Armenien. Das Europa des Europarats hört nicht am Ural auf sondern geht bis zum Pazifik.

Der EuGH wird am 17.9. eine spektakuläre Entscheidung fällen: halten die verhängten Bußgelder von 497 Mio Dollar und 280 Mio Euro gegen Microsoft? Schon das Urteil Honeywell / General Electric hat gezeigt, dass die Wettbewerbskommissarin weltweit agiert. Weder Honeywell noch General Electric sitzen in der EU. Dennoch wurde aufgrund der Art. 81, 82 EG ein Verfahren durchgeführt - geht das völkerrechtlich überhaupt? Die FAZ berichtet über ein Verfahren beim LG Bonn, weil die Telekom Cold-Calling macht und der angerufene Teilnehmer sagte, nein, ich will nicht, und trotzdem einen Vertrag zugeschickt bekam. Schreiben Sie direkt an den Vorstand in Bonn in solchen Fällen. Das LG hat wohl nicht geglaubt, dass das ein Versehen war. Die EU-Kommission macht deutschen Autobauern das Leben schwer. Der sog. Flottenverbrauch soll bis 2012 hinsichtlich der Klimagase abgesenkt werden - da haben natürlich Fiat etc., die Miniautos herstellen bessere Karten als Porsche. Nach der SZ hat ein Richter in Vermont die amerikanische Automobilindustrie hinsichtlich der Klimaziele zusammengefasst - das Urteil gilt bundesweit. Ähnliches Problem bei uns: kann eine Ordnungsbehörde einem Hooligan bundesweit verbieten, seinem Beruf bei Bundesligaspielen nachzugehen mit dem Argument, eingezogene Fahrerlaubnisse wirkten ja auch bundesweit? Am 12.9. hat der EuGH entschieden, dass ausländische Internatsgebühren steuerlich bei dem Vater zu berücksichtigen sind. Sagen Sie jetzt nicht, ach, das ist nicht mein Wahlfach - Europarecht, das interessiert mich nicht. Am 11.9. wurde geprüft, wie das Wort "gewerblich" in § 14 BGB zu verstehen ist. Nach deutschem Recht muss eine Gewinnerzielungsabsicht vorliegen, was bei einer Hobbyhamsterzüchterin nicht der Fall ist. Nach europäischem Recht aber nicht, da der

unerfahrene - Verbraucher - gegenüber dem erfahrenen - Unternehmer geschützt werden soll. Wir werden die nächsten Jahre immer gucken müssen, wo die Vorschrift herkommt oder ob Europarecht auf dem Rechtsgebiet den Daumen hat. Unsere Gerichte werden sich sang- und klanglos der europarechtlichen Auslegungsmethode anschließen, aber im Moment tun sie das nur vereinzelt. Es gibt kein europafestes Rechtsgebiet mehr. Im zweiten Examen wurde diese Woche die online-Durchsuchung als offline-Durchsuchung des Computers geprüft und § 107 GO - Schilderträgerfall.

Das OVG Münster hat für die eigenen Leute - Richter und Beamte in NRW - entschieden, dass die Kostendämpfungspauschale in der BeihilfeVO unwirksam sei, mit dem Argument, man habe ja schon das Weihnachtsgeld um 50% gekürzt - na ja, ich habe noch nie Weihnachtsgeld bekommen. Und, dass Windkraftträder durch Gebietsentwicklungspläne vorgesehen werden könnten, die anders als der Flächennutzungsplan Umweltrecht nicht berücksichtigen müssten - darüber muss ich jetzt länger nachdenken. Siemens hat Antikorruptionsregeln eingeführt ohne den Betriebsrat zu beteiligen - § 87 BetrVG? Muss der Media-Markt in Berlin den Polizeieinsatz bezahlen, weil es bei der Eröffnung zu Tumulten gekommen ist? Ist der Inhaber Störer? Zweckveranlasser aufgrund niedriger Preise? Der BGH hat einen Tsunami im Mietrecht ausgelöst - eine isolierte Endrenovierungsklausel ist nicht zulässig - das wird dazu führen, dass die Mietverträge nur noch Anfangsrenovierungsklauseln aufführen. Bekommen die Mieter, die nach diesen unwirksamen Klauseln renoviert haben, ihr Geld zurück? Aus § 812? Wie lange - § 548 II analog oder direkt? Bitte nicht verwechseln: Beschädigungen, Schönheitsreparaturen, Abnutzungsspuren, Renovierungen - Streichen müssen Sie trotzdem, da jeder Mieter Löcher in die Wände macht. Der BGH hat den für Tankstellen strittigen § 89 b HGB-Anspruch geklärt - es kommt auf die Stammkunden an - Parallelproblem: BMW löst die Vertragshändlerverträge auf - warum kauf ich einen BMW in diesem Autohaus? Wegen des Produkts oder wegen der dortigen Betreuung spricht Rabatt?

Generalstaatsanwalt Kapischke hat diese Woche zum 3. Mal im zweiten Examen den Fall Marco W, verlegt nach Deutschland, geprüft - interessant ist jetzt, ob der Haftbefehl aufgehoben werden kann oder muss, nachdem Lolita (Charlotte?) wieder nicht ausgesagt hat. In der Prüfung Bönders/Müller-Terpitz/Joswig am 11.9. kam der verpilzte Zuchtkater - BGH - als Hund, der Fall aus dem Bonner Klausurenkurs vom Freitag, Anscheinsefahr - § 39 OBG, und die Verfolgung eines Schuldners durch einen "Bewacher", damit der die Nerven verliert und zahlt. In der StPO kamen Standardfragen zur Revision, die Kandidatin wusste nichts. Herr Bönders war mehr als fair in dieser Prüfung. Haftet ein Hotel, welches den Weckruf vergessen hat, für den verpassten Flug? AG Duisburg, ja - was ist der Unterschied zu dem Taxi, welches den Weg zum Flughafen nicht schafft, weil der Fahrer vergessen hat, zu tanken? Dürfen die McCanns das Sorgerecht für ihre Zwillinge behalten? Nach deutschem Recht würden die richtige Schwierigkeiten bekommen - mich wundert ehrlich gesagt, wie man drei ganz kleine Kinder in einer fremden Umgebung allein lassen kann - dass da eines aufwacht, Durst hat und an die Tasche der Mama geht, könnte ja möglich sein. Aber das ist nur meine versaute Phantasie. Das Rundfunkurteil: die Länder haben gewonnen, denn das BVerfG hat denen nun die Gebrauchsanleitung für Gebührenverweigerung in der Zukunft gegeben. Und das wichtige Thema, dürfen ARD etc.. eine Internetzeitung betreiben, bleibt offen.

Das AG München hat ein Widerrufsrecht bei einem Kauf von Eintrittstickets - hier 625 € plus minus für eine Dinnershow - im Internet abgelehnt, da der Termin des Events feststehe - lt. SZ, leider ohne Angabe der Vorschrift, wohl § 312 b III Nr. 6. Wie wäre es denn bei einer Restaurantreservierung oder dem Friseurtermin per Internet oder Telefon? Kommt man davon nicht mehr runter? Wohl kaum. Ebenso unklar ist, woraus sich die Rechtsgrundlage für den Ausschuss der Weisen = Comité des Sages = Committee of Wise Men - ergeben soll, Art. 49, 56 EG, 202 EG??? Am 11.9. kam es zum Showdown zwischen Prof. Ossenbühl und Präsident Papier hinsichtlich der Finanzierung der Rundfunkgebühren - Herr Papier machte einen sehr geknickten Eindruck, aber Prof. Ossenbühl hat Steine statt Brot bekommen, dafür können sich die Antragsteller gar nichts kaufen. Der Staat hat offenbar den geplanten Selbstmord der RAF-Terroristen 1977 wissentlich hingenommen - das halte ich für legitim - aber ob das legal ist?

Das BVerfG verhandelt am 21.11. die Frage, ob ein geschiedener Vater eine BesuchsPFLICHT hat. Der Hintergrund des Verfahrens wird sein, dass die Mutter mal ein freies Wochenende haben will, um jemanden kennenlernen zu können. Es gibt die unglaublichsten Niggeligkeiten mit den vielfältigsten Ausreden, wenn es um die Besuchszeiten geht. Endlich steht mal in einer Zeitung - FR, wer Windkraft-Off-Shore-Genehmigungen erteilt: die Seeschifffahrtsbehörde, wo die sitzt, muss ich noch nachgucken. In der Prüfung Zweites am 30.8. wurde der Fall Marco W. in der Türkei, verlegt nach Kleve geprüft. Im ÖR wurde gefragt, was Mediation sei und ob die bei Verwaltungsgerichten häufig angewendet werde. Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen, wenn ein Prüfer bei Ihrem Kurzvortrag gähnt. Der Plastinator findet Dumme, die jetzt Geld bezahlen, damit er sie später mal plastiniert zur Schau stellt. Ich würde mir ja doch überlegen, ob ich als 40-jährige (nein, ich bin wesentlich älter) mal in den Genuß komme, von einem jetzt über 60-jährigen plastiniert zu werden. Kommt man von so einer Unterschrift wieder runter?

Die Contergan-Entscheidung des BVerfG, Nachfolge zu Lebach I und II, ist schlichtweg unlogisch. Zum einen wird argumentiert, der Film habe nichts mit dem Contergan-Fall zu tun gehabt (mit was denn sonst?), andererseits wird aber das Recht des Rundfunks betont, das "Jubiläum" des Falles mit dem Film kennzeichnen zu dürfen. Strafbar war das Verhalten der Verantwortlichen nach dem StGB nicht, da die Schädigung des Kindes im Leib der Mutter nur nach § 218 geahndet wird und da gibt es keine Fahrlässigkeit - zivilrechtlich haben Gynäkologen u.ä. aber schlechtere Karten, da die Rechtsprechung eine Beweislastumkehr annimmt. Eine wirklich perverse Situation, aber kein Politiker packt so was an - damit bekommt man keine Wählerstimmen. Die Reise in ein Terroristen-Ausbildungscamp in Pakistan sei nicht strafbar - kein § 129 a - so die Zeitungen heute, wieso keine Beihilfe zu § 129 a bzw. die drei sind doch selber eine terroristische Vereinigung? TNT will gegen den Postmindestlohn klagen - täte ich auch, das ist ein Vertrag zulasten Dritter und zwar absichtlich.

Zur Strommengen-Übertragung: ich bin leider nicht in der Lage, die Rechtsgrundlage allein durch Lektüre des Gesetzes zu finden, aber wozu gibt es ja google? § 7 I b und d AtG - was ist das Einvernehmen da drin? Kann die Kanzlerin Knut Gabriel über Art. 65 GG disziplinieren? Die zwei Vorschriften beißen sich. Am 4.9. in der Prüfung Linden/Kreß/Maschler kam die Vormerkung, Rose-Rosahl-sich kreuzende Mordmerkmale, im ÖR Instanzenzug, Revision, Berufung, wann wurde was geändert - man durfte nicht ins Gesetz schauen (wie lang eine Rechtsmittelbelehrung im Urteil ist??), im Wahlfach S+V Wiedereinsetzung im Vorverfahren - er hat sich wohl vertan und meinte, es ginge um den Fachanwalt für Verwaltungsrecht - wie sollen junge Leute so was wissen? Die Zulassungsberufung ist 1993 eingeführt worden. Das Bürokratieabbaugesetz sollte gewusst werden. Der zweite Teil, der im Oktober kommt, war ihm wohl nicht bekannt. Eine Kandidatin weinte nach jeder Prüfung, hat aber dann doch die Punktlandung auf 40 gemacht. Dr. Linden kann es einfach, er hat gestaffelt nach der Stärke der Kandidaten die Fragen gestellt, wie es sich gehört. Prof. Lorenz schreibt in der FAZ, Recht und Steuern, zu Irrtümern über die Schuldrechtsreform, insbesondere zu § 440 S. 2.. Das Recht der zweiten Andienung gäbe es nicht. Das sieht er m.E. nicht vollständig richtig. Er denkt nicht an den Fall, dass der Verkäufer nicht auf das Nacherfüllungsschreiben reagiert, zudem hat er wohl noch nicht selber eingekauft - dann würde er feststellen, wie frech Verkäufer sind: "Sie haben den Gameboy nicht richtig bedient" - erst wenn Sie mit einem Anwaltsbrief kommen, geben die den Kaufpreis "aus Kulanz" zurück, die Anwaltskosten müsste man dann einklagen, was ja keiner macht. Zudem weiß man als Anwalt ja nie, ob der Mandant recht hat oder nicht.

August: Das BAG meint, dass bei einem Betriebsübergang der alte Tarifvertrag nun immer und ewig weiter gelte, wenn im Arbeitsvertrag auf ihn Bezug genommen wurde - bisher wurde nur eine statische Wirkung, also bis zur nächsten Änderung des Tarifvertrages angenommen, ab dieser fiel der AN in den Topf der neuen Gewerkschaft. Das wirft natürlich einige Folgefragen auf. Was ist, wenn eine Gleichstellungsabrede gar nicht erforderlich ist, weil der AN in der Gewerkschaft ist? Was macht man als AG, da man jetzt mehrere Gewerkschaften auf der Gegenseite hat? Die Richter merken nicht, was sie da eigentlich tun. § 613 a, der laut EuGH sogar in der Insolvenz gilt, behindert ohnehin schon massiv Sanierungsaufkäufe, jetzt holt man sich nicht nur die alten AN an den Hals - wie will man da sanieren - sondern auch noch deren überhöhte Arbeitsbedingungen auf immer und ewig. Jeder Anwalt muss also versuchen, § 613 a auszuhebeln - eine einfache Methode: man legt den Betrieb ein halbes Jahr still, dann fehlt der zeitliche Zusammenhang oder der Übernahmevertrag wird auf den Tag nach der Stilllegung datiert. Die Urteile zu dieser Vorschrift gerade in diesem Jahr sind Legion, wobei überhaupt keine klare Linie auszumachen ist und bei den AG-günstigen die konkrete Gefahr besteht, dass Luxemburg die aufhebt. SWAP-Geschäfte - also haben Gemeinden doch hohe Verluste eingefahren. Die sind einfach zu doof für so was. Die StA in Düsseldorf ermittelt bei der WestLB wegen § 400 AktG. Zur Zeit kommen lauter Hochstapler hoch: die falsche Ärztin, der CDU-OB-Kandidat. Anstellungsbetrug, Urkundenfälschung, Körperverletzung an den Patienten, wenn die richtig behandelt wurden, zivilrechtliche Lohnrückgewähransprüche?

In der Prüfung Schuschke/Siegmund am 29.8. kam die Meldung vom gleichen Tage, dass die Stadt Köln prüft, ob die Verschmutzung der Domplatte durch ein Verbot von Essen und Trinken verhindert werden kann - im Wahlfach S+V § 35 BauGB, es wurde 20 Minuten lang nach dem Begriff privilegiertes Vorhaben gesucht - im Strafrecht ein BGH-Fall, im Zivilrecht ein großer Fall mit Arbeitsrecht/HGB/Erbrecht. Eine Kandidatin mit 16 Vorpunkten bestand mit 48 Endpunkten. Die FAZ stellt im Feuilleton fest, dass unsere bisherige Einteilung in Zivil-, Straf- und Öffentliches Recht wohl der Einteilung Nationales, Supranationales und internationales Recht weichen wird. Zudem dass die Definition von Ulpian des Öffentlichen und Privaten Rechts, zum Wohl aller - zum Wohl einzelner - so nicht stimmt. Am 30.8. gibt es einen Spielzeuggipfel beim Wirtschaftsminister - was kann der Staat rechtlich tun, um Spielzeug sicherer zu machen? Das BVerwG wendet die TA-Lärm nicht nur auf Windkraftparks - BImSchG - an sondern auch auf einzelne Windkraftträder. Die Zeitungen berichten über die Strafverfolgung von Firmenbestattern. Als ob dadurch dieses Gewerbe verschwinden würde. Man verlagert eben die GmbH nach Frankreich. Darf ein Erblasser testamentarisch verfügen, dass er als Trauerdiamant bis zum Jüngsten Gericht rumgetragen wird? Eine amerikanische Hotelinhaberin hat ihrem Hund 8,8 Millionen Euro vermacht - was ist das rechtlich? Die FAZ berichtet über die Verschiebung des

unverfälschten Wettbewerbs aus dem Reformvertrag in ein Protokoll - die EU arbeitet also mit völkerrechtlichen Mitteln der WVK. Das EU-Parlament will sich mit der Todesstrafe beschäftigen - damit frisst es über die Hecke - das ist das Gärtlein des Europarates.

Hilfe, gucken Sie mal in die Drucksache 14/4199 - 2. Bürokratieabbaugesetz NRW mit Wirkung zum 1.10.2007 und da auf Seite 4 Absatz III. Das Handelsblatt berichtet in Recht und Steuern über den Trihotel-Vulkanwerft-II-Fall des BGH - dieser habe die Haftung wegen existenzvernichtenden Eingriffes nicht mehr analog Aktienrecht sondern aus dem BGB genommen, damit die Limiteds damit gepackt werden können - die Anwendung des GmbH-Rechts verbietet ja der EuGH - bitte das MoMiG anschauen, wenn Wirtschaftsrecht das Wahlfach ist. Das Handelsblatt bespricht wegen des mangelhaften chinesischen Spielzeuges das letztjährige Urteil des BGH zur fehlerhaften Tapetenkleistermaschine. Das BVerfG hat zu entscheiden, ob ein adoptiertes Kind den alten Namen entgegen § 1757 beibehalten darf. Nach der Niebüll-Nicht-Entscheidung des EuGH zu § 1617 wieder mal Namensrecht. Jetzt wollen die NRW-Sparkassen ihre Anteile an der WestLB an die LBBW verkaufen - der Landesvater Rüttgers will das nicht - hat das Land überhaupt die Kompetenz, sich da einmischen zu dürfen? Die Kommunen meinen nein, da es sich um eine Selbstverwaltungsangelegenheit handele - Daseinsvorsorge? Forsthoff, s. die neuen § 1, 2 der kommenden Gemeindeordnung. Slowenien und Kroatien wollen eine Arbitrage über Seegrenzen, bei der OSZE, dem Seegerichtshof, dem IGH, dem Internationalen Schiedsgerichtshof - gucken Sie mal nach, ob letzteres wirklich so heißt. Herr Kremendahl ist freigesprochen worden, obwohl er schuldig ist. Es kann ja nicht sein, dass ein OB-Kandidat straflos ist, wenn er "Wahlkampfspenden" eines Bauunternehmers nimmt, ein amtierender OB aber strafbar.

In der Prüfung Doleischv./Dolspersg/Okonek/Windisch am 25.8. wurde der neue § 107 GO - s. Homepage Landtag aktuelle Gesetzesvorhaben - neben den alten gelegt - die Gemeindereform soll im September durch den Landtag - und verglichen. Ist das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden noch gewahrt? Im Strafrecht ging es um eine Vorschrift im Sozialrecht, die Prüferin wollte wissen, wie Kandidaten mit unbekanntenen Vorschriften umgehen. Im Zivilrecht kam kein Fall aus der letzten NJW sondern aus seiner Kanzlei, im Wahlfach S+V: Was sagen Sie zum LG im ÖR? Er wollte auf die Baulandkammer hinaus - bei der hat man als Anwalt auch wahnsinnig viel zu tun - aus 38 Punkten wurden 87. Die FAZ schreibt auf der ersten Seite zu dem fehlenden Rechtsschutz gegen die Terroristenliste der UNO - Bosphorus, Yussuf, Gestoras pro Amnestia. Die UNO hat angeordnet, dass Konten von Schurkenstaaten gesperrt werden und die EU der von privaten Terroristen. Rechtsschutz bekommt man aber weder beim EGMR noch beim EuGH, weil die sagen, was der Sicherheitsrat sagt, muss von uns, da alle EU-Staaten in der UNO sind, umgesetzt werden. Allenfalls die Art und Weise, wie ich auf die Liste komme, könne überprüft werden - da kriegt man Angst. Kafka, der Prozess. Prof. Thüsing schreibt in der SZ, dass der Mindestlohn bei der Post dazu dient, das Monopol der Post zu retten - sag ich doch. Am 28.8. wird beim BGH der Ehrenmord Sürücü verhandelt und zwar der Freispruch des älteren Bruders - Zeugin vom Hörensagen und Beweiswürdigung: darf eine Aussage als glaubwürdig aber zu dürftig gewertet werden? Die SPD will ein neues NPD-Verbotsverfahren - dann laufen diese Leute doch alle zur Linkspartei rüber - die spinnen - Prof. Löwer hat in der Welt ein Interview gegeben - m.E. nach eher dagegen. Schon beim ersten Verfahren wurde das sehr gerne geprüft - also Vorschriften lesen. die SachsenLB soll im Wege einer Fusion und nicht im Wege einer Übernahme "übernommen" werden.

In der Schuschke-Pabst/Fassbender-Prüfung am 25.8. kamen die BGH-Entscheidungen zu der Vermieterhaftung wegen nicht kindersicheren Zimmertürglasscheiben. Im ÖR die Examensklausur: Zuteilung einer neuen Hausnummer. Im Strafrecht § 113/§ 240. Im Wahlfach IPR hat ein Viehtransporter entlaufene Rinder von Belgien nach Deutschland gebracht - was ist also, wenn die GoA in Belgien anfängt und in Deutschland aufhört? Aus 41, 42, 45 und 52 wurden 81, 82 und 84 sowie 94 (45 zu 81). Die LBBW kauft die SachsenLB, d.h. wer "kauft" was bitte? Die SachsenLB soll nach den Zeitungen seit einem Monat eine AG sein, die LBBW nach ihrer Homepage eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und ein Konzern.?. Ein Pferd paart sich mit einem Zebra? Geht das nach dem Umwandlungsgesetz? Die SachsenLB soll eine Zweigstelle der LBBW werden - gilt hier § 613 a? Die EG-Kommission guckt schon schräg, da das eine Rettungsaktion der öffentlichen Hand für eine AG ist. Angeblich haben die eine Triggerklausel, also eine Rücktrittsmöglichkeit eingebaut, falls das Risiko grösser ist als angenommen. Ministerpräsident Milbradt hat den Landtag nicht mit einbezogen - oje - genug Zeit hat er gehabt - Wesentlichkeitstheorie - Auswirkung auf die Wirksamkeit des "Kaufvertrages"?

Das VG Münster beschäftigt sich mit dem Problem "Halteverbot kommt zum Auto wegen ZDF-Dreharbeiten". Darf aus so einem Grund die Behörde ein Halteverbot überhaupt vorschreiben? Gibt § 18 LStrWG hierfür eine Ermächtigungsgrundlage? Ein vorbestrafter Kinderschänder holt immer Kinder von der Schule ab, indem er sich als ehrenamtlicher Betreuer ausgibt, die Behörde benachrichtigt daraufhin die Eltern und warnt sie - Ermächtigungsgrundlage? Die Gemeinde Gescher nimmt auf Rottweiler statt 36 € nun 240 € Hundesteuer - die Klägerin meint, das ginge nicht, weil Rottweiler nicht in § 3 sondern nur in § 10 Landeshundegesetz stehen - muss die Gemeinde - wo liegt Gescher überhaupt? - diese Differenzierung beachten? VG Münster meint, nein. In Köln-Lindenthal

hat die Bezirksvertretung den Carl-Diem-Weg in "Am Sportpark Müngersdorf" umbenannt -die Deutsche Sporthochschule klagt, weil sie ihre Visitenkarten umdrucken muss - VG Köln, erfolglos. OVG Koblenz: darf die Übernahme einer Referendarin ins Beamtenverhältnis abgelehnt werden, weil sie 45 ist? Als sie die Referendarzeit begann, war die Grenze 40. Verstoß gegen AGG? Dann noch zu ein paar Gerüchten: wer stellt die Klausuren und wer die Hausarbeiten? Ein Prüfer sagte mir, dass die Klausuren in der Regel von Professoren gestellt werden, da diese die Dinger dann recyceln im Klausurenkurs etc.. Die Hausarbeiten kämen oft aus der Praxis - nicht immer, klar, Staatsrecht z.B.. Dann wird kolportiert, die Freischusstermine seien leichter oder schwerer als andere. Blödsinn. Zu meiner Zeit hieß es, die Klausuren aus Hamm seien schwer. Jeden Monat stellt ein anderes JPA die Klausuren, es ist schon zu Doubletten gekommen. Die nehmen das, was sie eingereicht bekommen und zwar schnell, denn wenn so eine Klausur lange rumliegt, besteht die Gefahr, dass sie durchsickert - nicht im JPA, aber die Leute, die im Vorfeld damit befasst waren, sind ja einige.

So, der VGH Mannheim meint, er sei für die Klage von EnBW gegen die BRD zuständig, da es sich um eine Untätigkeitsklage handele, weil das betroffene AKW Neckarwestheim in Ba-Wü liege. Herr Gabriel wollte den Fall zum VG Köln bringen, da das Umweltministerium noch seinen ersten Wohnsitz in Bonn hat. Der Blick auf die Homepage des VGH zeigt, dass dieses in erster Instanz für Großverfahren zuständig ist. Gilt das denn auch, wenn es nur um die Übertragung von Restlaufzeiten sowie § 59 VwVfG geht? In Köln läuft ein Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Hafens in Godorf an - ist dieses überhaupt zulässig? § 26 GO? Ist das eine Bauangelegenheit? Wie wird ein Hafen rechtlich erweitert? Ein NPD-Funktionär wollte in die freiwillige Feuerwehr, die eigentlich jeden nehmen muss. Darf er mit der Begründung abgelehnt werden, er würde ja nicht so tatkräftig helfen, wenn das Haus eines Farbigen brennen würde? Obwohl die NPD nicht verboten ist?

Der 24. August ist mit der Bartholomäusnacht verbunden. Carl Schmitt - wenn man ein bißchen googelt, findet man, dass er eigentlich Karl hieß, auf eine serbische Tingeltangeltänzerin, angebliche Reichsgräfin reingefallen ist, die schließlich mit seiner Bibliothek verschwunden ist. Er habe ja keinen ans Messer geliefert, er sei nur ein Mitläufer gewesen, liest man - da wird einem schlecht, "Der Führer schützt das Recht" und andere Unsäglichkeiten, er hat 1936 eine Tagung organisiert über Juden in der Rechtswissenschaft. Adolf Eichmann hat auch niemanden persönlich umgebracht. 20 Jahre Windkraft: die Lizenz zum Gelddrucken, da das frühere Stromeinspeisungsgesetz, jetzt Gesetz über erneuerbare Energien die Stromkonzerne zur Abnahme meines durch einen großen Föhn erzeugten Stromes zwingt. Ab wann braucht man eine BImSchG-Genehmigung? Was ist mit Off-shore-Windparks, kann sich eine Gemeinde dagegen wehren - Löwer-Prüfung -, wenn vor ihrer Nordseesilhouette diese Spargel stehen? Die AKW-Betreiber klagen vor dem VGH-Mannheim, der sich für sachlich und örtlich zuständig erklärt, weil Herr Gabriel nicht die Übertragung der Laufzeiten von neuen AKWs auf alte erlauben will, pacta sunt servanda des Ausstiegvertrages, den unser letzter männlicher Kanzler abgeschlossen hat. §§ 59, 60 VwVfG? Gemeinden um Bonn haben Swap-Geschäfte gemacht - man glaubt es nicht. Schon die Crossborderleasing-Geschäfte waren ein Flop. In den 60er Jahren hat jede Gemeinde ein teures Schwimmbad gebaut, in den 70er dann die Asbestkongresshallen, in den 80ern die Fußgängerzonen - die Zeitangaben sind gefühlte. Die Love Parade findet am Wochenende in Essen statt - Versammlung?

Herr Bönders hat diese Woche im zweiten geprüft: Aktenvortrag, die Pfändung des Grabsteins, er legte Wert auf die Nennung der Daten, Tod des Erblassers etc., obwohl das bei der Lösung überhaupt keine Rolle spielt, und bemängelte, dass bei der Erinnerung nicht das Rechtsschutzbedürfnis geprüft wurde, Quatsch, wenn der Schuldner sie einlegt. Er recycelte den Strafrechtsfall aus der letzten Prüfung im 1. Examen, Folie im Auto gegen Blitzen - auch hier hatten die Kandidaten nicht den Eindruck, dass sie eine Chance hatten. Ich war schon froh, dass Prof. Pagenkopf seit April nicht mehr geprüft hat, aber er ist wiedergeboren. Die SZ hat am 23.8. einen traumhaften Bettlakenartikel über Heuschrecken u. Verwandte. Es wird eine Beteiligungsgesellschaft gegründet, die wird mit dem Objekt der Begierde verschmolzen, aus dem Vermögen der sog. Zielgesellschaft wird die Übernahme dann bezahlt, man musste ja eine volle Kriegskasse haben, und später wird die Zielgesellschaft dann wieder verhökert - Private Equity, Leveraged Buyout, Newco - man lernt jeden Tag was neues. Die Wirtschaftrechtler sollten sich zudem mit Swap-Geschäften beschäftigen. Die FAZ schreibt wieder über Carl Schmitt ganzseitig. Der Feuilleton-Chef macht den Eindruck eines verschmähten Liebhabers, so arbeitet diese Zeitung sich regelmäßig an diesem unerträglichen Juristen ab. Die Gemeinde Nümbrecht hat ihr eigenes Stromnetz gekauft - § 107 GO? Die Welt berichtet über den Gegensatz der hohen Hauspreise in England und niedrigen in Deutschland: da die Gemeinden für die Einwohnerzahl Geld vom Bund und Land kriegen, weisen sie viel Bauland aus, damit die Leute da hinziehen und das führt zu preiswerten Häusern - aha, darüber habe ich noch nie nachgedacht. Die Welt hat wieder einen großen Artikel zum Lomonossow-Rücken und der Frage, wem der Nordpol mal gehören wird - der liegt wohl in 4000 Meter Tiefe und keineswegs auf irgendeinem Rücken. Jeder Anrainerstaat hat 10 Jahre seit Ratifizierung Zeit, seine Ansprüche zu begründen - für die Russen läuft diese deadline 2009 ab - für die Dänen erst 2013. Der Fall Görgülü steht wieder in der Zeitung. Der Junge kommt jetzt doch endgültig zu seinem Vater. Der Generalanzeiger berichtet am besten über die geplante Änderung der Verbraucherinsolvenz: wenn man gar nichts hat, zahlt man 25 € Gerichtskosten und sechs Jahre lang jeden Monat 13 €

und dann kann man später mit der Restschuldbefreiung wieder neu durchstarten - das ist die Legalisierung des modernen Strassenraubes. Warum sollten Leute da noch Kredite zurückzahlen? Der Kosovo: die Deadline ist der 10. Dezember. Eine Einigung wird nicht kommen - der Kosovo wird sich für unabhängig erklären, Serbien wird überlegen, ob es einmarschiert - und dann? Welche internationale Gemeinschaft kann mit welchem Küchenbesteck einschreiten?

Gesellschaftsrechtlicher Inzest in reinster Form: BGH II ZR 109/06 - bei der GmbH&KG-KG entscheiden die Geschäftsführer der GmbH über ihre eigene Entlassung. Die Protokolle vom 14.8. - s.u. - sind da: Was fällt Ihnen zur kleinen Hufeisennase ein, wollte Herr Bieber im Wahlfach S+V wissen. Wichtig war vor allem, dass die nur 5 Km weit fliegt, aber 10 km von der geplanten Brücke gesichtet wurde. Der Mindestlohn für die Post kommt - die CDU hat sich wieder mal durchgesetzt. Denn es kommt kein gesetzlicher Mindestlohn. Es wird die Reaktionskette Tarifvertrag, Entsendegesetz, Allgemeinverbindlichkeitserklärung geben. Der Mindestlohn dient nicht dazu, Dumpinglöhne zum Schutz der Arbeitnehmer zu verhindern sondern um der Post wegen des fallenden Briefmonopols die Großkunden zu sichern. Das ist Etikettenschwindel. Es gibt einen neuen Arbeitgeberverband, Postdienste. Ist der tariffähig? Ja, weil ver.di gesagt hat, mit denen verhandeln wir. Alles sehr seltsame Mechanismen. Die Welt berichtet über den Zusammenbruch der Göttinger Gruppe - die hat atypisch stille Beteiligungen verkauft. Das schlimme ist, dass Anleger da nicht nur 5.000 € reinwerfen sondern meist Erbschaften oder das komplett Ersparte - der Rattenfänger von Hameln hat eine Wiedergeburt in den Finanzberatern mit drei Großbuchstaben - der BGH lässt die aber nur in Ausnahmefällen haften. Die Gier vernebelt das Gehirn.

Wem gehört der Nordpol? fragt Die Welt einen Seerechtler - die Antwort sei in Art. 76 der Seerechtskonvention zu finden. In der Prüfung am 2.8. - Prof. Schilken/Kaufmann-Fundt/Prof. Pietzker - bekamen alle (32 - 40 Vorpunkte) ausreichend - auch der Kandidat mit 40 Vorpunkten, einer fiel mit 14 Vorpunkten durch, eine Kandidatin mit 38 Vorpunkten machte ein knappes befriedigend, Eingangsfrage von Prof. Pietzker: was ist der Unterschied zwischen einer GmbH und dem Staat? Gegenfrage: wann darf man einen Ball besser legen? Ich glaube nicht, dass Prof. Pietzker sich in den Einzelheiten des GmbH-Rechts auskennt. Gewünschte Antwort: der Staat hätte ein Rechtssetzungsrecht, die GmbH nicht - was, wenn er das wirklich so gesagt haben soll, richtig gehend falsch ist. Verfassungsmäßigkeit des § 34 a PolG, Rundfunkfinanzierung und EU; der Vermieter veruntreut die Kautions, Schimmel in der Wohnung. Die Parteien wollen mehr Geld haben - die Zeitungen drücken sich da schwurbelig aus "staatliche Förderung" - Parteien dürfen nur Wahlkampfkostenerstattung, Mitgliederbeiträge und Spenden bekommen. Inoffiziell bekommen sie von ihren Funktionären noch Geld - jedes Gemeinderatsmitglied muss hohe Beträge von der Aufwandsentschädigung abgeben - bei jeder Partei. Das dürfte eine unzulässige staatliche Parteienfinanzierung sein, aber es klagt ja keiner. Sie können sich vorstellen, was da zusammenkommt, wenn jedes Gemeinderats-, Kreistags-, Landtagsmitglied etc.. Geld abgeben muss. Die Uni Freiburg will von Studenten mit einem IQ von 130 und mehr keine Studiengebühren haben - ist das eine unzulässige Diskriminierung? Nach meiner privaten Meinung gibt es sowieso keine Menschen, die in allen Gebieten einen hohen IQ haben - es gibt immer nur Teilbegabungen - sehr kluge Leute treffen keinen Ball beim Tennis oder Golf und sehr gute Tennisspieler können keinen graden Satz schreiben, vor allem, wenn sie rote Haare haben. In der FAZ schreibt der Prüfer Dr. Landsberg über das Subsidiaritätsprinzip der EU bzw. über das nicht vorhandene. Vertreter von Bundesverbänden und ähnlichem sind professionelle Heulbojen. Das gilt vor allem für Gemeinden, die stehen alle seit 50 Jahren angeblich vor der Pleite, niemand nimmt das mehr ernst. Wenn die abends die Heizung runter drehen würden, hätten sie die Probleme auch nicht. Die brandaktuelle Diskussion um § 107 GO hat schon ihren Grund - im öffentlichen Dienst hat es noch nie betriebsbedingte Kündigungen gegeben, ausser bei der Kirche in Trier. Wirtschaftsangelegenheiten werden nur wegen der Kommunalaufsicht unter rechtlichen Gesichtspunkten angesehen. Da Gemeinden nicht insolvent werden können, in Weimar ist das nämlich vorgekommen, interessiert Gemeindefunktionäre nicht, ob sich etwas rechnet oder nicht. Sie verdienen ja nicht mehr, wenn die Gemeinde Geld spart.

In der Prüfung am 17.8. - Bönders-Dylla-Krebs-Quarch - hat Herr Quarch aus seinem Urlaubsroman vorgelesen und wollte das strafrechtlich geprüft haben. Herr Bönders hat einer Kandidatin mit einer 9 Punkte Hausarbeit mehr als angedeutet, dass ... "Nach neuem Recht wären Sie durchgefallen". Da Frau Dylla-Krebs sich lautstark und erfolgreich später für sie einsetzte, kam sie noch durch - von 26 auf 40. Im ÖR: Die Stadt will von einem Beigeordneten Aspiranten eine Genom-Analyse. In Strafrechtspflege sollten Tagessätze berechnet werden. Alles nur abgedrehte Sachen bis auf Zivilrecht: Kaufrecht. Die Welt bringt ein Gemälde, welches Hugo Grotius als jungen Mann zeigt - alle Gerichte in Den Haag wurden zu seinen Ehren dort angesiedelt und sein Mare Liberum ist wegen der Nordpolaktivitäten aller Staaten ausser Bayern immer noch sehr aktuell. Die Welt bringt zudem einen Artikel über eine angebliche Katzenklappe im Luftsicherheitsgesetzurteil des BVerfG - im Kriegsfall dürften Flugzeuge möglicherweise abgeschossen werden, wobei der 11. September ein Präzedenzfall sei, da die NATO ja den Bündnisfall beschlossen hatte. Na ja - erstens ist da eine alte Kamelle, die schon Herr Schäuble entdeckt hat und zweitens gibt es den Begriff Krieg im Völkerrecht eigentlich gar nicht mehr, zudem sind Terroristen nach Auffassung der USA ja keine combattants, weil sie keine Uniformen anhängen und sich nach dem Krieg nicht ins Privatleben zurückzögen. Es ist auch kaum vertretbar, den Taliban den 11.

September zuzurechnen, die NATO hat sich damals schwer getan, einen Bündnisfall - man dachte ja dabei zuerst an Stalin, der war aber wohl nicht darin verwickelt - anzunehmen. Der Bund finanziert den Tom-Cruise-Graf-Stauffenberg-Film mit 4,8 Millionen, weil Art. 87 III d EG das erlaube. Prof. Thüsing schreibt in der FAZ einen Artikel, der mit Vertragsfreiheit anfängt und mit Werbeverbot für Konsumentenkrediten endet - so was kann ich erst abends nach einem Glas Wein zu mir nehmen und dazu habe ich dann keine Lust mehr. Das ArbG Osnabrück hat die Sozialauswahl bei der Kündigung nach Altersgruppen wegen des AGG für unzulässig erklärt, wenn der Arbeitgeber keine guten Gründe habe - die angeblich abnehmende Leistungsfähigkeit im Alter sei ein Märchen und gehöre nicht dazu.

Heute gibt es nichts neues, daher zur - nur auf den ersten Blick - leidigen Rechtsgeschichte: deutsches Kaiserreich 1871, Weimarer Republik, Heiliges Römisches Reich deutscher Nation - alles mit dem Zusatz wikipedia und Carl Schmitt reichen fürs Mündliche. Rechtsgeschichte kommt nicht immer dran, wenn sie aber kommt und Sie können da ein bißchen was, werden Sie reich belohnt. Im Strafrecht Constitutio Criminalis Carolinae, Bambergensis, Feuerbach, Kant, von Listz. Im Zivilrecht Uwe Wesel, Geschichte des Rechts zum römischen Recht. Das kostet Sie ein bis zwei Stunden!

Die SPD will von der Wehrpflicht zur Freiwilligenarmee - man kann sich ja vorstellen, wer da anheuert, die Leute, die bei den Fremdenlegionären als Weicheier abgelehnt wurden. Im Mündlichen wurde mal gefragt, wann die erste Wehrpflichtarmee im Einsatz war: Schlacht bei Valmy 1794 plus minus. Wäre eine Freiwilligenarmee mit dem GG vereinbar, abgesehen davon, dass wir dann südamerikanische Verhältnisse bekommen? Das BVerfG hat sich als Superrevisionsinstanz betätigt: § 116 IV Nr. 3 StPO sei dahingehend auszulegen, dass das verurteilende Strafgericht nur dann eine U-Haft anordnen dürfe, wenn es eine andere, schlimmere Prognose als der Haftrichter, der den Haftbefehl erlassen aber dann ausser Vollzug gesetzt hatte, abgibt. Unglaublich und unmöglich - das war bisher Standardprozedur, dass bei einer Verurteilung mit hohem Strafmaß der Haftbefehl wieder in Kraft gesetzt wurde. Das schlimme ist, dass der BGH hier eine Auslegung praktiziert, die vom Wortlaut her fern liegt und zu lebensfremden und vor allem gefährlichen Ergebnissen führt. Standardfragen im Mündlichen: welche Haftarten gibt es? Voraussetzungen des Haftbefehls, wer erlässt ihn? Rechtsbehelfe dagegen. Brigitte Mohnhaupt darf ihren Namen ändern - Namensschutz: §§ 12, 1355, 1617 BGB, § 17 ff.. HGB.

Ein Baggerarbeiter hat am 16.8. in Köln beim U-Bahn-Bau eine Gasleitung angebohrt, so dass der Strom in der Innenstadt weitgehendst ausfiel bzw. abgestellt werden musste - wer haftet da wofür? Die FAZ berichtet im Feuilleton über Hugo Preuß, den Vater der Weimarer Verfassung (warum Weimar?), und stellt zu recht fest, dass diese nicht an den plebiszitären Elementen gescheitert ist - es gab ganze zwei Referenden - und auch nicht an der fehlenden 5%-Klausel. Es war damals die modernste Verfassung, die es gab, Österreich und Frankreich haben heute eine ähnliche (Direktwahl des Präsidenten, Präsidialdemokratie, der Präsident bestimmt die Regierung). Aber sie geriet sofort in schweres Fahrwasser: Weltwirtschaftskrise, Reparationszahlungen, Braun gegen Rot - das GG hat bisher fast nur sonnige Tage gesehen - bei der RAF zogen ein paar Wolken am Himmel auf und 1990 überlegte man, ob man nicht was ändern soll, hatte aber für einen großen Wurf keine Zeit. Prof. Depenheuer rezensiert in der SZ ein Buch zur totalen Verrechtlichung. Wir Juristen wissen alles besser - tun wir ja auch. Unterschied Rechtsstaat Justizstaat? Was haben wir in der Theorie und in der Praxis? RTL hat in Belgrad eine Rundfunklizenz erfolgreich eingeklagt - weil die Vergabe heimlich und undemokratisch war - das kann man uns auch vorwerfen. Kein Parlament vergibt bei uns Lizenzen, niemand wird öffentlich dazu angehört - ich mache meinen Fernseher an und stelle fest, dass auf einem Kanal jetzt was völlig anderes läuft. Der BGH hat sich nun auch strafrechtlich mit Sportwetten beschäftigt - nach dem BVerfG, nach dem BVerwG, nach dem EuGH - § 284 StGB. Die Veranstalter hätten einen unvermeidbaren Verbotsirrtum gehabt - der wahre Grund ist meines Erachtens der, dass der EuGH unseren § 284 StGB für europarechtswidrig hält, weil der Staat selber Glücksspiele veranstaltet und seine Konkurrenten ins Gefängnis bringt. Die Bundesanwaltschaft hat das Buback-Urteil veröffentlicht, nachdem die SZ mit einer Klage gedroht hat - Anspruchsgrundlage - § 4 LPrG? Informationsfreiheitsgesetz? Die RAF hatte geplant, Willi Brandt zu entführen - § 30 StGB - Duchesne-Paragraph. Der Schriftsteller Giordano meint, der Koran sei mit dem GG unvereinbar - die Bibel auch. Was soll das? Die SZ bringt einen Bettlakenartikel zur Bekämpfung der feindlichen Übernahmen durch Staatsfonds aus den Vereinigten Arabischen Emiraten et alia. Alle Zeitungen berichten über die Mafia und Blutrache - ist das Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46 a? War ein Scherz. Angeblich fällt die italienische Mafia nicht unter § 129 StGB, da es sich um Familien handelt.

In der Prüfung am 14.8. Rütten/Bieber/StAinKrämer kam im Zivilrecht der Jungbullenfall und ein Abschleppfall, im Strafrecht der Münzhändlerfall NJW 1995, im ÖR gesetzliches Werbeverbot für Süßigkeiten und Haribo legt Vb ein, die klassischen Urteile Lüth, Nassauskiesung, Kreuzberg (von 6 Kandidaten kannte ein einziger diese klassischen Urteile, ich fasse es nicht) und der geplante Mindestlohn und Art 9 III GG - sagen Sie mal was dazu. Im Wahlfach Wirtschaftsrecht die geplante Mini-GmbH, Vulkanwerft II, Business judgement rule, was ist ein Cashpool - eine

Kandidatin konnte dazu gar nichts sagen und durfte netterweise noch was zur GbR erzählen. Trotz des Preußenheftes des Spiegels kam keine rechtsgeschichtliche Frage - Herr Bieber liest den Focus, jedenfalls hatte er einen Artikel daraus zur Mini-GmbH dabei. Der Hessische Staatsgerichtshof beschäftigt sich am 15.8. auf die Normenkontrollklage der "Landesanwältin" mit dem Kopftuchverbot - das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hatte gestern die Grace-Kelly-Variante verworfen. Das Problem ist eigentlich gar nicht das Kopftuch sondern die Begleiterscheinungen wie kein Sport für Mädchen, Aufenthalte ausserhalb des Hauses nur mit männlichen Verwandten. Was ist der Unterschied zwischen dem Kopftuch der Lehrerin, der Referendarin, der Kindergärtnerin, der Parfümverkäuferin, der Schülerin und der abzuschubenden Asylbewerberin, bei der die iranische Botschaft ein Paßfoto mit Kopftuch verlangt? JuraXX steht wieder in der Zeitung - der Grund der Insolvenz sei die ungenügende Überprüfung der Qualifikation der Bewerber gewesen - das ist dreist, die haben jeden genommen, der nicht bei 2 auf den Bäumen war. Rente mit 67 für Beamte: d.h. nicht für Polizisten und Soldaten aber für Lehrer - echte oder unechte Rückwirkung - Art. 33 IV, V GG? Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums? Köln diskutiert weiter die Moschee - Einfügen gegen Religionsfreiheit? Die Minarette sind ein Problem, die Ghettobildung, nämlich der Zuzug zum Gotteshaus das andere. Es gibt eine Rückrufaktion wegen Magneten an Barbiepuppen: strafrechtliche Produkthaftung - der Erdalsprayfall: die Geschäftsführer lehnten einstimmig den Rückruf ab. Ist der Geschäftsführer, der nur für die Frauenparkplätze zuständig ist, strafrechtlich verantwortlich? Er sagt, selbst wenn ich mit ja gestimmt hätte, wäre ich überstimmt worden - die Prüfer wollen da den Vergleich mit dem Film "die zwölf Geschworenen" hören. Auf einem Golfplatz ist ein römischer Sarkophag gefunden worden - der hat sich wohl an seinem Lieblingsloch beerdigen lassen. NRW will eine Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens im Strafrecht über den Bundesrat - alle Gesetzesvorhaben über den Bundesrat haben null Chance, denn wenn Frau Merkel das Vorhaben von Herrn Rüttgers befürworten würde, wäre das ein Regierungs- oder Fraktionsentwurf. Bisher kommt eine Wiederaufnahme zulasten des Angeklagten nur bei einem Geständnis oder strafbaren Handlungen im Verfahren in Betracht. Rüttgers spinnt, denn das würde ja dazu führen, dass die StA schlampig ermittelt - noch schlampiger - und einfach mal anklagt. Man kann ja später immer noch mal nachlegen. Strafverfahren sind unangenehm für Geldbeutel und Seele - wir Juristen sehen das so gelassen, weil wir nicht betroffen sind. Wenn Sie Ihr erstes Strafverfahren haben, werden Sie sehen, dass man um Jahre vorzeitig altert.

Der BGH hat sich der Centros-Überseering-InspireArt-Rechtsprechung ein weiteres Mal unterworfen: XII ZB 114/06 - eine Limited, die nur eine Briefkastenadresse in Birmingham hat, ihre Geschäft aber in Düsseldorf betreibt, ist nicht nach § 119 I b GVG zu behandeln - die Berufung geht also nicht zum OLG. Frau Merkel scheint den Urlaub mit Herrn Müntefering zu verbringen, da sie sich um den Mindestlohn streiten. Ich glaube, ich weiß jetzt, warum ausgerechnet die SPD keinen tariflohnabhängigen sondern einen gesetzlichen Mindestlohn haben will. Die Gewerkschaften kriegen in den neuen Bundesländern keine Tarifverträge mehr durch - vor 2 Jahren wurde ein Streik wegen Erfolglosigkeit abgebrochen, die Unternehmer sagen, wir machen dicht, wenn ihr auf der Lohnerhöhung besteht. Wäre ein gesetzlicher Mindestlohn zulässig? Verstoß gegen die Vertragsfreiheit? Die FAZ berichtet nun auch noch mal über den Soering-Fall. Der EGMR hatte 1990 entschieden, dass das Warten auf die Todesstrafe Folter sei. Nur wenn die USA versprechen würden, ihn ganz fix umzubringen, würden sie ihn kriegen. Das Kosovo-Trio schlägt eine Teilung des Kosovo vor, na toll, analog Berliner Mauer? Die "Brüsseler Kommission" rügt unseren Datenschutz - die Zeitungen trauen sich manchmal nicht mehr, die Bezeichnung anzugeben, weil sie nicht wissen, ob das EG-Kommission oder EU-Kommission heißt. Ab Dezember ist das egal, der Lissaboner Reformvertrag wird wegen Selbstzerfleischung der Warschauer Regierung wohl durchflutschen. Was hat Brüssel mit unserem Datenschutz, unserer Bundeswehr (Tanja Kreil), unserem Steuerrecht (Meilickefall) unseren Berufsgenossenschaften zu tun? Ein unersättlicher Moloch. Und nun der Datenschutz - 1. oder 3. Säule? Das AG München hat eine Vermieterin, die durch einen einseitigen Spiegel ihren männlichen Mieter im Bad beobachtet hat, zur Rückzahlung der kompletten Miete verurteilt, nicht nur des Teils, der auf das Badezimmer entfällt. Die Birthler-Behörde steht in den Zeitungen: eine Bundesoberbehörde, deren Chef nicht vom Minister ernannt sondern vom Bundestag gewählt wird und der Aufsicht der Bundesregierung untersteht. Als Frau Birthler die Kohl-Telefonmitschnitte der Stasi der Presse zum Fraß vorwerfen wollte, wollte Otto Schily sie daran hindern - Gerhard Schröder hat ihn zurückgepiffen, das BVerwG hat Kohl dann recht gegeben, Opfer-Mitschnitte dürfen nicht ausgeliefert werden, Täter-Mitschnitte schon.

Der BGH - XII ZR 141/05 - hat einen erstaunlichen Fall: ein KfZ-Meister hat Schwarzgeld über 1,2 Millionen DM in Luxemburg gebunkert, seine Frau geht buchstäblich putzen und im Scheidungsverfahren spricht das Familiengericht ihr ganze 87 € Unterhalt zu, sie solle weiter putzen gehen. In der besagten Prüfung vom 9.8. hatte der Kandidat nicht 30 Vorpunkte sondern 29 (sonst geht wieder das Geheul los) und hat im Endergebnis 35 Endpunkte bekommen! Im Europarecht kam Marco W. in der Türkei dran, in Zivilrechtspflege das Urteil zu § 1615 I II - kannten zwei Kandidaten nicht. Der geplante Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven ist rechtshängig - hier stoppt ihn nicht die kleine Hufeisennase sondern das Vergaberecht - FAZ.

In Münster wurde ein Kunstwerk als Diebstahlschutz unter Strom gesetzt. Ist das zulässig? Fälle aus dem Mündlichen zu "Kevin allein zuhaus" - das Kind gehört in die Psychiatrie: der Hauseigentümer, der schon mehrfach im Urlaub ausgeräumt wurde, bringt am Kamin, durch den die Diebe immer kamen, unten ein Gitter an - als er aus dem Urlaub zurückkommt, riecht es etwas streng. Der Bärwurz/Giftfallefall des BGH: darf ein Apotheker für die Einbrecher vergifteten Bärwurz in den Kühlschrank stellen? Ohne Gift wäre das für die auch unangenehm genug gewesen. Darf eine Berghütte unter Strom gesetzt werden, weil schon des öfteren verirrte Wanderer dort eingebrochen sind? Den DDR-Todesschußbefehl gab es also doch. Rechtliche Probleme: welches Recht war anzuwenden? S. Art. 315 I und IV EGStGB. Kausalitätsnachweis für den einzelnen Soldaten? Waren das Mittäter? Nein, sie waren ja nicht freiwillig zusammen. Rechtfertigung? Bei Herrn Honnecker et alia: die Befehlskette war nachzuweisen.

Das OLG Zweibrücken hat einen IPR-Fall, der es in die Zeitungen geschafft hat. Ein eingebürgertes geschiedenes iranisches Ehepaar streitet um die Rückgabe einer Morgengabe, auf die sie nicht notariell verzichtet hat - Art. 5, 11 EGBGB, Normenmangel. Die FAZ meint, dieser ganze Bohei um eine Kosovo-Lösung sei verschwendete Zeit. Die Russen wollen keinen unabhängigen Kosovo, dieser wiederum will von Serbien nicht abhängig sein, deshalb wird er sich einseitig für unabhängig erklären - ist das völkerrechtlich zulässig? Die SZ zeigt die Geschichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips im Arbeitskampf auf - Kampfparität, soziale Adäquanz, das Urteil des BVerfG aus 1991. "Die letzten Gefangenen des letzten Weltkrieges" veranlassen die SZ, sich zur völkerrechtlichen Verträgen zulasten Dritter auszulassen. Nichts für Warmduscher. Eine Fledermaus: aus welchen Vorschriften ergibt sich denn, dass diese kleine Hufeisennase einen Brückenbau stoppt und damit höherwertiger als das UNESCO-Welterbe ist, welches das nicht geschafft hat? Im Findex findet man nichts zu Fledermaus, § 1 VI Nr. 7 BauGB?

Der Bürgerentscheid schlägt das UNESCO-Weltkulturerbe, aber die Kleine Hufeisennase schlägt den Bürgerentscheid - die Waldschlösschenbrücke hat ein neues Kapitel - das ist Jura. In der Prüfung Bönders/Strothmann-S/Zaczyk am 9.8. hatte ein Kandidat 30 Vorpunkte mit einer 12-Punkte-Hausarbeit. In der Strafrechtsprüfung kam ein leichter Betrugsfall dran, der Prüfer fragte diesen Kandidaten plötzlich etwas aus der StPO - konnte er nicht - Anmerkung: "Das war Thema Ihrer Hausarbeit". Das Match war bei Redaktionsschluss noch nicht beendet. Im Zivilrecht EBV, im ÖR Gemeinderecht - ein Protokollfall. Der BGH - III ZR 20/07 - meint, dass das THW, nicht rechtsfähige Bundesanstalt, keinen Direktanspruch aus GoA gegen den Störer hat, wenn sie Haftkleber von der Straße klaubt - das örtliche Ordnungsamt müsste den Anspruch geltend machen. Die FAZ und auch die SZ berichten über die Prozesstaktik der Bahn und der GdL - den rollenden Gerichtsstand (analog zum fliegenden Gerichtsstand der Presse: überall, wo man die Zeitung kaufen kann, kann ein Widerrufsanspruch aus § 32 ZPO geltend gemacht werden, die Gegendarstellung nach dem LPrG allerdings nicht, die gehört zum Sitz des Verlegers) - und den Feststellungsantrag der GdL in Frankfurt vor der Entscheidung in Nürnberg, dass die Streiks zulässig seien. Die wollen also auf die Einrede der Rechtshängigkeit hinaus - ist das derselbe Streitgegenstand? Die englische Krankheit, die Berufsstandgewerkschaft, wird zitiert. Das ArbG Nürnberg wird sich auf den Widerspruch der GdL hin jetzt in der mündlichen Verhandlung - 1 Berufsrichter und zwei Schöffen - mit der Sache nochmal befassen müssen. Man kann ahnen, dass der eine Schöffe mit dem Richter mitzieht. Das ArbG Nürnberg hat aber nur zum Güter- u. Fernverkehr entschieden aber nicht zum Nahverkehr - der dürfte der Bahn wurscht sein, denn diese Kunden kommen wieder zurück, da sie ja mit der Bahn fahren müssen. Die GdL will nun keine Streiks mehr ankündigen, damit die Bahn keinen gerichtlichen Rechtsschutz bekommt - das dürfte rechtswidrig sein. Die FAZ berichtet wegen des Urlaubs der Kanzlerin von dem Vizekanzler. Dieser Titel ist nur Theaterdonner - er darf nur das Glöckchen läuten, um die Journalisten aus der Kabinettsitzung zu verscheuchen. Mehr nicht. Dieser Theaterdonner wie auch der des Art. 65 und 68 trägt die Handschrift Adenauers - alle diese Vorschriften haben anscheinend ein Riesendrohpotential des Amtsinhabers - aber eben nur scheinbar.

Darf die Uni Bonn Radiosendungen produzieren oder ist das verbotener staatlicher Rundfunk? Das BVerfG meint, die Uni darf - sie ist ja nicht Körperschaft wie eine Gemeinde, um VAe erlassen zu können sondern zum Schutz ihrer Wissenschaftsfreiheit. Der EuGH hat über das Versicherungsmonopol der Berufsgenossenschaft zu entscheiden (ich bin zwangsweise in einer Berufsgenossenschaft, weil sich auf meinem Acker in Grafenau ja jemand sich den Fuß verstauchen könnte - wenn Sie den Acker kaufen wollen, melden Sie sich bei mir). Im Vergewaltigungsprozess des 17jährigen Marco in der Türkei wird das girl zuhause vernommen - wäre das bei uns auch so? OLG Hamburg: Der Vorstand einer Komplementär-AG einer KG darf Konkurrenz machen - § 112 HGB gilt nicht - die Vorschrift könnte sich mit dem GWB beissen, Immanenztheorie. Ein netter Fall zur Gesamtschuld: BGH II ZR 30/06: der Eigengeschäftsführer einer GmbH gibt gegenüber der Krankenkasse ein Schuldanerkenntnis hinsichtlich der rückständigen Sozialabgaben ab - wer haftet im Innenverhältnis? Allein die GmbH, da nur sie Arbeitgeberin sei. Der Bundestagspräsident hat die Berliner StA ermächtigt, wegen § 353 b IV StGB zu ermitteln - muss er das überhaupt, wenn gegen Journalisten vorgegangen werden soll? Müssen die Journalisten ihre Quelle preisgeben - Cicero II? Unterschied zu Cicero I?

Der Seegerichtshof hat endlich mal was zu tun: japanische Fischer sollen im russischen Fischereigebiet gefangene

Lachse falsch protokolliert haben und wurden interniert - jetzt wird über die Höhe der Kaution gestritten. Kanada meint übrigens, der Nordpol sei kanadisch. Die rechnen alle damit, dass der in absehbarer Zeit abschmilzt, so dass die Bodenschätze geerntet werden können. Max Strauß ist freigesprochen worden - es ist kurios, dass der Prozess nicht in München (Tatort, Wohnort, Ergreifungsort) stattgefunden hat sondern in Augsburg (weil Herr Schreiber da zuletzt wohnte). Das ganze ist total verlogen - die Anklage lautet nur auf Steuerhinterziehung, das ging in die Hose - die Bestechungsdelikte wurden noch nicht mal angeklagt. Man fragt sich natürlich, warum Holger Pfahls jahrelang um die ganze Erde geflohen ist, wenn da angeblich gar nicht viel war. Die FAZ berichtet im Feuilleton über die Deals und ihre letzten Anwendungsfälle - Ackermann/Hartz. Minister Beckstein warnt vor der Scientology-Church - private Vermieter sollten an die nicht vermieten, der Staat würde das auch nicht tun - das dürfte ein unzulässiger Boykottaufruf und daher sehr teuer sein. Toll Collect klagt gegen den Bund wegen Zahlungsfragen vor einem Schiedsgericht - Schiedsgerichte sind furchtbar: zum einen müssen die zusammengesetzt werden, dann machen die nichts ohne Vorkasse, d.h. der Kläger muss erst mal alle Kosten vorab zahlen, da der Beklagte das natürlich nicht tut. Wenn Sie also jemanden zeitlich verhungern lassen wollen, vereinbaren Sie die Schiedsgerichtsbarkeit. Das BVerfG - NJW 2007 S. 2317 - hat die Tätigkeit eines Anwaltes mit der eines Kirchenbeamten für zulässig gehalten, jedoch nicht mit der eines staatlichen Beamten. Warum ist die Gemeinde eine Körperschaft? Warum die Kirche? In mehreren Prüfungen ist § 30 BVerfGG diskutiert worden - ist das richtig, dass die Quoren veröffentlicht werden? Sollte man das ändern?

Ha, die Presse bekommt endlich auch mal Ärger mit der Justiz - anlässlich des Cicero-Urteils wurde berichtet, dass die Strafbarkeit von Journalisten beim Geheimnisverrat vom Gesetzgeber gestrichen wurde - die Justiz sagt, egal, dann sei ihr eben Gehilfen. Carl von Ossietzky hat in den 20er Jahren geheime U-Boot-Pläne veröffentlicht und starb an den Folgen der Haft - die Nachkriegsjustiz hat Wiederaufnahmeanträge seiner Verwandten immer abgelehnt - die Verurteilung sei zu Recht erfolgt. Legen Sie sich nie mit der Presse an - sie ist nicht fair (Gucken Sie mal, welche Zeitungen keine Leserbriefseite haben und schauen Sie mal ins Impressum, ob Sie den nach dem LPrG wegen Gegendarstellung zu verklagenden ausfindig machen können - bei kritischen Artikel wird der Redakteur nicht genannt; die fiesesten Zeitungen beherrschen die Kunst, Werturteil und Tatsachenbehauptung so zu mixen, dass sie eine Gegendarstellung, die sich nur auf Tatsachen beziehen darf, nicht formuliert bekommen - achten Sie mal darauf, was die FAZ - keine fiese Zeitung - zu Gregor Gysi schreibt - er ist dafür bekannt, dass er jeden mit einem Prozess überzieht - hoffentlich liest er diese Seite nicht - jeder Artikel wird sicherlich von 3 Juristen gegengelesen) - und hat viiiieel Geld. Nur der Strafrichter macht denen Angst. Der Bundesgesetzgeber hat sich bisher nicht getraut, ein Bundespressegesetz zu machen, jeder Politiker würde fertig gemacht, der sich an so was dran wagt. Ist Art. 5 I GG verletzt, wenn ein Journalist wegen Weitergabe von geheimen Untersuchungsausschussakten bestraft wird? Der Primeminister bricht seinen Urlaub ab, weil auf einem Bauernhof Maul- u. Klauenseuche ausgebrochen ist - Regierungschefs freuen sich immer über solche Katastrophen, da kann man die Opposition immer schlecht aussehen lassen. Darf die EU ein Exportverbot verhängen? Aus welcher Säule?

In der Staat+Verwaltungsprüfung am 20.7. durch Dr. Landsberg wurde nach business improvement districts und § 171 f sowie § 13 a BauGB - Flächenrecycling - gefragt - ich wünsche mir manchmal, ich hätte was anderes studiert - in der Prüfung kam auch die Sache mit der Cautio Mutiana und dem Kodizil. Das Arbeitsgericht Düsseldorf hat sich der Tarifeinheit verschrieben und den angekündigten Streik der Lokführer untersagt. Die Bundesregierung warnt vor Strahlungsgefahren durch W-Lan, das erinnert an die Warnung vor Glykolwein, Sekten und Birkelnudeln - Ermächtigungsgrundlage? Gegen das Bombodrom haben erfolgreich geklagt: ein Putenzüchter, ein Hotelier und eine benachbarte Gemeinde - sind die klagebefugt? Ein Radsportler verlangt von der Politik, dass sie ihn, den sauberen, vor dopenden Kollegen bewahrt, da er so seinem Beruf nicht mehr nachgehen könne - Art. 12 als Institutsgarantie? Die UN hat für den Sudan Kapitel VII angewandt - Gefahr für den Weltfrieden durch innerstaatliche Konflikte? Zum ersten Mal gibt es eine Hybridmission - dürfen wir da mit machen? In Afghanistan arbeitet ISAF angeblich parallel zu Enduring Freedom - hier wäre das aber eine Heirat mit der AU. Der Mord in der JVA Siegburg. Angeblich ist der 17-jährige der schlimmste gewesen, klar, der kann ja auch nur maximal 10 Jahre bekommen. 5.000 Leute wollen gegen die für den 1.1.2008 geplante Vorratsdatenspeicherung Vb einlegen - das ist Kappes, denn durch die Lahmlegung des BVerfGs erreichen sie ihr Ziel ganz sicher langsamer als sonst. Eine 14jährige flieht vor ihren Scientology-Eltern - kann das Vormundschaftsgericht hier nach § 1666 BGB was machen? Gehen Art. 4 und 6 GG vor?

In der Prüfung am 27.7. Limpens/Blank/Macioczek kamen die ausgewiesenen russischen Diplomaten, der Windpark beim VG Aachen, der Zylinderkopffall des BGH, Jan Ullrich - § 263 - was ist das strafrechtlich, wenn man aus einem Express-Kasten zwei statt einer Zeitung nimmt. Heft 31 der NJW hat einen Aufsatz aus dem Institut von Prof. Henssler zum Dachziegelfall des BGH - 1983 - und zum Fliesenfall des OLG Köln aus 2006, schon mehrfach Klausurthema. Ein schöner BGH-Fall - VII ZR 81/06: Der Fenstereinbauer F bestellt beim Fensterhersteller H Fenster und baut die als Subunternehmer in dem Neubau ein. Die Fenster sind mangelhaft, allerdings beschwert sich weder der Generalunternehmer noch der Bauherr, trotzdem verklagt F den H wegen der mangelhaften Fenster. Und III ZR 83/06 zur Haftung von sog. Finanzoptimierern, die einen geschlossenen Fonds (Musical/Aktien/Florida-Immobilien) 1995

unter die Leute brachten - Prospekthaftung, endlich mal ein stattgebendes Urteil - Vorinstanz OLG Köln: laufen Sie weg, wenn jemand, der für eine Organisation mit nur drei Großbuchstaben Ihnen Fonds u.ä. verkaufen will. Heute beginnt der JVA-Siegburg-Prozess. Aktuelle Rechtsgrundlage für die Haft von Jugendlichen? Sehr seltsam, dass die berühmte Strafgefangenenentscheidung (BVerfG 33 S. 1) von 1972 schon 1976 zum StVollZG führte, aber erst 2006 das BVerfG die gleiche Konsequenz für Jugendliche forderte. Es fehlen noch JVA-Gesetze für die U-Haft (da gibt es bisher nur § 119 III StPO) und die Sicherungsverwahrung. Bitte die letzten Änderungen für Jugendliche angucken - Adhäsionsverfahren und Nebenklage. Die große Jugendkammer in Bonn muss sich gefallen lassen, dass sie beim Einzug vom ZDF gefilmt wird - gilt das NTV-Urteil des BVerfG auch für Jugendstrafverfahren? Darf im Gebäude gefilmt werden? Wer entscheidet das? Das ArbG Mainz hat den e.V. Antrag der Bahn gegen die geplante Urabstimmung der GdL abgelehnt, da erst gegen den Streikaufruf selber geklagt werden könne - das könnte man durchaus anders sehen. Der ehemalige BVerf-Richter Grimm fragt in der SZ, ob der Staat aus dem GG eine Garantenstellung für den Sport habe. Meint er jeden oder nur den, bei dem sich nicht dopen kann, also Dartwerfen? Prof. Wagner, z.Z. Dekan in Bonn, sagt in der FR etwas zu Professoren, die Doktorarbeiten liegen lassen. Es hätte einen Kollegen gegeben, der nicht hätte nein sagen können. Ich nehme an, er meint den verstorbenen Prof. H., der nach der Prüfung auf dem Bahnsteig sagte, wollen Sie nicht bei mir promovieren, während sein Vorzimmerdrache die Leute dann am nächsten Tag in die Wüste schickte. Kann auf Schadensersatz geklagt werden, wenn die Doktorarbeit drei Jahre liegen bleibt? Ein Anwalt meint ja. Dann berechnen Sie den Schaden mal. Die Waldschlösschenbrücke wird wieder in den Zeitungen aufbereitet, da nun endgültig ab dem 13.8. gebaut wird. Die SZ schreibt ausführlich zum Föderalismus und der Reform, die FAZ in Recht und Steuern zur Vulkanwerft II und zur squeeze out Entscheidung des BVerfG.

Juli: Die NW-Justizministerin hat den straflosen Eigenbedarf von weichen Drogen von 10 auf 6 Gramm gesenkt - sagen die Zeitungen. Was heißt das rechtlich? Kann sie der StA und den Gerichten Anweisungen erteilen? Gelten § 153, 153 a StPO auch bei Jugendlichen? Sind §§ 45, 47 JGG spezieller? Heino will von der Rundfunkgebühr (ist ein Beitrag) einen Volksmusikeuro abziehen - blöd, aber es gab schon mehrere Klausuren, in denen ein Querulant wegen des Afghanistan-Einsatzes einen Teil der Steuer nicht gezahlt hat oder ein Arzt einen Kammerbeitrag teilweise gekürzt hat. Der Kölner Stadtanzeiger berichtet über die Inflation der neuen kleinen Gewerkschaften wie GdL, Cockpit, UFO, Marburger Bund - das Prinzip der Tarifeinheit weicht wohl dem Prinzip der Tarifpluralität. Das ArbG Mainz hat den e.V. der Bahn gegen die GdL mangels Zuständigkeit abgelehnt - Frankfurt sei zuständig. Die Bahn will nicht nach Frankfurt - klar, die entscheiden immer arbeitnehmerfreundlich - und hat irgendwo in NRW einen Antrag gestellt - § 32 ZPO?

Am 27.7. in der Bönders-Prüfung kam als "aktuelles" der G-8-Gipfel in Heiligendamm - dürfen die Tornados über die Zeltlager drüberfliegen und was war das? Das Stichwort technische Amtshilfe war gefragt (o mei). Darf der Gesetzgeber Steuervorteile bis 2009 für Biokraftstoff festlegen und dann beim Regierungswechsel doch abschmelzen? Es gibt keinen Plangewährleistungsanspruch - so das BVerfG heute. Der Soli soll herabgesetzt werden - ist das eine Sonderabgabe oder eine Steuer? Letzteres.

Der Mallorca-Mord - sehr spannend. Das Urteil ist in der Begründung und vom Ergebnis her eine Katastrophe - und noch schlimmer: instinktos. Angeblich darf ein Verdeckter Ermittler nicht auf einen Verdächtigen angesetzt werden, wenn der gesagt hat, er schweige. Was ist mit Vertrauensleuten? Was ist, wenn der Verdächtige gelogen hat, er wäre es nicht gewesen? Was ist mit dem Walter-Sedlmaier-Fall, in dem der Verdeckte auf die Verlobte angesetzt wurde? Hätte ein bei einer Durchsuchung gefundenes Tagebuch oder Video oder Brief trotz Schweigerechtsausübung verwertet werden dürfen? Wenn der Verdächtige in der Vernehmung sagt, er wolle nichts sagen, heißt das das doch nur, dass er jetzt und hier nichts sagen wolle. Wieso wurde der Film aus der Wohnung des Verdeckten Ermittlers im Fernsehen gezeigt? Ist das ein neues Beweisverwertungsverbot für die neue erste Instanz? Dürfen VE jetzt nur noch vor der Vernehmung angesetzt werden? Und das bei Tötung einer 15jährigen Touristin! Es geht ja nicht um Ladendiebstahl. Nemo tenetur se ipsum accusare steht nicht in der StPO - das liest man aus § 136 StPO raus - aber in der EMRK. Der VGH Mannheim meint, dass ein Untersuchungsausschuss zu dem Handschriftenstreit (Herr Oettinger wollte letztes Jahr Handschriften, die eh schon Ba-Wü gehören, der Familie Baden bezahlen) unzulässig sei, weil der Vorgang noch nicht abgeschlossen sei. Das ist doch eine Frage des Standpunktes, ob ein Vorgang noch läuft oder nicht. Die WestLB - was ist das? Es gibt ein ausgezeichnetes Buch: Wie liest man den Wirtschaftsteil einer Zeitung? Von Barbier - ich habe mir das zugelegt, weil ich bei Aufschlagen des Kursteils in der FAZ die Abkürzungen nicht verstanden habe und überhaupt nicht kapiert habe, wo überhaupt die Frankfurter Börse steht. Der BGH hat sich mit der Gasexplosion zwecks Vertreibung der Mieter in Düsseldorf beschäftigt. Hat der Anstifter Vorsatz gehabt? Springen Sie dem Prüfer nicht sofort mit dolus eventualis ins Gesicht sondern ventilieren Sie erst mal, ob er das Wissen und den Willen gehabt hat. Erst wenn das erstere zu bejahen ist und das zweite zweifelhaft, darf man die Theorien hervorholen. Der EGMR hat Russland zu konkreten Schmerzensgeldzahlungen an tschetschenische Opferfamilien verurteilt. Normalerweise setzt er die nur dem Grunde nach fest. Die Kreisreform in Mecklenburg-Vorpommern ist rechtswidrig, weil die Kreise zu groß seien - auch mal was neues. Die Kreistagsmitglieder würden den Überblick verlieren - über die 150 Einwohner mit

abnehmender Tendenz? Der Gastwirt, der mit einem Minderjährigen ein Wetttrinken mit tödlichem Ausgang für letzteren veranstaltet und dabei geschummelt hat, ist wegen § 227 angeklagt worden. Wie wäre das bei einem volljährigen Opfer gewesen?

Der BGH hat zum 4. Mal ein Beweisverwertungsverbot angenommen (Wahrsagerinnenfall, Abhören im Krankenzimmer, fehlende Belehrung des Beschuldigten/Zeugen): der verdeckte Ermittler im Hafturlaub - Mallorca-Mord titeln die Zeitungen - führt das zur Fernwirkung - fruit of the poisonous tree? Darf der Verdeckte Ermittler als Zeuge vernommen werden? Ist § 136 a direkt oder analog anzuwenden? Welche Analogiearten gibt es? Wann gab es ein Analogiegebot? Wann ein Analogieverbot in der Rechtsgeschichte? Ein richtiges Highlight. Das BVerfG hat das Gefährderanschieben abgesegnet. Das LG Bonn verhandelt die Frage, ob eine Ehevertragsklausel, nach der die Frau nach der Scheidung den Ehenamen ablegen muss, einklagbar ist - § 1355? Zur Wiederholung der notwendigen Europarechtswokabeln sehr schön über google "Professor Goerlich Folien" und zum europäischen Grundrechtsschutz "matthews melchers folie"! Am 24.7. wurde im Zweiten Examen die Online-Durchsuchung geprüft. Die Bundesbahn hat beim ArbG Mainz erneut eine e.V. gegen die GdL wegen der durchgeführten Urabstimmung beantragt - die GdL eine e.V. gegen die Bahn, weil diese den Lokführern die Einmalzahlung von 600 €, die mit Transnet vereinbart war, angeboten hat - verstößt das gegen § 612 a? Echte - unechte Streikbruchprämie? Der Champagnerflaschenfall des BAG - darf der Arbeitgeber nicht streikenden eine Flasche Rotkäppchensekt schenken oder ist das eine Maßregelung? Die Beutekunst - Haager Landkriegsordnung - ist Streitthema zwischen Polen und Deutschland. § 42 AO soll eine Beweislastumkehr zulasten des Steuerschuldners bekommen, das wird übel.

In der Prüfung Bieber/Joswig/Quarch vom 14.7. kam im Strafrecht eine alte Examensklausur (Homesitter guckt Fernsehen und telefoniert) sowie BVerfG zu § 142 StGB - vorsatzloses Entfernen; im ÖR der Moscheebau in Köln (geschichtlicher Hintergrund des BauGB von 1960 sei die Kritik des BVerfG an der Vorgängerregelung gewesen), im Arbeitsrecht 4 Fälle, Nebeneinkünfteentscheidung, die Inder-Entscheidung des BVerfG (Examensklausur) zur Rücknahme einer Einbürgerung, im Zivilrecht Mietminderung - 34 auf 60 Punkte, 32 auf 76, 23 auf 47, 52 auf 101 und 48 auf 82. In dem Urteil 5 StR 383/06 sind StPO-Probleme für drei Prüfungen drin: müssen dealende Polizeibeamte die trotz Maßnahmen nach § 175 II 1, 174 III, 172 Nr. 1 GVG keine Aussagegenehmigung bekommen, wegen Verfahrenshindernis nach § 260 III StPO "freigesprochen" werden? Das ist ja die perfekte Möglichkeit des Dienstherrn, die Verurteilung seiner Beamten zu verhindern. Kann ein Angeklagter, der nur aus formellen Gründen freikommt, Revision einlegen, um einen Freispruch erster Klasse zu erhalten? Was ist, wenn die Verfahrensrüge zu schlampig und daher unzulässig ist, mit materiellen Fehlern - darf der BGH eine Sachrüge überhaupt prüfen? Der BGH hat den Verhandlungstermin für den Ehrenmordprozess Sürücü angekündigt. Die Bundesbank wird 50 - was macht die eigentlich noch so ausser kaputte Geldscheine über die LZBs umzutauschen? Die EZB, die BAFIN und der BfM tun die Arbeit. Die Unabhängigkeit von Regierungsanweisungen hat ihre Ursache in der Weimarer Inflation - damit nicht Geldscheine nach Anforderung gedruckt werden. Die Welt berichtet über den 75jährigen Geburtstag des Preußenschlages: der Bund entläßt Herrn Wowerit. Der Staatsgerichtshof hat Preußen 1933 noch recht gegeben, aber da war es schon zu spät. Der EuGH wird im September § 10 I Nr. 9 EStG verhandeln, die Internatskosten in Hogwarts sind nicht steuerlich absetzbar - ich vermute, dass wie im Morgan-Bucher-Fall zu § 5 BAFöG entschieden werden wird. Die FAZ meint in Recht und Steuern, dass der EuGH den Grundsatz Pacta sunt servanda bei europarechtswidrigen Verträgen gebrochen hat - das hat schon das OVG Berlin letztes Jahr gemacht: die Rückforderung von Beihilfen, die per Vertrag gewährt wurden, kann durch VA erfolgen und nicht durch Leistungsklage. Der Vertrag fällt also nicht wie eine Vorschrift ins Koma - Anwendungsvorrang - sondern Europarecht vernichtet ihn. Der VGH Mannheim meint im Eilverfahren, dass Pflichtfachfranzösisch in der Rheinschiene rechtswidrig ist - Art. 80 G wäre verletzt. Angreifbar, da das Erziehungsrecht der Eltern an der Schultür aufhört. Der VGH München muss entscheiden, ob eine blinde Lehramtskandidatin Referendarzeit machen darf - selbstverständlich - Art. 3 III GG gegen Art. 33 II GG? Darf es blinde Schöffen geben? Radprofi Sinkewitz will die noch nicht existierende Kronzeugenregelung in Anspruch nehmen. Wenn die denn kommt, gilt sie dann rückwirkend? Also Rückwirkung mal im positiven Sinn? Radprofi Winokurow hat sich während der Tour gedopt, obwohl er vorher unterschrieben hat, es nicht zu tun. Ist das jetzt Betrug? Die FR berichtet über das Embryonenschutzgesetz - künstliche Befruchtung. Er wird mit einem Playboyheft und Reagenzglas für 30 Minuten nach nebenan geschickt - das Eiweißprodukt wird dann mit ihrer Eizelle durchgequirlt und es werden drei befruchtete Eizellen eingesetzt - da das Gesetz verlangt, dass höchstens drei produziert, aber dann auch alle eingesetzt werden müssen, die Mutter aber keine Drillinge kriegen will, werden zwei im Mutterleib nachher per Spritze getötet - dazu fällt einem ja nichts mehr ein. Sog. fetale Mehrlingsreduktion. Ist das strafbar? Abtreibung?

In der Prüfung Schuschke/Knütel/Landsberg am 20.7. wurde im Zivilrecht nach der cautio mutiana (ich wüsste noch nicht mal, wie man das schreibt) und dem Kodizil gefragt - Erbrecht rauf und runter. Im Strafrecht kam ein NStZ-Fall dran: Ehemann bringt Ehefrau um, damit sie nicht im Drogensumpf versinkt - im ÖR die Nebentätigkeitsentscheidung

sowie ein unlösbarer Fall, im Wahlfach StPO die aktuelle BGH-Entscheidung zur Belehrung des verdächtigen Ehemannes, der seine Frau als vermisst meldet. Noten: 26 auf 40, 35 auf 70, 39 auf 79, 40 auf 78, 24 auf 32, 22 auf 35. Herr Papier feuert aus allen Rohren - diese Woche ein Aufsatz in der NJW zur Föderalismusreform, heute ein Interview in der FAZ - die Kampfansage an den EuGH anlässlich des Mangoldfalles wird verstärkt. Dabei ist das der völlig falsche Fall. Dass der EuGH im November 2005 sauer über die seit dem 1.1.2004 überfällige Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien war und ratzfatz die horizontale Wirkung angenommen hat, war verständlich. Die extunc-Wirkung dieses Urteils hat das BAG ausgesprochen. Zudem geht es in dem Mangoldurteil nicht um Staatsorganisationsrecht sondern um Menschenrechte - beim Urteil zum Europäischen Haftbefehl hätten sie dem EuGH die Möbel gerade rücken müssen. Es sieht so aus, als ob das BVerfG - der 1. Senat seit dem Zuständigkeitswechsel weg von di Fabio - froh über jeden Fall ist, der ihm Gelegenheit gibt, sich mit dem EuGH anzulegen. Wobei das die Methode "Haltet den Dieb!" ist. Schließlich ist Richterrecht, losgelöst vom Gesetz, im Arbeitsrecht (Arbeitskampfrecht), im Völkerrecht (implied powers Lehre im Bernadotte-Urteil) im Zivilrecht (s. BGH zu § 828 II und zu Schenkweisen - § 817) und vor allem im Verfassungsrecht (sämtliche Urteile seit der Machtübernahme von Dr. Merkel) bei uns die Regel. Herr Papier wird sich im September anlässlich des Rundfunkfinanzierungsurteils mit Herrn Prof. Ossenbühl duellieren, wobei ich auch hier auf Harry Potter und nicht auf Tom Riddle setzen würde. Beide Herren waren Spezialisten im Bereich des Art. 14 GG - mag man sich dann besonders? Die EU will jetzt plötzlich Goldene Aktien erlauben - gegen Staatsfonds. Unsere Bundeskanzlerin hat dieses Problem geschickt nach Brüssel abgeschoben. Privatisierung der Bundesbahn - der Bund will an die Börse um Kasse zu machen. Art. 33 IV, V GG? Der Kölner Stadtanzeiger berichtet über die renitenten Lokführer - Tarifeinheit oder Tarifpluralität - wie werden die Arbeitsgerichte anlässlich der für August angekündigten Streiks entscheiden? Jan Ullrich: die Kontoauszüge kommen - was für Beweismittel sind die? Die Bonner StA musste erst zum Jagen getragen werden, als eine Juraprofessorin Strafanzeige wegen Betruges stellte und jetzt will sie das Wild erlegen.

Der BGH meint, dass Eigentum durch bloße Einigung übergehen könne - § 929 S. 2: Der Sohn hat den sicherungsübereigneten Wagen zur Benutzung erhalten und behauptet dann, sein Vater habe ihm 3 Monate später gesagt, der gehöre jetzt ihm. Die haben sich bis übers Grab hinaus bis zum BGH hochgestritten - X ZR 5/07. Auch für Scheinsozian haftet die GbR nach § 31 - eigentlich nichts neues - IX ZR 218/05. Wenn gefragt wird, seit wann die GbR teilrechtsfähig ist: seit dem 1.1.1999 ist das unstrittig, da § 11 II InSO das voraussetzt. Das berühmte Urteil vom 29.1.2001 hat nur erstmals die GbR Morgenluft schnuppern lassen - sie hat nämlich zum allerersten Mal was positives bekommen (wechsel-, scheckrechtsfähig, vertrags- und halterfähig war die nach dem BGH immer schon), die aktive Parteifähigkeit im Prozess - der zweite Leitsatz hat die GbR dann praktisch überflüssig werden lassen, denn die OHG-Vorschriften sollen analog gelten - jedenfalls § 128, § 129, 130, 160 - § 28 HGB nicht - bleibt abzuwarten, ob auch noch §§ 112 ff. HGB fallen. Die Grundbuchfähigkeit ist im Dezember 2006 gefallen. Noch was interessantes aus der letzten Prüfung von Frau Opitz: verstößt die Veröffentlichung der Sondervoten gegen das Prinzip der geheimen Beratung? Und OVG Schleswig: Unternehmer sollen der Stadt mitteilen, ob sie was mit der Scientology Church zu tun haben. Warum hat der BFH den alten § 2 III S. 2 EStG dem BVerfG vorgelegt - im Pflichtfach? Ab heute wird in der WTO die Doha-Runde weiterverhandelt - die EG (nicht EU, wie die Zeitungen immer berichten) ist Mitglied in der WTO und führt für alle EU-Staaten die Verhandlungen, die EG nimmt eine Alleinvertretungskompetenz in Anspruch. Die Regierungskonferenz nach Art. 48 II EU beginnt heute. President Bush ist während einer Operation nicht mehr Präsident geblieben - wer vertritt die Bundeskanzlerin in ihrem Urlaub im Parlament, bei den Behörden, im Kabinett? Hier noch mal zusammengefasst die wichtigsten soft skills für die Prüfung:

1. Bauch an die Tischkante - den ganzen Tag lang - und immer im Gesetz mitarbeiten, egal, ob man dran ist oder nicht, ob es das eigene Wahlfach ist oder nicht, beides hält wach und ansprechbar
2. Hände ruhig (wenn man nicht gerade im Gesetz blättert) und Füße ruhig (nebeneinander unter den Tisch)
3. Bei einer Panikattacke bewusst durch die Nase atmen und Hände ruhig auf den Tisch legen
4. Bei 50/50 Fragen seinem Instinkt vertrauen und Augen zu und durch
5. Immer auf eine Frage antworten - entweder durch Assoziation oder durch Nennen einer Vorschrift, die halbwegs etwas mit der Frage zu tun hat.

In der Prüfung Opitz/Pera/Nimtz am 14.7. hat ein Kandidat mit 38 Vorpunkten 50 Endpunkte bekommen (Diskrepanz Hausarbeit Klausuren und im Mündlichen hat er Rückfragen gestellt: "ich prüfe gerade die Rechtswidrigkeit und Sie? Wo sind wir hier jetzt gerade?" - er wurde von den Prüfern richtig getestet), die Kandidatin mit 37 Vorpunkten hatte sich 70 gewünscht und kam mit 84 raus, aus 60 wurden 115 - die Nebentätigkeitsentscheidung des BVerfG's kam - wieviele Senate hat Karlsruhe - wieviele Richter? Wussten bis auf die beiden Superkandidatinnen keiner - drei fielen durch. Am 18.7. in der Prüfung Prof. Weigend kam der Sportwettenbetrug als Pferdewette. Gewährleistungsrecht - der

Dachziegelfall des BGH NJW 1983 und OLG Köln 2006 mit Fliesen. Die FAZ schreibt mal wieder im Feuilleton über Carl Schmitt. Der geprüfteste Staatsrechtler. Herr Gabriel will die Beweislast bei dem Widerruf der AKW-Genehmigungen umdrehen - Hä? Es gilt hier Amtsermittlungsprinzip und ausserdem gibt es bei Gefahrenabwehr keine Beweislastregelung zulasten der Behörden - Effektivität der Gefahrenabwehr - im Gegenteil: Anscheinsgefahr reicht und im Seuchenrecht schon der Gefahrenverdacht und im Strassenverkehr braucht die Polizei überhaupt nichts, wenn sie mich kontrollieren will. Ein Vater erschiesst bei der Reinigung seines Gewehrs seine 9 Monate alte Tochter versehentlich - gilt im Strafrecht § 1664 BGB? Der Express berichtet, dass Grabsteininschriften gestohlen würden - ist das eine Urkundenunterdrückung bzw. -vernichtung? Herr Prof. Rüthers schreibt wieder mal gut in der FAZ, jetzt zur Tarifeinheit und der GdL. Das OLG München verhandelt erneut die weiche Patronatserklärung von Boris Becker. Der hat auf einer Serviette in einem Hotel in den USA einem noch zu gründenden Unternehmen einen Millionenbetrag zugesagt - solche Leute sollten einen Betreuer bekommen. IPR - was ist das rechtlich - eine Schenkung?

Das BAG hat eine Examensklausur recycelt: Lebt ein Arbeitsvertrag nach Auflösung eines Geschäftsführervertrages wieder auf - trotz § 305 c und § 623? Das BAG meint nein - schwer vertretbar wegen der Warnfunktion des § 623. Alcan II = Lucchini ist da - beck.de berichtet, dass der EuGH die Rückforderung einer EG-widrigen Beihilfe auch entgegen einem rechtskräftigen italienischen Urteil verlangt. Das LG München verhandelt nächste Woche einen Fall, der ähnlich in Bonn gelaufen ist. Das Finanzamt schickt einer Imbißbudeninhaberin einen Steuerbescheid über 219 Milliarden. Sie legt über einen Steuerberater Einspruch ein. Zwei Anwälte lassen sich den angeblichen Kostenerstattungsanspruch über 2,5 Millionen abtreten und klagen den ein. Wenn die den Prozess verlieren, müssen sie die Finger heben. Formenmißbrauch - § 257? Der Bonner Anwalt hatte übersehen, dass man nur auf Befreiung von einer Verbindlichkeit klagen kann. Die Witwe des enthaupteten Wall Street Journal Journalisten verklagt Al Quaida vor einem New Yorker Gericht - mal sehen, wer da zum Termin erscheint - und eine pakistanische Bank. Haftet letztere und wenn ja, muss sich die Witwe den Gewinn ihres Buches als Vorteilsausgleich anrechnen lassen? Der BGH hat sich mit der Krankengeldtageversicherung (die Versicherungen werben die bei Selbständigen mit der Angst vor Einkommensverlusten während der Krankheit ein - wenn Sie die dann aber beantragen, schicken die Ihnen einen Detektiv hinterher oder einen agent provocateur, der angeblich ein neues Millionenmandat bringt) beschäftigt - Kündigung nach § 314 I 2 BGB? Leider lernt man in seinem Leben, dass es Versicherungen gibt, deren Leistungen reziprok diametral zu der Werbung stehen. Berufsunfähigkeitsversicherung bei einem Anwalt? Selbst wenn man blind ist und im Rollstuhl sitzt, kann man Akten bearbeiten - lediglich bei Geisteskrankheit wäre die zu bejahen. Oder: im Scheidungsstreß geht eine Ehefrau zu einem Psychotherapeuten und will später eine Berufsunfähigkeitsversicherung abschliessen - keine Versicherung nimmt sie, sie könnte ja später depressiv werden! Reisegepäckversicherung - Ach, Sie haben die Armbanduhr und die Perlenkette noch? Dann kann ja nicht der Höchstbetrag angefallen sein - weisen Sie zudem mal nach, was die Klamotten in Ihrem Koffer gekostet haben und dass kein einfacher Diebstahl sondern ein Einbruchsdiebstahl vorgelegen hat. Ihr Fahrrad wurde gestohlen - bevor Sie die Meldung machen, gucken Sie sich erst mal die Versicherungsbedingungen durch. Der BGH hat nach dem Zahnriemen, dem Turbolader nun auch die Zylinderkopfdichtung beim Autokauf abgearbeitet - der Wagen hatte 159.000 km drauf - trotzdem würde der Gebrauchtwagenhändler wegen § 476 haften - sehr angreifbar. Fragen Sie mal Anwälte: je höher die Gerichte, desto eher bekommen Gebrauchtwagenkäufer recht. Ich hatte mal in Bonn einen Fall - der Kammervorsitzende war Autoliebhaber, hatte einen Rolls Royce - und wies die Klage der Gegenseite ab. Beim OLG bin ich dann mit Stockschlägen aus dem Saal vertrieben worden, der Berufung wurde stattgegeben. Die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche soll kommen. Nur die nachträgliche. Die FAZ bringt eine gute Übersicht über die bisherigen Rundfunkurteile, vor allem mit den wichtigen Vokabeln wie Grundversorgung. Und ein wichtiger Bericht über den Richterkampf bei der Besetzung einer Präsidentenstelle eines LAG - das ist das pralle Leben, kein extremer Einzelfall. Leo Kirch hat nach Die Welt in Frankfurt seinen Prozess gegen die Deutsche Bank wegen der Nichtbeantwortung seiner tausend Fragen bei der HV beim OLG verloren. Seltsam, dass er seine Prozesse gegen die Deutsche Bank in München gewinnt und in Frankfurt verliert. Herr Sinkewitz war gedopt - guck an - muss sich das komplette Team das zurechnen lassen? Vor Jahren hat mal bei einem Konzert der Berliner (?) Philharmoniker in Israel ein Musiker seine Hotelzimmerrechnung mit 1,5 Promille mit "Adolf Hitler" unterschrieben, woraufhin die Tournee abgesagt wurde. Im Mündlichen wurde gefragt, wonach sich die anderen das zurechnen lassen müssen.

Die FAZ berichtet über die geplante Stärkung des englischen Unterhauses - Pässe, Beamte, Bischöfe, Krieg und Frieden sollen in seine Kompetenz übergehen - wie ist das bei uns? Die ersten zwei liegen bei der Exekutiven - die letzte seit dem Investiturstreit bei Prof. Ratzinger. Warum ist im Kriegsfall (Verzeihung Verteidigungsfall, obwohl wir seit 1945 gerade wieder den ersten Angriffskrieg führen - ISAF und OEF Frühjahrsoffensive in Afghanistan) die Kanzlerin der IBUK und nicht mehr der Verteidigungsminister, wollte ein Prüfer wissen - Art. 115 b GG? Herr Papier schimpft wieder mit dem EuGH, er würde sich in Sozialrecht und Steuern einmischen, wo er nichts zu suchen hätte. Das ist natürlich arg frech, denn die englische Auslegungsmethode (keine Historie und keine Teleologie), die der EGMR und der EuGH praktizieren, respektiert den Gesetzgeber wesentlich mehr als die deutsche. Für die in das KURhG

reingelesene Person der Zeitgeschichte ist das BVerfG vom EGMR regelrecht verhaßt worden. Und man denke an vorletzte Woche, in der das BVerfG die parlamentarische Demokratie beerdigt hat (Tornados, Haushalt, Nebentätigkeit). Mangold II wird sehr spannend werden. SAT1 und Pro Sieben wollen fast keine Nachrichtensendungen mehr bringen (kennen Sie jemanden, der schon mal um 20 Uhr bei Pro Sieben Nachrichten gesehen hat?) - dann müssen die wohl von Bayern in ein anderes Bundesland umziehen, welches nicht den Innenpluralismus sondern den Aussenpluralismus hat. Sonst ist die Lizenz weg. Herr Gabriel will mit den AKW-Betreibern über kürzere Laufzeiten verhandeln - sehr ulkig, denn Herr Schröder hatte den Atomausstieg per Vertrag gewählt, da dieser per VA oder per Gesetz nicht gerichtsfest ist. Er hat aber nicht bedacht, dass dann der Bund auch aus dem Vertrag nicht mehr rauskommt - gelten §§ 54 ff.. VwVfG? Wegfall der GG - § 314 BGB? Der BGH will vom EuGH wissen, ob 25 Stunden warten auf einen Flug von Kanada nach Deutschland eine Verspätung oder eine Annullierung ist. Die autonome Auslegung ist gefragt. Die Airlines kommen bei Verspätungen meist mit der Lüge, es sei technisch unvorhergesehen etwas kaputt gegangen (der Aschenbecher ist voll). Und: es liegt schon das Verfahren Kramme C-396/06 zu dieser Frage beim EuGH - Einrede der Rechtshängigkeit im Europarecht? Auch die FAZ berichtet über die geplante Münchner Strassenumbenennung von Hans-Meiser-Straße (wahrscheinlich in Problembär-Straße oder Edmund Stoiber-Straße). Auch die FAZ - Recht und Steuern - ist der Ansicht (bzw. die dort publizierenden Anwälte), dass die GdL jetzt einen anderen Streik macht als vor der Entscheidung des ArbG Mainz. Aber Vorsicht - bei Artikeln in Fachzeitschriften und Zeitungen zu aktuellen Themen handelt es sich nicht selten um bestellte Artikel einer Partei - dann kann man sich in seinem Schriftsatz auf eine "herrschende Meinung" berufen. Leider nimmt man geschriebene Ansichten immer für bare Münze (huch).

In der Bänders-Prüfung am 14.7. kam OLG Köln NJW 2007 S. 1757 im Zivilrecht und im ÖR: wer führt die Aufsicht über Schulen? Kann ein Landpachtvertrag ausserordentlich wegen der Saat von Genmais gekündigt werden? StPO: BGH - das falsche Protokoll - 2006. Alic. Zivilrechtspflege: GBO und Erbrecht. In Staat und Verwaltung die Tornadoentscheidung. Die Vulkanwerft II - Entscheidung ist da - BGH II ZR 3/04 - 2001 hat der BGH im GmbH-Recht nicht das Aktiengesetz analog angewendet (die Vulkanwerft hatte EG-Subventionen nicht in die Werft in Rostok gesteckt sondern in die in Bremen - Herr Hennemann bekam ein Strafverfahren wegen § 266 StGB, wurde aber letztendlich freigesprochen, weil § 266 StGB nicht die EG schütze; zivilrechtlich hat der BGH § 826 genommen) - seit dieser Zeit hat man abgewartet, ob das eine Einzelfallentscheidung war oder eine neue Richtung - es ist eine neue Richtung. EADS - interessant - ein Unternehmen nach niederländischem Recht (bye bye Gewerkschaften) - auf deutscher Seite ist gar nicht der Bund beteiligt sondern Daimler, auf französischer Seite der Staat. Wieso verhandelt da Frau Merkel mit Nicolas? Die Goldene Aktie soll da eingeführt werden - Brüssel wird genau draufgucken. Das Hauptthema der FAZ ist heute der Bundespräsident - das Prüfungsrecht in allen Varianten - "Hüter der Verfassung" - ein Begriff, der durch Carl Schmitt einen schlechten Geschmack bekommen hat - er hat in seiner Monographie den Reichspräsidenten und den Reichsgerichtspräsidenten diskutiert. Die IAAF untersagt einem behinderten Läufer, an Rennen teilzunehmen - Verstoß gegen das AGG - gelten für olympische Spielregeln die europäischen Wettbewerbsregeln? Für Doping hat der EuGH das angenommen. Das OLG Köln hat Rabattwürfeln für wettbewerbswidrig gehalten - der Vertrag käme schon durch das Würfel vor der Kasse zustande - wann schließt man den Vertrag im Supermarkt? Eine neuere Meinung: das Angebot steht im Regal, die Annahme erfolgt durch den Kunden an der Kasse. Wie immer gilt: bei Fällen aus dem täglichen Leben ist Jura hinderlich - die Großmutter kann diese Fälle viel besser lösen. In Tel Aviv hat die zweite Generation der Holocaustopfer bzw. -überlebenden eine Sammelklage gegen die Bundesrepublik eingereicht - örtliche Zuständigkeit? Sehr schwierig, man kann ja kaum wie bei den Griechen mit Verjährung und abschliessenden Reparationsabkommen argumentieren. Der Tour-de-France-Fahrer hat nach der Zieleinfahrt einen schweren Unfall, weil ein Zuschauer verbotenerweise auf der Strasse rumläuft - auf was haftet dieser?

In der Prüfung am 14.7. - Frau Opitz - kam die mangelhafte Katze im Zivilrecht, wieviele Richter sitzen in einem Senat des BVerfGs - sie war sauer, als der gefragte Kandidat das nicht wusste, und viele aktuelle Fällchen sowie StPO. Der Kandidat mit 60 Vorpunkten hat ein Gut geschafft. Das BVerfG hat eine wichtige Frage geklärt: beamtete Lehrer, die an der Volkshochschule Kurse geben, müssen sich rentenversichern - ein totaler Blödsinn, da sie als Beamte ja die Pension aus der Steckdose bekommen. Müssen denn dann Prüfer, die neben ihrem Richterdasein prüfen, sich rentenversichern oder Repetitoren? Angeblich will eine ethnische Minderheit, welche den Grandprix der Volksmusik im Fernsehen sehen will (fast jeden Abend ist auf irgendeinem Kanal so eine Sendung) gegen die Absetzung einer Sendung, gestützt auf das AGG, klagen. In der Prüfung Doleisch-v.Dolsperg/Pampel/Brand am 14.7. wurden die BVerfG-Entscheidungen der letzten zwei Wochen abgefragt - die Argumentation von Herrn Merz und wieviel ein Abgeordneter verdient - die meisten Prüflinge hatten sich mit diesen aktuellen Themen nicht beschäftigt - im Zivilrecht kam Prokura, im Strafrecht ein Fall aus ihrem Senat. Aus 18 Punkten wurden 54, aus 27 nur 53, aus 21 58, aus 31 66, aus 28 56.

Das BAG hat die wichtige Frage geklärt, ob vor der Kündigung eines Schwerbehinderten ein Eingliederungsmanagement nach § 84 II 1 SGB IX stattfinden müsse. Nein. Nur die Beweislast drehe sich um. Das Arbeitsgericht Mainz hat die e.V.

nach Widerspruch und mündlicher Verhandlung wieder aufgehoben. Nachdem die GdL die anstössigen Punkte aus ihrem Forderungskatalog gestrichen habe, sei der Streik zulässig. Ist das denn noch derselbe Streitgegenstand? Und ist das noch ein Warnstreik, wenn es überhaupt mal einer war? Meiner Meinung nach hätte die e.V. bestätigt werden müssen. Der VGH Mannheim hält die Öffnung einer Automatenvideothek sonntags für unzulässig - das NRW-Sonn- u. Feiertagsgesetz schützt die Kirchen und Arbeitnehmer und in zweiter Linie die Sonntagsruhe. Die FAZ berichtet am Samstag über die Verhältnisse in internationalen Großkanzleien. Wenn Sie John Grishams The Firm gelesen haben, wissen Sie Bescheid. In den ersten drei Jahren müssen Sie Akten wegarbeiten; danach hängt Ihr Schicksal einzig und allein vom Umsatz ab. Jetzt legen die Großkunden die Daumenschrauben an und geben ein Festhonorar sowie Mitarbeiter vor (z.B. keine Referendare). Ich weiß nicht, ob man dazu Jura studiert hat. Leider imitieren diese Großkanzleien alles, was aus Amerika kommt - wobei mir ein Geschäftsmann versichert hat, dass die amerikanischen Kanzleien für diesen Autotyp, diese Kreuzung, diese Ampel einen Spezialisten haben, wenn es um einen Unfall geht - das sagt doch alles über diese Ausbildung - ich weiß, ein böses pauschales Vorurteil. Ich höre regelmäßig, dass bei diesen Großkanzleien eine große Fluktuation herrscht - die BAFIN und das Bundeskartellamt in Bonn sollen häufig Bewerbungen von solchen Anwälten bekommen. Überlegen Sie mal, warum diese Kanzleien Hotelsäle mieten, um Recruiting zu machen - weil die Notstand an Referendaren haben? Kaum. Eine bessere Berufsvorbereitung ist die sorgfältige Auswahl der Wahlstage und die Schwerpunktsetzung in der Referendanzzeit. Es gibt so viele tolle Arbeitsplätze, man muss nur ein bißchen neben dem mainstream gucken. Die FAZ hat am Samstag auch die angeblich beliebtesten Arbeitgeber von Juraabsolventen aufgeführt. O je - das ist armselig. Schauen Sie mal, wenn Sie Verwaltungsrecht mögen, ins Kulturmanagement rein - in Potsdam gibt es eine Ausbildung für so was - Museen, Theater, Krankenhäuser, alle brauchen Juristen - und vor allem die Medien, Rundfunkanstalten. Brüssel, Brüssel, Brüssel, jeder hat dort ein Büro und jeder braucht Referendare. Krankenhausmanagement ist wegen des stärkeren Konkurrenzdrucks interessant - allerdings sollte man dann den Wirtschaftsprüfer machen - schwer, da Logarithmentafeln mehr als Jura zählen und da die Durchfallquoten wegen des closed shop Prinzips sehr hoch sind. Im Zivilrecht ist Urheberrecht interessant, neu und wichtig. Strafrecht - forget it - wenn Sie mit Strafverteidigungen ihr Einkommen bestreiten wollen, sollten Sie direkt Gangster werden, mit Kleinkriminellen (Trunkenheitsfahrt etc.) kommt man nicht weit. Und Gangster zu verteidigen, ohne sich in deren Hände zu begeben, ist nach meiner Meinung schwierig. Einer "meiner" Referendare hatte Strafrecht als Leidenschaft. Er hatte keine guten Examina, bewarb sich trotzdem bei der Justiz und wurde genommen. Mit der Begründung, an seinem Lebenslauf habe man gesehen, dass Strafrecht seine Leidenschaft sei. Geht doch.

Die Endpunkte aus der Prüfung vom 27.6. Schilken/Krämer/Jorasch sind da: aus 38 wurden 84, aus 51 dann 90, aus 39 71, aus 23 48 und aus 33 57, 14 Vorpunkte reichten nicht - es kam auch der Mordfall in Tessin dran. Die Kandidatin mit 38 Vorpunkten war also besser als die mit 51 und 39. Es gibt eine neue Variante der Klage gegen eine Strassenumbenennung: die Katholische Kirche will nach der SZ in München gegen die Umbenennung der bisherigen Hans-Meiser-Straße klagen. Die Stadt München will diesen Bischof, der zwar gegen die Nazis war aber auch gegen die Juden, nicht mehr auf einem Strassenschild haben - das Mephisto-Urteil im neuen Gewand? Hier geht es um die Demütigung des bisherigen Namensgebers und nicht wie sonst um die Hervorhebung des neuen. Nach England will nun auch Frankreich - Sarkozy - die Rechte der Opposition und damit des Parlamentes stärken. Welche wichtigen Rechte hat bei uns die Opposition? In Zeiten der großen Koalition? Herr Steinbrück will die Bundesbank unter die Aufsicht seines Ministeriums stellen - warum sieht Art. 88 GG und das Bundesbankgesetz die Unabhängigkeit vor? Wie immer liegt die Antwort in der Geschichte. Das BVerfG hat wieder die Exekutive gestärkt. Die VB einer Bank gegen die Kontostammdatenabfrage war erfolglos. Soweit ich das verstanden habe, sei die Bank in keinem eigenen Recht verletzt - naja, denn die Kunden gehen laufen, wenn der Staat über ihre Bank an sie rankommt. Eine Zeitung muss seine Informanten oder Anzeigenkunden auch nicht nennen - das Bankgeheimnis steht aber nur in den AGBs der Banken und nicht im StGB.

Gilt bei dem Kauf einer Katze § 476? Ja - BGH VIII ZR 110/06 - der BGH hat bald alle Tiere durch. Haftet die Gemeinde für eine veraltete Abwasseranlage? Ja, III ZR 177/06 - wichtig wegen den geprüften Anspruchsgrundlagen. Kann ein Mieter Ersatz für gepflanzte Bäume verlangen? Nein, VIII ZR 387/04. Interessanter ist die Frage, ob der Vermieter verlangen kann, dass der Mieter die Bäume bei Auszug mitnimmt - das sind die Probleme in der Praxis. Die FAZ schreibt über die bisherigen Sonderabgaben anlässlich des dann doch angeblich nicht geplanten Klima-Cents - Kohle-, Wasser-, Wald-, Atomstrom-, Kunstpfennig, Schwerbehindertenabgabe, Ausbildungsplatzabgabe - der Klima-Cent dürfte eine normale Steuer und keine Sonderabgabe sein, wie der Soli auch. Transnet hat mit der Bahn vereinbart, dass die GdL keine Sonderkonditionen bekommt - das dürfte gegen Art. 9 III GG verstossen. Im Arbeitskampf letztes Jahr arbeitete ver.di noch mit der Meistbegünstigungsklausel. Kanada, Russland u.a. streiten sich, wem das Nordpolarmeer gehört, speziell die Unterwassergebiete mit den Bodenschätzen - vielleicht bekommt der Seegerichtshof in Hamburg endlich mal was zu tun. Das EuG hat eine europarechtliche Amtshaftung nach dem EG-Vertrag bejaht, weil die Kommission zu Unrecht ein Fusionsverbot ausgesprochen habe - mit welchem Verschuldensgrad haftet die Kommission - business judgement rule des § 93 AktG analog oder mit dem Richterprivileg des § 839 BGB? Das Zuwanderungsänderungsgesetz

verlangt, dass Türken vor der Einreise Deutsch lernen, Japaner aber nicht. Verstößt das gegen Art. 3 GG? Gilt der für Ausländer im Ausland? Der EuGH hat in der Tradition der Yusuf/Bosphorus/Gestoras pro Amnestia-Urteile im Fall Al-Aqusa über die Aufnahme in die Terrorliste entschieden. Das VG Köln hat die Sexsteuer der Stadt Köln abgesegnet - haben die Gemeinden ein Steuererfindungsrecht? Art. 105 IIa GG i.V. mit dem Kommunalabgabengesetz. Der Schriftsteller Wallraff will in einer Moschee (in welcher bitte?) die Satanischen Verse vorlesen - darf das Ordnungsamt ihm dies wegen der Verstärkung der Anschlaggefahr verbieten?

So, sowohl das Arbeitsgericht Düsseldorf als auch das Arbeitsgericht Mainz haben dem Treiben der renitenten Lokführer ein Ende bereitet - allerdings zu spät - das soll von 8 - 11 Uhr ein Warnstreik gewesen sein - sehr angreifbar, da eine Arbeitsniederlegung zur rushhour ein voller Erzwingungsstreik ist - meiner Meinung nach - das wird teuer für die Gewerkschaft. Wie bekommt man morgens um halb acht die einstweilige Verfügung überhaupt zugestellt - die Gewerkschaft macht die Tür nicht auf und der Briefkasten ist wundersamerweise weg? In der Prüfung vom 29.6. Prof. Hübner/Pabst/Krämer wurde der Fall aus der JuS 2007 S. 459 geprüft. Zudem, ob die Monarchie wieder eingeführt werden könne und welcher man dabei den Vorzug geben solle. Ein klassischer Abschleppfall und der Fernseher im Schaufenster bei der Fußball-WM. Im Zivilrecht springt bei einer Internetbestellung die Katze auf die Maus. Aus 45 Vorpunkten wurden 86, aus 59 dann 107, aus 51 noch 102, aus 56 106, aus 67 119. Der arme 6. Kandidat, der seine Noten nicht preisgeben wollte, bekam ausreichend. Die Welt berichtet über das englische Oberhaus - die Mitglieder sollen nun gewählt werden - haben wir ein Zweikammersystem? Werden die Bundesratsmitglieder bei uns gewählt? Wo kommt der Bundesrat historisch her? Herr Schäuble spricht von gezielter Tötung, Verschwörung und Internierungshaft - ich kann mir nicht vorstellen, dass er das wirklich will - wie bei § 14 III Luftsicherheitsgesetz ist das eine Scheindiskussion. Die Amerikaner haben nach dem 11. September auch erklärt, dass sie im Luftraum NY jeden runterholen würden, egal wen. Der Sinn ist natürlich wie bei der Abbildung von Bodyguards der Politiker auch, potentiellen Attentätern klar zu machen, dass keine Erfolgsaussichten bestehen. Die alte Diskussion, ob in § 63 II PolG der gezielte Todesschuss drinsteht, dürfte wieder da sein. Und ob es hier um Kriegsrecht geht - verbietet die Haager Landkriegsordnung so was? Frau Dr. Merkel hat die Haushaltsklage verloren - auch sie muss lernen, dass man Gerichte vermeiden sollte wie der Teufel das Weihwasser. Man begibt sich in die Hand von anderen Leuten und kann die Probleme nicht mehr so lösen, wie man selber gerne möchte. Art. 115 GG bleibt erst mal so. Das BVerfG stärkt spätestens seit der Entscheidung zur Vertrauensfrage die Regierung in seinen Entscheidungen.

Am 6.7. in der Paeffgen/Hillgruber/Kurzweily-Prüfung kam Rechtsgeschichte im Strafrecht: Die Constitutio Criminalis Carolinae und vor allem Bambergensis (Herr Paeffgen hat schon mal die Theresiana geprüft, musste ich auch erst nachgucken), der code penal von 1811, Ehrenmord, die Rechtsfolgenrechtsprechung und das BGH-Urteil zum berechtigten Protokoll sowie zur Strafbarkeit des JVA-Arztes, der den Sexualtäter rauslässt. Im ÖR: Verbietet Art. 16 II GG die Auslieferung eines "Jugoslawen" an das Jugoslawientribunal in Den Haag - ist das "Ausland"? Die Nürnberger Prozesse wurden angesprochen. Im Zivilrecht wurde der Backofenfall des BGH und der Jahreswagen ist schon zwei Jahre alt-Fall. Im Wahlfach ZPO Rechtsfähigkeit der GbR und Kapitalerhaltungspflicht bei Personengesellschaften - aus den Protokollen ergibt sich, dass Herr Kurzweily viel Wirtschaftsrecht prüft und da immer das. Der Kandidat mit 30 Vorpunkten bekam 43 Endpunkte (er fand im Wahlfach § 11 StrVZG nicht - reine Nervosität und er hatte Schwierigkeiten, Fragen sofort zu beantworten - Überlegungszeit ist eben nicht), der Kandidat, der ein gut anpeilte, nur 36 Punkte dazu. Arena will die Bundestigarechte auf Premiere zurückübertragen und dicht machen - ist das ein § 613 a BGB - bloße Funktionsnachfolge oder Wahrung der wirtschaftlichen Identität? Ein vorläufig festzunehmender entreisst dem Polizisten die Dienstwaffe aus dem Holster und schießt auf die Beamten. Strafbarkeit? § 242? § 249, § 250, §§ 251,22,23? Ein Raub von Waffen ist ein Raub mit Waffen. Zueignungsabsicht? §§ 211, 22,23? Die SPD ist in der Sauren-Gurken-Zeit der Presse die Gurke. Sind das strafrechtliche Beleidigungen - "Hühnerhaufen" - "politischer Strolch"? Ist die SPD beleidigungsfähig?

Noch einmal zu den softskills: was ist, wenn Hausarbeit und Klausuren unangenehm weit auseinanderliegen? Es gibt Prüfer, die offen sagen, dass für sie nur die Klausuren zählen, weil die eine ehrlichere Leistung zeigen - ganz meine Meinung. Sie haben im ersten Halbjahr 2007 ja die Fälle gesehen (z.B. 28 Endpunkte auf 38 Endpunkte, 39 auf 39 angeblich, die Geschichte hat mir übrigens jemand aus der Parallelprüfung erzählt, wobei ich selber skeptisch bin, aber nicht weiß, warum man so was erfinden sollte - vielleicht hat der betroffene Kandidat auch über seine Vorpunkte nicht die Wahrheit gesagt - kommt vor - oder ist zu blöd gewesen, die richtig zusammenzurechnen - kommt regelmäßig vor, bei Prüfern übrigens auch ab und zu, jedenfalls muss eine große Diskrepanz zwischen Hausarbeit und Klausuren da gewesen sein und es wurde darauf hingewiesen - wie gesagt, meine Information, ich war nicht dabei). Wenn der Vorsitzende im Vorgespräch das anspricht, würde ich ein klares Statement abgeben und mir die Formulierung vorher gut überlegen. Wenn er das nicht anspricht, ist zu befürchten, dass der heimliche Punktabzug kommt. Dann würde ich in die Offensive gehen und was dazu sagen. Aber es kommt auf die Situation im Vorgespräch an. Wie die gesamte Prüfung auch, kann man das nur bedingt antizipieren. Früher wurden Pfuscher, angebliche und wirkliche, zu Gesprächen mit zwei Richtern beim JPA eingeladen und richtiggehend verhört. Es gab die dollsten

Sachen, z.B. war in einer übereinstimmenden Fußnote derselbe Tippfehler - erklären Sie das mal weg. Man sollte sich seine Hausarbeit in jedem Fall vor der Prüfung noch mal durchlesen. Die erfolgreiche Verdrängung könnte sonst einen falschen Eindruck hinterlassen. Es gab und gibt natürlich leider auch Ghostwriter - zu meiner Zeit waren das Assistenten an der Uni. Später dann Assistenten an einer Uni in einem anderen Bundesland, da kam das örtliche JPA ja nicht dran. Ich habe mal einen Prüfer gefragt, was dagegen getan wird. Man habe die Al-Capone-Methode anwenden wollen, die Ghostwriter versteuern das Geld ja nicht. Hat aber wohl nicht gewirkt. Es ist öfters vorgekommen, dass die JPAs anonyme Mitteilungen von solchen Vorgängen bekommen haben - die Frage ist natürlich, wer das war. Man sollte so was nicht machen, allein weil man erpressbar wird. Feine Leute sind das ja nicht, die die Arbeiten schreiben. Ausserdem sind die Prüfer nicht blöd. Man sieht einer Formulierung schon an, ob die von einem 25-jährigen Studenten oder einem berufserfahrenen Anwalt kommt. Ach ja, noch zu den Protokollen. Die JPAs holen sich schon mal die Protokolle von der Fachschaft, wenn sie über einen Prüfer etwas erfahren wollen. Protokolle sind manchmal richtiggehend falsch - entweder weil der Protokollant den Fall nicht verstanden hat oder manchmal aus einem anderen Grund. Frustrierte Kommentare zu Prüfern sollte man mit Vorsicht geniessen - das Adjektiv passt meist eher auf die Kandidaten - und man sollte verhindern, dass die eigenen Protokolle wiedererkennbar im Internet auftauchen - man sieht sich immer zwei Mal im Leben- wollen Sie über sich lesen "kleiner unscheinbarer Student"? JPAs fertigen übrigens selber Protokolle an - nur stichwortartig - für den Fall des Rechtsstreites. Protokolle zeigen aber, wie der Prüfer denkt, was er mag, welche Sachen er prüft. Oft lesen die Kandidaten nur die letzten zwei Jahre und es kommt ein Fall, der zweieinhalb Jahre alt ist. Mich erstaunt doch oft die Unlust und das Risiko, das man mit so einer Arbeitsmethodik eingeht. Die Dinger lesen sich doch in zwei Stunden weg.

In der Kindhäuser/Brenner/Eschweiler-Prüfung am 5.7. kam im Zivilrecht der Gorilla, der die ihn dauernd provozierende Zoobesucherin durch das Gelände schleift, im ÖR Vb mit Art. 12 GG, im Strafrecht Aussagedelikte, im Wahlfach Strafrechtspflege: das Verfahren gegen den Mittäter wird abgetrennt, da der schuldunfähig in der Psychiatrie sitzt - die StA will für den anderen die Akte haben, da der Tathergang da drin steht - § 55 StPO? Das OVG Münster hat sich nach dem VG Aachen mit der Frage beschäftigt, ob ein Jagdberechtigter verpflichtet werden darf, pro Monat 10 Wildschweine abzuschliessen wegen der Schweinepest. Der Betroffene hatte eingewandt, dass er dann ja täglich ansitzen müsse, um diese Zahl zu erreichen. Das wäre nicht schlimm, denn verendete oder verunfallte Schweine würden ja hinzugerechnet - wahrscheinlich melden die sich bei dem Jagdberechtigten per SMS "liege tot im Wald". Die Klage der Stadt Herne gegen die Maßregelvollzugsanstalt ist auch vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen worden, bzw. die Revision ist nicht zugelassen worden (wird häufig geprüft). Das BVerfG hat sich wieder mal zur StPO geäußert, § 354 I 1 StPO wurde mit einer angeblich verfassungskonformen Auslegung gerettet. Wenn der Sachverhalt ausermittelt sei, sei es nicht zu beanstanden, dass das Revisionsgericht trotz Verfahrensfehlers nach Aktenlage entscheide - ein Widerspruch in sich. Diese Woche hat Karlsruhe alles abgewiesen, was auf den Tisch kam.

Das Sondervotum zu der Argentinien-Entscheidung ist starker Tobak, den Kollegen wird vorgeworfen, die angeblich unzulässige Vorlage an sich gezogen und nicht richtig behandelt zu haben - man könne gegen Argentinien in Deutschland nicht vorgehen, obwohl das Land in Deutschland diese Papiere auf dem Kapitalmarkt angeboten hat. Das Sondervotum erinnert ein bißchen an Yusuf, Bosphorus, Gestoras pro Amnestia - gegen Zahlungseinstellung kann man sich nicht wehren, wenn man auf die Terroristenliste der UN kommt, sagt auch jedes Gericht, das können wir nicht prüfen, das ist ein UN-Rechtsakt, an den sind wir gebunden. Zum IGH als einzig möglichem zuständigen Gericht kommt man als Mensch aber nicht.

Wichtig: BGH VI ZR 17/06 zu posttraumatischen Belastungen von Polizeibeamten nach einer Begegnung mit einem Geisterfahrer - sie mussten mit ansehen, wie eine ganze Familie im Auto verbrannte. Die Tornadoentscheidung: das Stichwort Parlamentsheer ist seit gestern falsch. Die Umsetzung des NATO-Vertrages 1955 rechtfertigt jedwede NATO-Aktion. Angeblich seien ISAF und OEF in Afghanistan getrennte Operationen, so dass es sich nicht um die Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriff auf die Taliban wegen des 11. Septembers (meine Meinung - da hätten die USA auch uns angreifen können, da die Täter in Hamburg Maschinenbau studiert haben) handele. Die Taliban haben den 11. September nicht veranstaltet. Der BGH hat Oliver-Kahn-Urlaubsfotos verboten, also sich dem EGMR und der Anlass-Rechtsprechung angeschlossen. Die FAZ berichtet über di Fabio und den wohl anstehenden Kriegszug gegen den EuGH. Die SZ berichtet über die Aktion der EG-Kommission gegen Billigwein - eine Neuauflage der Tafelweinentscheidung? Das LG Koblenz hat einen Teilnehmer an Internet-Roulette, der über seine Identität getäuscht hatte, verurteilt, seine Spielschulden zu zahlen. Der Berufskläger Freitag mischt wohl die Hauptversammlung bei Tschibo auf. Der Erblasser soll damals ein Testament gemacht haben, nach dem "meine beiden fähigsten Jungens" das Unternehmen erben sollten - bei 5 Kindern inklusive Töchter. War das wirksam? Der BGH hat nach der Wahrsagerinnen- und der Krankenzimmerentscheidung wieder mal ein Beweisverwertungsverbot angenommen. Bisher lag es immer in der nicht justiziablen Einschätzung des Kommissars, ob er jemanden als Beschuldigten oder Zeugen behandelt. Das ist jetzt wohl anders.

Auch Frau Prof. Puppe hat die Online-Durchsuchung geprüft - am 12.6. - und der Robert-Hoyzer-Fall, . Also doch: die Bundesrepublik wird am Hindukusch verteidigt - der Tornadoantrag wurde abgewiesen - die Kernnorm ist Art.59 II GG. Der wahre Grund ist natürlich ein anderer: dann könnte man das Verteidigungsministerium ja direkt nach Karlsruhe verlegen - es geht um aktuelle, gefährliche Politik. Das Kartellgesetz - GWB - wird 50 Jahre alt. Herr Bieber prüft demnächst. Er hat in letzter Zeit jeden Kandidaten gebeten, zu etwas aktuellem was zu erzählen. Da er immer Rechtsgeschichte prüft, würde ich vorsichtshalber auch Jubiläen in diesem Jahr vorbereiten - 1807,1947, 1957,1897, 1867,1077 u.a.. In der Prüfung am 20.6. Weigend/Habermehl/Scholten kam wieder die Frage, was der Zaun in Heilgendamm gewesen sei und wer für den Aufbau zuständig gewesen sei. Und was der Kauf und der Verkauf seien. Im Wahlfach S+V: Welche Behördengänge hat ein werdender Makler zu tätigen? im Strafrecht kam der BGH-Fall des JVA-Leiters, der einen Sexualtäter rauslässt und der tötet eine Frau - § 222.

2008

Aktuelles 2008 I - 30. Juni

Bitte umsteigen: seit dem 1. Juli geht es unter Aktuelles II weiter.

Magnus Gäfgen - man darf gespannt sein, ob der EGMR und wie er Art. 6 EMRK anwendet. Immerhin ist Herr G. nur bedroht worden und nicht gefoltert, zudem um ein Kind zu retten, und er hat danach noch zwei Mal das Geständnis wiederholt. Der Bundestag hat die Reform des FGG beschlossen. Das Große Familiengericht kommt. Am 1.7. tritt das Rechtsdienstleistungsgesetz in Kraft. Das Rechtsberatungsgesetz unseres Führers gehörte schon lang in den Mülleimer, aber so?

Das BVerfG hatte sich mit der Herabstufung einer Straße - Quasi-Dereliction zulasten des Landes - durch den Bund beschäftigt - 2 Mal Examensklausur. Das OVG Koblenz hatte jetzt zu entscheiden, ob eine Gemeinde die Heraufstufung eines Schleichweges verlangen kann - § 8 LStrWG-NW. Das VG meinte ja, das OVG nein, da der Gesetzgeber den Schleichweg nicht gewollt habe - na ja, das Parallelproblem könnte in den Mautvermeidungslandstraßen liegen. Parallel zum Tanker Erika beim EuGH ist die Exxon of Valdez beim Supreme Court vorgefahren. Die Reederei hat den Schaden der Fischer von Alaska längst bezahlt, nun ging es um punitive damage. Wir haben das nicht, weil wir durch Versicherungspflicht präventiv handeln - Ausnahme: Caroline hat von der Bunten mal so eine Art überhöhten Schadensersatz bekommen. Der punitive damage darf nicht höher sein als der gewährte Schaden - jedenfalls bei Schiffen. Der überlackierte BMW hatte 4.000 € Schadensersatz abgeworfen und 2 Millionen punitive damage, so die SZ. Punitive damage-Titel sind nicht nach § 328 ZPO umschreibbar, weil Strafrecht im Zivilrecht unserem ordre public widerspricht.

Keine Unternehmensreform ohne Abkürzung? Wobei Unternehmen ein Begriff im Konzernrecht ist (Unternehmen, Unternehmer, Handelsgeschäft, Betrieb, Firma). Die UG = Mini-GmbH soll jetzt kommen, beschließt der Bundestag. Zeitgleich kommt aus Brüssel die SPE. Was soll das bringen? Wenn bisher ein Handwerker Murks gemacht hat und keine Haftpflichtversicherung hatte, flüchtete er in die Insolvenz und legte sich an den Swimmingpool seiner Ehefrau. Jetzt soll er weitermachen können und am Swimmingpool seiner Frau liegen? Die GmbH (warum ist der Name falsch?) bekommt ein Junges, die Unternehmergesellschaft - die GbR dürfte bis auf Urlaubsfahrten überflüssig werden. Das BVerfG hat nun auch das Kopftuch der Referendarin entschieden - wegen des Ausbildungsmonopols des Staates darf sie es tragen - darf sie aber auch Sitzungsdienst machen bzw. Kinder unterrichten? Der Supreme Court sagt ja zum Waffenrecht und nein zur Todesstrafe für Kindesvergewaltiger. Wie ist da bei uns hinsichtlich der Waffen? Darf man sich selber mit der Waffe gegen einen Einbruch wehren, wenn man schon morgens erfährt, dass der nachts bevorsteht oder ist man verpflichtet, die Polizei zu holen? Hausarbeit: darf die Todesstrafe durch Änderung des GG und des StGB für die Vergewaltigung und Tötung von Kindern eingeführt werden?

Der EuGH C-329/06 - Wiedemann u.a.: jetzt weiß ganz Europa, wie diese Suffköpfe mit Vor- und Nachnamen heißen und zwar für immer und ewig. Der EuGH hat für den Führerscheintourismus (Fahrerlaubnistourismus, der Führerschein ist ja nur ein Beweispapier) die Nottebohm-Entscheidung des IGH aus 1955 fortgestrickt. Act of state Doktrin (europarechtlich: Herkunftslandprinzip) - ausländische Ausweise sind eigentlich anzuerkennen, ohne dass groß nachgefragt werden darf, aber, Katzenklappe, nicht, wenn der genuine link fehlt. Müssen die also jetzt eine einjährige Stromrechnung aus Tschechien nachweisen, wie Frankreich das bei Insolvenzflüchtlingen in den Elsass verlangt? Der EuGH beschäftigt sich hier nicht so sehr mit der Dienstleistungsfreiheit von tschechischen Fahrschulen sondern mit tschechischen Verwaltungsakten. Der Räuber hält einen Baseballschläger schräg vor den Oberkörper - ist das nur bei sich führen einer Waffe - 3 Jahre aufwärts nach § 250 I oder schon verwenden nach II Nr. 1? BGH 3 StR 102/08 meint, letzteres. Die SPD will 2009 einen Election Day veranstalten - Bündelung aller Wahltermine - wie soll das denn gehen? § 16 BWahlG, § 14 KWahlG, § 7 LWahlG. Eltern haften für ihre Kinder im Internet? Eltern haften nie für ihre Kinder

aber Kinder für ihre Eltern. § 832 regelt das eigene Verschulden. Die Lebenspartnerschaft soll der Ehe gleichgestellt werden - was ist mit dem Abstandsgebot des Art. 6 I GG? Brüssel will ab 2010 die SPE haben - 1 € GbR mit Haftungsbeschränkung. Gut und schön, aber wenn man eine Limited oder so was gründet, will man ein Konto. Die Bank sagt, ne, ohne Bürgschaft der Gesellschafter nicht. Und ohne Bank läuft gar nichts. Die Bonner Obine weigert sich, die vom Rat beschlossene Tibetflagge zu besorgen. Was kann der Rat da tun? Der Bundestag verhandelt die Patientenverfügung - graue Theorie. Man sitzt im Krankenzimmer eines Schwerkranken, der durch schmerzlindernde Mittel nicht mehr ganz bei sich ist, und jetzt soll entschieden werden, ob die letzten Stunden in der Intensivstation oder in diesem weiß getünchten schmalen Krankenzimmer verbracht werden sollen? Aber zurück zu Jura: § 1904 BGB gibt die Lizenz zum Töten nach Maßgabe des Urteils des BVerfGs 2005 plus minus. Die Bundeswehr und die Piraten: darf ein deutsches Urlauberehepaar, das an Land verschleppt wurde, befreit werden? Das ist doch noch Nothilfe und Somalia als failed state hat nichts zu kamellen - aber noch nicht mal die Amerikaner gehen da rein. Die Postbank soll verkauft werden - asset deal und share deal werden sogar in Klausuren als Wissen vorausgesetzt. Macht sich ein Türke, der anlässlich des Halbfinals eine Mischung aus türkischer und deutscher Flagge hergestellt hat, nach § 90 a StGB strafbar?

Sehr interessant: Öl ist, solange es auf dem Tanker Erika ist, noch kein Abfall, wenn es aber an der bretonischen Küste anlandet, europarechtlich doch. Wer haftet für die Beseitigung durch die französische Gemeinde Mesquer? Der Schiffseigentümer, der Produzent von dem Zeug oder derjenige, der den Transport in Auftrag gegeben hat, wenn unbeabsichtigt abgelassen wurde, wie bei Absicht? Nach deutschem Recht? Störerhaftung im Wasserrecht? Im Abfallrecht? EuGVVO- Art. 40 EGBGB? Problem: bei uns ist das kein Deliktsrecht sondern öR. EuGH im Fall Erika C-188/07 spricht zwar von Verursacherprinzip, macht aber Verschuldensprinzip: derjenige, der einen Seelenverkäufer als Transportmittel chartert, ist Störer, also der mittelbare Verursacher - der Schiffseigentümer wird pleite sein. Die Taktik der U-Bahn-Schläger ist klar: der Jugendliche soll der Haupttäter gewesen sein, damit der andere § 106 II JGG bekommt. Und sie waren "dicht", damit § 323 a die Obergrenze ist. Das Opfer, der Zeuge, war schlecht beraten - zu krakeelig-munter. Ich glaube nach kürzerem Nachdenken, dass Sie den Bankraub zwecks Brustvergrößerung der Freundin doch nicht vorbereiten müssen. Stellen Sie sich vor, ein Prüfer fragt eine Kandidatin, was sie davon halte? Die fragt sich natürlich, warum er gerade sie darauf anspricht. Das traut sich keiner. Das Europäische Patentamt will doch noch mal über einen Patentantrag zu entwickelten Stammzellen entscheiden. Das Ding ist was seltsames - es hat weder mit dem Europarat noch mit der EU zu tun. Gegen seine Entscheidung kann nur das BVerfG angerufen werden - Art. 19 IV GG. Die FAZ berichtet über Limiteds, die müssen in Großbritannien ein Registered Office haben. Die Mahngerichte zicken deshalb rum, wenn man einen Mahnbescheid gegen eine Limited haben will - wieso der inländische Gerichtsstand gegeben wäre. Knüppeln Sie die mit Europarecht nieder. Humanitäre Intervention in Zimbabwe? Die Welt meint nein, da bei internen Angelegenheiten - Kapitel VII erlaubt eine Intervention - nur ein Völkermord oder Massaker ausreicht - wenn Oppositionswählern die Arme abgehackt werden, reicht das nicht. Heide Simonis hat gegen die Bildzeitung verloren. Einen Anspruch auf Auskunft der noch nicht veröffentlichten Fotos gäbe es nicht. Die Stadt Köln hat einen Architektenwettbewerb zur Neugestaltung des Rathausplatzes veranstaltet. Der mit 21:1 gefundene Sieger wird von dem OB abgelehnt. Darf der das überhaupt? Darf die Stadt in der Jury sitzen? Da würde ja der Staat Kunst bewerten. Andererseits geht es um die eigene Selbstdarstellung. Rechtsfolge, wenn ein AN im Urlaub arbeitet, obwohl § 8 BUrlG das untersagt? Hat der AG einen Anspruch auf Herausgabe des Lohnes aus § 812?

Hat ein türkischer AN am 25.6. in der Spätschicht Anspruch auf Arbeitszeitverlegung, damit er im Fernsehen verfolgen kann, wie die Türkei uns niederkämpft? Kann ein Busen Hehlerware sein, fragt nicht nur der Express sondern auch die alte Tante FAZ. Der Bankräuber finanziert seiner Freundin eine Brustvergrößerung. Kommt es darauf an, ob er ihr das Geld gibt oder direkt den Arzt bezahlt? Macht der Arzt sich strafbar, wenn er weiß, woher das Geld kommt? Sie hat sich von dem Freund getrennt - bekommt er jetzt von ihr Geld? Bekommt die beklauete Bank von ihr das Geld aus § 816 I 2/§ 822 ersetzt? Ist das überhaupt Raub, wenn er nicht ihr eine Freude machen will sondern er will selber mehr Spaß haben? Immaterieller Vorteil? Fragen über Fragen. In der Prüfung Müller/Waltermann/Scherf am 30.5. wurden aus 33 65, aus 44 91, aus 55 97, aus 35 69, aus 36 8? und aus 37 8? Punkte. Das Gericht (bei welchem Spruchkörper wurde der Mordversuch durch einen Heranwachsenden und einen Jugendlichen angeklagt?) hat im U-Bahn-Schläger-Prozess die Öffentlichkeit nicht nach § 48 III JGG ausgeschlossen. "kann" - kann das in der Revision überprüft werden? Was ist, wenn einer ins Rechtsmittel geht und der andere nicht? Gilt § 357 StPO? Für einen Erwachsenen und einen Jugendlichen hat der BGH dies abgelehnt. Tötungsvorsatz, wenn man mehrfach mit dem Schuh und aus vollem Anlauf gegen den Kopf tritt? Ist das Mittäterschaft bei dem anderen, immerhin eine Spontantat, da das Video leider nicht wiedergibt, was die gesagt haben? Verwertbarkeit des Videos? Die SZ berichtet, dass München und andere Städte nach dem Vorbild von Marburg versuchen, aus dem BauGB eine solare Baupflichtermächtigung rauszulesen. Der Oppositionsführer in Zimbabwe hat sich in die niederländische Botschaft geflüchtet. Erkennen wir Botschaftsasyl an? Nur die Südamerikaner, weil das bei denen gang und gebe ist. Ab wann verjähren §§ 331 ff.. StGB? BGH 3 StR 90/08. Liegt § 315 b bei absichtlich herbeigeführten Unfällen vor? Der BGH 4 StR 617/07 meint, dass sowohl der Wert des Autos vor dem Unfall als auch der eingetretene Schaden jeweils mindestens 750 € betragen müssen, was unter dem

Strich heißt, dass der Wagen mindestens 2.000 € wert gewesen sein muss oder nach dem Unfall in einen Schuhkarton passt. Bei der Schädigung nur der Teilnehmer dieses "Unfalls" liegt die Vorschrift ohnehin nicht vor.

In der Prüfung Hennrichs/Hammerschlag/Bozza-Boden am 18.6. hat im Zivilrecht ein aus Gefälligkeit ausgeliehener AN einen Schaden angerichtet, im Strafrecht Mord, § 227, Mord durch Unterlassen? Im ÖR sollte einem Fußballhooligan der Paß abgenommen werden - Elfes-Urteil. Die BReg will diese Woche das Umweltgesetzbuch vorstellen. Problematisch ist die uneinheitliche Gesetzgebungskompetenz, da es Umweltrecht als kompaktes Rechtsgebiet gar nicht gibt. Die Industrie will die Genehmigung aus einer Hand plötzlich nicht mehr. Was ist mit ökologischen Ausgleichsflächen - kann ein Unternehmen, welches eine Fabrik baut, sich freikaufen? Welches Wassergesetz will der Bund nehmen - von den 16, die zur Auswahl stehen? Der Münchner OB verbietet den Müllwerkern jetzt schon, das zum Jahreswechsel übliche Trinkgeld einzusammeln. Muss er da eine Änderungskündigung aussprechen? Betriebliche Übung, wenn das bisher strafbar war bzw. nicht? Bonn flaggt jetzt auch die Tibet-Fahne - unerlaubte Aussenpolitik - keine örtliche Angelegenheit mehr? Die Welt meint, dass am 30.6. in der Sache Magnus Gäfgen nicht verhandelt sondern das Urteil verkündet werde - sein Verteidiger möchte ein Wiederaufnahmeverfahren - der meint, er gewinnt.

Medinat Weimar - als Kunsthappening soll in Weimar ein jüdischer Staat "gegründet" werden - wie gründet man einen Staat? Kommt es auf die Anerkennung durch andere an? Darf die Versammlungsbehörde einschreiten? Ist Kunst polizeifest? Die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche soll eingeführt werden - beißt sich das mit dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts?

In der Prüfung Bönders/Rütten/Krämer am 20.6. nach altem Recht kam im Zivilrecht der Fliesenfall-OLG-Köln mit dem Dachziegelfall des BGH NJW 1983. Was versteht man unter Rheinischem Recht? Hand wahre Hand, wo Du Deinen Glauben gelassen hast, sollst Du ihn suchen. Im Strafrecht zündet ein Ein-Mann-GmbHist die versicherte Scheune der GmbH an - im Gesellschaftsvertrag ist selbstkontrahieren erlaubt. Ob dann eine wirksame Einwilligung nach § 306 vorliege? Auf so eine skurrile zivilrechtliche Idee kann nur die StA kommen. Der Bruder erpresst den Täter dann und der Täter erschießt dann den Bruder. Im ÖR sollte die Abitur-Matheklausur wegen des Fehlers angefochten werden - Schulrecht rauf und runter - Bürokratieabbaugesetz. 19 Vorpunkte haben fürs Bestehen nicht gereicht. In der Prüfung Kapischke/Steinbeck/Kreutz am 18.6. wurden aus 39 58, aus 25 54, aus 25 40, aus 34 65, aus 49 91 und aus 46 87 Punkte. Toyota: nichts ist unmöglich. Auch Prüfer müssen noch lernen: "... prüfte die Kandidaten ohne feste Reihenfolge ziemlich wahllos. Ärgerlich war, dass ...mitunter niemanden direkt drannahm, aber die Fragen auch nicht ausdrücklich freigab. Der Prüfstil führte dazu, dass insbesondere Kandidatin 6, die verständlicherweise Ambitionen auf ein vollbefriedigend hegte, alsbald ständig mehr oder weniger diskret aufzeigte, unabhängig davon, wer gerade sprach oder ob Fragen freigegeben waren oder nicht. Leider ließ ... sie gewähren und belohnte das Gebaren durch Worterteilung, so dass den Mitprüflingen nichts anderes übrig blieb, als gleichermaßen per Handzeichen um Redebeiträge zu konkurrieren, wollte man nicht wortlos untergehen. Irgendwann kam dann fast niemand mehr dran, der sich nicht meldete." Was macht man da als Kandidat??? Ich kann da auch keinen klugen Tipp geben. Man ärgert sich nachher natürlich kräftig.

Die Stadt Marburg verlangt von allen Häusern - allen - die Anbringung von Solaranlagen. Die Preisfrage lautet wie immer, wo könnte dazu was stehen? § 86 LBauO-NW? § 9 GO? § 1 BauNVO? Ist das eine örtliche Angelegenheit? Darf eine Gemeinde so eine radikale Energiepolitik betreiben, überhaupt irgendeine? Was macht man denn als Eigentümer verfahrensrechtlich gegen diese Satzung? Bank-Häuslebauer-Kredite: § 1133 und § 1157 sollen geändert werden. Banken dürfen "unveräusserliche" Kreditverträge abschliessen. Fallen die unter § 137 oder unter § 399? Oder, weil grundschuldbesichert, unter § 1136?

Das BVerfG hat § 25 b LBG gekippt - Beamten werden also nach wie vor solange befördert, bis sie auf einem Posten landen, für den sie unfähig sind - Art. 33 V - hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums? Von wann müssen die sein? In der Prüfung Kapischke/Kreutz/Steinbeck am 18.6. kam schon wieder ein Abschleppfall mit Kostenbescheid als Vortrag - VGH Kassel NJW 1999 S. 3650. Im ÖR Public Viewing: die Stadt Köln setzt eine Zeitungsanzeige, sie suche jemanden, der für die Stadt das Public Viewing überwache. Alles, was einem dazu einfällt - Bürgerbegehren. Im Zivilrecht zunächst ZPO - bei welchem Streitwert wird wo geklagt, wann streitwertunabhängig? Der Enkel der Mieterin setzt die Wohnung unter Wasser. Im Strafrecht Aidsinfektion und die geplante Änderung des § 81 a StPO sowie Spruchkörper und wo wird weshalb angeklagt. Alle Zeitungen empfehlen heute auf der ersten Seite dringendst, Glühbirnen zu horten, weil es die ab 2009 nur auf dem Schwarzmarkt gibt - dann kann ich meine schönen alten Lampen zuhause alle wegschmeissen, zumindest sehen Energiesparlampen potthässlich aus. Art. 174 ff.. EG - die Umweltpolitik hat die Besonderheit, dass Mitgliedstaaten härter sein dürfen als Brüssel. Aber geht das hier nicht zu weit? Darf Brüssel Glühbirnen zu störendem Eigentum erklären? RWE hat im Raum Euskirchen 90% Sonderkunden (!) und 10% normale Kunden, was durch den BGH gerügt wird - mit welcher Folge? Das Energiewirtschaftsgesetz im Sartorius ist ziemlich anstrengend zu lesen. Herr Fastenrath meint in der FAZ, die Bundeswehr dürfe wegen der Resolution 1816, Art. 105, 107 SRÜ und Art. 24 II GG Piraten jagen - auch ohne Änderung des deutschen Rechts. Die

internationalen Regelungen sagen nichts über unsere interne Zuständigkeitsverteilung - das dürfte schlicht falsch sein. Was für konkrete Folgen hat das Urteil Boumediene / Bush fragt Frau Gelinsky in der FAZ. Die unlawful combatants dürfen einen Haftprüfungsantrag stellen. Ob sie nun Kombattanten nach der Haager Landkriegsordnung sind oder nicht, ist damit aber noch nicht klar. Soldaten erkennt man daran, dass sie Uniform tragen und nach dem Krieg sich wieder ihrem Privatleben zuwenden, was man von Al Quaida wohl nicht behaupten kann. Der Generalanzeiger berichtet, dass ein von der Polizei im Polizeiauto geparkter Drogenschmuggler sich einfach auf den Fahrersitz gesetzt und mit dem Gefährt samt Drogenhund weggefahren ist. Strafbarkeit? § 120 bestraft doch nur die Befreiung von anderen - was ist mit Nebendelikten wie Mitnahme des Hundes? Den Wagen samt Hund hat man später irgendwo aufgefunden. § 248 b? § 242? Rechtfertigung durch Nemo tenetur?

Frau Dr. Merkel hat von Frau Dr. von der Leyen gelernt - man umschiffet die Länderkompetenz in Kulturdingen, indem man kein Gesetz macht sondern einen Bildungsgipfel und Leitlinien. Verbietet das Grundgesetz nur das Fressen über die Hecke per Gesetz oder allgemein? Das Kölner Arbeitsgericht hat die fristlose Kündigung einer muslimischen Krankenschwester in einem christlichen Krankenhaus kassiert - ok, fristlos ist zu heftig, aber fristgemäß darf es schon sein - das Privileg des Tendenzbetriebes analog § 118 BetrVG im Individualarbeitsrecht? Unterschied zwischen Kopftuch einer Parfümverkäuferin und einer Krankenschwester? Unser Bundespräsident fordert Kumulieren und Panachieren auch bei Bundes- und Landtagswahlen, sagt aber, dass das Volk bei der Aufstellung der Parteilisten mitbestimmen soll - wie soll das denn gehen? Bedarf die Berliner Rede der Gegenzeichnung nach Art. 58 GG? Anordnung oder Verfügung? Wie ist es mit einem Kochbuch des Präsidenten über die leckersten Gerichte auf seinen Auslandsreisen? Alles, was Politik ist, muss gegengezeichnet werden, das Kochbuch auch. Frankfurt sucht 686 Schöffen - das System habe sich nicht bewährt, meint die FR. Alte Fragen nach dem Unterschied zwischen Schöffe und Geschworenem - wo haben wir Schöffen, wie sind die angezogen? Bei was bestimmen die mit, bei was nicht? Kölner Stadtanzeiger: was ist das strafrechtlich, wenn eine Putzfrau dem Hausherrn Valium in den Tee tut und dann die Wertsachen mitnimmt?

In der Prüfung Hübner/Dylla-Krebs/Keller am 13.6. kam als Vortrag die Beschlagnahme eines Transparentes "Amis sind eine Mörderbande" bei einer Demo vor der US-Botschaft. Im Zivilrecht springt die Katze auf die Maus, im Strafrecht Hehlerei, Raub und viel StPO - eine einzige Kandidatin konnte den Gang des Verfahrens nennen - Revisionsgründe - der Angeklagte wird in der Pause verhandlungsunfähig. Im ÖR Abschleppfall mit allen kleinen Fragen dazu. Die Stadt Iserlohn schließt Hauptschulabschlussverpflichtungsverträge mit Jugendlichen ab. Ist das ein Vertrag nach § 54 ff. VwVfG, ein gemischter oder ein privatrechtlicher Vertrag? Ist das zulässig? Der Bundestag hört am 18.6. Experten zum geplanten Film-Pflichtexemplargesetz an. Was natürlich an das hessische, verfassungswidrige Gesetz erinnert. Kompetenz des Bundes? Der IStGH hat seinen ersten Fall abgewürgt. Monsieur Lubanga wird erst mal nicht angeklagt. Wie wird das bei uns behandelt, wenn die StA dem Verteidiger geschönte Akten zur Einsicht vorlegt? Darf Karlsruhe über den Gauweiler-Antrag zum Lissaboner Vertrag entscheiden, nachdem die Iren nein gesagt haben? Die FAZ meint, dass sie das doch tun und zwar demnächst mit der Mangoldentscheidung zusammen. Herr Bsirske - ver.di - will gegen die Dirk Ruffert-Viking-Line-Entscheidungen nach Karlsruhe. Na mal gucken. Zum Pokerturnier: das OVG Münster hatte § 80 V geprüft. Muss denn nicht jemand, der eine Genehmigung braucht, aber einfach ohne die macht, einen § 123 VwGO stellen? Praktischer Unterschied? Welcher Antrag geht leichter durch?

Sind Volksabstimmungen die Geißel Europas? Das fragen fast alle Zeitungen. Die Welt berichtet über Ghostwriter im Internet, die würden eine Rechtslücke ausnutzen, indem sie beim Verkauf ihrer Texte darauf hinweisen, dass der Käufer diese als Fremdprodukt ausweisen muss. In NRW gab es mal eine Klausur: das Ordnungsamt will von einer Zeitung wissen, wer die Anzeige "Privatrepetitor gibt Einzelunterricht" gesetzt habe - die Aufgabe sollte ins OBG führen - der Fallsteller hatte übersehen, dass Presse polizeifest ist, so dass § 1 LPresseG eine abschliessende Regelung trifft. Peinlich. Man hätte die Klausur mit einem einzigen Satz zur Höchstpunktzahl führen können. Ein weiterer Fall: ein Anwalt erstellt ein Gutachten, welches fehlerhaft ist. Der Fallsteller hatte übersehen, dass hier nicht die Werkvertragsverjährung (altes Recht) galt sondern die nach der BRAO - der ganze Fall kippte weg. Nobody is perfect. Also: ist Ghostwriting strafbar? Macht der Kandidat sich wegen §§ 267, 263 strafbar, wenn er die Abwandlung der Hausarbeit von seiner Freundin schreiben lässt? Einige Juristen meinen, das sei Betrug - Prüfungsleistung als Vermögensverfügung? Zur Urkundenfälschung s. die nette aber falsche Entscheidung des BayObLG 1981 - JuS. Was ist, wenn ein Kandidat die Klausur kennt, weil er sie im Lehrstuhl seines Professors selber vorbereitet hat (ist alles schon vorgekommen)? Hätte er das sagen müssen, ist das eine Täuschung? Rechtsfolge nach dem JAG? Dieser Fall aus dem wahren Leben kam schon als Klausur. Die Kandidatin heiratete den Professor später.

Sonntag, keine dollen Meldungen. Noch mal zu was allgemeinem: ich vermisste bei Empfehlungen zur Mündlichen Prüfung unter Studenten folgende Tipps: mindestens ein Vormittag in Strafverhandlungen und Zivilverhandlungen. Wenn man da drei Sachen gesehen hat, kann man den Gang der Hauptverhandlung wie einen Film wiederholen ohne sich das mühsam in den Schädel lernen zu müssen. Meist ist in den Verhandlungen nichts los, Richter und Protokollbeamte sind froh, wenn sie Ansprechpartner haben - es gibt viele Pausen - sagen Sie offen, dass sie für die Prüfung gucken, dann wird Ihnen meist erklärt, worum es im nächsten Fall geht. Wenn Sie sich allerdings still hinten

rein setzen und mitschreiben, werden die nervös, weil vermutet wird, dass Sie von der Presse kommen. Dann sollte man wissen, dass aber auch jede Woche in der StPO und ZPO dieselben Sachen kommen: welche Spruchkörper gibt es, Instanzenzug, Voraussetzungen des Haftbefehls und Rechtsmittel. Das ist das unterste vom unteren und sollte wirklich gebetsmühlenartig kommen. In den letzten Wochen sollte man viel Gesetz lesen - ein Verwaltungsrichter prüft eben gerne VwGO. Prüfer prüfen nicht das, was Sie wissen sollten, sondern was die Prüfer wissen. Nummern machen immer einen guten Eindruck. Also blättern Sie im Hippel etc. mit einer Tasse Capuccino in der Halbzeit. Ein Kurzzeitgedächtnis kann jeder aufbauen. Protokolle: man sollte alle lesen, auch wenn sie schon 8 Jahre alt sind. Jeder Mensch wiederholt sich. Die Prüfer wissen, dass die meisten Kandidaten nur Protokolle 2 Jahre rückwärts lesen. Es ist ja absolut ärgerlich, wenn ein Fall kommt, der da drin steht und man kennt ihn nicht. Wobei Prüfer einem ja einen Gefallen tun wollen, wenn sie sich wiederholen! Professoren kreisen gnadenlos um sicher selber. Alles wird recycelt - also nachgucken, was er/sie gerade macht, was veröffentlicht wurde. Und da die keine eigenen Fälle haben - ein Richter kann tagelang improvisieren - kommen bevorzugt BGH-Fälle, das gilt vor allem im Strafrecht. Also die letzten 3 NSTZ, die letzten 3 JuS. NJW zurück, soweit möglich. Versetzen Sie sich in den Prüfer.

Der Supreme Court (googeln Sie mal zu seiner Homepage) - das Urteil Boumediene / Bush (wieso nicht gegen Vereinigte Staaten?) hat 134 Seiten und stützt sich auf die Marbury / Madison-Entscheidung ("what the law is") aus 1804, die die Examenskandidaten aus Bieber-Prüfungen kennen. Der Supreme Court sagt, er habe die Deutungshoheit über das Recht (law kann man ja nicht mit Gesetz übersetzen). Ist das bei uns auch so? Die Iren - und jetzt? Man wird einfach Lissabon zu Ende ratifizieren und dann können die ja als Trittbrettfahrer mitmachen oder auch nicht. Problematisch wird es, wenn die Engländer und/oder Tschechen auch aussteigen - obwohl der EuGH den Vertrag von Nizza ja eigenmächtig fortentwickelt und sowohl die zweite als auch die dritte Säule in die erste reinwürgt. Das OVG Münster meint, dass ein Pokerturnier mit Teilnahmegebühr nicht an § 284 StGB sondern an § 33 d GewO zu messen sei. Man lernt immer wieder neue Vorschriften kennen. Im Zweiten Examen ging es in einer Aprilklausur um die Veranstaltung von Poker-Turnieren. Welche Tatbestands- und Rechtsfolgenvoraussetzungen hat § 33 d?

BGH 4 StR 126/08: der Einbrecher bricht in die Wohnung und räumt dann in den angrenzenden Geschäftsräumen den Tresor aus - § 244 oder § 243? BGH 1 StR 196/08: Wahnbeihilfe, wenn längst beschlagnahmte Drogen verkauft werden sollen? FAZ: darf ein Gemeinderat seinem Bürgermeister verbieten, die Amtskette zu tragen? Wie immer bei Jura: wo steht was dazu? Darf der Rat dem Bürgermeister sein Outfit vorschreiben als Retourkutsche? Der Supreme Court hat die Habeas-Corpus-Garantie endlich wieder zum Leben erweckt. Die soll schon in der Magna Charta von 1215 dringestanden haben. Wie der Spruch vollständig heißt, habe ich noch nicht finden können. Bush wollte die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte auf Teufel komm raus vermeiden, weil die dortigen Beweisregeln die Verteidiger berechtigen, die komplette Afghanistan- und Irakkrieg-Strategie an die Öffentlichkeit zu zerren. Das mag kein kriegführender Staat. Der seit 100 Jahren besetzte Teil Kubas, für den die Amerikaner jeden Monat einen Mietescheck an Castro schicken und den der immer brav zerreisst, damit kein Vertragsverhältnis angenommen werden kann, ist also doch der amerikanischen Hoheitsgewalt zu unterstellen. Von den Engländern haben wir also nicht nur die blauen Verwaltungsrichterroben, die Zweiteilung in OBG und PolG und die frühere kommunale Doppelspitze in NRW sondern auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. 1949 durfte man keinen staatlichen machen, privaten verboten die Alliierten, also das Mittelding wie bei Kirchen und Unis. Der 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag regelt die Konkurrenz Zeitungen - Rundfunk im Internet, wie Sie sicherlich selber schon gelesen haben. Der BGH macht bei einem überhöhten Mieterhöhungsverlangen eine geltungserhaltende Reduktion - VIII ZR 52/03 - die Auswirkung auf die Vermieter liegt auf der Hand.

Wem gehört Knut? Im Bauch der Mutter gilt § 93. Nach der Geburt § 953 - nun gibt es einen "Einstellungsvertrag", was das auch immer sein mag: § 956. Hat daher der Neumünsterer Zoo einen Anspruch aus § 812? Oder ist der Gewinn der Geschäftstüchtigkeit des Berliner Zoos zu verdanken und dass es eben der Zoo in der Hauptstadt und nicht in der Metropole Neumünster ist? Anlässlich des letzten Besuches von George W. wird berichtet, dass Kanzler Schröder über unseren Botschafter Ischinger ihn damals darauf aufmerksam gemacht habe, dass er durch die Vertrauensfrage zum Afghanistan-Einsatz sein Amt für ihn riskiert habe. Das hat der wahrscheinlich geglaubt. Schröder hat ihn da verschissert. Art. 68 ist die Peitsche des Kanzlers, weil als Sachfrage nach der GeschO offen abgestimmt wird und weil das fehlende Vertrauen keine Konsequenz haben muss. Der Kanzler kann weitermachen, wie bisher, den Koalitionspartner austauschen, zurücktreten, Neuwahlen anstossen. Der HessStGH hatte zu entscheiden, ob die Vorschrift in der Verfassung, welche ein unentgeltliches Studium vorsieht, Studiengebühren verbietet. Nein, da Studiengebühren durch Kredite ja ausgeglichen werden könnten. Aha. Die Imbißbuden an den Fanmeilen an österreichischen Stadien haben keine Kunden - können sie verlangen, dass die Sondernutzungsgebühren nach § 18 LStrWG-NW erlassen bzw. abgesenkt werden? Wegfall der Geschäftsgrundlage bei einem VA? Herr Pierer will wegen des laufenden OWiG-Verfahrens nicht als Zeuge aussagen - gilt § 55 StPO auch für drohende OWiG-Verfahren? Das BVerfG darf jetzt den Unterschied zwischen Festzeltrauchern und Eckkneipenrauchern ventilieren. Wie würden Sie argumentieren? Vor einer Woche wurde im Bonner Umland morgens um 5 ein 17jähriger totgefahren, der Fahrer beging

Unfallflucht. Die Polizei hat genau eine Woche später zur gleichen Uhrzeit alle Autos auf der Strecke angehalten und mittels Leichenspürhunden überprüfen lassen. Die haben einen weißen Lieferwagen angebellt. Reicht das für einen Haftbefehl, wenn der Fahrer zugibt, zur Tatzeit am Tatort gewesen zu sein? Greift § 267 StGB, wenn in Deutschland gefälschte EM-Fußballtickets verkauft werden? Schützen wir den österreichischen Rechtsverkehr? Darf der gemäß § 10 StAG zulässige Gesinnungstest als Bildungstest bei Einbürgerungswilligen eingesetzt werden? Wie wird man sonst Deutscher? Art. 116 GG? Warum steht da das Datum 31.12.1937 und nicht Sommer 1942? Lukas Podolski: ist es europarechtlich zulässig, dass ein Nationalspieler nie mehr für ein anderes Team spielen darf, wenn er ein einziges Spiel im Nationaltrikot als Erwachsener gemacht hat? Er kann also nicht nach Polen zurück.?

Der VGH Berlin hat eine Klage für einen verkaufsoffenen Sonntag abgewiesen, das BVerfG muss über ein Kirchenbegehren gegen den verkaufsoffenen Sonntag entscheiden. Das OLG Hamm meint, dass Dicksein keine Krankheit sei, man müsse bei Abschluss einer Lebensversicherung also nicht sagen, dass man zwei Zentner auf die Waage bringe. Darf dann bei der Einstellung von Jungrichtern der Amtsarzt Stress machen? Man darf nicht rauchen und nichts essen? Es wird hektisch gefragt, was man macht, wenn die Iren am 12.6. nein sagen - kann man die rauswerfen? Der EU-Vertrag sieht so was nur vor, wenn Jörg Haider in der Regierung ist - macht Irland dann mit Nizza weiter? Gehen die von alleine? Macht man einfach ein zweites Referendum, bis die tot umfallen? Das ist Jura. Ab dem 1.9. gibt es nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz den Einbürgerungstest. Wann wurde die BRD gegründet? 1939, 1945, 1949, 1951 sind die vorgegebenen Alternativen. Alles falsch. Jemand erzählte, dass sein Vater sich heute noch über seine Mündliche Prüfung ärgere, der Prüfer wollte auf die Frage 1871 hören. Wenn schon, dann 1867. Dann soll man in dem Test das Wappen von NRW rausfinden (von den vier abgebildeten Wappen erkenne ich gerade mal mit Sicherheit eines, das mit dem Bären würde ich raten und die anderen zwei ..?). Im Mündlichen wurde mal gefragt, wofür das Pferd, der Fluß und die Rose stehen. Ab welchem Alter ist man in Deutschland volljährig? Das kommt auf das Rechtsgebiet an. Googeln Sie mal zu "Einbürgerungstest" und versuchen Sie, die Fragen ohne Blick auf die Antworten zu lösen - das ist Günther Jauch für Fortgeschrittene - meist juristische Fragen. Ist das zulässig, wenn das Gesetz die Einbürgerung von der Treue zur Verfassung abhängig macht? Dürfen wir nur gebildete Ausländer haben wollen oder solche die 312 Fragen auswendig lernen? Im mündlichen wurde mal nach den Hauptstädten und Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer gefragt. Kriegen Sie die zusammen? In Hessen überlegt Roland Koch, als nur geschäftsführender MP, der nicht zurücktreten darf und nicht das Vertrauen der Mehrheit hat, die Vertrauensfrage zu stellen, um so Neuwahlen erzwingen zu können, obwohl die Verfassung ein Selbstauflösungsrecht des Landtages vorsieht. Ist das noch "geschäftsführend", was er da tut? Einschleusen von Detektiven in Betrieben - muss der Betriebsrat zustimmen? § 87 I Nr. 6 passt nicht, Nr. 1 nur, wenn es um Ordnungs- und nicht um Arbeitsverhalten geht - Diebstahl ist aber Arbeitsverhalten. Am 11.6. wird in Karlsruhe das Rauchverbot verhandelt. Sind rauchende Richter oder nicht rauchende Richter befangen? Darf der Staat versuchen, mich so gesund wie möglich zu machen? Habe ich kein Recht auf ein ungesundes Leben? Herr Hassemer meint in einem Interview in der SZ, der Computer sei ein ausgelagerter Körperteil - so würde ich eher meinen Kühlschrank oder das Auto bezeichnen. Wem gehört Knut, wenn der Vater im Zoo von Neumünster sitzt? Neumünster will an den 6,8 Millionen Reibach beteiligt werden, den der Berliner Zoo gemacht hat. Vergleichbar mit einem Tennistar, der sich auf einem Tennislehrbuch wieder findet? Analog §§ 950, 951?

In der Prüfung Bönders/Esser/Seier am 30.5. wurden aus 46 69, aus 25 53, aus 40 92, aus 84 128 und aus 25 52 Punkte. Der Kandidat mit 40 Vorpunkten wurde in die Mitte gesetzt und kam vermehrt dran. Eine Kandidatin sprach vom VwVfG der Gemeinde - das war hoffentlich ein Blackout. Ein schwarzer Tag für Arbeitgeber: der Rat der Arbeitsminister hat sich vor dem Hintergrund des Norbert Jäger-Urteils des EuGH aus 2004 auf Arbeitszeiten durch Richtlinie geeinigt - von denen mit Zustimmung der Gewerkschaften abgewichen werden kann - man wird also durch die kalte Küche ins kollektive Arbeitsrecht reingezwungen, für das die EG keine Kompetenz hat - Verletzung des Art. 9 III GG - negative Koalitionsfreiheit? Der Arbeitgeber will einem 17-jährigen Azubi in der Probezeit kündigen, wie sind § 113 und § 131 II in Einklang zu bringen? LAG Schleswig-Holstein 2 Ta 45/08. Fällt der Ausbildungsvertrag unter § 113? Wortlaut? Sinn? Ich lese nirgendwo, dass der Holzklotzwerfer ein richterliches Geständnis abgelegt habe. Nun geht es in der Haftprüfung darum, ob das Geständnis und andere Umstände den dringenden Tatverdacht retten können. Z.B. soll sein Pflichtverteidiger in der Zeitung von einem Geständnis ihm gegenüber berichtet haben, was § 203 erfüllen dürfte. Verwertbar? Und Telefondaten auf der Brücke? Ermächtigungsgrundlage? Unterschied Geständnis in StPO und ZPO? Unterschied Geständnis Anerkenntnis in der ZPO? Ist das Geständnis ein Beweismittel in der StPO? Die FAZ berichtet über die in den Juni 09 vorgezogene Kommunalwahl in NW, damit sie mit den Europaparlamentswahlen zusammen stattfinden kann - der Rat tritt dann erst im November zusammen. Ist das zulässig? Steht dazu irgendwo was? Ein Angler ist ums Leben gekommen, weil die ausgeworfene Angelschnur an einer über den Fluss führenden Stromleitung hängen blieb, der zweite wollte ihm helfen und hat dann auch einen tödlichen Stromschlag bekommen. Haftet die Witwe des ersten der Witwe des zweiten aus GoA - Herausforderungsfall? Haftet der Stromleitungsbetreiber? Dafür gibt es ein spezielles Gesetz - HaftpflG - oder allgemeines Lebensrisiko? Der Jauchegrubefall des BGH - der Knecht will seinen Bauern aus der Jauchegrube retten, beide kommen um. Zwei Motorradfahrer haben an einer roten Ampel mit einer Axt die Seitenscheibe eines Autos zerschlagen und die

Geldtasche auf dem Sitz mitgenommen. Raub? Gewalt gegen Person? § 315 b? Die schwedische Variante im Sommer ist, eine Ratte ins offene Auto zu werfen und dann mit dem Auto (die Frau ist natürlich schreiend rausgelaufen) wegzufahren. § 316 a? El Masri verklagt Frau Zypries, sie solle gefälligst die USA auf Auslieferung der CIA-Agenten verklagen. Klageart? Klagebefugnis? Die Bundesregierung will arme Häuslebauer gegen die Verbriefung von Baukrediten schützen - § 1133 soll abgeschafft werden und die Grundschuld soll akzessorisch werden, was sie überflüssig machen dürfte neben der Hypothek. Die FAZ berichtet über uns Juristen und den Bologna-Prozess. Schon Friedrich der Große hat die Prüfungen den Universitäten weggenommen und Gerichten untersagt, universitäre Gutachten zu Prozessen anzufordern. Auch Goethe ging zum Repetitor. Der Kölner Stadtanzeiger berichtet, dass das Ordnungsamt eine spontane Fußballbildchentauschbörse auf der Straße vor einer Kneipe wegen Beschwerden der Anwohner untersagt hat. LStrWG? GewO? Gegen Autokorsos machen die nichts und so ein Spezialereignis zum Nationalsport wird man doch wohl dulden können - na, ich wohn da nicht. Die Kölner Jugendrichter haben sich übrigens presse-mässig über die Presseberichterstattung zum Komashläger-Urteil gewehrt. Vielleicht sollte man die Pressestelle des Gerichts besser informieren und das ein bißchen professioneller managen. Journalisten sind nicht fair und sie jagen in Rudeln. Das OLG Zweibrücken meint, dass ein Eröffnungsbeschluss, der aus Textbausteinen besteht, unzulässig sei - wieso? § 199 gegenüber § 204 StPO. Die Eröffnung muss doch überhaupt keine Begründung enthalten oder? Rechtsfolge? In der Praxis wird im Zwischenverfahren nur durchgewunken - man kriegt einen Anruf, die Beweisanträge werden in der Hauptverhandlung abgearbeitet (bitte, nur meine Erfahrung als kleine Einzelanwältin mit ab und zu Strafsachen). Deshalb soll das Zwischenverfahren ja durch eine Reform aufgewertet werden.

Der EGMR verhandelt am 30.6. die Individualbeschwerde von Magnus Gäfgen - darf das dritte Geständnis verwertet werden, wenn das erste aufgrund von Gewaltandrohung zustandekam? Wie wirkt sich ein eventueller Verfahrensfehler aus? Ist eine Androhung wenigstens dann zulässig, wenn es um die Rettung eines entführten Kindes geht? Ich bin sehr gespannt. Kaum hat der Holzklotzwerfer Anwälte, widerruft er sein Geständnis - § 254 StPO - hoffentlich ist das ein richterliches - sonst wird es eng mangels DNA-Spuren auf dem Teil. Ein zurückgebliebener 14-jähriger schmeisst eine Zigarette in eine Scheune - haftet er nach § 41 FSHG-NW? Feuerwehrein-sätze sind grundsätzlich kostenlos, weil andernfalls niemand mehr die holen würde - das Wespennest oder die Katze auf dem Dach kostet aber - in Rhd-Pfalz wird wohl bei grober Fahrlässigkeit gehaftet - liegt die hier vor? OVG Koblenz vom 9.6. ja. Der Bankkunde weist die Bank an, dem Verkäufer 4.000 € zu überweisen, die Bank überweist versehentlich 6.000 €. Kann sie aus Eingriffskondition gegen den Verkäufer vorgehen? BGH XI 137/07 nein. Sie wird also dem Käufer seinen Prozess finanzieren müssen. Wann ist ein Wohngebäude in Brand gesetzt? Wenn man tagelang bei Verwandten schlafen muss, weil das Mobiliar verrusst ist? Das reicht nicht, BGH 4 StR 20/08. Am 6.6. in der Prüfung Bönders/Domat/Peifer(?) kam als Vortrag das Kind, das auf einer Wasserrutsche nach oben klettert und ein anderes Kind rutscht auf dieses drauf - Ansprüche gegen den Betreiber und die Mutter, die daneben stand. Im Zivilrecht der Backofenfall, im Strafrecht Mitnahme von Pfandflaschen/Blumenbestellung in fremdem Namen/Verteidigung einer Luftpumpe mittels Kampfhund, im ÖR Flatratetrinken in der Kneipe, Besetzung des VG, Einzelrichter - kennen wir doch alles oder? Viel Arbeit am Gesetz. Bezüglich der Bundespräsidentenfotos wurde festgestellt, dass für ein neues Foto kein Platz mehr sei - Herr Köhler muss also noch eine Amtszeit dranhängen. Die EG rügt die Pläne von ARD und ZDF, sich im Internet zu präsentieren, da die ihr Geld aus der Steckdose bekommen im Gegensatz zu den Zeitungen. Irland stimmt am 12.6. über den Lissaboner Vertrag ab. Was, wenn die, soll ja schon mal vorgekommen sein, dagegen sind? Ab dem 1. Juli hat Frankreich die Präsidentschaft und kein Mensch weiß, was Sarkozy vor hat. Frau Schwan verwechselt da was - ihren Äusserungen nach bewirbt sie sich für den Parteivorsitz und nicht die Präsidentschaft. Was wird der IGH zur Villa Vigoni sagen? Gehen Menschenrechte bei schweren Völkerrechtsdelikten der Staatenimmunität vor? Wenn man das Fass einmal aufmacht, gibt es kein Halten mehr - er soll im Fall Kongo / Belgien anders entschieden haben.

Der Spiegel berichtet über Schwitzen statt Sitzen in NRW - weil einige zu Geldstrafen Verurteilte lieber die Ersatzfreiheitsstrafe absitzen (was so einfach nicht geht, man muss schon unpfändbar sein). Immer mehr Zeitungen berichten über den französischen Gerichtsfall der Jungfrau in der Hochzeitsnacht - kann der Ehemann nach § 1314 BGB die Aufhebung beantragen? Als Moslem? Die Polizei weigert sich, Vollzugshilfe zu leisten, kann die anfordernde Behörde ein Zwangsgeld festsetzen? § 76 VwVG-NW? Das OVG Berlin meint nein. Was dann also? Die Bundesrepublik will gegen Italien zum IGH - aha, deshalb haben wir uns gerade dessen Rechtsprechungsgewalt unterworfen - gilt die Einschränkung für Bundeswehrosoldaten analog für SS/Wehrmacht? Kann man ja mal fragen - nur fragen. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 wird zu den Fällen zitiert. Zwangsarbeit von gefangenen Soldaten ist zulässig.

Die Rom-I-Verordnung ist da und tritt im Dezember 09 in Kraft - Rom-II im Januar 09. Die Rechtswahl wird einfacher. Bitte OLG Hamm 3 Ss 548/07 bei beck.de angucken. Eigentlich eine alte Kamelle aber als Prüfungsfall gut geeignet. In der Prüfung am 29.5.08 Weismann/Zaczyk/Bamberger dauerte jedes Vorgespräch 10 Minuten, es wurde darauf hingewiesen, dass der Vortrag Abwandlungen enthalte, was das Ergebnis natürlich vorgibt, im BGB würden keine BGH-Entscheidungen abgeprüft. "Mir kommt es aufs Nachdenken und Mitüberlegen an". Das kann man allerdings auch an einer BGH-Entscheidung abprüfen. Eine Traumprüfung. Im BGB kam eine Examensklausur - Vormerkung und zwei

Testamente und Erbscheine - dran. Im Strafrecht Urkundsdelikte, im ÖR Baurecht und klassisches Verfahrenswissen - allerdings wurde von den Kandidaten verlangt, dass sie wissen, wie eine Zustellungsurkunde aussieht. Aus 33 wurden 67, aus 55 109, aus 59 108, aus 33 70, aus 25 59 Punkte.

Das Wehrmachtssmassaker (Verzeihung SS) in Distomo - ein Prüfungshit - hat ein neues juristisches Kapitel. Nachdem vor Jahren die Pfändung des Goetheinstitutes in Athen als völkerrechtswidrig eingestuft wurde (ein Amtsrichter in Distomo kann nicht die Bundesrepublik zum Schadensersatz verurteilen), und die Kläger beim BGH, BVerfG und EGMR scheiterten, haben sie am Comer See die Villa Vigoni gepfändet - der Bund ist wohl froh, den Schuppen loszuwerden, der kostet nur. Das italienische Kassationsgericht (OLG?BGH?) hat das gebilligt. Jetzt werden sich die deutschen Schulgebäude im Ausland warm anziehen müssen. Roland Koch verweigert die Unterschrift unter das hessische Hochschulgesetz - das Prüfungsrecht und die Prüfungspflicht des Bundespräsidenten und der Kanzlerin analog. Vergleich Art. 71 LV-NW mit Art. 82 GG - kann jetzt im einstweiligen Rechtsschutz der Staatsgerichtshof angerufen werden - darf der Vertreter des Ministerpräsidenten unterschreiben? Die klassische Auslegungsmethode muss vorgeturnt werden. Das FGG (warum ist der Name falsch, Vorläufer, Unterschiede zur ZPO, aus welchen Teilen besteht es, wieviele Paragraphen hat es?), welches eigentlich komplett wegen Überflüssigkeit abgeschafft gehört, wird völlig umgekrempelt - der BGH wird höchste Instanz - das Rechtsmittelsystem wird umgestaltet u.a. - s. Anwaltsblatt 2008 S. 403. Es findet ein weiterer Prozess zum 11. September statt: sind die Drahtzieher Mittäter, obwohl sie nicht vor Ort waren? Wieviele Tötungsvorsätze haben die, wenn 5.000 Leute in den Towers sind, 3.000 sind umgekommen und 20.000 hätten drin sein können?

Mr. Wood lebt seit 20 Jahren in Frankreich und will Entschädigung, weil sein Kind in Australien ums Leben gekommen ist, France gibt diese aber nur Franzosen - geht nicht EuGH C-164/07 - sogar bei Geschenken des Staates darf nicht diskriminiert werden. Der EG-Vertrag ist zum Besser-Handeltreiben gemacht worden. Davon merkt man nichts mehr. Konsequenterweise müsste Frankreich dem Engländer das Wahlrecht einräumen. In der FAZ werden Reformwünsche bei § 211 anlässlich der Verfassungsbeschwerde des Kannibalen von Rotenburg diskutiert. Frauen können praktisch keinen Totschlag begehen. Einige Mordmerkmale sind fehlplaziert - wer aus Mordlust tötet, gehört in die Psychiatrie und nicht ins Gefängnis. Die Entwicklung von Roland Freisler zum BVerfG-Urteil und zur aktuellen Rechtsprechung sollte man kennen. Darf die Bundeswehr weiter im Kosovo sitzen, obwohl der sich für unabhängig erklärt hat? Gysi meint nein und fängt schon vor der Abstimmung im Bundestag einen Organstreit an. Frau Schwan erklärt Herrn Lafontaine zum Demagogen, woraufhin der die Wahl von Herrn Köhler empfiehlt. Die SPD wird Umfragewerten von 20% noch mal nachtrauern. Als Zusatzfrage könnte vielleicht mal kommen, ob ein europäisches Zivilgesetzbuch zu empfehlen sei? 1808 ff. erwog man schon mal ein BGB für ganz Deutschland und ließ es dann wieder. Kann man Erb- und Familienrecht vereinheitlichen? Kaum. Das Schuldrecht hat man schon. Sachenrecht geht auch nicht - wenn ein Staat abhandenkommen als größtmöglichen Unfall annimmt und in anderen hindert das keineswegs den Erwerb. In den deutschen Botschaften in Peking und Tokio sitzen sog. Industriereferenten, darf die Botschaft als Auszeit für Mitarbeiter großer Unternehmen herhalten?

In der Prüfung Waltermann/Müller/Scherf am 30.5. kam im Zivilrecht das Reichsgericht: der Bürge unterschreibt und erschießt sich dann - § 766 "erteilt"? Die Ohne-Rechnung-Entscheidung sollte wohl drankommen - er hätte aber vergessen, sich das Urteil auszudrucken. Im Strafrecht Rücktritt vom versuchten Raub bei eingetretenem § 251 - wo klagt man das an - Spruchkörper AG und LG - und welche Gesetzesvorhaben es im Strafrecht denn so gerade gäbe. Im ÖR das Gefährderansprechen aus der Mai-JuS sowie Rückwirkung von Gesetzen und Europarecht. Der EuGH meint in dem Fall Intertanko - C-308/06, dass völkerrechtliche Verträge nur dann Richtlinien vorgehen, wenn die EG den Vertrag unterzeichnet hat und wenn der völkerrechtliche Vertrag einzelnen Menschen Rechte oder Pflichten gibt - dann dürfte Kapitel VII der UN-Charta Richtlinien auch nicht vorgehen. Die SZ berichtet, dass die Steuerfahndung bei Herrn Zumwinkel als Zufallsfund einen Hinweis auf § 266 - Privatflüge seiner Ehefrau - gefunden hat - verwertbar? Der Sicherheitsrat hat eine Piratenresolution verabschiedet - Art. 105 SRÜ - aber innerstaatlich darf das bei uns nicht die Bundeswehr sondern nur die Bundespolizei, es sei denn, es liegt Notwehr oder Nothilfe vor. Und leider dürfen die Piraten nicht an Land verfolgt werden - ich würde freiwillig auch nicht in Somalia an Land gehen. Die FAZ bringt wegen der BVerfG-Entscheidung zum Verheiratetenzuschlag bei Lebenspartnern die Stichworte Herren der Verträge, Hüter der Verträge und Motor der Integration unter Benennung der üblichen Verdächtigen. Es wird der Verdacht geäußert, dass das BVerfG nicht mehr den offenen Konflikt mit dem EuGH sucht sondern dass es sagt, wir entscheiden das eben einfach anders. Der Verheiratetenzuschlag ist Arbeitsentgelt, so dass die Entscheidung mit Maruko nicht vereinbar ist. Eigentlich müsste Brüssel jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren gegen uns einleiten. Die Grünen wollen irgendwo Wahlrecht mit 14 einführen. Erlaubt Art. 38 GG das oder verbietet er es? Verstößt § 14 WPHG gegen die Pressefreiheit, weil ein Journalist, der über Insidergeschäfte berichtet, sich strafbar macht? Ein Journalist, der über illegale Staatsgeheimnisse berichtet, macht sich auch strafbar. Carl von Ossietzky ist damals zu recht wegen der Veröffentlichung der U-Boot-Pläne verurteilt worden. Die Behandlung im Gefängnis war natürlich nicht rechtmäßig.

In der Prüfung am 29.5. Schmoeckel/Rosenberger/Fumi wurden nicht nur Homosexuelle mit Pädophilen in einen Topf

geworfen, im ÖR kam wieder mal die Examensklausur VG Sigmaringen NJW 2001 S. 628: die Brunnenskulptur, die einen Ratsherren als SS-Offizier zeigt. Im Strafrecht § 145 d und StPO. Das BVerfG hält auch nach dem EuGH-Urteil zur Betriebsrente für Homosexuelle (Maruko) an seiner Entscheidung fest, dass es keinen Verheiratetenzuschlag für diese gibt, Aprilklausur und Pressemitteilung vom 3.6.. Problematisch ist, dass Beamte europarechtlich Arbeitnehmer sind und beim Verheiratetenzuschlag könnte es um Arbeitslohn in diesem Sinn gehen. Das wird ein Riesenaufstand geben vergleichbar der Mangoldproblematik. Anwohner beschwerten sich über die Lärmbelästigung einer Diskothek, darf die Behörde das Flatrate- und All-inclusive-Angebot durch Auflage verbieten, um die Diskothek unattraktiver zu machen oder ist das Etikettenschwindel? VG Stuttgart 4 K 1929/08. Kommt es nur auf das Ziel oder auch den Weg an? Darf man die Al-Capone-Methode anwenden: der Mord ist nicht nachzuweisen also geht man über Steuerhinterziehung? Die Bauern blockieren die Molkereien - eine moderne Variante des Sargträgerfalls des Reichsgerichts: damit eine Selbstmörder nicht in "heiliger" Erde zur Ruhe kommt, blockierten die Frommen den Friedhofseingang - Gewalt nach § 240? Damals und heute? Hessen will die Diäten an die allgemeine Einkommensentwicklung ankoppeln. Das Transparenzgebot zu Art. 48 GG verlangt, dass das Parlament sein eigenes Einkommen offen diskutiert und keine Feigenblatt Diskussion führt. Fällt Poker unter § 284 StGB? Glücks- oder Geschicklichkeitsspiel? Nach der FAZ regen Juristen sich nicht über den Vertrag von Lissabon auf. Bei Maastricht wäre das schlimmer gewesen. Na ja.

Darf die StA Bonn gegen die abgehörten Telekom-Mitarbeiter wegen deren Verrates von Betriebsgeheimnissen ermitteln - Beweisverwertungsverbot bei den Opfern einer Straftat? Argumentum e contrario § 154 c StPO? In der Prüfung Bönders/Seier/Esser am 30.5. kam als Vortrag der Diebstahl einer Fußballeintrittskarte und der folgenden Schlägerei mit leeren Bierflaschen aus einem Rucksack. Im Zivilrecht Verjährung, im Strafrecht Mord (das treibt die Prüfer im Moment wohl um) und im ÖR die Entscheidung des VGH Mannheim aus der NJW, ob und wie man gegen ein Stationszeugnis in der Referendarzeit angehen kann und Widerspruch gegen die Prüfungsentscheidung mit der Kostenfrage. Für meinen Geschmack etwas zu spezifisch, wie soll ein Kandidat das VOR der Prüfung wissen? Ist das § 253 StGB, wenn der mit der illegalen Abhöraktion beauftragte Unternehmer sein vereinbartes Honorar einfordert und bei Nichtzahlung mit der Veröffentlichung der Sache auf der Hauptversammlung am 14.5.2008 droht? Hätte Obermann den Aufsichtsrat trotz § 138 StGB, der das nicht erfasst, informieren müssen? Liegt ein Reisemangel vor, wenn in einem Hotel nur englisch gesprochen wird? Ein englisches Gericht meint für den umgekehrten Fall, dass dies so sei. Mangel, Nebenpflichtverletzung oder allgemeines Reiserisiko, wenn die Liegen schon um 7 Uhr mit Handtüchern belegt sind?

Muss ein Rechtspfleger, der nach seiner Ausbildung Jura studiert, Studiengebühren zahlen, weil er schon ein "Erststudium" hinter sich hat? OVG Koblenz 2 A 10233/08. Manche Rechtspfleger studieren Jura, weil einige Abteilungen echt langweilig sind - z.B. Grundbuchamt. Rechtspfleger arbeiten gefühlte 80% der anfallenden Gerichtsarbeit weg - Richter sind ja nur für die Streitentscheidungen und die Aufsicht da. Bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken, im Nachlaßrecht, Insolvenzrecht sind das Spezialisten, denen wir studierten nicht das Wasser reichen können. Erlischt eine Asylberechtigung aus 1993, wenn der Ausländer dann ausreist und jetzt wieder auf der Matte steht? VG Arnsberg 8 K 174607. Hat eine gemeindliche Feuerwehr wegen der Beseitigung von Ölspuren auf Land- und Bundesstraßen Ersatzansprüche gegen das Land? ÖR GoA? OVG Koblenz 7 A 10257/08.

Mai: Die Telekom greift zu einem alten Trick, den schon Biedenkopf und die ehemalige Bundesregierung angewandt haben: ein hauseigener Ermittler spricht pensionierter hoher Richter soll ermitteln. Er hat natürlich überhaupt keine Kompetenzen und kennt sich in dem Laden nicht aus. Das ist der eigentliche Skandal. Wie wird er überhaupt bezahlt? Man sollte sich nicht mißbrauchen lassen. Der BGH meint, das Urheberrecht eines vor Urzeiten gestorbenen Architekten schlage das Eigentümer- und Religionsrecht einer Kirche - wenn die Kapelle umgebaut werden soll, muss dessen Tochter gefragt werden, die das nicht umsonst machen wird - I ZR 166/05. Das OLG Köln meint, dass ein 2.400 € teures aber defektes Navigationsgerät es rechtfertigt, einen fast 50.000 € teuren Wagen zu wandeln - 3 S 70/06. Das LAG Köln 11 Sa 1077/07 will das Betriebsrentengesetz dem EuGH nicht vorlegen, obwohl es meint, dass der Verfall von Betriebsrenten von ausscheidenden jungen Mitarbeitern zulässig sei. Auch hier wird das Mangold-Urteil zitiert.

In der Prüfung am 29.5. Schmöckel/Rosenberger/? kam als Vortrag der Handtaschenraub durch den Radfahrer - in der Tasche sind nur Turnschuhe, er schmeißt sie weg - die zweite Handtasche bekommt er durch einen Tritt gegen die Passantin. Und StPO-Zusatzfrage zur Abgrenzung kriminalistische List und § 136 a StPO: Im Zivilrecht nur Familienrecht - Adoptionsrecht Homosexuelle - wurde den Prüfern gesagt, Homosexuelle seien eine Gefahr für Kinder - möglicherweise. Im Zweiten am 29.5. kam im ÖR folgender Fall: die Bundesregierung will das Energiewirtschaftsgesetz ändern: Preisregulierung für Strom in privaten Haushalten. Die Kommission legt einen Richtlinienentwurf vor, nach dem der freie Wettbewerb bei Strompreisen herrschen soll. Was ist die EU, wie erklärt man sie? Was kann die BReg dagegen tun? In der Parallelprüfung Gesellschaftsrecht - Ein-Mann-GmbH - Limited - GmbH&CoKG - die kommende Reform, im Strafrecht Diebstahl einer EC-Karte, wie kommt die Sache zum BGH? Im ÖR will eine Beamtin ein halbes Jahr Urlaub haben, weil ihr Mann ins Ausland geht. Ein Prüfer meinte, die Prüfung diene dazu, herauszufinden, wie Sie denken - richtig. Die FAZ ventiliert die möglichen Straftaten bei der Telekom: §§ 201, 206, 238 StGB und BDatenSG. "Razzia" - wer darf die unter welchen Voraussetzungen anordnen? Und vor allem bei wem? Die FAZ ist nicht begeistert

über die Habilschrift von Müller-Terpitz, da könnte man ja gleich die Früchte des vergifteten Baums essen und Organe von hingerichteten Chinesen einkaufen. Der Kölner Stadtanzeiger regt sich darüber auf, dass der Koma-Schläger als Jugendlicher nur eine Auflage bekommen hat - als Intensivtäter. Voraussetzungen des § 17 JGG - schädliche Neigungen - Schwere der Tat? Die Bundesregierung unterwirft sich als 67. Staat generell dem IGH - ist die Einschränkung hinsichtlich der Bundeswehr mit Art. 24 III GG vereinbar? Darf ein Schöffe rechtsradikal sein? Da springt man wie ein Pawlowscher Hund natürlich wieder auf die Unterscheidung Schöffe - Geschworener, die Emmingersche Justizreform, wo gibt es Schöffen, wo sitzen die in Robe und wo nicht? Und warum sitzen sie bei der Kammer für Handelssachen in Robe?

Die Themen des kommenden Dt. Juristentages (= Verein) sollte man sich angucken, jedenfalls soweit Prüfer beteiligt sind: Ältere Arbeitnehmer, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, Scheidungsfolgen, europäisches BGB, Beweisverwertungsverbote. Die volle Entscheidung des BGH zur Mängelhaftung beim Ohne-Rechnung-Vertrag ist da - VII ZR 140/07 - er macht das tatsächlich über den unangekleideten § 242. Prof. Morlok hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Koppelung der Kommunalwahltermine in NRW an die Europaparlamentswahlen - die brauchen wohl Monate zum Auszählen - solange müssten dann auch die Kommunalwahlergebnisse warten. Die Stadt Bonn verbietet sog. Passantenstopper - eine Blumenhändlerin kann ihre Geranienpötte nicht mehr vors Geschäft stellen und geht - angeblich deshalb - pleite. Der Nordpol: soll ein analoger Antarktisvertrag gemacht werden, damit Nichtanrainer da graben dürfen? Die Anrainer sagen natürlich nein. Eine Sockelkommission der UN soll klären, wer da einen Festlandssockel nach der Seerechtskonvention hat - zu wem gehört der Lomonossowrücken? Der plus 200 Seemeilen - das wärs dann. Der BGH hat am 28.5. verhandelt, ob die Kalkulation von Gaspreisen offengelegt werden muss - Anspruchsgrundlage? In Koblenz wurde letzte Woche im Zweiten gefragt, wie man sich gegen die Erhöhung von Gaspreisen wehren kann - man ist Anwalt und der Mandant kommt mit der Rechnung der Stadtwerke. Gysi: ich brauchte keine Kontakte zur Stasi, ich habe direkt mit Honnecker geredet - das erinnert mich an die Meldungen, wenn ein Promi bei einer Nutte erwischt wurde - das hatte ich doch gar nicht nötig. Zudem gibt er ja etwas viel schlimmeres zu, als ihm vorgeworfen wurde. In einer Zeitung steht, dass Anwälte nicht ihre Mandanten schützen sollten sondern sie sollten das Verfahren nur "rechtsförmig" machen. Die Stasi-Unterlagenbehörde ist eine Bundesoberbehörde mit der Besonderheit, dass sie nicht dem Innenminister untersteht sondern der Aufsicht der gesamten Bundesregierung und dass die ChefIn vom Bundestag gewählt wird. § 44 a AbgG - problematisch ist, dass MdBs von ihren Kollegen auf Stasi-Kontakte überprüft werden aber nicht auf ausländische Geheimdienste. Nicht dass ich für den Mann Sympathien hätte - er ist allerdings ein begnadeter Redner - leider - er würde Eskimos Kühlschränke verkaufen. Die FAZ deutet wieder das hoffentlich doch noch kommende Mangold-Urteil des BVerfG an - wird das EuGH-Urteil bzw. das BAG-Urteil als ausbrechender Rechtsakt behandelt? Kommt die Sharia - fällt der Ordre Public wegen Rom I und II? Die Bauern streiken mit der Milchlieferung und die Bäuerinnen kaufen die Milchregale leer und verschenken die Milch an Bedürftige - ist das strafbar? Die EG-Kommission will gegen die geplante 6+5 Regelung der FIFA vorgehen. Michel Fourniret hat schon vor Urteilsverkündung auf ein Rechtsmittel verzichtet - geht das? Die erste Aprilklausur im ÖR setzte sich aus den Entscheidungen des BVerfG 2 BvR 1413/06 und 855/06 zusammen. In der zweiten ging es um das Bordell einer Mieterin im ersten Stock - die Bauaufsichtsbehörde sagt, das füge sich nicht ein - sie bringt eine Unterschriftensammlung der Nachbarn, die hätten nichts dagegen. Im Strafrecht steigt der Täter in ein Bürohaus ein, nimmt Geldkarte und PIN und hebt ab, kommt zurück, nimmt Gewehr und Munition und Autoschlüssel und fährt mit dem gefundenen Auto, obwohl er bisher nur Traktor fuhr und ganze zwei Fahrstunden gehabt hatte und alkoholisiert. Viele kleine Niggeligkeiten.

In der Prüfung nach altem Recht am 26.5. Hammerschlag/??? fiel ein Mädels mit 22 Vorpunkten durch - sie sollte das Foto von Herrn Köhler angucken und sagen, wer das sei - den hätte sie noch nie gesehen, das wüsste sie nicht - im Wahlfach Europarecht der Vertrag von Lissabon - null Ahnung, vielleicht sollte man bei solchen Leuten eine Mißbrauchsgebühr einführen. Im ÖR Bundespräsident rauf und runter und Homosexualität und Beamtenbesoldung - die Aprilklausur. Im Zivilrecht der verkaufte Wagen, der zuviel Benzin verbraucht und der Backofenfall. Im Strafrecht ein Protokollfall Mord mit allen Zutaten (also eine gezielte Nettigkeit) und Strafbefehlsverfahren. Darf eine Gewerkschaft einer Zeitarbeitsfirma drohen, falls diese nicht per Fairnessabkommen einen Tarifvertrag einbeziehen will? LAG Frankfurt nein. In Die Welt werden schon die Jubiläen 2009 angesprochen: 1949, 1919, 1789 und bestimmt noch ein paar mehr. In der Prüfung vom Stein, Küpper, von Danwitz am 20.5. kam im Zivilrecht - viel zu schwere Fälle, die Kandidaten saßen noch nicht, da ging es schon los, der Prüfer verzog keine Miene und ließ nicht erkennen, ob man auf dem Holzweg war oder nicht (wer bringt denen das bei - grausam) - die Frage, was mit der Bürgschaftsforderung ist, wenn die nach 3 Jahren verjährt, die Hauptforderung aber erst nach 5 Jahren, wie der BGH das machen würde? Puha - das muss ich auch erst nachgucken - durch Auslegung. Und Zwangsvollstreckung, Rechtsbehelfe, Aufrechnung. Im ÖR: verlangt das AGG, dass eine Lehrerin, die 35 Jahre ist, noch eine Beamtenlaufbahn einschlagen kann, obwohl die LaufbahnVO das anders regelt? Baurecht! Im Strafrecht viele kleine angenehme Fällchen. Aus 84 wurden 132, aus 37 74, aus 38 67, aus 27 50, aus 59 99 und aus 58 105 Punkte. Kann aus einem Schmetterling eine Raupe werden - aus einem EV, der zur Aussonderung berechtigt, eine Sicherungsübereignung, die nur absondern lässt? Ja, BGH IX ZR 220/05. Wie sind Richtlinien auszulegen? Nach Völkerrecht? Ja, EuGH C-456/06 - zu Le Corbusier-Möbel-Plagiaten im

Schaufenster. Die zweite ÖR-Klausur aus dem Mai: BVerG 1 BvR 300/02 und das Problem, ob bei einem Wohnungsverweis ein Zwangsgeld noch vollstreckt werden kann, wenn die Eheleute längst geschieden und anderweitig neu verheiratet sind. Die Notstandsgesetze 1968: Art. 80 GG: ein neues Ermächtigungsgesetz? Die Exekutive darf ein Gesetz erlassen. Der Milchstreik. Bis 2015 gibt es noch die EG-Milchquote. Ist das ein "Streik", wenn nein, was ist es dann mit welchen Rechtsfolgen? Hat Rewe einen Schaden, wenn die Kühlregale nicht leer bleiben? Die EG-Kommission will gegen die geplante Neufassung des VW-Gesetzes ein neues Vertragsverletzungsverfahren anstrengen. Handelt es sich um denselben Streitgegenstand? Wichtig wegen Art. 228 EG. Darf ein Mensch, der aus 40.000 M Höhe mit dem Fallschirm abspringen will, per Ordnungsverfügung daran gehindert werden? Gefahr für die "öffentliche" Sicherheit? Dürfen Rundfunkanstalten online den Zeitungen Konkurrenz machen?

Liegt eine gefährliche Körperverletzung vor, wenn der Freund die Dreadlocks seiner Freundin mit dem Küchenmesser abschneidet und sie mit dem beschuhten Fuß tritt? BGH 4 StR 634/07. Ruhen Sie sich nicht auf der BGH-Begründung aus - die ist sehr mager - darf man bei einem nur unangemessenem Behandeln überhaupt in den § 224 hinein? Und hier ist die Situation eskaliert - das herumfuchteln mit einem Küchenmesser gegenüber einer wütenden Frau kann man schließlich nicht mit dem Skalpell in der Hand des Chirurgen vergleichen. Ein beschuhter Fuß - schließlich läuft man normalerweise mit Schuhen rum - rechtfertigt das mehr als eine normale Bestrafung nach § 223? Dann muss der Täter ja die Schuhe ausziehen. Die Telekom hat 2005 die Verbindungsdaten ihrer Führungsspitze festgehalten - § 202 a? Sind das nicht die eigenen Daten? Ist hier § 88 Telekommunikationsgesetz heranzuziehen? § 206? Gibt es einen Rechtfertigungsgrund: rauskriegen, wer der Maulwurf ist? Notwehr oder Notstand beim Maulwurf und mutmaßliche Einwilligung bei den Unschuldigen? Es gibt zum ersten Mal einen richtigen Wahlkampf zwischen zwei Bundespräsidentenkandidaten, da Köhler nicht sicher sein kann, die Mehrheit der Stimmen zu erhalten. Frau Schwan soll antichambriert haben, sagen einige Zeitungen. Mich würde eher interessieren, ob sie und Donald Trump den selben Friseur haben. Dürfte das GG dahingehend geändert werden, dass der Bundespräsident direkt gewählt wird? Dürfte der Bundespräsident abgeschafft werden - steht er in Art. 20 GG? Könnte das ein Merkel-Wiederwahl-Verhinderungsplan der SPD sein - zwei Frauen an der Spitze des Staates wäre gewöhnungsbedürftig? Erlaubt Art. 48 GG freie Parkplätze für MdBs an Flughäfen? Wenn nein, ist das Abgeordnetenbestechung? Ein Kunde überweist Online und macht dabei einen Tippfehler, Zahlendreher, so dass das Geld auf ein anderes Konto geht. Der "Empfänger" nimmt seine Bank in Anspruch. Hat der andere denn mit befreiender Wirkung gezahlt? Hätte die Bank das merken müssen? Das AG München meint, nein. Schon wieder der Nordpol. Wem gehört er? Ist er in Sektionen oder Mediane (?) einzuteilen? Die USA haben die Seerechtskonvention nicht unterzeichnet und haben jetzt ein Problem.

1. ÖR-Klausur-Mai: ist ein Stand in der Kölner Fußgängerzone "Gegen den Bundeswehreininsatz in Afghanistan" eine Versammlung? BVerwG 6 C 22.06 NVwZ 07 S. 1434. Das BVerG hatte mal zu einem vor dem Haus der Schwester Honneckers im Saarland angeketteten Menschen entschieden, dass auch ein einzelner Mensch eine Versammlung sein kann. In der Prüfung Doleischv./Dolsperg/Pabst/Dinkelbach am 21.5. kam als Vortrag das Auto samt Werbeanhänger und eine Ordnungsverfügung mit 3 VAen (schon wieder POR) - dass es drei waren, hat nur ein Kandidat überhaupt gesehen. Einem Kandidaten, der frei vortragen musste, weil er nicht fertig geworden war, wurde gesagt, er hätte frisch und frei und ohne Ähms einen guten Vortrag gehalten. Man hätte zugucken können, wie sein Gehirn arbeitet. Mir ist schleierhaft, warum die Leute meinen, Vorträge nicht üben zu müssen - Stottern, runterrattern, Schriftsprache, Ähms - wenn man das nicht wegüben müsste, wäre man doch ein gefragter Hollywoodstar. Überheblichkeit am falschen Platz. Schließlich ist der Vortrag doch der erste Eindruck, den die Prüfer von mir bekommen. Im Zivilrecht kam die Novemberklausur mit der 8.000 € Zahnarztrechnung des Kindes - § 1357 und Standardfragen ZPO, im ÖR wollte ein Bürgermeister den Vertreter einer Obdachlosenzeitung nicht zur Pressekonferenz zulassen - sowie der vergoldete Ford Fiesta auf dem Zeughaus in Köln - darf der Landeskonservator der Stadt Köln Vorschriften machen? Im Strafrecht ZPO, Zivilrecht und StPO. Der Siemens-Prozess beginnt. Sind Schwarze Kassen Untreue? Wenn man mehr Geld hat, als man denkt? Das RG hat das schon bejaht. § 266 ist von unserem Führer. Das Lastschriftverfahren soll geändert werden. Unterschied Abbuchungsauftrag und Einzugsermächtigung? Kann man ein Stationszeugnis (VA?) anfechten, weil es nicht wohlwollend ist? "Es fällt ihm jedoch gelegentlich noch schwer, das Wesentliche eines juristischen Problems präzise zu erkennen" - der Vorwurf trifft jeden Juristen ab und zu bis zur Urne, vor allem, wenn der Prüfer das BGH-Urteil vor Augen hat und der Kandidat nicht - VGH Kassel NJW 2008 S. 1608.

Die Mai-Strafrechtsklausur: ein Anwalt schickt dem Richter eine Kiste Wein, angeblich vom Gegner, um den Richter gegen diesen einzunehmen. Dann rät er einem stehlenden Bankmitarbeiter, dieselbe Summe noch einmal zu entwenden und schreibt dann an den Vorstand, dass er die Hälfte der entwendeten Summe zur Rückzahlung anbiete, sollte sich die Bank darauf nicht einlassen, bestehe Suizidgefahr beim Mandanten. Die Bank macht das. Herr Gauweiler hat Vb/Organklage gegen die Umsetzung des Vertrages von Lissabon eingereicht. Nach der Abstimmung im Bundesrat aber vor der Gegenzeichnung durch die Kanzlerin und die Ausfertigung des Bundespräsidenten. Schau'n mer mal.

In der Prüfung Ahn-Roth/Hofmann/Kreß am 20.5. wurden aus 43 82, aus 32 61, aus 38 93, aus 29 76, aus 40 76 und aus 26 48 Punkte. Der zweite Teil des Rentner-Mülltonnenvortrages: Erklären Sie das strafrechtliche Analogieverbot. Wie

unterscheidet sich die Analogie von der Auslegung des Gesetzes? Wie verträgt sich das Analogieverbot mit der Regelbeispielstechnik z.B. § 243 StGB? Feuerbach, Analogieverbot Friedrich II., die Macht der Richter soll hierdurch beschränkt werden und mehr - Zusatzfragen kann man nur gut beantworten, wenn man mit Rechtsgeschichte argumentieren kann. Also tun Sie was für Ihren Vortrag! Die Regelbeispiele sind Strafmaßvorschriften, da ist der Richter ohnehin im Freischwimmerbecken. Der Express titelt, dass der Holzklotzwerfer die Vernehmung nur durch Ersatzdrogen durchgestanden habe - § 136 a StPO? Oder ist die Ermittlungsbehörde verpflichtet, ihm die zu geben - holen die die Drogen aus der Asservatenkammer? Das Bundeskartellamt fürchtet um seine Kronzeugenregelung, nachdem das OLG Düsseldorf die Klage des Rettungsgeschwisters, der eigens geschaffenen belgischen GmbH, zugelassen habe. In Assessmentcentern haben Amtsärzte nun schon mehrfach Kandidaten darauf hingewiesen, dass sie zu dick seien - auch schlanke werden krank. Verletzung des AGG? In Köln wird vermehrt eingestellt, da das Bundesamt für Justiz wegen § 353 HGB mit bis zu 20.000 OWiG-Verfahren rechnet. Die Veröffentlichungspflicht wird jetzt verfolgt. Im September müssen mittlere bis große Kapitalgesellschaften und GmbH&CoKGs die Hosen runterlassen und Bilanz, Geschäftsbericht und Gewinn- und Verlustrechnung beim elektronischen Bundesanzeiger einreichen. Der Antrag des Generalanwaltes in Sachen Cartesio - C-210/06 - ist da. Wie zu erwarten, darf ein Staat einen Wegzug einer Gesellschaft nicht schikanös verhindern wollen. Und das vorliegende Gericht darf nicht wegen der Vorlage aufgehoben werden. Interessant: eigentlich soll die Rechtsmittelinstanz ja volle Verfügungsgewalt über die untere Instanz haben. Jedenfalls in Rechtsfragen.

Die dritte Maiklausur behandelt Arbeitsrecht im Bestatterwesen: der AN schließt den Sarg nicht richtig ab, so dass der Kunde vor versammelter Trauermannschaft aus dem Sarg rutscht - die will Schadensersatz. Es kommt ein Auflösungsvertrag - kann man den widerrufen? Alte Kamelle. Der Holzklotzwerfer hat das 6 Kilo schwere Teil von zuhause mitgeschleppt. Da wird es für seinen Verteidiger schwer, mit spontaner Tat aus dem Mord rauszukommen. Ist allgemeiner Frust ein niedriger Beweggrund? Wieviel Tötungsvorsätze hat er? Er hatte sich als Zeuge gemeldet und die Polizei war direkt mißtrauisch - hätte sie ihn nach §§ 136, 163 a StPO belehren müssen? Unterschied der Belehrung durch die Polizei einerseits und StA und Richter andererseits? Die letzteren müssen die Nummern angeben, um die es geht. Am 23.5.1618 fand der Prager Fenstersturz statt. Am 23.5. wurde das GG verkündet, am 24.5. trat es in Kraft - es kann also in Altersteilzeit gehen. Welche Geburtstagskerzen kann man ihm auf den Kuchen stellen, wollte ein Prüfer mal wissen. Wie niedlich: in der zweiten Maiklausur soll ein "Krokodil" in einem US-Swimmingpool geschwommen sein. Wie das da wohl hingeschwommen ist? Ein anderer Kandidat schrieb von "Alligator".

Im Zweiten kam am 20.5. als Vortrag der tote Vater, der in einen Diamantring gepresst werden soll. In der Prüfung am 20.5. Kreß/?? kam als Strafrechtsvortrag der Rentner, der beim Rausstellen der Mülltonne ein Auto zerkratzt und dann Unfallflucht begeht. Im BGB die Februarklausur mit den Pferden, im Strafrecht wurde nach Hans Welzel gefragt (finale Handlungslehre - damit hat man uns in den 70er Jahren gequält) und welchen Fall man ihm zu verdanken habe - der Weichenstellerfall. Im ÖR ein Fall aus dem Bonner Klausurenkurs, § 48 VwVfG mit materiellem Europarecht. Der Dieb D verhökert seine Beute über das Ebay-Account und das Bankkonto seines Bruders, der das überwiesene Geld ihm dann bar aushändigt - Strafbarkeit des Bruders - §§ 259, 257? BGH 4 StR 148/08. Die zweite Maiklausur: fremdfinanzierter Amerika-Wohnwagen-Urlaub mit kaputtem Wohnwagen und Alligator im Swimmingpool. Die FAZ bespricht den angeblichen Hauptvorteil des englischen Rechts: Verträge werden streng nach dem Wortlaut ausgelegt (Shakespeare, der Kaufmann von Venedig: Sicherungsübereignung eines Pfundes Fleisch). Auch die Engländer haben eine Katzenklappe. Chimäre/Designer-Babys/Rettungsgeschwister/Frankenstein - das englische Unterhaus gestattet diese Forschung. Ist die Menschenwürde antastbar? Whistleblowing. § 612 a BGB (der Champagnerflaschenfall: darf ein Arbeitgeber als echte/unechte Streikbruchprämie eine Flasche Champagner spendieren?) soll geändert werden. Bisher müsse der AN erst zum AG, bevor er zum StA gehe wegen des Gammelfleisches. Wo soll das stehen? Abmahnpflicht des AN? Das VG Dresden hat einen Eilantrag auf ein zweites Bürgerbegehren abgelehnt, es gäbe kein vorläufiges Bürgerbegehren. Sarkozy will in Frankreich die Präsidialdemokratie beibehalten aber trotzdem die Rechte des Parlamentes stärken.

Der EuGH hat nun auch die zweite Säule in die erste Säule reingedrückt - nur die EG dürfe über Waffen für Entwicklungsländer entscheiden, nicht die EU - C-91/05 - man meint, dass der Vertrag von Lissabon gar nicht mehr kommen muss, der EuGH übernimmt dessen Aufgabe im vorausgehenden Gehorsam. Die erste Klausur aus dem Mai = BGH IX ZR 5/06 und Haftung für Altschulden der GbR/Partnerschaft des Neuzugang. Das EG-Parlament beschliesst am 20.5. über Umweltstrafrecht, nachdem der EuGH dieses mit einem Eisen Sieben von der dritten Säule in die erste geschlagen hat. Die WTO - 152 Mitgliedsstaaten - kann nichts gegen Agrarproduktexportverbote tun. Muss ein Reisebüro die billigste Reise herausuchen? AG München nein. Was ist ein Reisebüro rechtlich? Ein Handelsvertreter. 1808 wurde die IHK Frankfurt gegründet. Bienenvölker sterben wohl wegen eines Insektizids. Haftet die Zulassungsbehörde auf Schadensersatz? Warum sind Bienenvölker im BGB ursprünglich mit mehr Vorschriften geregelt als Arbeitnehmer? Herr Windscheid war Hobbyimker und damals war das eine der wenigen Vitaminquellen - Erdbeeren im Dezember war noch nicht. Da dem BGB der Tropfen sozialistischen Öls fehlte, es also kein Verbraucherschutzgesetz

sein wollte, fielen die AN durch das Raster. Seit 2002 ist das anders. Wohlfahrtsstaat statt Sozialstaat. Angeblich hat der KölnArenaBetreiber der Stadt Köln das Public Viewing geschenkt - das ist grotesk, die Lizenz zum Geldddrucken so zu bezeichnen und Herr Schramma stimmt dem zu und sichert dem Betreiber Konkurrenzfreiheit zu. § 4 b NichtraucherG-NW hat das Schlupfloch "geschlossene Gesellschaften". Ein Pfiffikus will nun daraus Raucherklubs machen, indem man sich übers Internet einen erfundenen Ausweis besorgt. Formenmißbrauch? Die SPD hat wegen der Diätenerhöhung kalte Füße bekommen und will das Vorhaben "zurücknehmen". Geht das überhaupt? Erlaubt das Grundgesetz die "Rücknahme"? Ist alles erlaubt, was das GG nicht ausdrücklich verbietet oder ist nur das erlaubt, was im GG steht? Wer behält die Adresse, die Telefonnummer, das Logo, wenn die Mehrheit der Gesellschafter kündigt? Die gehende Mehrheit oder die bleibende Minderheit bei einer Fortsetzungsklausel im Fall der Kündigung im Gesellschaftsvertrag? BGH II ZR 3/06.

Ist der Vermieter einer vermüllten Wohnung Zustandsstörer? Das VG Arnsberg meint ja - da bin ich ja gespannt, wie er gerichtlich seine Mieter dazu bringt, aufzuräumen. Der Spiegel berichtet, dass Bundesratsinitiativen vom Bundestag einfach nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil der Koalitionsvertrag dies sinngemäß so vorsehe. Kann der BRat einen erfolgreichen Organstreit anstrengen? Das erinnert an die Opposition im Gemeinderat, die nichts auf die Tagesordnung bekommt. § 64 II GmbHG ist ein höchstpersönliches Delikt, BGH II ZR 291/06. Es wird bald wohl umgekehrte Kapazitätsauslastungsklagen gegen Unis geben: Freiburg hatte 2.400 Bewerbungen für 320 Studienplätze Jura, hat 1.800 Zusagen gegeben und 279 sind dann gekommen. In Köln ist ein Haus ausgebrannt, weil die Polizei die Feuerwehr in den falschen Stadtteil geschickt hat und die Hydranten zugesperrt waren. Haften die Fahrzeughalter?

Wenn man die Pressemitteilung des OLG Düsseldorf zur Zementkartellklage liest, merkt man, dass die Zeitungen schief berichtet haben. Das OLG hat die Frage, ob man eine GmbH vorschieben darf, lediglich in die Begründetheit verschoben - was ist der praktische Unterschied zwischen Unzulässigkeit und Unbegründetheit? Das OVG Koblenz meint, dass ein Polizeibeamter nicht als Powerseller über ebay ohne Nebentätigkeitsgenehmigung seine Freizeit verbringen darf - 3 A 1133/07. Was ist der Sinn der Nebentätigkeitsgenehmigung bzw. die Sinne? Soll der Beamte anderen keinen Arbeitsplatz wegnehmen, soll er keinen bestechlichen Eindruck machen, soll er nicht zu müde sein? Trifft das hier zu? Die FAS bespricht die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 - UNO-Resolution 217 A (III) der Generalversammlung. Zur Vervollständigung der Allgemeinbildung sollte man sich die mal angucken - von Menschen ist da meist nicht die Rede sondern von Personen. 30 Artikel - mehr als wir? Unterschiede zu unseren Grundrechten? Keine Schranken. Der Betreiber der KölnArena setzt beim OB in Köln durch, dass die SportstättenGmbH kein konkurrierendes PublicViewing während der EM veranstalten darf. Wonach geht das überhaupt? BimSchG/GastG/LStrWG? Als beim Rosenmontagszug in Bonn zwei konkurrierende Festzelterlaubnisse erteilt wurden, gab es keinen erfolgreichen Rechtsschutz beim VG Köln.

Herr von Arnim meint, dass nach § 11 AbgG eine Anpassung der Diäten an Bundesrichtergehälter erst ab 2010 zulässig sei - na ja, ich habe da meine Schwierigkeiten mit dem Verständnis des Wortlauts. Er argumentiert mit den Gesetzesmaterialien. Ist das überhaupt zulässig und wenn dem denn so sein sollte, wie und bei welchem Gericht kann das geklärt werden? Wer ist der taugliche Kläger? Nach Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes steht traditionell im Mai immer die Bundeskriminalstatistik an - für die Wahlfächler. England schafft die Roben ab, Dänemark führt sie wieder ein, um Kopftuch tragende Gerichtspersonen zu verhindern. Herr Kirchhof plädiert bzw. schwadroniert in der FAZ für Deutsch als Rechtssprache (die SZ diskutiert die Schriften - kyrillisch?) - ich dachte immer, deutsch sei für das Recht in kleiner Münze - die entscheidenden Dinge haben lateinische oder lateinisch/englisch/französisch abgeleitete Begriffe (Ausnahme: die ohne jede Ausnahme geltende Regel "Geisteskrankheit über alles"). Jura kommt aus der Rhetorik - die Sprache ist die Waffe des Juristen - man stellt später fest, dass die Jahre an der Uni und bei Gericht eigentlich nur den Blick für die Sprache und die Art, wie Juristen denken, als bleibende Errungenschaften gebracht haben. In jedem Job muss man nach der Ausbildung komplett neu angelernt werden. Herr Kirchhof ist für Deutsch, wobei er übersieht, dass Österreich zwar auch deutsch schreibt aber eine andere Juristensprache hat - es kam mal ein Mandant mit dem Schreiben eines Wiener Anwalts zu mir: wenn Sie nicht bis zum zahlen, werden Sie exekutiert - er war ein bißchen blaß um die Nase - exekutiert bedeutet vollstrecken. Deutsche Juristen hassen jedes überflüssige Wort (danach sieht dieser Artikel allerdings nicht aus) - je dünner ein Vertrag desto besser - englische Verträge wollen alles regeln und haben teilweise sogar einen Wortschatz vorangestellt. Da wir das englische und französische Rechtssystem (EuGH - EGMR) allmählich inhalieren, sollten wir die deutsche Rechtssprache etwas tiefer hängen. Burma/Birma/Myanmar: eine Resolution wird nicht kommen - ein Gutachten des IGH käme zu spät, also als Alternative ein Krisengipfel zur Schutzverantwortung.

In der Prüfung am 29.4. nach altem Recht Huschens/Zazyk/Ketterle kam der Holzklotzfall im Strafrecht, im ÖR BVerwG: Namenspflicht für Taxifahrer und im Zivilrecht fällt ein Gast über eine von Wurzeln hochgehobene Steinplatte plus ZPO. Grundrechte für Gummibärchen? Dürfen wir nach englischem Vorbild Lebensmittel ampelmäßig kennzeichnen und somit die Gummibärchen an den Pranger stellen? Es handelt sich ja nicht um Glykolwein, vor dem gewarnt werden muss. Darf der Staat erzieherisch wirken? Burma: Kapitel VII der UN-Charta rückt näher - seit 2005

gibt es ein neues Modell neben der humanitären Intervention, die sog. Schutzverantwortung (hat für uns ein Geschmäckle) - wird hier die Souveränität des Staates verletzt? Dann könnte man wegen der Mafia auch in Italien einmarschieren. Liegt ein Formenmißbrauch vor, wenn zur Umgehung der unzulässigen Sammelklage eine extra gegründete Gesellschaft mit abgetretenen Forderungen versorgt wird, um Zementhersteller vor den Kadi zu ziehen? Das OLG Düsseldorf hält das für zulässig. Linklaters vertritt wohl die Kläger - Mandanten aus dem Zementbereich werden die nicht mehr bekommen, wenn dem so sein sollte. Unterschied Sammelklage, Musterklage, Verbandsklage, Streitgenossenschaft und Anwendungsfälle in unserem Recht? Bundespräsident Köhler schilt die Finanzmärkte "Monster" - ist das eine strafbare Beleidigung? Darf er das ohne Gegenzeichnung durch die Kanzlerin? Die Protokolle Bieber/Quarch/Preis sind da - dazu schon unten. Das Mobbing-Urteil des BAG wurde (schon wieder) geprüft - RÜ Januar und April NZA. Wo ist Mobbing gesetzlich geregelt? § 3 III AGG. Unter www.hanseuni.de findet man den juraeignungstest, ein Witz, z.B.: Welche Aussage trifft für Sie am ehesten zu? Ich komme besser klar, wenn ich anstrengende und eintönige Arbeiten häufiger unterbreche - oder: ich kann auch lange und anspruchsvolle Texte recht schnell lesen und verstehen. Darf der Bund ein Pflichtexemplargesetz für Filme machen? Das berühmte Pflichtexemplarurteil handelte von einem hessischen Gesetz.

Reicht ein Räumungstitel gegen den Mieter, um seine Lebensabschnittsgefährtin und die minderjährigen Kinder rauszuräumen? BGH I ZB 56/07. Nur, wie kriege ich deren Namen raus, wenn die da nicht gemeldet sind bzw. die Weitergabe der Daten gesperrt haben? Eine Vor-GmbH klagt gegen ihre Versicherung und gibt während des Prozesses die Eintragungsabsicht auf - bei der Abwicklungsgesellschaft gilt das positive Konsensprinzip und gemeinschaftliche Vertretung - das OLG Hamm hat wieder mal kein Glück beim BGH gehabt - II ZR 308/06. Die FAZ berichtet über die aggressive Werbung für englisches Recht. Bessere Richter, da diese zuvor als Solicitors/Barristers gearbeitet haben? Das müsste man bei uns auch ganz dringend einführen. Besseres englisches Insolvenzrecht? Der Fluchtweg wird durch Brüssel dichtgemacht. Besseres Zivilrecht? Common law und equity? Induktive - deduktive Methode? Case law - statutes? Fragen Sie mal jemanden, ob er gute englische Juristen kennt. Wenn Sie einen Verkehrsunfall haben, brauchen Sie einen Spezialisten für diese Ampel, einen für diesen Autotyp und einen für Frauen am Steuer - dafür sind die Juristen mit 22 fertig und haben ein studium generale mit Biologie hinter sich. Vor- und Nachteile unseres Rechts? Das verrate ich jetzt nicht. Als die Mauer fiel, überlegte sich die Sowjetunion, ob sie amerikanisches oder deutsches Recht einführen sollte - sie haben das neue niederländische Zivilrecht genommen. Als die Schuldrechtsreform am Horizont erschien, flüchteten Unternehmen per Rechtswahl ins Schweizer Recht. Tennisspieler begehren gegen ihre "Spielergewerkschaft" auf - ist das eine Gewerkschaft? Hessen, d.h. Frau Ypsilanti, will zwar am 23.5. im Bundesrat für den Vertrag von Lissabon stimmen, aber kräftig klagen, z.B. gegen die Vorgabe aus Brüssel, dass in Schulen mindestens 2 Sportstunden in der Woche angeboten werden müssen. Herr Köhler wird vielleicht doch keine zweite Amtszeit erleben - die bayerischen Landtagswahlen könnten den Proporz stören. Zum 1.10. werden in England Perücken und Talare der Anwälte in Zivilsachen abgeschafft. Ob das eine so gute Idee ist?

Art. 41 der LV-Hessen ermöglicht es angeblich, Großbanken zu verstaatlichen - widerspricht dies Art. 15 GG? Die UNESCO fordert einen Baustopp der Waldschlösschenbrücke - kann sie darauf klagen? Wer empfängt den Dalai Lama, d.h. wer ist dafür zuständig, vor allem, wenn die Kanzlerin nicht da ist oder der Bundespräsident andere wichtige Termine hat? Der Bundesratspräsident, der Außenminister? Ein interessanter Fall zum Tötungsvorsatz: BGH 2 StR 95/08: ein 16jähriger sticht einem Rivalen von hinten oben ins rechte Schulterblatt, nachdem sein hoffnungsvoller 13jähriger Bruder gesagt hat, wir stechen euch jetzt ab. Die Vorinstanz hat nur § 224 angenommen, der BGH meinte, Tötungsvorsatz - und dann Mord? Eine Frau möchte auf dem Wochenmarkt in Hagen Reibekuchen backen/braten und verkaufen und beruft sich auf § 67 GewO - die Stadt meint, nein, sie müsse die zuhause braten und dann verkaufen. Das VG Arnsberg hat der Frau recht gegeben - 1 K 2357/06 - in § 67 stehen nur "Lebensmittel". Kann ein Fernsehsender von der NRW.Bank verlangen, dass die etwas zu Nokia sagt, damit dies am nächsten Tag gesendet werden kann? Ja, nicht über das Informationsfreiheitsgesetz aber über § 4 LPresseG - VG Düsseldorf 26 L 719/08.

Der Krieg ums Altpapier: enthält das KreislaufwG ein Abholmonopol der öffentlichen Hand? Ja, wenn irgendwo steht, dass es sich um Gefahrenabwehr handelt. Nö, § 1 und § 16 - im Umweltrecht gibt es Zuckerbrot und Peitsche - das KrWG gibt das Zuckerbrot. Die Kommunen verlieren alle Rechtsstreite und fordern nun zum Boykott von Remondistonnen auf und drohen mit Gebührenerhöhung, falls die Bürger privat entsorgen. Kann Remondis dagegen mit Erfolg vorgehen? Ist das sogar strafbar? Im Juli soll dem Elbtal das Weltkulturerbe abhandenkommen. Vor welchem Gericht kann Dresden oder die Bundesrepublik dagegen klagen? Muss die Waldschlösschenbrücke dann abgerissen werden? Die Zeitungen berichten über Zahlungsaufforderungen einer fiktiven Anwaltskanzlei wegen angeblicher Unfallflucht - wie ermittelt man den Täter und was ist das strafrechtlich? § 253, § 263, § 267, § 164 I, § 187? Der EU-Präsident, das unbekannte Wesen. Um ihn an die Kette zu legen, werden die Daumenschrauben des Staatsrechts angelegt: eine Geschäftsordnung und eine Amtsaustattung aber kein Apparat. Er bekommt also eine Sekretärin und das wars. Die Steuervorteile bei Privatschulbesuchen sollen abgeschafft werden. Art. 7 IV GG - Institutsgarantie/Carl Schmitt - ist trotz der versteckten Stellung ein Eckpfeiler unserer Freiheiten, denn Diktaturen verbieten als erstes

Studentenverbindungen und Privatschulen. Eine Bande Jugendlicher kündigt per Telefon an, mit Äxten einen Bauernhof in Schweden zu überfallen. Der Bauer holt nicht die Polizei sondern erschießt die. Ist man verpflichtet, die Polizei zu holen? Vor dem LG Köln (Wirtschaftsstrafkammer?), Vorsitzender Klaus Bieber, wird gerade gegen und wegen Heugel/Rüther - Trienekens verhandelt. Bestechlichkeit? Muss ein Zusammenhang zwischen Geld und Diensthandlungen nachgewiesen werden? Seit 1998 nicht mehr. Die Zeit der Klau-Kids (wie stellt man fest, wie alt ein Kind ist?) soll vorbei sein - die Taschendiebe wohnen im Hotel. Ist das § 243, wenn der Dieb aus dem Rucksack auf dem Rücken klaubt? Darf eine drastische Strafe verhängt werden, damit Köln von diesen Banden verschont wird? Darf eine nationale Regelung enger sein als die Tiertransport-Richtlinie? Darf Dänemark Dänen einschränken? Der EuGH meint zur ersten Frage ja, zur zweiten nein - C-491/06.

Am 7.5. in den Düsseldorfer Prüfungen kam als Vortrag der Pfandflaschenfall - drei Kandidaten kannten den, der Rest nicht. Am 6.5. in der Prüfung Kühnen/Zilkens/ Bernsmann kam im Zivilrecht viel ZPO und der Maklervertrag - Gesetz lesen. Im Strafrecht sticht ein Mann mehrfach auf eine Schwangere ein und StPO. Im ÖR klagt ein Bürgermeister aus Düsseldorf oder der Oberbürgermeister auf Einsicht in die Gesetzgebungsunterlagen des VIG, damit der Haushalt geplant werden könne. In der Prüfung Banke/Kreße/Dabitz am 6.5. kam im Strafrecht eine Kombination aus Marco W., Taxiüberfall und § 231 - wohl Examensklausur. Zudem viel StPO: Revisionsgründe, Beweismittel, Spruchkörper. Im ÖR Vergleich ZPO - VwGO, das Bürokratieabbaugesetz, was kann eine Stadt tun, die verhindern will, dass Bürger gegen Massen-VAe klagen und sie dann alle Prozesskosten tragen soll? Angeblich soll die Stadt Köln Zusicherungen im VA machen, dass sie im Fall der Rechtswidrigkeit wwiderruft. Im Zivilrecht leiht sich jemand einen Frack aus und bringt den zwar zurück aber nicht gereinigt wie vereinbart. Und IPR, ein Franzose klagt in Köln weil eine Frau ihm versprochen habe, durch Zauberei seine alte Freundin zu ihm zurückzulotsen. Eiwei. Die Grünen wollen in Aufsichtsräten Frauenquoten etablieren. Ist das zulässig bzw. muss das wegen Art. 3 II, III GG sogar sein? Die Kanzlei Linklaters macht Mock Dawn Raids bei Kunden - das erinnert an Tschibo - wobei unter Dawn halb neun morgens verstanden wird. Kaffee ist Nebensache. Ist das zulässig, wenn die Mitarbeiter nicht wissen, dass es sich nur um verkleidete Anwälte handelt, die so tun, als ob sie eine "Razzia" des/r Wettbewerbskommissars/in machen? § 132 StGB? Offensichtlich kann man seine Bürunkosten mit Aktenbearbeiten nicht mehr einfahren. Was würden Sie denn den Mitarbeitern rechtlich raten, wenn da drei Leute mit Krawatte vor der Tür stehen und behaupten, sie kämen aus Brüssel, unter Berücksichtigung de Hoechst-Urteils des EuGH und des Niemitz-Urteil des EGMR? Darf man die mit Gewalt rausdrängeln oder noch schlimmeres? Das VG Düsseldorf hat, wie Sie bestimmt schon gelesen haben, ein moslemisches Mädchen in den Schwimmunterricht gezwungen. Richtig, da die Religion hier als Vorwand genommen wird, damit diese Kinder in ihrem Leben keinen Sport machen - aber Art. 4 GG? Aus gesundheitlichen Gründen kann man das Schwimmen ja auch verweigern. Die FAZ berichtet über die aktuelle Entscheidung des OVG Münster: ein im August seit Wochen tot in seiner Wohnung liegender Mensch wurde sofort beerdigt - müssen die Brüder 1.600 € zahlen? Die Stadt hätte Kühlkammern anzumieten. Aber: gilt das rechtmässige Alternativverhalten nicht im ÖR? Die klagenden Brüder hätten doch auch Beerdigungskosten gehabt und wahrscheinlich sogar mehr. Z.B. die Kosten der Kühlkammer. Ich würde die Verwandten in solchen Fällen demnächst zwecks Identifizierung der Leiche mit dieser konfrontieren und fragen, ob das Gefrierfach in ihrem Kühlschrank noch Platz hat. Vielleicht sollten die Richter sich so einen Leichnam mal selber ansehen.

In der Prüfung Kapischke/Depenheuer/Goebel (googeln Sie mal zu Die Zeit Depenheuer) am 6.5. kam als Vortrag die 75jährige, die auf einer Treppe stürzt, die zur Kirche führt. Die unterste Stufe gehört der Gemeinde, die anderen dem E, der das gar nicht weiß - soll ein Teil einer Examenshausarbeit gewesen sein. Im Strafrecht kam der Zeitungsfall, dass jemand vorgibt, einen angeblich teuren Ring gefunden zu haben und eine Examensklausur sowie StPO. Im ÖR: drehen Sie sich mal um, hier hängen die Bundespräsidenten, greifen Sie sich einen raus, wie heißt er, was hat er vorher gemacht. Zu Roman Herzog kam die Antwort, er hat gesagt: Schulen sind keine Kuschelstuben. Was können Sie mit den Daten anfangen 1648, 1848, 1948, wo wurde der westfälische Friede geschlossen? Dann das Luftsicherheitsgesetz - ohne Grundrechtsprüfung. Und die Warnung vor Leberpastete durch die zuständige Ministerin. Im Zivilrecht kam ein JuS-Fall S. 336: der 17ährige kauft einen MP-3-Player. aus 53 wurden 93, aus 39 75, aus 36, 76, aus 48 86 und aus 45 80, 43 zu unbekannt. Das ist heute nicht mein Tag: das BVerfG gibt der FDP recht, die Luftraumüberwachung im zweiten Golfkrieg hätte der Bundestag beschliessen müssen - in Afghanistan, wo die Soldaten mitten drin sind, reicht aber die Zustimmung zum NATO-Vertrag von 1955. Das wäre von Art. 87 a II und 24 II GG gedeckt. Der Generalanzeiger berichtet, dass auf der Golfanlage Heckenhof an einem Teich Schlüssel etc. gefunden wurden, die darauf schliessen lassen, dass da nachts ein Gelage stattgefunden hat. Die Polizei hat dann in dem Teich (igittigitt) getaucht, um eventuelle Leichen zu finden. Wer bezahlt den Spaß? Der Golfclub? Was ist mit den Golfbällen, die bei dieser Gelegenheit rausgeholt wurden? Der BGH - 3 StR 50/07 - hat nun nach der Vorgabe des Großen Senats zum neuen Vollstreckungsmodell - den Fall entschieden, welcher der Vorlage zugrundelag - vorgelegt wird ja nur die Rechtsfrage, nicht der Fall. Der EuGH C-133/06: ich bin nicht sicher, ob ich das verstanden habe. Im Vertrag von Nizza soll festgelegt worden sein, dass in der Frage des ob der Asylpolitik das Parlament nur angehört wird, in der Frage des wie (Liste der sicheren Drittstaaten) dann aber ein volles Mitentscheidungsverfahren. Der Rat

hat nun aber eine Richtlinie gemacht, in welcher er für die Listenerstellung auch nur eine Anhörung vorgesehen hat. Der EuGH hat ihm das um die Ohren gehauen. Wieso Richtlinie in der dritten Säule - Asylpolitik? Die FAZ meldet, dass sich das Berufsbild des Anwalts durch den Zustrom von Frauen ändere - sind wir in den fünfziger Jahren? Israel hat bis heute keine Verfassung, obwohl es 60 Jahre alt wird. England hat auch keine geschriebene Verfassung, nur Einzelfetzen wie die Magna Charta und Bill of Rights z.B.. Es geht also auch ohne. Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht. Unsere Verfassungen halten in der Regel 50 Jahre - wir sind also schon über die Zeit. Das BVerfG entscheidet in der AWACs-Frage. Würde mich wundern, wenn die FDP gewinnen würde - nach dem Tornadourteil. Art. 87 a II GG. Die FAZ berichtet über das Thema des Dt. Anwaltstages "die Diktatur der AGBs". Stimmt das? Das IOC hat nun festgelegt, wo und wann in Peking die Athleten etwas über Tibet sagen dürfen. Bei welchem Gericht klagt man dagegen? Ist das IOC an Grundrechte gebunden? Nehmen wir mal an, das deutsche Paralleldingsbums legt das fest. Ist das zulässig? Schranke des Art. 5 I GG? Der Generalanzeiger berichtet, dass der NRW-Minister am Muttertag die Öffnung der Blumenläden erlaubt hat.

In diesem Mai fällt der Muttertag, eingeführt von unserem Führer und Eva Hermann, auf den Pfingsten - dürfen die Blumengeschäfte nach dem LadenSchlußG offen haben? S. § 12 LadenSchlußG-Bund. Der VGH Mannheim meint nein, es ging um repressive Kommunalaufsicht. Roman Herzog will im Bundesrat die relative statt der absoluten Mehrheit einführen - als wenn die einzelnen Landesregierungen nicht dafür sorgen würden, dass alle Plätze besetzt sind - Enthaltungen sind Nein-Stimmen im Bundesrat. Ist das strafbar, wenn man Premiere schwarz sieht mit Hilfe eines illegal entwickelten Gerätes? Der BGH bringt einem bei - II ZR 38/07 - wie man effektiv und straflos Gelder bei drohender Insolvenz verschiebt. Und - II ZR 292/06 - er legt dem EuGH die Frage vor, wie eine Gesellschaftsbeteiligung nach erfolgreichem Widerruf abzuwickeln ist - nach den Regeln der fehlerhaften Gesellschaft oder kriegt der Gesellschafter seine Einlage zurück, was wirtschaftlich unmöglich sein dürfte?

Die CDU will einen Nationalen Sicherheitsrat einführen. Haben wir so was nicht schon? Art. 115 a GG? Und der nicht geregelte Bundessicherheitsrat? Hat die Regierung hier ein Behördenerfindungsrecht nach Art. 87 GG? Müsste das GG geändert werden? Wird gegen Art. 79 III verstossen - wenn ein weiteres Glas aufs Tablett gestellt wird, kommt alles in Schiefelage. Kann man sein Allgemeines und Besonderes Persönlichkeitsrecht an die Bunte verkaufen - als krebsschwere Schauspielerin? Darf die Bild trotzdem darüber berichten? Ist das Erpressung, wenn die Bunte sagt, wir veröffentlichen die Bilder sowieso, bieten dir aber an, ein Interview zu geben und so Einfluss auf unsere Berichterstattung zu nehmen?

Der EGMR hat den englischen Schwestern Burden erbrechtlich eine Gleichstellung mit eingetragenen Lebenspartnern verwehrt. Der Gesetzgeber glaubt nicht an Geschwisterliebe, wie man an unserem Unterhalts- und Erbrecht sieht. Ist Art. 3 I GG verletzt, wenn die überlebende Schwester das Haus verkaufen muss, um die Erbschaftsteuer zu bezahlen, der Lebenspartner wegen des höheren Freibetrages aber nicht? Die Polizei wirft dem OVG Hamburg vor, dass es schuld an den 1.Mai-Ausschreitungen sei, weil es die Auflagen nach § 15 PolG aufgehoben hatte. Kann die Polizei nun eine Fortsetzungsfeststellungsklage erheben? Darf eine Foto-Ausweis-Pflicht für Taxifahrer eingeführt werden? Sind deren Grundrechte verletzt? Wer ist dafür zuständig? BVerwG 3 C 16.07. Das Verbraucherinformationsgesetz liefert endlich eine anständige Ermächtigungsgrundlage für die Warnung vor Glykolwein und ähnlichem - dachte ich, wenn man das aber liest, sieht man, dass die Hürden für einen Anspruch auf "Zugang" zu Informationen mit lauter Tretminen versehen ist - bitte lesen: VIG. Hat der Bund die Kompetenz - geht es nicht um Gefahrenabwehr?

Prof. Voßkuhle hat noch keine einzige Akte bearbeitet und gibt schon ein Interview in der FAZ. Wie meistens sind die Fragen interessanter als die Antworten: Sind die EU-Staaten nach dem Vertrag von Lissabon noch Herren der Verträge? Symbolische Rechtsprechung - Trennung von Moral und Recht. Ba-Wü will aus dem Landtag ein Vollzeitparlament machen - wozu? in NRW fällt in deren Kompetenz nur Kultur und Gefahrenabwehr. Was der Bund nicht wegnimmt, nimmt Brüssel. Vor 10 Jahren ist die Einführung des Euro beschlossen worden. Der ist durch VO eingeführt worden - klar, damit nicht jeder der damals 15 Mitgliedstaaten andere Münzen zu irgendeinem Zeitpunkt druckt. Der Maya-Schatz in München. Niemand weiß, wem der gehört. Gilt § 1006 im IPR und im Strafprozessrecht?

Noch mal die Waldschlösschenbrücke. Darf ein Bürgerentscheid zugunsten einer Brücke durch einen Bürgerentscheid zugunsten eines Tunnels ausgehebelt werden? § 26 VIII GO-NW. Hat ein Aids-Kranker Anspruch auf ein sog. off-label-use Medikament? 1 BvR 550/08. Das BVerfG hat gerügt, dass die einlegende Anwältin deren Urteil vom 6.12.2005 noch nicht mal zitiert hat. Die wollen also eine Art Vorkosten durch die Beschwerdeführer, trauen sich allerdings nicht mehr, deshalb die Vb als unzulässig zu verwerfen. Die Problematik wird nicht unter Art. 2 II GG diskutiert sondern unter Art. 2 I und der 2 II wird darunter abgehandelt.

April: In der Prüfung Schwarz/Zwiehoff/Dabitz am 29.4. kam als Strafrechtsvortrag die 87jährige, die einen Schlaganfall hat, von der Nachbarin, die gewöhnlich das Essen bringt, nicht gerettet wird, ins Krankenhaus kommt, dort von der Tochter ausgestöpselt wird, weil es ein 20 Jahre als Patiententestament gibt - Noten 1 - 4 Punkte maximal. Man sollte vielleicht doch den Vortrag üben. Im Zivilrecht eine Examenshausarbeit: der Schlosser investiert

ins Haus seiner Frau und dann die Scheidung. Im Strafrecht ein Banküberfall, § 239 a, darf die Polizei die Wohnung eines unschuldigen Mieters nach § 103 StPO selber durchsuchen? Im ÖR Kirchenasyl - Vb der Kirche, für die die Kirche die Wohnung darstellt - rechtlich - angeblich. Nach seinem berühmten/berühmten ersten Schenkkreisurteil vom November 2005 - Klausur - hat der BGH jetzt noch mal entschieden: III ZR 282/07. Die AG werden von diesen Verfahren überschwemmt. Jetzt kommt wahrscheinlich eine neue Welle. Der BGH führt seine eigene Argumentation am § 817 S. 2 ad absurdum - es käme auf die Leichtgläubigkeit überhaupt nicht an. Löst dies eine weitere Verlagerung der Verjährung gemäß § 199 BGB nach hinten aus? Landgerichte haben entschieden, dass wegen der Entscheidung aus 2005 Ansprüche frühestens Ende 2008 verjähren würden. Berlin unterwirft sich generell und nicht nur von Fall zu Fall der Rechtsprechung des IGH mit einem Streitkräftevorbehalt. Wir hatten bisher drei Fälle da - Lagrand 26.2001, Festlandssockel 20.2.1969 (das ist kein Völkergewohnheitsrecht) und ein Fischereistreit mit Island 2.2.1973 (Zuständigkeit des IGH, obwohl sich Island dem Verfahren nicht unterworfen hat - witzigerweise nimmt der IGH an, dass man sich unterwirft, wenn man nur einen Brief schreibt "wir wollen nicht" - nur wenn man die Post aus Den Haag ignoriert, kann man das Verfahren vermeiden). Der Telekomprozess: wenn man die Berichterstattung über das Handelsblatt online verfolgt, bekommt man den Eindruck, dass die Klägeranwälte richtig schlecht sind. Sie hüpfen von Stein zu Stein, werden von den Auffassungen des Gerichts überrascht und benennen Herrn Sommer und Herrn Ricke als Zeugen und versuchen Ausforschungsbeweisanträge zu stellen. Der 1. Mai - gesetzlicher Feiertag seit 1933 - ruft juristisch die Fälle des Maibaumdiebstahls als *déjà vu* herbei. Brauchtum als Rechtfertigungsgrund?

In der Prüfung Bieber/Quarch/Preis am 24.4. kam im ÖR die Frage, welche interessanten BVerfG-Entscheidungen aus 2008 kennen Sie? Im Strafrecht der Kaugummiautomatenfall des BGH, im Zivilrecht AGBs rauf und runter. In der Prüfung am 25.4. Frister/Klümper/Schüttpelz (s. schon unten) kam (ich gebe das so wieder, wie ich es erzählt bekommen habe) der Vorsitzende quasi Arm in Arm mit dem Kandidaten, der von 25 Punkten auf 65 kam. In einer Pause kam ein Mädels aus einer Parallelprüfung zu dem Kandidaten und sagte, er arbeite doch am Lehrstuhl des Vorsitzenden. Der Kandidat: das müsse sie falsch verstanden haben, er würde nur mal mittags mit dem Lehrstuhl essen gehen und werde sich nach dem Examen dort bewerben. Im Zivilrecht kam der BGH-Fall NJW 2000 die Konfusion bei der Vormerkung, im ÖR die Dezemberklausur § 47 VwGO analog beim Flächennutzungsplan - man fange mit dem schwierigsten an und gehe dann zum einfachen über, sagte der Prüfer - ein pädagogisches Vorbild also. Im Strafrecht Mord und sich kreuzende Mordmerkmale. Wenn das nur halbwegs stimmt, ist es bodenlos. Zu den Leistungen des besagten Kandidaten bzw. Nichtleistungen schreibe ich lieber nichts - dafür will ich nicht meinen Kopf hinhalten. Die Gewinnzusage nach § 661 a hat einen seltsamen Rechtscharakter: in der EuGVVO - also für die Frage der Gerichtszuständigkeit bei Auslandsbezug - wird sie als Vertrag angesehen, obwohl keine zwei Willenserklärungen vorliegen sondern eine Auslobung. Im IPR - also in der Begründetheit - wird sie als unerlaubte Handlung nach Art. 40 EGBGB qualifiziert, im Insolvenzrecht als unentgeltlicher Vertrag - BGH IX ZR 117/07. Nach der Vulkanwerftentscheidung aus 2001 und dem Trihotelfall aus 2007 nun das dritte Urteil des BGH zur Durchgriffshaftung bei existenzvernichtendem Eingriff aus § 826: durch Unterlassen geht das nicht - II ZR 264/06. Bisher wurde für die GmbH - das GmbH-Gesetz ist zu dünn - das AktG analog herangezogen, wenn es nötig war. Den Rückzug ins BGB kann man mit der Invasion der Ltd. erklären. Der EuGH verbietet, diese analog dem GmbH-Recht zu behandeln. Wenn man nun aber ins BGB geht und alle Gesellschaften über einen Kamm schert, kann dieser Vorwurf nicht mehr kommen. Die Zeitungen berichten über die Online-Expansion der Rundfunkanstalten, welche den Zeitungen die Kunden wegnimmt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk war 1949 als Notlösung gedacht: Art. 5 I GG sieht eigentlich den privaten Rundfunk vor, die Alliierten machten aber Zicken. Staatlichen Rundfunk durfte man nicht, da die Rundfunkfreiheit nicht in Art. 20 ff. GG steht - also nahm man den öffentlich-rechtlichen. Da dieser aber durch Rundfunkgebühren (richtiger Beiträge) finanziert wird, liegt ein unfairer Wettbewerbsvorteil gegenüber den Zeitungen vor - das sehen ARD und ZDF natürlich anders. Die FAZ berichtet über die Trennung von Recht und Moral, welche gerade wieder verwischt wird. Ehrenmord - Kreuzbergurteil - Inzest - da kann einem noch so einiges einfallen. Dass die Vorträge nun Zusatzfragen haben, verdanken Sie Ihren Vorgängern. Es kamen wohl zu häufig zu kurze Vorträge von 4 - 6 Minuten raus.

In der Prüfung am 24.4. Franke/Kubink/Baxpehler kam der Anspruch des Eigentümers der gestohlenen Stute auf Herausgabe des Fohlens - §§ 988, 1000, 994 - Klassiker. Im Strafrecht sollte Strafrecht eingeordnet werden: als ultima ratio zum Zivilrecht und OWiG und StPO - Verdachtsstufen. Im ÖR Schächten und EGMR, EuGH sowie der Vertrag von Lissabon. In der Prüfung am 25.4. Paeffgen/Gehle/Bamberger kam wieder Polizeirecht als Vortrag: die Bundespolizei kontrolliert am Bahnhof anstelle der Polizei einen angeblich Drogensüchtigen - natürlich wieder nur Anscheinseffekt und wieder eine Zusatzfrage: Gefahrbegriffe im POR. Im Zivilrecht wird ein Haus mit Wurzelverdacht verkauft. Im Strafrecht nur Gedankensprünge. Im ÖR Nebenbestimmungen und die EuGH-Rechtsprechung zu § 51 VwVfG. In der Prüfung am 23.4.08 Bernsmann/Pabst/Manderscheidt kam als Vortrag, dass die Kanzlerin vom Außenminister verlangt, dass der einen alkoholisierten Botschafter, der den dortigen Staatspräsidenten beleidigt hat, zurückholt. Kann die Kanzlerin vor dem BVerfG klagen? Was kann sie aussergerichtlich machen? Im Zivilrecht protokollfest, im ÖR will eine moslemische Erstklässlerin nicht am Singkreis teilnehmen - einstweiliger Rechtsschutz. Im Strafrecht der Pudelfängerfall vom RG (der brave Soldat Schweik gibt sich als Hundefinder aus, obwohl er den Hund gefangen hat)

und viel StPO. Prof. Bernsmann wies daraufhin, dass man sagen sollte, wieviel unter Einbeziehung des Schwerpunktbereichs noch zum Notensprung fehle - bei ihm hätte neulich ein Mädels geweint, weil es kurz davor hängen blieb und er habe das nicht gemerkt. Da stellt sich natürlich die Frage, ob die Kommission ihre Entscheidung von sich aus ändern darf - analog § 119 II BGB - oder ob zumindest ein Widerspruch Erfolg hätte. Der Täter T schlägt dem Opfer O ins Gesicht, um Geld zu erhalten. O flieht - T hinter ihm her und setzt ihm nun ein Messer an den Hals, woraufhin O sagt, er sei pleite und T von ihm ablässt: BGH 4 StR 81/08 - zwei mal versuchte räuberische Erpressung? Nein, eine einzige. Der Schäfer, dessen Schafe einen IC in einem Tunnel zerlegt haben, sagt natürlich, dass das Fremdeinwirkung auf die Schafe war. § 833 - fallen stehende Schafe unter die Tiergefahr? Beweislast? Ist § 830 I 2 auf den dahinterstehenden § 833 anwendbar? Haftet der Halter des Hundes, mal angenommen, die Schafe sind wegen des wildernden Hundes auf die Gleise gerannt, nach § 833 für den Schaden an dem Zug? Fälle aus dem Mündlichen: ein Hund fällt vom Balkon auf eine Frau, es bildet sich eine Menschentraube bis auf die Straße, der heranfahrende Bus muss bremsen, im Bus fällt eine Frau hin - haftet der Hundehalter? Zum ProdHG: der neue Fernseher implodiert, die Halterin rennt ins Badezimmer, um mit einem Eimer Wasser zu holen, sie rutscht in der Dusche aus und ertrinkt bei brennendem Fernseher - erfaßt die Gefährdungshaftung das? Herr Wiedeking und das Babyfon - § 201 II - der Versuch ist nicht strafbar. Was wollen die denn beim Babyfon unter dem Bett abgehört haben? Die FAZ warnt vor einer Anwaltschwemme - das hat sie schon vor 50 Jahren gemacht. Die Praxis, welche eine Rückstufung der Einkommen einiger Partner vor einiger Zeit vorgenommen hat und welche Praktikanten bis nachts um 2 arbeiten lässt - ohne Gehalt - ist angeblich die umsatzstärkste in der Republik. In einer Prüfung am 25.4. hat ein Prüfer vor der Prüfung vor allen Leuten einem Prüfling auf die Schulter geklopft - das Vorgespräch mit ihm hat 15 Minuten gedauert, mit den anderen 3 Minuten - angeblich gehen die im Lehrstuhl immer zusammen mittagessen - ich gebe das jetzt mal so ungefiltert und ungeprüft weiter. Die Note entsprach diesem Eindruck.

Der EuGH hat das Strafrecht nun noch fester in der ersten Säule verankert - C-440/05: wenn in der dritten Säule per Rahmenbeschluss das Verschmutzen der Meere durch Schiffe geregelt wird, so verstößt dies gegen die Rechte der ersten Säule - Art. 47 EU, Art. 80 EG. Eigentlich unlogisch, denn Strafrecht ist in der dritten Säule angesiedelt. Einen Hebel ins EG-Recht durch einen wirtschaftsrechtlichen Aspekt findet man im Strafrecht immer. Der EuGH will also das Mehrheitsprinzip schon vor der Transformation des Vertrages von Lissabon durchsetzen. Er zwingt das Strafrecht in die erste Säule und amputiert dadurch die dritte. Vor zwei Jahren hat er zum Umweltstrafrecht entschieden, dass die erste Säule das regeln könne - nun darf nur sie es. Der EuGH hat übrigens die Erwägungsgründe zur Auslegung herangezogen. Macht sich jemand der Beihilfe strafbar, der einen Drogenkurier vom Flughafen abholen soll, welcher aber schon durch die Polizei empfangen wurde? Ja, BGH 2 StR 535/07.

In der Prüfung am 24.4. Hauck/Böse/Ziemßen - s.u. - kam im Zivilrecht der Minderjährige, der bei Ebay einen MP-3-Player bestellt und am letzten Tag dann um 23 Uhr 55 widerruft. Im Strafrecht der Jakob-von-Metzler-Fall aus Sicht des Täters. Im ÖR: was wird heute im Bundestag verhandelt und dann der Vertrag von Lissabon ausführlich - als zweiter Teil Mord (im ÖR), ob der zu unbestimmt sei. Wenn man die Geschichte des § 211 kannte, war das von großem Vorteil (1942 Roland Freisler, vorher: wer planmäßig tötet - das BVerfG-Urteil). Es wurde sehr positiv vermerkt, dass ein Kandidat seinen Vortrag völlig frei gehalten hat. Der afghanische Minister, der sich privat mit einer hübschen Spiegel-Reporterin austauschte und abgehört wurde, hat einen deutschen Pass. Im Mündlichen wurde mal gefragt, ob bei uns ein Minister die deutsche Staatsangehörigkeit haben müsse. Im Ministergesetz steht dazu nichts. Verlangt das GG das? Wenn ja, warum. Wenn nein, warum nicht? Der Bundestag hat beschlossen, dass ab dem 1. Juli Erfolgshonorare in unsicheren Rechtssachen vereinbart werden können - was ist nicht unsicher, wenn man zu Gericht geht? Was ist, wenn ich einen Fehler mache? Habe ich dann nur keinen Honoraranspruch oder hafte ich noch? Wird der Anwaltsvertrag zum Werkvertrag? Wir werden zu Händlern des Rechts - konsequenterweise müsste dann aber das Werbeverbot ganz fallen. Ab dem 1. Juli werden uns auch noch einige Rechtsgebiete genommen - jede Kfz-Werkstatt wird einen eigenen abgebrochenen Juristen beschäftigen. Das war jetzt böse.

In den Prüfungen am 24.4. kam als Vortrag der Fall, dass ein Nachbar, der den Wecker seines Nebenmieters immer hört, denkt, der sei krank und die Polizei tritt die Tür ein. Im ÖR kamen bisher eigentlich nur Vorträge aus dem Polizeirecht. Aus 27 Punkten wurden 73, aus 28 65 und aus 63 105. Am Sonntag findet ein einmaliger Volksentscheid statt - Berlins Bevölkerung gegen den angeblich charismatischen K. Wowereit. Dürfte das in NRW passieren? Nein, da Bauplanungsdinge nicht unter das Bürgerbegehren fallen. Allerdings ist Berlin ein Stadtstaat - also Volks- und nicht Bürgerbegehren. Aber Luftprobleme gehören zur Kompetenz des Bundes - es lief mal eine Klausur, in der es um ein Volksbegehren gegen eine weitere Startbahn des Flughafens Düsseldorf ging - Bodenrecht gegen Luftverkehrsrecht. Ein ehrlicher Finder soll in einer Hoteltiefgarage 15.000 € gefunden haben. Kann man da was finden? Ist das Geld gewahrsamslos? Bolivien will vor dem IGH gegen die FIFA klagen, weil die in über 3.000 Meter Höhe keine Fußballspiele veranstalten will. Geht das? Da dürfen eigentlich nur Staaten hin oder die UNO gibt ein Gutachten in Auftrag. Die UNO hat mal aktiv im Bernadottefall geklagt, woraufhin der IGH die implied powers Lehre erfunden hat. Aber passiv bei Fußball? Ist da der Weltfriede gefährdet? Eindeutig ja, bei uns. Das BAG hat die Diskriminierungsklage der

Schwangeren nach unten zurückverwiesen - an der Klage scheint was dran zu sein. Der BGH meint - VII ZR 42/07 und 140/07, dass bei einem Steuerhinterziehervertrag (nicht zu verwechseln mit dem Schwarzarbeitervertrag mit jemandem, der solche Arbeiten gar nicht machen darf) eine Mängelhaftung gegeben sein kann. Interessant ist die Frage, wie die zu diesem Ergebnis kommen. Die Pressemitteilung lässt den Verdacht aufkommen, dass hier mit dem nackten § 242 - dem Offenbarungseid der Juristen - gearbeitet wird. Das Urteil fördert die Schwarzarbeit, denn in einem Prozess nützt es ja nichts mehr, die Karte der Steuerhinterziehung zu zücken.

In der mündlichen Prüfung Ahn-Roth/Herdegen/Krieg am 22.4. kam als Vortrag im ÖR der Taucherfelsen im Bodensee - VGH Mannheim NJW 1998 S. 2235, auch Klausur - und die Abgrenzung VO-Satzung-Allgemeinverfügung. Im Zivilrecht der Pfandflaschenfall des BGH II ZR 233/05 und ZPO, im Strafrecht bleibt der Bahnpassagier mit einem Kurzticket länger in der Bahn (ein Urteil vom letzten Jahr), Beleidigungsdelikte und StPO (Werden beim AG nur Vergehen angeklagt? Voraussetzungen des Haftbefehls). Im ÖR fast nur Europarecht - Mangold-Entscheidung (dass der EuGH über die Hecke gefressen hat - ultra-vires-Lehre), Grundrechte im EG-Recht, Studiengebühren (sind das wirklich Gebühren?) und der Backofenfall des EuGH. In der Prüfung Berger/Müller/Ehlen am 16.4. kam im Zivilrecht der Spielsperrvertrag, im ÖR Basics des Europarechts sowie die Streichung der erst mal gewährten Steuererleichterung für Bio-Diesel, im Strafrecht fährt ein angeblicher Autoprobefahrer das Auto absprachewidrig vom Betriebsgelände und der fehlgeschlagene Doppelselbstmord auf der Autobahn sowie StPO - das dürfe man nach der neuen Prüfungsordnung ja prüfen. Otto Schily will zeigen, dass er der Experte des Art. 12 GG in Erinnerung an den Otto-Schily-Paragraphen § 138 a StPO ist. Ist Art. 12 verletzt, wenn er seine Einkünfte detailliert offen legen muss, Friedrich Merz aber nicht, weil der unter 25% in einer Sozietät hält? Otto Schily meint, § 203 StGB sei verletzt. Gegenüber dem Finanzamt muss er seine Einnahmen auch offenlegen und gegenüber der Kammer, wenn sich jemand beschwert. Das Bundesweherschiff Emden hilft einem japanischen Tanker bei der Abwehr von Piraten. Ist das zulässig? staats- und strafrechtlich? Darf es in staatliche Gewässer folgen? Ist das noch Nothilfe oder fehlt der gegenwärtige Angriff, wenn die Piraten erst mal weg sind? Das erinnert an Jim Knopf und die Wilde Dreizehn. Die UNO will das jetzt regeln. Angeblich kommen nur 40% der Wirtschaftsvorschriften aus Brüssel - mir langt das völlig. Darf der Staat Schönheits-OPs an Minderjährigen verbieten? Art. 12 der Operateure, Art. 2 I der Kids?

Am 24.4. wird im Bundestag über den Vertrag von Lissabon abgestimmt. Was steht nicht drin? Hymne, Flagge, Grundrechte, also alles, was an eine Verfassung erinnert. Woran erkennt man eine Verfassung? Was steht drin? Europäisches Bürgerbegehren, wenn man 1 Mio Stimmen zusammenbekommt. Die EU hat nur fünf Zuständigkeitsbereiche in der Politik: Zoll, Wettbewerb, Binnenmarkt, Währungsfragen und Meerespolitik. Das unbekannte Wesen des Präsidenten kommt, es gibt eine Subsidiaritätsklage, das EU-Parlament wird aufgewertet. Das BAG verhandelt am 24.4. eine Diskriminierungsklage einer Schwangeren, die bei Sony nicht befördert wurde - AGG - 8 AZR 257/07 - die Beweislast ist das Problem. Die FAZ zitiert Carl Schmitt zu den Piraten, das seien Völkerrechtssubjekte - im Völkerrecht sind nur Staaten und Organisationen rechtsfähig, natürliche Personen nicht, die müssen sich hinter einen Staat klemmen - Ausnahme der Papst und der Fluch der Karibik. Die Berliner Polizei verbietet für ein Fußballspiel am 8. Mai dem Verein, Karten an Fans zu verkaufen. Was ist der Verkauf einer Karte rechtlich? Eine Kandidatin ist bei Prof. Roth mal durchgefallen - nicht nur deshalb, klar - weil sie meinte, das sei ein Kaufvertrag. Darf die Polizei das? Der Clan du Néon knipst bei Geschäften nachts die Lichter aus. Strafbarkeit? die FAZ - Recht u. Steuern - berichtet über das arbeitsrechtliche Raucherproblem - "Raucher müssen frieren" - darf der Arbeitgeber bei der Einstellung fragen? Angeblich soll der Arbeitgeber nach der ArbeitsstättenVO verpflichtet sein, einen rauchfreien Arbeitsplatz zu schaffen. In der Theorie ja. In meiner alten Kanzlei kam bei dem Sozius der Rauch in Schwaden unter der Tür durch. Wenn der Betrieb unter der Schwelle des KSchGes liegt, wird man als Nichtraucher passiv mitrauchen oder gehen müssen. Der Bonner Wochenmarkt wird nun von einem privaten Betreiber organisiert - "Marktgilde" - man meint, man wäre im Mittelalter. Wo steht was dazu - GewO? § 8 II GO?

Die Bundesrepublik hat ein allgemeines Persönlichkeitsrecht, jedenfalls in Meckenheim, BGH VI ZR 83/07. Paris hat den Dalai Lama zum Ehrenbürger ernannt - China ist sauer. Dürfte Berlin dies? Örtliche Angelegenheit, unzulässige Aussenpolitik? Warum kann man das bei Paris anders sehen? Führt ein unzulässig erzwungener Rechtsmittelverzicht zur Nichtigkeit eines Deals? BGH 3 StR 433/07: soweit ich das verstanden habe, machen die eine geltungserhaltende Reduktion. Also nein. Der Hollywoodschriftzug soll zugebaut werden - das erinnert an die Kreuzbergentscheidungen des Preußischen Obertribunals. Wie wäre der Fall heute bei uns zu entscheiden, müsste die Baugenehmigung versagt werden? Nach der SZ ist Wählen out, Internet-Petitionen und Volksentscheide in. Petitionen sind von Friedrich dem Großen eingeführt worden. Das OVG Berlin hat die Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschkestraße mit dem Anlieger Axel-Springer-Verlag für rechtens erklärt. Die Vorbereitung von Anschlägen soll in § 98 a StGB unter Strafe gestellt werden - fällt das nicht unter den Duchesne-Paragraphen § 30? Ein Angeklagter in einem Münchner Mordprozess geht in den Hungerstreik. Was macht man da als Richter? Im Prozess der "Krebsärztin" hat die geschiedene Ehefrau eines Richters über seine private Äusserungen eidesstattlich berichtet. Das Gericht hat den Befangenheitsantrag abgelehnt - ich glaube nicht, dass das beim BGH hält. Sterbepformance: die Kunst, die Presse,

die Wissenschaft sind polizeifest. Aber kann bzw. muss das verboten werden? In der Prüfung am 16.4. - Löwer pp. - wurden aus 29 44, aus 35 55, aus 60 100, aus 52 101 Punkte, aus ? 74 und aus ? 50 Endpunkte. Vor fünfundzwanzig Jahren behauptete der Stern, die Hitler-Tagebücher zu veröffentlichen. Warum ist der Fälscher nur wegen Betruges aber nicht wegen Urkundenfälschung bestraft worden? Im Januar 2009 soll der Luxemburger Juncker EU-Präsident werden. Noch weiß niemand, was er da eigentlich tun soll - bis zum Juni muss das festgelegt werden, aber es gibt noch keinen Entwurf.

In der Prüfung am 18.4. - s.u. - kam noch die Entwicklung der Caroline-Rechtsprechung (KunsturhG - Person der Zeitgeschichte etc.) sowie im Strafrecht der BGH-Fall/Klausur, dass ein Gutachter Schmuck begutachtet und weiß, dass der Täter damit was schlimmes vorhat, aber nicht genau, was. Der BGH - 4 StR 669/07 - meint, dass ein Werkstattmitarbeiter nicht wegen eines verunfallten Lkws strafbar sei, wenn er dem Chef zwar von den defekten Bremsen berichtet hätte, der aber nichts gemacht hätte. Oha. Bisher hat der BGH - Erdalsprayfall - nach dem Film "die zwölf Geschworenen" anders entschieden. Sonst reden die sich immer raus, es hätte ja doch nichts genützt, wenn ich die Mit-Gesellschafter auf den gefährlichen Wildlederspray hingewiesen hätte. Geht das zurück zum Leinenfängerfall des RG? Dann fahren die Lkws mit abgefahrenen Reifen und die Verantwortlichen reden sich damit raus, dass Widerworte ja nichts gebracht hätten. Der EuGH hatte sich bisher mit Zuzugsfällen im internationalen Gesellschaftsrecht befasst - Überseering C 208/00, Centros C212/97, Inspire Art C 167/01. In Daily Mail mit einem Wegzugfall Rechtssache 81/87. Nun soll im Fall Cartesio die Wegzugproblematik neu entschieden werden C 210/06. Das OLG Düsseldorf 12 U 39/07 meint, dass ein Tourist, der Firstclass gebucht und nun Holzklasse fliegen soll, nicht nur stornieren kann sondern sogar vertane Urlaubszeit berechnen kann. Die Post meint, nicht zugestellte Post falle unter die AGB-Klausel "höhere Gewalt". Die legen ihre eigene Klausel aus. Über google bei NZZ online Carl Schmitt 12. April findet sich ein guter Artikel zu Forsthoff und Carl Schmitt.

In der Prüfung am 18.4. kam der Hobbykatzenzüchterfall Dusty vom Zoo dran. Kein Kandidat kannte den! Was rügt die Kommission an unserem AGG? Nur Verschuldenshaftung des AG, zu geringes Beteiligungsrecht der Verbände, Zwei-Monats-Frist zu kurz, keine Anwendung auf Kündigungen, Diskriminierung von Lebenspartnern. Die beim EuGH schwebenden Diskriminierungsverfahren: Coleman - C-303/06: werden nur schwerbehinderte AN geschützt oder auch die ANin, die Mutter eines behinderten Kindes ist? Bartsch C-427/06: darf eine Hinterbliebenenrente Ehepartner, die mehr als 15 Jahre jünger sind (da fällt mir eine frische Verlobung ein), ausschliessen? Feryn C-54/07: Darf eine belgische Garagentor-Firma sich weigern, Marokkaner einzustellen, weil die Auftraggeber dies nicht wollen? Die abgeschlossenen Diskriminierungsverfahren der letzten Zeit: Chacón C-13/05, Mangold C-144/04, Maruko C-267/06, Pallacios de la Villa C-87/06. Die Nachwehen des Backofenfalles: muss auch ein Autokäufer die abgefahrenen Kilometer bei Umtausch bezahlen? Was ist, wenn der Käufer den Backofen nicht umtauscht sondern zurückgibt? Haben Käufer, welche die "Nutzungsgebühr" schon gezahlt haben, einen Rückzahlungsanspruch? Was ist, wenn ein Käufer den Ofen trotz Mangelhaftigkeit weiter benutzt, muss wenigstens der zahlen? Der BGH meint tatsächlich, dass eine fünffache Mutter, die lesbisch wird, keinen Unterhalt bekommt, sie wäre aus der Ehe "ausgebrochen". Dadurch wird das Verschuldensprinzip wieder eingeführt. Die schmutzige Wäsche wird wieder gerichtsfähig. Der Scheinvater kann, obwohl er nicht anfechten kann, den Vater in Regress nehmen. Endlich nach 108 Jahren korrigieren Richter diesen Unsinn. Warum ist das nicht schon längst bei einer der vielen Familienrechtsreformen gemacht worden? Richter als Ersatzgesetzgeber. Am Sonntag wird in Bonn Marathon gelaufen. Was ist das strafrechtlich, wenn ein Läufer die Schuhe des Favoriten versteckt, so dass der mit Badeschlappen laufen muss? Ist es strafbar, eine Abkürzung zu nehmen? Examensklausur.

In der Prüfung Löwer/Faßbender/Klein am 16.4. kam als Vortrag die Haftung eines Spediteurs für den stehenden Mitarbeiter. Im Zivilrecht die BAG-Entscheidung - Kündigung durch den Mitarbeiter, der i.A. unterschreibt - AZR 519/07. Im Strafrecht der Algerier in Guben-Fall - BGH 5 StR 42/02 und Klausur. Im ÖR etwas abgedrehtes - Konzessionen in einer Gemeinde. Eine Sozietät kauft einen Computer. Haftet die Scheinsozia? Der BGH meint nein - VIII ZR 230/07 - mit dem Ergebnis hätte ich nicht gerechnet - wenn also ein Gläubiger nun wegen § 736 ZPO die auf dem Briefkopf stehenden immer mitverklagt, kann er böse reinfallen. Wenn er denn überhaupt rausbekommt, wer richtiger und wer nur scheinbarer Sozium ist, wird die verklagte Sozietät den Scheinsozium als Zeugen benennen. Dadurch werden Vertragspartner in Zukunft auf Vorkasse bestehen. Der EuGH hat endlich den Backofen-Fall entschieden - C-404/06. Nach dem Dachziegelfall - BGH NJW 1983 - und dem Fliesenfall des OLG Köln (schon xmal als Klausur) kommt nun der Parkettstäbefall - BGH VIII ZR 211/07: muss der Verkäufer der fehlerhaften Parkettstäbe den Ausbau der alten und Einbau der neuen bezahlen? Was ist, wenn das Parkett im Ferienhaus in Mallorca oder in Kalifornien eingebaut wurde? Ist der Benzinverbrauch über 3,4% der Herstellerangaben zu hoch? BGH VIII ZR 171/07. Haftet ein Architekt für Baufehler, wenn er mit den Bauherrn Schwarzzahlung - ohne Rechnung - vereinbart hat? BGH VII ZR 140/07. Ist das Vorkaufsrecht des Mieters nach § 577 analog anzuwenden, wenn aus dem Haus keine Eigentumswohnung aber ein Eigentumshaus gemacht wird? BGH VIII ZR 126/07. Und Heide Simonis gegen Bild-Zeitung, BGH VI ZR 156/06. Hat jemand, der aus einem Auto auf das geöffnete Fenster einer Gaststätte am frühen Morgen

mehrere Schüsse abgibt, Tötungsvorsatz? Im Kölner Stadtanzeiger hat sich ein Mann über abfällige Bemerkungen über seine tanzende Freundin geärgert. Wie verliert man seinen guten Namen als Anwalt? Indem man behauptet, der Mandant habe Serienmorde nur gestanden, weil es ihm beim Geständnis gekommen sei. Muss das Gericht bei so einem Stoß die Vorgänge der Vernehmung wegen § 254 StPO überprüfen? In der Verhandlung über das negative Stimmrecht meinte jemand, unser Wahlrecht sei ein Exportschlager, z.B. nach Schottland - deren letzte Königin ist doch in England nach langjähriger Haft geköpft worden oder? Frankreich will die Anstiftung zur Magersucht bestrafen. Wie ist das bei uns? Ist das jetzt schon strafbar? Wäre eine neue Vorschrift zu empfehlen?

BGH V ZR 16/07: der zu höchstens 30 Starts und Landungen verurteilte Flughafen will das Unterlassungsurteil zugunsten der Anwohner aus der Welt schaffen - § 323 ZPO oder § 767 ZPO? Praktischer Unterschied: die sachliche Zuständigkeit. Wieso geht die Sache überhaupt zum Zivilgericht? Der BGH meint, § 767 ZPO. Die Anwälte haben einen teuren Regress heimgefahren. Die BReg will mißbräuchlichen Kreditaufkäufern das Handwerk legen, indem die Grundschuld akzessorisch gemacht wird. Dann wird sie aber neben der Hypothek überflüssig. § 1133 soll zudem abgeschafft werden - für die Grundschuld. Der BGH soll entscheiden, ob eine fünffache Mutter, die zu ihrer Freundin zieht, gemäß § 1579 ihren Unterhaltsanspruch verwirkt. Wenn sie zu einem Mann ziehen würde, wäre das bei fünf Kindern nicht der Fall. Das Gendiagnostikgesetz soll Arbeitgebern und Versicherungen verbieten, solche Untersuchungen machen zu lassen. Und was, wenn doch? Beweisverwertungsverbot? Frau Merkel möchte, dass die EU der EMRK beitrifft. Eigentlich überflüssig, da der EuGH diese Grundrechte ja immer stärker nicht nur als Rechtserkenntnisquelle berücksichtigt - s. Schmidberger=Brenner Autobahn, Laval, Viking Line, Dirk Ruffert. Eigentlich unzulässig, da nur Staaten dem Europarat beitreten können und der EuGH in einem Gutachten geklärt hat, dass die EG trotz ihrer Rechtsfähigkeit nicht beitreten könne - die EU ist noch nicht mal rechtsfähig, jedenfalls bis 2009 nicht. Eigentlich Quatsch, denn sie will erreichen, dass EU-Behörden vor dem EGMR verklagt werden können - der soll sich lieber um die 100.000 anderen Verfahren kümmern und die EU dem EuGH überlassen. Also Murks.

Die SZ berichtet über den Kanzlerinnenbesuch beim Europarat - eine altmodische Organisation, auf welche keine staatlichen Kompetenzen übertragen wurden - 200 Verträge - 47 Staaten, Vorschule zur EU für beitriftswillige Staaten und nur 201 Millionen Jahresetat bei 100.000 Verfahren beim EGMR. Das Europa des Europarates geht bis zum Pazifik. In der Bonner Umgebung ist ein Reiter mit 1,2 Promille auf seinem Pferd erwischt worden - § 316? Darf ein Ehevertrag entgegen § 1355 V festlegen, dass bei Scheidung der Mädchennamen wieder angesagt ist? Der BGH meint ja. Ist die Vorschrift also dispositiv? Warum? Jan Ullrich habe gedopt, meint die Bonner StA - Doping ist ausser bei Minderjährigen nicht nach dem StGB strafbar - Arzneimittelgesetz, je nachdem, wo er das Zeug her hat. Doping also nicht mit Drogen verwechseln. Darf eine StA so was sagen? Rechtsbehelf dagegen? Angeblich sollen Trickbetrüger Rentner am Telefon nach deren Rentennummer und Kontoverbindung fragen. Ist die Preisgabe schon eine Vermögensverfügung? Ron Sommers Zeugenaussage. Was haben die klägerischen Anwälte denn erwartet? Dass der weinend zusammenbricht? Man lernt als Anwalt, dass man immer nur Fragen stellen sollte, bei denen man die Antwort vorher schon kennt. Lea-Sophies Eltern sind wegen Mordes durch Unterlassen angeklagt. Bisher hatte der BGH, ausser im Carolina-Fall, § 211 durch Unterlassen abgelehnt, denn eine lebenslange Freiheitsstrafe ist bei einem Geschehenlassen nicht richtig - wenn aber ein Kind verhungert und verdurstet, greift dieses Argument nicht. In Aachen soll ein alter Mann, der für die SS in den Niederlanden 1944 sog. Vergeltungsmorde ausführte, angeklagt werden. Verboten die Haager Landkriegsordnung solche Reaktionen auf Angriffe des Widerstandes? Auswirkung auf § 211? Der Bundesrat will die Zwangsvollstreckung verschärfen. Das ist unehrlich, schließlich ist die ZPO absichtlich so gestaltet, dass Schuldner animiert werden, über ihre Verhältnisse zu leben. Bis der Gläubiger die Wohnung durchsuchen darf, sind mehrere Vorstadien zu durchschreiten, die alle Zeit kosten.

In der Prüfung Rütten/Linden/Weingarten am 11.4. kam als Vortrag die Haftung für einen verkauften Geländewagen, der bei 140 km/h schlechter beschleunigt als das Vorgängermodell (OLG Karlsruhe 2007) und dessen Benzinverbrauch höher ist als in der Werbung angegeben - BGH VIII ZR 19/05 - man hat allmählich den Eindruck, dass wir ein Autohändlerexamen machen. Es kam der Jungbullenfall, ein Einbaufall und die Novelle von Guy de Maupassant: die geliehene Perlenkette geht verloren, die Entleiherin kauft eine wertvolle und gibt die zurück und erfährt 20 Jahre später, dass sie ja nur eine billige ausgeliehen bekommen hatte. im ÖR Gegenüberstellung von ZPO und VwGO. Im Strafrecht StPO und Strassenverkehrsdelikte. Am 9.4. in der Prüfung Hillgruber, Göhler-Schlicht und Oehmer waren Mord, GoA-Fälle bei nichtigen Verträgen sowie die Besuchspflicht des Vaters und die Stichtagsregelung dran. Darf das Ordnungsamt die örtlichen Kaufhäuser anweisen, Playstations erst ab 15 Uhr freizuschalten, damit Schüler vom Schwänzen abgehalten werden? Der Telekom-Prozess wird voraussichtlich heute schon beerdigt - Ron Sommer wird als Zeuge ganz sicher nicht aussagen, dass er eine falsche ad-hoc-Meldung herausgegeben habe. Beweismittel in der ZPO? SAPUZA.

Das BVerwG meint, dass der Nachbar eines attentatgefährdeten Areals eine Klagebefugnis hat. Aber was ist unter Nachbar zu verstehen? Wenn Brunsbüttel in die Luft fliegt, könnte auch in Bonn dicke Luft herrschen - s. Tschernobyl - 1986 und später durfte kein Gemüse aus dem Vorgebirge verkauft werden - man kaufte statt dessen die Pilze aus Polen.

Das OVG Münster ist der Auffassung, dass die Haltung eines einzelnen Ratsmitglieds zum Bürgerbegehren Jan-Wellem-Platz nicht veröffentlicht werden muss, die von Fraktionen und Gruppierungen schon. Es wäre aber doch wichtig für die Bürgerinitiative zu wissen, wen sie im Rat auf ihrer Seite hat. Darf hier diskriminiert werden?

Die für den Holzklotz zuständige StA beschwert sich durch Medien über die Eigenmächtigkeit der Polizei hinsichtlich Massengetest und Fahndungsaufruf. Herrin des Verfahrens - Kopf ohne Hände - § 163 StPO. Strafprozesslehre gegen Strafprozessrecht. Der BGH meint, dass ich Ebay nachweisen muss, dass Ebay eine mißbräuchliche Verwendung meines Nicknames technisch verhindern kann. Na super. Ich kapituliere ja schon bei den geringsten Macken meines PC und soll denen erklären, was sie tun sollen? BGH I ZR 227/05. Die Bahn will einige Städte von der ICE-Trasse abhängen. Können die klagen? Vor welchem Gericht? Gibt es einen Anspruch? Monopol der Bundesbahn?

Herr Steinbrück haut auf den Putz. Schlägt § 28 BHO Art. 110, 111 GG? Was heißt rechtlich "nach Benehmen", Unterschied zur Zustimmung, Einvernehmen? Rechtliche Folge? Entscheidet nicht der Bundestag letztendlich über den Haushalt? Gilt Art. 65 GG - Ressortprinzip - hier nicht? In welchem Rechtsstreit wäre das zu klären? Roland Koch will einen Beschluss des Landtages - Abschiebestopp für Afghanistan-Flüchtlinge - nicht umsetzen. Muss er das, wenn es ein VGH-Urteil gibt, das seine Meinung stützen könnte? Darf der Landtag exekutivische Anweisungen erteilen? Kann das Land NRW von den Polizeibeamten, die während Krankschreibung in Libyen Arbeitsurlaub gemacht haben, den dort erhaltenen Lohn herausverlangen? Was ist im Urlaub? Das BAG hatte für diesen Fall den § 812 abgelehnt - meine Arbeitskraft gehört immer noch mir.

Am 9.4. wurde im Mündlichen gefragt, was am 11.4. im Bundestag behandelt werde, und im Strafrecht - Prof. Weigend, was man von einer Bestrafung von Unternehmen im StGB analog zum OWiG halte. Herr Heinrich will seinen Tennisschläger (ist er mit dem extra aufgeführten Baseballschläger vergleichbar?) mit an Bord nehmen, er wird aus dem Flieger geworfen und klagt, da die Vorschrift über die verbotenen Sachen vorsätzlich geheim gehalten wird. Die Generalanwältin meint, das wäre so schlimm, dass es mit Ungültigkeit nicht getan sei, die VO sei inexistent - C-345/06. Gibt es solche Abstufungen bei uns auch? In NRW wurde jahrelang durch geheimen Erlass geregelt, ob § 63 II PolG den gezielten Todesschuss enthalte oder nicht, man wolle für Gangster nicht berechenbar sein. Oh je: BGH V ZR 31/07: ich kaufe ein Grundstück und stelle fest, dass die Mauer des Nachbarn gefährlich ist. Er sagt, der Voreigentümer hätte nichts dagegen gehabt - § 1004 geht durch. Das wird für Efeufälle und Bäume übel. Der Vortrag in den Prüfungen am 9.4. befasste sich mit der Frage, ob § 1362 analog auf ein Paar anwendbar ist, das seit 20 Jahren zusammenlebt, zweiter Teil: Voraussetzungen und Anwendungen der Analogie. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Weckerling/Okonek sind endlich die Protokolle vom 16.2. da. Aus 38 wurden 65, aus 17 54, aus 23 49, Rest unbekannt. Im Strafrecht: was fällt Ihnen zum Jahr 1923 ein? Und die Mauerschützenurteile mit Gustav Radbruch. Im BGB die BGH-Urteile zur Werkstattspflicht beim Autokauf. Im Wirtschaftsrecht Liechtenstein und Immobilienkrise. Sowie das Urteil des OLG Schleswig zur Nichtgrundbuchfähigkeit der GbR. Im ÖR das BVerfG-Urteil: albanische Mutter verliert dt. Staatsangehörigkeit, ihr Kind gleich mit? Und die Warnung durch die LReg vor Scientology. Sowie Online-Durchsuchung. Der BGH hat am 9.4. verhandelt, ob ein Vermieter eine Mieterhöhung mit einem Renovierungszuschlag wegen der Nichtigkeit der starrren Fristenklausel vornehmen darf - die Zeitungen meinen, er werde wohl so entscheiden - dann hat er das, was er mit der Entscheidung im September 2007 zur Unzulässigkeit der Renovierungspflicht am Ende des Mietverhältnisses gegeben hat, hier wieder genommen und noch schlimmer, der Mieter bezahlt die Renovierung praktisch schon während der gesamten Mietzeit und nicht erst am Ende. Der bayerische Landtag billigt "Landesbürgschaft" für Landesbank. Ist das eine Bürgschaft oder eine Garantie bei schon entstandenen Schulden? Darf der Vermieter trotz Versäumung der Nebenkostenabrechnungjahresfrist nachfordern, wenn der Mieter sagt, er berufe sich auf die Frist nicht? Der BGH meint, der Ofen sei aus. Wie erkennt man, ob eine gesetzliche Regelung dispositiv oder zwingend ist? Warum ist hier die Ausschlussfrist zwingend? Kann der Bund für die bezahlten CD-ROMs aus Liechtenstein von NRW Ersatz verlangen? Art. 104 a V - GoA? ör Erstattungsanspruch? NRW will nicht.

Der EuGH beschäftigt sich im Fall Bourquain mit der Todesstrafe. Darf eine deutsche Staatsanwaltschaft ein Tötungsdelikt eines deutschen Fremdenlegionärs, der von einem französischen Gericht in Algerien zum Tode verurteilt wurde, verfolgen? Das Urteil ist wegen Amnestie und Abschaffung der Todesstrafe nicht vollstreckbar - gilt ne bis in idem auch in diesem Fall? C-297/07. Der Generalanwalt meint, dass die deutsche StA da nicht mehr dran darf. Darf Schweden Bier und Wein unterschiedlich besteuern, damit das schwedische Bier mehr gekauft wird, oder liegt die Verletzung der Warenverkehrsfreiheit vor? Erstaunlicherweise nein, C-167/05. Einem 78jährigen Rentner ohne PC wurde eine Internetflatrate für 30 € im Monat verkauft - ist das der modernisierte Melkmaschinenfall oder doch nicht? Der geplante Verkauf der Postbank soll wegen Art. 143 b GG eine Grundgesetzänderung erforderlich machen. Im Holzklotzfall sollen 550 Hinweise teilweise mit Namensnennung eingegangen sein. Führt die Namensnennung dazu, dass es sich um Beschuldigte handelt? Die FAZ diskutiert in Recht und Steuern in der Zumwinkelsteueraffäre wieder mal, ob ein Beweisverwertungsverbot vorliegt - die Juristen sind in dieser Frage schlimmer als ein Hühnerhaufen. Liegt eine versuchte Körperverletzung vor, wenn jemand mit seinem Luftgewehr aus einem Wohnzimmerfenster auf

einen Kaugummiautomaten schießt und das Fahrrad eines schiebenden Passanten streift? BGH 2 StR 50/08. Der BGH hat dem Landgericht seine floskelhaften Worthülsen um die Ohren gehauen und neue floskelhaften Worthülsen - akzeptieren, vertrauen - verlangt, allerdings die Tatsachenfeststellung dazu. Man sollte also nicht dolus eventualis als Fertigprodukt präsentieren sondern unter Wissen subsumieren und dann unter Wollen und wenn letzteres unbefriedigend ist, gucken, ob das Wissen dies heilt - nein, meint der BGH, nicht nur bei Tötungsdelikten habe der Richter das Wollen hochzuhalten.

In NRW-Köln sind 30% durch die Dezemberklausuren-2. Examen durchgefallen. Das NPD-Verbotsverfahren: ist die Bundesregierung nicht nur berechtigt sondern sogar verpflichtet, dieses durchzuführen? Art. 21 II GG, § 43 BVerfGG - wirklich "kann"? Darf die Polizei Navis, die Radarfallen zeigen, beschlagnahmen? Schließlich bewirkt es ja das, was der Staat will, nämlich langsamer fahren. BVerfG: muss ein ehrlicher Steuerzahler, der gegen eine Steuerregelung klagt, genauso behandelt werden, wie ein ehrlich gewordener Steuersünder, der eine Amnestie nutzt? Das BVerfG meint nein. Alles interessante Diskussionsprobleme. Die Stadt Köln engagiert für das Gürzenich-Orchester einen amerikanischen Dirigenten. Der fragt den Kulturdezernenten, ob er steuerlich gefahrlos eine Wohnung anmieten könne, worauf dieser einen falschen Rechtsrat gibt, so dass 1,18 Mio Steuern nachzuzahlen sind. Haftet die Stadt? LG und OLG meinten nein, der BGH ja, III ZR 165/07, wobei die Anspruchsgrundlage nicht so klar rauskommt. So, Lady Di ist also durch den Chauffeur Al Fayed's umgebracht worden. Nach welchem Recht geht das, wenn ein französischer Chauffeur eines arabisch-ägyptischen Staatsbürgers, der in London wohnt, eine englische Prinzessin der Herzen in Paris tötet? Mr. Brown will den Act of Settlement aus 1705 abschaffen, so dass katholische Menschen König von England werden können. Gilt die Antidiskriminierungsrichtlinie für solche Jobs? Es lief mal eine Klausur zu einer Vorschrift in der Hessischen Verfassung aus 1946/1947: ein Mitglied eines ehemals regierenden Herrscherhauses darf nicht Mitglied der Landesregierung sein. 1946 war das sinnvoll, aber heute? Art. 33 II, 12, 3 III GG? die KfW-Chefin ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten - neulich wollte sie noch eine vorzeitige Verlängerung ihres Vertrages haben. Der geneigte Stammler weiss, dass der Rücktritt eines Vorstandsmitgliedes nicht im Aktiengesetz steht und dass das Mitglied zwei Hüte hat - die Organstellung und die Anstellungsposition. Zum Vortrag, genauer zur Vortragstechnik: die Aufgabe lautet nicht, eine mündliche Klausur abzuliefern sondern einen Vortrag. Sagen Sie also keine Worte, die Sie nur in der Schriftsprache verwenden "Folglich, mithin". Formulieren Sie nicht wie in der Klausur. Nehmen Sie den Zuhörer mit. Die berüchtigten "Ähms" kommen von zu schnellem Sprechen, der Mund ist schneller als der Kopf. Deshalb langsamer reden und ab und zu mal eine Kunstpause machen - das schafft Aufmerksamkeit des Zuhörers. Vor allem sollte man Paragraphenketten nicht runterrasseln, sondern so sagen, als ob man sie gerade erst gefunden hätte. Trainieren Sie Ihre Artikulation. My fair Lady "es grünt so grün, wenn Spaniens Blüten blühen - the rain in Spain stays mainly in the plain". Sprechen Sie hinten im Hals. Und bereiten Sie gewisse Eingangsformulierungen vor, damit nicht immer dieselben Worte kommen. Den Eingangssatz ("ich berichte, meine Aufgabe handelt von") sollte man vollständig ausgeschrieben haben, den Schlusssatz ebenso. Den Rest mit Paragraphen und Stichworten auf maximal einer Seite. Lassen Sie die lehrbuchartigen Ausführungen, Sie sollen den Fall lösen - das Problem liegt immer in der Sachverhaltsauslegung anhand des Gesetzes - Auslegung!!! Dehnen Sie den Sachverhalt nicht, vergewaltigen Sie ihn nicht, aber verwerten Sie jedes Wort bei Ihrer Lösung. Jedes Wort. Jedes. Jedes. Es ist ja nicht so, dass Sie diese Technik später nicht auch noch brauchen können. Bei Gericht müssen Sie auch plädieren - jedenfalls in Strafsachen. Wenn man anfängt zu reden, hören das Gericht und der Staatsanwalt noch zu. Wenn man dann aber Angst vor seiner eigenen Stimme hat und ins Schwadronieren kommt, sieht man genau, wie der Schalter umgedreht wird und die hören nicht mehr hin und lackieren sich die Nägel. Ich habe da auch meine üblen Erfahrungen.

In der Prüfung Artkämper/Erker/Ramin am 5.4. in Hamm kam im ÖR die Strassenumbenennung (Anspruch aus § 4 II s StrWG), im Zivilrecht der Jungbullenfall, im Strafrecht die Holzklotzwerfer und viel StPO, als Vortrag der BGH-Fall des defekten Zylinderkopfs VIII ZR 259/06. Die SZ schreibt zur Geschichte der Kunstfreiheit. Erstmals in der Weimarer Verfassung als Grundrecht garantiert aber nicht in der EMRK aufgeführt, dort nur ein Unterfall der Meinungsfreiheit. Jan Ullrich soll eine Einstellung nach § 153 a StPO bekommen - diese Vorschrift hat schon länger den Charakter der Einstellung wegen Geringfügigkeit verloren. Die Musterklage Telekom beginnt - die in den USA vorhandene class action ist anders strukturiert. Das Urteil ist bindend für die Betroffenen, welche das Gericht für gleichgelagert bestimmt. Die bekommen einen Prozesspfleger, den amicus curiae. Die Telekom-Kläger müssen zwar keinen Vorschuss für die Sachverständigen leisten, wenn sie aber verlieren, die doch anteilmäßig bezahlen - es wird mit 18 Millionen gerechnet. Selbst wenn die Telekom die Grundstücke unzulässigerweise in einem cluster-Verfahren bewertet hat, wie wollen die Anleger beweisen, dass die Immobilienbewertung kausal für ihre Kaufentscheidung war? Entscheidend war doch wohl Manfred Krug.

Ein Fall aus dem Express: ein Tierarzt amputiert einer Katze das rechte Hinterbein, ohne die Halter zu fragen. Die wollen nun Schadensersatz. Gehen Sie davon aus, dass die Amputation medizinisch vertretbar war - die Katze stand nicht in Lebensgefahr. Ist wegen des Holzklotzwurfes ein Massengentest unter 1.200 Jugendlichen zulässig? Ermächtigungsgrundlage? § 81 f, g StPO mit JGG? Darf der ArbG fristlos kündigen, wenn der krankgeschriebene AN in

einem Café arbeitet? BAG 2 AZR 965/06 - ja. Problematisch ist in der Praxis, wie der ArbG beweist, dass gearbeitet wurde. Es gibt ein Parallelproblem bei der Krankentagegeldversicherung. Ein Architekt ist krankgeschrieben und die Versicherung schickt ihm einen Detektiv hinterher oder einen Pseudo-Bauinteressenten auf den Hals. Sie verhält sich selber unredlich - BGH IV ZR 129/06. Muss das nicht hier auch gelten? Beweisverwertungsverbot im Arbeits- und Sozialrecht? Ehemalige NRW-Polizeibeamte bilden die Amazonas von Ghaddafi aus. Verrat von Dienstgeheimnissen? Dass hohe vor der Pensionierung stehende Beamte zu Trienekens wechseln, wird bedauert, aber rechtlich ist da nichts zu machen. Die werden ja nicht von ihm übernommen, weil sie so viel zu Müll wissen sondern weil sie ihm sagen, wen er wann anrufen bzw. zu welcher Tageszeit am besten nicht anrufen sollte. Haftet die Stadt München für ein vergessenes Kunstwerk in ihrem Lager, welches weggekommen ist? 23 O 6414/07? Das erinnert an den Fall mit der weggeputzten Fettecke von Josef B. Wie lange muss ich vergessene Schirme und Jacken in meinem Räumen aufbewahren?

BGH VIII ZR 208/07: den Fall kann man ungeändert als Klausur nehmen - unbedingt ausführlichst angucken. Und BGH IV ZR 89/07: kann die Kaskoversicherung eines Wagens der KG den Gesellschafter in Regress nehmen, wenn er an dem Diebstahl des Bentley schuld ist? Der EuGH hat sich zu unserem Verzugsrecht ausgelassen. Pünktlich sei eine Überweisung eines Unternehmers nur, wenn der Geldbetrag auf dem Konto des Empfängers angekommen sei - die Lektüre der §§ 676 a sowie §§ 286, 288 samt Palandt ist angesagt. Fällt eine rechtsradikale CD eines NPD-Funktionärs unter die Kunstfreiheit? Kann er sich auf einen Irrtum berufen, wenn Anwälte ihm versichert haben, das sei so in Ordnung? Eine Frau ruft bei der Polizei an und berichtet über einen Puma, der vor der Mülltonne sitze. Die GSG 9 rückt an und findet einen lebensgroßen Stoffpuma des Kindes K. Wer zahlt die Einsatzkosten? Von wem kann ein armer Tourist, der über Terminal 5 Heathrow abgeflogen ist, Ersatz verlangen, wenn er in seinem Urlaubshotel immer nur mit dem Zimmerbadehandtuch bekleidet rumlaufen kann, weil sein Koffer per Zug durch Europa fährt? Haftet der Reiseveranstalter, die Airline? Können die die Haftung wirksam ausschliessen? Wie hoch ist der Schaden anzusetzen? Der Albtraum für jeden Anwalt (bei dem kleinen Streitwert). Mir ist zu Ohren gekommen, dass bei Prüfungen nach neuem Recht in der Ladung nicht mehr gesagt wird, welcher Prüfer was prüft. Das halte ich für nicht fair. Bei den meisten Prüfern weiß man, dass die nur Strafrecht oder ÖR können. Die Kandidaten, die aber Alleskönner bekommen, sollen in zwei bis drei Wochen sich auf alle Rechtsgebiete vorbereiten? Hoffentlich überlegen die JPAs sich das noch mal. Das IPR-Gesellschaftsrecht ist fast fertig. Gründungs-, Sitztheorie, Überseering-Entscheidung werden wohl in Gesetzesform gegossen.

In der Prüfung Jox/Faßbender/? am 2.4. kam als Vortrag das Problem, ob man von jemandem, der Auto und Papiere eines anderen dabei hat, nach § 932 Eigentum erwirbt. Mit wem will man sich einigen, mit dem, der im Brief steht oder mit dem, der vor einem steht - zwei ältere OLG Düsseldorf-Entscheidungen. Im Zivilrecht kam der BGH-Fall aus 2007 Kirmesschlägerei und der zunächst in Notwehr handelnde übertreibt es dann - BGH VI ZR 132/06. Sowie die Witwe, die unpassende Partnervorschläge bekommt und ihr Geld zurückhaben will - Examensklausur. Im Strafrecht die Examensklausur "Ausländer unerwünscht" an der Kneipe. Im ÖR Beweislastprobleme. In der Parallelprüfung kam der Pfandflaschenfall des BGH aus 2007. Bzw. das waren zwei. Und er wildert wieder im kollektiven Arbeitsrecht: in Sachen Dirk Ruffert hat der EuGH unter dem Etikett des Vergaberechts Tariftreueregelungen für ausländische Unternehmen für unzulässig erachtet, es sei denn, der Tarifvertrag sei allgemeinverbindlich. Das hat er vor ein paar Jahren noch anders entschieden. Kippt damit das Entsendegesetz bei uns? Darf man deutsche Unternehmer binden, wenn portugiesische frei sind? Ein Knaller. Seit dem 30.3. gibt es in Vorabentscheidungsverfahren eine Art § 80 V/123 Verfahren beim EuGH - in manchen Rechtsgebieten. Seit dem 1.4. kann man in Arbeitssachen glücklicherweise endlich bei dem Gericht des Arbeitsortes klagen - bei Aussendienstmitarbeitern und Ladendetektiven ist das bisher nicht möglich gewesen. Man musste nach § 12 ff.. ZPO vorgehen. Nehmen wir mal an, der Hausverwaltervertrag ist aus unerkannten Gründen nichtig. Nun hat der Pseudo-Hausverwalter keine Mieterhöhungen durchgesetzt, wie es eigentlich seine Aufgabe gewesen wäre, haftet er aus Pflichtverletzung einer GoA? BGH III ZR 219/07 ein Wahndelikt im Zivilrecht. Der Bonner Mordfall an einer Heilpraktikerin, BGH 2 StR 621/07 meint, dass bei nur einem Mordmerkmal Heimtücke und einem "sozial unauffälligen Leben" seit 22 Jahren keine Schwere der Schuld angemessen wäre. Wenn also der Täter sofort gefasst wird, geht das? Und so weit ich mich erinnere, hat der Verurteilte über Medien für ziemlich abartige Sexpraktiken Mitarbeiter gesucht. Das ist sozial unauffällig? Man muss also als Anwalt dem Mandanten raten, sich nicht zu outen sondern abzuwarten. Ist ein Losentscheid (in NRW § 50 II am Ende GO) verfassungsgemäß, diskutieren die Zeitungen anlässlich eines bayerischen Falles. Wie ist es mit der Abrede in manchen Bundesländern, die Entscheidung im Bundesrat per Losentscheid zu klären? Wählt man Politiker, damit die sich vor der Entscheidung drücken? Sind sie verpflichtet, eine Entscheidung zu erkämpfen oder ist hier auch nur eine Naturalobligation gegeben? Die SZ berichtet, dass Juristen sich über den EuGH aufregen, weil dieser das kollektive Arbeitsrecht, welches nicht in den Zuständigkeitskatalog des EG-Vertrages fällt, einfach unter seine Fittiche genommen hat. Spielt der EuGH sich als Ersatzgesetzgeber auf und das im Europarecht? Im Völkerrecht dürfen Gerichte das sowieso nicht. Wobei auch der IGH schon allerlei erfunden hat, z.B. die implied powers Lehre (mehr fällt mir ehrlich gesagt aus dem Stehgreif nicht ein, allerlei ist daher vielleicht etwas übertrieben). Und das BVerfG

erfindet im Vorratsdatenspeicherungsgesetz was, in der Besuchspflicht-Entscheidung schrumpfen sie ein Grundrecht. Wir bekommen vorgeführt, dass Jura eine Wissenschaft der Beliebigkeit ist. Richter müssen nur von ihrer Überzeugung getragen werden, dann ist alles möglich (ich formuliere heute ein bißchen sehr scharf).

Am 28.3. im Zweiten kam das neue Vollstreckungsmodell im Strafrecht - BGH GSSt 1/07 vom 17.1.2008, das Reichtdienstleistungsgesetz, eine ÖR-Klausur zum Waffenrecht aus dem Februar und ob eine Wahrsagerin Betrug begeht. Im Assessmentcenter am 2.4. sollte der geplante § 46 b StGB - Kronzeugenregelung diskutiert werden. Hat das BVerfG durch seine Entscheidung "Ohne meinen Sohn" eine Naturalobligation im ÖR geschaffen? Eine Pflicht ohne Durchsetzbarkeit? Was versteht man im Zivilrecht unter Schuld und was unter Haftung? Gibt es Schuld ohne Haftung und Haftung ohne Schuld? Die Naturalobligation und das Pfandrecht (die besicherte Forderung ist beim Pfandgeber nicht einklagbar, das Pfand ist nur verwertbar). Wie ist es mit § 888 II und III ZPO? Der EuGH meint, dass Herr Maruko eine Hinterbliebenenrente verlangen kann, weil sein Lebenspartner gestorben ist, wenn es sich bei der Rente um Arbeitsentgelt handelt. Aha. Wie unterscheidet man denn eine Rente als Arbeitsentgelt und als sonst was, spricht sozialversicherungsrechtliche Leistung? Weil ein Tarifvertrag vorliegt? Der Versand Catweazel (diese Fernsehserie werden Sie gar nicht mehr kennen, so kurz nach der Augsburger Puppenkiste mit Sesamstraße) liefert Zubehör, welches für Cannabisplantagen eingesetzt werden kann. Darf die Polizei die Email-Eingänge überprüfen? Auch an den hohen Stromrechnungen erkennt man die Plantagen. Wie kommt die Polizei an die Stromrechnungen ran? Ein Blick ins Gesetz - nachher - erleichtert die Rechtsfindung. Die Kölner Moschee soll indirekt von der türkischen Botschaft forciert werden. Muss Art. 4 GG für Gottesstaaten/staatliche Religionen erhalten, diskutiert die FAZ. George W. will die Ukraine in die NATO aufnehmen. Die USA sind in ganzen drei Organisationen noch drin - UNO, NATO, WTO (und dann noch ein paar regionale) - und haben die Frechheit Russland gegen uns verärgern zu wollen. Wer entscheidet bei uns über die Frage? Wie im Afghanistan-Einsatz Frau Merkel oder Herr Jung oder die Regierung oder der Bundestag in Gesetzesform? Der Telekom-Musterprozess fängt am 3.4. in Frankfurt an. Das OLG hat extra einen Tagungsraum angemietet. Ist die Öffentlichkeit durch zuviel Öffentlichkeit verletzt? Darf für einen Strafprozess die Köln-Arena angemietet werden? Das OVG Münster hat die Revision in Sachen Studiengebühren zugelassen. Gibt der IPBSR einen einklagbaren Anspruch gegen Studiengebühren? Wissenschaftler klagen vor einem US-Gericht gegen CERN (kommt in Illuminati von Dan Brown vor und wurde schon mal geprüft: kann ein entlassener Wissenschaftler klagen?), weil es schwarze Löcher produziere. Das Problem ist, dieses Ding wird weder von der EU noch vom Europarat betrieben sondern ist etwas europarechtlich sui generis. Wie beim europäischen Patentamt in München wird das BVerfG in erster Instanz zuständig sein. Darf der Bestandsschutz für Dachfonds bei der Abgeltungssteuer noch gekippt werden? Art. 14 GG? Marco W. muss nicht beim Termin in der Türkei anwesend sein. Wie wäre das bei uns? Darf das Gericht auf die Anwesenheit des Angeklagten verzichten? Ein Jahr Stalking-Paragraph. Die Vorschrift wurde nicht gemacht, um eine Strafbarkeitslücke zu schliessen sondern eine StPO-Lücke, damit man den Täter vor dem Mord präventiv in Haft nehmen kann. Liegt Stalking vor, wenn ein hartnäckiger Verehrer Tag für Tag Rosen auf die Schwelle legt? Wie sieht es aus, wenn ein finnischer Aussenminister einer Stripperin 200 SMS schickt? Jemand steckt mein geparktes Auto in Brand, wodurch ein anderes Auto beschädigt wird - haftet meine Autohaftpflichtversicherung? BGH VI ZR 210/06.

Einige Rathäuser sollen Tibet-Flaggen gehißt haben. Wer darf das entscheiden? Laufende Verwaltung? Werden hier nicht die Kreise des Aussenministers gestört? Moderne Variante eines altbekannten Klausurproblems, die Städtepartnerschaft mit Pjöngjang - im ersten Golfkrieg hatte eine hessische Kommune den Lebensraumanspruch des Irak in Kuwait bejaht und sich mit Bagdad verbrüdet - Hessen, da wundert einen ja gar nichts mehr. Das BVerfG meint, dass Art. 6 I GG den Vater nicht zwingt, Umgang mit seinem Kind zu haben. § 33 FGG sei verfassungskonform auszulegen. Was § 1684 gibt, nimmt diese Auslegung also wieder. Der Begriff der Familie wird also modernisiert. 1949 hat man darunter Vater, Mutter, Kinder, Großeltern verstanden. Heute die Patchworkfamilie - Art. 6 ein living instrument.

März: In der FAZ behauptet ein Gastschreiber, das Zölibat sei für nötig gehalten worden, weil man davon ausgegangen sei, dass es sich für Priester nicht lohne zu heiraten, sie kämen ja eh demnächst in den Himmel. Wir Juristen lernen, dass das Zölibat die Priester ermuntern sollte, die Kirche als Erben einzusetzen, mangels leiblicher legitimer Erben. Kurioserweise haben wir der Kirche das Stellvertretungsrecht zu verdanken, damit man in Abwesenheit heiraten konnte - Handschuhehe (Stahlhelmehe im Krieg). Heute kann man nur in manchem Ausland - IPR - stellvertretend heiraten und angeblich in Frankreich noch den toten Verlobten. Macht die StA Bochum sich der Beihilfe zu § 17 UWG strafbar, fragt ein Bettlakenartikel in der FAZ? § 34? Entschuldigungsgrund? Zum Beweisverwertungsverbot und Fernwirkung traute er sich keine Prognose zu. Das Privileg der Professoren, unklar bleiben zu dürfen. Die FR berichtet über die EuGH-Entscheidungen Laval und Viking Line (vom Dezember C-341/05 und C-438/05) - darf eine schwedische Gewerkschaft gegen einen lettischen Arbeitgeber streiken? Ein Wochenende lang ja, aber nicht mehr. Ein Grundrecht aus der EMRK schlägt die Grundfreiheit der Dienstleistungsfreiheit aus dem EG-Vertrag. Kaum jemand meldet für das Entsendegesetz - deshalb wollte die SPD wollte den gesetzlichen Mindestlohn, um das Debakel zu vermeiden. Darf man den denn jetzt noch nachkarten? Art. 9 III GG? Im Tatort hat eine ältere Dame im Kittel eine jüngere Künstlerin

getötet, indem sie diese mit einer Zombimaske erschreckt hat und letztere von ihrer eigenen Skulptur gefallen ist - § 212? Abstrus. Sind Beweismittel verwertbar, die eine Kommissarin durch Amtsanmaßung - da in Elternzeit - erlangt hat? Und dann noch mit Hilfe eines in sie verliebten Praktikanten in der Rechtsmedizin?

Der Holzklotzwerfer oder die hat/haben Nachahmer produziert. Haftung? Herausforderungsfall? Analog Grünstreifenfall? Gibt es den Herausforderungsfall auch strafrechtlich? Das RG hatte folgenden Fall: jemand hat sich vorwerfbar die Beulenpest geholt und steckt jetzt seine ihn besuchende Erbtante und den Priester, der die letzte Ölung verteilt, an. Raten Sie mal, für welchen Tod er bestraft wurde. Und Klausur: ein Bankräuber flieht, der junge ihn verfolgende Polizeibeamte ringelt sich um einen Baum - das ist eigenverantwortliche Selbstgefährdung. Haftet Oliver Stone, wenn Trittbrettfahrer "Natural Born Killers" nachmachen? Ist ein Trittbrettfahrer einer Entführung nach § 255 StGB zu bestrafen? Ein Hackerklub veröffentlicht den Fingerabdruck unseres Innenministers - strafbar nach § 202 a? Übrigens: neulich hat eine Kandidatin sich von der mündlichen Prüfung abgemeldet, sie hätte einen Todesfall in der Familie. Wie sich dann herausstellte, war der Hund verstorben. Zum Sonntag ein Prüfungsprotokoll vom 23.7.1955: Flumes Prüfung verlief stürmisch. Nicht einschüchtern lassen durch seine aggressiv und bohrend vorgebrachten Fragen, zumal sich bald herausstellt, dass sie nicht dadurch schwieriger werden, dass sie nicht vorgetragen sondern zugebrüllt werden! Widerspruch und standhaft vorgebrachte eigene Ansichten ärgern Flume nicht, sondern lassen ihn zum prädiatsträchtigen Zweikampf übergehen. Bei allem überproportionierten Temperament ist Flume in der Substanz gutmütig und gerecht. Ärgerlich sind lediglich seine Zwischenrufe und kommentierenden Grimassen bei argen Fehlgriffen während der Prüfungen durch andere Mitglieder der Kommission.

M. Fourniret will nur aussagen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Darf sich ein Gericht nach unserer StPO und dem GVG darauf einlassen? Nein, so der BGH vor ein paar Jahren. Das BVerfG hält das Monopol der BGH-Anwälte in Zivilsachen. Die gefallenen Monopole der Gerichtsbezirke und beim OLG waren Klausur. Angeblich haben nur diese BGH-Anwälte die notwendigen Spezialkenntnisse in Revisionsachen. Dann müsste erst recht in Strafsachen ein closed shop bestehen - das ist nämlich für den Mandanten viel gefährlicher, zudem braucht man dafür sehr viel mehr Spezialkenntnisse - ein Normalanwalt sollte nie Revisionsachen im Strafrecht machen, es sei denn, er will durch die Einlegung nur die Rechtskraft rauszögern. Theoretisch darf jeder Berufsanfänger in einer Mordsache zum BGH. Die Richter machen Kurse, in denen ihnen beigebracht wird, wie Urteile falsch aber dennoch revisionsfest sind. Beispiel: der Zeuge sagt, die Ampel war rot, im Urteil steht, der Zeuge sagte, die Ampel war grün. Nichts zu machen wegen der Beweiskraft des Protokolls, welches natürlich sehr vage gehalten ist. Bei keinem anderen obersten Gericht gibt es das. Der eigentliche Grund ist m.E., dass andernfalls die BGH-Anwälte auf der Stelle einkommenslos würden und dass der BGH sich nur mit seinen (handzahmen, devoten, sich rückwärts mit Bückling aus dem Gerichtssaal bewegenden) Wohnungskatzen und nicht mit Strassenkatzen wie mir abgeben will. Ich habe das noch sehr gut in Erinnerung und kriege heute noch Hautausschlag: "Mein Senat" macht das nicht so, wie Sie sich das vorstellen. Als der Wechsel kam, sagte so ein Stubentiger in Anwesenheit eines wirklich kompetenten Kollegen zum Senat "Sie sehen, mit was wir uns demnächst abgeben müssen", wobei er später fast keine Mandate mehr beim OLG hatte und mit 51 das Bundesverdienstkreuz bekam. Darf ein niederländischer Richter den Anti-Koran-Film wegen Attentatsgefahr verbieten? Kunstfreiheit gegen Leben? Roland Koch will am sog. Oppositionszuschlag von 230.000 € teilhaben. Ist er Opposition? Der Koelner Stadtanzeiger berichtet über die Goldringmasche: ein Mann bückt sich auf der Straße, hebt einen dicken Goldring auf und bietet ihn der Passantin für 20 € an. Die stellt dann fest, dass es sich um einen Kaugummiautomatenring handelt. Strafbarkeit der Passantin und des "Finders"?

Die FAZ bringt Zivilrechtsgeschichte in Kurzfassung. Im Mündlichen wird gefragt, was man unter dem Gemeinen Recht versteht? Das rezipierte römische Recht, welches bis zum Inkrafttreten des BGB in ganz Deutschland galt. Das lokale Recht war rückständig und zersplittert, so dass die Gerichte sich lieber an dem Corpus Juris Civilis und seinen Auslegungen orientierten. Heute ist das Bereicherungsrecht noch original-römisches Recht, welches nur ins Deutsche übersetzt wurde. Die Römer waren viel pingeliger als wir, was man an den völlig überflüssigen Varianten der Bereicherung sieht. Der Supreme Court hat in der Sache Medellin/Texas wieder seinen Widerwillen gegen ausländische Gerichte betont. Da die USA die Wiener Konsularrechtskonvention nicht (Art. 59 II GG) umgesetzt hätten, dürfe der Präsident dies nicht durch die kalte Küche tun, indem er ein IGH-Urteil für verbindlich erkläre. Der Präsident habe Gesetze auszuführen aber nicht zu machen. In Sachen Waldschlösschenbrücke haben wir Gemeinderecht ja auch den Vorrang vor dem nicht umgesetzten Weltkulturerbeabkommen gegeben. Gibt es aber nicht Völkergewohnheitsrecht, dass ausländische Beschuldigte - die Gebrüder Lagrand - Anspruch auf einen Besuch des Botschafters oder Konsuls haben? In NRW will eine Volksinitiative kumulieren und Panachieren bei Kommunalwahlen erzwingen. Der Bundesrat will Notaren FG Aufgaben übertragen - die haben doch sowieso die Lizenz zum Gelddrucken - muss das sein? Wenn das kommt, werden Notare vermehrt Normaljuristen = Anwälte einstellen, die das Kropfzeug bearbeiten. Lt. FAZ will Brüssel, dass bei der Umsetzung von ausländischen Titeln (EuGVVO und § 328 ZPO) der ordre public weggelassen wird. Klagt also eine Engländerin auf Eingehung der Ehe, wird das hier vollstreckt, trotz § 888 ZPO? NRW will das Strafvollstreckungsrecht reformieren: Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Gerichtshilfe sollen fusioniert werden. Mehr

Schwitzen statt Sitzen. Die Uni Mannheim will das Jura-Examen erleichtern. Friedrich der Große hatte durchgesetzt, dass die unfähigen Universitäten nicht mehr die Prüfungen abnehmen dürfen. Die FAZ meint, das neue Recht - Teilprüfung durch die Uni - würde am Arbeitsmarkt keine Rolle spielen - meine Vermutung. Darf die Stadt Salzgitter zum Schutz ihrer Bürger gegen Schacht Konrad Vb einlegen? Nein, darf sie nicht, keine zulässige Prozessstandschaft. Der schwedische BGH meint, dass die Werbepausen in Filmen das Urheberrecht der Regisseure verletzt - wer finanziert die Filme aber dann? Darf Lidl die AN überwachen? Mit Zustimmung des Betriebsrates gemäß § 87 BetrVG ja. die SZ erklärt am 26.3. die Kreditkrise verständlich: die Banken verkaufen die Darlehens- und Hypothekenforderungen an Abkäufer, indem sie die Forderungen verbrieften (Derivate = verbrieftete Forderungen) und strukturieren. Die Abkäufer teilen die gekauften Forderungen in hübsche Häufchen nach Risikogruppen ein. Die Ab-Abkäufer teilen sich in Schießhasen (Versicherungen) und Zocker, welche abkaufen und sich am freien Markt (Zweitmarkt) bei Ihnen und mir refinanzieren. Die Banken haben für ihre Kreditforderungen gegen den Häuslebauer also schon längst Bezahlung von Dritten erhalten. Dieses frische Geld geben sie jetzt bedenkenlos wieder aus, nunmehr an Häuslebauer, die eigentlich kein Geld mehr haben. Darf eine Forderung ohne Zustimmung des Schuldners verbrieft werden? § 399 BGB 1. oder /und 2. Alternative? Darf die Bank dies irgendwo in den AGBs verstecken? Wieso treten die nicht einfach nach § 398 ab?

In Tschechien haben Künstler eine angebliche Atombombenexplosion ins Fernsehen hineinmanipuliert, strafbar nach § 145 StGB? Rechtfertigung durch Kunstfreiheit? Darf ein Fernsehsender einen angeblich verletzten ohnmächtigen Schauspieler in die Kölner Innenstadt drapieren, um zu zeigen, wie gefühllos die Passanten sind? Darf ein Vermieter nach 20 Jahren anfangen, Nebenkostenabrechnungen zu machen oder ist das Recht verwirkt? Er darf, BGH VIII ZR 14/06. In der FAZ wird zu recht festgestellt, dass die deutsche Mitbestimmung gegen ausländische Muttergesellschaften nichts ausrichten kann. Gegen deutsche, die ihre Tochtergesellschaft töten, auch nicht - unternehmerische Freiheit - man kann nur um einen Tarifsozialplan kämpfen. Bei VW soll es einen closed shop geben, eine Art Zwang, als AN der IG Metall beizutreten - 97% sollen da organisiert sein - im Gegensatz zu 10% plus minus sonstwo.

Die FR bespricht ausführlich die Rechte einer nur geschäftsführenden Regierung in Hessen. Die Vorschriften gehen auf die der Preußischen Verfassung von 1920 zurück. In Ba-Wü kann die Regierung gegen ein Landtagsgesetz einen Volksentscheid veranstalten. In Sachsen müssen bei erfolgloser Wahl des MP Neuwahlen erfolgen. In anderen Ländern und dem Bund reicht im letzten Wahlgang eine relative Mehrheit (im Bund gibt es nur drei Wahlgänge, in manchen Ländern vier). Der MP hat weiter das Begnadigungsrecht und bestimmt die Personalien, auch im Bundesrat (da die LReg). Er hat ein Budgetnotrecht, wenn das Haushaltsgesetz nicht zustandekommt. Wenn Frau Ypsilanti die Studiengebühren abschaffen will, muss sie sagen, wie sie die Hochschulen dann finanzieren will. Eine Deutsche, die in Stockholm lebt, soll die Kinder ihrer Rivalin umgebracht haben. Darf Deutschland zurückliefern, verbietet Art. 16 GG das? Eine Beifahrerin wird durch einen Holzklötz auf der Autobahn getötet. § 315 b III, 315 III. Mord und wieviele Mordversuche? An allen Insassen des Autos? Die Polizei hat die Personalien der Leute aufgenommen, die an Osterfeuern in der Nähe saßen. Nach welcher Vorschrift? Dürfen denen DNA-Material abgenommen werden? Bear Stearns-Aktionäre (die Mitarbeiter hauptsächlich) sollen 10 Dollar pro Aktie bekommen. JP Morgan will also einen share deal abschließen.

Angeblich sind fast alle SPD-Anhänger für eine Urwahl des Kanzlerkandidaten - da wir eine mittelbare Demokratie haben und Parteien den Staat widerspiegeln sollen, wäre das unzulässig. Wen wollen die auch wählen? Mlr fällt da im Moment keiner ein. Das BVerwG hat das OVG Münster mal wieder gekippt. Die Kostendämpfungspauschale verstößt bei Beamten nicht gegen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums - Art. 33 V. Hierunter verstehen sich Regelungen, die schon in Weimar galten.

Hätte Chantal Sébire bei uns die Erlaubnis erhalten? § 1904 und die Entscheidung des BVerfG 2004/2005, ich hoffe, ja. Ist der Arzt nun strafrechtlich zu verfolgen? § 216 StGB oder straflose Beihilfe zum Selbstmord? Wenn alle den Mund halten, wird man vom letzteren ausgehen müssen. Bear Stearns hat 1998, als es um die Rettung eines Hedge Fonds ging, nicht in den reihum gereichten Klingelbeutel gespendet. Deshalb haben die Kollegen sich nun geweigert, Bear Stearns zu helfen. Man sieht sich immer zwei Mal im Leben. Karfreitag beschäftigt eigentlich jedes Jahr das VG Köln, da das Pantheon eine Aufführung veranstalten will - Verstoß gegen das Sonn- u. FeiertagsG NRW? Kunstfreiheit gegen Religionsfreiheit?

Der BGH meint, die Tochter eines 1966 verstorbenen Architekten könne einer Kirche nicht verbieten, einen von ihrem Vater gebauten Altarraum umzugestalten - Kunstfreiheit gegen Religionsausübung. Wie ist es mit städtischen Gebäuden? In Bonn soll das Frankenbad geändert bzw. abgerissen werden. Wiegt das Planungsrecht der Gemeinde mehr als das Urheberrecht? Der BGH will eine neue Variante des Spielvertrages behandeln. Betreffs Spielsperre ist er ja von seiner Rspr. der 90er Jahre gekippt. Die Spielsperre ist nicht nur eine Naturalobligation. Nun geht es um Online-Spielen ohne Limit. § 138? Das BVerfG will das negative Stimmrecht (habe ich noch nie von gehört) bei

Überhangmandaten verhandeln. In Sachen Vorratsdatenspeicherung hat das Gericht rumgeeeiert - die europarechtliche Vorgabe (wohl dritte Säule - Rahmenbeschluss) dürfen sie nicht antasten sondern müssten sie dem EuGH vorlegen - das wollte man natürlich nicht. Ich wurde gebeten, zu Nokia noch mal was zu sagen. Also: es ist zu prüfen, wie das Land an Nokia ran kann: durch VA, Klage vor dem LG Bochum, Klage vor dem VG? Das hängt davon ab, wie die Gelder vergeben wurden - VA - pr Vertrag - ör Vertrag oder Zweistufentheorie?

In der Prüfung im Zweiten am 18.3. Völker/Wilfinger/Röhr kam Nokia auch EG-rechtlich. Im Strafrecht die Entscheidung des Großen Senates zum neuen Vollstreckungsmodell bei zu langer Verfahrensdauer. Im Zivilrecht erbrechtliche Verträge § 2301 - § 331. Die Union will Prof. Dreier nicht, er habe sich zu sehr exponiert. Wie geht es jetzt weiter? Die FAZ verweist auf § 7a und § 15 BVerfGG. Wie geht es in Hessen weiter? Die ewige Regierung darf und muss das Haushaltsgesetz durchbringen sowie Verordnungen erlassen. Wenn Frau Ypsilanti versucht, ein Gesetz durchzubringen, kann sie Einspruch einlegen, der mit absoluter Mehrheit überstimmt werden muss. Das Mephisto-Urteil wurde vor 40 Jahren gefällt, Die Welt spricht vom BGH-Urteil. Vor 200 Jahren wurde Faust uraufgeführt/erschien er - Goethe hatte als Referendar die Gerichtsakte der Gretchentragödie bearbeitet, er hätte sich für eine Begnadigung aussprechen können. Die Stadt Köln betreibt wie andere Städte auch Standortförderung (nach dem klassischen Flachglasurteil?) durch attraktive Grundstücke und Hilfe bei Behördengängen. Eine Zeitung meint, wenn ich 2003, als der Dax bei 2.300 Punkten war, mein Geld in osteuropäische Aktien angelegt hätte, hätte ich im Januar 2008 31% Gewinn gemacht - warum hat mir das damals keiner gesagt? Josef Ackermann hat sich von der Bundesregierung eine Absage eingehandelt. Richtig. Der Kölner Stadtanzeiger vergleicht die Weltwirtschaftskrise von 1927 ff. mit heute. 1930 sei die große Koalition im Reichstag an der Frage gescheitert, ob die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollten oder nicht, und danach sei nur noch mit Notverordnungen durch den Reichspräsidenten regiert worden. Der Reichstag hätte sich also selber entmachtet.

Ich wollte schon immer mal ein Original-Urteil aus England lesen: http://www.judiciary.gov.uk/docs/judgments_guidance/judgment_180308.pdf - Bei einem Regelfoul haftet der Sportler nicht, es sei denn, er hat eine private Haftpflichtversicherung, BGH VI ZR 98/07 - was ist das für ein Rechtssatz? Die Fed hat JP Morgan 30 Milliarden gegeben, damit Bear Stearns aufgekauft werden kann. Am Markt hätten die das Geld nicht bekommen und Bear Stearns hat ja nur ein Appel und ein Ei gekostet. Die Banken werden durch die Fed mit billigem Geld geflutet, was diese nach Meinung des Kölner Stadtanzeigers dann als Spielgeld auf anderen Gebieten verbraten werden. Der Fed würden zudem die Waffen ausgehen, sie kann ja nur bis 0 Prozent runter. Müssen die Aktionäre bei uns bei so was gefragt werden? Die Holzmüller- und Gelatine-Entscheidung sind gefragt. Zertifikate sind Inhaberschuldverschreibungen und gehen im Fall der Insolvenz unter - Aktien nicht, da sie dem Anleger gehören und nur von der Bank verwaltet werden. Man muss also keine Angst haben, wenn die Bank, die das Wertpapierdepot verwaltet, untergeht. Man kann aussondern. Ausgerechnet Herr Ackermann, der gerade wieder einen Supergewinn der Deutschen Bank verkündet hat, ruft nach dem Staat. Darf der Bund das? Ist er zuständig? Wer da? Die Bundesbank, der Bundestag, die Regierung? Ist das europarechtlich zulässig? Das Feuilleton der FAZ berichtet wieder mal über Carl Schmitt, den Preußenschlag und das am 23.3.1933 verabschiedete Ermächtigungsgesetz. Die SZ berichtet über Reisekrankenversicherungen. Wenn sie sich beim Skifahren in Norditalien das Bein brechen, ist nach Ansicht mancher Krankenversicherung ein Krankenhaus in Rom die nähere Alternative. Roland Koch legt Justiz- und Kultusministerium zusammen, das erinnert an NRW, die Zusammenlegung mit dem Innenministerium. Der VGH hatte die Wesentlichkeitstheorie des Kalkarurteils fälschlicherweise angewandt, es geht ja nicht um den Konflikt Exekutive - Legislative. Wo könnten die beiden Ministeriumssparten sich rechtlich in die Quere kommen? Venezuela hat vor einem englischen Gericht gegen Exxon gewonnen. Nach der Hull-Doktrin muss eine Enteignung eine effektive, schnelle Entschädigung beinhalten. Darf deshalb Kontovermögen in England eingefroren werden? Nein.

Caroline II ist da - das BVerfG segnet die Abkehr von der Person der Zeitgeschichte durch den BGH ab - der EGMR hatte sich aufgeregt, weil nach englischem und völkerrechtlichem Rechtsverständnis Richter nicht etwas in Gesetze reinerfinden dürfen. Nun meint das BVerfG, im Urlaub und in der Freizeit (beim Entspannen und sich gehen lassen) dürfe nicht fotografiert werden, sonst schon. Die Weltwirtschaftskrise sei auch da, meinen einige Zeitungen. Die FR erklärt das ganz gut. Wenn ein Möbelhändler pleite geht, freut sich die Konkurrenz. Wenn eine Bank pleite geht, ist das ansteckend, die Leute ziehen ihr Geld auch von anderen Banken ab. Insolvent (= illiquide) ist man, wenn die kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht bezahlt werden können, überschuldet, wenn das Unternehmen wertlos ist, da weniger Eigenkapital als Fremdkapital vorhanden ist. Die Insolvenz von einfachen Leuten wird i.d.R. durch die Bank begründet, da sie sich weigert, Überweisungen auszuführen - die geben einem erst Kredite noch und nöcher und ziehen dann plötzlich die Reißleine. Die Aktie von Bear Stearns hat von Freitag bis Montag 93% ihres Wertes verloren. Entweder hätte Insolvenz angemeldet werden müssen oder die Bank musste verkauft werden. JP Morgan hat für einen Spottpreis gekauft. Die Welt berichtet über das Verbot der Lockvogelmiete - BGH VIII ZR 195/03: nur wenn der Vermieter oder der Makler vorsichtlich zu niedrige Nebenkosten angeben, gibt es Schadensersatz. Die FAZ berichtet über die geplante Änderung der Bilanzierungsvorschriften im HGB, der Systemwechsel ins amerikanische Recht. Unsere

Vorschriften wollen verhindern, dass ein Kaufmann sich reicher darstellt als er ist. Wenn also eine Boutique Klamotten einkauft, darf sie keinen Gewinn ausweisen, bevor die nicht verkauft sind. § 253 HGB. Ist Outsourcing von Moskito-Anschlägern justiziabel? Das BAG meint am 13.3. nein. Muss ein AG, der eine Verdachtskündigung ausspricht, damit warten, bis der AN, der die Autoreifen von Kolleginnen aufgeschlitzt haben soll, die Ermittlungsakte eingesehen hat? Die Vorinstanzen meinten ja, das BAG meint nein.

In der Prüfung Burgi/Obst-Oellers/Scholten am 14.3. kam im Strafrecht der Taxifall JuS 2004 S. 352 sowie Vokabeln zu allem und jedem, im Zivilrecht das Verhältnis zwischen § 281 und § 283 - Rechtsgrund- oder Rechtsfolgenverweisung zu § 275, kann ein Käufer über § 285 den Wagen bekommen, den der vertragsuntreue Verkäufer im Tausch gegen den versprochenen Wagen bekommen hat? Im ÖR Nokia rauf und runter. Die Punkte vom 7.3. in der Schuschke-Prüfung (er prüft nicht mehr) aus 32 wurden 58 und aus 48 86 sowie aus 23 44 - der Rest hat sich abgemeldet bzw. krankgemeldet. Ich pachte ein sog. Hochwildrevier, es kommt aber nur Niederwild vorbei - Pachtzinsminderung? BGH III ZR 200/07 ja - man könnte das mit dem Rosenmontagszug vergleichen, der nicht vorbeikommt - der BGH hat einen Sachmangel angenommen und hinsichtlich der Laufdauer des Vertrages Wegfall der Geschäftsgrundlage. In der Prüfung am 14.3. Henssler/Schmidt/Jacobi kam BGH 4 StR 422/07 und 5 StR 324/07 - waren unbekannt, im Zivilrecht der im Supermarkt gefundene Tausendmarkschein, klassische BGH-Entscheidung, die Kandidaten haben Fund bejaht (man kann nichts finden, was ein anderer in Besitz hat). Im ÖR Glockengeläut eines Seniorenheims, im Vortrag ein Abschleppfall, der Halter kommt noch rechtzeitig - alle unterschiedliche Lösungen. In der Parallelprüfung Ruby/Lehberg/Ziemßen (?) eine alte Examensklausur: Falschbelieferung eines Spielwarengeschäfts, welche die Waren bekommt, die für die Konkurrenz bestimmt sind. Im Strafrecht verhaut ein Bauer Förster, die über sein Grundstück laufen, weil sein Vorgänger ihnen das erlaubt hatte. Im ÖR Obdachloseneinweisung eines Mieters. Die Zeitungen diskutieren wieder, ob das Promotionsrecht den Universitäten "weggenommen" und z.B. einer Max-Planck-Gesellschaft übertragen werden darf - Art. 5 III GG? Die Welt berichtet über die unterschiedliche Rechtsprechung zur Zweitwohnungssteuer von Studenten. Die Städte wollen ja eigentlich gar nicht die Steuer sondern erzwingen, dass die Einwohnerzuteilungen von Bund und Land stärker fließen. In NRW meinen die Gerichte wohl überwiegend, dass das Kinderzimmer bei den Eltern zuhause gar keine Wohnung sei. Liegt ein Arbeitsunfall vor, nachdem der Chef die Betriebsfeier verlassen hat? Nein, LSG Hessen. Die zweite Amtszeit von Herrn Köhler wird erörtert. Warum gibt es beim Bundespräsidenten das Verbot, drei Mal hintereinander zu amtieren, während der Kanzler 16 Jahre am Stück regieren darf? Man geht davon aus, dass der sich schneller verschleisst. Wie man sieht, gibt es Ausnahmen.

Tibet: ist die UNO zuständig? Die Chinesen werden einen rein internen Konflikt annehmen. Bei drohenden Flüchtlingsströmen und einer notwendig erscheinenden humanitären Intervention wird jedoch ein völkerrechtlicher Rechtfertigungsgrund angenommen. Die Blackwater-Söldner sollen in den USA gerichtlich verfolgt werden können. Will der Kongress beschliessen. Geht das nicht ohnehin schon, indem einfach die USA vor dem IGH verklagt werden? Da müsste ein Staat klagen und wer sollte das sein? Der Irak?

In der Prüfung Weigend/Roitzheim/Dreismann am 11.3. wurden aus 33 72 Punkte, aus 41 83, aus 39 66, 17 und 19 Punkte bestanden nicht. Im Völkerrecht kamen die argentinischen Staatsanleihen - unbekannt - im ÖR die Demo auf der Domplatte und die Kostentragung der Beerdigung des Verwandten. Im Zivilrecht Autokauf, im Strafrecht Notwehr und "normale Sachen". Die SZ titelt "Schäuble verspricht neue Moscheen". Dazu dürfte er - noch - keine Kompetenz haben. Wie sieht die Rechtslage nach dem jetzigen BauGB aus? Fügt sich eine Moschee nach § 34 ein? Überspielt Art. 4 GG das? Dann einigt er sich mit der gemischten Raubtiergruppe in der Islamkonferenz auf deutschsprachigen Islamunterricht. Dazu hat er weder jetzt eine Kompetenz noch irgendwann. Frau von der Leyen hat es ihm aber vorgemacht. Das GG verbietet ja nur das Fressen über die Hecke per Gesetz und keine Kaffeerrunden. Ein amerikanischer Aktionär klagt gegen die Société Generale. Wie wäre das bei uns? Das EGBGB sagt über Gesellschaftsrechts nichts. § 93 AktG. Haftet ein Vorstand gegenüber der Gesellschaft oder gegenüber den Aktionären? Darf ein Vorstand riskante Aktiengeschäfte durch einen Mitarbeiter über 50 Milliarden zulassen? Im Gegensatz zum GmbH-Geschäftsführer ist der Vorstand nicht weisungsgebunden. Josef Ackermann könnte theoretisch aus der Deutschen Bank einen Spielwarenladen machen. Die Grenzen liegen nur im Holzmüller- und Gelatine-Urteil. Das VG Berlin hat einen Gebetsraum für einen 14jährigen moslemischen Schüler angeordnet. Ermächtigungsgrundlage? Leistungsrecht? Können wir Katholen dann eine Kapelle verlangen? Und die Fußballer eine Hall of Fame? Ist das Betrug, wenn jemand eine gefälschte Viagra-Pille übers Internet kauft, deren Placebo-Effekt aber die erhoffte Wirkung bringt? Liegt eine Körperverletzung vor, wenn ein gefälschtes und daher unwirksames Medikament verkauft wird? Verlangt § 263 einen gefühlten Betrug? An einen Käufer, der illegal erwerben will?

Ein Gebrauchtwagenverkäufer - Händler - haftet für die Tatsache des Unfallwagens, egal, ob er es weiß und was er in dem Vertrag angekreuzt hat, es sei denn, es handelt sich nur um einen Lack- und keinen Blechschaden - VIII 253/05. Fällt das Fremdbesitzverbot, welches der EuGH für griechische Optiker und deutsche Apotheker schon gekippt hat, auch für deutsche Anwaltskanzleien, so dass sich Heuschrecken einkaufen können? Die Financial Times Deutschland macht sich da am 13.3. Sorgen und spricht mehrfach vom EuGH in Straßburg. Die FAZ berichtet über den geplanten §

46 b StGB: wer weiß, wo Osama Bin Ladin ist, darf vergewaltigen. Gehen wir damit vom deutschen Strafrecht (Transparenz und Wahrheitspflicht) zum englischen System (the winner takes it all)? Alle Zeitungen berichten über die anstehende Entscheidung des BVerfG zu § 173 StGB. In anderen Staaten ist der Inzest nicht strafbar, da Geschwister nicht auf einander stehen. Ist Online-Poker nach §§ 284, 285 StGB strafbar? Ist dieses Strategiespiel ein Glücksspiel oder ein Geschicklichkeitsspiel? Das Schornsteinfegermonopol fällt. Kein Art. 14 GG, da man nur die Mary-Poppins-Ausrüstung braucht, im Gegensatz zu einem Kassenarzt, der sich eine teure Praxis beschaffen muss. Ist es strafbar, wenn man gegen Geld als Ghostwriter eine Doktorarbeit schreibt? Urkundenfälschung - Geistigkeitstheorie? Betrug? Staatliche Anerkennung als Vermögensverfügung?

In der Prüfung Schuschke/Ahn-Roth/Muckel am 7.3. kam im Zivilrecht der aktuelle BGH-Fall: der Steuerberater besucht die Fitnessstudiogründerin zuhause - III ZR 295/06. Im Strafrecht die Online-Durchsuchung in der StPO - BGH 2007, im ÖR FBA und Art. 1 GG. Darf ein hessisches Gesetz verbieten, dass Parteien Rundfunkanstalten kaufen? Staatsfreiheit des Rundfunks gleich Parteienfreiheit? Hessische Gesetze sind wohl alle verfassungswidrig - jedenfalls die, die in Karlsruhe ankommen. BM Scholz soll schon vor Zugang des schriftlichen Urteils des VG Berlins in Sachen Mindestlohn Berufung eingelegt haben. Ich dachte, man müsse die Berufungszulassung beantragen. Frau Zypries meint, Hauskäufer könnten vor unberechtigten Zwangsversteigerungen geschützt werden, wenn der Verkauf der Kreditforderung angezeigt werden müsste (was ist dann mit §§ 404 ff., die ihre Existenzberechtigung in der Gutgläubigkeit des Schuldners haben? Allerdings § 409 nicht) und ein Verzug von 6 Monaten vorliegt. Sie sollte mal in § 1133 gucken. Das EG-Parlament, welches sich selber EU-Parlament nennt, wird 50. Bis 2009 ist es mit dem Bundesrat vergleichbar, die Kommission mit der Bundesregierung und der Ministerrat mit dem Bundestag - alles in der ersten Säule. 2009 saugt die erste Säule die anderen wie ein Staubsauger auf - wenn die Iren ihr Referendum über die Bühne bringen. Es gilt dann weitgehend das Mehrheitsprinzip, so dass gegen unseren Willen Brüsseler Vorgaben erfolgen können. Wie schützt der Gesetzgeber die Gewissensfreiheit von Abgeordneten? Im StGB, durch das richterliche Verbot einer erzwungenen Rotation und Blankoverzichtserklärung (die war in Weimar üblich, da wegen des Verhältniswahlrechts man nur über ein Parteiticket Abgeordneter wurde und das hat die Partei natürlich als Druckmittel ausgenutzt). Geht es bei Gewissensfreiheit nur bei Fragen um Leben oder Tod oder auch bei so was popeligem wie einer Koalitionsfrage? Der Gouverneur des Staates New York hat sich mit einer Prostituierten eingelassen für ca. 3000 €. Das schlimme nach Die Welt: es war grenzüberschreitend (vergleichbar mit unserem interlokalen Strafrecht - s. EGStGB) und er hat den Geldstrom verschleiert. Man meint, man wäre im Mittelalter. Zurücktreten tut er aber nicht. Das VG Münster rechnet wegen des Bürokratieabbaugesetzes mit dem Anstieg der Klagen von 20 - 50%. Darf man Müller-Milch als Gen-Milch bezeichnen? Ist das ein Werturteil oder eine falsche Tatsachenbehauptung? Seltsamerweise nach dem BGH ein Werturteil, so dass das Lüth-Urteil wieder zu Ehren kommt. Bayern will in Bierzelten rauchen lassen - ist das willkürlich, wenn der einzige Grund die Abstrafung in den Kommunalwahlen ist? In Essen soll am 13.3. ein Einkaufszentrum eröffnet werden. Darf dieses durch Baugenehmigung gebaut werden oder muss ein Plan her? Müssen die Interessen der Nachbarstädte berücksichtigt werden? Schon beim Centro in Oberhausen gab es einen Mordsaufstand der Nachbargemeinden, bei denen um 18 Uhr die Bürgersteige hochgeklappt werden. Wenn Porsche 75% bei VW erwerben will, was im Moment noch bestritten wird, dann hat Porsche über §§ 291, 308 AktG das Sagen bei VW. Wo bekommt man das Geld her? Theoretisch und formell über eine Kapitalerhöhung. Aber wie wird eine Kapitalerhöhung dann umgesetzt? Durch Ausgabe von neuen Aktien z.B. - damit holt man sich aber vielleicht einen anderen Großinvestor ins Haus. Ich habe den Eindruck, dass Niedersachsen dem wohlwollend zuschaut, weil so eine feindliche Übernahme durch Staatsfonds vermieden wird. Aber vielleicht holt man sich statt des Teufels den Beelzebub ins Haus.

Eine der Februarklausuren war der Hobbykatzenzüchterfall nur mit einem Pferd. Die SZ diskutiert das Testament von Heath Ledger. Seine kleine Tochter könne gemäß § 2079 anfechten. Ich würde da aber Satz 2 lesen. Immerhin hat er trotz Geburt der Tochter das Testament nicht geändert, obwohl er Zeit genug hatte. Ein Pflichtteil kann zudem vorteilhafter sein als eine Erbinsetzung. Man bekommt Geld cash auf den Stichtag Todestag, mit der Erbinsetzung bekommt man vielleicht nur Betongold und muss erst mal das Heizöl aus eigener Tasche bezahlen oder Aktien, die bis zur Erteilung des Erbscheins in der Sonne wegschmelzen. In Bonn heißen Bezirksvorsteher aufgrund der geänderten GO nun Bezirksbürgermeister - die Bezirksvertretung ist machtlos, da sie kein Geld bekommt. Für sog. gesamtstädtische Aufgaben ist sie nicht zuständig - also z.B. nicht für den Rosenmontagszug. Die im Mai herauskommende Bundeskriminalstatistik läuft sich warm - die einzelnen Polizeistatistiken werden veröffentlicht - meist betonen die Polizeibehörden, welche gute Arbeit sie machen. Das BVerfG entscheidet, ob die Registrierung von Autokennzeichen zulässig ist. Im Strassenverkehr braucht die Polizei keinen Verdacht, um tätig zu werden, die können Verkehrskontrollen aus reiner Frackigkeit machen. Der Koelner Stadtanzeiger berichtet, dass das Land NRW mit Schreiben vom 11.3. von Nokia 41 Mio Fördergelder und 18 Mio Zinsen zurückhaben will. Sonst werde geklagt. Grundlage sei ein Förderbescheid und ein Vertrag. Geht da nicht ein RückforderungsVA nach § 49 VwVfG? Zu welchem Gericht geht NRW? Zwei-Stufentheorie? Wie kommen die auf diesen Zinsbetrag und nach welcher Vorschrift?

In der Prüfung Hauck/Ziemßen/Kubink am 7.3. wurden aus 32 61, aus 49 93 und aus 17 42 Endpunkte. Im Strafrecht kam die alte Examensklausur: ein Hotelportier schließt einen Verbrecher in dessen Zimmer ein, weil der Kommissar das so will. Im ÖR: was will der Kläger beim Verwaltungsgericht erreichen? Was will er beim Zivilgericht erreichen? Im Zivilrecht ein alter Protokollfall. Die Bonner StA soll Jan Ullrich einen Deal angeboten haben. 1 Mio plus Zusammenarbeit gegen Fuentes - also ein Deal im Vorverfahren, damit er zum Kronzeugen wird? Das ist was neues bzw. das kennt man nur aus dem Steuerstrafrecht. Die Mitarbeiter des Steuerschädling werden so niedergemacht - entweder ihr seid Kronzeugen oder ihr sitzt mit auf der Anklagebank. Verstößt das gegen nemo tenetur oder § 136 a StPO?

Nachdem Frau Ypsilanti Schiffbruch erlitten hat - sie sieht das allerdings nicht so - wird heute in der FAS Heide Simonis geköpft - zu recht. Das reicht für eine Schadensersatzklage der Unicef gegen diese FRAU. Haftet ein Vorstand eines Vereins? Die Rechtsprechung behandelt Vorstände von Tennisclubs sehr nachsichtig. Macht der Fernsehverantwortliche, der das Koks-Video von Ronald B. Schill zeigen ließ, strafbar? § 257 zu § 201 a? Schützt § 201 a Aufnahmen in Rio? Rechtfertigt die Pressefreiheit die Ausstrahlung? Was ist mit der rechtskräftigen e.V., die Schill damals gegen die Behauptung, er würde koksen, erwirkt hat? Die Welt hat gestern berichtet, dass ein Golfspieler absichtlich einen Bussard abgeschossen hat - so gut möchte man Golf spielen können. Die Zeitung meint, das sei Sachbeschädigung - wem gehört der Bussard? Eher Wilderei. Totgeschossene Enten und Rebhühner (die Tiere sind wirklich doof) hat es schon - versehentlich - gegeben.

Das VG Berlin hat der Klage der Postkonkurrenten gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (sui generis) statt gegeben, da die Konkurrenten ja einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Die Bahn will der GdL den neuerlichen Streik per e.V. verbieten lassen. Da das Gericht eine mündliche Verhandlung anberaumt hat, würde ich nicht auf den Sieg der Bahn wetten. Darf eine Gewerkschaft das scharfe Schwert des Streiks einsetzen, wenn es "nur noch" um die Form und nicht mehr um den Inhalt geht? Roland Koch: was macht er jetzt? Er bleibt Ministerpräsident, die linke kann aber alle Gesetze gegen ihn durchbringen. Neuwahlen? Das klappt nur, wenn die SPD in einem halben Jahr auch noch am Boden liegt. Gesetzgebungsnotstand? Er hat ja nicht so was wie den Art. 80 GG und den Bundesrat.

Der BGH hat sich zur Erfüllungs- und Haftungstheorie im § 128 HGB geäußert - V ZR 63/07. Prof. Depenheuer (Prüfer aus Köln) und seine Meinung zum Feindstrafrecht (Prof. Jakobs aus Bonn) und gegen die Privatisierung des Abschussproblems eines gekaperten Flugzeugs wird in der FAZ besprochen. Mir gefällt seine Meinung, da man nicht umhin kommt, das Problem gesetzlich zu regeln. Wir haben schon bei der Sterbehilfe eine Privatisierung (letztendlich entscheidet der Arzt, was noch gemacht wird). Herr Köhler ist mit dem neuen Eisernen Kreuz der Bundeswehr einverstanden - s. §§ 2, 3 OrdenG im Sartorius. Wieso entscheidet das der Bundespräsident? Zu der Diskussion der Minderheitsregierung (s. auch Art. 80 GG - der Gesetzgebungsnotstand) kommt nun der Beschluss der Stärkung der Minderheitsrechte im Bundestag. Das GG ist nicht für eine große Koalition gemacht. Andrea Y. wird wohl nur Ministerpräsidentin im Geiste bleiben. Koch sitzt das aus - er bleibt solange geschäftsführender MP, wie kein stärkerer Gegner am Horizont auftaucht. Frau Simonis hat sich bemüht, Tipps zu geben. Gerade sie. Und es kam ihr Spruch, der nie fehlt: sie wäre ja eine Frau. Oh ne. Wie wäre das bei der Wahl des Bundeskanzlers nach Art. 63? Im dritten Wahlgang ist da durchaus eine relative Mehrheit möglich. Ein Kanzler, der keine Gesetze durchbringt, kann aber einpacken. Der Gesetzgebungsnotstand ist nicht nach südamerikanischen Vorbild gestaltet, also nicht für 6 Monate, sondern nur pro Gesetz. Roman Herzog bekommt nur schlechte Noten für seine Vorschläge. By the way: das Schicksal in Großkanzleien scheint arbeitsmäßig doch nicht so schlimm zu sein. Mir wurde erzählt, dass es egal sei, wann man morgens aufschlage, 11 Uhr ginge auch noch. Man müsse eben nur abends da sein. Deshalb wird man Anwalt. Um rumzusitzen und Zeitung zu lesen und bevor man geht, noch eine Email zu schreiben.

In der Prüfung Scheiff/Böse/Pabst am 5.3. kam als Vortrag eine Klage gegen eine negative Ebay-Bewertung (Urteil letztes Jahr), im Zivilrecht als AGB will ein Arzt eine Pauschale haben, falls ein Patient nicht spätestens 48 Stunden vorher absagt (s. OLG Stuttgart Novemberheft RÜ) im ÖR Online-Durchsuchung, im Strafrecht Mordmerkmale und § 28 - BGH 5 StR 435/07. Magnus Gäfgen hat für eine Amtshaftungsklage PKH bekommen - kann das Land Hessen nicht mit dem Kostenerstattungsanspruch für das Verfahren vor dem Schwurgericht hilfsaufrechnen? §§ 393, 394 BGB? Kann die Familie von Metzler den Amtshaftungsanspruch pfänden? Kann er überhaupt klagen, da er ja in Privatinsolvenz ist? Darf es im Bund eine Minderheitsregierung geben - sieht das GG so eine vor? In Art. 63, 67, 68 GG? Das Bundesverfassungsgericht hat noch einmal bestätigt, dass der Vermittlungsausschuss kein Überparlament ist - er darf nicht alte Karteileichen mit neuen Gesetzesentwürfen verbinden. Der Handwerker, der vor verschlossener Tür steht, muss seine Rechnung nach § 642 BGB mit Mehrwertsteuer schreiben, BGH VII ZR 280/05. Roman Herzog überlegt in der SZ, ob man die jetzigen Verhältnisse - der Schwanz wedelt mit dem Hund in Hessen - im Bund nicht durch eine Reform des Grundgesetzes vermeiden könne - Mehrheitswahlrecht und dass im Bundesrat Enthaltungen nicht mehr als Nein-Stimmen sondern eben als Nichtstimmen gewertet werden. Darf eine Vermieterin aufgrund des BGH-Urteils zu zwei kettenrauchenden Mietern in die Anzeige reinschreiben "nur an Nichtraucher"? AGG? Direkt oder analog? Was ist, wenn einer raucht und der andere nicht? Ein Mieter muss sich das Verschulden des anderen zurechnen lassen - es sind

Gesamthandsschuldner, bei denen § 425 II stillschweigend abbedungen ist. Yvan Schneider: die 16jährige erzählt ihrem narzisstischen Freund, das Opfer habe es entjungfert, und wirkt bei der Tötung mit. Ist sie mittelbare Täterin? Das lief mal ähnlich als Klausur. Der BFH meint wohl, dass die erfolgreiche Teilnahme bei Günther Jauchs Millionärsquiz einkommenssteuerpflichtig sei - kein Lottogewinn sondern sonstige Einkünfte - fallen diese Gewinne unter den Zugewinn? In Berlin soll es einen Volksentscheid zum Flughafen und in Bayern zum Transrapid geben. Haben die Länder die Kompetenz hierfür? Irland soll als einziger Mitgliedsstaat Ende Mai ein Referendum über den Reformvertrag abhalten. Die anderen vermeiden das tunlichst. Zum Vertrag von Nizza hat Irland das erste Referendum verweigert, woraufhin Brüssel viel Geld gezahlt hat, damit Plakate geklebt werden konnten. Das zweite hat dann geklappt. Kann man denn Referenden wiederholen, bis der Bürger erschöpft umfällt? Die FAZ schreibt auf der ersten Seite zum hessischen Dilemma - Gregor Gysi zieht die Daumenschrauben an. Eigentlich ungeschickt, denn Frau Ypsilanti kann sich auf seine Bedingungen nicht einlassen, wenn sie noch etwas Selbstachtung hat - sieht aber nicht danach aus. Wenn die Umfragewerte jetzt noch mal sinken, war es das für die SPD.

Das OLG Karlsruhe nimmt an, dass ein Mieter, den eine leichte Fahrlässigkeit trifft, nicht gegenüber dem Vermieter haftet - es läge ein stillschweigender Haftungsausschluss vor. Die Haftpflichtversicherung des Mieters würde aber gegenüber der Gebäudeversicherung des Vermieters haften - wie geht das denn - es gibt doch keinen Direktanspruch, zudem haftet die Haftpflicht nur, wenn der VN haftet - 12 U 126/07 vom 7.2.2008. Im zweiten am 4.3. kam ein Strafrechtsvortrag mit 14 Seiten. Im Zivilrecht der Mobbingfall des BAG - der Prüfer meinte, das BAG habe das AGG analog genommen. Eine Kandidatin sagte etwas von Rechtslücke, er meinte, ne, nehmen Sie doch einfach analog. Er wollte dann noch § 278 als Anspruchsgrundlage haben, seine Kenntnisse über den Vertrag mit Schutzwirkung datierten aus den 80er Jahren. So kanns gehen. Im ÖR ging es um einen Betriebsprüfer des Finanzamtes, der mit Piercing Herrn Zumwinkel aufsuchen will. Und ob das Finanzamt rechtswidrig erlangte Erkenntnisse z.B. der Gaststättenbehörde verwenden dürfe - Zumwinkel im kleinen. Im Strafrecht Revision. In dieser Crew wurden von 24 Leuten 4 nicht zugelassen, in Münster und Düsseldorf 8 und 12. Das Leben ist hart. Die Note aus dem ersten Examen halten die wenigsten. Der BGH hat seine Rechtsprechung zum korrigierten Rücktrittshorizont bestätigt: sie sticht ihrem spielsüchtigen Freund in den Rücken, um ihn zu töten, er empfindet das nur als Piekser und verlangt auf ihren Hinweis, er habe ein Messer im Rücken, den Notarzt - 5 StR 402/07. Die Parteien und die Zeitungen sind hinsichtlich der anzustrebenden Strategie in Hessen am 5. April ratlos. Wie Heide Simonis I mal gesagt hat, Satzungsfragen sind Machtfragen - die hohe Schule der Politik. Gut an Art. 27 UNO-Charta zu sehen. Es ist entscheidend, ob eine Frage als Geschäftsordnungs- oder als materielle Frage behandelt wird. Beim zweiten Golfkrieg hat George W. die alte Golfkriegsresolution des Sicherheitsrates zu reaktivieren versucht("serious consequences"), um ein Veto der Chinesen und Russen zu vermeiden. Ich würde der CDU raten, die Wahl anzufechten § 5 Nr. 3 WahlprüfungsG NW: andere Ungesetzlichkeiten in einem solchen Ausmaß ... Ob das durchgeht, ist sehr fraglich (toller Tip?), denn Frau Ypsilanti hat ihre Meinung ja erst nachher geändert. Es bleibt spannend. Die SZ berichtet, dass der italienische BGH den Griff ans Gemächt als strafbare Beleidigung gewertet hat. Unser BGH sieht das anders: kneift der Chef seiner Sekretärin in den Po, sei das eine Kundgabe des Gefallens und nicht der Mißachtung, zudem seien die Sexualdelikte abschliessend. Dazu fällt einem ja nichts mehr ein. Porsche mit 7 Milliarden und wenigen AN will VW mit 140 Milliarden und hunderttausenden AN übernehmen. Woher nehmen die das Geld? Die Frage der Mitbestimmung in der SE-Holding ist vertraglich geregelt. Porsche hat 20 AN-Vertreter, VW 30. Was zahlenmäßig auch noch eine Schieflage ist.

Ein Staatsanwalt hat bekundet, er wolle das Telekommunikationsüberwachungsgesetz prüfen - s. bei beck.de-nachrichten-gesetzgebung-ziele des gesetzes. BGH VIII ZR 16/07: der Käufer tritt wegen verschwiegenen Unfallschadens vom Kaufvertrag zurück und gibt den Wagen zurück. Er darf bis zum Kauf eines Ersatzwagens ein Auto auf Kosten des Verkäufers mieten - § 325 BGB - nur dann nicht, wenn er den gekauften Wagen kaputt gefahren hatte. Der Aufsichtsrat bei Porsche ermächtigt den Vorstand, VW zu übernehmen. Was heißt das rechtlich? Porsche Holding ist eine SE und hat vor 3 Jahren Aktienoptionen gekauft, die jetzt ausgeübt werden. Ist das nun eine feindliche oder eine sehr freundliche Übernahme? Die wollen von 30 auf 51 Prozent erhöhen, obwohl die Sperrminorität doch ausreicht, um über die Gesellschaft zu herrschen. Die FAZ berichtet im Feuilleton über einen angeblich notwendigen Lehrstuhl zum Vertragesschreiben. Sehr richtig, aber da fehlt noch der Lehrstuhl zur Verhandlungstechnik. Neulich erzählte mir ein junger Anwalt, der eigentlich im Compliance Bereich tätig ist, dass sein Chef ihn in Verhandlungen mit dem Betriebsrat geschickt hat - ohne angelernt worden zu sein. Ausgebuffte Betriebsräte machen einen da platt. Verhandlungstechnik bei Gericht sollte man auch mal theoretisch beackert haben - Anwälte und Richter. Schauen Sie im Buchhandel mal nach Büchern für Handelsvertreter und deren Verhandlungstechnik. Der einprägsamste Tipp: auf den inneren Balkon gehen. Wenn die Stimmung mies wird, etwas privates erzählen oder sonst das Thema wechseln. Und: dem Gegner das Gefühl geben, dass man seinen Standpunkt versteht und eigentlich für richtig hält, ABER

Im zweiten wurde letzte Woche Zumwinkel rauf und runter geprüft - verfahrensrechtlich und materiellrechtlich: "Staatshehlerei" In der Parallelprüfung am 28.2. Nußberger/Dylla-Krebs/? am 28.2. kam im BGB die klassische Klausur Der Busfahrer lässt von minderjährigen Fahrgast ein verlorenes Portemonnaie aufheben (§ 965: wer findet und an sich

nimmt). Im Strafrecht StPO und der Käufer sagt nichts über einen defekten Bremsschlauch, im ÖR Online-Durchsuchung und Gang des Gesetzgebungsverfahrens. Eine Staatsanwaltschaft will die Eigenblutwurstfabrikation von Bundeswehrsoldaten verfolgen. Was soll das strafrechtlich sein? Die Welt berichtet über die Abmahnaktionen gegen Klamottenverkauf über Ebay nach § 14 MarkenG, falls es sich um sog. Parallelimporte handelt. Das kann teuer werden.

Der Zivilrechtsfall in der Prüfung am 28.2. stammt aus BGH VI ZR 199/06. Der eingeschleuste Ausländer lässt die Kollegin auf einem schneebedeckten Feld liegen - hat er eine Garantenstellung? Der BGH - 5 StR 324/07 - meint nein, nur § 323 c. Der Bürgermeister, der seine Nebeneinkünfte beim Landrat angeben muss, verschweigt, dass die Gemeinde bei ihm einen Raum in seinem Wohnhaus pro forma angemietet hat, damit er die Nebeneinkünfte aus seiner unternehmerischen Tätigkeit, die er deshalb aufgibt, nicht angeben muss (liest sich kompliziert, ist es aber nicht). Dreiecksbetrug zulasten der Gemeinde, die Bescheid weiß? Ja, BGH 1 Str 558/07.

Ein Fährmann bei St. Goar will sich gegen den Bau einer Brücke wehren. Art. 14 GG? Das BVerfG meinte vor Urzeiten, das sei allgemeines Lebensrisiko. Ändert sich etwas daran, dass der geplante Brückenbau wieder mal gegen die Unesco-Welterbe-Vereinbarung verstößt? Über die Prüfung am 28.2. wurde berichtet, dass die Vorträge bis auf einen grottenschlecht gewesen seien. Die Leute halten es nicht für nötig, das zu üben - der Hobbykatzenzüchterfall soll unbekannt gewesen sein - dazu fällt mir nichts mehr ein - das ist doch der Fall aus dem letzten halben Jahr. Man meint, man wäre bei DSDS - wie kann man sich so einschätzen, dass man meint, den Vortrag nicht üben zu müssen? Auch Einstein hätte den üben müssen. Die SPD hat den Fuchs im Hühnerstall. Ist das ein Wahlanfechtungsgrund, wenn die SPD in Hessen tatsächlich mit Hilfe der Linken die Regierung stellt? Wie wäre es bei der Wahl des Bundeskanzlers nach Art. 63 GG - 1. Wahlgang, 2. Wahlgang, 3. Wahlgang? Wäre da ein Simonis-Spektakel zu befürchten? Die Dame hatte einen vierten Wahlgang durch Änderung der Geschäftsordnung nach dem 3. Wahlgang herbeigeführt, obwohl der gar nicht in der Verfassung vorgesehen war. Wäre das zulässig? Dürfte der hessische Landtag jetzt von der geheimen Wahl auf die offene Abstimmung übergehen?

Februar: Am 28.2. in der Prüfung Kindhäuser/Quarch/Lynen kam der BGH VIII ZR 110/06: Dusty vom Zoo als Vortrag - ein Geschenk. Das Problem, ob eine Hobbykatzenzüchterin Unternehmerin ist und wie der Begriff zu bestimmen ist - europarechtlich - kannte keiner. Im Zivilrecht dann: wie kommt die Sache überhaupt zum BGH? Und § 15 a EGZPO. Dann ein BGH-Fall: Autounfall, Haftungsquoten, wenn der Wagen geleast ist. Im ÖR Bürokratieabbaugesetz im Original. Im Strafrecht setzt jemand eine Anzeige in die Zeitung und gibt die Telefonnummer einer Frau an, die er nicht mag. Nicht Stalking aber in die Richtung. Einige Ärzte haben nun offiziell ihre Behandlungsfehler zugegeben - natürlich in verjährter Zeit und Beinah-Fehler. Die werden noch Spaß mit ihren Haftpflichtversicherungen kriegen - das nennt man Obliegenheitspflichtverletzung. Die FAZ meint, am 5. April könnte es in Hessen einen Ministerpräsidenten und eine Ministerpräsidentin geben. Wie wäre das im Bund? Die Welt hält die Online-Durchsuchung-Entscheidung für brillant. Siehe unten. Die Banken trommeln, damit Kunden zwecks Vermeidung der kommenden Abgeltungssteuer ihr Geld in Dachfonds schmeissen. Was ist ein Fonds rechtlich? Und viel Vergnügen. Frau Zypries will die Geldstrafe erhöhen. Es wäre nun besser, bei Vermögensdelikten wie im OWiG eine Unternehmenshaftung einzuführen.

Der senegalesische Tänzer sticht seiner Frau, die nicht mit nach Afrika kommen will, ein bißchen in den Rücken. Sie springt aufs Fensterbrett und fällt versehentlich 25 Meter tief und zu Tode - § 227 - der BGH hat zwar noch nie "durch" als unmittelbar praktiziert aber immer behauptet - der Hochsitzfall, der Fenstersturzfall, die Alkoholikerin - jetzt distanziert er sich auch offiziell - 5 StR 435/07 - man hat den Eindruck, dass beim BGH in Strafsachen ein frischer Wind weht - die Abkehr von der subjektiven Theorie bei der Abgrenzung Täter/Teilnehmer, die neue Behandlung des § 211 und jetzt das. Die Zeitungen schreiben von einer juristischen Sensation. Das BVerfG will ein neues Grundrecht erfunden haben - geht es nicht eine Nummer kleiner? Darf Herr Papier das überhaupt? Numerus Clausus der Grundrechte? Was für ein Grundrecht soll das denn sein - Abwehr- oder sogar Leistungsgrundrecht - muss der Staat mich vor dem Verkauf meiner Daten durch StudiVZ schützen? Dieser schwülstige Name "Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität" Ich dachte, nur Gespräche könnten vertraulich sein und Menschen nur integer - Deutsch für Anfänger Kurs I Volkshochschule. Wenn Sie den Begriff in einer Examensarbeit erfunden hätten, würden Sie geschlachtet. Nötig ist die Erfindung nicht, Art. 2 I GG ist das Auffangbecken für alles und jedes. Früher gab es so was nicht, da gab es nur präzise beschriebene Grundrechte. Aber sich über den EuGH aufregen, weil der zu frei entscheidet. Bei der BGH-Entscheidung zur repressiven Online-Durchsuchung letztes Jahr wurden die Ermächtigungsgrundlagen der §§ 105, 99, 100 a StPO direkt, einzeln analog und gesamt analog diskutiert. Hier geht es um die präventive Durchsuchung und Art. 10 oder 13 GG oder eben Art. 2 I GG und die Frage, ob ein Beweisverwertungsverbot aus dem neu erfundenen Grundrecht resultiert. Nein, denn die Verhinderung eines Terroranschlags dürfte kaum verboten sein. Das LG Düsseldorf - Schwurgericht - muss sich wieder mit dem Problem befassen, ob ein Hauseigentümer, der in dem Keller seines Mietshauses an der Gasleitung rummanipulieren lässt, um die Mieter los zu werden, dolus eventualis hinsichtlich der Tötung hat. Falsche belgische Polizisten haben deutsche Senioren, die in Panik ihr Schwarzgeld in Luxemburg cash abgehoben haben, überfallen. Verfolgen wir das?

In der Prüfung Schuschke/Schmidt/Hoffmann am 26.2. kam die aktuelle BGH-Entscheidung, ob die Übertragung eines Miteigentumsanteils ein Verkehrsgeschäft ist - BGH NJW 2007 S. 3204 - V ZR 5/07- und im Märzheft der JuS. Was ist ein Betreuer, was ein Vormund? Im Strafrecht Mord rauf und runter und das aktuelle Urteil - s.u., ob ein das Zeugnisverweigerungsrecht ausübender Zeuge dem Vorspielen der Vernehmung zustimmen darf. Der BGH hat wieder bestätigt, dass die Regel der falsa demonstratio auch bei notariell zu beurkundenden Verträgen gilt - wie sieht es aber mit der falschen Grundbucheintragung aus? Da ist sie nicht anzuwenden - BGH V ZR 174/06. Es soll bisher 72 Selbstanzeigen und 91/92 Geständnisse gegeben haben - bei 82 Millionen offiziellen Einwohnern. Das reißt mich nicht vom Hocker. Die FAZ meint, die Zumwinkelaktion verhindere eine rechtzeitige Selbstanzeige, da der Steuersünder ja ab da gewusst habe, dass demnächst bei ihm geklingelt werde. Alle Zeitungen wiegeln nun ab - die finanziellen Folgen sind auch bei Erwischtwerden nicht so schlimm - ins Gefängnis kommt eigentlich nie jemand - nur Jesus wurde hingerichtet, weil er angeblich zur Steuerhinterziehung aufgefordert hat - sein Dementi "gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist" nützte nichts, da er es nicht, wie die römische StPO vorschrieb, wiederholt hat. Und § 15 Aussensteuergesetz sei auf dem europarechtlichen Prüfstand - Max Strauß ist letztendlich auch freigesprochen worden, weil das Konto vielleicht auf seinen Namen lief - Maxwell - aber er kam da nicht ran. Das OLG München hat LoneStar, die 12 Milliarden Kreditwerte gekauft haben, zurückgepfiffen. Dass ein Kreditschuldner keine unbeschränkte Verkaufsvollmacht unterschreiben will, rechtfertigt keine Zwangsversteigerung. Gut und schön. Aber man muss eine Vollstreckungsgegenklage gegen die § 800 ZPO Urkunde beginnen - PKH bekommt man vom Gericht nicht, man hat ja das Haus. Und man muss über mehrere Instanzen gehen. Da knicken viele unter dem Psychoterror der Gegner ein. Selbst wenn man Rechtsschutz hat, schützt einen das nicht vor hohen Verzugszinsen, die im Fall des Unterliegens zu der Summe noch für die Prozessjahre hinzukommen. Frau Zypries will die Beweislast bei § 1157 umkehren. Das könnte ja nun die Rechtsprechung auch tun und die Bösgläubigkeit bei institutionellen Aufkäufern leichter annehmen. Die Stadt Langenfeld will ihr Wappen ändern. Die Kommunalaufsicht muss da zustimmen - ein sog. Kondominium. Der BGH hat sich wieder mal zu dem Crailshaimer Volksbanken-Schrottimobilienfall geäußert. Wenn die institutionell mit dem Verkäufer zusammenarbeiten UND die Bank bösgläubig ist, haftet sie. Das kann man vergessen. Die sagen immer, das war ein einzelner Mitarbeiter, das haben wir nicht im großen Stil gemacht. Beweisen Sie mal das Gegenteil. Mission impossible. Die FAZ weiß schon, wie Karlsruhe am 27.2. über die NRW-Online-Durchsuchung entscheiden wird. Der Reichstagsbrand ist 75 Jahre her. Die Verurteilung wegen Brandstiftung ist rechtmäßig, nur wurde nach der Tat ex tunc die Todesstrafe für dieses Delikt eingeführt. Nach Art. 48 WV.

Der EuGH meint am 26.2., dass Parmesankäse nur so heißen darf, wenn die Kuh in Parma gegrast hat. Herkunftslandprinzip - allerdings habe der deutsche Staat nicht von Amts wegen für den Markenschutz zu sorgen - es reiche aus, wenn der Markeninhaber effektiv klagen könne und das sei bei uns der Fall - Steine statt Brot? So, der BGH hat ein interessantes strafrechtliches Bankenproblem entschieden - 4 StR 623/07. Da die Banken bis 10.000 € (aus meiner Erinnerung) Überweisungen nur stichprobenartig auf Fälschungen hin überprüfen und zwar computermäßig, begeht der Täter § 263 oder a, wenn er die Unterschrift fälscht. Im Wege der Wahlfeststellung. Was ist aber, wenn er nicht fälscht sondern mit seiner richtigen lesbaren Unterschrift unterschreibt? Mein Fall AG Siegburg NJW 2004 S. 3725. Ich würde mir die Fehlbuchungs- und Fehlüberweisungsentscheidungen des BGH noch angucken. Dann wieder ein neues Urteil zum § 906 - bisher war das höchste die viermalige analoge Anwendung. BGH V ZR 47/07: durch den Brand verbrennen die Klamotten im benachbarten Ledergeschäft und dessen Versicherung zahlt auch für die Verkaufsunterbrechung - der Kupolofenfall wird in dieser neuen Entscheidung ventiliert - der Lacknebelfall des BAG aus dem Jahr 2000 ist eine weitere Variante. Wenn ich also mein Auto auf dem Nachbargrundstück nur parken darf, bekomme ich kein Geld, wenn ich einen Parkplatz gemietet habe, schon, und wieder kein Geld, wenn ich als AN meinen Wagen auf dem Schädigergrundstück abstellen darf. Das ist Jura. Das BSG hat im Oktober 2007 die Anerkennung von Rückenerkrankungen als Berufskrankheit erleichtert - Stichwort MDD. Bisher hat man die nur sehr schwer durchbekommen, da die Berufsgenossenschaften argumentieren, dass jeder über 40 Rückenschmerzen hat. Die CDU/CSU hat durch den Tod eines Überhangmandatsträgers nur noch eine Stimme Mehrheit im Bundestag. Wenn Herr Beck nun Oskar Lafontaine zum Vizekanzler machen will, gar keine mehr. Im Koalitionsvertrag steht, dass die Union den Kanzler stellt. Gilt hier pacta sunt servanda?

Alle Zeitungen berichten über Steueroasen, haltes es aber für strafbar, wenn ein Bankmitarbeiter seine Kunden darüber informiert. Anwaltskanzleien berichten in Zeitungen, dass die gekauften Kundendaten auch Gesprächsnotizen über die Fragen der Kunden enthalten. Dürfen diese schriftlichen Aufzeichnungen verwertet werden? Unmittelbarkeits- und Mündlichkeitsgrundsatz? Die Türkei beruft sich auf ihr Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 UN-Charta hinsichtlich der Offensive gegen die PKK - das sei eine Bande, gegen die 1999 die Generalversammlung das Selbstverteidigungsrecht in einer Resolution anerkannt habe. Diese Resolutionen sind aber nur soft law.

Die Union droht mit Neuwahlen, falls in Hessen mit Hilfe der Linken regiert werden soll. Wie könnte das rechtlich gehen? Hier mal ausnahmsweise eine echte Vertrauensfrage, welche der Bundespräsident wegen des Versprechen, er werde wiedergewählt, wenn er den Bundestag auflöst und eine neue Regierung kommt, in eine Auflösung des

Bundestages umwandeln wird.

Das OVG Münster hat am 9.1.2008 - 14 A 3658/06 - endlich dem LJPA gezeigt, wie § 56 IV und § 18 IV JAG auszulegen sind. Jemand verhungert mit 6,37 Punkten vor dem Befriedigend. Das Prüfungsamt lehnt eine Anhebung ab, da die Leistungen in den Stagen nicht zu berücksichtigen seien - die Noten seien zu gut. Klar gegen den Wortlaut - zudem könnte man ja auch argumentieren, dass die Klausurennoten den wahren Leistungsstand nicht wiedergeben - könnte ja sein. Herr Volkert hat zwei Jahre und neun Monate bekommen. Peter Hartz hatte eine Einstellung nach § 153 a und einen Deal hingekriegt. Es geht um Tatumehrheit. Wenn man nun wie bei Peter Hartz für die Damen eine Geldstrafe angesetzt hätte und für die Gehaltserhöhung eine Freiheitsstrafe, hätte man über die Anrechnung nach § 51 IV StGB trotz Überschreitung der zwei Jahre eine Bewährung bewerkstelligen können. Herr Volkert hat nicht zu viel bekommen - Herr Hartz aber zu wenig.

Das BAG hat wieder mal entschieden: wenn ich bei einem befristeten Vertrag einen neuen befristeten Vertrag anhängen und nur eine Kleinigkeit ändern und auch noch zugunsten des AN (keine Kündigung innerhalb des Vertragszeitraums) dann ist das ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. So vernichtet man Arbeitsplätze. So, der BND hat brutto 5 Mio gezahlt und 10% Steuer und eine Unkostenpauschale einbehalten. Das dürfte steuerrechtlich untersuchungswert sein. Begeht ein Bankmitarbeiter Beihilfe zur Steuerhinterziehung, wenn er auf die Stiftungsmöglichkeiten in Liechtenstein hinweist und sogar Kontakte knüpft? Natürlich nicht, solange der Kunde ihm nicht auf die Nase bindet, dass er steuerhinterzogenes Geld ins Ausland schaffen will. Mein Banker hat mich zu informieren, sozialadäquate Tätigkeiten und die Weitergabe von beruflichem Wissen gegen Geld sind doch hoffentlich nicht strafbar. Das OVG Berlin meint, die entführte Geisel müsse nach § 5 KonsularG jedenfalls teilweise das gezahlte Lösegeld erstatten. Ich muss für mein Leben den Staat also bezahlen. Ich dachte, das wäre durch meine Steuern abgedeckt. Man sollte also nur noch in den Schwarzwald in den Urlaub fahren. Die Personalie Ratspräsidentschaft in der EU ab 2009 wird diskutiert. Der Mann - eine Frau wird nicht diskutiert - ist kein Regierungschef, nicht nur 6 Monate im Amt und hat keine bisher festgelegten Zuständigkeiten. Bonn will im Bonner Loch Alkohol verbieten - in welchen Rechtsformen ist das möglich - Satzung-OBG-VO? Ist das sinnvoll? Was wollen die denn machen, wenn da jemand neben einer Bierflasche sitzt, die sein einziger fester Wohnsitz ist? Bußgeld? Platzverweis? Alkoholtest? Wie kann man sich dagegen wehren? Ca. 1998 gab es ein Urteil aus Stuttgart dazu, wurde und wird geprüft. Ab und zu.

Liegt nicht wenigstens dann ein strafbarer Spendenbetrug vor, wenn Unicef mit einem sog. Spendensiegel wirbt und weiss, dass dort falsche Angaben gemacht wurden - vergleichbar mit dem Assessor, der sich nach erpuschtem Examen bewirbt? Wir haben die Republik Kosovo anerkannt. Wer bei uns? Wer ist zuständig - Bundesregierung, Bundestag, Aussenamt? Wesentlichkeitstheorie? Ist die StA die Kavallerie der Justiz? Frau Lichtinghagen wird als Frau in der Justiz diskutiert - man meint, man wäre in den siebziger Jahren. Herr Plasberg soll sich über ihren schicken Schal lustig gemacht haben - MÄNNER. Die Präsidentin des BVerwG meint, Arbeitsgerichte und andere Sondergerichte seien überflüssig, das solle doch alles zu den Verwaltungsgerichten - oder ich habe das nicht richtig verstanden. Die juristische Problematik der Strassenumbenennung läuft sich jetzt in den Zeitungen warm. Bitte die OVG-Münster-Urteile angucken, das war schon x-mal Klausur. BGH VIII ZR 139/07: ein Mieter kann nicht gegen eine Abmahnung klagen. Hat er da vielleicht nur einen falschen Antrag gestellt und hätte besser einen Feststellungsantrag gestellt, dass er nicht zu laut Fernsehen guckt? Der BGH VIII ZR 334/06 hat die Inzahlunggabe des Altwagens wie erwartet entschieden. Wenn nur der Neuwagen mangelhaft ist, muss der Gebrauchtwagenhändler den Altwagen behalten. Nach der SZ wird Liechtenstein uns den bewaffneten Konflikt erklären oder wir marschieren da ein. Es ist doch interessant, was für verschwurbelte Artikel man zu der Sache liest. Als Anwalt muss man dem Mandanten sagen, was Sache ist. Jetzt wird über und durch die Zeitungen Panik geschürt, die Steuersünder würden keine Bewährung bekommen. Selbst wenn jemandem nachgewiesen wird, dass er Steuern hinterzogen hat, macht er den Schaden vor dem Termin wieder gut - ich würde mir die Verteidigung von Herrn Trienekens vor Augen führen. Er hatte das perfekt gemacht.

Ist das wieder spannend heute: Die StA Bochum sagt lt. FR, Selbstanzeigen seien nicht in ihrem Sinn und ob die Empfehlung von Herrn Steinbrück für sie bindend sei, sei noch nicht spruchreif - also auf gut deutsch, man macht eine Selbstanzeige, weil Herr Steinbrück das empfiehlt und bekommt doch ein Verfahren an den Hals. Ist die Empfehlung des Finanzministers nicht bindend oder ist die StA wirklich die unabhängigste Behörde der Welt? Die StA würde immer mit dem Spruch kommen "Wir haben alles" - sehr witzig. Natürlich haben die Bankunterlagen aus Vaduz, aber das alleine reicht doch für eine Verurteilung nicht. Ist das eine kriminalistische List oder § 136 a StPO? Berliner Anwälte wollen in die Zeitung und haben eine Strafanzeige wegen Untreue und Ausspähung von Daten "gegen die BRD" gestellt. In Rheinland-Pfalz soll es ganze drei Selbstanzeigen gegeben haben - NRW sagt gar nichts, also wahrscheinlich eine. Liechtenstein will "rechtliche Schritte" gegen die BRD einleiten - vor dem IGH? Staatenbeschwerde zum EGMR? Das Handelsblatt nennt eine supergroße Kanzlei, die tatsächlich in der Zeitung bekannt gibt, dass der Fürst bei ihr angefragt habe, ob sie ihm ein Gutachten schreibt - darf ein Anwalt über Mandatsanbahnungen in der Zeitung berichten? § 203 StGB? Diese Angeber - alle miteinander. Liechtenstein wird von uns vorgeworfen, sie würden intransparente Rechtsträger zulassen - das geht bei uns auch durch Verschachtelung. In München wird am 20.2. eine

Strasse entnannt aber nicht neu benannt. Ist das rechtlich zulässig und können die Anwohner da vorläufigen Rechtsschutz bekommen? Wie ist das, wenn Mutter heute zuhause bleiben muss, weil der Kindergarten wegen eines Warnstreiks geschlossen ist. Bekommt sie Schadensersatz vom dem Kindergartenträger oder ist das gar ein Arbeitsunfall? Kaum. § 1666 BGB soll geändert werden - es kommt nicht mehr auf die Tütereigenschaft der Eltern an, es reicht, wenn das Kind nachts um drei mit dem Schulranzen durch die Gegend läuft, das war bisher allerdings auch schon so. Ob Herr Köhler den Lissaboner Vertrag nach Art. 82 GG unterschreibt? Es sollen Verfassungsbeschwerden unterwegs sein. Darf ein Hotel den Mohammed-Karikaturisten rauswerfen? Salman Rushdie hat damals keinen Flug mehr gebucht bekommen, weil die Fluggäste sich weigerten, mit ihm zu fliegen. AGG? Ist ein Adidas-Turnschuh Elektroabfall oder nur Abfall? Das BVerwG wird sich am 21.2. damit befassen.

Im Zweiten wurde am 15.2. plus minus das Urteil des BAG - 8 AZR 709/06 - zum Mobbing geprüft. Wieder mal ein unverständlicher Leitsatz des BGH - 4 StR 449/07: das vergewaltigte Opfer verlobt sich mit dem Täter und macht von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch, erlaubt aber das Abspielen des Vernehmungsvideos - das ist unzulässig, § 252 StPO verbietet das. Er geht § 255 a StPO vor. Alle Zeitungen diskutieren die Verwertbarkeit der CDROM - der Spiegel schreibt von DVD. Man braucht die als Beweismittel im Prozess (Augenschein oder Urkunde?) gar nicht, da die Existenz des Geldes in Liechtenstein ja anders nachzuweisen ist bzw. unstrittig sein wird, ich darf mein Geld doch wohl im Ausland anlegen. Es geht um die Herkunft des Geldes und dazu sagt die nichts, deshalb müssen ja die Durchsuchungen her. Die StA Bochum wird drei Turnhallen voll mit Unterlagen haben und erst mal anderthalb Jahre Akten lesen. Gestern wurden Privatbanken durchsucht - vielleicht gibt es ja dumme Leute, die bei Filialen ihrer Hausbank in Luxemburg Geld bunkern, obwohl vor einigen Jahren Durchsuchungen bei den Kopfstellen dieser Banken in Düsseldorf zum Beispiel gezeigt haben, dass die Luxemburger Daten auf Düsseldorfer Computer drauf sind. Wenn also Schwarzgeld im Ausland, dann bei einer fremden Bank - nein, das weiß ich nicht, weil ich Schwarzgeld hätte, soviel verdiene ich leider nicht. Die würden mich gar nicht nehmen. Fruit of the poisonous tree? Die Amerikaner haben das - habe ich glaube ich schon mal erzählt, weil die Staatsanwälte und Richter gewählt werden und deshalb Beutefieber haben. Wir disziplinieren unsere mit Strafrecht und vor allem dem Entzug der Pension. Ist der Baum wirklich vergiftet? Darf man einem freiwilligen Anbieter das abkaufen, ohne ihn dazu angestiftet zu haben? Da hat sich aber jemand verplappert - es handele sich um einen Beifang, sprich Zufallsfund. Der Mann hätte vor dem Hauptfang Angst - bekommt also Geld und Polizeischutz - Rechtsgrundlage? Als Kronzeuge will der ja nun gar nicht auftreten und das Zeugenschutzprogramm geht nicht, weil er kein Zeuge ist. Also was? Präventiv? Ohne Rechtsgrundlage? "Staatliche Hehlerei" - das stimmt weder vorne noch hinten. Die Tipps zur Selbstanzeige sind teilweise seltsam. Man sollte mehr anzeigen als wirklich hinterzogen, da eine zu geringe Anzeige den Zweck nicht erfüllt. Und das Geld muss in vier Wochen ans Finanzamt fließen. Also, wenn überhaupt, dann nur durch einen Fachmann, die Anwaltskanzleien und das Finanzministerium schüren die Panik mit dolus directus nullten Grades. In Hamburg gab es schlappe 4 Selbstanzeigen - gibt es da keine reichen Leute? Diese Inszenierung bei Herrn Zumwinkel wird der StA Bochum noch leid tun, dadurch sind alle gewarnt worden. Und das Stichwort Amtshilfe durch den BND, §§ 111, 116 AO, geht durch die Zeitungen. Prüfer fragen gerne danach - schrecklich langweilig, aber ich kann nicht dafür. Darf der BND, der nach dem Gesetz nur für schwerste Straftaten zuständig ist, Amtshilfe in nicht schwersten Straftaten leisten? Eine Nationalakademie soll gegründet werden - woraus nimmt der Bund die Kompetenz? Wieso darf die EU nur einstimmig über die Anerkennung des Kosovo entscheiden - wohl weil es die zweite Säule ist. Kann die Krankenschwester, die aus der Fraktion der Linken ausgeschlossen wurde, gerichtlich dagegen vorgehen? Das OVG Münster hatte das für den Gemeinderat mal bejaht, obwohl das ja eine politische Entscheidung ist.

In der Prüfung im Zweiten Huschens/Baden/Vahrenbrink am 15.2. kam im ÖR der Fall, s.u., Rosenmontagsfestzeltsonderlaubnis und Konkurrentenklage sprich einstweiliger Rechtsschutz. Alle Zeitungen melden, dass ab heute hunderte von Durchsuchungen angesetzt seien. Es würde mich ja wundern, wenn man da nur ein Stück beschriebenes Papier finden würde, man muss arg blöd sein, wenn man seit Donnerstag nicht Kriegsrat mit der Family gehalten hat. Ob Herr Steinbrück - der Bund - die gezahlten Millionen wieder reinbekommt? Wenn überhaupt, die Einkommenssteuer geht ja an die Landesfinanzämter. Ein Anwalt meint, das wäre Hehlerei, wenn der BND die CDROM ankauft - das ja nun weniger. Aber § 257? Und der Verkäufer will auch noch polizeilich bewacht werden. Darf der BND das überhaupt - Ankaufen? Da müsste man mal ins Gesetz gucken. Die FAZ meint nun, die Selbstanzeige käme bei schon in der Zeitung genannten Banken zu spät - also doch. Die Raucherkeipen: hilft es, wenn man die Gäste als Künstler sprich Laienschauspieler bezeichnet oder gar einen Raucherverein gründet? Darf das Ordnungsamt den städtischen Stadtwerken verbieten, ein Ausstellungsplakat von Lukas-Cranach mit einer nackten Frau als Werbung zuzulassen? Verstoß gegen die öffentliche Ordnung? Die US-Gerichte lassen Klagen von Opfern staatlicher Terrorakte gegen die Staaten sprich Iran 1983 zu und "lockern" das Prinzip der Staatenimmunität. Dann entscheidet der Kongress, ob Konten dieses Staates eingekassiert werden dürfen. Das erinnert an die Klagen von Argentinien-Anleihen-Erwerbern, die die argentinischen Botschaftskonten bzw. -grundstücke verwerten wollten.

Die FAS weist wegen Unicef auf das Caritas-Urteil des BGH aus 1994 hin: es stellt keinen Betrug dar, wenn eine

spendeneintreibende Hilfsorganisation nicht ungefragt outet, dass sie 95% der gespendeten 100 DM an eine Drückerkolonne zahlt. Die StA Bochum räumt ein, dass einer aus ihrer Behörde dem ZDF den Tipp gegeben hat, so dass die Kameras schon um 5 Uhr morgens vor Herrn Zumwinkels Villa aufgebaut wurde. Rechtliche Konsequenz? So, jetzt weiß man, warum Herr Steinbrück dringend zu einer Selbstanzeige rät. Er braucht das Geld, da er ja für die CDRom 4,2 - 5 Mio € ausgegeben hat. Das ist never heard of, schon der Besuch von Herrn Zumwinkel live im Fernsehen war grenzwertig. Darf der Staat so Straftäter verfolgen? Schon bei dem agent provocateur hat man Magendrücken - aber das. Jetzt werden natürlich Mitarbeiter dieser Banken sich CDRoms ziehen und die an das Finanzministerium verkaufen wollen. Der Bund will angeblich vom Land NRW die Hälfte des CDRom-Kaufpreises erstattet haben - ör Erstattungsanspruch? Die sog. Leistungsträger haben am Wochenende alle ihre Kamme an, es ist ja so kalt, und die Bankmitarbeiter machen am Sonntag Überstunden in der Bank. Und die Anwaltskanzleien, die auf Mandanten hoffen und hohe Streitwerte, raten natürlich auch dringend zur Selbstanzeige. Als wenn dann Friede Freude Eickerkuchen wäre. Sie sind Ihr Leben lang im Verschleiß beim Finanzamt. Man sollte nie tun, was alle tun, jedenfalls in finanziellen Dingen. Der Kosovo erklärt sich zum Staat - Recht auf Sezession? Wie darf Serbien reagieren? Hat die EU die Kompetenz, sich da einzumischen? Nun klagt in München eine Familie des Straßennamensgebers gegen die Entnennung einer Straße. Klagebefugnis? Die Welt berichtet, dass Gangster wertvolle Gemälde stehlen, jedenfalls melde Scotland Yard das, um im Fall der Verhaftung einen Deal anbieten zu können: Freiheit gegen Picasso. Darf der Staat das tun - § 257, § 258 StGB?

"Steinbrück rät zur Selbstanzeige" titelt die FAZ - oh ne. Wenn man auf der CDRom drauf ist, dürfte das zu spät sein - die FAZ meint nein, bis zur Anklageerhebung könne man das noch - fragen Sie da aber lieber Ihren Arzt oder Apotheker. Wenn man nicht drauf ist, würde ich über Plan B gehen. Die FAZ rät davon ab, sich "wegzuducken" - ich würde dazu eher raten. Denn wenn da 900 Durchsuchungsbeschlüsse sind, hat die StA erstmal genug zu tun - man sollte sich ausblenden, unsichtbar werden, bloß keinen Tamtam veranstalten. Die Füße still halten. Aber bitte, drei Juristen, vier Meinungen. Oft kommt nach diesem Paukenschlag der Durchsuchung dann sehr lange gar nichts mehr und anderthalb Jahre später noch mal eine Durchsuchung (bitte nicht Razzia sagen, darüber hat sich eine Prüferin zu recht mal aufgeregt). Das schwierige an Steuerstrafverfahren ist ja nicht, Geld zu finden, sondern es steuerpflichtigen Geschäften zuzuordnen - bei Handwerkern geht das oft, weil die so dumm sind, eine zweite Buchhaltung zu haben. Ich nehme zudem an, dass alle Selbstanzeigen, die nächste Woche an die Finanzämter gehen, an die Steuerfahndung weitergereicht werden. Wieso ist die StA Bochum zuständig? Sie verweist auf § 13 StPO, was ich für einen Vorwand halte. Die wollten die Kölner StA umgehen - mein pauschales Vorurteil. Herr Zumwinkel hat zwei Hüte, den Anstellungsvertrag und die Organstellung. Was ist der "Rücktritt" also rechtlich? Am Montag wird vor einem ArbG eine AGG-Klage verhandelt, bei der 500.000 € verlangt werden. Angeblich berechnen die Anwälte den Diskriminierungsschaden auf 29 Jahre bis zum Rentenalter hoch. Wenn die sich vergleichen, kostet das keine Gerichtskosten. Sie wird Rechtsschutz haben und der arme Arbeitgeber muss seinen Anwälten nach diesem Streitwert die Rechnung zahlen. Gibt § 15 AGG das her? Die SZ meint, dass das Richterwahlverfahren verfassungswidrig sei, da im Grunde gar nicht der Bundestag sondern nur dessen Wahlausschuss, also 2% der Abgeordneten, über den Kandidaten neben dem Bundesrat mitentscheiden. Die SZ berichtet zudem interessant über die Heuschrecken. Diese Finanzinvestoren müssten 20% Gewinn machen, das würde man mit langfristigen Engagements nicht schaffen, also muss der Häuslebauer vergrault werden. Man behauptet einfach, die Sicherheiten hätten sich verschlechtert. Wegen § 800 ZPO und § 15 ZVG wird ratzfatz die Zwangsversteigerung eingeleitet und man kämpft als David gegen Goliath vor den Gerichten. Man solle die Grundschuld in eine Hypothek umwandeln. Die Vorschrift im Sachenrecht muss ich auch erst mal suchen. Ups, seit 2000 sind die Generalstaatsanwälte in NRW keine politischen Beamte mehr und seit dem Dienstantritt der jetzigen Justizministerin gibt es keine Berichtspflicht in spektakulären Verfahren mehr.

Herr Zumwinkel tritt zurück, die Zeitungen schreiben vom Vorstandsvorsitzenden, den gibt es im deutschen Aktiengesetz nicht, er ist ein primus inter pares, also Vorstandssprecher und kein CEO. Der Rücktritt ist im AG auch nicht geregelt, man ist sich aber einig, dass man Reisende nicht aufhalten soll. Wie ist es mit dem Rücktritt vom Aufsichtsratsvorsitzendenposten bei der Telekom - genauso? Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. In der Prüfung Laschet/Henssler/Ehlen am 14.2. kam die 5% Klausel-Entscheidung des BVerfG (unter Bezugnahme auf die VGH Münster Entscheidung aus 1997) sowie die Ein-Raum-Kneipe, wie das denn in NRW wäre, ob man da zum VGH käme. Der Staatsanwalt hat sich über den sonntags nicht ergangenen Haftbefehl gegen den Bickendorf Gangster aufgeregt. Im Zivilrecht Immobiliarsachenrecht. Bei Johannes B. Kerner sollen Taxifahrer sich über Strafverfahren beschwert haben, weil sie Ausländer für 400 € 10 Kilometer weit über die dänische Grenze fahren - § 9 II StGB - § 27 Hilfeleisten bei sozialadäquater Tätigkeit? Es geht bei Herrn Z. nicht um 10 Millionen sondern nur um eine hinterzogene. Der GA berichtet, dass die StA selber die Journalisten bestellt hat, damit der Beschuldigte genug Druck bekommt. Ist das mit § 136 a StPO vereinbar? Frau Lichtinghagen, Prüferin, wird als entscheidende Ermittlerin genannt. Darf das Büro im Posttower durchsucht werden? Handelt es sich um Räume des Beschuldigten oder von Zeugen? Der Kölner Stadtanzeiger schreibt, dass der eilends herbeigerufene Kollege S in seinem Porsche für Journalisten gut lesbar einen Zettel mit der Privattelefonnummer von Herrn Z. hinterlassen hat - ist das § 203 StGB?

Herr Z. wird wie Paul Schockemöhle die Bank wohl auf Schadensersatz in Anspruch nehmen, wenn die dann noch Geld hat, denn heute werden die deutschen Kunden dort ihr Geld abziehen und/oder eine Selbstanzeige machen - Steuerberater haben heute viel zu tun. Was lernt man aus dem Fall? Es kommt immer raus. Knut macht Rechtsgeschichte. Der Tierpark Neumünster meint, er habe den Vater Knuts an den Berliner Zoo ausgeliehen und mit dem vereinbart, dass der Tierpark den Erstgeborenen bekommt. Jetzt will der Tierpark natürlich an die Millionengewinne. Anspruchsgrundlage? Der Generalanwalt hat am 14.2. in Luxemburg dafür plädiert, dass der Führerscheintourismus durch deutsche Behörden verhindert werden kann. Schranke der Dienstleistungsfreiheit? Das Land Brandenburg hat sich in einer Hauruck-Aktion vor Eintritt der Verjährung im Jahr 2000 Bodenreformgrundstücke unter den Nagel gerissen, so sieht es jedenfalls der BGH. Wie sieht es mit der Ersitzung und Versitzung von Grundstücken im BGB aus? Wären die nicht sowieso an den Staat gegangen? Der Fall Görgülü ist wohl endgültig zum guten Ende gekommen. Nach 8 Jahren bekommt der Vater seinen Sohn. Das SG Gelsenkirchen muss entscheiden, ob Tätowierer in die Künstlersozialversicherung einzahlen müssen oder nicht. Für Dieter Bohlen hat das BSG dies wegen der schlechten Verträge von RTL bejaht und bei Modells auch. Ist ein Quizmaster Künstler? Geschlossene Immobilienfonds sollen nicht unter die Abgeltungssteuer fallen. Viele Banken bitten zur Zeit ihre Kunden zu einem Gespräch. Schmeissen Sie Ihr Geld direkt gebündelt aus dem Fenster statt in einen geschlossenen Immobilienfonds zu investieren. Mir läuft es kalt über den Rücken, wenn ich an die Fälle denke, die ich in meiner Einzelkanzlei schon zu sehen bekommen habe. Im Mündlichen wird gefragt, was das rechtlich sei, ein offener, ein geschlossener Fonds? Und wozu man in dem einen oder in dem anderen sein Geld verbrenne - nichts gegen manche offene Immobilienfonds. Prof. Dreier wird wohl einen Rückzieher machen, da der Bundesrat die für den 15.2. angesetzte Wahl abgesetzt hat. Im Bundestag großen Bohei über die Stichtagsregelung machen aber diesem Mann vorwerfen, dass er differenziert nachdenkt. Auch das OLG Düsseldorf hat einen Fideikommiss-Senat, wie der Geschäftsverteilungsplan ausweist.

In der Prüfung Kapischke/Eschweiler/Waltermann am 8.2. kam der Wolfgang-Daschner-Fall, der Zivilrechtler war protokollfest, im ÖR kam das Bundesgesetz, welches einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz verschafft. Herr Zumwinkel hat die StA im Haus - 10 Mio Steuern sollen über Liechtenstein hinterzogen worden sein, da ist der Name ja schon Programm. Die Voraussetzungen des Haftbefehls werden wie die Besetzung der Spruchkörper immer geprüft - IMMER. Die spannende Frage für seinen Anwalt, was macht man, wenn man morgens um 7 Uhr 10 angerufen wird, die StA sei im Haus? Wurde auch schon mal im Mündlichen gefragt. Der Haftbefehl ist ausser Vollzug gesetzt worden - nicht aufgehoben worden - gegen eine Kautions, die Verdunkelungsgefahr scheint also nicht zu bestehen. Heute nacht werden noch andere Kunden dieser Bank unruhig schlafen, auf der CDROM soll noch mehr drauf sein. Nach dem Handschriftenstreit gibt es nun den Hausbuchstreit um § 5 Kulturschutzgesetz, Sartorius 510. Hat diese Vorschrift irgendwelche tatbestandlichen Voraussetzungen? Wenn ja, sind die gerichtlich überprüfbar? Wird hier Art. 14 GG verletzt? Der Kosovo erklärt sich zum Staat, verstösst die Anerkennung durch andere gegen die Resolution 1244 und wenn ja, hindert das die Anerkennung? Wie wird man ein Staat? Darf der Bund seiner KfW-Bankengruppe mit Geld unter die Arme greifen, weil die Großaktionärin der IKB ist? Brüssel dürfte schräg aus der Wäsche gucken. In den Zeitungen ist von "übergeordnetem Notstand" die Rede. Was soll das denn sein? Darf der Bund so ins Bankengeschäft eingreifen? Kann eine andere Bank Konkurrentenklage gestützt auf Art. 12 GG erheben? Wenn man sich auf die Homepage des BMJ einklickt, wird man 14 Tage lang gespeichert. Ein Anwalt hat dagegen geklagt und eine strafbewehrte Unterlassungserklärung verlangt. Frau Zypries wollte das Vertragsstrafversprechen nicht unterschreiben. Die Gerichte meinen, dass müsse sie. Es gibt eine neue Golfregel 19-2: Trifft ein Spieler mit seinem Ball beim Schlag sich selbst, seine Ausrüstung oder seinen Caddy, dann muss er sich nur noch einen (nicht mehr zwei) Strafschläge anrechnen. Man trifft also den Baum, der Baum schlägt zurück und man hat den Ball im Auge oder der Ball liegt weiter hinten als vorher, weil er von meiner Beule noch einen hübschen Satz gemacht hat, und man bekommt noch einen Strafschlag. Wenn man aber einen Mitspieler trifft, gibt es gar keinen Strafschlag. Eigentlich zum Schreien.

Was macht man mit einer Schulrektorin, bei der sich 13 von 18 Lehrern krankmelden? § 63 LBG NW. Das BVerfG hält die 5% Klausel bei Kommunalwahlen für unzulässig. Der VGH Münster hatte das schon Ende der 90er Jahre entschieden. Was ist der Unterschied bzw. sind die Unterschiede zwischen dem Bundestag und dem Gemeinderat und zwischen MdBs und Ratsherren? die Immunität, die Bezahlung, die Haftung bei den letzteren, der Rat ist Exekutive, allerdings nicht immer, aber meistens. Der volle Text der Anwaltsentscheidung ist da - IX ZR 5/06 - aus dem original wiedergegebenen Brief des Kollegen lernt man wieder mal die facts of life im harten Anwaltsgeschäft. Der Bonner Generalanzeiger berichtet, dass das Familiengericht ein nach Ansicht der Ärzte und des Jugendamtes mißhandeltes Kind in der Familie ließ. Die Beschwerde des Jugendamtes wurde vom OLG Köln als unzulässig verworfen. Nun ist das Kind mit einem Beinbruch ins Krankenhaus eingeliefert worden. § 1666 a BGB, § 621 a ZPO, § 50 ff.. SGB VIII, § 50 III FG. Ausserjuristisch sage ich dazu nichts. Die Würzburger Stadtwerke klagen gegen die Deutsche Bank, weil die ihr Swap-Geschäfte (Zinstauschgeschäfte, näher kann ich das nicht erklären, dazu müsste ich Betriebswirtschaft studieren) verkauft hat. Es ist immer dasselbe. Gemeinden fallen auf jeden Angelhaken rein, den Banken ihnen hinhalten: Crossborderleasing war auch so was. Wenn Gemeinden insolvent werden könnten und diese Mitarbeiter

ihren Job verlieren würden, wenn sie das Motto "was der Bauer nicht kennt, frisst er nicht" mißachten, könnte sich was ändern. Es gibt ein Spekulationsverbot aus dem Wirtschaftlichkeitsgebot der GO, aber was nützt das schon? Ein gut gehütetes Geheimnis ist, wie die Justiz ihr Geld anlegt. Wenn da Geldstrafen reinkommen, werden die ja nicht auf ein Sparkonto getan - ich stelle mir so vor, dass da ein paar Leute wie Monsieur Kerviel in einem Kellerbüro sitzen und an der Börse spekulieren. Der VGH Rhld-Pfalz hat die Ein-Raum-Raucher-Kneipe gerettet. Gibt es in NRW eine Landesverfassungsbeschwerde und Landesgrundrechte? Art. 12 GG - Berufsausübung oder Wahl? Jetzt werden natürlich alle Kneipiers das Hinterzimmer an eine Mitarbeiterin verfranchisen und dann behaupten, das sei eine Ein-Raum-Kneipe. Die FAZ berichtet über den Fidei-Kommiss-Senat des OLG Stuttgart. Das Land habe ein Vorkaufsrecht an einer Handschrift und habe die Verkaufsgenehmigung nach § 182 BGB nicht erteilt. Zu den Kreditverkäufen. Frau Zypries will § 354 a HGB abschaffen. Das führt natürlich nicht dazu, dass Kredite nicht mehr verkauft werden sondern dass es billige Kredite gibt und teure. §§ 137, 1136, 399 BGB würde ich mir ganz doll angucken. In Recht und Steuern beschwert sich jemand, dass diese Kreditaufkäufer doch nette Leute seien und nur falsch dargestellt würden. Es soll so was wie bestellte Aufsätze geben. Generell gesprochen.

Wird ein ausländischer Beschuldigter nicht über das Recht, jemanden von der Botschaft sehen zu dürfen gemäß Art. 36 WÜK, belehrt, so führt das zu keinem Beweisverwertungsverbot und keinem Straf- oder Vollstreckungsabschlag, BGH 3 StR 318/07 - wir haben uns aber beim IGH über die Behandlung der Gebrüder Lagrand beschwert. Kann es sein, dass der BGH wieder zu seiner alten Rechtsprechung (keine Beweisverwertungsverbote ausser bei Wahrsagerinnen) zurückkehrt, nachdem Herr Tolksdorf hauptsächlich Verwaltung und Vorträge machen muss? Ah so, man hat keine Angst vor Kreditaufkäufern, weil die bei Zahlungsverzug des Kunden kündigen und die Zwangsversteigerung betreiben. Das machen deutsche Banken natürlich auch. Sondern weil in den Vertragsbedingungen steht, dass die Verschlechterung des Grundstücks oder des sonstigen Vermögens ein Kündigungsgrund ist und die behaupten dann einfach, das wär der Fall. Der Kunstraub in der Schweiz erinnert an die klassische Klausurenkonstellation: haben die Täter Zueignungsabsicht, wenn sie von vornherein vor haben, dem Museum bzw. dessen Versicherung das Bild zum Rückkauf anzubieten? Ist das eine nachfolgende Erpressung oder fehlt der Schaden? In welchem Konkurrenzverhältnis stehen § 249 und § 253? Mitbestrafte Vortat oder Realkonkurrenz? In Hamburg wird auf Landesebene kumuliert und panachiert. Alle praktizierenden Länder sind auf Kommunalebene davon begeistert, obwohl die Wahlzettel bettlakengroß sind und man mit einer großen Thermoskanne und drei belegten Broten in die Wahlkabine muss. Man kann die Personalentscheidungen der Partei korrigieren, indem der Kandidat auf Platz 1 hängen gelassen wird und der auf Platz 18 die kumulierten Stimmen erhält. Am 12.2. verhandelt Karlsruhe über Awacs III und OVG Münster über die Scientology-Überwachung. Die EG-Kommission rügt das Kirchenprivileg im AGG. Ist das bei uns über Art. 79 III GG geschützt? Dann dürfen die da nicht dran. In den Januarklausuren kam die Konstellation des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat: darf ein Land die Stimme uneinheitlich abgeben bzw. wann ist das überhaupt der Fall? Der Art. 51 III GG ist mit der klassischen Auslegungsmethode vorzuturnen. Und die unechte Vertrauensfrage. Im Strafrecht Tötung auf Verlangen und Beihilfe zum Selbstmord in allen Varianten. Im Zivilrecht ZPO, Grundschuld, HGB, gutgläubiger Erwerb. Es wird bald keine Eiben mehr geben. Das OVG Münster - 8 A 90/08 - meint, wenn dreijährige Kinder im Hause wohnen, muss die Stadt das Abholzen erlauben. Und bei Kastanien? Wenn so ein Kind eine Kastanie in den Mund steckt, hat es doch auch Probleme - oder eine Tannennadel?

In der Prüfung Steininger im 2. Examen am 7.2. kam der Ludwighafener Brand und die Frage, ob wir türkische Staatsanwälte ranlassen dürfen. Sowie die Pattsituation in Hessen, Vergleich mit NRW und dem Bund. In der Prüfung Preuß/Lynen/v.Bassewitz am 24.1. wurden aus 21 40, aus 32 66 und aus 25 61 Punkte. Im Zivilrecht wurde nach den geplanten Änderungen im Erbrecht gefragt. Die Menschenwürdeproblematik wurde im ÖR geprüft und ein Zeitungsartikel: kann ein Schüler, der wie ein Punk rumläuft, von der Schule verwiesen werden? Im Strafrecht will ein angeblicher Ferrariinteressent den Motor starten, um den Sound zu hören und fährt dann durch die Schaufensterscheibe und auf und davon. In der Prüfung Dauner-Lieb et alia am 8.2. kam als Vortrag der Ersatzanspruch einer Mutter, die zwei Vereinskinder Trainingsanzüge gekauft hatte - gegen den Verein, gegen die Eltern? Im Zivilrecht reißt sich das fünfjährige Kind los - § 823. Im Strafrecht wird ein Taxifahrer überfallen. Im ÖR kam das Verbot, mit Springerstiefeln etc. zu demonstrieren - fällt übrigens die IG-Metall-Leibchen-Verkleidung bei den Demos der Nokia-Mitarbeitern unter § 3 VersG? "Sagen Sie mal was zur Erledigung". Und: was am 27.1. war. Gedenktag Auschwitz/Wahl Hessen. Die FAZ berichtet, dass ein Anwaltsbüro keine Anzeige schalten darf, in der ein Junganwalt für ein Jahr zu 1.000 € plus Haftpflicht, Anwalts- und Fahrtkosten gesucht wird. Das sei unanständig. Ok, die werden dann aber überhaupt keinen Anwalt mehr suchen sondern nehmen einen Referendar. Oder zwei. Die EG-Kommission verlangt eine Nachbesserung des AGG wegen der Schlechterstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaft gegenüber der Ehe. Was ist mit dem Abstandsgebot des Art. 6 I GG? Geht EG-Recht dem vor? Die Kirche wird das nicht lustig finden.

Die FAS erzählt in einer Buchbesprechung interessant zur Geschichte der Präambel. Platon habe die gefordert, da der Gesetzgeber nicht nur befehlen sondern überreden solle. In der französischen Revolution wurde sie verboten, seither

gebe es sie nur in Verfassungen und dann wieder im EG-Recht: die Erwägungen vor Richtlinien und Verordnungen. Präambeln wie Zusätze, so "signing statement" des US-Präsidenten z.B. dienen nur dazu, neben dem Gesetz anderes Recht zu erfinden und somit das Gesetz zu entkräften. Cicero habe gesagt, vor Gericht bediene der Rhetor sich des Rechts, er diene ihm nicht. Noch was zur Gegenwart: eine sehr große Kanzlei verlangt, dass Sie innerhalb dreier Jahre einen Gesamtumsatz von 400.000 € machen, sonst wird Ihnen nahegelegt, sich was anderes zu suchen. Und es gibt Anwälte, die immer rumweinen, sie müssten bis 21, 22, 23 Uhr arbeiten. Bei denen hängt das Sacko über dem Stuhl, der PC ist an, die sind abends aber dann zwei Stunden weg und schicken, bevor sie nach Hause gehen, noch eine email raus.

Ein türkischer Politiker fordert türkische Schulen in Deutschland. Dürfen wir das überhaupt? Art. 33 GG? In Bonn gab es jedenfalls eine französische, amerikanische und sonstige Schulen, solange die Diplomaten noch hier waren. Ein englischer Glaubensmann möchte die Scharia bei muslimischen Mitbürgern anwendbar sein lassen - das machen wir demächst mit Rom I auch, es sei denn, der ordre public steht entgegen. Nicht staatliche Rechtsordnungen sind wählbar. Stellen Sie sich vor, Sie sind Staatsanwalt und zuständig für den Buchstaben Ö wie Österreich und sehen im Fernsehen, wie ein deutscher Fußballspieler in Wien mit einem Laserpointer bei der Ausübung eines Freistosses gehindert wird. Ist das Gewalt gemäß § 240 StGB und/oder Körperverletzung nach § 224? Verfolgen wir das im Ausland? Ministerpräsident Beck (eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass Herr Stoiber die EU entbürokratisiert) hat bewirkt, dass der Tatort am Sonntag nicht gesendet wird. Ich dachte, wir haben kein staatliches Fernsehen. Die Zeitungen besprechen die BGH-Pressemitteilung vom 8.2.: eine Kanzlei nimmt ein Stundenhonorar von 500 € netto und sagt dann dem Mandanten, dass sie gegen den Gegner nicht vorgehen will, weil der ein guter Mandant eines Sozius ist. Die weigern sich, das gezahlte Honorar von 22.000 € zurückzuzahlen. Der Mandant gewinnt erst beim BGH! Ich vermute, er hat eine Rechtsschutzversicherung. Hoffentlich. Liegt hier eine Pflichtverletzung vor? Hat der Mandant einen Schaden, denn immerhin hat er doch wohl eine Leistung bekommen?

Was ist der Unterschied bzw. die Gemeinsamkeit zwischen Ihrer Prüfung und DSDS - rechtlich, nicht vom Unterhaltungswert her? Wird man durch Prüfungen zum Objekt staatlichen Handelns? Dr. Teubners Todesanzeige ist in der FAZ - er war ein Prüfer, wie er sein soll. Einer seiner Fälle: ich komme in meine Metzgerei, an der ein Schild hängt "Hunde bleiben draussen". Ich bringe meinen Löwen mit. Was sagt der Metzger und auf welche Auslegungsmethode beruft er sich? Auf welche Auslegungsmethode berufe ich mich? Jetzt muss ich erst mal zu Gericht.

In der Prüfung Hellebrand/Wackerbarth/Traumann am 6.2. wurde gefragt, warum man sich demnächst bei einem fremdfinanzierten Hauskauf Sorgen machen müsse - der Verkauf der Kreditforderungen und die fehlende Akzessorietät der Grundschuld. Im Vortrag hat ein Anwalt einem Beschuldigten ein falsches Alibi verschafft und so das Verfahren verzögert. Und Beweisverwertungsverbot bei der später Verlobten - § 252 StPO? Im Zivilrecht die Haftung nach § 28 und § 176 HGB, im ÖR die Beschlagnahme einer zu lauten Stereoanlage, im Strafrecht kassiert ein falscher Polizist Knöllchen ab und ein "Kunde" fährt auf ihn zu. Der Koelner Stadtanzeiger berichtet, dass ein Haftrichter am Sonntag gegen einen "Bickendorf Gangster", der in der U-Bahn Leute zusammengeschlagen haben soll, keinen Haftbefehl erlassen habe, weil er sonntags an dessen Vorstrafenregister nicht rangekommen sei. Die StA ist in die Beschwerde gegangen. Kann der Haftrichter den Kunden nicht bis Montag früh nach § 127 StPO festhalten? Die SZ und die FAZ - Prof. Wertenbruch - schreiben über den Fall Webster. Das Sportrecht mag ja dem Spieler ein Kündigungsrecht geben, aber das deutsche Arbeitsrecht noch lange nicht. Gerichtsvollzieher hätten schon e.V. bei den neuen Vereinen vollstreckt und den trainierenden abtrünnigen Spieler vom Rasen geholt. Wenn dieser Art. 17 aber auf Europarecht beruht, kann das deutsche Arbeitsrecht doch auch nichts ausrichten oder? Der BGH wird Anfang April entscheiden, ob der Kunde, der sich eine Payback-Karte aufschwätzen lässt, mit SMS- und Email-Werbung traktiert werden darf. Der freiwillige gläserne Kunde und wir regen uns über staatliche online-durchsuchung auf. Soviel zu "unveräußerlichen Grundrechten". Das LG Köln hat der zu einem Mann umoperierten Frau im Prozess gegen den Chirurgen recht gegeben. Die OP war 1977, wie kommt das mit der Verjährung hin? Altes oder neues Recht? Die Welt berichtet über eine Regressfalle von Anwälten. Wenn ein Vermieter wegen Zahlungsverzuges kündigt, muss er keine Liste mit Zahlungen und ausbleibenden Zahlungen in die Kündigung einbauen - jedenfalls nicht bei klaren Fällen. Wenn der Mieter mal zahlt und dann wieder nicht, würde ich das aber doch noch tun. Eine ordentliche Kündigung sei trotz nachgeholter Zahlung immer noch möglich - VIII ZR 6/04. Die Protokolle Schuschke/Murmann-Suchan/Banke sind da, hier die Punkte präzise: Aus 17 wurden 40, aus 33 79, aus 41 80, aus 37 65, aus 29 81, aus 33 66.

In der Prüfung Limpens/Diesterheft/Grunewald am 30.1. wurden aus 51 92, aus 35 68, aus 49 91, aus 26 57 und aus 56 104 Punkte. Im Strafrecht kam der altbekannte Tesabandfall OLG Düsseldorf NJW 2000 S. 158. Das ArbG Hamburg meint, § 9 AGG sei europarechtswidrig, die evangelische Kirche müsse eine Muslimin einstellen bzw. bei Nichteinstellung nach § 15 AGG Schadensersatz zahlen. Die SZ diskutiert, ob DSDS die Menschenwürde nach der Objektformel des BVerfG verletzt. Ist Dieter Bohlen an das Grundgesetz gebunden oder gar RTL? Kann man seine Menschenwürde an der Studiotür abgeben? Hat das was mit Menschenwürde zu tun oder fallen da nur Folterfälle und abzuschliessende Flugzeuge sowie Stammzellen drunter oder auch nicht? Was ist der Unterschied zum

Zwergenweitwurf? Und strafrechtlich: entfällt eine Beleidigung wegen Einwilligung? Sind diese Kandidaten einwilligungsfähig? Liegt der informed consent vor? Eine Bank verlangt von einer Kundin, deren Kind in der Schalterhalle in einen Hundehaufen getreten und den flächendeckend verteilt hatte, Schadensersatz. Sie hat die Kundin aufgrund des Videofilms auffindig gemacht. Die rechtlichen Fragen liegen auf der Hand. Die FAZ erörtert in Recht und Steuern die BAG-Urteile zu § 613 a BGB des letzten Jahres. Es hilft wohl nur, den Laden zwei Tage zu schliessen und dann zu verkaufen. "Jurisprudenz ist eine Klugheitsdisziplin und damit vom Gedanken der Arbeitsökonomie beherrscht. Es geht eben gerade nicht um das mechanische Abklappern von Prüfungsschemata. Damit scheint mir auch der Aspekt entkräftet, den das Zweitvotum als Positivum herausstreicht: das deutliche Bemühen um ausführliche Behandlung." Ein Zitat aus einer Hausarbeitskorrektur - Sie können erahnen, was als Note da drunter gestanden hat.

Der Chefredakteur des Spiegel darf nicht mehr zur Arbeit kommen. Ist er Arbeitnehmer? Gelten die Kündigungsfristen des § 622 für ihn oder schlägt die Tendenzbetriebsregelung des § 118 BetrVG auf das Individualarbeitsrecht durch? Gibt es ein Recht auf Beschäftigung oder nur auf Bezahlung? Die SZ diskutiert, ob man zum Mehrheitswahlrecht wie im Kaiserreich zurückkehren solle - Art. 38 GG sagt dazu ja nichts - dann doch lieber d'Hondt. Dr. Schuschke hat in der JuS-Beilage im Februar den gelaufenen Vortragsfall Wein in der Minibar besprochen und gibt Tipps zum Vortrag. Das JuS-Heft selber enthält die Hehlereientscheidung zum Navi im Internet. Wie kommt man aus einem Partnervermittlungsvertrag raus? Diese "Institute" nützen den Leidensdruck einsamer Menschen aus und nehmen richtig viel ein - der BGH prüft bei einem Lockvogelangebot § 138, § 123, Haustürwiderrufsrecht, § 627 BGB - III ZR 239/06. Bei Immobilienanzeigen gibt es das auch "Chefarzt sucht repräsentative Villa" - der Vermieter, der sich daraufhin meldet, bekommt den Langzeitstudenten S angeboten. Die Zeitungen berichten von einer englischen Bank, die 160.000 Kunden ihre Geldkarten gekündigt hat. Das sei in Deutschland nicht möglich, dazu gäbe es Rechtsprechung. § 676 h sagt dazu nichts. § 671 BGB? Und Rechtsprechung? Palandt und google helfen da auf den ersten Blick nicht - aber wahrscheinlich guck ich nur falsch. Das OLG Frankfurt hat wie andere Gerichte aufgrund eines Gutachtens eines Bundesamtes festgestellt, dass der Sicherheitscode einer Geldkarte nicht zu knacken sei, deshalb hafte der Kunde für unerklärliche Abhebungen. Was die Zeitungen nicht sagen: das Bundesamt sagt dem Gericht nicht wie sonst in jedem anderen gerichtlichen Gutachten, wie sie und was sie prüfen. Denn dann könnte ja jemand in die Gerichtsakte gucken und das Sicherheitssystem kennenlernen. Niemand weiss, ob das stimmt, was das Bundesamt da sagt - es ersetzt die richterliche Entscheidung. Diese Geheimniskrämerei ist für mich der Beweis, dass das Sicherheitssystem doch nicht fälschungssicher ist. Darf die UNO im Bürgerkrieg im Tschad eingreifen, obwohl es ein interner Konflikt ist? Ja, Art. 2 der UNO-Charta erlaubt Kapitel 7 in diesen Fällen. Prof. Roth meint, dass aussereuropäische Staatsfonds abgewehrt werden können, weil die sich nicht auf europäische Grundfreiheiten berufen können. Allerdings werden die sich natürlich ein pied à terre besorgen. Besteht bei dem Verkauf von Kreditverträgen (unjuristisch gesprochen) die Gefahr der Zwangsversteigerung wegen der fehlenden Akzessorietät zwischen Grundschuld und Kredit? Solange der Kunde die Grundschuld bedient, nicht. Ich seh das Problem nicht.

Welche Rechtsfolgen hat die unterlassene Information bei Betriebsübergang nach § 613 a V BGB? Das BAG meint am 31.1. jedenfalls keinen Schadensersatzanspruch, wenn der Arbeitnehmer dem Betriebsübergang nicht widersprochen hatte und dann betriebsbedingt vom neuen gekündigt wird. Höchstens, wenn für diejenigen, die widersprochen hatten, ein Sozialplan vereinbart worden sei. Ohne gibt es nichts. Dann ist die Vorschrift also nichts wert.

Die FAS berichtet, wie man korrekt eine Selbstanzeige verfasst. Das wichtigste, was jeder Steuerberater in jedem Lehrgang lernt, hat sie vergessen. Das Wort "Selbstanzeige" darf in dem Brief nicht auftauchen, sonst geht die Akte direkt vom Finanzamt an die Steuerfahndung. Es wird zudem über ein Verfahren beim LAG München berichtet: ist ein Fußballtrainer Arbeitnehmer? Das ArbG hatte sich auf die Bescheinigung der Rentenversicherung nach § 7 IV SGB IV zur Scheinselbstständigkeit verlassen, was nicht geht, da man hier Äpfel mit Birnen vergleicht. Mr. Webster regt die Fußballwelt auf, das zweite Bosmanurteil. Kein Verein kann einen Spieler länger als drei Jahre halten, alles andere wäre europarechtswidrig. Loddar ist wieder solo, Nicolas ist vorübergehend in festen Händen.

Darf einer Ausländerin, die behauptet, Mutter eines Kindes mit deutschem Vater zu sein und deshalb hier bleiben zu wollen, eine Blutprobe abgenommen werden? LG Düsseldorf in der NJW Heft 6 meint ja - Strafbarkeit nach dem Aufenthaltsgesetz - warum nicht wegen Personenstandsverfälschung? Ich sichere meine Cannabisplantage Tara mit einer Selbstschussanlage - ist das § 30 a BTMG? BGH 4 StR 435/07 meint, das sprengt den Wortlaut. Die Nato will Bundeswehrsoldaten für den Norden Afghanistans, die Amerikaner für den Süden. Wer entscheidet das bei uns? Haben wir nach der Tornadoentscheidung noch ein Parlamentsheer? Die Ruppigkeit der Amerikaner lässt natürlich die Aufstockung im Norden in den Hintergrund treten und keiner regt sich darüber mehr auf. Das BVerfG soll die Mangoldentscheidung auf die lange Bank geschoben haben. Herr Papier soll aber auf jedem Juristenstammtisch auf hohem Niveau darüber sprechen. Warum entscheiden die dann nicht so schnell wie möglich?

Das VG Köln hat gerade einen aktuellen Fall zum Karneval in Bonn entschieden: jemand bekommt für Rosenmontag die

Erlaubnis ein Festzelt hinzustellen, natürlich um viel Geld zu verdienen und gegen eine hohe Gebühr. Ein anderer, der mit einem Ratsmitglied verwandt sein soll, bekommt danach eine Sondererlaubnis für ein Techno-Dings-Bums in der Nähe, welches die Kunden am Rosenmontag wegnehmen wird. Der erste beantragt vorläufigen Rechtsschutz, dieser wird mangels drittschützender Norm abgelehnt. Ich würde als Anwalt des Antragstellers argumentieren, dass er in Art. 14 GG verletzt ist. Die Behörde kann ja auch nicht für dieselbe Kiesgrube zwei Auskiesungserlaubnisse erteilen. Vor allem, wenn sie den Gewinn durch hohe Gebühren mit abschöpft. Die EG-Kommission macht uns Streß wegen des Glücksspielverbotes. Es sei verlogen, zu behaupten, man wolle die Spielsucht verhindern, wenn der Staat trotzdem Glücksspiele anbiete - dem ist nichts hinzuzufügen. Der ausgeschiedene BGH-Präsident fordert ein Mitspracherecht der Justiz bei der Besetzung der Topjobs in der Justiz. Das hätte er natürlich gerne. Bei der Ernennung von Herrn Neskovic hatte sich der BGH an die Presse gewandt, um ihn zu verhindern. Ist die im GG vorgesehene Methode verfassungswidrig? Verfassungswidriges Verfassungsrecht? In England hat eine vergewaltigte Frau 15 Jahre nach der Tat den Täter auf Schmerzensgeld verklagt, nachdem dieser im Lotto gewonnen hatte. Verjährt?

Januar: Der BGH hat sich jetzt offiziell der Tatherrschaftslehre angeschlossen - BGH 4 StR 425/07. § 315 b ist bei absichtlich herbeigeführten Unfällen nur bei hohen Schäden anzuwenden, BGH 4 StR 1/07 - bei Gericht habe ich neulich einen Fall mitbekommen, in dem der Beklagte 5 Mal in zwei Jahren von rückwärts ausparkenden Leuten angefahren wurde - sein Auto. Der wartete offensichtlich und fuhr dann los - so kommt man an das Geld anderer Leute - das Schöffengericht hatte sich geweigert, zu eröffnen. Zu § 227 BGH 4 Str 453/07 - er bestätigt seine ständige Rechtsprechung - Daumen runter. Die Postkonkurrenten klagen vor dem VG (welchem?) gegen den Postmindestlohn, im Eilverfahren, welchem? Darf McDonalds von Bewerbern verlangen, dass sie ein vollständiges und sauberes Gebiß sowie keine Tätowierung haben oder ist das eine Diskriminierung nach dem AGG? Vor dem ArbG Hamburg streitet man sich darum. Die Präsidentin des BAG hat eine Entscheidung zum Spartentarifvertrag für die zweite Jahreshälfte angekündigt und eine Änderung der Zuständigkeiten für Streiksachen - Eilsachen kommen ja nie zum BAG, da es für e.V. nur Berufung gibt - abgelehnt, da das BAG keine Tatsacheninstanz sei. Prof. Rieble hat in der SZ ausgeführt, dass Eigentum nicht zum Hierbleiben verpflichtet und die Niederlassungsfreiheit zum Weggehen berechtigt. Rechtlich alles sehr zutreffend, aber die Mitarbeiter bei Nokia finden das wohl menschlich nicht richtig. Das Erbrecht soll geändert werden. Frau Zypries sagte im Fernsehen, bisher würden nur Pflegeleistungen entgolten, wenn der Pflegende seinen Beruf aufgibt. ??? Das hat doch wohl was mit der Pflegeversicherung aber nicht mit Erbrecht zu tun. Erbnunwürdigkeits- und Pflichtteilsunwürdigkeitsgründe sollen modernisiert werden. Und der Pflichtteil an sich. Der anglo-amerikanische Rechtsraum will den sowieso nicht - ein Testament mit zwei Zeugen und die Mischpoke ist komplett enterbt. Die Franzosen haben ein Noterbenrecht, das ist mehr als der Pflichtteil. Die Stammzellenforschung im Hinblick auf die vielleicht antastbare Menschenwürde sollte anhand des Urteils des EGMR in Sachen Vo/Frankreich aus dem Jahr 2005 angeschaut werden. Unser Embryonenschutzgesetz verbietet die Herstellung von embryonalen Stammzellen. Das Stammzellengesetz erlaubt den Import von Stammzellen. Der EGMR meint, Embryonen fielen nicht unter den Schutz des menschlichen Lebens nach Art. 2 EMRK. Was ist, wenn der EuGH das auch so sieht und solche Zellen schlicht als Ware definiert?

In der Prüfung Limpens/Grunewald/Diesterheft am 30.1. kam im Vortrag der gefährliche Pittbull, der im Tierheim abgegeben werden soll. und zwar von einem Nichteigentümer - einstweiliger Rechtsschutz. Der Vorsitzende sagte, man solle regelmäßig auf die Homepage des JPA gucken, weil die Anweisungen zum Vortrag dauernd geändert würden - z.B. ob der Sachverhalt erzählt werden soll oder nicht. Im Zivirecht kamen fünf (!) Fälle quer Beet. Wie kommt ein Schwarzfahrer, der in der Revision beim OLG war, zum BGH, weil er 9 Monate ohne Bewährung bekommen hat? BGH 4 StR 400/07. Eon soll 38 Millionen Euro für den Siegelbruch nach Brüssel zahlen. Ich glaube, ich finde mich in dieser Welt mit Milliarden und Millionen allmählich nicht mehr zurecht. Vor hundert Jahren gab es in Frankfurt das erste Jugendgericht - ein 17jähriger Schlosserlehrling, der 8 Feilen hatte mitgehen lassen, kam mit einem Verweis davon, eine 13jährige Schülerin, die ein Schulheft sowie Garn gestibzt hatte, bekam 3 Tage Gefängnis. Alle Zeitungen berichten über den 30.1.1933 als Tag der Machtergreifung, was juristisch nicht stimmt, da der Reichskanzler in dieser Präsidialverfassung ein kleines Würstchen war. Man wollte einen starken Präsidenten nicht als Ersatzkaiser, nicht aus Nostalgie, sondern, weil man glaubte, Bolschewiken so verhindern zu können. Die würden ja nicht übers Auswärtige Amt Karriere machen wollen sondern in Turnschuhen Karriere über die Parlamente machen. Machtergreifung war das Ermächtigungsgesetz, welches auf Art. 48 WV gestützt wurde. Aber dazu erst im März. Es soll einen internationalen Streik gegen Nokia geben - der EuGH hat solche Sympathiestreiks im Viking Line Fall 2007 zugelassen, obwohl er keine Kompetenz für das kollektive Arbeitsrecht hat. Die NATO fordert einen Kampfeinsatz von uns. Ist das noch von dem Zustimmungsgesetz 1955 gedeckt? Das AG Erlangen verhandelt am 30.1., ob ein Demonstrant sich ver mummen darf, weil er Repressalien sprich Hausbesuche des politischen Gegners befürchtet. Werden Haftzeiten in Teheraner Geiselnhaft als Rentenersatzzeiten angerechnet? Für die Sozialrechtler interessant.

In der Prüfung Schuschke/Banke/Murmann-Suchan am 29.1. kam der Wallach Diokletian - BGH VIII ZR 210/06 und BGH V ZR 124/05. Baurecht, Konkurrentenklage im Beamtenrecht, im Strafrecht Kleinkram zu Tötungsdelikten. Im IPR eine

NJW-Entscheidung zur Ehescheidung. Aus 30 wurden 81, aus 37 65, aus 41 80, aus 33 79 und aus 18 44 sowie aus 32 66 Punkte. Das BVerfG hat zum wiederholten Mal einem Fernsehsender, der vor und nach einer Strafverhandlung filmen will, recht gegeben - der damalige Fall N-tv und Honnecker war Klausur. Das eigentlich Problem ist, welchen "normalen" Rechtsbehelf es gibt - nach GVG, StPO, VwGO, wenn der Vorsitzende Richter nicht will. Keinen, deshalb war damals das BVerfG verblüfft, dass N-tv sich ihm sofort auf den Schoß setzte. Im Eilverfahren. Der ZDF-Chefredakteur meint, da die Urteile im Namen des Volkes ergingen, müsste das auch übers ZDF zugucken können - ooojeeeee - was heißt "Im Namen des Volkes" - doch nicht, dass Richter Sprachrohr des Volkes sind. Der EuGH hat sich im Fall *promusicae / telefonica* unverhohlen mit Grundrechten beschäftigt - also nicht mehr als Sättigungsbeilage zu Grundfreiheiten sondern pur. Der EGMR müsste ihm eigentlich die Krallen durchs Gesicht ziehen, der wird aber froh sein, dass ihm jemand Fälle abnimmt. Wie geht es in Hessen weiter? Die SZ führt Art. 114 der Verfassung auf - die Wahl des MP verlangt unbedingt die absolute Mehrheit von 56 Stimmen. Falls das nicht passiert, bleibt er "geschäftsführend" - also eine faktische Kontinuität wie in Berlin und keine Diskontinuität wie im Bund. Ein destruktives Mißtrauensvotum ist erst mal möglich, aber dann muss innerhalb einer Frist ein Nachfolger gewählt werden oder es gibt Neuwahlen. Wie wäre das in NRW? S. Art. 52 LV. Und im Bund? Art. 63 GG? Bad Reichenhall: der Prozess erinnert an den Düsseldorfer Flughafenbrandprozess. Wie wirkt es sich aus, wenn vor Jahrzehnten mehrere Handwerker einen Fehler gemacht haben und später neue auch bzw. die Stadt hat die Halle nicht richtig oder gar nicht kontrolliert? Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs? In Leipzig hat ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Stadtwerke Erfolg gehabt. Wäre das nach § 26 GO-NW in NW zulässig?

In der Prüfung am 24.1. Rosenberger/Brand/Waldhoff (ebenfalls der Vortrag mit § 828 II und der roten Ampel) kam die BGB-Novemberklausur Kind beim Zahnarzt, im Strafrecht u.a. der Trennscheibenfall OLG Düsseldorf (Nachfolgefall des Pampersfalles OLG Hamm NJW 1988), im ÖR die OVG Koblenz Entscheidung (oder VGH) zur Altersobergrenze von Bürgermeistern - s. JuS von Prof. Waldhoff besprochen - wie vorher im Probeexamen in Bonn und das Problem bei Wahlen von Richtern an obersten Gerichten. Aus 48 wurden 84, aus 32 54, aus 29 56, aus 51 94, aus 54 104, aus 31 55 Punkte. Speziell Prof. Dreier wegen der antastbaren Menschenwürde wurde angesprochen. Mit der Kenntnis von aktuellen und klassischen Urteilen konnte man also jeden Prüfungsabschnitt bestreiten. In der Prüfung am 25.1. Weigend/Schnappauf/Krieg kam der Flugreisefall und EV, im Strafrecht die Beleidigung des Finanzamtes und § 412 StPO, im ÖR will die Stadt Bonn auf ihrer Homepage nicht einen moslemischen Kulturverein mit Link aufnehmen. Was ändert sich durch das Wahlergebnis in Hessen (wobei die CDU nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis mit der FDP zwei Stimmen mehr hat als SPD und Grüne aber die Linkspartei wird natürlich immer gegen alles und jedes stimmen, was aus der schwarz-gelben Ecke kommt)? Im Bundesrat könnten sich die Mehrheitsverhältnisse ändern. Das BVerfG hält Anwaltswerbung mit Gegnerlisten für zulässig, nachdem der BGH das anders gesehen hatte - Art. 12 GG. Die Welt berichtet über das Ausfuhrverbotsgesetz und das Problem, dass dieses bei Kunstwerken, welche Naziopfern zurückgegeben werden "verfassungskonform" nicht angewandt wird.

Meine Homepage wurde über Nacht modernisiert - es sieht ein bißchen anders aus. Dieser französische Bankangestellte hat durch Benutzung der Passwörter seiner Kollegen im Middle Office - der Kontrolle - Scheingeschäfte gemacht. Was ist das strafrechtlich? § 266? § 267, § 202 a? Ab morgen gibt es Endloskontonummern. Bin mal gespannt. Eine sehr große Kanzlei verlangt von Studenten im Praktikum, dass diese bis zu vierzehn Stunden umsonst arbeiten und nebenbei (!) essen. Das ist schon bezeichnend. Entweder die Studenten bringen keinen Output, dann müssen sie doch wohl nicht 14 Stunden arbeiten oder doch, dann sollte man sie nicht als Arbeitsklaven behandeln. Begründung: man würde ja schließlich eine Bescheinigung von dieser Kanzlei bekommen. Für so eine Bescheinigung können Sie sich gar nichts kaufen, wenn das Examen schlecht ist. Wenn es gut ist, brauchen Sie die nicht. Diese Kanzlei soll Berufsanfängern 100.000 € Jahresgehalt zahlen!

Muss ein Altersheimbewohner den vollen Preis bezahlen, wenn er seine Nahrung durch eine Magensonde erhält, welche von der Krankenkasse bezahlt wird? BGH III ZR 172/07. In der Prüfung Bieber u.a. am 24.1. kam als Vortrag der BGH-Fall zu § 828 II und dem Jungen, der in das an der Ampel stehende Auto fährt - kannte keiner. Im Zivilrecht StudiVZ - deutsches Facebook: dürfen die die AGBs ändern und meine Daten "vermieten"? Im Strafrecht kam der Rechtsprechungsfall, ob man Hehlervorsatz hat, wenn man übers Internet ein wahnsinnig billiges Navi von einem Polen kauft. Und der Beamte, der seine Dienstkarte für Privatfahrten einsetzt. Drei Kneipenmitarbeiter verabreichen beim Wetttrinken dem minderjährigen Gast Tequila, dem Gegner aber nur Wasser. § 27 zu § 227? Als Jugendschutzsache ein nicht öffentlicher Prozess. Vor welchem Spruchkörper würden Sie die nicht vorbestraften Leute anklagen? Ist das zusätzlich Betrug? Wie wäre der Fall bei einem Erwachsenen zu entscheiden, der russisches Roulette spielt und verliert? Wenn die Teilnehmer verurteilt werden, ist das Gericht, welches später den Haupttäter aburteilt, daran gebunden? Darf in der Reihenfolge überhaupt abgeurteilt werden? Die FAZ schreibt vom Putsch gegen die Tarifautonomie, da die kommenden Mindestlohnregelungen keine Katzenklappe mehr lassen - ein staatlich diktiert Lohn. Der Express titelt heute mit der Raffgier von Nokia, weil die trotz 7,2 Milliarden Nettogewinn das Werk schliessen. Darf ein Arbeitgeber da betriebsbedingte Massenkündigungen aussprechen? Die Gewerkschaft weiss schon,

was als nächstes kommt - Auffang- und Beschäftigungsgesellschaft - das Kurzarbeitergeld zahlt der deutsche Staat. Wir finanzieren die Entlassung dieser armen Leute also mit. Brüssel wirft Eon Siegelbruch vor, weil die einen vom Wettbewerbskommissar/in versiegelten Raum aufgemacht haben. Analog Hoechstfall und Nlemitz (den Namen muss ich noch mal nachgucken, ich hab den so im Kopf- EGMR): braucht Brüssel einen richterlichen Beschluss oder können die argumentieren, sie würden nicht nach der deutschen StPO vorgehen? Ist der Bruch eines Brüsseler Siegels nach dem deutschen § 136 StGB strafbar? Russland verhindert die Reform beim EGMR, weil es das 14. Zusatzprotokoll nicht ratifizieren will. Die wissen warum.

Der EuGH will § 7 III Bundesurlaubsgesetz kippen, so jedenfalls die Generalanwältin. Wo liegt denn da die europarechtliche Komponente? Die Protokolle der Prüfung Paeffgen/Landsberg/Ebeling vom 14.12. sind da. Im Zivilrecht kam der Fall NJW 2007 S. 1346 = BGH VIII ZR 92/06. Im Arbeitsrecht die Lokführer. Im ÖR die neue Gemeindeordnung in NW. Im Strafrecht Paulskirchenverfassung, in Strafrechtspflege Paulskirchenverfassung, im Völkerrecht "der letzte König von Schottland" - die Geiselfreiung in Entebbe durch die Israelis unter Zerlegung der Streitkräfte Ugandas. Aus 24 wurden 44, aus 44 82, aus 48 68 und aus 58 95 Punkte. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf will der Stadt die Müllgebühreneinnahmen erhalten und verbietet daher einem Unternehmen, den Müll "vor Ort zu korrigieren". Der Eilantrag hatte keinen Erfolg - 17 L 1471/07 vom 22.1.. Die große Koalition wollte Nachrücker bei der Aufgabe von Überhangmandaten. Nach der FAZ hat man diesen Plan wieder fallen lassen. Was sind Überhangmandate? Richtig schwer zu erklären. Die SZ berichtet, dass die Familienrichter bei der Unterhaltsrechtsreform noch nicht wissen, wo die Reise hingehet. Ein Düsseldorfer Familienrichter hat diese Woche erzählt, dass die Rangfolge der Frauen gegenüber der der Kinder nicht klar sei. Also: 1. Ehe mit einem Kind, 2. Ehe auch mit einem Kind und einer Ehefrau in der Elternzeit. Hier dürften 1. und 2. Kind vor der 2. Ehefrau zu alimentieren sein. Das MoMiG wird in der FAZ verändert vorgestellt. Die Leute werden alle 5 Jahre die Gesellschaft beerdigen, um wieder ohne irgendein Eigenkapital anfangen zu können. Übrigens: bei dem Strafrechtsvortrag vom 22.1. kam kein Kandidat auf § 340 StGB. Es wurde auch als selbstverständlich angenommen, dass ein Polizeiarzt einem Kunden, dem er Blut abnehmen soll, die Rippe brechen will. Die Prüfer saßen mit Pokerface da.

Dürfen Deutsche oder nur Günter Grass Grundstücke in Dänemark erwerben? S. EuGH C-370/05 in der Sache Fettersen. In der Prüfung Jox/Bönders/Puppe am 22.1. kam im Zivilrecht der Fahrrad schiebende Junge des BGH - § 828 II - s. unten - im Strafrecht eine Lehre von Mittäterschaft bei Fahrlässigkeitsdelikten (o mei), indem ein Täter den Gashahn des Mietshauses versehentlich zu weit aufdreht, so dass es in die Luft fliegt. Im ÖR bekommt eine Polizeibeamtin, die jemanden verfolgt, einen Bußgeldbescheid, was man dagegen machen kann. Im Vortrag - Strafrecht - hat der Polizeiarzt 6 Mal vergeblich versucht, einem randalierenden Betrunkenen Blut abzunehmen und ihm dabei eine Rippe gebrochen. Nichts aktuelles bis auf das BGH-Urteil. In der Prüfung Wolters/Dabitz/Kutsch am 16.1. kam im Vortrag der alkoholisierte Urlauber, der über eine zu niedrige aber baurechtmäßige Balkonbrüstung fällt, seine Frau, die mit auf der Reise war, klagt gegen den Reiseveranstalter. Im Zivilrecht Mieterrechte bei Trittschallbelästigung. Im Strafrecht Heimtückemord, im ÖR Bürgerbegehren, wenn der Rat eine öffentliche Einrichtung schliessen will - nichts aktuelles. Wenn ich den Verkäufer wegen Nachbesserung rufe und der stellt fest, dass die verkaufte Lichtschranke defekt ist, weil ich daran rumgebastelt habe, muss ich ihm den Aufwand bezahlen - aus § 280, so BGH VIII ZR 246/06 - und wie ist es bei einem non liquet? Der BGH wird demnächst nach neuem Recht die Inzahlungnahme eines Altwagens entscheiden, falls der Neuwagen defekt ist und gewandelt wird - VIII ZR 334/06 - kann der Käufer nur den Altwagen zurückverlangen oder Geld? Nach altem Recht bekam er das Geld zurück, da ein Rücktrittsgrund für die Inzahlungnahme nach § 365 nicht vorlag. Haftet eine Scheinsozia, wenn die Sozietät einen Computer kauft? Die Vorinstanz meint ja, der Briefkopf gegenüber Mandanten sei etwas anderes als der Briefkopf gegenüber Computerverkäufern - ob das hält? VIII ZR 230/07. Die FAZ schreibt: "eine Grundschuld besteht unabhängig von der Darlehensschuld (Abstraktionsprinzip)". O je. Zum einen handelt es sich meist um Sicherungsgrundschulden, die sich nur bei Gutgläubigkeit des Übernehmers wegen § 1157 von der Schuld abkoppeln - wobei sich bei den professionellen Kreditaufkäufern die Frage stellt, ob die bisherige Beurteilung der Gutgläubigkeit durch die Rechtsprechung - man wäre nur bösgläubig, wenn man wüsste, dass der Kredit notleidend sei - jetzt noch gilt. Das Abstraktionsprinzip ergibt sich aus der Existenz des § 812, damit man beim Eigentumserwerb eines Autos nicht dessen Vorleben erforschen muss. Diese gesetzgeberische Entscheidung ist genauso wichtig wie die Absenkung der Leitzinsen für die Wirtschaft. Jedenfalls kann man die Grundschuld nicht mit dem Abstraktionsprinzip erklären, die Hypothek als Grundmodell dürfte es dann ja gar nicht geben. Darf der Bundestag den Aufkauf von solchen Forderungen reglementieren? Eingriff in Art. 14 GG? Vergleich der §§ 137, 399, 1136, 354 a HGB. Der EGMR hat was gegen Adoptionsverbote bei lesbischen Paaren. Prof. Dreier wird vielleicht am 15.2. doch nicht gewählt - die Menschenwürde sei bei ihm antastbar, meint die SZ. Am 24.1. ist Hauptversammlung bei Siemens. Was bedeutet das rechtlich, wenn der Vorstand nicht entlastet wird? Nokia: 2.000 Opelmitarbeiter legen aus Solidarität die Arbeit nieder. Das dürfte rechtswidrig sein.

Der EuGH hat das Plädoyer in Sachen Kadi jetzt als Pressemitteilung veröffentlicht - verletzt die Terrorliste aufgrund der Resolution 1267 bei uns Art. 19 IV, Art. 12, Art. 103? Der Generalanwalt hat eine klare, gute Sprache. Das BVerG

meint, dass eine bergrechtliche Bewilligung unter Art. 14 GG falle, der Anspruch auf eine solche aber nicht - 1 BvR 284/05 - ein Widerspruch zum Nassauskiesungsbeschluss, der § 905 BGB nicht durch Art. 14 schützen ließ, wobei kein Mensch weiß, ob der im Schutzbereich oder erst bei der Schranke rausfliegt, weil die Entscheidung unlesbar ist. Am 18.1. in der Prüfung in Köln - Fleischfresser et alia - wurde gefragt, ob das Bürokratieabbaugesetz gegen Art. 19 IV GG verstößt. Im Zivilrecht kam Eigentumsvorbehalt und Bürgschaft, im Strafrecht Ladendiebstahl mit nachfolgender Gewaltanwendung; im Arbeitsrecht: sein Nachbar hätte ihn gefragt, ob Nokia denn kündigen könne, obwohl das Unternehmen Gewinne mache. Und: kann ein Sozialplan erstreikt werden? S. BAG 2007. Das BVerfG hat das Recht der Presse gegenüber ihren Opfern gestärkt, da bei Mehrdeutigkeit einer Meldung einer Gegendarstellung nicht verlangt werden kann - das Lüthurteil ist wieder mal bestätigt worden. Die Gegendarstellung ist im Landespressgesetz geregelt und setzt eine Tatsachenbehauptung voraus. Fiese Darstellungen werden von Hausjuristen in ein geschicktes Mischmasch aus Tatsachenbehauptung und Werturteil gepackt. Legen Sie sich nie mit der Presse an, es sei denn, Sie haben das Portemonnaie von Caroline von Hannover zur Verfügung. Nichts ist älter als die Zeitung von gestern, tröstet da eher. Nach der FAZ steht noch nicht fest, dass Prof. Dreier ins BVerfG gewählt wird. Ich würde mir §§ 5 ff. BVerfGG mal ansehen. Was heißt da überhaupt "indirekte Wahl" im Bundestag? Die fehlende Transparenz wird kritisiert - da ist das Verfahren in den USA - der Präsident ernennt die Richter, welche in einem Ausschuss über ihre mexikanischen Putzfrauen Rechenschaft ablegen müssen - doch ehrlicher. Die Börsen krachen runter. Dead-Cat-Bounce lernt man dazu. Und dass Börsengurus auch keine Ahnung haben.

Das BVerfG hat für die AWACS III Verhandlung am 12.2. ein Gliederung ins Netz gestellt: "Subsumtion" - nur worunter? Ich vermute Art. 87 a II GG. Professor Isensee hat in der FAZ zur Luftsicherheitsgesetzproblematik geschrieben. Wie meistens fehlt die Bezugnahme auf die Bibel nicht - diesmal allerdings das Neue Testament. Auch frühmorgens kann man diese Bettlakenartikel von ihm gut lesen - frisch, auf den Punkt, frech. Inhaltlich kann man durchaus anderer Meinung sein. Herr Schäuble wirft Herrn Papier zu recht vor, dass dieser durch Interviews - auch in der Bild war er schon drin - zu geplanten Gesetzgebungsvorhaben etwas sagt, was man in seiner Position nicht tun sollte.

Nokia: den ersten Leiharbeitnehmern wurde gekündigt, obwohl Barroso Zahlungen aus dem Sozialfonds der EU - in dem im wesentlichen deutsche Gelder stecken dürften - angekündigt hat. Können sich diese AN auf das Kündigungsschutzgesetz berufen und sonst mit Erfolg klagen? Die Politiker rufen zum Handyboykott auf - was natürlich die Schließung des Werkes noch beschleunigt. Boykotte fallen unter § 826 BGB, wie wir seit dem Lüth-Urteil wissen. Was ist der Unterschied zwischen dem Innensenator Lüth, der als Präsident des Filmclubs die Rede gehalten hatte, und den Herren Struck und Steinbrück? Dürfen die sich auf Art. 5 GG berufen?

Nokia: die Landesregierung meint, Nokia habe die Beschäftigungszusage nicht eingehalten und prüft deshalb, ob gemäß §§ 49, 49 a VwVfG die Subventionen zurückgefördert werden können - wenn die denn durch VA gewährt wurden - wie wäre es da mit der Jahresfrist als Einwendung? Wie ist das Problem aus der Sicht der Landesregierung zu lösen, wenn die Subventionen durch ör Vertrag oder durch pr Vertrag oder durch eine Mischung von beidem vergeben wurden? In der Prüfung am 18.1. Zieschang/Hauck/Brewing kam im öR der "Fall": Die Verwaltungsbehörde handelt. Sagen Sie mal. Im Strafrecht kam die Frage, welche aktuellen Entwicklungen es bei § 211 zu § 212 gäbe? Er wollte nicht auf das Problem Qualifikation oder aliud hinaus sondern - wohl - auf § 28 und BGH 5 StR 341/05. Im Zivilrecht hat ein nichtberechtigter Verkäufer ein Auto verkauft. Im Wirtschaftsrecht kam squeeze out, war nicht bekannt. In Strafrechtspflege: Was haben Sie speziell vorbereitet? Ich habe FAZ gelesen und Fernsehen geguckt. Warum sind Jugendliche gewalttätig? Zu den Kopfnoten in den NRW-Schulen. Da krieg ich ja so einen Hals. Fragen Sie mal irgendeinen Juristen, ob er jemals mit Lehrern in der Justiz positive Erfahrungen gemacht hat - die Umfragewerte dürften denen von Roland Koch momentan entsprechen. Ich halte das für total rechtswidrig. Abiturienten studieren, meistens, da sind Kopfnoten egal (wenn die da oben überhaupt vergeben werden). Es geht um die Restschule, die Hauptschule. Niemand, der gute Leistungsnoten bekommt, wird schlechte Kopfnoten kriegen. Mein Vater hatte eine Kopfnote im Abiturzeugnis: hoffentlich schliesst er sich der Bewegung noch an. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, hätte er deswegen nicht studieren können. Das Gymnasium in Pforzheim gibt es immer noch. Was macht man rechtlich gegen so eine Kopfnote? Klagen? Mit welchen Anträgen? Rosenmontagszug: darf ein Wagen mit einer Verhohnepiepelung von Mohammed verboten werden? Das OVG Münster - 9 A 3648/04 - hat ein umwälzendes Urteil zu Abwassergebühren gefällt - leider Gottes wird so was geprüft: die Abwassergebühren dürfen nicht nach der Frischwasseranforderung berechnet werden, das Regenwasser, was abfließt, muss rausgerechnet werden, da ansonsten Supermärkte bevorzugt werden.

Die SZ berichtet über die Möglichkeit, das langwierige Prüfungsverfahren bei Adoptionen zu umgehen, indem man sich an eine amerikanische Agentur wendet - das sei eine Rechtslücke - ich nehme an, die meinen Art. 20 EGBGB - Herr Schröder wusste schon, warum er in Russland adoptierte. Nokia: der Betriebsrat streikt, das wird teuer. Leiharbeitnehmer werden nicht ins Werk gelassen, das gefährdet den Arbeitsplatz. Bekommen Leiharbeitnehmer von ihrem Verleiher Lohn, wenn sie von ihren "Kollegen" nicht ins Werk gelassen werden? Werden die ihnen zugerechnet - § 615 letzter Satz? Herr Rüttgers will nach Finnland fliegen, reine Show. Ein Berliner Staatsanwalt, der die

Intensivtäterabteilung leitet, soll versetzt sprich umgesetzt werden. Kann er dagegen klagen? Für eine Frankfurter Staatsanwältin, die vor langer Zeit aus der prestigeträchtigen politischen Abteilung in ein Buchstabendezernat umgesetzt wurde, wurde entschieden, dass dies als verdeckte Disziplinarmaßnahme unzulässig sei. Die FR teilt detailliert mit, wie man anonym surfen, Emails verschicken kann und ähnliches. Geb ich meinem Computerguru. Der BGH hat mit der Kolping-Werk-Entscheidung einen Schutzschild um Vereine gelegt. Der Supreme Court hat dies jetzt ebenfalls getan, indem er Schadensersatzansprüche wegen Bilanzbetruges nicht zugelassen hat. Die Börsenaufsicht sei dafür zuständig. Die Bilanz: Links - Aktivseite - steht, was man hat, nämlich Anlage- und Umlaufvermögen. Rechts - Passivseite - steht, wo das herkommt, Eigen- und Fremdkapital, so dass unter dem Strich die gleiche Summe rechts wie links stehen muss. Gewinn- und Verlust kommen rechts hin und der darauf höhere Kassenbestand links. Damit sind meine Bilanzkenntnisse erschöpft. Ein Manager der Bundeskunstmeile in Bonn hat vor der Kammer für Handelssachen auf Feststellung geklagt, dass er unkündbar sei, da ein Quasi-Beamter. Die Klage wurde abgewiesen. Kann er jetzt noch mal klagen mit dem Argument, es habe kein Kündigungsgrund vorgelegen? Das glaube ich nicht. Wie kann man als Anwalt beantragen, zur Kammer für Handelssachen zu kommen, wenn man argumentiert, er sei eine Art Beamter? Naja, jedem das seine. Die linke Mehrheit im Bundestag will die Höhe von Managerabfindungen gesetzlich begrenzen. Reines Wahlkampfgetöse und verfassungswidrig.

Der EuGH meint, dass der deutsche Fiskus mir die Eigenheimzulage auch für den Bau eines Ferienhäuschens in Dänemark hätte gewähren müssen. Das ist ja wohl nicht wahr. Dazu war die nicht gedacht. Das BAG meint, dass Aktienoptionen der Konzernmutter an AN der Tochter weitergewährt werden müssen, wenn der AN in den Betriebsrat gewählt wird und die Gewährung im Arbeitsvertrag steht. Wie wir von VW lernen, sollte die Konzernmutter bei Betriebsratsmitgliedern die Optionen verdreifachen und noch ein appetitliches Mädchen drauf legen. Wenn man einen befristeten Arbeitsvertrag mit dem AN schliesst, sollte man bei der Verlängerung um Gottes willen nichts an der Arbeitsdauer ändern, so BAG, sonst ist das ein unzulässiger Neuabschluss und keine zulässige Verlängerung der Befristung. Der Generalanwalt beim EuGH - einer - hat im Fall Kadi die Feststellung der Nichtigkeit der Terroristenlistenverordnung beantragt - Herr Papier hat sich diese Woche in einem Spiegel-Interview auch kritisch dazu geäußert. Man hat ja keinen Rechtsschutz, weil jedes angerufene Gericht sagt, du bellst den falschen Baum an - die Sache kommt aus New York, geh gegen die UNO vor. Gegen die kann ich als Mensch aber nicht klagen, da vor dem IGH nur Staaten und die UNO selber auftreten können. Ob der EuGH dem folgen wird? In Sachen Möllendorf vor einem halben Jahr hat er anders entschieden. Herr Rüttgers veranstaltet Schattenboxen. Nokia hat die Auflage, Beschäftigung der 2.800 Mitarbeiter bis Ende 2006, 1 A erfüllt. Was soll da für eine Subventionsrückforderung in Betracht kommen? In Bochum mit 400.000 Einwohnern und zwei großen Unternehmen - Opel und Nokia - gehen allerdings viele Lichter aus, wenn 4.000 Menschen plus Familien arbeitslos werden. Die FAZ berichtet, dass der EGMR Opfer seines eigenen Erfolges sei. Zum Abbau der 100.000 Verfahren solle ein Annahmeverfahren wie beim Supreme Court eingeführt werden. Das gekippte VW-Gesetz soll wie der Phönix aus der Asche mit anderer Gefiederfarbe wieder auferstehen. Die Sperrminorität soll von 25% auf 20% geändert werden, die Satzung bei VW soll die Besetzung des Aufsichtsrates bestimmen. Der EuGH wird not amused sein. Otto Schily hat einen Anhörungsbogen bekommen - er soll ein Ordnungsgeld bekommen. Das wird er aussitzen. Die SZ berichtet, dass die StA Braunschweig die Anzeige in Sachen VW dem Werk zur Stellungnahme zugesandt habe. Die sagten, da ist nichts dran, die StA stellte daraufhin ein, ohne selber irgendwie zu ermitteln. Das ist niedersächsische StPO - bodenlos - aber bei 5 VW-Werken in Niedersachsen kann man wohl nichts anderes erwarten.

Die SZ berichtet, dass Hauseigentümer ab Juli 2008 einem neuen Mieter oder Käufer einen Energiepaß vorlegen müssen, der 250 € aufwärts kostet - also für mein Auto eine Feinstaubplakette für meine Kölner Ausflüge und für das Haus so was - was ist denn die Rechtsfolge, wenn ich ohne so was vermiete, weil der Mieter das nicht weiß? Ist der Vertrag dann nichtig? Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen § 86 StGB bei dem Raucher-T-Shirt mit Judenstern eingestellt. Will § 86 nur verhindern, dass Nazi-Symbole positiv dargestellt werden oder will die Vorschrift die Abstumpfung der Bevölkerung verhindern? Ich meine letzteres, es hätte angeklagt werden müssen. Beim Landgericht Braunschweig läuft das Theaterstück so ab, wie geplant. Herr Pischetsrieder hat auch dazu beigetragen, dass alle Schuld auf Herrn Hartz gehäuft wird, dem man ja nichts mehr kann, da er die Auflage nach § 153 a StPO erfüllt hat. Das Gericht hat in einem "Rechtsgespräch" einen rechtlichen Hinweis gegeben. Es wäre also ehrlicher, wenn man das Betriebsratsmodell abschaffen würde und statt dessen die Mitarbeiterbeteiligung, wie nach dem Krieg angedacht, einführen würde. Nokia entlässt 2.300 Arbeitnehmer. Was ist da rechtlich alles zu beachten? Individualrechtlich, betriebsverfassungsrechtlich, europarechtlich? Über sächsischen Fußballstadien sollen fliegende Kameras, Drohnen, eingesetzt werden. Ermächtigungsgrundlage? Braucht man überhaupt eine? Liegt eine konkrete Gefahr vor? Eigentlich überflüssig, man kann doch die Aufnahmen der Fernsehsender abkopieren. Aber vielleicht geben die diese nicht freiwillig her.

Puh, ich bin heute morgen nicht in die Homepageverwaltung reingekommen - ich bin für Käfighaltung von Computergurus unter dem Tisch des PCs. Kinderknast - gibt die Gesetzeslage das her? § 34 SGB VIII? § 1666 BGB? Nur

das PsychKG. Dürfte ein Kinderkinstgesetz gemacht werden? Art. 2 II GG - der Vorbehalt des Gesetzes hat seltsamerweise überhaupt keine Inhaltsanweisung wie Art. 13 oder Art. 10 GG. Zeitungen berichten über die Notwendigkeit eines Pflichtexemplargesetzes für Filme. Wäre das mit Art. 14 GG vereinbar? Das OVG Münster verhandelt Mitte Februar die Beobachtung der Scientologen durch den Verfassungsschutz. Die SPD besetzt sämtliche Präsidentenstühle der obersten Bundesgerichte mit ihren Leuten. Ist diese Parteien-Kungelei mit Art. 33 II GG vereinbar?

Die SZ berichtet wegen der am 15.1. stattfindenden Geburtstagsfeier des GWB. Im Bereich der Kartellkontrolle löchrig wie ein Schweizer Käse wegen der Schwächung des entscheidenden Verbotmerkmals der Marktbeherrschung und der Ausnahmen wie Konditionenkartell, Strukturkrisenkartell, Mittelstandskartell. Der zweite Teil, die Fusionskontrolle, sei durch die mögliche Ministererlaubnis geschwächt. Herr Kirch will in einem Litigation Pool jetzt in die zweite Phase gegen die deutsche Bank antreten. Er hatte eine Feststellungsklage erfolgreich bis zum BGH getrieben und dann erfolglos versucht, in den USA einen punitive damage einzuklagen - das Gericht meinte, es sei nicht zuständig, obwohl Herr Breuer sein Interview dort gegeben hatte. Man sollte sich mit der Geschichte des Jugendstrafrechts beschäftigen - die FR hat am 14.1. einen kurzen Aufsatz dazu. 1923 erstes JGG, bei den Nazis Absenkung des Alters auf 12, 1953 das jetzt geltende Gesetz. Der anglo-amerikanische Rechtsraum hat unsere Skrupel nicht. If you do adult crime you do adult time.

Klinsmann wird exzellent juristisch beraten. Plus minus zum Bosman-Urteil hat er damals ablösefrei gewechselt, wobei er nach meiner Vermutung die Ablösesumme dann selber zumindest teilweise verlangt und bekommen hat. Die FAZ am Samstag hat ein Schaubild zu den Mindestlohnmodellen gebastelt: entweder es gibt einen starken Tarifvertrag - Tarifbindung mindestens 50% - dann kann nur auf den gemeinsamen Antrag beider Seiten eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung erfolgen (s. bisher § 5 TVG) oder es ist ein schwacher Tarifvertrag, dann läuft alles auf die Kanzlerin hinaus, die ein Ermessen hat. Dumm gelaufen, SPD oder? Die FAZ hat am Samstag über das Jahres-Ranking der großen Transaktionskanzleien berichtet - die reine Angeberei. Ich wundere mich immer, dass viele junge Anwälte dieser doch so wundervollen Kanzleien zur BAFin oder zum Bundeskartellamt in Bonn wechseln wollen. Im Elsaß kann man noch eine Lücke im deutschen Insolvenzrecht ausschöpfen. Die Entschuldungsphase dauert nicht 6 Jahre sondern nur ein Jahr, wenn man eine Stromrechnung nachweisen kann als Nachweis, dass man da wohnt. Die Restschuldbefreiung soll dort auch bei Schulden aus Delikt gelten. Die FAZ hat über diesen Foffi von Hohenzollern berichtet, der wohnt da jetzt. Prof. Lutter beschäftigt sich mit D&O Versicherungen - Haftpflichtversicherungen für Fehler des Managements. Liegt eine unzulässige Altersdiskriminierung vor, wenn bei der Berechnung der Betriebsrente in der Formel das Lebensalter auftaucht? Das BAG meint nein, 1 AZN 793/01 - die FAZ sieht das kritisch. Die fehlende Erfahrung der Richter im juristischen Alltagsgeschäft, bevor das Kind in den Brunnen fällt und ihnen zur Obduktion vorgelegt wird, beschäftigt die FAS. In Bonn gab es eine Zeitlang freitags nachmittags einen Richterkindergarten, in dem geübt wurde, einen Autounfall als Anwalt abzuwickeln und ähnliches. Aus Kostengründen soll der abgeschafft worden sein - wenn ich da auf dem neuesten Stand bin. Ich würde fast darauf wetten, dass Sarkozy, der mit der Jugendkriminalität wirklich jeden Tag eine ganze Zeitungsseite füllt, seiner neuen den alten Ring seiner alten geschenkt hat. Das gibt Ärger.

Das Handelsblatt bringt eine Vorschau auf kommende interessante EuGH-Urteile: Doc Morris, Sportwette, Tariftreue und Vergaberecht - die Kommission darf sich nicht in Unterschwellenwerte reinhängen - also eines der letzten Naturschutzgebiete, vor denen Brüssel halt macht.

Der BGH hat sich wieder mit § 828 II - BGH VI ZR 42/07 - auch ein Kind auf dem Bürgersteig fällt unter die Haftungsprivilegierung - etwas unverständlich. Ein Flughafenmitarbeiter fährt mit dem Flugzeugschlepper zu früh los und beschädigt ein fremdes Flugzeug. Gelten die Regeln der betrieblich veranlassten Tätigkeit auch bei der Beschädigung fremden Eigentums? BGH nein, sonst fährt mir jemand auf der Autobahn in den Wagen und sagt, sorry, ich hafte nicht, ich bin für meinen Chef unterwegs - es wird mit § 991 II, III BGB argumentiert. Kann die Fraport GmbH bei ihm Regress nehmen? § 619 a? Ist das eine Anspruchsgrundlage oder nur Beweislastregel? In welcher Höhe - Verschuldensgrad? Nehmen wir mal an, er verdient maximal 1.500 € brutto. Marinus van der Lubbe: seine Verwandten hatten vergeblich versucht, ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen. Dank eines Gesetzes von 1998 wurden die Ermittlungen jetzt posthum eingestellt - ein symbolischer Akt. Sein Fall hat zur Gründung des Volksgerichtshofs geführt, denn seine Mitangeklagten wurden freigesprochen - einige - und der Führer tobte. Van der Lubbe war vom RG in erster und letzter Instanz abgeurteilt worden - die RAF-Terroristen sollen deshalb zwei Instanzen bekommen. Wie machen sich Polizeibeamten strafbar, die einen betrunkenen jungen Mann in einer kalten Novemberrnacht aus dem Auto werfen (wahrscheinlich hat er denen den Wagen vollgereiert) und er er wird dann von einem anderen Auto überfahren - Aussetzung mit Todesfolge? Baumschützer haben sich zur Verhinderung der Waldschlösschenbrücke an eine alte Rotbuche angebunden (ich würde die da sitzen lassen, bis sie mal müssen oder bis es zu kalt wird - das Problem erledigt sich dann von alleine). Ist das eine Nötigung oder § 113? Die Stadt Offenbach will gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens klagen - Klagebefugnis? Die Stammzellenforschung hat wieder eine Sensation - die Embryos

müssen nicht getötet werden - sind Stammzellen Waren im Sinn des EG-Vertrages?

Herr Piech hat ausgesagt oder besser, er hat nicht ausgesagt. Die SZ meint, als Österreicher sei er gar nicht verpflichtet gewesen zu erscheinen. Hä? Die Aussage ist widersprüchlich und unglaublich - aber in Braunschweig geht das durch. Wie kann man mit so einem Begleiter da auflaufen und sich dann auch noch sofort auf den Zeugenstuhl setzen wie auf ein armes-Sünder-Bänkchen? Sie sehen, die Topmanager unseres Landes benehmen sich vor Gericht ungeschickt - dezent ausgedrückt. Unangenehmes habe er delegiert - ein gefährlicher Satz - aber solange man keinen papertrail findet... Es kam dann noch der Satz, wer sich einen Lamborghini nicht leisten könne, müsse das Wort wenigstens richtig aussprechen können - Arroganz pur - ein Zeichen von Angst. Zu Beginn der Vernehmung hat er klargestellt, dass jede 3. Familie in Wolfsburg von VW abhängig ist, damit das Landgericht weiss, was von seinem Schicksal abhängt. Der Generalanzeiger berichtet über die abgewiesene Revision des klauenden Germanistikprofessors - Diebstahl sei verjährt gewesen, der Betrug gegenüber den Käufern der gestohlenen Bücher aber noch nicht. Was ist das strafrechtlich, wenn der Täter statt ausgeliehener wertvoller Originalbände präparierte Platzhalter vom Flohmarkt zurückgibt? "Gegen eine Verordnung kann man nicht klagen" meint jemand im Generalanzeiger anlässlich des geplanten Nationalparks Siebengebirge - ? Die Stadt Siegburg will das Land NRW auf aktive Lärmschutzmaßnahmen des Flughafens Köln-Wahn verklagen - sie sollte die aktuelle Entscheidung des VGH (oder OVG?) Rheinland-Pfalz zu Neuwied Andernach lesen - Gemeinden haben keine Prozessstandschaftsbefugnis für ihre Einwohner. Das Landgericht Berlin meint, der DFB habe im Robert-Hoyzer-Prozess die Erstattungsfähigkeit der Kosten des Sonder"partei"tages nicht genug dargelegt, die Kosten infolge des Vergleichs mit dem HSV schon, was bisher von Gerichten noch nicht entschieden worden sei. Ist Hoyzer Arbeitnehmer, so dass das Arbeitsgericht zuständig wäre? Auf der Babyklappe, vor der ein später totes Baby abgelegt wurde, war eine falsche Anweisung, so dass sie sich nicht öffnen ließ - ist deshalb der Klinikchef strafrechtlich verantwortlich? Die Deutsche Bahn hat Verfassungsbeschwerde gegen die Streikerlaubnis durch das LAG Sachsen eingelegt. Muss da nicht erst das Hauptverfahren durchgezogen werden? Beim VGH Münster liegt eine Normenkontrollklage gegen die präventive online-Durchsuchung, Großer Lauschangriff, Datenspeicherung im Polizeigesetz NW - Prof. Löwer bekommt also Arbeit. Im Strafprozess Sengera rügt die Verteidigung, dass englische Dokumente nicht übersetzt worden seien - ist das ein späterer Revisionsgrund? M.E. doch nur, wenn die Verteidigung sagt, wir können kein Englisch und verstehen die Dokumente unserer eigenen Mandanten nicht und die erklären uns die auch nicht. Die Poliklinik in Bonn wird von der Wilhelmstraße (neben dem Landgericht - man konnte da bei der mündlichen Prüfung nach nebenan springen und versuchen, ein Attest zu bekommen) auf den Venusberg verlegt - muss da die Personalvertretung zustimmen? Der BGH meint wohl, exzessives Rauchen eines Mieters sei eine Pflichtverletzung - aber wie ist es, wenn mehrere Mieter nur ein bißchen rauchen? Demnächst wissen wir mehr.

Schweizer Bauern unterfallen der Gerichtsbarkeit des EuGH, so jedenfalls der BGH in seiner Pressemitteilung - er hat mal wieder Luxemburg vorgelegt. In der Entscheidung XI ZR 322/03 wird die komplette Schrottimobilienrechtsprechung dargestellt - ab Randnummer 50 wird es interessant - Prospekthaftung der Bank, wenn eine betriebswirtschaftliche Untersuchung fehlt. In Berlin soll es ein Volksbegehren für den Flughafen Tempelhof geben, in Bayern gegen den Transrapid - geht das? Nein, wenn die Zuständigkeit fehlt - Luftverkehr/Schienenwege? Das OLG Frankfurt meint, dass Eltern für den Internetmißbrauch von Kindern nicht immer haften - beim Telefon ist das anders. Die FAZ schreibt rechts auf der ersten Seite über Richter, die von der Uni direkt in ihr Amt wechseln - leider ist die Kritik berechtigt - man hört da manchmal doch sehr naive Ratschläge z.B. über Alternativverhalten bei Vertragsabschlüssen. Man müsste m.E. nach Richter verpflichten, selber mal einen Prozess mit eigenem Geld durchzuziehen. Die Klage gegen den Postmindestlohn ist raus - beim VG Hamburg, die Zuständigkeit ist mir nicht ganz klar.

Der BGH meint, dass ein Vermieter nicht zur Abmahnung des Mieters verpflichtet sei, um kündigen zu können - wenn er aber abmahne, dann könnte ein Verstoss gegen das in der Abmahnung gerügte Verhalten um so eher einen Kündigungsgrund nach § 573 bilden - also man muss nicht sollte aber - VIII ZR 145/07. Am Mittwoch stehen einige interessante Gerichtstermine an: Herr Piech wird als Zeuge vernommen und bringt einen Presseanwalt mit statt einen Strafverteidiger, den er bestimmt nötiger hätte. Er wird wahrscheinlich aussagen, dass er nichts wisse, da er unangenehme Sachen immer delegieren würde - ist das nicht Vorsatz, wenn man vorsätzlich etwas nicht wissen will, es also eigentlich doch weiß? Der BGH verhandelt, ob ein exzessiv rauchender Mieter Schadensersatz zahlen muss - darf in den Mietvertrag ein Rauchverbot aufgenommen werden? Ein Amtsgericht meint ja. Beim LG Berlin fängt der Prozess DFB gegen Robert Hoyzer an. Der DFB will 1,8 Mio Schadensersatz, u.a. will er Schiedsrichterhonorare zurück und den Betrag, den er dem HSV wegen des verschobenen Spiels gegen Paderborn gezahlt hat. Sind das taugliche Ersatzposten? Das LG Köln verhandelt über eine Klage einer Lehrerin gegen die Bewertung im Internet. In der FR berichtet ein Professor über das Umweltgesetzbuch, das 2009 in Kraft treten soll - Schadstoffgrenzwerte würden nur in VOen stehen - Wesentlichkeitstheorie, Kalkarurteil? Die Länder würden in einen Wettbewerb eintreten, 80% wären europäische Vorgaben. Soldaten tragen Müllberge in Neapel ab - müssten die das bei uns nach Art. 35 GG auch? In München hat ein Juwelendieb ein Hotelzimmermädchen gebeten, ihn in "sein" Zimmer zu lassen und hat die Juwelen

des Hotelgastes, die in einem Koffer, der mit einem Fahrradschloss an einen Heizkörper angekettet war, mitgenommen. War das § 244? Wohnungseinbruch? Nach dem Schmerzensegeheul der SPD zu urteilen, hat Roland Koch einen Volltreffer gelandet - seit Wochen berichtet jede Zeitung jeden Tag über die Jugendlichenkriminalität - der Kölner Stadtanzeiger heute über die Statistik und Prof. Walter aus Köln. Unser ehemaliger Bundeskanzler "Wegsperrten für immer" mischt sich auch ein. Die Großkanzlei Linklaters Oppenhoff in Köln hat sich zerlegt - ich als Einzelkämpferin sehe das mit Schadenfreude. Die Ehe hat keine 10 Jahre gehalten. Wenn Sie bei einer Großkanzlei anfangen, müssen Sie wissen, worauf Sie sich da einlassen - eine Beamtenmentalität ist fehl am Platz. John Grisham "The Firm" ist nicht lebensfremd (nicht der Mafiateil sondern die Organisation deutscher Kanzleien nach amerikanischem Vorbild).

Die Landtagswahl in Hessen wirft ihre Schatten voraus. Sind Wahlmaschinen rechtmäßig? Art. 28, 38 GG? Liegt ein Verstoß gegen Art. 19 IV (nein, da dieser sich nur gegen die Exekutive aber nicht die Legislative wendet) bzw. Art. 38 GG vor, weil nach allen Wahlgesetzen erst nach der Wahl geklagt werden kann und dann auch nur, wenn der Fehler Einfluss auf das Ergebnis gehabt hat? Dürfen Wahlumfragen verboten werden, darf Wahlpflicht eingeführt werden? Welche Zählsysteme gibt es? Hat Hessen auch bei der Landtagswahl Kumulieren und Panachieren? Ende Januar Am 9.1. fängt in Düsseldorf vor der Mannesmann-Wirtschaftsstrafkammer der Sengera-Prozess an. Schwere Untreue bei einer fehlgeschlagenen Investition mit 3,6 Milliarden Verlust? Der Vorwurf: der restliche Vorstand sei nicht umfassend informiert worden.

Unter "Öffentliches Wirtschaftsrecht Uni Köln foliensatz Art. 3" findet man eine aktuelle, supergute Übersicht über examensrelevante Urteile - die neue Düsseldorfer Tabelle unterscheidet nicht mehr zwischen alten und neuen Bundesländern - unter dem Eindruck der neuen Formel des BVerfG bei Personengruppen? Roland home alone - wegen des Wahlkampfes: er besetzt das Thema jugendliche Intensivtäter und Erziehungscamps - zum Ärger der urlaubenden Konkurrenz. Verstossen Erziehungslager gegen das Verbot der Zwangsarbeit im GG? Sarkozy wird auf Fotos genauso groß (lang) dargestellt wie seine Verlobte - ist das eine Urkundenfälschung oder § 268?

Der BGH pfeift die Bundesanwaltschaft zurück, indem der gesetzlich nicht geregelte Begriff des Terroristen eng ausgelegt wird. Darf Beugehaft gegen Christian Klar angeordnet werden, wenn das BKA Unterlagen wegen Deals mit RAF-Terroristen nach § 96 StPO zurückhält? Muss der Staat hier fair sein?

In den Dezemberklausuren Zweites Examen in NRW kam die Frage, ob Bomberjacken und Springerstiefel unzulässige Uniformen bei einer Versammlung sind - s. OVG Münster 9.2.2001 - 5 B 180/01. Die FAZ ist am 4.1. von vorn bis hinten toll. Im Feuilleton gibt es einen informativen Aufsatz über die Möglichkeiten des Völkerrechts, Grundrechte durchzusetzen. Mit Hilfe des IStGH, Verträgen, das Problem der Terrorlisten und der fehlende Zuständigkeit der angerufenen Gerichte, 60 Jahre GATT. Auf Seite 2 wird die Mehrheitswahl, Wahlmänner (vergleich mit der Bundesversammlung?), Vorwahlen in den USA erklärt, weil dort nach 80 Jahren kein Präsident oder Vizepräsident zur Wahl angetreten ist. Und die Möglichkeit, straffällig gewordene jugendliche Ausländer nach §§ 53 ff. AufenthaltsgG auszuweisen - Zwingend, im Regelfall, nach Ermessen. Bei Jugendlichen geht nur das dritte, wobei die Frage auftaucht, ob das für ihn ungünstiger ist, denn bei "zwingend" liegt ein unbestimmter Rechtsbegriff vor, der voll überprüfbar ist, während Ermessen nur auf Ermessenfehler hin untersucht werden darf. In Mainz soll das Promotionsrecht von der Uni auf eine GmbH übertragen werden, in welcher die Uni und die Max-Planck-Gesellschaft sitzen. Die Uni wird also zum Repetitorium, die Forschung findet in der Max-Planck-Gesellschaft statt. Das OLG Köln hat einen Steuerberater zum Schadensersatz verurteilt, weil er bei der Spekulationssteuer nicht auf das laufende BVerfG-Verfahren hinwies und den Einspruch gegen den Steuerbescheid nicht empfohlen hat - das ist eine teure Nachricht für viele Steuerberater. Christian Klar hat gegen den Beugehaftbeschluss Beschwerde eingelegt. Mit welcher Begründung? Hat die Beschwerde aufschiebende Wirkung?

Die erste ÖR-Klausur im Dezember war die Zwangsmitgliedschaft in der Jagdgenossenschafts-Entscheidung des BVerfG - 13.12.2006 - 1 BvR 2084/05 - Aprilheft RÜ 07. Die zweite Klausur eine Windkraftanlage mit 5 Föhnen, § 47 VwGO analog gegen Flächennutzungspläne - BVerwG 26.4.2007 - 4 CN 3.06 - Augustheft RÜ 07. Ein amerikanisches Bundesgericht hat die Versteigerung eines im jüdischen Eigentum stehenden Gemäldes 1937 durch die deutsche Galerie Lempert als Diebstahl bewertet und die in den USA lebende Erbin des Ersteigerers zur Rückgabe an an den Erben des Eigentümers, jetzt Kanadier, verurteilt. Urteile von Bundesgerichten sind bindend - stare decisis - alle Versteigerungen dieser Galerie ab 1933 werden jetzt in den USA juristische Probleme mit sich bringen. Die amerikanische Richterin hatte das deutsche Recht 1937 zu beurteilen und offensichtlich mit dem ordre public korrigiert. Wobei die Amerikaner ja der Sage nach eh nur amerikanisches Recht anwenden. Ein interessanter IPR-Fall - Statutenwechsel Art. 43 EGBGB - welches IPR von welchem Jahr ist hier denn anwendbar - das von heute - Art. 220 EGBGB? NRW macht sich wieder laut Gedanken um die Teilnahme an dem Benelux-Vertrag, der 2010 ausläuft, falls der eine Öffnungsklausel bekommen wird. Verstößt das gegen Art. 32 GG? Ein Austritt sei nicht beabsichtigt - wäre der zulässig? Die SZ diskutiert die rechtlichen Grundlagen für bootcamps - § 72 JGG? In Iowa findet der Caucus statt. Die

FAZ diskutiert die Personalien ab 2009 in der EU - Präsident des Europäischen Rates, Kommissionspräsident, Hoher Vertreter - bei den vielen Präsidenten verliert man den Überblick.

Die Zeitungen diskutieren über jugendliche Intensivtäter. Kulturkonflikttheorie, Anomietheorie, Bootcamps. Die FAZ erörtert, ob der Kosovo in den Europarat und die UN kommt. Ersteres ja, letzteres eher nicht. Der BGH - VIII ZR 279/06 - meint, dass ein Mieter, der nicht innerhalb der Jahresfrist gegen die Nebenkostenabrechnung protestiert hat, auch solche Posten bezahlen muss, welche überhaupt nicht im Mietvertrag als umlagefähig aufgeführt sind.

Aktuelles 31. Dezember und tschüss auf dieser Seite - es geht ab 1.1.09 auf der neuen weiter

Lehman Brothers will seine Zertifikatsverpflichtungen verkaufen. Ginge das nach deutschem Recht? §§ 415 ff.. - nein. Ist hier US-Recht anzuwenden, wenn die Sparkasse einem die Dinger verkauft hat? Was soll man einem Mandanten empfehlen? Das BVerfG und der "Dummschwätzer" im Gemeinderat. Wie wäre es im Bundestag? Oder wenn ein Anwalt einen Richter als Dummschwätzer bezeichnen würde oder umgekehrt? § 185, § 186, § 187? Das Verfassungsgericht betätigt sich wieder mal als Superstrafrevisionsinstanz. In der Tradition des Lüth-Urteils: die Meinungsfreiheit hat Vorrang - jedenfalls ausserhalb des Gerichtssaals - da gilt das GVG.

Muss man sich wegen des 31.12. und drohender Verjährungen und falsch ausgefüllter Mahnbescheidsanträge Stress machen? Nein, § 691 II ZPO. - einer der seltenen Fälle, in denen man absichtlich etwas falsch machen sollte - dann aber auch richtig falsch. Die FAZ berichtet über Jungpolitiker, die außer in Politik keine Berufserfahrung in etwas vernünftigem haben. Das erinnert an eine Examensklausur: dürfte das BWahlG dahingehend geändert werden, dass MdBs eine 10jährige Berufserfahrung haben müssen? Die Hamburger Ordnungsbehörde hat Herr Kusch untersagt, Sterbehilfe zu leisten. Zulässig, obwohl er nicht gegen § 216 StGB verstoßen hat? Wenn Zwergenweitwurf schon nicht geht, dann das auch nicht. Der Supreme Court in Kalifornien hat eine Frau, die unsachgemäß Hilfe nach einem Autounfall geleistet hat, zum Schadensersatz verurteilt. Wie wäre das bei uns - § 680? Darf man einem Motorradfahrer den Helm abnehmen oder nicht? Mein Erste-Hilfe-Kurs war 1972, ich weiß das nicht mehr. Die Kommunen in NRW müssen ab dem 1. Januar doppelte Buchführung machen statt Kameralistik. Die Altersgrenze für Kassenärzte nach § 95 VII 3 SGB V ist gefallen. Auch 70jährige können sich bis Ende März noch um eine Zulassung bewerben.

Die Länder wollen bei der Aufnahme von Guantanamoflüchtlingen mitreden - § 23 I AufenthaltsgG spricht vom "Einvernehmen" des BMI. Was ist das - ein VA - ein Internum - sui generis? Die FAZ meint, der Angriff auf den Polizeipräsidenten in Passau sei nicht rechtsextremistisch motiviert - möglicherweise. Wieso hat nicht die Bundesanwaltschaft bisher ermittelt? § 142 a GVG - wieso jetzt das LKA? S. § 3 II LKA-VO im Hippel. Die Regelung zur Patientenverfügung soll ins BGB. Wohin da? Ins Familienrecht - Erbrecht - Schuldrecht?

Bundespräsident Köhler hat die Erbschaftssteuerreform noch nicht unterschrieben - das wird eng. Man müsse alle Zahlenangaben überprüfen. Bisher dachte man, dass das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten sich auf eine offenkundige Verfassungswidrigkeit beschränke. Was ist denn, wenn er das Gesetz, in dem drin steht, dass es am 1.1.09 in Kraft tritt, am 2.1.09 unterschreibt? Alles auf Anfang?

Die Bundesrepublik hat Weihnachten Klage gegen Italien beim IGH eingereicht - Villa Vigoni - Distomo. Die SZ meint, damit würden wir die Völkerfreundschaft zu Berlusconi aufs Spiel setzen. Dazu könnte man jetzt einiges sagen. Herr Schäfer-Gümbel hat sich einen Gewerkschaftsvorschlag zu eigen gemacht: Zwangsanleihe für nicht ganz Arme. Das dürfte eine Steuer oder Sonderabgabe sein. Beides unzulässig. Der Präsident des DAV erzählt in der FAZ, dass eine Werbekampagne für Deutsches Recht mit meinem Mitgliedsbeitrag finanziert wird. Wenn ich dagegen klagen könnte, würde ich es tun. Er verweist auf das Cross-Border-Leasing - die Gemeinden hätten 30 Seiten dicke Verträge (das dürfte für anglo-amerikanisches Recht noch recht wenig sein) auf Englisch unterschrieben und könnten die nicht lesen. Der amerikanische Investor hätte also deutsche Verträge - 3 Seiten - unterschrieben und die dem amerikanischen Finanzamt vorgelegt?

Wie würden Sie entscheiden? Ein Radfahrer ohne Helm und fast taub, fährt auf dem Radweg hinter einer Bushaltestelle her und macht eine Vollbremsung mit Kopf über, als ein Passagier einen leichten Schritt nach hinten macht - BGH VI ZR 171/07. Ein Verwaltungsgericht hat die unterschiedlichen Auszahlungspläne gegenüber Rentnern und anderen eines Fonds für unzulässig gehalten - Art. 3 I GG im Privatrecht? Ein Prüfer fragte neulich, er habe über Weihnachten Dienst. Die Kandidatin konnte dazu nichts sagen. Er meinte dann, doch sicherlich nicht zum Weihnachtsbaumschmücken. Die FAZ macht eigenhändig die Hessen-SPD fertig. Herr Schäfer-Gümbel wird vor einem Bücherregal fotografiert, für das sich ein 12-jähriger schämen würde.

Man steht am Eincheckschalter und wundert sich, dass da nur 4 Leute sind. Ups, der Flug fällt angeblich wegen eines technischen Defektes aus. Luxemburg - C-549/07 - meint, die Ausrede greife nicht - also demnächst Sabotageakt oder verdeckter Fabrikationsfehler. Ein Fahrkunde der DB ärgert sich über den verspäteten Zug und springt auf einen

langsam fahrenden Güterzug auf - der hält aber erst nach 237 km. § 265 a StGB? BMI Schäuble will Guantanamohäftlinge aufnehmen - wenn sie unschuldig sind. Aha. Ermächtigungsgrundlage analog den irakischen Christen? Ein Mann beisst einer Zeitungszustellerin die Nasenspitze ab, die wieder angenäht wird - § 226? Stellen Sie sich vor, Sie sind Anwalt und ein neuer Mandant will über Sie den Flicksarg zurückgeben. Dürfen Sie das machen? Der Mandant könnte aus dem Dunstkreis der Diebe kommen, ein Trittbrettfahrer sein oder ein ehrlicher Finder. Da der BGH verlangt, dass der Anwalt dolus directus nullten Grades hat, um strafbar zu sein, ist er nicht strafbar. Wenn er nicht nachfragt. Darf man ihn wegen so was aus der Kanzlei schmeissen - § 626? Oder als Strafrichter nach Essen versetzen? Das Schornsteinfegermonopol fällt - überflüssig wie ein Kropf. Art. 14 GG?

Ein Radfahrer schneidet einen Bus und zeigt den Stinkefinger - der Bus macht eine Notbremsung, ein 67-jähriger Passagier wird schwer verletzt. § 315 b des Radfahrers? Darf ein Anwalt für Diebe eines Milliardenrings Geld plus Honorar fordern? § 257? § 253? In den Fällen, in denen Journalisten und Anwälte dabei halfen, wertvolle gestohlene Gemälde in das Museum zurückzuschaffen, wurde das bisher immer abgelehnt. Was ist hier anders? Und zivilrechtlich? Anspruch aus der Auslobung der Witwe, "Finderlohn" zu zahlen? Wird der Anspruch durch Beauftragung durch die Diebe verhindert? Ein Amtsrichter aus Rinteln stellt Strafanzeige wegen des Deals im Hell's Angels Prozess. Darf in einem Deal ein Tatvorwurf fallen gelassen werden? Puccini: die Ehefrau beschuldigt ein unschuldiges Zimmermädchen, sich an ihren Mann, ein Schürzenjäger, ranzumachen. Das Mädchen bringt sich um. Strafbarkeit der Ehefrau?

Tragödie eines Bauherrn: der Dachdecker verursacht einen Wasserschaden. Dieser wird erfolgreich verklagt, ist aber insolvent. Die Klage gegen dessen Haftpflichtversicherung, gestützt auf die Erklärung des Generalagenten auf der Baustelle, die zahle, wird mangels Vertretungsmacht abgewiesen. Die Klage gegen den Generalagenten aus § 179 I wird vom OLG abgewiesen, weil die Baustellenaussage nicht die Form des § 780 gehabt hätte. Es gibt aber noch Richter in Karlsruhe: IV ZR 239/05.

Zwei hungrige Postzusteller öffnen ein für die FR bestimmtes Weihnachtsstollenpaket und kleben dessen Zustellungsetikett auf die Sendung an eine Bank. Strafbarkeit hinsichtlich des Stollens und der Umleitung? Das dürfte ein Fall für die Neufassung des § 246 - Unterschlagung ohne Besitzverschaffung - sein. Urkundenfälschung? Das sieht nach dem heutigen Bericht der SZ nach einem Erdbeben in der StA Bochum aus. Eine Kirche in Thüringen bekommt - angeblich - zur Renovierung Geld, d.h. der Rotarierclub Lüdenscheid, in dem der LOStA Bochum ist. Die StAIn vergibt - angeblich - das Geld, um den Chef in die Hand zu bekommen. "Über mir ist der blaue Himmel (als Richterin beim AG), ich habe keinen Vorgesetzten". Stimmt das? Wenn sie in eine Abteilung mit nicht rechtsmittelfähigen Zivilsachen kommt, ja. Dann müsste man den Geschäftsverteilungsplan entsprechend ändern (das ist ein Scherz), zudem stimmt der Satz seit der ZPO-Reform sowieso nicht mehr. Davor war in Zivilsachen über dem LG der blaue Himmel. Wobei ich mir nicht vorstellen kann, dass jemand, der sein ganzes Berufsleben lang Strafrecht gemacht hat, in Zivilsachen überhaupt noch anlernbar ist - vor allem seit der Schuldrechtsreform. Diese Richter neigen dazu, die StPO-Regeln anzuwenden. "Welcher Partei stehen Sie näher, dem Kläger oder dem Beklagten?" In Siegburg musste mal ein Strafrichter Zivilsachen übernehmen. Erster Fall: eine türkische AG in Gründung hatte Landsleuten in Siegburg Aktien verkauft und einer wollte nicht zahlen. Woher ich das weiß? Und kein Dienstvorgesetzter? Richter haben keine Dienstzeiten - das hat unser Führer eingeführt. Man kann Richter aber doch ärgern - er darf keine Referendare ausbilden - muss lebenslang Nachlasssachen machen, als Beispiele. Der Besuch eines Terrorcamps soll strafbar werden, aber nur, wenn man dann auch die erworbenen Kenntnisse verwerten will. Sagen Sie mal selber. Bundesbeamte bekommen das Leistungsprinzip. Widerspricht das Art. 33 IV GG? Ist das wegen der geringeren Anzahl der Bundesbeamten gegenüber den Landes- und Gemeindebeamten eine Ausnahme von der Regel oder wird die Regel abgeschafft? Ich würde nicht darauf wetten, dass das in Karlsruhe hält.

Die Privatuni Witten-Herdecke, eine gemeinnützige GmbH, hat Probleme. Muss das Land sie als "Privatschule" nach Art. 7 IV GG unterstützen? Institutsgarantie? Ist Art. 5 III GG spezieller? Ist eine Hochschule eine Schule im Sinn des Art. 7 GG? Darf ein staatlicher Aufpasser reingesetzt werden? Die LReg meint, das ginge nicht. Wenn die einen Aufsichtsrat haben, dann doch. O je. Die berühmteste Staatsanwältin der Republik hat bei zu bedenkenden Organisationen an den Rand geschrieben, welches Mitglied der Landesregierung Schirmherr ist. Kann ein Staatsanwalt § 331 ff. StGB begehen? Wenn der örtliche Tennisclub, in dem er spielt, bedacht werden soll, ist er dran. Ich glaube nicht, dass das geprüft wird, jedenfalls nicht in NRW. Bei diskriminierender Versetzung wird die Entschädigung nach dem AGG nicht nach der Kattensteinschen Formel berechnet, die der Klägervertreter herbeigezerrt hat. Knappe 11.000 € statt 500.000 €. Die Gerichtskostenrechnung des ArbG wird unerfreulich werden. Das OVG Berlin kippt den per VO oktroyierten Mindestlohn in der Postbranche. Klageart?

Im Zweiten am 17.12. kam der Angriff in Passau auf einen hohen Polizeibeamten. Gibt es ein Festnahmerecht gegenüber Zeugen? Wird der Angriff auf Polizeibeamte schärfer bestraft als auf Normalmenschchen? Wie könnte man die

geplante Gesetzesänderung gestalten? Qualifikation, Regelbeispiel, neuer Tatbestand, unbenannter Strafschärfungsgrund. Und die BGH-Grundsatzentscheidung zum Strafmaß bei Steuerhinterziehung - Bedenken? Als Vortrag ging es um einen Hund, der ein Kind gebissen hat und eingeschläfert werden soll? Sind Sie auch so tierlieb wie die Kandidaten, fragte der Vorsitzende die Zuhörer nachher. Im ÖR kürzt der Rat einer Fraktion Zuschüsse - ist § 56 III GO eine Anspruchsgrundlage? Sowie § 65 III VwVG und das Urteil vom 16.12. des VGH NRW zur Sperrklausel - wann war die letzte Landtagswahl, die letzte Kommunalwahl, wann sind die nächsten? Im Zivilrecht verschenkt der Freund ein Armband seiner Ex, das diese für ihn bei einer Werkstatt verpfändet hatte, damit er sein Auto rausbekam, seiner neuen. Ansprüche gegen die neue und die Werkstatt? Und Räumungsklage - s. November-JuS. Die FAZ berichtet über die Auswirkungen des Bürokratieabbaugesetzes. Geht es zu Lasten des Bürgers, da dieser gezwungen ist, zu klagen - mit hohen Prozesskosten? Bringen Widerspruchsverfahren sowieso nichts? Die würden was bringen, wenn die Ausgangsbehörde nie mit der Widerspruchsbehörde identisch sein dürfte. Zum Beispiel in Widerspruchsverfahren in Prüfungssachen. Prof. Herdegen schreibt wieder über "Unantastbarkeit der Menschenwürde, ABER..." Angeblich soll der Zumwinkelprozess verschoben werden, weil der neue StA sich ja einarbeiten müsse. Ist das ein rechtlicher Grund? Ich habe den Eindruck, dass die eine Seite in diesem die SZ informiert und die andere die FAZ. Stellen Sie sich vor, Sie sind Polizeibeamter und auf Ihrem Revier erscheint eine Frau, flankiert von einem Anwalt, die erklärt, das tote Mülltonnenbaby aus der Zeitung sei ihres. Mehr würde sie nicht sagen. Was veranlassen Sie? Wir haben gestern viel Spaß bei den diversen Antworten gehabt (z.B. "verhaften"). Eine französische Bank will Online-Mietbürgschaften anbieten - geht das rechtlich? Art. 11 EGBGB - BGHZ 121 S. 224. Präsident Bush will den Journalisten, der zwei Schuhe nach ihm geschmissen hat, vor dem LG Bonn auf Schadensersatz in Anspruch nehmen. Nach amerikanischem oder irakischem Recht? Ändert sich was, wenn der Vorfall Mitte 2009 passiert wäre?

Der 16.12. war ein erstaunlicher Tag beim EuGH - neben Doc Morris und Cartesio-Überraschungseiern dürfte unsere jährliche Kriminalstatistik der Vergangenheit angehören, da sie die Ausländerkriminalität statistisch (schief) erfasst. Dass die Stahlindustrie Emissionszertifikate kaufen muss, Kunststoff- und Aluminiumindustrie aber nicht, sei in Ordnung. Die Bundesregierung will Strassenbauprojekte als Konjunkturprogramm einsetzen - das kommt einem bekannt vor. Ist der Bund hierfür überhaupt zuständig? Bei Auftragsverwaltung? Die FAZ bringt auf der ersten Seite ein "Duell". Im Mündlichen wurde mal gefragt, wo die Strafbarkeit des Duells früher stand und warum das extra mit mehreren Vorschriften strafbar war. Ab dem 1.1.09 kann man rein religiös heiraten, ist dann aber rechtlich nicht verheiratet - das ist mehr als Napoleon und Bismarck zusammen gegen die Kirche getan haben. Die SZ berichtet wieder über die Schlammschlacht bei der Bochumer Staatsanwaltschaft. Schon dass das an die Presse gegeben wird, zeigt, dass es bei der Justiz menschlich genauso zugeht wie anderswo. Soviel zu dem Motto "wir sind die Guten". Das BAG meint, der AN könne § 613 a trotz fehlerhafter Information verwirken. Hätte die Entscheidung nicht dem EuGH vorgelegt werden müssen?

Oha: der Generalanwalt hält in Sachen Doc Morris unser Apothekengesetz für zulässig - in Sachen Cartesio entscheidet der EuGH gegen die Niederlassungsfreiheit - Ungarn kann den Wegzug mit einer Löschung abstrafen - C-210/06. Im Zweiten letzte Woche wurde die BGH-Entscheidung Subsidiarität § 246 sogar zu Tötungsdelikten geprüft. Sowie, ob bei einer Hausdurchsuchung der StA auch die SMS auf dem Handy lesen darf. Als Vortrag Kaufrecht: der Wagen ist nicht schwarz sondern blauschimmernd. Der Käufer hatte den Wagen mal zur Probe mitgenommen. Die Industrie soll eine "Jobgarantie" geben. Wie kann man das rechtlich hinkriegen? Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung, Gesetz, sui generis, Allgemeinverbindlichkeitserklärung? Es ist etwas seltsam, dass die Kanzleramtsgäste vom Wochenende alle auf Lohnsteuerkarte arbeiten - vom Mittelstand war keiner dabei. Am 16.12. soll über die "Versetzung" von Frau Lichtigthagen entschieden werden. Darf man einem StA aus disziplinarischen Gründen die politische Abteilung wegnehmen und Jugenddelikte zuweisen? Vor zwanzig Jahren plus minus hat das mal eine Frankfurter Staatsanwältin durchgefochten. Nein, dann sollen die ein offizielles Diszi machen. Die SZ legt nach: Geldbußen sollen nach Gutsherrenart verteilt worden sein. Wer entscheidet das, wohin die gehen und wo steht was dazu? Ich kenn das so, dass Angeklagte ihre Wünsche äußern können oder dass das Gericht ziemlich deutlich macht, dass es eine Spende an die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (in Siegburg!) für unerlässlich halte. In den USA werden Knöllchen von Diplomaten mit Entwicklungshilfe verrechnet. Seither können die Verkehrsschilder lesen. Wäre das bei uns möglich? Der president has been hat zwei Schuhe an den Kopf bekommen. § 224?

Im Dezemberheft der JuS ist der Zahngolddiebstahl aus dem Nürnberger Krematorium besprochen - S. 1086. Volksfeste sollen immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe werden. Was hätte das rechtlich zur Folge? Ein Anwalt erscheint vor dem ArbG ohne Robe. Das LAG NS meint, dass das GVG hierfür nichts hergebe. Richtig. Art. 12 I 2 GG. Auch das Mitteilungsblatt der BRAK trommelt für das Bündnis für Recht. Ich weiß nicht, was das soll. Deren Leser wenden deutsches Recht an, ob sie wollen oder nicht. Wie wäre es mit einem Artikel in der Herald Tribune?

Der Generalanwalt wird am 16.12. sein Votum in Sachen Doc Morris II - Fremdbesitzverbot - abgeben. Man weiß, was

er mitteilen wird. Ein Schulbusfahrer schließt die Schüler ein, damit derjenige, der mit Mandarinenschalen geworfen hat, sich outet. Was ist der Schulbusfahrer rechtlich? Beliehener - Verwaltungshelfer - schlichter AN? Ermächtigungsgrundlage für sein Verhalten? Vor Jahren haben mal Eltern geklagt, weil der Kunstlehrer die Schüler einsperrte, bis die umhergeworfenen Tonklumpen wieder eingesammelt wurden. Das VG hat den Eltern recht gegeben. Das wird teuer: es gibt ein Strafverfahren, ein Disziplinarverfahren und einen Schmerzensgeldprozess sowie ein arbeitsgerichtliches Verfahren. Muss der Arbeitgeber dem Busfahrer einen Anwalt stellen - betrieblich veranlasste Tätigkeit? Die Fahrer tun mir eigentlich leid. Das muss ganz furchtbar sein. Was ist das bei dem Schüler strafrechtlich? Tätliche Beleidigung, § 315 b, § 240? Wenn er denn schon 14 wäre? EuGH Bartsch - Altersabstandsklausel - C-427/06: für das neue Recht hat er das noch nicht geklärt. Und was ist mit § 622 II 2 BGB? Ist der europarechtswidrig?

Ich gebe einem Betrüger Geld, damit er es in Aktien anlegt, was er nicht tut - s. Schneeballtrick des US-Investmentbankers, der gerade verhaftet wurde. Kann ich bei sinkenden Kursen verlangen, so gestellt zu werden, als ob er das getan hätte oder als ob ich ihn nie gesehen hätte? Novemberklausur als Denksportaufgabe. Ansonsten Schadensersatzhaftung des Käufers bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen unter Kaufleuten, IPR, ZPO. Staatsorganisationsrecht. Nachdem die SZ am 12.12. darüber berichtet hat, dass die Chefermittlerin im Zumwinkelverfahren nach Köln "umziehe", ziehen heute die anderen Zeitungen nach. Die StA Bochum bzw. die GStA äussert sich sehr despektierlich - ob das so klug ist, kurz vor der Hauptverhandlung die Autorität der Anklägerin zu zerstören? Was ist das rechtlich - eine Versetzung - Umsetzung - Abordnung? Darf überhaupt ein Strafverfahren von einer StA zur anderen "umziehen" - argumentum e contrario § 15 StPO? Wer entscheidet das? In welcher Form - VA - JustizVA - ör Vertrag oder ein Ding sui generis? Darf die Justizministerin Berichterstattung verlangen oder ist das Verrat eines Dienstgeheimnisses? Letzteres war mal Examenshausarbeit. Nur in den RiStBV steht die Berichtspflicht drin. Die KfW hat ihren Erstattungsanspruch gegen Lehman-Brothers-USA an den Bund abgetreten, der Lehman-Brothers-Germany Geld schuldet. Und der rechnet auf. § 406 BGB im IPR und Insolvenzrecht? Egal. Die können ja mal klagen oder hier einmarschieren. BAG vom 9.12.: ein Steuerberater verkauft seine Praxis (geht das überhaupt trotz seiner Schweigepflicht?) und vereinbart unter Anrechnung auf den Kaufpreis, dass eine AN = Lebensgefährtin übernommen wird und regelmäßig eine Gehaltserhöhung bekommt. Der neue wirft sie umgehend raus. Vertrag zugunsten Dritter? Nein.

Die SZ berichtet über das am 1.1.09 in Kraft tretende Forderungssicherungsgesetz - die VOB ist dann nicht mehr gerichtsfest - es wird eine Bestellersicherheit geben und der sog. Druckzuschlag darf nur doppelt so hoch sein wie die Mängelbeseitigungskosten. Die FAZ schreibt zum Schmutzgutschein. Die Industrie bekommt Emissionsrechte zugeteilt - umsonst. Die CO2-Produzenten sprich Kohlekraftwerke müssen aber ab 2012 alle einkaufen - wie soll das gehen, wenn gleichzeitig die Kernkraftwerke abgebaut werden? Frankreich hat einen Wettbewerbsvorteil, weil die Kernkraft fördern. Wird Art. 3 GG verletzt, wenn die Chemieindustrie besser behandelt wird als CO2-Produzenten? Die FAZ meint, dass der BGH VI ZR 307/07 dem EGMR den Fehdehandschuh wegen seiner Caroline-Rechtsprechung hingeworfen habe. Die Presse könne selber beurteilen, was berichtenswert sei und nicht die Gerichte. Der Bericht über den Freigang/Ausgang eines inhaftierten Schauspielers diene der demokratischen Kontrolle der Gefängnisse - das wird die Bild-Zeitung bei Ihrem Bericht auch im Hinterkopf gehabt haben. EuGH C-297/07 - ne bis in idem, wenn ein Fremdenlegionär in Frankreich wegen Totschlages verurteilt wurde, die Strafe aber wegen Verjährung nicht mehr vollstreckt werden könne? Ja. Da hat jemand Glück gehabt. Das BVerwG wendet in vorauseilendem Gehorsam die 2009 in Kraft tretende Führerscheinrichtlinie an - der tschechische Führerschein nützt dann nichts mehr trotz ersten Wohnsitzes. Die Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 69 a StGB ist nach der act-of-state-doctrine von einem anderen Staat zu respektieren. Kann "Yoghurt gum" eine Marke sein? Das BAG meint, dass die Versäumung der Klagefrist durch den Anwalt dem Kläger zuzurechnen ist - in der StPO und in der VwGO macht man das nicht so. Geht es hier nur um Geld wie in der ZPO oder um den Arbeitsplatz? Der Anwalt hat eine Haftpflichtversicherung. Es geht letztlich nur um Geld.

Weltkonzerne haben beim Cocktailempfang zu Ehren der UN-Menschenrechtsdeklaration erklärt, dass sie die befolgen wollen. Drittwirkung der Deklaration? Müssen die Konzerne das nicht sowieso? Wann heißt es Pakt/Charta/Konvention/Allianz/Akte/Statut??? Ich glaube, die machen das, wie sie wollen. Eine Staatsanwältin in Frankfurt an der Oder muss sich mit der Tötung afghanischer Zivilisten durch Bundeswehrsoldaten befassen. Wieso? Gilt hier das normale Rechtfertigungsrecht oder wegen der Einheit der Rechtsordnung die Einsatzregeln der NATO? Das fragt die FAZ. Die Stadt München gibt ihren Stadträten freie Eintrittskarten fürs Theater, den Zoo und Stadien, damit die gucken können, ob die Feuerlöcher richtig hängen. Ist das strafbar? Der Gouverneur von Illinois wollte den freigewordenen Senatorensitz vom president elect quasi versteigern. Wonach ist das bei uns strafbar? § 332? Vollendet - versucht - schwerer Fall? Die Bremer Uni lässt sich wegen ihrer Tierversuche durch einen Bonner Professor vertreten. Da muss er dann in die Niederungen des Verwaltungsfahrensrechts runter. Das Kabinett billigt den Pirateneinsatz der Bundeswehr im Rahmen des EU-Einsatzes Atalanta. Muss der Bundestag auch noch zustimmen? Art. 87 a II GG oder

Art. 24 I und 23 GG? Darf die Bundeswehr als Polizei auftreten? Aufgabe des Trennungsprinzips im Völkerrecht für uns? Das sieht ganz danach aus. Wenn man dies und das zum Penderpauschalenurteil liest, hat man den Eindruck, dass der zentrale Vorwurf die fehlende logische Begründung sei. Auf gut Deutsch, der Gesetzgeber sei doof und wir alle auch. Niemandem sei vorher aufgefallen, dass wohnen unter 20 Kilometer arbeitsbedingt sei und drüber privatbedingt? Kann es nicht in jedem Fall unterschiedlich sein? Die Begründung aus Karlsruhe ist genauso unbewiesen wie die aus dem Finanzministerium.

Der Kofferbomber hat lebenslänglich wegen Versuchs bekommen. Dürfte das Gericht bei Versuch sogar auf Null runter gehen? § 23 II StGB? Ist das Ergebnis mit der Revision erfolgreich angreifbar? Immerhin war der Attentatsversuch nicht sooo schlimm, da es zu keinen Körperverletzungen gekommen ist. Die Benelux-Staaten haben eine "politische Erklärung" abgegeben, damit NRW ins Boot kann. Was ist das rechtlich? Kompetenz? Ein Wittelsbacher Diamant wird bei Christie's in London versteigert. IPR - nach welcher Rechtsordnung geht das? Das BVerfG wird sich mit der Vb gegen einen Tarifvertrag beschäftigen. Die Zusatzrente im öffentlichen Dienst wurde 2002 von der gesetzlichen abgekoppelt. Art. 14 GG? Frau Prof. Steinbeck schreibt in der FAZ über die Verzahnung von AGBs und UWG. Ist eine unwirksame AGB gleichzeitig unlauterer Wettbewerb? Ich darf aus einem aktuellen Protokoll zitieren: "Frau Steinbeck ist - was schon früheren Protokollanten nicht entgangen ist - eine durchaus ansehnliche Erscheinung. Wenn also die Prüfung zäh verläuft, so hat man wenigstens immer was fürs Auge. ... Die Prüfung im Zivilrecht leitete sie sehr souverän und professionell. Insbesondere stellte sie "studentengerechte" d.h. präzise und zielführende Fragen. Sie gab jedem ausreichend Zeit, die eigene Antwort zu erwägen oder zur Suche in den Gesetzestexten, ohne dabei ungeduldig zu werden. Den Kandidaten mit Prädikatsambitionen gab sie durch vergleichsweise anspruchsvolle Querfragen Gelegenheit zur Profilierung, während die Grundlagen den schwächer vorbereiteten Kommilitonen vorbehalten blieben." Ist doch nett oder? Dabei meinte ein Bonner Professor mal, er würde keine Frau kennen, die Wettbewerbsrecht könne. Ich glaube, ich kann diese Äusserung menschlich erklären. Jede Zeitung berichtet heute über die UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948. Welche Rechtsbehelfe gibt es denn, um die durchzusetzen?

Eine Frau Lemke klagt gegen den Kostenbescheid der Stadt Köln für die anonyme Beerdigung ihres Sohnes, dessen Grab sie jetzt nicht findet. Begründung der Stadt: es stünden ca. 144 Lemkes im Telefonbuch, die hätten sie nicht abtelefonieren können. Hat die Klage Aussicht auf Erfolg? Die Kosten werden doch auch bei Benachrichtigung entstanden? In der Prüfung Bönders/Müller/Krämer am 26.11. wurden aus 76 117, aus 42 73, aus 28 54, aus 61 99, aus x 55 und aus 53 86 Punkte. Vortragsnoten: 11 4 2 8 x 9. Wem gehört Knut? Der Eisbär-Vater gehört dem Neumünsteraner Zoo, die Mutter dem Berliner Zoo, das berühmte Kind wurde in Berlin geboren. Jetzt will der Vaterzoo zwar die Lizenzentnahmen aber nicht das Kind haben. Ist das widersprüchlich? Am 9.12.1948 beschloss die Generalversammlung der UNO die Genozidkonvention, die wir 1954 nach Art. 59 II GG umgesetzt haben (wir sind ja erst 1972 ca. in die UNO). Ein schächtender Metzger hat wegen der verweigerten Ausnahmegenehmigung für das Opferfest eine 600 Seiten dicke Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht. Wer soll das lesen? Offensichtlich niemand, denn das BVerfG hat sofort eine Pressemitteilung herausgegeben, dass es keine Superrevisionsinstanz sei. Ein Lottovermittler, vertreten durch zwei große Kanzleien, hat Verfassungsbeschwerde gegen das Internetverbot ab dem 1.1.09 eingelegt. Und einen Eilantrag gestellt. Der Tod-in-der-Zelle-Prozess in Dessau ist nach Angaben des Vorsitzenden Richters gescheitert, da die Zeugen gelogen hätten. Und dann spricht das Gericht frei? Die StPO hat Mittel gegen so was. Vor dem Freispruch hat das Gericht den Angehörigen einen § 153 a StPO mit ein paar tausend Euro angeboten. Ich finde das alles mehr als schräg. Piraten sollen vor deutsche Gerichte, wenn die Bundeswehr sie eingefangen hat. Welches ist zuständig? Weltstrafprinzip bei Piraterie?

BGH 4 StR 233/08: kann ein Täter von einem fehlgeschlagenen in einen unbeendeten Versuch - korrigierter Rücktrittshorizont? Nein. Die Prüfung im Zweiten am 5.12.: Der Löwen-Baby-Fall aus der NVwBL 08 - alter OVG Hamburg-Fall - kam im ÖR, im Strafrecht Online-Durchsuchung und BKA-Gesetz. Im Zivilrecht Hypothek. BGH 4 StR 301/08: die Eltern des verschwundenen Pascal beteiligten sich als Nebenkläger, versterben aber während des Verfahrens. Deren Anwalt meint nun, er vertrete nun als Nebenkläger den verschwundenen Pascal und legt gegen den Freispruch Revision ein. Geht das? Herr Wowereit bricht den Koalitionsvertrag mit der Linken - wirkt sich das auf die Abstimmung im Bundesrat aus und warum nicht? Es soll eine EU-Operation gegen die Piraten geben. Kommt endlich mal die zweite Säule zum Zuge oder subsumiert man das unter Verbraucherschutz des Art. 95 EG? Dürfen wir nur angegriffene Schiffe retten oder einen Angriffskrieg gegen Piratennester an Land durchführen? Der tschechische Präsident gründet eine Anti-Europa-Partei - das wird in drei Wochen spannend, wenn Tschechien die Präsidentschaft erhält. Die SZ berichtet über den 10.12.1948 mit allen Grundrechtsdeklarationen davor. Darf ein Ruhestörer dazu gezwungen werden, stundenlang Barry-Manilow-Songs zu hören? Eine Richterin in den USA macht das so.

Der EGMR hat etwas gegen die Aufbewahrung von Gen-Material für künftige Ermittlungen in England. Was ist dann mit unserem § 81 g StPO? Ein Student will sein Studium durch Privatdarlehen von "Aktionären" finanzieren lassen und dann

seine künftigen Einkünfte als Gegenleistung teilweise überlassen. Geht das? Da ist ja das Pfund Fleisch bei Shakespeares Shylock noch harmlos. Darf eine Aktiengesellschaft mit so einem Zweck bei uns gegründet werden? Müssen wir eine solche Schweizer AG hier respektieren? Ordre public? Gründungstheorie? Sitztheorie? Das EGBGB sagt zu Gesellschaftsrecht nichts.

Die Bremer Uni hat ein Eilverfahren gegen das Bremer Ordnungsamt eingeleitet, weil dieses weitere Tierversuche nicht mehr genehmigen will. Wer ist hier genau der Antragsgegner? Darf der Staat Wissenschaft in gute und entartete einteilen? Oder ist das wie bei der Kunst? Jedenfalls tut er es - s. Stammzellenforschung und PID. Aber wer ist dafür zuständig? Der Sachbearbeiter im Ordnungsamt? Wie ist es mit der Lehre? In den 70ern kamen in den Scheinen regelmäßig Fälle "der Ausländer A vergewaltigt die Deutsche D", dabei hat sich niemand was gedacht. Wie ist es bei Prüfungen? Kann eine moslemische Lebensmitteltechnikexaminandin verlangen, dass sie statt Schweinebraten ein vegetarisches Gericht als Prüfungsarbeit kochen darf? Ne, dann hätte sie Jura studieren sollen, wenn sie das nicht will. Für Herrn Zumwinkel soll das LG Bonn zuständig sein. Wie das? Zur Verjährung: Wann ist eine Steuerhinterziehung vollendet?

OLG Stuttgart: ein bei Daimler gekaufter neuer Mercedes verbraucht 9 Prozent mehr Sprit als im Prospekt angegeben. Was wird der Käufer wohl verlangen? Garantie? Beschaffenheitsvereinbarung, Haftung für Werbung nach § 434? Daimler hat ein Anerkenntnisurteil gegen sich ergehen lassen. Das EuG ist sauer. Es hat zum ersten Mal überhaupt direkt einen Tag nach der mündlichen Verhandlung eine Entscheidung erlassen - in Sachen Terroristenliste schon die dritte Entscheidung - der Ministerrat sei stur. BGH VIII ZR 124/08: der Mieter hat die Gartenpflegearbeiten übernommen - die Vermieterin lässt zwei Bäume fällen und will Ersatz von ihm. Zu Recht? Das LAG Köln meint im Gegensatz zur Vorinstanz, dass eine Krankenschwester in einem kirchlichen Krankenhaus kein Kopftuch tragen dürfe - ist sie Tendenzträgerin? § 118 BetrVG im Individualarbeitsrecht? Unterschied zur Parfümverkäuferin, Kindergärtnerin, Referendarin, Lehrerin und Schülerin? Der luxemburgische Großherzog soll sein Vetorecht verlieren, da er das Sterbehilfegesetz nicht ausfertigen will. Was würde man bei uns machen? Den Stellvertreter unterschreiben lassen? Könnte das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten bzw. der ganz gestrichen werden? Werden beide durch Art. 79 III GG geschützt? Herr Zumwinkel: mit welchem Ereignis begann die Verjährung? Mit dem Erlass oder dem Zugang des Steuerbescheides für 2001 im Jahr 2003? Ist die Drei-Tages-Frist eine Frist oder eine Fiktion? Eine Fiktion ist eine Lüge im Gesetz - ist diese Regelung eine unwiderlegliche oder eine widerlegliche Vermutung? Die StA will nicht in die Beschwerde wegen der teilweisen Nichteröffnung gehen. Wie kurbelt man die Konjunktur an - durch einen Konsumgutschein oder einen Scheckscheck? Was sind das rechtlich? Eine Personenschuldverschreibung zugunsten Dritter? Finanzpolitisch drückt der Staat dadurch Geld. Ein Scheck ist im Gegensatz zu einem Wechsel kein Kreditmittel sondern Ersatzgeld. Wer entscheidet das - der BMF oder der Bundestag? Wesentlichkeitstheorie? Der Bundestag gründet eine Stiftung - mehrere Stiftungen. Darf er das? Ist der Bundestag rechtsfähig? Zuständigkeit? In England sind die Räume eines Unterhausmitgliedes durchsucht worden, weil der illegale Geheimnisse aus Ministerien an die Presse weitergegeben hat. Verrat von Dienstgeheimnissen? Carl von Ossietzky - auch illegale Geheimnisse fallen bei uns unter Hochverrat. Es soll ein Abkommen gegen Streubomben geschlossen werden. Wie geht das? Ein Prüfer meinte mal, durch Angebot und Annahme. Wohl kaum.

In der Prüfung Ahn-Roth/Kreße/Dierke am 27.11. - mit den drei falschen Vorträgen - sie haben nicht gefuscht - wurden aus 47 80, aus 56 91, aus 23 47 Punkte und aux x 74, aux y 74 und aux z 85 Punkte. Vortragsnoten 9 10 5 4 5 3. Prüfungsgespräch 10 11 10 15 10 7. Im Zivilrecht stiehlt ein Dieb in Rom aus dem Trevi-Brunnen das Geld der Touristen - IPR! Im ÖR fälscht ein Gymnasiast, der drei Mal sitzengeblieben ist, sein Zeugnis und beendet seine Schullaufbahn auf einem anderen Gymnasium und studiert dann. Im Strafrecht Raub, räuberische Erpressung mit allem drum und dran. Das war gestern kein guter Tag für Herrn Zumwinkel. Zunächst die Ladung zur Hauptverhandlung im Januar und dann das "Grundsatzurteil" des BGH zur Strafhöhe bei Steuerhinterziehung. Darf der BGH das überhaupt? § 354 ff. StPO geben das nicht her. Einen § 31 BVerfGG haben die auch nicht. Die grundlegende Vorschrift des StGB, § 46, bringt es auch nicht. Schuld ist gleich hinterzogene Geldsumme ist gleich Strafmaß? § 46 hat einen anderen Standpunkt. Der BGH macht sich zum Gesetzgeber und Tatrichter. Das LG Bochum - Wirtschaftsstrafkammer - (wo steht die?) - hat wegen der Vorgänge vor 2002 nicht eröffnet - §§ 209, 210 StPO. Das wäre verjährt. Was unterbricht die Verjährung? Relative und absolute Verjährung? Was macht man als Verteidiger? Man lernt aus dem Trienekens-Verfahren und liest sich die Kommentierung zu § 58 II 2 u. § 56 f III StGB durch. Das BVerfG hat dem OVG Münster wieder ein Demonstrationsverbot um die Ohren gehauen: das Gedenken an die "deutschen Opfer" sei nicht zu beanstanden. Da wird mir schlecht. Juden sind also keine deutschen Opfer? Die FAZ berichtet, dass das Verfahren wegen des Todes in der Zelle wahrscheinlich ohne Urteil zu Ende gehen werde. Wie das? Selbst bei einem Verfahrenshindernis muss durch Urteil eingestellt werden. Ein § 153 wird es ja wohl nicht werden. Was ist, wenn das Gericht die Sache einfach terminlos stellt? Deutsch soll ins GG, meinen einige aus der CDU. Wäre das europarechtswidrig? Haben wir woanders was ähnliches? Im GVG. Stimmt das? Immobilienfonds zahlen trotz Hinweises der BAFIN nach Auszahlplänen an Rentner

aus. Was kann die BAFIN jetzt machen? VA? Darf der Fonds das Geld dann von den Rentnern zurückverlangen? § 812? Frau Zypries will die Nebenklagefälle erweitern - Raub u.ä... Aber nicht bei Wohnungseinbruch.

BGH 4 StR 235/08: Die T fährt vorsätzlich eine Fußgängerin/sehr alte Dame an ("jeden Tag was neues auf der Haube"), die ihr unters Auto gerät - die herbeieilenden Helfenden fordern sie auf, den Wagen nach vorne zu setzen, um das Opfer zu befreien. Sie tut dies und dadurch stirbt das Opfer. § 227. Bush soll wegen Kriegsführung angeklagt werden. § 80 StGB? Wieso ist da nur die Vorbereitung aber nicht das Führen eines Angriffskrieges strafbar? Was ist ein Angriffskrieg? Bzw. Angriffs-Bewaffneter-Konflikt? Wer beurteilt das, der örtliche Staatsanwalt? Der Zahngolddiebstahl geht in die Berufung. Mitnahme des Zahngoldes aus dem Müllbehälter des Krematoriums - § 242? § 168? Wem gehört das Zahngold? Die Sparkasse KölnBonn braucht eine Bürgschaft der Städte Köln und Bonn über 300 Millionen, obwohl seit Oktober die Leute ihr Geld säckeweise dahingetragen haben. Das lässt tief blicken. Wer entscheidet das in Bonn? Der Rat? Die OBine? Mit wieviel Unterschriften? Darf sie das überhaupt, da sie für die nächste OB-Wahl 2009 gar nicht mehr antreten will? Ich dachte, die Gemeinden sind alle klamm - jedenfalls weinen sie seit 50 Jahren rum. Der Kölner Stadtanzeiger meldet, dass über 30% der Gemeinden insolvenzreif sind und unter dem Kuratel der Aufsichtsbehörde stehen - warum können Gemeinden nicht insolvent werden? Wie fast immer hat das historische Gründe. Es soll zum ersten Mal im öffentlichen Dienst ausserhalb der Kirchen betriebsbedingte Kündigungen geben. Man sollte einfach abends die Heizung abdrehen, das ginge auch. Der Bund soll einen Quasi-Rettungsschirm aufspannen. Wohl eher nicht. Auch in NRW soll ein Rauchmeldergesetz kommen. Orchesterstreik: bei der Premiere spielt nur der Mann am Klavier. Ist es ein zulässiges Ziel, eine dynamische Verweisung auf die Gehälter des öffentlichen Dienstes zu zementieren? Ich dachte, Streik sollen Tarifabschlüsse erwirken und kein Trittbrettfahren. Bekommt der Premierenbesucher sein Geld zurück? In Thailand wird wohl die Partei des MP verboten. Verlieren die Abgeordneten dann ihr Amt - verliert der MP sein Amt? Nicht nach thailändischem Recht sondern wie wäre das bei uns? Ein Immobilienfonds will Auszahlungspläne bedienen aber sonst nichts auszahlen. Art. 3 I GG im Privatrecht? Das Berliner Stadtschloss soll nun wieder aufgebaut werden. Wie ist das baurechtlich? In den Niederlanden war bisher der Erwerb von Magic Mushrooms erlaubt. Dürfen wir das hier verfolgen? Herkunftslandprinzip? Drogen als Ware? Heute kommt wieder "Thirteen days" im Fernsehen. Ein toller Film - für Völkerrechtler ein Muß - ein US-Präsident liest ein Buch und richtet sich danach - Barbara Tuchman "August 1914". Als Weihnachtslektüre ist ihr Buch "Der ferne Spiegel" DTV zu empfehlen - schon das Vorwort ist richtig spannend. Die Zustände im 14. Jahrhundert (Kriege, Seuchen, finanzielle Mißwirtschaft, Naturkatastrophen, Krankheit, Hunger, Klimawandel) erinnern einen an etwas.

Die Noten in der Prüfung Schmidt/Linden/Lehmler am 21.11.: 25 zu 63, 23 zu 47, 46 zu 76, 33 zu 78, 52 zu 90 und 24 zu 57. Im Zivilrecht kam BGH II ZR 292/06. So, für den falschen Vortrag am 27.11. gab es 4 Punkte (Wofür bitte?). In der Parallelprüfung Schmidt-Eichhorn/Sachs/Loschelder wurden aus 40 80, aus 52 91, aus 32 61, aus 51 81, aus 36 65 und aus 47 87. Vortragsnoten für den richtigen Vortrag: 4 6 5 3 2 7 - man hätte den falschen Vortrag halten sollen, der wäre nämlich viel einfacher gewesen - der Schwerpunkt beim falschen war tatsächlich § 241 a BGB rauf und runter als Rechtfertigungsgrund - allerdings zur Unterschlagung. Der Quelle-Backofenfall kam dran, StPO und eine alte Klausur, die Erbschaftssteuerreform, der Große Senat zur Einwendung in der Berufungsinstanz NJW 2008 S. 3434. Das BKA-Gesetz im Bundesrat. Und die Haftung der Bank, die einen Medienfonds (was ist das?) verkauft. Prof. Sachs wollte wissen, ob BMI Schäuble irakische Christen herholen darf - § 23 II Aufenthaltsg. Die Besetzung der Flughäfen in Bangkok - § 315 StGB - § 240? Gilt deutsches Strafrecht? Wie, wenn das hier wäre? Analog Laepple-Fall - Sargträgerfall - Sitzblockade vor der US-Kaserne: ist ein Demonstrant für ein ausgewachsenes Flugzeug ein körperliches Hindernis? Die SZ berichtet über den Briefwechsel von Forsthoff und Carl Schmitt. Es wird für Anlegerklagen gegen beratende Banken eine Umkehr der Beweislast gefordert. Wobei - Pflichtverletzung oder Verschulden - oder beidem? Ist das notwendig? Wie ist das bei Anwälten? Ich habe nicht viel Mitleid mit Leuten, die Zertifikate kaufen und nicht wissen wollen, was das genau ist.

November: BVerfG: ein Fernsehsender darf Bilder vor einer Strafverhandlung nur verpixelt senden - d.h. hinsichtlich des Angeklagten. Rechtsbehelf? Wer entscheidet das, der Vorsitzende oder der Spruchkörper - mit oder ohne Schöffen? BGH 4 StR 411/08: Ein Zeuge überholt mit seinem Auto einen flüchtenden Bankräuber, der schießt aus seinem fahrenden Auto auf dessen Wagen und trifft das Fahrzeug mehrfach. Kein § 315 b nach dem BGH, kein "Beinah-Unfall" - ich glaub's ja nich. Sogar meine Fernsehzeitschrift weist schon auf den 10.12. hin - 60 Jahre Menschenrechtsdeklaration der UN - sollte man mal reingucken. Am 9.12. wird über die Pendlerpauschale entschieden: Was kommt da raus? Werktorprinzip - Haustürprinzip - alles bleibt so wie es ist oder so nun gar nich - das muss man Arbeitnehmern anders wieder gut machen? Da geht es bei vielen Leuten um richtig viel Geld im Steuerjahr. Mich treibt das immer noch um mit der Prüfung am 27.11.: menschlich (wie kann man so blöd sein, eine Stunde vor einem Sachverhalt zu sitzen und den falschen zu prüfen? Und dann noch drei Leute - haben die gepfuscht? Andererseits ist das ein grässliches Augenblicksversagen mit lebenslangen Folgen) und juristisch: null Punkte - alles

andere wäre unfair gegenüber anderen Kandidaten jetzt, in der Parallelprüfung und in Zukunft. Kann jetzt ein Prüfling, der die richtige Frage bearbeitet hat, klagen, wenn keine null Punkte vergeben wurden? Oder der Prüfling mit dem falschen Vortrag, der 1 Punkt bekommen hat? Darf das JPA die Entscheidung der Kommission kippen?

Der Vortrag am 27.11.: T lässt seinem Feind eine Gummipuppe schicken, F wirft die in den Müll. Strafbarkeit des F? In einer Prüfung haben drei Kandidaten die nicht gefragte Strafbarkeit des T geprüft - au weia - Thema verfehlt. Das Problem für die armen Prüfer: müssen die nicht null Punkte geben? Man stelle sich vor, der falsche Vortrag wird brillant gehalten und der richtige grottenschlecht! § 303 - fremd? § 929 bei einer zugesandten Gummipuppe? § 241 a BGB als Rechtfertigungsgrund? Ist das ein Fall des § 241 a? Notwehr? Notstand? Wieder eine Denksportaufgabe. In der Prüfung am 26.11. Bönders/Müller/Krämer kam als Vortrag eine Klausur: Der Experte soll das Atomkraftwerk reparieren, sein Mitarbeiter gibt sich als er aus und macht das dann (die mit dem Ölfeld - August?). Im BGB Schenkung mit Wohnrecht - Umzug ins Altersheim. Und § 476. Im ÖR Beurteilung von Beamten, im Strafrecht JuS 08 S. 1005 - Novemberheft. Ein US-Soldat beantragt bei uns Asyl. Zu trennen sind Art. 16 a GG und die Genfer Flüchtlingskonvention. Die sog. Qualifikationsrichtlinie vom 29.4.2004 2004/83/EG (nicht EU-Richtlinie) hätte bis zum 10.10.2006 umgesetzt werden müssen (Google sei wieder mal Dank - sonst hätte man Wochen gebraucht, um das Ding zu finden). Das Mangoldurteil im Soldatenrecht? Vielleicht entführen ihn die Amerikaner heimlich, dann haben wir das Problem vom Hals. Darf die EG diese Konvention überhaupt "auslegen"? Und dann noch in der ersten Säule? Der Anwalt von Marco W. legt sein Mandat nieder, weil dieser ein Buch veröffentlichen will. Seine Gebühren hat er alle verdient. Eine Kündigung zur Unzeit ist unzulässig. Ist auch eine spekulative, die dem Mandanten schadet, unzulässig? § 627, § 628 II?

Die Prüfung Franken/Klein/Elling im Zweiten am 12.11.: 38 zu 68, 21 zu 52, 48 zu 87, 33 zu 61, 34 zu 69, 33 zu 57. Was ist ein Mietgarantievertrag, wurde gefragt. Im Strafrecht veröffentlicht die StA Dinge aus den Akten - strafbar? Im ÖR wird ein Ratsmitglied dement und seine Betreuerin legt das Mandat für ihn nieder. In der Prüfung Schmoeckel/Pietzcker/Bieber am 25.11. kam als Vortrag FernAbsR - Honigbestellung mit Irrtum. Im Zivilrecht wieder ein Fall aus dem Klausurenkurs in Bonn - Erbrecht. Im Strafrecht Siriusfall, Haustyrannenfall und der Tod in Venedig: ein Dirigent bringt sich in Venedig mit Hilfe von Gift um, nachdem ihn jemand taub gespritzt hat - das soll der letzte Commissario Brunetti-Fall gewesen sein. Im ÖR Kommunalrecht: was sind die Stadtwerke rechtlich? Aus 35 wurden 73, aus 42 88, aus 27 63, aus 37 68, aus 38 71 und aus 26 68 Punkte. Vortragsnoten: 8 10 9 7 9 8. BGH 4 StR 364/08: § 357 StPO gilt nicht bei zu langer Verfahrensdauer - wenn man also hartgesotten ist und regt sich über 20 Jahre U-Haft nicht auf, dann kommt man nicht in den Genuss des Vollstreckungsmodells, das der sensible Mitgefangene erstritten hat. Es war ja schon unverständlich, dass der BGH § 357 nicht auf Jugendliche anwendet - aber diese Graf-von-Monte-Christo-Variante? Herr Sodann und Herr Blüm wollten auf einem Kreuzfahrtschiff gegen Kosten und Logis Kabarett machen. Nun ist das Schiff kaputt - die Passagiere werden umgebucht. Haben die beiden Anspruch auf Vergütung? Das erinnert an den Fall von Tic-Tac-Toe, als die Tournee ausfiel und der Beleuchter sein Geld wollte. Was ist der Unterschied zu diesem Fall? Der BGH verlangt im Backofenfall - VIII ZR 200/05 - den vorauseilenden Gehorsam gegenüber EuGH-Urteilen - juristisch heißt das "richtlinienkonforme Fortbildung". Der anglo-amerikanische Rechtskreis hätte was dagegen - strenge Wortlaut-Auslegung - s. Shakespeare: der Kaufmann von Venedig. Unsere klassische Auslegungsmethode werden wir jetzt um ein fünftes Merkmal ergänzen müssen. Ein weiteres italienisches Gericht will das Distomo-Urteil vollstrecken. Wie wäre das bei uns? § 328 ZPO - keine revision au fond? EuGVVO - Staatenimmunität ist aber etwas anderes.

Hier noch die Noten aus der Prüfung Limpens/Klein/Krieg vom 19.11.: 38 zu 74, 12 zu n.b., 50 zu 79, 15 zu 46, 22 zu 46, 23 zu 52. Leo Kirch / Dt. Bank. Sein berühmter Anwalt hat den Zöller auf dem Tisch stehen - will er dem Gericht daraus vorlesen? Kirch hat eine Prozessgesellschaft gegründet, die gerade mal 17.000 € im Portemonnaie hat und klagt Millionen ein. Das geht nun nicht. Das Gericht meint, Leo Kirch trage die Beweislast, dass sein Unternehmen nicht schon vor dem Interview insolvenzreif war. Interessant. Wieso und wie macht man so was? Der Kläger ließ Teilversäumnisurteil gegen sich ergehen - der Rettungsfallschirm, um noch in der Sache vortragen zu können, die Klage scheint nicht schlüssig gewesen zu sein - ein Fall für die Haftpflichtversicherung? Diese kleine Gebühr dürfte das Ersparte der Klägerin schon übersteigen. Der Anwalt hat wohl gesagt, dass Herr Kirch persönlich gerade stehen würde. O je, er sollte sich mal die Akte Ernst-August von Hannover gegen seinen Anwalt durchlesen. Wieso ist München zuständig? § 32 ZPO und Sitz einer Filiale der Beklagten und Sitz des Imperiums des Klägers, was rechtlich aber keine Rolle spielt. In Frankfurt wollte er wohlweislich gar nicht erst anfangen. Dem Bericht der FTD nach zu urteilen, hat das Gericht die Klägeranwälte richtig gehend vorgeführt: wie ist heute der Kurs der Axell-Springer-Aktie? So unvorbereitet könne man doch nicht in den Termin kommen. Ich bin ein bißchen schadenfroh. Die FAZ berichtet über Cross-Border-Leasing. Die Gemeinden wollen da raus. Wieso? Ist der amerikanische Fiskus pleite? In Recht und Steuern wird über die Nichtanwendungserlasse des Finanzverwaltung berichtet. Der BFH meint, dass dürfte die nicht. Wir haben hier keinen § 31 BVerfGG und kein stare decisis. Da muss schon das Gesetz geändert werden. Darf die

Ordnungsbehörde Jesus aus Schokolade verbieten? Nur geschmacklos oder schon strafbar? Denksportaufgabe aus dem Mündlichen neulich: worauf beruht § 280 I 2 BGB? Auf der Rosenbergschen Beweislasttheorie aus 1900 - das wollte ich mit meinen fast 55 Jahren schon immer mal wissen.

Rechtsgrundlage für die Entlassung Christian Klars? § 57 StGB, wieso nicht § 57 a? Wieso ist das OLG Düsseldorf zuständig? Was kann er gegen die Bewährungszeit von 5 Jahren und Auflagen machen? Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Die Käuferin eines Jagdhundes klagt vor dem AG Konstanz, weil der pupst (ich würde das als Verkäufer, nachdem ich mich kaputt gelacht habe, mit Nichtwissen bestreiten). Im Verfahren stellt sich heraus, dass das normal ist, dass er aber eine Schilddrüsenerkrankung und eine Allergie hat. Rechtslage bei diesem Zufallsfund? Die FAZ berichtet über den Stadtstaat Bremen, der tierversuchsfrei werden will. Ist Wissenschaft politikfest? Vor dem LG München findet der nächste Akt in Sachen Kirch / Deutsche Bank und Breuer statt. Haftung bei einem Interview für einen amerikanischen Fernsehsender in den USA? IPR. § 824? Wurde schon ein paar Mal geprüft. Prof. Lutter meint, dass die Bank bei Herrn Breuer voll Regress nehmen könne - keine betrieblich veranlasste Tätigkeit-Spielregel. Das ist graue Theorie. Der selbsternannte Anlegeranwalt Tilp, derjenige, der immer mit Foto in der Zeitung ist, warnt vor Anlegeranwälten, die solche Prozesse verlieren. Den Telekom-Prozess gewinnt er ja gerade oder erinnere ich mich da falsch? Hessen: ist die Wahl am 18.1.2009 wegen der SPD-internen Behandlung der Viererbande jetzt schon anfechtbar? Es soll ein BVerfG-Urteil zu einem Hamburger Fall geben: der unbekannte Kandidat muss mehr als 3 Minuten Redezeit bekommen.

In der Prüfung am 7.11. im Zweiten Schmidt-Troje, Jungclaus, Kapplinghaus wurde nach der Einführung des Großen Familiengerichts 2009 gefragt und dem Führerscheintourismus. Der Vortrag: Makler - Ehemann schließt den Vertrag und die Ehefrau kauft. Viel Verfahrensrecht. Gilt das GG ewig? fragt die FAZ bzw. Prof. Dreier. Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht. Das GG ist schon ziemlich alt. 59 Jahre ist noch keine geworden. In der Prüfung am 21.11. wurde gefragt, aus welcher Sprache heteronom und autonom kommt.

In der Prüfung am 21.11. Schmidt/Lehmler/Linden - altes Recht - kam im Wahlfach Strafrechtspflege eine Examensklausur: Schließfachtrick (Schlüssel wird ausgetauscht), in V+E Distomo-Italien-Villa-Vigoni, in S+V OVG Münster: darf die Stadt sofort jemanden beerdigen, der schon seit 3 Wochen im August in der Wohnung rumliegt und vom Bruder die Kosten ersetzt verlangen? Friedhofsrecht scheint im Moment beliebt zu sein. Im Zivilrecht: Widerruf durch SMS? Und stille Beteiligung: ist das eine entgeltliche Leistung? Der BGH meint ja. Aber ist dt. Gesellschaftsrecht nicht ein Universum für sich, das nicht in § 312 reinpasst? Das ist vorzulegen. Im ÖR will sich der Bund auflösen und alles auf die EU übertragen - wegen der Finanzkrise (nicht für die Schule sondern fürs Leben lernen wir), im Strafrecht ein Fernsehkrimi im Schülermilieu. Bundespräsident Köhler verlangt den "ehrbaren Kaufmann" - da ist er nicht auf der Höhe der Zeit. Der ehrbare Unternehmer hätte es eher getroffen. Wo verlangen das BGB und das HGB explizit oder konkludent "Ehrbarkeit"? Prof. Raisch ist gestorben. In meiner ersten Vorlesung im Oktober 1972 sagte er, dass man beim Jurastudium in einen dunklen Wald mit vielen Bäumen geht und das vorher vorhandene Rechtsgefühl vollkommen verliert. Man käme aber aus dem Wald wieder heraus. Ich suche die Waldlichtung immer noch. Entweder verändert der Wald sich dauernd oder es liegt an mir. Wahrscheinlich wie immer eine Mischung aus beidem.

Darf ein Friedhofsamt von Steinmetzen verlangen, dass die nachweisen, dass ihre Grabsteine aus indischem Marmor nicht von Kinderhand gehauen wurden? Das OVG Koblenz meint nein - keine Gesundheitspolitik durch Gemeinden. BMI Schäuble will im Bundesrat Enthaltungen zu Enthaltungen machen. Wie bei Personalwahlen gelten dort Enthaltungen bisher als Nein-Stimmen. Herr Schröder hat versucht, den Bundesrat durch eine Reform der Besetzung des Vermittlungsausschusses und durch die Föderalismusreform zu entmachten. Der Bundesrat kommt wie der Kanzler und das Auswärtige Amt sowie die GewO und das StGB aus dem Norddeutschen Bund. Wir haben keinen Senat und kein Zweikammer-System. Er blockiert nur, gestaltet aber nicht. Denksportaufgabe vom 21.6.1966 in der Prüfung: warum war es im römischen Recht üblich, Sklaven zu Alleinerben einzusetzen, so dass sie durch das Testament rechtsfähig wurden? Nicht nur jetzt kommen erstaunliche Fragen. Denksportaufgabe von neulich: wo steht die öffentliche Versteigerung? § 383 BGB. Es ist wie es ist, sagt die Liebe.

Was würden Sie sagen? Der Autokäufer bringt den Wagen zum Verkäufer zwecks Mangelbeseitigung. Beim Verkäufer wird der Wagen gestohlen. Rechtslage? In der Prüfung Limpens/Krieg/Klein am 19.11. kam im Zivilrecht Arbeitsrecht, im Wahlfach Arbeitsrecht Flash Mob, im Strafrecht Weiterfahren mit Kurzstreckenticket, im ÖR: was ist das Friedhofsamt? Und: Darf der Staat Geld für die Bearbeitung des Kirchenaustrittes nehmen? Ist das eine Gebühr oder eine Steuer? Unterschied: die Zweckbindung. War neulich eine Entscheidung (BVerfG?). Im Zweiten am 20.11. Bock, Schenkelberg/ von der Beeck kam als Vortrag Schenkkröckchenforderung, im ÖR der Abschleppfall des Autos mit eingeschlagenem Seitenfenster, im Zivilrecht Gesellschaftsrecht, im Strafrecht § 113. Ein Mufti doziert über die Hackordnung zwischen GG und Scharia. Das kommt drauf an. Im Zivilrecht geht es um IPR - ordre public. Der wird

neuerdings durch den EuGH definiert und ab Januar 09 gilt der (ordre public) nicht mehr. Die Scharia könnte zum Europarecht gehören - könnte. Im Strafrecht müsste das anders sein - Art. 79 III GG. Die FAZ überlegt, ob Affen Menschenrechte haben. Was ist also der Unterschied zwischen einem Menschen und einem Tier? GG analog für Affen - wenigstens für Menschenaffen? Dann müsste man das doppelt analog für Hunde und Katzen machen. "Grabraub" - die Leiche ist keine Sache, den Sarg nehmen die Täter nur notgedrungen mit. Also § 242? Ein Arzt hat in Magdeburg einen im irreversiblen Koma liegenden Mann ausgestöpselt - da es seit einigen Jahren für diese Fälle § 1904 BGB gibt, wird er zu recht verurteilt. Gilt § 1904 BGB für einen Engländer, der hier im Krankenhaus liegt? IPR.

Im Zweiten am 18.11. Brüggemann/Pesch/Göge war alles protokollfest - viele praktische Fragen. Vortrag: BJagdG und 80 V. Zum Bürokratieabbaugesetz - warum gibt es das? Um die Beamten zu entlasten und die Richter zu belasten (aber: Gerichtsverfahren sind teurer als Widerspruchsverfahren -also doch eigentlich Abschreckung der Bevölkerung?). Und wieder Feuerschutzgesetz - warum ist der Einsatz der Feuerwehr kostenlos? EuGH C-158/07: eine deutsche Studentin will niederländisches BAFöG haben - nicht, wenn sie noch nicht 5 Jahre da wohnt. Kann sie dann deutsches bekommen - Morgan-Bucher aus 2007? Hier noch die Noten aus der Prüfung Ahn-Roth/Waltermann/Ost vom 12.11.: aus 39 wurden 63, aus 37 71, aus 64 100, aus 65 119, aus 27 61 und aus 58 86. Vortragsnoten: 6 7 6 15 7 7. Hier eine Prüferbenotung: Ihre Art, das Prüfungsgespräch zu leiten, ist äußerst angenehm. Sie beschränkt sich weitestgehend auf die Lösung des geschilderten Sachverhaltes und stellt keine Zwischenfragen zu Themen, die nicht unmittelbar zur Falllösung beitragen. Auch hält sie die vorgegebene Sitzreihenfolge bei der Fragestellung ein, so dass man sich schon im Vorhinein ausrechnen kann, wann man in etwa drankommen wird und welche Probleme im Fallaufbau dann zu bearbeiten sind. Auch auf falsche Antworten reagiert sie nicht abwertend, vielmehr gab sie einem stets die Möglichkeit, die Antwort zu korrigieren - notfalls nach einem von ihr gegebenen Hinweis. Auf richtige Antworten reagierte sie hingegen mit einem Lächeln oder zustimmenden Kopfnicken, was weithin dazu beitrug, einem die Nervosität zu nehmen. Geht doch. Die anderen zwei sind ähnlich positiv beschrieben. Im Strafrecht (BKA-Gesetz und Onlinedurchsuchung-Entscheidung des BGH) wurde gefragt, wie technisch eine Online-Durchsuchung geht - da hätte ich alt ausgesehen, ich weiß ja noch nicht mal, warum im 1. Stock Wasser aus dem Hahn kommt und will es auch gar nicht wissen. Der Sarg des Unternehmers Flick in Österreich ist entwendet worden, wohl um die Familie in Deutschland zu erpressen. Schützt § 168 das? Die FAZ berichtet von einem Bündnis für den Rechtsstandort Deutschland. Angebliche Vorteile: keine Bestechlichkeit der Justizmitarbeiter (was ist mit der Vergabe der Nachlaßpflegschaften, Betreuungen, Insolvenzverwaltungen, Pflichtverteidigungen???) Es muss ja nicht Bestechlichkeit sein, aber Mausehelei ist doch auch schlimm oder?); kein Caselaw (sondern was? - es zählt doch nur noch, was der BGH sagt), kein punitive damage (dafür haben wir teure TÜVs - wir machen eben teure präventive Prüfungen, die Amerikaner machen das repressiv), kein Identitätsdiebstahl wegen der Register (ja, das ist wirklich ein Vorteil, dem ich nicht widersprechen kann). BGH VIII ZR 311/07: ich verkaufe den Wallach Locarno, Wert 6.000 €, für 2.000 € und trete wegen Zahlungsverzuges zurück. Wenn das Pferd weg ist, bekomme ich nur 2.000 €. Das schlechte Geschäft gilt also auch bei der Rückabwicklung weiter - gilt das dann auch für die Saldotheorie? Will der Rücktritt mich so stellen, als ob ich das Geschäft nie gesehen hätte oder als ob es ordentlich durchgezogen worden wäre? Der BGH hält sich streng an den Wortlaut des § 346 II. Die falsche Ärztin ist nur wegen Betruges bestraft worden - kein § 223? Handlungsunrecht?

BGH V ZR 14/08: Grundstückskauf, Rentenverpflichtung als Teil des Kaufpreises, Reallast und Verfallklausel sowie Belastungsverbot- sittenwidrig? Folge? § 139? Und dann? Die erstrangige, in Abteilung 2 eingetragene Reallast beißt doch jegliche Gläubiger weg. Der BGH geht von einer kompletten Nichtigkeit aus - der arme Verkäufer kann sich erschiessen - es ist alles rückabzuwickeln. Wer wissen will, was eine Eventual-Wider-Widerklage ist, sollte in BGH III ZR 253/07 reinschauen. NRW wird Mitglied im Benelux-Verbund. Was ist das rechtlich? Darf Herr Rüttgers das, ohne den Bund (wen da?) zu fragen? Hamburg legt als erstes Land eine Konzernbilanz vor. Also nicht mehr kameralistisch (es wird nur geprüft, ob die Posten im Haushaltsplan ausgegeben wurden oder nicht) sondern doppelte Buchführung -doppisch - d.h. es wird auf den Erfolg geguckt - mit Gewinn- und Verlustrechnung. Die Unis sollen schon so verfahren. S. Art. 114 GG zum Bund. In der FAZ schreibt ein Leser, dass er ab jetzt die FAZ abonnieren wolle, da Peter Sodann gesagt habe, ihm komme im Flugzeug das Grauen, wenn jemand neben ihm FAZ lese. Man solle das Werbegeschenk an Peter Sodann schicken. Hat dieser sich die Auslobung verdient? Hat er einen Anspruch darauf? Seit dem 19.11. ist Roland Koch geschäftsführender MP des vorher geschäftsführenden MP, es regiert zudem ein Notparlament. Wie wäre das im Bund? Die SZ denkt über "suum cuique" aus dem Corpus Iuris Civilis - Ulpian - Seneca - Cicero nach. Herr Papier will nichts mehr zu dem von ihm empfohlenen Neuzuschnitt der Länder sagen. Wie stellt er sich das denn vor? Meint er, Badenser wollten Schwaben werden? Das gäbe Mord und Totschlag. Denksportaufgabe aus dem Mündlichen: wo steht die Definition der Landwirtschaft? § 201 BauGB und § 585 BGB. Deutschland verklagt Italien vor dem IGH und Italien will uns gewinnen lassen - wenn nämlich die Staatsimmunität feile, könnte die ehemalige Achsenmacht Italien auch ans Zahlen kommen - so eine Zeitung sinngemäß.

In der Prüfung Schilken/Fleischfresser/Rehbein am 14.11. wurden aus 27 43, aus 29 50, aus 41 81, aus 38 73, aus 37 72 und aus 28 40 Punkte. Vortragsnoten: 3 4 10 8 8 und 2. Im Zivilrecht Wettlauf der Sicherungsgeber Grundschuld/Bürgschaft, der neue § 1192 I a und ZwVr. im Strafrecht zum Aufwärmen: Was sagen Ihnen der Begriff der Constitutio Criminalis Carolina und die Reichsjustizgesetze? Wusste keiner. Könnte es einen Zusammenhang zwischen schlechten Vorpunkten und fehlendem Geschichtsinteresse geben? Ich glaube ja. Was besagt der Ausdruck "Garantiefunktion des Strafrechts"? Dann StPO. Und Irrtümer. Im ÖR Weihnachtsmarkt mit Europarecht. Opel sagt, es wäre "absolut unwahrscheinlich", dass eine Bürgschaft in Anspruch genommen werde. Man bekommt diese psychologische Falle eindrucksvoll vorgeführt. Deshalb haben der BGH und das BVerfG in den 90er Jahren der Bürgschaft den Krieg erklärt. Gilt das auch für eine Kanzlerin oder gilt hier § 350 HGB? Kann die Kanzlerin mündlich eine Bürgschaft erklären - ohne Zustimmung des Bundestages? Das VG Köln hat eine Baskenmütze als Kopftuchersatz untersagt. Ermächtigungsgrundlage für die zuständige Schulbehörde? LBG? Beim BKA-Gesetz muss der Vermittlungsausschuss ran. Ich halte das so was für verfassungswidrig.

In der Prüfung Weismann/Zieschang/Merschmeier am 12.11. wurden aus 33 70, aus 54 115, aus 37 66, aus 47 90 und aus 40 83 Punkte. Im Zivilrecht hat ein Restaurator zwecks Vervollständigung einer Original-Luther-Bibel aus einer anderen 5 Seiten gemopst. Im Strafrecht wurde der Fall dann auch bearbeitet sowie der Holzklotzfall - diesmal überraschenderweise aus StPO-Sicht. Was ist ein fallender Holzklotz verfahrensrechtlich? Im ÖR kam treu den Protokollen ein Fall aus der NVwBL - der Löwe ist los. Ein Kandidat war im Zivilrecht so gut, dass er alle anderen Beteiligten hinter sich gelassen hat - 16 Punkte fürs Prüfungsgespräch. Opel ist vor Jahren von einer AG in eine GmbH umgewandelt worden - normalerweise ist das anders rum. Warum? Weil Geschäftsführer an Weisungen der Gesellschafter gebunden sind, Vorstände nicht. (Ausnahme: Holzmüller - Gelatine, da muss die Zustimmung gesucht werden). Wie kommt man aus einem Konzern raus? Wie man einen bildet, sagt das AktG. Welche anderen Möglichkeiten hat die Regierung zu helfen? Steuersenkung, Infrastrukturprogramm (was immer das ist). Warum Bürgschaft? Weil das erst mal wenig kostet. Das BKA-Gesetz findet wohl keine Mehrheit im Bundesrat - wie beruhigend. Wieso ist das ein Zustimmungsgesetz? Warum sollten sich die Länder diesen tiefen Eingriff in ihre Kernkompetenz der Gefahrenabwehr gefallen lassen. Im Zweiten am 13.11. war die Prüfung um 18 Uhr 30 zu Ende. Lt. Protokollen kann es auch schon mal 20 Uhr werden, da der Vorsitzende manchmal den Vortrag selber hält, um zu zeigen, wie es geht. Das braucht man natürlich fürs Leben nach dem Examen. Strafrechtsvortrag mit vielen Delikten und viel StPO. Im ÖR Bestattungsgesetz, und Bürokratieabbaugesetz, im Strafrecht Tötungsdelikte, StPO. Im Zivilrecht Darlehensrückzahlungsanspruch der Bank gegen wilde Ehe.

Im Mordfall Michelle wurde ein Schulkeller durchsucht - nach welcher Vorschrift - "Wohnung" des Beschuldigten oder eines Zeugen? Dürfen minderjährige Schüler zu einem Gentest aufgefordert werden? Müssen die Eltern zustimmen? Die FAS schreibt über Frau Ypsilanti und Frau Schwan wie ein verschmähter Liebhaber. Nicht so staatstragend wie sonst immer. Die Brille von Herrn Schäfer-Gümbel wäre das Modell "Kuba-Krise". Am 13.11. hatte die Opposition einen Mißtrauensantrag gegen den Minister Tiefensee veranstaltet. Ist das zulässig - argumentum e contrario a/de/ex Art. 67 GG? Frau Merkel lädt den Betriebsratsvorsitzenden von Opel zur Krisensitzung ein. Darf er das? In wirtschaftlichen Angelegenheiten? Noch eine Denksportaufgabe aus dem Mündlichen zum Sonntag: § 158 II StPO: ist damit das Rathaus gemeint oder nur die Polizei? Und warum?

In der Prüfung Bönders/Schmoeckel/Scherf am 14.11. wurden aus 25 40, aus 35 63, aus 42 66, aus 54 94, aus 46 90 und aus 37 67 Punkte. Vortrag: die Bank zahlt an eine Minderjährige auf Wunsch ihrer Mutter einen Bausparvertrag aus, obwohl der (neue) Adoptivvater nicht gefragt wurde. § 814? Im BGB kam eine Examensklausur: mangelhafter Wok auf einer Topfparty, im Strafrecht auch Examensklausur. Im ÖR will ein Beamter dagegen vorgehen, dass er auf Bescheiden nicht mehr mit Titel und Amtsbezeichnung unterschreiben darf, also nur als "Werner Meier". Opel will eine Bürgschaft. Wer ist zuständig? Hessen, Rheinland-Pfalz, der Bund oder alle? Mischfinanzierung? Dürfen die das? Art. 3 GG? Europarecht? Ist das eine Bürgschaft? Roland Koch spricht von Garantieermächtigung. Verpflichtungsermächtigung? Wie wäre es denn, wenn jeder Bürger direkt ein Auto nach seiner Wahl geschenkt bekäme. Das würde die Autoindustrie doch am besten ankurbeln und Art. 3 GG nicht verletzen? Ein Land will per Gesetz verbieten, dass Rechtsextremisten Bürgermeister werden können. Treuepflicht der Beamten nach Art. 33 GG gegen Art. 21 GG? Beißt sich das?

In der Prüfung Doleisch von Dolsperg/Kempfen/Schüller am 12.11. kam im Strafrecht BGH NJW 2008 S. 1827 (Mieterkautionen - § 266), im ÖR will der Bremer Landtag dem Uni-Professor Tierversuche verbieten. Im Zivilrecht soll ein Anwalt einem stehlenden Mitarbeiter des Mandanten kündigen. Und: haftet der foulende Fußballspieler für den Kunstfehler des behandelnden Arztes? Plus ZPO. Im Zweiten Anfang November kam im Zivilrecht das MoMiG, im ÖR: ist Homesitting ein nach § 34 a GewO erlaubnispflichtiges Gewerbe - wie sieht es europarechtlich aus? Im Strafrecht wird ein Tschelche an der niederländischen Grenze mit 5 kg Hasch erwischt. Im Vortrag wieder Urkundenfälschung. Kann der Herausgeber der New York Times von den "Herausgebern" der gefälschten Ausgabe Herausgabe des Umsatzes (oder nur

des Gewinnes) verlangen? § 823? § 812? UWG? § 826? Strafbarkeit? Urkundsdelikte - Betrug? Die SPD will gegen die Abweichler ein Parteiausschlussverfahren veranstalten. Einen Fraktionsausschluss trauen die sich nicht, da - s. Hohmann-Angelegenheit bei der CDU - die Abgeordneten dann sofort zum staatlichen Gericht könnten. Die CDU soll damals eine Schutzschrift beim BVerfG hinterlegt haben. Ausschluss wegen Parteiräson gegen Gewissensfreiheit? Bundes"kriminal"amt dürfte in Zukunft nicht mehr stimmen. Bundespräventivamt würde besser passen. Wie sieht es mit den materiellen und prozessualen Schweigerechten von Anwälten, Priestern und Journalisten bisher aus? § 138 StGB, § 161 StPO, § 53 StPO? Im Bayerischen Landtag hat ein Hammelsprung stattgefunden. Darf der Bund für seine Beamten das Leistungsprinzip einführen - Art. 33 V GG? Ist das eine Ausnahme von einem hergebrachten Grundsatz oder die Abschaffung des Grundsatzes? Hatten die demonstrierenden Schüler einen Anspruch nach § 11 ASchO auf Befreiung?

In der Prüfung Ahn-Roth/Waltermann/? am 12.11. kam als Vortrag der Sofortvollzug gegen einen Pferdehalter, der seine Tiere nicht richtig behandelte. Im Strafrecht "Haben Sie heute Zeitung gelesen - BKA-Gesetz : wie ist das nach geltendem Recht?" Im Zivilrecht BGH NJW 2003 S. 1040 A fährt den Mann des Eiskunstlaufpaares an, Fleetfall, Gaszugfall. Im ÖR 3 Fällchen. BGH VI ZR 36/08: der Fahrer einer GmbH wird angefahren, die GmbH klagt auf Ersatz des Lohnes des Ersatzfahrers - zu Recht? Ändert sich die Rechtslage, wenn der Geschäftsführer einer Ein-Mann-GmbH angefahren wird? Der Zahnarzt, der einer säumigen Patientin zwei Brücken mit Gewalt rausgenommen hat (Raub?), bringt vor, ein Doppelgänger habe gehandelt. Der Mann ist nicht geisteskrank - er will eine Wahlgegenüberstellung. Ist Art. 19 IV GG "der Schlussstein im Gewölbe des Rechtsstaates"? 1949 und jetzt? Bricht das BKA-Gesetz den raus? Die Pressefreiheit dürfte die Funktion übernommen haben. Ba-Wü will beim Pfuschen - Runterladen der Seminararbeit aus dem Internet - schon beim 1. Mal eine Zwangsexmatrikulation einführen. Unverhältnismäßig? Früher erwischte man die Kandidaten, indem die Identität von Tippfehlern oder/und Fußnoten in Hausarbeiten auffielen. Guantanamo, wenn es denn aufgelöst wird. Drei mögliche Folgen: Freilassen, Anklage vor dem normalerweise zuständigen Gericht oder Einrichten eines Sondergerichts - Sonder- oder Ausnahmegericht? Jan Ullrich hat in Düsseldorf unter Eid ausgesagt, dass er vom 1.1.-31.3.03 keine verbotenen Dopingmittel genommen habe. Was will uns der Dichter damit sagen? Der tschechische Präsident, der die nächste EU-Präsidentschaft übernimmt, ermuntert die Iren. Art. 10 EU - darf er das?

Seit dem 12.11.1918 dürfen Frauen aktiv und passiv wählen. Der 8. Zivilsenat hat mal wieder zugeschlagen: VIII ZR 265/07 - § 476 gilt auch nach Zahlung der Reparatur. Am 11.11. im Zweiten Oynhausen, Schotten, Raming kam als Strafrechtsvortrag der Vater, der den Kinderausweis der Tochter fälscht, damit die als Baby für 15 € mitfliegen kann. Im Zivilrecht Vorschussanspruch des Nachbarn, der die Tannenbaumnadeln entfernen will. Im Strafrecht Unfallflucht, im ÖR macht B aus seinem Lebensmittelladen eine Sportwettenannahmestelle. Wie komme ich als Abschleppunternehmer an das Geld anderer Leute? Ich biete Parkplatzinhabern 50 €, wenn sie beim Zugeparktwerden mich anrufen. Ich schlepe den Wagen ab, setze ihn drei Straßen weiter ab und verrate den Standort erst gegen Zahlung von 300 €. Strafbar? Rückforderungsanspruch des Abgeschleppten? § 241 a oder GoA aus eigenem Recht des Abschleppers oder aus abgetretenem Recht des zugeparkten Eigentümers? Angeblich ist das eine neue Geschäftsidee. Die FAZ hat sich auf Frau Y. eingeschossen. Ist das nun ein Fraktionsausschluss der Viererbande oder nicht? Dem Inhalt nach ja, der Form nach nein. Gegen einen Fraktionsausschluss können die sofort zum Staatsgerichtshof, ein Parteiausschlussverfahren dauert länger. Es leben die Stadtwerke Eschwege. E.ON bekommt die nicht und auch keine anderen. Was sind Stadtwerke rechtlich? Eigenbetrieb, Regiebetrieb, GmbH-Konzern? Das kommende BKA-Gesetz wird von Ärzten, Anwälten und der Presse angegriffen, weil deren Schweigerecht atomisiert wird. Haftet eine Bank für Beratungsfehler? Der BGH meint, sie müsse die FAZ, die FTD und die Börsenzeitung lesen. Mehr nicht. Wenn sie aber mehr lese, dann haftet sie aufgrund dieser Kenntnis. Die Banken werden ihren Mitarbeitern also jetzt verbieten, andere Zeitungen zu lesen. Die Apotheken-Umschau soll die Zeitschrift mit der grössten Leserschaft sein. Es wird für Gewebespende - nicht zu verwechseln mit Organspende - geworben. Für seinen body bekommt so ungefähr 250.000 €. Dürfen die Erben einen so verwerten?

Obama will die executive orders und vetoes von Bush durch executive orders ausser Kraft setzen - die haben wohl nicht das Prinzip der Diskontinuität. Haben wir so was wie vetoes bei Gesetzen? Art. 82 GG? Prüfungsrecht? Die hessische Viererbande soll ihre Ausschusssitze verlieren, darf an Fraktionssitzungen nicht mehr teilnehmen und soll im Plenum durch eine geänderte Sitzordnung gekennzeichnet werden. Was macht man gegen ein Schreiben, in dem man "gebeten" wird, nicht mehr an Fraktionssitzungen teilzunehmen? Ist das justiziabel? Das OVG Münster hat den Ausschluss aus Gemeinderatsfraktionen für überprüfbar gehalten. Können die nicht eine eigene Fraktion gründen? Wie ist es im Bundestag oder im Landtag? Das BVerfG hatte über die Hoheit über Ausschusssitze mal entschieden - die Fraktion darf das. Vor- und Nachteile der Fraktionszugehörigkeit? Das Wüppesahl-Urteil des BVerfG sollte man kennen.

In der Prüfung Preis/Zieschang/Drühn am 3.11. kam als Vortrag BGH-Autokauf-Händlerbindung-bei-Reparatur. Im

Zivilrecht die Examensklausur: der Sekt in der Hotelminibar ist teurer als erwartet. (wie immer landete man bei ihm bei AGBs - warum die AGB-Vorschriften sich nicht mit der Höhe des Preises befassen - die Lektüre der Protokolle hätte weit geholfen). Im Strafrecht der Holzklotzwerfer nur hinsichtlich des Mordvorwurfes - hier sehr filigran. Im ÖR BVerfG Aufwandsentschädigung der Abgeordneten, ob ein normaler Steuerzahler aus einem Urteil Honig saugen könnte. Im Zivilrecht wollte der Prüfer (wir fangen mit Steuerrecht an) wissen, wie die 500.000 € Vergütungsobergrenze seitens des Staates durchgesetzt werden könne - welche steuerlichen Mittelchen hat er da zur Verfügung? 3 Kandidaten hatten Schwerpunkt Steuerrecht, aber nicht alle. Am 27.10.08 -altes Recht- Löwer, Kurzwelly, Joswig kam im ÖR (!) ein Fall aus 1914: der Rentner, der ein Fräulein heiratet, fürchtet die Redseligkeit seiner alten Haushaltshilfe und schließt mit ihr einen Vertrag, der ihr verbietet, ausser zu gynäkologischen Untersuchungen in die Stadt zu kommen. Sie macht das dann trotzdem und erzählt seiner Frau alles. § 812? Drittwirkung der Grundrechte schon 1914? Freizügigkeitsgesetz in Preußen (du je). Jubiläen in diesem Jahr? 2. Fall: Verbot von sexistischer Werbung. Im Zivilrecht Examensklausur mit EV und Kfz-Brief. Im Strafrecht der Denkkettelfall der Idee nach. Punkte: von 20 zu 44, 32 auf 55, 17 n.b., von 26 zu 40 und 44 auf 79. Der neue Spitzenkandidat der hessischen SPD war bisher für "Ländlicher Raum" zuständig. Der Freiburger Strafrechtsprofessor empfiehlt, Ally McBeal zu schauen, um US-Recht zu verstehen. Hoffentlich gibt es heute noch anständige Meldungen. doch, tatsächlich: BGH V ZR 137/07: gibt es eine Vormerkung zugunsten Dritter und wer kann daraus vorgehen? Und BGH IV ZR 323/07: bei PKH kann eine Sozietät beigeordnet werden und nicht nur ein Einzelanwalt. Die Welt weist daraufhin, dass Schenkkreisansprüche aus Veranstaltungen 2003 - 2005 Ende des Jahres verjähren würden. Wegen § 199 I Nr. 2 BGB - die kennen BGH III ZR 220/07 nicht.

Die FAS schreibt über Koch und Ypsilanti, er sei klug und sie sei schön, das sei noch charmant beschrieben. Das OVG Münster verbietet eine Demo am 8. (nicht 9.11.) mit dem Motto "Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung. Gedenkt der deutschen Opfer". § 130 StGB? Ja, da Juden als Nichtdeutsche bezeichnet werden. Wie alle Jahre der Castortransport: die Gleise und bis 5 Meter daneben bewacht der Bund, daneben die Länder. Bekommen die Ersatz ihrer Kosten nach Art. 104 a GG? Nötigung, wenn jemand sich ankettet? Ja, weil er nur mit Maschinenkraft wieder abgekettet werden kann.

Eine Zeitung meint, das BAG-Urteil/Pressemitteilung vom 6.11. sei DIE Sensation des Jahres - Einfluss des AGG auf das Kündigungsrecht. Die SZ berichtet über den zweiten Teil des Quelle-Backofen-Falles. Quelle zahlt die Nutzungsentschädigung nicht zurück, (§ 812?) da das EuGH-Urteil keine Vergewaltigung des deutschen Rechts - § 439 IV - bewirke wie im Mangoldfall. Ich glaube, da vertun die sich. Der BGH soll am 26.11. darüber verhandeln. Man vergleiche die beiden Fälle. Das BAG liest das AGG ins Kündigungsschutzgesetz hinein und vergewaltigt es dadurch, im Backofenfall soll genau das unzulässig sein - effet utile, "nach Maßgabe" im § 439 IV ist auslegungsfähig. Das ist keine Gewalt gegen den Gesetzgeber. Ein 44jähriger Juraprofessor hält in einem DDR-Sportleibchen eine Vorlesung, um die Studenten emotional aufzuwühlen - so stell ich mir das Jurastudium vor - vom Bauch her und nicht vom Kopf. Kann die Universität ihm solche Auftritte verbieten? Hoffentlich - DDR-Sportleroutfit um Recht gegen Unrecht pädagogisch näherzubringen, erschließt sich mir sowieso nicht - doch wohl eher, ob Recht und Moral zusammengehören oder nicht (Kant) oder heute doch wieder (Ehrenmorde und Brust-OPs in Discogewinnspielen). Lehre gegen Oberhoheit der Lehre? Wird Obama, fragt die FAZ, die USA dazu bringen, das Völkerrecht zu achten? Multilateralismus statt Unilateralismus? Das bleibt abzuwarten. Frau Obst-Oellers erzählt im Kölner Stadtanzeiger sehr interessant aus ihrem Berufsleben.

BGH XII ZR 253/07: wer aus § 812 klagt, muss den fehlenden Rechtsgrund beweisen, jedenfalls, wenn er behauptet, der fehle, weil ein falsus procurator gehandelt habe. BGH V ZR 131/07 - sehr schwierig, aber sehr klausurgeeignet. Strafflose Einwerbung von Spenden oder buchstäblich Geld oder Leben, wenn ein Starchirurg den Moribundi/Morituri (te salutant) nahe legt, kräftig zu spenden? Drohung mit einem Unterlassen? Fühlen diese sich genötigt? Stellt er nicht einen Vorteil in Aussicht? Muss er analog § 17 GBO Patienten nach Eingang behandeln? Muss ein Unfallarzt auf der Autobahn die unschuldigen Opfer vor dem Täter behandeln? Doch eher nicht. Die Anzeigen von Knöllchen-Horst bearbeitet das Strassenverkehrsamt nicht mehr. Für VAe im ruhenden und fließenden Strassenverkehr ist die Polizei zuständig, für VAe im ruhenden auch die Gemeinde, für OWiG-Verfahren nur die Gemeinde. Opportunitätsprinzip. Dürfen Schokoladenzigaretten verboten werden, weil die lieben kleinen dadurch zum Rauchen verführt werden? Wie ist es dann mit russischen Buchstaben oder Berlinern bzw. Negerküssen? Bin ich in Gefahr, politisch unkorrekt, Neger zu küssen? Kreuzalbern. Die römische Polizei schleppt nur noch wertvolle Autos ab, weil alte nicht mehr ausgelöst werden. Ist diese Selektion zulässig? Art. 3 I GG? Hilft das den abgeschleppten weiter? Schleswig-Holstein und Bayern streiten sich um die Kompetenz, einen Thomas-Mann-Literatur-Preis vergeben zu dürfen. Darf der Staat überhaupt Literaturpreise vergeben, darf er in der Kommission sitzen oder nur den Preis finanzieren? Gibt es da so was wie ein Eigentumsrecht? Prioritätsprinzip? Die Anklage gegen Herrn Zumwinkel ist in der Post. Der Generalanzeiger berichtet, als ob die StA zu entscheiden hätte, ob er Bewährung bekommt oder nicht. Ein Gentest bei 500 Rentnern im Saarland - sind die Briefe ein ausreichender Verdachtsmoment?

In der Prüfung Preis/Zieschang/? am 5.11. kam der Holzklotzwerfer - Mordprüfung - sowie die Finanzverfassung mit Finanzkrise. Das Busunglück in Hannover: fahrlässige Brandstiftung mit Todesfolge gibt es nicht. Fahrlässige Tötung durch den Raucher, der seine Zigarette offensichtlich nicht richtig entsorgt hat? Vorhersehbarkeit? Entlastet es ihn, dass der Bus wohl nicht feuerfest konstruiert ist? Geht das überhaupt? Hätten Warnschilder angebracht werden müssen? Ich war noch nie auf einem Busclo (yuk) - vielleicht gibt es die da ja. Jugendliche haben eine Matratze in einer Meckenheimer Sporthalle angezündet, das ganze Gebäude brannte ab. Kein Haftbefehl - § 72 JGG. VG Neustadt: 1-Euro-Party kann durch Auflage verboten werden. Happy hours oder die Freibierstunden - 5 € Eintritt und dann zwei Stunden lang Freibier - sollen in Kneipen üblich sein. Was ist der Unterschied zu Freitagabends-Ballermann-Flatrate-Partys? Keiner? Dürfte der Alkoholverkauf abends an Tankstellen untersagt werden? Sind die Betreiber Störer - Zweckveranlasser? Schließlich verdient man in der Kneipe ja nicht mit frischer Buttermilch sein Geld. Ein Einbrecher schweisst in einer Gartenlaube den Tresor auf und findet Tischtennisschläger und 25 Golfbälle - Objektwechsel? § 244? Gartenlaube als Wohnung? § 243 II? Eine Disco veranstaltet einen Wettbewerb (Männerkörperbemalen, Karaoke, Luftballonzerbeißen), Hauptpreis Brust-OP. Darf die Gaststättenbehörde das verbieten? Muss sie das sogar? Was ist, wenn der Preis ein BMW der 7er Reihe wäre? Vergleich mit Zwergenweitwurf? Die Gemeinden heulen wieder rum, sie hätten kein Geld, in der Zeitung steht aber, dass deren beste Kuh im Stall, die Gewerbesteuer, mehr Einnahmen bringt, als erwartet. Mein Mitleid hält sich in Grenzen. Die sollen abends die Heizung runterdrehen und das Licht ausmachen.

In der Prüfung Kapischke/Jox/Maschler am 29.10. kam als Zivilrechtsvortrag die Sittenwidrigkeit eines Freundschaftsvermittlungsvertrages für eine alte Dame, die 7.000 € für 10 Adressen bezahlen sollte. Verschwurbelte Ausführungen in den Äther halfen hier nicht - die Arbeit am Sachverhalt war gefragt. Was ist denn der Unterschied zwischen einer einsamen Frau, die 10 Männer kennenlernen kann und einer alten Dame, die 10 Freundschaften schließen kann? Keiner? Bei 7.000 €? Soll sich der Betrag irgendwie amortisieren? Im Zivilrecht kam der Fliesen- bzw. Parkettstäbeffall des BGH/OLG Köln et alia und ein Strassenverkehrsunfall, der mit Allgemeinwissen zu lösen war. Im Strafrecht Antragsdelikte und Diebstahl eines Fahrrades. Im ÖR "Was gibt es denn so Neues im öffentlichen Recht?" Gewünschte Antwort: Bürokratieabbaugesetz (aus 2007!). VwGO vom tiefsten - Berufung, Revision, wo man im Urteil sehen würde, dass die Revision zugelassen worden sei. Warum heißt es OVG für NRW? Was ist der Bauwisch? Den gibt es doch schon länger nicht mehr oder? Punkte: 46 zu 90, 34 u 68, 53 zu 90, 40 zu 83, 47 zu 86. Vorträge: 11 7 10 10 6. In der Prüfung am 7.10. Opitz/Kubink/Müller-Wiedenhorn: warum liegt der Nationalfeiertag nicht am 9.11. am Tag des Falls der Mauer? Weil der Tag zu vorbelastet ist. Wie hat die Wiedervereinigung stattgefunden? Hat die BRD eine Pflicht, Geiseln freizukaufen? Versammlungsrecht ProKöln und in etwa der Meckenheimer Pfarrer - Rechtswegproblematik. Im Strafrecht der Holzklotzwerfer, der eine Gruppe Jugendlicher verdächtigt. Im Zivilrecht kaufmännisches Bestätigungsschreiben in allen Tiefen. Der Vortrag: Sachenrecht - Nebenbesitz. BGH VIII ZR 166/07: ist ein Mangel unerheblich, der mit einem Handgriff beseitigt werden kann? Nein, da das Gesetz nicht den Handgriff sondern den Mangel in § 323 V 2 meint. Brauchen wir ein Arbeitskampfgesetzbuch? Darüber haben einige Wissenschaftler diskutiert, teilt das LAG Düsseldorf mit. Eher nicht - man könnte ja nur das reinschreiben, was Richterrecht schon ausgebrütet hat. Die FAZ berichtet über die Bilanzierungsprobleme bei den Banken. Witzigerweise ist das HGB besser als das IFRS - das HGB will ja verhindern, dass ein Kaufmann sich reicher darstellt als er wirklich ist. Ein Autor in der FAZ meint, dass das Rettungspaket u.a. wegen Verstosses gegen eine Richtlinie aus 1976 europarechtswidrig sei. Er warne vor dem genehmigten Kapital - und wenn ich trotzdem in die Zuckerdose greife? Die Kommission hat das doch abgesehnet. Darf ein Parteiausschlussverfahren gegen die Viererbande zum Erfolg führen - Gewissensfreiheit gegen Fraktionszwang - ist das justiziabel?

Oktober: BGH VII ZR 37/07: der eine ETW-Anlage planende und bauende Architekt haftet den Erwerbenden aus § 328 a.R., auch wenn diese fremdfinanziert haben. Die Voraussetzungen des Vertrages zugunsten Dritter werden reduziert - möglicherweise wegen § 311 II, III n.R.? Die Abgrenzung zur Drittschadensliquidation ist eigentlich nicht mehr möglich - Risikomehrung oder Risikoverlagerung? In der Prüfung v.Bassewitz/Michael/Ziemßen am 31.10. kam als Vortrag der "versuchte" Überfall auf ein Versicherungsbüro - die Gangster verschwinden, als der Geschäftsführer reinkommt, um die Vorhänge zuzuziehen - Pfeffertütenfall - § 22? § 30 II - Duchesne? Im Zivilrecht ging es um die unberechtigte Untervermietung - wie bekommt man den Untermieter raus? Im Strafrecht StPO und Trunkenheitsfahrt, im ÖR hatte der Prüfer auf dem Hinweg gelesen "Bundesregierung will auf Handy-Ortung verzichten" - er wollte auf das Urteil zur Vorratsdatenspeicherung hinaus. Darf das BVerfG ein Grundrecht erfinden? Gibt es verfassungswidriges Verfassungsrecht? Gibt es eine Analogie, wie nennt man diese Methode im Verfassungsrecht? Ob § 79 BVerfGG dagegen spricht. Die Commerzbank bekommt den Bund als stillen Teilhaber - still ist gut. Die FR erklärt, was Kernkapital, Zwitterkapital und Fremdkapital ist. Die stille Einlage sei Zwitterkapital. "Bedingung": keine Dividende - keine Kapitalerhöhung, keine Boni. Enteignung der Aktionäre? Unterschied stille - offene Gesellschaft? Wenn die stille auseinanderknallt, geht der stille allenfalls mit Geld aber nicht mit Kunden, Telefonnummern, good will - er ist nur Geldgeber. Unterschied stille - partiarisches Darlehen - Beteiligung am Gewinn? Das Auskunftsrecht - das dürfte hier

eher ein partiarisches Darlehen des Bundes sein. Die Welt berichtet über den Matrosenaufstand im November 1918 - am 9.11.1918 wurde die Republik ausgerufen. So kann man also auch eine Republik gründen. Lidl gibt angeblich Einwegflaschen raus, die Mehrwegflaschen zum Verwechseln ähnlich sehen und nimmt den Kunden beim Kauf 25 Cents ab. Diese geben diese Flaschen dann woanders als Mehrwegflaschen ab. Lidl spart also kräftig Geld. Strafbarkeit?

In der Prüfung Limpens/Quarch/Klein-Blenkers am 10.10. gab es 6 - 7 - 7 - 8 und 5 Punkte für die Vorträge. Endpunkte 82, 67, 85, 99 und 52. Prüfungsgespräch 8 -7- 9 - 12 und 7. Die Vorpunkte müssen Sie sich leider selber ausrechnen - Repetitor non calculat. Im Zivilrecht kam der Hühnerpestfall, im ÖR Baurecht - Aussenbereichssatzung und das Nichtraucherurteil, im Strafrecht viel StPO und die Entwendung der Buddenbrooks aus der Uni-Bibliothek - wann hat Thomas Mann die Buddenbrooks geschrieben? Einer wusste das sogar. In der Prüfung Weismann/Lehnhoff/? am 30.10. kam im Zivilrecht die Novemberklausur - teure Zahnprothese, im Strafrecht Einmietungsbruch im Hotel, im ÖR Baurecht: der Hühnermäster will ans Seeufer. Am 27.10. in der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Loschelder/Schnappauf - altes Recht - kam im Zivilrecht der Quelle-Backofenfall des EuGH inklusive Europarecht und ein bißchen UWG, im Strafrecht BGH 4 StR 81/08, im ÖR will die NPD eine Stadthalle-Examensklausur. Im Wahlfach Staat u. Verwaltung waren die hessischen Verhältnisse übertragen auf den Bund zu prüfen. In der Prüfung Dabitz/Timme/Domat am 30.10. wurden aus 33 80, aus 22 was in den 50ern, von 28 was in den 50ern, aus 46 91 und ein U-Boot. Im ÖR kam der Heide-Simonis-BGH-Fall-Examensklausur. Im Strafrecht Einbruchsdiebstahl, im Zivilrecht drei Fällchen - Minderjähriger mietet Auto und GbR. Und als drittes ein bisschen Sachenrecht, also quer Beet. Die BRD verklagt Italien vor dem IGH, weil dessen BGH uns wegen Kriegsverbrechen verurteilt hat.

Vortragsfall vom 30.10.: 80 V des Obdachlosen, dem verboten wird, in der Fußgängerzone zu betteln. Die SZ berichtet über einen geschichtsvergessenden Beschluss des BVerfG: Neonazis dürfen von Schwarz-Rot-Senf wie in Weimar sprechen, da die Bevölkerung diesen Zusammenhang sowieso nicht kenne. Wehret den Anfängen, das hat mit Geschichte nichts zu tun. Der 18. Zivilsenat in Köln soll die Bonner Bundeskunsthalle verurteilt haben, den Manager weiter zu beschäftigen. Eine Kunsthalle als Beklagte? Die Kfz-Steuer soll bei Neuwagen-Käufen zwei Jahre lang nicht erhoben werden. Die Länder sind sauer, die Gebrauchtwagenhändler finden das auch nicht witzig. Und Brüssel?

Die SZ: "Und also sprach Franz Zink in den Nachrichten des ZDF, als er das Chaos in Worte fassen wollte, den dramatischen Satz: "Selbst alte Hasen greifen sich fassungslos an den Kopf!" Einen Moment lang fragt der Zoologe in uns, ob sich ein Hase an den Kopf greifen kann und wenn ja, womit." Da geht es einem doch gleich viel besser. Zurück zum Ernst des Lebens. Der 2. Zivilsenat beim OLG Köln beschäftigt sich nach Focus mit dem Fall, dass der geistesranke Sohn, der seine Mutter getötet und zerstückelt in den Wald gelegt hat, über seinen Betreuer das Erbteil bzw. den Pflichtteil haben will. Unwürdigkeit bei Unzurechnungsfähigkeit? Das BVerfG meinte ja, jetzt geht es um die Auslegung des Testamentes - Andeutungstheorie? Das BVerfG spricht von Rechtsschutzgleichheit und gewährt für eine steuerrechtliche Angelegenheit, Kindergeld, Beratungshilfe. Aha, dann werde ich jetzt gleich für die Verteidigung einer jungen Ladendiebin, die mit § 170 II StPO davongekommen ist, auch Beratungshilfe beantragen. Warum gibt es dann bei allen Rechtswegen eine Rechtsmittelbelehrung, nur nicht bei Zivilgerichten? Das sog. Erfurter Domgespräch: bei einem Ausflug nach Erfurt trifft ein Kölner Oberstaatsanwalt auf einen Beschuldigten des Kölner Klüngels und sagt, man werde ihn plattmachen. Ist das ein Befangenheitsgrund für die gesamte Kölner Staatsanwaltschaft? § 22 StPO analog? § 15 StPO analog? Fair trial? Die Verteidiger machen da ein großes Fass auf. McCains Klempner Joe Wurzelbacher ist als Wurzelbacher registriert und wird deshalb nicht wählen können - die US-Wahlen am 4.11. sollen durch Anwälte jetzt schon angegriffen werden - bei uns steht in sämtlichen Wahlgesetzen, dass vorher kein gerichtlicher Rechtsschutz möglich ist. Warum? Verstoß gegen Art. 19 IV oder Art.38 GG? Ein Fünfjähriger findet auf einem Acker einen goldenen russischen Rubel, den ein russischer Soldat 1799 hier verloren hat. Rechtslage? Die 6-Monatsfrist des § 66a II StGB soll in die StPO verlagert werden, falls sie wegen Erkrankung eines Sachverständigen nicht gehalten werden kann. Wie soll das gehen? StPO-Fristen sind Notfristen - also Wiedereinsetzung für den Staat? BGH VIII ZR 313/07 - eine Solaranlage wird auf einen Hühnerstall gesetzt - pfiffig aber bringt nichts. Der Kofferbomber - in der Flasche fehlte der Sauerstoff. Untauglicher Versuch? Claro que si. BGH 1 StR 359/08: darf man dem Geschäftsführer der Schuldnerin mit der Ermordung seines Sohnes zwecks Durchsetzung der Forderung drohen? Der Senat meint, das müsse man in diesem speziellen Fall ernsthaft überlegen. Die Unterinstanz wird gestaunt haben.

In der Prüfung Schilken/Reuter/Bäthge am 23.10. wurden aus 39 72, aus 48 86, aus 59 99, aus 64 119 und aus 69 115 Endpunkte. Im Zivilrecht kam die Examensklausur Vormerkung und Erbschein, im Strafrecht die September-Examensklausur, im ÖR allgemeine Fragen. Im Vortrag § 123 auf Verlängerung einer Subvention für ein Theater. Ein Fall, der gesunden Menschenverstand verlangt - es fehlt der Anordnungsgrund. Es brennt nicht an. Die ÖR-Klausuren im Oktober: Europarecht und Rücknahme der Einbürgerung bei drohender Staatenlosigkeit. Eine Gemeinde übt ihr Vorkaufsrecht nach dem BauGB aus, um den Ankauf einer Immobilie durch die NPD zu verhindern - verstößt das gegen Art. 21 GG? Prof. Dreier schreibt in Die Welt über die zu einfache Möglichkeit, das GG zu ändern. Es wird beliebig. Wie

wir gerade in der Finanzkrise sehen, ist es sowieso egal, was da drin steht. Die Finanzverfassung erkennt man ja nicht wieder.

Der BGH straft die Schweiz dafür ab, dass sie als einziger EFTA-Staat das Abkommen über den EWR nicht unterzeichnet hat - es gilt nach wie vor die Sitztheorie und nicht die Gründungstheorie sprich Herkunftslandprinzip - II ZR 158/06. In der Prüfung Müller/Morawitz/v. Danwitz am 15.10. (Punkte: 55 auf 110 und 43 auf 69, Rest unbekannt) kam Baurecht und JuS 08 S. 529, viele kleine Fällchen im Strafrecht, im Zivilrecht die Zurechnung des bösgläubigen Maklers. Die BGB-Oktoberexamensklausuren: 3 x Sachenrecht, darunter BGH XI ZR 156/05 - die Bowlingbahn. Im Strafrecht Raub, räuberische Erpressung. Der BGH meint, dass eine Anfechtung nach § 123 den Mietvertrag ex tunc beseitigt -die ortsübliche Miete wird dann über § 812 geschuldet - XII ZR 67/06. Porsche kündigt am Wochenende an, dass es sein Engagement bei VW verstärken will, was natürlich Lieschen Müller dazu verleitet, VW-Aktien zu kaufen, von denen nur noch 6% überhaupt auf dem Markt sind. Der Kurs steigt (auch weil die Händler, die auf fallende Kurse gesetzt und Leerverkäufe gemacht haben, sich die jetzt wieder besorgen müssen) und die Banken kriegen eine zweite Krise, weil Porsche cash gesetzte Optionen besitzt und die am 27.10. teilweise eingelöst hat. Der Wettgegner, der Herausgeber der Option, also die Bank, muss die Differenz zwischen dem damaligen Aktienpreis und dem gestrigen cash zahlen. Ist das nicht ein bißchen hinterpfotzig von Porsche - Kursanstieg nach Ansage? § 162 BGB? Ernst-August hat seinen Schadensersatzprozess gegen seinen ehemaligen Anwalt verloren. Ein Anwalt muss sich nicht an die Anweisung eines Mandanten halten. Wie beruhigend. Brüssel will per Richtlinie Rauchen am Arbeitsplatz generell untersagen, obwohl es die Kompetenz für Gesundheit so nicht hat - man greift eben zur Kompetenz fürs Individualarbeitsrecht. Die machen, was sie wollen.

Ist "Sie sind mir ein komischer Vogel" eine "Beamten"beleidigung? Kundgabe der Mißachtung oder ist das nur witzig? Das OLG Bamberg meint, nur witzig. Der Bahn-Chef verlangt von den ICE-Lieferanten eine "Aussage über die Haltbarkeit" - Anspruchsgrundlage? Frau Zypries drängelt wieder, dass für das deutsche Recht geworben werden soll - ein Qualitätssiegel sozusagen. Der Artikel in der FAZ verletzt analog zum CMA-Gütesiegel "aus deutschen Land frisch auf den Tisch" Europarecht. Zudem wüsste ich mal gerne, mit welchen Argumenten man da werben soll. Verbraucherrecht ist Europarecht. Das HGB ist seit der Schuldrechtreform weitgehend überflüssig geworden. Gesellschaftsrecht ist europäisiert. Unsere Rechtstechniken werden vom EGMR zerpfückt. Die Engländer haben eine Rechtstradition, die 500 Jahre alt ist. Die Amerikaner Verfassungsrecht und -tradition, die fast ebenso alt ist. Ausser, dass unser Recht wahnsinnig schwer ist, haben wir nichts zu empfehlen. Die Polizei hat Studenten, die im Kölner Museum Ludwig eine Wiese mit Gipsenisköpfen installiert haben, einen Platzverweis erteilt. Zulässig? Der Newsletter meiner Steuerberaterin erklärt die am 1.11. in Kraft tretende GmbH-Reform so, dass es bei dem Mindeststammkapital von 25.000 € bleibt. Man kann allerdings eine sog. haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft zunächst ohne gründen. Die späteren Gewinne müssen dann solange in Höhe von 25% in die Rücklage gestellt werden, bis die 25.000 € erreicht werden. Na super, bisher konnte man die 25.000 einzahlen und dann direkt für den einzukaufenden Lkw ausgeben. Und jetzt muss das Geld auf der hohen Kante bleiben oder darf es auch verwendet werden? Als Rücklage? Doch wohl kaum.

Das VG Berlin meint, dass ein alkoholisierter und blutender Mann, für den Passanten die Feuerwehr gerufen haben, den Einsatz bezahlen muss, auch wenn er den nicht will. In NRW sind § 36 und § 42 FSHG zu vergleichen - zur Beseitigung der Ölspur OVG Münster 9 A 4239/04 vom Februar 2007.

VGH Mannheim (nicht BVerwG) zu § 47 IV HochschulG NRW, wenn der Fall in NRW gespielt hat: Kann eine 1989 gegebene Ausstattungszusage 2003 gekippt werden? § 38 III VwVfG analog? Aus welchen Gründen? Und BVerwG: ist eine Tierpflegestelle ein Tierheim? Auslegung: was ist ein Heim? Eine Aufbewahrungsstelle oder ein Hotel mit Zuwendung inbegriffen? Gegen die Vorinstanzen meint Leipzig, die Pflegestelle sei kein Tierheim. § 11 Nr. 2 TierSchG - "ähnliche Einrichtung"?

Am 22.10. im Zweiten Müller/Lemke/Schlappka kam schon wieder ein mietrechtlicher Vortragsfall. Im Zivilrecht Recht auf Akteneinsicht - § 299 II ZPO - berechtigtes Interesse? Im Strafrecht sind Sie Referent in einem Ministerium und sollen eine Strafvorschrift für den Besuch von Terrorcamps machen. Problem: es gibt doch schon § 30 II. Und "Fahrverbot für Diebe und Schläger" - sagen Sie mal was dazu. Im ÖR ein bißchen Baurecht und Kostenerstattung für einen Antrag nach § 80 IV VwGO, wenn die Behörde dem Widerspruch stattgegeben hat. Noch mal die Schaffnerin (wo gibt es denn noch Schaffner?), die eine 12-jährige wegen fehlender 2,90 € aus dem Bus/der Bahn weist. Muss sie das Geld, das ein anderer anbietet nehmen? Wenn es um § 267 geht, ja. Was ist das Angebot - die anführende Straßenbahn - nur invitatio und warum - das Einsteigen? Irgendwelche Juristen wollen schon am 24.10. Vb gegen das Finanzrettungspaket einreichen - die dürfte mit heißer Nadel gestrickt sein. Sehr peinlich, wenn da Formfehler passieren. Grundrechte seien verletzt, weil das Gesetz nicht regelt, unter welchen Voraussetzungen die Hilfen

zurückgefordert werden können. Hat man §§ 48 ff. VwVfG gestrichen? Dürfte der Bundestag die künstliche Zeugung von sog. Rettungsgeschwistern erlauben? Müsste er das sogar? Darf der Staat hinterfragen, warum Kinder kommen? Fragen Sie mal Ihre Eltern, warum Sie auf der Welt sind oder vielleicht doch lieber nicht. Dürften Chimären - England streitet das ab, das wären keine, darum ginge es nicht - gesetzlich erlaubt werden? Frau Heidenreich, die seit ihrer eigenen Sendung im ZDF viel frischer und jünger und straffer aussieht, ist "gefeuert" worden. Zu welchem Gericht könnte sie gehen? Mit Erfolg? Die FR berichtet von Menschen, die unbedingt eine Extremität amputieren lassen wollen - die Leute haben Sorgen. Dürfte ein Arzt das tun? Die Zeitung meint, wenn es sich um eine Identitätsstörung wie bei Transsexuellen handele, ja, wenn es eine Krankheit sei, nicht. Versteh ich nicht. Die Mojahedin Organisation hat eine Nichtigkeitsklage vor dem EuG gegen die Konteneinfrierungsliste des Ministerrates gewonnen - T-256/07 - nach Yusuf etc..

Es gibt noch Richter in Luxemburg.

"Bei Allem wird der Kandidat auch seine Sprachkompetenz unter Beweis zu stellen haben" - in einem sog. Anforderungsprofil einer Assessorklausur - kein Kommentar. Ein BGH-Urteil mit Farbfotos - I ZR 120/06: der Fall erinnert an die Teppichlagerräumungsverkäufe. Brüssel will den Bodyscanner an Flughäfen einführen. Wie ist das nach geltendem Recht - §§ 23, 43 BPolG - "Durchsuchung" - Verletzung der Menschenwürde - darf Brüssel die einschränken? Nach Feryn, mit dem Art. 5 I GG zertreten wurde und Maruko, Art. 6 I GG, kommt nun Art. 2 I GG an die Reihe. Man wartet auf eine Solange III sprich es ist nun genug Entscheidung. Der italienische BGH hat im Fall Civitella die BRD verurteilt, Wehrmachtsoffern Entschädigung zu zahlen - Verletzung der Staatenimmunität? Die Ehefrau von Günther Jauch hat es nicht geschafft, Caroline zu toppen und eine Lizenzabgabe für ein unerlaubtes Hochzeitsfoto zu erstreiten. Eine Schaffnerin weist eine 12jährige wegen 2,90 € aus dem Zug, weil die ihr Portemonnaie vergessen hat. Ist ein Vertrag zustande gekommen? Minima non curat Schaffnerin? Wie wäre es bei einem Erwachsenen? Ein französisches Unternehmen verschickt Sarkozy-Voodoo-Puppen. § 111 StGB? Bei der KfW fand eine Razzia (gebrauchen Sie den Ausdruck bloß nicht in der Prüfung) statt. Rechtsgrundlage und Rechtsbehelf? Liegt denn ein Anhaltspunkt für einen

Vorsatz nach § 266 StGB vor? Absurd.

In der Prüfung Artkemper/Gossmann/? am 18.10. in Hamm kam als Vortrag: Kneipenbesucher stürzen raus um einem verunfallten Radfahrer zu helfen, einer geht hinter den Tresen und nimmt das Portemonnaie des Wirtes, der auch draussen ist (§ 243 I Nr. 6?), und fährt mit 1,9 Promille auf Rollerblades (§ 316 - Sportgerät oder Fahrzeug?) nach Hause - 2. Teil: Regelungstechnik der Regelbeispiele. Im Zivilrecht Zwangsvollstreckung in eine am Boden festgeschraubte Fräsmaschine (§ 865 II ZPO? Oder sogar wesentlicher Bestandteil?). Im Strafrecht Steinewerfer auf der Autobahn und StPO, im ÖR regnet es in ein Auto rein, dessen Fenster offen sind - Abschleppfall. Was muss man in § 21 GebührenO reinlesen, was in § 43 I Nr.2 PolG? Eiwei. Was muss man fragen? Wie ist das Wetter und hat das Auto eine Wegfahrsperrung? Beste Vortragsnote 7 Punkte. BGH VI ZR 279/06: der Betriebsausflug im Erlebnispark endet mit einem Quad-Unfall. Der Betreiber haftet nicht. Freiburg hat ein Kneipenviertel, das aus ganzen drei Straßen besteht - Bermudadreieck genannt. Die Stadt hat nun angeordnet, dass kein mitgebrachter Alkohol draussen getrunken werden darf, da es wegen Billigfusels zu Gewalttätigkeiten gekommen sei. Natürlich klagt ein angehender Jurist dagegen. In welcher Form könnte Bonn so etwas anordnen - Allgemeinverfügung/VO/Satzung? Auf welcher Grundlage? § 14 OBG/§ 27 OBG/§18 LStrWG? Verfahrensart - § 47 VwGO analog - wenn der schon bei Flächennutzungsplänen analog anzuwenden ist, dann hier auch? Liegt eine Gefahr vor oder ein pauschales Vorurteil? Das OVG Hamburg meint, Kitas gehörten nicht ins reine Wohngebiet, das verbiete die BauNVO - ich les das da nicht - warum keine soziale Einrichtung? Wenn ein vorhabenbezogener B-Plan nach § 12 BauGB gemacht wird, hat man das Problem nicht. Heute findet der sog. Bildungsgipfel - Dauer zwei Stunden - statt. Darf der Bund so was überhaupt machen - auch wenn die Länder mit am Tisch sitzen? Mischverwaltung wollen wir nicht. Dürfen Preisausschreiben eine Schönheitsoperation versprechen wie in Argentinien? M. Sarkozy will eine europäische Wirtschaftsregierung - die FAZ will hingehen am 23.10. breit über das Subsidiaritätsprinzip berichten. Weder der EG-Vertrag noch der EU-Vertrag noch der Vertrag von Lissabon dürften das erlauben. Er will zudem die Industrie teilweise verstaatlichen - damit Beihilfen ohne kritisches Auge aus Brüssel verteilt werden können?

In der Prüfung Weigend/Reitze/Harperath am 25.9. wurden aus 41 87, aus 41 79, aus 50 88, aus 38 74 und aus 41 80 Endpunkte. Vortragsnoten: 13, 8, 8, 6, 7. Die Uni Köln will keine separaten Gebetsräume für moslemische Studenten einrichten, da sie religionsmäßig neutral sein müsse. Ist das eine juristisch zutreffende Aussage? Könnte ein Jurastudent sich gerichtlich mit Erfolg durchsetzen? Die "Auflagen" in der RVO von Herrn Steinbrück sind weder Auflage noch Bedingung noch Widerrufsvorbehalt. "Soll" "hinwirken" - ist das weniger als muss oder schlimmer? Letzteres, da die entscheidende Stelle völlig freie Hand hat. Angeblich soll sich die BReg über Herrn Ackermann aufregen - es ist doch gut, wenn Banken das Geld nicht abholen. Die denken aber wohl schon an übermorgen - man stellt hunderte von Milliarden zur Verfügung und keiner holt die ab - da macht man sich ja ex tunc zum Gespött der Leute. Viel Lärm um nichts. Das LG Hamburg hat Google wegen Urheberrechtsverletzung verurteilt. Wie kommt die Zuständigkeit hin?

EuGVVO - oder ZPO analog oder direkt?

Herr Steinbrück habe sich durchgesetzt - strenge "Auflagen" - Deckelung der Managergehälter, wenn Geld beantragt wird. Ist das eine Auflage oder eine Bedingung? Ich bin für letzteres - mit welcher Klageart geht eine Bank denn jetzt vor und wogegen - gegen die RVO? Am 15.10. im zweiten wurde die Mai-BGB-Klausur im ersten (BGH: Anwalt nimmt Mandat gegen Bank, die selber Mandantin ist) geprüft und solides GbR-Recht, im Strafrecht guckt die StA in Fernsehen und sieht den Krankenhauskandal in Essen (?) - Chirurg nimmt extra Geld für vorgezogene Operationen, im ÖR Gaststättenrecht. Bis zur Öffnung der Börse am 20.10. wollten die Spitzen der Ministerien die RVO ausarbeiten, die den anfordernden Banken Geld bringen soll. Art 80 GG. Darf dort die Höhe des zu deckelnden Gehaltes drinstehen? Im Facharzturteil 1972 plus minus hatte das BVerfG festgehalten, dass Berufsregelungen vom Gesetzgeber und nicht vom Satzungsgeber gemacht werden müssen - erst recht Argument? Im Kalkarurteil wurden wesentliche Entscheidungen ebenfalls dem Gesetzgeber zugeschrieben. Das dürfte also nicht gehen. Die Erbschaftssteuerreform wird wohl nicht rechtzeitig fertig. Dürfen dann Finanzämter gar keine Erbschaftssteuer mehr erheben? Darf dann rückwirkend eine verspätete Regelung kommen? Die SZ berichtet über die erfolglose Geldwäschefahndung. § 261 StGB ist schlecht gemacht. Es genügt nicht, bei einem Drogendealer 30.000 € unter der Matratze zu finden. Man muss nachweisen, aus welchem Delikt das Geld genau stammt. Die FAZ berichtet über die W-Besoldung in NRW. Der Superstar einer Uni muss sich nicht mit Studenten rumplagen, während seine Kollegen Gehaltskürzungen in Kauf zu nehmen haben. Art. 12 GG? Art. 33 II GG? Noch mal zu parkenden Fahrrädern. In Bonn sollen gammelige Räder als Abfall behandelt werden (ab wann ist das der Fall?) und andere aufgrund einer städtischen Satzung entfernt werden. Auf welcher Rechtsgrundlage? § 7 GO reicht wegen des Grundrechtseingriffs nicht, § 18, 19 LStrWG - parken ist keine Sondernutzung - aber dauerparken?

VG Münster: Änderung des Vornamens Beate in Beatrice? Wo steht was dazu? Transsexuelle dürfen ändern - jemand, der in Frankreich arbeitet, nicht? Ist das europarechtswidrig - vor allem vor dem gerade entschiedenen Fall zu § 1617 BGB? Ist das Urkundenfälschung, wenn man sich jetzt einfach anders nennt? Hat die arme Frau nicht mehrere Vornamen, so dass sie tauschen kann? Sie will nun nach woanders umziehen und es noch mal versuchen. Rechtskraft bei angestrebten Dauerverwaltungsakten? Noch mal VG Münster: gibt das Informationsfreiheitsgesetz einen Anspruch gegen eine Uni auf Auskunft zu Affenversuchen? Ist die Wissenschaft informationsfest? Und ein drittes Mal dieses VG: hat ein Buspassagier Anspruch auf Fenster ohne Werbung? Muss man durch eine AWD-Werbung durchgucken müssen? Art. 2 I GG? Was ist der Unterschied zur Werbung weiter unten? Alte BVerwG-Entscheidung und Klausur: keine politische und religiöse Werbung auf Taxis. Die StA Klagenfurt hat nicht nur berichtet, dass Jörg Haider mit mindestens 1,8 Promille und zwischen 140 und 170 m/h gefahren ist sondern auch, dass er in der Stunde davor in einem stadtbekanntem Schwulentreff mit seinem Begleiter eine Flasche Wodka geleert hat. Verrat eines Dienstgeheimnisses? Zu Ernst-August hat der BGH gerade entschieden, dass zu seiner Bauchspeicheldrüse nicht berichtet werden dürfe. Beleidigung eines Toten durch wahre Berichterstattung? Schmerzensgeldansprüche der Familie? Amtshaftung?

Das ZDF hat den rasend schnellen Gesetzgebungsgang - BT/BRat/Kanzlerin/BP/Bundesgesetzblatt an einem Tag - gezeigt. Die Unterschrift des Finanzministers wurde nicht gezeigt - die haben das nicht als Nachtrags- sondern als Nebenhaushalt gemacht - es geht ja nur um Verpflichtungsermächtigungen. Raffiniert: die Androhung, dass anfordernde Manager höchstens 500.000 € verdienen sollen, wirkt natürlich entsprechend hemmend um nicht zu sagend verstopfend. Es wird also bei der politischen Geste und Symbolik, wir haben geholfen, bleiben. Wie ist das aktienrechtlich - darf der Vorstand zu den ganzen Lämmern nun einen Wolf als "Miteigentümer" ins Haus holen, ohne die Satzung zu ändern oder zumindest eine Hauptversammlung einzuberufen? Kein Hammelsprung im Bundestag, kein Abstimmungen per Hand sondern Stimmzettel für das Urteil der Geschichte. Herr Görgülü hat endlich das Sorgerecht für seinen Sohn - die SZ berichtet über das erfolglose Klageerzwingungsverfahren gegen Richter des OLG Naumburg wegen Rechtsbeugung. Die haben ihr Abstimmungsergebnis in der geheimen Beratung nicht preisgegeben. Kommt § 339 also nur gegen Einzelrichter in Betracht? Versetzen Sie sich mal in die Lage der Anwältin - 50 Verfahren - die ersten hat sie vor dem BVerfG verloren. Da fragt man sich ja, ob man vielleicht doch der Querulant ist. Das Klageerzwingungsverfahren ist vom Gesetzgeber absichtlich hinterhältig gestaltet. Ich habe ein mal eines versucht - nie wieder. Es muss alles vorgetragen werden. Eine Bezugnahme ist nicht zulässig. Selbst wenn man das durchhält, kommt dann doch der Vorwurf, es hätte was gefehlt - ausser der Vb gibt es keinen Rechtsbehelf. Bis zur Generalstaatsanwaltschaft kostet das Verfahren nichts - beim OLG schon, es sei denn, der Antrag wird als unzulässig abgewiesen. Das ist so eine Art Trostpflaster. Rechtsbeugung: Der alte § 336 verlangte dolus directus - kein einziger Richter des Volksgerichtshofs ist rechtskräftig verurteilt worden - wir haben ja nur die h.M. - Rechtspositivismus - angewandt und wären selber und unsere Sippe ins KZ gewandert, wenn wir einen Juden, der mit einer Arierin Händchen hält, nicht verurteilt hätten. Das OLG Naumburg hat über die behauptete Rechtsbeugung von OLG-Naumburg-Richtern entschieden - ist das nicht auch eine Rechtsbeugung? Befangen - unmittelbar betroffen?

Liegt eine Unfallflucht vor, wenn ein Autofahrer beim Aussteigen die Tür gegen das benachbarte Auto knallt und dann

geht bzw. fährt? Drei Richter im zweiten Examen meinten nein. Naja. Das BVerwG meint, dass ein zum BND abgeordneter Soldat da arbeiten darf - das Trennungsprinzip würde nicht verletzt, da er ja aus der Befehlsstruktur des BMV ausgegliedert sei - er geht dahin aber wieder zurück - kann man eine Konkurrentenklage auf die Verletzung des Trennungsprinzips stützen - fällt das unter Art. 33 II GG? Rechtsweg nach § 126 BRRG oder § 50 SoldG? Klageart - Beförderung VA? Das Gesundheitsamt Bremen-Mitte hat Affenversuche an der Uni in Bremen (einer Uni) untersagt. Ist die Wissenschaft polizeifest? Vor einigen Jahren gab es solche Verfahren in Hessen, juristisch gewannen die Universitäten, das angepeilte Ziel wurde aber erreicht, die haben sich überlegt, welche Versuche sie noch machen, um nicht dauernd in der Zeitung zu stehen. Die Länder haben dem Rettungspaket zugestimmt, wobei Bayern ein rechtliches Problem hat, die sind wegen der Wahl weder Raupe noch schon Schmetterling. Die SZ berichtet über ein Zwischenparlament - in NRW ständiger Ausschuss genannt, der noch nie was zu tun hatte. Wie wäre das im Bund? Art. 115 h GG. Die Welt berichtet über die Probleme des polnischen Premiers, den polnischen Präsidenten vom Gipfel fernzuhalten. Der ist einfach dahingefahren und hat sich dazugesetzt. Warum sitzt bei uns der Bundespräsident nicht bei den Gipfeln? Sarkozy bringt Fillon mit, Frau Merkel bringt Herrn Köhler nicht mit. Fillon hat nichts zu sagen, der muss nur alles aufessen, was auf den Tisch kommt. Die Krankenkassen schließen trotz ihrer gesetzlichen Verpflichtung, Palliativmedizin zu finanzieren, keine entsprechenden Verträge mit Palliativärzten - ist das strafbar? § 223 durch Unterlassen des Vorstandes? § 14 StGB? Bundesminister Gabriel will Kühlschrankskäufe unterstützen, wenn man vorher zu einem Energieberater (-coach) gegangen ist - da ist ja die Abtreibung fast einfacher. Darf er das? Für den energiesparenden Haarföhn bekomme ich nichts. Ist das eine unzulässige Beihilfe? Der EuGH hat in dem Fall Altmark Trans - C-280/00 - die Unterstützung des maroden Nahverkehrs nicht als Beihilfe eingestuft. Ist das vergleichbar? Der Bundespräsidentenkandidat will die Kinderhymne von Brecht als Nationalhymne einführen. Warum ist die Flagge im GG geregelt, die Hymne aber nicht? Dürfte der BP das oder das Parlament? Dann meint der Kandidat, er würde Josef Ackermann verhaften, wenn er wirklich Kommissar wäre - wegen solchen Leuten hat schon 1215 die Magna Charta die Habeas Corpus Garantie festgelegt. Deutschland wäre keine Demokratie - sondern was?

Eine Denksportfrage aus dem Mündlichen: § 439 II - ist das eine Anspruchsgrundlage? Wenn nicht, was dann? Der EuGH - C-353/06 - hat unseren § 1617 für europarechtswidrig erklärt - im Niebüllfall wurde die Vorlage durch das FamG/VormG - die werden nächstes Jahr fusioniert - noch für unzulässig gehalten. In Frankfurt sollte am Samstag parallel und in der Nähe zur Buchmesse, die von vielen Staatspräsidenten besucht wird, ein Mohamed-Ähnlichkeitswettbewerb stattfinden. Darf bzw. muss die zuständige Behörde das Event wegen Attentatsgefahr verbieten? Ist die Kunst polizeifest? Das OVG Koblenz hat das geplante Outlet-Zentrum am IC-Bahnhof in Montabaur verhandelt. Können Koblenz, Dietz, Limburg klagen, weil das Ding nicht im Geschäftszentrum sitzt, wie im Plan vorgesehen? Am 13.10. war der Vortrag dem BGH-Fall VIII 253/05 entnommen. Am 15.10. kam als Vortrag OLG Frankfurt NJW 2006 S. 1004 und NJW RR 2007 S. 1517 - Transport zur Maifeier einer Burschenschaft - dem Thema nach. Kann ein MdB gegen die Aufhebung der Immunität klagen? Jein, Pofalla-Entscheidung, nicht gestützt auf Art. 46 GG aber auf Art. 38 GG bei Willkür. Das EuG - T-345/05, meint, dass ein EU-Parlamentarier nur gegen Behinderungen seiner Arbeit durch das verfolgende Gericht klagen könne - die Pressemitteilung ist schlecht übersetzt. Der 8. Zivilsenat, dessen Entscheidungen, wie wir allmählich wissen, geeigneter Examensstoff sind, hat den alten Mieterwaschmaschine-läuft-aus-und-in-die-Wohnung-unten-drunter modernisiert. Die Dunstabzugshaube brennt. Der Vermieter haftet nicht - haftet der Mieter - § 906 II 2 analog? VIII ZR 321/07. Der Große Senat (wo steht der? Gemeinsamer Senat? Gemeinsamer Großer Senat? Berühmte Entscheidungen der Großen Senate im Zivil- und Strafrecht? Vereinigter Senat?) hat § 531 ZPO weiter aufgeweicht. Die Verjährung kann noch in der Berufungsinstanz geltend gemacht werden, bei unstreitigem Sachverhalt. Jede ZPO-Reform ist bisher von den Gerichten aufgeweicht worden. Die FAZ berichtet über den Nationalen Normenkontrollrat, eine Art vorgezogener Bundesrechnungshof - hat die Bundesregierung ein Behördenerfindungsrecht? Ja, Art. 87 - allerdings nur in Form der Dame ohne Unterleib. Der Begriff der Überschuldung im Insolvenzrecht soll 2 Jahre lang aufgeweicht werden - was würden Sie als Definition angesichts der Finanzkrise vorschlagen? Sog. Anlegeranwälte, die zur Zeit auf Mandantenfang sind, verlangen eine Beweislastumkehr durch einen weiteren Satz im § 31 WPHG. Die Anleger bei der isländischen Bank heulen rum. Wenn man über 8% Zinsen bekommt, weiß man, dass die Bank das Geld für mindestens 10% wieder anlegen muss und das ist hochspekulativ. Madonna lässt sich scheiden - nach welchem Recht geht die Scheidung einer Amerikanerin von einem Engländer, beide wohnen (aus pädagogischen Gründen) in Berlin und haben Kinder aus aller Welt adoptiert? Art. 14 EGBGB, die Kegelsche Leiter - von oben nach unten lesen. Die Osmani Brüder, die schon zu einem Tatort verwebt wurden, werden am 16.10. verurteilt. Anstiftung zur Untreue, wenn der Bankdirektor eines Bänkleins in einem Kaff mit Geschenken überhäuft wird, damit über Strohmann Kredite rausgegeben werden? Betrug oder Anstiftung zur Untreue?

Im Zweiten am 14.10. Hucklenbroich/Linkens/Hammerschlag kam im Strafrecht der Klassiker - Juwelierfall BGHSt 30 S. 363, der Prüfer fand es nicht gut, dass man ihm direkt damit ins Gesicht sprang, man solle selber denken (also so tun, als ob man den tiefen Teller neu erfindet), im Zivilrecht: kann man Banken verstaatlichen? Was ist eine Bank, an

welchen Unternehmen ist bei uns der Staat beteiligt? Die Lektüre der Bunten hätte da schon weitergeholfen. Und tiefes GmbH-Recht. Im ÖR ging es um ein Restaurantschiff, das nicht mehr ablegen will - § 26 GaststG. BGH 2 StR 237/08: kann ein Räuber vom versuchten Totschlag zurücktreten aber nicht vom gleichzeitig begangenen versuchten Raub? Freiwilligkeit hier, Unfreiwilligkeit da? Der BGH hat im Fall Claassen zwar die Vorinstanz nicht aufgehoben, ihr aber Lebensfremdheit vorgeworfen - sehr peinlich. Die SZ moniert, dass der BGH keine Mengenangaben machen will wie im BTM-Recht und bei Alkoholfahrten - unzulässiges Richterrecht? Wurde von Prof. Verrell auch mal wieder gefragt. Wie kann ein Freispruch gehalten werden, wenn das Revisionsgericht sagt, wenn wir die Beweisaufnahme gemacht hätten, wäre möglicherweise was anderes rausgekommen? Wo steht, dass das Revisionsgericht an die Beweiswürdigung des Untergerichts gebunden ist? Und in welchem Umfang? § 337 II - § 261 StPO? Minima non curat praetor - der lateinische Spruch soll gefallen sein. Stimmt der Satz in der ZPO, StPO, VwGO, im materiellen Recht? Warum arbeiten wir mit lateinischen Sprüchen? Manche Prüfer wollen hören, weil Juristen sich dann international verständigen können - als wenn wir auf lateinisch miteinander reden oder schreiben würden. Als Referendar lernt man ziemlich schnell, dass lateinische Ausdrücke in Urteilen verpönt sind, weil die Parteien die nicht verstehen. Zudem stimmt das anders als bei den Mediziner nicht - als Leser amerikanischer Justizkrimis stoße ich immer wieder auf Sprüche, die bei uns völlig unbekannt sind - z.B. amicus curiae oder stare decisis aus dem IPR. Die Römer haben mit den Sprüchen (argumentum e ...) gearbeitet, weil es zu mühsam war, Gesetze schriftlich zu verbreiten. Man musste ja für jeden Brief einen Hammel schlachten und Pergament herstellen. Diese Sprüche sollten die Logik des entscheidenden Richters so prägen, dass jeder Richter wie der andere entscheidet und nicht aus dem Bauch heraus. Also gegen Richterwillkür und für Rechtssicherheit. Wir nehmen die heute noch, weil im Zivilrecht das römische Recht rezipiert wurde - deutsche Studenten haben im Mittelalter in Bologna Jura studiert und wurden dann hier Richter. Unser Schuldrecht bis auf die reformierten Teile ist im wesentlichen identisch mit dem römischen Recht - vor allem § 812, das hat man einfach aus dem lateinischen übersetzt, als das BGB geschaffen wurde. Eine sehr vereinfachte Darstellung - sehr spannend dazu Uwe Wesel, Geschichte des Rechts. Die Bundesregierung will die Gehälter der Banker auf maximal 500.000 € im Jahr beschränken. Dann müsste konsequenterweise auch die Haftung analog den AN beschränkt werden. Es wird nichts nützen - dann bekommt er eben Boni auf den Cayman Islands - Banker sind schlaue Leute, was die optimale Verschiebung von Geldern angeht. Art. 14 GG, wenn die Gehälter gedeckelt werden? Euskirchen soll 35 Millionen bei Lehman Brothers Deutschland geparkt haben und kommt da jetzt nicht dran. Angeblich sollen Gemeinden doch seit 60 Jahren pleite sein? Angebliche Bankangestellte sollen Leute angerufen haben, die Bank würde am nächsten Tag zusammenbrechen, sie sollten ihr Geld abheben. Dann würden sie als angebliche Handwerker in die Wohnung gehen, um nach dem Geld zu suchen. Strafbarkeit? Die Linke stellt einen Zählkandidaten auf, um die anderen Kandidaten später zu demütigen. Im dritten Wahlgang spätestens könnten diese auf die Stimmen der Linken angewiesen sein. Anders als bei der Bundeskanzlerwahl können im ersten Wahlgang mehrere Kandidaten antreten. Einige Länder sollen sich gegen den Rettungsplan sträuben. Könnte man das Gesetzespaket wie einen Regenwurm zerteilen? Einspruchsmaterie jetzt und Zustimmungsmaterie später?

In der Prüfung Hauck/Verrell/Feldmann am 13.10. kam als Vortrag ein Gebrauchtwagenkauf - Unfallwagen. Im ÖR nimmt die Polizei nicht nur die laute Stereoanlage sondern auch noch den Inhaber mit. Im Strafrecht Strassenverkehrsdelikte - § 113 - Auto als Waffe, im Zivilrecht römisches Recht - welche Rechtsinstitute haben wir von den Römern - warum? Amtshaftungsklagen sollen auf Wunsch der Justizministerkonferenz zu den Verwaltungsgerichten gehen. Was war der historische Grund für die Plazierung bei den Zivilgerichten? Die Fiskustheorie. Die öffentliche Hand bekommt von einem Mehrheitsaktionär eine Merkel-Garantie/weiche Patronatserklärung - vor welchem Gericht ist die einzuklagen? BGH III ZB 19/08 - § 13 GVG - und umgekehrt - die Banken gegen den Bund? Als die Feuerwehr anrückt, um das Osterfeuer geordnet zu löschen, bildet sich zur Verhinderung eine Menschenkette und zündet noch Dixie-Toiletten und Papiercontainer an - Strafbarkeit - Dixie-Toilette als Gebäude? Der Container als öffentliche Sache, wenn er Herrn Trienekens gehört? BGH 4 StR 368/08. Der unterdurchschnittlich große Angeklagte führt seine Geburtstagsgäste in den Wald und gibt über sein Handy angebliche Tötungsbefehle an angebliche Scharfschützen - der Gast G wird krawallig und greift A an, der zückt ein Messer und sticht ihm gefährlich in die Brust - BGH 5 StR 377/08. Das war am Freitag wohl eine kalkulierte Panik in Frankfurt, wenn am Montag der Dax um 11% steigt. Der Bund verspricht hunderte von Milliarden - wo kommt das noch nicht vorhandene Geld her? Keine Steuererhöhungen aber Bundesanleihen - wer kauft die, wenn das gestern kein Strohfeuer war? Bei mir würde der Staatsanwalt kommen, wenn ich Geld verspreche, das ich noch nicht habe. Banken sollen mit Auflagen diszipliniert werden - privatrechtsgestaltende VAe oder - Wesentlichkeitstheorie - durch den Gesetzgeber oder Zweistufentheorie? Auflage oder Bedingung? von Savigny - die Auflage zwingt, suspendiert aber nicht und umgekehrt. Warum hat von Savigny auch im ÖR gewirkt? Weil vor zweihundert Jahren Jura kein Spezialitätenrestaurant war sondern eine Gesamtwissenschaft. Im APR stand daher von jedem Rechtsgebiet was drin. Jeder Bürger ist ein Bürge? Banken sollen einen Solidaritätsbeitrag bzw. -fonds leisten - wäre das eine Sonderabgabe? Der gemeine Soli ist keine sondern eine normale Steuer. Das Insolvenzrecht soll durch ein Maßnahmegesetz passend geschneidert werden, da manche Banken durch die Wertberichtigungen eigentlich überschuldet sind - nicht alle klar aber doch einige. Die SZ berichtet, dass Petitionen

nun per email eingereicht werden können - Friedrich der Große hatte eingeführt, dass die Bürger, wenn er zwischen den Kriegen über Land fuhr - Bildungsreise - ihm Petitionen in die Kutsche schmeissen durften - der Müller von Sancoussi hat das gemacht. Der Petitionsausschuss wie der Bundeswehrbeauftragte und die parlamentarischen Staatssekretäre sind Spione des Parlaments in die Exekutive, damit die Kontrollfunktion wahrgenommen werden kann. Die sonstigen Beauftragten, Datenschutz-Drogen-Ausländer-Multi-Kulti, sind Models der Regierung. Die wollen natürlich danach noch eine Karriere haben und zügeln ihre Kritik - jedenfalls würde ich das so machen. Der BGH beschäftigt sich am Freitag mit dem Fußball-WM-Sponsoring durch den Einser-Abiturienten mit 17 Herrn Claassen. Der Vorsitzende des LG hat lt. FR gesagt, er wäre noch nie vom BGH aufgehoben worden. Diesen Spruch in Variationen beim AG und LG kennt jeder Anwalt - dann ist das Gegenteil sehr gut möglich. Liegt Vorteilsgewährung/Bestechung vor, wenn die Politiker die Eintrittskarten nicht benutzt haben? Klimapflege als Unrechtsvereinbarung? In der Prüfung am 10.10. kam noch eine zweite Frage zu dem Strafrechtsvortrag in Gynäkologie: was wäre, wenn der angeklagte Arzt sagt, wenn er die Patientin gefragt hätte, hätte die der Entfernung der Gebärmutter zugestimmt, was aber nicht aufklärbar ist? Eine richtige Fangfrage. Die meisten Kandidaten eierten mit Beweislast rum. Das ist egal - solange keine Lebensgefahr besteht, hat der Arzt vorher zu fragen - hypothetische Verläufe sollen zudem im Strafrecht keine Rolle spielen - Frau Prof. Puppe würde da gequält aufschreien - beim Unterlassen arbeiten wir mit hypothetischen Kausalverläufen. Man stelle sich vor, der Arzt soll ein Myom entfernen und nimmt die ganze Gebärmutter raus - die Herren werden da vielleicht kein Verständnis für aufbringen - deshalb ein anderes Beispiel: der Arzt amputiert die ganze Hand, obwohl er nur ein Melanom entfernen soll. Es kam im Strafrecht noch der Bonner Literaturprofessor, der Bücher in Massen geklaut hat. Was ist von seinem Hilfsbeweis Antrag zu halten: die Ebay-Käufer sollen darüber vernommen werden, dass sie von der illegalen Herkunft der Bücher wussten? § 244 StPO. Das Herzstück des Strafverfahrensrechts.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Lehmann/Pietzker am 10.10. wurden aus 67 132 Punkte, aus 51 115, aus 29 55, aus 31 57, aus 30 51. Vortrag: Strafbarkeit des Arztes, der ein Myom entfernen soll und dann die ganze Gebärmutter entfernt. Die Entscheidung des BVerfG zur Unfallflucht, § 244 StPO - der Anastasiafall des BGH - im Zivilrecht Vormerkung pur, im ÖR Baurecht. In der Prüfung Linden/Schermair/? kam im ÖR das Schild an der Baustelle in Aachen "hier verhindert die Stadt Aachen Investitionen" - BauO/Strassenrecht? Im Zivilrecht verspricht E dem F eine Hundehütte, wenn er den Hund bis zu dessen Tod pflegt. F tötet den Hund. Im Strafrecht mehr als protokollfest. Der Spiegel berichtet, dass das Ordnungsamt der Fahrradstadt Münster rechtliche Probleme hat, Fahrräder abzuschleppen. Die dürften überall parken und sogar bis das Gras aus ihnen wächst. Das VG Münster - 11.7.08 1 K 1536/07 - hatte zugunsten eines Studenten entschieden, dessen vor dem Hauptbahnhof geparktes Rad abgeschleppt worden sei. Was ist also der Unterschied zwischen falschgeparkten Autos und Rädern? In der Prüfung Schwerin/Drossé/Bamberger am 8.10. wurden aus 23 55, aus 48 75, aus 34 70 Punkte, aus 53 84 und aus 40 74. Vortragsnoten 5, 6, 9, 4, 10. Im ÖR (der ursprünglich eingeplante Prüfer war eingetauscht worden) kam der Marienerscheinungsfall - zuletzt wohl OVG Koblenz vom 5.9.2006 8 A 10519 - - wenn man googelt, sieht man, dass in einigen Ländern schon solche baurechtlichen Marienerscheinungs-Urteile dran kamen. Welchen Anschein darf die Baubehörde verlangen, damit Art. 4 G ins Spiel kommt? Mindestens eine Seligsprechung der Kontaktperson. Und das kann dauern. Im Zivilrecht Vormerkung-Pseudoerbe. Im Strafrecht Mord und Totschlag in der Türsteherszene - nach meiner Erinnerung ein BGH-Fall, ich kann mich aber auch irren. Ich habe den Originaltext der Maiklausur mit dem Reisevertragsrecht zu sehen bekommen - das JPA hat Alligator geschrieben - nicht Krokodil. Plan B soll nun als Gesetz durchgepeitscht werden. Als Nachtragshaushalt. Soviel zur kurzfristigen Therapie. Wie sieht juristisch die langfristige Therapie aus - Weltfinanzpolizei? Strafrecht, OWiG? Die SZ bemerkt zu recht, dass Banken und Unternehmen sich Regelungen entziehen - s. Kartelle und Verschleierungen der Risiken. Herr Löw hat Herrn Kuranyi aus der Nationalmannschaft geworfen. Was ist das rechtlich? Gilt hier § 623 BGB? Zu welchem Gericht könnte das gehen? Irland überlegt, für eine Woche aus der EU auszutreten, damit der Vertrag von Lissabon von allen anderen ratifiziert werden kann. Der EU-Vertrag sieht aus gutem Grund kein Austrittsrecht vor - die Wiener Vertragsrechtskonvention dürfte nicht anwendbar sein - aber Reisende soll man nicht aufhalten. Allmählich hat man den Eindruck, dass Völkerrecht, die Finanzwelt und die Politiker sich um Recht und Gesetz nicht scheren.

Die Sparer flüchten in Scharen zu Sparkassen und haben vergessen, dass diese argentinische Staatsanleihen und Lehman Brothers empfohlen hatten. Die Sparkasse KölnBonn hatte nur negative Schlagzeilen in letzter Zeit. Was ist eine Sparkasse rechtlich? Darf der Bund den wankenden Banken Kredite geben? Wenn das Fremdkapital das Eigenkapital übersteigt, müssen die zum Insolvenzrichter - zivilrechtlich muss der Bund also Aktien übernehmen sprich weich teilverstaatlichen. Staatsrechtlich sind wir spätestens jetzt vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsstaat umgekippt - im Zivilrecht schon seit der Schuldrechtsreform. Das BGB und das GG hatten das Modell der Staatsferne - der Staat sollte nur ein paar Pflöcke einschlagen und sonst den Bürger in Ruhe seiner Arbeit nachgehen lassen. Aber dafür sind Benzin und Rohstoffe angeblich wieder billiger - vielleicht kaufe ich ein paar Schweinebauchhälften. Man erkennt das Grundgesetz nicht mehr wieder: statt parlamentarischer eine Kanzlerdemokratie - Haushaltsrecht des Parlaments als Königsrecht? Die Bundeswehr ein Parlamentsheer? Brüssel als Gesetzgeber, Veränderung unserer Grundrechte durch

Kabeljaukrieg II zwischen Großbritannien und Island. - damals hatte Island, das keine einzige Kanone besitzt, seine 200 Meilen Zone gegen die Engländer und uns vor dem IGH erfolgreich verteidigt. Britische Kommunalverwaltungen haben hochspekulativ bei isländischen Banken angelegt - nun meint PM Brown, er wäre nicht zuständig und Island sagt, wir auch nicht. Im Fall Barcelona Traction hatte der IGH entschieden, der Sitz der Aktiengesellschaft und nicht der Aktionäre (Belgier) sei entscheidend. Wie ist es mit staatlicher Verwaltung? Mr. Brown hat m.E. nach unrecht.

Eine isländische Bank hat dichtgemacht - was ist jetzt mit meiner Mietüberweisung - kann ich mich dem Vermieter darauf berufen, dass ich an mein Geld nicht rankomme - Geld hat man zu haben? Heute sollen die Kurse wieder runterkrachen - solange man nicht aktuell Geld braucht, schadet das nicht - aussitzen, Bankaktien kommen zurück, selbst wenn es dauert. Wenn die nicht zurückkommen, wer dann? Der IGH soll ein Gutachten für die Generalversammlung über den Status des Kosovo machen - Serbien konnte den Kosovo nicht gut verklagen, da es damit die Staatsqualität anerkannt hätte. Wodurch wird man zu einem Staat? Durch die drei Elemente plus Anerkennung oder reicht entweder oder? Die SZ erzählt über Art. 15 GG - Geld ist kein Produktionsmittel - Banken dürfen danach nicht verstaatlicht werden. Wie ist es aber mit einer Teilverstaatlichung auf freiwilliger Basis? Ihr bekommt staatliche Gelder und gebt Aktien dafür her, die im Wege der Kapitalerhöhung geboren werden, was natürlich die Altanleger sauer macht, da nun mehr Leute im Boot sitzen, was zu einem Verwässerungseffekt führt - also wirtschaftliche Enteignung der Aktionäre? Wesentlichkeitstheorie - darf Frau Merkel das alleine machen? Österreich und die Niederlande haben die Merkel-Garantie nachgemacht. Deutsche Banken werben jetzt mit der Merkel-Garantie - wird sie jetzt zu etwas rechtlichem? Politiker fordern ein Konjunkturprogramm - Autobahnenbauen darf man das ja nicht nennen. - zum Ankurbeln der Wirtschaft. Der BGH hat auch für Gewerbemieträume die starren Renovierungsfristen gekippt, was in Zukunft dazu führen wird, dass die Mieten wegen des verkappten Renovierungszuschlages noch teurer werden oder dass "in der Regel" reingeschrieben wird. Was ist mit Altverträgen - hat der Vermieter einen Anspruch auf Anpassung wegen geänderter BGH-Rechtsprechung - §§ 313, 314? Der Bund muss den unkündbaren Chef der Bundeskunsthalle weiterbeschäftigen - aber nicht auf seinem bisherigen Posten und einen anderen gibt es nicht. So das OLG Köln. Wieso ist nicht das Arbeitsgericht zuständig?

Der Vortrag am 8.10.: die Polizei stellt das verbotene Radarwarngerät sicher - H klagt vor dem Zivilgericht auf Rückgabe - § 40 II VwGO? Was einen verblüfft, denn für die Fortsetzungsfeststellungsklage u.ä. ist das VG zuständig - und was für einen Sinn soll das haben, den Herausgabeanspruch zum Zivilgericht zu bringen? Der Rechtsweg ist ungünstiger, da ja nicht von Amts wegen ermittelt wird. Der Vortrag vor einer Woche fing mit einer Themenfrage an: diligentia quam in suis - mit dem alten Spruch "Der Vater begattet die Gesellschafterin vor der Haustür, die den Vorerben unentgeltlich verwahrt" wäre man weitergekommen. Die Leute kennen die Eselbrücken nicht "wer bestellt bezahlt" "Geisteskrankheit über alles" "wer vom Eigentümer erwirbt, tut Eigentum erwerben tun". Die helfen in den schwierigsten Fällen und Situationen. Prof. Schermair hat am 8.10. Rechtsgeschichte BGB geprüft. Herr Maschmeyer, nur noch Co-Vorstand des AWD, der Swiss-Life gehört, hat im Namen des AWD eine weitere Drückerkolonne für über 40 Millionen gekauft "unter Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrates". Damit er vor einer Art Betriebsausflug auftreten durfte, hat er den Kaufpreis von seinem Privatkonto überwiesen. Der Aufsichtsrat hat verweigert, der Vertreter ohne Vertretungsmacht hat eine e.V. in Regensburg auf Rückzahlung beantragt - und verloren - Vorwegnahme der Hauptsache nach meiner Einschätzung. (Herzlichen Glückwunsch an den Bonner Kollegen, der den Prozess geführt haben soll, die Gebührenrechnung kann man sich als Ansporn einrahmen und hinter den Schreibtisch hängen). Die gekaufte Gesellschaft behauptet, Herr Maschmeyer habe als Privatmann gekauft. So der Bericht des Handelsblattes. Rechtslage? § 812 des § 179er? § 814? Kann er wenigstens aus § 433 die Übertragung der Drückerkolonne verlangen, da die ja selber behauptet, er sei der Käufer? Das feixende Kaufobjekt lässt den jetzt erst mal auflaufen. Prof. Altmeppen - der mit dem Porsche - erklärt in der FAZ, dass die Kanzlerin eine weiche Patronatserklärung (die hat ausserhalb eines Konzerns zuletzt Boris Becker am Treser eines amerikanischen Hotels abgegeben) abgegeben habe. Prof. Löwer weist auf Art. 110 GG hin, was nicht wirklich zielführend ist. Alle meckern rum, aber keiner weiß, wie man die Banken dazu bringen soll, sich untereinander wieder Geld zu leihen. Man kann das Pferd nur zur Tränke führen, saufen muss es alleine. Herr Ackermann will mehr Kunden wie Sie und mich gewinnen - vor ein paar Jahren hatte die Deutsche Bank noch die Holzklasse - Bank 24 - eingeführt und dann wieder abgeschafft. Die FR meint, dass nach den Bestecken der Leitzinssenkung, der Verstaatlichung, staatliche Kredite, des Rettungsfonds, der weichen Patronatserklärung, des Schutzschirms, der Bad Bank noch der Feiertag für Banken ansteht - man untersagt den Börsenhandel für ein paar Tage - und die Tobin-Tax - Sand ins Getriebe, Börsenumsatzsteuer. Monsieur Sarkozy möchte natürlich einen Rettungsfonds, in den wir dann für die französischen Banken einzahlen, während unsere schon runtergekrachten IGB und HRE u.a. vor den Stichtag fallen. Die Juristen, die auch nicht wirklich weiterhelfen können, diskutieren im Sandkasten § 93 AktG. Die Spanier machen die englische Lösung. Lt. FAZ machen die Kommunen mit Crossborderleasing sich Sorgen. Warum? Den Kaufpreis für das

Heizkraftwerk Böblingen hat man doch schon vor Jahren bekommen. Die Leute kaufen alle Gold wie jeck. Später verkaufen sie das natürlich alle wieder, wenn sich die Börse beruhigt hat und sicherlich nicht zum Einkaufspreis - man kann sein Geld auch direkt gebündelt zum Fenster rausschmeissen.

Die Witwe Ponto gibt einen Orden aus Empörung über den RAF-Film zurück. Was ist das rechtlich, wenn jemand den Führerschein, den Paß oder einen Orden zurückgibt - was ist der Unterschied? Orden und Führerschein (Beweispapier für Fahrerlaubnis) enthalten nur Rechte, die Staatsangehörigkeit kann man aber nicht einfach so ablegen, man muss entlassen werden. England hat eine dritte Variante der Bankenrettung - der Staat wird Aktionär und gibt Kredite. Man sollte sich wohl allmählich mit den Insolvenzgründen beschäftigen - Zahlungsunfähigkeit, drohende Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung. Herr Leyendecker in der SZ: Staatsanwaltschaft hebt Haftbefehl auf. O je. Gemeint ist § 120 III StPO - der einzige Fall, in dem das Gericht mal an einen Antrag der StA gebunden ist. Warum? Weil sonst der Graf von Monte Christo in seinem Verlies bliebe, obwohl die StA ihr Jagdfieber verloren hat und nicht anklagen will. Das LG Darmstadt meint, dass einem 13jährigen, der einen Mitschüler um dessen Taschengeld erpresst haben soll, kein DNA-Material abgenommen werden darf - ok, nicht nach der StPO aber nach dem PolG? Die NATO will die Bundeswehr in Afghanistan für die Bekämpfung von Drogendealern einsetzen - angeblich ist die nur für den zivilen Wiederaufbau da. Darf über die NATO das Trennungsprinzip aufgehoben werden? Der polizeiliche Einsatz im Innern wird wohl an dem Widerstand im Bundesrat scheitern - die große Koalition bekommt nicht die 2/3 Mehrheit zusammen. Die Bundeswehr würde politisiert, wenn die jeweilige Regierung sie mit polizeilichen Aufgaben gegen Deutsche einsetzen könnte. Wir wollen keine südamerikanischen Verhältnisse. Also, die "Garantie" von Frau Merkel für unser erspartes hat einen ausenpolitischen Grund. Da einen Tag vorher Irland die Einlagen bei irischen Banken garantiert hat (was europarechtswidrig sein dürfte - Eingriff in die Kapitalverkehrsfreiheit durch Unterlassen analog den spanischen Erdbeeren, welche die französischen Bauern unter den Augen der Polizei in den Strassengraben schmeissen durften, und der Demo auf der Brennerautobahn - letzteres wurde wegen der Versammlungsfreiheit hingenommen) - will sie die anderen Staaten zwingen, es genauso zu machen - sonst flüchten deren Sparer alle in deutsche Banken und die ausländischen Banken gehen kaputt und reißen uns dann mit. Luxemburg wäre analog Island ein Staatsbankrott Kandidat. Haben die was anderes als Banken - sind die größer als Island? Macchiavelli hat einen Zauber-Azubi. Könnte die Bundesrepublik insolvent werden? volkswirtschaftlich schon, rechtlich nicht. Zu Plan B unseres Finanzministers: entweder das schwedische Modell, es wird eine Bad Bank gegründet, die nur marode Kredite aufkauft - so eine Art Mülldeponie - oder ein Schutzschirm nach irischem Modell. Wie immer trommeln die ersten Anwälte in den Medien - die Lemminge, die Gold kaufen, die Aktien verkaufen, tragen ihr gutes letztes Geld noch in solche Prozessfabriken. Wie will eine Dortmunder Kanzlei, die schon Klage gegen HRE eingereicht hat, vortragen und beweisen, was passiert ist? Aus der Zeitung? Das ist moderner Straßenraub. Max Mosley will den EGMR anrufen, weil englische Gerichte ihm zuwenig Entschädigung wegen des unappetitlichen Sexvideos zugesprochen haben. Analog Caroline? Sie hatte mal die Höchstsumme, die je ausserhalb des Wachkomas vergeben wurde, als Schmerzensgeld erhalten. Der Urlaubsflieger bringt mich nicht zurück nach Berlin sondern nach Leipzig und mit dem Bus nach Berlin - ist das Beförderungsverweigerung nach deutschem Recht und nach der Richtlinie? Wer ist passivlegitimiert? BGH X ZR 96/06 hat vorgelegt.

Die Punkte aus der Prüfung Hammerschlag/Legerlotz/Maske vom 26.9.: aus 30 wurden 51, aus 40 75, aus 38 79, aus 33 53, aus 45 90 und aus unbekannt 40 - nach altem Recht. Das OVG Saarlouis beschäftigt sich mit § 12 BauGB - dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan für eine Kinderkrippe im reinen Wohngebiet. Die Klage der Anwohner blieb erfolglos. Sollte ein Stalker in die Niederlande umziehen, damit er nicht ausgeliefert wird? Jein, BGH 1 StR 415/08 - in einer Prüfung vor nicht allzulanger Zeit wurde die Kenntnis des Spezialitätsprinzip bei der Auslieferung verlangt - hätte ich auch nicht gewusst. Hups - der Vortrag-Hundewelpenfall war VIII ZR 281 aus 04 und nicht 05 angelehnt - sorry. - wenn das Urteil der Vorinstanz das letzte Wort gewesen wäre, müsste man als Anwalt dem Verkäufer empfehlen, den Hund versehentlich zu überfahren oder keine Hunde mehr zu züchten und zu verkaufen - jedenfalls keine Dackel mehr. Die Garantieerklärung der Kanzlerin für unser erspartes ist nur Theaterdonner. Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken sind sowieso abgesichert und bei anderen Banken geht es bis zu 1,5 Millionen pro Kunde oder sogar aufwärts. Allerdings natürlich nicht Aktien u.ä.. Wenn man die jetzt verkauft, verliert man viel Geld. Herr Steinbrück will einen generellen Schutzschirm aufspannen - auch für das Interbankensystem. Das ist Verstaatlichung durch die kalte Küche. Die EG-Kommission wittert aber keine verbotene Beihilfe - im Krieg und in der Liebe sind alle Mittel erlaubt. Das OLG Düsseldorf meint, Ansiedlungsverträge - das klassische Flachglasurteil - also Kaufverträge mit Bauverpflichtung durch Investoren könnten dem Vergaberecht unterliegen und hat dem EuGH vorgelegt. In der SZ kommt Herr Väh, Ex-Direktor in Euskirchen, zu Wort und berichtet zur Laubrentenentscheidung des BGH - V ZR 102/03 - § 906 II 2 analog. Wenn der Nachbarbaum schon lange da steht, kann man nicht das Kappen der Zweige verlangen aber eine jährliche Laubrente, (dulde und liquidiere) was indirekt dazu führt, dass der Nachbar doch die Zweige kappt, um die Laubrente zu vermeiden - das ist Jura. Darf die Bundeswehr zur Bekämpfung von Piraten eingesetzt werden oder wird das Trennungsprinzip (keine polizeilichen Aufgaben) durch Art. 24 I, II GG

ausgehebelt, wenn sie auf Geheiß der EU vor Somalia kreuzt.?Darf sie in die Zwölf-Meilen-Zone? Ja, Seerechtskonvention und UN-Resolution. Gehen robuste Maßnahmen - peace-enforcing? Es soll diese Woche eine weitere Resolution kommen. Die Bundesregierung will für das Inland Art. 35 GG ändern, nicht nur bei Naturkatastrophen sondern bei schweren Unglücksfällen soll das Trennungsprinzip aufgehoben werden - man lernt den Ausdruck Renegade-Fall - Einsatz zum Schutz unbeteiligter Dritter. Das VG Münster meint noch nicht rechtskräftig, dass eine Rundfunkgebühr (eigentlich ein Beitrag) nicht auf PCs genommen werden dürfe. Danke. Es liegen in Hessen 30 Anzeigen gegen die KfW-Mitarbeiter vor - wegen § 266 StGB. In Hessen soll die Pflicht bestehen, bei jeder Anzeige eine Akte anzulegen, auch ohne Anfangsverdacht. Darf Hessen die StPO so anwenden? Kompetenz? Ist das eine Untreue, Vorsatz oder gröbste Fahrlässigkeit?

In der Prüfung Weigend/Bamberger/Brand am 1.10. kam als Vortrag der Unfall des Fahrrad fahrenden Kindes - der Vater passt auch nicht auf - § 1664 - gestörtes Gesamtschuldverhältnis. Im Zivilrecht Leo Kirch / Rolf Breuer, im Strafrecht Urkundsdelikte, im ÖR Vor- und Nachteile des Bürokratieabbaugesetzes - vorher nachher - Gerichtsbescheid - einfach Lektüre der VwGO. War nach den Protokollen prognostizierbar. Die Bundeskanzlerin garantiert allen Sparerinnen und Sparern (politisch korrekt) die Sicherheit ihrer Einlagen. Was ist mit Einlagen von Kindern oder juristischen Personen? Was sind "Einlagen"? Was ist diese Erklärung rechtlich? § 38 VwVfG? Behörde? Ersetzt das Fernsehen die Schriftform? Gilt die Vorschrift für die hohe Politik nicht? Als Herr Kopper von der Deutschen Bank vor Jahren bei der Jürgen Schneider-Pleite im Fernsehen mal was von Peanuts sagte, ist er erfolglos verklagt worden - war Examenshausarbeit. Die erneute Schieflage der HRE sollt durch ein Rating nach unten entstanden sein. Frau Merkel hat jetzt ein Problem. Die bisherige Zusage war wohl noch im Haushaltsplan abgedeckt, die von letzter Nacht aber nicht - der Bundestag muss dem noch zustimmen. Die SZ berichtet, dass britische Popstars sich zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen haben - ist das rechtlich eine Gewerkschaft - sind das Arbeitnehmer? Das LAG Rheinland-Pfalz meint, dass § 622 II 2 BGB europakonform sei - 10 Sa 295/08. Hätte das Gericht nicht vorlegen müssen?

Die dritte September-BGB-Klausur war BGH VIII ZR 208/07. In der Prüfung Dabitz/Timme/Diesterheft am 25.9. wurden aus 56 90, aus 52 89 plus Sozialpunkt, aus 44 79, aus 39 77 und aus 38 65 Punkte. Vortragsnoten: 7, 7, 8, 8, 6. Man sollte doch mal Vortrag üben. Der Sozialpunkt wurde wegen des ansprechenden Zwischenzeugnisses vergeben - wobei nicht alle Kandidaten unter diesen Bedingungen studiert hatten - Art. 3 GG? Im Zivilrecht kam der Weinkorkenfall - weiterfressender Mangel, im Strafrecht soll ein Profikiller die Ehefrau umbringen und tötet sie dann aus Mitleid, weil sie im Koma liegt. Im ÖR kam Europarecht und eine ältere Examensklausur - Weitergabe von Daten im Rahmen einer Subvention. Ernst-August meint, er wäre lieber ins Gefängnis gegangen als ein unrichtiges Geständnis abzugeben. Darf man als Anwalt dem Mandanten helfen, ins Gefängnis zu gehen? Was ist entscheidend, der Wille des Mandanten oder das gute Ergebnis? Als Wiederholungstäter wären auch bei mehreren harten Ohrfeigen mehrere Monate drin gewesen. Wieso ist eine deutsche StA überhaupt für jemanden mit englischem Paß, der in Kenia zuschlägt, zuständig? Lt. Pressemitteilung des OVG Münster vom 23.9. hat sich ein BVerf-Richter entschuldigt. Er hatte bei einem öffentlichen Vortrag behauptet, das OVG hätte bei einer Neo-Nazi-Demo verlangt, dass das Autokennzeichen HH - für Hamburg und vielleicht Heil Hitler - überklebt würde. Wäre das so absurd, wenn ein Autokorso mit HH zusammengestellt würde - ausserhalb von Hamburg?

Der BFH hat die Aufwandspauschale der Abgeordneten nicht nach Art. 100 GG vorgelegt - die Entscheidungserheblichkeit für die Kläger würde fehlen. Vb wegen Verletzung des gesetzlichen Richters? Darf das BVerfG die Entscheidungserheblichkeit überprüfen oder hat das vorlegende Gericht die Deutungshoheit? Im Unterschied zu den zu veröffentlichenden Nebeneinkünften der MdBs steht bei der Aufwandspauschale fest, wo sie herkommt und wofür. Die Gewissensfreiheit dürfte eine ordentliche Abrechnung nicht erlauben. Geschiedene Frauen vor der Wende wollen Versorgungsausgleich. Frau Z. meint, das Rückwirkungsverbot stünde dem entgegen - echte - abgeschlossener Sachverhalt, wenn das Rentenalter noch nicht da ist? Wie wäre es mit einem Amtshaftungsanspruch, weil bei der Verhandlung zum Einigungsvertrag das geschlampt wurde? Analog zu den russischen Enteignungen, deren Bestandsschutz Gorbatschow angeblich gefordert hat? Eine deutsche Studentin will gegen die Quotenregelung für ausländische Studenten an österreichischen Unis klagen. Darf ein kleines Land sicherstellen, dass die eigenen Studenten nicht von Piefkes überrannt werden? Fällt Studium unter AN-Freizügigkeit oder nur unter das allgemeine Diskriminierungsverbot? Geht ein Eilverfahren plus Vorlage nach Art. 234 EG - da gibt es neuerdings ja auch ein Eilverfahren? Vorwegnahme der Hauptsache? Rechtskraftwirkung des EuGH-Urteils aus 2005? 3. Oktober - Wende. Die DDR ist als vollmachtlose Vertreterin der Länder, die nur als leere Hülle existierten, beigetreten. Der alte Art. 23 GG, der für den Beitritt des Saarlandes gemacht worden war, wurde als Karteileiche reaktiviert. Für eine neue Verfassung blieb keine Zeit, man hatte Angst, dass die Leute mit den Füßen abstimmen, da manche Landesfürsten wie Lafontaine und Schröder gegen den Fall der Mauer waren. Der Einigungsvertrag wurde in 6 Wochen durchgehauen, so sieht er auch aus, dünn und stellenweise unjuristisch formuliert. Unser Recht haben wir wegen Zeitdrucks der DDR wie eine

Käseglocke übergestülpt. Ernst-August hat kein Glück mit seinen Anwälten. Der Strafverteidiger hatte zunächst die Gesetzesänderung übersehen - die Rechtsmittelfrist läuft auch dann ab Verkündung des Urteils, wenn der Angeklagte nicht da ist aber sein Verteidiger. Dann wurde ein "nicht autorisiertes" Geständnis, angeblich nach Diktat des Staatsanwaltes in einem Hinterzimmerdeal abgegeben. Ist das mittelbare Falschbeurkundung im Amt? Beweisverwertungsverbot? Gilt nicht die Prozessverteidigervollmacht? Nun verklagt ein neuer Anwalt den alten auf Schmerzensgeld über 200.000 € und nimmt in der Verhandlung bis auf 5.000 € zurück - das dürfte wegen der völlig überzogenen Anfangshöhe auch ein Regress sein. Den Gegner wird es freuen, die Kostenerstattungsansprüche dürften die 5.000 € fast egalisieren.

Im Zweiten am 1.10. Linden/??/ wurde im ÖR gefragt, ob ein Cabrio abgeschleppt werden darf, weil es reinregnen könnte oder weil es gestohlen werden könnte - Gefahr für die öffentliche oder private Sicherheit? Im Strafrecht wurde einem angetrunkenen MdB durch eine Krankenschwester Blut abgenommen. Immunität? Beweisverwertungsverbot? Im Zivilrecht hat ein Gläubiger ins Schuldnerverzeichnis geschaut und einen Kredit vergeben, das war aber nicht auf dem neuesten Stand. Wenn man Fachanwalt werden will, muss man in der Regel einen Lehrgang mit Klausuren absolvieren - erfolgreich. Der BGH meint am 21.7.2008 nun, dass die Anwaltskammer da nicht reinreden darf - das sei nicht justiziabel weder für noch gegen den Kandidaten. Da Lehrgangsveranstalter kein Interesse haben, viele Leute durchfallen zu lassen, könnte das zu verschlossenen Briefumschlägen zwischen den Klausurseiten führen. Rein theoretisch gesprochen. Fehlende Justiziabilität und Bestechlichkeit sind nahe Verwandte. In der Prüfung Gräfin Schwerin/Zazcyk/Pabst am 24.9. kam als Vortrag der Hundewelpen mit der unheilbaren Erbkrankheit, wohl angelehnt an BGH VIII ZR 281/05, im ÖR das Urteil zum Nichtrauchererschutzgesetz und die Nebenbestimmung in der Einbürgerung des Italieners, der seinen Vornamen Andrea/Gabriele ändern soll. Im Strafrecht zündet ein Vermieter ein Haus an, das explodiert entgegen seiner Erwartung. Im Zivilrecht § 1357. Herr Beckstein will zurücktreten. Darf er das als geschäftsführender MP überhaupt? Er will am 25.10. aufhören, die Wahl muss bis zum 27.10. erfolgen. Der BGH hat die Frage der Hinsendungskosten beim Widerruf nach Fernabsatzrecht dem EuGH vorgelegt - d.h. die Frage der Richtlinienauslegung. Wie würden Sie nach deutschem Recht entscheiden - §§ 312 d, 357, 346? BGH VIII ZR 268/07. Unterschied zum Dachziegel- und Fliesen-, Parkettfall? Müssen Banken jemanden, der Lehman-Brothers-Zertifikate kauft, über das Bonitätsrisiko aufklären? Selbst wenn - hätte der Kunde im Jahr 2007 nicht gekauft, wenn man ihm gesagt hätte, die Bank könne theoretisch ja pleite gehen? Die Kausalität des Beratungsfehlers für die Kaufentscheidung wird nicht nachweisbar sein. Bahnkunden sollen bei Verspätung Entschädigung bekommen. Wie ist das nach geltendem Recht? Verzugsschaden - § 284? Ohne Nachweis von entgangenem Gewinn einfach wegen wartens? Banken wollen vom Staat übernommen werden - "unveräußerliche Grundrechte"? Darf ohne gesetzliche Grundlage auf Wunsch enteignet werden - volenti non fit iniuria? Das wäre eine Diskriminierung anderer Gewerbe, die sich weiter tummeln müssen, um an das Geld anderer Leute zu kommen. Die Bundeswehr soll nun auf Piraten vor Somalia schießen dürfen. Muss das Grundgesetz dafür geändert werden, wenn man das im Rahmen der EU - zweite Säule - macht? Darf oder muss sogar die Ordnungsbehörde gegen Herrn Kusch einschreiten, der zum zweiten Mal Sterbehilfe geleistet hat, ohne sich strafbar zu machen? Und zwar wie?

In der Prüfung Schaffranek/??/ am 29.9. kam im ÖR der an der Straße abgestellte Container - Sondernutzung oder Gemeingebrauch? Examensklausur. Im Zivilrecht Willenserklärungen, im Strafrecht Hehlerei, Begünstigung - nichts aktuelles - altes Recht. Dürfte Horst Seehofer Bundeslandwirtschaftsminister und Ministerpräsident von Bayern gleichzeitig sein? MdB und MP geht nicht, da er geborenes Bundesratsmitglied wäre und niemand sich selber kontrollieren kann. Aber Bundesexekutive und Landesexekutive? Darf ein BM kein anderes besoldetes Amt haben? Art. 66 GG - wie wäre es, wenn Herr Seehofer ehrenamtlich Ministerpräsident würde - ein One-Dollar-MP? Die SZ sagt ihre Meinung zu der Politikerbehauptung, unser Geld sei sicher. Wenn die BAFIN ein Moratorium über eine Bank verhängt, kommt man als Kunde 6 Wochen lang nicht an seine Konten. An den Safe und das Wertpapierdepot schon, aber die Bearbeitung des notwendigen schriftlichen Antrages wird natürlich auch Wochen in Anspruch nehmen. Man sollte vielleicht mehr Bargeld zuhause haben als sonst, wenn man sein Konto bei keiner der Großen hat. Bedarf die Bürgschaft der Bundesrepublik der Schriftform nach § 766 BGB oder gilt § 350 HGB? Ein Pferd, das jahrelang am Tresen Bier trank, steht in der Zeitung. Dürfte ein deutscher Gastwirt das machen oder wäre er unzuverlässig? Was ist, wenn ein Schild an der Tür hängt, "Pferde haben keinen Zutritt" und es kommt jemand mit einer Kuh? Welche Auslegungsmethode wiegt schwerer? Soll die Wallstreet untergehen? Darf bei uns der Staat auf Wunsch verstaatlichen, obwohl Art. 15 GG eine unfreiwillige Verstaatlichung von Banken nicht vorsieht? Darf der Staat einzelne Banken auf Wunsch nach Art. 14 III GG enteignen? Liegt das im öffentlichen Interesse? Boxbergerurteil analog? Frau Ypsilanti hat ihre Testwahl hinter sich gebracht. Personalwahlen erfolgen traditionell geheim. Sie sollte sich also nicht sicher sein, dass der Ernstfall klappt. Die Enthaltung von Frau Metzger ist eine Nein-Stimme. Im Bundesrat und bei Wahlen zählen Enthaltungen als Nein-Stimmen. Conti bereitet die Reifensparte zum Verkauf vor. Schaeffler hatte zugesichert, dass es keine Entlassungen geben werde - die sagen nun, wir entlassen euch ja nicht, § 613 a. Wenn der neue Eigentümer euch entlasst, haben wir unser Versprechen nicht gebrochen. Ausserdem haben wir nicht die Mehrheit, also nicht über

50%. Das LAG Berlin-Brandenburg hat eine neue Form des Arbeitskampfes abgesegnet - Flash-Mob-Aktion - die Streikenden blockieren die Kasse bei Aldi, indem Einkaufswagen stehen gelassen werden oder es wird mit Centstücken bezahlt - also Schikane. Art. 9 III GG würde das decken. Nach meiner Ansicht nicht, das geht über Nicht-Arbeiten hinaus in aktives Schädigen des Arbeitgebers. Ultima-Ratio-Prinzip - Verhältnismäßigkeit.

Die ÖR-Klausur vom 29.9. beschäftigt sich intensivst mit der Änderung des Waffengesetzes im Jahr 2002 - abartig - regelmäßig kommen diese Waffengesetz Klausuren - das Gesetz ist so schwer zu lesen, wer denkt sich die aus? Wohl BVerwG 16.5.2007 6 C 24.06 - zur Rückwirkung. In einer Nacht- ohne Nebelaktion kurz vor Eröffnung der Börse in Tokio hat die Kanzlerin der HypoRealEstate eine Geldspritze von 35 Milliarden verpasst - so viel zum Haushaltsrecht als Königsrecht des Parlaments. § 179 BGB analog? Was ist das rechtlich? Wohl eine Mischung aus eigenem Kredit durch die Bundesbank und Garantie - die Zeitungen schreiben von Bürgschaft - man sollte sich die noch mal vor Augen führen. Alternativen? Ein Moratorium verordnet durch die BAFIN, eine Verstaatlichung auf Wunsch, ein Rettungsfonds wie demnächst in den USA oder es krachen lassen. Da eine Bürgschaft als psychologische Falle in der Erwartung gegeben wird, nicht in Anspruch genommen zu werden, dürfte es sich hier um eine staatliche Garantie handeln. Die Schuldnerin soll auf dem Inter-Bankenmarkt keinen kurzfristigen Kredit bekommen haben und ist somit eigentlich zahlungsunfähig. Ist das nicht ein Fall der kapitalersetzenden Leistungen? Vor Inkrafttreten der Reform? Muss da die StA Berlin nicht eine Akte wegen Beihilfe zur Insolvenzverschleppung gegen die Kanzlerin anlegen? Hilft ihre Immunität als Abgeordnete dagegen? Holt sie sich ein Vertragsverletzungsverfahren wegen unzulässiger Beihilfe an den Hals bzw. der Bundesrepublik? Gelten im Krieg nicht die Friedensregeln? Ein Fluglotse verschläft und kommt zu spät zur Arbeit, so dass das reinkommende Flugzeug 30 Minuten lang über dem Tower kreist - § 239? Gefährdung des Luftverkehrs?

Darf die Polizei ohne richterliche Genehmigung das Gelände eines Motorradclubs bei einem Fest der offenen Tür betreten? VG Berlin - nein, selbst wenn dann Waffen gefunden werden und eine tätliche Auseinandersetzung befürchtet wurde. 1 A 330.07. In der Prüfung Hammerschlag/Legerlotz/Maske am 26.9. nach altem Recht kam im ÖR der Flitzer (könnte als Vortrag kommen), viel StPO sowie der Fall aus der August-JuS S. 702 und Gewährleistungsrecht. - der Parkettstäbefall als Teppich mit unechten Farben. Im Europarecht wurde nach aktuellem gefragt - die Kandidaten konnten mit Mangold nichts anfangen. Im Arbeitsrecht hatte man den Eindruck, da wollte jemand Betriebsrat werden. Voraussetzungen der Wahl ohne ins Gesetz zu gucken, wieviele Betriebsratsmitglieder hat ein Betrieb mit 14 AN - ohne ins Gesetz zu gucken, wie heißt der dann - Betriebsobmann. Hammerhart. Die KfW, eine Anstalt des ÖR, hat zwei Vorstandsmitglieder in die Wüste geschickt. Die Organstellung und die zivilrechtliche Position sind zu trennen. Wobei sowohl § 84 AktG als auch die Satzung der KfW einen wichtigen Grund für die Abberufung verlangen. Ist das justiziabel? In dem Gesetz zur KfW steht nichts dolles dazu. Das erinnert an das Facharzturteil des BVerfG aus den siebziger Jahren. Berufsregelungen müssen vom Gesetz und nicht vom Satzungsgeber gemacht werden. Damit die eigenen Kollegen in der Anwaltskammer keine Berufspolitik auf meine Kosten machen können. Gegen wen klagt man? Vorsicht, im Aktienrecht nicht gegen die AG, vertreten durch den Aufsichtsrat, sondern gegen den Vorstand, sollte es einen geben - z.B. einen neuen. Der BGH hat das vor einigen Jahren geklärt. Haften Vorstandsmitglieder - business judgement rule - nach anderen Kriterien als AN? "Die dümmste Bank Deutschlands" - ist die KfW beleidigungsfähig? Der Kongress will das Rettungspaket durchpeitschen - was macht der Bundestag, wenn es schnell gehen soll? Die Gesetzesinitiative wird stereo eingebracht - von der BReg in den Bundesrat und von der Fraktion in den BT. Von 3 Lesungen spart man sich zwei - üblich beim Haushalt, der im Dezember immer noch nicht steht. Russland droht den Austritt aus dem Europarat an, wenn man ihm da weiter Stress wegen Georgien macht. Steht dazu was im Gründungsvertrag - in der Wiener Vertragsrechtskonvention? Was ist der Austritt aus einem Verein rechtlich? Marburg besteht weiter auf seiner Solarsatzung. Der Fall wird zu Gericht gehen. Bei uns zum VG - in Hessen zum VGH.

Die Sparkassen wollen Fremdkunden nicht von ihren Geldautomaten abheben lassen - ist das der Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung - § 19 IV Nr. 4 GWB? Die FAS fragt, wie die US-Regierung die maroden Kredite ankaufen will - durch eine reverse auction (mehrere Verkäufer, ein Käufer), durch eine englische Auktion oder durch eine holländische (der Käufer setzt einen Mindestpreis fest, wenn da keiner bietet, geht er etwas höher und der erste, der ja sagt, hat verkauft). Gelten dann die Kaufgewährleistungsrechte? Was wird eigentlich bei verbrieften Krediten verkauft? Sachen, Rechte oder ein Mischding? Ist das überhaupt ein privatrechtlicher Vertrag, wenn die Regierung sich unter Kontrahierungszwang gesetzt hat oder einer nach § 54 VwVfG oder Zweistufentheorie oder ein Ding sui generis? Konkurrentenklage eines unterlegenen zum VG? Gilt § 156 BGB? Und wieder der Duchesne-Paragraph - gegen die zwei aus der KLM-Maschine herausgeholt ist Haftbefehl erlassen worden. Dringender Tatverdacht für Verbrechenverabredung, wenn man Abschiedsbriefe gefunden hat aber noch keinen konkreten Tatort, Tatzeit oder ähnliches? Wie konkret muss die Vereinbarung sein? Vielleicht wollten die nur Urlaub in einem Terrorcamp in Somalia machen und ihre Verwandten besuchen? Rechtsbehelf? Muss ein somalischer Konsularbeamter dazugezogen werden - bei einem failed state?

Der dritte Kniefall der Geschichte nach Canossa 1077 und Friedrich Barbarossa vor Heinrich dem Löwen 1176. Der US-Finanzminister geht vor Mrs. Pelosi auf die Knie. Die Geschichte lehrt, dass öffentliche Demütigungen und unerhörtes Werben zu erfolgreichen Rachefeldzügen führt. Man sieht sich immer zwei Mal im Leben. Bei uns müsste die komplette CDU- und SPD-Fraktion vor Herrn Steinbrück in die Knie gehen - wegen Art. 112 GG. Das Sonderproblem: der Blankoscheck für den Finanzminister ist ja einer für N.N. - wegen der Wahlen weiß man ja noch gar nicht, wer in den nächsten zwei Jahren das Sagen hat. Nun dachte man, § 613 a BGB zu kennen - Christel Schmidt, Ayse Süzen - keine bloße Funktionsnachfolge sondern wirtschaftliche Identität des Betriebes, das BAG - 8 AZR 607/07 meint nun, wenn die Bundeswehr (die ihre eigenen Kasernen nicht selber bewacht), einen Bewachungsauftrag neu vergibt, sei das kein Betriebsübergang - es würden keine identitätsprägenden Betriebsmittel übernommen. Frau Schmidt mit ihrem Putzeimer aber doch? Die Vorschrift ist völlig verkorkst - der BGH lehnt § 25 HGB im Insolvenzfall ab - mit der Folge, dass Insolvenzverwalter den Mitarbeitern das Unternehmen andienen - die nehmen die Kunden mit und den Namen, machen ihren eigenen Laden auf und die alten Gläubiger gucken nur zu. Eine altbewährte Masche. Konkurrentenklage eines Krankenhauses gegen ein anderes - nicht ohne Bettenkürzung, BVerwG 3 C 35.07. Die Bundespolizei holt aus einer KLM-Maschine Terrorverdächtige raus - ist die überhaupt zuständig? Ist das nicht niederländisches Hoheitsgebiet? Die Lotus-Entscheidung analog?

In der Prüfung Bieber/Avenarius/Weckerling am 17.9. wurden aus 23 41, aus 25 51, aus 24 55, aus 42 75, aus 39 72 und aus 38 67 Punkte. Herr Bieber meinte, Duchesne würde sich ohne s aussprechen. Vielleicht kann das mal jemand mit belgischem Migrationshintergrund erläutern - Düchään würde doch der mit der Eiche oder der mit der Kette bedeuten. In der Prüfung Weigend/Reitze/Haperath am 25.9. kam als ÖR-Vortrag der Informationsstand über Abtreibung, im Zivilrecht der KfW-Mitarbeiter, der die 300 Millionen überwiesen hat, im ÖR hat am letzten Öffnungstag einer Reinigung ein Kunde, dessen Hemd weggekommen war, einfach ein anderes Hemd mitgenommen und seine Adresse dagelassen - er bekam eine Vorladung von der Polizei zur Identitätsfeststellung. Im Strafrecht nimmt ein Autofahrer der Tramperin mit Gewalt ihr Portemonnaie ab - nach meiner Erinnerung BGH - gilt § 316 a auch für Beifahrer? Kardinal Meisner hat gegenüber seinem Meckenheimer Pfarrer eine Unterlassungserklärung abgegeben - die Kirche ist juristisch nicht mehr das, was sie mal war. Früher ist sie nur vor Gericht gegangen, wenn sie sicher war, zu gewinnen - lediglich der Bonifatiusfall wurde vor dem RG verloren - das war aber die evangelische Kirche und die Entscheidung des RG war auch noch falsch -der BGH entscheidet ja anders (einig sein bei § 929 entfällt nur bei vorherigem Widerruf und nicht schon, weil der Bischof als Vorsitzender des Bonifatiusvereins weiß, dass die gesetzliche Erbin des toten Priesters das Geld lieber selber haben würde). Gesetzt den Fall, das Erzbistum verstößt gegen die Unterlassungsverpflichtung - welches Gericht ist dann zuständig? Das BVM will Soldaten, die in Afghanistan eine Familie erschossen haben, keinen Anwalt als Verteidiger bezahlen. Wie immer stellt sich die Frage, wo finde ich was dazu? § 17 BBesG? Die Sparkassen haben nicht nur marode Argentinien-Anleihen verkauft sondern ihren Kunden Lehmann-Brothers Zertifikate angedient. Haftet sie dafür? Wie weit geht die Aufklärungspflicht? Das ist wie im Straßenverkehr - es nützt nichts, 30 Jahre lang den Blinker gesetzt zu haben, wenn man es einmal dann nicht tut. Die Medien betonen immer wieder, dass das Inhaberschuldverschreibungen sind. Wo sind die geregelt, was ist das, was ist der Unterschied zu "normalen" Forderungen z.B. aus § 488? "Starker Staat" nach "Schlanker Staat" aufgrund der Finanzkrise? Was heißt das rechtlich? Prof. Waldhoff ist in dem Abgeordnetenpauschaleverfahren drin. Vorlage nach Art. 100 GG? Dürfen Abgeordnete, deren Diäten doch transparent sein sollen, weil sie sich selber bedienen, intransparente Aufwendungspauschalen haben? Was ist der Unterschied zur Veröffentlichungspflicht hinsichtlich der Nebeneinkünfte? Sind Wahlcomputer zulässig? Das BVerfG beschäftigt sich mit Quellcodes und ähnlichem Teufelszeug.

Die Strafrechtsklausur im September: der BGH-Fall Laufen durch die Wohnung um an den Geschäftstresor zu kommen, Überfall mit Gaspistole und Scheinwaffe - Beschlagnahme der Journalistenfotos und BGH 11 S. 66 - ein Mittäter schießt auf den anderen, weil er den für einen Verfolger hält - Strafbarkeit wegen Mordversuches an sich selber? Googeln Sie bitte zu Grundschuld Risikobegrenzungsgesetz - man findet den § 1192 I a, der in der letzten Kündgenprüfung abgefragt wurde. Läuft bei der KfW die Zwei-Wochen-Frist nach § 626 II am Freitag bzw. Montag ab? Oder ist die Frist nach Benachrichtigung des Betriebsrates bzw. Personalrates zu berechnen? Darf einem Bereichsleiter gekündigt werden, der zur Tatzeit im Urlaub war? Der Kongress streitet, ob dem US-Finanzminister ein Ermächtigungsgesetz zuteil werden soll - 2 Jahre lang kann er machen, was er will, ohne dass Gerichte angerufen werden können. Wäre das bei uns zulässig? Kein Verstoß gegen Art. 19 IV GG, da der nicht vor dem Gesetzgeber schützt. Was dann? Wir haben hier ein Sonderproblem, da auch bei uns der Finanzminister ein Privileg genießt - er kann sein Veto gegen einen Nachtragshaushalt einlegen - Art. 112 GG, schließlich muss er ja eine Bank überfallen, um das Geld ranzuschaffen, das der Bundestag haben will. Verstoß gegen das Haushaltsrecht des Parlaments, wenn dieses darauf verzichten will? Sog. Verpflichtungsermächtigungen nach Art. 115 GG sind bei uns nichts ungewöhnliches - aber so? Ein Zahnarzt klingelt bei einer zahlungssäumigen Patientin, drückt ihr die Wangen zusammen und nimmt die Brücken wieder raus. § 249? Sache? § 223? § 123? Rechtfertigung? Der Meckenheimer Pfarrer wurde in nicht öffentlicher

Verhandlung beim VG Köln verglichen - § 173 VwGO i.V. mit GVG? Die Kirche hatte das Gericht angerufen - wo steht, dass die das darf? Ich habe nichts gefunden aber wahrscheinlich falsch gedacht - man müsste nach dem Gegenteil suchen, warum soll jemand, der keine eigenen Truppen hat, das Gericht nicht anrufen dürfen? Die Herren Schelsky und Feldmayer sind nicht wegen § 119 BetrVG angeklagt worden sondern wegen § 266 StGB und § 371 AO. Hatte Siemens denn einen Schaden, wenn durch Streicheleinheiten für einen zahmen Betriebsrat viel Geld eingespart wurde - mit Billigung des Vorstandes? Führt der Verstoß gegen § 119 BetrVG automatisch zur Bejahung des § 266??? In Merzig hat am Abend eines Rockkonzertes die Band Vorkasse verlangt, sonst würde sie nicht auftreten. Straffbar? Bei Opernsängern soll es früher und manchmal heute noch üblich sein, dass die Gage nach dem ersten Akt fällig ist. Die gestresste Kulturmanagerin der Stadt hat daraufhin den Sparkassenleiter aus dem Feierabend geklingelt und 28.000 € cash abgeholt. Ist die Stadt an den Kredit gebunden? Vier-Augen-Prinzip des § 64 GO?

Ein Verteidiger von Herrn Zumwinkel hat an das Landesjustizministerium geschrieben, damit die auf Frau Lichtiginghagen einwirken, damit diese einen Strafbefehl beantragt und keine Anklage schreibt - wer hat das wohl an die SZ gegeben? Der Herr Kollege wird erfahren, dass dieses Schreiben der sicherste Weg war, eine öffentliche Hauptverhandlung herbeizuführen - wie kann man nur so naiv sein. Die zweite BGB-Klausur im September drehte sich um Erbrecht-Pflichtteil. Wie verhindert man effektiv eine Räumungsvollstreckung? Der BGH I ZB 39/08 zeigt wie: man vermietet unter, bevor der Gerichtsvollzieher kommt und beruft sich auf § 750 ZPO. Das ist einfach nicht richtig. Wie verhindert man übrigens effektiv eine Kontopfändung? Man nimmt einen weiteren Kontoinhaber, der nicht im Titel drinsteht, mit rein. Dürfte die große Koalition ein den geplanten 700 Milliarden Dollar der USA entsprechendes Hilfspaket schnüren? Art. 112 GG? Ein unvorhergesehenes (nicht unvorhersehbares) und unabweisbares Bedürfnis? Ist das justiziabel? Die FTD meint, dass das Hilfspaket der US-Regierung die Verschuldung auf die Höhe des BIP - von vorher 66% - bringt. Wie holen die Amerikaner das Geld wieder rein - durch die deutsche Methode der Steuererhöhung nicht aber durch Drucken von Geld also Inflation. Bei uns ginge das nicht, da die Bundesbank und die EZB keinen Weisungen der Regierung unterliegen - eine Lehre aus Weimar. Und wie wäre es mit Europarecht - zu notifizierende Beihilfe? Der Meckenheimer Pfarrer hat sich beim AG Rheinbach mit seinem Kardinal geeinigt, darf ein Prozessvergleich überhaupt vom Gericht protokolliert werden, wenn es rechtswegmäßig nicht zuständig ist? Darf ein unzuständiges Gericht einen Titel schaffen? Wie wäre es mit einer übereinstimmenden Erledigungserklärung nach § 91 a ZPO gewesen? Aus der FAZ erfährt man zum einen, dass bayerische Bischöfe vom bayerischen Staat bezahlt werden und dass dies auf dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 beruht. Und dass Brüssel das wohl beenden wird. Die Welt informiert über "my home is my castle" - seit 1381 - Lollardenaufstand - sei es in England selbstverständlich, dass man Häuser kaufe und nicht miete - nur Verlierer würden mieten. Der Bundespräsident will, dass wir für unsere Rechtsordnung werben. Für die ganze oder nur einzelne Rechtsgebiete und warum bitte? Vor- und Nachteile unseres Zivilrechts/Strafrechts/Verwaltungsrechts? In Frankreich treibt eine Eheauflösung wegen fehlender Jungfräulichkeit (der Frau) die Presse um. Wie wäre das bei uns? Höchstens als Irrtum über die Verlogenheit der Frau. Das wäre aber diskriminierend. Darf man im Familienrecht nicht diskriminieren? Das Handelsblatt berichtet über die anrollende Welle von Bußgeldverfahren durch das Bundesamt für Justiz - 1,2 Millionen Unternehmen müssen ihre Unternehmensdaten aus 2006 veröffentlichen, sonst wird es teuer. Unterschied Strafverfahren - OWiG? Einheitstäter, Unternehmen können belangt werden, kein Verbot der reformatio in peius, Opportunitätsprinzip.

Ist ein Hungerstreik zur Erzwingung höherer Entschädigungszahlungen an Contergan-Opfer strafbar? Gewalt? Drohung mit einem empfindlichen Übel? VG Berlin: einer sturzbetrunken wirkenden Radfahrerin wird ohne richterliche Anordnung eine Blutprobe entnommen - darf sie nach § 316 bestraft werden? Darf nach § 3 StVG die Fahrerlaubnis entzogen werden? Drei schöne Problem in einem Fall. Das LSG Rheinland-Pfalz meint, dass § 25 HGB nicht für rückständige Sozialabgaben gelte - das könnte man anders sehen. Die erste Septemberklausur: § 377 HGB: die Käuferin rügt bei der Erstlieferung nur die falsche Farbe der Jeans, hat aber die fehlenden Hosenknöpfe übersehen. Nun kommt die Nacherfüllung mit der richtigen Farbe aber wieder ohne Knöpfe - einmal neue Hosen und einmal die "alten" Hosen und zweiter Teil die BGH-Entscheidung: Ist § 91 ZPO abschliessend oder hat man auch aussergerichtlich einen Anspruch auf Erstattung der eigenen Anwaltskosten, wenn es nicht zur Klage kommt - speziell BGH VIII ZR 246/06? Die Bayern-Wahl dürfte verfassungswidrig sein. Ein Direktkandidat kommt nur durch, wenn seine Partei die 5% Hürde schafft - das BVerfG hatte das vor Jahrzehnten für den Bonner OB Daniels geklärt - ein Direktkandidat muss es auch ohne Partei schaffen können. Gilt das auch für Länderparlamente - Art. 28 I GG? Ja. Darf man gleichzeitig Bonner OB, Landtagsmitglied und MdB sein? Zeit genug hat man, im Landtag gibt es nichts zu tun (Gefahrenabwehr und Kultur werden nur alle 30 Jahre reformiert). Bayern soll ein verbessertes Verhältniswahlrecht haben - so eine Art inoffizielles Kumulieren und Panachieren. Die Partei kann den Listenplatz nicht festlegen - wenn der Wähler Nummer 18 die meisten Stimmen gibt, wird der eben Nummer 1. Die Professoren Isensee und Höfling kritisieren das Verbot des Anti-Islamisierungskongresses in Köln. Ich sehe das theoretisch auch so, meine aber, dass man die Arbeit der Polizei nicht beurteilen kann, ohne vor Ort zu sein. Ich möchte deren Arbeit nicht machen müssen. Die SZ erzählt völlig falsches zur Kündigung von Schwangeren. Wenn die zu spät mitteile, dass sie schwanger sei, würde eine vorherige Kündigung

halten - schon das BVerfG hat geklärt, dass eine Schwangere vielleicht bis zum 9. Monat nichts von ihrem Zustand wissen muss - jeder Allgemeinanwalt weiß das. Und Zeitverträge laufen bei Schwangerschaft auch nicht aus. Die FAZ berichtet über das berühmteste und wichtigste Urteil - das Lüthurteil vom 15.1.1958. Mit dem dogmatischen Trick der Drittwirkung hat das BVerfG sich das letzte fehlende Rechtsgebiet unter seine Deutungshoheit geholt, das Zivilrecht. Und man lernt, dass alle früheren Verfassungen und die DDR mit einem Satz zur Fortsetzung der vorherigen Verfassung und des vorherigen Territoriums begannen - nur das GG nicht. Verfassungsvorschriften wurden in Kirchen, Opern, Museen, französischen Palästen ausgebrütet. Die FAZ berichtet über die gewünschte Umbenennung einer Schule - Variante der Straßenumbenennung. Ermächtigungsgrundlage? § 6 VI SchulG-NRW? an der Namensgeber, der mit viel Geld die Schule gestiftet hat, dagegen klagen bzw. seine Familie? Der deutsche Juristentag beginnt heute - mit vielen Prüfern an Bord. Babcock Borsig. Der Manager kommt mit Insolvenzverschleppung davon. Er hatte wie im Holzmüllerfall den Edelstein des Unternehmens verscherbelt, ging gleich mit und wurde bei dem Edelstein Vorstand, woraufhin die hinterlassene Hülle nichts mehr wert war. Eigentlich darf der Vorstand im Rahmen der Satzung und Gesetze machen, was er will - die Aktionäre haben aber - Holzmüller, Gelatine - zu entscheiden, wenn die Edelsteine verkauft werden. Bei der Umwandlung einer Investment- in eine Geschäftsbank müsste das auch so sein. Wie wird man den Verwalter einer WEG los, wenn man in der Minderheit ist? OLG Köln vom 22.8.2008 - 16 Wx 228/07 - meint im Gegensatz zum LG Bonn, ja, wenn die Verwaltung gefasste Beschlüsse nicht umsetzt - hier ging es um einen Beschluss aus dem Jahr 2004. Also auch wenn die Verwaltung von 2004 bis 2008 gute Arbeit gemacht hat. Und zwar sogar ohne vorherigen Antrag in der Eigentümerversammlung - das hätte wegen der Verandelung der Mehrheit mit der Verwaltung ja eh keinen Zweck. Interessant. Was ist die Feuerwehr rechtlich? Ein Ding sui generis - man lernt immer wieder dazu.

Die KfW soll mit voller Absicht 300 Millionen überwiesen haben - wegen des Grundsatzes pacta sunt servanda - wie niedlich. Im englischen Recht gilt der ohnehin nicht. Außerdem sollte man als Jurist ja gelernt haben, wann man Verträge nicht erfüllen sollte, ohne dass das Jüngste Gericht vor einem steht. Die Londoner Lehman Brothers haben 8 Milliarden nach New York überwiesen mit der Folge, dass die Kollegen in Big Apple jetzt ihre Bonuszahlungen bekommen und die Londoner noch nicht mal ihr Septemergehalt. Di Fabio hat einen Aufsatz in der FAZ geschrieben, den ich nur mit Wörterbuch meistern kann und nach einer Woche Urlaub - eine präzise juristische Fragestellung bzw. Aussage kann ich nicht entdecken. Der fett gedruckte Satz, den die FAZ als Aufmacher bringt, langt mir völlig. Der Polizeipräsident hat die Demo Pro Köln verboten, weil der Heumarkt von Linken, Autonomen besetzt worden ist. Das dürfte nicht zulässig sein. Er argumentiert, Pro Köln habe ihn angelogen und die Aufmarschstraßen nicht mitteilen wollen. Dann hätte man aber schon früher verbieten können und aus einem anderen Grund. Darf ein Radio einen Stimmenimitator Frau Ypsilanti auf den Hals hetzen? § 201 StGB - Rechtfertigung durch Art. 5 I GG und/oder Scherz in der Politik? Ein französischer Arbeitgeber vermacht einem Teil seiner Arbeitnehmer Geld - kann der andere Teil sich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz berufen? Geht es hier um Arbeitsrecht oder Erbrecht? Am 23.9. beginnt der Deutsche Juristentag - die Themen werden gerne geprüft.

Die BAFIN verbietet Leerkäufe - allerdings nicht generell sondern nur für auserwählte Kandidaten (die wohl im Hintergrund die Strippen gezogen haben). Wieso ist MLP darunter? Wie erreicht man rechtlich, dass man auch auf die Liste der vom Aussterben bedrohten Arten gehört? VG? Ist das ein VA? Ein privatrechtsgestaltender VA? Ist das justiziabel? Was kann ich als Leerverkäufer dagegen tun? Was ist das überhaupt, wenn Lehman-Brothers Mitarbeiter mit dem Pappkarton (wahrscheinlich sind da die 300 Millionen drin) auf der Straße stehen? Trotz Chapter Eleven?

In Köln sollte man an diesem Wochenende nicht einkaufen gehen - wahrscheinlich geht das auch gar nicht. Pro Köln - Anti-Islam-Kongress - sitzt auf einem Schiff und wird nicht runter gelassen. Freiheitsberaubung? Ist die Kölner Polizei für den Rhein zuständig? Die Kerle haben sich in Restaurants als Geburtstagsgesellschaft angemeldet. Das Schiff wurde als Anwaltsbetriebsausflug gechartert. Ist das Betrug, wenn man davon ausgeht, dass die bezahlen wollen und gut haftpflichtversichert sind, wenn man unter/in fremdem Namen bucht? Wie sieht das zivilrechtlich aus? Darf Anwalt A, dessen Namen mißbraucht wurde (mal weiter gesponnen) die Schiffsfahrt in Anspruch nehmen - § 687 II? Das erinnert an die August-Klausur mit dem brennenden Ölfeld. Darf das Holiday Inn "aus wichtigem Grund" die gebuchten Zimmer der eingeflogenen "Kongressteilnehmer" kündigen? Ist überhaupt eine organisierte Busfahrt durch angebliche Problemviertel zulässig? Muss die Polizei das nicht nach dem Versammlungsgesetz verbieten? Ist das eine Versammlung oder Gemeingebrauch, wenn man eine Sightseeingtour macht? Beleidigung gegenüber den Anwohnern? Fragen über Fragen. Meine Allianz-Berufshaftpflichtversicherung gibt mir einen kostenlosen Zugang zu beck-online. Muss ich da jetzt ab und zu recherchieren, um nicht meinen Versicherungsschutz zu riskieren - grobe Fahrlässigkeit?

Am 16.9. im Zweiten kam die Beseitigung der Ölspur auf der Autobahn durch die Feuerwehr - ör GoA? Im Strafrecht hat ein Richter sein Urteil aus der Geschäftsstelle entwendet - § 274? Im Zivilrecht Schenkung. Am 18.9. in der Prüfung Köndgen/Lenz/Huschens kam als Vortrag ein über Ebay erfolglos angebotener Pferdeanhänger. Ein Mitbieter hat dann

ausserhalb von Ebay gekauft - gilt der Haftungsausschluss auch hier? Sachverhaltsauslegung! In der ganzen Prüfung sind ein einziges Mal 10 Punkte vergeben worden. Themenzusatzfrage zu individualrechtlichen Haftungsausschlüssen. Im Zivilrecht Grundschuld rauf und runter und hier die neue Gesetzesentwicklung wegen den Kreditaufkäufern. Im ÖR die Straßenumbenennung, im Strafrecht Labello-Entscheidung, Schwarzfahren. Aus 38 wurden 64 - herzliches Beileid - aus 52 82, aus 22 41 und aus 34 68 Punkte. Die KfW hat nicht nur 300 Millionen sondern weit über 500 Millionen an Lehman Brothers überwiesen - die werden geguckt haben. Ist das ein fristloser Kündigungsgrund nach § 626? Argumente: es geht um sehr viel Geld und um sehr viel Renommé, solche gut bezahlten Leute haben auch am Wochenende Zeitung zu lesen. Wenn man den nicht rauswerfen würde, tanzen die Mäuse auf dem Tisch - negative Vorbildwirkung. Andererseits konnte ja angeblich der Stecker am PC nicht mehr rausgezogen werden - Mitverantwortung des Arbeitgebers durch fehlende Kontrolle? Und es waren offensichtlich Alltagsgeschäfte und Beträge. Das BVerfG hat sich wieder mal als Superrevisionsinstanz betätigt und § 113 StGB ausgelegt - ein Auto ist keine Waffe. Im Strafrecht dürfen die das, weil es um ein Über- und Unterordnungsverhältnis geht - was heißt hier eines, DAS. Hier hat Karlsruhe ein Regelbeispiel ausgelegt - das ist ein Widerspruch in sich - warum soll das erstinstanzliche Gericht nicht ein sonstiges Regelbeispiel annehmen dürfen, wenn man mit dem Auto über einen Gerichtsvollzieher drüber fahren will? Warum nimmt der Gesetzgeber Regelbeispiele statt Qualifikationen? Das Amtsenthebungsverfahren gegen den Meckenheimer Pfarrer soll beim VG Köln anhängig sein. Das ist eine innerkirchliche Angelegenheit - ich kann mir nicht vorstellen, dass das Kirchenrecht auf das VG verweist - da könnten ja Evangelische in der Kammer sitzen. Was sind Leerverkäufe? Die Zeitungen schreiben, dass die Leerverkäufer sich Aktien "leihen" würden. Da sie nicht dieselben Aktien zurückgeben, ist das ein Darlehensvertrag nach dem alten und neuen § 607 BGB. Nackte Leerverkäufe - man verkauft etwas, was man gar nicht hat. Betrug? Wette auf fallende Kurse - Naturalobligation? Eine Zeitung schreibt, die seien notwendig, da ansonsten ja nur auf steigende Kurse spekuliert werden könnte. Andererseits können Leerverkäufer die Börse manipulieren, indem sie Gerüchte streuen, damit die Kurse fallen. Nach den Tricks der US-Fed fragt man sich, ob die Bundesbank auch so helfen dürfte. Darf der Staat Anleihen herausgeben? Die Banken haben sich vor kurzem darüber aufgeregt, dass Herr Steinbrück attraktive Festgeldkonditionen anbietet. Darf der Staat als Unternehmer tätig werden? § 107 GO analog? Naja, nach dem Rechtsgedanken? Der Untersuchungsausschuss zu unserer Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Irak-Krieg geht weiter. U-Ausschüsse wollen nicht die Wahrheit wissen sondern als wichtigste Waffe der Opposition die Regierung mit Dreck bewerfen. Joschka Fischer: U-Ausschüsse sind erstens ein politisches Kampfinstrument, zweitens ein politisches Kampfinstrument, drittens ein politisches Kampfinstrument. In Krisenzeiten wie der jetzigen sitzt eine Kanzlerin sehr fest im Sattel. Die englischen Premiers rufen immer Neuwahlen aus, wenn die Maul- und Klauenseuche oder ein Krieg ausgebrochen ist. Die Verweisung in Art. 44 GG auf die StPO ist daher ein gesetzgeberischer Fehlgriff - vergleichbar mit der Überweisung KfW an Lehman Brothers.

In der Prüfung Avenarius/Weckerling/Bieber am 17.9. kam als Vortrag die Straßenumbenennung. Im Strafrecht wurde nach dem Duchesne-Paragrafen gefragt und nach dem klassischen BGH-Urteil Nagel-im-Reifen. Sowie nach der neuesten Vorschrift im StGB - § 202 c. Im ÖR kam die Augustklausur, die NPD will in die Stadthalle. Im Zivilrecht kaufen zwei ein Auto, um Rallyes zu fahren - was ist das, was, wenn sie heiraten? Ein Mitarbeiter der KfW überweist an die Lehman Brothers 300 Millionen. Auf welche Quote haftet er nach den Regeln der betrieblich veranlassten Tätigkeit? Ist das grobe, normale oder leichte Fahrlässigkeit? Bekommt die KfW das Geld wieder? Nach welchem Recht geht das? Ich vermute mal, dass das EGBGB aufgrund von Spezialverträgen nicht einschlägig ist. Das BVerfG beschäftigt sich mit 90 Millionen, die von der CMA, einem staatlich getragenen Zwangsverband, von armen Geflügelhändlern für Werbung eingenommen werden. Sonderabgaben stehen nicht im GG und sind daher nur als Mauerblümchen geduldet. Zumal Europarecht solche intransparenten Subventionen wie den Kohle-, Wasser-, Wald-, Atomstropfennig verbietet. Das Ding wird fallen. Das Gericht fragte, ob man keine freiwillige privatrechtliche Organisationsform finden könne - wunderbar, dann kann ich aus der Anwaltskammer austreten - für uns Einzelkämpfer tun die wenig. Das BVerfG hat sich positiv zur Zweitwohnungssteuer geäußert, obwohl es sich um eine landesrechtliche Frage handelt und Leipzig nur für bundesrechtliche Probleme zuständig ist. Eigentlich dürfte das Gericht sich nur mit der Auslegung des Art. 105 II a GG beschäftigen haben. Die SZ berichtet sehr erhellend über die Trickkiste des Staates, in Not geratenen Banken oder Versicherungen zu helfen. Kurzfristige Kredite - Liquiditätsspritzen - mit sicheren oder unsicheren Sicherheiten (Anleihen, Aktien). Staatliche Garantien (Bear Stearns, SachsenLB), also eine Bürgschaft. Verstaatlichung (Northern Rock und FreddieMac) auf Wunsch. Langfristige Kredite (AIG), Absenken des Diskontsatzes, also des Kaufpreises für den Banken Geld einkaufen. Die FAZ berichtet über das Königsrecht des Parlaments, das gar kein Königsrecht sei, da schon 1215 durch die Magna Charta dem englischen König das Haushaltsrecht abhanden gekommen sei. Heute sei es bei uns ein Recht der Politik, denn wenige Posten des Haushaltes sind disponibel, schließlich müssen die meisten - Gehälter z.B. - bezahlt werden - Kreativität ist kaum möglich. Das gilt vor allem für Gemeindehaushalte - da sollen höchstens 10% oder drunter frei sein - sagte mir mal ein Gemeinderatsmitglied. Beim Seniorenturnen ist in einer Kirche auf eine Seniorin ein Kreuzifix gefallen. Sie hat Nackenverletzungen und Jesus hat einen Arm weniger. § 836 BGB? Amtshaftung? Der BGH hat den steuerlichen Vorteil aus der 2. Ehe den Kindern aus der 1. Ehe zugesprochen. Da werden sich die Väter überlegen, ob sie die Zweitfrau noch heiraten. Wenn man den Vorteil ohnehin weitergeben

muss? Eine Frage aus dem Zweiten: der Mandant kommt mit einer Arbeitgeberkündigung. Was fragen Sie ihn? Seit wann sind Sie dort beschäftigt, wieviele Mitarbeiter gibt es und wie alt sind Sie, sind Sie schwanger oder schwerbehindert oder beides? Was macht mit dem Widerspruch zwischen § 622 II 2 BGB und § 10 AGG? Was geht vor? Zum ALG-Anspruch nach dem Assessorexamen http://lrha.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=ha&GerichtAuswahl=SG+Hamburg&Art=en&Datum=2007-9&nr=1698&pos=0&anz=1. Es ist mit mir von kompetenter Stelle geschimpft worden, weil ich von Beihilfe und nicht von Unterhaltsbeihilfe geschrieben habe.

Heute wird über eine Fülle von Straftaten berichtet. Der Meckenheimer Pfarrer bezeichnet seinen Kardinal als Rotkäppchen und wirft der Kirche fehlende Gewaltenteilung vor. Interessant: von Gewerkschaften und Parteien wird eine demokratische Struktur verlangt - warum nicht von Kirchen? Wer hat die Trennung von Ankläger und Richter wann eingeführt? Eine Ladenchefin zeigt ein einjähriges Mädchen an, dass mit Seifenblasendingsbums im Wert von 55 Cents den Laden ohne Bezahlung verlassen hat. Strafbarkeit der Ladenchefin? Autoräuber werfen ein Baby auf die Straße, bevor sie mit dem Auto davon rasen - Tötungsvorsatz? Das Kind hat nur leichte Schrammen erlitten. § 315 b? In den USA haben Ärzte nicht lebensfähigen Neugeborenen 75 Sekunden nach dem Herztod das Herz entnommen, welches dann im Spender wieder geschlagen hat. Frau Ypsilantis Gespräch mit dem falschen Franz im Internet - § 201 des Veranstalters? Die Frankfurter Lehmann Brothers Banker werden massenentlassen werden - ist für solche Leute, die mit 28 schon die ersten 5 Millionen verdient haben, § 17 KSchG gemacht? Lafontaine will nun Familienunternehmen wie Schaefflers enteignen, da die 10 Milliarden nicht durch ihrer Hände Arbeit bekommen haben könnten. Herr Beckstein sagt öffentlich, dass er bei zwei Maß Bier noch Auto fahren könnte und würde - § 111 StGB? Auch die SZ berichtet über das Kindergeburtstagsurteil des OLG Celle.

Das ist ja ein seltsam entschiedener Fall aus Frankfurt: BGH VIII ZR 311/07 - der Wallach Locarno. In der letzten Prüfung von Prof. Pieroth in Hamm wurde gefragt, wer als erster eine verfassungsgeschichtliche Frage beantworten wolle - kein hat sich gemeldet. Dann durfte jeder etwas zu den Lehren aus Weimar sagen. Und es ging um die Kosten der Stadionbewachung im Vergleich zu den Kosten des Kirchentages - können die Fußballvereine als Störer zur Kasse gebeten werden? Am 4.9. im Zweiten wurde rottenneighbor geprüft, was die Internetseite strafrechtlich, zivilrechtlich und öffentlich-rechtlich sei. Und die Kirmes in Herne (Kranger Kirmes?): von bekannt und bewährt haben die wegen Karlsruhe umgestellt auf Attraktivität - ein Schausteller will jetzt einen Standplatz haben. Und Europarecht: warum das BGB am AGG auszulegen sei und nicht umgekehrt. Und ein Tipp für Referendare: wenn man Anfang des Monats Prüfung hat, hat man Anspruch auf die Beihilfe für den kompletten Monat und auf Arbeitslosengeld - das Arbeitsamt sagt, man bekomme "Gehalt", was ja so nicht stimmt. Ich gebe das mal so ungeprüft weiter. Professor Muckel hält in Sachen Meckenheimer Pfarrer / Kardinal Meisner die ordentliche Gerichtsbarkeit für unzuständig - das sei eine innerkirchliche Angelegenheit. Das sehe ich auch so. Washington weigert sich, Lehman Brothers zu verstaatlichen. Dürfte man bei uns Banken verstaatlichen? Art. 15 GG - nein. Die UN-Generalversammlung soll den IGH beauftragen, ein Gutachten zur angeblich völkerrechtswidrigen Verselbständigung des Kosovo zu erstellen. Wenn Serbien den Kosovo direkt verklagen würde, würde der als Staat anerkannt, da nur Staaten oder die UN selber zum IGH können. In England sind Scharia-Gerichte als Schiedsgerichte tätig. Wäre das bei uns zulässig? Monopol der staatlichen Gerichtsbarkeit? In der Rosenberger-Prüfung wussten die Kandidaten nicht, wer Zivilrecht und wer Strafrecht prüft - Schmidt oder Rosenberger. Sie nahmen aus unerfindlichen Gründen an, dass ganz sicher Herr Rosenberger Strafrecht prüft und haben die Protokolle zu seinen zivilrechtlichen Prüfungen nicht gelesen. Was kam dran, ein alter Zivilrechtsprotokollfall. So was ist mir unverständlich. Mehr noch. Das ist bodenlos. Die Dame mit null Punkten im Vortrag kam in Jeans, die Zuschauer durften sich an dem herauslugenden String erfreuen. Die Frisur soll auch so ausgesehen haben, als ob sie gerade aus dem Bett gefallen wäre - unten anders gefärbt als oben und irgendwie auf dem Kopf zusammengesteckt. Was kann man gegen einen Richter tun, der in sein Urteil reinschreibt, er habe den einschlägigen Kommentar wegen Haushaltssperre nicht benutzen können? Oder gegen einen Richter, der samstags und sonntags terminiert, um auf seine Arbeitsbelastung aufmerksam zu machen? Art. 73 LV? Art. 98 II GG?

In der Prüfung Schmidt/Rosenberger/Schöbener wurden aus 28 45, aus 25 40, aus 50 93, aus 29 51, aus 40 68 und aus 54 100 Punkte. Die Kandidatin mit 25 Vorpunkten holte sich im Vortrag null Punkte, weil sie sich den Schönfelder-Ergänzungsband griff und während des Vortrages nicht merkte, dass die Nummern des alten BGB nicht stimmen konnten. Dem Kandidaten mit 40 Vorpunkten wurde bei entsprechender Leistung ein Prädikat als machbar in Aussicht gestellt. Am 10.9. in der Prüfung Lascho/Kühen/? kam als Vortrag "das Halteverbot kommt zum Auto", im Strafrecht der BGH-Fall Einbruch in ein gemischt genutztes Gebäude - man läuft durch die Wohnung, um an den Tresor in den Geschäftsräumen zu kommen, im Zivilrecht Minderjährigenrecht. In der Prüfung Rosenberger/Schmidt/Schöbener am 12.9. kam als Vortrag eine Doublette: schon wieder die fehlerhafte Sache, die vom Käufer versehentlich zerstört wird - hier eine Briefmarke. Im ÖR Reiten im Wald, im Strafrecht will jemand einen Straftäter um dessen Beute erpressen, im Zivilrecht tun sich mehrere Personen zusammen, um ein Haus zu kaufen und vereinbaren bei Ausstieg eine Auszahlung von 100.000 €. R, jetzt Richter am OLG, will aussteigen, sein Anteil ist aber 250.000 € wert. Der

Generalanzeiger berichtet über Pflichten bei einer Kindergeburtstagsfeier - ist das ein Vertrag? Worüber? Welche Pflichten übernehmen die gastgebenden Eltern? Ein englisches Ehepaar hat sein Haus per Lotterie verkauft - da das unzulässig ist, haben sie eine Frage gestellt: wieviel kostet eine Angellizenz - das kann in England offenbar jeder beantworten. Rechtslage bei uns? Der Kölner Stadtanzeiger berichtet über eine einstweilige Verfügung des AG Rheinbach gegen den Kölner Kardinal Meisner, weil der angeordnet habe, in den Gottesdiensten ein "Proclamandum" zu verlesen, d.h. die Begründung für die Amtsenthebung des Meckenheimer Pfarrers. Zudem wollte der Kardinal ein Hausverbot gegen den Meckenheimer mit Hilfe der Polizei durchsetzen. Die hat sich geweigert.

Das VG Köln musste sich mit einem Eilantrag gegen Schwarze Löcher in der Schweiz beschäftigen - 13 L 1123/08. Zuständigkeit? Einrede der Rechtshängigkeit - schließlich hat der EGMR eher entschieden? EuGVVO? Worauf ist der Antrag gerichtet? Die BRD-Vertreter sollen auf die dortigen Mitarbeiter einwirken, nicht zu beschleunigen. Das VG Köln scheint aus Einsteins zu bestehen. Der Antrag wurde nämlich mangels Anordnungsgrundes abgelehnt - eine Gefährdung bestehe nicht. Der BGH hat sich mit dem Schwarzverkauf von HSV-Karten beschäftigt - geht da überhaupt noch jemand hin? Jedenfalls kann man sich HSV-mäßig beerdigen lassen. Was ist der "Kauf von Eintrittskarten" rechtlich? Ein Prüfer meinte neulich bei der Korrektur einer Hausarbeit, das sei ein Sachkauf und hat jedwede andere Meinung als grottenfalsch angestrichen. DAS dürfte grottenfalsch sein. Und noch mal Fußball: weil Madonna den Rasen in der Commerzbankarena in Frankfurt zertrampelt hat, fällt das Bundesligaspiel am 13.9. aus. Haftet Madonna dafür? Rechte der Fans? Müssen die sich auf einen Umtausch oder eine Rückgabe einlassen? In der Prüfung Lichtinghagen - s.u. - kam ein Fall von Frau Lichtinghagen - wegen der Zumwinkel-Liechtensteinsachen hat sie wohl jemand verklagt, weil sie die Fortdauer der U-Haft von der Angabe der Konten abhängig gemacht haben soll. Sie ist nicht passivlegitimiert - das Land NRW hätte verklagt werden müssen. Zum Vortragsfall noch die Variante des emeritierten Prof. Huber aus Bonn: der römische Hausherr kauft auf dem Sklavenmarkt einen Kochsklaven. Der rettet ihn vor dem ersten Essen aus dem brennenden Haus, woraufhin der Herr nach römischer Sitte ihm die Freiheit schenkt. Als Dank will der Kochsklave ein perfektes Dinner zubereiten, wobei sich nun herausstellt, dass er überhaupt nicht kochen kann. Kann der Herr von dem Sklavenhändler Rückzahlung des Kaufpreises verlangen? Und noch ein Flume-Protokoll: Flume als Prüfer ist ein Glücksfall. Korrekt sitzender Anzug und Silberkrawatte werden von ihm befriedigt zur Kenntnis genommen. Besonders gefällt ihm, wenn man anwesenden Damen beim Hinsetzen behilflich ist. Und schenken Sie ihr Wasser ein.

In der Prüfung Schwarz/Lichtinghagen/Looschelders am 10.9. kam als Vortrag das gekaufte Motorrad, bei dem rein zufällig bei einem Unfall der Mangel festgestellt wird. Der § 350 a.R. - jetzt § 346 II. Im Zivilrecht wurde eine Examensklausur abgeprüft, im Strafrecht Schlägerei und Unfallflucht, im ÖR die Rückforderung einer Subvention. Positiv vermerkt wurde, dass am Gesetz gearbeitet wurde. Der liechtensteinsche Fürst bezeichnet die BRD als viertes Reich. Setzen, sechs. Wir leben im zweiten Reich. Das erste von 962 bis 1806 (Erfindung des Föderalismus, schwacher Kaiser, starke Fürsten), das zweite begann 1867 mit dem Norddeutschen Bund und lebt immer noch, Dachtheorie - das dritte erkennen wir aus prinzipiellen Gründen juristisch nicht an. Ein ehemaliger Wehrmachtssoldat wird wegen eines Massakers an der Zivilbevölkerung in Falzano angeklagt. Das erinnert an Cajazzo. Hat die NS-Herrschaft die Verjährung gehemmt? Dass Mord nicht verjährt, wurde ja erst 1979 eingeführt. Bei Wehrmachtsverbrechen sind wir der Auffassung, dass die verfolgt worden wären, wenn die toten Opfer eine Anzeige erstattet hätten. Ein angeblicher Rabbiner hat sein Diplom gefälscht. Ist das § 267 und § 263? Ist der interne Bereich einer Religionsgemeinschaft Rechtsverkehr? Schließlich haben die die Eigenschaft einer Körperschaft, damit sie intransparent sein können - Rosinentheorie? Der Generalanzeiger berichtet über Schadensersatzklagen in Höhe von 120 € wegen einer vermässelten Sylvesterveranstaltung auf einem Rheinschiff - kein Buffett, kein Sekt, nur 1.300 Leute auf einem Schiff für maximal 800 Leute. Die Kläger sind schon vor Mitternacht von Bord gegangen. Auch die SZ berichtet über den 100. Geburtstag von Prof. Flume. "Anderer Ansicht nur Flume" als ständiger Spruch des BGH. Der BGH hat sich ein einziges Mal einem Zivilrechtsprofessor angeschlossen: Karsten Schmitt in der Entscheidung zur GbR vom 29.1.2001/02?. Weder Medicus noch Larenz oder sonst wer hat dort Gnade gefunden. Als Professor kann man immer anderer Ansicht sein. Bei anderen wie Prüfern oder Kandidaten oder Anwälten nervt das nur. Man ist berufsuntüchtig. Hier ein Zitat aus dem Protokoll vom 23.12.1958: Flume erwies sich als angenehmer Prüfer; er zensierte allerdings streng, die übrige Prüfung verfolgte er dann aufmerksam, wenn er nicht schlief. Gegen Schluss der Prüfung sagte er laut vor, um die Zeit abzukürzen. Oder vom 11.7.1959: Er blies zum Beispiel seinem Kollegen Schätzel fortwährend den Rauch seiner schweren Brasilzigarren ins Gesicht und hielt es gegenüber den Kandidaten nicht für nötig, seine Zigarre beim Sprechen aus dem Mund zu nehmen. Dennoch prüfte er nicht unangenehm. Oder vom 22.6.1957: An den übrigen Prüfungsstunden nahm Fl. ebenfalls bis auf die Zeit regen Anteil, in der er offensichtlich schlief. Es hinderte ihn nicht, dem Prüfungsmitglied Dr. Stratenwerth deutlich zu machen, unter welchen Voraussetzungen der Finder Ersatz seiner Auslagen verlangen darf. Auch mit einer Sachentscheidung des Prüfungsmitgliedes Metzke bei der Frage des Vermieterpfandrechts am Eigentumsvorbehalt war Fl. offensichtlich nicht einverstanden. Er quittierte die Entscheidung mit herausforderndem Lächeln und Kopfschütteln. Fl. ist ein Feind jeder

Abkürzung. Als ein Kandidat die Geschäftsführung ohne Auftrag "GoA" bezeichnete, erwachte er und stieß wilde Verwünschungen aus. Zum Wegömmeln.

Der EuGH hatte vor ein paar Jahren entschieden, dass EG-Staaten WTO-Entscheidungen zu beachten hätten, sonst wäre ein Vertragsverletzungsverfahren fällig. Eine Haftung der Gemeinschaft wegen Verstosses gegen WTO-Recht wird aber nun abgelehnt - C-120/06. Hä? Das VG Oldenburg hat wie das BVerwG - NJW 2008 S. 2601 - § 3 StVG dahingehend ausgelegt, dass einem betrunkenen Radfahrer die Fahrerlaubnis entzogen werden kann - das wurde neulich schon in Berlin geprüft und schreit nach einem Vortrag. Die Zeitungen berichten über die Pendlerpauschalenverhandlung: der Vertreter des Bundes habe in verknittertem Anzug argumentiert, wenn man Zeitung lese, könne man ja auch nicht in beruflich und privat unterscheiden. Au weia. Typisch kleinkariert juristisch. Er meint, er plädiert vor dem Amtsgericht. Überhaupt kein Gefühl für die Situation und worum es eigentlich geht. Das Gericht hat daraufhin lieber den Finanzminister befragt. Herr Steinbrück soll auch nicht gut ausgesehen haben. Das tut niemand, der vor den Augen der Öffentlichkeit examiniert wird. Meist meinen die Zeitungen, dass "so nicht" rauskommen wird, die Kläger kriegen Steine statt Brot. Der BFH hatte mit Art. 100 GG vorgelegt - die Vorschrift soll den lebenden Gesetzgeber vor wildgewordenen Richtern schützen - die haben zwar eine Prüfungs- aber keine Verwerfungskompetenz. Prof. Flume wird 100 Jahre alt. Die Kandidaten, die ihn als Prüfer hatten, haben sich 14 Tage lang ein Buch mit lateinischen Vokabeln reingepfiffen und sich intensiv mit Cicero beschäftigt. Dem älteren. Auch damals lernte man schon Zirkuskunststückchen, um zu beeindrucken. O.J. Simpson soll ihm gehörende Andenken mit Gewalt aus einem Hotelzimmer geholt haben. Zivilrechtlich hat er bei uns gute Karten, da die Rechtsprechung bei einer Klage wegen verbotener Eigenmacht § 864 II BGB analog anwendet, wenn er Widerklage auf Eigentumsfeststellung erhebt - alte Klausurproblematik. Wie wirkt sich das dann auf § 255 aus? Da bleibt nur eine Nötigung übrig. Für lebenslang reicht das nicht.

Auch Prüfer haben nur ein ungesundes Halbwissen: in der ersten Septemberwoche erklärte ein noch nicht so alter Zivilrechtsprüfer, dass bei einem aliud eine Sachmängelhaftung ausscheide - offensichtlich hat er die Schuldrechtsreform nicht mitbekommen. Der Hinweis auf § 434 letzter Absatz wurde als Klugscheißerei strafscharfend bei der Notenbegründung eingeflochten. Im Strafrecht wurde Kandidaten angekreidet, dass sie das vorsatzlose Entfernen bei der Unfallflucht problematisiert haben - immerhin hat der BGH das jahrzehntelang vertreten: "das zieht einem ja die Schluppen aus". BGH 2 StR 317/08: vor einer Kneipe sticht der Täter dem männlichen Opfer "hier du Schlampe" ein Messer in den Bauch und geht nach Hause - das Opfer schleppt sich in die Kneipe und wird durch eine Notoperation gerettet - Rücktritt vom Versuch? Das LG meint nein, der BGH meint ja, das LG hätte den Rücktrittshorizont nicht angewandt sondern fehlerhafterweise den Planungshorizont. Das zeigt mal wieder, dass Revisionen in Strafsachen ein Roulettespiel sind. Nach der FAZ geht am 10.9. um 10 Uhr möglicherweise die Welt unter, weil sie durch ein schwarzes Loch im Teilchenbeschleuniger CERN gesaugt wird. Herrengolf fällt deshalb wegen schlechten Wetters vielleicht aus. Schuld ist daran dann der EGMR, weil er den Erlass einer einstweiligen Verfügung abgelehnt hat. Das Ding wird weder von der EG, EU oder vom Europarat betrieben. Für den EGMR gilt aber das Territorialitätsprinzip. - es befindet sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates Bayern will Taten gegen Kinder durchweg als Verbrechen regeln - praktische Auswirkung? Gehen Strafbefehle, §§ 153 ff.. StGB noch? "Dem angeschuldigten Arschloch ist ein Pflichtverteidiger zu bestellen" steht in einer Anklageschrift, die weder der unterschreibende Staatsanwalt noch das Gericht gelesen haben können, denn das hat die an den Angeschuldigten zugestellt. Einem verstorbenen Bonner Richter soll man mal als Scherz ein Todesurteil zur Unterschrift vorgelegt haben, weil er in dem Ruf stand, alles zu unterschreiben. Ist das jetzt strafbar? § 185 im Amt? Vorsatz, wenn man etwas gar nicht liest also gar nicht wissen will? Kundgabe gegenüber der Schreibkraft - ist das eine Art Familiensphäre, in der das erlaubt ist - zuhause darf der StA ja nichts erzählen. Liegt eine Kundgabe vor, wenn das Gericht das gar nicht liest? Ist § 185 ein Erfolgsdelikt? Ist das ein Befangenheitsgrund gegen den Staatsanwalt - § 22 ff.. StPO gelten ja nicht für Staatsanwälte? Die "EU-Kommission" (alle Zeitungen schreiben das - obwohl die Kommission in der ersten Säule sitzt und daher korrekt EG-Kommission heißt - jedenfalls bis nächstes Jahr, bis die Iren einknicken) will uns wegen des neuen VW-Gesetzes ein zweites Vertragsverletzungsverfahren anhängen. Allein die Tatsache, dass das alte nicht ersatzlos abgeschafft wurde, reicht doch schon. Die Pendlerpauschale - Prognose: Karlsruhe schießt nach Luxemburg. Wenn die neue Formel für Art. 3 I GG angewandt wird, fällt sie, bei der alten nicht. Das ist ein Fall für die neue Formel.

Muss Dieter Bohlen als Juror bei DSDS in die Künstlersozialkasse einzahlen? Das LSG Essen meint ja - die Verträge sollen von Stagenreferendaren gemacht worden sein. Da stellt sich die Frage, was ein Künstler ist. LG Potsdam: Jemand leiht (mietet) eine Videokassette aus und gibt die partout nicht zurück - § 246? Was ist, wenn man ein gemietetes Fahrzeug nicht zurückgibt? In Venedig wurde eine Frau mit Burka nicht in ein Museum gelassen - der Grund liegt auf der Hand. Das erinnert ein bißchen an den Dogenpalastfall (der alte Herr bekam keine Seniorenermäßigung - auch Klausur in NRW) - § 8 II GO - wie wäre der Fall hier zu entscheiden? Diskriminierung wegen

Religionszugehörigkeit? Der IGH prüft auf den Antrag Georgiens erst mal, ob er "prima facie" zuständig ist. Sic non oder aut aut nennt man das im Arbeitsrecht - ist aber auch ein bißchen was anderes. Liegt auf den ersten Blick ein Verstoß gegen die Anti-Rassendiskriminierungskonvention vor? Eine Zeugin Jehova im 4. Monat schwanger verweigert eine Bluttransfusion und stirbt. Eine Patientenverfügung liegt vor. Hätten die Ärzte handeln müssen? Liegt ein Anfangsverdacht vor? Ist das eine Abtreibung nach § 218 StGB? Die Zeitungen laufen sich für die Pendlerpauschalenverhandlung am 10.9. warm. Gilt das Werkstorprinzip auch in anderen Rechtsgebieten - z.B. bei Wegeunfällen?

Auch in der Prüfung Zimmermann/Pabst/Brähler am 3.9. wurde das Urteil zum Nichtrauchergesetz geprüft. Im Zweiten Examen wurde am 5.9. im ÖR die Strassenumbenennung, im Strafrecht die Notarzt-Entscheidung aus 1983 (Strafbarkeit eines Arztes vor der Geburt des Kindes) und im Zivilrecht die Änderung der Bezugsberechtigung einer Lebensversicherung geprüft. Eigentlich müsste das Amtsgericht Berlin-Tiergarten gemäß § 29 BGB jetzt bei der SPD einen Notvorstand einsetzen. Der Rücktritt des Vorstandes ist weder im BGB noch im ParteienG (oder AG) geregelt. Herr Westerwelle ruft nach Neuwahlen (man muss als Opposition ja irgendwie in die Zeitung kommen). Ginge das theoretisch? Vertrauensfrage - Rücktritt der Kanzlerin - Änderung des BWahlG und des GGes? "Stoppt den EuGH" ein ganzseitiger Artikel in der FAZ von Prof. Dr. Herzog - das Mangold-Urteil, das Urteil zum Tabakwerbverbot und zum Umweltstrafrecht werden als (seltsame) Beweise für die Allmächtsphantasien des EuGH zitiert. Warum nicht Feryn, Dirk Ruffert, Maruko? Der EuGH zerlegt Art. 6 I GG - das Abstandsgebot - sowie Art. 5 I GG. Das hat man sich beim Solange II Urteil nicht vorgestellt. Das BVerfG verhandelt am 10.9. die Pendlerpauschale - das Werkstorprinzip - gehört die Fahrt zur Arbeit zur Arbeit oder zum Privatleben? Der BFH befasst sich am 11.9. mit der beleglosen Abgeordentenaufwandpauschale - der Normalbürger muss jede Tankquittung vorlegen. Der IGH hat über einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung Georgiens gegen Russland zu entscheiden. Das wird er m.E. nach nicht wagen. Aktuelle Politik sollte ein Gericht nicht machen. Bei uns ist der Antrag des Sohnes von Rudolf Hess und von Hans-Martin Schleyer (auf Eingehen der Forderung der RAF-Terroristen) damals abgewiesen worden.

Die Bewohner eines französischen Dorfes beschwerten sich über den Lärm der Kuhglocken - eigentlich sind nach § 906 ortsübliche Immissionen zu dulden - haben Kuhglocken Bestandsschutz? Zur Körpersprache beim Vortrag: Händekneten, Fußgymnastikübungen, Hin- und Herschwanken mit dem Oberkörper, an den Fingern knibbeln, eine Bahnhofsdurchsage abliefern, eine schriftliche Klausurlösung auswendig vortragen, mit der rechten Hand auf den Tisch knallen, wenn die Tortur vorbei ist, "ähm, ich berichte ...", seltsame Wortkonstruktionen "Schneewegräumpfligt" - jeder macht das und merkt es nicht. Deshalb unbedingt mit einem freundlich gesinnten und kritischen Publikum üben.

Die Eltern parken ihr Geld auf Konten im Namen des Sohnes - der nichtsahnende Filius will BAFöG haben und bekommt ein Strafverfahren, weil er das Vermögen nicht angegeben habe - das BVerwG sieht das am 4.9. studentenfreundlich. Der BGH - 5 StR 109/07 - hat seine Rechtsprechung zum Parteiverrat geändert. Wichtig ist die Neufassung des § 3 II BORA - was ist mit einem Einzelanwalt, der zwei Miterben gegen einen Dritten vertritt? Ist § 3 II BORA immer noch verfassungswidrig, wie das BVerfG 2003 zur alten Fassung feststellte? OLG Köln: ohne mündliche Verhandlung wurde die Berufung eines Chirurgen, der 1977 (Verjähung? § 199 BGB - EGBGB - altes und neues Recht?) einer "Intersexuellen" die Gebärmutter und Eierstöcke entfernt hatte wegen Schmerzensgeldzahlung (§ 847 BGB a.R.) zurückgewiesen. Der Arzt hätte, als er bei der OP sah, dass seine vorherige Angabe falsch war ("zu 60% Junge") den Bauch wieder zu machen müssen und erst mal nachfragen müssen. 1977 hat man diese Rechtsprobleme noch ganz anders gesehen als heute. Seine Haftpflichtversicherung wird sich nicht freuen. Die EU will Hausfrauen aus der Werbung entfernen - das könnte ja diskriminierend sein. Und wer wirbt dann für Kukident? Rasenmäher? und "mein Auto, meine Yacht, mein Pferd"? Art. 5 GG - Lüthurteil - political correctness über alles? Un-mög-lich. Arbeitgeber wollen klagen, weil die Arbeitslosenversicherung, in die sie einzahlen, Schüler fördern will und die Sozialhilfe - Eingliederungsbeitrag - mitträgt. Das erinnert an die (Klausur)fälle, in denen gegen die Zwangsmitgliedschaft und Verwendung der Gelder bei der IHK/Steuerberaterkammer geklagt wurde - Art. 2 I GG. Der VGH München hält das Bewohnerparksystem - das kennen wir in der Südstadt in Bonn nur zu gut. Das OVG Münster meint, dass man noch genug Parkplätze für Pendler und Besucher freihalten müsse. Privilegienfreiheit des Strassenverkehrs? Der klagende Anwalt hat verloren.

In der Prüfung Hammerschlag/Dörner/Schmitz-Justen am 3.9. kam als ÖR-Vortrag das Verbot der Flatratepartys, im Zivilrecht die Zeitungsmeldung, dass Brautleute schlechte Hochzeitsfotos nicht bezahlen wollen, im Strafrecht Aussagedelikte und Strassenverkehrsdelikte, im ÖR das Nichtrauchergesetz und Staatsorganisationsrecht. Der EuGH hat im Kadi/Yusuf-Fall das EMRK-Grundrecht der Eigentumsfreiheit höher gestellt als die UN-Resolution zur Terrorliste. Man muss jetzt wenigstens angehört werden, bevor das Konto eingefroren wird. 1 Jahr WEG-Reform. Sie hat sich gelohnt. Der Wechsel vom FG in die ZPO bewirkt, dass Querulantenklagen wegen formeller Fehler abgewiesen

werden können - z.B. wenn das Rubrum falsch ist. Vorher war der WEG-Richter immer verpflichtet, beratend zu helfen und alles etwas lockerer zu sehen. Herr Glos - CSU - will kurz vor der bayerischen Landtagswahl einen Kühlschranksbonus gewähren. Wie wäre es denn mit einem Herdbonus? Ist das eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung?

Zu der Doc-Morris-Verhandlung haben 10 Mitgliedsstaaten Stellungnahmen eingereicht - wir schicken einen Regierungsdirektor zur Verhandlung - noch nicht mal Ministerialräte haben Zeit dafür. Altkanzler Schröder spricht bei der Arbeiterwohlfahrt über den Kaukasus - dürfte man die Gegenzeichnungspflicht des Art. 58 GG auch auf Altkanzler ausdehnen und bei Zuwiderhandlung die Pension kürzen? Die Commerzbank - wenn sie denn den Kaufpreis zusammenbekommt - will nicht den Namen Dresdner Bank und das grüne Band der Sympathie übernehmen aber vielleicht die "Beraterbank". Löst das § 25 HGB aus? Am 3.9. wird der Staatsvertrag zwischen Dänemark und Deutschland zur Vogelflugbrücke unterzeichnet. Muss der nach Art. 59 II GG umgesetzt werden? Marburg will nach der auf Eis gelegten Solarsatzung eine Sexsteuer einführen - Art. 105 II a GG "Aufwandsteuer" - die Hundesteuer z.B. - nicht weil Hunde es nicht ausschwitzen und die Beseitigung der Häufchen Aufwand bedeutet - Aufwand ist ein altmodischer Ausdruck für Luxus. Das Land NRW hat sein Luxussteuererfindungsrecht über das KAG auf die Gemeinden übertragen. Polizeibeamten lassen einen betrunkenen Schüler morgens früh aus dem Auto, er wird dann auf der Straße sitzend von einer zu schnell fahrenden Autofahrerin totgefahren. Aussetzung mit Todesfolge? Der skandinavische Gratiszeitungsherausgeber hat aufgegeben. Neven du Mont hatte per UWG und Klage versucht, ihn in Köln zu verhindern. Die Franzosen haben die Gratiszeitungen einfach in die Seine geschmissen, bevor sie ausgeliefert werden konnten. Eigentlich ist das UWG, wenn der Konkurrent mit Dumpingpreisen fertig gemacht werden soll. Art. 5 GG hat aber eine Institutsgarantie (Carl Schmitt) für die Vielfalt der Presse, deshalb war gerichtlich nichts zu machen.

Der EuGH verhandelt am 3.9. Doc Morris - darf eine Kapitalgesellschaft in Deutschland eine Apothekenkette betreiben? Das wird so kommen. Das Heilmittelverbot soll auch fallen. Bisher dürfen Apotheken nicht Werbung für Ärzte oder Fußpfleger in der Nähe machen. Bei der OB-Wahl in Düsseldorf ist das neue Wahlrecht angewandt worden - es reicht eine relative Mehrheit, keine Stichwahl mehr - im Landtagswahlrecht gibt es jetzt zwei Stimmen und nicht nur eine. In Metzingen hat ein Bürgerentscheid ein Boss-factory-outlet verhindert - in NRW ginge das nicht, da Bausachen keinem Bürgerbegehren zugänglich sind. Die ARD bringt heute Cape Fear - juristisch ein interessantes Problem: ein ehemaliger Mandant drangsaliert einen Anwalt - dessen Berater rät ihm "wenn du einen Tiger fangen willst, musst du eine Ziege an einen Baum binden", woraufhin der Anwalt seine Tochter und Frau als Lockvogel benutzt, um den Gangster aus Notwehr erschießen zu können. Strafbarkeit? Ähnlich "Es geschah am helllichten Tag" - Dürrenmatt. Darf ein Kommissar ein kleines Kind als Lockvogel einsetzen? Im Mündlichen kam mal ein Fall für zwei: die Tochter des Mietshauseigentümers wird vergewaltigt und getötet. Der Vater hat den Verdacht, dass der Täter es auf langhaarige Frauen abgesehen hat und vermietet extra an eine solche. Der Täter - der Hausmeister - schlägt tatsächlich zu. Strafbarkeit des Vaters? Ärzte müssen seit dem 1.7.08 der Krankenkasse selbst verschuldete Krankheiten der Patienten melden - wenn man dem also erzählt, dass man sich beim Grillabend verkühlt hat, weil man zu faul war, die Strickjacke aus dem Haus zu holen, petzt er das weiter - ist das verfassungsmäßig? Der Kölner Stadtanzeiger berichtet über Urteile zu fehlerhaften Navigationssystemen: kann ein Auto gewandelt werden, wenn das Navi defekt ist? OLG Köln meint ja, OLG Stuttgart nein, die Orientierungshilfe sei beim Auto nur eine Nebensache.

Ein schöner Abschleppfall des VG Berlin - 11 A 320.08: jemand parkt vor der US-Botschaft, ein Polizeibeamter guckt zu und lässt Stunden später den Wagen abschleppen - das ist rechtmäßig - im Strassenverkehr zählt Verhältnismäßigkeit nichts, die Verhinderung einer negativen Vorbildungswirkung ist wichtiger - man darf Falschparker ins offene Messer rennen lassen. O-Ha - der BGH hat den § 227 im Gegensatz zum Hochsitz- und Fenstersturzfall bei mittelbarer Verursachung des Todes abgelehnt - 3 StR 190/08: er setzt sich auf seine Frau, die Ärzte erkennen die multiplen Rippenbrüche nicht, sie geht nicht zum Arzt, als es ihr schlecht geht und stirbt. Der erste September ("seit 4 Uhr 45 wird zurückgeschossen") ein paar Jahre später: 1948 - der parlamentarische Rat - Abgesandte der Landtage - trifft sich im Museum König in Bonn - es ist streitig, ob die Giraffen da nackig rumstanden oder verhüllt waren. Die Commerzbank - jahrelang selber Übernahmekandidat - erwirbt die Dresdner Bank für 9,8 Milliarden, ohne das Geld schon zu haben. Das ist eigentlich ein Fall für den Staatsanwalt. Zunächst zwei Kapitalerhöhungen und Sachverkauf - Cominvest - an die Allianz und es sollen andere Anteile verscherbelt werden und Schulden aufgenommen werden. 2009 dann noch mal eine Kapitalerhöhung und Verschmelzung. Was ist das rechtlich - ein Sachkauf - ein Rechtskauf - etwas drittes? Können Dresdner Bank-Kunden kündigen? §§ 313, 314 BGB? Was ist, wenn die Commerzbank das Geld nicht zusammenbekommt? Die Dresdner Bank scheint nichts wert zu sein, wenn man mit solchen Kaufpreisversprechungen die kaufen kann - Conti war zudem teurer. Das sieht so aus, als ob Allianz die Dresdner Bank notfalls verschenkt hätte.

Ein schöner BGH-Fall zum Üben: 3 StR 182/08: Nacherfüllungsverlangen mit Gewalt. Wie wäre es gewesen, wenn er

tatsächlich einen Anspruch nach § 439 BGB gehabt hätte? Die Welt berichtet, dass immer mehr Gemeinden Begrüssungsgeld an junge Erdenbürger bezahlen. Das OVG Münster hatte dies vor Jahren für die Gemeinde Much - Metropole nahe Bonn - als rechtswidrig eingestuft, da die Kreise des Bundes - Kindergeld - gestört würden. Much hat dann die Zinserträge aus der Wasserwirtschaft genommen und die Wasserrechnungen der Familien gesponsort. Das ging dann. War beides Klausur.

Die zweite Ö-Klausur im August: die NPD will die Stadthalle haben, am Abend vorher lügt die Stadt, sorry, wir haben die Halle zwei Mal vergeben, es geht leider nicht. Abwandlung: der OB hängt ein Transparent auf "Die Stadt heißt Sie nicht willkommen". Der BGH hat im Siemensfall entschieden, dass schwarze Kassen unter § 266 fallen. Schließlich sind die Begehrlichkeiten größer, wenn man weiß, dass mehr Geld da ist. Der letzte Absatz des § 299 ist keine bloße Klarstellung, so dass erst ab seiner Einführung Bestechung im europäischen Geschäftsverkehr strafbar ist. Hätte da der BGH nicht dem EuGH vorlegen müssen?

Die Piratenjagd vor Somalia soll jetzt ohne GG-Änderung über Art. 24 GG möglich sein. Man gründet ein Verteidigungsbündnis und los gehts. Ist Art. 24 II GG dafür gemacht worden? Kanada hat frecherweise sein Hoheitsgebiet um die Größe Spaniens ausgedehnt auf die 200-Meilen-Zone, um die Nord-West-Passage zu annektieren. Da die seit zwei Jahren eisfrei ist, kann Kanada nun Wegezoll von Kreuzfahrtschiffen nehmen. Das VW-Modell 5000 x 5000 soll in den VW-Tarifvertrag rein (Peter Hartz hatte 2001 5000 Arbeitslose von der Straße geholt mit 5.000 DM brutto, was unter dem Tariflohn lag - VW-Arbeitern geht es richtig gut, die Gewerkschaft remonstrierte, die öffentliche Meinung sagte, euch geht es wohl zu gut, hier werden 5.000 Arbeitslose beschäftigt - man holte die Gewerkschaft dann an den Vereinbarungstisch) - Art. 3 I GG - gleicher Lohn - gleiche Arbeit? In der JVA Göttingen wird ein Hochzeitszimmer eingerichtet - §§ 24 ff.. StrafVzG? Wenn man inhaftiert ist, kommt der Sex ins Haus? Die FR berichtet über "Gerichtsmediziner" (Medizinstudenten, die sich einklagen) und "Zulassungskampagnen" - es gibt leider angeblich spezialisierte Anwaltskanzleien, die Studenten viel Geld für identische Computerklagen abnehmen. Kapazitätsausschöpfungsklagen haben nur bei Unis Sinn, die noch nicht kampferprobt sind - Köln ist also aussichtslos. Schulze-Delitzsch ist 200 Jahre alt geworden - ich hoffe, er feiert seinen Geburtstag gesund und fröhlich. Hilfe zur Selbsthilfe, Genossenschaft (bei Wohnungen heute noch aktuell), Volksbanken - für den Normaljuristen ist das Vier-Augen-Prinzip im Genossenschaftsrecht, das einzige, was man sich merken muss. Banken bieten nun Rückwärtshypotheken an: die Hypothek wird nicht zum Erwerb des Hauses aufgenommen sondern man hat das Haus, ist 60 Jahre alt und will eine Zusatzrente. In Leipzig demonstrieren Neonazis mit Transparenten "Todesstrafe für Kinderschänder" - muss das nach § 15 VersG verboten werden? Verstößt es gegen die öffentliche Sicherheit für eine Änderung des § 211 und des GG zu werben?

Die erste ÖR-Klausur im August ist der Heide-Simonis-Fall BGH VI ZR 156/06 (Flohmarkt-Boutiquenbesuch einen Tag nach ihrem Desaster) abgewandelt als Bundesminister, der einen Tag nach seinem Rücktritt mit seiner neuen Freundin fotografiert wird - mit EMRK. Der Georgien-Konflikt: gibt es Gebiete mit Staatsvolk und Staatsgewalt, die dennoch kein Staat sind? Taiwan, Nord-Zypern. Die Zeitungen sprechen von Kleinstaaterei - wann hatten wir die zuletzt? Und ein ähnlicher Vorgang in der Geschichte - Reichsdeputationshauptschluß? Dürfte Russland Bayern anerkennen? Ist Bayern ein Staat? Freistaat? Das Kabinett hat die Mitarbeiterbeteiligung beschlossen. Die SZ meint, das sei wie Sozialismus, klinge gut, funktioniere aber nicht. Wie solle die finanziert werden? Durch Lohnkürzungen. SAP macht aber vor, wie es geht. Junge Leute wollen keine 35-Stunden-Woche, die wollen viel arbeiten und Geld verdienen. Nach dem Krieg hatten wir zwei Modelle zur Auswahl - Betriebsräte oder Mitarbeiterbeteiligung. Wir haben uns - wohl auch durch leichten Druck der Alliierten - fürs erstere entschieden - damit hält man Unternehmen unten. Das OVG Münster hat das Metropol-Theater - ursprünglich ein Kino von 1929 - für nicht mehr denkmalgeschützt erklärt. Wenn es anders gekommen wäre, wäre das der dritte Fall nach dem Blüchermuseum - 1987 - und der Rasselsteinvilla - 1999/2000 - zur Privatnützigkeitstheorie gewesen. Gut dazu ein uralter Aufsatz von Herrn Papier in der JuS 1989 zu Art. 14 GG. Darf der Staat mich so intensiv ärgern, indem ich den alten Kasten erhalten muss, aber keine Gewinne machen kann - mitten in der Fußgängerzone von Bonn schräg gegenüber vom Rathaus? Art. 14 GG? Da die Vorinstanz anders entschieden hat und das OVG sehr häufig - jedenfalls gefühlt häufig - vom BVerwG aufgehoben wird, würde ich nicht darauf wetten, dass das Urteil hält. Der Kölner Stadtanzeiger diskutiert, ob der Flugkapitän der Spanair eine Freiheitsberaubung begangen habe, als er die Leute nicht wieder rausgelassen habe? Einsperren durch Unterlassen - Freiheitsberaubung auf sonstige Weise?

Die FAZ berichtet, dass Herr Wowereit nur durch eine von der Bausenatorin organisierte Busreise dazu gebracht werden konnte, sich Bausünden 5 Gehminuten von seinem Dienstsitz anzuschauen. Die Folge: es kommt eine Gestaltungssatzung - das Kreuzbergurteil ist baurechtlich nicht mehr relevant. Ästhetische Sünden sind baurechtswidrig. Köln will diese Woche den Bebauungsplan für die Moschee in Köln-Ehrenfeld beschliessen. Die SPD in NRW will vor dem VGH gegen den vorgezogenen Kommunal-Wahltermin 2009 klagen, weil bis zum Amtsantritt 19 - 22

Wochen lägen. Das wäre zu lang. Wie ist es im Bund zwischen Wahl und Kanzlerwahl? Die Fehmarnbrücke soll kommen. Bekommen Die Fahrleute Entschädigung nach Art. 14 GG? Allgemeines Lebensrisiko? Das LAG Köln kippt die Alterseinstellungsgrenze für Beamte. Ein 29-jähriger, der JVA-Beamter werden will, darf nicht wegen der Einstellungsgrenze von 30 Jahren (?) abgelehnt werden. Russland erkennt Abchasien etc. an. Wie wird man ein Staat, durch Anerkennung? Soweit ich mich erinnere, waren wir die ersten, die im Jugoslawienkonflikt die Anerkennung ausgesprochen haben, woraufhin dann das Völkerrecht plötzlich meinte, das ginge. Mich wundert die Berichterstattung. Die Georgier haben schließlich angefangen und die Amerikaner mischen in Albanien, im Kosovo, in Georgien und Polen. mit - mindestens Entgegen ihrer Monroe-Doktrin.

Ein Bonner-Viertel hat ein spezielles Problem: ein Roma-Clan mit 100 Leuten hat sich in einem Park niedergelassen - die Leute gehen in die Büsche - neuerdings mit blauem Toilettenpapier und nicht mehr mit weißem. Die Anwohner toben und wollen, dass die Stadt Toilettenhäuschen aufstellt - die Stadt Bonn sagt, das können wir nicht, das ist ein Grundstück der Kirche, wie sind nicht zuständig. Und jetzt? Das VG Düsseldorf: eine Fraktion will den Ratsplenarsaal für eine Veranstaltung haben - § 123 VwGO? § 56 III GO ist keine Anspruchsgrundlage sondern nur eine Haushaltsvorschrift. § 8 II GO? Art. 3 I GG? Der Deutsche Eishockeybund verhängt eine Dreimonatssperre gegen einen Spieler - ist das zulässig? Eingriff in das Arbeitsverhältnis? Das LG München beschäftigt sich damit. Russland erkennt Abchasien an und spricht von humanitärer Intervention - analog Jugoslawien und Kosovo. Die SZ berichtet, dass in Frankreich "pacs" - pacte civile de solidarité - die vertragliche nichteheliche Lebensgemeinschaft - immer häufiger werden.

Die Strafrechtsklausur im August: der Chef kauft durch seine Sekretärin S für den Hochzeitstag beim Juwelier einen Ring, den er mit einem faulen Verrechnungsscheck bezahlt (V-Scheck??? Wie alt ist der Fallsteller? Ich erinnere mich noch gut, wie wir Klamserkinder leicht überheblich unseren Vater vor 25 Jahren darüber aufgeklärt haben, dass man damit nicht mehr bezahlt) - die Sekretärin weiß das, erpresst ihn, er will sie dann umbringen, seine Ehefrau rettet sie. Komparsen des wahrscheinlich floppenden Kinofilms Walkyrie wollen United Artists und Tom Cruise auf 11 Millionen plus punitive damage in Kalifornien verklagen, weil sie bei den Dreharbeiten vom Laster gefallen sind. IPR - Art. 40 EGBGB. Die Amerikaner dürften nur nach dem alien torts claim act (oder so ähnlich), der mal gegen Piraten gemacht wurde, zuständig sein - also nicht zuständig. Bei dem Unglück im indischen Bhopal haben New Yorker Richter eine Zuständigkeit abgelehnt. Die SZ berichtet über Lex Lubbe - nach dem Reichstagsbrand wurde für Brandstiftung ex tunc die Todesstrafe eingeführt.

Der 24. August ist der Jahrestag der Bartholomäusnacht - wurde schon mal von einem Prüfer gefragt, der jetzt in Berlin sein Unwesen treibt. Das ist für eine juristische Prüfung genauso unwichtig wie die Meldung, dass Richter sich unterbezahlt fühlen. Der alte Conti-Vorstand wird seine Bezüge bis zum regulären Auslauf seiner Amtszeit erhalten und wahrscheinlich eine change-of-control-Klausel in seinem Vertrag haben, so dass er noch eine dicke Abfindung bekommt. Der IKB-Vorstand bekommt sowas auf Kosten der KfW, welche wiederum ihren Mitarbeitern gerade nahelegt, sehr sparsam zu sein. Die finden das nicht lustig.

Zeitungsmeldung: Täter trinkt Maßwein und isst Hostien in einer Kirche, nachdem er vergeblich versucht hat, den Opferstock aufzubrechen. Nur ein vollendeter Diebstahl? § 243 I Nr. 4 "aus" einer Kirche? Geringwertige Sache nach Absatz II? Frau Zypries (wohl verdecktes CDU-Mitglied) will kein Unternehmensstrafrecht im Umweltstrafrecht - Brüssel aber doch - da das der ersten Säule zugeordnet wird, wird sie wohl müssen. In § 30 OWiG gibt es das schon. Die Bildungsreise von Frau Merkel durch die Kindergärten der Republik geht weiter - bloß während des Sommerlochs nicht in Berlin rumsitzen - sind nur Willensbildungsprozesse im Rahmen des GGes verboten, wenn man die Zuständigkeit nicht hat (Gesetze, RVO, VA) oder auch sonstiges Gedöns wie Bildungsreisen, runder Tisch, Gipfel? Ich möchte den Bund mal sehen, wenn die Länder runde Tische zu Afghanistan oder Georgien auf dem Petersberg veranstalten. Was würden Sie dazu sagen: heute morgen war der Parkticketautomat mit einem Klebezettel "nationaler Sozialismus" verklebt - Strafbarkeit? Und: wem gehören die Golfbälle in den Teichen? Der Golfplatzbetreiber meint, ihm - er will die in seinem Proshop nach Bearbeitung in der Waschmaschine verkaufen - oder den Golfspielern, die mühsam mit Ballangeln 1.000 Bälle zusammensammeln und über Ebay verkaufen?

Am 19.8. wurde im Zweiten die Meldung geprüft, dass Richter meinen, sie würden gegenüber Anwälten zu wenig verdienen (Geld aus der Steckdose, man kann 104 Jahre alt werden - ich muss wie ein Eichhörnchen sparen) und Bürokratieabbaugesetz/Widerspruch in diesen Sachen. Manche Zeitungen meinen, Schaeffler sei jetzt Minderheitsaktionär (mit 36% bis zu 49,9%???). Die wollen an die Elektronikleckerli von Conti ran - Schaeffler habe nur "Heavy Metal". Altkanzler Schröder soll auf die Einhaltung der Vereinbarung aufpassen - wie soll das denn rechtlich gehen? Darf eine AG überhaupt neben dem Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfern sich so eine "Kapazität" ins Haus holen? MLP hat Conti gezeigt, wie man es macht, Wenn Herr Maschmeyer sich anschleicht - den kann ich ab wie kalte Pappe -

dann macht man eine genehmigte Kapitalerhöhung unter Ausschluss der Bezugsrechte und die neuen Aktien werden von Allianz/Axa/Hbos übernommen. SwissLife/AWD werden jetzt wohl in den Keller gehen (mitnichten, die sind gestiegen). Die FR berichtet über die Adoption durch ein schwules Männerpaar - eigentlich geht das ja nicht - das Gericht hat aber die Einzeladoption erlaubt. Formenmißbrauch? Am 18.8. in Trier wurde nach dem Besamungsurteil des EuGH vom 17.7. - C-389/05 - gefragt. Fällt dadurch unser § 55 GewO, nach dem man nicht mit Zuchtbullen von Haus zu Haus gehen darf und alle anderen verbotenen Reisegewerbstätigkeiten? Sowie, vor welchem Gericht Karadzic anzuklagen sei - IstGH oder Jugoslawientribunal? Und wonach Russlands Vorgehen zu beurteilen sei - Haager Landkriegsordnung?

Die zweite BGB-Klausur ist auch eine Denksportaufgabe: P will sein brennendes Ölfeld durch einen Spezialisten löschen lassen. A, ein Trittbrettfahrer, meldet sich als Spezialist B und löscht. B will nun das Honorar haben. A auch. Dann bestellt jemand nach altem Katalog per Fax Wein, der jetzt teurer ist. Aha, das Handelsblatt meint, dass Schaeffler an den Powertrain (googeln) von Conti ran will. Wie kann man Leute ärgern? Indem man in einem Schlichtungsverfahren nach § 15 a EGZPO über eine Nachbarschaftssache in Siegburg einen Schlichter in Hamm anruft - BGH VI ZR 221/07. Siemens-Mitarbeiter haben ENEL-Mitarbeiter im Jahr 2000 bestochen. Fiel nach altem Recht die Bestechung von ausländischen Geschäftspartnern unter § 299? Ist Absatz III nur eine unnötige Klarstellung? Sind ENEL-Mitarbeiter Amtsträger für § 331, wenn das Unternehmen dem italienischen Staat gehört? § 11: Amtsträger nach deutschem Recht - nicht deutsche Amtsträger oder Amtsträger in Deutschland. Europaautonome Auslegung im Strafrecht ohne Vorlage an den EuGH? Steht einer weiteren Gewinnabschöpfung nach § 73 StGB durch den deutschen Staat entgegen, dass schon die Italiener abgeschöpft haben? Ne bis in idem bei Nebenfolgen und gegenüber dem Ausland? Muss auch das beim EuGH erfragt werden? Und ob schwarze Kassen unter § 266 fallen. Erinnert an Helmut Kohl und Manfred Kanther. Das hat der BGH am 20.8. alles verhandelt. Bitte die Entscheidung 1 StR 174/08 angucken: wie ist der Kopf der Bande zu bestrafen, der am Tattag auf Arbeit ist, aber an der Beute beteiligt werden soll und erst aus der Zeitung erfährt, dass die Kumpels den Supermarktleiter ohne ihn überfallen haben? Bildungsreise, Runder Tisch, Bildungsgipfel, Leitlinien, Geld für Bildung - darf der Bund so das Bildungsmonopol der Länder zertöchern? Oder ist nur ein Übergriff durch Gesetz verboten? Die FAZ berichtet über Karadzic und seine Weigerung, sich einen Rechtsbeistand zu nehmen. Wie wird das englische Recht mit Angeklagten fertig, die sagen, das Gericht sei kein Gericht? Indem die den Mund aufmachen und sagen, ihr seid kein Gericht, haben sie sich schon der Gerichtsbarkeit unterworfen. Beim IGH wird das auch so gemacht. Wenn ein verklagter Staat schreibt, wir machen nicht mit, macht er mit. Man muss da also die Post in den Papierkorb schmeissen. Was machen wir mit Angeklagten, die sich total verweigern? Die StA Rostock meint, ein Anwalt, der eine Mutter begleitet, die erpresste Millionen in bar für ihren Sohn, den Täter, in Thailand einzahlen will, begehe Geldwäsche. Er wird von dem Kollegen Strate verteidigt, der sich bei Geldwäsche gut auskennt. Erst das OLG Hamburg hatte ihn freigesprochen, nachdem er als Vorschuss gebrauchte kleine Scheine, aus denen es weiß rausrieselte nahm, um einen inhaftierten Drogendealer zu verteidigen. Schaeffler und Conti haben sich geeinigt. Schaeffler spart viel Geld, wobei ich immer noch nicht weiß, was die mit dem Laden eigentlich wollen, wenn sie versprechen, bis 2014 nichts großartiges zu ändern. Geld parken?

Die erste BGB-Klausur im August: der im Grundbuch eingetragene Pseudoerbe (wegen Anfechtung nach § 2079) bestellt eine Vormerkung, dann macht das Nachlassgericht nach § 2366 bösgläubig. Die FAZ schreibt zur Monroe-Doktrin der USA: Europa hat sich aus allen amerikanischen Angelegenheiten rauszuhalten und zwar in Nord- UND Südamerika und die USA aus europäischen - vor dem Hintergrund des georgischen Blitzkrieges. Eine Zugewinnreform geht am 20.8. durchs Kabinett. Man staunt immer, was für dummes Zeug die Zeitungen schreiben (unsere BMJ hat ihre eigene Reform auch nicht verstanden). Es geht nicht darum, dass der Mann (ja, meistens manipulieren die) Kreuzfahrten und Casinobesuche macht und dabei das Geld durchbringt, von dem sie die Hälfte abzubekommen hat. So was albernes. Der tut nur so, als ob, denn schließlich will er doch selber was von dem Geld haben (geht also in Kasino und hebt den Eintrittsbon auf, wobei dieser uralte Trick in die Mottenkiste gehört - das macht heute keiner mehr - schon wegen § 1375 II nicht). Das Problem ist der Stichtag. Man müsste den auf den Trennungstag vorverlegen. Wenn er die Scheidung beantragt, räumt er am Tag vorher seine Konten leer und legt dann auf den Stichtag der Rechtshängigkeit Auszüge mit 10 € Guthaben vor und Darlehensverträge mit seinen Eltern - er habe ja neue Möbel kaufen müssen und eine neue Wohnung anmieten dürfen. Wenn er die Trennung strategisch plant, macht er das dann natürlich ebenso. Leider hat man keinen Auskunftsanspruch auf Vorlage aller Kontoauszüge ab Trennung bzw. vor der Trennung. Man muss also einen umfassenden Auskunftsanspruch schaffen! Die Pfuscherei ist beim Unterhalt und Selbständigen viel gefährlicher. Stellen Sie sich vor, eine Steuerberaterrehe geht zu Ende. Im Jahr seit der Trennung bis zur Rechtshängigkeit verdient der plötzlich nichts mehr. Ein Blick in seine Bilanz zeigt, dass er nun mehr Personalkosten hat (die neue arbeitet angeblich mit) und er hat weniger Einnahmen, er mache angeblich mehr Urlaub (er macht mehr Schwarzgeld). Dagegen machen Sie gar nichts. Die FR berichtet über Schiedsverfahren. In NRW hat sich zum Jahresbeginn einiges geändert. Das Erscheinen kann nicht mehr durch Bußgeld erzwungen werden, so dass die Anzahl sehr gesunken ist. Der Anwaltsverein Bonn hat sich ausgeklinkt - in Geldsachen hat man das auch wieder abgeschafft. Es bleiben die

Nachbarschaftssachen sowie Privatklageverfahren. Der VGH Münster meint, dass die Landesregierung zu Interna der RAG einem Abgeordneten Auskunft zu erteilen habe. Wie wäre es im Bundestag? Unterschied Kleine und Große Anfrage. Pflicht zu antworten bei privaten Unternehmen? Wieviel Senate hat Münster, wieviele Richter? Laien-Beteiligung (Laie als Nicht-Richter)? Welche Verfahren gibt es da? Warum sitzt der in Münster und nicht in Castrop-Rauxel?

John McCain ist kein natural born citizen, da er in der Panamakanalzone geboren wurde, obwohl er amerikanische Eltern hat. Die USA haben als typisches Einwanderungsland das ius soli, wir als typisches Auswanderungsland - jetzt ja wieder - das ius sanguinis. Muss bei uns die Kanzlerin, ein Minister, der Bundespräsident Deutscher sein? Wo steht was dazu? Greenpeace blockiert die Schraube eines japanischen Walfängers mit einem Tau - Nötigung - Sachbeschädigung - § 315? Die Welt berichtet ausführlich über den Knatsch zwischen dem Conti-Vorstand und Aufsichtsrat. Schaeffler wurde ein sog. Term-Sheet, also eine Weihnachtswunschliste, zugeschickt. Wenn Conti weiter rumzickt, sagt Schaeffler, ok, es bleibt bei unserem jetzigen Aktienanteil, wir kaufen keine weiteren - dann gucken die Aktionäre, die auf den großen Reibach hoffen, in die Röhre. Der Conti-Vorstand weiß natürlich, dass er der erste ist, der gehen muss. Die Telekom legt Call-Center zusammen - Änderungskündigung, Sozialplan oder einfach Weisungsrecht? Alle Zeitungen berichten über ein BGH-Urteil zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft - XII ZR 179/05 - aber nicht über das andere vom 18.8. - XII ZR 39/06. Bei prägenden wertschaffenden Vermögenswerten hat der BGH eigentlich immer schon einen Ausgleich angenommen. Hier geht es aber um Arbeitsleistungen - Architekten/Bauarbeiterleistungen. Bisher hieß es immer, wenn er in seinem Urlaub die Sauna gebaut hat, dass sie dann ja gekocht habe. Wird jetzt die Ehe schlechter behandelt? Da gibt es "nur" Zugewinn und § 1380 BGB ist ein harter Brocken. Die Uni Siegen hat die Rektorenwahl abgeblasen, nachdem der Senat die Wahl durch den Hochschulrat, den es erst seit dem 1.1.08 gibt, nicht bestätigt hat. Hätte der Hochschulrat die Bestätigung einklagen können? Oder der Kandidat, der jetzt trotz Wahl doch in die Wüste geschickt wird? Ist diese neue gesetzliche Regelung verfassungswidrig? Wenn das OVG Münster schon die Schulleiterwahl durch die Schulkonferenz für unvereinbar mit Art. 33 II GG hält, dann das doch auch, auch wegen Art. 5
III?

Das OVG Münster und VG Aachen meinen - so FAZ., dass das neue Schulgesetz NRW, welches den Schulkonferenzen erlaubt, Schulleiterbewerber abzulehnen, mit Art. 33 II GG nicht vereinbar sei. In den USA werden neue Lügendetektoren getestet. Bisher wurde durch Schwitzen und Blutdruck festgestellt, ob man eventuell lüge - was natürlich unzuverlässig und daher unzulässig war. Wie ist es aber mit der Messung von Hirnströmen? Conti: der Aufsichtsrat will mitverhandeln. Ist das aktienrechtlich zulässig? Die Freiwillige Feuerwehr in Oer-Erkenschwick - da hat die Oma von Leonardo di Caprio gewohnt - hat fiese Aufnahmezerimonien - § 228 StGB? Langzeitarbeitslose sollen Demenzkranke pflegen - Verstoß gegen das Zwangsarbeitsverbot (wegen Stalin und unserem Führer) in Art. 12, 12 a GG?

Für die alten Hasen im Prüfungsgeschäft: Prof. Dr. Pagenkopf prüft nun in Berlin - z.B. am 12.8.. Ich darf aus einem Protokoll zitieren: Er hat keinen Respekt, weder vor den anderen Prüfern, die er ständig unterbrach, noch vor den Prüflingen. Den Zivilrechtler und Vorsitzenden bat er z.B., doch bitte bald zum Schluss zu kommen. Ausserdem hatte er die ganze Zeit demonstrativ seinen Deutsche-Bahn-Fahrplan mit den Verbindungen nach Leipzig auf dem Tisch liegen. Nach ca. 2 Stunden hat er seinen Stuhl um 90 Grad nach außen gedreht und den anderen beiden Prüfern den Rücken zugekehrt und nicht mehr wirklich mit denen kommuniziert. Und natürlich hat er die Kandidaten während der ganzen Zeit nicht angesehen. Hätte ich grüne Haare gehabt, wäre ihm das nicht aufgefallen. Den obligatorischen Vortrag über die Herkunft seines Namens, der nicht wie die Frisur ausgesprochen wird, hat er dem Vorsitzenden, der ihn ungünstlicherweise falsch vorstellte, auch gehalten. Das sind nur die Highlights. Die Bonner und Kölner sollten Kerzen anzünden, dass dieser Kelch in Zukunft an ihnen vorbeigeht. Das JPA unter alter Leitung hat nichts gegen ihn unternommen - meine Vermutung: er hat soviel geprüft und Klausuren korrigiert, dass der Betrieb sonst zusammengebrochen wäre. Allerdings gab es Gerichtsverfahren, in denen dann aber die Zeugen - Mitprüflinge - gekniffen haben - in Angst um ihre künftige Karriere. So schlimm wäre er doch gar nicht gewesen. Er war das schlimmste, was weit über 20 Jahre (1979 - 2006) lang im Prüfungswesen passierte. Die passendste Beschreibung in einem Protokoll: er sieht sich als letztes Bollwerk gegen die menschliche Dummheit. Ich tauchte in seinen Prüfungen als "die Dame aus Bonn" auf, was ich durchaus als Kompliment - ungewolltes - verstand. Sehen Sie es mal so: es gibt Juristen, die ausserhalb der Justiz in keinem Unternehmen die Probezeit überstanden hätten. Sozialkompetenz war bis zur Einführung der Assessmentcenter nicht gefragt. Die Haushaltsmittel und die Note entschieden - und zwar in der Reihenfolge.

Der BGH hat trotz Vermutung einer Anschlagsserie Herrn Klar u.a. § 55 StPO zugebilligt. "Eine andere Tat"? Die Amerikaner paraphieren mit Polen einen Waffenstationierungsvertrag. Da könnte Russland doch an den Carolina-Fall denken und im Wege der präventiven Selbstverteidigung einen Online-Krieg gegen Polen starten oder? Wäre das

verhältnismäßig? Ausgerechnet Bush mahnt die Russen, sie hätten sich an Völkerrecht zu halten.

New Yorker Geschäfte betreiben Gehwegkühlung, um Kunden aus 35 Grad Celsius in ihren Laden zu locken. Ist das eine Sondernutzung nach § 18 LStrWG? Das Gladbecker Geiseldrama vor 20 Jahren beschäftigt die Zeitungen. Ich erinnere mich noch gut. Der NRW-Innenminister hat nicht die GSG 9 in Hangelar, quasi 500 Meter entfernt, gerufen, als die Gangster die Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz (das offiziell den gezielten Todesschuss im Gesetz stehen hatte und wohl noch hat) überschreiten wollten. Der Bund war CDU-regiert, das Land SPD. Resultat: mehrere Tote. Der Minister hat das Bundesverdienstkreuz erhalten und gesagt, es sei durch geheimen Erlass geregelt, ob in § 63 II PolG der Todesschuss drin stehe oder nicht, damit man für die Gangster nicht kalkulierbar sei. Amtshaftungsklagen der Hinterbliebenen wurden abgewiesen. Das zu den Fakten. Die FR berichtet anlässlich des zweijährigen Geburtstages des AGG, dass das BAG sich mit der Frage zu beschäftigen habe, ob bei betriebsbedingten Kündigungen eine Sozialauswahl auch nach dem Alter erfolgen dürfe und ob ältere AN mehr Urlaub kriegen dürften. Angeblich sind die chinesischen Kunstturnerinnen mit den Milchzahnlücken 16 Jahre alt. Dann bin ich 104. Ist das strafbare Körperverletzung, wenn zu junge Sportler teilnehmen? AWD (riesige Provionsmaschine - ich zitiere nur) will mit SwissLife MLP (Studentenfänger - ebenfalls nur Zitat) analog Schaeffler/Conti schlucken. Das funktioniert nicht, weil SwissLife an der Börse ist und deren Anleger das nicht gut finden und verkaufen. Dumm gelaufen. Die Rüsselsheimer Schiesserei soll natürlich wieder wegen einer Frage der Ehre passiert sein. Ein Türke sei von einem Discotürsteher abgewiesen worden. Verboten das AGG das? Offiziell sagen die natürlich, der Laden sei voll. Das AGG verleitet zu einer einzigen großen Lüge. Ein paar ganz dumme AG machen das mal falsch und dann bürgern sich AGG-feste Formulierungen ein und es wird mehr diskriminiert als vorher. Michael Phelps - 11 Fabelweltrekorde - weil der sich angeblich zwischendurch nur hinlegt, um die Ermüdung der Muskeln zu verhindern? Ist Doping, das gegen olympische Spielregeln verstößt, strafbar? § 223? § 263? Strafbare Körperverletzung, wenn ein noch nicht zugelassenes Herzmittel gegeben wird? Und was für Spezialisten: Das BSG hat am 14.8. - B 5 R 98/07- durch den 5. Senat die Rechtsprechung des 4. Senats zum Abschlag bei der Rente für Erwerbsminderung gekippt, d.h. den Abschlag nun doch für zulässig erklärt.

Conti: kein Weißer Ritter, keine ausserordentliche HV, die sind am Ende. Großes Golf bei Schaeffler. Im Zweifel gegen den Angeklagten hat der BGH im Siegburger-JVA-Foltermord-Prozess entschieden. Die Sicherungsverwahrung unter Vorbehalt - § 66 a StGB/§ 106 III JGG (Frau Gerster sprach im ZDF von Sicherungsverwahrung - iiiihhh) - muss angeordnet werden, es sei denn, der "Hoffnungsschimmer" gründe sich auf Tatsachen und nicht nur auf Vermutungen. Der BGH ist über den Antrag der Bundesanwaltschaft hinausgegangen. § 66 a bei einem Heranwachsenden, für den § 106 II und III JGG angewandt wurde? Ja. Ein bißchen unlogisch. Die FAZ diskutiert, ob Fußballvereine Polizeieinsätze bezahlen müssen. Sind sie Zweckveranlasser? Der EGMR warnt Russland wegen Georgien. Ich dachte, Richter kommen erst zum Zug, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist aber nicht präventiv. Ausgerechnet George W. Bush droht mit einem Ausschluss aus der WTO - die Russen sind da gar nicht drin sondern haben nur einen Beobachterstatus - und aus der G8 - das ist gar nichts rechtlich selbständiges. Die USA selber sind nur noch in der UNO und der WTO, Weltbank, IWF (?). Ich habe ehrlich gesagt Verständnis für die russische Einstellung. Die Amerikaner karren georgische Soldaten mit ihren Fliegern ins Krisengebiet, damit die gegen die Russen kämpfen. Das würde ich mir auch nicht bieten lassen. Eine Zeitung zitierte einen Politiker, Russland habe an seinen Grenzen nur Feinde oder Vasallen. Die Altersgrenze der Kassenärzte soll wieder fallen. Was war das vor ein paar Jahren für ein Bohei - auch juristisch und im Examen. Die obersten Gerichte haben allen Ernstes argumentiert, dass ein pensionierter 55-jähriger Chefarzt nicht mehr in der Lage sei, ökonomisch zu denken. Er wolle ja nur die teure Einrichtung seiner neuen Praxis mit der Kassenarztzulassung finanzieren und würde deshalb zu viele Rezepte ausstellen. Und nun kommt das Verbot der Altersdiskriminierung und das interessiert keinen mehr. Noch mal zum Transsexuellengesetz-Urteil. Nach § 1310 BGB heiraten "Eheschließende". 1896 hat man damit natürlich Mann und Frau gemeint, schon wegen des alten § 175 StGB. Aber heute müsste man diese Vorschrift wegen Art. 141 EG und der Antidiskriminierungsrichtlinien doch automatisch dahingehend auslegen, dass jeder, der heiraten will, das darf - auch Geschwister - oder habe ich da einen Denkfehler?

Im Fall Böhringer - der Erbneffe soll seine Erbtante umgebracht haben - hat das Schwurgericht sein Erbe dem Staat zugesprochen - Unterschied Verfall und Einziehung? Hier prallen BGB und StGB aufeinander. Wegen Erbunwürdigkeit bekommen die gesetzlichen Erben das Vermögen, wenn sie denn anfechten. Da wird sich aber sicher einer finden. Darf dann der Staat aufgrund eines Indizienprozesses das Erbe für sich reklamieren? Das ist doch eigentlich eine Enteignung der gesetzlichen Erben. Die SZ berichtet nun mal abwechslungsweise über Carl Schmitt und Plettenberg. Er sei widerlich und gleichzeitig operettenhaft lächerlich gewesen. Die Formulierung hat was. Georgien marschiert in seiner eigenen Provinz Süd-Ossetien ein und Russland "bestraft", da dort in den Supermärkten russische Pässe verteilt wurden. Darf ein Staat sich auf das Selbstverteidigungsrecht berufen, wenn seine Leute im Ausland bedroht werden? Nein, obwohl Frau Prof. Nußberger das im Fernsehen gestern bejahte und lediglich die Verhältnismäßigkeit

rügte (wenn der Gegner militärische Mittel einsetzt, kann man doch nicht ein Bananenimportverbot beschließen, zumal die Amerikaner Georgien mehr als logistische Hilfe leisten - da war Kuba 1962 ja umgekehrt noch harmlos). Der Fall Nottebohm ist wieder gefragt. Act of State Doktrin. Darf ein Staat rügen, dass ein anderer Staat willkürlich Staatsangehörigkeiten vergibt? Zudem: wenn das ein Fall der Selbstverteidigung wäre, könnte man wegen eines entführten Touristen ja jedes Land überfallen. Der Konflikt ist aber eigentlich einer zwischen den Russen und den Amerikanern. Präventive Selbstverteidigung analog Irka-Krieg durch die Russen? Ein Waffenstillstand kann nach Art. 36 der Haager Landkriegsordnung übrigens nur durch Angebot und Annahme vereinbart werden. Das LG Konstanz hat in einer Erbenfeststellungsklage geklärt, dass Unicef die Kunstsammlung des Herrn Rau erbt. Zeitungen berichten über die anstehende Aufsichtsratssitzung bei Conti, als wenn der Sicherheitsrat der UNO tagen würde. Die werden eine HV beschliessen - aber wozu? Einfach um zu verzögern? Ist das schon eine unzulässige Giftpille des Managements? Die FAZ diskutiert, ob durch das BVerfG-Urteil zum Transsexuellengesetz nicht das Ehemopol der Heteros endgültig gefallen ist. Einen Prüfer zumindest wird das freuen. Die Kirche verfällt in Schockstarre. Die Kirche - natürlich die Katholische - hatte bei der Schaffung des BGB (Erbrecht) und des StGB und des Grundgesetzes ihre Vorstellungen erfolgreich einbringen können. Im Vertrag von Lissabon nicht mehr - und jetzt das. Das Schiff segelt juristisch in die untergehende Sonne. Ich warte auf das erste Vertragsverletzungsverfahren der Franzosen wegen der vielfachen deutschen Kirchenprivilegien.

Auch der Supreme Court hat seinen Feinstaubfall. Massachusetts / EPA - ist die amerikanische Umweltbehörde verpflichtet, etwas gegen den CO2-Ausstoss zu tun? Schaeffler erklärt Conti mit notariell beglaubigter (nicht beurkundeter) Erklärung, dass sie alles so lassen wollen, wie es ist. Das würde ich auch nicht glauben, warum kaufen die den Laden denn dann? Wenn der so gut laufen würde, wären die Aktien viel teurer. Conti überlegt, ob eine ausserordentliche Hauptversammlung eine Giftpille durch Zukauf eines Unternehmens beschliessen sollte. Dürfte der Vorstand über den Zukauf alleine entscheiden? Holzmüller-Gelatine (da ging es um den Verkauf von Kronjuwelen) umgekehrt? Mal unterstellt, Conti sagt, ok, ihr habt das zugesagt, jetzt geben wir Pfötchen - dürfte Schaeffler die Zusage brechen? Klar - Wegfall der Geschäftsgrundlage und Anfechtung. Wenn wir gewusst hätten, dass die Geschäftslage soooo schlecht ist, hätten wir die Zusage nicht gegeben. Und das Argument, das immer greift: entweder wir bauen Stellen ab oder wir schliessen den Laden. Schaeffler lenkt davon ab, dass sie jetzt unbedingt abschliessen wollen und müssen. Je länger das wird, desto teurer. Deshalb die Zusage (meine Meinung).

Der BFH - IX R 29/06 - meint, dass auch die Veräusserung von täglichen Wirtschaftsgütern durch Privatleute, wie des Pkw, innerhalb eines Jahres bei Gewinn nach § 23 EStG zu versteuern ist. Dann müssen aber auch die Verluste aus anderen privaten Geschäften verrechenbar und vortragsfähig sein. Die Welt berichtet über die Herrenchiemseekonferenz. Der Gegenvorschlag zum Bundesratsmodell war das Senatsmodell. Also die Wahl der zweiten Kammer über die Landtage. Wir haben kein Zweikammersystem, da der Bundesrat nicht gleichberechtigt ist. Er blockiert nur, gestaltet aber nicht. Da er durch die Landesregierungen bestimmt wird, hat er nicht die Aufgabe, mehr Volk zu repräsentieren sondern eine effektivere Kontrolle über die Qualität von Bundestagsgesetzen zu liefern. Denn Regierungen können für viel Geld Sachverständige einkaufen. Der Bundesrat ist also eine Art Stiftung Warentest für Gesetze. Das konstruktive Mißtrauensvotum und die Wahl des BP durch die Bundesversammlung und nicht direkt durchs Volk wurden beschlossen. Die Erbrechtsreform ist fast in trockenen Tüchern - Umkrempeln des Pflichtteilsrechts und Anrechnung von Schenkungen nicht nach dem Fallbeilprinzip der 10 Jahre sondern prozentual. Die Insolvenz bei SinnLeffers - der vorläufige Insolvenzverwalter überlegt laut, ob ein Insolvenzverfahren in Großbritannien nicht besser sei - dann wird er aber kaum noch Insolvenzverfahren von seinem zuständigen Rechtspfleger und Richter angetragen bekommen. An den Sumpf der justizweise vergebenen Posten (Pflichtverteidiger, Betreuer, Nachlaßverwalter, Insolvenzverwalter) geht kein Politiker ran. Was man da von Kollegen erzählt bekommt, erstaunt. Betreuenden Anwälten gehören ganze Straßenzüge, die im Laufe der Mandate so angefallen sind. Bei alten Damen, die im Seniorenheim sitzen und 4 Millionen auf dem Konto haben, bekommen die immer gleichen Anwälte die Mandate - bei Fällen aus dem Bonner Loch ebenfalls andere gleiche. Wenn versehentlich eine alte Dame als arm eingestuft wurde, sich dann aber unter dem Zeitungsstapel 17 Sparbücher mit einem Millionensparguthaben finden, schreibt plötzlich der Rechtspfleger, der Betreuer sei ungeeignet, man wolle die Sache doch lieber einem anderen Kollegen geben. Rechtspfleger gehen aus der Justiz und machen sich selbständig. Von wem die wohl ihre Fälle dann bekommen und warum? Ich hör hier lieber auf.

Ist Kapitel VII der UN-Charta für den Konflikt Georgien-Russland einschlägig? Oder ist das ein interner Konflikt? Die Russen legen den Begriff territoriale Integrität aus, wie es ihnen passt - die Amerikaner den Begriff der (präventiven) Verteidigung. Die SZ hat am 9.8. über DEN Vater des Grundgesetzes, Carlo Schmid, berichtet. Die Übernahme des Bundesratsmodells aus dem Norddeutschen Bund (neben dem Bundeskanzler, dem Auswärtigen Amt, dem StGB und der GewO) soll von ihm sein. Angeblich jedes Komma im Grundgesetz. Dann wahrscheinlich auch die paar Redaktionsfehler, z.B. wird der Begriff der verfassungsmäßigen Ordnung in Art. 2 I GG anders verstanden als in Art.)

und 21 GG; der Rechtsstaat taucht erst in Art. 28 GG auf und nicht schon in Art. 20 GG. Da Sittengesetz in Art. 2 GG ist total überflüssig. Aber was erzähl ich denn da, das weiß doch jeder. Die FaS erörtert die Übernahmemöglichkeiten und Abwehrstrategien bei Conti und demnächst bei Daimler. Angeblich muss man für Daimler nur 13 Milliarden hinlegen, weil deren Barkasse gut gefüllt ist und eine Sparte sofort verkäuflich ist. Conti will Schaeffler's Finanzierungsmöglichkeiten austrocknen, indem Banken mit Beratungsverträgen gehindert werden, dem Gegner Geld darzuleihen. Too late. Wenn dann die Übernahme in trockenen Tüchern sein sollte, stellt sich die Frage, in welche rechtliche Form man das gießt. Kaufvertrag? Oder simpel Übertragungen der Aktien? Kaufvertrag worüber? Fusion? Sonst noch was?

Kann die StA gegen den Freispruch im Münchner Prozess mit dem vertauschten Angeklagten erfolgreich in die Revision gehen? § 339 StPO? Schützen §§ 136 a, 69 III StPO nur den Angeklagten, nur den Zeugen oder beide? Sie sollte eher die Berufung nehmen, damit eine neue Beweisaufnahme erfolgen kann. Hat der Zeuge, der anzeigenerstattende Anwalt, sich wegen Falschaussage strafbar gemacht? Im sog. Böhringerprozess - der Neffe soll seine Erbtante ermordet haben - wurden 200 Beweisanträge seitens der Verteidigung gestellt. §§ 243 - 245 StPO sind das Herzstück der StPO. Man gewinnt also nicht, wenn man die Zeugen in die Tränen treibt, sondern wenn man das Gericht veranlasst, einen Fehler zu machen, indem genervt der 156. Beweisantrag abgelehnt wird. Der EuGH C-319/06 hat Rom I und II und dort vorgesehenen Wegfall des ordre public schon vorweggenommen. Luxemburg darf nicht die zwingenden Gesetze nach Art. 30, 34 EGBGB selber definieren - der Begriff des ordre public ist schon jetzt autonom, so dass die Mitgliedstaaten die Finger davon zu lassen haben. Ich fürchte, dass ab 2009 ein arabischer Mitbürger seine Frau durch eine SMS "Talaq, Talaq, Talaq" verstossen kann und damit geschieden ist. Am 9.8. wiederholt das ZDF den Magnus-Gäfigen-Krimi - wirklich sehr gut für die StPO-Kenntnisse und spannend, man ist live dabei. Bitte angucken. Die gewählte Dresdner Oberbürgermeisterin kann nicht vereidigt werden, weil ein Einspruch gegen die Wahl vorliegt. Nach § 10 LBG darf ein Wahlbeamter erst einen Monat nach Wahl ernannt werden. Hat er aufgrund der Wahl einen Anspruch auf Ernennung? Im Kölner Müllskandal ist ein Ratsmitglied als Abgeordneter gemäß § 108 e StGB eingestuft worden. Unterschiede MdB zum Ratsherrn? Immunität, Bezahlung, Haftung. Schadet auch bei § 108 e der Anschein der Bestechlichkeit? Herr Trienekens kommt fein raus - daran, dass er und seine Anwälte sich ausblenden und nicht das Licht der Öffentlichkeit suchen, sieht man wie gut die arbeiten. Ist eine Bulette eine "zubereitete Speise"? Damit dürfen sich jetzt Juristen beschäftigen.

Der Conti-Vorstand sollte sich das Urteil II ZR 210/06 angucken: der Vorstand, der nach einer Kapitalerhöhung Anleger sucht, haftet nach § 311 II persönlich. Muss eine Mutter dem Scheinvater den wirklichen Vater benennen, damit der erstere bei dem letzteren Regress nehmen kann? BGH ja, I ZB 87/06. Dadurch dürfte sich das Problem des heimlichen Vaterschaftstest erledigt haben. Mein Wortschatz erweitert sich regelmäßig: was ist ein Anfragebeschluss? Der Findex bringt keine Klarheit, aber Dank sei Google: § 132 III GVG. Ein BGH-Senat fragt wegen Crystal Speed (kein Hunger, kein Durst, 70 Stunden ohne Schlaf, geeignet für Dauertanzen übers Wochenende und Examenshausarbeiten, macht aber schnell blöd, Herstellungslabore vermehrt in Tschechien) an. Darf der BGH das im Wege der Rechtsfortbildung oder muss der Gesetzgeber ran? Kartellrecht - Zenralvermarktung der Bundesligaspiele, die EU-Kommission als Spinne im Netz mit Selbsteintrittsrecht wird im Sportteil der FAZ von Johannes Wertenbruch so erklärt, dass man sich auf einer höheren Verständnisebene wieder findet. Senor Medellin ist hingerichtet worden. Die USA haben die einstweilige Verfügung des IGH mißachtet. Dürfte das ein deutsches Gericht? Ein SPD-Politiker hat Bauarbeiter, die morgens zu früh anfangen, Lärm zu machen, mit einem Gartenschlauch naßgespritzt, was natürlich eine Strafanzeige zur Folge hatte. § 223? § 240? Rechtfertigungsgrund? Der Chauffeur von Osama Bin Ladin ist wegen Beihilfe verurteilt worden. Ginge das bei uns? Sozialadäquate Tätigkeit, wenn ein Taxifahrer einen Profikiller zu seinem Arbeitsplatz fährt? Ein Strafrichter in München hat dem Angeklagten erlaubt, ein Double hinzusetzen, um herauszufinden, ob der Zeuge ihn wieder erkennt. Kollegen hatten mal folgendes veranstaltet: die Autos sind überkreuz zugelassen. Anzeige wegen Geschwindigkeitsüberschreitung. Ging natürlich an den Halter, der nicht gefahren war. Einspruch, Verhandlung. Der "Täter" saß als Verteidiger in Robe da, der unschuldige Sozios als Angeklagter. Der Zeuge war völlig verwirrt und verließ brabbelnd den Saal. In München: § 136 a StPO? Gilt der auch gegenüber Zeugen? Ist das eine Täuschung oder eine zulässige Aufklärungsmethode des Gerichts? das Gericht hätte eine Wahlgegenüberstellung machen müssen - §§ 58, 69 StPO. Conti: ist die Kapitalerhöhung eine unzulässige Giftpille? Wie, wenn eine 10%ige Erhöhung schon im Frühjahr auf der HV beschlossen worden war? Daimler befürchtet nun auch, übernommen zu werden und sucht präventiv "Ankerinvestoren". Roland Koch: auch er muss sich eine Strategie gegenüber dem nächsten feindlichen Übernahmeversuch von Frau Ypsilanti ausdenken. Zurücktreten darf er als nur geschäftsführender MP ja nicht. Und wenn er es doch tut? Vertrauensfrage? Als nur geschäftsführender MP hat er kein Vertrauen. Und wenn er sie trotzdem stellt? Selbstauflösung des Landtages, dafür hat er keine Mehrheit. Er müsste krank werden. Aber dann ist die weitere politische Karriere in Gefahr. Oder Frau Roth müsste sich zur Wahl stellen in der Hoffnung, dass Teile der SPD und der Grünen da mitmachen. Koch ist ja das rote Tuch.

So, Schaeffler hat Angst vor einer Kapitalerhöhung - Conti will die nun erst recht machen. Professoren in einigen Bundesländern - auch NRW - klagen gegen die W(issenschaftler)-Besoldung, die nach der Föderalismusreform eingeführt wurde. Ein Fixum plus Leistungsanteil. Sind die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums verletzt, wenn ein Beamter Leistung zeigen muss? Ich vermute, dass so entschieden werden wird. Beamte haben Anspruch auf Geld aus der Steckdose. Die FAZ diskutiert in Recht und Steuern Klingeltonverträge von Minderjährigen. § 110? Das OLG Frankfurt hat im Telekom-Prozess dementiert, dass eine Wende durch die Anforderung der pretrial-discovery-Unterlagen eingetreten sei. Es soll ja kein Ausforschungsbeweis durch die Hintertür eingeführt werden. Bei uns entspricht diese amerikanische Spezialität in etwa dem selbständigen Beweisverfahren. Wenn etwa der Käufer einer Klingelanlage für ein Altersheim (BGH jetzt auch in der August-JuS) mich mandatiert, muss ich erst mal prüfen, ob überhaupt ein Mangel vorliegt. Mangels Vorlesung in Elektronik muss da ein gerichtlicher Sachverständiger dran. Ein Privatgutachten gilt prozessual nur als qualifizierter Sachvortrag - hat aber praktisch meist die gleiche Wirkung wie ein gerichtliches Gutachten.

Die Politiker überlegen, ob sie die Raucherproblematik nicht durch Streichung eines Satzes in der Arbeitsstätten-VO in den Griff kriegen - ginge das überhaupt noch? Art. 72 GG? Herr Bsirske wird sich mit § 113 AktG beschäftigen müssen. Rechtlich seh ich da keine Probleme. Ob das anständig ist oder nicht, interessiert seit Kant nicht mehr, da Moral und Recht zu trennen sind. Das Conti-Management lernt dazu. Man muss sich teuer machen und verzögern, da Schaeffler gar nicht zu 36% übernehmen will - das würde die zu teuer kommen - die Schaeffler-Banken versuchen angeblich, ihr Engagement zu refinanzieren. Nun soll eine Gegenofferte von befreundeten Banken kommen. Die AN sind dann wohl eher für Schaeffler als für einen Finanzinvestor. Ein präventiver wirksamer Schutz gegen feindliche Übernahmen auf Schaeffler-Art wäre eine genehmigte/bedingte Kapitalerhöhung und die Wiedereinführung der Deutschland-AG, Brüssel könnte da aber schief gucken. Im Telekom-Prozess will das OLG im Musterverfahren die pretrial-discovery-Unterlagen sehen und zwar die Zeugenaussagen von Ron Sommer etc. in den USA - als ob der da was anderes gesagt hätte als hier. Da die Telekom sich in den USA aber sehr teuer verglichen hat, würde ich als Anwalt doch versuchen, an die Unterlagen der dortigen Kläger zu kommen - gegen Geld natürlich. Wahrscheinlich werden die aber eine Verschwiegenheitsklausel unterschrieben haben. Medellin / Texas. Wie in der Sache Lagrand setzt sich Texas gegen eine injunction des IGH hinweg und wird Senor Medellin hinrichten. Der Supreme Court hat im März entschieden, dass Bush Texas keine Anweisungen geben darf sondern nur der Kongress. Eine Art Wesentlichkeitstheorie auf amerikanisch. Der spanische Templerorden verklagt unseren Papst, weil sein Vorgänger vor 700 Jahren den Orden enteignet hat. Was würde ein deutscher Richter mit so einer Klage machen? Dürfen wir das Aussenwirtschaftsgesetz mit einem eisernen Vorhang gegen ausländische Staatsfonds versehen oder ist die Kapitalverkehrsfreiheit verletzt? Muss ein Waldbesitzer in Plettenberg (Carl Schmitt) eine städtische Marathon-Veranstaltung durch seinen Wald dulden? § 4 LForstG - nach VG Arnsberg ja. Eine seltsame Vorschrift. Für Marathons war ja wohl nicht gedacht, dass die dauernd stattfinden dürfen sondern Spaziergänger sollen spaziergehen dürfen. Vor einem Jahr hat der BGH im Mallorca-Mord-Prozess ein Beweisverwertungsverbot festgestellt. Das hat aber keinen praktischen Nährwert, da die Verurteilung aufgrund von Indizien ohne Verwertung des Geständnisses nun bestätigt wurde. Die erfolgreichen Beweisverwertungsverbotfälle reduzieren sich also wieder auf den Wahrsagerinnenfall und das Abhören im Krankenzimmer, seit Herr Tolksdorf hauptsächlich mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt ist.

Die WamS berichtet über den deutschen Taxifahrer, der Afghanen über die dänische Grenze gefahren und dort wegen Beihilfe zum illegalen Betreten bestraft wurde. Wie wäre das bei uns? Die FAZ berichtet über MVZs - medizinische Versorgungszentren - wenn Sie eine lukrative non-main-stream Berufsausrichtung suchen: Medizinmanagement wäre ein Beispiel. Kassenarztzulassungen werden gekauft, juristisch gibt es das aber eigentlich nicht - ähnlich wie bei Taxikonzessionen oder bei der Übertragungen von Rabatten der Autohaftpflicht. Als kleines Zubrot zu seinem Sparkonto sollte man sich eine Windkraftanlage zulegen, wie die Quandt-Erbin, die sich mit 20% bei der Nordex-AG beteiligt. Das Gesetz über die erneuerbare Energien zwingt RWE den von mir mittels eines Föhns erzeugten Strom zu einem festgelegten Preis abzukaufen. Das einzige, was ich jetzt noch brauche, ist Wind und keine kleine Hufeisennasen in der Gegend, die durch den Discoeffekt Kopfschmerzen bekommen. Im ÖR sind die Windkraftanlagen auch schon geprüft worden: Baurecht - BImSchG - Nachbarschutz? Off-shor-Hugo-Grotius-die Meere sind frei?

Alle Welt regt sich über Herrn Bsirske auf, der während des Streiks seiner Kumpels denen nicht die Beine massiert sondern fünf Wochen in den Urlaub fliegt. Das muss der sogar machen - §§ 116, 93 AktG. Er weiß als Aufsichtsratsmitglied - Mitbestimmungsg - um den Zustand der Kriegskasse der Lufthansa, darf den aber nicht verraten.

Das LAG Düsseldorf meint, eine vollständige Belehrung über § 613 a müsse eine Information über die haftungsrechtlichen Folgen beinhalten. So, wie müsste denn eine solche Belehrung inhaltlich aussehen? Der UN-Sicherheitsrat hat das Darfur-Mandat bei Enthaltung der USA verlängert. Es ging wieder um die Frage, ob die

Verhaftung von al-Bashir eine materiellrechtliche oder eine Geschäftsordnungsfrage ist - Art. 27 UN-Charta. Jeder Politiker beherrscht diesen Seiltanz. Als die Oppositionsführerin Angela Merkel einen Untersuchungsausschuss über das Wahlkampfgebaren der SPD 2002 haben wollte, hat Schröder gesagt, das Thema sei zu unbestimmt formuliert, ab in den Geschäftsordnungsausschuss. Wenn das da wieder rauskommt, ist es eine vertrocknete Primel, die keinen mehr interessiert - die Empörung von Leuten hält nicht lange an. Bonner Apothekern schmeckt heute das Frühstück nicht. Doc Morris hat per Anzeige angekündigt, eine Apotheke aufzumachen, obwohl Luxemburg erst im September verhandelt. Die sind ziemlich siegessicher. Herr Clement: nach den zwei Parteigerichtsinstanzen kann er noch zu den Zivilgerichten - ulkigerweise nimmt man einen Streitwert zu den Landgerichten an, obwohl der Jahresbeitrag der SPD kaum über 5.000 € sein dürfte. Was darf das Gericht prüfen? Wegen der Selbstverwaltung von Vereinen nur ganz wenig. Jemand, der jede Wahl verloren hat und seine mit viel Gehalt und viel Pensionsansprüchen versehene Posten exklusiv durch seine Partei bekommen hat und keinen Führerschein hat, eine anstehende Wahl in einem Land zu torpedieren versucht, das nicht das seine ist, gehört zu recht rausgeworfen. Das können Sie ja anders sehen, wobei ich nicht glaube, dass der Spruch in zweiter Instanz halten wird.

Was sagen Ihnen die Namen Anton Pfeiffer, Carlo Schmid, Otto Suhr, Adolf Süsterhenn, Hans Nawiasky, Theodor Maunz? Die SZ berichtet über die Väter des Grundgesetzes auf der Herrenchiemseeinsel. In der Prüfung Zieschang/Stobbe/Feldmann am 4.7. wurden aus 32 78, aus 37 71, aus 31 49, aus 17 41 und aus 44 82 Punkte. Auch hier kam es zu Meldungen, die der Vorsitzende dann aber unterbunden hat. Im Zivilrecht kam der Zucker-I-Fall des RG zum Nebenbesitz und Grundschuld. Im Strafrecht Abgrenzung Rechtfertigung Schuld. Rechtfertigung ist die Kompensation des Unrechts, Schuld die persönliche Vorwerfbarkeit. Ich finde solche grundsätzlichen Fragen immer sehr unangenehm, da man in einer Prüfungssituation nicht die notwendige geistige und seelische Lockerheit hat, so was zu erklären. Warum bestraft der Staat, fragte mal einer. Das Golden Shield der Chinesen. In den Medien wird von Internetzensur gesprochen. Ist das Zensur im rechtlichen Sinn? Nein, da das Internet ja nicht vor der Geburt verhindert wird - es geht um das Recht, sich aus frei zugänglichen Quellen (Feindsenderverbot der Nazis) zu unterrichten. Wer bestimmt, was frei zugängliche Quellen sind? Wir wollen auch nicht, dass Pornosatelliten auf die Umlaufbahn gehen, was die Chinesen nicht rechtfertigen soll. Die SZ meint, dass jetzt ein juristischer Kampf um den Begriff der "zubereiteten" Speisen wegen des Nichtrauchergesetzes losgehen wird. Die salzigen Käsewürfel, damit man viel trinkt? Das OLG Hamburg ist auch für eine Verbreitungshaftung. Das ZDF dürfe Frau Birthlers Aussage - immerhin eine Bundesoberbehördenchefin - nicht wiederholen, das sei Verdachtsberichterstattung. Dann besteht die FAZ demnächst nur aus einer Seite. Conti: die FAZ weist auf das WpÜG hin, eine Giftpille sei nicht zulässig, da das Management sich nicht die Eigentümer aussuchen darf - Neutralitätspflicht - ein Weißer Ritter schon. Die SZ meint, dass ein Weißer Ritter aber nur gefunden werde, wenn das Kapital erhöht werde, weil niemand komme, wenn er in eine Pattsituation mit Schaeffler gerät. Es könnte auch ein Fan-Club helfen - Freunde von Conti tun sich mit einer Sperrminorität locker zusammen - GbR im Übernahmekampf. Arnold Schwarzenegger will Fast-Food-Ketten-Neueröffnungen in L.A. verbieten. Ginge das bei uns nach § 35 GewO Quatsch § 5 GastG? Unzuverlässigkeit? Kein Rauchen und keine ungesunden Sachen? Unterschied? Rauchen belästigt andere. Im Restaurant sitze ich immer neben einem Tisch, an dem geraucht wird und die Zigarette elegant mit abgewinkeltem Handgelenk nach hinten gehalten wird. Da könnte ich gewalttätig werden. Die Verhandlung Karadzic geht nach englischem Recht - der EuGH entscheidet nach französischem Rechtsverständnis, der EGMR nach englischem Recht, die Sportgerichte ebenfalls und die Den Haag Gerichte ebenso. Nur unser Strafverfahrensrecht will heute keiner mehr. Unsere ZPO wird in Japan genommen. Unser StGB in Spanien, unser BGB in Südkorea, Griechenland und vielen vielen anderen. Der napolitanische Müll wird dank Herrn Trienekens in unseren überdimensionierten Müllanlagen entsorgt - dafür sorgen die Feinstaubplaketten und der EuGH dafür, dass wir sonst sauber bleiben. Verkehrte Welt.

Hat man einen Anspruch auf eine vertraglich zugesicherte Weihnachtsgratifikation, wenn weiter vereinbart ist, dass diese mit Widerrufsvorbehalt und freiwillig erfolge - das BAG meint im Gegensatz zu den Vorinstanzen ja - die Freiwilligkeit und der Widerruf würden sich widersprechen, gegenseitig totschießen, so dass der Anspruch übrig bliebe. Das darf nicht wahr sein - die Klauseln verstärken sich doch. Fachanwälte für Arbeitsrecht freuen sich - man bekommt zu tun. Der Räuber hält dem Opfer hinten etwas an den Kopf, was dieses als Waffe wahrnimmt. Man weiß aber nicht, was es denn nun war - kein § 250 II - keine fünf Jahre aufwärts, da der Raub mittels Täuschung und nicht verstärkter Gewalt begangen worden sei - BGH 4 StR 298/08 - ich glaube, ich schreibe mal ein Buch über die zu empfehlende Taktik in Verhören, was man auf keinen Fall outen sollte. Die SZ und die FAZ lassen kein gutes Haar an dem Nichtraucherverurteil des BVerfG. Ich weiß auch nicht, warum die Beschwerdeführer meinen, gesiegt zu haben. Professor Isensee spricht in Die Welt von Schizophrenie: sehr bürgerfreundlich bei der inneren Sicherheit und bürgerfeindlich bei ökologischen Themen - Zwangsumerziehung. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, dass er jemals ein Urteil gut geheissen hätte. Das BVerfG hat sich als Gesetzgeber aufgespielt. Es werden den Landtagen 5 knallharte Gebote hingelegt, u.a. keine Jugendlichen und keine selbstzubereiteten Speisen. Jede Kneipe - na ja, mein pauschales Vorurteil - hat eine kleine Karte. Früher wurde dem Gesetzgeber nur ungefähr gesagt, wie es nicht geht.

Nun wird en detail vorgeschrieben, wie ein Gesetz auszusehen hat. Die machen sich überhaupt keine Gedanken über ihre fehlende politische Legitimation. Eine Berliner Boutique verkauft Klamotten mit Runen und Zahlen wie 88 und 44. Darf das verboten werden? Der Fall erinnert an die Reichskriegsflagge, die ein Segler und Mercedes-Vorstand im Garten stehen hatte. Die musste auch weg. Störer zu sein ist ja kein Vorwurf. Angeblich haben Entführer als Lösegeld Zahlung an eine Krebsstiftung verlangt. Bekommt das Opfer sein Geld von der Stiftung wieder? § 123 I, II BGB? Ein Fall aus dem Mündlichen: ein Bankräuber gibt der zitternden alten Dame (Geisel) 100 € von der erbeuteten Summe und macht sich aus dem Staub. Kann der Bankdirektor die von ihr zurückverlangen? Was passiert zivilrechtlich bei einem Bankraub? Wenn das nur § 123 I, behält sie das Geld, denn der Bankdirektor kann mangels Adresse des Bankräubers keine Anfechtung erklären, so dass § 932 - § 142 II greifen bzw. nicht greifen. Wenn man aber überhaupt keine Einigung annimmt bei der Übergabe der Beute durch die Bank, hat die bessere Karten. Die FAZ berichtet über einen Preis für das beste Gesetz - Vorsitz in der Kommission bei Herrn Papier. Woran erkennt man denn ein gutes Gesetz? Wie teilt man ein Gesetz ein, wie formuliert man es, abstrakt, konkret? Friedrich der Große hat das APRLR konkret formulieren lassen und ein Analogieverbot erlassen, um die Macht der Richter zu brechen. Das BGB ist bekanntermaßen abstrakt formuliert. "Hunde dürfen nicht im Bus fahren". Dürfen Katzen dann Straßenbahn fahren? Wie wird Hund europarechtlich ausgelegt? Im Deutschen ist Hund gleich Tier gleich Sache gleich Gegenstand. Im Europarecht ist Hund gleich Ware gleich Art. 28 EG.

In einer Prüfung nach altem Recht am 29.7. (??/??) kam im Strafrecht Marco W. - "§ 176 gehört nicht zum Pflichtfach, ich prüfe den trotzdem". Und § 316 a mit einem altbekannten Taxifahrerfall. Im ÖR Kommunalverfassungstreit. Im Zivilrecht wird ein Hausbau nicht fertig - Ansprüche? Von wann ist das StGB? Ein Kandidat, der sich penetrant dauernd meldete, aber fairerweise nicht drangenommen wurde, sprach von "vis absolutus". Ein Mädels wurde nach einem wichtigen Urteil zur Meinungsfreiheit gefragt. Antwort: da ging es um einen Schriftsteller, ich glaube Brecht. Man kann völlig unnötig verraten, dass man keine Ahnung hat. Phoenix berichtet live über das Nichtraucherurteil. BVerfGG-GVG - bisher wurden nur staatsorganisationsrechtliche Verfahren übertragen - hier geht es um Verfassungsbeschwerden. Seit wann gibt es das Fernsehverbot? Warum? Ist Herr Papier als gelegentlicher Raucher befangen? Nein, da es um ein Sachthema geht - wenn er mit einem Zigarettenproduzenten verwandt wäre - also Verbindung zu einer Person - wäre es anders. Ich bin ja mal gespannt. Wenn wirklich die Gesundheit gefährdet ist, dann müssten doch bundeseinheitliche Regelungen her - wenn nicht, hat das Gesetz keinen vernünftigen Grund. Siemens will ehemalige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder auf Schadensersatz in Anspruch nehmen. Anspruchsgrundlagen? Aus dem Anstellungsvertrag - aus der Amtsstellung? Wer ist aktivlegitimiert - der Aufsichtsrat? Die Gläubiger, die Aktionäre, ein besonderer Vertreter? Wer ist passivlegitimiert? Business judgement rule? Ein Blick ins Gesetz hilft bei der Rechtsfindung - §§ 93 ff.. AktG. Carl Schmitt hat es aus dem Feuilleton in die FAZ geschafft. Bedauerlich. Die FAZ berichtet über den Vizekanzler. Die Handschrift Adenauers zur Bundesregierung zeigt, dass Symbolik und gefühlte Macht in der Politik wichtig sind. Die Richtlinienkompetenz, der Vizekanzler, die Vertrauensfrage zeigen das. Alles Theaterdonner. Die Bundestagsverwaltung will gegen dauerparkende Fahrräder von urlaubenden Abgeordneten vorgehen. Darf sie das? Immunität? Ist das Sondernutzung? Das VG Koblenz hat die GEZ-"Gebühr" (besser Beitrag) zu Berufs-PCs abgelehnt. Danke! Hoffentlich hält das Urteil.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Brand/Eske am 21.7. wurden aus 31 62 Punkte, aus 44 90, aus 17 43 und aus 46 65 - Puh. Der RP kritisiert die Marburger Solarpflicht, da die Stadt nicht zuständig sei und Art. 14 GG verletzt sei. Marburg kann jetzt noch bis Ende August Einwände vorbringen. Der Countdown für das Nichtrauchergesetz NRW läuft. Ist das Land zuständig oder der Bund? Darf ein Flickenteppich in 16 Bundesländern von unterschiedlichen Gesetzen entstehen? Hier Gesundheit, da ein bißchen und hier gar keine? Ist der Staat nicht verpflichtet, überall für volle Gesundheit zu sorgen? Das wär ein Knaller, wenn die Zuständigkeit nicht gegeben wäre. Und das zweite Problem: Härteklauseln. Im Spiegel stand mal ganz richtig: Grundrechtsprüfungen erschöpfen sich in zwei wesentlichen Fragestellungen: ist das nicht übertrieben (Verhältnismäßigkeit)? Und: ist das denn nötig (vernünftiger Grund für die Einschränkung der bürgerlichen Freiheit)? Da Karlsruhe so flott terminiert hat, gehe ich davon aus, dass das Gesetz gekippt wird. Die Uni Siegen streitet um einen neuen Rektor. Was ist ein Rektor, ein Kanzler, ein Dekan? Der Hochschulrat, vergleichbar mit einem Aufsichtsrat, gegen den Senat, vergleichbar mit einem Gemeinderat, streiten sich. Leider Gottes interessieren Jura-Professoren sich für so was immer ganz besonders.

Franzose heiratet tote Frau, wird berichtet. Die Handschuhehe, im Krieg Stahlhelmehe (damit die beim letzten Fronturlaub geschwangerte Freundin sich nicht genieren musste, abtrieb und somit dem Führer Nachwuchs für die Wehrmacht schenkte) gibt es in Frankreich, aber bei uns nicht. Hinkende Ehe? Auswirkungen auf das Erbrecht? Wahrscheinlich müssen wir das als Ehe behandeln, weil sonst eine Diskriminierung der Verstorbenen vorliegt. Max Mosley will die Bildzeitung wegen des Berichtes über seine sexuellen Vorlieben auf Geld verklagen. In England hat er schon recht bekommen. Und hier? Muss der deutsche Richter das englische Urteil abschreiben - Rechtskraftwirkung? Art. 40 EGBGB im Prozessrecht? EuGVVO - § 328 ZPO? Reicht als Sachthema, dass er Funktionär eines Sportverbandes

ist? Ist das Arbeitsverweigerung mit der Folge des § 626, wenn ein brasilianischer Fußballspieler nicht bei Werder Bremen aufläuft sondern in Peking für sein Land kickt? Herr Hassemer spricht sich für Weltstrafrecht in der FR aus. Das Regierungspräsidium ist gegen die Marburger Solarpflicht. Das OVG Lüneburg prüft, ob Fachhochschulen Promotionen abhalten dürfen. Art. 5 III GG der Konkurrenz? Schutz vor Konkurrenz? Wie unterscheidet man Wissenschaft und sonstiges? Erdkunde von Geographie, Rechtskunde von Jura, Bilanzkunde von Betriebswirtschaft? Warum heißt es Jurisprudenz und nicht Jurisscientia?

Obama ist wieder weg, also Zeit für die Vortragstechnik. Wie auch in Klausuren kommt die schlechte Note nicht von einer falschen Problemlösung sondern dass man das Problem nicht sieht. Wie findet man das Problem? Im Strafrecht, indem man ins Gesetz guckt. So einfach und doch so schwer. Im ÖR muss man Urteile kennen. Z.B. der Vortrag: die rechtsradikale Band auf einem Fest, die Zuhörer bekommen Platzverweise - da muss das déjà vu Erlebnis kommen: DER Fall des Zweckveranlassers umgekehrt. Muss die Behörde nicht sogar den Zweckveranlasser in Anspruch nehmen - Effektivität der Gefahrenabwehr - statt die Zuhörer als unmittelbare Störer? ÖR ist so verquer, da kommt mit Gesetzeslektüre nicht mal um die Ecke. Im Zivilrecht allerdings bis ins Ziel, wenn es ums Sachenrecht geht. Bei Fällen des alltäglichen Lebens, der Offenbarungseid für jeden Juristen, fragt man immer ergebnisorientiert, was würde meine Oma sagen und dann arbeitet man an dem Weg dahin. Schuldrecht ist auch sonst rein ergebnisorientiert. Zu der B-Note bei Vorträgen. Was sollte man nicht tun? Nicht ablesen, keine auswendige Klausurlösung vortragen, keine Ähms, keine Abkürzungen. Und vor allem nicht dieser Kindergartenmodus: "Im objektiven Tatbestand" - du je, Sie erklären ja auch niemandem, warum Sie jetzt den dritten Gang einlegen. Sie haben Profis als Zuhörer. Keine lehrbuchartigen Ausführungen, die mit dem Fall wenig zu tun haben nach dem Motto "Herr Lehrer, ich weiß was". Statt dessen laut nachdenken, den Zuhörer mitnehmen, so tun, als ob man gerade den tiefen Teller neu erfinden würde. Gerade, wenn man meint, im Nebel rumzustochern, hilft lautes Nachdenken sehr viel.

In der Prüfung Nimtz/Dabitz/Schmoeckel am 24.7. wurden aus 65 115, aus 29 59, aus 31 65, aus 55 120, aus 36 71 und aus 29 69 Punkte. Der Kandidat, der von 29 auf 59 kam, hatte Blackouts - wenn man die Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs nicht nennen kann, kommt das nicht gut an. Die Prüfung fing wegen des Transsexuellenurteils mit der Frage an, ob Gleichgeschlechtliche heiraten können - jeder, der die Prüferprotokolle halbwegs aufmerksam gelesen hat, hat gesehen, dass diese Problematik u.a. auch der Urfassung des Lebenspartnerschaftsgesetzes den Prüfer umtreibt. Der Kandidat mit 55 Vorpunkten wusste, dass die zivilrechtliche Eheschließung durch Napoleon bzw. Bismarck zur Entmachtung der Kirche gemacht worden war. Bei einem Vortrag wurde bemängelt, dass er zu sehr abgelesen worden war. Zwei Prüfer haben immer intensiv beim Vortrag geguckt, einer hat nur geschrieben. Im Vortrag hat im übrigen nicht der Vater den Hinweiszettel auf den Sohn versteckt sondern eine Lehrerin für die Kollegin. Der EuGH hat in Sachen Schulze&Braun die Zulassung einer deutschen Anwalts-GmbH in Frankreich durchgesetzt, was hinsichtlich des im September anstehenden Doc-Morris-II-Verfahrens tief blicken lässt. Wir werden die Apotheken-Ketten-GmbH bekommen. Die Zeitungen laufen sich für die BVerfG-Entscheidung am 30.7. über das Nichtrauchergesetz (NRW?) warm. Das wird dann noch mehr geprüft als jetzt auch schon.

In der Prüfung Nimtz/Schmoeckel/Dabitz am 24.7. kam im Zivilrecht das BVerfG-Urteil zum Transsexuellengesetz und die geplanten Grundschuldänderungen wegen der Heuschrecken. Im Strafrecht ein Stalkingfall sowie Unfallflucht und quer Beet. Im ÖR, ob eingetragene Lebenspartner nicht auch einen Anspruch auf das steuerliche Ehegattensplitting hätten. Zudem die nur kirchliche Eheschließung. Manche Prüfer sind doch anhand ihrer privaten Interessen sehr prognostizierbar, was ja für die Kandidaten angenehm ist. Jedenfalls hat hier kein Kandidat Homosexuelle und Pädophile in einen Topf geworfen. So, der EuGH hat es wieder getan. Herr Janecek aus München - C-37/07 - kann in der kompletten Republik (das ist jetzt etwas übertrieben, aber er muss keine gesundheitlichen konkreten Auswirkungen nachweisen) die Einhaltung der Feinstaubrichtlinie einklagen - das ist die Popularklage überhaupt. Der EuGH will also den effet utile durchsetzen, indem der Bürger auf seinen Mitgliedstaat losgelassen wird. Wenn aber gegen Verordnungen die Nichtigkeitsklage kommt, gibt es den Fall Jego-Quere und die Plaumann-Formel. Da stellen die sich an, weil sie nicht jeden Querulanten sofort in Luxemburg haben wollen. Der EuGH hat zudem in Metock C-127/08 Carpenter fortgestrickt. Auch illegal eingereiste Ehegatten dürfen überall mit hin - wenn man es also schafft, seine philippinische Ehefrau im Kofferraum herzuschaffen, darf sie machen, was sie will - wenn sie sich scheiden lässt und einen Philippinen heiratet, der dann auch. In der Prüfung Krieg/ Grau/Limpens am 24.7. kam als Strafrechtsvortrag ein zweigeteilter Fall, der jeweils nach Urteilen und Klausuren gebildet worden war: der Lehrer erlaubt einer Schülerin nachzuschreiben, so dass die Note besser wird und der Vater entfernt den Zettel beim Autounfall, der auf seinen Sohn hinweist. Im Zivilrecht Schadensersatzpflicht bei Abwerbung durch Headhunter, im ÖR ob eine Würstchenbude vor dem Bauch eine Sondernutzung sei. Im Strafrecht: ich bin Amtsrichter, was könnte ich am Sonntag in Strafsachen gemacht haben. Und die Examensklausur und BVerfG-Entscheidung, ob ein Informationsstand eine Versammlung ist. Die SZ hat eine ganze Seite zum jetzt kommenden Teppichhandel zwischen Conti und Schaeffler. Wegen der Deutschland AG - Überkreuzverflechtungen der Unternehmen - sei es bis 2000 kaum zu

feindlichen Übernahmen gekommen. Weitere Verteidigungsstrategie von Conti: carve out. Ich nehme an, die gucken, ob Schaeffler sich finanziell übernimmt. Der EuGH entscheidet am 25.7., ob ein einklagbarer Anspruch auf einen Feinstaub-Aktionsplan besteht - Vorlage des BVerwG eines Münchners. Dann kommt es zu der hübschen Feinstaubplakette, die jetzt jeder im Kölner Raum hat. Der BayVGH bejaht eine Zweitwohnungssteuer für Dauercamper. In dem Zusammenhang: Arte bringt am Samstag eine gute Dokumentation zu Napoleon - 1808 plus minus. In Köln hat Napoleon die Fenster-, Türen- und Möbelsteuer eingeführt, was zu entsprechenden baulichen Reaktionen führte. Das LG Kassel bejaht eine sog. Verbreiterhaftung: ein Journalist schreibt die Mitteilung eines Staatssekretärs mit und das Blatt druckt die. Die ist aber falsch. Gerhard Schröder gegen die Gala wegen seinen angeblich gefärbten oder angeblich nicht gefärbten Haaren hat schon darauf gesetzt. Es nützt nichts, wenn das schon in englischen Zeitungen gestanden hat. Aber bei amtlichen Nachrichten? In England soll das anders sein. Fiese Nachrichten über das Königshaus kommen daher erst in einer australischen Zeitschrift und am nächsten Tag in The Sun.

Die Stadt Marburg hat es tatsächlich getan - am 20.7. wurde die Solarpflichtsatzung erlassen - bis zum 31.7. will der Regierungspräsident entscheiden, ob er aufsichtsrechtlich dagegen vorgeht. Ermächtigungsgrundlage für die Satzung? § 9 GO-NW? Wenn Fernwärme vorgeschrieben werden kann dann auch Karlsson auf dem Dach? Die beste Kuh im Stall der Gemeinden, die Gewerbesteuer (= Gewerbeertragssteuer, Gewerkekapitalsteuer gibt es seit ein paar Jahren nicht mehr) nach Art. 106 VI GG soll nach der SZ wieder zur Disposition stehen. Die Gemeinden sind in einer seltsamen Lage. Der Bund ist für sie rechtlich kein Ansprechpartner - nur Länder dürfen an sie ran - alles, was finanziell aber drückt, kommt aber vom Bund - die Ausführung der Bundesgesetze und eben die Kompetenz, die Finanzverfassung im GG ändern zu können. Einnahmequellen des Staates: Steuern, Gebühren, Beiträge, Sonderabgaben, Verscherbeln von Tafelsilber, eigene Unternehmen, Kreditaufnahmen, Monopolausbeute - wobei eigene Unternehmen der Gemeinden nicht gehen - § 107 GO. Das Grünflächenamt Berlin-Mitte füllt das Sommerloch. Das berühmteste in Kandidatenkreisen unbekannteste Verwaltungsrechtsurteil - Kreuzbergurteile - hat einen neuen Anwendungsfall. Das geplante Bundeswehrdenkmal soll nicht durch junge Straßenbäume aussichtsmäßig geschmälert werden. Gegen kleine Hufeisennasen, Feldhamster und Bäume hat ein Denkmal schlechte Karten. Wie könnte man das Grünflächenamt umfunktionieren? Eigenbetrieb, Regiebetrieb, GmbH, PPP? Conti versucht nicht, sich zu reich zu machen sondern wieder zu arm, die Giftpille wird angekündigt - Steuerverluste würden bei einer Übernahme drohen und die Kündigung von Krediten - change-of-control-Klauseln der Banken. Die FAZ überlegt, ob Daimler - für 40 Milliarden zu haben - ein weiterer Übernahmekandidat sei. Die haben jetzt alle - Verzeihung - die Hosen voll. Wenn so ein kleines Familienunternehmen eine solche Bankenallianz auf die Beine stellen kann, um von hinten durch die Brust ein 11 Milliarden-Unternehmen anzugreifen, dann brennt die Hütte. Herr Karadzic - der Mann mit Haaren für drei Personen - wird beim Jugoslawien-Tribunal einen amicus curiae bekommen, da er sich selber verteidigen will. Er meint, wie Milosevic verzögern zu können. Als Staatsanwalt lernt man daraus, dass man nicht alle 80.000 Morde anklagen sollte sondern drei, bei denen die Verantwortung glasklar nachzuweisen ist. In Düsseldorf gab es mal einen PKK-Prozess, da hatte die StA mehr als 20 Angeklagte auf die Bank gesetzt. Jeder kam mit zwei Dolmetschern - vom kurdischen ins türkische und vom türkischen ins deutsche - und drei Anwälten. Die Kammer (oder Senat?) war nach der Feststellung der Anwesenheit schon total fertig. Schließlich sind die einfach nicht mehr zu den Terminen erschienen - einige Angeklagte. Das Verfahren wurde dann ohne großen Presserummel irgendwie erledigt.

Lt. BVerfG kann eine Ehe auch aus zwei Frauen bestehen, jedenfalls, wenn eine vorher ein Mann war - Art. 6 I GG die Familie als living instrument - von der Großfamilie über Patchwork zum Käfig voller Narren. Wohl wegen Art. 141 EG. In der Prüfung Löwer/Faßbender/Langen am 12.7. wurden aus 22 59, aus 22 55, aus 28 52, aus 40 65, aus 42 78 und aus 18 n.b.. Der Vorsitzende machte nicht den Eindruck, als ob er die Lebensläufe überhaupt gelesen hätte. Im ÖR kam der Nokia-Fall auf Gemeindeebene - die Gemeinde will ihr Geld zurück, als die Arbeitsplätze nicht geschaffen werden. Im Strafrecht die Abzocker im Internet, man klickt und hat angeblich ein Abonnement - so ähnlich. Im Zivilrecht sich widersprechende AGBs. Der Conti-Vorstand verfolgt jetzt eine geschicktere Taktik als die Juristerei - man muss so teuer werden, dass Schaeffler erschöpft aufgibt - durch Gutachten, durch eine Kapitalerhöhung, durch Verzögerung und dann vielleicht durch einen weißen Ritter. Der BGH erklärt noch mal, wie man Berufung für einen Mandanten einlegt, der das Rechtsmittel nur mit PKH durchziehen will - II ZB 19/07. Im zweiten Examen im Juli kam der Drogenscreeningfall NJW 1997 S. 269 zu § 44 a VwGO als Klausur. Der Conti-Betriebsrat macht in Richtung Schaeffler freundliche Geräusche - die wollen eine vertragliche Jobgarantie. Dürfte eine solche "Betriebsvereinbarung" überhaupt geschlossen werden? Für unternehmerische Fragen und auswärtige Angelegenheiten sind Betriebsräte nicht zuständig. Karadzic - Resolution 1503 des Sicherheitsrates - das Jugoslawien-Tribunal. Wenn er denn ausgeliefert wird, muss man ihm den papertrail, die Befehlskette, nachweisen. Anders als bei Milosevic, bei dem das fünf Jahre lang nicht gelang, bis er sich dem Verfahren in unfairer Art und Weise durch fahrlässigen Selbstmord entzog, ist das wohl wegen der Direktive 07 möglich - dem Befehl zur ethnischen Säuberung der Moslem-Enklaven in Bosnien-Herzegovina. Bei dem Jugoslawien-Tribunal soll eine Beweisaufnahme nicht stattfinden, wenn ein Geständnis vorliegt - wie wäre das

bei uns? § 261 StPO - ein Geständnis ist weder bindend noch überhaupt ein Beweismittel. Uriah Heep hat wohl keine zahlenden Fans mehr - die Band singt in einem Gefängnis. Sagt das StrafVollzugG etwas dazu? Für Wahlfächer nach altem Recht. Ein Kioskbesitzer in Bonn hat gegen das Alkoholverbot im Bonner Loch einstweiligen Rechtsschutz verlangt. § 80 V oder § 123? Ist der Antrag unzulässig oder nur unbegründet? Wie kann ein Alkoholverbot in rechtliche Form gegossen werden - § 27 OBG - § 18 LStrWG oder Allgemeinverfügung - Umwidmung - § 8 II GO? Die Szene verlagert sich jetzt zum Kaiserplatz - man wird da wohl dann wieder die Bänke abbauen müssen. Die Polizei mag das gar nicht, wenn die Szene sich verlagert. Vor einem Spielzeuggeschäft in der Nähe des Bahnhofs steht ein großer Blumenpott - in den verbuddeln die Junkies ihre Ware. Auf den Hinweis einer Anwohnerin an die Polizei, hat die abgewunken - das wüssten sie, würden aber nichts machen, da sie so alles im Griff hätten. § 258 a StGB?

Huch wie ulkig: der Angeklagte zahlte bei § 153 a StPO und der Insolvenzverwalter darf das Geld dann als inkongruente Deckung nach § 133 InsO zurückholen - BGH IX ZR 17/07 - was ist dann aber mit der Einstellung? In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Brand/Eske am 21.7. nach altem Recht kam im ÖR Herr Köhler, der auf Bitten des BVerfG den Vertrag von Lissabon nicht ausfertigt. Kann man ihn dazu zwingen? Und § 34 a PolG - Verfassungsmäßigkeit? (das ist ein Gerichtsverfahren plus Vollstreckung in 5 Minuten durch die Polizei als Staatsanwalt, Richter und Vollstrecker) - der Ehemann will seine Klamotten aus der Wohnung haben sowie nach 3 Wochen dagegen vorgehen. - nach meiner vagen Erinnerung auch Klausur. Im Zivilrecht eine Examensklausur zum Sparbuch und einem Minderjährigen. Was ist ein Sparbuch rechtlich? Ein hinkendes Legitimationspapier (Wertpapiere haben zwei Beine: das Originalpapier muss zur Anspruchsgeltendmachung vorgelegt werden und die Leistung mit befreiender Wirkung bei Vorlage des Papiers - das Sparbuch hat aber nur das letztere Bein - also kein Wertpapier). Im Strafrecht will ein Krankenpfleger einen Komapatienten töten. Und klassische StPO-Fragen. Aus 17 wurden 43, aus 29 62, aus 44 vb und aus 44 70 Punkte. Letzterer Kandidat zitterte mit der Stimme - man sollte die Situation also doch wohl üben. Conti faselt von einer poison pill - bei einer Übernahme würden die Kredite über 10 Milliarden sofort fällig gestellt. Schaeffler rückt mit einem Bankenconsortium (GbR) und syndizierten Darlehen an und erhöht das Angebot. Conti wird also praktisch von einer Bankenarmee übernommen. Ein Nachahmungstäter soll jetzt versuchen, Gildemeister zu übernehmen. Der BGH verhandelt am 11. September die Nachfolgeproblematik zu Herrn Wiedemann: haftet der deutsche Staat für Richter, die ihn wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis mit tschechischem Führerschein verurteilt haben, auf Schadensersatz? § 839 BGB - ex ante oder ex post Sicht? Amtshaftung der Richter ohne Spruchrichterprivileg in Europasachen? Österreich schafft zum 1.8. die Erbschaftssteuer ab - Deutschland bekommt die jetzt auch für österreichische Immobilien von Deutschen aufgrund eines Besteuerungsabkommens. Aber was ist mit der zivilrechtlichen Seite? Bisher - Art. 3 III EGBGB - gilt für Immobilienvermögen das Erbrecht des Staates der Immobilie. Auf Guantanamo fängt der Prozess gegen den Fahrer von Osama Bin Ladin an - zulässiges Sondergericht oder unzulässiges Ausnahmegericht? Im Verteidigungsfall haben wir auch so was. Die Akte Madeleine ist nach § 170 II StPO geschlossen worden. Darf ein gelangweilter Staatsanwalt die wieder öffnen, auch ohne neue Anhaltspunkte? Ja, da § 170 II keine Rechtskraft entwickelt. Der Express berichtet über Benzinklau - ist das § 242 (fremd - § 929? - Wegnahme?), Unterschlagung (fremd?) oder Betrug? Wichtig bei folgender Gewaltanwendung - Betrug und Nötigung ergeben nicht § 255. Ein Golfclub verlangt nicht nur eine Eintritts"gebühr" sondern auch noch ein Darlehen zwecks Erweiterung des 18-Loch-Platzes auf 20 Loch - wenn das nicht in der Satzung steht, bekommt das Mitglied sein Geld zurück - BGH II ZR 289/07. Bisher kannten wir das Problem der Vor-GmbH oder Vorgründungsgesellschaft. Was ist aber mit einer Vor-WEG, einer werdenden Gemeinschaft? BGH V ZB 85/07.

Ein Busfahrer verhaut einen Fahrgast - § 340 - Amtsträger? Das KG meint, nein. Liegt ein wirksamer Rechtsmittelverzicht vor, wenn das Gericht beim Deal nicht richtig belehrt hat? Nein, aber der Angeklagte muss trotzdem innerhalb einer Woche Rechtsmittel einlegen - BGH 4 Str 246/08 - wieso hat er keinen Wiedereinsetzungsgrund? Conti meint, Schaeffler solle sich mit 20% begnügen - eine seltsame Auffassung, wenn der Gegner schon über 30% hat - satt über 30%. Und: die BAFIN könne nicht nur Bußgelder verhängen sondern einschreiten - ein Blick ins Kreditwesengesetz hilft bei der Rechtsfindung - ich finde dazu da nichts. Verpiffene Steuersünder à la Zumwinkel wollen die liechtensteinsche Bank auf Schadensersatz in Anspruch nehmen - Art. 40 oder 27/28 EGBGB? Es wird jetzt schon an den 10. August 1948 - Herrenchiemseekonvent - erinnert - wohl weil die Politiker im August im Urlaub sind. Die Alliierten haben detaillierte Vorgaben gemacht, nach denen die Bundesrepublik von unten nach oben (nach dem Fall der Mauer von oben nach unten) wieder aufzubauen war: starke Grundrechte, Föderalismus, parlamentarische Demokratie. Leider Gottes interessieren sich ÖR-Prüfer für die zeitlichen Details wie Frankfurter Dokumente, Museum König und so. In Berlin nimmt nach Focus die Wegelagerei an den Ampel mit Windschutzscheibenputzen gegen Geld überhand. Wäre ein Platzverweis zulässig? Nach StVO oder PolG? Vergleichbar mit aggressivem Betteln?

Das Grünflächenamt Berlin-Mitte hat heute am Gelöbnstag Stress und wir Zeit für die Vortragstechnik. Wie sieht es mit der Technik der Problembehandlung aus? Nicht doll - es werden abstrakte auswendig gelernte Worthülsen

angebracht, der Prüfer wird erwartungsvoll angesehen und man geht innerlich nach Hause, das müsste es doch gewesen sein. Dabei fängt nach dem Herauskramen des abstrakten Wissens das Problem doch erst an. Sie müssen mindestens 3 Argumente pro und drei contra bringen, sonst ist kein Problemschwerpunkt gesetzt worden. Beispiel aus dem Mündlichen/BGH: der Räuber raubt eine Kiste, die er voller Geld wähnt, darin sind aber nur Weinflaschen. BGH: nur versuchter Raub. Warum? Gesetzeswortlaut "eine Sache" - das sind die Weinflaschen. Aber: Motiv des Täters; das war nicht sein Plan. Aber: er hat es doch so ausgeführt. Aber: mit Wein kann man noch nicht mal zum Hehler, bei dem vorgestellten Geld wäre die Verwertung doch problemlos gewesen. Aber: dann könnte ja nachher jeder kommen und sagen, ich wollte eigentlich 100.000 € und habe nur 5.000 € gefunden. Aber: dann würde er sich ja in die Vollendung und den Versuch reinreden. Sie sehen, dass ein Argument immer ein Gegenargument produziert und provoziert. Oder Vortragsfall: der Hausmeister schleift die Mülltonne an den Straßenrand und beschädigt ein geparktes Auto, Unfallflucht, wenn er geht? Problem: Unfall im Strassenverkehr. Pro: auf der Straße mit Autobeteiligung. Dagegen: der Strassenverkehr dient der Fortbewegung, man will von A nach B, also von zuhause weg, das will er nicht. Aber: Schutzgut des § 142: zivilrechtliche Ersatzansprüche sollen gesichert werden. Ob nun die Mülltonne oder ein Fahrrad ranratscht, macht doch keinen Unterschied. Aber: § 142 ist eine Ausnahme. Sonst verlangt die ZPO, dass der Geschädigte hinter dem Schädiger herrennen muss. Also soll doch wohl die Versicherungswirtschaft als erstes geschützt werden. Geht es hier darum? Man kann endlos weitermachen, da eine Extremposition immer eine entgegengesetzte provoziert. Um Argumente zu finden, hilft es, zu fragen: wo kämen wir denn dahin, wenn er damit durchkäme? Also Ergebnis-zukunftsorientiert. Dann die Frage aus dem Standpunkt der Kontrahenten heraus. Stellen Sie sich vor, Sie sind Anwalt. Und die Übertreibung hilft sowie die Bildung von Parallelfällen. Es gibt sicherlich noch viel mehr Möglichkeiten. Nur eine ist tödlich: Stillschweigen und man bleibt bei der abstrakten Ausgangsposition und das war es dann. Üben Sie mal ping-pong-mäßig mit einem Freund. Sie sind Anwalt des Klägers, er des Beklagten. Jedes Argument muss durch ein Gegenargument beantwortet werden. Das macht richtig Spaß und die 12 Minuten sind voll.

Conti hat eine Kontaktanzeige aufgegeben: attraktive vollschlanke Dame im besten Alter sucht weißen Ritter. Bei anderen Unternehmen in vergleichbarer Lage wird jetzt Urlaubssperre in der Rechtsabteilung angeordnet. Was ist, wenn hier das gleiche Szenario ins Haus steht? Wie kann man sich präventiv schützen? In den 90ern sind die AGs von Inhaber- auf Namensaktien umgestiegen, in der Hoffnung, dass ein Blick ins Aktienbuch zeigt, wer viele Aktien hat. Aber schon da konnte man mit Strohmännern rumtricksen. Wie wäre es mit einer Vinkulierung nach § 182 BGB? Sonst irgendwelche kluge Ideen? Das VG Koblenz - 6 K 1816/07 - hat eine Konkurrentenklage um den Präsidentensessel beim OVG entschieden. Man stelle sich bei uns eine Schlammschlacht vor: eine attraktive Landgerichtspräsidentin bewirbt sich um den Präsidentenposten eines OLG - der OLG-Präsident, der sie hierfür benoten muss, schreibt, sie wäre tüchtig aber unpünktlich und illoyal. Sie: das ist Rache, er wollte mir an die Wäsche, im übrigen hat er seine Sekretärin geschwängert. Das VG macht tagelange Zeugenvernehmungen unter Eid, was seit 1000 Jahren bei Verwaltungsgerichten nicht vorgekommen ist. Ein Dritter erhält den Posten. So was könnte ja passieren. Aber zurück zu Koblenz: wo steht was dazu in NRW? Man blickt in den Findex zu Präsident, OVG, Richter im Hippel und im Ergänzungsband Schönfelder und findet nichts kluges - es läuft auf Art. 33 II GG hinaus. Der IGH hat eine injunction gegen die USA wegen der geplanten Hinrichtung von Mexikanern analog den Gebrüdern Lagrand aufgrund des fehlenden konsularischen Rechtsbeistandes erlassen. Ich vermute, dass die USA wie bei Lagrand das ignorieren und dennoch vollstrecken. Im Hauptverfahren wird dann mit einer Fortsetzungsfeststellungsklage und fehlender Wiederholungsgefahr argumentiert - das macht der IGH aber nicht mit.

Am 17.7. hat die Rechtsprechung mal wieder gegenüber der Legislativen klargemacht, wer Koch und wer Kellner ist. Der BGH hat die Unterhaltsreform rückgängig gemacht - trotz Kindergartenplatz muss der Mann länger als drei Jahre Betreuungsunterhalt zahlen. Schon die Rechtsprechung zu § 828 II BGB fällt in diese Kategorie. Der EuGH zwingt Arbeitgeber, die private Lebenssituation des Arbeitnehmers zu tragen. Bei Einstellungsgesprächen wird der AG versuchen, so viel wie möglich, von der privaten Lebenssituation zu erfahren. "Erzählen Sie mal so". Wen der AN dann davon erzählt, dass die Eltern zwar noch leben, aber ein bißchen hinfällig sind, bekommt er den Job nicht. Der Kölner Stadtanzeiger: ein Kfz-Halter lässt seinen angetrunkenen Rowdyfreund, der nur Mopedführerschein hat, ans Steuer. Es kommt, wie es kommen muss. Der klemmt das Auto unter einen geparkten Lkw und lässt den schwer verletzten Halter zurück, weil er den Rucksack mit Drogen dem Zugriff der Polizei entziehen muss. § 142 - muss er bei so einem Fall warten? Markt am Inn - Geburtsstadt von Prof. Dr. Ratzinger - soll einen Druckzuschuss zu einem Buch über den Papst beisteuern. Darf eine Gemeinde das überhaupt? Conti soll versuchen, eigene Aktien am Markt zurückzukaufen (die haben doch offensichtlich kein Geld?) und eine Kapitalerhöhung zwecks Abwehr von Schaeffler durchzuziehen. Dazu muss aber ein Hauptversammlungsbeschluss her - der kommt zu spät. Ein Gegenangriff durch Aufkauf von Schaeffler-Aktien geht leider nicht, die sind ja nicht an der Börse - aber vielleicht von der Schurkenbank Merrill Lynch - da dürfte sich Conti aber verheben. Es wäre sehr interessant zu erfahren, welchen Preis Schaeffler an Merrill Lynch zahlen muss - das könnte teuer werden. Hier kommen ganz archaische Kriegs- und Kampfkulturen zu Ehren. Ein sehr komplizierter aber wichtiger ZPO-Fall - BGH VI ZB 16/07: der Mandant will in die Berufung, kann das aber nur mit PKH

- wie macht man das, damit die Berufungsfrist nicht weghaut? Robert Hoyzer wird aus der Haft entlassen. Sein Fall -Bundesliga-Wettbetrug - war Klausur - allerdings vor der BGH-Entscheidung und somit war die JPA-Lösung leider nicht richtig. Der Generalanzeiger berichtet wieder über den Nachbarn, der der Polizei meldete, jemand habe einen Haufen Handgranaten im Haus, woraufhin das SEK das Haus stürmte und nur Gewehre aus dem 18. Jahrhundert fand - der Betroffene ist krank, arbeitslos und hat Depressionen aufgrund dieses Vorfalles - sagt er . Im Mündlichen wurde mal der alte BGH-Fall, die Ehefrau denunziert ihren Führerwitze erzählenden Mann bei der Gestapo, geprüft. Der BGH hat die Frau als mittelbare Täterin verurteilt, weil sie wusste, dass sie ihren Mann einer Tötungsmaschinerie auslieferte, die Richter vom Volksgerichtshof aber freigesprochen, weil diese ja nur nach damals herrschender Meinung - Rechtspositivismus - das geltende Recht angewandt hätten. Wie sieht es in diesem Fall aus, wobei ich das SEK nicht als Tötungsmaschinerie sehe?

In den Klausuren 2. Examen kam gerade der Fall des BGH VI ZR 199/06. In der Prüfung Bönders/Muckel/Wurm am 11.7. wurden aus 41 76, aus 29 51, aus 51 88 und aus 31 60 sowie aus 31 53 Punkte. Nennen Sie einen berühmten Staatsrechtler - Otto Mayer wurde akzeptiert, obwohl der ja ein Verwaltungsrechtler war - und wieder mal das Bürokratieabbaugesetz. Mrs. Coleman hat gewonnen - C-303/06. § 1 AGG - "Behinderung" - meint nicht nur die Behinderung des Arbeitnehmers sondern die Behinderung einer Person in seinem privaten Umfeld - bei einem Kind ok, wie ist es aber, wenn sie die Schwiegermutter zuhause pflegt? Was ist der Unterschied zwischen Krankheit und Behinderung? Ist Diabetes eine Krankheit, eine Behinderung oder was anderes? wie ist es mit Altersparkinson? Darf der Arbeitgeber bei der Einstellung fragen, ob man zu pflegende Angehörige hat? Continental schnattert wie ein Frosch, vor dem der Fischreier steht - ein weißer Ritter findet sich nicht - niemand will Geld hergeben. Der VGH Bayern meint, dass die Anwesenheit von Polizei bei Versammlungen in geschlossenen Räumen anders als auf der Straße unzulässig sei. Die Stadt Hagen habe den Schadensersatzprozess gegen die Deutsche Bank gewonnen/ein bißchen gewonnen/verloren - die Zeitungen sind sich nicht einig. Deshalb gibt es § 107 GO, weil die Gemeinden zu blöd für finanzielle Geschäfte sind. Da es noch nie betriebsbedingte Kündigungen im öffentlichen Dienst gegeben hat (nur neuerdings beim Erzbistum Trier), muss kein Mitarbeiter sich richtig anstrengen. Die eingerichteten Wirtschaftsförderungämter haben keinen guten Ruf - milde ausgedrückt. Ich weiß von einem Referendar, der in seiner Stage für eine große kreisfreie Stadt mit 8.000 Mitarbeitern in meiner Nähe den Vertrag für eine neue Sporthalle ausverhandelt hat. In jedem Jahrzehnt haben Gemeinden einen Virus. In den 60ern wurden Schwimmbäder gebaut, die wegen des Ölpreises nicht mehr zu bezahlen sind. In den 70ern Fußgängerzonen und asbestverseuchte Hallen. Dann die Bonner Löcher, damit die Vergewaltigung im trockenen stattfinden kann - dann crossborderleasing und jetzt die swap-Geschäfte. Der Stadtkämmerer sollte per Gesetz eine Hausfrau sein, dann hätten die gesunde Finanzen. Der Tod von Lea-Sophie - Verurteilung wegen Mordes zu fast 12 Jahren - nicht lebenslang? § 13 II. Darf das Gericht wegen Mordes aus niedrigem Beweggrund verurteilen, wenn Mord wegen Grausamkeit angeklagt wurde? §§ 265, 266 StPO. Und: der BGH hat bisher Mord durch Unterlassen zur Verdeckung einer Straftat abgelehnt - da dies ein Spezialfall des niedrigen Beweggrundes ist, gilt das nicht auch dafür? Mir ist nicht klar, warum das Gericht wegen der Grausamkeit Manschetten hat - selbst wenn das Kind im Dämmer Schlaf dahinvegetierte, reicht das doch wohl auch für Grausamkeit aus oder? Der Mindestlohn kommt als typisches Große-Koalitionsprodukt. Zur Hälfte tariflohnabhängig und zur anderen Hälfte durch die Regierung festgelegt. Je nach Tarifbindung. Art. 9 III GG und Art. 12 und 14 und 2 I GG? Vertragsfreiheit? Die Polizei wurde von besorgten Nachbarn wegen Klopfzeichen aus einer Wohnung gerufen und brach die Tür auf. Es handelte sich um ein Kaninchen, das Langeweile hatte. Wer bezahlt die Einsatzkosten?

Das BVerfG stellt wie ein Examenskandidat wieder mal eine Gliederung vor - zum Absatzfonds - es wird eine Sonderabgabe geprüft. Darf der Absatzfonds noch weiter Beiträge einsammeln, obwohl die CMA "aus deutschen Landen frisch auf den Tisch" vom EuGH insoweit gekippt wurde? Ist das wie bei der Fortentwicklung der NATO - egal, was man bei der Gründung wollte, es handelt sich um ein living instrument? Ein weiterer Nachfolgefall zu den Dachziegeln und Fliesen: BGH VIII ZR 211/07 - die Parkettstäbe - der Verkäufer muss zwar die fehlerhaften ausbauen aber neue nur einbauen, wenn er hätte erkennen können, dass fehlerhafte vorliegen. Das konnte er wegen der Verpackung nicht. Die Schaeffler Gruppe hat sich indianermäßig an die Continental AG herangepirscht - 3% Aktien an der Börse zusammengekrabbelt, 5% über Kaufoptionen und 28% über SWAP-Verabredungen mit befreundeten Banken (Acting in Concert), dann sind sie aus dem Gebüsch gesprungen. Continental will sich juristisch wehren, was zeigt, dass sie keine finanzielle Gegenwehr leisten kann. Ist das Formenmißbrauch, da der Erwerb von 10% oder mehr gemeldet werden muss, sonst verliert man sein Stimmrecht nach dem Aktienrecht? Der zweite Akt wird wie bei Porsche und Vw vermutet - es wird ein Scheinangebot gemacht, das die Aktionäre empört ablehnen und dann erhöht Schaeffler durch Straßenkäufe seine Beteiligung auf 50% und drüber. Der Hamburger Hauptbahnhof setzt gegen Junkies und Drogendealer eine Dauerbeschallung mit klassischer Musik ein. Braucht das eine Ermächtigungsgrundlage, ist das zulässig oder Körperverletzung? Der BGH - X ZR 93/07 - meint, dass der Beinahabsturz des Flugzeuges, was mich nach 2 Wochen Türkeiurlaub für 1.100 € nach Hause bringen will, berechtige, den kompletten Reisepreis zurückzufordern. Wie ist es dann mit dem Fünf-Gänge-Menü und der Schnecke im 3. Gang? BGH 4 StR 78/08: der Täter schmeisst

Brandbeschleuniger gegen die Haustür, die selbständig brennt. Da aber ein Rauchwarnmelder und ein Hund sofort Alarm geben, werden die Bewohner gerettet - vollendeter oder versuchter § 306 b II Nr. 1?

Googeln Sie mal zu youtube Paul Potts - ein großes Erlebnis - so kann man Prüfungskommissionen beeindrucken! Noch ein Nachschlag zum Grünflächenamt Berlin-Mitte. Als der Papst ("Wir sind Papst" - Habemus papam) in Köln war, wollte er in Bonn auf die Hofgartenwiese, die der Uni gehört. Die Uni hat von ihm allen Ernstes eine Bankbürgschaft für den zertrampelten Rasen verlangen wollen. Offensichtlich hielt man die Katholische Kirche nicht für kreditwürdig. Es bedurfte ernsthafter Überredungsbemühungen, davon Abstand zu nehmen. Der IStGH hat über den Erlass eines Haftbefehls gegen den sudanesischen Staatschef zu entscheiden, obwohl der Sudan das Abkommen nicht ratifiziert hat - wird das durch die UN-Sicherheitsrat-Resolution geheilt? Dann müssten sich alle Staaten - bis auf die USA, da ständiges Mitglied - Sorgen machen, die nicht ratifiziert haben. Wir haben den Gerichtshof gut ausgetrickst - durch Schaffung des Völkerstrafgesetzbuches. Wir verurteilen unsere Massenmörder selber. Die Schaeffler KG will den zweitgrößten Reifenhersteller in Europa Continental für 10 - 20 Milliarden übernehmen und von der Börse nehmen. Wie macht man das? Kauft die KG die Aktien? Fusion? Abwehrstrategie? Die Zeitungen berichten von einem namentlich nicht genannten (oder ich habe nicht richtig hingeschaut) Weißen Ritter. Italien will eine Klage Deutschlands vor dem IGH wegen der Pfändung der Villa Vigoni verhindern - da wir froh sind, das Teil loszuwerden, lassen wir uns gerne auf Verhandlungen ein. Weitere Gebäude wie Botschaften sind ohnehin nicht pfändbar, angeblich sind die Objekte der Begierde zahlenmäßig überschaubar. Das LG Hamburg meint, § 800 ZPO gelte für Kreditaufkäufer nicht - für die sei der nicht gemacht - mutig, das steht weder im Gesetz noch im Kommentar. Der Conseil d'Etat untersagt eine Einbürgerung für eine Frau, die eine Burka tragen will. Richtig, aber wie wäre dies bei uns? Man sollte den Einbürgerungstest um diese Frage erweitern: wie haben Sie vor, sich zu kleiden? Der BGH befasst sich am 16.7. mit Payback-Karten und Opt-out- und Opt-in-Klauseln. In der Prüfung am 12.7. Schmidt-Eichhorn, Banke, Gebhard - altes Recht - kam die Vb gegen das Nichtrauchergesetz, die Ende Juli entschieden wird, im Zivilrecht zeigt ein Käufer einen nicht existierenden Mangel an - BGH VIII ZR 246/06- April-RÜ, im Strafrecht Handtaschenraub. Aus 39 wurden 73, aus 37 72 und aus 33 75 Punkte. Am 17.7. befindet der BGH, ob er die Unterhaltsrechtsreform in die Tonne tritt oder nicht - muss eine Frau nach dem 3. Geburtstag des Kindes arbeiten gehen - spielt es eine Rolle, dass es garantierte Kita-Plätze geben soll? In der Prüfung Stobbe/Zieschang/Feldmann am 4.7. - altes Recht - kam der Hooligan, dem verboten wird, zum Public Viewing zu gehen, im Strafrecht Begrifflichkeiten, im Zivilrecht Grundschuld rauf und runter.

Beim Zugspitzenlauf - 2.400 Höhenmeter in zwei Stunden - sind zwei vierzigjährige tot umgefallen. Liegt ein Anfangsverdacht bei 550 überlebenden Teilnehmern vor? Welches Unterlassen ist dem Veranstalter konkret vorzuwerfen? Oder etwa ein positives Tun, die Veranstaltung an sich? In der Prüfung am 11.7. Bönders/Wurm/Muckel kam als Vortrag der Platzverweis bei einer Festveranstaltung wegen des Auftritts einer rechtsradikalen Band, die praktisch ohne Publikum auftreten musste. Im ÖR OLG Bamberg, Zueignung von Zahngold aus der Asche des Kunden des Bestattungsunternehmens (auch Juni-Klausur) s. RÜ Maiheft, im ÖR Nichtversetzung an einer Schule, im Zivilrecht Insichgeschäft mit einem Minderjährigen. Der Chefankläger beim IStGH will gegen den sudanesischen Präsidenten einen Haftbefehl beantragen - mutig, gegen einen Amtsinhaber - verletzt das die Staatensouveränität? Ich wüsste noch einige andere, nicht so weit weg, bei denen man das eher machen könnte. Es soll ein gutes Pilzjahr werden - wem gehören die Pilze im Wald, wurde letztes Jahr mal gefragt? Ist das Diebstahl oder Unterschlagung, wenn man Pilze pflückt? Das LG Hildesheim will am 14.7. das Urteil gegen gewerbliche Promotionsvermittler fällen - § 331? Man sollte sich einen südamerikanischen Dokortitel kaufen - da gibt es keine rechtlichen Probleme. Man spendet einer Uni in Chile einen gebrauchten Behandlungsstuhl und ist Dr. med. chile.

Die Bundeswehr hat ihren ersten Sieg errungen - über das Grünflächenamt Berlin-Mitte. Es gehe nicht um eine Sondernutzung sondern die Polizei sei zuständig. Das wäre in NRW nur der Fall, wenn es um Versammlungsrecht oder Waffenrecht ginge oder um einen Eilfall, weil das Grünflächenamt nur Rasenmäher zur Niederschlagung von Krawallen schicken kann. Das Grünflächenamt meinte, auch andere Ministerien könnten ja solche Veranstaltungen haben wollen, dann würde der Rasen dauernd zertrampelt - welche bitte - den Betriebsausflug oder die Vereidigung der Jungdiplomaten? Köstlich. Banken in den USA nehmen Kunden die Yacht oder das Auto mittels Zweitschlüssel wieder weg - repossession, wenn die Raten ausblieben - hier als Toyota-Methode bekannt. Hält das bei Gericht? Ja, denn wenn der Käufer mit verbotener Eigenmacht kommt und § 863, kontert Toyota mit einer Widerklage und § 864 II analog - regelmäßig Klausur. Allmählich erkenne ich die Denkstruktur des EuGH: wenn ein Staat durch VA oder Urteil ja sagt (Fahrerlaubniserteilung oder Rückführung eines Kindes - Rinau C-195/08), dann gilt das nein des anderen Staates nichts. Ich habe das BVerfG bis jetzt für etwas hysterisch gehalten, wenn gegen den EuGH gewettert wurde - aber Feryn und Wiedemann sind auch mir zuviel. Warum dürfen die Tschechen eine strafrechtliche Entscheidung von uns nach § 69 StGB mißachten und wieso darf der EuGH political correctness in Fernsehinterviews verlangen - gegen die Meinungsfreiheit, das Lüthurteil zieht sich ja wie ein roter Faden durch die Rechtsprechung?

Die bisherige Taktik von Eisdielen-Arbeitgebern wird nicht mehr gehen: von Oktober bis März werden die Angestellten entlassen und zum Arbeitsamt geschickt - BAG 5 AZR 810/07. Das BVerfG hat dementiert, dass es Ratschläge ausserhalb von Rechtsstreitigkeiten gäbe. Muss ein Student nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs aufgrund einer abstrakten Normenkontrolle - in NRW gibt es keine Landesverfassungsbeschwerde wegen Grundrechtsverletzungen - noch mal den gesamten Verwaltungsrechtsweg durchschreiten, bevor er nach Karlsruhe kann? Ein deutscher Mäzen schenkt der Unicef auf den Todesfall - seinen natürlich - seine Kunstsammlung. Die hat aber zwei Schönheitsfehler - sie ist in Schweizer Banktresoren und gehören einer Schweizer Stiftung. Die Stiftung hat die Werke aber auf diplomatischen Druck in deutsche Banktresore geschafft. Unicef will jetzt an die Kunstwerke - Statutenwechsel? Internationales Stiftungsrecht - hat das EGBGB dafür eine Vorschrift? Der EuGH hat der klagenden Verbraucherschutzstelle gegen Monsieur Feryn recht gegeben - bei uns ginge das nach §§ 7, 23 AGG. Der wird nicht noch mal ein Interview im Fernsehen geben, in dem er sagt, er stelle keine Marokkaner ein, er wird aber auch keine einstellen. Problematisch war, dass es keinen einzigen Marokkaner gegeben hat, der sich konkret diskriminiert fühlte - das Interview im Fernsehen reichte schon - man darf doch wohl mal seine Meinung sagen??? Das Urteil verhängt einen Maulkorb - kein Manager darf mehr sagen, deutsche Fachkräfte wären schlechter als ausländische. Das geht bei uns ans Eingemachte - das Lüth-Urteil. Kann eine Schuhkäuferin bei einem abgebrochenen Absatz-gebrochener-Knöchel-Arbeitsplatzverlust 9.000 € Schadensersatz vom Verkäufer verlangen - die Schuhe haben 45 € gekostet? Ein englisches Gericht hat so entschieden. Was gibt es neues vom Nabel der Welt, dem Grünflächenamt Berlin-Mitte? Das Gelöbnis soll am 20.7. stattfinden dürfen aber ohne die geplante Absperrung des Stadtviertels. Ist das eine Auflage, Bedingung oder Teilversagung? Im Fall Jipa - C-33/07 hat der EuGH ein Elfes-Urteil gefällt.

Der EuGH entschied am 10.7. den Fall Feryn: darf ein Garagenbauer Marokkaner als AN ablehnen, weil seine Kunden Angst vor denen haben? Am 17.7. wird Coleman verkündet - C-303/06. Man sieht an diesen Fällen, dass das AGG nicht die Diskriminierung verhindert - im Gegenteil, sie wird gefördert, weil den Arbeitgebern beigebracht wird, zu lügen: man fragt, sind Sie Marokkaner und können Sie schwimmen? Wenn er schwimmen kann, ist er überqualifiziert und wenn nicht, unterqualifiziert für den Job. In den USA werden jetzt als Ablösung der subprime loans covered bonds empfohlen nach dem Vorbild des von Friedrich dem Großen 1769 erfundenen Pfandbriefes. Grund der Finanzkrise war, dass Banken an Hinz und Kunz Hypothekenkredite vergaben, ohne hinzugucken. Denn Heuschrecken kauften ihnen diese Kreditforderungen bündelweise ab. Mit dem Kaufpreis wurden weitere noch unsichere Kredite vergeben. Am Tag X haben dann die Heuschrecken sich geweigert, weitere Bündel abzukaufen. Die Banken saßen nun auf faulen Krediten und gaben sich untereinander auch kein Geld mehr. Die Nationalakademie Leopoldina ist gegründet worden - als was und wie? Eine hessische Kanzlei hat beim BVerfG gefragt, ob das Studiengebühren-Urteil des StGH bindend sei - nein - die Studenten könnten vor den Verwaltungsgerichten klagen. Das ist ja ganz was neues, dass das BVerfG ausserhalb von Gerichtsverfahren Entscheidungen auf Leserfragen fällt. 3 deutsche Bergsteiger sind auf dem Berg Ararat bei der Suche nach den 10 Geboten entführt worden. Darf die Bundeswehr da rein, nachdem sie das Gelöbnis auf der Wiese durchgesetzt hat? Art. 87 a II GG? Was haben andere Staaten für Einbürgerungstests? Googeln Sie mal unter naturalization test. Die FR bringt auch ein paar Fragen. Die richtige Antwort nach der Aufgabe der Schöffen sei, dass sie bei der Festsetzung des Strafmaßes mitwirken würden. Vielleicht sollten die Autoren des Testes selber erst mal mindestens zwei Examina bestehen. Kinder sollen von Geburt an ein Wahlrecht haben, meinen 46 MdBs - nur mit dem Sommerloch zu erklären. Ruanda stellt ein Auslieferungersuchen - analog Soehring-Fall - dürfen wir in so ein Land ausliefern? Die Knut-Klage soll auf dem Weg zum Gericht sein - wahrscheinlich eine Stufenklage: Auskunft, wieviel Reibach Knut gebracht hat und dann § 812. Das BVerfG hat die Verhandlung der Pendlerpauschale für September angekündigt. Wer hat die Deutungshoheit über Ungleichbehandlung nach Art. 3 I GG - Werkstorprinzip - bei dieser politischen Kern- und Schicksalsfrage? Richter, die nicht vom Volk gewählt wurden?

Alle Zeitungen bringen Fragen aus dem geplanten Einbürgerungstest, die zeigen, dass es kein Gesinnungstest ist sondern ob man richtig doof ist oder nicht. Wird das von der Ermächtigungsgrundlage gedeckt? Siemens will Tausende von Mitarbeitern entlassen - der Grund liegt auf der Hand, mangels Korruption verdient man nicht mehr so viel. Hält das vor dem Arbeitsgericht? Was ist, wenn der betriebsbedingte Kündigungsgrund vom Arbeitgeber verschuldet wurde? Das Parlamentsheer soll seine Gelöbnisfeier nicht vor dem Parlament abhalten, weil das Grünflächenamt Berlin-Mitte das nicht will. Tja, ist das eine Versammlung? Als staatliches Event? Wegen der Zuschauer? Wenn nicht, Sondernutzung? Wenn Sondernutzung, hat der Bund einen Anspruch nach § 18 LStrWG-NW? Wird das Ermessen auf Null reduziert? Gilt die Vorschrift für Bund gegenüber Gemeinde? Könnte es zu einem zweiten Preußenschlag kommen? Was ist, wenn die Bundeswehr da trotzdem aufmarschiert? Kann eine einstweilige Anordnung beantragt werden - § 50 VwGO? Hat Barack Obama eine rechtliche Möglichkeit, eine Rede vor dem Brandenburger Tor durchzusetzen? Bush tobt - Gefährdung unserer außenpolitischen Beziehungen? Merkel und Steinmeier zanken sich - wer hat hier die Entscheidungshoheit? Können die U-Bahn-Schläger ausgewiesen werden? Beim Griechen ist das problematisch, aber es geht ja nicht wie bei Donatella Calfa um ein kleines Delikt. Der türkische Angeklagte lebt seit seiner Geburt hier. Das dürfte nicht ganz einfach werden. Die Bank will ihren Kredit zurückhaben, obwohl der Vertrag wegen Verstoßes gegen das RechtsbG

nichtig ist. Die Bank sagt, dann erst recht und zwar aus § 812 - der BGH sagt, nein wegen § 242 - XI ZR 112/07.

In der Prüfung Hauck/Kubink/Dabitz am 2.7. kam ein arbeitsrechtlicher Vortrag - betriebliche Übung bei einem einzelnen Mitarbeiter? Im Strafrecht Sterbehilfe in allen Schattierungen und Fouls bei der Fußball-EM. Im ÖR: Sie sind Anwalt, der Mandant will BGH-Richter werden - wie geht das? Sehr hilfreich für das spätere Berufsleben. Im Zivilrecht ein großer Fall durchs BGB. Aus 51 wurden 97 Punkte, aus 39 90 aus 51 und 31 nicht bekannt. Ein neuer Bonifatiusfall, d.h. die Fortsetzung von Vom Winde verweht, endlich: BGH IV ZR 238/06: er setzt sie als Begünstigte seiner Lebensversicherung ein. Sie sagt ihm, sie wolle sich trennen, er begeht Selbstmord. Seine Familie ficht gegenüber Versicherung an (er bringt sich wegen ihr um und sie soll noch die Lebensversicherung bekommen?), die Versicherung schreibt ihr, sie prüfe erst mal. Hat sie einen Anspruch aus § 330 - hat der Anwalt der Witwe einen Riesenfehler gemacht, er hat sich als Streithelfer beteiligt? Der Fall hat alles. Haftet Vermieter für nachbarlichen Baulärm und kann er die Haftung ausschliessen? BGH XII ZR 62/06. Am 8.7.1933 wurde der Reichskonkordatsvertrag - Art. 123, 126 GG - geschlossen. Nun wird gegen 21 Konkordatslehrstühle wegen des AGG und der Antidiskriminierungsrichtlinien geklagt. Politiker meinen, die vorgesehene Abschaffung der §§ 67, 67 a PersStG würden Bigamie ermöglichen. Das StGB bestraft Bigamie nicht, weil das Schweinkram wäre, sondern weil dann zwei Witwen Grundsicherung haben wollen. Die Gefahr besteht doch nicht, wenn die rein kirchliche Heirat staatlich nicht anerkannt wird. Die SZ berichtet, dass das Programm "Asche zu Diamant" in der Schweiz ein unternehmerischer Erfolg sei. Wer entscheidet, wie der Vater beerdigt wird - die Mutter oder die Tochter, die in die Schweiz will? War neulich Vortragsthema im Zweiten. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg: der Atomausstieg wäre durch Gesetz, § 49 VwVfG oder Schikanen gegen die Betreiber (höhere Haftpflichtversicherung wegen 9/11) möglich gewesen. Gerhard Schröder hat den Vertrag gewählt, da dann die Betreiber nicht zu Gericht können. Wie wäre jetzt der Ausstieg aus dem Ausstieg vorzunehmen - spiegelbildlich? Herr Papier ist 10 Jahre im Amt. Angeblich gehe er nicht in Talkshows - bei Maischberger habe ich ihn aber mal gesehen - sie holte eine Landkarte unter dem Tisch hervor und fragte, wie er sich die von ihm vorgeschlagene Neugliederung der Länder denn nun konkret vorstelle, woraufhin natürlich keine klare Antwort kam. Höflich berichtet. In Milano beten freitags die Moslems auf der Straße, weil die Garagenmoschee zu klein ist - Religion gegen Straßenverkehr?

Ist es strafbar, eine strafbare Hitler-Wachskopie zu köpfen? Ja, da es keine öffentliche Notwehr gibt. Greift § 304 bei strafbarer Kunst? Erfasst das KURhG nur Fotos oder auch künstlerische Eigenkreationen unter "Bildnisse"? In Hessen benötigt ein Volksbegehren 20% der Wahlberechtigten als unterschreibende Unterstützer innerhalb von 2 Wochen. In NRW 8% sonst 4 oder 5% in 2 Monaten. Ist es verfassungswidrig, die Kirschen so hoch zu hängen, dann kann man es doch auch gleich lassen? Darf Karlsruhe Beamtenteilzeit, Führungspositionen mit Befristung und Vorruhestand für unzulässig halten, nachdem die Föderalismusreform I in Art. 33 GG reingeschrieben hat, dass das Beamtenwesen sei?

Darf ein Wachsfigurenkabinett Helmut Kohl trotz verweigerter Zustimmung verewigen? KURhG? Ohne Sachthema? Darf es Hitler abbilden oder macht der Künstler sich da strafbar? Anders als in Filmen oder Büchern könnte man darin ja eine Verherrlichung sehen - neben Madonna und anderen präsentiert zu werden.

So, das BVerfG versteht das mit dem negativen Stimmgewicht auch nicht richtig - die erste jemals erfolgreiche Wahlbeschwerde führt nur zu einem Wischi-Waschi-Gesetzgebungsauftrag. Darf man zum reinen Mehrheitswahlrecht wie 1871 zurück, oder zum reinen Verhältniswahlrecht wie 1919? Das OLG Köln hat die Lehrerbewertungen in spickmich.de gehalten. Dann dürfte ja einer Richterbewertung nichts mehr im Wege stehen, die werden sich noch wundern. Die Schwarze Witwe ist wegen Mordes in Mittäterschaft verurteilt worden - die Frau hat sich ungeschickt angestellt. In Bonn läuft eine Dame rum, die bringt die Leute nicht um sondern lässt sich von einsamen, alten reichen Menschen adoptieren. Das kann man ja mehrfach machen, solange das Gericht die Genehmigung erteilt. Ist das Mittäterschaft, wenn Sie Mordmerkmale verwirklicht, ihr Vollstrecker aber nicht, da er hörig ist? Begriff der Tat in § 25 II bei Mord und Totschlag? Der BGH hat ja glücklicherweise die Äpfel-und-Birnen-Theorie abgelegt und sieht § 211 nun als Qualifikation des § 212 an - also ja. Die geistige Sterbehilfe soll durch einen neuen § 217 unter Strafe gestellt werden - wird gegen den Kantschen Grundsatz verstossen, dass Moral und Recht zu trennen seien? Die Unesco verlangt von Dresden den Stopp der Bauarbeiten der Waldschlösschenbrücke innerhalb eines Jahres - sehr logisch. Was kann Dresden dagegen tun? Zum IGH kommt man nur als Staat.

Ein Trampolin im Indoorspielplatz sollte man nicht mehr aufstellen, zumindestens den Salto kategorisch verbieten - wenn jemand querschnittsgelähmt rauskommt, haftet man, BGH VI ZR 223/07 - vorher OLG Köln. Problem: Sport ist Mord, wer trägt das Risiko von "gefährlichen" Übungen? Was ist der Unterschied zum Kinderspielplatzbesuch, wenn das Kind schaukelt, bis es kotzt? Sind nicht die Eltern allein verantwortlich? Warum ist nur § 823 geprüft worden und nicht auch vertragliche Ansprüche - das Kind ist mit einer Geburtstagsgesellschaft da gewesen? Das BVerfG verhandelte am

3.7. die Überhangmandate wieder mal. Wie entstehen die? Bei einer Bundestagswahl ziehen zunächst alle Direktkandidaten bundesweit in den Bundestag ein. Dann werden die Zweitstimmen gezählt und zwar nicht für jede Partei bundesweit sondern pro Land. Wenn also die A-Partei im Land X alle 15 Wahlkreise mit Direktkandidaten gewinnt, sitzen die schon mal im Bundestag. Vielleicht erreicht die A-Partei mit den Zweitstimmen in diesem Land aber nur 8 Sitze. 7 Sitze sind daher Überhangmandate. Wie kommt es, dass eine Partei mehr Direkt- als Zweitstimmenmandate bekommt? Wegen des zulässigen Stimmen-Splittings. Wenn ich eine kleine Partei wähle, weiß ich, dass die Erststimme für den Papierkorb ist, weil die selten Direktkandidaten durchbringen. Also gebe ich denen meine Zweitstimme und der CDU/SPD meine Erststimme - die großen Parteien bekommen also die Überhangmandate. (Alles angelesen, das ist echt schwierig - beim negativen Stimmgewicht bin ich überfordert, das soll Karlsruhe erklären). Ab dem 1.1.2009 kann man rein kirchlich heiraten - nach der SZ ist man dann aber rechtlich nichtehelich miteinander verbandelt. Napoleon hatte die Zivilehe eingeführt und Bismarck hatte sie übernommen. Herr Papier macht in der FAZ dem EuGH ein Vergleichsangebot - ihr macht gerichtsmäßig alles, was durch VOen geregelt ist und wir alles mit Richtlinien. Ich glaube nicht, dass der EuGH sich darauf einlassen wird. Gysi verliert jetzt seine Prozesse. Vor dem LG Mainz hatte er eine Gegendarstellung verlangt - für die gibt es nicht den fliegenden Gerichtsstand der Presse nach § 32 ZPO. Nur Pressespezialisten schaffen es, eine zulässige Gegendarstellung zu formulieren. Sie darf nicht länger sein als die angegriffene Mitteilung, es muss um Tatsachen gehen und nicht um Wertungen und sie darf nicht etwas bewiesenes widerlegen wollen (Kurzfassung einer Nichtpresserechterin). Vor dem LG Hamburg - Unterlassungsklage, § 32 ZPO - hat er nicht aus formalen Gründen verloren. Er würde lügen. Sein juristischer Stern geht unter.

Der EuGH meint, dass Herr Turco Anspruch darauf hat, Rechtsgutachten in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren in Brüssel zu erhalten - C-39/05. Das ist ungefähr so, als wenn bei uns jemand Unterlagen aus einem Bundestagsausschuss kopiert haben wollte. Dann hat der EuGH die Quersubvention in der Post zwischen Großkunden- und Briefgeschäft erlaubt. Es war auch zu albern, von der Post zu verlangen, 907 Millionen an den Bund zu zahlen - von der linken Tasche in die rechte. Was haben das Bonner Loch und Englische Garten in München gemein? Die Stadtverwaltungen verbieten gewisse Verhaltensweisen. Durch Satzung, durch VO? Ermächtigungsgrundlage - § 18 LStrWG-NW? Sondernutzung - Gemeingebrauch? Alkoholtrinken, nackig sonnenbaden? Was kann man gegen eine Satzung/VO tun? Nachdem Herr Köhler das Transformationsgesetz zu Lissabon nicht ausfertigt, macht Herr Kaszynski das auch nicht. Dabei droht doch wegen den Iren gar kein Inkrafttreten. Dürfte Herr Köhler mit den Kaszynski-Argumenten die Ausfertigung verweigern? Art. 18 WVK. Sabine Christiansen gewinnt gegen die Bunte wegen der Urlaubsfotos, Caroline verliert im Kenia-Verfahren vor dem BGH - die Anlassrechtsprechung, nur Berichterstattung über Sachthemen - des EGMR hat durchgeschlagen. Wobei die Vermietung einer Villa ein Sachthema ist? Der EGMR hat am 1.7. die rückwirkende Sicherungsverwahrung verhandelt - handelt es sich um eine Strafe, dann gilt das Rückwirkungsverbot - oder eine Maßregel der Besserung und Sicherung, dann nicht? Die Zeitungen lassen sich noch mal über die "Rettungsfolter" aus. Man wird demnächst Geiseltäter in der Bank nicht mehr festnehmen dürfen - das könnte ja Rettungsfolter sein. Oder man hängt dem Einsatzleiter ein Disziplinarverfahren an und dann ist das ja wieder gut gemacht worden. Wenn Sie mit dieser Lösung eine Hausarbeit im Examen geschrieben hätten, wären null Punkte rausgekommen. Alle Zeitungen diskutieren die Sterbehilfe - aktive (zum Sterben) - passive (beim Sterben). Muss der Staat Herrn Kusch verbieten? Ja, wegen Art. 2 II GG.

Aha: das Küchenmesser zwecks neuer Frisur - Dreadlocks - erfüllt nicht § 224, das Taschenmesser zum Entfernen des Sicherungsetikettes aber § 244 - BGH 3 StR 246/07 - er sagt dabei ganz offen, dass er den Gesetzgeber korrigiert - verschlimmbessert würde ich sagen. In der Entscheidung 3 StR 142/08 sagt der BGH wieder deutlich, dass der Tötungsvorsatz sowohl das Wissens- als auch das Wollenselement nebeneinander haben muss. - eine Gebrauchsanleitung für die Große Jugendkammer im Münchner U-Bahn-Schläger-Prozess. Was ist, wenn der langjährige Lebenspartner, dem die Wohnung gehört, ins Heim muss, muss sie dann auch ausziehen? Ja, BGH XII ZR 110/06 - es sei denn, es wurde ein ausdrücklicher Vertrag geschlossen - dumme Liebende werden also mit der Höchststrafe belegt, Verlust des Heims. Und was zum IRP - Privatscheidung BGH XII ZR 61/06. Im Zweiten Examen am 24.6. wurde im ÖR geprüft, ob ein an Diabetes erkrankter Lehramtskandidat deshalb abgewiesen werden darf. Im Strafrecht Betrug und Prozessbetrug, im Zivilrecht die Vertretungsverhältnisse bei allen denkbaren Gesellschaftsformen sowie die Haftung für eine Falschberatung durch einen Bankmitarbeiter beim Aktienkauf. Nach dem Soehring-Fall, der Brechmittelentscheidung, Caroline und Görgülü haben wir einen neuen leading case in Straßburg. Der EGMR eiert rum - die Androhung sei zwar keine Folter aber eine unmenschliche Behandlung gemäß Art. 3 EMRK, Magnus G. habe jedoch schon durch die Verwarnung mit Strafvorbehalt von Herrn Daschner Genugtuung bekommen. Eine durchgehend etwas ulkige Logik. Meint der Gerichtshof, es liege eine Fortsetzungsfeststellungsklage vor, die es bei ihm nicht gäbe? Aktuell würde Magnus G. doch gar nichts weh tun? Und was ist denn dann mit dem gezielten Todesschuss nach § 63 II PolG-NW, wenn ein Gangster Kindergartenkids als Geiseln nimmt? Am 1.7. verhandelt der EGMR unsere nachträgliche Sicherungsverwahrung - der Spiegel fragt, ob gewaltfreie Delikte wie Diebstahl oder Betrug wirklich rechtfertigen,

dass der Täter nach Haftverbüßung hinter Schloß und Riegel bleibt - sollen die Leute doch auf ihr Portemonnaie aufpassen - die Argumentation hat was. Am 1.7.1948 - berichtet die FAZ - haben die Alliierten die Ministerpräsidenten gebeten, einen Teilstaat zu gründen. 1949 war das Leitmotiv an der Wand: nie wieder Auschwitz und einen Führer, deshalb starke Grundrechte, Föderalismus, parlamentarische Demokratie. 1919: keine russischen Verhältnisse, deshalb eine Präsidialdemokratie. 1871: ein Nationalstaat. 1815: keine französischen Verhältnisse deshalb ein Verteidigungsbündnis als NATO nach innen. Unser Bundespräsident hat auf Bitten des BVerfG den Vertrag von Lissabon erst mal nicht unterschrieben. Was will uns das Gericht dadurch mitteilen? Darf er das? Er hat doch ein Prüfungsrecht, darf er das nach Anweisung ausüben? Art. 82 GG? Die EU und vor allem der EuGH ist als Feind ausgemacht. Die Wiedemann-Entscheidung zu tschechischen Führerscheinen ist schon ein dolles Ding. Die Tschechen entscheiden, wer bei uns mit dem Auto fährt? Man hätte den Fall auch so lösen können, dass Staaten bei der Erteilung von Fahrerlaubnissen die vorherige Entscheidung des Heimatstaates zu respektieren haben.

2009

30. Juni 2009

Es geht jetzt bei Aktuell 2009 II weiter. In der Prüfung Dabitz/Waltermann/Krämer am 25.6. kam als Vortrag: ist ein deutsches Alkoholwerbeverbot mit dem EG-Vertrag vereinbar? Was ist Inländerdiskriminierung und ihre rechtliche Bedeutung? Eine Kandidatin hat einen Vortrag von 2 Minuten gehalten und hat für jede Minute einen Punkt bekommen. Die Noten: 45 (8+10) zu 83, 26 (4+7) zu 51, 48 (8+9) zu 83, 26 (11+12) 73, 23 (2+3) 34, 70 (15+12) 121 - die Kandidatin mit 26 Vorpunkten soll im Prüfungsgespräch besser gewesen sein als der 70 Punkte Kandidat. Im ÖR kamen zwei Examensklausuren = BVerfG: Derelektion einer Autobahn zulasten eines Landes und Bau einer forensischen Abteilung des LKH in einer Gemeinde. Im Zivilrecht BGH: ein Bauer stellt seinen Heuwagen unter eine Brücke und die brennt ab. Im Strafrecht aktive Sterbehilfe. Die Pressemitteilung zum Vertrag von Lissabon ist so lang wie EuGH-Urteile - zu dem hat das BVerfG keinen Pieps gesagt - man spart sich auf für Mangold II. Das EU-Parlament sei kein richtiges, deshalb müsse Art. 38 GG nicht ran. Die Supranationalität - Mehrheitsprinzip im Ministerrat - sei nicht schlimm, da das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung das schlimmste verhindere. Den Rest werden mir die Zeitungen morgen erklären. Die Michael Jackson Konzerte sind nicht gegen Unpässlichkeit des Künstlers versichert. Wir konnten uns gestern im Kurs nicht einigen, ob man nun sein Geld zurückbekommt oder ob der Veranstalter sagen kann, er habe das Geld schon unwiederbringlich investiert. § 346 I - II? Was ist der Rücktrittsgrund? § 326 V? Was, wenn die SPD am kommenden Freitag, dem letzten Arbeitstag im Bundestag, mit den Grünen für eine Wahlrechtsänderung stimmen würde und so den Koalitionsvertrag bräche? Unsere Bundeskanzlerin würde die SPD-Minister in die Wüste schicken, so dass die ihren Wahlkampf mit ihren Privat-Pkws absolvieren müssten oder diese würden, um das zu vermeiden, zurücktreten, oder sie würden Frau Merkel mit einem konstruktiven Misstrauensvotum mit Hilfe der Linken und Grünen zu Fall bringen. Sähe alles für den Wahltag nicht gut aus. Mr. Madoff bekommt für 13 Milliarden Schaden 150 Jahre, so dass er wahrscheinlich 3 einhalb Jahre absitzen wird. Wie wäre bei uns zu entscheiden? Ist bei einem Schneeballsystem Betrug gegenüber den ersten Anlegern, die ihr Geld ja von den Folgelemmingen bekommen? Der Supreme Court hat gegen die positive Diskriminierung der Feuerwehrleute entschieden - wenn die Examensergebnisse von Farbigen schlecht sind, dürfen nicht alle für nichtig erklärt werden. Ich hoffe, das setzt man im Golf für die CSA-Werte um. Beim Herrengolf kriegen die bei schönstem Wetter immer 3 Punkte drauf und spielen sich praktisch nie hoch.

In der Prüfung Schmoeckel/Christensen/Bönders am 26.6. kam als Vortrag ein sachenrechtlicher Fall - Veräusserung mit Vertretung auf beiden Seiten. Im Zivilrecht brachte Prof. S. den Fall aus dem Probeexamen der selben Woche. Im Strafrecht Brandstiftungsdelikte, im ÖR die schwangere Anwältin, die die Fachwaltausbildung nicht in der vorgeschriebenen Zeit wegen den Pänz schafft. In einer Prüfung letzte Woche hat ein Kandidat seinen Vortrag unbedingt im Stehen halten wollen - ohne Gesetz. Der meinte wohl, er wäre bei einem Casting. Die Prüfer saßen und schauten zu ihm auf. BGH VII ZR 206/07: die GbR darf jetzt eigentlich alles nur keine Eigentumswohnungsverwaltung - wenn sie aber Mängelrechte der Eigentümer geltend machen soll, dann doch. Warum sagt der BGH nicht einfach, dass § 124 HGB analog gilt? Unsere Kanzlerin sagt nein zu Steuererhöhungen. Wenn sie denn dafür zuständig wäre, könnte man ihr ja glauben. Das Haushaltsrecht ist wenigstens auf dem Papier das Königsrecht des Parlaments. Alle anderen Parteien befürchten, dass die Union bei der Bundestagswahl sehr viel Überhangmandate erhalten wird - ein beliebtes Prüfungsthema. Da man seine zwei Stimmen splitten kann, kann es sein, dass es mehr Direktstimmen für eine Partei gibt als Zweitstimmen.

Am 30.6. verkündet Karlsruhe das Lissabonvertragsurteil. Ist ein Zustimmungsgesetz, welches nur den Blankoscheck des Art. 23 I 2 GG einlöst, verfassungswidrig oder ist diese GG-Norm verfassungswidrig? Die Übertragung der Hoheitsrechte wird in keiner Weise eingeschränkt. Man darf gespannt sein, was die daraus machen - nicht im Ergebnis, das dürfte klar sein.

Das Michael-Jackson-Konzert in London findet nicht statt. Bekommt man sein Geld zurück? Kann der Veranstalter sagen, wir haben Ausgaben gehabt, die ziehen wir ab? Ist das überhaupt ein Rücktritt und wenn ja, von wem? In einer Talkshow darf man von einem durchgeknallten Staatsanwalt sprechen - auch von einem durchgeknallten Dummschwätzer? Wie wäre es, wenn sich das auf einen BVerf-Richter bezöge? Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass dann mit zweierlei Maß gemessen würde.

In der Modigliani-Ausstellung sollen gefälschte Bilder hängen. § 267 - zusammengesetzte Urkunde? Eine bekannte Dressurreiterin gibt ihrem Pferd gegen Pferdeparkinson ein verbotenes Medikament - § 303 StGB, wenn sie nicht Eigentümerin wäre? Brüssel macht dem Bund Stress wegen der Weigerung Bayerns (man bemerke den fehlenden

sächsischen Genitiv), Agrarsubventionsempfänger zu veröffentlichen. Muss Bayern dem Bund den Schaden ersetzen? Herr Seehofer posiert nicht mit einer seiner Frauen sondern mit einem Quelle-Katalog. Ist das rechtlich zulässig? Oder kann man den Mann als Werbeträger buchen? Kann Dresden sich gegen den Verlust des Weltkulturerbestempels gerichtlich zur Wehr setzen? Beim IGH? Kaum - da müsste die Republik klagen.

In der Prüfung Rosenberger/Mansel/Fleischfresser am 23.6. kam im ÖR das Abschleppen des teuren Audi, dessen Fenster offen ist. Im Strafrecht 40 Minuten StPO - Zwangsmaßnahmen bei § 8a b aus § 81 a StPO herauslesen? Fällt ein zertrümmerter Kiefer, der vom Arzt rekonstruiert werden kann, unter § 226? Im Zivilrecht zünden zwei kleine Mieterkinder die Wohnung an. Haftet der Mieter dafür? Im ÖR wurde anerkannt, dass § 21 GebührenO als Anspruchsgrundlage gesehen wurde statt des öR Erstattungsanspruches. BVerfG 2 BvR 247/09: ein 20jähriger würgt ein Mädchen, denkt, sie sei tot, kehrt mit seinem älteren Freund zurück, um die Leiche zu entsorgen; sie merken, sie lebt noch, der Freund erwürgt sie nun. Strafbarkeit der beiden? Herr Struck fordert, dass Frau Dr. Merkel klar mache, dass Krieg sei. Das heißt heute bewaffneter Konflikt im Völkerrecht und im GG Verteidigungsfall - wer erklärt bei uns den Krieg d.h. gibt die Kriegserklärung ab? Art. 115 - das sollte Herr Struck als ehemaliger IBUK wissen. Ist das ein Verteidigungsfall, wenn in Afghanistan unsere Soldaten angegriffen werden oder muss das Bundesgebiet angegriffen werden? Warum ist nach Art. 115 b der Kanzler im Verteidigungsfall der IBUK und nicht der Verteidigungsminister? Man erhofft sich vom Kanzler eher eine politische Lösung als vom BMV, der von seinen Falken umgeben ist. Historisch etwas unlogisch. Der Bundesrat wird 60 - wie der Kanzler, das Auswärtige Amt, die Gewerbeordnung und das StGB kommt er aus dem Norddeutschen Bund - keine zweite Kammer, kein Senat, er blockiert aber nicht - Carlo Schmid nicht zu verwechseln mit Carl Schmitt hat ihn 1949 durchgesetzt.

In der Prüfung am 23.6. Paeffgen/Jährig/Bamberger kam als Vortrag der BGH-Medicus-Klassiker: A verkauft Bus unter EV, B bringt den zum Werkunternehmer und der will den nicht rausgeben. Im Zivilrecht kam Juni-JuS die BGH-Vorlage § 439 III 2 BGB, im Strafrecht die Deals und die Maiklausur Tod beim Sex, im ÖR sollte das Strafrecht mit dem Verwaltungsrecht verglichen werden. Die Kandidaten kannten die Steilvorlagen nicht. "Rudi ist wieder da" - der Bauer, den seine Familie zerstückelt und an die Schweine verfüttert haben soll, ist tot in seinem Auto in einem Fluss gefunden worden - Herzinfarkt - und jetzt? Wiederaufnahme? Unser Verteidigungsminister hat am 23.6. im Fernsehen gesagt, 3 Soldaten seien in Afghanistan "gefallen". Da fragt man sich als juristischer Bernhardiner, was sich unter diesem juristischen Schneehaufen verbirgt - § 27 Soldatenversorgungsgesetz hilft nicht weiter - das wird wie ein Dienstunfall behandelt - also bundeswehrrechtlich - Verteidigungsfall - dürfen wir jetzt wenigstens zurückschießen, ohne dass Herr Gysi was sagt? In der Sonntagsverkaufs-Berlin-Kirchen-Verhandlung am 23.6. hat der Vorsitzende Berlin aufgefordert, noch Zahlen vorzulegen - ein nachgelassener Schriftsatz beim BVerfG? Die Beschwerdebefugnis ist ein Problem und die Gestaltungskompetenz der Länder hinsichtlich des Sonntages. Im Assessmentcenter in Düsseldorf wird keine praktische Aufgabe wie in Köln gestellt (eine Stunde mit 10 Akten) sondern ein einstündiges Stressinterview mit vier Interviewern und eine Gruppenaufgabe: die LJM kommt zu Besuch zu einem Problemgericht - wie würden Sie den Tag gestalten? Zur Prüfung am 17.6.: wie macht man im Prüfungsgespräch 15 Punkte oder eben auch nicht? Die Prüfer haben sich zu recht darüber aufgeregt, dass die Leute nicht am Gesetz arbeiten - bei einem Strafrechtsfall wird in die Luft geguckt, Definitionen unreflektiert abgelassen und das war es dann. Beim Vortrag liegt das Gesetz dekorativ an der Seite, aber es wird nicht damit gearbeitet. Die Prüfer wollen sehen, wie Sie funktionieren, wie Sie denken, wer Sie juristisch sind. Die Leute wissen nicht, was argumentieren ist.

In der Prüfung Doleischv.Dolsperg/Dauner-Lieb/Keller am 17.6. wurden aus 54 109 (13+14), aus 37 68 (4+9), aus 57 91 (7+9), aus 26 43 (2+5), aus 35 94 (14+15) und aus 51 115 (16+16). Im Zivilrecht vier Denksportaufgaben durchs Reisevertragsrecht, AGB-Recht, Familienrecht, Arbeitsrecht. Im Strafrecht setzt ein Kumpel den goldenen Schuss, im ÖR soll man was zur Herrschaft des Rechts sagen und dann noch eine Examensklausur: ein Niederländer darf nicht auf den Markt. In der Prüfung Schilken/Ehlen/Harperath am 18.6. kam als Ö-Vortrag der Zeitungsfall: bei einer Demo in Duisburg holt die Polizei wegen den wütenden Demonstranten Israel-Flaggen aus dem Fenster einer Wohnung. Im Zivilrecht wurde BGH II ZR 84/05 geprüft. Im Strafrecht kam eine Examensklausur: der Anwalt gibt einem diebischen Bankangestellten diese Tipps. Im ÖR einfaches Baurecht. Noten: 31 zu 66, x zu 59, 33 zu 72 (9+10), 21 zu 55 (4+10), 35 zu 67 und 31 zu 57 (5+7). Landwirte sammeln für ihren Kollegen, da dieser einen Bußgeldbescheid wegen Impferweigerung gegen die Blauzungenkrankheit bekommen hat - tolles Deutsch. § 258? Der BGH entscheidet am 23.6. über Spick-Mich - die moderne Variante des Lüth-Urteils. Was wäre, wenn ein Richter klagen würde - auch über die gibt es im Internet schon Meckerforen. Der BGH XI ZR 586/07 meint, dass Banken bei vorsätzlicher Falschberatung dreissig Jahre zurück haften können - was heißt das rechtlich nun genau? Das dürfte nur für eine Falschberatung nach altem Recht gelten. 5 wütende Senioren nehmen einen Geschäftsmann als Geiseln, um ihr bei ihm investiertes Geld zurückzubekommen. § 239 a? § 255? Oder nur § 239?

Am 23.6. verhandelt Karlsruhe über Art. 139 WR - den kirchlichen Sonntag in Berlin. Ist die Kirche beschwerdebefugt? Hat eine Kirche Anspruch darauf, dass der Staat ihr die Kunden ranschaft? Sonntags, freitags, samstags? Heuss wollte 1949 nicht, dass man an die Kirchenartikel rangeht, so wurden die einfach übernommen. Frau Lichtinghagen hat sich nicht nach § 339 StGB strafbar gemacht, indem Geldbußen/Bußgelder an gewisse gemeinnützige Organisationen dirigiert wurden. Angeblich. Kann ein Staatsanwalt überhaupt eine Rechtsbeugung begehen? Wann wird er mal wie ein Richter tätig?

Die SZ berichtet, dass die MdBs am Donnerstag demonstrativ bis 2 Uhr nachts mindestens im Bundestag geblieben sind und über "Wahlrecht von Geburt an", auch bekannt als Stuss = Familienwahlrecht aus dem Kirchengemeinderecht, diskutiert haben. Darf ein Privater Blaue Altpapiertonnen aufstellen? § 13 KrWiG - BVerwG 7 C 16.08 nein. Das Abfallrecht unterscheidet zwischen privatem Abfall - Anschluss- und Benutzungszwang - und gewerblichem Abfall - die müssen ihren Abfall eigentlich selber entsorgen. Die behördliche Zuständigkeit ist auf Kreisebene angesiedelt, da sonst

jede Gemeinde, in der die Grünen im Rat sitzen, Komposthaufen und Klärgruben beschließen würden. Überdimensionierte Müllbeseitigungsanlagen in Trienekensland würden sich dann nicht mehr rechnen. Der Bundestag hat für angemessene Vorstandsgehälter gestimmt. § 87 AktG stammt von unserem Führer. Man fragt sich, ob die neuen Regelungen notwendig sind. Kann nicht auch nach jetziger Rechtslage die Vorstandsvergütung wegen schlechter Unternehmenslage herabgesetzt werden? Haftet der Aufsichtsrat nicht für schlechte Vergütungsvereinbarungen? Der BGH meint, dass Einschleusen von Selbstmordattentätern aus Afghanistan in den Irak unter unseren § 129 b fällt, ebenso Geld sammeln für Al Kaida. Der Besuch eines Terrorcamps aber nicht. Die Zeitungen schreiben vom Regime in Teheran - nach zwei Wochen heißt das wieder Regierung.

Darf eine JVA-Leitung einen Brief in Sütterlin-Schrift anhalten? Wir haben die noch in der Schule gelernt - ich bin nach dem Krieg zur Schule gegangen. Rechtsbehelf dagegen durch den Gefangenen bzw. durch den Absender? Das OLG Celle meint, der müsse befördert werden. Russische Schrift wird doch weitergeleitet oder meine Sauklaue, die keiner lesen kann - ich auch nicht. Nachher leiten die ein Schreiben mit Sächsischem Genitiv nicht weiter. Die FAZ berichtet, dass das Infektionsschutzgesetz eine Befugnis des BMG für Zwangsimpfungen bei Schweinegrippe erlaubt - Wesentlichkeitstheorie? Wie erreicht man 14 Punkte beim Vortrag? Indem man die Voraussetzungen des Vertrages mit Schutzwirkung ausführlich anhand des Sachverhaltes herausarbeitet und die nicht mit Tunnelblick bejaht. Der Steuerberater sagt natürlich, ich kann von einem Kommanditisten keine Zahlung verlangen, dann haften ich dem auch nicht. Der Kommanditist: natürlich bezahle ich dich indirekt, denn dein Honorar mindert meinen Gewinn. Zudem lebt meine Haftung ja unter gewissen Voraussetzungen wieder auf. Hat der Kommanditist nicht einen eigenen Anspruch aus § 110 HGB gegen die KG, der § 328 analog oder § 311 III verhindert? Wenn sie noch etwas zum Mitverschulden des Kommanditisten gesagt hätte, hätte es 18 Punkte gegeben. Sollte man eine Generalvorsorgevollmacht erteilen, um eine Betreuung zu verhindern? Nicht, wenn man mehrere Kinder hat, das gibt böses Blut. Dann lieber ein Berufsbetreuer.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Klein-Blenkers/Jacoby am 17.6. kam als Vortrag die Falschberatung des Steuerberaters einer KG und der Kommanditist hat den Schaden. Im Zivilrecht Juni-JuS die BGH-Vorlage zu § 439 III 2, im Strafrecht tiefe StPO - Beugehaft während der U-Haft - und der Housesitter lässt aus verschämter Liebe zur Hausfrau den Diebstahl des Golfbags zu. Im ÖR Straßenrecht: Dreieckständer einer Partei. Noten: 39 (5+5) zu 59, 57 (12+10) zu 99, 63 (14+14) zu 119, 34 (7+7) zu 62, 34 (4+6) zu 56 und 51 (3+10) zu 84. In der Parallelprüfung wurden 35 zu 90 Punkten. Es gibt also noch Hoffnung. Jeder MdB will heute Abend auf ein nettes Sommerfest. Sie geben daher ihre Reden schriftlich ab statt sie zu halten. Ist diese "virtuelle Debatte" - der Ausdruck dürfte nicht einschlägig sein - zulässig? Fragt Die Welt. Auch erbrechtlich wird ein Tipp gegeben. Statt eines teuren Erbscheins könnte ein billigeres notarielles und dann eröffnetes Testament als Nachweis der Erbberechtigung vorgelegt werden - s. BGH XI ZR 311/04. Nur beim Grundbuchamt wird zwingend ein Erbschein verlangt - § 35. Das Erbrecht ist so detailliert geregelt, weil es ein Recht der reichen Leute ist und weil die katholische Kirche ein großes Interesse hatte, die gewillkürte Erbfolge durchzusetzen. Das Zölibat haben die nicht eingeführt, weil Priester nur entweder ihre Familie oder die Gemeindegeliebten lieben können - sondern damit die keinen Anreiz haben, ihren Abkömmlingen was zu vererben. Die Haftentschädigung soll von 11 auf 25 € angehoben werden - für entgangene Urlaubsfreude gäbe es aber mehr Geld. Was ist der Unterschied?

Ernst-August ist in seinem Verfahren abwesend. Der Staatsanwalt beschwert sich, der Richter meint, er könne den Angeklagten nicht zwingen, da es ein Strafbefehlsverfahren sei - § 411 II StPO - aber beim Landgericht Hildesheim? § 407? Der Vorsitzende soll sich auf den Zeugen gesetzt haben, als dieser zeigen sollte, was der Prinz ihm angetan habe. Naja. Das BAG meint, wegen § 308 Nr. 5 könne eine betriebliche Übung nicht mehr durch eine gegenläufige betriebliche Übung geändert werden - 10 AZR 281/08. Gut zu wissen. Die Ötzi-Finderin bekommt von der Stadt Bozen 150.000 € Finderlohn. Nach welchem Recht geht das, wenn ein deutsches Ehepaar in Südtirol - bis 1918 Österreich - frozen Fritz findet? Der Fund ist ein Spezialfall der GoA - auch so zu qualifizieren? Darf die Bundesregierung Menschen, die nach dem 2.8.1945 in Königsberg oder Breslau geboren wurden, als Ausländer behandeln? Art. 116 GG - das dortige Datum haben wir wegen den Österreichern - wir wollten keinen zweiten Anschluss nach der Kapitulation. In der Prüfung Schwarz/Kubink/Brewing am 9.6. wurden aus 32 57, aus 50 90, aus 39 58 und aus 42 66 Endpunkte, sowie aus 58 VB. Im Zivilrecht wurde ein Fall in romanhafter Ausgestaltung geschildert - Vormerkung, GBO. Im Strafrecht kam das Lieblingsthema des Prüfers - die Geschichte der Unterlassungsdelikte. Gut, dass es Protokolle gibt. Im ÖR will die BRD die Terroristenbekämpfung in die NATO auslagern. Nicht für die Schule sondern für das Leben lernen wir - gilt wohl nicht für juristische Prüfungen.

Im Zweiten am 5.6. Anders/Brandt/Weber kam im ÖR Staatsrecht - Jubiläen, im Strafrecht nur StPO, im Zivilrecht will der Zahnarzt bei nicht wahrgenommenen Terminen Geld haben und ein 8-jähriger fährt in ein geparktes Auto. Kann die Verwaltung von Sylt von dem "Veranstalter" einer Flashmob-Party mit 5.000 Dreckspatzen 20.000 € verlangen? Anders als in den Abschleppfällen sind die ja zu spät gekommen. Also nicht § 11 II Nr. 7/8 KostenO - §§ 9, 9a LStrWG - Strand als Straße? Nein, also § 823 I? Der Strand als absolutes Recht der Inselverwaltung? Ist das ÖR nicht abschließend? Frau Pauli ist aus der Landtagsfraktion gekickt worden - Organstreit - ist das justiziabel? Vor- und Nachteile der Fraktionzugehörigkeit? Herr Wüppesahl hat das in Karlsruhe entscheiden lassen. Sollte man einem getrennt lebenden Mandanten empfehlen, eine Lebensversicherung abzuschließen, um Unterhaltsansprüche zu drücken? BGH XII ZR 111/08 - ja, wegen der wandelbaren ehelichen Lebensverhältnisse. Partizipiert sie dann im Zugewinn daran? Wozu ist ein Testamentsvollstrecker gut? Um die erbenden Kinder vor vollstreckenden Gläubigern zu bewahren - BGH V ZB 176/08. Kann bei einer Teilungsversteigerung lediglich ein Miteigentumsanteil ersteigert werden? Nein, BGH V ZB 12/09 - bei der Zwangsversteigerung nach § 63 ZVG schon. Ernst-August vor der Großen Strafkammer des LG Hildesheim (Zuständigkeit?) wegen gefährlicher Körperverletzung mit einem kenianischen Verteidiger (Hä? Und ist der postulationsfähig?) und der gerichtlichen Anregung des § 153 a bei einem Nebenkläger (muss der zustimmen?). In den

80ern war das noch so - mein Chef schickte mich mal als Nebenklägervertreterin in so eine Verhandlung mit der einzigen Anweisung: Einstellung nur gegen Erstattung unserer Kosten - ich bin bald gelyncht worden - damals ging die Nebenklage noch bei fahrlässiger Körperverletzung - jeder Anwalt hat bei harmlosen Verkehrsunfällen diese Geldquelle genutzt und sich über die Nebenklage schadlos gehalten. Die jährliche polizeiliche Kriminalstatistik - PKS - mit der nicht sehr erhellenden Hellfeldforschung ist ein bisschen später als sonst da. Arcandor leistet sich einen eigenen "Generalbevollmächtigten", obwohl es einen vorläufigen Insolvenzverwalter gibt. An Geldmangel scheinen die nicht so zu leiden.

Parallel zur Geburtstagsparade der englischen Königin fand in London ein Nackradelevent statt. Sondernutzung der Straße? Erlaubnispflichtig nach dem VersG oder der StVO? Bei Ebay werden Adelstitel versteigert. Was ist das rechtlich? Der Käfigkampf in Köln ist vorbei - der nächste soll voraussichtlich 2010 in Oberhausen stattfinden. Kann der jetzt schon behördlich oder gerichtlich verhindert werden?

Eine durch einen Verkehrsunfall dauerhaft schwerbehinderte Frau will von der gegnerischen Haftpflichtversicherung 7,2 Mio statt einer Rente - gibt § 843 I 2 das her? Was ist der wichtige Grund im Sinn dieses Satzes? Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Rechtschutz diesen Fall gedeckt hat - ich vermute eine Erfolgshonorarvereinbarung mit dem Anwalt. Ich bin im Kopf total versifft und sehe immer nur das Schlechte in Juristen - wahrscheinlich, weil ich den sächsischen Genitiv bisher nicht kannte. Eine deutsche Tennislegende heiratet in St. Moritz eine Niederländerin. Nach welchem Recht sind die Eheschließung sowie die rechtlichen Folgen zu beurteilen? Hoffentlich macht er einen besseren Ehevertrag als bei seiner ersten Ehefrau - die packte ihren US-Pass aus und machte in Florida ein Verfahren anhängig, unsere Legende nahm sich keinen Anwalt, er wollte vermutlich Geld sparen, und verlor krachend. Münchner Eheverträge gelten in Florida nicht viel. Die Telekom Baskets sind im PlayOff-Finale beim OLG Köln, schreibt die SZ. Sie wurden vor Jahren für 10.000 von einem Bonner Verein gekauft und kurz darauf für ebenfalls 10.000 an die Telekom verkauft plus "Teilnahmerecht". Wie berechnet man letzteres? Es soll jetzt drei Gutachten geben. Frankreich will nach dem kalifornischen Vorbild 3 strikes out Raubkopierern nach dreimaligem Verstoß den Internetzugang sperren. Wäre das bei uns rechtlich möglich? Der EGMR rügt die Türkei wegen Gewalt gegen Frauen - die Türkei bekommt also keine Gymnasiumsempfehlung für die EU. Herr Steinmeier meint, Herr v.u.z. Guttenberg habe seinen Amtseid verletzt, Schaden vom Volk, also von mir, abzuwenden. Rechtsfolge?

Fronleichnamprozessionen und § 17 VersG - wenn die nicht bei der Polizei angemeldet werden muss, braucht sie dann nach dem LStrWG und/oder der StVO eine Erlaubnis? Das wäre seltsam. Ghaddafi kommt mit Zelt nach Rom und redet im Senat. Sind baurechtliche Dinge von Exterritorialen auch exterritorial? Ist ein Wohnzelt eine bauliche Anlage? Dürften wir einen Staatschef im Bundestag reden lassen? Arg. e. contrario Art. 43 GG? Wer etwas zu einer OT-Mitgliedschaft und der Nachwirkung von Tarifverträgen wissen will, BAG 4 AZR 230/08. Der BGH 4 StR 663/08 meint, dass ein gewerbsmäßiger Betrüger von Kleinbeträgen eine Strafmilderung erhalte - wegen des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Ist der BGH da nicht gesetzgeberisch tätig - Art. 103 GG? Zu dem Vortrag des depressiven Feuerwehrmannes: wieso geht die Sache zum BGH? Das FSHG müsste doch abschließend anwendbar sein.

In der Prüfung GräfinSchwerin u.a. am 9.6. kam als Vortrag BGH: der Feuerwehrmann, der bei einem Autounfall eine verbrennende Frau sieht, krieg Depressionen - § 7 StVG haben nicht alle gesehen. Im Zivilrecht kam der Vortragsfall des schlechten Repetitors, man brauchte 40 Minuten, um § 31 zu finden. Im Strafrecht der Air France Flieger, Strafbarkeit wegen der nicht sofort ausgetauschten Geschwindigkeitsmesser, BVerfG Auto als Waffe im § 113, im ÖR will der Richter aufhören und eine Imbissbude aufmachen - welche Erlaubnisse man dafür bräuchte. Nach "Sächsischer Genitiv Wikipedia" ist das Apostroph nach einem Eigennamen zulässig - und zwar nach Duden. Eine Zeitung meint, wegen Arcandors Insolvenz sollten Kunden ihre Gutscheine schnell einlösen und Ware umtauschen - ist das nicht unzulässig bzw. anfechtbar? Das BVerfG entscheidet am 10.6. über die Gesundheitsreform. Bismarck hatte die AN zwangsweise krankenversichert. Die Bürgerversicherung verlangt das von jedem und PKVs (ohne Apostroph bitte) haben Kontrahierungszwang mit manchen Leuten. Art. 2 I GG? Frau Zypries soll der Landesjustizministerin NRW mitgeteilt haben, sie wünsche die Prüfung der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Herrn Middelhoff. Kompetenz des Bundes? Kompetenz der LJM? Die Staatsanwaltschaft ist doch die unabhängigste Behörde in Deutschland oder? Theoretisch - die Anklage im Ackermann-Mannesmannverfahren soll im LJM durchkorrigiert worden sein. Nach der SZ wird eine Autohaftpflichtversicherung auf 7,2 Millionen verklagt. Gibt es bei Autounfällen einen Anspruch auf eine Einmalzahlung statt auf eine Rente? Ne, wenn es nicht um Schmerzen in der Vergangenheit geht und soviel Schmerzen kann man nach deutschem Verständnis nicht gehabt haben. Das OLG Köln meint, das NRW-Sparkassengesetz dürfe nicht die namentliche Gehaltsveröffentlichung von Vorständen vorschreiben. Darf ein OLG das verbindlich entscheiden? Art. 100 GG? Die Sauerlandgruppe will aus Langeweile gestehen. Man hat nicht den Eindruck, dass der Vorsitzende die Verhandlungsleitung hat sondern Herr Yilmaz.

Randkorrektur in einer Klausur zu "B's Grundstück..." "Sächsischer Genitiv ist nicht gestattet" - wo steht das und was ist ein sächsischer Genitiv? Aha: das sei eigentlich englischer Genitiv und hier noch nie zulässig gewesen - Gott, ich geniere mich ganz grässlich, ich habe in meinem ganzen Leben noch nicht davon gehört und habe Abitur - an den netten Email-Schreiber: danke, meine Rückantwort ging nicht durch, da Hotmail meine Emails nicht nimmt - vielleicht, weil ich bei Freenet bin? Frau Pauli will eine Partei gründen - wie gründet man eine Partei? Ich nehme an, sie wird die CSU als Vorbild nehmen und einen eingetragenen Verein ausbrüten. Ein Mord um zu lernen, eine Tochter erschießt ihre Mutter, weil sie nicht aufs Gymnasium darf - niedriger Beweggrund? Dänemark - Referendum für Prinzessinnen als Thronfolger, wobei die ja schon eine Königin haben - wie wäre das bei uns - Art. 33 II - ist ein Minister oder ein König ein "Amt", in das man sich einklagen kann? Die Auszählung bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz dauert etwas länger, weil die Kumulieren und Panachieren haben.

In der Prüfung Ketterle/Kreutz/Kubink am 5.6. kam im ÖR BVerwG Geisel-Hubschrauberkosten sowie Gemeindeordnung. Im Strafrecht bricht ein Kämpfer beim ultimate fighting dem Gegner den Arm und StPO sowie Rechtsgeschichte. Im BGB AT-Klassiker. Endnoten 117, 91, 78. Der Tatort vom Sonntag wie immer eine Fundgrube für §§ 136, 136 a StPO: darf eine Kommissarin zum Schein einen Kollegen verschärfen vernehmen, um den anderen Kollegen, der als Protokollkraft eingesetzt wird, zu überführen? Kriminalistische List oder was ganz schlimmes? Ein suspendierter Kommissar ermittelt ohne Dienstmarke - Amtsmissbrauch? Die Kommissarin holt ohne Durchsuchungsbeschluss Drogengeld aus einer Wohnung. Die Frau müsste aus dem Dienst entfernt werden. Am Anfang des Filmes wurde erklärt, dass nur ein Beschuldigter aber kein Verdächtiger belehrt werden müsse, also wenn es nicht um die Wahrheitsfindung sondern um die Beweisfindung ginge. Was der schwule Staatsanwalt da dramaturgisch sollte, weiß ich auch nicht. In der Prüfung Linden/Landsberg/Schermaier am 5.6. kam im Zivilrecht der Quelle-Backofenfall und die Geschichte der Schuldrechtsreform, im ÖR Winnenden und der Gang des Gesetzgebungsverfahrens für die Änderung des Waffengesetzes sowie die BVerfG-Entscheidung zum Forstabsatzfonds/CMA - Einnahmequellen des Staates. Im Strafrecht viel StPO - basics und Raub mit Taschenmesser in der Tasche. Die Noten: 62 auf 110, 44 auf 70, 57 auf 91, 34 auf 58, 22 auf 44, 40 auf 80. Die Zusatzfragen zum Vortrag: Strafbefehl oder § 153 a gegen einen noch nicht Vorbestraften sowie die Prozessgrundsätze. Die FAZ berichtet wieder über Carl Schmitt - diesmal nicht im Feuilleton - er wäre gegen liberale Strömungen gewesen - sehr untertrieben ausgedrückt. Die CDU/CSU ist bei der Europawahl mit Landeslisten angetreten, die anderen mit einer Bundesliste. Herr Assauer hat sich bei seiner Ex für die Prügelei im Blumenbeet entschuldigt - bei dem Eigentümer der Blumen nicht - Täter-Opfer-Ausgleich. § 303 am Blumenbeet - Vorsatz? § 123 in mittelbarer Täterschaft, wenn er sie ins Blumenbeet haut? Da könnte man eine ganze Klausur draus machen.

In der Prüfung am 5.6. Baxpehler/Brähler/Looschelders kam als strafrechtlicher Vortrag der Magnet auf dem Stromzähler (was man so alles durch Jura lernt), so dass das Teil langsamer zählt. Im Zivilrecht der Erbensucherfall und BGH - Führerschein gegen Pferd - § 346 II Nr. 2, im Strafrecht Vermögensdelikte und im ÖR Grundrechte. Darf eine spanische Zeitung Paparazzifotos aus dem sardinischen Garten Berlusconi bringen? Unterschied zum Heide-Simonis-Fall? Er ist noch im Amt, aber das ist ja nicht der Flohmarkt sondern sein Privatgelände. Wie würden Sie entscheiden? BGH V ZR 144/08 - Senat für "Eigentum und Besitz" - hat den Abschleppfall entschieden - zu Ungunsten des Abgeschleppten. Aus eigener GoA dürfte der Abschlepper nicht vorgehen können, da er einen Vertrag mit dem Anrufer hat. Und aus abgetretener GoA trotz UWG - § 241 a - § 242? Inkassokosten müsse er aber nicht zahlen. Auch GoA? Warum da nicht? Ein Rollstuhlfahrer wird mit 5 Promille erwischt - Fahrzeug? Wenn Skateboards nur Sportgeräte sind und Beine auch keine Fahrzeuge, dann aber der Rollstuhl? § 316 mit § 323 a? Polizei schreibt totem Falschparker einen Strafzettel in New York - wie wäre das bei uns? Kann argumentiert werden, dass der Erbe in die öR Halterhaftung eintritt?

Die FAZ berichtet über einen Fall beim Supreme Court zur positiven und umgekehrten Diskriminierung: damit Farbige beim Militär (sorry, Feuerwehr, nicht Militär) keine Karriere machen können, wird eine komplette Prüfung annulliert - die Nichtfarbigen klagen. Herr Gabriel hat durch agreement mit den Ländern ein neues "kerntechnisches Regelwerk" ausgebrütet - ich dachte, seit dem Kalkarurteil sei klar, dass wegen der Wesentlichkeitstheorie nur der Gesetzgeber das darf - die Biester sind ja gefährlich. Die FAZ und die SZ berichten über das Haberfeldtreiben in München - fällt dieser Gerichtsmummenschanz der empörten Bauern unter den Versammlungsbegriff oder unter die privilegierten Veranstaltungen wie Fronleichnam und der Rosenmontagszug? Mit welcher Rechtsfolge? Porsche will von der KfW einen Kredit nach dem Sonderkonjunkturprogramm der BReg haben - was wäre, wenn die BReg ihrer eigenen Bank befehlen würde "Zuweisungsgeschäft", den Kredit zu vergeben? Was wäre diese Anweisung rechtlich? Konkurrentenklage von Arcandor? Das AG Frankfurt meint, wenn man Schreibtischfernsehen hätte, TV-Empfang über Breitband-Internet-PC, dann dürfte der Mieter keine Schlüssel anbringen. Drittwirkung der Grundrechte - bezahlt man Miete, um in der Wohnung ein- und ausatmen zu können oder auch für weltweiten Fernsehempfang? Dann kann man sich auch ein Par 3 im Keller einrichten. Die Fragen zum Bundespräsidenten vom 28.5.: wieviele Amtszeiten darf der haben? Wer war zuerst da, das Huhn oder das Ei, die Bundesversammlung oder der Bundespräsident? Darf ein Ausländer in der Bundesversammlung sein? Was, wenn ein MdB stirbt? Muss dann die Landtagsseite auch um einen reduzieren? Direktwahl des Bundespräsidenten? Sind die Ländervertreter in der Bundesversammlung eher mit MdBs oder mit Bundesratsvertretern vergleichbar?

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Pabst/Noethen am 28.5. kam als Vortrag - BGH, die Polizeibeamten lassen frühmorgens einen betrunkenen jungen Mann auf einer Landstraße aussteigen, der dann totgefahren wird. Dann Bundespräsidentenwahl rauf und runter - Inzahlungnahme beim Autoverkauf, Strafbarkeit im Supermarkt. Noten: 34 zu 61 (6+7), 74 zu 118 (8+12), 24 zu 44 (5+5), 22 zu 42 (5+5) und ein U-Boot. Tja, auch mit Supervorpunkten sollte man wohl Vortrag üben. Zu geprüften Söhnen/Töchtern von Richtern, Anwälten und Professoren könnte ich auch einige Geschichten erzählen - sehr eigentümlich - was nicht heißt, dass es hier so war. England wählt am Donnerstag zum EU-Parlament - SZ und FAZ berichten über Rechtssetzungsakte der EU - die Drei-Säulen-griechische-Tempel-Konstruktion gibt es noch, hat sich bei den Zeitungen aber noch nicht rumgesprochen. Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Empfehlungen sind Akte in der ersten Säule, in den anderen gibt es Rahmenbeschlüsse - richtlinienähnlich. Herr Fastenrath diskutiert in der FAZ die Kritik am EuGH anlässlich des Mangoldurteils und anderen. Der EuGH urteilt nach französischem Recht (kurzes Urteil, wir haben ja in der Verhandlung schon alles gesagt) - der EGMR nach englischem Recht und alle anderen internationalen Gerichte sowieso. Die FAZ berichtet über den Versuch Adenauers 1959, Nachfolger von Heuss zu werden. Aus dem Amt könne man was machen, da das GG es nicht parzellenscharf geplant habe - wo bleibt es im ungefähren, wo hat der Bundespräsident einen Spielraum? Die Welt berichtet über Kleinreparaturklauseln in Mietverträgen: nur bis 77 € pro Reparatur, im Jahr höchstens 205 € oder bis 10% der Jahresmiete und nur bei Verschleissteilen, die dem häufigen Zugriff des Mieters ausgesetzt sind. Könnte man ja vielleicht mal brauchen. Das VG Köln hat das Baby-Dschungelcamp nicht verboten. Google meldete, die Kinder seien

sowieso schon geschädigt - diese Begründung glaube ich weniger. Wenn der Gegner das Jugendamt Köln war, dürften die keine Pressekompetenz haben - die Presse ist polizeifest.

Die Noten aus der Prüfung v.Bassewitz/Rütten/Klümper am 14.5.: aus 32 66, aus 37 72, aus 28 73 (!), aus 42 66 und aus 34 73. Im ÖR kam der JuS-April-Fahrtenbuchfall. Wird der Insolvenzverwalter von GM die Opellösung anfechten? Das Zauberwort ist "Gegenleistung" - ich wüsste nicht, welche Opel erbracht haben sollte. Ein Familiennetzwerk hat eine einstweilige Anordnung gegen das RTL-Babycamp beim VG Köln beantragt - es würde mich wundern, wenn das durchkäme. bzw. in die Begründetheit käme. Rechtsweg??? Beschwerdebefugnis? Vielleicht gibt es im Jugendschutz eine Verbandsklage - aber Art.5 III GG? Sogar Josefine Mutzenbacher fällt unter Kunst. Wäre ein gerichtliches Verbot der Ausstrahlung eine Zensur oder ist damit nur die Exekutive gemeint? Die FAZ hat beim Welfenschatz Muffensausen bekommen - die Dresdner Bank wird vielleicht einen freundlichen Brief geschrieben haben - der Autor will sich hinsichtlich der antisemitischen Bank nicht mehr so richtig festlegen. Die Bundesanwaltschaft hat die Kurras-Akte "gesperrt" - ach ne, das muss ich jetzt wieder in der StPO nachgucken, was das ist und was man dagegen machen kann - wahrscheinlich Beschwerde zum BGH - § 96 StPO?! Aber: das wäre ja eine Drittbeschwerde. Eigentlich geht das in Strafverfahren nicht. § 96 geht zum VG. Die Ghetto-Rente - Moral und Recht - ein Teller Suppe als Entgelt - besser Mitgefühl gegen Recht. Die Weihnachtsstollendiebe, die den süßen Kuchen gegen Bankunterlagen ausgetauscht haben, sind zu Geldstrafen verurteilt worden. Nach der FAZ bedient sich die Justiz eines Bundeslandes eines Inkassounternehmens, um PKH-Gebühren zurückzubekommen. Hoffentlich keines russischen. Die Angehörigen des Air France Absturzes werden sich mit französischem Recht beschäftigen müssen - der Zielflughafen ist entscheidend.

Die Mai-Strafrechtsklausur ist an BGH NJW 2004 S. 2458 - Tod bei Sado-Maso-Sexspielen angelehnt - StPO-Zusatzfrage: BGH - Belehrungsfehler und qualifizierte Belehrung. Das BAG meint, die Dreiwochenfrist des § 4 KSchG sei eine prozessuale Frist, (ich hatte das immer anders im Kopf) das Verschulden des Prozessvertreters sei dem AN zuzurechnen - 2 AZR 472/08 - bei dieser existentiellen Sache? In der StPO, der VwGO ist das anders. Opel wird von den Russen übernommen - das Magna Konsortium (GbR) gibt nur 300 Mio Überbrückungsgeld, damit die Zulieferer bezahlt werden können. Eine Arbeitsplatzgarantie würde gegen Europarecht verstoßen, meint die FAZ - Aha? Die KfW für den Bund gibt eine Bürgschaft und bekommt Autos und Patente als Sicherheit - dem Bund gehört demnach Opel jetzt. Keine Dividende bis zur Rückzahlung der Kredite - das wäre aber rechtlich nicht bindend. Eine Treuhandgesellschaft mit 35 % Russen, 20 % Magna, 10 AN und 35% GM soll es richten. Die Europawahl am 7.6. - es wird wohl keiner hingehen - wäre eine Wahlpflicht zulässig? Gilt Art. 38 GG für die Europawahl? Die Bundespräsidentenwahl soll nach Professor Morlok rechtswidrig gewesen sein - wegen der Bündelung der Listen - so richtig verstanden habe ich das nicht - ein Blick ins Gesetz hilft hoffentlich. Die FAZ ist im Streit um die Restitution des 1935 einem jüdischen Händler abgezwungenen Welfenschatz für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und den Anscheinsbeweis, die SZ ist für die Erben. Reicht die Zahlung des Kaufpreises auf ein Treuhandkonto der Dresdner Bank, eine angeblich (ich will mir keine Unterlassungsklage einfangen) regimetreue Bank? Die Welt: wie lange darf man einen AN, insbesondere nach einem teuren Lehrgang, an sich binden? Höchstens 5 Jahre - § 15 IV TzBfG und § 622 VI BGB, wenn beide sich binden.

Mai: Die IPR-Lösung in der Roth-Prüfung: ein Amerikaner verstirbt in Köln - die Kandidaten fingen mit Art. 25 EGBGB an - er: man müsse wissen, dass die USA kein einheitliches Recht hätten, deshalb sei Art. 4 III 2 einschlägig, also das Recht von New York (wobei ich nicht weiß, ob er die Stadt oder den Staat meint) und New York hat er nicht bei der Fallschilderung erwähnt.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn pp. am 28.5. kam als Vortrag - themenmäßig - Aussetzung und Totschlag. Im Strafrecht fast nur StPO, im ÖR: wer war zwischen der Kapitulation und 1949 Reichspräsident und viel Rechtsgeschichte. Die Opel-Verhandlungen werden in Die Welt am präzisesten nacherzählt. Keiner der Amerikaner hätte eine Prokura gehabt - würde eine Prokura denn für solche Verhandlungen langem? Magna sei aufgefordert worden, einen letter of intent zu bringen. Nach welchem Recht wird der Vertrag denn geschlossen werden - Opel-GM und ein Österreicher-Kanadier? Das deutsche Recht hat den Unternehmenskaufvertrag durch § 434 I 1. Alt. dem englischen Recht einverleibt, denn ausser einer vereinbarten Beschaffenheit gibt es nichts bei einem Unternehmen. Guttenberg wird gemäßregelt, da er dauernd von Insolvenz schwadroniert- klar, dass kurz vor den Wahlen keine Regierungspartei eine Insolvenz will -das kommt einfach nicht gut rüber. Die Deals sind in trockenen Tüchern - kein Rechtsmittelverzicht und volle Überprüfbarkeit der Urteile in der Revision - das liest sich besser als es ist, denn die Revisionsrichter sehen doch, dass der Angeklagte gestanden hat. Die Kronzeugen - in welchem Prozess gab es mal einen Kronzeugen und wenn, wann hat der die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt? Das OVG N-S hat das Genmaisverbot gehalten. Das BVerwG meint, dass Hubschrauberkosten von der befreiten Geisel zu zahlen seien. Das Lösegeld will die Regierung nicht, weil sie nicht offen eingestehen will, dass es gezahlt wurde. Man sollte also nur noch nach Südbayern oder Sylt in den Urlaub fahren. Zur Roth-Prüfung - darüber habe ich mich noch den ganzen Abend aufgeregt, wobei ich mich allerdings gerne aufrege. Was wäre das Ergebnis eines Widerspruchsverfahrens? Neue Zivilrechtsprüfung? Neues Prüfungsgespräch oder die gesamte mündliche Prüfung neu? Schwierig. Er soll noch gesagt haben, was sie sich so aufregen würden, sie würden doch eh alle noch einen Verbesserungsversuch machen - was objektiv bei wenigstens einem Kandidaten, der im Verbesserungsversuch war und kein VB bekommen hat, nicht stimmte. Die Kandidaten müssen sehr aufgebracht gewesen sein. Ich würde mir das nicht bieten lassen.

Die ÖR-Klausuren aus dem Mai: BVerfG 2 BvR 1870/07 und Verbot an Sterbehilfeverein - Roger-Kusch-Fall. In der Prüfung Roth/Esser/Opitz am 27.5. kündigte der Zivilrechtsprüfer - wer wohl - dem Publikum vorher an, dass er gleich was prüfen würde, was die alle nicht könnten, man solle sich freuen. Es kam dann 40 Minuten IPR - angeblich Grundzüge: ein Amerikaner stirbt in Deutschland und hat Grundstücke und anderes in den USA und in Deutschland. Auch der Kandidat, der im IPR-Mootcourt Teilnehmer war, konnte das nicht zufriedenstellend. Dann noch ein bißchen gestörtes Gesamtschuldverhältnis. Im Strafrecht die Januarklausur - "Hoyzer, Hoyzer" sei nicht sozialadäquat und

daher strafbar - na ja - ich kann jetzt schlecht sagen, er soll mal ins Fußballstadion gehen - ich war da auch noch nie - ich sage es aber trotzdem. Im ÖR Die VGH-Entscheidung zur Stichwahl etc. und der Nichtanwendungserlass des FM gegen BFH-Urteile. Noten: 38/39 zu 56, 47 zu 80, 50 zu 86, 21 zu 60 (wegen des Vortrages) und 36 zu 57 - Begründung, wenn man die Grundzüge des IPRs nicht könne die Vorsitzende guckte dazu. Ich hoffe, die legen alle Widerspruch ein. Alle. In der Prüfung Ketterle/Hillgruber/Mertens am 27.5. kam als Vortrag eine OHG, die ihren Prokuristen rauswirft und ein OHGist kauft jetzt zu teuer ein - so ungefähr, jeder Kandidat hat eine andere Lösung gebracht - es ging wohl um § 15 und Rosinentheorie. Im ÖR: "Holocaust auf unseren Tellern" - Verfassungsbeschwerde von Frau Knobloch und des Zentralrats der Juden gegen die abweisenden Urteile. Im Strafrecht schießt ein Bankräuber auf eine Kamera, der Schuss prallt ab und tötet den Kassierer, der Bankräuber flüchtet entsetzt ohne Geld. Im Zivilrecht stolpert jemand über eine Terrasse, die von einer benachbarten Wurzel hochgehoben wurde. Keiner hat geweint, obwohl die Leute Schwierigkeiten hatten, sich zu artikulieren - z.B. wogegen sich die Vb richtet - "Maßnahme der?" "Das Plakat?" Ein Prüfer schlief ein. "Erwachsen auf Probe" bei RTL - Strafanzeige wegen Kinderhandels - § 236 StGB - da passt nun gar nichts - weder auf Dauer noch überhaupt überlassen. Großes Kino beim LG Köln im Heino-Prozess wegen Ausfalls der Tournee. "Sind Sie Sänger oder Künstler?" Der BGH hat die Höchststrafe über Vermieter verhängt - VIII ZR 302/07 - Wegfall der causa für Schönheitsreparaturen durch Änderung der Rechtsprechung. Wer muss denn jetzt beweisen, ob die Instandsetzungsarbeiten Schäden oder Abwohnsuren beseitigt haben? Das geplante Kinderschutzgesetz regelt, dass Ärzte Misshandlungen melden dürfen - als wenn das jetzt anders wäre. Prof. Morlok hält das geplante hessische Rundfunkgesetz für unzulässig, da der "bestimmende Einfluss" von Parteien u.ä. nicht durch den Gesetzgeber sondern durch die Rundfunkanstalt definiert werden soll. Entspricht das nicht dem Grundrechtsstatus des Senders? Oder gilt hier die Wesentlichkeitstheorie wegen des Grundrechts der Parteien? Wegen welches? Das BVerwG meint, dass der Zweitwohnungssteuerbescheid an den Nießbraucher zu gehen habe und nicht an den Eigentümer. Die Gemeinde muss also in Abteilung II des Grundbuchblattes schauen. Zu der Fragetechnik in der Prüfung als Nachschlag zu dem FAZ-Artikel zu NS-Prüfungen: eine Kandidatin erzählte, dass der Prädikatskandidat die Wissensfragen bekommen habe - die hätte sie auch gern gehabt. Die Prüfer merken nicht, dass Verständnis- und Basicsfragen das schlimmste sind, was einem passieren kann. Die Fragen auf dem Gebiet der Allgemeinbildung erfolgen zur Auflockerung - der Prüfer wohl gemerkt, die sind oft auch nervös. Neulich fing ein Prüfer zur Auflockerung mit Rechtsgeschichte an - dass die Kandidaten da erst mal in Schockstarre verfallen, wird nicht erkannt. Als wenn diese Prüfer bei ihrem eigenen Examen die Kenntnisse gehabt hätten, die sie jetzt selber verlangen - juristisches Alzheimer.

Haben Sie also ein bisschen Mitleid.

In der Prüfung im Zweiten Rosenberger/Odenthal/? am 26.5. wurde die Bundespräsidentenwahl geprüft (im Zimmer nebenan Jäger pp. auch - die Direktwahl sollte diskutiert werden - die Kandidaten machten wohl keinen sehr informierten Eindruck) - die Pflichtexemplarentscheidung kam dran. Im Zivilrecht Rosinentheorie und ein OLG Fall: nach einer Schlägerei fällt der Verletzte von der Trage der Sanitäter - § 830 I 2 so LG oder Herausforderungsfall? So OLG. Ähnlich BGH NJW 1979 mehrere Autofahrer fahren über einen drüber. Vortrag-Strafrecht: ein Lkw-Fahrer bedrängt bei einer sich verengenden Straße einen BMW-Fahrer - § 315 c/b? Die FAZ berichtet über juristische Prüfungen in der NS-Zeit - wie heute. Fragen aus der Allgemeinbildung - iranische Meerenge und Mendelsche Gesetze. Aus meinem Fundus: wer Pinocchio geschrieben habe und dann als Prüfungsfall der Fuchs mit dem Trick, das unter dem Baum vergrabene Gold würde Früchte tragen. Oder "Gaffel Kölsch" - Gaffel ist eine alte Bezeichnung für Zunft. Wann hat Thomas Mann die Buddenbrooks geschrieben? Und: wie die große Glocke im Kölner Dom heißt und warum die im letzten Krieg nicht zu Kanonen eingeschmolzen wurde - dicker Pitter (?) und sie war zu schwer. Ich könnte den ganzen Tag erzählen. Man streitet sich um Goebbels Gobelin, den ein Antiquitätenhändler 1987 verkauft hat und der jetzt in einer Asservatenkammer liegt. Ersitzung? Sitzt da unsichtbar eine Widmung drauf, so dass analog § 1227 der Bund Herausgabe verlangen kann? Das erinnert an das Hamburger Stadtsiegel. Mit welchem Rechtsbehelf geht man vor, um das Teil aus der Asservatenkammer herauszubekommen? Gilt § 1006 BGB? Open Access taucht jetzt öfters in den Zeitungen auf. Verletzung des Art. 14 und 5 III GG, wenn Bücher digitalisiert und runtergeladen werden können? Der Kannibale von Rotenburg hätte keine Interviews geben sollen, dann hätte der BGH vielleicht analog Lebach entschieden.

In der Prüfung Bönders/Hannwald/Stech am 13.5. im Zweiten kam als Vortrag die Zahnarztpatientin, die nicht rechtzeitig absagt - sie und ihr Mann - über § 1357 - sollen zahlen. Im Zivilrecht eine Kombination Fliesen-Ohne-Rechnungsvertrag-Fall. Im Strafrecht: seit wann hatten wir Schwurgerichte? 1848 - wie waren die besetzt - 9 Richter - 3 Berufsrichter, 6 Laien. Im ÖR protokollfest. "Was fragen Sie als Bauordnungsamtsmensch einen Anrufer, wenn der einen baurechtswidrigen Zustand meldet?" "Gibt es einen Bebauungsplan?" (diese abstruse Antwort kennen die Leute aus den Protokollen und sagen die natürlich - man ist ja nicht lebensuntüchtig - da kann man ja gleich im Chor Alle meine Entlein singen) und im Zivilrecht: "Wie ist das Verhältnis der Kündigung zur Feststellungsklage?" Lorient ist gar nichts dagegen. Der VGH in Münster hat die Abschaffung der Stichwahl und den neuen Kommunalwahltermin bestätigt. In der Prüfung Zimmermann/ Zaczyk/Skischally am 14.5. kam im ÖR ein Gemeinderechtsfall aus Heft 3/08 der NVwBL, im Zivilrecht die Examensklausur des überwurzelnden Baumes, im Strafrecht BGH: der Ehemann fährt die Frau an "das hast du jetzt davon" und fährt weg. Der Marktbetreiber lässt einen herrenlosen Bienenschwarm durch einen Imker einfangen. Wem gehört jetzt der Bienenschwarm nach § 958? Ist eine Opel-Insolvenz nicht so schlimm? Wenn Opel verkauft wird, stört § 613 a - da muss der Insolvenzverwalter selber kündigen. Falls nicht verkauft wird, muss er auch sparen, also wird den Mitarbeitern auch gekündigt. Mitglieder der Zählkommission haben das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl getwittert, bevor die Bläser eintraten - § 353 b StGB? Herr Köhler soll nicht noch mal vereidigt werden, da er Amtsinhaber sei - Art. 56? Kontinuität? Die FAZ regt sich über Anwälte auf, die Zeitungen die Berichterstattung über prominente Kunden und den Anwaltsbrief verbieten wollen - das wäre Zensur - kaum, das ist ja nicht staatlich. Zivilrechtlicher Anspruch auf Geheimhaltung? Ich wüsste nicht woraus. Widerspricht der fliegende Gerichtsstand des § 32 ZPO dem gesetzlichen Richter? Der gilt nicht für Gegendarstellungen nach dem LPresseG. Schauen Sie mal ins Impressum einer Zeitung mit Schlagzeilen über die ganze erste Seite, ob Sie danach den

Gerichtsstand bestimmen können. Das machen die extra so. Herr Köhler will eine Direktwahl des Bundespräsidenten und Volksbegehren auf Bundesebene - als wenn das GG ein Wunschkonzert wäre - er wäre beim ersten Mal nicht direkt gewählt worden. Da der Bundespräsident nicht in Art. 20 steht, geht es ganz ohne ihn. Frau Merkel hat recht - die Statik der Macht käme in Schiefelage.

In der Prüfung Bönders/Jox/Oehme am 20.5. wurde erwartet, dass die Ehefrau, die als "Mitdarlehensnehmerin" den Kreditvertrag für den Taxifahrerexistenzgründer mitunterschrieb, nicht als Bürgin qualifiziert wurde. Weil sie ja Darlehensnehmerin im Sachverhalt genannt worden sei - herzliches Beileid, das ist schlichtweg falsch. Im Zivilrecht kam der Porsche, der versehentlich für 1 € in Ebay gesetzt wird, im Strafrecht ein langer ausgeteilter Sachverhalt, bei dem der Prüfer sich selber verzettelte. Im ÖR: im Holzklötzprozess verbietet der Gerichtspräsident Filmaufnahmen im gesamten Gebäude. Problem: es gibt nur einen direkten Rechtsweg zum BVerfG. Kein Vollbefriedigend - aus 59 Vorpunkten wurden 84. Wenn ein Vorsitzender vor Publikum sagt, bei ihm bekäme niemand mehr als 10 Punkte, was nach Durchsicht der Protokolle plausibel erscheint, sollte das Prüfungsamt was tun. Ich habe noch nie jemandem empfohlen, sich krank zu melden. Man sollte aber niemals nie sagen. Jedenfalls wenn es um ein Prädikat geht.

Die ersten Maiklausuren: zunächst BGH-die defekte Klingelanlage im Altersheim, man ist zu blöd, den Stecker reinzustecken plus Abtretungsverbot bei Kaufleuten. Dann BGH: § 476 nur bei Grundmangel? Und Nottestament auf einem Schiff, auf dem kein Notar ist und alle nur spanisch sprechen. In der Prüfung am 20.5. Linden/Preis/Krämer: Vortrag BGH Mitunterschrift der Ehefrau unter Darlehensvertrag eines Existenzgründers. Im Zivilrecht BGH Banken-AGBs und Ansprüche einer Witwe, deren Mann sich wegen Mobbing umgebracht hat. Im ÖR Abwehr einer Dorfkirmes und Auskunftsansprüche gegen die Telekom nach dem LPresseG. Im Strafrecht alte Protokollfälle - Noten: 37 (9+12) zu 82, 33 zu 65 (2+10), 44 zu 69 (4+7) und 44 zu 82 (8+10) - die Prüfer zeigten sich von den beiden schwächeren Vorträgen zutiefst betroffen. Der Fall Benno-Ohnesorg - Wiederaufnahme nach § 362 StPO? Ich wüsste nicht, welcher Fall da greifen könnte. Eine Akte können die aber wieder anlegen, vielleicht gesteht er ja noch. Damals durfte noch im Gerichtssaal gefilmt werden, § 69 GVG wurde erst nach Rosemarie Nitribitts Ableben eingeführt. Die Wahl des Bundespräsidenten - die Linke sagt nichts - eigentlich wären die schön blöd, der SPD-Kandidatin aufs Pferd zu helfen - aber schau'n mir mal. Es kommt wie es kommt.

In der verschobenen Prüfung Scheiff/Krämer/Schöbener am 16.5. kam im ÖR BVerfG/Klausur - Jagdrecht auf Grundstück, im Zivilrecht ein Vortragsfall - sittenwidriger Partnvermittlungsvertrag - im Strafrecht ein alter Protokollfall - Vortrag weiß ich noch nicht - Noten: 34 zu 75 (11+10), 32 zu 67 (8+9), 24 zu 49 (4+7) 28 zu 51 (5+6), 58 zu 108 (14+12) und ein U-Boot. Der Prädikatskandidat bekam Wissensfragen, andere "warum machen wir das so?" - die Kandidaten hätten gerne die Wissensfragen gehabt. Der Speaker des Unterhauses ist zurückgetreten - die Spesen werden jetzt außer Haus festgesetzt. Wie wäre das bei uns? Könnte der Bundestagspräsident abgewählt werden, obwohl Art. 40 GG das nicht vorsieht? Das Unterhaus hatte sich 1215 das Steuerrecht erkämpft und gibt nun sein eigenes Spesenrecht ab. Könnte hier Art. 48 GG geändert werden? Wir haben keine Ersatzmannschaft, da alle bisher diskutierten Alternativen durch Parteien in ihre Ämter gehievt werden. Der Holzklötzwerfer ist wegen Heimtückemordes verurteilt worden - sagen die Zeitungen - beruht denn die Wehrlosigkeit auf der Arglosigkeit? Niedriger Beweggrund, wenn man kein Motiv hat? Revisionsgrund, dass er keinen Dolmetscher bekommen hat - absoluter oder relativer? Der Verteidiger will Revision "beim BGH" einlegen. Soll er mal so machen. Ein neuseeländisches Paar wird per Interpol gesucht, weil es von der Bank versehentlich zuviel überwiesene 6 Mio abgehoben hat und verschwunden ist. Das wäre bei uns keine Straftat - BGH. - Fehlbuchung/Fehlüberweisung Die Bundespräsidentenwahl durch 1224 Wahlmänner soll um 12 Uhr beginnen und um 15 Uhr 30 vorbei sein, da der letzte Bundesligaspieltag so spannend ist, meint eine Zeitung - mal sehen. Viel Glück Herr Köhler. Guido W. hat ein Ei an den Hinterkopf geschmissen bekommen - gefährliches Werkzeug? Anwälte sind zum Verfassungsgeburtstag nicht eingeladen worden - man ist entsetzt. Könnte man (der deutsche Anwaltsverein, in den ich auch einzahle) durch ein Eilverfahren die Einladung erzwingen? BVerfG oder VG? Veranstalter ist das BMI. Anspruchsgrundlage? Herr Papier schreibt in der FAZ über den Föderalismus und die Entparlamentarisierung. Nichts unbekanntes.

Die Zugewinnreform zum 1.9. ist in trockenen Tüchern. § 1378 II wird geändert. Angeblich manipulierte der betreffende Ehegatte zwischen Rechtshängigkeit und Rechtskraft - ich kenne das nur so, dass zwischen Trennung und Rechtshängigkeit manipuliert wird - die Praxis läuft angeblich nicht mehr so gut, er macht mehr Urlaub und seine Neue verursacht Personalkosten. Dann wird das negative Anfangsvermögen miteinbezogen - wenn man also von 50.000 € Schulden auf 20.000 € Schulden kommt, muss man die Hälfte der Differenz an den "Gegner" auszahlen - toll. Schönen Vatertag!

Die Noten aus der Prüfung am 15.5 Limpens et alia: 44 zu 76 (2+10), 23 zu 44 (3+6), 61 zu 115 (12+14), 25 zu 60 (5+10), 22 zu 56 (7+9) - der BGB-Fall war BGH VIII ZR 210/08. In der ZRP Seite 127 - NJW-Beilage - stellt Prof. Thüsing einen Zusammenhang zwischen Othello und der Kassiererin, der wegen 1,30 € verdachtgekündigt wurde, her. Eine Ehe sei nicht zerrüttet, weil der Gatte fremdgehe sondern weil der andere denke, er tue es. Interessanter Rundumschlag und dürfte im Familienrecht nicht stimmen - eine Ehe ist zerrüttet, weil einer nicht mehr will, egal, warum - das ist wohl nicht auf das Arbeitsverhältnis übertragbar. Die Gegenposition vertritt unser ehemaliger Botschafter in Israel. Doc Morris II C 171/07: das Apothekermonopol beruht auf dem Edikt von Salerno 1241. Medikamente seien spezielle Waren und Apotheker hätten nur eine gezügelte Profitgier - deshalb haben die mindestens zwei Kosmetikserien im Laden stehen. Spezielle Waren - da schnuppern die Schweden Morgenluft - Alkohol könnte auch eine spezielle Ware sein. Was ist das für eine Rechtsmethodik? Nicht-Apotheker sind gesetzlose, raffgierige Gesellen? Wenn Sie im Examen so argumentieren würden, würde man Ihnen nahelegen, sich einem anderen Berufsbild zuzuwenden. Joschka Fischer hat was mit Heide Simonis gemein - beide haben wegen der Berichterstattung frisch nach dem unfreiwilligen

politischen Ruhestand beim BGH verloren. Knut: gibt das Eigentum Verwertungsrechte, fragt das LG Berlin. Nachkommen mit ungerader Zahl gehören dem Neumünsteraner Zoo - was ist bei Zwillingen? Passen §§ 953 ff. auf diese Vereinbarung - § 956? Oder § 930? Gibt das Eigentum Verwertungsrechte? Argumentum a maiore ad Knut: §§ 987, 988?

Noch eine Masterfrage: warum ist eine Wand kein gefährliches Werkzeug im § 224? Weil sie IMMER da ist, sollte man sagen. Bildung schadet da nur. Der BGH meint, der Piratengerichtsstand ergebe sich aus § 10 StPO - 2 ARs 180/09. Frau Zypries will eine ReichspräsidentenVO von 1931 abschaffen - was fällt einem dazu juristisch ein? Die Gemeinden entprivatisieren - die Stadt Hamburg holt die Stromversorgung zurück - Daseinsvorsorge reloaded. Die FAZ berichtet im Feuilleton über Art. 79 III GG - das Gebot der Unsterblichkeit oder nur das Verbot der Euthanasie? Die Verfassung ein living instrument? Die fetten Jahre der M&A Kanzleien sind vorbei - das wird ein guter Tag heute. Bundespräsident Heuss - er wollte eine Ministerliste von Adenauer. Beim Prüfungsrecht von Gesetzen war er dezenter - er bat Karlsruhe um ein Gutachten - deren Gutachtertätigkeit wurde dann gestrichen. Keine Präsidial- sondern eine Kanzlerdemokratie - die Kanzlervorschriften tragen Adenauers Handschrift und sind meist Theaterdonner - die Richtlinienkompetenz ist in Art. 65 nur für Kabinettsitzungen geregelt, der Vizekanzler hat keine Kompetenzen, Art. 68 ist die Peitsche des Kanzlers. Der hessische Kulturpreis wird von einem Kuratorium vergeben, in dem Roland Koch sitzt - das dürfte nicht zulässig sein - der Staat darf nur Kunstpreise finanzieren aber nicht Kunst selber bewerten. VW und Porsche - man meint, zwei Kinder beschmeissen sich mit Sandschäufelchen. VW hat eine volle Kriegskasse von 10 Milliarden und Porsche hat mit Anstrengung Kredit(e) verlängert bekommen - so die FR. Das LG Hildesheim hat den 130 kg Mann, der nach dem Streit über das Lieblingssong und einer Bierattacke auf seinen Laptop auf seiner Frau gesessen hat, mit einer Verwarnung davonkommen lassen. Der BGH hatte § 227 abgelehnt. Der angebliche Überfall auf eine deutsche Touristin in Frankreich war ein Fake ihres Mannes - gilt § 164 für französische Poilzeibeamte? Professor Hassemer die zweite: Foltergeständnisse dürften nicht verwertet werden. Gut und schön - aber solche Fälle gibt es nicht (die Polizei in XY wird ja kein blutverschmiertes Geständnis schicken) - was ist mit Geständnissen, die möglicherweise durch Folter erzwungen wurden? Die Veranstalter des Käfigkampfes in Köln und das Jugendamt haben sich auf ein Zutrittsverbot für Minderjährige geeinigt. Was ist mit den schon gekauften Karten und gebuchten Hotels? § 284?

Der Vortrag vom 14.5.: ein ausgeschiedener aber nicht ausgetragener Gesellschafter soll auf Kaufpreiszahlung in Anspruch genommen werden - das Auto haben die anderen 2 gekauft - es ist Gesamtvertretung vereinbart und eingetragen. Er haftet also nicht nach § 128 oder § 160 - aber über § 15 I? Wenn der Gegner ins HR geguckt hätte, hätte er doch gesehen, dass nur A,B und C gemeinsam handeln können. Also hopp oder topp? Die Prüfung Limpens/Walter/Ebeling am 15.5.: Flatrateparty und Bundespräsidentenwahl, (warum war beim letzten Mal die Fürstin Thurn/Taxis da) sowie die Doppelnamenentscheidung des BVerfG in prozessualer Hinsicht, die Januarstrafrechtsklausur und Schönheitsreparaturen in der Wohnung - auch die Außenfenster? In der Prüfung am 14.5. Schmidt-Eichhorn/Kreße/Weingarten kam im ÖR die Baurechtsjanuarklausur, im Strafrecht der Vortragsfall Verbrennen der zugesandten Sexpuppe und gestohlenes Fahrrad wird dem Opfer geschenkt, im Zivilrecht Sorgerecht und Minderjährigenkaufrechtsfall. In der Prüfung am 14.5 in Düsseldorf Rütten/v.Bassewitz/Klümper kam im Zivilrecht der Fliesenfall, im Strafrecht muss man bei einer Drogenparty den Arzt holen und im ÖR 80 V und Fahrtenbuch - über die Zulässigkeit ist man wie so oft nicht hinausgekommen. In der Prüfung am 14.5. Thurn/Rosenberger/Schnappauff kam als Vortrag die Rosinentheorie des BGH zu § 15 HGB - der Gläubiger kann sich auf die wahre oder die scheinbare Rechtslage berufen. Im Zivilrecht ein Fall mit 5 Personen und § 1244 BGB - muss das sein? Im ÖR Gemeinderecht, im Strafrecht der alte OLG-Celle-Fall (Prof. Roxin ist unpässlich, sein Assistent, später Professor in Bonn, hält die Strafrechtvorlesung und sagt, wer ein Buch mitnehme, um es zu lesen und zurückzubringen, sei straflos - ein Student macht das prompt und die Professoren verteidigen ihn aus purem schlechtem Gewissen - Ergebnis: Höchststrafe). BGH - Ist Schubsen gegen eine Wand im §§ 255,250 ein gefährliches Werkzeug? Und Masterfrage: was gibt es für Bücher? Gewünschte Antwort: Taschenbücher und gebundene Bücher. Aber nun zum Ernst des Lebens: FAZ - ein Vergleich Anglo-amerikanisches zum Kontinentalrecht: Montesquieu, der Richter sei nur der Mund des Gesetzes - die Engländer: Jura sei die Voraussage, wie das Gericht entscheiden werde - Jura sei ein Handwerk. Wie meist, würzen Sie nach Geschmack. Von jedem etwas. Noch mal zur Köln-Arena und dem Käfig-Kampf: "Missbilligung" durch den Rat als erstrecht aus §§ 54, 55 GO? Wonach regeln sich Kämpfe? OBG - §§ 223 ff. StGB - § 228? Gilt das für eingeflogene amerikanische Kämpfer? Was, wenn die Köln-Arena der Stadt Köln gehört (weiß ich ehrlich gesagt nicht) - können die dann einfach sagen, wir stornieren? Zu welchem Gericht geht man dann? Und zum Vortrag am 15.5: Jagdschein weg wegen Insolvenzdelikt. Ein Ermittlungsverfahren wegen Bankrotts ist üblich bei Insolvenzverfahren - der Insolvenzverwalter sagt, ich habe eine unordentliche Buchhaltung vorgefunden - klar, Prinzip Hoffnung in den letzten Monaten und dann zieht das Finanzamt oder die Bank die Reissleine und man wollte die Buchhaltung doch über Pfingsten machen. Bankrott hört sich schlimm an, ist aber leicht zu verwirklichen. Ein Arzt, der insolvent wird, darf weiter behandeln, ein Anwalt nicht. Jemand, der seine Buchhaltung schlampfen lässt, verliert seinen Jagdschein. Das ist alles nicht sehr durchdacht.

Am 19.5. entscheidet der EuGH über Doc Morris II - Der erstaunlich plädiert habende Generalanwalt ist mit einer Apothekerin verheiratet - befangen? Der Kölner Stadtrat hat den Käfigkampf in der Köln-Arena im Juni "mißbilligt" - was soll das denn sein? Ermächtigungsgrundlage für ein Verbot? § 35 GewO für eine einzelne Veranstaltung? GaststG - es wird ja wohl was zu trinken geben? § 61 BauO für die Arena oder der gute alte § 14 OBG? Kann der RP in Köln nach § 9 OBG eine Weisung geben? BGH XI ZR 288/08: ist ein Bausparvertrag eines Ehepaares ein Oder-Konto - Gesamtgläubiger oder Mitgläubiger?

In der Prüfung am 15.5. Wolters/Lehberg/Feldmann wurden aus 54 100 (10+12), aus 30 68 (8+10), aus 32 63 (7+8) und aus 21 51 (6+8). Der Vortrag: Aberkennung des Jagdscheins wegen Insolvenzdelikten - § 17 und § 5 WaffenG -

arbeiten an unbekanntenen Vorschriften (da würde ich mal weinen - wer sucht regelmäßig bei den JPAs diese grässlichen Waffenrechtsfälle raus? Es ist so anstrengend, diese Gesetze zu lesen). Die Prüfung des Rechtsweges vor der Zulässigkeit wurde als richtig aber riskant bewertet, da einige Prüfer diese moderne Methode noch nicht kennen würden. Im Zivilrecht fällt ein Besucher über Terrassenplatten, die von Baumwurzeln hochgehoben wurden. Im Strafrecht: warum bestrafen wir? Und Prof. Hassemer mit Rundumschlag zum § 211 - Geschichte. Und StPO - basics. Im ÖR Zeitungsartikel "Renitenter Bahnfahrer", der im Zug pöbelt und auf dem Bahnhof auch noch. Einige Kandidaten wollten das NRW-PolG prüfen. Aussch. Der Spiegel berichtet über einen Fall des ArbG Mannheim: ein AN einer Müllentsorgungsfirma klaubt ein Kinderbett aus dem Müllcontainer. Strafbar? Grund für eine fristlose Kündigung? Für eine Abmahnung ganz sicher - wo kommen wir da hin, wenn AN nicht fragen, bevor sie was raussschleppen. "Ach ich dachte, Sie brauchen den Porsche nicht mehr".

Professor Hassemer sagt in der FR, er habe doch nur das Gesetz, § 17, zitiert. Warum man sich so aufrege? Wer sich nicht kümmere, werde milder bestraft. Er sollte mal Gerichtsverhandlungen besuchen. Wer nicht die nötige Demuthaltung (es tut mir sooooo leid) vor der Urteilsverkündung zeigt, wird härter bestraft. Der VGH Bremen hält die Wiedereinführung der 5% Klausel im Stadtstaat für unzulässig. Art. 38 - 28 GG? Sind die Milchbäuerinnen, die vor dem Kanzleramt einen Hungerstreik beginnen, strafbar - § 105 plus minus oder § 240? Als die RAF-Terroristen streikten, sagte Dr. Schneider, er würde denen jeden Mittag ein duftendes Schnitzel vor die Nase stellen, dann würde sich das Problem schnell erledigen. Ein Arzt schüttet Embryos in ihren Kühlkannen weg - § 303 - § 211? Gelangweilte Schülerinnen schmeissen einen Einkaufswagen aus dem 8. Stock und sind wegen §§ 211, 22, 23 bestraft worden. Gemeingefährlich - niedriger Beweggrund - Heimtücke - eigentlich kommt alles ausser Befriedigung des Geschlechtstribes in Betracht. Wollen die töten?

SM zum Vortrag am 14.5.: Gesellschaftsrecht. Prof. Sachs schreibt in Heft 21 der NJW über "das GG in seinem sechsten Jahrzehnt" - das ist allerdings mit der nächsten NJW schon zu Ende. Die Aufsätze in der NJW 1989 S. 1305 ff. sind sehr informativ und spannend. BGH 4 StR 510/08: der AN einer Müllfirma reißt das Gefahrgutetikett ab und fliegt deshalb in die Luft. Strafbarkeit seiner Chefs? BGH V ZR 75/08: haftet an Sylvester jemand, der eine Leuchtrakete aus einem Schneehaufen abschießt, welche die ganze Gegend in Brand setzt? BGH V ZR 253/08: Klage gegen ein Stadionverbot eines Fußballvereins. BGH V ZR 144/08: der zivilrechtliche Abschleppfall. BGH Xa ZR 9/08: ist eine Meisterschaftsprämie in Wolfsburg ein Schenkungsversprechen? BGHVI ZR 160/08: Joschka Fischer analog Heide-Simonis. BGH VIII ZR 165/08 darf ein Wohnungsmieter ein Immobilienmaklerbüro betreiben oder ist das ein Kündigungsgrund? BGH VIII ZR 191/07: kann der Käufer zurücktreten, wenn der Wagen vor Auslieferung zerkratzt wurde? Si tacuisses Prof. Hassemer. Ehrenmörder sollten den (un)vermeidbaren Verbotsirrtum bekommen. Dann muss der Täter sich irren - jemand, der mit dolus nullten grades handelt, irrt sich nicht, weil es ihn nicht interessiert, ob er rechtmäßig handelt oder nicht. Dass das eine Anregung zu Ehrenmorden ist, sieht er wohl nicht. Die St. Augustiner Beinah-Amokläuferin ist nach § 73 JGG behandelt worden. Demjanjuk - es gibt einen einzigen verstorbenen Zeugen, der ihn identifizieren könnte. Ist die deutsche StA überhaupt für einen staatenlosen ukrainischen Verdächtigen zuständig, der im Ausland ausländische Opfer umgebracht hat? Oder sind die KZs als inländisches Staatsgebiet anzusehen? Der Neumünsteraner Zoo hat Auskunftsklage gegen den Berliner Zoo wegen Eisbär Knuts Einnahmen eingereicht. Ist die Klage auf etwas unmögliches gerichtet? Es gab doch keine speziellen Knut-Eintrittskarten. Bad Bank "Aktien mit drohender Auszahlungssperre nach 20 Jahren" - was ist das rechtlich? Auflage? Widerrufsvorbehalt? BGH XI ZR586/07 - muss eine Bank über Kickbacks aufklären? Eine Zeitung schreibt, im BGB stünde eine Aufklärungspflicht über Interessenskonflikte- nämlich wo? Ein Teilnehmer der Januar Klausuren erzählte, dass in der Leasingklausur keiner in den ersten zwei Stunden geschrieben hat - mehrere Kandidaten hätten geweint. Vielleicht wäre das bei § 25 HGB nicht passiert. Da hätten dann wohl die Prüfer geweint.

Zum krepiereten Vortrag (Spätabtreibung trifft es besser) am 12.5.: § 25 HGB rauf und runter - Absatz I 2 als Fiktion erkennen - einfach das Gesetz lesen. Japan überlegt, Lithium gegen Depressionen zur Vermeidung von Selbstmorden ins Trinkwasser zu tun - wäre das bei uns zulässig oder hat man ein Recht auf ungesundes Leben - Art. 2 I gegen II? Wegen der Veruntreuung von Sendezeit - Verkauf von Gratisminuten - ist jemand vom LG Wiesbaden zu über 11 Jahren verurteilt worden - gibt § 266 das her? In "the devil wears prada" verkauft die Buchheldin zum Schluss für 35.000 Dollar die Garderobe, die eigentlich Miranda Priestley gehört - ein ähnlicher Fall? Da hab ich wohl in ein Wespennest gestochen - zum Schwerpunkt kriege ich folgende Infos: Professoren dürfen ihre eigenen Hiwis prüfen - die Noten sollen entsprechende sein - Anwälte bekommen den Professor honoris causa - humoris causa wäre wohl passender, da sie Fälle aus ihrer Praxis erzählen und mit Fahrer im Auto mit getönten Scheiben vorfahren. Klausuren nur im September - Wiederholungstermin also erst ein Jahr später. Aus einer der am Rhein gelegenen Unis. BGH XI ZR 191/08: darf eine Ehefrau mit einer "transmortalen" Vollmacht (Unterschied zur postmortalen?) das Konto umschreiben oder bis auf einen Euro alles abheben? Darf der Bevollmächtigte die Kuh melken aber nicht schlachten? Das Urteil sieht wie eine Rückkehr zu der Bonifatiusentscheidung aus - nach dem Tod des Erblassers sei die Zustimmung des Erben einzuholen. Wenn nein, ergibt sich der Anspruch des Erben gegen die Bank aus §§ 675, 667 - so die Vorinstanz - oder aus §§ 700, 488 - so BGH? Die Banken werden ihre Formulare ändern müssen. BAG 8 AZR 397/07 - kein § 613 a, wenn eine Anwaltssozietät sich trennt und ein Anwalt zieht mit den meisten Mandanten um. Wie ist es, wenn ein Notar aus Altersgründen aufhört und der neue zieht in seine Räume? Prüfungsfall und ArbG Aachen - kein § 613 a, weil der Notar mit Leuten, denen er vertraut, arbeiten können muss. Dann dürfte § 613 a in Arztpraxen und bei anderen Freiberuflern nicht anwendbar sein. Demjanjuk - ihm wurde der Haftbefehl vorgelesen - wohl auf deutsch. Reicht das, wenn er deutsch nicht versteht? Man wird ihm allenfalls nachweisen können, dass er in Sobibor Dienst hatte. Reicht das für eine Verurteilung oder muss die Beteiligung an einem konkreten Tötungsdelikt in der Anklage stehen? Ich fürchte, er muss freigesprochen werden. Die FAZ schreibt zu Hans Kelsen und über den Positivismus - die gerade über den EGMR (Caroline - Person der Zeitgeschichte im KUhrG) zurückkommende Auslegungsmethode in Weimar. Wird ein

Vergleich mit einem ehemaligen beamteten Chefarzt über 1,98 Mio "hinfällig", wenn ein Verwaltungsgericht meint, er sei zu recht entlassen worden? § 779 BGB im Beamtenrecht? In einer Prüfung Anfang Mai unterbrach der Zivilrechtler die Kandidaten immer (umgangssprachlich) nach 5 Sekunden. Die Vorsitzende ließ die Kandidaten daraufhin in ihrer Prüfung minutenlang am Stück reden. So kann's gehen. Ein Kandidat mit schlechten Vorkunften und nicht überzeugenden Leistungen hatte im Schwerpunkt über 16 Punkte, dem Vernehmen nach "im Ausland" gemacht - ich kenn mich da nicht aus. Die Schwerpunktnoten kann man vergessen - man schaue sich nur die unterschiedlichen Voraussetzungen in Köln, Bonn und Bochum an. Richten Sie sich mal darauf ein, dass bei späteren Bewerbungen die staatliche Note wichtiger sein wird. Die Leute, die Sie einstellen, haben regelmäßig anständige aber keine superdollen Noten.

Die Prüfung am 12.5. wurde abgebrochen. Der Vorsitzende erklärte den Zuschauern zunächst den Vortrag - Testament. Der erste Kandidat fing dann mit Firmenfortführung an - was haben Sie da für einen Text? Es stand 20.5. drauf. Dann durfte der erste Kandidat wieder beginnen - die Strafrechtsprüferin sagte, Moment, ich muss den SV erst mal lesen und dann hat die Prüfungskommission kapituliert (ich bin ein bisschen schadenfroh, vielleicht wird man da etwas demütiger hinsichtlich des Hochrecks, was abverlangt wird). Daraufhin wurde die Prüfung auf Samstag in zwei Wochen verlegt. Muss das JPA den Rücktritt von der Urlaubsreise bezahlen? Sollten nicht Prüfer etwas improvisieren können und den Text nach einmaligem Lesen und sechs mal hören doch bewerten können? Ich glaube, ich bin jetzt etwas zu arrogant - das wäre wohl zum Nachteil der Kandidaten gewesen. Eine 16-jährige Gymnasiastin schleppt ein paar Molotowcocktails in die Mädchentoilette der Schule und trennt einer Schülerin, die sie überrascht, den Daumen mit einem Messer ab - der Daumen wird in der Uniklinik wieder angehängt. § 226? Versuchte Brandstiftung oder nur Vorbereitungsstadium? Sie hat sich in Köln gestellt - U-Haft - § 72 JGG? BGH V ZR 196/08: ein klagender WEGler begründet seine Klage, der andere klagende nicht - wird ihm das über § 62 ZPO zugerechnet? Nein. Noch die Noten aus der Prüfung am 6.5. Doleischv.Dolsperg/Pabst/Brambring: 45 (7+11)85, 28 (4+8) 56, 21 (2+6)41, 27 (8+8)59, 29 (8+11)70, 35 (14+11)82. Den Strafrechtsfall müssen Sie nicht im Strafverteidiger nachlesen = 2 StR 237/05. In der Bahnunterführung hängt ein Zettel über den Vortrag eines Bonner Professors in einer Studentenverbindung am 12.5.: katholische Priesterinnen kraft europäischen Rechts? Hängt das Ergebnis des Vortrages von der Studentenverbindung ab? Was fällt Ihnen als Brainstorming zu dem Thema ein? Köln verschickt Wahlbenachrichtigungen zum "Europarat". Bayern will unbedingt Briefwahl haben, sonst schafft die CSU in den Pfingstferien die 5% Hürde nicht. Bedenken gegen Briefwahl? Gilt Art. 38 GG für Europawahlen? Das VG Koblenz meint, Pferdehaltung habe im reinen Wohngebiet nichts zu suchen. Die Pferde würden Mücken anziehen und Stinker hinterlassen. Die FAZ berichtet über die Inanspruchnahme von Access-Providern als Nichtstörer bei der Bekämpfung von Internetpornographie. Ba-Wü will wie Berlin die Zeugen Jehova als Körperschaft anerkennen.

OVG Münster vom 8.5.: im Seminar dürfen Videokameras hängen - ist das justiziabel? Klageart? Ermächtigungsgrundlage - ist die erforderlich und wo könnte dazu was stehen? Notfalls § 15a PolG analog? Die SZ berichtet über das Urteil des LAG Berlin: eine Frau hat sich gegen ihre Nichtbeförderung aufgrund des AGG gewehrt. Die Diskriminierung hat sie mit Hilfe der Mathematik nachgewiesen - einer Statistik über Frauenbehandlung in der Unternehmensgeschichte. BMI Schäuble will das GG ändern, damit Piraten nicht von der Bundespolizei sondern von der Bundeswehr bekämpft werden. Ein Leserbrief in der FAZ beschreibt den Seeräuberkrieg 63 a.C. von Pompeius - er hat in einem Vierteljahr deren Schiffe verbrannt, die Burgen geschleift und die Seeräuber (nur) umgesiedelt. Ein Dieb stiehlt ein Motorrad und lässt sein Fahrrad zurück. Da das Motorrad defekt ist, will er das Rad zurückhaben - § 814 in § 985? Oder Übereignung, so dass § 814 direkt geht?

Ich meine, entdeckt zu haben, dass nicht wenige ÖR-Vorträge als Eilanträge nach 80 V - 123 gestellt sind. Die Zulässigkeit dieser Anträge kann man sich ja als Autotext vorbereiten. Kann es sein, dass wir eine Noteninflation haben? Die Kandidaten sind viel klüger als zu meiner Zeit - da gab es ab und zu mal ein Gut im Jahr.

In der Prüfung am 8.5. Hammerschlag/Huschens/Katzenmeier kam als Vortrag das Kirmesverbot für einen einschlägig vorbestraften Schläger (erinnert an den Fußballhooligan, der zuhause bleiben soll - § 34 II PolG). Im ÖR Weisungsgebundenheit der Wahlmänner bei der BP-Wahl? Rechtsschutz? Und Laserdrome-Verbot - Europarecht. Im Strafrecht wird jemand, der gegen die Hausordnung verstößt, im Keller gefoltert und zum Sterben in den Wald gebracht. Im Zivilrecht will ein Kettenraucher den Kioskbetreiber und den Fabrikanten auf Schadensersatz in Anspruch nehmen. Aus 24 wurden 58 (14+7), aus 51 100 (10+13), aus 45 93 (9+13). BMF Steinbrück hat sich bei dem Botschafter Burkina Fasos wegen der Nennung Ouagadougous entschuldigt. Sind Staaten bzw. Hauptstädte beleidigungsfähig? Gilt das Strafrecht bei einer "Beleidigung" durch einen Amtsträger? Ist die Schweiz beleidigt, obwohl sie staatliche Hehlerei begeht? Die FAZ berichtet über das Desaster des Crossborderleasings. Man sollte die Insolvenzfähigkeit von Gemeinden einführen und das Privileg in der Beamtenhaftung abschaffen. Dann würden abends im Rathaus die Lichter ausgemacht und die Heizung runtergedreht. Wie wäre es mit ein paar Strafverfahren gemäß § 266? Unser geliebter Führer hatte sich bei dieser Vorschrift schon was gedacht.

In der Prüfung am 6.5. Doleisch von Dolsperg/Pabst/Brambring wurde der Fall BGH Strafverteidiger 2006 S. 234 - passend zum Vortragsfall ausgeteilt. Im ÖR Gang des Gesetzgebungsverfahrens und Einführung einer Wahlpflicht wie in Belgien und Griechenland durch Änderung des BWGes (Meint Art. 38 die Wahlfreiheit oder nur die Auswahlfreiheit? Man kann in der Wahlkabine ja einen ungültigen Stimmzettel abgeben). Im Zivilrecht geht der Heizkessel des verkauften Hauses schon vor Gefahrübergang kaputt. In der Prüfung Götting/Schlehofer/Baxpehler am 22.4. wurden aus 25 52, aus 41 85, aus 23 53, aus 54 93 und aus 33 65 Punkte. Vortragsnoten 6 11 6 9 5. Im Zivilrecht BAG: der AN bekommt aus Versehen nicht die Originalkündigung sondern die Kopie und der Abschleppfall im Zivilrecht. Im Strafrecht die Mumps-Ansteckungsparty (hinsichtlich der angesteckten Erzieherin sei nur Fahrlässigkeit gegeben, da die jecke Mutter

an die nicht gedacht hatte - die wusste doch, dass das Sommerfest des Kindergartens nicht unter der Aufsicht eines vierjährigen steht - dafür würde man bei Gericht geschlachtet). Im ÖR der Polizeibeamte mit dem Karl-Lagerfeld-Zopf. In einer Bambergerprüfung neulich kam die Sprache auf eine OVG-Münster-Entscheidung - Verbot von Riesenballons über Köln - hab ich nicht gefunden und kenne ich nicht - vielleicht werden Sie fündig. Alle (d.h. die ich lese) Zeitungen schreiben fast ausschließlich über VW und Porsche. Statt einer Übernahme durch Porsche kommt nun ein "integrierter Autokonzern" - VW übernimmt Porsche. Bei VW ist alles anders. Wichtige Entscheidungen im Aufsichtsrat sind nur mit Zweidrittelmehrheit möglich und die Hälfte der Sitze gehört den Arbeitnehmern. Das VW-Gesetz - da die Nazis das enteignete Gewerkschaftsvermögen in VW gesteckt hatten, hätten die Gewerkschaft nach 1945 auf ihr Eigentum nur wegen des VW-Gesetzes verzichtet, so die FR. Kann der neue Konzern per Satzung die Sonderrechte Niedersachsens absichern? Wie baut man einen Konzern? Beherrschungsvertrag-Gewinnabführungsvertrag? Es soll eine neue Gesellschaft gegründet werden - wohl als Holding. Bei der Telekom ist die hohe Dividende als Einlagenrückgewähr bezeichnet worden -steht jedenfalls auf dem Kontoauszug drauf - § 57 AktG? Der sächsische Justizminister schreibt private Emails über seine dienstliche Verbindung, obwohl dies "Beschäftigten" des Ministeriums verboten ist. Rechtsfolge? Wie ist das in privaten Unternehmen, z.B. Anwaltskanzleien, wenn die private Emails verbieten und man macht das trotzdem? Kündigungsgrund? Strafbar? In Ba-Wü wird das Nurnotariat eingeführt - auch lateinisches Notariat genannt. Am 8.5.1949 hat der Parlamentarische Rat das Grundgesetz verabschiedet. Paintball/Laserdrome/Gotcha sollen nun gesetzlich verboten werden. Hat der Bund die Kompetenz dafür? Wie ist die Rechtslage bisher? § 61 LBauO - § 35 Gewo -§ 14 OBG? Alte Kamelle.

Der Vortrag vom 6.5.: A sagt zu B "Du Hurensohn" (womit er natürlich nicht meint, dass dessen Mutter eine Hure sei - also kein § 187), B knufft ihn dann, woraufhin A dem B ein Messer ins Bein sticht. Actio illicita in causa? Provozierte Notwehrsituation und Gebotenheit? Das sind meine Ideen - mehr nicht. Letzteres sollte in Frage 2 erörtert werden. Das erinnert an den Prüfungsfall: Jazzkeller, dicke Freundin plus Freund, der Dirigent intoniert "she is too fat for me". Der Freund schlägt den Dirigenten nieder. So noch das Protokoll Zaczyk vom 30.4.: jemand gibt sich als Mitarbeiter vom Ordnungsamt aus und verlangt Bußgelder, die an das Amt zu zahlen sind - eher ein Fall für die Psychiatrie als für den Staatsanwalt. Es gibt eine neue Räumungsmethode - man sperrt Strom, Wasser, Heizung - BGH XII ZR 137/07 zur gewerblichen Miete. Das ist sicherlich billiger, als per Gerichtsvollzieher. Quae sit actio? Der Mieter hat einen Unterlassungsanspruch auf Wiederbelieferung eingeklagt (ne, stimmt nicht ganz, das wäre die Abwandlung -eine vorbeugende Unterlassungsklage). Der rechtswidrige Besitz könne nur Abwehransprüche rechtfertigen aber keine Lieferansprüche - was ist denn, wenn der Vermieter die Tür aushängt? Im Ergebnis und vom Weg her sehr interessant. Und "nur" der 12. Senat und nicht 8.. Der Bund krabbelt sich 45% der HRE-Aktien zusammen. In der anstehenden Hauptversammlung ist er bei über 50%, da nicht alle Aktionäre auflaufen. Er beschließt eine Kapitalerhöhung, bei welcher er die frischen Aktien übernimmt und ist bei über 90% und dann kommt bei 95% der/das Squeeze-out. Keine Enteignung
Mr. Flowers.

Die Strafrechtsklausur im April: Auto als Waffe im § 113 und Einbruch ein Gewerbe- und Wohnraum (BGH 4 StR 126/08/BVerfG 2 BvR 2238/07) plus StPO. Im ÖR Warnung vor Sekte und Baurecht. Kann ein Stalker nur unheimtückisch handeln? BGH 2 StR 571/08. - ein verblüffendes Ergebnis. Und liegt Real- oder Idealkonkurrenz vor, wenn mehrere Schüsse auf mehrere Personen abgegeben werden? In der Prüfung am 5.5. Hermanns/Kreß/Dabitz kam als Vortrag der Parkettstäbeffall des BGH. Im Zivilrecht § 1192 I a - Rechtsgeschichte dazu, sachenrechtliche Grundsätze - ob die Wikipedia-Aussage stimmen würde: die Akzessorität sei eine Durchbrechung des Abstraktionsprinzips. Im Strafrecht zunächst ein Rundumschlag durch die Strafrechtstheorien - Vor- und Nachteile, dann BGH 4 StR 328/08 sowie der Große Senat zum Schwarzfahren. Im ÖR ebenfalls ein Rundumschlag durch alles staatsorganisationsrechtliche (schreibt man das jetzt groß oder klein oder beides?) und eine alte Examenklausur - falsche Vermessung eines Grundstücks. Aus 44 wurden 13 + 13, aus 50 12 + 14, aus 27 4 + 6, aus 42 6 + 8, aus 40 7 + 8 und aus 50 7 + 8. Die Pressemitteilung des VG Braunschweig zum Genmaisverbot ist nicht sehr erhellend. Man weiß nur, dass Gegner nicht Frau Aigner ist, dann wäre Köln zuständig, sondern das Bundesamt für Genmai und dass es um das Gentechnikgesetz geht. Ein Eilverfahren zum "Verbot" - § 80 V oder § 123? Praktischer Unterschied? Ich neige dem 123 zu, denn die Antragstellerin hat nichts davon, dass ein Verbot aufgehoben wird, sie braucht eine Genehmigung. Namensketten und daher § 1355 IV bleiben so, wie sie sind. 5 zu 3 Stimmen. Was heißt das in der Praxis - kann man trotzdem seinen Dreifachnamen auf das Praxisschild schreiben? Ein Kaufmann kann sich eine Firma erfinden und alle anderen Leute Geschäftsbezeichnungen. Also nur, wenn man seinen Pass verlängern lassen will oder sich zu einer Prüfung anmeldet, ist das relevant. Der Bundespräsidentenkandidat Peter Sodann wird nicht zu Talkshows eingeladen - § 5 WDRG und § 5 PartG analog - Art. 3 I GG? Dei FAZ meint, im Zivilrecht gäbe es keine Unschuldsumutung - stimmt das? Was sagen uns der Hühnerpestfall und § 280 I 2 dazu sowie § 619 a? In Frankreich streiken die JVA-Beamte -sagen Sie bloß nicht Wärter, da werden die sauer, Wärter gäbe es im Zoo. Da es Beamte sind, setzen die sich während ihrer Freizeit vor die JVA-Tore. die SZ berichtet über den Kleingartenkrieg - der Rentner erschlägt drei Leute, weil die - angeblich Reisig über den Zaun geschmissen haben. Niedriger Beweggrund?

Ein Chirurg implantiert Rinderknochen, obwohl in der Patientenakte, die er angeblich nicht gelesen hat, steht, dass die Patientin Vegetarierin ist. Vorsätzliche oder fahrlässige Körperverletzung? Hat man Vorsatz, wenn man etwas nicht wissen will? Was, wenn die Rinderknochen besser sind als was weiß ich? Und was ist mit dem ehemaligen Chefarzt, um dessen hohe Abfindung jetzt gestritten wird? Er hatte einen Bohrer im Körper der Patientin vergessen und ihr weisgemacht, sie müsse aus einem anderen Grund wieder aufgemacht werden. Ist die zweite OP gerechtfertigt, da sie dringend erforderlich war? Kommt es darauf an, dass die Patientin die zweite OP nicht bei ihm hätte machen lassen sondern beim Assistenzarzt? Einige Prüfer haben Schwierigkeiten, den staatlichen und universitären Prüfungsteil richtig zu berechnen - wenn es bei Ihnen Spitz auf Knopf geht, sagen Sie das im Vorgespräch - es ist absolut ärgerlich mit 0,01 Punkten vor dem Befriedigend zu verhungern und dann noch gesagt zu bekommen, man hätte das Befriedigend. In der

Prüfung Weismann/Morawitz/Zaczyk am 30.4. wollten die Prüfer wohl im Vortrag etwas anderes hören als in der Parallelprüfung - § 313 und nicht § 812. Aus 44 wurden 72, aus 30 65, aus 32 61, aus 57 109 und aus 22 55. Vortragsnoten 4 8 5 10 und 6. Im ÖR will die Bundeskanzlerin die Unterschrift des Bundespräsidenten unter ein Gesetz einklagen - eine neue Variante - und ein Arzt will sich als Tätowierer betätigen, soll das aber 500 Meter von seiner Praxis entfernt tun. Im Zivilrecht ging es um Wohnungseigentum und die Einstellung eines neuen Hausmeisters, mit dem ein Eigentümer nicht einverstanden ist. Strafrecht kommt morgen. In einer Prüfung Anfang April kam ein Kandidat mit 75/76 Vorpunkten unrasiert und demonstrativ uninteressiert. Er ging mit 109 Punkten nach Hause. Sehen Sie bitte von Mails ab, das wäre doch gar nicht so gewesen, ich solle doch keinen fertig machen - ich gebe die Eindrücke der Zuschauer bzw. Mitkandidaten wieder und rasiert und nicht rasiert ist doch wohl nicht diskutabel. Das ist Jura - ein 7-jähriger und ein 5-jähriger zerkratzen 17 - in Worten siebzehn - geparkte Pkws - die Mutter des 5-jährigen haftet, die des 7-jährigen nicht - BGH VI ZR 51/08 und 199/08. (ein Kollege beim Mittagessen: das ist wohl ein kinderloser Senat) Die Folgefragen sind auch spannend. Haftet die arme Mutter nun für alle 17 Autos - § 830 I 2 - gilt der bei § 832? - oder für gar keins - in dubio pro Kind? Sind die Kinder Mittäter nach § 830 I 1? Sind die Mütter Mittäterinnen? Noch kann man Wetten abschließen, wie das BVerfG am 5.5. über die Namensketten entscheiden wird. So viele wird es doch nicht geben, die drei oder vier Namen mit Bindestrich haben wollen und selbst wenn, die strafen sich doch selber. Eine negative Entscheidung könnte zudem Ausländer diskriminieren. Wetten kann man auch noch, ob in der Nacht zum 5.5. genug HRE-Aktionäre ihre Aktien dem Bund angeboten haben oder ob dieser Mr. Flowers enteignen muss. Wäre das ein unzulässiges Einzelfallgesetz? Gilt dieses Verbot in Art. 19 GG überhaupt für Art. 14 GG? Die Telekom schützt eine Dividende aus, die wesentlich höher ist als der eingefahrene Gewinn - ist das zulässig? Ich dachte immer, dass eine Rückzahlung der Einlage an die Aktionäre nicht zulässig sei - da wird aber sicherlich wieder ein buchhalterischer Trick oder eine gesetzliche Telekomausnahme greifen. Es gibt wenige Unternehmen, die in der Gesetzgebungsphase eine solche Machtstellung haben.

Noch ein Ergebnis aus der Prüfung vom 30.4.: 72 zu 131 Punkten - neulich wurden aus 75 117 - auch in diesen oberen Sphären kann man viel oder etwas weniger aus seinen Punkten machen. 100 Jahre StVG - das Pferd hat Vorfahrt - gilt das heute auch noch? Die Zeitungen laufen sich für die Wahl zum EU-Parlament (richtigerweise noch EG-Parlament) warm. Wir wählen nach d'Hondt, wie beim Bundespräsidenten. Eine neue Richterin am Supreme Court - wie wird man bei uns Richter am BVerfG und Kritik? Wahl kann man das nicht nennen - auskugeln wie bei den Richtern am BGH auch, vor allem den früheren Anwälten. In Spanien können zertifizierte SMS per Einschreiben verschickt werden, die seien gerichtsfest. Bei uns auch?

Zum Vortrag - ist der Sachverhalt zu wiederholen, wenn in der Ladung steht, das sei "nicht erforderlich", Anleitungsbücher würden das aber empfehlen? Ich würde schon dringend empfehlen, das zu machen, was das JPA haben will. "Nicht erforderlich" ist wischiwaschi ausgedrückt - aber der Formulierung kann man doch zwingend entnehmen, dass es nicht vorteilhaft ist, den Sachverhalt zu wiederholen.

Der Vortrag am 30.4.: Der Brautvater spendiert dem jungen Glück ein Grundstück für den Nestbau, sein Counterpart 50.000 € aufs Oderkonto. Es kommt wie es kommen muss. Zweite Frage: Ausnahme der Saldotheorie mit Beispielen. Auch hier sollte die zweite Frage ein Hinweis auf die Problematik des 1. Teils sein - § 812 - eine Kandidatin hat den Sachverhalt wiederholt, obwohl in der Ladung steht, dass man das nicht machen soll - die zweite Frage hat sie dafür weggelassen. In der Prüfung Schmöckel/Weckerling/Hammerschlag wurden aus 47 (11+13), aus 30 (9+9), aus 40 (5+7), 21 (4+8), aus 31(?) (9+7). Im Zivilrecht findet jemand im Kaufhaus auf dem Krabbeltisch einen Ring "gehört der wem?" und nimmt den mit. (BGH - Tausendmarkscheinfall). Der Ladeninhaber will den haben - den Ring. Im Strafrecht Examensklausur (nach meiner Erinnerung), im ÖR Cicero und Hufbeschlaggesetz (beides Klausuren). Der EuGH hat für Österreich die Buchpreisbindung gekippt. Gilt das für uns jetzt auch automatisch analog § 31 BVerfGG? Was ist der Unterschied zum Keck-Urteil? Oder gibt es eben keinen? Landgericht Fulda - FAZ vom 2.5. - versteckt im Feuilleton: ein Anwalt rät bei einer nach fünf Jahre plötzlich nicht mehr medizinisch indizierten Magensondenbehandlung den Schlauch durchzuschneiden. Der Kollege ist wahnsinnig - selbst wenn man das rechtlich für richtig hält, gibt man nie eine solche Empfehlung. 9 Monate auf Bewährung. Was ist der Unterschied zum Teefall aus Jahr 1995? Der Arzt, der auf Tee umstellen wollte, hatte den unvermeidbaren Verbotsirrtum bekommen.

Die Prüfung am 28.4. Löwer/Brenner/Reuter - Noten 55 zu 92, 44 zu 86, 36 zu 72, 44 zu 90 und ein U-Boot. Im Zivilrecht die Februart Klausur-BGH-Ohne-Rechnung-Vertrag - der Text wurde ausgeteilt - nicht alle Kandidaten haben ihn erkannt. Im Strafrecht ebenfalls eine Examensklausur. Im ÖR hat sich der Geschäftsführer einer Körperschaft für Rückzahlungspflichten wegen Verstosses gegen die Notifikationspflicht nach Brüssel verbürgt. Der Königinnentag in den Niederlanden: Strafbarkeit des Täters, der in ein Denkmal fährt, obwohl er den Königinnenbus mit der ganzen Königsfamilie rammen wollte? Aberratio - wesentliche Abweichung vom Kausalverlauf?

April: Die Prüfung am 29.4. Jox/Müller/Faßbender: die Noten 53 zu 106, 28 zu 60, 25 zu 55, 44 zu 85 und 49 zu 93. Der Vortrag: ein Repetitoriums-Schein-Sozius informiert nicht über wichtigste Urteile - die Assessorin will von ihm das Geld für den Verbesserungsversuch haben - und von den anderen auch. Gilt § 425 über § 128 HGB, wenn die sich die Rechtsgebiete aufgeteilt haben aber das Rep nur im Paket gebucht werden kann? Haftet ein Repetitor überhaupt für Nichtinformationen über wichtige Urteile? Angeblich soll man die Fälle doch ohne Kenntnis des Urteils lösen können. Ich glaube, ich schließe eine Haftpflichtversicherung ab. Warum ist der Rep-Vertrag zwingend ein Dienst- und kein Werkvertrag? Wegen des UWGs. Die Prüfung müssen Sie selber machen. Gilt § 627 BGB - Dienste höherer Art? Sie wissen, was die Prüfer hören wollen - auf gar keinen Fall. Im Zivilrecht BGH die Fehlüberweisung durch die Bank (Vortrag) und Mißbrauch des Ebay-Accounts durch die Freundin (Vortrag). Im Strafrecht bringt die Familie den Vater um (BGH). Im ÖR will jemand gegen die Feinstaubzone klagen. Im Sauerlandprozess wird der Angeklagte, der nur für

Allah aufsteht, nun erst hereingeführt, wenn der Senat sitzt - geht doch. Der BGH hat endlich mal wieder ein Beweisverwertungsverbot ausgesprochen, welches dem Angeklagten aber nicht effektiv nützen wird - 1 StR 701/08: Abhören eines Ehepaares in der Zelle - zuhause ginge das. Fällt die Beatmung von Schwerstbehinderten unter Sterbebegleitung (dann ist die AOK nicht zuständig) oder unter Pflege, dann doch? Das SG München nimmt zweites an. Danke. Das BVerfG billigt Studiengebühren, obwohl es nur für die Verletzung von Bundesrecht zuständig ist. Auch für Völkerrecht, den Pakt für Rechte? Zu den zivilrechtlichen Vorträgen der letzten Wochen - zur Zeit scheint man zu Denksportaufgaben mit Wertungsproblemen übergegangen zu sein - die Fähre: cic? A weigert sich zu kontrahieren, indem er die Schranke runterlässt - das kann man ihm nicht vorwerfen. Muss er aber ähnlich einem Busfahrer mit der Unvernunft eines zu spät kommenden Kunden rechnen? Vor allem, wenn auf der Fähre noch genug Platz ist und gerade erst die Schranke runter geht aber noch nicht runter ist? Auf dem Parkplatz: Betriebsgefahr gegen Betriebsgefahr? Da hilft kein Studium - Sie müssen überlegen, ob Sie zu einer Quote kommen und wenn ja zu welcher und warum.

Die Prüfung am 28.4. Göhler-Schlicht/Pietzcker/Volkhausen: im Zivilrecht die Ohne-Rechnungsvertrags-BGH-Klausur aus dem Februar, im ÖR ein uralter Protokollfall und im Strafrecht zwei kleine Fällchen. BGH VII ZR 88/08: muss ein Autowaschanlagenbetreiber einen durch die Anlage verursachten Schaden ersetzen, wenn die Ehefrau das Autohalters den Wagen einen Tag später zerlegt und die Vollkaskoversicherung den zweiten Schaden bezahlt hat? In der Prüfung Baxpehler/Zieschang/Manderscheid am 28.4. kamen zwei Fälle im Vortrag: der Fährenbetreiber lässt die Schranke runter, obwohl die F mit ihrem Auto noch verspätet drauf fahren will. Und es fällt auf einem öffentlichen Parkplatz ein Werbeschild von einem Anhänger auf das dahinter geparkte Auto wegen eines Sturmes Stärke 6. Im Zivilrecht "erpresst" der Gläubiger den Sohn des insolventen Schuldners in eine Bürgschaft. Ein Kandidat sagte, "jeder kann jeden anzeigen", woraufhin er im Strafrecht auseinandergenommen wurde und sich quasi entschuldigt hat. Im ÖR kam § 39 a BVerfGG, Person der Zeitgeschichte, Menschenwürde. Am 26.4. - altes Recht - Dabitz/Bamberger/Domat kam die Dezemberklausur - Nachbargrundstück, 2 BGH-Entscheidungen - als Einstieg und dann generelles. Im Strafrecht schießt ein Ehemann auf einen Stalker. Im ÖR ist fraglich, ob ein Baugerüst mit Werbung eine Baugenehmigung braucht - so die Gemeinde - oder nicht, so das VG Köln - ich vermute, der Prüfer hat seinen eigenen Fall geprüft. Im Wahlfach StPO Instanzenzug, Unterschied § 153 und a, Revisionsgründe - steht der Rechtsmittelverzicht im Protokoll? Jupp Heynckes hat einen Zeitarbeitsvertrag beim FC Bayern. Ist das nach dem TeilzeitBefrG zulässig - schließlich war er ja schon mal bei dem Verein beschäftigt und es gilt das Prinzip ein Mal und nie wieder? Der EuGH hat im Fall Apostolidis C-420/07 mit Hilfe von Cherie Blair zugunsten des englischen Ehepaares entschieden. Vergleichbar mit den DDR- und Russenenteignungen Alt- und Neubauern. Es wird nicht rückabgewickelt. Man fragt sich allerdings, wieso der EuGH für diese Grundrechtsfrage zuständig ist und das in Nordzypern. Das ist doch der Garten des EGMR. Die FAZ und die SZ bereiten schon den 300. Geburtstag von Friedrich des Großen 2012 vor. Er war ein großer König, da er seine Leute nicht hat verhungern lassen (Einfuhr der Kartoffel), da er die Schulpflicht eingeführt hat (Volksschulen) und weil er die Justiz grundlegend reformiert hat (Analogieverbot, konkret formuliertes Gesetz, keine Uni-Gutachten, Anwaltsroben). Ein Senatsvorsitzender des BSG klagte vor dem VG Kassel gegen die Änderung des Geschäftsverteilungsplanes - er hätte nichts mehr zu tun. Wer ist der richtige Kläger und wer der richtige Beklagte? Darf ein VG den Geschäftsverteilungsplan eines Bundesgerichts kontrollieren? Entfällt das Rechtsschutzbedürfnis, da dieser GVP gar nicht mehr gilt? Hätte der Richter intern etwas versuchen müssen? Aber Art. 97 II GG - darf ein Richter so kaltgestellt werden? Ein Fall für drei Prüfungen. Analogkäse auf Pizzate einer bekannten Kette - nein, die haben keinen!!! sondern echten Käse, sagt die Werbung: Betrug, wenn ein Käseimitat drauf ist? § 434 BGB? Geld zurück? Herr Scholz will die Rente sicher machen. Als Jurist glaube er fest daran, dass sich alles regeln ließe, wenn man nur lange genug nach einer Lösung suche. Ist doch gar nicht so falsch außerhalb des medizinischen Bereichs. Kann man die Rente durch ein einfaches Bundesgesetz festmachen? Doch wohl eher nicht. Wie dann?

In der Prüfung Bönders/Dinkelbach/Kubink am 24.4. wurden aus 41 Vorpunkten (7+7), aus 40 (6+8), aus 28 (2+4), aus 45 (7+9) und aus 26 (4+5). Im Zivilrecht kamen zwei Examensklausuren, die Rutsche des Kindergeburtstages und der ausgeschlagene Zahn des Sohnes. Im Strafrecht § 142 - vorsatzloses entfernen - im ÖR beleidigt der Fahrlehrer bei der Prüfung den Kandidaten. Sowohl Credit Suisse als auch die Frasca entschädigen einige Lehman-Brothers-Kunden. Darf ein Kreuzfahrtschiff ihre Crew gegen Piraten bewaffnen? Müssen die Passagiere zustimmen oder wenigstens informiert werden? OLG Koblenz: eine Inlineskaterin fällt über einen grünen Gartenschlauch auf dem Bürgersteig. Haftet der Gartenschlauchhalter? Wäre das bei einem Fußgänger anders?

Ein paar Fragen aus der Prüfung von Herrn Ketterle (da wär ich durchgefallen): Rechtmäßiger und rechtswidriger Eigentumsvorbehalt - kleine und große Geschäftsgrundlage - seit wann sind die Vorschriften im BGB amtlich? Den galizischen Eierfall kenn ich nur dem Namen nach - der wurde schon zu meiner Studienzeit nicht mehr gelehrt oder ich habe da gerade gefehlt. Bei Prof. Verrell kam wieder mal das Problem, ob ein Tier eine Sache über § 90a BGB ist oder einfach so im Strafrecht. Jeder Prüfer macht das anders. Die einen: nun haben wir den § 90 a doch mal. Die anderen, § 303 gab es doch schon vorher. Es ist so was von egal. Noch das Protokoll Bozza-Bodden: der Bienen-Imkerfall Jus Dezember/Januar. Darf am Flughafen eine Schweinegrippewärmekamera eingesetzt werden? Wer ist zuständig? Ermächtigungsgrundlage? Braucht man eine? Frau Schwan - dürfte Art. 58 GG dahingehend geändert werden, dass auch Kandidaten einer Gegenzeichnung bedürfen? Was ist der Unterschied zwischen der Veröffentlichung der Identität von Stasi-Mitarbeiterin und dem Lebachfall? Professor Löwer meint, die Wahlrechtsreform müsse nicht vor dieser Wahl im September kommen. Das BVerfG wolle, dass man gründlich nachdenke. Jawoll.

Die Prüfung am 24.4.09 Hellebrand/Ziemßen/Dabitz - aus 31 wurden 67, aus 28 54, aus 66 99 und aus 44 101. Wouw. Vortrag - der UPS-Fahrer klaut das Päckchen für die FR mit dem Christstollen und klebt den Adressaufkleber auf die Sendung, welche für die Deutsche Bank bestimmt ist - Kundendaten. Im Strafrecht kam der Vortragsfall vom 22.4.. Im BGB Minderjährigenrechtsgeschäft. Am 22. der Vortrag: nach einem Fußballspiel findet ein Autokorso statt. Der

nüchterne Z schwenkt auf dem Dach des betrunkenen Fahrers F eine Fahne und fällt runter - das könnte man auch zivilrechtlich prüfen - und ör: Zulässigkeit von Autokorsos? Prüfung Verrel/Ketterle/Bozza-Bodden (die Datei krieg ich nicht geöffnet). Im Zivilrecht Grabsteinfall des BGH VII ZB 48/05 - nicht bekannt. BGH zu § 475 I 2 analog bei Leasing - VIII ZR 85/05. Sale-and-lease-back - nicht bekannt - RGZ 99 S. 1 Galizischer Eierfall. Im Strafrecht Hundebißerei und Papagei. Einwilligung und mutmaßliche - passend zum Vortragsfall. Noten: Vorpunkte 22 (6+6), 26 (5+6), 28 (6+5), 42 (6+8), 27 (7+7) - addieren müssen Sie selber.

Sonntag, zu der Vortragsmisere. Vorträge sind dazu da, Ihre Spruchkörperkollegen auf den gleich anstehenden Verhandlungstermin einzustimmen - Sie sollen also vor Publikum kochen und kein Mikrowellengericht auf den Tisch schmeissen. Dazu muss man wissen, wie man argumentiert und das auch wollen. Beispiel: der Tierarzt steckt dem Araber ein nicht angewärmtes Fieberthermometer in den Popo. Haftet der Halter aus § 833? Zunächst die Arbeit am Gesetz: "durch" das Tier. Mindestens drei Argumente dafür und dagegen. Das ist sein Beruf, dann muss er eben verlangen, dass das Tier fixiert wird, bevor er in die Box geht, dann muss er die Behandlung eben ablehnen. Andererseits gibt es nun § 833 und der Tierhalter kann sich durch eine Haftpflichtversicherung absichern. Ein Tierarzt muss nicht sein Leben für ein erkältetes Pferd aufs Spiel setzen. Oder: die Mutter lässt ihre drei kleinen Kinder in der italienischen Pizzeria zurück. § 221? Ist das eine hilflose Lage? Antwort, ja. Warum??? Oder § 171 - warum werden die Kinder in ihrer psychischen Entwicklung gestört? Weil sie sich die Schuld geben, weil sie ihr Leben lang Verlassensängste haben werden. Meist kommen stattdessen abstrakte Worte und Vokabeln und der Kandidat meint, damit sei seine Arbeit getan. Vokabeln, Theorien sind nur das Besteck für das Steak - mehr nicht. Also: darf ein Handzettelständer verboten werden? Antwort, das wäre unverhältnismäßig. Warum wäre es das? Weil man dem Reinigungsgebühren, eine Kaution, aufgeben könnte. Meist wird nach dem Problem gar nicht gesucht sondern einfach ein Fall runtergenudelt. Alles klein klein und pingelig. Und nur abstrakt. Jetzt steht ein Vortrag zum 60. Geburtstag in der Uni Bonn an. Thema "Normativität des Grundgesetzes" - da könnte ich schon nicht hingehen, weil ich nicht weiß, was Normativität ist. - ich kann das kaum schreiben. Daran - an diesem abstrakten Gewusel - ist natürlich die Uni schuld. Angeblich sollen zwei Habilitanden, die seit 5 Jahren weder die Sonne noch einen Gerichtssaal gesehen haben, beim Vortragstraining gesagt haben, vertragliche Schadensersatzansprüche sollten immer vor gesetzlichen geprüft werden. Das ist totaler Quatsch. § 7 StVG und § 833 sind immer vorher zu prüfen. Und wenn ein vertraglicher wie bei dem Tierarzt nun wirklich nicht in Betracht kommt, dann hat man dazu zu schweigen. Präzise muss der Obersatz sein - gestochen scharf. Dann kommt "dem A könnte ein Anspruch" Meinem Onkel sein Hund. Aktiv formulieren. Tierarzt A könnte gegen den Pferdehalter P einen Schadensersatzanspruch Also warum haben die Prüfer Spaß an dem Fall? Was ist der Gag? Legen Sie einfach das Gesetz neben den Sachverhalt und überlegen Sie laut, warum diese Geschichte ungewöhnlich zu diesem Paragraphen ist. Vergleichen Sie den Tierarzt mit dem Hufschmied. Bringen Sie Extreme. Gute Argumente findet man nicht als Schlaftablette auf einer Wolke sondern wenn man antizipiert, was die beiden Kampfhähne gleich im Gerichtssaal sagen werden. Dann kommt man auf satte 12 Minuten. Sie sind nicht schuld an diesem Tunnelblick. Die Uni übt Argumentieren oder Reden nicht. Man sollte Ally-McBeal-Kurse einrichten - bei jedem noch so absurden Fall um sein Leben argumentieren. Vorträge muss man üben, wie alles andere fürs Examen auch. Immerhin ist das die Hälfte der mündlichen Prüfung und vor allem der erste Eindruck der Prüfer.

OVG Münster: Eilverfahren gegen Namensveröffentlichung im Internet durch die Bundeslandwirtschaftsministerin wegen erhaltener Agrarsubvention. Darf es Internet sein? Das Gericht meint ja. BAG 6 AZR 189/08: Beweisverwertungsverbot bei mitgehörten Telefonaten? Nein, wenn der Anrufer so gebrüllt hat, dass die Sekretärin, die dem Chef gerade auf dem Schoß saß, das mithören musste. Es kann doch nicht darauf ankommen, ob das zufällig war oder nicht. OLG Zweibrücken: eine Frau ist mit zwei Männern verheiratet - Bigamie. Wer ist der rechtliche Vater des Kindes? § 1593 S. 3 analog? Das Pfändungsschutzkonto kommt. Das wird auch Zeit. Bei einer Kontopfändung musste man bisher Rechtsbehelf einlegen - Rechtspflegereinerinnerung oder Beschwerde - Entscheidung des Rechtspflegers? Und der Gläubiger ging dann noch in die Beschwerde und man hat 2 Monate von Freunden gelebt.

In der Prüfung Steinbeck/Kapischke/Fleischfresser am 3.4. kam im Zivilrecht der Fall aus der Februar-JuS Ehepaar im Theater, HGB und Ehegattentestamente. Im Strafrecht quer Beet, im ÖR warnt der Rentner vor einer Radarfalle. In der Prüfung am 20.4. Hauck/Zwiehoff/Frank kam im Zivilrecht BGH IX ZR 5/06 und Rechtsgeschichte sowie Beweislast. Im ÖR: wehrt ein Student sich gegen einen BAFÖG-Widerrufs- und Rückforderungsbescheid gemäß § 80 V oder § 123? Im Strafrecht § 119 BetrVG - ein Mitarbeiter wird genötigt, keinen Betriebsrat zu gründen. In der Prüfung Henssler/Eske/Auchter-Mainz am 17.4. der Große Senat zu § 265 a mit Rechtsgeschichte und StPO. Im ÖR Vertrag von Lissabon themenmäßig, Ratsfraktion und Rechtsbehelf gegen abgenommene Fingerabdrücke. In der Prüfung am 22. oder 23.4. mit der Präsidentin, Frau Göhler-Schlicht, kam die Examensklausur vom 20.4: Verkehrsunfall mit Minderjährigem. Kann ein Tierarzt, der sich beim Fiebermessen im Popo eines Araberhengstes den Daumen verletzt hat, weil das Tier ihm drauf gestiegen ist (ich weiß auch nicht wie), nach § 833 Schadensersatz verlangen? Eigentlich ulkig, jetzt wird er Pferde nur noch unter der Achselhöhle fiebermessen - BGH VI ZR 166/08. § 119 I b VVG gilt ab dem 1.9.2009 nicht mehr - mein einziger Regressfall bisher. Die Prüfung vom 23.4. Hammerschlag/Grunewald/Pabst. Der Vortrag: Erste Frage: Verstößt ein deutsches Gesetz gegen Grundfreiheiten, welches ein Handzettelverbot in Fußgängerzonen enthält? Was ist der Unterschied zwischen Gemeingebrauch und Sondernutzung, worunter fällt ein Ständer? Die Prüfer - auch in der Parallelprüfung - regen sich zunehmend und zu recht darüber auf, dass die Kandidaten die Zeit nicht ausnutzen. Wenn ich den Fall mit Tunnelblick löse, keinen Problemschwerpunkt setze und nicht mindestens drei Mal sage "dafür spricht, dagegen spricht" und kein Mal "wo kämen wir denn da hin", ist das nicht verwunderlich. Im ÖR ein Zeitungsfall: eine Fotografin macht in einer Behörde eine Bilderausstellung - der Behördenleiter will, dass sie die pro-köln-kritischen Bilder entfernt. Im Zivilrecht BGH: Rechte des Mieters einer leeren Einkaufspassage. und BGH VI ZR 170/07 (statt Pflegebetten Kindersitze) und Autokauf: der Verbraucher gibt sich als Unternehmer aus. Sowie § 952 - kannte nur einer Im Strafrecht Februar-JuS-Fall - die Familie will die kranke

Mutter umbringen. Und StPO-Basics. Die Welt bespricht EuGH C-228/06: keine Visumpflicht für türkische Fernfahrer wegen des Assoziierungsabkommens von 1963, weil die Visumpflicht erst 1980 eingeführt wurde. Gilt das jetzt nur für die aktive Dienstleistungsfreiheit türkischer Unternehmer oder auch die passive von deutschen? Dann muss die Türkei nicht mehr nach Art. 49 EU-Vertrag beitreten, sie kommt einfach. Der Sauerlandprozess: der Vorsitzende lässt sich durch diese Jüngelchen provozieren: "danke schön" als Grund für Ausschluss aus dem Prozess? Häkelmützchen als Ungebühr? Er sollte sich mal in die Niederungen der amtsgerichtlichen Strafverfahren begeben: die Angeklagte setzt sich kaugummikauend mit zwei großen Einkaufstüten und einem tiefen Ausschnitt plus Tätowierungen hin und sagt "in Euskirchen bin ich damit aber durchgekommen". Mich wundert, dass seine flapsigen Bemerkungen noch keinen Befangenheitsantrag gebracht haben. Er überzieht. Meine Meinung. Die Berliner Polizei hat nicht wie Münster Probleme mit Fahrrädern, die vor dem Bahnhof geparkt werden, sondern mit Fixies - Rädern ohne Licht und Bremse. Hat die Polizei die Zuständigkeit, diese zu verbieten und wenn ja, mit welchem Besteck? Veit Harlan taucht in den Zeitungen auf, was bei Juristen den pawlowschen Reflex des Lüth-Urteils produziert. Jürgen Klinsmann hat seine e.V. gegen die Kreuzigung durch die taz nicht bekommen. Das hätte ich ihm vorher sagen können. Ein teures Vergnügen. Wer den Schaden hat, muss sich um den Spott nicht sorgen.

Im Sauerlandprozess ist die erste Ordnungshaft verhängt worden. Geht das, wenn nirgendwo steht, dass ein Angeklagter aufzustehen hat, wenn das Gericht hereinkommt? Rechtsbehelf - § 181 GVG - § 32 BVerfGG? Heft 18 der NJW hat einen schönen Aufsatz zur Rechtsgrundlage der Piratenbekämpfung im Ausland. In der Prüfung Stobbe/Klümper/Zieschang am 20.4. wurden aus 71 128, aus 43 93, aus 28 51 und aus 23 52 Punkte. Vortragsnoten: 14 13 5 und 8. Der Vortrag: A lässt durch ihre Freundin F ein Ebay-Account einrichten, über welches die F die alten Schallplatten der A verkauft. F kauft nun bei Ebay, um A zu ärgern, in deren Namen ein Auto für 50.000 €. Zusatzfrage: wie wirken sich die AGBs von Ebay zu den Nutzern im Verhältnis Anbieter und Käufer aus? Im Strafrecht wurde wieder mal das Lehrbuch eines bekannten Strafrechtsprofessors bemüht, um den Umsatz zu steigern - Fall dazu: der Sohn will aus Habgier und Hass seine Mutter auf der Intensivstation austöpseln. Eine Krankenschwester kann ihn davon abhalten. Im ÖR ging es um das Move-Café (google: Verwaltungsgericht Highway-Raststätte - Klausur vom 27.1.2004): die Betreiberin hat die Außenwand mit US-Schildern gepflastert. Bauordnungsrechtliche Verfügung - Zwangsgeld 300 € pro Schild. Im BGB fiel der Eigentümer über seine eigenen Terrassenplatten, weil die Wurzeln des Baumes auf dem benachbarten Grundstück überwachsen. "Ich stehe nur für Allah auf" - was macht man da als Vorsitzender Richter im Sauerland-Prozess? Wo steht, dass man aufstehen muss? Das Gericht hat den am 23.4. in Ordnungshaft genommen. Ein Paar lässt drei kleine Kinder in einer Pizzeria in Italien sitzen -er ist noch nicht mal der Vater. Hat der Gesetzgeber sich das unter § 221 vorgestellt? § 171? § 27 durch den Mann, der von der Polizei sowieso gesucht wird - § 35? Das VG Gießen muss klären, ob ein Kind mit Down-Syndrom wegen der UN-Behindertenkonvention einen Anspruch auf Eingliederungsmanagement in eine Regelschule hat. SZ: liegt ein Betrug vor, wenn leere Gewinnversprechen gemacht werden und man teure Telefongebühren zahlt? Prof. Herzog hat den Bundespräsidenten in seinem Kommentar neu kommentiert. Der sei Staatsoberhaupt. Das seh ich differenzierter - europarechtlich - innerstaatlich - völkerrechtlich. Wo soll das überhaupt im GG stehen?

Doch noch näheres zum Vortrag am 21.4.: A gibt seinen Namen als eingetragener Kaufmann, damit B seine eigenen Geschäfte machen kann. Kann A von B den Gewinn, den dieser von einem Kunden bekommen hat, herausverlangen? Sehr schwer. Der Kandidat, der sich verweigerte, fast, fing mit den Fragen 2 und 3 an und wollte bei dem ersten Teil passen, hat dann aber doch noch etwas gesagt, aber wohl nicht akzeptabel. In der Prüfung Bieber/Schlemm/Pabst am 21.4. wurden aus 50 93, aus 47 83, aus 25 55, aus 26 56 und aus 44 96. Vortragsnoten: 7 5 3 4 und 13! Im Strafrecht der große Senat und § 265 a und ein zweiter Fall mit § 227 - BGH: die maltratierte Ehefrau -der Mann hatte sich auf sie drauf gesetzt - lässt sich nicht richtig behandeln. Im Zivilrecht fällt ein Kind von einer städtischen Rutsche und der Vater ist auch schuld. Im ÖR Skilift gegen Umweltschutz. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Paffrath/Pera am 16.4. kam im Strafrecht nach den StPO-Prozessmaximen ein Fall, in dem der verklagte Vater einen Freund zum Vaterschaftstest schickt. Im ÖR OVG Münster, die Notbestattung. Im Zivilrecht drei Arbeitsrechtsfälle - BAG zur Zielvereinbarung und zum Beweisverwertungsverbot im Arbeitsrecht und Prozessmaximen. In den Prüfungen am 21.4. kam ein Vortrag, den die Zuhörer nicht verstanden haben. Die zweite Frage lautete jedenfalls: Rechtsscheintatbestände im Vertretungsrecht und die dritte Frage, welcher Gedanke dahinter steht - ein Prädikatskandidat hat da gepasst. Im Zivilrecht kam JuS 09 S. 55. Und ZPO-Grundsätze und das Äquivalent im materiellen Recht - z.B. Anerkenntnis. Im Strafrecht täuscht ein Schmuckinteressent einen Herzanfall vor und verschwindet dann mit dem Schmuck (Prof. Zieschang). Im ÖR (Baxpehler) ging es um den Lagerfeldzopf des Polizeibeamten. In der SZ schreibt Professor Mayer, der als Bundestagsvertreter im Lissabonvertragsverfahren von der Kritik nur Buhrufe bekommen hat, der Kollege Murswiek liege mit seiner Meinung "völlig falsch". So darf man schon als Referendar nicht schreiben - verbale Ohrfeigen schaden der eigenen Karriere. Ein US-Professor meint in Die Welt, die US-Verfassung sei eine Verfassung der Freiheit und die deutsche eine Verfassung der Würde. Das Lebach-Urteil oder die Abwägung ungeborenes Leben gegen Rechte der Mutter bei der Abtreibung gäbe es in den USA so nicht. In der FAZ schreibt ein Handelsrichter. Bei der Kammer für Handelsachen ist alles anders. Der Bund gründet eine Bad Bank. Hat der Bund nicht nur ein Behördenerfindungsrecht sondern auch ein Müllkippenfindungsrecht? Braucht er eine Ermächtigungsgrundlage? Nackte Gartenzwerge - § 14 OBG? BGH XI ZR 55/08: nachdem der Bankensatz einen neuen Vorsitzenden hat, wird die Zinsanpassungsklausel gekippt. Aber nicht nach § 308 Nr. 5 sondern nach § 307 und obwohl die Klausel auf das Gesetz - § 315 - verweist. Warum so?

In der Prüfung am 17.4. Paeffgen/Bamberger/Schmude kam als Vortrag gemeinsames Nacktradeln an der Ruhr (§ 118 OWiG und Art. 8 GG), im Zivilrecht Schenkweise (Verjährung § 199) und Arzthaftung, im ÖR protokollfest, im Strafrecht zwei Radiomeldungen vom Prüfungstag: Waterboarding durch CIA-Agenten und ein tödlicher Streit um einen Parkplatz in Rom. Beste Vortragsnote 7 Punkte. Aus 43 wurden 80, aus 57 91, 2 ausreichend und 1 Befriedigend. BGH II

ZR 266/07: der Beitritt zu einem geschlossenen Immobilienfonds wird durch die Grundstücksangaben bestimmt - gilt das jetzt auch für das Telekomverfahren? Kauft man Telekomaktien wegen den Grundstücken? Der Haftbefehl gegen die No Angels Sängerin soll nach Antrag des StA (der sagt, er habe gar keine medizinischen Belege dafür, dass sie HIV-positiv sei, man habe ihm das nur erzählt - da sollte man doch mal an Freiheitsberaubung im Amt denken) gemäß § 116 StPO ausgesetzt werden. Gilt hier § 120 III analog? Muss der Richter das machen? Warum ist der Richter hier an den Antrag des StA gebunden? Am 21.4.1509 ist Heinrich VIII englischer König geworden. Rechtlich berühmt ist der Hochverratsprozess gegen Thomas Morus, seinen Finanzminister. "Qui tacit consentire videtur" sagte der, als ihm Hochverrat wegen Nichtunterschreibens der Liste gegen Rom vorgeworfen wurde. Ein bißchen naiv. Er wurde hingerichtet. Ein Priester schmuggelt ein in einen Osterkuchen eingebackenes Handy in die Haftanstalt - strafbar? § 120? Vollendung, Versuch? Darf ein Arbeitgeber Krankenakten führen? Ergibt sich das aus § 84 II SGB IX - dem Eingliederungsmanagement? Obama verhindert die Strafverfolgung von CIA-Folterern seines Vorgängers. Ist das eine Begnadigung oder eine Amnestie? Wer würde das bei uns entscheiden? Art. 60 II GG?

Der gezielte Todesschuss auf Piraten. § 6 BPolG? Erlaubt das Völkerrecht das? Ist das eine Ermächtigungsgrundlage? Wird nicht eine ausdrückliche Lizenz zum Töten benötigt? Ist die Bundeswehr zuständig - Art. 87 a II GG i.V. mit womit? Liegt ein Betrug vor, wenn die Abwrackprämie beim Bundesamt für Abwrackprämien erschlichen wird - schützt § 263 dieses staatliche Vermögen? Oder ist das Subventionsbetrug nach § 264? Der Prozess gegen die Sauerlandattentäter wegen §§ 129, a, b und Vorbereitung eines Sprengstoffdelikts beginnt am 22.4.. Die Verteidigung will den agent provocateur sowie Beweismittel aus ausländischer Folter thematisieren.

Das BKA schließt mit Internet Providern einen Vertrag über die Sperrung von Pornoseiten. Zu welchem Gericht geht das, wenn die sich streiten? Die Betreiber von Pirate Bay sind in Schweden bestraft worden. Dürfen wir da jetzt noch mal ran - ne bis in idem - Schengen? Ist das Beihilfe oder sogar Anstiftung, wenn Leute, die generell geneigt sind, illegale Downloads an Land zu ziehen, sich von denen leiten lassen? Oder ist das wie beim Friseur, der Osama Bin Ladin die Haare schneidet? Die No Angels Sängerin hat ihrem Anwalt das Mandat entzogen. Muss sie jetzt sofort einen Pflichtverteidiger bekommen oder erst nach 3 Monaten? § 140 StPO Absatz I und Absatz II. Eine speziell zur Prozessführung gegründete GmbH klagt gegen das Zementkartell auf Schadensersatz. Wieso ist das ein Problem der Begründetheit und nicht der Zulässigkeit und was ist der praktische Unterschied? Ein Finanzinvestor spricht Heuschrecke kündigt gemäß § 1133. Man will sich wehren. Kein § 732 ZPO - § 767 ZPO muss es sein. BGH VII ZB 62/08. Fußballvereinsärzte verursachen (mal unterstellt) bei Herrn Klansic eine Niereninsuffizienz. Beide Eltern spenden eine Niere, wobei die erste abgestoßen wird. Schadensersatzansprüche der Beteiligten? Das war der erste Herausforderungsfall - der Nierenfall. Allerdings wurde das Organ da nicht abgestoßen. Für wieviele Reparaturversuche haftet der Schädiger?

Im Zweiten am 14.4. Vortrag: Unterlassungsklage wegen Windgenerators, der Eisklumpen durch die Gegend schmeißt. Im Strafrecht reißt ein Junkie das überreichte gefälschte Rezept der Apothekerin zur Hälfte aus der Hand, als diese die Fälschung entdeckt, und flieht. Im ÖR will der Eigentümer eines 100 Jahre alten Hauses das verändern. Was darf er, was nicht? In der Prüfung Burgi/Walter/Dabitz am 3.4. kam die Stichwahl des Bürgermeisters sowie dass wegen des Amoklaufes in Winnenden in Klassenzimmern Kameras aufgehängt werden sollen. Im Zivilrecht Examensklausur OLG Saarbrücken NJW 2007 S. 3503, im Strafrecht Novemberexamensklausur, welche die Kandidaten selber geschrieben hatten. Noten: 21 zu 50, 39 zu 72, 47 zu 100 und 45 zu 93. Vortragsnoten: 8 9 11 und 15. In der Prüfung am 16.4. Rosenberger/Timme/Hausen kam als Vortrag BGH XI ZR 371/07 - es gab Kandidaten, die E-B-V und GoA geprüft haben - da würde ich den Ball aufheben und das Loch streichen. Im Zivilrecht § 661 a - quasi Gabrielfall und § 932 beim Kfz. Im ÖR viel prozessuales. Im Strafrecht wie in fast jeder Prüfung Zuständigkeiten und Aussetzung/Mord. FAZ "StA steckt HIV-positive Sängerin in Untersuchungshaft" - stimmt das juristisch? Die Bildzeitung darf nicht über den Fall berichten, die StA die Frau aber öffentlich hinrichten. § 353 d Nr. 3 StGB läuft leer. Egal, es ist einfach unanständig. Wie kann sich ein Haftrichter für so etwas hergeben? In der SZ meint ein Professor, der 60. Geburtstag sei der letzte des Grundgesetzes - der Vertrag von Lissabon bzw. die neuen Kompetenzen des EuGH hinsichtlich der "Grundwerte" würden ihm den Hals brechen. Nummern nennt er keine.

BGH XII ZR 163/07: muss der klagende Bereicherungsgläubiger beweisen, dass kein Rechtsgrund besteht oder muss der beklagte Bereicherungsschuldner beweisen, dass er besteht? Wie in schwierigen Fällen? Was prüft der BGH bei VU-Antrag? BGH VIII ZB 70/07: darf ein Gericht schreiben, "wenn Sie nicht bis zum Tag X widersprechen, gehen wir von einer übereinstimmenden Erledigung aus?" BGH 1 StR 50/09: stellt § 51 I BZRG ein materielles Beweisverwertungsverbot dar? Stimmt die Überstülpfungstheorie Münzferings? Der Generalanzeiger meint nein, da die Volkskammer der DDR den Beitritt beschlossen habe. Naja. Die Volkskammer ist als vollmachtloser Vertreter der nur als leere Hülle existierenden Länder beigetreten und die haben das sicherlich nicht aus Überzeugung sondern aus wirtschaftlichen Zwängen getan. Da die Landesfürsten Lafontaine und Schröder gegen die Wiedervereinigung waren, musste das ganz fix gehen. Die Käseglockenüberstülpfungstheorie hat was. Dann: hat das Grundgesetz sich im Gegensatz zu Weimar bewährt? Nur, dass es einen 60. Geburtstag gibt, besagt das nicht. Das GG hat fast nur sonnige Tage erlebt - RAF und 1990 haben ein paar Wölkchen am Himmel verursacht. Jetzt in der Finanzkrise machen die Politiker sowieso was sie wollen. Bewährung würde ich das nicht nennen. Man hat nur Glück gehabt. Vor dem Europäischen Patentamt wird gegen das Schweinepatent demonstriert. Dieses Patentamt hat weder etwas mit EG/EU noch Europarat zu tun. Klage dagegen? Direkt zum Bundesverfassungsgericht. Das LG München hat das Lüth-Urteil fortgestrickt. Stasi-Spitzel dürfen mit Namen genannt werden. Gilt das auch für die No Angels-Sängerin? Ich halte das Verhalten der StA für absolut schlimm. Wiederholungsgefahr??? Bei dem (potentiellen) Opfer, der sich auch noch beschwert, wenn er sich (angeblich) was bei einem One-Night-Stand mit einem Pop-Star einfängt? Es gibt doch hoffentlich noch einen Unterschied zu Messerstechern auf der Straße. Wie bei Zumwinkel die Exekutierung vor den

Augen der Öffentlichkeit. Pranger ist dagegen gar nichts. Haben Piraten einen Anspruch auf Pflichtverteidiger gemäß § 140 StPO? Gilt der auch für Kenia? Die Anwälte (die sicherlich persönlich da hingeflogen sind und sich Vollmachten auf somalisch besorgt haben) haben nach dem Vorbild von ambulance chasern nun Feststellungsklage beim LG Berlin wegen Schadensersatzes erhoben. Was war nun das Genmaisverbot rechtlich? Wir haben uns wegen § 20 II GentG gestern darauf geeinigt, dass es die Bekanntgabe einer Anweisung an die zuständige Bundesoberbehörde war, erteilte Genehmigungen zu widerrufen und neue nicht zu erteilen. Keine Allgemeinverfügung, kein dinglicher Verwaltungsakt. Nur, wo steht, dass die Ministerin der Bundesoberbehörde Anweisungen erteilen darf? Art. 86 GG?

BGH 4 StR 473/08: bekommt ein Räuber, der mit KO-Tropfen arbeitet, drei Jahre aufwärts nach § 250 I oder fünf Jahre und mehr nach § 250 II? So, ein Bauer im Fernsehen posiert vor einem Stapel Genmais, den er vor dem Verbot (was ist das rechtlich - der Mais war ja kaum Adressat seines eigenen Verbotes?) Und nicht eine Zeitung hat mir die Mühe abgenommen, die Vorschrift zu suchen) gekauft hatte. Art. 14 GG - wenn nicht störendes zum störenden Eigentum wird? Enteignung oder Eingriff nach Absatz I? Was kann er rechtlich tun? Eine Rentnerin - wohl eher ihr Anwalt - haben Verfassungsbeschwerde gegen die Rettung von systemrelevanten Banken eingelegt - Art. 3 I GG - ihr würde nicht geholfen - wie ist das nach der alten bzw. der neuen Formel zu entscheiden? Grundrechtsverstoß durch Unterlassen? Eine No-Angel-Sängerin ist wegen ungeschützten Geschlechtsverkehrs trotz HIV-Infektion in U-Haft genommen worden. § 224? Kausalitätsnachweis? Eigenverantwortliche Selbstgefährdung? Die Zuständigkeit für die GSG 9 gegen Piraten? § 8 BPolG.

Unsere Landwirtschaftsministerin will eine Sorte Genmais verbieten - Rechtsgrundlage? § 20 II GentG und Art. 4 und 23 2001/18/EG. Könnte ein deutscher Unternehmer erfolgreich dagegen klagen? Vor welchem Gericht? BGH VI ZR 86/08: kann ein Revisionskläger den BGH hinsichtlich Prüfungsteile eines Anspruchs präjudizieren? Wie haften Teilnehmer eines Fahrsicherheitstrainings - Motorcross? Mannheim spendiert eine Abwrackprämie für Altfahrräder. Örtliche Angelegenheit? Beim Baby-Begrüßungsgeld in Much (ein Weiler nahe Bonn) meinte das OVG Münster, das störe das Bundeskindergeld. Woraufhin Much aus dem Ersparnten die Wassergebühren für Familien senkte, das war dann wieder in Ordnung. Obama will nach der FAZ völkerrechtsfreundlicher werden, was aber letztlich der Kongress zu entscheiden hätte. Ein mittelständisches Unternehmen will von der GmbH&CoKG in eine SE umwandeln - wegen der Rechtssicherheit. Nachteil: hohe Umwandlungskosten. Vorteil: auf dem internationalen Kapitalmarkt hätte eine GmbH&Co KG das Ansehen einer toten Maus, welche die Katze vor die Tür gelegt hat.

Hier noch die Noten aus der Prüfung vom 8.4.: Aus 26 wurden 67, aus 33 80, aus unbekannt 67, aus 65 117, aus 23 51 und aus 38 81. Vortragsnoten: 11 6 ? 13 7 und 10. Können die USA sich auf völkerrechtliche Notwehr berufen, da Captain Philipps von Piraten in einem Rettungsboot festgehalten wird? Verteidigungsfall? Dürfen wir die GSG 9 einsetzen - analog Mogadischu? Mogadischu war damals nicht vom Bundesgrenzschutzgesetz gedeckt - der Fall war Examenshausarbeit.

Fällt Inkasso-Stalking unter § 238 StGB? Sie kennen die Internet-Abzockerei und die penetranten Versuche, 96,55 € zu erlangen. In der Prüfung am 8.4. Kresse/Krieg/Müller kam als Vortrag VG/OVG Münster zu § 14 a StrWG - Altpapierentonnen durch gewerbliche Sammler? Im Zivilrecht ZPO, IPR, Widerruf einer Vollmacht. Im Strafrecht: wo wird ein Ladendiebstahl angeklagt? Ein Kandidat: beim AG bei der kleinen Strafkammer. Dann: gibt es zu der richterlichen Genehmigung von Bettgittern in Heimen in der StPO was ähnliches? § 115 StPO. Und § 408 a StPO als VU. Im ÖR Europarecht: Abwrackprämie als EG-Richtlinie nur für Verbraucher. In Österreich klagt ein Unternehmer mit Erfolg dagegen. Und der Bundespräsident kritisiert die Mohamed-Karikaturen - JuS-Fall. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Grau/v.Coelln am 8.4. kam im Zivilrecht ein JuS-Fall, im ÖR VGH NRW Kommunalwahltermin und Zwangsmitgliedschaft in der IHK. Im Strafrecht die Piraten vor Somalia - StPO - und der Arzt fährt, obwohl er getrunken hat, zu einem Patienten - § 34? In Die Welt wird die Sprache des Grundgesetzes analysiert, wobei der Autor den Unterschied zwischen das gleiche und das selbe nicht kennt. Die sprachlichen Klöße sieht er gar nicht. Die verfassungsmäßige Ordnung in Art. 2 ist was anderes als in Art. 9 und 21. Der Rechtsstaat wurde in Art. 20 vergessen und steht nur in Art. 28. Das Sittengesetz gibt es nicht. Prof. Dreier in der SZ beschäftigt sich mit dem Prozess gegen Jesus - unter anderem. Es gibt 7% Privatschulen - tolles Deutsch - Carl Schmitt - Institutsgarantie - denn jede Diktatur schafft als erstes Studentenverbindungen und Privatschulen ab. Daimler will einen Lohnverzicht gegen Arbeitsplatzgarantie - das Burda-Urteil aus 1999 mit "Äpfel und Birnen" - Sachgruppenvergleich - Günstigkeitsprinzip - grüsst zurück. Das müssen Sie nur verstehen, wenn Sie Arbeitsrecht als Wahlfach haben.

In der Prüfung am 7.4. vom Stein/Jürgens/Kleine-Benkens kam der Aufsatz von Prof. Lorenz in der NJW als Vortrag - Noten 12 13 5 5 8 8. Im ÖR kam BVerfG 2 BvR 1872/07: Nebentätigkeitsgenehmigung für publizierenden Richter, im Zivilrecht die Zylinderkopfscheidung, im Strafrecht der alte nette Protokollfall: die Domina nimmt aus dem Portemonnaie des gefesselten Kunden Geld und Strafbefehl. Noten ca. 107 91 45 41 90 und 91. BGH VIII ZR 231/07: Bei Betrug schadet Blödheit nicht - kein § 254 bei vorgetäuschem Eigenbedarf, der Mieter auf Anspruch auf Wiedereinzug. Ein Strafgericht muss sich in dubio pro reo sehr hart erarbeiten - ein richtiger Krimi - BGH 1 StR 549/08. Das Hamburger Landgericht will wohl einem geschädigten Lehman-Brothers-Rentner Schadensersatz im Juni zusprechen. Die nicht offengelegte Gewinnmarge werde nach der Kickback-Provisions-Rechtsprechung behandelt. Zudem hätte der Anlageberater sagen müssen, dass die Papiere nicht unter die Einlagensicherung fallen. Andreas Hofer begann seinen Aufstand am 8.4.1809 - Carl Schmitt hat an ihm die Regeln für Partisanen aufgestellt - sie kämpfen irregulär. Wegen Podolskis Ohrfeige ist bei der StA Köln eine anonyme Anzeige eingegangen. Was ist das rechtlich? Eine Anzeige? Ein Anwalt will im Fall der auf einer Klassenfahrt in der Türkei zu Tode gesoffenen Schüler mehrere Eltern vertreten - § 356 StGB - darf er zivilrechtlich mehrere vertreten? Ich halte das für komplett unzulässig. Aber das macht jede StA wie sie will. Ich habe da so meine einschlägigen Erfahrungen. Dürfen Verteidiger in einem spektakulären Strafverfahren

gefilmt werden? Das BVerfG meint ja. Richter sehen sich selber aber nicht als Personen der Zeitgeschichte an. Mal abgesehen davon, dass es so was ja nicht mehr gibt. Die Welt befürchtet, dass Bundesländer pleite gehen könnten. Sie können nicht in die Insolvenzordnung fallen. Das bringt aber kein Geld. Egal - Finanzausgleich und das Prinzip der Bundestreue - Abwrackprämie aus Berlin für Länderanleihen.

Die Kurzarbeit soll durch die Transfergesellschaften ersetzt werden, meint die FR. § 2 III SGB III und § 216 b SGB III. Wie und wer gründet die Transfergesellschaft? Wie kann der AG den AN zwingen, dahin zu wechseln? Lidl und die Krankheitsakten. Das Datenschutzgesetz soll entgegenstehen - gilt das unter Privaten? Wie ist es mit anderen Methoden der AG? Neulich erzählte mir eine KassiererIn, dass man, wenn man krank gewesen sei, eine Woche auf die letzte Schicht bis 22 Uhr gesetzt werde - eine klare Abstrafung. Oder die sog. Krankengespräche nach der Krankheit. Die SPD will die alte Kamelle Frauenquote wieder beleben - in der Wirtschaft - aber weder im Auswärtigen Amt noch in der Partei selber. Noch zu dem Vortrag, Herr Althaus brettert den Hang runter und macht eine Notbremse in den anderen Hang rein: (in dem Vorfallesfall soll der Skifahrer in Österreich ohne Sicht über einen Buckel gerast sein und von hinten auf einen anderen Skifahrer drauf) die FIS wurden ausgeteilt. Fast kein Prüfling soll problematisiert haben, was die sind - AGBs oder Gewohnheitsrecht oder ein nullum.

In der Prüfung nach altem Recht am 31.3. Bieber/Reuter/Windisch kam im ÖR zunächst Europarecht: wieviele Abgeordnete hat das Europaparlament - wie wird es gewählt? Was ist eine Entscheidung? Dann die Examensklausur des Pfarrers Don Camillo, der gegen die NPD anläutet. Im Strafrecht eine ältere Examensklausur, im Zivilrecht will eine Familie, die bei einem Konzert der Band ACDC nur Stehplätze statt der gebuchten Sitzplätze bekommt, Schadensersatz. Und die negativen Folgen der Schuldrechtsreform: das Wegweiserprinzip - diese blöde Verschachtelung da kommt man ja nur mit Kommentar durch. Im Wahlfach Strafrechtspflege: warum das BVerfG bei der Brechmitttelentscheidung Art. 1 GG nicht geprüft habe, der EGMR aber dann doch. Durchsuchung des Verteidigers in der Hauptverhandlung? § 176 GVG - was ist organisierte Kriminalität? Wie wird man einen Staatsanwalt los? Im WF Arbeitsrecht AGG. Die Prüfungen (Bönders/v.Danwitz und andere) am 3.4.: Vortrag: Der Althaus-Skiunfall im Zivilrecht. Im Zivilrecht einmal Arbeitsrecht Mobbing, in der anderen Prüfung Kommissionär § 392 HGB und Aufrechnung, im ÖR der Rentner warnt vor der Radarfalle und ein verfolgender Polizeibeamter richtet einen Schaden an, im Strafrecht ein Zeitungsfall sowie A und B wollen einen Jogger töten und teilen sich die Aufgabe auf - jeder stellt sich an einen potentiellen Weg. BGH VI ZR 176/08: dürfen in einer Kirschtorte (Kirschtaler) Kirschkerne sein? § 1 ProdHG? Ulli Hoeneß hat gesagt, er wolle dem Wolfsburger Rathaus einen Balkon spendieren, wenn die Meister werden. Muss er jetzt einen Kostenvoranschlag einholen? Das OLG München hatte vor Jahrzehnten mal einen Fall, in dem für den Fall des Titelgewinns den Spielern 10.000 DM pro Nase versprochen worden war - Schenkung oder Werkvertrag? Denen war noch ein Scheck übergeben worden, der dann gesperrt worden war. Das war eine Schenkung, also formunwirksam - trotz Schecks. Sarkozy hat in Straßburg eine Ausgangssperre angeordnet. Wäre das bei uns möglich? Die Chaoten haben ein geräumtes Hotel angezündet. § 306 a - ist das Hotel noch eine Wohnung oder entwidmet?

Noch einmal Podolski: darf bei einem Strafprozess eine Lippenleserin eingesetzt werden, die übersetzt "lauf doch selber, Du Arschloch"? Taugliches Beweismittel - Sachverständige? Oder gilt dafür nur der Zeugenbeweis? Ne bis in idem, wenn er 5.000 € an den DFB zahlen muss? Muss die StA das überhaupt verfolgen? Garantenstellung aus § 152 StPO für § 258 a StGB? Die FAZ berichtet über das Programm des BVerfG in nächster Zeit: § 5 KonsularG: müssen Geiseln den Hubschrauberflug bezahlen? Witzigerweise will die Regierung nicht das Lösegeld zumindest teilweise ersetzt haben, weil niemand wissen soll, wieviel aus dem Reptilienfonds gezahlt wurde. Sind die Studiengebühren richtigerweise Studienbeiträge mit Art. 12 GG vereinbar? Das BVerfG ist für Länderdinge nur zuständig, wenn Bundesgesetze betroffen sind. Das könnte hier problematisch sein, da es um das Eingemachte der Länderkompetenzen geht. Ein Iraner konvertiert zum Christentum und wahrscheinlich dann wieder zurück, ohne dass es jemand merkt, um Asyl zu erhalten. Ein neuer Nachfluchtgrund. Da werden die Richter die Bibel abfragen müssen. Jedenfalls angenehmer als bei angeblicher Homosexualität zu fragen, wer die Frau und wer der Mann in der Beziehung sei. "Och mal so mal so" kommt dann als Antwort. Der VGH sucht verzweifelt nach neuen Richtern, weil er am 5. Mai die Stichwahl und den neuen Kommunalwahltermin verhandeln will. Die SPD will Prof. Hillgruber nicht.

Podolski ohrfeigt den Kapitän Ballack vor laufender Kamera in Cardiff - strafbar? Welche StA ist zuständig? Was, wenn diese das öffentliche Interesse bejaht, aber in der Revisionsinstanz wieder verneint? BGH XII ZR 137/07: darf ein Vermieter den Strom abdrehen, wenn der Mieter trotz rechtmäßiger Kündigung nicht auszieht? Argumentum e § 940 a ZPO - verbotene Eigenmacht? Unterschied Wohnraum/Gewerberäume? Wie ist es, wenn der Mieter keine Miete zahlt, insbesondere keine Nebenkosten, darf dann der Strom abgedreht werden? Dürfen die Stadtwerke beim Umzug des Mieters auf Bezahlung der alten Rechnung bestehen, bevor sie für die neue Strom liefern? Harte Fragen in der Praxis - ich steh als Anwältin mit einem Bein im Gefängnis. Sind diese Methoden strafbar? § 240? Kann vom Zivilrecht auf das Strafrecht geschlossen werden oder umgekehrt? BVerfG vom 2.4.: darf die StA nach § 161 I StPO bei Visa nach Überweisungen von 79,99 € für eine philippinische Bank fragen, weil man da Teppiche geordert hat? Ja. Also Online-Durchsuchung geht nicht, aber das ja - Unterschiede? Das ArbG Berlin hat einer Organisation abgesprochen, Gewerkschaft zu sein, weil die soziale Mächtigkeit fehle. Bei der Gewerkschaft der christlichen Hausangestellten ganz früher sah man das anders. Die SZ erklärt, warum Druckfähigkeit verlangt wird: damit die Arbeitgeber keine Tarnorganisationen aufbauen können. Das macht den Spaß an der Zeitungslektüre aus - man versteht Dinge, über die man noch nicht nachgedacht hatte - seit 55 Jahren. Zeltstädte in den USA wegen der Finanzkrise. Rechtliche Grundlage? Vespasian kam 69 nach Christus an die Macht. Pecunia non olet und die Vespasienes gehen auf ihn zurück. Sehr aktuell. In Heft 15 der NJW bespricht Professor Lorenz die neue Geschäftsidee der Abschleppunternehmer - die zugeparkten Ärzte bekommen 50 €, wenn sie den Abschleppunternehmer rufen und der kassiert bei dem "Opfer". Unlauterer Wettbewerb - § 241 a - GoA des Abschleppers, GoA des Arztes - wenn ja, welche? § 823 I und § 1004 des

Arztes?

Es gibt eine neue Form des Arbeitskampfes nach Streik/Aussperrung/Boycott/Flashmobbing/Betriebsbesetzung nun Geiselnahme der Chefs und Hungerstreik. Die G20 wollen eine Regulierung der Finanzmärkte beschließen - soviel zur Wesentlichkeitstheorie im Finanzwesen. Ist das verbindlich? Wahrscheinlich so unverbindlich wie Frau Dr. Merckels Opel-Bürgerschaft. § 765 war das nicht, da kein konkreter Gläubiger da ist. Eine Auslobung? Eine Blankovollmacht an Opel? Alles nicht - also eine rechtliche Lüge. Lt. SZ meint der BGH, dass die Strafvorschriften im Aussenwirtschaftsgesetz problematisch sind. Das Auswärtige Amt bestimmt, was strafbar ist und was nicht. Das geht nun gar nicht.

Gibt es ein Recht zum Betteln? Darf die ARGE sich weigern, zu zahlen? Liegt Sondernutzung oder Gemeingebrauch vor? Unterschied stilles und aggressives Betteln? Frau Merkel stellt bei Opel eine Staatsbürgerschaft für einen Investor in Aussicht. Bedarf sie der Form des § 766? Herr Steinmeier kennt offensichtlich den Spruch zur Bürgerschaft, dass man stattdessen dem Schuldner lieber gleich einen Kredit geben solle. Piraten haben sich schrecklich vertan und ein Bundeswehrschiff angegriffen. Müssen die in Deutschland abgeurteilt werden oder liegt § 258 a StGB vor, wenn wir die Kenia anvertrauen und dafür etwas mehr Entwicklungshilfe schicken?

März: Der Vatikanstaat feiert seinen 80. Geburtstag. Der Eiffelturm sein 120. Wiegenfest. Wie wäre der bauplanungsrechtlich zu erklären? Die Deutsche Bahn hat Emails der Gewerkschaften blockiert - § 240 - § 206 II StGB? Herr Mehdorn tritt zurück bzw. bietet seinen Rücktritt an - tut also was? Im Rahmen seines Anstellungsvertrages (nicht Arbeitsvertrages) und seiner Organstellung? Der Rücktritt des Vorstandes ist im Aktiengesetz nicht geregelt - Reisende soll man nicht aufhalten. In Sachen Watts meint der EuGH, dass eine Hüfte aus der Normandie durch eine englische Krankenkasse gezahlt werden muss.

Im Aprilheft des Anwaltsblattes sind zwei wirklich gute, kurze Aufsätze des Autors der Schuldrechtsreform mit Hinweisen auf examensrelevante Urteile. Stichworte: Verschiebung des vertraglichen Gestaltungszentrums vom Haftungsausschluss (altes Schuldrecht) zur Beschaffenheitsangabe (neues Schuldrecht), Verschiebung der Rechtsbehelfe des Käufers von alternativen zu kumulativen Rechtsfolgen. Und der BGH bleibt bei der Verschuldenshaftung entgegen dem europäischen Trend aufgrund Art. 45 CISG. OB Schramma will sich nicht zur Wiederwahl stellen. Verliert er seine Pensionsberechtigung? § 31 I Nr. 2 - § 196 II LBG? Ist das die erste oder zweite Wiederwahl? Er ist ja in der Amtszeit des verstorbenen Vorgängers OB geworden und ist bisher nur ein Mal gewählt worden. Hoffentlich hat er an die Vorschriften gedacht. Müssen die Stadtwerke Buswerbung "es gibt (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) keinen Gott" erlauben?

BGH 1 StR 470/08: der MPU-Sachverständige ist käuflich - § 331 oder § 299 StGB? BGH 3 StR 203/08: die rechtslastige Verteidigerin warnt die Schöffen, sie würden, wenn der Führer wieder auferstehe, wegen Feindbegünstigung mit dem Tode bestraft werden. § 240? § 185 der Schöffen? § 241?

BGH 2 StR 302/08: fällt ein Anwaltsbrief, der im Haftraum gefunden wird, unter die Beschlagnahmefreiheit? BGH - nein. Kann ein Anwalt, der in diesem Brief Beleidigendes über einen Richter schreibt, strafrechtlich belangt werden? Der BGH meint ja. Art. 12 GG und Art. 5 GG - Strafgefangenenentscheidung? Mit wem soll man sich denn austauschen, wenn nicht mit seinem Anwalt? Wie ist es mit beleidigenden Äusserungen von Richtern über Anwälte? Ein mir bekannter Anwalt soll in Richterkreisen Anwalt Calcione genannt werden. Aber das ist natürlich etwas anderes. Beim BGH geht es um einen 77jährigen Anwalt - dem soll noch mal gezeigt werden, wie er seinen Beruf auszuüben hat. Beleidigungen und Nötigungen (zum Vergleich) durch Richter hat man hinzunehmen - mir hat mal einer gesagt "ich entziehe Ihnen das Wort, Sie reden nicht zur Sache" - die Kollegen feixten im Saal. Man wird angebrüllt, es wird geseufzt, der Richter hört mit gesenktem Haupt zu - Sie können jetzt natürlich Ihre Schlüsse hinsichtlich meiner Qualifikation ziehen und auch ein bißchen feixen. Ich finde es absolut schlimm, dass hier so ein Fass aufgemacht wird. Kein Verbot der Rügeverkümmern, keine Beweisverwertungsverbot und nun muss man sich noch wie Königinmutter in der Mandantenpost ausdrücken. Die Buchhaltungsvorschriften im HGB sollen geändert werden. Das HGB will verhindern, dass sich jemand reicher darstellt als er ist. Die internationalen Regeln aus dem amerikanischen Raum sollen statt dessen für Transparenz sorgen.

In der Prüfung Dylla-Krebs/Müller/Kresse am 20.3. wurden aus 68 Punkten 109 (Vortrag 3), aus 25 61 (Vortrag 12), aus 47 88 (Vortrag 5), aus 49 85 (Vortrag 6) und aus 40 75 (Vortrag 5). BGH V ZR 30/08: haftet der Verkäufer eines Hauses, das 1980 mit Asbest verkleidet wurde, nun aus cic oder aus Gewährleistungsrecht und worauf? Das ist eine teure Angelegenheit geworden. Im Zweiten am 26.3. kam im Strafrecht MP Althaus - 180 Tagessätze in Abwesenheit im Eiltempo - wäre das bei uns auch möglich? Aktenvortrag: Effi Briest und von Crampas mieten eine Wohnung, sie zieht aus, er zahlt die Miete nicht, obwohl das so vereinbart ist, sie geht in die Wohnung, nimmt seinen PC und will den erst rausgeben, bis er die Miete zahlt. Im Zivilrecht viel Erbrecht, im ÖR Baurecht. Am 27.3.1849 wurde die Paulskirchenverfassung beschlossen. 50 Jahre NATO. Regress gegen das Wattestäbchenunternehmen wegen des wirklichen Phantoms von Heilbronn? Generalanzeiger: ein 40jähriger geht mit seiner 16jährigen Freundin zur Frauenärztin - er wär der Vater, sie solle das Implanonröhrchen aus dem Oberarm nehmen, das täte weh. Beide wollen nämlich ein Kind. Sie bekommen ein solches. Wer ist für die Namensgebung einer Brücke zwischen Düsseldorf und Meerbusch zuständig?

In der Prüfung Weismann/Faßbender/Ackmann am 25.3. kam im Strafrecht die Januarklausur (Hoyzer, Hoyzer), im

Zivilrecht § 828 II, im ÖR: kann das BVerfG abgeschafft werden? Der Prüfer meinte, ja. Im Wahlfach Strafrechtspflege § 136 a. Bei der Traumkommission sind zwei Kandidaten mit schlechten Vorkursen nicht angetreten. Ein Mädchen warf mitten in der Prüfung das Handtuch und wollte nichts mehr sagen - sagen Zuschauer - sie sieht das nicht so. Das wird das jüngste Gericht entscheiden müssen. BGH 1 StR 691/08: wieder keine Beweisverwertungsverbote - § 168 c und - manchmal - § 136 StPO. In der FAZ diskutieren Juristen den Bundespräsidenten als *pouvoir neutre* und Staatsoberhaupt. Wir haben überhaupt kein Staatsoberhaupt wie die Amerikaner oder Franzosen. Eher wie die Engländer - Herr Köhler entspricht der Königin. Die als Art. 109 III GG geplante Länderschuldenbremse wird im Bundestag gelesen und vors BVerfG gebracht - durch Schleswig-Holstein. Am 26.3. tritt die Un-Behindertenkongvention in Kraft. Mit welchem Rang in unserer Normenhierarchie? Einklagbar? "Inclusion" gleich Integration oder mehr? Das Bundesamt für Wirtschaft verteilt die Abwrackprämie. Darf eine Bundesoberbehörde das? Art. 87 GG verbietet einen Unterbau der Bundesbehörden. Auch den direkten Kontakt mit Autokäufern? Die EU-Präsidentschaft - keiner zuhause in Prag. Und jetzt? Das Städtchen Schwabach will unserem geliebten aber in seiner Hochzeitsnacht verstorbenen Führer die Ehrenbürgerwürde entziehen. Geht das posthum und wie? Welche Wirkung hat die Ehrenbürgerwürde? In Bonn dürfen Sie umsonst U-Bahn fahren und haben eine Anwartschaft auf einen Platz im Seniorenheim. Deshalb sind sämtliche Ex-Bundeskanzler Ehrenbürger - die wird man weder in der einen noch in der anderen Institution zu sehen bekommen. 1,30 € sind als Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe gelandet. Wenn die nicht abgeburstet wird, dann weiß ich nicht. Das VG Köln hat die Wehrpflicht (erster historisch belegter Fall: die Schlacht bei Valmy) Karlsruhe vorgelegt. Bayern hat die Urheberrechte unseres Führers "geerbt". Gegen den Nachdruck des Völkischen Beobachters kann der Freistaat aber nichts machen - und das sagen seine eigenen Richter. Ich nehme an, die stehen kurz vor der Pensionierung.

BGH VII ZB 30/08: darf ein Pflichtteilsanspruch gepfändet werden - § 852 ZPO? Ja - Sinn dieser Vorschrift? Der Gläubiger soll keinen Unfrieden in die Familie tragen. BGH XI ZR 454/07: Beweislast, ob eine Ehegattenbürgschaft mit krasser Überforderung vorliegt oder eine Darlehensmithaftung? Schön de lege artis gelöst. Lt. FAZ wird über die Kosten der Justiz nachgedacht. Schlanker Staat? Wenn Richtern erklärt würde, was Telefone sind und was nicht - Aktenbeschwerer - würden 50% der Kosten erspart. Aber unser Führer hat Dienstzeiten für Richter abgeschafft, deshalb wird Telefonpflicht nicht durchsetzbar sein. Die Servicenummer 115: die Mitarbeiter brauchen eine juristische Ausbildung. Wo bekomme ich eine Baugenehmigung, Gaststättenkonzession....? Starker Staat - der Bundespräsident meint in seiner letzten Rede, der wär noch nicht stark genug - soweit ich mich erinnere wurde bei der Online-Durchsuchung und Cicero das Gegenteil beklagt. Josef Ackermann hat § 87 II AktG zu spüren bekommen. Nur 1,4 Millionen Jahresgehalt - das wird eng.

BGH IX ZR 36/08: Der Gerichtsvollzieher beschädigt bei einem vorläufig vollstreckbaren Räumungstitel ein paar Dinge des Mieters. Haftet der Vermieter aus § 717 II ZPO oder § 831? Der Eifelsteig beschäftigt die Gerichte. Rechtsgrundlage? Landesplanungsgesetz. Darf ein Privatgrundstück einbezogen und mit Schildern versehen werden? OVG Koblenz nein, Werbung ist aber zulässig. Am 18.3. wurden im Zweiten in Düsseldorf und im Ersten im Saarland das MoMiG und die Novelle zum FGG geprüft - das war wohl Gedankenübertragung. OB Schramma kümmert sich jetzt höchstpersönlich um den U-Bahnbau und wie ein Tatortkommissar um die Aufklärung des Stadtarchivunglücks. Darf er das? Sind das laufende Angelegenheiten - Gefahrenabwehr - Dienstaufsicht? Frau Dr. Merkel wird gerügt, weil sie sich bei Anne Will als Staatsoberhaupt bezeichnet hat - wohl im Zusammenhang mit der Kritik am Heiligen Stuhl. Der Begriff steht nicht im GG. Völkerrechtlich ist sie das nicht - Art. 59 I GG - der Heilige Stuhl ist aber kein Staat sondern ein Völkerrechtssubjekt eigener Art. Politisch aber - Art. 58 GG. Und innerstaatlich? Der Bundestag? Parlamentarische Demokratie oder gefühlte Kanzlerdemokratie? Abu Dhabi steigt per Kapitalerhöhung bei Daimler ein. Das ist etwas seltsam. Inhaltlich ist das ein Anteils- bzw. sogar ein Unternehmenskauf - due diligence und closing wurde alles gemacht - nach außen wird das aber als Kapitalerhöhung verkauft. Darf der Vorstand so was überhaupt? Muss nicht jeder eine Chance kriegen, bei einer Kapitalerhöhung zuzuschlagen? Dürfte man Staatsfonds gesetzlich verhindern? Sharia bei Daimler. Obama hat jetzt verfassungsrechtliche Bauchschmerzen wegen 90% Bonussteuer. Am 24.3.1999 begannen die NATO-Kosovo-Luftangriffe. Humanitäre Intervention - hätte der Bundestag der faktischen Vertragsänderung des NATO-Status zustimmen müssen? Das BVerfG meinte noch zu rot-grünen Zeiten nein.

Sehr spannend und abweichend zum Mallorca-Mord-Fall BGH 4 StR 296/08 - hätte die Frau die Nerven behalten, wäre sie wohl nicht verurteilt worden. In der Prüfung Kreße/Müller/Dylla-Krebs am 20.3. kam als Vortrag OVG Münster 19 A 3665/06 Notbestattung: ein Toter wird im August schnell anonym beerdigt. Im Strafrecht Fritzl-Prozess (Dreitagesfrist, um Revision einzulegen, Wahrspruch, seltsame Geschworene) - kannte keiner - und Schwarzfahren. Im ÖR Bau des Kölner Rathauses - Weltkulturerbe und Magnus Gäfgen - EGMR, war auch unbekannt - Wahl des Bundespräsidenten. Im Zivilrecht gestörtes Gesamtschuldverhältnis. In der Parallelprüfung Henssler/??? kam GbR und § 28 HGB, BAG 9 AZR 294/06: Widerrufsvorbehalt im Arbeitsvertrag hinsichtlich des Dienstwagens. Im ÖR Kölner Rathausbau - Bürgerbegehren und Weltkulturerbe. - also Waldschlösschenbrücke-Dresden umgetopft. Im Strafrecht § 323 c ua... Eine Bonussteuer? Die FAZ meint, die ginge nicht. Es gibt doch Lenkungs- und Bestrafungssteuern. Zudem könnte man eine Art Fehlbelegungsabgabe erheben. Unternehmen, welche Boni verteilen, haben zu Unrecht die staatliche Unterstützung erhalten. Also no problem. Ist ein Richter des VGH NRW befangen, weil er ein Parteiamt in der SPD anstrebt? Und der Ersatzrichter, weil er sich an den Kommunalwahlen beteiligt? Reicht es, in der Sache befangen zu sein oder zu den beteiligten Parteien und liegt das hier vor? Denkt der Richter noch mit dem Kopf oder nur mit dem Ego/Geldbeutel/Bauch?

Opel sucht einen Investor - eine Heuschrecke, einen Autobauer oder was? Würden Sie da einsteigen, solange es § 613 a gibt, die IG Metall das Sagen hat und die Arbeitnehmer die Sperrminorität haben wollen? Da kann man sein Geld ja direkt gebündelt aus dem Fenster werfen. Die große Stunde des Bundesrates und daher des Vermittlungsausschusses

soll beim HRE-Rettungs-Einzelfallgesetz schlagen. Ist das ein Zustimmungsgesetz? Darf der Vermittlungsausschuss eigene Vorschläge einbringen? Herr Seehofer spricht gegenüber der SPD eine Talaq-Scheidung aus. Ich verstoße Dich. Er hat es nur noch nicht drei Mal gesagt. Angeblicher Bruch des Koalitionsvertrages. Ist das justiziabel? Vielleicht erwartet er, dass die SPD-Minister Rücktrittsgesuche an seine Privatadresse schicken. Soll vorgekommen sein.

Das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz schwimmt, quakt und fliegt wie ein Einzelfallenteignungsgesetz für HRE, will aber nicht so genannt werden. Sind die Bedenken begründet? Wegfall der Stichwahl der Bürgermeister. Vergleich mit der Bundeskanzler- und Bundespräsidentenwahl - 3 Wahlgänge. Verlangt eine demokratische Wahl bei Personenwahlen mindestens zwei Wahlgänge? Homogenitätsprinzip? Unterschied Bürgermeister und Kanzler/in? Wer kann mir kleinen Frau mehr und öfter weh tun?

In der Prüfung am 19.3. Sachs/Rosenberger/? kam zum ersten Mal (nein, zum zweiten Mal, ich erinnere mich an einen 2008) ein arbeitsrechtlicher Fall - BAG 2 AZR 984/06, dem Busfahrer wird die interne Betriebserlaubnis entzogen, weil er u.a. einen Traktor rechts überholt hat und nicht zum ersten Mal, und dann wird ihm wegen der fehlenden Betriebserlaubnis gekündigt. Im Zivilrecht wusste keiner, wie ein Grundbuchauszug aussieht. Im Strafrecht kam die Sprache auf das Stachinsky-Urteil. Im ÖR: kennen Sie das VGH-Urteil zur vorgezogenen Kommunalwahl? Kannte keiner. Jetzt wollen Parteien klagen - FAZ vom Prüfungstag - auch zur Stichwahl der Bürgermeister. In der Parallelprüfung Waldhoff pp. kam die Bankenenteignung, Art. 12 bei der Altersgrenze der Bürgermeister, im Zivilrecht die Grundbuchfähigkeit der GbR - der Prüfer war not amused, dass das keiner kannte - und der Hengst Locarno - Pferd gegen Fahrstunden. Im Strafrecht die Januar Klausur. Fraktionen rauf und runter bei Prof. Sachs. In seiner Prüfung 4 Kandidaten, 43 auf 109, 40 ca. auf 80 ca. und zwei Ausreichend (Vortragsnoten da 2 und 3 Punkte). Das Rettungsübernahmegesetz: kann der Staat die Entschädigung der Aktionäre ablehnen, da deren Aktien ohnehin ohne die Rettungsaktion nichts mehr wert wären? Ist das ein Fall des Art. 14 III GG? Wie würden Sie ein Gesetz formulieren und gestalten? Was kommt an den Anfang, was an den Schluss? Abstrakt oder konkret formuliert? Wieviele Sätze pro Paragraph? Welche gute Vorlagen könnte man abkupfern? AIG zahlt mit Billigung des US-Finanzministers hohe Boni. Pacta sunt servanda - inconscionability (können Sie das aussprechen? Ich kann das kaum schreiben) - doctrine of change in underlying assumptions - Aufrechnung mit Schadensersatzansprüchen, Anfechtung und die Option des Nachverhandelns sind zu diskutieren, meint die SZ. Sterilität sei keine Krankheit - sagt die Superrevisionsinstanz Karlsruhe. Ich habe mal einen Medizinstudenten vertreten, der durchs Physikum gefallen war. Erste Frage: was ist Krankheit? Ein Mediziner sagte mir mal am vierten Loch, es gäbe keine Gesunden, nur Kranke, die das noch nicht wüsten. Ein Schöffe erscheint nicht zum Verhandlungstermin. Das Gericht setzt ein Ordnungsgeld fest. Er schreibt er habe das Geld nicht, er wolle die 8 Tage lieber absitzen. Das Gericht wertet dieses Schreiben als Beschwerde. Wie würden Sie entscheiden?

Effektivgarantieklausel - einfache und qualifizierte Differenzierungsklauseln - BAG 4 AZR 64/08. BGH VI ZR 28/08: zwei Ärztinnen im Praktikum machen dieses in Südafrika und mieten sich zusammen ein Auto. A fährt auf der rechten Seite, da sie vergessen hat, dass man da links fährt. B ist verletzt. Deutsches Recht? GbR? § 277? Der Vater begattet die Gesellschafterin, welche den Vorerben vor der Haustür unentgeltlich verwahrt. Aber im Straßenverkehr? Konkulderter Haftungsausschluss? Die 17köpfige Große Kammer in Straßburg hat sich mit dem Anwalt von Magnus Gäfgen über The Fruit of the Poisonous Tree Doctrine und die Heilungsmöglichkeiten z.B. durch ein drittes Geständnis im Gerichtssaal unterhalten. Ich glaube, das Urteil hält. Der Vertreter der BRD meinte, die Individualbeschwerde sei unzulässig, weil in der Verfassungsbeschwerde auf diesen Punkt nicht hingewiesen worden sei. Na ja. Die Uni Bonn will dem Professor aus Hannover, der Dokortitel verkauft hat, seinen eigenen nicht wegnehmen - es gäbe keine Rechtsgrundlage. Das Hochschulgesetz sagt nur etwas zur Rücknahme von Berufungen. Also § 49 VwVfG? Wenn man Thomas Mann in Bonn den Dokortitel wegnehmen konnte, wird das doch wohl auch gehen. Herr Steinbrück vergleicht die Schweiz mit Indianern, denen man die Waffen zeigen müsste. Retorsion oder Repressalie als Antwort der Schweiz? Darf man den deutschen Botschafter jetzt an den Marterpfahl stellen? Das Wiener Diplomatenübereinkommen ist retorsions- und repressalienfest. Was wäre, wenn Tim K. überlebt hätte? U-Haft? §§ 71 ff. JGG.

In der Prüfung Bönders/Bellin/Sachs am 13.3. kam als Vortrag BGH JuS 08 S. 276 = V ZR 5/07. Aus 57 wurden 98 aus 53 85 der Rest befriedigend und ausreichend. Der BGH hat die Madoff-Problematik entschieden. Welcher Zeitpunkt ist für den Schadenseintritt entscheidend? 1 StR 731/08. Wie gründet man eine (Opel) AG? 3 Milliarden Kreditbürgschaften des Bundes, 3 Milliarden Sacheinlagen GM plus Lohnverzicht. Das AktG hat sich das, glaube ich, nicht so vorgestellt. Greift das Umwandlungsgesetz? Die Zulieferer von Opel verlangen jetzt angeblich Vorkasse. Ist das bei laufenden Verträgen zulässig? Die SZ schreibt zum Vater von Tim K. und § 60 StGB. Hätte man das Verfahren Zumwinkel wieder neu aufrollen können, wenn ein Strafbefehl ergangen wäre? § 373 a StPO. Kann die Bewährungsauflage wegen der verschwiegenen 20 Millionen Pensionsabfindung abgeändert werden? § 56 e StGB? Die Vorschrift ist eine Dame ohne Oberleib - keine Tatbestandsvoraussetzungen. Also Meldepflicht vormittags in Hamburg und nachmittags in Rostock?

Frau Merkel schlägt eine verdachtslose Wohnungsbesichtigung bei Waffenträgern vor. Ist das mit Art. 13 VII GG vereinbar? Auch gegen den neuen Kommunalwahltermin am 30.8. wird nun vor dem VGH geklagt. Einrede der Rechtskraft? Hat nicht das "erste" Urteil geklärt, dass die alte Rechtslage weiter gilt? Die FAZ schreibt zum Outsourcing der Gesetzgebung an Anwaltskanzleien. Und zum Problem der Parteispenden durch Unternehmen, die der Staat unter seinen Rettungsschirm geholt hat. Was macht nun der Vermieter, dessen starre Renovierungsklauseln nichtig sind? Mieterhöhung geht nicht - BGH VIII ZR 118/07 - Wegfall der Geschäftsgrundlage? Warum brennt es bei der HRE an? Weil die BAFIN gezwungen ist, ein Moratorium zu verhängen, wenn das Fremdkapital das Eigenkapital übersteigt - der Stichtag soll der 31.3. sein. Mr. Flowers - ein Ankerinvestor - will den Einstieg des Staates durch ein Nein gegen eine Kapitalerhöhung verhindern - also doch Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren? Und das will man ihm nehmen. Am 18.3.

verhandelt die Große Kammer beim EGMR Magnus Gäfgen. Er meint, er würde da gewinnen. Selbst wenn, welche Folge hätte das? Vollstreckungsmodell? Freispruch plus Entschuldigung und Entschädigung? Darf der EGMR das vorschreiben? Ein Blick in die EMRK hilft bei der Rechtsfindung. Der Verteidiger des Klatten-Erpressers hatte Revision eingelegt. Der Angeklagte hat die zurückgenommen. Geht das?

In der Prüfung Sachs/Bönders/? am 13.3. wurde nach dem 15jährigen Jubiläum der Abschaffung des § 175 StGB gefragt. Was der Unterschied zwischen Männern und Frauen da sei. Ein Kandidat: die Handlungen seien anders. Dafür müsste eigentlich Vergnügungssteuer anfallen. Lesben waren nicht strafbar, da man sie notfalls mit Gewalt überzeugen konnte, Kinder für die Streitkräfte zu zeugen. Und die vorgezogene Kommunalwahl - Art. 69 LV-NRW. Im Strafrecht: § 299 und § 266 des Arztes, der Kickbacks von Pharmaunternehmen bekommt und BVerfG zu § 113 - die Waffe. Im Zivilrecht die Haftungsverfassung der GbR. Als Vortrag: die Prinzipien im Sachenrecht und als Fall § 894. In der Parallelprüfung ein JuS-Aufsatz., die Föderalismusreform, ein Untermietfall, die Enthaltungen im Bundesrat. Im Fritzl-Prozess entscheiden 8 Geschworene und 3 Berufsrichter, wobei die letzteren nur über das Strafmaß entscheiden dürfen. In den USA sind Geschworene Gehilfen des Richters, bei uns sind Schöffen vollwertige Richter - in der Hauptverhandlung. Sonst werden die nicht gefragt. Die Opfer müssen nicht vor Gericht aussagen - § 255 a StPO? Der EuGH muss in Sachen Apostolides / Orams prüfen, ob ein zyprisches Urteil gegen Engländer in England vollstreckt werden kann. Am 18.3. entscheidet der BGH über die Drei-Jahres-Begrenzung im Ehegattenunterhalt. Ich bin gespannt. Die Kassenärzte sind über die Honorarreform empört, da die keine Verbesserung sondern eine Verschlechterung verursacht habe. Art. 14 GG? Bruch einer Zusage der Regierung?

Strafbarkeit, wenn jemand sich eine Domain vollautomatisch reservieren lässt und nicht bezahlen will? Nein, OLG Stuttgart 2 Ss 155/08: weder § 262 noch § 263a noch § 265 a. Gilt § 265 ZPO im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren? Nein, aber § 613 a wirkt auch prozessual, BAG 1 ABR 75/07. Das OLG musste sich dem BGH beugen. Wenn ein städtischer Kulturdezernent meint, einem amerikanischen Dirigent steuerliche Ratschläge geben zu müssen, die grottenfalsch sind, wird das teuer - OLG Köln 20 U 128/05. - trotz § 675 II - IPR? Deutsches Recht? Herr Zumwinkel hat bei seiner Verhandlung 20 Millionen Abfindung von der Postbank nicht angegeben. Falschaussage? Wahrheitspflicht des Angeklagten? Arg. e contrario § 111 OWiG. Anfechtbarkeit des Rechtsmittelverzichts durch die StA? Wiederaufnahmegrund nach § 362 StPO? Nun wurde seine Burg am Gardasee wegen der Telekomspitzeaffäre durchsucht - dürfen deutsche Polizeibeamte in der ganzen Welt durchsuchen? Der Shareholder Value soll der Vergangenheit angehören, meint irgendein Finanzexperte in allen Zeitungen - s. BGH ARAG/Garmbeck NJW 1997 S. 3275. Stehen tut der eigentlich nirgendwo.

In der Prüfung Roth pp. (3 Männer=Prüfer) leiteten zwei den Vortrag ein "Sehr geehrte Damen und Herren" - die Prüfer guckten etwas komisch. Da alle Kandidaten in Köln studiert hatten, warb Prof. Roth damit, dass Grundschuldrecht in Bonn aber nicht in Köln gelesen werde - war sicherlich ein Scherz. Hier noch die Noten: aus 38 wurden 77, aus 54 102, aus 36 60, aus 43 85, aus 29 42 und aus 21 n.b.. Vortragsnoten 9 9 6 10 3 und unbekannt. Was sind Katalogangaben? Nach BGH VIII ZR 32/08 keine AGBs - beißt sich das nicht mit § 434 BGB? Die Werbung gehört doch zum Vertragsinhalt. In beiden Prüfungen am 11.3. wurde in der Zivilrechtsprüfung an den Vortrag angeknüpft. Ein Mal, zivilrechtlicher Regress des Vermieters beim Mieter der vermüllten Wohnung und dann eben Gesamtschuld rauf und runter. Vielleicht sollte man bei seinem Entspannungsspaziergang nach dem Vortrag daran denken. Wie umschiffst man das Verbot der Eigenbedarfskündigung nach Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung gemäß § 577 a? Durch ein Au-Pair-Mädchen - BGH VIII ZR 127/08. FAZ: ist ein Bürgerbegehren gegen ein Bordell möglich? § 26 GO - gegen die Baugenehmigung - gegen die Gaststättenkonzession? Falls die nur alkoholfreies ausschenken, hat man ein Problem. Der Amokläufer hatte eine Menge Softair-Waffen zuhause. Sind das Waffen im Sinne des StGB? Geht eine Verurteilung des Vaters wegen OWi nach dem WaffenG und § 222? Ne bis in idem? Ein Blick ins OWiG hilft bei der Rechtsfindung. Gilt ne bis in idem überhaupt im Verhältnis OWiG und Strafrecht? § 21, 84 OWiG. Die FAZ schreibt was zu NRW und Preußen. Bonn war von 1815 - 1947 preußisch. Unser geliebter Führer hat zwar alle anderen Länder gleichgeschaltet aber nicht Preußen, da Göring gerne gefühlter Nachfolger Bismarcks werden wollte.

Statt Referentenentwürfe gibt es neuerdings Anwaltsgesetzesentwürfe - ziemlich preiswert. Ist das ein Eingriff in meinen Art. 12 GG, denn diese Kollegen werden jetzt die Mandanten bekommen, die aufgrund dieses Gesetzes klagen wollen? Und wie ist es mit der Lobby, die vor der Tür bleiben muss? In der Prüfung Busche/Morlok/Ruby am 11.3. kam im Zivilrecht Leasing intensiv, im ÖR Wahlen-Grundkenntnisse, im Strafrecht StPO und ein kleiner Diebstahlsfall. Vortragsnoten 7 14 13 7 und 7. Endnoten 49, 106, 90 plus sowie 104 und 59. Ein paar Quizfragen: Was ist funktionale Selbstverwaltung (das kann man in der Praxis gut gebrauchen) - woher stammt die Volkssouveränität und in welcher Verfassung stand sie zuerst? Soll man da mit dem alten Griechenland anfangen, den Engländern, Amerikanern oder Weimar? In der Prüfung Linden/Roth/Thomer am 11.3. kam als ÖR-Vortrag: der Vermieter wird als Störer in Anspruch genommen, weil der Mieter eine vermüllte Wohnung hat. Zusatzfrage: wie sollte der Innenregress mehrerer Störer gesetzlich geregelt werden? Im Zivilrecht dann Gesamtschuld (warum wohl?) und Gesamthandsschuld im Mietrecht/Arbeitsrecht/GeR. Im ÖR zwei Protokollfälle, im Strafrecht wird der alten Dame die Handtasche aus der Hand gerissen. Ist ein Taschenmesser eine Waffe? Ein Kandidat: jeder Mann hat ein Taschenmesser dabei - ein Prüfer: dann legen wir jetzt mal alle unsere Taschenmesser auf den Tisch, was sehr zur Aufhellung der Stimmung beitrug. Es wurde sehr gelobt, dass ein Kandidat am Gesetz arbeitete und selbständig argumentierte. Im Zweiten am 11.3. kam im Strafrecht die Februar-JuS-Besprechung zum Richtervorbehalt bei § 81 a StPO. Im ÖR die VGH-Entscheidung zur vorgezogenen Kommunalwahl, hübsch am Gesetz lang. im Zivilrecht Arbeitsrecht und Sozialrecht, als Vortrag: der Rechtspfleger ersteigert das Zwangsversteigerungsobjekt selber, nachdem er das Verfahren formell abgegeben hat - was kann man als Anwalt dagegen machen? Was ist eine eingeschränkte Insolvenz? Insolvenz als Restrukturierungsmodell ohne Änderung der InSO? § 226 - Obstruktionsverbot? Man will wohl die Rechte der Gläubiger

beschneiden. Restrukturierung geht nur, wenn § 613 a weggeschossen wird - das verhindert aber der EuGH. Katzenklappe: Outsourcing - das ist mitbestimmungs- und 613 a frei. Mitarbeiter von Opel wollen das Unternehmen haben - § 25 HGB ist nicht anwendbar, so dass sie schuldenfrei durchstarten können - ohne Patente ist das allerdings aussichtslos. Jetzt weiß ich auch nicht weiter. Die Sozialgerichte, die Kranken- und Pflegeversicherungen und Rollstühle und Windeln für Erwachsene. Eine grauenvolle Geschichte - das BVerfG hat das jetzt hoffentlich beendet. "Tolle Halzband" - haftet der Inhaber des Ebay-Accounts für seine Ehefrau? BGH I ZR 114/06. Wie wirkt sich das aufs Strafrecht aus oder sonstiges Zivilrecht? Der Amoklauf: ist der Vater wegen § 222 zu verurteilen, weil sein Sohn Zugang zu den Waffen plus Munition hatte?

In der Prüfung Kindhäuser/Göbel/Eschweiler am 10.3. wurde gefragt, ob eine Frau sich nach § 211 strafbar machen kann, da trotz der geschlechtsneutralen Neuformulierungen im 6. StrRefG § 211 nicht geändert worden sei. Und es wurde nach Milosevic gefragt, weil der sich selber verteidigt hat. Im Strafrechtsvortrag kam der Überfall auf einen Autofahrer mit ungeladener Waffe, das Opfer wird dann stundenlang im Kofferraum durch die Gegend gefahren. Im ÖR Gesetzgebungsverfahren, im Zivilrecht Mietrecht und § 647. Arbeitsgerichtliche Abfindungen sind auf das ALG II anzurechnen - BSG 3.3.09 B 4 AS 47/08 R. Bundespräsident Köhler ist selber Mitglied der Bundesversammlung. Bedenken? Die Abwandlung des Backofenfalles - EuGH C-489/07: muss für ein im Internet gekauftes gebrauchtes Notebook Nutzungsentschädigung gezahlt werden? Ist ein Neu- bzw. Gebrauchtwagen mit 19 Monaten Standzeit mangelhaft? Welche Alternative des § 434 könnte hier eingreifen? BGH VIII ZR 34/08. Sparpaket bei Ford und Kompromiss bei Opel: Lohnverzicht gegen Arbeitsplatzgarantie? Das erinnert an das berühmte Burda-Urteil des BAG aus 1999. "Äpfel und Birnen" - Günstigkeitsprinzip? Sachgruppenvergleich? Was ist der Unterschied zwischen dem Diebstahl von 1,30 € und dem Hirtenfladen-Brotaufstrich-Fall in der Bäckerei? Alle Zeitungen schreiben über das 10jährige Jubiläum der Fahnenflucht Oskar Lafontaines - Rücktritt als Minister, vom Parteivorsitz, als MdB - was heißt das rechtlich jeweils eigentlich?

Muss ein Mieter, der wegen Mängeln die Miete mindert, eine Kündigung befürchten? BGH VIII ZR 36/08. Ein 18-jähriger erscheint mit seiner Mutter auf einer Polizeiwache und erklärt, er habe die Leiche von Michelle beseitigt. Was sollten die Beamten jetzt beachten? Sofort zum Richter wegen § 254 StPO - jeder Verteidiger, der ihn in die Finger bekommt, wird für den Widerruf des Geständnisses sorgen. Wie hat die Belehrung nach § 136 StPO auszusehen? DNA-Probe? Hausdurchsuchung? Bei Opel geht es jetzt nicht mehr um Kurzarbeit sondern um Lohnverzicht. Wie macht man das rechtlich? Änderungsvertrag/Tarifvertrag/Betriebsvereinbarung (?)/ Änderungskündigung? Wobei die Kraft des Faktischen stärker ist. Wenn man gesagt bekommt, entweder ab morgen Lohnverzicht oder Insolvenz, interessiert sich keiner mehr für Jura.

Der THW Kiel soll Schiedsrichter bestochen und den Champions League Sieg erkaufte haben. § 299? § 266? § 263 am Zuschauer? Am 5.3. in der Prüfung Dabitz/Bassewitz/Morlok kam im Zivilrecht eine Dezemberklausur, im Strafrecht ein Protokollfall, im ÖR die vorgezogenen Kommunalwahlen in NRW - zu Vortrag habe ich bisher keine präzisen Auskünfte = Strafrecht, ein bekannter Fall zum Raub und Scheinwaffe. Ein italienischer Sektenführer nimmt über ein Sektenmitglied reiche Frauen aus. Mittelbarer Täter oder nur Anstifter? Hehlerei, wenn der Gläubiger das Geld bei ihm abliefern? Wie bei einem Auftragsbetrug? Anders ausgedrückt: Sgarbi / Klatten. Die InsO: man sollte sich mit den Begriffen der Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit beschäftigen. Was ist das, wie stellt man die fest?

Der Bonner Express regt sich darüber auf, dass ein Bonner Professor beim VG Köln gegen die Pflingstkirme 2008 in Niederkassel-Mondorf gewonnen habe. Dadurch sei die Kirme 2009 hinfällig. Begründung des Gerichts: die Kirme habe gegen die Freizeitlärm-Richtlinie des Düsseldorfer Ministeriums verstoßen. Ist das eine ausreichende Rechtsgrundlage? Gilt hier nicht die Rechtsprechung zu TA-Lärm? Stimmt das jetzt, dass das Urteil zu 2008 die Pflingsten 2009 verhindert? Rechtsgrundlage für eine Kirme? § 8 II GO - GewO? Die Kirme sei als "Volksfest" festgesetzt worden - unter dem Stichwort würde ich jetzt suchen und § 158 III LImSchG finden. Das VG Münster hält ein Bürgerbegehren für die Schaffung einer Beigeordnetenstelle für zulässig - § 26 GO - keine interne Organisationsfrage. Darf eine Bezirksvertretung (was ist das?) vor der Scientology-Filiale in Berlin eine warnende Litfasssäule hinstellen? VG Berlin meint nein. Die Hamburger Staatsanwaltschaft sei für die Piraten zuständig. Passt § 10 StPO? Die hätte nun von Strafverfolgung abgesehen. § 153 c StPO? Bei einem MdB sind wegen Verdachts der Kinderpornographie SMS und MMS beschlagnahmt worden. § 94 ff. oder § 100 a StPO? Können Managergehälter herabgesetzt werden? Die Banken wollen ihr Vergütungssystem ändern. Wenn es AN sind - Änderungskündigung? Und wenn nicht? § 313 BGB?

In einer Prüfung am 5.3. kamen noch mal die Fragen nach den Namen der Bundespräsidenten und was die vorher beruflich gemacht hätten. Im Zweiten in Hamburg kam am 6.3. der Wahlcomputer sowie die Festnahme der Piraten - u.a.. Das Sanierungskonzept von Opel besteht in einer Massenentlassung als Mittel des Kostenparens - das kann die Regierung im Wahljahr natürlich nicht noch fördern. Die Insolvenz soll jetzt das krebshelende Wundermittel sein. Warum? Vorteile? Nachteile? Der Verwalter kann aus Verträgen ausbrechen. Er nimmt den (unfähigen) Geschäftsführern die Verwaltung weg. Er ficht Geschäfte an, holt also getätigte Ausgaben zurück, was Normalmenschen nicht möglich ist. Andererseits zerschlägt er, obwohl die InsO ja die Sanierung will. § 25 HGB gilt nicht - § 613 a BGB aber doch. Gilt die InsO staatenübergreifend? IPR im Verhältnis zu den USA? Das eigentliche Ziel ist wohl, die durch GM an die US-Regierung verpfändeten Patente zurückzuholen. Der Anwalt, der Opel bekommt, kann sich danach in die Karibik zurückziehen. Ist das Betrug, wenn ein Chatroom zwecks Knüpfung von Liebeskontakten die Leute veralbert und nur zu vielen, teuren SMS motivieren will?

§ 363 schlägt § 476 jedenfalls bei einem Maserati Quattroporte: BGH VIII ZR 274/07 - sehr spannend. Ist Opel

systemrelevant? Davon soll die Regierungshilfe abhängen - u.a.. Ist das ein zulässiges rechtliches Kriterium? Unterschied zwischen der öR-Hilfe des Einstiegs als Miteigentümer oder der pr Hilfe der Bürgerschaft? Man bleibt Herr im eigenen Haus bei einer Bürgerschaft. Darf der Bund eine Schuldenbremse bei den Ländern einführen? Wo steht die Haushaltsautonomie der Länder? Fällt das unter Art. 79 III GG? Piraten: AA und BMI streiten sich - wo sollen die gefangenen Piraten hin? Dürfen wir überhaupt einen bilateralen Vertrag mit Aufnahmestaaten machen oder hat die EU nicht die alleinige Außenkompetenz? Ist die Zwangsmitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft euorarechtmäßig und verfassungsmäßig? Der EuGH C-350/07, der sich nun auch feste in unser Sozialrecht einmischt, meint ja. Jakob Fugger wird 550. Seine Familie ist Vorbild für die OHG. Sind die Fugger-Wohnungen in Augsburg - 88 Cent Jahresmiete für Augsburger Bürger mit gutem Leumund - europarechtmäßig? In Heinsberg findet eine Demo mit Kindern und allen, die das als Volksfest ansehen, vor dem Haus des Sexualtäters statt - das ist einfach nur widerlich. Der Innenminister - es ist ja Wahlkampf - meint, die Entscheidung des Landrates sei "vertretbar", deshalb könne er nichts machen. Richtig? § 9 OBG? Oder örtliche Selbstverwaltungsangelegenheit? Die Rügeverkümmerung ist auch schlimm. Die zwei Bastionen des Angeklagten gegen die Staatsmacht im Strafverfahren sind die Beweisvorschriften und die Form - also § 274 StPO. Da tun sich Richter, Staatsanwalt und Protokollant Monate nach dem Fehler zusammen und schwören Stein und Bein, der Anklagesatz sei verlesen worden. Das kann wegen des menschlichen Gedächtnisses schon mal nicht sein. Wenn ich so was nach Monaten beschwören würde, bekäme ich ein Verfahren wegen falscher Versicherung an Eides Statt an den Hals. Die Justiz hat jetzt einen Tintenkiller für Formfehler.

Darf einem Arbeitnehmer wegen Erreichens des Rentenalters gekündigt werden? § 41 SGB V und EuGH C-388/07. 1985 gab es 47.000 Anwälte (da war man noch unter sich), jetzt ist die 150.000 Marke überschritten worden. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Rütten/Lehmeler am 4.3. kam im Strafrecht etwas StPO und ein Diebstahl von 1,30 € und dann zwanzig Minuten Arbeitsrecht (in der Strafrechtsprüfung). Im Zivilrecht der Unterschied Rückgabe einer Mietwohnung und Herausgabe nach § 985 sowie § 647. Im ÖR die Beerdigung im falschen Grab. In Düsseldorf in der Parallelprüfung kam Althaus und ne bis in idem und Schengen, sowie zwei Examensklausuren. In der Prüfung Doleischv./Dolsperg/Zeppenfeld/Pabst am 4.3. wurden aus 31 60, aus 77 141, aus 43 95, aus 31 61 und aus 24 44 Punkte. Vortrag: Muss eine Versicherung gegen Entwendung = Diebstahl/Raub/Unterschlagung zahlen, wenn das Motorrad an einen Interessenten zur Probefahrt gegeben wird, der in Sichtweite bleiben soll, sein eigenes Motorrad da läßt und dann verschwindet? Zwei Probleme: Berug statt Entwendung und grobe Fahrlässigkeit? Zweite Frage: Obliegenheiten, Naturalobligationen und Beispiele - wenn man mit Naturobligationen nichts anfangen kann, ist das natürlich übel. Im Strafrecht Zumwinkel und Deals, Im ÖR die Warnung des Landrats von Heinsberg und Wahlcomputer, im Zivilrecht § 864 II BGB analog und der Minderjährige fährt schwarz, obwohl er von den Eltern Fahrgeld bekommen hat. Der Große Senat des BGH hat das Verbot der Rügeverkümmerung gekippt und 5 von 8 BVerRichtern sehen das auch so. Ich habe das Wort jetzt auch zum ersten Mal gelesen. BGH V ZR 26/08: eine Gemeinde verkauft ein Grundstück und vereinbart mit der Käuferin, dass diese die Erschließungskosten zu tragen habe und kassiert die auch - es gibt aber keine Erschließungssatzung - wie wirkt sich das Fehlen auf den Vertrag aus? Nichtigkeit? In der Prüfung v.Wnuck-Lipinski/Baxpehler und Zieschang am 25.2. wurden aus 71 103, aus 20 40, aus 20 ausr., aus weiteren 20 auch ausr. aus 39 66 Punkte und aus 18 n.b. - altes Recht. Die Examensklausur im Dezember 08 - § 16AbgG wurde geprüft, war den Kandidaten unbekannt. Im Zivilrecht die falsche Todesanzeige - nach Meinung des Prüfers gäbe es kein Schmerzensgeld, da das allgemeine Persönlichkeitsrecht bei der Reform des § 253 II nicht rein genommen worden sei - wollte man also die bisherige Rechtslage verschlechtern? Doch wohl kaum. Im Strafrecht kein richtiger Fall sondern nur grundsätzliches zu Beleidigungsdelikten und AT. Wenn Prüfer ein Buch geschrieben haben, sollte man das lesen. Ist MP Althaus vorbestraft? §§ 53, 54 BZRegG? Was hat "Vorbestraftsein" für Rechtsfolgen in den denkbaren Rechtsgebieten? Muss die deutsche zuständige Staatsanwaltschaft die Anwendung toten Rechts in Österreich hinnehmen - act of state doctrine? Mal unterstellt, das war totes Recht. Wir hätten das nach § 408 a StPO gemacht. Wer bezahlt den Schaden am Stadtarchiv in Köln - es soll eine Versicherung über 30 Millionen bestehen. Die KVB (Eigenbetrieb/Regiebetrieb/Amt/Anstalt/GmbH?), also letztendlich die Stadt Köln, hat an ihrem eigenen Eigentum Schaden angerichtet - muss das die Versicherung bezahlen - Kaskoversicherung? Bekommt jemand Schmerzensgeld, der seinen Laptop mit privaten Dateien verloren hat - zudem was man privat so hat, Hausschlüssel, Portemonnaie mit der ganzen Rennerei zu Ämtern als Folge? Der Missbrauch der Abwrackprämie - sie wird kassiert und dann wird das Auto weiterverkauft - ist § 263 StGB hierfür zuständig - Vermögensschaden beim Staat? Annie Leibovitz hat ihre künftigen Fotografien gegen einen hohen Kredit sicherungsübereignet - wäre das bei uns möglich - § 311 b II? Der IStGH hat gegen einen amtierenden Staatspräsidenten Haftbefehl erlassen, obwohl der Sudan nicht beigetreten ist, aufgrund einer UN-Sicherheitsrat-Entscheidung. Ist ein Dieselfahrzeug mangelhaft, wenn der Rußfilter bei Kurzfahrten verstopft und das ist bei Dieselfahrzeugen angeblich üblich? Mit welchen Autos sind diese zu vergleichen? BGH VIII ZR 160/08. Der Landrat in Heinsberg wird von seinen Bürgern gelobt - er sollte ein Strafverfahren bekommen - ich kann mir die Hetzjagd gegen die Verwandten des Sexualtäters gut vorstellen - die Bemerkungen beim Bäcker, wenn sie da überhaupt noch bedient werden. Die müssen alle wegziehen. Staatliches Stalking.

Der Landrat des Kreises Heinsberg hat den Sexualtäter an den Pranger gestellt. Als untere Polizeibehörde (VersR/Strassenverkehr/Waffen/Strafverfolgung/Eilfall?) oder als Bürgermeister des Kreises? Die FAZ hat im Wissenschaftsteil einen witzigen Artikel über Wildes Recht und Eigentum. Wie haben die Spanier bei der Eroberung Südamerikas die Wegnahme des Landes der Indios rechtlich begründet und wie die Engländer? Die Spanier: die Indios hätten ja nicht widersprochen. Die Engländer hätten sich darüber nur schlapp gelacht und gesagt, die haben ja keinen Zaun drum gemacht - wichtig für die Besiedlung des Weltalls. - man steckt seinen claim ab. Die Römer hätten wie in § 965 BGB argumentiert - finden und an sich nehmen, finden allein reicht nicht. Wer die Macht hat, hat das Recht oder versteh ich da was falsch? Die ÖR-Klausuren aus dem Februar: zunächst die Cicero-Entscheidung 1 BvR 538/06, dann: Don Camillo läutet mit den Kirchenglocken gegen den Aufmarsch einer Partei an - Abwandlung: stilles Gebet vor der Kirche mit den Gläubigen dagegen - war alles schon im Mündlichen. In der Prüfung Rosenberger/Diesterheft/Horst am 26.2. wurden aus 28 49, aus 24 46, aus 32 69, aus 15 n.b. und aus 29 53 Endpunkte - altes Recht. Alte Protokollfälle

und alte Examensklausuren. Die Neufassung des § 107 GO soll nach Meinung eines Kölner Professors europarechtswidrig sein. Kann ich mir nicht vorstellen. MP Althaus hat wohl ein österreichisches beschleunigtes Verfahren bekommen. Ginge das nach deutschem Recht bei fahrlässiger Tötung? Fällt eine Skipiste unter § 315 oder § 315 c? Was, wenn alle Beteiligten einverständlich das beschleunigte Verfahren wählen und Rechtmittelverzicht erklären. Formenmißbrauch? Der deutschen Marine haben sich leider Gottes vor Somalia 9 Piraten ergeben. Gilt hier Habeas Corpus? Wenn ja, welcher Ermittlungsrichter ist zuständig? Bischof Williamson und § 130 StGB - hat er Vorsatz, wenn er sich damit rausredet, dass sein Wissensstand 20 Jahre alt wäre und er darauf aufbauend seine Äußerungen getan hat? 700 Jahre Exil der Päpste nach Avignon - 68 Jahre lang - urbi et orbi stimmte nicht mehr. Die Kardinäle hatten einen Franzosen gewählt.

In Heinsberg wird ein herzogener Sexualtäter an den Pranger gestellt - wir haben ja Kommunalwahl dieses Jahr. Der Zweck ist nicht die Warnung sondern, dass er weiterzieht. Ermächtigungsgrundlage? § 14 OBG? Das ist Aufforderung zur Lynchjustiz. Prof. Thüsing schreibt in der SZ gegen das 1,30 €-Urteil des LAG Berlin. Eine Verdachtskündigung sei eine personenbedingte und keine verhaltensbedingte Kündigung. Ein Chinese ersteigert den Rattenkopf aus der YSL-Versteigerung und weigert sich, zu bezahlen, damit die chinesische Regierung wieder Luft bekommt, über die Rückgabe zu verhandeln. Wie wäre der Fall strafrechtlich und zivilrechtlich bei uns zu lösen? Betrug? Unterstellt, der Rattenkopf steht dem "Chinesischen Volk" zu? Wie ist es mit dem Angebot von Monsieur Bergé, der Rattenkopf werde zurückgegeben, wenn Tibet die Unabhängigkeit bekomme - ein Staat für einen Rattenkopf? Strafbar? Prof. Benda ist gestorben. Wegen ihm sind die Pensionsregelungen geändert worden - man kann nicht mehr die Pension eines BVerfG-Präsidenten sowie Innenministers und Professors stereo bekommen. MP Althaus ist in Österreich wegen Skifahrens mit Todesfolge angeklagt worden. Dürfte er hier auch noch mal angeklagt werden? Gibt es bei uns auch die Möglichkeit, ohne Zwischenverfahren ins Hauptverfahren zu kommen? Opel: welche Möglichkeiten gibt es, denen Geld zukommen zu lassen? Bürgschaft, Kredit, weiche Enteignung durch Staatsbeteiligung als Aktionär oder ör durch VA/Vertrag/Zwei-Stufentheorie. Das BVerfG entscheidet über den Einsatz von Wahlzählcomputern. Ja aber soll wohl rauskommen.

Ungarn will EU-Hilfe. Die EU will nicht. Wenn doch, würde das gegen das WTO-Statut verstoßen? Die EG ist da Mitglied. Die Stadt Berlin prangert Restaurants auf ihrer Homepage an - Rechtsgrundlage? Darf in einem berühmten Wallfahrtsort das Wahrsagen auf dem Markplatz verboten werden? Noch mal zum 1,30 € Kassiererinnenfall. Die Dame will Verfassungsbeschwerde einlegen. Muss sie da nicht erst versuchen, doch noch zum BAG zu kommen? § 90 II 2 BVerfGG? Die FAZ vergleicht den Fall mit dem U-Bahn-Fahrer, der wegen privater heftiger Alkoholfahrt arbeitsrechtliche Probleme bekam. Was ist der Unterschied? Kann er argumentieren, ich habe nicht im Dienst getrunken und U-Bahn-fahren ist was anderes als Autofahren?

Wie macht der Staat eine zu lange Strafverfahrendauer gut, wenn der Angeklagte letztendlich freigesprochen wurde - das Vollstreckungsmodell geht hier ja nicht? EGMR 26073/03 - der Staat muss "anerkennen" und "wiedergutmachen" - also Aufopferungsanspruch. Strafbarkeit wenn gestohlene italienische Fahrzeuge als Doubletten in Deutschland eingeführt werden sollen und deshalb gefälschte Personalausweise und Papiere bei dem zuständigen Amt in Flensburg vorgelegt werden? BGH 3 StR 156/08 - aus dem Fall kann man drei Klausuren machen.

Februar: Noch mal zum Vermittlungsausschuss bei Einspruchsgesetzen - das ist tatsächlich grottenfalsch, dass der Bundesrat den da nicht anrufen darf - er muss sogar, um das Gesetz wenigstens vorläufig zu verhindern - ups. In der Prüfung Bönders/Küpper/Franz am 27.2. - altes Recht - hat die Kandidatin in der Wahlfachprüfung Zivilrechtsprüfung praktisch die Mitarbeit verweigert. Es kam ein Protokollfall und die Frage nach dem FG und der anstehenden Reform zum 1.9.2009 - davon hatte sie noch nichts gehört - sie fiel durch. Im Zivilrecht kam das Problem, ob Befristungen von Telefonkarten - hier aus dem Jahr 2001 - gültig seien (Urteil). Im Strafrecht StPO und allgemeiner Teil. Im ÖR ein Protokollfall - also mehr kann man Prüflingen nicht helfen wollen, als dass man Protokollfälle recycelt. Mit Kurzarbeit ist es bei Opel nicht getan - wie emanzipiert man sich ein bißchen vom Mutterkonzern aber doch nicht so ganz? Ich bin gespannt - vor allem ob es gerichtsfest ist, aus Konzernhaftungen zu fliehen. Bei Schaeffler heißt das jetzt nicht schütt-aus-hol-zurück sondern dept-in-equity-swap. Eine Art dauernder Sicherungsübereignung.

OLG Köln 20 U 175/06 vom 27.2.2009: nachdem der Senatsvorsitzende ein Trampolin ausprobiert hat, auf dem der 41-jährige Kläger durch einen mißglückten Salto eine Querschnittslähmung erlitt, erhielt letzterer 70% seines Schadens ersetzt. Nach §§ 128, 130, 160 HGB ist nun auch § 129 a a.F. auf die GbR analog anzuwenden - BGH II ZR 213/07. Das Thema ist zur Zeit die Kurzarbeit. Rechtsgrundlage? § 19 KSchG? Kann der AG einseitig Kurzarbeit anordnen? Darf eine Betriebsvereinbarung darüber geschlossen werden, wenn es einen Tarifvertrag gibt und was, wenn es keinen gibt? BAG 10.10.2006 1 ARZ 811/05. Rechtsgrundlage für Kurzarbeitergeld? SGB III. Frau Schwan ist gegen Opel und für Polen, soweit ich das überblicke. Damit macht man sich Freunde bei der SPD. Herr Thierse, der bisher juristisch trotz hochkarätiger Berater seltenst richtig lag (Pofalla-Affäre, Obmann-Neumann-Affäre, Hausverbot gegen SATI), belegt das 1,30 € Urteil des LAG mit den Vokabeln barbarisch und asozial. Da sollte eine Ermittlungsakte angelegt werden - aber er ist MdB - ist das ein Hindernis?

In der Prüfung in Düsseldorf am 25.2. Zieschang u.a. kam im ÖR die Examensklausur mit § 16 AbgG-NW, im Strafrecht nur Strukturen, im Zivilrecht ob wegen einer unberechtigten Todesanzeige aus Bosheit Schmerzensgeld verlangt werden könne und der Maler, der zwar eine GmbH ist aber nicht als solche rumläuft. Ein morgens um 7 in U-Haft genommener Steuerberater wird dort einer Darminspektion unterzogen - Rechtsbehelf? Rechtsgrundlage? BVerfG vom 26.2.2009 - guten Appetit. Der BGH - 1 BGs 20/09 - beschäftigt sich mit einem BT-Untersuchungsausschuss und da mit dem PUAG - ist ein Akteneinsichts Antrag wegen Einrede der Rechtshängigkeit - Organstreit vor dem BVerfG -

unzulässig? Wann liegt ein Beweisantrag nach § 17 PUAG und wann ein Sachantrag vor? Die Strafrechtsfebruarklausur: der erfolgreiche Trittbrettfahrer einer Entführung lässt sich von einem Spielbankmitarbeiter die Scheine in unverdächtiges Geld umtauschen. Nach einem gemeinsamen Juwelierüberfall und Teilung der Beute kauft der eine Mittäter dem anderen ein Schmuckstück ab, um es seiner Freundin zu schenken. Und § 160, wenn der Zeuge bösgläubig ist, der Anstifter geht aber von Gutgläubigkeit aus? Laut Generalanzeiger zeigen Polizeibeamte Gurtmuffeln Schockvideos - ist das zulässig? Das Bonner Tierheim will Tiere an ältere Menschen nur abgeben, wenn die Verwandte haben, die notfalls das Tier übernehmen. Verstoß gegen AGG? Prof. Depenheuer schreibt in der FAZ über Bundeswehreinätze - ein rückwärts gewandter Aufsatz - die Beschränkung der Bundeswehr auf Verteidigung will eigentlich keiner mehr. Was ist mit meinen Gewährleistungsrechten beim Autokauf bei Insolvenz von Opel? Meine Rechte gegen den Autohändler habe ich theoretisch - kann der die Nacherfüllung aber verweigern, wenn es den Produzenten nicht mehr gibt? Was ist mit den Garantien des Produzenten - sind die weg, wie Die Welt meint? Der Finder von Bianca Jagers Ring verklagt sie auf Finderlohn. Sie: er hat den Ring ja erst behalten und wollte dann erst Finder sein, da gibt es keinen Finderlohn - rechtlich richtig? Welches Recht findet Anwendung?

Die Kreditgeber der Familie Schaeffler wandeln ihre Darlehen in Eigenkapital um - sie sollten sich das Urteil IBH/Lemmertz (-werke in Königswinter) zum Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren ansehen sowie die Folgeurteile zur Frage der Heilung durch Umwandlung der verdeckten Sacheinlage in eine Geldeinlage. Wenn das schief geht, müssen sie die Einlage nachzahlen und bekommen für ihren Darlehensanspruch nur die Quote. Allerdings wird es hier wohl nicht um eine Kapitalerhöhung gehen sondern die Familie Schaeffler gibt ihre Anteile weiter - schütt-aus-hol-zurück analog? Die Einlagen sind ja schon erbracht worden. - dann doch eher nicht. In dem LAG-Berlin-Fall sind die Kollegen ohne Robe aufgetreten - damit macht man sich beliebt. Die Zeitungen berichten tendenziös - wenn ein AG so eine Kündigung nicht durchbekommt, klauen alle im Betrieb. Das Bienenstichurteil aus 1984 gilt noch immer. Es soll allerdings auch Arbeitsrichter geben, die Diebstahl im Betrieb für sozialadäquat halten - soll. Die FAZ berichtet über Whistleblowing - erinnert an die Arbeitsrechtsklausur aus dem Februar. Die Gehälter und Boni der Vorstände - wir sind wieder bei § 87 AktG unseres geliebten Führers - sind die deutschen Verhältnisse aus 1938 bei der Auslegung anzulegen oder doch die internationalen von heute? Der Achtlingsvater soll auf Unterhalt in Anspruch genommen werden - kann er Regress bei den Ärzten nehmen?

Gibt es ein Recht auf Irrtum? Darf man ungestraft nicht bestehende Ansprüche geltend machen? Wenigstens nach einer Plausibilitätskontrolle? BGH V ZR 133/08: beißt sich das mit BGH VIII ZR 246/06? Staatsbankrott (ich hoffe, ich werde das nicht als Schlagzeile auf Seite 1 der FAZ erleben) - darf eine Euro-Anleihe ausgegeben werden, um wackelnden EU-Staaten zu helfen? Was können EG und EU - noch sind sie ja getrennt, was aber nicht alle Zeitungen merken - machen? Art. 100 und 103 EG-Vertrag - die no-bail-out-Klausel. Steht unser GG dem entgegen - dürfen wir befreundeten Staaten finanziell unter die Arme greifen? So eine Art Care-Pakete? Darf Frau Dr. Merkel Opel und Schaeffler helfen? Art. 87 III b und c EG - R&U Leitlinien - Aktionsplan des Ecofin-Rates vom 12.10.2008, Bankenerklärung der Kommission einen Tag später, wer es ganz präzise wissen will, EuZW 2008 S. 714. Das LAG Berlin entscheidet, ob einer Kassiererinnen wegen 1,30 € Diebstahl gekündigt werden darf. "Ich fange doch nach 31 Jahren nicht an zu stehlen" sagt sie. Das ist ja gerade das Problem. Man geht davon aus, dass sie seit 31 Jahren jeden zweiten Tag was gestohlen hat. Verdachtskündigung? Ihr Anwalt meint, die würde gegen in dubio pro reo verstoßen - wo steht der Grundsatz - gilt er im Arbeitsrecht - wenn nein, warum nicht? Muss man nicht § 619 a BGB auch im Kündigungsrecht nehmen?

Der Tatort, wie meistens mit § 136 a StPO: nur kriminalistische List oder unzulässige Täuschung, wenn die Kommissarin ins Blaue hinein behauptet, auf der Intensivstation - dem Tatort - gebe es Videoüberwachung? Muss sie richtig lügen oder reicht es, wenn sie mit dolus eventualis handelt? Braucht § 136 a eine subjektive Seite? Die FAZ bringt am Rosenmontag Professor Hanaus Ausführungen zu § 138 BGB und den Boni der Banker. Moral und Recht treffen mal wieder aufeinander. Zu Kant schreibt er nichts, das würde an diesem Tag auch zu weit führen. Was sind die Boni eigentlich rechtlich? Lohn? Belohnende Schenkung? Wie kann man sie verhindern - durch Änderungskündigung - mit welchem Grund? Verhaltensbedingt? Muss ein Banker sich den Mist des anderen zurechnen lassen? Betriebsbedingt? Wenn den AG die Verantwortung für die Misere trifft? Weil der Staat es so haben will? § 266 StGB durch Unterlassen, wenn sie nicht zurückgeholt werden? Die SZ schreibt über Fritz Bauer und den Remer-Prozess 1951. Der Verhinderer des 20. Juli behauptete nach dem Krieg, bei Stauffenberg u. Co handele es sich um Landesverräter. § 185, § 186, § 189 StGB? Man ging wohl von § 186 (?) aus und musste dem Angeklagten beweisen, dass der Widerstand zulässig war. In dem Finanzmarktstabilisierungsänderungsgesetz soll das Wort Enteignung nicht auftauchen. Zitiergebot aus Art. 19 I GG - wegen der Junktimklausel in Art. 14 III GG???

Chaoten haben bei einem Bundesligaspiel einen Bierdeckel und ein Feuerzeug (Bananen - Golfbälle) nach dem Torwart geworfen und dann Leuchtraketen gezündet. §§ 223, 224 - tätliche Beleidigung - Landfriedensbruch? Vorsatz - Wissen und Wollen? Muss der Torwart "Hoyzer, Hoyzer" aushalten und das auch noch? Wie ist es mit der zivilrechtlichen Haftung - Südkurve als GbR - § 830? Wird das Grundrecht auf Bundesligaspiele dadurch beeinträchtigt? Der Spiegel schreibt über 90 Jahre Schwarz-Rot-Gold. Der "Mundraub" des Zahnarztes, der sich über die Sprechanlage als "Kriminalpolizist" ausgegeben hat und der Patientin die unbezahlte Prothese aus dem Mund genommen hat ist wegen § 240 und § 223 geahndet worden. Warum kein § 249 oder § 255? Wieso kein § 224 - hinterlistiger Überfall? § 123, § 132, § 132 a? In der ersten Märzwoche wird der EuGH - C-115/08 - sich mit dem europarechtlichen Pendant zu Trailsmelter beschäftigen (ein kanadischer Quecksilberemittent darf seinen Dreck nicht über die Grenze emittieren - so ungefähr aus dem Gedächtnis). Österreich will gerichtlich den Tschechen verbieten, aus ihrem wohl nicht mehr ganz so neuen AKW Temlin zu emittieren. Wie bei den tschechischen Führerscheine (Wiedemann) wird aber nicht gefragt, ob die Tschechen Führerscheine oder Atomkraft emittieren dürfen, obwohl es den Nachbarstaaten schadet sondern

umgekehrt, ob die Nachbarstaaten sich davor schützen dürfen.

Das BVerwG und die Wesentlichkeitstheorie sowie das AGG: Altersgrenzen bei Lehrereinstellungen in NRW sind unzulässig, wenn Ausnahmen nur durch Erlass geregelt werden. Arthur Gottwald - C-103/08 - wird in der zweiten Märzwoche vom EuGH erfahren, ob Vignetterleichterungen für Behinderte nur für Inländer gelten oder auch für EU-Angehörige - Art. 12 EG? Die FAZ berichtet, dass die Prozessführung seitens der Antragsgegner im Lissabonvertrag-Verfahren (im Organstreit - die Verfassungsbeschwerde ist ein gegnerloses Verfahren - die BReg darf da aber auch was sagen) "grausig" gewesen sei. Das federführende Auswärtige Amt habe versäumt, Staatsrechtler an die Front zu schicken. Da werden sich die Professoren freuen, wenn sie in der Zeitung lesen, dass sie kein Staatsrecht können. Gemeint ist vielleicht eher, dass das AA (SPD) einen Professor genommen hat, der bisher für die SPD aufgetreten ist. Es wird wohl doch zu einer klaren Mehrheit für das Transformationsgesetz kommen. Mangold II soll kurz danach entschieden werden. Roger Kusch will keine Sterbehilfe mehr machen. Wie wirkt sich das auf das Verfahren aus - in zweiter Instanz - Klageänderung in Fortsetzungsfeststellungsklage oder bleibt es bei der Anfechtungsklage? Der Sohn des dementen Rhetorikprofessors und Schriftstellers Walter Jens schreibt ein ehrabschneidendes Buch über seinen noch lebenden Vater. Fällt das unter Kunstfreiheit oder § 185 oder § 189? Oder § 186? Wie wird das Rettungsübernahmegesetz schnell Gesetz? Nur eine Lesung und es wird stereo eingebracht durch BReg und aus der Mitte des BTages. Da es im Juni schon wieder ausser Kraft tritt, ähnelt es den Notverordnungen nach Art. 48 WRV.

BGH 2 StR 541/08: der Angeklagte (mit Verteidiger) verzichtet um 10 Uhr auf Rechtsmittel und legt es um 16 Uhr schriftlich (ohne Verteidiger) ein. Das Ausgangsgericht verwirft als unzulässig - Masterfrage: warum ist das falsch? Das Rettungsübernahmegesetz heißt offiziell Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz. Freshfields in Berlin soll das formuliert haben und hat das die Öffentlichkeit natürlich wissen lassen. Haben die jetzt das Urheberrecht daran? Mr. Flowers will seine Aktien für den angebotenen Preis nicht abgeben. Dulde und liquidiere - kann er direkt auf eine angemessene Entschädigung klagen? Das BVerfG zieht während der Renovierung des eigenen Gebäudes für einige Jahre in eine Bundeswehrkaserne. Ist das zulässig - darf die Bundeswehr als Vermieterin auftreten? Art. 87 a und b GG? Richtervereinigungen wollen den Justizminister abschaffen und ein eigenes Geschöpf an die Spitze stellen. Dazu müssten man zum einen das GG ändern. Die grösste Unabhängigkeit hat bei uns bisher nur das BVerfG - es bestimmt seinen Haushalt selber. Richter sind schon mächtig genug. Weder strafrechtlich noch prozessrechtlich kann man effektiv gegen sie vorgehen. Ein closed shop - Richter bestimmen über Richter. Ich wüsste aber auch keine Alternative.

Noch ein Nachschlag zu dem Speisekartenübungsfall im Moot Court beim BGH: in manchen Pizzeriaketten soll es üblich sein, dass der Kellner regelmäßig die in Klarsichthülle gepackten Speisekarten überprüft, weil es gang und gäbe sei, dass die Preise von Gästen handschriftlich manipuliert würden. Nicht der BGH war altmodisch sondern ich. BGH VI ZR 173/07: Papi nimmt den 12jährigen Filius mit ins Büro, der löscht beim Draufspielen eines Spiels die ganze Festplatte und verursacht einen Schaden von 1,2 Millionen DM. Schaden an der Festplatte nur 900 DM. Den Fall kann man eins zu eins als Klausur nehmen. - zudem erinnert er an Mary Poppins, als der Vater die Kinder mit in die Bank nimmt, was dann eine Bankenkrise auslöst. Die dritte Examensklausur: BGH - Ohne-Rechnung-Vertrag. How nice and easy. Zwei Monate hintereinander kein Sachenrecht. Zwischen der Kommunalwahl und dem Amtsantritt dürfen nur drei Monate netto aber nicht brutto inklusive Sommerferien liegen. Mit dem Ergebnis habe ich nicht gerechnet. Pirate Bay: ist es strafbar, wenn die Veranstalter nur helfen, illegale Musikstücke zu finden aber nicht mehr? Eine Zeitung verweist auf den tollen Film The Thomas Crown Affair (mit Steve McQueen selbstverständlich). Er hat die Banküberfälle nur geplant und wäre deshalb kein Mittäter gewesen - das seh ich anders. Wie wäre das bei einem Taxifahrer, der mich zu einem lohnenden Einbruchsobjekt lotst? Konkurs als Neubeginn schreibt die FAZ auf der ersten Seite - es hat sich bei ihr noch nicht rumgesprochen, dass das seit einigen Jahren Insolvenz heißt. Ist das bei uns auch so? Wenn der § 613 a mit dem EuGH als Dementor nicht wäre, ja. 13 Unis haben sich in der Hamburger Initiative zusammengeschlossen, um die Studentenzulassung unter sich zu regeln. Ist das zulässig? Benötigen die eine gesetzliche Grundlage? Ähnliche Fälle? Das Rettungsübernahmegesetz: eine ganz untypische Enteignung, denn eigentlich werden Leute zu ihrem Schaden enteignet (hostile takeover). Andere Möglichkeiten wie Bürgschaften oder Kredite gehen aber nicht, da dann das Fremdkapital das Eigenkapital übersteigen könnte. Und Insolvenz ist eben bei uns kein Neuanfang sondern immer noch eine Abwicklung trotz der Neufassung durch die InSO. Ach ja, Herr Weckerling prüfte auch die Jubiläen aus diesem Jahr. Gestern maulte jemand im Kurs rum, warum man sich das antun müsse. Seien Sie froh und dankbar, wenn so was kommt statt eines Falles, den ein Prüfer auf dem Schreibtisch liegen hat.

In der Prüfung Köndgen/Weckerling/Zieschang am 17.2. kam als Vortrag BGH 2007 Garantie mit Werkstattbindung, im Strafrecht: A erschießt B (kein Scherz). Im ÖR trivial pursuit - wo sitzt der BGH, (Karlsruhe und Leipzig - 5. Strafsenat) in welchem Gebäude, warum hat das GG die Kirchenrechtsartikel der WR übernommen und keine eigenen gemacht? Warum geht der Entschädigungsanspruch zu den ordentlichen Gerichten und nicht zu den Verwaltungsgerichten? Zuhörer meinten, im ÖR habe der Prüfer unrichtigerweise gesagt, dass der Vermittlungsausschuss nur bei Zustimmungsgesetzen angerufen werden müsse - ich seh das genauso wie er anhand des Art. 77 GG. Im Zivilrecht kamen Zurechnungsprobleme (Zurechnung dürfe man nicht sagen, das wäre ein Begriff aus dem Strafrecht), die Kenntnis einer BGH-Entscheidung aus dem dritten Band wurde erwartet - zwingend erwartet. Da frage ich mich immer, ob ich mich schämen muss oder nicht. Und § 1192 I a und das Urteil des OLG Hamm aus 2008 zu § 242 gegen eine Heuschrecke, die gemäß § 800 ZPO vorgeht. BVerfG 1 BvR 462/06 - der Theologieprofessor - war schon mal Klausur - die landesrechtlichen Vorschriften sind schwer zu finden und nicht leicht zu verstehen. In der letzten Prüfung Limpens pp. am 14.2. sind zwei Kandidaten durchgefallen: wer wählt den Bundespräsidenten? Antwort: der Bundesrat. StPO: was macht man gegen ein erstinstanzliches Urteil des LG? Antwort Berufung - jeweils einen Punkt in diesem Fach. Nach den Protokollen muss man bei dieser Kommission ansonsten handgreiflich werden, um durchzufallen. Facebook

ändert seine AGBs - trotz Kontolöschung behalten die meine Daten. Nach welchem Recht geht das - nach deutschem? Fällt eine Änderung unter AGB-Recht? § 307 BGB? Die ZPO hat eine neue Frist - 4 Tage: BGH VIII ZA 21/08. Das Rettungsübernahmegesetz steht - ein bis zum Juni befristetes Maßnahmegesetz - ich würde mir das im Wortlaut angucken und die Rechtsgeschichte der Enteignung noch mal anschauen (Erfindung der Eisenbahn, Nassauskiesungsentscheidung, Boxbergurteil, Hamburger Deichurteil). In der Prüfung am 12.2. Schmidt-Eichhorn pp.. kam noch BGH IX ZR 171/07: kann der Insolvenzverwalter die Auflage nach § 153 a StPO anfechten? Zudem brachte der Prüfer Weingarten seinen Grundbesitzabgabengbescheid mit, auf dem stand, bitte nicht sofort klagen, schreiben Sie uns erst mal einen Brief, wir kümmern uns - geht dann die Klagefrist verloren? In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Jox/Horst am 16.2. wurden aus 24 48, aus 39 65, aus 33 52, aus 15 50 (!), aus 26 46 und aus 20 40 Endpunkte. Im Zivilrecht kam der ehemalige Vortrag Freundschaftsvermittlungsvertrag für 7.000 €, im Strafrecht Zechprellerei plus § 224, im ÖR die alte Fliegerbombe auf dem Grundstück. IPR res in transitu. Das BVerfG hat die Mehrfachnamen von Eheleuten - § 1355 - verhandelt. Wenigstens eine Richterin des Senats hat einen Doppelnamen - ist sie befangen? Karl May - Hadschi Halef Omar hilft bei der Rechtsfindung. Was ist der Sinn eines Nachnamens - Identitätsstiftung? Der EuGH saß unsichtbar im Saal, da in anderen Mitgliedstaaten die Mehrfachnamen möglich sind - wenn ich Todesanzeigen vom Hochadel lese, bei uns doch auch oder? Der EuGH hat die EMRK ausgelegt (sagen die Zeitungen - nach der Pressemeldung geht es aber um eine Richtlinie) und sie zum Auffangnetz der Genfer Flüchtlingskonvention/en gemacht - C-465/07. Das OLG Köln meint, selbst wenn 8 Quadratmeter für zwei Häftlinge zu wenig sind, gibt es kein Schmerzensgeld - OLG Hamm sieht das anders. Herr Papier meint in Die Welt, das GG sei ein Segen. Ob Banken Produktionsmittel sind und unter Art. 15 GG fallen, wollte er nicht sagen - ist ja auch egal, da Art. 14 GG das nicht verlangt. Die Bürgermeister der Schaeffler-Standorte fordern Staatshilfe ein. Bisher haben wir immer Ratsbeschlüsse gegen Vietnam etc. gehabt aber nicht für etwas. Ist das hier zulässig? Verbandskompetenz? Durch den Bürgermeister? Das Land Ba-Wü hat Salem gekauft "zwecks Bespielung, Betrieb und Vermarktung". Was ist Bespielung? Was ist das für ein Vertrag? Privat- oder öffentlich-rechtlich - ein Mischding? Die Zahngold-Diebe - s. JuS - haben Bewährungsstrafen bekommen. Die FAZ berichtet mal wieder über Carl Schmitt - jetzt geht es gar um eine Ansichtskarte, die er 1970 geschrieben hat - weil Karneval ist? Die Welt berichtet über den Gang nach Canossa - wurde der Staat durch die Kirche gedemütigt? Nein - Aussenpolitik ist Innenpolitik - der deutsche Kaiser hat da nur rumgestanden, weil die deutschen Fürsten einem vogelfreien Kaiser Stress gemacht hätten. Ein Bordell in Vechta - für die Kneipe im Parterre ist die Stadt zuständig, für das Etablissement im ersten Stock der Kreis. Wieso? Können die Nachbarn erfolgreich gegen Crazy Chicken klagen?

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Steinbeck/Weingarten wurden aus 58 103, aus 34 73, aus 33 72, aus 41 79, aus 42 83 und aus 47 95 Endpunkte. Vortrag = BGH NSTZ 2008 S. 508 und 473. Vortragsnoten: 12 9 6 8 5 12. Eröffnungsfrage im Strafrecht: was sind die Gegensätze (Plural) zur Beachtung der Tatsachen von Amts wegen? Der BGH und der preußische Landrat würden auch von Rechts wegen entscheiden. Wieso der Zweite? Weil der damals auch Recht sprach. Keine Panik - das ist nur zur Auflockerung - es hat ja niemandem geschadet. Die zweite Februarklausur: Gesamtpokura, § 377 HGB, kaufmännisches Bestätigungsschreiben und Regress nach § 478 BGB. In der Prüfung v.Schwerin u. a. am 16.2. kam im Strafrecht viel Rechtsgeschichte und grundsätzliches: was ist eine Strafnorm, warum bestraft der Staat? Gewünschte Vokabel: für ein gedeihliches Zusammenleben. Im ÖR will das Ordnungsamt gegen den bellenden Polizeihund vorgehen. Im Zivilrecht Zwangsvollstreckungsrecht. In einer Prüfung am 13.2. kam wieder mal der Quelle-Backofenfall, verkleidet als Waschtrommel (Klausur?), sowie im Strafrecht Raub/räuberische Erpressung. Darf die Erstattung von Kickbacks im § 46 a StGB berücksichtigt werden? BGH 1 StR 664/08. Muss der Bankkunde, der Schadensersatz haben will, die Zahlung einer Innenprovision beweisen? BGH XI ZR 510/07. Die erste Februarklausur - Arbeitsrecht pur: Lohnanspruch, wenn der AN verschläft und zusätzlich wegen verspäteter Bahn zu spät zur Arbeit kommt, die fängt aber noch eine Stunde später an mangels Ausbleiben der Ware Müll? Kann eine betriebliche Übung durch Anschlag am schwarzen Brett beseitigt werden? Darf einem AN fristlos gekündigt werden, weil er wegen einer Straftat zur StA rennt? § 613 a bei Outsourcing? Die SZ diskutiert, ob nicht nur ein Enteignungsrecht sondern sogar eine Pflicht des Staates bei Banken bestehe. Frau von der Leyen will künstliche Befruchtung finanziell fördern. Darf der Staat sich in diesen Kernbereich des Menschen einmischen - Gegenstück zum Verbot von 8blings-Geburten oder 60jährigen Müttern? Offene Immobilienfonds wollen, dass der Gesetzgeber institutionellen Anlegern eine 12monatige Kündigungsfrist vorschreibt, bevor die ihr Geld abziehen. Wie ist das nach dem BGB? Die SZ berichtet über die Geschichte des Landfriedensbruchs: Verstoß gegen Fehdeverbot und seit dem ewigen Landfrieden von 1495 allmählich eine Straftat, die früher mit der Strafe des Hundemurders geahndet wurde. Frau Prof. Kokott bekommt eine zweite Amtszeit als Generalanwältin.

Herr Steinmeier will einen pensionierten Botschafter als Sonderbeauftragten nach Afghanistan schicken - Frau Merkel will einen anderen auf Augenhöhe mit dem Präsidentenbeauftragten Holbrooke hinschicken. Wer entscheidet das? In der Prüfung Weismann/Depenheuer/Jürgens am 11.2. (Noten: 60 - gut (17+17), 42 bef., 52 vb, 34 bef., 71 gut und 51 vb) kam als Vortrag VGH München 21.8.07 - Flatrateparty - hatte ich schon erzählt. Prof. Depenheuer hörte bei den Vorträgen angeblich nur mit einem Ohr zu und blätterte die FAZ durch - er hat die dann wirklich von vorne nach hinten durchgeprüft: "Für das Protokoll: Der Gegenstand der heutigen Prüfung ist die FAZ von heute." "Was ist eine systemische Bank?" Im Strafrecht kam das tödliche Wetttrinken mit dem 16-jährigen und wieder mal Friedrich der Große, der die Kartoffel bei der Bevölkerung dadurch populär machte, dass er sie mit Gewehren verteidigen ließ. Im BGB kam das Scheingeschäft. Klausuren im Zweiten Examen: u.a. der BGH-Fall, dass in einen Friseursalon eingestiegen wird, um die darüberliegende Wohnung zu kommen und Ohne-Rechnung-Vertrag sowie Verursachung eines künstlichen Staus, um einen Flüchtenden zu packen - es verletzen sich harmlose Autofahrer. In der Prüfung Limpens/Banke/Röhling am 14.2. - altes Recht - kam im ÖR VG Aachen: ein in Maastricht studierender und in Aachen wohnender Mann will den Anwohnerparkausweis. Wahl des Bundespräsidenten, im Strafrecht haut eine maltrahierte Tochter ihrem Vater die Cognacflasche auf den Kopf, obwohl sie fliehen könnte. Im Zivilrecht kappt ein Bauunternehmer Stromleitungen, in der Metzgerei kocht die Kühltruhe. In Zivilrechtspflege die Pfändung des

Grabsteins. Im Zweiten Willems/Breiler/Benesch am 12.2. kam im ÖR der Dummschwätzerfall (Verfassungsbeschwerde im Zweiten - o ja), im Zivilrecht BGH VII ZR 99/97, im Strafrecht soll ein alter Herr durch Prügel ins Altersheim getrieben werden. Aus 33 wurden 57, aus 48 88 und aus 49 92 Endpunkte - Rest unbekannt. Noch Einzelheiten zu der Prüfung Weigend/Loschelder/Krämer am 10.2.. Aus 58 wurden 101, aus 67 122, aus 42 74, aus 52 90, aus 25 49 und aus 45 80 Punkte. Im Zivilrecht kam AG München 18.6.2007 222 C 5471/07 (wieso kommen solche hohen Eingangszahlen in einer Abteilung? Weil die Gerichte vom Buchstabensystem auf Eingangssystem beim Geschäftsverteilungsplan umstellen - AG Bonn jetzt auch) - Fehler des Kunden und der Bank beim Online-Banking - dann BGH XI ZR 588/07 = NJW 2009 S. 437. Im Strafrecht zwei Zeitungsmeldungen: M bringt F um, geht zur Polizei und sagt, sie habe wegen Krebs sterben wollen. Und das Umsetzen des toten Beifahrers auf den Fahrersitz. Sowie der BGH-Siemens-Fall - 2 StR 587/07: Prokurist besticht entgegen Compliance-Regeln den nigerianischen Geschäftspartner, um ins Geschäft zu kommen. Im ÖR OVG Münster vom 29.4.2008 - Bestattungsfall - RÜ 08 S. 660, Verfassungsmäßigkeit des Luftsicherheitsgesetzes und Bürokratieabbaugesetz. Am 14.2. in der Prüfung Blank/Bieber/Weckerling - altes Recht - kam BGH VI ZR 170/07 und ZPO. Im Strafrecht die Dummschwätzer-Entscheidung des BVerfG. Und ein Überfall, der dann wegen zu viel Leuten im Geschäft doch nicht stattfindet. Im ÖR 90 Jahre Weimar - 60 Jahre GG - wo sitzt das BVerwG - wo vorher? Handwerker wehrt sich gegen Betretungsbefugnis nach § 17 II HandWO. Es haben alle bestanden.

Am 14.2. wurden im letzten Versuch aus 16 48 Endpunkte - der Kandidat führt das auch auf die Kenntnis des Lüth-Urteils und der Pfeffertütenentscheidung zurück. Es besteht also noch Hoffnung. In der Prüfung Linden/Muckel/Eßer am 13.2. kam als Vortrag Ebay-Versteigerung (Rübenroder OLG Köln vom 8.12.2006 - 19 S 109/06 - Aprilklausur mit Auto - die Klausuren werden gnadenlos recycelt) plus § 167 ZPO (den kenn ich auch nicht aus dem Kopf), im Zivilrecht die Augustklausur (falscher Experte löscht Feuer), im Strafrecht Überfall auf den Taxifahrer BGH JuS 2004 S. 352 - 2 x Klausur, im ÖR Nebenbestimmungen. Aus 47 wurden 91, aus 40 83, aus 44 78, aus 27 56 und aus 32 58 - Vortragsnoten 8, 10, 10, 5, 5. Der BGH hat einen Moot-Court mit "dem" Speisekartenfall veranstaltet (man merkt, dass die nicht mehr im Prüfungsgeschehen drin sind - das war wohl der Hit aus den 50ern - das ist jetzt etwas gemein): muss der Gast den von einem anderen gefälschten Betrag auf der Speisekarte bezahlen oder den richtigen?

Im Zweiten am 12.2. kam als Vortrag die Weihnachtsgratifikation, die wegen Schiefelage des AG nicht gezahlt werden soll, der AN weigert sich, Änderungskündigung. Gemeinderecht, im Strafrecht prüfte Frau Generalstaatsanwältin die Generalstaatsanwaltschaft ab, im Zivilrecht GbR. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Weingarten/Steinbeck am 12.2. kam als Strafrechtsvortrag: der Freund sticht seine Ex ab und meldet das dann 15 Minuten später der Polizei, die aber schon Bescheid weiß, weil die Nachbarn schon erfolgeich den Notarzt angerufen haben. Den neuen Freund hatte er für 30 Sekunden als Geisel genommen. StPO-Zusatzfrage: darf beim Abhören ein Zufallsfund verwertet werden? Im Zivilrecht: was ist das MoMiG? Was hat sich geändert - Organe der AG und der GmbH; § 25 HGB und der GV pfändet die Spielzeugeisenbahn des 6-jährigen Sohnes des Schuldners - ein Kandidat meinte, ein 6-jähriger könne kein Eigentum haben. Der hatte wohl eine schwere Jugend. Im Strafrecht kam das neue BGH-Urteil zum § 265 a - wo klagt der StA an? §§ 153 ff. StPO - Rose-Rosahl. Im ÖR Bürokratieabbaugesetz. Ulla Schmidt sagt im Fernsehen, Vertragsärzte (=Kassenärzte), die Vorkasse bei Patienten nehmen, verlieren ihre Zulassung. Darf sie das? Ist sie zuständig? Wie ist das strafrechtlich bei den Ärzten und bei ihr? Ein Bürgermeister in Bayern lässt sich und seine Kumpels mit dem Feuerwehrauto zum Flughafen fahren. § 248 b - § 266? §§ 331 ff.? In der Lissabon-Verhandlung hat der Berichterstatter gefragt, warum die EU nicht als Bundesstaat konzipiert werde. Das kann er ja mal 26 Mitgliedstaaten vorschlagen: wir hätten gerne 2 Kilo deutschen Bundesstaat. Richter in diesem Senat sollten vielleicht vorher praktische Politik gemacht haben. Unterschied Bundesstaat/Staatenbund/Staatenverbund/Konföderation und geschichtliche Präzedenzfälle? Frankfurt erweitert seine Fußgängerzone. Wer ist dafür zuständig? Nach welchem Gesetz geht das und wie? Rat, LStrWG oder StVO - je nachdem, aus welchem Grund - durch Ratsbeschluss plus Schilder plus Hinkelsteine durch die OBine. Herr Gabriel möchte ein Energiegesetz, in dem Tankstellen verpflichtet werden, ihren Kunden Schulungskurse anzubieten, wie man Benzin spart. Ich weiß wie, nie am Wochenende tanken, immer nur montags. Wäre das verfassungsmäßig - nicht montags tanken?

Prof. Deppenheuer hat am 11.2. die FAZ durchgeprüft - der Vertrag von Lissabon und die Enteignung der Banken. In der Prüfung Fleischfresser/Bönders/Jox am 11.2. kam im Zivilrecht die Minderjährige, die per Internet eine Urheberrechtsverletzung an Fotos begeht (Urteil), im Strafrecht Februar-Jus - 241 a BGB als Rechtfertigungsgrund, im ÖR AG als Störerin im Abfallrecht - der spezielle Störerbegriff. Als Vortrag die Flatrate-Party - schon wieder. Am 12.2. in der Prüfung Schilken/Pietzcker/Domat kam im Zivilrecht die Kuh, die auf dunkler Straße in ein Auto rennt, im Strafrecht legt die Schwiegermutter dem Sohn zwecks Vermöbelung der kaufsüchtigen Schwiegertochter einen Hockeyschläger hin, im ÖR Handlungsformen der Verwaltung. Im Wahlfach Arbeitsrecht kam der Vortragsfall: AG bezahlt versehentlich die Wohnung in Peking, in StPO BGH: muss ein Ausländer, der nicht gut Deutsch kann, einen notwendigen Verteidiger bekommen? Eine prüfende Staatsanwältin hatte am 29.1. ein Leopardenjäckchen und Cowboystiefel an - Mitte 50 wie ich - ich frag sie mal, wo sie einkaufen geht. Obama hat Buy American durchgebracht - verstößt das gegen das Statut der WTO bzw. der UNO? Der Vortrag im Zweiten am 10.2.: die 14-jährige lässt sich ein Jimmy Blue Ochsenknecht Tattoo anfertigen, bezahlt ihn mit ihrem eigenen Geld und bringt als "Mutter" die Nachbarin mit, die eine Einverständniserklärung unterschreibt, da ihre Eltern damit nie einverstanden wären. Der Tätowierer lässt sich den Personalausweis nicht zeigen. Da die 14-jährige kurze Zeit später für den Wendler ("Sie liebt den DJ") (sagt mir gar nichts) schwärmt, stellt sie Strafantrag. Der Fall hat alles. Tödliches Wetttrinken: Betrug, wenn der Gastwirt sich selber Wasser einschenkt und dem Gegner 45 Tequila? § 227? Das Gericht hat angeordnet, dass Zuschauer unter 16 keinen Zutritt haben - geht das? Liegt Betrug vor, wenn zwei Tennisspieler um 10 € spielen und einer pfuscht? Am zweiten Verhandlungstag zu Lissabon haben die Beteiligten sich etwas volksnäher ausgedrückt - es geht jetzt um Salami - wir sind die Salami, die scheinbarweise nach Brüssel entsorgt wird. Problem: es wird wohl höchstens ein Patt für die Angreifer herauskommen. Ist die Pattlösung verfassungsmäßig? Müsste nicht in dubio pro libertate, wenn

diese Höchsten Richter sich nicht einigen können, der Bürger gewinnen? Die Bahn hat ein Screening, einen Datenabgleich, bei ihren Mitarbeitern mit Konten von Lieferanten gemacht. Ist das strafbar? Ich kenn da keine passende Nummer.

In der Prüfung Loschelder/Weigend/Krämer am 10.2. kam als Vortrag, ob ein Wohnmobileigentümer Nutzungsentschädigung bei Beschädigung verlangen kann, obwohl er mit dem Teil gar nicht fahren will (§ 253 I - BGH VI ZR 248/07). Im Strafrecht kam die Zeitungsmeldung, dass der Unfallfahrer den toten Beifahrer umgesetzt hat (§ 164 I? § 145 d? § 189? Wie wenn er nur verletzt ist - § 187? § 185?). Im ÖR der OVG-Fall der Notbestattung (OVG NRW 19 A 3665/06 - Oktober-RÜ), der Bruder soll zahlen und Widerspruchsverfahren. Im Zivilrecht fehlgeleitete Banküberweisung (der Fall aus der Januar-JuS Seite 46? - oder BGH XI ZR 371/07). Ohne Wörterbuch war die Lissabon-Verhandlung nicht zu verfolgen: Supranationalisierung des europäischen Staatsethos ist Nummer Eins in meiner Hitparade. Man sollte denen doch Schöffen auf die Richterbank setzen - z.B. einen pensionierten Schreiner. Jeder hat sein Pfauenrad geschlagen - wobei man sich zu Beginn wohl auch noch über die Unverständlichkeit der Vorschriften lustig gemacht hat. Der Berichterstatter hat sich auf die dritte Säule eingeschossen - warum die in die erste gezogen werden "müsse" und dann noch mit dem Subtext, wie man das denn wollen könne? Tja, das ist eben Politik, das darf ein Richter nicht fragen, wenn er nicht gleichzeitig Bundeskanzler ist. Jeder, der ein Mikrofon halten durfte, wollte mit seinem Zauberwort in der Zeitung stehen - wobei ich das nicht anders gemacht hätte, man ist ja nicht lebensuntüchtig. Gehen wir wieder in die Niederungen des Juristenalltags zurück. Das VG München hat die Klage eines Nicht-Autohalters gegen die Umweltzone abgewiesen. Ausgebüxte Zoo-Zebras beschädigen verfolgende Polizeiautos. § 833 oder hat sich das allgemeine Lebensrisiko der Pkws verwirklicht? Das erinnert an BGH III ZR 70/03 - Knalltrauma des Polizeibeamten beim Einfangen eines Rindes - 2 x Klausur.

BGH 4 StR 455/08: wenn der Beschuldigte nicht nach § 136 StPO belehrt wird, dann doch aber nun falsch, kann das dann gesagte verwertet werden - wozu brauchen wir die StPO noch? In der Prüfung am 5.2. Hauck/Lynen/Lichtinghagen kam im Strafrecht der Fall Kardelen (Haftbefehl rauf und runter) und der Vermieter vergreift sich an der Kautions (Dezemberklausur). Im ÖR: darf der Kandidat bei der Rektorenwahl sich selber mitwählen? Man durfte durch die ausgeteilten Kopien des Kunsthochschulgesetzes NRW durch. Im Zivilrecht viel ZPO und Autounfall. Aus 52 wurden 79, aus 44 67, aus 68 115 Punkte. Vortragsthema: Litfasssäule gegen Krieg in der Fußgängerzone - Sondernutzung/Gemeingebrauch? Noten 5, 6, 10, 11, 14. Die Kandidaten hielten die für Sondernutzung - die Prüfer wegen Art. 5 I GG nicht. War das nicht Klausur und BVerwG letztes Jahr? Der häufige Staatsanwalt bei Alexander Holt, Rechtsanwalt, hat ein Strafverfahren am Hals. Er soll über einen Deal gelogen haben. Es geht um die Sanktionsschere (in Aussicht gestelltes ungefähres Strafmaß und Ergebnis). St. Andrews, DER Golfclub der Welt, will nach wie vor keine Frauen zu Mitgliedern machen - "no dogs no ladies". Es gibt keine Damenabschläge, Sie können abschlagen, wo Sie wollen, in die Gastronomie dürfen Sie nur in männlicher Begleitung, die allerdings 4 Jahre alt sein darf. Ist der Golfclub in Schottland an die Antidiskriminierungsrichtlinien gebunden? Wobei hier schon Art. 141 EG einschlägig sein dürfte. Wie ist es in Augusta - gehört Antidiskriminierung zum zwingenden Völkerrecht mit Wirkung für Private? Vor ein paar Jahren hätte Tiger Woods da nur als Caddy den Rasen betreten dürfen. Abraham Lincoln wird 200 Jahre alt - herzlichen Glückwunsch. Er hat während des Bürgerkrieges die Habeas Corpus Garantie abgeschafft und wurde von seiner Ehefrau verhaßt und mit dem Messer gejagt. Effi Briest wurde wieder mal neu verfilmt. Im Strafrecht wird geprüft, ob man seinen Rücktritt zu einem Duell in Form eines Arztes mitbringen kann. Und ist es strafbar, wenn der Ehemann auf der Suche nach Verbandszeug zufällig verschlossene Liebesbriefe findet und die liest? Großes Spektakel in Karlsruhe heute und morgen. Das BVerfG hat noch andere Verfassungsbeschwerden ehemaliger Industriemanager mit ins Boot genommen - Herr Gauweiler darf das dahingehend verstehen, dass er die wesentlichen Punkte wohl gar nicht gesehen geschweige denn gerügt hat. Die SZ berichtet, dass der wahre Gegner der EuGH sei, der dem Supreme Court nachgebildet worden sei. Er sei so stark, weil die Mitgliedstaaten so schwach seien und weil der EG-Vertrag incomplete contracting sei - ungewöhnlich für englisches Recht, da muss ja alles penibel geregelt sein - im Europarat nennt man das living instrument - die EMRK - ich seh den Unterschied nicht. Der EuGH arbeitet aber nach französischem Rechtsverständnis. Ministerpräsident Althaus habe wohl keine qualifizierte fahrlässige Tötung nach österreichischem Recht begangen. Darf ein deutscher Staatsanwalt da noch mal ran - ne bis in idem in Europa?

Wer ist das? Kommt daher wie eine Staublawine, sieht aus wie Stewart Granger, bringt sein eigenes Stehpult mit und schickt ausgerechnet Sarkozy vorab sein Redemanuskript? Hillary allein zu Haus. Berlusconi will den Tod einer Komapatientin entgegen einer Gerichtsentscheidung per Gesetz verhindern. Unzulässiges Einzelfallgesetz? Justizkatastrophe wie bei Friedrich II., der Richter in Haft nehmen ließ, weil ihm das Urteil gegen Müller Arnold nicht gefiel?

Das aktuelle politische Geschehen hat mit Jura wenig oder gar nichts zu tun. Seit Oktober sind wir ein Wohlfahrtsstaat und ab nächster Woche gehören wir der EU. BMWi Glos erklärt gegenüber dem Bayerischen Ministerpräsidenten den Rücktritt. Wo sind wir denn? Kann er gezwungen werden, im Amt zu bleiben? § 9 BMinG/Art. 69 GG helfen weiter. Und wenn der Bundespräsident einfach die Entlassungsurkunde nicht aushändigt? Ist ein Arzt strafbar, der 8 Föten einsetzt in der Erwartung, dass nicht alle überleben werden, es kommt aber dann doch zu 8 lebenden Kindern? § 218 bestraft nur versuchte vorsätzliche Fremdbtreibungen. Nein, straflos.

Muss ein Vermieter hinnehmen, dass ein Mieter Hitlerbilder als Wandschmuck hält? Das AG München meint ja - Herr Lüth in der Mietwohnung - die Strafvorschriften würden nur die Veröffentlichung verbieten. Ist das nicht Beihilfe zur Veröffentlichung - die Fotos wird er ja nicht selber gemacht haben? Das BVerwG meint, pacta sunt servanda gelte auch für einen Vertrag von 1868, in dem sich eine Kommune verpflichtete, eine Kirche aufzubauen. Kein Wegfall der

Geschäftsgrundlage - das seh ich auch so - wenn in Bayern sogar die Bischöfe von Herrn Seehofer bezahlt werden dürfen. Die Schuldenbremse - ab 2020 dürfen Bund und Länder keine Schulden mehr machen. Das erinnert an die Memoiren von Billy Wilder. Als sein Vater ihn beim Onanieren erwischt hat, meinte dieser, beim 300. Mal würde er ihm abfallen. Billy habe sich bemüht, zu reduzieren und hatte richtig Angst beim 300. Mal. Er sei seinem Vater bis zu dessen Tod böse gewesen, weil die Prognose nicht eingetroffen sei. Warten wir mal 2020 ab. Keiner der jetzigen Politiker wird dann noch im Amt sein. Jetzt berichten auch andere Zeitungen über den 6.2.1919 in Weimar. Man hat damals Angst vor bolschewistischen Zuständen gehabt und deshalb eine Präsidialdemokratie eingerichtet - also nicht, weil man Wilhelm II. nachgeweiht hätte. Kommunisten kommen nämlich i.d.R. über Wahlen an die Macht. Die Karriere im Auswärtigen Amt ist ihnen meist verschlossen.

Mr. Williamson meint, er sei nicht nach § 130 StGB strafbar, da das in Deutschland aufgenommene Interview exklusiv für Schweden bestimmt und daher nicht öffentlich gewesen sei. Gilt nicht das Weltstrafprinzip bei der Shoa-Lüge? Am 6.2.1919 trat in Weimar die Nationalversammlung zusammen. Am 6.2.1989 gab es das letzte Maueropfer. Probleme: Anwendung deutschen Strafrechts - s. Art. 315 EGStGB - welcher Soldat hat den tödlichen Schuss abgegeben, Mittäter sind das ja nicht - Rechtfertigung durch Befehl - Nachweis der Befehlskette für Honnecker und Konsorten. Der 60. Geburtstag des GGes soll mit der Augsburger Puppenkiste und dem Tigerentenclub (der war nach meiner Zeit) also als Kirmes gefeiert werden. Will das BVerfG da wirklich aktiv mitmachen? Ist das eine Versammlung oder eine staatliche Veranstaltung?

Der BGH hat endlich ein Machtwort zum Schwarzfahren gesprochen - 4 StR 117/08 - aufgrund § 121 II GVG - mit kompletter historischer Analyse. Auch die FAZ hat Bedenken, wenn die "ostdeutsch sozialisierte" Kanzlerin mit dem Papst schimpft. Verbandskompetenz des Bundes? Geht es um "Außenpolitik" oder Religion oder ein Zwischending? Darf der Staat Religion kritisieren? Wenn er schon Kunst nicht kritisieren darf oder die Presse? Vergleich mit Bismarcks Kirchenpolitik? Ich suche immer noch nach der möglichen Strafbarkeit von Herrn Mehdorn. Wonach? Die Bundesregierung will den ausländischen HypoRealEstate-Investor Flowers um seine Aktien erleichtern. Enteignung im Völkerrecht - Hull-Doktrin. Ein Jura-Professor im Fernsehen meinte, wenn man 75% und eine Stimme hätte, könnte man bei einer AG machen, was man will. Da gibt er zuviel Geld aus. Die Sperrminorität reicht völlig, zudem darf eine Kapitalgesellschaft weder charakterveränderndes tun, ohne die Aktionäre zu befragen (Holzmüller/Gelatine) noch darf der Shareholder Value hinter Gemeininteressen gesetzt werden.

BGH IX ZR 179/07: wenn ich als Anwältin eine BGH-Entscheidung übersehe, hafte ich auf Schadensersatz, selbst wenn das Gericht die auch übersehen hat. Im Zweiten am 30.1. Jöhren/Hommel/Morgenstern wurden aus 26 55, aus 30 70, aus 43 78, aus 24 62 und aus 36 68 Endpunkte. Im Strafrecht wird die Fahrerlaubnis vorläufig nach § 111 a StPO eingezogen - Frage: was kann man da vortragen? Die Ungeeignetheit muss widerlegt werden: man wäre seit 20 Jahren unfallfrei gefahren. Im Zivilrecht zahlt der Mieter nicht. Was machen Sie als Vermieter? Antwort: ich rede erst mal mit ihm, vielleicht hat er ja einen guten Grund, nicht zu zahlen. Wir machen aber kein Mediatorenexamen. Im ÖR wird während des Urlaubs eine Fußgängerzone gebaut. Was kann man dagegen tun? In der Prüfung Opitz/Lenz/langen am 24.1. kam das Urteil des BVerwG 9 C 20.99 vom 24.5.2000: Die EMRK gewährt bei uns Abschiebungsschutz auch für Nichteuropäer. Im Wahlfach Strafrechtspflege die Deals. BGH VIII ZR 306/06: der Mieter brezelt die Wohnung auf - muss der Vermieter die Investitionen bezahlen? Wenn ja, nach welchem Verfahren zur Feststellung der Wertsteigerung? Im Zweiten am 29.1. kam der Rauhaardackel - VIII ZR 281/04 - als Vortrag Abschleppfall im Zivilrecht, im Strafrecht StPO und ÖR hat man mir nicht erzählt. Die Strafrechtsklausur aus dem Januar: ein Waldspaziergänger erleidet einen Herzinfarkt, als er eine vereinbarte Massenschlägerei von Fußballfans sieht. Ein Fußballfan ruft während eines Ligaspiels dem Schiedsrichter "Hoyzer, Hoyzer" zu, als er von einem manipulierten Elfmeter ausgeht (o je, ob das jeder Kandidat verstanden hat - die Sache ist jetzt schon etwas her und vielleicht interessiert sich ja nicht jeder Jurakandidat für Fußball?). Und drittens, der Trittbrettfahrer, der zufällig von einer Manipulation erfährt, setzt im Wettbüro Geld. StPO-Zusatzfrage zu § 136 a StPO. Herr Gabriel wird doch in die Rechtsgeschichte eingehen, zwar nicht mit einem UGB aber mit einem novellierten Naturschutzrecht, für das der Bund seit der Föderalismusreform I die volle Kompetenz hat. Er wird regeln, wie groß der Gänseblümchenstrauß zum Selbstgebrauch sein darf, wie weit ein Acker von einem Gewässer entfernt sein darf und alles zur ökologischen Ausgleichsfläche. Jeder hört mal klein auf. Die Welt berichtet über die berühmteste Exkommunizierung 1077 in Canossa. Der Kaiser wäre vogelfrei geworden und das war gefährlich. Er ist aus rein innenpolitischen Gründen zu Kreuze gekrochen. Darf die Kanzlerin - evangelisch - mit dem Papst schimpfen, oder hat der Staat sich da rauszuhalten? Weimarer Kirchenartikel gegen Wahlkampf? Das OVG Münster hat das Urteil des VG Münster zu "falsch" geparkten Fahrrädern bestätigt. Da die StVO nicht sagt, wo die abgestellt werden sollen, können sie nur einkassiert werden, wenn sie wen oder was behindern. Die FAZ in Recht und Steuern tut so, als ob die business judgement rule was neues wäre - sie ist jetzt in der Finanzkrise nicht ganz zeitgemäß. Homeschooling - in Frankreich geht das - kann der EuGH uns das wegen Diskriminierung deutscher Kinder auch aufdrücken?

Der Gliederung des BVerfG zur Verhandlung von Lissabon sieht man - wie jeder guten Gliederung - an, was rauskommt: wir geben zwar viel Macht an Brüssel ab, aber Brüssel wird dafür laufend demokratischer. Tabu ist nur unsere Bundeswehr und unsere Handlungsfähigkeit. Das aktuelle Kammerblatt bespricht das am 1.9. in Kraft tretende FFG. Altes Recht gilt bei alten Verfahren unbegrenzt fort. Der Begriff "Großes Familiengericht" steht nirgendwo. Einzelne Amtsgerichte können zu einem Familiengericht zusammengefasst werden, damit die lieben Kinder 30 Kilometer Anfahrtsweg haben. Es gibt nur noch das Familien- und das Betreuungsgericht. Es heißt Beteiligte/Verfahren/Beschwerde/Beschluss/Vollstreckung. Eine Abänderungsklage nach § 323 ZPO geht nur noch gegen vertraglich vereinbarten Unterhalt - gegen ausgerichteten geht man ins FamFG. Aus 200 Vorschriften des FGG werden 500 - das vor die Klammer ziehen der Römer haben wir beibehalten. Es wird wohl ziemlich grauenvoll - der

Richter kann machen was er will - beweismäßig und kostenmäßig - eine fehlende Demuthaltung wird bestraft werden. Das BVerfG hat die CMA-Sonderabgabe gekippt. Bekommen die Bauern jetzt ihre Gelder zurück - ör Erstattungsanspruch - wie lange zurück in die Vergangenheit oder doch nicht? Ex-nunc- oder Ex-tunc-Wirkung der Entscheidung.? § 79 II BVerfGG? Das GG sieht keine Sonderabgaben wie Wasser-Kohle-Wald-Kunst-Strompfennig vor und Brüssel will die auch nicht, obwohl es sich "nur" um Quersubventionen handelt. In der letzten Ö-Klausur aus dem Januar soll in einem unbeplanten Innenbereich ein Dialysezentrum gebaut werden. Gegen die Versagung der Baugenehmigung geht der Bauherr mit Email zum Gericht. Kann man per Email Klage einreichen? Ansonsten haben wir Karneval in den Zeitungen. Vor dem Menschenrechtsrat - nicht Menschenrechtsagentur und einem 1503 Verfahren - klagen uns Kuba, Iran und Russland der Menschenrechtsverletzungen an. Beim IGH steht das 100. Urteil an - wir haben da bisher 3 - 4 abgeschlossene Verfahren (LaGrand und Festlandssockel, an das dritte und eventuell vierte erinnere ich mich nicht mehr) und jetzt die Villa Vigoni. Der IGH ist nur bei genereller Unterwerfung zuständig oder wenn man im Verfahren mitmacht. Letzteres nehmen die Richter an, wenn man nur eine Empfangsbescheinigung abgibt oder schreibt, "ich will nicht mitmachen". Kurios. Bayern ist gegen das Umweltgesetzbuch von Herrn Gabriel, weil die bayerischen Bauern mit der neuen Bezeichnung IVG nicht klarkämen. Unser Minister will das Wasserrecht in die jetzt schon vorhandene Konzentrationswirkung mit einbeziehen. Der Bonner Taliban hat erklärt, der heißgeliebte Osama Bin Ladin hätte die Deutsche Einheit bewirkt. Man meint, man wäre in Nordkorea. Schon wieder hat ein Junge seine Fahrkarte vergessen und musste laufen. Wie ist das zivilrechtlich überhaupt? Ist das wie bei einer Theaterkarte - die müssen mich also reinlassen, wenn die wissen, dass ich an jedem ersten Donnerstag auf Platz 186 sitze? Ist die Fahrkarte ein Wertpapier?

Prof. Flume ist gestorben. Nach der FAZ meinte er, man solle sich das Gesetz bei der Lösung des Falles erst mal wegdenken und vom wünschenswerten Ergebnis dran gehen. Im Schuldrecht stimmt das nach wie vor. Im formalisierten Sachenrecht noch nie. Ohne die Gesetzeswertungen zu beachten, kann man da keinen Fall lösen. (z.B. bei Abhandenkommen versteht der Gesetzgeber keinen Spaß; Prioritätsprinzip, wenn zwei gleich weit weg von der Sache sind - Sicherungseigentum und Vermieterpfandrecht). Aus einem Protokoll vom 22.2.1968: Da Flume nicht gewohnt ist, dass ein Kandidat widerspricht, freut er sich über einen unerwarteten Widerspruch, der dann eine Art Diskussion nach sich zieht, aus der Flume immer als absolut unschlagbar hervorgeht. Oder vom 28.2.1962: erfreulicher Prüfer, mit einer Lammgeduld für den Ausländer, der kein einziges Sachenrecht nennen konnte und einfachste Fragen verdrehte und unbeantwortet ließ. In den Stunden der anderen las Flume in den Dissertationen und stöhnte nur schmerzvoll auf, wenn der Ausländer, ein Marokkaner, wieder sein Unwissen in Grundfragen zur Schau stellte. Und vom 18.11.1961: Obwohl Flume selbst während der Prüfung der anderen Gebiete schläft oder sich in seinem Sessel herumreckt, ist es empfehlenswert, sich dauernd einer guten Haltung zu befleißigen, denn er musterte einen Kandidaten, der sich nicht gerade gut hielt, mit bösen Blicken. Er fiel dann später nach langer Beratung als einziger in diesem Termin durch. Ich könnte noch stundenlang weitermachen - herrlich.

Januar: Tempokontrollen bei Autofahrern ohne Anfangsverdacht? Was regen die Leute sich so auf? Die StVO ist das einzige Polizeirecht, in welchem ohne Anfangsverdacht jemand im Rahmen einer Verkehrskontrolle von der Straße geholt werden kann. Das ist nichts neues. Banken sollen enteignet - nicht nach Art. 15 GG verstaatlicht - werden, wenn der Staat Geld geben muss. Ist das denn eine Verstaatlichung der Bank, wenn Aktien abgegeben werden müssen, die zudem noch unter der Sperrminorität liegen? Das ist eine Schädigung der anderen Aktionäre. Aktionäre sind aber nicht Eigentümer der AG - die gehört sich selber. Ärgern von Papiereigentümern fällt nicht unter Art. 14 III sondern I. Schwierig, schwierig.

BGH VIII ZR 231/07: kann ein Mieter, der aufgrund vorgetäuschten Eigenbedarfs plus Kündigung ausgezogen ist, die Rückkehr verlangen oder steht § 254 entgegen, so dass er nur Geld bekommt? Mitverschulden eines Betrugsopfers gegenüber dem Betrüger??? Das ist etwas neues. Was ist der Unterschied zu dem Fall, in dem der Betrüger mich um mein Auto bringt? BGH V ZR 30/08: Muss ein Hausverkäufer offenbaren, dass das Haus in den 80ern, wie üblich, mit Asbest gebaut wurde und wenn ja, fällt das unter Gewährleistung oder unter cic und wenn letzteres, wird cic durch Gewährleistung wieder entsorgt? In der Prüfung Ketterle/Krämer/Eschweiler am 29.1. wurden aus 39 65, aus 49 79, aus 50 95, aus 20 43 und aus 18 n.b.. Im Zivilrecht kam der Backofenfall, die unberechtigte Forderung auf Nachbesserung und § 439 II mit dem Problem wie die Unverhältnismäßigkeit zu sehen (alles mit Kühlschränken - war das nicht eine Examensklausur?)- drei Mal BGH. (die 18 Punkte Kandidatin wurde gezielt gefragt, ob sie den Backofenfall kennen würde - nein). Im Strafrecht Raubmord und ob ein versuchtes Regelbeispiel zum versuchten Grunddelikt führt, im ÖR die Dezemberklausur mit § 16 AbgG-NW, in Zivilrechtspflege Mahnverfahren, in Strafrechtspflege das Mahnverfahren in der StPO, in V+E Cassis de Dijon. Die GbR ist ermordet worden. Der BGH - V ZB 74/08 - hat ihre Grundbuchfähigkeit nun endlich doch anerkannt. Damit ist sie überflüssig geworden. Was soll jetzt noch der Unterschied zur OHG sein? §§ 128, 130, 160 HGB werden wegen des BGHs analog genommen und die restlichen unbequemen GbR-Vorschriften werden vertraglich abbedungen. Bis zur berühmten Entscheidung vom 29.1.2001 haben der Gesetzgeber und die Rechtsprechung die Teilrechtsfähigkeit der GbR nur zugesprochen, um ihr zu schaden: sie kann aus Vertrag haften, aus Scheck und Wechsel und aus einem Autounfall. Seit diesem Datum kann sie aktiv klagen, im Handelsregister eingetragen sein und nun auch ohne Namensnennung aller Gesellschafter im Grundbuch eingetragen werden. Das BVerfG meint, dass jemand, der 8 oder 500 Meter vom Castortransport entfernt wohnt, klagebefugt ist. Bei Atomkraftwerken hat man nach meiner Erinnerung eh 20 Kilometer plus minus angenommen, obwohl 5.000 Km angemessener wären. Als Tschernobyl hochknallte, durften die Bauern im Vorgebirge 2 - 3 Jahre lang kein selbstgezoogenes Obst und Gemüse verkaufen. In der Prüfung Linden/Horst/? am 29.1. kam im ÖR die teure Bodenuntersuchung bei Bauland wegen Fliegerbomben aus dem letzten Krieg. Im Strafrecht Unfallflucht, im Zivilrecht Hypothekenrecht. Die Wahlfächer hat die Südkurve in der Kantine versäumt. Der ör Bienenhaltungsfall steht in der JuS 2009 S. 58, wie der geneigte Leser sicher schon gemerkt haben wird. Lt. Generalanzeiger will Professor

Zimmer der Autoindustrie keine Hilfestellung gewähren - ein Dominoeffekt sei nicht zu befürchten, einen Mangel an neuen Autos werde es nicht geben, wenn ein grosses Unternehmen in die untergehende Sonne sehe. O mei. Man sollte doch seine Grenzen kennen.

Der Generalanzeiger meint, der VGH in Münster könnte den vorgezogenen Kommunalwahltermin im Juni kippen, da für die Verhandlung in der ersten Februarwoche das Gericht die Kläger gebeten habe, ihre Bedenken zu präzisieren. Ich les das genau umgekehrt. Dieselbe Zeitung berichtet, dass jemand sein Mallorca-Haus verlosen wolle. Gilt hier deutsches Recht? EGBGB-Vorschrift für das Zustandekommen und die Form des Vertrages? Kommt es darauf an, wo der Käufer her kommt? Die Bundesregierung will eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse. Die haben wir für den Bund schon. Kann der Bund die auch für die Länder festlegen? Oer-Erkenschwick - da wollte ich schon immer mal hin - will Eltern, die ihre Kinder mit Frühstück morgens pünktlich zur Schule schaffen, 100 € im Monat geben. Rechtliche Bedenken? Sollten diese Kinder nicht direkt besser ins Heim? Die Deutsche Bundesbahn lässt sämtliche Mitarbeiter überprüfen. Muss da der Betriebsrat nicht mitreden? Ordnungsverhalten oder Arbeitsverhalten nach § 87 I Nr. 1 BetrVG? Darf der Arbeitgeber ohne Anfangsverdacht einfach so mich überprüfen, wenn ich nicht beim Geheimdienst arbeite?

Hein Persch beim EuGH C-318/07: Spenden an ausländische gemeinnützige Unternehmen dürfen hier abgesetzt werden - er spendete an eine portugiesische Kombination aus Seniorenheim und Kinderheim - eine solche wäre bei uns völlig unzulässig - raten Sie mal, warum. In der EG gibt es drei Instrumente, um einen besseren Handel zu bewirken: Harmonisierung (Schuldrechtsreform), gegenseitige Anerkennung (Berufsausbildungen) und gegenseitiger Wettbewerb (bis heute im Steuerrecht). Erste Ö-Klausur im Januar: der insolvente Tanklastzug strandet auf dem armen Rentnergrundstück, der wird nach dem BBodenSchG als Störer in Anspruch genommen und plakatiert die Republik deswegen. Der Behördenleiter verklagt ihn erfolgreich auf Unterlassung. Der Rentner will nun alles beim BVerfG klären lassen. Art. 14 und Lüth-Urteil in neuem Gewand. Die Bundesregierung hat jetzt im Januar den ersten Nachtragshaushalt für 2009 beschlossen - also keinen Nebenhaushalt. Denen steht das Wasser unter der Nase. Das BVerfG soll beleidigt sein, weil es am 60. "Nationalgeburtstag" keinen Redebeitrag bekommt. Die SZ ist beleidigt, weil Herr Zumwinkel ihr kein Interview gegeben habe. Der Mann kartet nach, weil die vor Gericht schickliche und erforderliche Demutshaltung keine klare Sprache erlaubte. Der Mann hat keine Bank überfallen, er hat auch kein Schwarzgeld gemacht, er hat drei Mal versteuertes Geld im Ausland ungeschickt angelegt und er ist gezielt von der Bochumer StA zwecks öffentlicher Exekution ausgesucht worden. Das zu den Horden von Leserbriefen heute. Das Umweltgesetzbuch soll endgültig gescheitert sein. Die integrierte Vorhabengenehmigung kommt also erst mal nicht.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn pp. am 26.1. kam im Zivilrecht der Bodenfliesenfall - der sagte den Leuten nichts - die Prüfer waren ganz glücklich, als nach 40 Minuten § 439 IV kam. Wer erlässt EG-Richtlinien? Antwort: das Parlament. Im Strafrecht kam der Rollsplitt-Fall (§ 142) und § 113 - Auto als Waffe - auch gänzlich unbekannt. Endlich: BGH III ZR 132/08 - Ansprüche aus Schenkkreisen verjähren nicht erst seit dem BGH-Urteil vom November 2005 - § 199 I Nr. 2 BGB. Herr Zumwinkel hat nach seinem Prozess ein langes Interview beim Generalanzeiger und ein kurzes bei der FAZ gegeben. Was ist, wenn das Telekombesitzungsverfahren nicht mit § 154 StPO endet? Wird dann eine Gesamtstrafe mit oder ohne Bewährung gebildet? Das Gericht soll gemeint haben, er habe ein gefühltes Geständnis und kein taktisches, von der Verteidigung empfohlen, abgegeben. Na ja, wenn ich vor den Augen der Welt festgenommen werde und fürchte, die nächsten Wochen nicht nach Hause zu kommen? Die Presseberichte könnten keine Strafmilderung begründen, als Person der Zeitgeschichte habe er das auszuhalten - ich dachte, Person der Zeitgeschichte gibt es nicht mehr. Als besondere kriminelle Energie wird ihm vorgehalten, dass er bei Fahrten nach Liechtenstein den Fahrer an der Grenze warten ließ - das war doch nur sehr vernünftig - mehr nicht. Im Lubanga-Prozess beim IStGH hält man nichts vom Unmittelbarkeitsgrundsatz - die Kindersoldaten werden nur per Video vorgeführt. Aber es gibt die erste Nebenklage in einem völkerrechtlichen Verfahren.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Gebhardt/Prior am 24.1. kamen die Deals (auf § 267 IV StPO wurde Wert gelegt), Rechtsbeugung: der Richter spricht einen Angeklagten gegen seine Überzeugung frei, weil seine Frau ihn wegen Morddrohungen dazu drängt - §§ 34, 35 I 2? Im Wahlfach Arbeitsrecht kam Kurzarbeit (KSchG), AGG: Anspruch auf Beförderung der übergangenen Frau, § 15 IV AGG? Normenhierarchie im Arbeitsrecht. Im Zivilrecht Grundstücksschwarzkauf und Vormerkung. Im ÖR Föderalismusreform und Gemeinderecht. Im Wahlfach V+E Art. 32 GG. Herr Zumwinkel wird heute nicht nur verurteilt, 5 Minuten später soll die Akte wegen Telekombesitzung gemäß § 154 StPO geschlossen werden. Herr Steinmeier verlangt Verzicht auf Dividenden - wie ginge das rechtlich überhaupt? Dürfte die Aktiengesellschaft das bei einzelnen Aktionären machen? Dürfte sie, weil der Kanzlerkandidat einer linken Partei das so will, den Gewinn thesaurieren? Er hat offensichtlich keine Aktien. Ich meine, die Kursstürze waren schon schlimm genug und jetzt soll man dem schlechten Geld auch noch gutes hinterherwerfen? Ich will meine Dividenden haben.

Die bisherigen Januarklausuren: Im Mietvertrag steht, "Heizung muss dringend kontrolliert werden" - Mieter lässt die teuer reparieren (BGH 2008) und Eigenbedarfskündigung bei Schwangerschaft der Lebensabschittsgefährtin (muss man da nicht warten, bis das Kind schlüpft?); dann ohne-Rechnung-Reparatur in einer angemieteten Scheune, der Balken kracht runter; trotz Mangels soll der Leasingnehmer zahlen - es wurde mehrfach bei der Aufsicht gefragt, man verstünde die zweite Frage nicht - die Aufsicht: ich auch nicht; der Käufer lässt den mangelhaften Wagen beim Verkäufer reparieren und der Verkäufer rutscht beim Rausfahren von der Bremse - Folge: weiterer Schaden - das soll beim V öfters vorkommen. K hatte zunächst gezahlt und will nun sein Geld wieder. Das soll ein OLG Urteil sein. In der Prüfung Opitz/Langen/Lenz am 24.1. kam im Zivilrecht der Dachziegel-/Bodenfliesenfall und EV. Im ÖR der Nichtanwendungserlass des BMF, Lüth-Urteil, POR, im Wahlfach Staat und Verwaltung Zugang Rechtsextremer zur

Stadthalle mit EMRK - JuS? - im Strafrecht Raub/räuberische Erpressung, im Wahlfach Strafrechtspflege die Deals, in ZPO Klageänderung und Vollstreckungsrecht. Aus 32 wurden 45, aus 23 48, aus 31 53, aus 17 40, aus 65 109, aus 63 107 Punkte. Ein Verbesserungsversuch kam von 66,8 beim ersten Mal auf 107,2 beim zweiten Mal. Lohnt sich doch oder? Man wird innerhalb eines Jahres nicht schlauer aber erfahrener und unaufgeregter. In der Prüfung Roth/Huschens/Hammerschlag wurden aus 58 107, aus 37 72, zwei ausreichend und ein Durchgefallen. Im Zivilrecht § 241 a - Drittwirkung, (der Kunde, dem der Katalog aufgedrängt wird, gibt den an einen Dritten weiter, muss der ihn herausgeben?) im ÖR Gammelfleischbetrieb, im Strafrecht Rücktritt vom versuchten Raub mit Todesfolge; in IPR Rom II, in V+E Schutz deutscher Unternehmen vor russischem Staatsfonds, in Staat und Verwaltung BKA-Gesetz, in Strafrechtspflege Strafbefehl. Beim BVerfG gibt es in Wahlprüfungssachen nun eine Fortsetzungsfeststellungsklage nach Ablauf der Wahlperiode. Wie ist das bei der Verfassungsbeschwerde - auf welchen Zeitpunkt kommt es da an - die letzte mündliche Verhandlung? Wilhelm II. hat 150. Geburtstag - aus seiner Zeit haben wir das BGB und HGB und UrhG.

Im Zweiten am 21.1. Schwiern/Spelthahn/Nagel kam als Vortrag § 91 LBG: der Lehrer fährt mit dem privaten Wagen zur Klassenfahrt und macht einen Unfall und will vom Land den Schaden ersetzt haben. Dann kamen nur noch JuS-Fälle, im Strafrecht fährt der Nachbar mit dem Auto des Nachbarn weg, im Zivilrecht Erbrecht und Parteiwechsel auf Klägerseite-JuS, im ÖR will der Bürgermeister einen Verein nicht in seiner Zeitung erscheinen lassen - § 8 II GO. Im Zweiten am 20.1. kam als Vortrag BGH 828 II, im Strafrecht der Zahngoldkrematoriumfall aus der JuS und der betrunkene Fahrlehrer, im ÖR das Löwenbaby aus der NVWBl. Am 21.1. im Zivilrecht im Zweiten-Parallelprüfung: Was ist rating? Was ist ein shareholder? Was wurde heute morgen um 6 Uhr im Fernsehen berichtet? Spanien sei runtergeratet worden.- Freshfield-Anwalt - das schlägt den Mali-Fall bei weitem - der Grund ist der gleiche: Eitelkeit. Die Kandidaten mussten beschämt gestehen, dass das an ihnen vorbeigegangen sei. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn am 14.1. kam im ÖR der Abschleppfall des Autos, in das es reinregnet - die Kandidaten meinten, der Bescheid habe sich durch Zahlung erledigt und taten sich bei der Klagebefugnis schwer - o je. Im Zivilrecht § 830 I 2 - zwei Eigentümer haben nicht richtig gestreut - im Strafrecht lässt ein Terrorist einen Zugwaggon los und Bahnarbeiter sind in Gefahr - der bekannte Gleisfall - in Strafrechtspflege der Pascalfall: wieso in der Revision eine mündliche Verhandlung stattfindet, wenn die Sache doch klar sei. "Ich sach mal so: haben Sie eine Yacht oder irgendwelche dicken Autos?" Man hat nur eine Burg am Gardasee und kann sich weder an die Geburts- noch an die Todesdaten seiner Eltern (!) erinnern. Das Gericht wird aber korrigiert, als es Bergwandern als Hobby erkennt - nein, Bergsteigen. Grauensvoll und jeder hat noch im Gedächtnis, wie es bei ihm zuhause aussehen soll. Nicht eine Zeitung berichtet, dass der Mann doch eigentlich ganz tüchtig sein und einiges geleistet haben muss - als Anwalt muss ich den Auftritt doch mit ihm üben! Das Gericht hat den Steuerbescheid nachgerechnet und einen Zahlendreher gefunden - der Bescheid ist also falsch - und jetzt? Auswirkung auf das Verfahren? Kommen wir zu den executive orders des Präsidenten Barrack Hussein Obama. Wer entscheidet bei uns über den Zuschnitt der Ministerien? Darf jemand bei uns "per Dekret" arbeiten? Die Bundesregierung hat das Behördenfindungsrecht nach Art. 87 GG. Und Art. 65 GG? Hillary Clinton ist für die Krisenregionen der Welt nicht zuständig sondern für Erdbeerstaaten wie uns. Obama will ein Informationsfreiheitsgesetz in den USA - das hat er wohl bei uns abgucken. Er verbietet die Lobbytätigkeit nach Ausscheiden aus dem Regierungsdienst - das wäre bei uns vonnöten, wegen Art. 12 GG aber schwierig. Zu Zeiten von Trienekens ging durch die Medien, dass er hochrangige ältere Ministeriumsmitarbeiter abgeworben habe. Herr Schäuble meint, der Bund sei für die Aufnahme der Guantanamo-Häftlinge nicht zuständig - § 23 AufhG? Das seh ich auch so - er muss aber zustimmen. Herr Kister spricht in der SZ von Zuständigkeitsfanatikern unter Juristen. Das sieht er schief. Es gibt nichts schlimmeres als Juristen, die über die Hecke fressen.

Den Deutschen Anwaltsverein und die FDP treibt der neue § 160 a StPO um - die Berufsheimnisträger. In der Prüfung am 21.1. Herdegen/Faßbender/Ketterle kam als Vortrag Anspruch auf Namensänderung - volljähriges Kind will bei Scheidung der Eltern den adeligen Namen der Mutter und als zweiter Teil Fortgeltung der Weimarer Verfassung? - im Zivilrecht die BGH-Altersheim-Entscheidung zur unberechtigten Nacherfüllung - kannte keiner - im Strafrecht Rose-Rosahl, im ÖR Quelle-Backofen-Fall und lebenslange Freiheitsstrafe bei Mord. Obama hat seinen Amtseid wiederholt. Wie wäre das bei uns, wenn Herr Köhler im Mai die Eidesformel des Art. 56 GG verhaspeln würde? Wäre er dann Präsident oder nicht? Wie, wenn er den Text absichtlich ändern würde, z.B. Klausur: aus jedermann wird jede Frau und jeder Mann gemacht? Wie oft darf man denn einen Eid wiederholen? Die Deals sollen in § 257 c StPO geregelt werden. Wo ist denn b? § 261 a würde viel besser passen. http://www.bmj.de/files/-/3457/RegE_Gesetz_zur_Regelung_der_Verstädigung_im_Strafverfahren.pdf. Das Examenstutorium in Köln hat eine zusammenfassende Besprechung gemacht. Beim Zumwinkelverfahren sitzen zwei Staatsanwälte da. Mit wie vielen darf die StA da erscheinen - so viel wie sie will? Der BFH-Präsident schlägt vor, dass die Finanzverwaltung in Steuerbescheiden darauf hinweisen soll, dass sie in dieser Frage schon höchstrichterlich verloren hat - niedlich, das wird Herr Steinbrück sofort umsetzen. Verhält sich die Finanzverwaltung rechtswidrig, wenn sie Urteile nur einzelfallmäßig respektiert? Der erste deutsche Hausbesitzer versucht, sein Haus mittels Lotterie loszuwerden - da die gesetzlichen Voraussetzungen dafür nicht passen, will er einen Quiz machen, wahrscheinlich mit der Frage: spielt die Anwaltsserie Edel & Starck a) in Deutschland oder b) in Mexiko? Rechtsanwältinnen wollen lt. FAZ gegen die Krawattenpflicht vor Gericht kämpfen. Mit welchem Rechtsbehelf? Wo steht die Robenpflicht? Wer hat die eingeführt? Welche Schöffen sitzen in Roben? Welche Protokollanten? Wie unterscheiden sich Anwalts- von Richter- und Staatsanwaltsroben? Präsident Obama hat ein Guantanamo-Dekret erlassen. Ginge das bei uns auch? Ist die StA als Vollstreckungsbehörde tatsächlich die unabhängigste Behörde der Welt, wie sie immer hören will? Noch mal zu den Bienen. Bauordnungsrechtlich kann man gegen die nichts machen - § 65 Nr. 49 BauO. Bauplanungsrechtlich - § 14 BauNVO? Sind Bienen Kleintiere oder kleine Tiere? Kleintiere sollen nur solche sein, zu denen man eine Beziehung aufbauen kann, aber nicht solche, die nur in der Gegend rumfliegen - ich glaube, ein Imker sieht das anders. Warum sind im BGB die Bienen mit 5 Vorschriften geregelt aber - ursprünglich - die AN nur mit einer Vorschrift? Welche Tiere kennt das BGB - große und kleine? Was ist ein zahmes, gezähmtes, wildes Tier? Praktischer Unterschied? Was ist animus

revertendi? So einen Mist merkt man sich sein Leben lang. Ist eine Katze ein Nutztier? Praktischer Nutzwert ist Null. Wer hat schon mal einen Fall in der Praxis mit Bienen oder entlaufenen Katzen?

In der Prüfung Hensler/Terhorst/Horst-altes Recht- am 20.1. war die Südkurve während Strafrecht und Zivilrecht in der Kantine - im ÖR kam § 127 StPO, im Wahlfach StPO konnte die Kandidatin mit Deal nichts anfangen, sie kannte den Begriff nicht - der Prüfer wurde sauer, ob sie keine Zeitung lese, das stünde doch jeden Tag drin. Ich wär glaub ich handgreiflich geworden. Im Zweiten letzte Woche kam im ÖR der Bienenhaltungsfall JuS 08 Dezemberheft S. VI. Masterfrage: sind Bienen Kleintiere im Sinn des § 14 BauNVO? Im Zivilrecht : wie heißt das Vermögen der AG und der GmbH? MoMiG, die Ohne-Rechnung-Entscheidung des BGH, im Strafrecht viel StPO: warum kann in der Hauptverhandlung zu Protokoll erklärt werden, dass Rechtsmittel eingelegt werde? § 341 StPO? Im Zweiten am 20.1. - Schenkelberg pp.. - kam als Vortrag das Kind, das gegen ein ordnungsgemäß geparktes Auto fährt - § 828 II Problematik des BGH. Im Strafrecht Deals, im ÖR keine Zulassung zum Weihnachtsmarkt und Schadensersatzanspruch im Januar (der Prüfer wollte § 39 OBG hören - als Polizeipräsident kommt man auf so eine Idee), im Zivilrecht Gesamthandsgemeinschaften - HGB/Arbeitsrecht. Obama ist vom Chief Justice vereidigt worden. Wer wäre das bei uns gewesen? 500-Euro-Frage bei RTL. Das Konjunkturpaket II soll nicht in einem zustimmungsbedürftigen und -freien Teil aufgespalten werden. Die Grünen sind plötzlich mit im Boot. Dürfte der BTag den Regenwurm in zwei Teile teilen? NRW hat 1.016 Staatsanwälte berichtet die SZ und meint, Frau L. sei eine Heldin gewesen und jetzt nun nicht mehr - völliger Schwachsinn. Es gibt eine Neuauflage der Fetteckenproblematik. Das Darmstädter Museum will zwecks Renovierung eine Beuys-Installation beseitigen. § 93 - Fett in einer Raumecke? Oder § 95?

Erste Examensklausur im Januar: Leasing und AGBs. Der EuGH hat unseren § 7 IV BUrLG gekippt, soweit es um kranke AN geht, die ihren Urlaub nicht bis zum 31.3. des Folgejahres nehmen können. Könnte es sein, dass gekündigte AN dann plötzlich erkranken? Im Zweiten am 13.1. kam als Vortrag die senegalesische Tänzerin des BGH - auch Oktoberklausur im Zweiten - im ÖR Strassenumbenennung, im Strafrecht Aussagedelikte, im Zivilrecht StVG. Nach dem Spiegel ärgert sich der BFH-Präsident nicht nur über die Nichtanwendungserlasse des BMF sondern auch darüber, dass bei drohender Unterliegensgefahr die Finanzverwaltung ein Urteil vermeidet, indem sie dem Kläger recht gibt und der zieht die Klage dann zurück. Am 9.1. in Düsseldorf Schwarz/Preuss/? kam im Strafrecht die Dezemberklausur - Tankkartenmißbrauch - im ÖR die Brokdorfsentscheidung, im Zivilrecht § 812 gegen Minderjährigen, der vom geklauten Sparbuch der Großmutter Geld abgehoben hat - was ist das Sparbuch rechtlich? Als Vortrag: 1. Teil § 106 InsO - Testamentsvollstrecker gegen Pseudoerben, 2. Teil Vormerkung - nichts aktuelles - Vortragsnoten 3, 4 und 8 Punkte. Bella Block: während die Kommissarin den Täter verhört, gesteht dessen Mutter, sie sei die Täterin, um ihn zu schützen. Die Kommissarin gibt vor, T sei unschuldig und entschuldigt sich. Dieser eitle Tropf sagt nun im Fahrstuhl, er sei der Täter, sie könne es ihm aber nicht beweisen. Frau Block nimmt das unbemerkt auf Tonband auf. Dieses spielt sie bis auf den Passus, das können Sie mir nicht beweisen, der Mutter vor, die ihren Sohn belastet. Dieses neue Tonband wiederum wird dem Täter vorgespielt, der nun gesteht. Kriminalistische List oder § 136 a StPO? Verstoß gegen §§ 52, 55 StPO? Verwertbar? Materiell-rechtlich auch spannend: der Täter fingiert eine SMS, die vortäuscht, das Opfer habe eine Affäre, damit der Freund sie zusammenschlägt. Er will dann als Retter geliebt werden, bringt das Mädel aber um und macht noch ein Foto, das er in die Zeitung setzt (warum die 3 Stunden brauchen, ihn als Täter zu finden, weiß ich nicht). Beleidigung durch die SMS? Der Freund § 227? Die Inauguration - darf man da mit Schuhen hin oder nur Schnürstiefeln? - ist das eine Versammlung? Einer Schule in Korschenbroich wird das morgendliche Gebet seitens des Schulamtes verboten - so weit sind wir schon - Ermächtigungsgrundlage? Das AG Gummersbach verlegt einen Strafprozess wegen Lustreisen von Kommunalpolitikern ins benachbarte Pfarrheim - das hat grössere Räumlichkeiten als das AG. § 108 e oder § 331? Darf ein Gericht in die KölnArena ziehen? Die FDP regiert nun heimlich in der BReg mit - ohne sie läuft im BRat nichts mehr. Reform des Bundesrates? Teilung der Stimmen nach Mehrheitsverhältnissen? Jemand ergattert über ebay ein Auto für 100 €. Der Verkäufer sagt, er habe das Angebot nicht eingestellt. Pech gehabt. Kein § 156 BGB.

In der Prüfung am 19.1. Löwer pp. war im Wahlfach Strafrechtspflege der ENBW-Freikartenfall des BGH unbekannt. Im Strafrecht kam § 266, im Zivilrecht "Anerkenntnis" einer schon verjährten Forderung und IPR und im ÖR "Sicherungsübereignung" der argentinischen Botschaft und Art. 100 II GG - BVerfG - hatte er schon mal geprüft. Frau Ypsilanti gibt den Fraktions- und Parteivorsitz ab - nach 18 Uhr, sie hat wohl noch auf ein Wunder gehofft. Die Parteien wissen immer schon um 17 Uhr spätestens, wie die Wahl ausgeht. Was heißt das rechtlich? Der Rückstand eines Vereinsvorstandes ist gesetzlich nicht geregelt. Der von der Fraktion auch nicht. Das OLG Frankfurt hat einen Berufskläger - sog. räuberischer Aktionär - zum Schadensersatz verurteilt. Dann müsste man das bei Abmahnanwälten auch tun. Am 19.1.1919 haben Frauen zum ersten Mal gewählt. Welches Wahlrecht galt damals?

Einseitiger Waffenstillstand Israels im Gazastreifen - gilt hier die Haager Landkriegsordnung? Eher nicht, da es sich um einen internen Konflikt handelt. Körperverletzung mittels zugeprägtem Deckel einer Sonnenbank - man sieht aus wie Ayers Rock. Führt das zu § 224? BGH 4 StR 465/08 meint nein, wenn es um Vergewaltigung geht. § 226 bei zwei tauben, eingeschlafenen Fingern? Nein, BGH 3 StR 167/08 und 4 StR 375/08. Entweder muss das Gesetz geändert werden oder der BGH. Wenn man nur einen Finger verpflostert hat, ist man doch schon behindert. Heute wird in Hessen der Bundespräsident gewählt, Frau Schwan.

Die Dezemberklausuren: Unfall beim Straßenrennen = OLG Rostock vom 19.11.04 - 8 U 239/03; BGH vom 4.2.05 - V ZR 142/04; Schönheitsreparaturen mit starren Fristen, (BGH) Automatenbetrug an der Tankstelle und der Vermieter vergreift sich an der Mieterkaution (BGH), Castortransport/VersR und § 16 I AbgG NRW. Nach der FAZ wollen wir unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach Afghanistan exportieren - das war nach dem Krieg eine Notlösung: staatlicher Rundfunk ging wegen Art. 5 I GG nicht, privater wegen den Alliierten nicht, also machte man das

Zwischending des ör Rundfunk. Am deutschen Wesen wird die Welt genesen. Das BVerfG wird im Februar den Vertrag von Lissabon verhandeln, der natürlich gehalten werden wird. Man will ja nur dem EuGH die Möbel gerade rücken. Die Pressemitteilung zeigt alle Punkte auf, in denen die wesentliche juristische Argumentation liegt. Es kommt immer noch kein Gas über die Ukraine - ist das ein Verteidigungsfall?

Wie vereinbart man wirksam eine Endrenovierungspflicht des Mieters? BGH VIII ZR 71/08 sagt wie: in dem Übergabeprotokoll handschriftlich. In der Prüfung am 9.1. Bönders pp. kam als Vortrag BGH V ZR 21/07, ob eine Vormerkung nachträglich erweitert werden kann. Im Zivilrecht Familienrecht - Scheidung. Im Strafrecht Instanzenzug und der Tesafilmfall, im ÖR die erschlichene Einbürgerung - BVerfG und Klausur - und mehrfach Auslegungsmethoden. Am 15.1. in der Prüfung Timme/Hammerschlag - altes Recht - auch wieder ein Trauerspiel - es haben aber alle bestanden. Einem Mädels fielen ihre langen blonden Haare immer ins Gesicht - Gesetz nicht ins Gesicht. Haftens Grundschuldgeber und Bürge nach Köpfen oder nach Quoten im Innenverhältnis? BGH XI ZR 588/07. Darf man ab heute in der "Bundesstadt Bonn" überall 100 fahren? Das AG Hanau meint, Ortsschilder mit seltsamen Zusätzen seien keine solchen - man würde sich also im außerörtlichen Verkehr bewegen. Sind das nichtige VAE? Doch wohl kaum. Was heißt "Bundesstadt"? Rechtlich? Köln will die Skater von der Domplatte bringen, die Juristen dort meinen, das ginge nicht, da diese wie Fußgänger zu behandeln seien. Dürfen denn Fußgänger nachts Lärm machen? Es gibt ja noch was anderes als das LStrWG und dieStVO - nämlich das LImSchG. Man könnte eine Sondernutzungssatzung machen - ich glaube, die Stadt Köln will einfach nicht - sie könnte schon. Und das Problem des Kreuzbergurteils: man kann nicht von allen Seiten auf den Dom gucken - es sind alte Verträge gefunden worden - führen die zur Baurechtswidrigkeit des Museum Ludwig? Sind das Verträge zugunsten der Kirche - kann die daraus klagen? Darf die Polizei Israel-Fahren aus den Fenstern nehmen, um eine Eskalation bei einer Anti-Israel-Demo zu verhindern? Ermächtigungsgrundlage? Das VersG ist seltsam. Vor der Demo gilt es nicht und nach der Auflösungsverfügung auch nicht - s. § 15. Befugnis zum Betreten der Wohnung? Darf der Vermieter solche Bettlaken verbieten? BGH IX ZR 180/08: Wird das Mietshaus zwangsversteigert, gilt das nicht für die Einbauküche des Mieters - ein klassisches Klausurproblem - da leuchten alten Prüfungsprofis die Augen: §§ 90 II, 55 II ZVG. Bisher war es so, dass im Norden bis zum OLG Celle Einbauküchen wesentlicher Bestandteil einer Mietwohnung waren - man konnte bei Anmietung einer Wohnung offenbar davon ausgehen, dass da eine Küche drin ist. Anders bei Bädern. Schauen Sie mal in den Palandt zu § 97. Was sagt das über die Unterschiede von Nord- und Süddeutschland? Darf der BGH das ändern? Ist er nicht nur für bundesweite Fälle zuständig? Die FR berichtet auch über den kommenden Geburtstag des GG. Es sei die Antwort auf die Nazis gewesen. Der Wandel vom Untertanen zum Bürger und die Grundrechtsbindung seien die wichtigsten Punkte. Die FAZ berichtet jetzt schon 2 Tage hintereinander über den Bedeutungsverlust der Landtage. Die haben ja tatsächlich nichts zu tun. Wann hat man schon mal eine Nachlieferung für den Hippel, die es sich lohnt einzusortieren? Der BT und Brüssel nehmen alles in Beschlag. Jemand bewirbt sich als Jurist bei der Architektenkammer und legt ein Zweites-Examens-Zeugnis vor, in dem "Westfahlen" steht. Betrug? Urkundenfälschung? Die BReg will Kinderpornos im Internet blocken - warum erst jetzt? Art. 5 I GG? BAG: darf ein AN wegen Fortbildungskosten 5 Jahre gebunden werden? Art. 12 GG über § 134? Nein. Ich würde sagen, es kommt drauf an.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn am 14.1. sind drei durchgefallen - auch zum letzten Mal. Der BGH traut sich im Bodenfliesenfall nicht, eine richtlinienkonforme Fortbildung zu machen - er legt dem EuGH vor. Der Beschluss des OLG Hamm 3 Ss 318/08 Seite 242 der NJW zeigt mal wieder, dass man als Wald-und-Wiesen-Anwalt nie eine Revision in Strafsachen anpacken sollte, wenn es um Verfahrensfehler geht. Haftet ein Arbeitgeber für den Selbstmord eines Arbeitnehmers nach einer unwirksamen AG-Kündigung und Vertragsverletzungen - Mobbing? BAG NJW S. 251 - 8 AZR 347/07. Das BAG hat das Maruko-Urteil des EuGH fortgestrickt: Betriebsrente für gleichgeschlechtlichen Witwer. Die FAZ berichtet über das Lüth-Urteil als wichtigstes Urteil des BVerfG (richtig, gestern im Kurs kannte das gerade mal einer). Grundrechte seien dadurch heilig geworden. Ach Gottchen. Der eigentliche Grund ist, dass das BVerfG sich hier seine Machtmonopolauslegungsvorrangstellung auf sämtlichen Rechtsgebieten durch einen dogmatischen Zauberkolch geholt hat. Das zweitwichtigste Ereignis sei die Wiedervereinigung gewesen. Für das GG? Ich würde da eher die Unterwerfung des BVerfG unter die EuGH-Rechtsprechung und als drittes den Rücktritt davon einstufen. Letzteres soll ja durch die Mangold-II-Entscheidung kommen. Da der EuGH im Moment aber wackelt - s. Cartesio und Doc Morris - und da der BGH sich dem EuGH und dem EGMR - Caroline - unterwirft (Quelle-Backofen-richtlinienkonforme Fortentwicklung), ist es möglich, dass das BVerfG in Sachen Mangold als Tiger losspringt und als Bettvorleger landet. Zweites Problem nach der FAZ: Verfallsdatum für die Verfassung? Brauchen wir nicht "Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht" - im Gegensatz zu den USA halten die bei uns eh nur maximal 60 Jahre. Wenn der Vertrag von Lissabon doch kommt, tritt das GG in die zweite Reihe zurück. Das können Sie gerne anders sehen.

Noch Impressionen der Südkurve aus der Rosenbergerprüfung: Outfit einer Kandidatin: Glitzeranzug und neonblaue Bluse - wenn eine Antwort gegeben wurde, wurden die Haare dekorativ nach hinten geworfen. Drei Kandidaten landeten auf 40 Punkten, eine mit 29 Vorknoten bekam etwas mehr. Kommentar der Prüfer: wenn wir Sie durchfallen lassen, müssen wir alle durchfallen lassen. Im ÖR wurde § 36 VwVfG in der VwGO gesucht. "Sagt Ihnen das VwVfG etwas?" Als der Prüfer "Bescheid" sagte, wollte die Kandidatin prüfen, ob ein VA vorliegt. "Wenn ich Bescheid sage, können Sie mir vertrauen, dass das ein VA ist." BGH 2 StR 495/08: die StA macht einen Deal mit, 12 Jahre für § 251 StGB, obwohl ein dolus eventualis hinsichtlich des Todes vorliegt. Der BGH meint, hier sei unzulässigerweise eine Punktstrafe vereinbart worden und hebt auf Revision der StA auf - Mord wäre richtig. Obwohl § 251 auch die vorsätzliche Tötung erfasst. Und nett zu lesen ab Rdnr 11: BGH 2 StR 435/08. Darf man im Park von Sanssouci fotografieren, obwohl die Parkordnung das untersagt, und einen Kalender daraus machen? Wer ist der Störer, den die Stadt Potsdam verklagt? FAZ-LG Potsdam: die Fotoagentur. Die Vorderfronten von Häusern unterliegen der Panoramafreiheit - die Rückseite nicht. Hat eine Stadt bzw. die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Kompetenz, das UrhG in ihrem Park auszuschließen? Ich würde mir den Friesenhausfall I ZR 54/87 ganz doll angucken. Das

Konjunkturpaket II: in welcher Form ist das denn juristisch umzusetzen? Reicht der ordre de mufti des Koalitionsausschusses? Wesentlichkeitstheorie? Christian Klar hat per e.V. erreicht, dass er nicht fotografiert werden darf. Frau Ponto muss dulden, dass sie im Film fies dargestellt wird. Ich finde das nicht richtig. Die SZ meint, der Deal bei Herrn Zumwinkel sei in trockenen Tüchern. Die FR und Die Welt schreiben, keineswegs, in Bochum hätte man gesagt, was Frau L. vereinbart hätte, wäre so alt wie die Zeitung von gestern. Man merkt aber, dass es der Justiz wohl vor allem um eines geht: wie kommt man am schnellsten an das Geld von Steuersündern und vor allem, welche Landeskasse? Alle Staatsanwaltschaften wollen jetzt Liechtenstein-Sachen machen. Nicht sehr beeindruckend.

In der Prüfung Rosenberger et alia am 13.1. kam im Strafrecht zunächst StPO - steht alles in den Protokollen, warum haben Sie denn nicht gelesen? Der Chirurg nimmt für einen Terroristen mit einer seltenen Blutgruppe einem anderen Patienten Blut ab - es ginge um einen Verkehrsunfall. Im ÖR OBG - Obdachlose in einem leeren Haus. Die Kandidaten haben nicht hochgeguckt, daraufhin wurden die Fragen freigegeben, auch dann kamen keine Antworten. Zwei redeten so leise, dass niemand im Zuhörerraum sie verstanden hat. Alle haben bestanden. In der Parallelprüfung ein ähnliches Bild des Grauens - auch da haben alle bestanden. Stellvertretung, Raub - nichts aktuelles. Man hätte kein Jura studieren müssen sondern nur die Protokolle lesen müssen - aber das tun die Leute ja auch nicht. Wieso ist Bochum für Liechtenstein in ganz Deutschland zuständig? Der Spiegel am 12.1. und die SZ am 13.1. meinen, weil Frau Lichtinghagen zuhause eine Akte gebunkert habe, für die Bochum zuständig sei und die anderen Fälle würden "im Zusammenhang" damit stehen. Diese eine Akte sei vorsätzlich nicht bearbeitet also im Wachkoma gehalten worden. § 13 StPO und § 143 IV GVG - hätte das sein müssen? Strafbarkeit gemäß § 133? Kann Herr Zumwinkel, bei dem es am 22.1. losgeht, daraus Honig saugen? Will er das überhaupt? Das Handelsblatt meldet, er habe doch einen Deal ausgehandelt - umfassende Aussage gegen Bewährung. Christoph Daum - Wohnsitz, Tatort, Ergreifungsort Köln/Leverkusen - ist damals in Koblenz angeklagt worden, man setzte ihn zu seinen drei Dealern auf die Anklagebank - pure Gemeinheit, weil die Justiz im Nachbarland als sehr hart bekannt ist. Angeblich werden Drogendealer nicht in Mehlem von der NRW-Polizei angehalten sondern die rufen in Remagen an und sagen, da kommt gleich wer.

Das OLG Naumburg hat befunden, dass dem OLG Naumburg in der Sache Görgülü keine Rechtsbeugung nachgewiesen werden könne, weil das Beratungsgeheimnis das verhindere. Im Erdal-Wildlederspray-Fall wurde vor Jahren entschieden, dass ein Geschäftsführer sich nicht rausreden könne, es hätte keinen Sinn gehabt, für eine Rückrufaktion zu stimmen, da er ja überstimmt worden wäre. Aber vor dem Gesetz sind ja alle gleich, unter der Voraussetzung, dass es dieselbe Vorschrift ist. Die Zeitungen berichten über den Enzianmord ("wenn Frauen morden"): nicht der Ehemann hat den getrunken sondern sein Stubenkamerad, die Ehefrau sei deshalb nur wegen Versuchs und fahrlässiger Tötung bestraft worden. Das kann eigentlich nicht sein - oder die Richter haben ihr Examen alle noch im Feld gemacht. Die SZ ausführlich über den Lichtinghagenfall: manche Ermittler bekämen Fleckenbefall, wenn man sie darauf anspreche. Sarkozy schafft den Untersuchungsrichter ab. Ist das so schlimm? Hoffentlich wird der Staatsanwalt aufgewertet - aber der ist probablement in der Exekutiven verankert, deren Chef Sarkozy heißt.

Das Original ist wie immer besser als die Übersetzung: David Foster Wallace Commencement über google. Der Bund wird nicht nur Aktionär bei der Commerzbank, er bekommt auch eine stille Einlage - nicht als Zwitterkapital sondern als Eigenkapital. Die FAZ berichtete am 10.1. über den Kampf der Städte im Januar 1919 um den Geburtsort der Verfassung. Es hätte auch Potsdamer Verfassung heißen können - aber zum Glück nicht Castrop-Rauxeler.

BGH XII ZR 200/06: GoA oder § 812, wenn ein Mieter bei unwirksamer Endrenovierungsklausel renoviert? Fremdgeschäftsführungswille? Entgegenstehender subjektiver Wille des Vermieters? Aufgedrängte Bereicherung? Ist § 539 abschliessend? Passt der hier? Oder ist der bei Vertragsabschluss geltende § 547 a.F. entscheidend? Wenn man so einen Anwalt hat, braucht man keine Feinde: der Anwalt von MP Althaus gibt ein Spiegel-Interview (!) und sagt, sein Mandant (der sich an nichts erinnert) sei in die Piste der Slowakin reingefahren. Der Versicherungsschutz dürfte ernsthaft gefährdet sein - wenn er denn eine hat. Dann zahlt eben die Haftpflichtversicherung des Anwalts. Frau Ponto hat beim LG Köln verloren. Kunstfreiheit vor Persönlichkeitsrecht. Na ja. Im Lebachfall durfte die Resozialisierung der Täter nicht durch einen Film gefährdet werden, hier wird das Ansehen der Opfer von Terroristen gefährdet. Was fällt dem Filmemacher ein, die unsympathisch darzustellen? Man hätte es ja auch anders machen können. Darf überhaupt ein Film über die Opfer gemacht werden? Person der Zeitgeschichte ist ja nicht mehr seit dem Caroline-Urteil. Also nur als Beiwerk der Landschaft. Im Fall Passau überlegen mehrere Zeitungen, ob nicht Frau M. ihrem Mann das Küchenmesser, das ja zufällig vor der Tür gelegen haben soll, versehentlich in den Bauch gerammt hat. Was bedeutet das
prozessual?

An die zweiten Einbaukosten bei mangelhaften Bodenfliesen/Parkettstäben geht der BGH nicht mehr ran - VIII ZR 65/08 vom 9.1.09. Die FAZ meint, Deutschland habe eine neue Staatsbank. Der Bund hat die Commerzbank/Dresdner Bank weich verstaatlicht - trotz Art. 15 GG. Welche anderen rechtlichen Möglichkeiten hätte es gegeben? Eine Bad Bank? Einen Kredit mit Sicherheiten? Dann wären die wohl überschuldet und müssten im schwarzen Anzug zum Insolvenzgericht. Frau Merkel hat auch Sarkozy weggebissen. Die von ihm gewünschte EU-Wirtschaftsregierung - naturellement avec lui comme président - wird es nicht geben sondern einen UN-Wirtschaftsrat - als wenn sie das bestimmen könnte - bekanntlich sind wir zur Zeit überhaupt nicht im Sicherheitsrat. BGH XII ZR 148/06 = NJW 09 S. 142: doppelte Haftung als Vermieter und /oder Bastler, wenn die Scheune mit den Autos auf den vermieteten Stellplätzen
plötzlich
brennt?

Der 8. Zivilsenat - VIII ZR 149/08 - verhandelt am 14. Januar, ob ein Strom/Gasvertrag nach Fernabsatzrecht widerrufbar ist - § 312 d IV Nr. 1 - passt der? Nein, da ja das Gas nicht verbraucht wird oder vergammelt wie

zugesandte Lebensmittel sondern das sitzt in der Leitung und wird nicht abgerufen - meine Meinung. Und VIII ZR 70/08: der Bodenfliesenfall: Erste Einbaukosten bei mangelhaften Fliesen (§ 439 I, II? Nein, da man ja nur das verlangen können soll, was man beim ersten Mal bekommen hat - also die Fliesen im Supermarkt - nur über § 284 - ???), die Ausbaukosten? (§ 439 IV? we will see - die Nacherfüllung setzt ja voraus, dass die mangelhafte Leistung entfernt wird, man kann die Fliesen ja nicht draufpappen), die zweiten Einbaukosten (§ 439 I, II? Nein, s. Parkettstäbefall - nur über § 284). Woraus ergibt sich, dass der Arbeitgeber heizen muss? Eine Zeitung meint, nur aus § 618 BGB. Also wenn es gesundheitsgefährdend wird. Die Kassiererinnen bei meinem Rewe tun mir leid - die sitzen direkt an der Automatiktür. Kann die EU bzw. EG was machen, wenn die Gaslieferungen aus Russland weiter ausbleiben? Die Welt verweist auf die Richtlinie 2004/67/EG, die bei uns bis Mitte Juni 2006 hätte umgesetzt werden müssen. Wie soll eine EG-Richtlinie da helfen? Hat die EG bzw. EU - welche Säule? - eine Kompetenz, Russland den Krieg zu erklären? AETR-Rechtsprechung - die Innenkompetenz entspricht der Aussenkompetenz? Gibt es eine europäische oder völkerrechtliche Pflicht, zu helfen? Island will Großbritannien vor dem EGMR wegen der Finanzkrise verklagen - eine Staatenbeschwerde ist da unüblich - man klärt unter befreundeten Staaten so was beim Neujahrsempfang - aber hier gibt es wohl keine Freunde mehr. Vor dem LG Köln ist die Klage der Ponto-Witwe gegen den RAF-Film verhandelt worden. Was ist der Unterschied zum Mephisto- und Esra-Fall und der Buddenbrook-Konstellation? Schlüsselroman über eine private Familie oder das allgemeinhistorische Interesse? Geht hier die Kunstfreiheit oder eben die historische Lauterkeitspflicht (habe ich mal so erfunden) vor? In Hamburg streitet man sich darüber, ob ein Bordell ein Vergnügungs- oder ein Gewerbebetrieb ist - "Schätzchen, ich muss mal gerade ins Gewerbebetrieb zum Baumarkt".

Die Welt hat David Foster Wallace Kenyon Commencement Address ins Internet gestellt: googeln Sie zu David Foster Wallace Erwachsenwerdens - eine Sauerstoffdusche fürs Gemüt. Und ein Lehrstück, wie man formulieren kann. Das VG Gießen hat die Regelung der W-Besoldung dem BVerfG vorgelegt. Der Fall Dagobert kommt heute im Fernsehen - war schon mal Klausur: das Lösegeld soll in eine Mülltonne, Dagobert kommt von unten aus dem Gully und verschwindet damit. § 255? Verfügung oder Wegnahme - unwesentliche Abweichung des Kausalverlaufes? Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für das Leben der Kaufhof-AG? Der von Blagojevich ernannte Obama-Nachfolge-Senator kam nicht ins Kapitol rein. Bei uns wäre das Art. 40 GG. Welches Gericht ist zuständig?

Das BMJ will den fliegenden Gerichtsstand der Presse abschaffen - das wird kaum gehen, da Art. 5 EuGVVO den auch hat und da kann Frau Z. nicht ran. Bei Gegendarstellungsansprüchen geht der Gerichtsstand nach dem LPresseG - gucken Sie mal in ein Impressum von Bild oder Express rein, da steckt schon System dahinter. Bei § 823 gilt bisher § 32 ZPO. Die EU will Sammelklagen einführen - Kompetenz? Die Wundertüte des Art. 95 EG. Der Rotterdamer Bürgermeister hat zwei Pässe. Dürften wir einen ausländischen gewählten Amtsinhaber haben? Die FAZ berichtet über behavioral law - das StGB ist da sehr modern. Wenn ein Straftäter ein bißchen nachdenken würde, bevor er handelt, könnte er viele Dinge straflos tun. Das StGB bestraft impulsives Verhalten. Der Kollege mit dem Flick-Sarg führt das ja gerade vor: angeblich vertritt er eine Wahrsagerin und fordert für deren Sehen Geld. Ist er Täter oder Gehilfe eines Betrüges oder macht er das sehr geschickt, also geschmacklos aber straflos? Die Düsseldorfer Tabelle ist schon wieder renoviert worden. Der Zwei-Jahres-Rhythmus ist wohl dahin.

Die FAZ berichtet über Feuerbach: der Richter, der sich nicht ans Gesetz halte, schände seinen Beruf. In Frankreich wirkt die Verschrottungsprämie - es werden mehr Autos gekauft. Was ist eine Verschrottungsprämie rechtlich? Die CSU will das LImSchG ändern - gegen Kindergeschrei dürfe man nicht mehr klagen - kann das BGB so ausgetrickst werden? Die Welt berichtet über getürkte Produktbewertungen im Internet - die Verkäufer loben ihre Produkte selber oder Claqueure. Ist das Betrug? Wie, wenn die Produkte der Konkurrenten schlecht gemacht werden - §§ 185 ff.. StGB? Beziehen die Vorschriften sich nur auf Personen oder auch auf deren Sachen? Vor Jahren schrieb mich ein jetzt pensionierter Prüfer an, in seinen Prüfungen würden Kandidaten (die nicht bei mir waren) im Vorgespräch sagen, ach, übrigens, ich war bei der Klamser. Man glaubt es ja nicht. Und, wenn wir schon mal dabei sind, es gab schon Kandidaten, die ihren Lebenslauf aufgehübscht haben: Klavierspielen, ich liebe Opern und mache gerne Bergwandern und arbeite Tag und Nacht in der Fachschaft. Wenn man dann in den Protokollen von den diversen Vorlieben des Prüfers liest, kauft man sich ein Merian-Heft oder einen Opernführer und guckt den Spielplan in Köln an.

Der Anwalt, der den Flick-Sarg zurückgeben wollte, erklärt nun, seine Mandantin sei angeblich eine Wahrsagerin. Ist das Betrug oder Behilfe zum Betrug? In dubio pro reo ist davon auszugehen, dass die Wahrsagerin an ihre Fähigkeit glaubt. Ist ein Anwalt Täter oder nur Gehilfe? Will er täuschen? Ein deutscher Ministerpräsident stößt auf einer österreichischen Skipiste mit einer in den USA lebenden und mit einem Österreicher verheirateten Slowakin, die 4 Kinder hat, zusammen. Niemand hat den Unfall gesehen. Nach welchem Recht geht das? Art. 40 EGBGB? Was würden Sie als Anwalt der Familie der Frau empfehlen? Deutscher Gerichtsstand? Wieso gelten die Regeln der FIS auf der Piste und nicht die österreichische StVO? Betriebsgefahr eines Skifahrers? Hoffentlich ist er gut privat haftpflichtversichert. Wie wäre es, wenn der Unfall im Februar passiert wäre? Haftet der Staat für die Verletzungen des MP, weil sein Leibwächter den Unfall nicht verhindert hat? Anspruchsgrundlage? Wer vertritt den MP, der im künstlichen Koma liegt? Wie wäre es bei der Kanzlerin?

BGH 3 StR 156/08: ist man Mittäter der Urkundenfälschung des Passfälschers, wenn man ihm das notwendige Foto gibt? Nein, nur Teilnehmer. § 271, wenn man versucht, ein gestohlenen Auto mit falschen Papieren zuzulassen? Ja. Die SZ sieht es als Vorteil an, dass BVerfRichter nicht wiedergewählt werden können. Die FAZ berichtet im Gegenzug über die lebenslangen Bundesrichter in den USA und Obamas Schwierigkeiten, nach 8 Jahren Bush neue Richter einzubringen. Die SZ schreibt über U-Bahn-Diagnosen: ein Arzt erkennt in der U-Bahn bei einem Passagier eine schwere Krankheit. Muss er ihm das sagen, darf er das oder darf man sich das verbitten? Der Golfprofi John Daly schleudert

eine Kamera gegen einen Baum, weil er unerlaubt während eines Turniers fotografiert wurde - strafbar? Der Vatikan übernimmt nicht mehr automatisch die italienischen Gesetze - ist er dadurch zu einem Staat geworden?

Der BGH 1 StR 484/08 meint, dass Vorsitzende Beweisantragsfristen setzen dürfen - woraus ergibt sich das? §§ 243 ff., dem Herzstück der StPO, oder aus dem GVG? Muss nicht der Gesetzgeber so einen einschneidenden Eingriff vornehmen - Wesentlichkeitstheorie im Verhältnis Legislative-Judikative? Ganz sicher ja. Gerade Vorsitzende von Schwurgerichten (manche-einige-wenige) neigen hin und wieder zur Eitelkeit. In Bonn gab es mal einen, der hat den Zeitungsberichterstattem ihre Berichte in die Feder diktiert - das sagt doch schon alles. Warum dauern Strafverfahren so lange? Weil die StPO ausser in Haftsachen keine Fristen hat und Verteidiger ausser in Haftsachen nicht auf ein schnelles Verfahren drängen. Nicht, weil die Zeugen alles vergessen haben könnten, sondern weil der Angeklagte eine neue Freundin und Arbeitsstelle hat und ein Kind erwartet. Die Jubiläen 2009? 1949 - NATO-Gründung, GG, Europarat - 1919 - 1989 - 1849 - 1789 - 1939 - 1879. Und es wird alles gewählt, was nicht bei drei auf den Bäumen ist.

31. Dezember 2009

Am letzten Tag des Jahres ein Blick nach vorne: die Entscheidungen des BVerfG zur Vorratsdatenspeicherung und Hartz IV stehen am Jahresanfang an. Ein Rückblick zu den Prüfungsthemen: in den Klausuren kam sehr wenig Sachenrecht, im Gegensatz zu den Vorjahren, fast in jedem Monat Baurecht, eigentlich in jedem Monat mehrere aktuelle Entscheidungen - meist ein viertel bis drei viertel Jahre alt. Im Mündlichen haben sich die Prüferköpfe nicht geändert - also häufig die letzten Examensklausuren, die aktuelle JuS und natürlich Protokollfälle. Viel IPR und Europarecht. Viel ZPO und StPO. Die Vorträge sind nach den verteilten Noten zu urteilen unterdurchschnittlich = grottenschlecht. Die Leute meinen, sie müssten das nicht üben. Oder nur vor ihren Freunden. Das ist wie beim Golf: man sieht sich nicht selber und merkt seine Fehler nicht - die Mitspieler sehen die aber auch nicht sondern nur der Pro. Ein paar Beispiele: "K könnte gemäß vierneununddreißig ..." die Leute merken gar nicht, dass es "Paragraph Vierhundertneununddreißig" heißen sollte. Oder "Mein Vortrag beschäftigt sich mit ..." oder "Heute berichte ich über ..." - oje, und worüber berichten Sie morgen? Dann bekommt man noch gesagt, dass die Uni-Assistenten solche Eingangssätze empfehlen. Der Eingangssatz ist Ihre Visitenkarte, die Sie auf den Tisch legen. Also ein gestochen scharfer Obersatz, der den Sachverhalt so verkürzt aber verständlich enthält, dass nicht informierte Zuhörer wissen, worum es geht. Beispiel "V könnte von K 300 € aus § 433 II BGB verlangen" oder doch besser "Der Verkäufer V könnte von dem Käufer K für den am 1.3.2009 verkauften Aston Martin den vereinbarten Kaufpreis von 300 € aus § 433 II BGB verlangen". An diesem Satz kann man bestimmt noch intensiv arbeiten (drei Mal Kauf???) und das sollte man in der Vorbereitungsstunde auch tun. Ich hör jetzt lieber auf. Einen guten Rutsch! Es geht 2010 in der Spalte 2010 weiter.

BGH IV ZR 70/05: ein Gesamtschuldner nimmt bei dem anderen Regress über § 426 - dieser wirft ihm vor, er hätte sich gegenüber dem Gläubiger doch erfolgreich auf die Verjährung berufen können, wie er selber auch. Die zweite ÖR-Klausur soll reines Europarecht gewesen sein. Wohl EuGH C-531/07 - Buchpreisbindung. Die FAZ berichtet über BAG 8 AZR 1019/08: § 613 a, wenn eine Kantine neu verpachtet wird, der neue Pächter arbeitet nur mit Mikrowelle, der alte hatte richtig gekocht? Das BAG meint, es läge eine bloße Funktionsnachfolge vor aber keine Betriebsidentität. Bei Christel Schmidt hatte das Gericht überhaupt keinen Betriebsmittelübergang verlangt. Man weiß wirklich nicht, wo die Reise bei dieser Vorschrift hingeht - ein Zickzackkurs. Wieder ein Ehrenmordverfahren. Ist der Vater, der die Tötung seiner Tochter durch seinen Sohn veranlasst hat, nur Teilnehmer oder Täter? Das Schwurgericht Kleve meint letzteres, obwohl der BGH ja der animus-Theorie eigentlich nicht mehr folgt. Hier kann aber eine Tatherrschaft begründet werden. Wie vermeidet eine Stadt eine Straßenumbenennung, gegen die bestimmt irgendjemand klagt? Indem sie einen anderen Träger des gleichen Namens als angeblichen Paten angibt und so umwidmet - so FAZ. Aus Carl-Peters-Straße wird Karl-Peters-Straße. Die haben Probleme.

Die erste ÖR-Klausur im Dezember, wieder mal Baurecht: darf ein Bauvorbescheid aufgehoben werden, weil der ihm zugrundeliegende vorhabenbezogene B-Plan vom OVG nach § 47 VwVG gekippt wurde? Gilt § 50 VwVfG, wenn ein Nachbar gegen den B-Plan geklagt hat, der in keinem subjektiven Recht verletzt war? Das BVerfG beschäftigt sich mit Flashmob, auf Deutsch Blitzmeute, die Professoren Waldhoff und Thüsing klagen. Grundrechtsverletzung, weil der Große Senat nicht angerufen wurde? Die Präsidentin des BAG gibt zeitgleich zu dieser Meldung ein Interview in der SZ. Der AG könne bei Flashmob seinen Laden ja schließen. Betriebsbesetzungen wie in Frankreich seien nicht zulässig. Die Nacktscanner sind wieder im Gespräch, weil die Geheimdienste so blöd waren, diesen Menschen an Bord zu lassen. Die EU will wohl auch bei der Dienstleistungsfreiheit das Herkunftslandprinzip anwenden - außer bei uns Juristen, merci bien. Zeitungsmeldung: jemand sieht nach 5 Jahren sein gestohlenes Fahrrad wieder - der Besitzer hatte es bei einer Fundbüroversteigerung erworben. Eigentumserwerb wegen § 935 II? Was ist mit der Gutgläubigkeit? Am 1.1. kommt eine neue Düsseldorfer Tabelle, die wohl nur bis zur Entscheidung des BVerfG zum Unterhalt halten wird. Toll.

Professor Lutter verlangt in der SZ, dass Bankmanager, die auf Pump für Milliardensummen amerikanische Wertpapiere gekauft haben, die dann wertlos wurden, in die Haftung genommen werden. Richtig, § 93 AktG, er sagt aber nicht, wer aktivlegitimiert ist. Wird die Bank ihre eigenen Leute in Regress nehmen? W.C. wohl kaum. Die SZ berichtet auch, dass die Uni Bonn Studiengebühren für reine Prüfungssemester haben will, während Köln die zurückerstattet. Art. 3 GG? Ab dem 1. Januar gilt ein neues Erbrecht. Pflichtteilsentziehung nur bei ausdrücklicher Nennung der Gründe und ab 1 Jahre Freiheitsstrafe ohne Bewährung aufwärts.

Die Strafrechtsklausur - Raub mit Todesfolge/Räuberischer Diebstahl/Einbruchsdiebstahl - alles klassische Probleme: kann der Täter § 251 begehen, wenn er bei der Tötung des Opfers keine Zueignungsabsicht mehr hat? Die FAZ berichtet, dass die Bezirksregierung Münster trotz Unzuständigkeit als Widerspruchsbehörde in Schwerbehindertenangelegenheiten entschieden hat. Ich habe gerade so einen Fall beim SG Köln - ist meine Klage

jetzt unzulässig? Dépardieu verhaut nachts in Paris ein geparktes Auto - ohne Grund. § 315 b - § 142? Im Denjanjuk-Verfahren wird über die Gefahr von Trittbrettfahrern bei den Nebenklägern diskutiert. Was wäre das strafrechtlich? § 263?

Die BGB-Klausuren im Dezember: Grundschild und § 1192 I a, wenn die zu besichernde Forderung fehlt. Gilt das gleiche für ein sicherungsübereignetes Sofa? Analog? Oder § 404? In der zweiten Klausur: § 346 III Nr. 3 bei einem vertraglich vereinbarten Rücktritt - der Käufer könnte auch gesetzlich zurücktreten. Und die polizeiliche Verfolgungsfahrt bei einem diebstahlsgefährdeten Auto - GoA oder ÖR? Herausforderungsfall? Das hätte man eigentlich als ÖR-Klausur stellen sollen. Der dritte Fall soll BGH XII ZR 261/04 nachgebildet sein.

BGH IX ZR 12/09: wie ist § 8 PartG Absatz I und II mit § 130 HGB zu vereinbaren? Der Kämmerer der Stadt Köln will die durch den Bund beschlossenen Steuererleichterungen für Hotels auf ihre Kosten wettmachen, indem er eine Kurtaxe bzw. Übernachtungssteuer erheben wil. Art. 105 II a GG - Steuererfindungsrecht der Gemeinden - vom Land NRW auf die Kommune nach § 1 KAG übertragen? Dürfen Veranstalter von Computerspielen Minderjährigen "Drachengold" als Gegenleistung dergestalt abverlangen, dass die Spieler sich verpflichten, Werbung anzunehmen? § 108 - rechtlich nachteilhaft - oder Vertrag zulasten Dritter - es geht ja um den Briefkasten der Eltern?

Wie grenzt man eine repressive Maßnahme - Strafe - von einer präventiven - Gefahrenabwehr ab, speziell bei der Sicherungsverwahrung? Bei einer Strafe geht Rückwirkung nicht, präventiv schon. Der EGMR meint, wenn es als Strafe praktiziert wird, sei es eine. Es schwimmt, quakt, fliegt wie eine Ente, dann ist es eine. Dann ist der gezielte Todesschuss auch eine Strafe? Nulla poena sine lege bei der Sicherungsverwahrung. Dann können wir die Maßregeln der Besserung und Sicherung alle einpacken. Franz von Liszt dreht sich im Grab um. Der Bundesrat beschäftigt sich mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz - mal sehen, ob Schleswig-Holstein als Tiger startet und als Bettvorleger landet. Der Gang des Gesetzgebungsverfahrens wird sehr gerne geprüft. Kinder und eheliche Mütter bekommen Unterhalt nach dem Einkommen des Erzeugers. Nichteeliche Mütter nach ihrem Einkommensstand vor der Geburt - BGH XII ZR 50/08 - das versteh ich nicht. Das BVerfG schützt die ortsansässigen Geschäfte vor Plus-Filialen - 4 C 1.08 - da muss man wieder ins BauGB schauen - welche Vorschrift dafür was hergibt.

Rom I ist in Kraft. Das IPR ist jetzt fest in der Hand des EuGH - § 293 ZPO ist nicht mehr anwendbar. Hier noch das Aktenzeichen zu dem Fall betrunkenen Hotelgast stürzt über den Balkon - OLG Köln 16 U 40/06. Die Macht der Großkanzleien im Berufsrecht zeigt sich mal wieder. Junge Einzelanwälte schaffen zwar die Fachanwaltskurse, kriegen aber nicht die Fälle zusammen - z.B. im Medizinrecht - in großen Kanzleien könnte da gefuscht werden. Ein sog. Zertifikat - eine Art Examen mit Multiple-Choice-Test - plus zwei Jahre Anwaltszulassung wird beim LG Köln - 33. ZK - erfolgreich wegen § 7 BORA bekämpft. Raten Sie mal seitens welcher Anwaltskammer. Es hat also wohl keinen Sinn, als Einzelanwalt Kurse zu belegen, welche wenige Mandate bringen. Im Probeexamen am 16.12. hat Prof. Köndgen die Novemberklausur - Zahnrenovierung bei der ukrainischen Zahnarztfreundin - geprüft. Professor Isensee hat nach der FAZ das BVerfG und das Lissabon-Urteil gelobt. Altersmilde? Früher hat er aus dem Alten Testament zitiert. In NRW dürfen Richter und Staatsanwälte unbegrenzt surfen - andere Justizmitarbeiter nicht. Rechtslage?

Im Zweiten am 11.12. der Vortrag: der zu reparierende Wagen kostet doppelt so viel und am angegebenen Abholtag ist die Werkstatt zu, der Besteller hat Mietwagenkosten. Im Strafrecht: Sie sind Staatsanwalt und kriegen einen Anruf: in der JVA hat sich ein Häftling erhängt - was tun Sie? Im ÖR die Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahl - ist schon arg lang her. Ein Prüfer wollte einer Kandidatin helfen, die auf dem falschen Fuß daherredete und fiel ihr ins Wort. Sie redete dann gleichzeitig und noch lauter weiter. Man glaubt es nicht. Die Zuhörer meinten, man hätte gut erkennen können, ob die Kandidaten den Vortrag geübt hätten oder nicht - Maschinengewehrartiges Tempo, man versteht den Sachverhalt nicht, die Probleme werden nur mit Tunnelblick erörtert. KG Berlin 22.6.2009 - 1 Ss 181/08 und OLG Hamm 18.11.2008 - 5 Ss 347/08: ich treibe bei Ebay meine eigene Versteigerung hoch, indem ich über ein zweites Mitgliedskonto scheinbar mitbiete - § 263 - § 269? BGH VI ZR 227/08: können sich die Sedlmayr-Mörder gegen Altmeldungen mit voller Namensnennung wehren? Trotz der Ewigkeit des Internets nicht. Die Verhandlung zur Vorratsdatenspeicherung: an die europarechtliche Vorgabe gehen die nicht ran - was der EuGH zu einer Vorlage - der ersten aus dem Schloßpark - sagen würde, ist klar.

Die kriminelle Karriere des Jens Lehmann: er tritt einem Spieler mit dem beschuhten Fuß auf den beschuhten Fuß - § 224? Er wirft einen verloren gegangenen Schuh auf sein Tor - § 242 - § 240? Er nimmt einem Fan seine Brille vorübergehend weg - § 240? Wildpinkeln - § 185 2. Alt.? Er weigert sich, die Vertragsstrafe zu zahlen - Kündigungsgrund? Zweites Thema heute: die Taschenkarte der Soldaten in Afghanistan - Dienstanweisung zum Töten - Wesentlichkeitstheorie? Sind wir in einem Krieg spricht bewaffneten Konflikt? Muss da nicht die Kanzlerin als IBUK ran? Wie wirkt die Resolution 1890 und die Haager Landkriegsordnung?

Das LG Köln - 105 Qs PWO 392/09 - hat eine Pflichtverteidigung im OWiG-Verfahren angeordnet: "Durch die nachvollziehbare dargelegte Bedeutung des Führerscheins für den Arbeitsplatz des Betroffenen in einem kleinen Betrieb und durch die Tatsache, dass gegen den Betroffenen noch weitere Bußgeldverfahren wegen ähnlicher - zum Teil auch erheblicher - Geschwindigkeitsüberschreitungen laufen, erhält die Bußgeldsache aber für den Betroffenen eine überragende Bedeutung, so dass ausnahmsweise die Beiordnung geboten erscheint." Am 14.12. verhandelt das BVerfG (§§ 113 TKG, § 101 IX UrhG ansehen) eine EG-Richtlinie, die erlassen wurde, weil ein Rahmenbeschluss scheiterte und über welche schon der EuGH gerichtet hat. 2001 hatte das BVerfG noch in der BananenmarktVO-Entscheidung entschieden, dass man nach Luxemburg nicht nach Karlsruhe dürfe. 2008 ist das zurückgenommen worden. Die werden wie beim Europäischen Haftbefehl und dem Vertrag von Lissabon sagen, die Vorgabe war ok, aber die Umsetzung nicht. Andernfalls müssen sie vorlegen. Wenn Sie Filesharing machen, werden Sie sich dafür

interessieren müssen. Ein Nachkomme von Sissi will Österreichischer Präsident werden, obwohl Art. 60 der Verfassung - die Weimarer Verfassung wurde nach dem Krieg abgeschrieben - das untersagt. Verstoß gegen Art. 33 II, 3 I, III, 12 GG? Das BVerfG hat eine weitere Sonderabgabe gerechtfertigt - den Einlagensicherungsfonds - 2 BvR 1387/04. Frau Pechstein ist zweieinhalb Sekunden zu langsam gelaufen - sie scheint nicht in Form zu sein - warum wohl nicht? Hat sich das Verfahren jetzt erledigt?

Im Zweiten am 10.12. Kapischke/Schaffranek/Nagel kam als Strafrechtsvortrag der Rechtsanwalt, der einen Scheck bei seinem Mandanten stiehlt und unter falschem Briefkopf Akteneinsicht beantragt. Im Strafrecht der Ausbruch aus der JVA Aachen - § 120. Im ÖR will sich ein Stararchitekt auf seiner Dachterrasse beerdigen lassen - Bestattungsgesetz rauf und runter. Problem: der fehlende Zugang für die Öffentlichkeit - aber: Gefahr des Sargdiebstahls oder Promi-Auflauf? Im Zivilrecht OLG Köln: bei einem Eifelgruppenausflug fällt ein betrunkenen Hotelgast über die zu niedrige Brüstung - darf man argumentieren, dass die Hotels die Gäste abends vorsätzlich betrunken machen wollen? Das Gericht soll so argumentiert haben. Der EuGH schützt unser Referendariat. Herr Pesla hat anders als Frau Morgenbesser vor einigen Jahren verloren - C-345/08. Der EuGH hat uns gerettet - da könnte jeder mit einem Mickey-Mouse-Examen (auswendig lernen, abschichten, es kommt nur dran, was in der Vorlesung vorgetragen wurde (Schweiz/Österreich), man hat Anspruch auf Prüfer, die man gehört hat - Psychologieexamen) uns die Fälle wegnehmen. Die streikenden Studenten beschwerten sich über zu viel auswendig lernen. Wir wären froh, wenn wir drei Telefonbücher auswendig lernen dürften, die dann geprüft würden. Wäre das einfach. Das Partywürgespiel von Jugendlichen: § 227, wenn man plötzlich eine Harfe in der Hand hat?

Die Pressemitteilungen 111/09 und 27/09 des BAG erhellen unser Verständnis zur Differenzierungsklauseln und verwandten Arten. Produziert ein klavierspielendes Kind Musik oder Lärm? Das BVerfG will das nicht entscheiden, kippt die Vorschrift im LImSchG stattdessen über Art. 103 II GG - 1 BvR 2717/08. Die SZ meint, im Fall Kundus solle man sich den BGH-Fall der Brücke von Varvarin - III ZR 190/05 - anschauen. Im Prozess von Eislingen - 19jährige Angeklagte - ist die Öffentlichkeit nach § 109 I letzter Satz JGG ausgeschlossen und 9 Journalisten reingelost worden. Die SZ war nicht dabei und hat erfolglos das BVerfG angerufen. Keine Gleichheit im Unrecht? Griechenland geht wohl pleite und ist kein sicherer Drittstaat mehr - das BVerfG ratet die runter. Verstoß gegen EU-Recht? Tschechische Führerscheine für Alkoholiker und marode Atomkraftwerke müssen wir anerkennen. Hier keine act of state doctrine? Muss die FDP sich das Verhalten ihres Vorstandsmitgliedes Möllemann zurechnen lassen? Ist § 27 III BGB hier hilfreich? Indianer wollen aufgrund eines Vertrages von 1887 48 Milliarden und einigen sich auf 3,4 Milliarden. Ein Zirkusdinner endet mit einem halb verspeisten Tigerdompteur im Krankenhaus. § 833? Schmerzensgeld für die schockierten Zuschauer? § 280? Was ist mit den ersten zwei Gängen, die in Ordnung waren? In der FAZ schreiben zwei Minister, die Grundsicherung solle ins Grundgesetz - ist sie schon, im Sozialstaatsprinzip.

Der Bonner Anwaltsverein lädt mich heute zu einer Fortbildungsveranstaltung mit Prof. Preis im März ein - es geht um die Austausch Kündigung. Dazu konnte ich bisher nur einen intelligenten Gesichtsausdruck liefern - BAG 2 AZR 200/96. Es gibt den ersten Fall zu der am 1.12. in Kraft getretenen Grundrechtscharta. Enthält Art. 50 - ne bis in idem - ein Verfahrenshindernis im Fall des SS-Mannes Boere, der in den Niederlanden schon rechtskräftig verurteilt wurde, oder geht Art. 54 Schengen vor? Lex posterior-Regel? Das Schwurgericht meint nein. Begründet die Behindertenkonvention der UN ein Recht von behinderten Kindern, in eine "normale" Schule gehen zu dürfen? Der Spiegel berichtet über Verfahren. Obama erklärt CO2 zu Gift und verändert dadurch die Zuständigkeiten zuhause.

Im Zweiten am 2.12.09 Hammerschlag/Pallme König/Feustel wurden aus 32 61, aus 43 77, aus 31 70, aus 27 66 sowie aus 42 77 und aus 25 49 Punkte. Es wurde BAG 10 AZR 692/08 zu § 130 Nr. 6 ZPO besprochen. Eine Berufungsbegründung mit einscannter Unterschrift geht, eine mit Faksimilestempel nicht - das verstehe wer will. Im Strafrecht fährt der Bauer mit dem Traktor über ein störendes Kind. Im ÖR sagt ein Bauderzenent vor der Presse dummes Zeug. Die SZ problematisiert, dass unsere BMJ Beschwerdeführerin im Vorratsdatenspeicherungsverfahren vor dem BVerfG ist. Die FR berichtet über ein Buch, nach welchem Carl Schmitt sexsüchtig gewesen sein soll - da wundert einen ja gar nichts mehr. Eine Entschädigung für die Opfer von Kundus. Amtshaftung - Aufopferung? Im Krieg und in der Liebe ist alles erlaubt? Kriegsähnlicher Zustand? Nach welchem Recht geht das denn? Haben die Eheleute Salahi, die ein Abendessen von Präsident Obama besucht haben, ohne eingeladen zu sein, einen Hausfriedensbruch begangen? Wie ist es mit wedding-crashers?

Wenn ein Mieter eine Antenne anbringen will, um oberschlesische Sender zu empfangen, hat er wegen des Kabelfernsehens darauf keinen Anspruch - ein Wohnungseigentümer schon - er kann aber nicht den Ort der Antenne bestimmen - BGH V ZR 10/09. Wie wirkt das Urteil des EGMR zu § 1626 a nun? In der Praxis werden die Frauen die Erzeuger nicht mehr nennen. Man wird sie dazu nicht zwingen können. Dann gibt es aber auch keinen Unterhalt. Verdammich. In der November-Ausgabe der HRR wird der Fall Emmely strafrechtlich durchgelöst - eignet sich als Examensfall. Der Autor meint, Frau E. hätte eine Straftat zulasten der Kunden begangen, was die Arbeitsgerichte übersehen hätten - das rechtfertigt doch erst recht eine fristlose Kündigung. Nikolaus ist dieses Jahr am Wochenende - die Banküberfälle in Nikolausverkleidung - Hausfriedensbruch? - gehen also nicht.

Der klassische Gaststätte-will-sich-neben-Schweinemäster-ansiedeln-Fall hat jetzt eine europarechtliche Dimension. Ist § 34 BauGB so auszulegen, dass das Bauordnungsamt die Seveso-II-Richtlinie zu beachten hat? Richtet die sich nur an den Gesetz- bzw. Satzungsgeber oder auch an die Genehmigungsbehörde? Das BVerfG weiß das nicht und legt vor - 4 C 5.09. Ähnlich dann bei § 35 BauGB. Die Bonner Staatsanwaltschaft legt für die Ex-Obine eine Akte wegen Verdachts auf schwere Untreue an. Selbst wenn sie was falsch gemacht haben sollte - Vorsatz?

Sollte man sich als Anwalt im Internet über Kollegen auslassen, die im Abmahnwesen tätig sind? LG Köln vom

25.11.2009 - 31 O 688/09. Das kann teuer werden. Das OLG Oldenburg meint, dass Raser nicht mit dem Videobeweis geahndet werden dürften - unter Bezugnahme auf die Entscheidung des BVerfG im August. Ich habe in zwei Wochen so einen Fall in Brühl und bin mal gespannt. Ich habe die Beordnung als Pflichtverteidigerin beantragt. Ob ich sie noch alle hätte - das wurde noch nie bewilligt - neuerdings aber doch - OLG Bremen und LG Mainz. Der EuGH kippt das Lex Telekom - die Aktie wird wahrscheinlich wieder fallen. Angeblich soll zu der geplanten Heirat der Ministerin Köhler mit dem parlamentarischen Staatssekretär Schröder irgendwo stehen, dass die dann nicht gemeinsam an Kabinettsitzungen teilnehmen dürfen - GeschO, Ministergesetz, GG - ich hab das nicht gefunden. Selbst wenn - Diskriminierungsverbot? Muss die Kanzlerin durch die Betten steigen, bevor die Kabinettsitzung eröffnet wird? Der EGMR stärkt die Rechte der Väter und beerdigt die Ehe endgültig - auch ein Schlag gegen die Kirchen. Die Kinder werden jetzt zum Zankapfel - der, der die Kinder hat, bekommt Unterhalt. Die Frau, die nichtehelich mehrere Kinder bekommt, ist arm dran - kein Versorgungsausgleich, nach dem 3. Geburtstag der Bälger keinen Unterhalt und wenn die beim Daddy bleiben, darf sie noch arbeiten gehen und nur bis zum Selbstbehalt verdienen. Also bitte erst heiraten und dann Kinder. Oder durchgehend arbeiten und Kinder kriegen. Gut, dass der Kelch an mir vorbeigegangen ist.

In der Prüfung Roth/Bönders/Hausen am 27.11. bekam die Kandidatin mit den niedrigsten Vorpunkten die beste Vortragsnote. Es gibt also noch Hoffnung. Prof. Roth prüfte Protokollfälle - IPR, HGB und BGH: der Mann das Eislaufpaar wird angefahren. Im Strafrecht Blutprobe bei renitentem Autofahrer mit viel StPO. Im ÖR kam die Ghostwriterklausur - der Prüfer kannte wohl, wie damals der Fallsteller auch nicht, § 1 LPresseG nicht - die Presse ist polizeifest. Der Fall wurde falsch nach OBG durchgelöst. Der EuGH teilt mit, was sich für ihn seit dem 1.12. geändert hat: ein klagender Bürger muss nicht mehr nach der Plauman-Formel individuell betroffen sein - ich bin gespannt, wie viele Querulantenklagen nun kommen. Das Vorabentscheidungsverfahren gilt für die meisten Themen der bisherigen dritten Säule. Schon im ersten Vertragsverletzungsverfahren kann eine Geldbuße verhängt werden. Und der EuGH prüft Grundrechtsverstöße - außer in England, Polen und Tschechien. Der Vortrag vom 27.11.: Schimmel im Grundschulklassenzimmer plus Lufthygienegutachten - § 10 II ÖGDG - ist eine Schule ein öffentliches Gebäude? Professor Burgi schreibt in der FAZ über das VwVfG von 1976. Es müsse reformiert werden. Ja, der Realakt wurde nämlich vergessen, § 48 ist überwiegend falsch und das Gesetz, das im Grunde Otto Maiers Ideen festgeschrieben hat, ist phantasielos. Außer VA, Vertrag und Planfeststellungsverfahren gibt's nichts. Die C-Klasse soll nach Alabama ausgelagert werden. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates? Ist das ein Outsourcing? Eigentlich nicht - argumentum a maiore ad minus. VW hat eine außerordentliche Hauptversammlung - das europarechtswidrige VW-Gesetz wird nun in eine Satzung umgetopft. Muss Herr Piech sich an den AEUV halten? Analog dem DFB im Bosman-Urteil? Demjanjuk ist krank - die Nebenkläger müssen bis zur Weihnachtswoche warten. Es ist wie es ist.

Seit dem 1.12. heißt der EG nun AEUV. Daneben gibt es weiter den EU, die Grundrechtscharta, die EMRK und Vertragsbestandteil und Zusatzprotokolle. Man müsste also einen roten Würfel allein für das Europarecht haben. Gut Wikipedia, der Vertrag von Lissabon, auf dem Stand vom 1.12.09. Ein examenstauglicher BGH-Fall: darf ein Vermieter, der die Mietzinsforderungen abgetreten hat, den Mietvertrag ohne Zustimmung des Zessionars vorzeitig aufheben? § 407 endlich mal wieder und betagte und befristete Forderungen - XII ZR 170/07. Nach dem Urteil muss ich, wenn ich meinen geleasteten Kopierer vorzeitig zurückgeben will, darauf bestehen, dass ich schriftliche Zustimmungen von Leasinggeber und Verkäufer bekomme - vielleicht noch von dessen Ehefrau wegen § 1365. In der Prüfung Hammerschlag/Paffrath/Rütten am 24.11. kam im ÖR der ehemalige Vortragsfall: Dekorierpflicht für Weihnachtsmarktstand, im Zivilrecht Protokollfälle, im Strafrecht fährt ein Bauer hinter Kindern her, um die zu vertreiben und verletzt eines. Der EGMR wird nach Angaben der SZ am 3.12. den § 1626 a BGB für unzulässig erklären. Die FAZ berichtet über die geplante Novellierung des NRW-Polizeigesetzes: der finale Todesschuss steht dann explizit drin, die öffentliche Ordnung kommt wieder rein und Videoüberwachung nicht nur an Kriminalitätsschwerpunkten sondern überall. Demjanjuk: Täter oder Teilnehmer? Die animus-Lehre hat der BGH in 4 StR 425/07 - Rdnr. 31 - beerdigt. Trotzdem nur Anklage wegen Beihilfe. Dürfen die Ausweise der Zuschauer am Einlass kopiert werden? "Demjanjuk Sammelzone"? Der Sarg von Friedrich Karl Flick ist wieder da. Fällt die Erpressung der Angehörigen unter § 253 oder unter § 255?

Das BVerfG entscheidet am 1.12., ob man in Berlin an 10 Sonntagen einkaufen darf. Wie wäre es mit einer Mittellösung - ab 12 Uhr, so dass man vorher in die Kirche gehen kann? Die FAZ bringt eine zweiseitige Übersicht über die Änderungen durch den Vertrag von Lissabon. Zum über den Schreibtisch hängen. Demjanjuk - das Gericht verhandelt trotz Befangenheitsantrages weiter. Die Zeitungen regen sich über die Opferstrategie des Angeklagten auf - ich weiß nicht, wie ich drauf bin, wenn ich 89 bin und nicht schon auf einer Wolke sitze. Der Mann hat nichts zu verlieren. Nett findet ihn sowieso keiner.

November: Kann man einen Mietaufhebungsvertrag im Treppenflur schließen? AG Halle 93 C 1842/09 meint ja, da § 312 eine Entgeltlichkeit verlangt. Kann man Schadensersatz verlangen, wenn ein Autozwischenhändler Ali heißt und der Wagen nicht 200.000 sondern 340.000 km auf dem Buckel hat? BGH VIII ZR 38/09. In der Prüfung Jox/Doleisch v. Dolsperg/Bozza-Bodden am 26.11. kam als Vortrag BGH XII ZR 142/07 - wichtig war die Arbeit am Gesetz - §§ 126, 550 BGB - als Abwandlung § 160 HGB. Im Zivilrecht dann BGH VI ZR 310/08 (sorry, ich hatte erst 313/08 angegeben) und Schuldbeitritt einer Lebensabschnittsgefährtin. Im Strafrecht Robert Hoyzer mit der Bande als Merkmal des § 28 II - BGH. Im ÖR die Bundestagswahl ganz ausführlich vom Ablauf her. Taubenfütterungsverbot und Klage bei entzogener Genehmigung. Noten: 31 zu 85 (15+13), 21 zu 47, 42 zu 75, 43 zu 86 und 69 zu 111. Ich les die Tiger-Woods-Unfall-Berichte so: sie hat ihm mit dem Golfschläger - vermutlich Eisen 7 - eins übergezogen, er ist im Auto geflüchtet und sie hat dann noch die Heckscheibe zertrümmert. Prof. Nestler tritt im Demjanjuk-Prozess als Nebenklägeranwalt auf. Der Gerichtssaal soll für 147 Leute und daher zu klein sein - Revisionsgrund? Das einzige Beweisstück ist der Ausweis des Angeklagten. Prof. Nestler meint, er sei freiwillig in dem Lager geblieben, da er hätte fliehen können, wie andere auch. Das halte ich für etwas naiv. Der Bundespräsident will ein Gesetz, das noch der letzte Bundestag gemacht hat,

nicht unterschreiben - Internetsperre bei Kinderpornographie. Der Chefredakteur Brender hat es bei 7 zu 7 Stimmen nicht in die Verlängerung geschafft. Die Grünen wollen eine Normenkontrolle anstrengen. Frist? Bringt das was? Das Resultat wäre doch, dass Herr Brender auch vorher nicht Chefredakteur war. Wird der EGMR das Minarettverbot der Schweiz kippen oder wird der Europarat die Schweiz rauswerfen? Die haben noch nicht mal Russland wegen Tschetschenien rausgeschmissen. Bauverbot von Minaretten bei uns? § 34 BauGB - "einfügen"?

Ein Minister tritt zurück - eine Ministerin wird umgetopft - was heißt das genau rechtlich? Darf der Bundespräsident sagen, Herr Jung hat sich als BMA nichts zuschulden kommen lassen und die neue Ministerin sei zu jung? Ist die Altersgrenze des Bundespräsidenten mit dem AGG vereinbar und heute überhaupt noch sinnvoll, wenn jeder 20jährige Bundeskanzler werden kann? Der Demjanjukprozess beginnt am 30. November. Deutsches Strafrecht, wenn ein ukrainischer Kriegsgefangener in einem polnischen KZ der Nazis eingesetzt wird? Die Noten aus der Prüfung Limpens/Avenarius/Oehme vom 24.11.: 34 zu 64 - austsch - 36 zu 65 und 47 zu 80 - doppel-austsch. 2 Prüflinge erschienen einfach nicht, ohne abzusagen. Man sollte sich vielleicht vor Augen halten, dass Benimmregeln auch im Examen gelten.

Der FC Bayern erhält 90 Millionen von Audi, bleibt aber ein Idealverein - das nennt man Nebenzweckprivileg. Hoeneß wird Präsident. Steht dieser Posten im BGB? Ein politischer Beamter und ein politischer Soldat im BMV werden in den einstweiligen Ruhestand geschickt. Leider Gottes werden ab und zu Fragen zu der Karriereleiter im Ministerialdienst gestellt.

Unsere neue BMJ will am 15.12. als Beschwerdeführerin in der Verhandlung zur Vorratsdatenspeicherung erscheinen. Ist das ein unzulässiger In-sich-Prozess? Nein, die Vb ist ein gegnerloses Verfahren. Der Bund kann nicht anerkennen. Ist mir eine Sorgfaltspflichtverletzung beim Tennis/Golf/Fußball schon deshalb vorzuwerfen, weil ich den Sport betreibe, obwohl ich keine private Haftpflichtversicherung habe? BGH VI ZR 296/08. Wenn man auf der Straße ein Radarwarngerät kauft, bekommt man sein Geld wegen § 817 S. 2 nicht zurück. Im Internet schon, wenn man widerrufen - BGH VIII ZR 318/08 - Doppelwirkung im Recht - Widerruf eines nichtigen Vertrages oder verhindert der Widerruf das Zustandekommen jeglichen Vertrages? Der neue englische Supreme Court hat zu entscheiden, ob eine jüdische Eliteschule einen Schüler ablehnen darf, weil seine Mutter nur zum Judentum konvertiert ist. Ist das ZDF staatsfern? Jedenfalls nicht parteienfern, im Verwaltungsrat sitzen nur Parteileute. Der Soli soll nach 17 Jahren verfassungswidrig sein? Das ist eine Steuer, keine Sonderabgabe. Dann muss ja die Sektsteuer, welche die Flotte des letzten Kaisers finanzierte, auch allmählich verfassungswidrig sein. Ein Schauspieler stürzt sich auf einen schwätzenden Zuschauer, der ihn in seiner Konzentration stört. § 32 StGB?

In der Prüfung Limpens pp. am 24.11. kam als ÖR-Vortrag Nichtraucherchutz im Weihnachtsmarktfestzelt - auslegen des Gesetzes. Im Zivilrecht teleologische Reduktion - Ableitung aus Art. 20 GG. Im ÖR der Vertrag von Lissabon. Im Strafrecht ein 8 Minuten langer Fall. Die Themen der Novemberklausuren: Straßenumbenennung, Bürgerbegehren, Aussagedelikte, Erbrecht mit Vormerkung, verlängerter Eigentumsvorbehalt und ein Zahnarzt saniert seiner Freundin das Gebiss. In der Prüfung Löwer/Schermaier/Fassbender am 20.11. kam als Vortrag die verballhornte Theateraufführung von Shakespeare "Viel Lärm um Nichts" mit Motorrädern, einem falschen Ende, nicht wortlautgetreu. Im Zivilrecht wurde eine Digestenstelle vorgelegt und der BGH-Fall VIII ZR 311/07: ein Pferd für 6.000 € gegen Fahrstunden für 2.000 € sei sittenwidrig. Na ja. Im ÖR Kinderwahlrecht und Wahlrecht für Einwohner sowie Angreifbarkeit einer Musiknote in der Schule. Im Strafrecht ein Fall quer Beet. Gretchen hätte den Verkauf von Faust I gerichtlich verhindern können - Schmerzensgeld hätte sie aber nicht bekommen - Esra II - BGH VI ZR 219/08 - die Logik verstehe ich nicht. Van Gaal spendiert Luca Toni "bis auf weiteres" - wahrscheinlich, weil er sich beim Essen wieder nicht gerade hingewetzt hat. Was ist das rechtlich? Anspruch auf Beschäftigung eines Arbeitnehmers in diesem Industriezweig? In der Prüfung Stobbe/Traumann/Zieschang am 11.11. kam im ÖR die Anwohnerklage gegen großflächige Werbung eines Geschäfts. Im Zivilrecht Bürgschaft und BGH Xa ZR 9/08. im Strafrecht Anstiftung zum Einbruch, der Täter wird von der Polizei geschnappt. Wie verdödeln man die vom AG versprochene Abfindung nach § 1 a KSchG? Man erhebt eine verspätete Kündigungsschutzklage - BAG 2 AZR 267/08. Die SZ meint, der Wettskandal falle weder unter § 299, da Sport nicht gewerblich sei, noch unter § 263, da der Verlust des Ansehens kein Vermögensschaden sei und von dem Quotenschaden des BGH halte man nichts.

Im Zweiten letzte Woche kam als Vortrag der Schnelllesekurs von zwei Anwälten - die merken nach 5 Sitzungen, dass sie dafür zu dumm sind und wollen ihr Geld wieder haben. Ich wusste gar nicht, dass es so was gibt - mir wurde aber gesagt, dass einige Anwaltskanzleien das von ihren Anwälten verlangen. Dann wurde die Schenkkreisproblematik geprüft. Und: bei einem Junggesellenabschied auf dem Land fährt der Bauer B unentgeltlich den defekten Traktor, der immer laufen muss, weil er sonst nicht mehr anspringt. Frage des Prüfers: was passiert dann? Er wollte hören, dass die Herren doch regelmäßig austreten müssten bei so einer feuchtföhlichen Veranstaltung. Die drei Prüfer haben versucht, die Veranstaltung lustig zu organisieren - die Kandidaten waren aber sehr traurig und ängstlich, was die gesamte Stimmung niederdrückte. Kein Prüfer will Ihnen was. Alle versuchen, offene Fälle zu bringen, damit Ideen eingebracht werden können. Der europarechtliche Vortrag im Zweiten am 23.11.: EuGH C-301/06: darf die Vorratsdatenspeicherung aus der Wundertüte des Art. 95 EG genommen werden, nachdem ein Rahmenbeschluss in der dritten Säule mangels Einstimmigkeit gescheitert ist? Im Strafrecht wurde § 257 c StPO geprüft und die Trunkenheitsfahrt eines Radfahrers. Im Zivilrecht beißt ein Hund einen Hund. im ÖR Schwarzbau. Noch die Noten aus der Prüfung Rosenberger/Katzenmeier/Kühl am 13.11.: aus 26 wurden 52, aus 26 auch 52, aus 43 78, aus 30 51, aus 27 56, aus 26 wieder 52. Vortragsnoten: 4 4 7 5 11 (bei 27 Vorpunkten) und 6. Das VG Köln soll eine Frequenzauktion zulasten von E-Plus und O2 verhindern. Auch wegen angeblichen Verstoßes gegen eine EG-Richtlinie (ab dem 1.12. heißt das dann EU-Richtlinie). Geht das Gebot des Art. 10 EG so weit, dass ein Gericht im Vorhinein einen Verstoß verhindern muss? Nach dem BAG hält auch das LG Hamburg gezüllerte Versicherungen für nicht zulässig. Ist der

Veranstalter des Zugspitzlaufes für die Kleidung der Teilnehmer verantwortlich? Natürlich, dann muss er sie eben ausschließen. Das ist ja schließlich lebensgefährlich, wie man gesehen hat.

Der Vortrag am 20.11. im Zweiten: An Karneval muss eine 16jährige bei Burger King ihren Rucksack im Vorraum abstellen, der natürlich dann weg ist. Unklar ist, ob ein Haftungsausschluss hängt oder nicht. Das ist die Modernisierung eines alten Kneipenfalles. Wenn ich gezwungen werde, meinen Pelzmantel in einer unbewachten Garderobe abzugeben, sind die dran. In der Prüfung Horst pp. am 20.11. kam im Strafrecht nur StPO, im ÖR BVerwG § 5 KonsularG - Kosten bei einer Entführung, im Zivilrecht das neue FamFG und Vorsorgevollmacht/Patientenverfügung. Angeblich bekannte Staatsrechtler protestieren gegen den Einfluss von Roland Koch im ZDF-Verwaltungsrat bei der Entscheidung über die Verlängerung der Amtszeit des Chefredakteurs. Ich habe da keine Namen von Staatsrechtlern finden können, die hoffen, seitens der CDU noch Mandate bekommen zu können. Prof. Paeffgen regt sich in der FR darüber auf, dass Beamte in der Finanzverwaltung in Hessen durch einen Psychiater für verrückt erklärt worden wären - das sei von oben gelenkt. Woher weiß er das? Endlich mal ein Fall für § 344 StGB.

VG Koblenz vom 27.7.2008 = Examensklausur im Zweiten im November: grobe Fahrlässigkeit eines Polizeibeamten, wenn er seinen Dienstwagen statt mit Diesel mit Benzin betankt? Bei Shell musste ich neulich im Häuschen fragen, weil die Benzin bleifrei gar nicht mehr haben. Muss der Grundrechtsinhaber WDR einem Journalisten nach dem InformationsfreiheitsG bzw. LPresseG sagen, wie er sein Geld ausgibt? VG Köln, nein, er sei keine Behörde. Robert Hoyzer reloaded. Betrug, wenn man eine Odd-set-Wette abgibt, die man selber manipuliert hat? Was erkläre ich, wenn ich den Zettel abgebe? Interessiert meinen FAZ-Verkäufer das? Hat der Veranstalter einen Schaden? Irgendjemand bekommt den Gewinn doch sowieso? Was ist mit Internetwetten - § 263 a? Und mit den Leuten, die nicht manipuliert haben aber von der Manipulation wissen? Die Manipulatoren erklären konkludent bei Abgabe, dass sie nicht manipuliert haben, da das dann keine Wette mehr ist. Die Mitwisser allerdings nicht.

BGH VII ZB 1/09: ein Gläubiger pfändet mein Bankkonto. Die Erinnerung dauert und ist erfolgreich, die Gläubigerin geht aber in die Beschwerde - nachdem ich seit 4 Wochen nicht mehr an mein Konto kann, zahle ich den Titel mittels Kredit - die Erinnerung ist unzulässig geworden. Den zeitlichen Druck sehen die nicht. als relevant an BGH VII ZB 37/09: die Vollstreckung ins Russlandhaus ist völkerrechtswidrig - kann es sein, dass man damit die Goethe-Institute in aller Welt vor den Distomoklägern schützen will? Ein Lehrer an der deutschen Schule in Moskau fährt mit seinem Porsche Cayenne zwei russische Studenten tot. "Ein Gericht in Münster" regelt das per Strafbefehl. Die Russen regen sich zu recht auf. Zwei Tote im schriftlichen Verfahren? Kreditkarten werden zurückgerufen. Sind das Kredit-Karten? "Bezahlen Sie mit Ihrem guten Namen" stimmt nicht - das sind Vollmachtsurkunden - man bezahlt mit dem guten Namen von Visa. Anders bei EC-Karten. Man bezahlt mit seinem guten Bankkonto. Dürfen die Medien über die Krebsart eines Politikers berichten, welcher diese selber nicht preisgeben will? Und/oder über eine angebliche Liaison dangereuse mit einer Kollegin? Lüth-Urteil plus Caroline und Heide Simonis?

Ist die Verspätung meines Fliegers mit Umbuchung eine entschädigungslose Verspätung oder eine Annullierung? Ersteres der BGH, zweiteres der EuGH C-402/07. Passt § 358 III BGB auf Darlehen plus Restschuldversicherung? Das OLG Köln meint ja, der BGH weiß es noch nicht - XI ZR 45/09. Verstehen Sie den Absatz? Ich brauch dazu den Kommentar. Es gibt den ersten Fall für das Völkerstrafgesetzbuch - zwei Ruanda-Hutu-Tutsi-Völkermord-Verdächtige sind festgenommen worden. Nach der FAZ soll Oberst Klein auch darunter fallen, wird aber wohl nicht angeklagt. Die USA wollen mit dem ICC zusammenarbeiten aber immer noch nicht beitreten. Brüssel hat sein neues Spitzenpersonal immer noch nicht zusammen, obwohl das am 1. Dezember antreten muss. Niemand will Außenminister werden trotz eines eigenen auswärtigen Dienstes. Warum wohl nicht?

Im Probeexamen bei Prof. Thüsing hat der Friseur die Haare des Frauchens grün gefärbt, der Mops hat dann auch irgendwie grüne Haare bekommen - Unterschied Rechts- und Gesetzesanalogie. In der Prüfung von Bassewitz/Ketteler/Weismann am 13.11. kam im Zivilrecht Sachenrecht, im Strafrecht will ein angeblicher Porscheverkäufer mal gerade den Motor aufheulen lassen und fährt mit dem Teil dann durch das Schaufenster davon. Der Verkäufer saust mit dem Motorrad hinterher und stellt sich quer, T überfährt ihn. Im ÖR Inkompatibilität Minister/Richter/MdB und Subvention an eine Stadt. Aus 51 wurden 102 Punkte - bei Herrn Bönders hätte man gerade mal 80 bekommen - aus 60 110, aus 39 noch vollbefriedigend. Die Landungssteuer auf Sardinien ist ein schöner europarechtlicher Prüfungsfall EuGH C-169/08. - die Steuer für Ausländer als Beihilfe für die nichtbesteuerten Sardinier - das könnte auf die Maut und den Verzicht auf die Kfz-Steuer passen. Die FR berichtet über geplante Hooligan-Massenschlägereien vor oder nach einem Bundesligaspiel im Wald - war schon mal Klausur. § 231, wenn ein zuschauender Rentner plus Dackel am Herzinfarkt stirbt? Das BAG 5 AZR 522/08 beschäftigt sich mit Vorstandsstellungsverträgen und § 84 AktG - die Zuständigkeit ist mir schleierhaft. In einer Tageszeitung heißt es, das BVerfG halte das GG in seiner Entscheidung zu § 130 StGB nicht für antinationalsozialistisch - mir hat das Frühstück nicht mehr geschmeckt. Haftet die Stadt Köln auf Schadensersatz für verschüttete Leihgaben an das Stadtarchiv, wenn sie den falschen Aussagen von Statikern geglaubt hat? Das LG Köln meint, nein. Warum nicht § 278 oder § 836? Rolf Breuer ist wegen versuchten Prozessbetruges in Bayern zulasten von Leo Kirch angeklagt worden. Wieso gewinnt Kirch in Bayern die wesentlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und verliert sie in Frankfurt? Die Anklage ist an die Große Wirtschaftsstrafkammer gerichtet. Da muss man wieder nachgucken, wo die steht.

Der Tod eines Beschwerdeführers schadet nicht, wenn der Kuchen schon im Ofen ist - BVerfG 1 BvR 2150/08. BGH III ZR 295/08: ist eine Arge nach § 44 b SGB II parteifähig? Ja, analog der GbR, da diese eigenes Personal hat. Ist sie bei der Amtshaftung passivlegitimiert? Nein, weil sie kein eigenes Personal hat. Der General-Anzeiger berichtet, dass die NRW-Justizministerin noch keinen Wahlkreis für die kommende Landtagswahl hat und dass sie keinen braucht - tatsächlich, Art. 52 LV gilt nur für den Ministerpräsidenten, der muss ein Mandat haben aber nicht die Minister. Studenten

"streiken" und gehen auf die Straße. Wie wirkt sich das auf die Scheine aus? Strafbarkeit? Nötigung?

In der Prüfung Rosenberg/Kühl/Katzenmaier am 13.11. kam im Zivilrecht die Examensklausur der teuren Zahnprothetik für das Kind der getrennt lebenden Eltern, im ÖR BVerfG - LuftsicherheitsG, im Strafrecht wird ein Anwalt, der die Polizei beleidigt, in Handschellen nach einem Autounfall abgeführt. Im Vortrag haben die meisten nicht die richtige Ermächtigungsgrundlage gefunden - die Autowaschanlage ist ein klassischer Fall. Bei Kölner Prüfern, die sich am Klausurenkurs beteiligen, können Sie die Uhr danach stellen - die nehmen die Fälle - Originalexamensklausuren - aus dem Klausurenkurs. In der Prüfung Gehle/Steinbeck/Klein am 13.11. kam als ÖR-Vortrag das Sonntagsverbot gegen eine automatische Autowaschanlage. Im ÖR: Nacktscanner am Eingang des OLG vor Ihrer Prüfung und die Examensklausur: § 16 AbgG-NRW - Nebeneinnahmen des Abgeordneten. Im Strafrecht AN-Diebstahl von Edelmetallen. Im Zivilrecht wehrt sich jemand vor Gericht gegen einen unverlangt zugesandten Newsletter - BGH I ZR 218/07 - und dann noch der klassische Fliesenfall. In der Prüfung Bieber/Scherf/Schmoeckel am 15.10.2009 wurden aus 53 103 (14+12), aus 38 90 (13+13), aus 24 51 (3+8), aus 31 77 (13+11). Im Strafrecht: was bewegt aktuell die Gemüter von Staatsanwälten und Strafrichtern? § 257 c StPO und ein kleiner Raub mit Scheinwaffe. Im ÖR wurde ein Text vorgelesen - sinngemäß fährt eine Familie auf schlechten Straßen an einem stinkenden Fluss auf einen überfüllten Campingplatz. Masterfrage: von wem stammt der Text, aus welchem Land und zu welcher Zeit? Aus den 70ern, es soll der Kapitalismus in den USA dargestellt werden. Ich hätte auf die RAF getippt. Thema war dann die Wirtschaftsverfassung im GG. Als normaler Prüfungsstoff kam dann die nicht notifizierte Subvention. Im Zivilrecht wurde die Pflichtteilsreform geprüft. Die FAZ berichtet über urban explorers, die durch Ruinen und Abrisshäuser wandern. Das erinnert an die gefährlichen Tauchgänge im Bodensee. Darf das verboten werden? In Paris soll als Werbegag Geld vom Himmel regnen. Da die Behörde das wegen des zu befürchtenden Verkehrschaos verbietet, wird die Veranstaltung abgesagt. Kann A, der aus Bonn angereist ist, Schadensersatz verlangen? Nach welchem Recht? Unterstellen Sie dabei bitte, dass Paris auch sonst sehenswert ist. Tatort: Strafbarkeit von Gaffern, die durch Rumstehen auf der Autobahn die Rettungskräfte behindern? §§ 323 c, 145, 240? Die passen eigentlich alle nicht.

Die Trauerfeier für Robert Enke - nicht für den armen Lokfahrer - im Fußballstadion: ist das eine Versammlung oder nur eine Ansammlung? Haftet der Veranstalter für Falschparker? Zur Unbestimmtheit der sexuellen Pose kann man den Richter aus Ally McBeal zitieren. Der meinte, wenn sie noch mal mit so einem kurzen Rock erscheinen würde, würde er sie wegen Missachtung des Gerichts inhaftieren. Obszön sei nach dem Supreme Court ganz einfach. Man weiß es, wenn man es sieht. Das gilt für sexuelle Posen auch.

VG Köln 27 L 1586/09 - kann sich eine Plastinat-GmbH auf Kunst- und Wissenschaftsfreiheit berufen? Ist das Verbot sexueller Posen zu unbestimmt? Jedes Kind weiß auf den ersten Blick, ob das eine sexuelle Pose ist oder nicht - soll das Ordnungsamt seine sexuelle Phantasie spielen lassen und alle Varianten aufführen müssen? Was ist die Altersbeschränkung auf 16 Jahre in Begleitung der Eltern rechtlich und deren Herabsetzung auf 14 Jahre? Leider besagt die Pressemitteilung nicht, auf welches Gesetz die Stadt sich stützt - OBG oder BestattungsgG? Es handelt allerdings das Ordnungsamt. In der Prüfung Huschens am 4.11. wurde Versammlung, Baugenehmigung, Gewerbefreiheit, Genehmigung nach § 11 III 2 BestG geprüft. Das wären Auflagen. § 36 III - § 11 III BestG - § 114 VwGO. Sind das Leichen? Einwilligung in Totenwürde? Das ist DIE Examensklausur. BGH - I ZR 166/07 - die Haftung für heraufgeladene Rezepte - zur Zeit gibt es wieder eine Abmahnwelle durch Abmahnanwälte wegen herauf- oder heruntergeladenen Songs - § 97 a UrhG? Deshalb traue ich mich auch nicht, Examensklausuren wiederzugeben oder auch nur Links zu setzen - das wird richtig teuer, wenn einer klagt - LG Köln 28 O 161/99. Aber Sie sind ja schlau und finden die ohne weiteres im world wide web. Gemeinsame deutsch-israelische Kabinettsitzung - was besprechen die da? Den Iran vermutlich. Erlaubt das Grundgesetz das?

Ist der BGH bzw. das LG München nur noch Umsteigebahnhof zum EuGH? Xa ZR 58/07 - Prof. Brüstles Patent in der Stammzellenforschung wird vorgelegt. Und die im Finanzmarktstabilisierungsgesetz vorgesehene abkürzbare Einladungsfrist zur Hauptversammlung z.B. der HypoRealEstate. Wobei das Europäische Patentamt in München nicht mit der EG/EU zu tun hat. Auch die SZ fragt sich, ob § 33 GeschOBT - die grundsätzlich freie Rede nach Art von Michael Glos wirklich wünschenswert sei oder ob doch ein Manuskript erlaubt sein muss. Sarkozy will nach wie vor einen französischen Minister in die Kabinettsrunde nach Berlin schicken - das geht nun gar nicht - nur ein Repräsentant des Bundespräsidenten darf da rein - noch nicht mal Ministerpräsidenten. Also nur Leute, die wirklich am 9.11.1989 an der Mauer waren. Finderlohn, wenn der Hund die Goldschmucksocke aus dem Gebüsch vor der Haustür des Herrchens ablegt? § 965 "finden" Oder § 984 "Schatz"?

In der Prüfung Hauck/Dabitz/Pabst letzte Woche nach altem Recht kam im Strafrecht der Magnet auf dem Stromzähler, der Vertrag von Lissabon, ein Autounfall. 17 zu 40, 36 zu 59, 45 zu 90 und ? zu 74 (Jahrgang 1957 - Chapeau). Noch die Noten vom 6.11. Ey/Walter/Weingarten: 29 zu 57 (7+7), 34 zu 65 (7+8), 23 zu 58 (8+9), 44 zu 91 (11+12), 25 zu 46 (3+6) und 25 zu 56 (4+9). Der Vortrag am 11.11.: Muss der BP einen parteilosen und BT-sitzlosen Türken zum Minister ernennen? Muss er ein Gesetz ausfertigen, welches seiner Meinung nach gegen EG-Recht verstößt? In der Prüfung Dabitz/Oehme/Preis im Zivilrecht BGH - Kündungsverzicht in Studentenmietwohnung und AGG - BAG: Mann im Mädcheninternat. Im Strafrecht montieren Linke ein Wahlplakat ab. Im ÖR Vertretungsmacht im ÖR und Abschleppfall. Wollen Sie mal eine Richterbeurteilung lesen? BGH RiZ (R) 6/08 - interessant - "er ist mit technischen Arbeitsmitteln vertraut". Der sächsische Landtag verlangt von seinen Abgeordneten eine Rede in freier Rede und verbietet Manuskripte - ist das zulässig? Haftet ein Zirkus aus § 833 und §§ 7, 18 StVG, wenn ein Löwentransporter samt Inhalt gestohlen und vor ein Verkehrsschild gesetzt wird, als der Löwe brüllt? Haftet er für die Abschleppkosten der Polizei? Die Diebe haben nämlich die Flucht ergriffen. NRW will nun in § 63 II PolG den gezielten Todesschuss etwas deutlicher reinschreiben. Nach über 20 Jahren seit dem Gladbecker Geiseldrama - der damalige Innenminister meinte, die Frage sei durch einen geheimen Erlass geregelt, damit die Polizei für Gangster wie Rösner und Degowski nicht

kalkulierbar sei. In der Prüfung Zimmermann/Verrel/Klümper am 4.11. kam im Zivilrecht BGH Xa ZR 9/08, im Strafrecht Ladendiebstahl mit duldemdem Geschäftsführer und im ÖR die Examensklausur Oktober mit den Stolpersteinen. die Noten: 21 auf 42 (6+5), 21 auf 45 (6+6), 34 zu 69 (14+8), 62 zu 121 (27+14), 56 zu 103 (11+12).

Im Probeexamen Prof. Löwer am 11.1. kam das Botschafts asyl des honduranischen Präsidenten. Sowie die Celf-Rechtsprechung und OVG Berlin - Rückforderung von vertraglich gewährten Subventionen durch VA. Der Prüfer soll gesagt haben, dass die Polizei bei Tötungsdelikten in der Botschaft da rein dürfe - o nein - als jemand vom Libyschen Volksbüro in London schoss, mussten die Bobbies auch draußen bleiben. Hier noch die Fundstelle zum Video-Partnerschaftsvermittlungsvertrag: BGH III ZR 93/09. Wie lange darf der Mörder eines prominenten Schauspielers - Walter Sedlmayr - über Internet namentlich genannt werden? Lebach I und II des BVerfG. Ist der BGH für einen österreichischen Einsteller (mir fällt kein anderes Wort ein) zuständig? BGH VI ZR 217/08 - der EuGH wird entscheiden. Darf die Bundesliga ausländische Investoren mit der 50+1 Regel - kein Investor darf mehr als 50% übernehmen - draußen halten? Abramovitsch als Investor bei Chelsea? Was ist mit Wolfsburg, Leverkusen, Hoffenheim? Gilt hier das Urteil zum VW-Gesetz analog? Der Ministerrat berät über die europäische GmbH - EPG = europäische Privatgesellschaft.

VG Düsseldorf: die Stadt Wülfrath will für Düsseldorfer Kinder in Wülfrather Kindergärten 78.000 € haben - Rechtsgedanke des § 814 BGB - nein. Im Dresdner Prozess tritt für den Nebenkläger ein ägyptischer Anwalt auf - muss das ein deutscher Anwalt sein? § 138 - § 397 a StPO. Dr. Krombach hat seine Haftprüfung beim französischen Berufungsgericht.

In der Prüfung Timme/Eske/Kapischke am 6.11. kam im Zivilrecht BGH: § 627 bei Partnerschaftsvideoverträgen? Im Strafrecht eine Examensklausur, die im Kölner Klausurenkurs lief, im ÖR JuS 09 S. 925. In der Prüfung Ey/Walter/Weingarten am 6.11. der Vortrag: Maklerlohn, wenn der Käufer wegen arglistiger Täuschung "zurücktritt"? Anfechtungsfalle - umgekehrt. Im Zivilrecht: ein Minderjähriger gibt sich als volljährig aus (wer sich mit Minderjährigen einlässt, ist selber schuld - wie bei Geisteskrankheit über alles einer der wenigen Sätze, die ohne Ausnahme gelten). Im Strafrecht Pfschen bei Examensklausuren. Im ÖR: welche mündliche Verhandlung beim BVerfG kann den Staat noch viel Geld kosten? Hartz IV. Noten: 23 zu 53, 27 zu 56, 44 zu 91 und 25 zu 51 sowie 30 zu 56. Der irische BGH hält das Frauenverbot (no dogs no ladies) in einem irischen Golfclub mit dem AGG für vereinbar. Hoeneß meint, das nicht autorisierte Interview von Philipp Lahm werde der noch bedauern - 50.000 € Vertragsstrafe - § 612 a - § 344? Gilt das Lüth-Urteil an der Säbener Straße oder hat der Arbeitgeber allein Art. 5 I GG? Vergleichbar mit Whistleblowing?

Schiller wird 250. Seine Balladen und manche Stücke sind eine examensjuristische Fundgrube für Tötungsdelikte. Die Ballade "Der Gang zum Eisenhammer" wurde mal in Versform als Klausur gestellt. Der Handschuh (das Fräulein will den sie anschnachtenden Ritter demütigen und fordert ihn auf, den runtergefallenen Handschuh zwischen Löwen und Tigern herauszuholen - straflose Anstiftung zum Selbstmord oder versuchter Mord in mittelbarer Täterschaft - nicht durch den Leuen) oder der Taucher (der König fordert den Knappen auf, ein zweites Mal zu tauchen, er würde dann die Prinzessin zur Frau kriegen - es kommt, wie es kommen muss). Und vor allem Wilhelm Tell: dolus eventualis beim Apfelschuss? Gerechtfertigter Mord - durch diese hohle Gasse muss er kommen - an dem Landvogt Geßler, weil der ihn hasst, Tell hat ihm nämlich das Leben gerettet. Rigoletto und Othello - nicht von Schiller - wurden auch schon im Mündlichen geprüft.

Im Zweiten am 1.10. Wenner/Weber/Schulze wurden aus 31 60, aus 30 66, aus 33 67, aus 38 71, aus 24 61 und aus 44 90 Punkte. Vortragsnoten 5 12 5 6 4 10. Im ÖR fragt Frau Merkel, ob sie Herrn Rüttgers zum Bundesarbeitsminister berufen kann und Herr Pofalla dann MP von NRW werden könne. Ersteres ja, da der Minister nicht Mitglied des BT sein muss, zweites nein wegen Art. 52 LV, da muss man es sein. Man lernt immer wieder dazu - und dann Staatsrecht im Zweiten - das gab es zu meiner Zeit vor dem Krieg nicht. Und: auf welcher Grundlage darf eine Ausweiskontrolle bei aufzufahrenden Polen stattfinden? Im Zivilrecht kam der Abschleppfall aus der JuS und BGH mit der "unverzüglichen" Fristsetzung zur Mängelbeseitigung. Im Strafrecht Strafverfahrensrecht. Otto kauft Teile von Quelle, vermeidet es aber peinlichst, Mitarbeiter übernehmen zu müssen. Wer ist für die Prüfung des Anfangsverdachts bei Oberst Klein (Raketenangriff auf einen Tanklastwagen in Afghanistan) zuständig? Angeblich prüft die Generalstaatsanwaltschaft das. Sie hätte das an sich gezogen. Das dürfen die? Gott, das muss ich auch wieder nachgucken - Jura ist schon mühsam. § 145 GVG.

In der Prüfung Huschens/Banke/Dylla-Krebs am 4.11. der ÖR-Vortrag: die Budenbesitzer des Schützenfestes sollen Wimpel anbringen, was sie nicht wollen. Zusatzfrage: modifizierende Nebenbestimmung. Im Zivilrecht Naturalobligation, im Strafrecht die Rollsplittentscheidung BVerfG zu § 142 StGB sowie AG Siegburg NJW 2004 S. 2725 (hat Herr Banke selber entschieden und ich war Streitegegenstand - leider Gottes hat der BGH jetzt aber eine andere Auffassung dazu) und ÖR habe ich gerade vergessen(jetzt fällt es mir wieder ein - die Ausstellung Körperwelten - Bestattungsgesetz oder Kunst oder OBG?). Der BGH ist im Gesellschaftsrecht mal wieder Karsten Schmidt gefolgt - die Haftung nach § 128 HGB gilt nicht für Masseverbindlichkeiten - man ist ja nicht mehr Herr der Gesellschaft - IX ZR 234/07. Die Analysen des Spiels Bayern / Bordeaux sind viel witziger als die Opel-Nachrichten - juristisch aber leider nicht ergiebig. Wenn GM bis Ende November die 1,5 Milliarden nicht zurückzahlt, gehört Opel der Bundesregierung - Sicherungsübereignung von jedem Schraubenzieher. Falls Opel in die Insolvenz geht, dürfte diese Absicherung aber anfechtbar sein. Nach welchem Recht geht das überhaupt, da Opel GM mehrheitlich Obama gehört? Magna hätte auch Stellen abgebaut - nun klaut GM die diversen Sanierungspläne und behält Opel. Skylla und Charibdis. Der BFH hält eine Wegzugssteuer für Auswanderer - Daniela Katzenberger - für zulässig. Diskriminierung? Dänemark will gegen Übergewicht eine Fettsteuer einführen - Lenkungssteuer - Diskriminierung von Molligen? In der FAZ meint ein Berater

von MP Lieberknecht, geheime Abstimmungen bei Sachfragen seien nach geltendem Recht unzulässig. Wieso? Das steht nur in der Geschäftsordnung.

Eine neue Variante der Pflichtexemplarsentscheidung: hat der Verleger einen Anspruch auf Abnahme eines Pflichtexemplars (gegen Kostenbeteiligung natürlich)? OVG Koblenz 2 A 10243/09. Mussolini hat 1924 die Kreuzpflicht in italienischen Klassenzimmern eingeführt - der EGMR hat die jetzt gekippt. Ob das die richtige Richtung ist? Unser BMW - der neue - spricht von Krieg in Afghanistan. Dann ist er aber wegen Art. 115 b GG kein IBUK mehr. Haftet ein Spieler von St. Pauli, wenn er den Fans von Hansa Rostock eine durchschnittliche Kehle zeigt, für die Polizeikosten und auf Schadensersatz - § 280, § 823?

In der Prüfung Pietzker/pp. am 30.10. kam als ÖR-Vortrag Hausverbot gegen einen die Sachbearbeiterin stalkenden Menschen. Im Zivilrecht: Maultaschen- und Frikadellendiebstahl einer AN und Greenpeace gegen Gen-Müller-Milch nun als Projektion auf ein Atomkraftwerk - Streitwert einer Unterlassungsklage. Im Strafrecht ein ellenlanger Fall, im ÖR: wann ist ein VA wirksam und warum muss Bayern das NRW-Abitur anerkennen? Weil sie sich über die Kultusministerkonferenz dazu verpflichtet haben - dafür lernt man 4 Jahre oder mehr Jura. Darf die Bezirksregierung Düsseldorf einem in Gibraltar ansässigen Internet-Casino-Betreiber das verbieten? OVG Münster 13 B 736/09. Das Geburtstagskind schenkt sich ein Skinhead-Konzert. Darf er des Platzes verwiesen werden? OVG Koblenz 7 A 10740/09 - war schon Vortrag. Der Beschwerdeführer einer Verfassungsbeschwerde ist gestorben - ein NPD-Anwalt, der Wunsiedel-Demos am 20.8. - Todestag von Rudolf Hess - durchsetzen will. Rechtsfolge?

Gilt das ne bis in idem im Schengener Abkommen auch für Einstellungen nach § 170 II StPO, fragt die SZ im Dr. Krombach-Fall. Da diese Einstellung bei uns keine Rechtskraft irgendwelcher Art entwickelt, ist das schwierig zu begründen. Ist eine Klage vor dem LG Verden gegen die Kirchenmusik aus dem Dom erfolgreich? Man hätte keinen Anspruch auf 24 Stunden Friedhofsruhe, meinte das Gericht. Fällt eine Rockergruppe unter § 129 StGB? Problem: Musik oder Motorradfahren ist das Hauptziel - kann das Beiprodukt - Straftaten - § 129 begründen?

Oktober: Ein Taxifahrer fährt ungebremst bei dichtem Nebel in den Rhein, weil sein erkennbar betrunkenen Fahrgast ihn leitet "immer weiter". Schadensersatzhaftung nach §§ 7, 18 StVG? § 280, § 823? Mitverschulden? In Köln gibt es Blitzüberfälle an Ampeln. Der Motorradfahrer schlägt die Seitenscheibe ein und nimmt die Handtasche auf dem Beifahrersitz mit. §§ 242, 243 oder §§ 249, 250? § 315 b? § 316 a? Frau Simonis muss ihren Senf zu den drei Wahlgängen der thüringischen MP Lieberknecht geben. Das wären Frauenhasser. Das hat sie nun schon öfters von sich gegeben - es wird langsam pathologisch. So ein Schmarrn.

Der Vortrag in den Prüfungen am 27.10.: BGH 4 StR 422/07. In der Prüfung am 28.10. Bönders/Schlemm/Kubink der Strafrechtsvortrag: BGH - Der Selbstmörder-Geisterfahrer macht im letzten Moment das Licht an und fährt die armen Opfer trotzdem tot. Im Strafrecht kam die Augustklausur, im ÖR die Klage gegen die Benotung einer Schwerpunktklausur, im Zivilrecht will eine 16jährige einen Nosejob machen lassen. Noten: 25 zu 48, 40 auf 71, 49 auf 80, 50 auf 84, 52 auf 80. Herzliches Beileid. Die zweistelligen Noten scheinen manchen Prüfern immer noch unbekannt zu sein. In der Prüfung am 29.10. Schmöckel/Rosenberger/Prüferwechsel kam als Zivilvortrag Autokauf mit § 137 - Weiterverkauf mit EV und Autounfall. Im Zivilrecht Autokauf plus Garantie, die zweite Reparatur wegen des selben Mangels ausserhalb der eigentlichen Garantiezeit. Im Strafrecht Blutentnahme bei Alkoholfahrt, im ÖR die Brunnenentscheidung VG Sigmaringen - die wird also wohl doch die ÖR-Klausur sein. Frau Merkels fehlende 9 Stimmen sollen aus den neuen Bundesländern kommen bzw. nicht kommen, da diese sich in der Ämterriege nicht repräsentiert fühlen, sagt eine Zeitung. Gilt Art. 36 GG für die Regierung? Der BGH entscheidet am 30.10. über das jahrelange und bundesweite Stadionverbot bei Verdacht - Einstellung nach § 153 StPO. Es gibt das erste Landtagswahlrecht für 16jährige - in Bremen. Das MoMiG wird am 1.11. ein Jahr alt. Die Meldungen über Juraexamen.com über die gelaufenen Examenklausuren verwirren mich - das ändert sich jeden Tag. Warten wir auf andere Quellen.

Kann man eine Milchquote pachten? Ja. Kann man den Vertrag wegen Krankheit analog § 594 c kündigen? Ja - BGH XII ZR 39/08. Die neuen AGBs der Banken verzeihen keinen Zahlendreher bei einer Überweisung mehr. Wie kriegt man denn den Namen und die Adresse desjenigen raus, auf dessen Konto die Überweisung versehentlich gegangen ist? Und ist eine solche Abwälzung der Verantwortung zulässig? Wofür kriegen die denn ihre "Bankgebühren"? So, jetzt findet man als erste ÖR-Klausur im Oktober plötzlich einen anderen Text: VG Sigmaringen 1 K 2315/98 vom 19.7.2000 - der Brunnen von Hechingen - war schon mal Klausur. Dann beschäftigen Sie sich eben mit den Stolpersteinen und dem Brunnen vorsichtshalber. Daimler nimmt bei künftigen Arbeitnehmern Bluttests vor. Ist das zulässig? Und wenn nicht, Rechtsfolge? Mich würde nicht wundern, wenn nicht schon anhand der Bewerbungsunterlagen Untersuchungen auf künftige Krankheiten oder Veranlagungen hin gemacht würden. Aber das merkt ja keiner. Handschriftliche Lebensläufe sind ja auch nicht dazu da, festzustellen, ob Sie schön schreiben können. Der BGH prüft, ob ein korrupter HR-Journalist Amtsträger ist. Problem: die Rundfunkanstalten sind Grundrechtsträger - wir haben keinen staatlichen sondern öR Rundfunk und seit ca. 1980 auch privaten. Beißt sich das?

Der EuGH hat die völkerrechtliche act of state doctrine ins Europarecht übernommen - C115/08 - Österreich hat die Betriebserlaubnis für die Dreckschleuder (Verzeihung) Temelin zu akzeptieren. Dass ein Staat keinen Dreck in den anderen leiten darf - Trailsmelter IGH - wird aber wohl nicht berücksichtigt. Der BGH III ZR 18/09 muss der Justizverwaltung beibringen, was Anstand ist. Ein Gefangener klagt mit Erfolg auf Schadensersatz wegen menschenunwürdiger Unterbringung und die rechnen mit den Strafverfahrenskosten auf. Die zweite ÖR-Klausur im Oktober = BVerfG 1 BvR 224/07. Die FAZ sinniert über 2005, als Frau Merkel einen verfassungswidrigen Haushalt ankündigte und der Bundespräsident deshalb Stress machte. Hat sie deshalb vielleicht den Schattenhaushalt in die Schublade getan? Während eines Amoklaufes an einer Schule liegt ein Lehrer mit Grippe zuhause und will das als

Dienstunfall nach § 31 IV BVerfG behandelt wissen. Wurde er angegriffen? Das Sparbuch soll wieder sehr beliebt sein. Was ist das rechtlich?

Die erste ÖR-Klausur im Oktober: ein Hauseigentümer will sich gegen eine sog. Stolperstein vor seinem Haus wehren. BGH VIII ZR 300/08: Mietmangel, wenn meine als Dachterrasse genutzte Plattform ungemütlich wird, weil unten statt einer Bank ein Fischrestaurant arbeitet? BGH VIII ZR 321/08: § 25 HGB, wenn nur der Zusatz eK durch GmbH ersetzt wird? Im Zweiten am 23.10. Dylla-Krebs/Baden/Roitzheim kam als Vortrag, eine e.V. gegen eine Flugblätter-gegenrasende-Busfahrer-verteilende Mutter durch ein Busunternehmen. Im Zivilrecht kalte Räumung. Im Strafrecht Blutentnahme ohne richterlichen Beschluss, im ÖR will der Methadon-Arzt mit seiner Praxis in ein reines Wohngebiet ziehen. Der Dresdner Prozess wegen Tötungsdelikt im Gericht an einer ägyptischen Zeugin: sind die Richter befangen, weil die Tat in ihrem eigenen Gericht geschah und die Zeugen ihre Kollegen sind? Ist das nicht doch ein Fall für die "Staatschutzkammer" - gemeint ist der OLG-Senat? Prägt nicht der Ausländerhass die Tat - Eggesin-Formel? Was macht man gegen einen Angeklagten, der die Angabe zur Person verweigert und die Sonnenbrille nicht abnimmt? Der Stadtstaat Bremen arbeitet mit künstlichem DNA zwecks Abschreckung von Eigentumsdelikten. Ist eine Ermächtigungsgrundlage erforderlich? Körperverletzung im Amt an den Dieben? Dürfen Diebe so gebrandmarkt werden? Dürfen Privatleute diese künstliche DNA einsetzen? My home is my DNA-castle?

Die ersten drei Oktoberklausuren - wieder kein Sachenrecht. VorgründungsGmbH, § 377 HGB, Schweigen auf das kaufmännische Bestätigungsschreiben. Gestörtes Gesamtschuldverhältnis und §§ 644, 645 BGB sowie der Spundwand-Fall des BGH (jemand zerstört eine vom Werkunternehmer noch nicht fertig gestellte Spundwand - DSL oder Besitz als geschütztes Rechtsgut? - ist schon ein bisschen älter). Kaufrecht - Grundmangelhaftung - Zylinderkopfdichtung - Einräumung per Vertrag eines Anfechtungsrechts. BMW koppelt die Managergehälter nun an die Arbeitslöhne - eine dynamische Verweisung auf die Tarifverträge - die Gewerkschaften werden sich freuen oder eher doch nicht. Die Banken ändern zum 1.11. ihre AGBs - reicht das, wenn die mir das mitteilen oder muss ich zustimmen? 150 € Selbstbeteiligung bei Missbrauch der Karte. § 307 BGB? Am 27.10. wird der Bundestagspräsident gewählt und wohl am nächsten Tag die Kanzlerin. Wie geht es dann weiter? Die Stadt Mönchengladbach hat nach der Expressschlagzeile für das Bundesligaspiel gegen Köln ein Alkoholverbot für die Stadt verhängt. Geht das und bekommen die Alkoholverkäufer Entschädigung nach § 39 OBG?

Der Insolvenzverwalter bekommt den Quelle Versand nicht verkauft. Ich vermute, wegen § 613 a. Es würde mich nicht wundern, wenn am 2. November Interessenten ihren Hut in den Ring werfen. Dann greift der nämlich nicht mehr. Die Vorschrift ist eine Katastrophe in Sanierungsfällen. Wenn die Mitarbeiter von Quelle sich zusammenschließen würden und ein eigenes Unternehmen gründen würden, würden sie die Haftung nicht übernehmen - § 25 HGB gilt nicht in der Insolvenz.

Präsident Papier meint zu Recht in einem Sondervotum, dass das Betriebsrenten-für-Homosexuelle-UrteileArt. 6 I GG abändert. Dr. Krombach bleibt in U-Haft in Frankreich - konsularischer Beistand wird ihm wenigstens nach Maßgabe des LaGrand-Urteils des IGH geschuldet. Strafbarkeit des Entführers? Ist er Täter oder nur Anstifter, wenn er eine wilde Truppe gegen Geld dazu bringt, Dr. K. nach Frankreich zu schaffen? § 35 StGB? Dr. K. würde bei uns auch in U-Haft genommen. Private Entführungen begründen kein Verfahrenshindernis. Bei staatlichen - Adolf Eichmann - kann man darüber streiten.

In der Prüfung Baxpehler/Kersting/Drees am 16.10. kam im ÖR die Beckenbauerkinderentscheidung sowie die zweite Septemberklausur. Im Zivilrecht sagt Astro TV der anrufenden Ehefrau, ihr Mann wäre untreu, woraufhin sie ihn mit dem Nudelholz schlägt und er von Astro TV Schadensersatz haben will. Im Strafrecht quer Beet durch Erpressung und ähnliches. Die Noten: 45 zu 91, 34 zu 71, 73 zu 127, 45 zu 93, 42 zu 80. Vollendeter oder versuchter Diebstahl, wenn ein Geldautomat per Radladerschaufel herausgerissen wird, aber nicht, wie geplant, nach Frankreich zwecks Aufbrechens geschafft werden kann, weil er zu schwer ist - BGH 1 StR 399/09? Das BVerfG hat das Abstandsgebot des Art. 6 I GG ermordet - gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind betriebsrentenberechtigt - da folgt man brav dem EuGH und bei der Altersdiskriminierung meint man, die Welt stürzt ein und Luxemburg sei schuld. In der Prüfung Kreße/Weingarten/Banke am 21.10. kam als BGB-Vortrag die Ewigkeitshaftung - § 166 analog, wenn ein Bürgermeister ein kontaminiertes Grundstück verkauft, davon nichts weiß, während sein Vorgänger oder der andere Bürgermeister (kreisfreie Stadt? Aber da verkauft dann der Beigeordnete für den OB) Bescheid weiß. Zusatzfrage: was empfiehlt ein Anwalt im schriftlichen Vorverfahren, wenn man die Sache verliert als Beklagter? ZPO-Zusatzfragen scheinen jetzt öfters zu kommen. Letzte Woche: Herausgabeklage hinsichtlich von Kfz-Papieren, das Auto kostet 15.000 € - wie ist der Streitwert für die Papiere anzusetzen? Und Widerklage. Im Strafrecht der JuS-Fall - Erpressung der Milliardärin Klatten, im ÖR ein Protokollfall, im Zivilrecht Werkvertragsrecht. Auswendig gelerntes wurde nicht sehr geschätzt - selber denken und argumentieren ist gefragt. Geld hat man zu haben, war bisher ein unumstößlicher Grundsatz. Wenn das Jobcenter aber verspätet die Miete überweist, haftet der Mieter nicht, weil das Jobcenter kein Erfüllungsgehilfe sei, BGH VIII ZR 64/08. Was ist mit einer Studentenbudenmiete, die von den Eltern überwiesen wird? Der Mieterverein fällt unter § 278, wenn er falschen Rechtsrat erteilt. Heute ziehen alle Zeitungen mit der vollständigen Dr. Krombach-Geschichte nach. Professor Löwer meint in der FAZ, die Wahlprüfung sei ein alter Zopf: keine vorherige Überprüfung und danach werde zuerst der Bundestag damit befasst und nicht direkt das Bundesverfassungsgericht.

Noch die Noten aus der Prüfung Paeffgen/Bellin/Weingarten am 9.10.: 46 zu 83 (7+10), 56 zu 95 (9+10), 50 zu 91 (11+10), 33 zu 53 (2+6), 31 zu 56 (5+7). In der Prüfung Drüen/Göttling/Wolters am 14.10. wurden aus 34 66 (8+8), aus 32 60 (7+7), aus 38 66 (4+8) und aus 42 80 (11+9) - im ÖR fast nur Europarecht, im Strafrecht Schummeler bei der Abwrackprämie und im Zivilrecht Schummeln beim Alter der Kinder im Robinson-Club. Der Dr. Krombach-Fall (EuGH und EGMR NJW 2001: keine Verurteilung in Abwesenheit - weder in Strafsachen noch in Zivilsachen) hat eine weitere

Fortsetzung. Er wird gefesselt und entführt bei Straßburg gefunden und in Haft genommen, da er in Frankreich wegen Tötung seiner Stieftochter verurteilt wurde. Beweisverwertungsverbot? Nein, da nicht der Staat der Entführer ist. Polanski kann jetzt zum EGMR gehen, da der Schweizer BGH in Strafsachen den Haftbefehl aufrechterhalten hat. Claudia Pechstein versucht, am 22.10. vor dem Sportgerichtshof in dubio pro reo durchzusetzen - das wird ihr wohl nicht gelingen, da Sportrecht englisches Recht ist - strict liability. Sie muss sich entlasten. Die Hartz-IV-Verhandlung - der Kläger war rhetorisch am geschicktesten. Die Windeln wären so teuer und er könnte sich keinen Anzug kaufen, da er eine Übergröße bräuchte. Im Vortrag am 16.10. haben Kandidaten Eigentum durch Schenkung übergehen lassen - Autsch.

In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Huschens/Rütten am 16..10. kam im ÖR die Augustklausur - Israelfahnen im Fenster. Im Strafrecht nur StPO - Blutentnahme durch Polizei mangels Notdienst und Revision. Im BGB Internetkauf und Preisirrtum. Noten: 47 zu 95, 47 zu 78, 24 zu 42 und 31 zu 50 plus. Brüssel will Sammel- und Kollektivklagen einführen. Für alle Rechtsgebiete oder wie? Die Kompetenz dürften sie nicht haben. In der SZ meint ein Arbeitsrechtler, wer in der "Firma" klaue, solle es wenigstens zugeben. So einen dummen Tipp liest man selten. Eine schöne alte Geschichte eines meiner Studenten dazu: eine Gruppe Kinder hat beim Fußballspielen eine Wohnzimmerscheibe zerdeppert. Der Eigentümer kommt raus "wer war das?". Er und sein Bruder meldeten sich, als einzige, weil zuhause gelehrt worden war, dass man nicht lügen solle. Sein Vater habe ihn dann zur Seite genommen und den Unterschied zwischen Lügen im Innen- und Außenverhältnis erklärt, damit die Kinder nicht lebensuntüchtig werden. Vor allem sind wir Anwälte ja eine Spezies, die einen Fehler so gut wie nie zugibt - das kann man auf Richter erweitern.

In der Prüfung Roth/Hammerschlag/Fleischfresser am 16.10. kam als Vortrag die Geliebte, die sich von dem Erben das Auto schenken lässt, die Papiere hat, die Schlüssel dann aber doch wieder zurückgibt. Sachenrecht - Besitzkonstitut. Zusatzfrage Widerklage und Gerichtsstand. Im Zivilrecht VorgründungsmbH, Vor-GmbH, GmbH. Im ÖR will eine Blumenhändlerin am Melatenfriedhof in Köln - da liegt die Prominenz - einen mobilen Blumenstand aufmachen. Im Strafrecht absichtlicher Verkehrsunfall, um die Haftpflichtversicherung eines Betrunkenen abzuzocken. Noten: Einer hat nicht bestanden, einer 65 Punkte, dann aus 53 99, aus 47 91 und aus 52 90. Muss sich eine englische Lebensversicherung an die Transparenzregel des § 307 halten? Der BGH soll das entscheiden, möglicherweise nimmt die verklagte Versicherung aber die Revision nach §§ 565, 516 ZPO zurück. Ist diese Regelung sinnvoll? Auch eine 16jährige Australierin will eine Weltumsegelung machen - § 1626 BGB - muss das Vormundschaftsgericht bzw. Familiengericht ran?

Das BVerfG hat eine Verhandlungsgliederung zu Hartz IV ins Netz gestellt - was sagt uns die über das Ergebnis und den Schwerpunkt? Vier gestohlene Maultaschen berechtigten zur fristlosen Kündigung - ich weiß nicht, warum sich darüber so aufregt. Kalt geplanter, heimtückischer Diebstahl. Wenn man eine angebotene Abfindung über 25.000 € nicht annimmt, ist man selber schuld - bei dem Fall. Darf man ein Auto zum Ausschachten verschenken oder ist das nach § 326 I Nr. 4 a StGB strafbar? Letzteres OLG Celle 32 Ss 113/09. OLG Hamm 28 U 1/09: ein Anwalt vereinbart mündlich ein Stundenhonorar von 250 € - hätte schriftlich sein müssen - und will jetzt wegen der Unwirksamkeit die gesetzlichen Gebühren, die wesentlich höher sind - Streit 5,5 Millionen. Das OLG Hamm meint nein wegen § 49 b V BRAO.

BGH 5 StR 375/08: Raub, wenn ein Selbstmörder einem Taxifahrer mit Gewalt seinen Wagen wegnimmt, um sich mit bzw. in dem umzubringen? In der Prüfung Limpens/Grunewald/Quarch am 15.10 kam als Vortrag die kalte Räumung. Im Zivilrecht die Fangprämie des Ladendetektives, im Strafrecht Wettbetrug und die neuen Gesetze Deals/Kronzeugenregelung/U-Haft und im ÖR Zusammenlegung der Wahltermine sowie das Altpapierurteil des BVerwG - Noten: 31 zu 60, 33 zu 66, 41 zu 84, 42 zu 90 und 46 zu 90. Die Commerzbank verspricht einem Mitarbeiter von Kleinwort im Januar 2008 eine Halteprämie und will später davon wieder runter, weil ihre Investmentbank Kleinwort doppelt soviel Verlust hat wie im Januar angenommen. Das LG Frankfurt hält das nicht für stichhaltig. Das BVerfG wird sich mit Hartz IV und dem Satz für Kinder über 53 € beschäftigen. Im Wege einer Vorlage nach Art. 100 GG.

In der Prüfung am 14.10. kam das Strohmangengeschäft als Vortrag - ein Stukkateur engagiert einen Stukkateurmeister, um Stuckarbeiten durchführen zu können. Im Zivilrecht BGH- die falsche Anwaltsauskunft führt zum Nervenzusammenbruch der Mutter, deren hoffnungsvolle Zwillinge an Weihnachten mit Wunderkerzen die Bude abgefackelt haben. Und: die Mutter ordert beim Zahnarzt eine 7.000 € teure Zahnprothetik für das Kind, die Versicherung zahlt nur 1.500 und der Vater ist geschockt. Die Noten aus der Prüfung Zieschang/Scheiff/Merschmeier vom 9.10.: 30 zu 66 (6+10), 39 zu 70 (4+9), 28 zu 62 (7+9) und 34 zu 75 (9+10). Eine Kunsthändlerin verkauft einem Sammler eine angeblich von einem deutschen Künstler stammende Zeichnung aus dem frühen 19. Jahrhundert - es handelt sich aber um einen echten Leonardo. Kann sie anfechten? Die deutschen Studenten stürmen wieder mal die österreichischen Universitäten - ist die Abwehrmethode der Zugangsprüfung europafest? Und der BGH zu Gebrauchtwagen und eigener Werkstatt-Garantie - VIII ZR 354/08.

In der Prüfung am 7.10. Zimmermann/Pabst/Stöckel kam ein ÖR-Vortrag - Abschleppen eines gestohlenen Fahrzeuges. Im Strafrecht die Septemberklausur. Im Zivilrecht rennt ein Polizeihund einen Radfahrer um. Im ÖR will die Bundeskanzlerin nicht den im Koalitionsvertrag vorgesehenen BMW ernennen. Noten: 22 zu 45 (2+7), 23 zu 49 (5+7), 28 zu 63 (8+9), 31 zu 65 (7+9) und 31 zu 55 (3+7). Im Zivilrecht OLG Koblenz 1 U 428/09: die Innenstadt wird wegen Bombenalarms gesperrt - bekommt ein Gaststätteninhaber Entschädigung, weil er nicht aufmachen durfte? Am 9.10. kam als Vortrag ein Anwalt, der sich gegen unerwünschte Emailwerbung für ein Hotel wehren will. In der Prüfung Scheiff/Merschmeier/Zieschang wurde § 14 LuftsicherheitsG (BVerfG - Klausur) geprüft. Im Zivilrecht wird ein gebrauchter VW Lupo mit Servolenkung verkauft, obwohl dieser Wagen mit einer solchen gar nicht produziert wird. Im

Strafrecht bringt ein Auftragskiller das Opfer um. In der Prüfung Paeffgen/Weingarten/? nichts aktuelles, Sachenrecht, keine ZPO, keine StPO. Die FAZ hat wieder eine ganze Seite über Carl Schmitt. Da hat jemand behauptet, das Ermächtigungsgesetz wäre legal zustande gekommen. Das ist nicht vertretbar, da die Stimmen falsch ausgezählt wurden, wofür Göring gesorgt hatte.

In der Prüfung Hausen/Weigend/Jähig am 8.10 wurden aus 36 befr., aus 32 ausreichend, aus 34 befriedigend, aus 28 ausreichend und aus 64 gut. Vortrag = unwirksame Renovierungsklausel. Nichts aktuelles. Die Stadt Heilbronn nimmt über § 3 StVG alkoholisierten Jugendlichen die Fahrerlaubnis ab. Gibt die Vorschrift das her? Kann die BAFIN gegen ihre Entmachtung rechtlich etwas tun? Die Bundesbank, die überhaupt nichts wichtiges mehr zu tun hat, bekommt die Bankenaufsicht.

Hier noch die Noten aus der Prüfung Bieber/Kubink/Brenner am 30.9.: 53 zu 105 (13+13), 37 zu 75 (5+11), 27 zu 58 (7+8), 47 zu 84 (7+10), 22 zu 51 (5+8). Im Zivilrecht kam die 16jährige, die um die Welt segeln will - § 1626. Im ÖR wurde § 16 a WoBindG als Klassiker im Examen bezeichnet. Den BGH-Fall die zurückgelassene Frau im Schneefeld kannte keiner. Herr Sarrazin soll "nur" entmachtet werden - wie könnte er sich dagegen wehren, dass er jetzt nur noch für die Frauenparkplätze und die Essensmärkchen zuständig ist? Die Bundesregierung stimmt der Opel-Bürgschaft zu. Welche, die alte oder die neue und ohne Zustimmung des zur Zeit nicht existenten Bundestages? In welcher Form? Schriftlich?

Der BGH entscheidet, ob ein jahrelanges, bundesweites Stadionverbot auf Verdacht rechtmäßig ist. § 153 StPO ist "auf Verdacht"? Professor Thüsing meint in Die Welt zur Kündigung wegen Brötchensdiebstahls, es sei nicht so, wenn Du ein Mal klast, fliegst Du - das seh ich anders. Die FAZ berichtet über den Umsatzeinbruch bei großen Kanzleien - dazu studiere ich Jura. Frankreich will für Triebtäter die chemische Kastration einführen. Wäre das bei uns möglich?

In der Prüfung Mangel/Schmidt/Lehmler (?) am 6.10. kam als ÖR-Vortrag zum zweiten Mal der abgeschleppte Pkw und der Halter kommt noch rechtzeitig. Im Zivilrecht ein Schenkungsfall. Im Strafrecht Blutentnahme durch eine Krankenschwester, im ÖR quer Beet. - elektronische Fußfessel per Landesrecht und Glücksspielstaatsvertrag. Darf das BVerfG Grundfreiheiten prüfen? Darf eine Gemeinde ihre Einwohner anpumpen? Quickborn hat das getan. §§ 85, 76 III GO. Ist die erforderliche Genehmigung ein Kondominium?

Der BGH hat wieder mal das Lüth-Urteil fortgestrickt - auch Prominentenkinder - Beckenbauer - unterliegen keinem Totalverbot der Presseberichterstattung, bis sie volljährig sind - VI ZR 134/08. Hotmailkunden haben in den letzten Tagen keine Email mehr bekommen. Schadensersatzansprüche gegen Microsoft?

87 Seiten beim BGH 3 StR 552/08 zur Umwidmung von präventiv erlangten Telefonmitschnitten für die Strafverfolgung und zum Schluss zum Eingehungsbetrug bei Abschluss von Versicherungsverträgen - früher reichte das nicht, da nach dem VVG der Versicherungsschutz erst später anfängt. Wie wird man ein Vorstandsmitglied der Bundesbank los, das sich angreifbar über die Berliner Bevölkerung geäußert hat? § 7 BBankG sagt direkt dazu nichts. Also wie? Der polnische Präsident ratifiziert trotz des irischen Referendums immer noch nicht - Art. 18 Wiener Vertragsrechtskonvention. Ist die auf den Reformvertrag anwendbar? Völkerrecht oder Europarecht im engeren Sinn? Es wird vor Magnethandtaschen gewarnt - die Damentaschen mit Innenbeleuchtung löschen die EC-Karten-Magnetstreifen. Rechtslage? Das sog. Altpapierurteil des BVerwG - die Kommunen haben die Hoheit über die Altpapierverwertung - soll mit der Warenverkehrsfreiheit nicht vereinbar sein, meint ein anwaltliches Gutachten. Das ist auf den ersten Blick nicht von der Hand zu weisen. Der Europarat meckert an der angeblich fehlenden Unabhängigkeit unserer Justiz rum. Nur, weil die Richter ihre Finanzen nicht selber bestimmen können. Es gibt nichts unangreifbareres als Richter in unserem Land.

In der Prüfung Bieber/Kubink/? am 30.9. kommt im ÖR die Ehefrau des ersten Offiziers der gekidnappten Stavanger zum Anwalt, er soll ihr helfen. Dann haben alle Parteien die soziale Marktwirtschaft in ihrem Wahlprogramm, was sagt das GG dazu. Im Zivilrecht will ein Zuschauer das Eintrittsgeld bei einem verschobenen Match zurück. Im Strafrecht BGH, die im Schneefeld zurückgelassene einzuschleusende Ausländerin. Der BMV hat ein Vetorecht bei der Richterbesetzung im Wehrdienstsenat des BVerwGes und davon Gebrauch gemacht, weil ein Ungedienter da nichts zu suchen hat. Also Frauen per se nicht? In der VwGO - §§ 49, 50 - finde ich zu dem Wehrdienstsenat nichts. Die FAZ meint, die Flashmob-Rechtsprechung des BAG würde Nicht-Arbeitnehmern den Arbeitskampf erlauben. Das Arbeitskampfrecht würde mangels gesetzlicher Regelung durch die Willkür der Arbeitsgerichte bestimmt. Drastisch aber das hat was.

Darf eine Studentenbude auf zwei Jahre fest unter Kündigungsverzicht vermietet werden? Der BGH VIII ZR 307/08 meint, das verstieße gegen § 307 BGB. In der Prüfung am 30.9. Reuter pp. kam als Vortrag: Aufstiftung . eine Ehefrau animiert ihren Ehemann bei einem Kiosküberfall eine Waffe mitzunehmen. Im ÖR der polierte Grabstein - JuS. Im Zivilrecht soll ein Neffe zum Geburtstag des Onkels einen Reporter mitbringen und dafür 500 € bekommen. Im Strafrecht wieder der Fall des durch den Ex gelockerten Autoreifens. Darf einem DVU-Vorsitzenden der Waffenschein verweigert werden? § 5 I 2 a gegen II Nr. 2 b WaffenG? Gilt das Parteienprivileg im Waffenrecht? Das BVerwG meint nein. Hans Eichel, ehemaliger OB in Kassel, ehemaliger Ministerpräsident in Hessen und ehemaliger Bundesfinanzminister will drei Pensionen haben - § 20 BMinG. Passt der? Nach dem Wortlaut nicht. Der VGH Kassel hat ihm die OB-Pension nicht gegeben. Die Iren stimmen über den Vertrag von Lissabon ab. Solange, bis sie tot umkippen. England hat nun einen Supreme Court mit 12 Richtern ähnlich dem der USA. Also eine Kombination aus BGH und BVerfG.

Der Vortrag im Zweiten Examen in Hamburg: eine mobile Fahrradstation soll als Sondernutzung verboten werden. Im Strafrecht: 70.000 Beträge durch die Berliner Stadtreinigungsmitarbeiter zulasten von Eigentümer. Alle Richter der Berliner Gerichte sind Opfer. Gerichtsstand für Bundeswehrangegriffe gegen Piraten. Neonazis wollen auf einem Friedhof demonstrieren, die zuständige Behörde sagt, ihr bekommt vorher keine Verbotsverfügung, wir schreiten erst ein, wenn ihr anfangt. Noch die Noten aus der Prüfung Ziemßen/Hellebrand, Dietlein vom 2.9.: 47 zu 82 (5+10), 33 zu 58 (4+7), 69 zu 122 (11+14), 34 zu 78 (11+11) und 25 zu 55 (6+8). Muss ein AG die Toilettentürenschrimerereien beseitigen, falls er nicht wegen Mobbings nach § 3 III, 15 AGG haften will? BAG 8 AZR 705/08. Das LG Köln hatte nach der SZ zu prüfen, ob Spielerberaterverträge unter § 627 fallen und ob die jederzeitige Aufkündbarkeit abdingbar ist. Als Anwältin von Polanski würde ich den Soering-Fall des EGMR NJW 1990 rauskramen - keine Auslieferung an die USA wegen Willkür. Otto Schily hat wieder einen Sieg durch Art. 12 GG errungen. Die Bundestagsverwaltung muss ihrer Transparenzregelung hinsichtlich Einzelanwälte und Sozietäten überprüfen.

September: Die letzte ÖR-Klausur im September: bezieht sich der Bestandsschutz auf abgebrannte Hütten, wenn diese erst bei Ablauf der Vertragszeit zu entfernen sind? War das nicht ein Urteil? Baurecht kommt fast in jedem Monat dran. Sachenrecht seit Januar fast gar nicht mehr. Kann eine Anwältin, die per Büromail Lampen für ihre Wohnung kauft, widerrufen? Richtlinienkonforme Auslegung der §§ 13, 14 BGB? BGH VIII ZR 7/09. Der Arbeitsrechtsvortrag im Zweiten am 29.9.: Der AG will 10 - 20 Stunden Teilzeit. Bestimmt genug? Darf eine SozialpädagogIN für den Nachtdienst in einem Mädcheninternat per Anzeige gesucht werden? § 8 AGG. Es wurde die Neuregelung der Deals gefragt und Wert darauf gelegt, dass der Rechtsmittelverzicht im Termin gegenüber der alten Rechtsprechung gar nicht geht. Sowie die Erbrechtsreform und das FamFG. Die FAZ kann richtig ulkig sein. Eine Abgeordnete, die wider Erwarten ihren Wahlkreis habe halten können, habe Freudentränen vergossen, als ob sie eine Scheinerschießung überlebt hätte. Fällt die Eigenschaft Zollflughafen zu sein, unter Art. 12 GG? BVerfG 1 BvR 3275/07 ja - Art. 12 und 4 Fälle werden immer geprüft. Polanski hatte sich seinem Strafverfahren nicht gestellt, weil der Richter sich nicht an den getroffenen Deal halten wollte. Ein anderer Richter will Bewährung geben, wenn die Verhandlung im Fernsehen übertragen werden darf - da war das Mittelalter ja noch rechtsstaatlicher mit Gottesurteilen. Die FAZ bespricht in Recht und Steuern die Flashmob-Entscheidung des BAG mit dem Problem des Verteidigungsmittels des Arbeitgebers.

Die dritte BGB-Klausur: § 28 HGB analog bei GbR und im Mietverhältnis? Ältere BGH-Entscheidung. Und Haftung eines Gers für den Fehler des anderen - stillschweigende Abbedingung des § 425 BGB - alte Kamelle. Die erste ÖR-Klausur im September: BVerfG - Zwangsmitgliedschaft in Jagdgenossenschaft - war schon mal Klausur. Das BVerfG beschäftigt sich am 30.9. mit § 44 b AbgG und Otto Schily - reichen die Verhaltensregeln des Bundestages für sich selber als gesetzliche Grundlage gemäß Art. 12 I 2 GG? Ein Verwaltungsgericht meint, dass eine Schwangere ihr Auto nicht auf einen Behindertenparkplatz stellen dürfe. Diskriminierung von Frauen gegenüber Behinderten?

Die Strafrechtsklausur im September = BGH 4 StR 328/08. Die dritte Zivilrechtsklausur HGB/GbR. Noch näheres zum Vortrag vom letzten Donnerstag: der Otto-Rehagel-Ewald-Lienen-Fall - der Trainer lässt die Stollen am Fußballschuh anscharfen - zweiter Teil: der Eiwürfelkübel wird dem falschen Trainer versehentlich über den Kopf gekippt. Am 27.9. wurde der Bundesrat mitgewählt, wegen des Ergebnisses in Schleswig-Holstein kann CDU/FDP jetzt in beiden Kammern durchregieren. Im Mündlichen könnte gefragt werden, wie es jetzt weitergeht - Zusammentritt des neuen Bundestages bis spätestens am 27.10., Wahl des Bundestagspräsidenten, Wahl der Kanzlerin. OLG Frankfurt: muss eine Bank auf ein Sparbuch mit der letzten Eintragung 1984 das damalige Guthaben auszahlen, auch wenn nach ihren Unterlagen alles zwischenzeitlich abgehoben wurde? Ja klar. Roman Polanski sitzt wegen eines Haftbefehls aus 1978 in der Schweiz in U-Haft. Ginge das bei uns auch? Absolute Verjährung? Ein Kölner Professor meint im Spiegel, es handle sich in Afghanistan um einen nicht-internationalen bewaffneten Konflikt sprich um einen Bürgerkrieg. Na ja. Dieselbe Zeitschrift berichtet, dass das BVerfG und die Regierung, jedenfalls die alte, miteinander verfeindet seien. Die Richter seien zu politisch und hielten zu viele Vorträge und würden zu wenige Urteile schreiben.

Frau Zypries meint, es gäbe zu wenige Frauen in den Gerichten, weil im BVerfG nur drei seien. Vor Jahren hatte sich ein OLG-Präsident aus Niedersachsen noch über zu viele beschwert, die hätten alle nur eine halbe Stelle maximal, um ihre Kinder kriegen zu können. Die SZ bringt zu diesem Thema die Justitia mit Waage und Schwert - im Mündlichen wurde mal gefragt, wofür die stehen. H.M. Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren. Der Rat der Stadt Bonn hat die Oberbürgermeisterin, die am 20.10. von Bord geht, ermächtigt, den Vertrag mit der in Insolvenz gegangenen Weltkonferenzentrumsbau GmbH zu kündigen. Sie will die Bauleitung offensichtlich selber übernehmen und die Handwerker aus der Stadtkasse bezahlen. An wen ist die Kündigung zuzustellen?

Die Prüfung am 24.9. Ketterle/Volkhausen/Bätge: Strafrechtsvortrag, Fouls im Fußballstadion mit error und Irrtum. Im Strafrecht der Steinewerfer von der Autobahnbrücke und StPO. Im Zivilrecht das Thema des G20 Gipfels - Begrenzung der Managergehälter - der Aufsatz in der FAZ vom Vortrag. JuS-Fall kalte Räumung. ÖR Wahlrecht in Bund und Kommune, Aufhängen von Wahlplakaten. 36 wurden zu 71, 36 zu 73, 48 zu 90, 25 zu 67 und unbekannt zu 79. Obama baut den Raketenschild ab und Russland ist als Gegenleistung für Sanktionenverschärfung gegen den Iran. Der Mann traut sich was, geht selber in den Sicherheitsrat mit Libyen als Teilnehmer. Aber die haben ja kein Vetorecht. Art. 27 UN-Charta unterscheidet fein zwischen Geschäftsordnungsfragen und inhaltlichen. Satzungsfragen sind Machtfragen.

Der Vortrag am 23.9.: der Besteller einer mangelhaften Hausdämmung will die Gutachterkosten und die Ersatzvornahme bezahlt haben. Zusatzfrage: allgemein zu Formvorschriften im BGB. In der Prüfung Hausen/Henssler im ÖR: die NPD will eine Stadthalle haben, im Strafrecht Geschichte der Schöffen und die JuS-Besprechung des Klattenfalles. Eine Flashmob-Aktion von ver.di ist vom Arbeitskampfrecht gedeckt, BAG 1 AZR 972/08 - damit dürfte strafrechtlich und zivilrechtlich auch die Luft raus sein. Oder muss der Flashmobber die Waren bezahlen, die er in dem Einkaufswagen hat? Wie soll sich der Arbeitgeber sonst wehren - aussperren geht ja schlecht. Frau Merkel meint,

Überhangmandate seien keine Mandate zweiter Klasse - doch, da sie entfallen, wenn der Inhaber abgängig ist. In Grafschaft, Rheinland-Pfalz, soll ein Outlet-Zentrum hingesetzt werden. Bonn, gefühlte 15 Minuten entfernt, passt das nicht. Müssen die Interessen des Nachbarlandes in der Bauplanung wohlwollend berücksichtigt werden? Die USA scheinen von ihrem Unilateralismus runterzuwollen. Schau'n mer mal. Kann ein Steuerhinterzieher die Bank in Liechtenstein mit Erfolg verklagen, weil sie ihm nicht gesagt hat, dass Daten gestohlen wurden und er so die Amnestie in Deutschland verpasst hat? Der Mann klagt in Vaduz - da weiß ich jetzt schon, was raus kommt. IPR - Zuständigkeit eines deutschen Gerichts? Die EuGVVO gilt ja leider nicht - also Luganer Übereinkommen? Welches materielle Recht ist anwendbar? Das EuG wird 20 und entscheidet, dass Brüssel den Handel mit Verschmutzungsrechten nicht zu bestimmen hat. In Honduras wird Botschafts asyl für den fortgejagten Präsidenten praktiziert. Wir hatten das mal ein paar Wochen lang in Prag, mögen das aber nicht - in Südamerika ist das üblich.

Die zweite Septemberklausur: unberechtigte Untervermietung nach Kündigung - BGH - Reparatur einer Heizung, die lt. Vertrag nur überprüft werden soll - BGH und schon mal Klausur letztes Jahr, Beschädigung der Wohnung durch Partygäste - § 278 - und Elternbürgschaft. Milchbauern blockieren wie damals Herr Schmidberger die Brenner Autobahn - der EuGH hatte zum ersten Mal Grundrechte gegenüber Grundfreiheiten durchgesetzt - Versammlungsfreiheit der EMRK gegenüber der Warenverkehrsfreiheit - aber nur übers Wochenende. Ist Flashmob während einer Wahlkampfede der Kanzlerin - also gemeinsames Dazwischenrufen - eine Nötigung? Die SZ meint, es werde eine verfassungswidrige Wahl am Sonntag - man rechne mit bis zu 20 Überhangmandaten. Ein ÖR-Professor äußert sich in der FAZ zu der Bekämpfung der Boni - er schlägt den Wegfall der Geschäftsgrundlage vor - ich glaube, man sieht, dass das nicht sein Fachgebiet ist. Wie umgeht man § 577 a BGB? Durch Gründung einer GbR, die kündigt wegen Eigenbedarfs und dann werden Eigentumswohnungen gegründet - Frau Zypries will diese Katzenklappe verschließen.

Die erste Examensklausur im September: der zivilrechtliche Abschleppfall - der alte: der Arzt lässt den Parker abschleppen, der fährt den Wagen aber noch rechtzeitig weg. Die Noten aus der Prüfung Bönders/Timme/Jürgens vom 16.9. ("Wer ist Herr Schramma?"): 35 zu ausreichend (4+6), 25 zu ausreichend (1+5), 42 zu 66 (3+7), 37 zu ausreichend (6+5), 31 zu 49 (3+5) und 60 zu 92 (8+8). Herzliches Beileid. Darf ein 65-jähriger Staatsanwalt, der gerne noch weiter arbeiten möchte, zwangsverrentet werden? Das VG Frankfurt meint, nein, das würde gegen das AGG und die dahinterstehende Richtlinie verstoßen - S 2 1887/09.F - gilt das dann auch für Richter sowie Prüfer, die bisher bis 68 dürfen, und wie lange? In der Prüfung Opitz/Gehle/von Danwitz am 18.9. mit der vollen IPR-Prüfung plus FamFG im Zivilrecht kam im Strafrecht der VW-Betriebsrat-Lustreisen-BGH-Fall plus Deals. In Parallelprüfungen zwei Examensklausuren aus Mai und Juni, Bürgschaft mit Anfechtung, Polizeieinsatz bei einem Babylöwen - Anscheinsgefahr. Der Stiefelräuber aus Bonn steht vor Gericht. Strafbarkeit, wenn er eine Verkäuferin bittet, dass er ihre Stiefel küssen dürfe? Formel Eins: Strafbarkeit, wenn per Rennstallorder ein Fahrer vorsätzlich einen Unfall baut, damit sein Teamkollege, der von nichts weiß, gewinnt? § 263? § 303 - § 315 b - gilt der bei Formel Eins Rennen? Herr Volkert wird seinen Dokortitel honoris causa wegen des Gesetzes zur Führung akademischer Grade von 1939 wieder abgeben müssen. Wieso gilt dieses Gesetz und das Heilpraktikergesetz aus dem selben Jahr heute noch? Ein Essener Starchirurg behandelt Kassenpatienten nur gegen eine Geldspende auf ein Uni-Konto. § 255 - § 253 - § 331 - § 299? Schwierig, wenn er gar nicht verpflichtet ist, die Behandlung zu übernehmen. Fällt das Verhältnis Krankenhausarzt und Patient unter geschäftlichen Verkehr nach § 299 oder unter § 331? Die Überhangmandate beschäftigen die Zeitungen. Am Sonntag wird es eine verfassungswidrige Wahl geben, wenn es so ausgeht, wie Dr. Westerwelle sich das vorstellt - andernfalls kann er sich erschießen - das höchste Ergebnis der FDP ever und der Gang in die Opposition. Die Pilzseason ist in vollem Gange, was wieder zu der Frage führen könnte, wem die Pilze im Wald gehören und ob das Diebstahl ist, wenn man die die mitnimmt.

Die Noten aus der Prüfung Hammerschlag pp. vom 16.9.: 51 zu 96 (9+12), 39 zu 71 (8+8), 23 zu 44 (3+6), 51 zu 97 (13+11) und 35 zu befriedigend. In der Düsseldorfer Prüfung am 18.9. der Vortrag: eine Demo wird verboten, da der Straßengrund unsicher ist - das Problem war, dass die Kandidaten kein Problem gefunden haben. In Köln war die Zivilrechtsprüfung in der Prüfung Opitz pp. eine volle IPR-Prüfung - saudi-arabische Scheidung und Tod mit Grundstück in der Provence sowie FamFG. Mehr nachher. Darf der Arbeitgeber einseitig Sonntagsarbeit anordnen? BAG 9 AZR 757/08. Darf eine Plakataktion der NPD "Polen-Invasion stoppen" wegen § 130 StGB verboten werden? Wonach - § 22 LStrWG, § 14 OBG? Das OVG Mecklenburg-Vorpommern meint ja. Al Quaida will, dass pro Al Quaida gewählt wird, § 108 StGB?

Der BGH V ZR 75/08 meint, dass eine am Neujahrsabend aus einem Schneehaufen gezündete Rakete nicht den § 906 II 2 auslöst. Das wäre nicht Wohnnutzung des Grundstückes. Wie wäre es, wenn die Kerzen am Weihnachtsbaum das Haus plus Nachbarhaus in Brand setzen? Der Beklagte hatte wohl keine Haftpflichtversicherung. Rücklastschriftgebühren sind nicht ersatzfähig, da die eigene Arbeitskraft nicht ersatzfähig ist und kein Entgelt für die Transportleistung, Xa ZR40/08. Die SZ bespricht über eine ganze Seite eine neue Biographie über Carl Schmitt. Über sein bewegtes Privatleben wird wenig gesagt. Googlen Sie zu dem Kerl mal. Er hat uns die Institutsgarantie und die institutionelle Garantie gebracht.

In der Prüfung Hammerschlag/Sachs/Strothmann-Schiprowski am 16.9. kam im Zivilrecht BGH: Mieter hat renoviert, obwohl er nicht musste, und will Geldersatz. Im Strafrecht Erpressung von Frau Klatten mit angeblichen Sexfotos. Im ÖR § 101 S. 2 SchulG NRW. In der Prüfung Bönders pp. am 16.9. im ÖR: Dem Bürgermeister wird in Köln zur Wiederwahl gratuliert - die Leute sollten auf den Unterschied Oberbürgermeister, direkt von den Kölnern gewählt, und den Bürgermeistern, vom Rat gewählt, kommen. Der Vortrag: Begrifflichkeiten: Bürgschaft auf erstes Anfordern, Rück-, Nach-, Mit- und Kontokorrentbürgschaft. Eine Bank verbürgt sich per Email. Die Vorträge dauerten kandidatenweise nur 4 Minuten - aufs HGB kamen nicht alle. Im Zivilrecht: Haftet der Rennpferdschädiger für die Gewinnchance beim nächsten Rennen? Man kauft mangelhafte Bretter und lackiert die. Klage auf 10 Cents wird abgewiesen und jetzt?

Strafrecht: Stalking und die französische Studentenbewegung zur Rettung der Gartenzwerge entführt die, streicht sie grün und setzt sie im Wald aus. Die Tochter stellt ihren neuen Freund zuhause vor - der Vater, Arzt, sagt, o Gott, das ist mein Aidspatient. Darf Verdi die Kirche bestreiken oder gilt das Privileg des Tendenzbetriebes außerhalb des BetrVGes auch im Arbeitskampfrecht? Die katholische Kirche will das gerichtlich geklärt haben. Namensschilder für Polizeibeamte, um Straftaten bei Demonstrationen aufklären zu können, eine alte Problematik. Dann müssen die alle Geheimadressen kriegen, sonst werden die Reifen an den Privatfahrzeugen eventuell durchstochen. Wie baut man einen Raketenschild ab, ohne sein Gesicht zu verlieren? Der völkerrechtliche Anlass, Präventivverteidigung sei weggefallen, Iran hätte solche Raketen nicht. Iran kann schlecht etwas anderes sagen. Der Carolina-Fall. Ist der Vorsitzende einer großen Strafkammer befangen, weil er den Haftbefehl unterzeichnet hatte? In der Wegbergklinik hätte man als Patient Zitronensaft mitbringen sollen, dann wär die Rechnung geringer ausgefallen, wenn man da lebend rauskam. Mich würde ja interessieren, ob die Haftpflichtversicherung des Krankenhauses schon einen Cent gezahlt hat.

Der Vortrag am 16.9.: Bürgerschaft auf erstes Anfordern, Rückbürgerschaft, Nachbürgerschaft. Im Strafrecht: Stalking, wenn ein Gläubiger wegen 10 Cent dauernd hinter dem Schuldner her ist? Das Leben ist manchmal langsamer als Examensklausuren: wie in der früheren hessischen Verfassung von 1946 auch verbietet die Österreichische - der Weimarer abgekupfert- dass Mitglieder ehemaliger Herrscherhäuser in die Regierung dürfen. War das 1946 sinnvoll? Kann ein Artikel im Lauf der Zeit verfassungswidrig werden? Art. 33 II, 3 III, 12 GG? Ein bekannter Bonner Professor sagte mal, wenn Sie was mit der Hessischen Verfassung im Examen bekommen: die Vorschrift ist mit dem GG nicht vereinbar. Barroso ist vom EG-Parlament gewählt worden. Der Ministerrat entspricht unserem Bundestag, die Kommission der Bundesregierung, das Parlament dem Bundesrat, Verordnungen Gesetzen, Richtlinien Rahmengesetzen und Entscheidungen Verwaltungsakten. Nun wartet man auf das irische Referendum am 2.10. reloaded. Die Videofahndung des BKA zeigt einen Sextäter, der schon längst verurteilt worden ist - das sind Fachleute. Beim Rücktritt muss Nutzungsentschädigung gezahlt werden, BGH VIII ZR 243/08 - wir haben jetzt also drei Rechtslagen: Quelle-Backofen zu § 439 IV, Notebookfall zu §§ 357, 346 und der Auto-Rücktrittsfall § 346 II Nr. 1. Kaum sind die Investoren des Weltkonferenzentrums meiner Provinzstadt in Haft, kommen die 30 Mio, auf die man gewartet hat. Nur kommt jetzt keiner an das Geld ran. Entfällt der Haftgrund? Welcher überhaupt? Fluchtgefahr?

Ist ein VW-Betriebsrat, der Luxusreisen und -frauen entgegennimmt, Täter eines § 266 des Vorstandes oder nur Teilnehmer? Am 17.9. werden wir es wissen. Die Staatsanwaltschaft durchsucht und verhaftet (Gott, natürlich erlässt der Richter den Haftbefehl, habeas corpus) wegen des Supergaus Weltkonferenzzentrum in Bonn. Die Stadt Bonn schließt einen Investorenvertrag, wohl nach § 11 BauGB, und lässt sich von 70 Mio auf 139 Mio hochquatschen, nun sollen noch 60 Mio dazukommen. Für 104 Mio haftet die Stadt Bonn der kreditgebenden Bank. Die Bauherren-GmbH wird erst nach der Vergabe gegründet, kontrolliert wird das ganz wohl durch die Beueler Wäscheprinzessin im Karneval, die einen Nervenzusammenbruch bekommen hat. Der die Stadt Bonn beratende Anwalt wechselt mit deren Einverständnis zum Investor und stellt sogar Fahrten mit dem Auto seiner Frau in Rechnung. § 107 GO weiß schon, warum Gemeinden keine Unternehmen haben sollen. Sie sind zu blöd.

Da Dr. Westerwelle mault, weil er am Sonntagabend nicht dabei sein durfte, würde ich mir die ehemalige Klausur OVG Münster NJW 2002 S. 3417 angucken. In einer aktuellen Prüfung wurde auf BGH 4 StR 411/08 hingewiesen und die Rechtsprechung zum "Beinah-Unfall" bei §§ 315 b und c. Magna will mit Hilfe der deutschen Steuergelder 4.000 Stellen bei Opel europaweit streichen - durch betriebsbedingte Kündigungen? Ist die Sozialwidrigkeit dann europaweit oder nur standortmäßig per Betrieb zu beurteilen? Art. 12 EG? Der Bund will Windkraftparks in der Wirtschaftszone durchziehen - für die Küstengewässer (12 Seemeilen) ist das jeweilige Bundesland zuständig. In der Wirtschaftszone 12 - 200 Seemeilen der Bund. Die Welt berichtet, dass es bei der Bundeskanzlerwahl noch nie einen zweiten Wahlgang gegeben habe. Das AG München meint, dass ein Autofahrer, der während des Oktoberfestes einen Betrunknen in der Nähe des Wiesen anfähre, zu 50% schuld sei, selbst wenn er die vorgeschriebene Geschwindigkeit eingehalten habe - Münchner Stadtrecht. Die Behandlung der Täter, die am Samstagnachmittag an einer S-Bahn-Haltestelle ohne Waffen einen Mann totgeprügelt haben? § 72 JGG, § 140 StPO - sofort ein Verteidiger und nicht erst nach 3 Monaten.

Weder das Leckerli der Kliniken für Ärzte, die ihre Patienten dort hinschicken noch die Gelder, die Ratiopharm an Ärzte für die Verschreibung ihrer Medikamente gezahlt haben soll, fallen unter § 299 - der Täter ist dort anders beschrieben. Der in Dortmund gewählte OB will verzichten - muss er die Wahl bezahlen?

Die Noten aus der Prüfung Kindhäuser/Brenner/Eschweiler am 2.9.: 32 (4+4) zu 48, unbekannt zu ausreichend, 53 (7+11) zu 93, 72 (15+x) zu 125, 45 zu befriedigend. Der zivilrechtliche Abschleppfall und der BGH-Fall "umgehende" Mängelbeseitigung wird verlangt. Im ÖR Eingangsfrage: "Kennen Sie Verfassungen anderer Staaten, die mit dem GG vergleichbar sind?" Mit einem Rundumschlag durch die Geschichte - dann Lissabon, das Läuten von Don Camillo gegen eine Demo - hatte ich glaube ich, schon erzählt - und der Bundestag setzt eine Gentechnik-Richtlinie nicht um. Im Strafrecht bricht ein Kellner ein, um eine Uhr zu erzählen mit Abwandlungen - sah nach einer Examensklausur aus. Im Zweiten am 2.9. Napierala pp. wurden aus 57 90 (6+9), aus 27 48 (3+6), aus 41 (10+13), aus 26 65 (9+10), aus 35 80 (12+11) und aus 49 102 (14+13). Im ÖR baut jemand in seinen Garten ein Marienkreuz, weil er eine Erscheinung gehabt habe. Im Zivilrecht Mahnverfahren, Vollstreckung in einen Traktor - § 865 II ZPO, im Strafrecht Sinn des § 230 StPO und ein kleiner Betrugsfall. BGH VIII ZR 243/08: gilt der Quelle-Backofenfall auch für den Rücktritt und muss ein Verkäufer die Fremdfinanzierung des gekauften Mangelautos bezahlen? BGH VIII ZR 318/08: steht man bei Abwicklung eines sittenwidrigen Kaufvertrages über ein Radarwarngerät oder meinetwegen § 134 besser da als bei Abwicklung über Widerruf? BGH V ZR 75/08: die Sylvesterrakete schießt ein Hole-in-One ins Nachbarhaus. Haftung?

Ein Zivilrechtsvortrag Anfang September in Berlin: in der Sylvesternacht kracht eine Rakete auf ein geparktes Auto,

dadurch Kurzschluss, das fährt los und auf ein anderes Auto drauf. Abwandlung: BGH - Reparaturkosten, wenn man den Wagen innerhalb von 2 Monaten verkauft? Am 9.9. sind zwei Leute in einer Prüfung durchgefallen - die Keywords der Prüfer: "Lassen Sie uns doch an Ihren Gedanken teilhaben." "Warum ist das denn so, argumentieren Sie doch mal." Die Einstellung, ich sage nur was, wenn ich was weiß, ist tödlich. Was wollen Sie zu § 21 HochschulG wissen oder gelernt haben? Und eben diese Einstellung: "Der BGH - es ist unstreitig ...". Die Prüfer wollen wissen, wie Sie ticken und funktionieren. Sie werden nicht als Roboter wahrgenommen, der wie die Mediziner drei Telefonbücher auswendig lernt. Im Zweiten wurde am 10.9. der zivilrechtliche Abschleppfall geprüft - im ÖR - Prof. Klenke - ein Zeitungs- und Klausurfall aus dem Ersten: der Bahnhof Brilon hat keine Toiletten - muss die Stadt oder die Bundesbahn die einrichten - kann das Ordnungsamt das verfügen? im Strafrecht Kronzeugenregelung, Pfändung von Pflichtteilergänzungsansprüchen (BGH neulich?), Vortrag: der verkaufte Hengst mit Ekzem und Allergie. Die Generalanwältin - eine - beim EuGH hat gegen ein Widerrufsrecht von Fondsteilnehmern nach dem Haustürrecht plädiert - die anderen seien ja auch nur Verbraucher, C-215/08. Der BGH 1 StR 297/09 meint, dass für einen Täter-Opfer-Ausgleich keine verbale Reue vor Gericht erforderlich sei - Schmerzensgeldzahlung und Blumenstrauß vorher täten es auch. Magna "kauft" Opel, d.h. die Russen. Unternehmenskauf, wenn 55% ans Magna-Lager gehen, 35% bei GM verbleiben und 10% den AN angeboten werden, die dann auch noch auf Lohn verzichten sollen? Wem bietet man die 10% an? Den Gewerkschaften? Oder dem Betriebsrat? Darf der das ohne die Gewerkschaft - IG-Metall wohl - machen? Burda-Urteil aus 1999. Die Lehman-Brothers-Vertreiber verschicken Mitteilungen, dass sie im Chapter-Eleven-Verfahren eine Sammelanmeldung bis zum 2.11. machen würden, wenn man nicht widerspricht - die SZ meint aber, dass der 22. September der entscheidende Stichtag sei. Haftung, wenn zu spät angemeldet wird?

Am 2.9. in der Prüfung Dabitz, Dahm, Altenhain wurde der Bürgschaftsartikel der JuS geprüft, im ÖR Baurecht und VwGO, im Strafrecht quer Beet. In der Düsseldorfer Prüfung am 9.9. kam im Zivilrecht verschärft Arbeitsrecht - Günstigkeitsprinzip, betriebliche Übung. Im ÖR das Lissabonurteil, im Strafrecht Duzen als Beleidigung und der alte Parkzettel am Auto. In der Prüfung Schilken pp. wurde BGH XI ZR 539/07 geprüft, im ÖR Hochschulgesetz - Zoff zwischen Senat und Rektor, im Strafrecht quer Beet. In der Prüfung Bönders/Jox/Fleischfresser der zivilrechtliche Abschleppfall und ZPO-Standard, im ÖR Baurecht, im Strafrecht quer Beet. Der deutsche Oberst in Afghanistan soll seine NATO-Kompetenzen überschritten haben, als er den amerikanischen Piloten den Bombardierungsbefehl gab - Handlungsunrecht im deutschen Strafrecht? Sind sog. Patronatsverträge - ein Schlossbesitzer unterhält die benachbarte Kirche - mit heutigem Recht vereinbar? Flüchtlinge werden jetzt immer behaupten, sie seien in Griechenland an Land gegangen - BVerfG 2 Bv Q 56/09. Darf Karlsruhe Dublin II auslegen oder muss vorgelegt werden? Mal schauen, was der EuGH heute mit der Riesterrente macht. Dieses Luxemburger Gericht maßt sich an, unsere Rentenpolitik zu kontrollieren - Tanja Kreil, Kontrolle unserer Bundeswehr, war harmlos dagegen. In den Laserdrome-Doc-MorrisII- und bwin-Rechtssachen werden die regionalen Eigenheiten respektiert. Bei dem Eingemachten der Finanzpolitik und Daseinsvorsorge nicht?

In den Prüfungen am 9.9. kam als Vortrag BGH VI ZR 28/08 der Verkehrsunfall in Südafrika der Ärztinnen - 1. Frage IPR, Art. 40 II EGBGB gewöhnlicher Aufenthalt bei Drei Monaten in Südafrika? Qualifizieren über Vertrag, § 280 einer GbR? Im Zivilrecht dann der Abschleppfall. In dem Rechtsstreit bwin hat der EuGH wie beim Laserdrome entschieden - mangels Harmonisierung auf dem Gebiet, macht was ihr wollt, aber bitte nicht ausländerdiskriminierend oder unverhältnismäßig. Am 10.9. wird über die Riesterrente entschieden. Sie wird gekippt, das sie ausländerdiskriminierend ist. Wir warten dann noch auf Honeywell und Mangold II beim BVerfG und Magnus Gäfgen - Große Kammer - beim EGMR. Herr Schäuble will der Bundesanwaltschaft nicht die Buback-Akte herausgeben. § 96 StPO direkt oder umgekehrt oder analog? Zu welchem Gericht geht das? In-Camera-Verfahren?

Vorhin erzählte mir jemand etwas von der CELF-Rechtsprechung des EuGH - dabei habe ich die Seite von Prof. Pechstein an der Viadrina gefunden. Sehr schön. Ministerpräsident Althaus tritt vom Rücktritt zurück, d.h. er leitet die Kabinettsitzung trotz sofortigen Rücktritts - in NRW ist das in Art. 62 LV schön geregelt. Ein 6jähriger zündet in einem Hausflur Papier und damit ein Sofa und dann das ganze Haus an. § 832 der Eltern - muss man auf einen 6jährigen aufpassen? Der BGH meint ja, 7jährige dürften Autos zerkratzen, die von ihnen angestifteten 5jährigen müssten aber beaufsichtigt werden. Ein deutscher Offizier gibt in der NATO Amerikanern einen Luftangriffsbefehl und Zivilisten kommen dabei um - unser BMW wird dafür nun geschlachtet. Das ist Sache der NATO.

Der EuGH entscheidet am 8.9. über bwin in Portugal - staatliches Internetwettenmonopol - nach Gambelli 2003 und Placanica 2007 nun zum dritten Mal über Glücksspiele. Bei uns ist § 284 StGB problematisch bzw. europarechtlich sogar unzulässig, da der Staat sich nicht nur das Monopol nimmt - einfach so - sondern seine Konkurrenten auch noch mit seinen eigenen Richtern und Staatsanwälten verfolgt. Eine ähnliche Problematik gibt es bei Mülldeponien - der Staat ist Anbieter und kann seine privaten Konkurrenten mit Hilfe des Strafrechts schikanieren. Umweltstrafrecht steht seltsamerweise nicht in den Umweltgesetzen sondern im StGB. Ministerpräsident Rüttgers lässt sich sehr abfällig über rumänische Arbeitnehmer aus - straflose Kollektivbeleidigung und gilt das deutsche Strafrecht?

Frank-Walter S. sagt, er werde sich nicht mit den Stimmen der Linken zum Kanzler wählen lassen - und ich werde nicht Bundespräsidentin - er sollte mal in Art. 63 GG schauen - im ersten Wahlgang gibt es nur einen Hut im Ring und der wird ganz sicher nicht seiner sein - im übrigen wird geheim abgestimmt, da es eine Personalwahl ist. Das EuG T-37/07 - hat für Herrn El Morabit eine Fortsetzungsfeststellungsklage entschieden: Aufnahme in die Einfrierungsliste vor Rechtskraft eines Strafverfahrens? Mittlerweile steht er da nicht mehr drin. Wo steht in dubio pro reo im EG-Vertrag? Mindeststandard oder EMRK? Das EuG meint, die Maßnahme wäre verhältnismäßig, weil er ja seit dem Urteil genug Zeit gehabt hätte, sein Geld zu verschieben und wird zum Hilfsgericht der UNO - effet utile für die Sicherheitsratsresolutionen. An der Begründung sieht man wieder, dass der wichtigste Punkt im Verfassungsrecht die Verhältnismäßigkeit ist. Der Spiegel schrieb das mal so griffig: die Rechtsprechung aus Karlsruhe lässt sich auf zwei

Punkte bringen: muss das denn sein (gibt es einen guten Grund für die Schikane des Bürgers durch den Staat)? Und: ist das nicht übertrieben (Verhältnismäßigkeit)? Der WTO dispute settlement body hat ein geheimes Dossier - deshalb berichtet google news darüber - zugunsten Boeing verfasst. Kein Mensch weiß, was dieser größte Fall bei der WTO ever bringen soll. Die unzulässige Subventionierung von Airbus durch unbesicherte Staatsdarlehen bis 2004 ist Schnee von vorgestern. Einmarschieren dürfen die USA deshalb nicht. Und für den neuen Airbus denkt Sarkozy sich was geschickteres aus. Noch zu den Prüfungen am 2.9.: ein Prüfer fragte permanent "sagen Sie mal was dazu, was meinen Sie denn?" - die Kandidaten sind (das hat mir ein Kandidat gesagt, deshalb bitte kein Geschrei) mit dieser unstrukturierten Frageform nicht zurecht gekommen. Ach Gottchen. Seien Sie froh, wenn Sie unstrukturiert reden dürfen. Es gibt nichts besseres. Die Vorträge waren wohl fast 12 Minuten lang - aber meist mit "Ähms" durchsetzt. Üben übt! Die Lösungen waren sehr unterschiedlich.

BGH XII ZR 76/08: ausnahmsweise muss ein Mieter mal den Untermietzins herausgeben. Fazit zu den Prüfungen am 2.9.: mit der Kenntnis der Examensklausuren des Jahres 2009 - am besten noch 2008 - und der aktuellen Entscheidungen war man ganz gut vorbereitet. EuGH C-489/07 - nach dem Quelle-Backofenfall nun der Notebookfall: Nutzungsentschädigung bei Ausübung des Widerrufsrechts? Wo steht in § 357 BGB, dass Nutzungsentschädigung zu zahlen ist? Wie geht man mit dem Ergebnis um "so nicht, aber Wertersatz"? Der Ministerpräsident Althaus tritt zurück. Nach einer verlorenen Wahl ist das politisch wohl angebracht - rechtlich - haben die in Thüringen eine ewige Regierung?

In der Düsseldorfer Prüfung - Hellebrandt pp. - am 2.9. kam im Zivilrecht der BGH-Abschleppfall (Vortrag, Klausur, JuS, RÜ), im ÖR Verfassungsbeschwerde gegen die Änderung im Waffengesetz - Art. 13 - Betretungsrecht der Kontrollbehörde, im Strafrecht kauft ein 16jähriger mit dem Personalausweis seines volljährigen Bruders in den Niederlanden Hasch - § 281, § 7? In der Prüfung Kindhäuser/Brenner/Eschweiler am 2.9. wurden aus 53 93, aus 72 125, aus 45 befriedigend, aus 32 ein ausreichend. Vortrag wie gleich. Im Zivilrecht BGH VIII ZR 254/08 und BGH V ZR 144/08. Im ÖR die Examensklausur: Pfarrer Don Camillo läutet gegen eine Demo an. Sowie Lissabonurteil, Versammlungsfall, Der Fall des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat - uneinheitliche Abstimmung. Im Strafrecht ein kleiner Fall quer Beet. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn/Schlemm/Sachs am 2.9. kam als Vortrag Arbeitsrecht: Transportgüter kommen weg, Anhörung, ein halbes Jahr später merkt der AG, dass der AN gelogen hat und Verdachtskündigung § 626. 2. Frage: Umdeutung in ordentliche Kündigung, falls fristlose unwirksam? Problem: muss der Betriebsrat nochmal angehört werden? Im Zivilrecht tiefstes Erbrecht 7 Fallvarianten - Bonifatiusfall, Ehegattentestament. Im ÖR § 7 SonderurlaubsVO - ein laufender Fall beim BVerwG: ein Beamter will zum Kirchentag. Im Strafrecht: was war gestern? FamFG - Erklärung FGG. Die Deals, der Fall - Klausur, BGH: Dealer verkauft Schokolade. Noten: 36 zu 70 (10+8), 43 zu 74 (4+9), 24 zu 45 (6+3), 54 zu 86 (11+7), 21 zu 41 (2+6). In den Augustklausuren in Düsseldorf sollen 5 aktuelle Fälle dran gekommen sein, u.a. BGH VI ZR 51/08 und 199/08 - die Kinder zerkratzen Autos. Felix Magath verbietet einem Arbeitnehmer bei Schalke die Teilnahme am Training. Hat man einen Anspruch auf Selbstverwirklichung also Beschäftigung - grundsätzlich und ist das im Fussball vielleicht anders? Entscheiden die Arbeitsgerichte über die Mannschaftsaufstellung? Frau Schickedanz hat erst ein bißchen Immobilien auf ihren Sohn übertragen und dann die restlichen für einen Kredit von 215 Millionen im Wege der Übersicherung auf Sal. Oppenheim übertragen - jedenfalls schreiben das die Zeitungen. Aktienkauf auf Kredit und das in dieser Höhe. Man glaubt es nicht. Das WTO-Gericht entscheidet am 5.9. zwischen Airbus und Boeing wegen Staatshilfen. Diese Entscheidungen sind in der EU zu beachten, andernfalls ist ein Vertragsverletzungsverfahren beim EuGH erfolgreich. Frau Zypries hat in einem class-action-Verfahren einen Amicus-Curiae-Brief ans Gericht geschrieben - Google will alle Bücher einscannen bzw. tut dies das schon. Das Urheberrecht zerbröseln sich. Verena Becker soll vor 27 Jahren als Gegenleistung für eine angeblich wahre Aussage Geld und die Geheimhaltungszusage bekommen haben - pacta sunt servanda oder dürfen die Akten nun geöffnet werden? § 54 VwVfG? Nach der FAZ sollen nicht 80% der Gesetzes aus Brüssel kommen sondern nur 33 % - für mich sind das gefühlte 95%, die von außen kommen - das Gesellschaftsrecht, Schuldrecht, Arbeitsrecht, IPR, Prozessrecht und Strafverfahrensrecht werden von Städten mit Burg hinten dran dominiert. Zu den Augustklausuren: zum ersten Mal in diesem Jahr Sachenrecht - zwei Klausuren - die dritte wohl Arbeitsrecht, Handelsrecht, AT. ÖR: die Polizei nimmt Israelflaggen während einer Demo aus dem Fenster - sollte meinem bekannt vorkommen. Und Europarecht. Im Strafrecht Vermögensdelikte und Unfallflucht.

Herr Eick hat durch Sal. Oppenheim 15 Millionen für 5 Jahre sogar im Fall der Insolvenz versprochen erhalten und das vor 6 Monaten. Der Insolvenzverwalter müsste diese Vereinbarung anfechten können. Ärzte verkaufen ihre Patienten an Krankenhäuser - § 299 StGB? Wie wenn es die Uniklinik ist - §§ 331 ff..? In der FAZ Recht und Steuern diskutiert ein Anwalt, ob die Deckelung der Vorstandsgehälter nach § 87 AktG n.F. auch für GmbHS gelte, wenigstens analog? Eine Analogie kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes? Zudem ist die Lage des Geschäftsführers mit der des Vorstandes nicht vergleichbar.

Über Twitter sollen Exit Polls verbreitet worden sein - § 49 a I Nr. 2 BWahlG? Ist nicht die Vorabkennntgabe an Politiker ab 16 Uhr ebenfalls unzulässig? Ein Privatmann kauft eine Straße. Kann er die jetzt absperren oder sitzt die Widmung immer noch unsichtbar auf dem Teer? Das Glühbirnenproduzentenverbot aus Brüssel - hat die EG beim Umweltschutz eine solche Kompetenz?

August: Die FAZ hat wegen Art. 12 GG Bedenken, ob man Bankern die Boni durch Hoheitsakt wegnehmen kann. Das Patientenverfügungsgesetz tritt am 1.9. in Kraft. Bisherige Rechtslage: im Zivilrecht § 1904 BGB und im Strafrecht der Peterle-Fall, Teefall 1995 und Ärztefall: in der akuten Sterbephase entscheidet der Arzt sonst der Patient. Im ÖR § 14 OBG. Die inhaftierte Verena Becker soll mithilfe ihrer Tagebücher überführt werden. Art. 1 GG?

Die SZ schreibt zu der am 1.9. in Kraft tretenden Familienrechtsreform. Kein Vormundschaftsgericht mehr - für

Minderjährige das Familiengericht - für Volljährige das Betreuungsgericht. Im Unterhaltsrecht kann das Gericht von Amts wegen Auskünfte bei Dritten einholen. Änderungen im Einkommen sind ungefragt mitzuteilen. Die FR schreibt über die Teilung der Rentenanwartschaften - kein schuldrechtlicher Versorgungsausgleich mehr, denn dann ja doch niemand mehr durchgeführt hat - sondern alles jetzt und gleich bei der Scheidung und von Amts wegen. Wie ein schreibender Kollege feststellte, taucht der Begriff des Großen Familiengerichts nirgendwo im Gesetz auf. 1977 wurde das (kleine) Familiengericht eingeführt. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft geht weiterhin zu der streitigen Gerichtsbarkeit.

Die FAZ regt sich über den Widerspruch zwischen Theorie und Wirklichkeit bei den Wahlen der Bundesverfassungsrichter seitens des Bundestages auf - Art. 94 GG - § 6 BVerfGG - der Wahlausschuss steht nicht im GG. Der BFH VI R 18/07 hilft BMW et alia, die nicht von der Abwrackprämie profitieren - angeblich, indem AN, die einen Jahreswagen kaufen, den geldwerten Vorteil durch Rabatt nicht voll versteuern müssen - Art. 3 I GG. Kunden bekommen ja auch Rabatt. Alte oder neue Formel zum Diskriminierungsverbot?

Das AG Schweinfurt legt mit einem Zweizeiler und nicht unterschrieben die Frage der Stiefkindadoption vor, woraufhin Karlsruhe sich zur Sache auslässt. Die Rücknahme der abstrakten Normenkontrolle Bayerns kam dem ab jetzt in einer Bundeswehrkaserne residierenden BVerfG nicht zupaß. Nicht die leibliche Abstammung sei vorrangig - sondern die soziale bzw. rechtliche. Das steht in Art. 6 GG? Die SZ meint, dass das deutsche Begleitgesetz zum Vertrag von Lissabon den Vorbehalt des Gesetzes für die Flexibilitätsklausel - Kompetenz-Kompetenz - und die Brückenklausel - Mehrheitsentscheidung vornehm Supranationalität - vorschreibe. Völkerrechtlich müsse das als Vorbehalt oder Protokoll angefügt werden - man schaue in die Wiener Vertragsrechtskonvention.

Im Zweiten am 20.8. kam die EuGH-Entscheidung zu § 7 IV BUrLG - Urlaubsabgeltung bei Krankheit - Vortrag Öffentliches Recht Kostenentscheidung bei Ersatzvornahme. Die SZ schreibt über die Form der Selbstanzeige. Das wichtigste wird wieder nicht gesagt. Das Wort Selbstanzeige darf in dem Text nicht auftauchen. Es wird die Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU diskutiert. Schröder hatte bei seinem Wahlverlust versucht, daraus zwei Fraktionen zu machen. Was ist eine Fraktion rechtlich? Vorteile und Nachteile der Zugehörigkeit? Der VGH Mannheim meint, Zeugungsunfähigkeit sei bei Beamten eine Krankheit, deshalb gäbe es Beihilfe für eine künstliche Befruchtung. Definition Krankheit? Der Bonner Generalanzeiger berichtet in drei Bettlakenartikeln über die Finanzschwierigkeiten bei dem geplanten Kongresszentrum - der Gesetzgeber hat schon gewusst, warum er in § 107 GO den Gemeinden verboten hat, sich wirtschaftlich zu betätigen. Die können es einfach nicht. Kein Wunder, es hat bei der öffentlichen Hand noch nie betriebsbedingte Kündigungen gegeben. Ohne Existenzangst und Leidensdruck kann man keine guten Geschäfte machen. § 11 BauGB erlaubt leider neuerdings einen Investorenvertrag. Die USA fordern wegen der Begnadigung des Lockerbie-Attentäters einen Boykott schottischer Produkte - außer Whisky und leckere Kekse fällt mir da nichts ein - Lachs? Ein Fall für die WTO oder für die UNO?

Bei der Kommunalwahl am 30.8. in NRW hat man in Aachen 5 Stimmen zu vergeben. Die Stadt und der Kreis verschmelzen, statt des Landrats und des Kreistages gibt es nun den Städteregionsrat und Städteregionstag. Im Bund und bei der Kommunalwahl in NRW wird am 30.8. bzw. am 27.9. zum ersten Mal nach Sainte-Lague-Schepers ausgezählt - Versicherungsmathematik. Alle Zeitungen berichten über gekaufte Dokortitel. Strafbarkeit? § 263 bei der Bewerbung? § 132 a StGB? Es kommt darauf an. Wenn man einen südamerikanischen Dokortitel bekommt, weil man der dortigen Universität einen gebrauchten Zahnarztstuhl schenkt, dürfte das legal sein. § 267, wenn man sich die Arbeit schreiben lässt? Für das juristische Examen hat das damalige BayOBLG 1981 plus minus entschieden, dass das wegen der Geistigkeitstheorie straflos sei. Rechtsfolgen im JAG? Da gibt es mehrere. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Auswahl des Folterwerkzeuges?

Professor Lorenz bespricht in der NJW Seite 2576 das BGH-Urteil VIII ZR 302/07: Ersatzansprüche des Mieters, der bei ungültiger Renovierungsklausel renoviert. GoA und Bereicherung sind beliebte Prüfungsthemen. Gleiches gilt für die Tierversuche in Bremen. Darf ein Stadtstaat einer Universität sagen, was unter Wissenschaftsfreiheit fällt und was nicht? Verhältnis Wissenschaftsfreiheit und Tierschutz? Vergleichsfälle: Schächten - Zirkus - Sport. Das BVerfG meint, Radkontrollen dürften nicht aufgrund eines Erlasses erfolgen. Wer darf wo Radarkontrollen respektive -fallen machen? Gesetzliche Grundlagen in NRW? Die leidgeprüften Bonner und Kölner kennen die Radarfalle auf der A 555 bei Wesseling. Moderner Straßenraub.

Das BAG untersagt einer Drogeriekette, Stellen nur für Berufsanfänger auszuschreiben - § 10 AGG? Das BVerfG wird die HartzIV-Sätze überprüfen. Welches Mindestmaß fordert das Sozialstaatsprinzip und die Menschenwürde und wer entscheidet das - die Politik oder Karlsruhe?

Die Banken diktieren Schaeffler das Umtopfen aus einer KG in einen Kapitalgesellschaftskonzern mit Holding und Ausführender Gesellschaft. Die Kredite werden hälftig verteilt, damit Schaeffler nicht rechtlich als insolvent gilt. Wenn das schief geht, muss der Staatsanwalt nur die Zeitungsartikel sammeln. Das OLG Hamm hat noch nicht gemerkt, dass die Bundesgerichte von Beweisverwertungsverbote nichts mehr halten. Eine Blutprobe ohne richterlichen Beschluss sei nicht verwertbar. So will man die Politik zwingen, mehr Richterstellen zu schaffen.

Der EuGH wird am 10.9. voraussichtlich die Riesterreute kippen, da Grenzgänger und Wanderarbeiter gegenüber deutschen AN benachteiligt werden und Mallorcarentner auch, da nur deutsche Immobilien mit dieser staatlichen Unterstützung finanziert werden dürfen. Rechtsfolge? Bekommen die Bezieher einen Rückforderungs-VA? Ulla Schmidt fährt seit mehreren Jahren mit ihrem Chauffeur in den Urlaub und nimmt dieses Jahr auch seinen Sohn mit - was sagt uns das? Rechtlich wenig. Für § 266 reicht das nicht. Die Post wird privatisiert, d.h. alle Filialen - erlaubt das

Der vorläufige Insolvenzverwalter von Arcandor kündigt verspätete Lohnzahlungen an - darf ein AN die überhaupt noch annehmen oder kann der Insolvenzverwalter diese kongruente Deckungszahlungen zurückfordern? BGH IX ZR 62/08. Die Entscheidung des BGH zu keinem Beweisverwertungsverbot beim verfassungswidrigen großen Lauschangriff - 3 StR 552/08 - soll auch noch europarechtliche Aussagen enthalten - die Zeitungen scheinen mehr als die Pressemitteilung zu haben. Das AGG-Hopper-Register wird aus datenschutzrechtlichen Gründen aufgelöst. Das neue Scheidungsrecht ab dem 1.9. könnte verfassungswidrig sein. Wenn der Ehemann schon in Rente ist, sie aber noch nicht, wird ihm schon die Rente gekürzt - die Rentenversicherung profitiert also von der Scheidung. Bisher war das nur ein Problem, wenn sie 65 wird und dann stirbt. Das BVerfG meint, dass die Kürzung seiner Rente bleibt - das sei eben so. Art. 14 GG?

Der BGH hat Beweisverwertungsverbote nun endgültig beerdigt - sogar Erkenntnisse aus einem verfassungswidrigen großen Lauschangriff dürfen verwertet werden. Die BRAK-Mitteilungen von gestern teilen mit, dass die Kammersatzung wegen der BGH-Entscheidung vom 20.4.2009 - Verlängerung der Fachanwaltsausbildungszeit wegen Mutterschaft - positive Diskriminierung - geändert worden sei. Der BGH hat die Regelung ja gehalten und auf die Einzelfallgnadenentscheidung der Kammer verwiesen. Richter wissen leider nicht, dass Kammern von Kollegen beherrscht werden und Anwaltskammern von großen Kollegen sprich großen Kanzleien, die überhaupt kein Interesse haben, Einzelanwälten einen Gefallen zu tun. Ich hätte nie eine Chance Präsidentin der Kammer Köln zu werden - diese Posten werden zwischen den großen Kanzleien nach Ortproporz verteilt - die können mich gerne wegen dieser Aussage verklagen. Die Facharztentscheidung aus 1972 des BVerfG kennen die auch nicht. Berufsregelungen dürfen nur durch den Gesetzgeber und nicht durch die Kollegen per Satzung getroffen werden - Art. 12 I 2 GG.

IPR im Strafrecht - BGH 3 StR 576/08 - Herr Sengera schickt dem Unternehmen Boxclever einen commitment letter und zahlt dann den Kredit aus - Schaden 400 Millionen. § 266 - auf welchen Zeitpunkt kommt es an? Am 14.8.1949 war die erste Wahl zum Bundestag - damals noch nach d'Hondt. Die FAZ bringt ein schönes Schaubild zum Gang des Gesetzgebungsverfahrens - Anwaltskanzleien und die Lobby tauchen da nicht auf. Eine Zeitung meint, in großen Kanzleien seien die Jahrgangsbesten, die keine Lust hätten, sich in dunklen Ministeriumsfluren herumzudrücken. Deshalb gibt es bei diesen Kanzleien eine große Fluktuation und die bewerben sich alle bei der BAFIN? Wenn man Kinder kriegen oder sonst ruhig schlafen will, gibt es nichts besseres als den öffentlichen Dienst - Geld aus der Steckdose - da wird monatlich nicht der Umsatzkönig gewählt und man hat keine Vorgabe, in drei Jahren einen Umsatz von 400.000 € aufs Parkett zulegen - und Pension bis man 103 wird. So eine naive Berichterstattung. 25 Jahre Hitler-Tagebücher-Strafprozess - keine Verurteilung wegen Urkundenfälschung - die Tagebücher waren nicht zum gegenwärtigen Beweis geeignet und bestimmt - Bilderfälscher machen sich allerdings nach § 267 strafbar. BGH VIII ZR 254/08: der Käufer verlangt eine "umgehende" Mangelbeseitigung - ist das gleichbedeutend mit einer "angemessenen" Frist nach § 281? Bestimmbar oder bestimmt? Umgehend und angemessen sind doch Äpfel und Birnen.

Im Zweiten am 5.8. der Vortrag: die 88jährige Mutter will von ihrer beauftragten Tochter eine Geldsumme, die Tochter behauptet, sie habe es ihr schon zurückgegeben - non liquet. Nur ein Kandidat hat die richtige Anspruchsgrundlage gefunden. Im Zivilrecht tiefes Insolvenzrecht- was bedeutet Masse? § 35. Abweisung mangels Masse? § 26. Wie würde man die Abkürzung GmbH manchmal nennen? Gott muss bald helfen. Hab ich noch niiiiie gehört oder gelesen. Es ging dann weiter mit Buchhaltung. Kontenkreise, Debitorenbuchhaltung, Bestandskonten- und Erfolgskontenkreis. Der Prüfer ist ein professoraler Anwalt. Keine Panik - das hätte ich auch nicht ansatzweise gewusst. Ein Mädchen weinte nach dem Prüfungsabschnitt - kann ich ihr nicht verdenken. Noten: 45 zu 94 (10+13), 27,5 zu 54,5 (6+7), 55,5 zu 95,7 (7+11), 27 zu 48 (3+6) und 25,5 zu 65,5 (10+10). BGH IX ZR 88/08: haftet ein Anwalt auf Schmerzensgeld, wenn er dem Mandanten sagt, die private Haftpflichtversicherung sei bei grober Fahrlässigkeit nicht eintrittspflichtig? Das wär ja doll. Muss ein Mieter, dessen Kinder mittels Wunderkerzen die Wohnung zerlegt haben, Miete zahlen? Da muss man lange ins Gesetz gucken. Das BMJ regt sich darüber auf, dass das BMWi über die Hecke frisst und mit Hilfe einer Anwaltskanzlei einen Gesetzesentwurf vorlegt. Mich interessiert eher, wie hoch das Honorar war. Die FAZ wirft bei dem neuen Begleitgesetz Ministerrat und Europäischen Rat durcheinander. Der verurteilte ehemalige Wehrmachtsoffizier legt per Fax Revision ein. Bzw. seine Anwälte. Geht das? Im Fall Cajazzo wurde kein Stillstand der Rechtspflege in der Wehrmacht angenommen - die Tat sei daher verjährt. Liegt eine Rückwirkung vor, wenn 2009 ein Schwurgericht den niedrigen Beweggrund härter auslegt als das 1942 der Fall gewesen wäre? Muss das Gericht nicht von der damals geltenden milderer Auslegung ausgehen? Vor Borkum steht der erste off shore Windpark. Rechtsgrundlage? Kann die Inselverwaltung dagegen klagen? Touristen wollen selten träumend auf Föhne gucken und den Discoeffekt genießen.

Ein alter Schneiderianer hat mich besucht und von seiner ersten Vorlesung - Handelsrecht - berichtet. Herr Dr. Schneider fragte den Sohn eines Industriellenclans: Herr We., Ihr Vater macht ausnahmsweise einen Gewinn, wo wird der in der Bilanz verbucht? Der Student (Aktiva ist gut, Passiva nicht so gut) bei den Aktiva. Dr. Schneider: Ihr Vater ist ein kluger Mann, der lässt Sie studieren, damit Sie nicht in die Firma kommen. Frau Pechstein zieht vor den CAS - eine Mischung aus Zivil- und Schiedsgericht auf internationaler Ebene - und meint, das Rückwirkungsverbot sei verletzt. Ihre alten Blutproben dürfe man nicht nach den später erlassenen Regelungen überprüfen. Wenn sie da nicht gewinnt, wird sie vor ein deutsches Gericht ziehen. Art. 103 GG im Sportrecht? Die Weimarer Verfassung soll uns bis heute das Frauenwahlrecht, die Menschenrechte und die Religionsfreiheit gebracht haben. Der zweite Sauerländer sagt aus. Mehrere Autobomben in Flughäfen, aber Menschen wollte man ja nun gar nicht töten. Ein Schmierentheater. 64 Jahre später wird ein Wehrmachtsoffizier wegen Mordes verurteilt. Vergeltung an der Zivilbevölkerung wegen eines Partisanenangriffs - niedriger Beweggrund. Roland Freisler, der Autor des § 211 in der Fassung seit 1942, wird das sicher nicht so gesehen haben.

Die Welt berichtet, dass eine Bank im Raum Darmstadt übers Internet einen Tagesgeldsatz von 4% anbot und wegen der zu großen Nachfrage eine Postleitzahlenbeschränkung vornahm - ist das mit dem AGG - § 5 - vereinbar? Der "Rädelsführer" der Sauerlandgruppe verzückt den Senat mit der Mutter aller Geständnisse - allerdings giffelt die Thomas-Mannsche Schilderung in dem Resultat, dass "nur" Amerikaner zu Schaden kommen sollten und lediglich ein paar deutsche Gebäude, die deutsche Bevölkerung habe gewarnt werden sollen. Ich rate mal, dass die anderen nachziehen werden. Das ist doch abgesprochen und dafür gibt es eine mildere Strafe? Die SZ bespricht die positive Diskriminierung in den USA in der Form der affirmative action. Gibt es das bei uns auch? Am 11.8.1919 hat Friedrich Ebert die Weimarer Verfassung unterschrieben - das Ei war also vor dem Huhn da.

Bayern nimmt seinen Normenkontrollantrag gegen das LPartErgänzungsG zurück - darf das BVerfG trotzdem entscheiden? Wenn die mündliche Verhandlung schon angesetzt ist, entscheiden die trotzdem - kam mal bei der Klage eines Rechtsanwaltssohnes gegen die Rechtschreibreform vor. Die Sauerlandattentäter wollen ein Geständnis ablegen - der Vorsitzende Richter äußert sich schon vorher darüber - erlaubt die StPO das? Unser BMV will für die Piraten das GG ändern - welchen Artikel - Art. 87 a II GG?

Das BVerfG entscheidet über eine 06 eingereichte Verfassungsbeschwerde wegen überlanger Dauer eines seit 1987 laufenden Zivilrechtsstreites - was nützt das der Beschwerdeführerin? Sie bekommt doch keinen Schadensersatz. Wie wäre das bei zu lange währenden Prüfungsanfechtungsverfahren? Soll vorkommen - gegen Nichtstun des Gerichts kann man nichts tun - so bisher die Rechtsprechung - vielleicht ändert sich das jetzt - hilft aber auch nicht wirklich im Fall weiter. In der FAZ meint ein weiterer Autor, dass das Lissabonurteil keineswegs europafreundlich sei. Die SZ meint zu Recht, dass das Video, das zu dem Kinderschänder im Fernseh lief und läuft, den Fahndungszweck überschreitet und dem Voyeurismus dient. Rechtsfolge? Keine.

Herr Kollege Tilp hat nach Ansicht des Landgerichts eine unschlüssige Klage gegen die HRE über 320 Millionen vorgelegt und dem Klägeranwalt damit einen Regress bescheinigt. Schadensersatzansprüche, weil die HRE zunächst sagt, sie sei von der Finanzkrise nicht betroffen und dann im Januar, nichts ginge mehr? Ausländische Staatsfonds haben angeblich noch von November bis Januar 08 im Vertrauen darauf gekauft. Er müsste doch aus dem Telekomverfahren gelernt haben. Laufen Sie ganz schnell weg, wenn sog. Anlegeranwälte am Horizont auftauchen. Utz Claassen klagt auf Ruhebezüge und will das Honorar aus einem Beratervertrag nicht offenlegen. Muss das angerechnet werden, wenn im Vertrag steht "Gehalt, Tantiemen und Ruhegehalt aus anderen Tätigkeiten"? Eine erfolgreiche Internet- und Fernsehahndung -Endlosschleife bei n-tv - zu Sextäter - da muss ich wieder nachgucken gehen, wo was dazu steht. § 131 III, 131 b StPO - Problem: wie man bei den evian babies in youtube sieht, sind Videos perfekt zu fälschen. Das BVerfG hat gläubigen Eltern das Verhältnis zwischen Art.7 und 6 GG erklärt - der Staat hat die Lufttheater über schulpflichtige Kinder. Kann einem AN fristlos gekündigt werden, weil er sein Handy an der Steckdose des AG auflädt? LAG Düsseldorf.

Die Law Lords im englischen Oberhaus haben ausgedient - ab dem 1.10. gibt es in England einen Supreme Court. Altkanzler Schröder will eine unabhängige Anwaltskanzlei mit den Vorgängen bei Conti/Schaeffler beschäftigen - unabhängige Anwaltskanzleien gibt es nicht. Es ist unser Job, einseitig zu sein. Die Deutsche Bank will Sal. Oppenheim übernehmen - Unternehmenskauf? Anteilskauf? Muss man sich das als Kunde gefallen lassen? § 613 a analog - Widerspruchsrecht? Eher §§ 415 ff.. Es wird um das Begleitgesetz gestritten - die Länder haben Morgenluft geschnuppert und versuchen, den Art. 23 GG aufzubrezzeln. Frau Merkel als Verrichtungsgehilfe in Brüssel?

Die August-JuS bespricht den Motorbootfall des BGH VI ZR 79/08 - der Fall hat alles - IPR - gestörtes Gesamtschuldverhältnis - vielleicht - Haftungsmaßstab. Und die Fachzeitschriften laufen sich für den 1.9. - das FamFG - warm - für Sie ist eigentlich nur interessant, dass die Surrogation des § 1370 ersatzlos wegfällt. Nach BGH VII ZR 167/08 muss der Gesamtschuldnerregress nach § 426 notfalls vor der Zahlung an den Gläubiger erfolgen, damit der Ausgleich nicht wegverjährt - § 199. Der EuGH wird voraussichtlich § 622 II 2 BGB kippen - C-555/07 - so der Generalanwalt. Rechtsextreme nisten sich in einem verlassenen Gasthof, der unter Zwangsverwaltung steht, ein und behaupten, sie hätten mit dem Eigentümer einen Mietvertrag abgeschlossen. § 940 a ZPO - Wohnraum? § 148 II ZVG. Herr Prantl, ehemaliger Oberstaatsanwalt, schreibt in der SZ berufsbedingt zu Schreiber, das Ziel des Strafprozesses sei die Bestrafung des Täters - Ziel ist es, die Wahrheit herauszufinden. Die Lobby gehört längst gesetzlich oder jedenfalls transparent wie in Brüssel geregelt. Bei uns schleichen die sich beim Referentenentwurf ins Ministerium oder schicken One-Dollar-Women ins Kanzleramt. Der Arbeitgeber der Schiffsbesatzung der von Piraten entführten Hansa Stavanger hat einen Millionenbetrag gezahlt - ist ein Arbeitgeber strafrechtlich dazu verpflichtet? Garantenstellung? Die FAZ berichtet umfassend über die Rechtsprechung zu Straßenumbenennungen - Richter hätten immer weniger eine historische Ausbildung, würden aber über solche Fragen urteilen. Oscar Wilde's Geschichte - sächsischer Genitiv - kann man sich ja nun notfalls anlesen - wobei ich seine privaten Umstände nicht als Geschichte bezeichnen würde. Da Hausverlosungen bei uns per Internet-Glücksspiel unzulässig sind, veranstaltet ein Münchner einen Ratequiz - Umgehungsgeschäft? Baron Guttenberg hat wieder gepunktet - das Kinderpornointernetssperregesetz verhindert er, indem er es nicht dem Bundespräsidenten zur Ausfertigung zuleitet sondern der EG-Kommission - wegen der Diskontinuität wird nach der Wahl das Gesetz möglicherweise noch mal verabschiedet werden.

Falls Sie ein Prüfer nach Immanuel Kant fragen sollte, fragen Sie zurück, ob er wüsste, was auf dessen Grabstein stünde "tandem felix". Herr Schreiber ist in München gelandet - lex Schreiber = § 78 b V StGB. Er ist nach §§ 128, 129 StPO zu behandeln. Welches Strafrecht gilt für Taten 1991 plus minus? Japan führt Schwurgerichte ein - 3 Berufsrichter, 6 Laien - eine Einstimmigkeit wie in den USA ist nicht erforderlich. Schalke hat nach gefühlten 100 Jahren ein Problem mit der dritten Strophe seines Vereinsliedes - Mohammed würde nichts von Fußball verstehen. Wir würden uns auch aufregen, wenn da Jesus stünde. Wie ändert man das Vereinslied rechtlich? Durch den Vorstand? Die

Diäten der EU-Parlamentarier sind nun einheitlich, werden aber nach wie vor von den Entsendeländern bezahlt. In NRW dürfe man ein Alkoholverbot auf Plätzen nach § 9 OBG verhängen, meint der Innenminister.

Professor Prütting meint, dass die Mediation durch Richter mangels gesetzlicher Grundlage die Anwälte in ihrem Berufsrecht verletze - ich dachte immer, wir sollen Streit und Zwietracht säen. Darf das Gericht nur machen, was in der Prozessordnung steht? Art. 92 GG? Ein Buchautor in der FAZ meint, dass wir immer noch das Inquisitionsprinzip haben, da das Strafgericht an Anträge nicht gebunden ist und Herrin des Verfahrens sei. Die FAZ diskutiert auf der ersten Seite die Haltung des BVerfGs zur Exekutivlastigkeit - Lissabonvertrag und Kleine Anfrage zum BND - gegenüber der unechten Vertrauensfrage. Die Exekutive ist immer schneller, das wird man nicht ändern können - s. Tsunami, 11. September, Finanzkrise. Bis der Bundestag in die Gänge kommt, haben wir schon alle eine Harfe in der Hand. Eine in Karlsruhe erfundene Wesentlichkeitstheorie wird nur begrenzt Linderung bringen.

Der BGH 2 StR 470/08 hat die restriktive Auslegung der Heimtücke wohl nun endgültig beerdigt. Der Ehemann, der spontan den im Hof liegenden Hammer nimmt, um seine in der Küche sitzende Ehefrau zu erschlagen, handelt mörderisch - jedenfalls habe das Schwurgericht alles zusammenzukrabbeln, was gegen Zweifel am Ausnutzungsbewusstsein spreche. Das VG Köln hat seine Hausaufgabe bei der Vorlage nach Art. 100 GG gegen die Wehrpflicht nicht gemacht. Die Vorlage mittels Zweizeiler bzw. ohne Vorkosten der bisherigen Rechtsprechung des BVerfGs bekommt die Höchststrafe. Wenn Sie sich was gutes tun wollen: evian babies bei youtube.

Juli: Das VG Karlsruhe meint, ein Flatratebordell sei eine Vergnügungsstätte. Also keine soziale, kulturelle oder sportliche Stätte nach der BauNVO? Das hilft nicht viel weiter - also ab ins Gewerbegebiet. Die PARTEI ist keine Partei, da sie ihre Sendezeiten über Ebay versteigere. Rechtsbehelf nur nach der Wahl? Verstößt das gegen Art. 19 IV GG? Nein, da das per Gesetz so geregelt ist. 19 IV schützt nur gegen die Exekutive. Aber Art. 38 GG? Vermeintlich sehr geschickt -der Bundesrechnungshof soll die Dienstwagenaffäre überprüfen, absegnen und gut iss. Dass man solche Alibitermine am Urlaubsort aber nicht tut, würde dann aus dem Blickfeld geraten. Meint Frank-Walter. Das BVerfG stärkt die kleine Anfrage. Große Anfrage? Spione des Bundestages in der Regierung? Die parlamentarischen Staatssekretäre, der Petitionsausschuss, der Wehrbeauftragte. Nicht Drogen- und Multikulti-Beauftragte, die werden von der Regierung ernannt. In Ba-Wü fusioniert eine Uni mit einem vom Bund finanzierten Forschungsinstitut - unzulässige Mischverwaltung?

In der FAZ regt sich Professor Hoeren darüber auf, dass Jura heute zu Quick and Dirty Informationen verkomme - das dürfte auf meine Homepage sicherlich zutreffen. Anlass des Aufregers ist, dass es für juristische Forschungen kein Fördergeld gebe, da es weder um Geistes- noch Naturwissenschaften gehe. Ein Prüfer wollte mal wissen, warum es jurisprudentia und nicht jurisscientia heißt - weil Jura immer vom Zeitgeist umweht ist - also quasi beliebig - was sich auch mit der Quelle, der Rhetorik, erklären lässt. AWD darf nicht mehr werben, er sei ein unabhängiger Finanzoptimierer. Und das vom LG Hannover in Hannover mit einem AWD-Stadion. Ich würde ja gerne sagen, dass AWD auch vor der Übernahme durch Swiss Life nicht unabhängig war, aber dann verklagen die mich. Also lieber nicht. Das OLG Frankfurt hat Swap-Klagen gegen die Deutsche Bank abgewiesen. Wenn ein Unternehmen eine eigene Finanzabteilung habe, könne es sich nicht beschweren, wenn es nicht durchgeblickt habe bei diesen Wetten auf Interbankzinsen. Die Bank hätte ihre Gewinnmarge nicht offenlegen müssen. Die FAZ fasst die Reaktionen auf das Lissabonurteil zusammen: keineswegs europafreundlich - Grundgesetz über alles - Stoppschild. Dem EuGH werde demnächst im Honeywellverfahren gegens Schienbein getreten. Mangold eignet sich wohl nicht mehr so, weil der EuGH seit der Palacio-Entscheidung Zick-Zack-Kurs fährt.

Der VG Mannheim hat das Freiburger Alkoholverbot per PolizeiVO gekippt. In Hessen wird mit Allgemeinverfügung gearbeitet - in NRW? Wir haben von den Engländern die Zweigleisigkeit OBG und PolG - aber auf der Straße? Die Polizei ist für den fließenden und ruhenden Straßenverkehr zuständig, aber nur zum Schutz von Verkehrsteilnehmern und nicht vor den Folgen des Komasaufens. Geht eine Gemeindefassung? Eine Allgemeinverfügung der Form nach ja - "Betreten des Rasens strengstens verboten" - aber nicht nach dem Inhalt, da sie eine konkrete Gefahr verlangt - § 34 a PolG - eine abstrakte reicht nicht. Ein Jurastudent hatte geklagt - Klagebefugnis? Alter Wein in neuen Schläuchen - in den 90ern wurde ein Bettelverbot ausprobiert. BAG - Barbara Emme - darf bei der Beurteilung einer Kündigung wegen Diebstahls berücksichtigt werden, dass die Klägerin sich im Prozess fies benommen hat, sogar strafbar - analog § 46 StGB? Darf ein späterer Umstand nach Ausspruch der Kündigung eine Rolle spielen? Beispielsweise hat der wegen Alkoholabusus gekündigte Arbeitnehmer bis zum Kammertermin eine Entziehungskur gemacht. Die FAZ berichtet über die leading cases zu § 613 a des EuGH Christel Schmidt, Ayse Süzen, Abler-Catering und nun Klarenberg C-466/07. Keine Funktionsnachfolge - Wahrung der Identität, wenn aus einer Fertigungsstraße etwas anderes unter dem neuen Arbeitgeber wird? In der Rechtsprechung ist überhaupt keine klare Linie drin. Irland bekämpft Bandenkriminilität, indem keine Laienrichter in den Spruchkörpern vertreten sind und als Beweismittel eine eidliche Ermittlungsbeamtenaussage ausreicht. Wäre das bei uns möglich? Es wird über ein Gesetz gegen Flatratebordelle nachgedacht. Ginge das und wer wäre zuständig? Mir fehlt das Verständnis für die Problematik. Welcher Mann profitiert von diesem Geschäftsmodell? Alles Angeber.

Hier noch die Noten aus der Prüfung Ehricke/Bieber/Hausen vom 16.7.: 39 zu 83 (11+11), 29 zu 63 (7+9), 23 zu 51 (4+8) und 34 zu 72 (11+9). In Strafrecht-Rechtsgeschichte kam wie bei fast jeder Prüfung die Frage nach Duchesne - das wusste ein einziger. Wer "Zum ewigen Frieden" geschrieben habe. Im Zivilrecht: was das Landgericht Köln rechtlich sei, welche Rechtspersönlichkeit das Landgericht habe - mit wem der Vertrag zwischen einem Gutachter und ... zustande komme, wenn das Gericht nach § 293 ZPO vorgehe? Die Leute lesen wohl Protokolle nicht. BVerfG 2 BvR 2225/08: für Beweisverwertungsverbote seien die Fachgerichte zuständig - der BGH sagt, die Staatsanwaltschaft - ist da eine Tendenz erkennbar, dass die StA die Gute ist und mein Mandant der Böse? Beweisverwertungsverbot, wenn bei

einer Wohnungsdurchsuchung wegen gefälschten Fruchtzweigen Hasch gefunden wird - Zufallsfund? Das ist Jura - um den Flatratebordellen beizukommen, veranstalten die Staatsanwaltschaften Durchsuchungen wegen Verdachts auf Scheinselbständigkeit der Damen, finden schmutzige Massagebänke und liefern so der zuständigen Behörde die Steilvorlage für Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Nehmen wir mal an, der Dieb des Dienstwagens von Ulla Schmidt in Spanien wird geschnappt - Strafbarkeit nach deutschem Recht? § 133? §§ 242, 244, wenn der Wagenschlüssel aus dem Appartement des Fahrers plus Sohn entwendet wurde? Muss die gestohlene Sache selber aus der eigenen Wohnung des Rechtsgutsinhabers gestohlen werden? Ba-Wü verbietet Kapazitätsklagen, wenn der klagende Student sich bei der ZVS nicht gerade für diese Hochschule gemeldet hat. Verletzung des Art. 12 GG? Der Anwälte? Vorsicht bei werbenden Anwälten dieser Spezialisierung - 10 gleiche Klagen mit Computertext könnten, wenn man nicht aufpasst, 10 Mal aufgrund des Streitwertes separat abgerechnet werden - habe ich schon gesehen - die werben über Studentenverbindungen. Ab dem 1.8. können Aktionäre sich online an der Hauptversammlung beteiligen. Bei der Bundestagswahl können alle Deutschen im Ausland wählen, nicht nur die Diplomaten oder im EU-Ausland. Das dürften mehrere Millionen mindestens sein. Allein in Südafrika sollen mehrere Hunderttausende leben - nageln Sie mich jetzt bitte nicht wegen den gefühlten Zahlen fest. Die FAZ diskutiert, ob man haftet, wenn man jemanden in sein W-Lan-Netz reinlässt - die Halzband-Entscheidung - der Ehemann haftet, wenn er seine Ehefrau über sein Ebay-Account dumme Sachen machen lässt. Die Bundesbahn stellt nun beim dritten Mal "rückwirkend" Strafanzeige für alle drei Fälle - das gibt eine Gesamtstrafe. Also auch nicht so schlimm.

Herr Wiedeking soll Porsche zwischen 9 und 14 Milliarden Schulden verschafft haben, indem er naiverweise davon ausging, dass sich die Politik neutral in der Übernahmeschlacht und gehorsam gegenüber Brüssel respektive Luxemburg hinsichtlich des VW-Gesetzes verhalte. Da Katar höchstens 4 Milliarden einzahlt, muss VW den Rest übernehmen und der Markt soll es mit einer Kapitalerhöhung richten. Warum erstattet eigentlich niemand Strafanzeige wegen § 266 StGB? Er hatte die Eigentümerfamilie mit im Boot. Nun soll das VW-Gesetz als Satzung des "integrierten Konzerns" - doppelt-gemoppelt hält besser - fortbestehen. Zweites Vertragsverletzungsverfahren wegen Missachtung des Urteils? Derselbe Streitgegenstand? Ich glaube, das sieht man in Luxemburg nicht so eng. Die Offensive gegen die Taliban ist nach der FAZ ein Krieg durch die Bundeswehr, Frau Merkel ist damit der IBUK. In Hamburg hat die Staatsanwaltschaft gemäß §§ 111 d ff. StPO Luxuswohnungen, für die in einer Nacht- und Nebelaktion den Blick auf die Elbe versperrende Bäume gefällt wurden, mit einer Hypothek belegt - jetzt kauft die keiner mehr. Ich habe einmal so was gemacht - allerdings geht eine Kontopfändung nur über einen ZPO-Arrest - als ich den Titel hatte und das Konto pfänden wollte, saß da schon die Staatsanwaltschaft wegen den Prozesskosten drin und ging nicht mehr raus.

Schlagzeile in einer Zeitung in roten Straßenkästen: wahnsinniger Kinderhasser legt Rasierklingen auf Spielplatz aus. Schon versuchte gefährliche Körperverletzung? Sachbeschädigung am Sandkasten? Nötigung der Leute, die jeden Morgen gucken müssen, ob neue Rasierklingen aus dem Sand gucken? Kaum hat VW Porsche eingesackt, kommt Brüssel und will nun doch wegen des VW-Gesetzes gegen uns vorgehen. Herr Wiedeking hat wohl nicht bedacht, dass die Politik 345.000 Wähler samt Familien in Wolfsburg nicht im Regen stehen lässt, um 12.000 Wählern in Baden-Württemberg samt Familien ein Erfolgserlebnis zu geben. Wie die anderen Manager, die in den letzten Jahren große Abfindungen bekommen haben, ist er für den selbst verschuldeten Supergau fürstlichst belohnt worden. Da er eine change-of-control-Klausel in seinem Vertrag haben soll, kann die Staatsanwaltschaft nichts machen.

Hinterhofautowerkstätten müssen sich warm anziehen - BGH VII ZR 164/08 - er treibt die Kunden in die autorisierten Werkstätten. Der vertrauenerfragende MP von Schleswig-Holstein hat sich der Stimme enthalten - ist das eine Ja-Stimme, eine Nein-Stimme oder eine Enthaltung? Das zweite. Die Zeitungen schreiben von fingierter Vertrauensfrage - das seh ich anders - der Mann hat doch wirkliche Probleme mit seinem Koalitionspartner. Porsche bleibt angeblich selbständig, die Holding wird mit VW - wem da? - aber verschmolzen - bei 7,4 Milliarden Umsatz und 6,3 Milliarden Nettogewinn - wie macht man so was? Die Porsche-Bank-Zocker-Schulden sollen durch eine Kapitalerhöhung getilgt werden. Die Vorzugsaktionäre von Porsche haben Angst - sie haben ja kein Stimmrecht. Professor Herdegen schreibt in der FAZ einen Bettlakenartikel über Souveränität, wobei ich keine klare Linie sehen kann, aber es zu früh am Morgen. Das BVerfG hat sich mit den in Prüfungen beliebten Untersuchungsausschüssen beschäftigt - § 96 StPO. Das einzige stumpfe Schwert der Opposition, denn in Abstimmungen und im Fernsehen hat sie die Minderheit. Sie kann keine Gipfel einberufen, keine Finanzkrisen lösen - deshalb legt man sich ungewöhnliche Hobbies wie Fallschirmspringen zu, um ab und zu in den Nachrichten aufzutauchen. Die Opposition darf auch keine Gegenrezepte veröffentlichen, weil die von der Regierung hemmungslos geklaut werden. Opposition ist Mist. Das VG Frankfurt ist bundesweit für Abrückprämienfälle zuständig - wie kann das sein? Adoptionsrecht an homosexuelle Paare? Das Abstandsgebot des Art. 6 GG ist nichts mehr wert - da haben die etablierten Kirchen, die einen großen Einfluss auf die Gesetzgebung umgesetzt haben - s. Privilegien von Priestern in der StPO und im StGB und Strafbarkeit von Kirchengegnern, die pampig werden sowie BGB im Erbrecht und vor allem das einmalige Privileg der Intransparenz als Körperschaft statt Verein mit Vorstandswahlen durch Frauen und Offenlegung der Finanzen, im Arbeitsrecht Tendenzbetrieb - gepennt. Der Zug ist abgefahren, seit in der EU-Grundrechtscharta der Gottesbezug gestrichen wurde. Die verbliebenen heiligen Kühe bei uns sind also nur noch die Autoindustrie, die Pharmaindustrie, die Telekom, die Presse, die Gewerkschaften mit Abstrichen sowie die Politiker und die Richter.

BGH VI ZR 310/08 - eine neue Variante der § 828 II Fälle: es ist streitig, ob der geparkte Pkw, in den der 8jährige mit seinem Rad gedonnert ist, ordnungsgemäß da stand oder nicht - Beweislast für die Überforderungssituation? Wie wäre es bei einem Unfall mit einem erwachsenen Radfahrer? Wer muss was beweisen? Im Probeexamen am 22.7. hat Prof. Löwer, der gerne Radio- und Zeitungsmeldungen vom Prüfungstag abfragt, gesagt, dass er Prüfungsfälle aus einer Zeitschrift nehme, die kein Student kennen würde - Mitteilungsblätter für das Saarland oder so ähnlich, die Saarheimer Fälle wird er nicht gemeint haben - die NVWBL. by the way enthält Klausurlösungen und sonstige Fälle, die von NRW-Prüfern bearbeitet werden. Hauptthema ist am 23.7. der letzte Arbeitstag von W. Wiedeking. Porsche mit

12.000 AN wollte VW mit über 300.000 AN mittels Zockerei an der Börse - Übernahmegerüchte und kreditfinanzierte Optionen - übernehmen. Ein Kampf zwischen Ba-Wü und Niedersachsen. Herr Wiedeking hat mit dem deutschen Gehorsam gegenüber dem VW-Gesetz-Urteil des EuGH gerechnet. Ein folgenschwerer Irrtum. MP Carstensen stellt die Vertrauensfrage - anders als im Bund prüft kein Bundespräsident mit. Verstoss gegen das Homogenitätsprinzip des Art. 28 I GG? In NRW gibt es ein Selbstauflösungsrecht mit absoluter Mehrheit - Art. 35 LV. Der VGH Mannheim beschäftigt sich mit Alkoholverbot auf Plätzen - VO-Satzung-Allgemeinverfügung? BMV spricht nicht mehr von gefallen Soldaten, da dann deren Lebensversicherungen die Kriegsklauselkarte ziehen. Eine Großoffensive gegen die Taliban beruht nach der FR auf einem Sicherheitsratsbeschluss vom Dezember 2001 und wird durch die NATO im Rahmen des ISAF-Einsatzes umgesetzt. Einsatz der Luftwaffe zum Schutz unserer Soldaten? Muss der Bundestag entscheiden?

Die FAZ beschäftigt sich schwerpunktmäßig in der Sauren-Gurken-Zeit mit der Insolvenz. Zum einen mit der Insolvenzflucht von Privatleuten nach England oder Frankreich - wenn dort der Lebensmittelpunkt im Moment der Antragstellung sei, würde das Verfahren keine 6 Jahre dauern. Es darf aber vorher kein Antrag in Deutschland gestellt worden sein. Theoretisch ist das leicht, aber praktisch? Die ausländischen Behörden/Gerichte sind nicht blöd. In Recht und Steuern werden die Unternehmerinsolvenzverfahren der übertragenden Sanierung und der Planverfahren besprochen. Die Fluchtmöglichkeit des § 25 HGB, den der BGH nicht anwendet, wird nicht angesprochen. Insolvenzverwalter helfen mit, damit Mitarbeiter Kunden, Produkte, Telefonnummern, Homepage mitnehmen und den Laden neu aufmachen. Die Gläubiger gucken in die Röhre.

Peter Harry C. hat die Vertrauensfrage gestellt und die SPD-Minister entlassen - die holen sich die Entlassungsurkunden aber nicht ab - was jetzt? EuGH C-325/08: hat der französische Fußballclub Olympique Lyonnais die Arbeitnehmerfreizügigkeit des EG-Vertrages zu respektieren und das in einem Fall der Inländerdiskriminierung? Bosman III. Der Verkauf der Porsche-Anteile durch die Porsche-Holding an VW hängt nach der SZ vom Steuerrecht ab. Umwandlungssteuergesetz, Abschmelzungsmodell für die ganz Harten, die in den Garten wollen. Wem stehen die Ertragssteuern zu? Wenn dem Land, darf es darauf verzichten? Die SZ macht sich Sorgen über den Hauptaktionär, die zerstrittene Großfamilie Porsche - wenn Ferdinand P. ein Ziegelstein auf den Kopf falle, was dann? Squeeze out geht schlecht. Kaiman Sammy ist vor 15 Jahren ausgebüchst. Hausarbeit, Examensklausur: das Tier verschwindet in einem öffentlichen Baggersee und der Inhaber lobt den Fang aus. Ausgerechnet der Halter fängt das Tier wieder ein.

In der Prüfung am 16.7. Ehrlicke pp. kam als Vortrag der Diebstahl aus einem Auto auf dem eingezäunten Gelände eines Hotels - zivilrechtlich - Zusatzfrage: Arten der Haftung. Im Zivilrecht: was fällt Ihnen rechtsgeschichtlich zu Kaliningrad ein? Königsberg - Kant. Hätte er nicht einfach nach Kant fragen können? Warum dieses Reinschwurbeln? Der Pflug auf dem Feld. IPR und Insolvenzrecht. Im Strafrecht wurde dann auch mit Rechtsgeschichte angefangen und der Pflug auf dem Feld aus der Ecke geholt. Im ÖR §§ 54 ff.. VwVfG. Der Betriebsrat von Porsche sollte mal das BetrVG lesen - er hat eine Friedenspflicht. Muss eine "Grundlagenvereinbarung" zwischen Porsche und VW notariell beurkundet werden? Die Stadt Crailsheim verkauft nach dem Amoklauf in Winnenden die abgegebenen Waffen - so hat man sich das ja nun nicht gedacht - gibt § 46 V WaffnG das her? Ein Erzbischof klagt gegen ein Standesamt, weil dies einen Kirchaustritt aus Steuergründen akzeptiert hat, obwohl der "Gläubige" weiter Mitglied der Glaubensgemeinschaft sein will.

Was macht man im Vortrag, wenn in der Zusatzfrage ein Begriff auftaucht, den man weder kennt noch vom Wort her herleiten kann? Ein Mädels hat das geschickt gemacht - sie hat den Ausgangsfall bis zum Weckerklingeln gelöst, so dass bei den Prüfern die Zweifel bleiben, ob sie vielleicht zur Zusatzfrage noch was vernünftiges gesagt hätte. Zeitung: ein Brite bekommt eine falsche Krebsdiagnose und haut sein Ersparnis auf den Kopf. Haftet der Arzt auf Ersatz? Generalanzeiger: ein Betrunkener versucht, einen Wagen aus dem Graben herauszufahren. § 316 - Straßenverkehr? AG ja, LG nein. Ist ein Hitlergruß-Gartenzwerg strafbar? Will das StGB verhindern, dass dieses Thema überhaupt in der Öffentlichkeit auftaucht oder will es nur eine Verherrlichung verbieten? Das erinnert an den Button mit einer Faust, welche durch ein Hakenkreuz schlägt - der Mann ist freigesprochen worden. Beim Gartenzwerg weiß man aber nicht ganz genau, was der Halter damit sagen will.

Bisher gab es eine Nutzungsentschädigung nur über Deliktsrecht und nur bei Autos und Häusern, aber nicht bei Pelzmänteln und Wohnwagen - jetzt auch im Kaufrecht bei der Minderung - BGH V ZR 93/08 - § 253 I wird zur Karteileiche. Im Zweiten am 16.7. Schultz/Schürmann/Stobbe verkauft im Vortrag eine Minderjährige eine nachgeahmte Louis-Vuitton-Tasche mit Hilfe des Kontos ihrer Mutter. ÖR: welches Gesetz wurde für die Sperrung von kinderpornographischen Seiten geändert? Wie genau wurde die Sperrung vorgenommen? Woran erinnert die Sperrung? Was sagen die Gegner? In welchen Ländern wird die Zensur praktiziert? Dann wurde - als berüchtigte Aufwärmtaktik - ein Zeitungsartikel mit einem Gemälde eines Fürsten aus dem frühen 19. Jahrhundert gezeigt - wer das wäre - er wäre auch auf einer Flasche drauf? Fürst Metternich. Was hätten wir diesem Mann zu verdanken? Er baute ein politisches Überwachungssystem auf als Grundlage für die heutige Spionage. Glücklicherweise kam dann noch ein kleiner Fall: kann eine Fahrraddemo auf der Autobahn verboten werden? So was grässliches darf man gar nicht an sich rankommen lassen - mir ist allerdings nicht klar, welche Vorstellungen dieser Prüfer von juristischen Prüfungen und vor allem im zweiten Examen hat. Das LJPA sollte vielleicht ab und zu Gespräche führen. Im Strafrecht die Problematik der überlangen U-Haft - § 21 e III GVG als Abhilfemöglichkeit. "Intendiertes Ermessen" - da hätte ich nur 13 Nettopunkte nach Hause gebracht, mein Handicap also nicht annähernd gespielt - für Nicht-Tiger-Woods-Fans: ich hätte mich da blamiert. Die deutschen Bäcker regen sich über eine VO aus Brüssel auf, nach welcher sie Brötchen nicht mehr nach Stückzahl bepreisen dürfen sondern nach Gewicht. Nichtigkeitsklage? Plaumannformel? Jeco-Queré? Der Ministerpräsident, der wesentlich mehr Feuerwehreste besucht als sein Konkurrent von der SPD, will den Kieler Landtag vorzeitig auflösen. Wenn geheim abgestimmt wird, könnte das klappen. An seiner Stelle würde ich die SPD-Minister rausschmeissen und bis Mai 2002 alleine regieren. Soviel hat ein Landtag nicht zu tun.

In der Prüfung am 15.7. - Weigend, Huschens, Klein kam als Vortrag die Ordnungsverfügung an den Halter eines gefährlichen Hundes, während des Verfahrens droht dieser, dem Beamten den Hund auf den Hals zu hetzen - nachschieben von Begründungen - zweite Frage: intendiertes Ermessen. Im Strafrecht Anstellungsbetrug, im ÖR: DIENSTAGS - wurde mehrfach betont- büchsen Pferde mehrfach auf die Autobahn aus - Problem: dienstags ist das Ordnungsamt im Haus, müssen die nicht die Pferde von der Autobahn schaffen - au weia - die Polizei ist immer für den Straßenverkehr zuständig. Zivilrecht hab ich vergessen. In der Prüfung Bönders am 10.7. kam als Vortrag § 354 a HGB, § 407 BGB - Zusatzfrage: Doppelnatur des Prozessvergleiches - eine Kandidatin: unter der Doppelnatur des Prozessvergleiches versteht man die materiell-rechtlichen und prozessualen Voraussetzungen - ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Etwas kurz um nicht zu sagen wenig. Im Zivilrecht will die Erbin einer Kopierermieterin kündigen - ab wann läuft die Kenntnisfrist? Im Strafrecht Deals und §§ 153 ff.. StPO und ein kleiner Dreiecksbetrug - Lagertheorie. Im ÖR: was ist eine Justizinspektorenanwärterin? Eine Kandidatin - inspectare = beaufsichtigen - sie beaufsichtigt die Justiz. Was machen Rechtspfleger? Die kopieren und sortieren Blätter. Der Wagen der JlsnA wird jedenfalls abgeschleppt und beschädigt, Amtshaftung rauf und runter. Dann die Frage, gegen wen? "Den Bürgermeister von Köln" - Köln habe mindestens 4 Bürgermeister, also gegen wen? Wenn man als Köln kommt, sollte man doch vielleicht wissen, wer Herr Schramma ist - aber ich weiß ja noch nicht mal, was intendiertes Ermessen ist. BGH 5 StR 141/09: ein Imker baut Hanf zur Beruhigung seiner Bienen an (was man so alles durch Urteile erfährt) - der Junkie J wird beim Diebstahl der Hanfpflanzen erwischt, haut ab und lässt sein Fahrrad zurück, welches I in einen Schuppen sperrt. Nun kommt ein Kumpel des D, um E eine Abreibung wegen des Rades zu verpassen, E sticht mehrfach zu. Strafbarkeit? Auch die FAZ meint nun, dass das Lissabonurteil gar nicht so europafeindlich sei wie vom BVerfG dargestellt - Wesentlichkeitstheorie im Europarecht. Die SZ diskutiert, was man aus dem Wald straflos mitnehmen darf. Pilze, Beeren, Hirschgeweihe, Steine? Wem gehören die Pilze im Wald? Der EuGH entscheidet im Fall Hadadi, einem Paar mit ungarischer und französischer Staatsangehörigkeit, über den Gerichtsstand in Ehesachen. Einrede der Rechtshängigkeit, wenn er, um das Verschuldensprinzip in Frankreich zu vermeiden, schnell einen Scheidungsantrag in Ungarn einreicht - Windhundprinzip? Familienrecht ist eigentlich nicht das Gärtlein des EuGH - er frisst wieder über die Hecke. FR: der Ex schreibt eine SMS "ich werde immer nett an dich denken", dann tritt er die Wohnungstür und ersticht den neuen Lover mit 5 Messern. Heimtücke? Die FAZ berichtet am 15.7. über den EuGH-Rechtsstreit Österreich gegen Tschechien wegen der Dreckschleuder Temlin kurz vor den Toren Wiens. Gilt der völkerrechtliche Fall Trailsmelter (eine kanadische Quecksilberfabrik darf keinen Dreck über den Fluss in die USA bringen) auch bzw. um so mehr in der EU? Oder gilt hier das Herkunftslandprinzip - die Tschechen entscheiden über die Sicherheit? Analog dann für Krümmel, Niederlassungsfreiheit von Vattenfall, also der Schweden? Wo kommen wir denn da hin.

FAZ: "Berliner Wirt legt Revision beim BGH ein" - ist das juristisch richtig? Anwaltszwang und beim iudex ad quem? Ein Blick ins Gesetz hilft bei Rechtsfindungen. In einer Aprilklausur war § 68 LBauO zu prüfen - der Beck-Verlag hat da leider Gottes eine unsinnige Verweisung reingeschrieben - Auswirkung auf die Korrektur? Die Leihmutter der Jackson-Kinder "verkauft" ihre Kinder an deren Großmutter. Wäre das eine strafbare Erpressung, wenn sie sagt, ich stelle einen Sorgerechtsantrag, es sei denn, ich bekomme eine Summe XXL? Schließlich darf sie den Antrag doch stellen? Wie ist es, wenn die Initiative von der Großmutter ausgeht, um den Antrag zu verhindern? Prof. Lorenz schreibt in der FAZ über die kommende Vollharmonisierung des Verbraucherschutzrechts über die Wundertüte des Art. 95 EG. Dann kann man als Anwalt die Mandanten auch umfassend über Ferienhäuser auf Mallorca beraten - bisher konnte man nur sagen, dass das spanische Recht so ungefähr aussehen muss wie das deutsche. Es soll eine Rügefrist für den Käufer von 2 Monaten ab Kenntnis des Mangels eingeführt werden. Bis 2002 war das Kaufrecht ausgesprochen käuferfeindlich - nur 6 Monate Verjährung, Beweislast voll beim Käufer, nur Wandelung oder Minderung. Das Feuilleton der FAZ berichtet, wie sollte es auch anders sein, über Carl Schmitt anlässlich einer Diskussion über die Weimarer Verfassung mit unserer BMJ. Diese meint, der damals herrschende Positivismus sei an dem Scheitern schuld und nicht die schlechten Zeiten. Der Positivismus kommt aber gerade zurück - hoffentlich - um die Richter etwas an die Leine zu legen. Die SZ meint nun, das Urteil zum Vertrag von Lissabon sei doch europafeindlich, es unterstütze den Abwehrreflex. Herr Seehofer will, dass Frau Merkel nur als Befehlsträgerin der Länder in Brüssel tätig werde. Es ist wohl zu heiß zur Zeit. In einem aktuellen Protokoll wird diskutiert, wie die Kandidaten es empfinden, dass die Prüfer sie bei dem Vortrag angucken bzw. nur schreiben und nicht hinsehen. Die Meinungen sind unterschiedlich. Einer wird durch Angucken nervös, der andere empfindet es als angenehm, dass er nicht gegen die Wand reden muss. Machen Sie sich keinen Kopf, das ist keine Körpersprache der Prüfer, die sich gegen Sie richtet.

Für Banken, die Lehman-Zertifikate verkauft haben, wird es eng. Die HaSpa, die FraSpa und jetzt auch die Dresdner Bank, wohl ein Hauptvertreiber, wurden verurteilt - Citibank und eine Schweizer Bank vergleichen sich. Da im europäischen Ausland diese Papiere als hochspekulativ gelten und daher so geprüft werden bzw. nur an institutionelle Anleger verkauft werden dürfen, hat Lehman sich über die ausländischen Börsen auf die deutschen Rentner gestürzt. Die Banken behaupten immer, sie hätten keine Provision bekommen - das dürfte zunehmend schwerer werden. Im Zweiten Ende Juni wurde im ÖR die Verfassungsbeschwerde gegen das Verbot der Ehe-Dreifachnamen abgeprüft. Was ist eine Taxikonzession? Im Vortrag ging es um einen Schulverweis kurz vor den Sommerferien. Im Zivilrecht alles um den Sparvertrag. Im Strafrecht Prozessrecht - klassische Dinge. AG München: Ein Autoentleiher tankt ohne zu bezahlen - der Tankstellenpächter will von der Halterin Auskunft, wer gefahren ist. Sie zahlt nur die 50 €. Ist sie zur Auskunft verpflichtet? Das AG meint nein. Der 14. Juli 1789 - ganz Europa war geschockt, die Franzosen, deren Unterschicht, trieb die Elite ins Ausland oder brachte sie um - der Königsfamilie wurde öffentlich der Prozess gemacht und der Bruder der Königin schaffte es nicht, sie vor dem Schaffott zu bewahren. Sie wurde des Inzests mit ihrem Sohn beschuldigt. 1815 wurde deshalb der deutsche Bund als NATO nach innen gegründet - man hatte Angst vor ähnlichen Zuständen in Deutschland - 1848/49 kam es dazu. 1919 hatte man Angst vor russischen Zuständen - failed state, Bürgerkrieg, die Zarenfamilie wurde ermordet - deshalb ein starker Reichspräsident.

Die FTD meint, das Urteil zum Vertrag von Lissabon sei ein Fehlurteil - völlig wirklichkeitsfremd. Meine unmaßgebliche Meinung: wenn ein Anwalt 150 Seiten schreibt, weiß das Gericht, dass er einen schweren Argumentationsstand hat - warum soll das in Karlsruhe anders sein? Da sie gegen eine Kompetenz für Schule, Militär, Polizei und Medien wettern, sind sie gegen die dritte Säule. Die zweite Säule ist sowieso eine Karteileiche. Also ist Karlsruhe gegen die EU. Sie müssen ja nicht meiner Meinung sein. BGH 1 StR 99/09: ich glaub, ich les nicht richtig. Man habe keine Lust, Urteilsgründe mit Beweisverwertungsverbote zu überfrachten, darum solle sich die Staatsanwaltschaft kümmern. Und jetzt? Gibt es die nicht mehr? Gerichtsvollzieher dürfen demnächst wie der Zoll übers Internet versteigern. Angeblich gibt es da keine Gewährleistungshaftung - § 445. Ist der Staat nicht als Unternehmer zu behandeln? Aber gebrauchte Sachen und Internet. Die Welt informiert darüber, dass die Versteuerung von AN-Abfindungen umgangen werden kann, indem Schmerzensgeld wegen Mobbing gezahlt wird. Herr Gabriel will eine einheitliche Atomverwaltung - auch wenn es eine schwarz-gelbe Regierung geben sollte? Porsche will sich mit Katar verheiraten und Katar will VW als Brautgeschenk erhalten. Müssen die Anteilseigner das mitmachen, wenn es der einzige Rettungsweg gegen eine VW-Übernahme ist? Treuepflicht?

Der Drogendealer gibt dem Kunden versehentlich Heroin statt gemischtes Kokain - der stirbt. Der BGH hat zum zweiten Mal ein Tötungsdelikt angenommen - BGH 1 StR 518/08 - das erste Mal: der Dealer setzt selber die Spritze, weil der Kunde seine Vene infolge Suffs nicht lokalisieren kann.

Auch die SZ hat die 150 Seiten nun gelesen - es sei ein "großes Urteil". Der verkorkste Art. 23 GG sei zugunsten der Länder aufgewertet worden - Frau Merkel gehe jetzt praktisch am Gängelband von 16 Landeschefs nach Brüssel. Die Deals sind nun doch vom Bundesrat durchgewinkt = durchgewunken worden. Da war Herr Prantl wohl nicht richtig informiert. Die Rentengarantie - kann ein Arbeitnehmer Verfassungsbeschwerde einlegen? Art. 12 - Art. 14 GG - ein Gesetz zulasten Zweiter? Wie ist es mit meiner Anwaltsversorgungsrente - ist die auch garantiert? Wenn nein, Art. 3 I GG? Ist ein Geldanleger beim Anwaltsversorgungswerk, der heimliche Provisionen bekommt, ein Amtsträger nach § 11 StGB? BGH 5 StR 600/07 meint ja. Die niedergelassenen Ärzte haben ein Problem - sie müssen sich am Notdienst beteiligen - eigentlich ist das sehr lukrativ, denn das ist nicht budgetiert, die Notärzte kriegen ihr Geld vor allen anderen - allerdings müssen z.B. auch Pathologen sich beteiligen - wenn man seit 20 Jahren Patienten nur gewebeprobenscheibchenweise zu sehen bekommen hat, ist man auf einen nächtlichen Herzinfarkt vielleicht nicht ganz vorbereitet. In NRW bezahlen die wohl notdienstwillige Ärzte - am Bodensee müssen die den Notdienst selber machen. Ist das verfassungsgemäß? Ich möchte nicht von einem Pathologen behandelt werden, wenn ich mich an einer Gräte verschluckt habe.

Ein interessanter Fall aus Bonn: ein Taxifahrer versieht die Rückbank mit einer Stahlmatte plus Elektroanschluss - als er wieder mal mit einem Messer überfallen wird, schaltet er das Ding ein, kriegt es aber nicht aus, es riecht verkohelt. Strafbar? Netterweise löst der BGH Flugverspätungen auch mal nach deutschem Recht: Xa ZR 113/08 - kein absolutes Fixgeschäft und kein Werkmangel - nach Europarecht bekommt auch kein Geld - die können also machen, was sie wollen. Nun berichtet die FR über die Flatrate im Bordell. Ich würde denen mit dem alten Stellplatztrick kommen - wenn eine Spielothek am Bonner Marktplatz aufmachen will (wie ordinär), dann müssen die Stellplätze nachweisen - das geht da nun schlecht. Gegen das Bordell wird eine Bürgerinitiative sprich Bürgerbegehren gestartet. § 26 GO-NW - zulässiges Thema? Geht es um Bauplanungsrecht? Die Deals kommen nach der SZ wohl doch nicht mehr vor der Wahl - der Bundesrat regt sich über das Erfordernis des qualifizierten Geständnisses und das Verbot des sofortigen Rechtsmittelverzichts auf. Die G8 Staaten setzen dem Iran ein Ultimatum - G 8 sind rechtlich nichts - das müsste der Sicherheitsrat nach Kapitel VII tun. Daran sieht man wieder, dass Völkerrecht nur Tischmanieren sind - mehr nicht. Die NW-LMJ versetzt einen Mönchengladbacher Staatsanwalt wegen zu langsamer Bearbeitung der Akte. Der GStA habe noch ihr Vertrauen - seit 2000 sind das keine politische Beamte mehr. Nordkorea greift mit Hackern südkoreanische und US-amerikanische Behördencomputer an - Cyberkrieg, Denial of Service Attacke - fällt das unter den bewaffneten Konflikt der UN-Charta? Die FAZ hat die 150 Seiten des Lissabonurteils durch und liest die Empfehlung des Gerichts heraus, sich selber zum Oberverfassungsgericht zu machen - so eine Art zweites Lüth-Urteil "dafür sind wir jetzt auch zuständig". Darf ein deutsches Schiff Piraten auf hoher See mit Kanonen beschießen? Abwandlung des Problems, ob ein Fabrikeigentümer nachts Kampfkrokodile frei rumlaufen lassen darf oder ob eine Skihütte mit Selbstschussanlage gesichert werden darf. Dann doch lieber den Panic-Room oder NATO-Stacheldraht um die Reling rum, meint die FAZ.

Ernst-August soll mit Fäusten auf sein am Boden liegendes Opfer eingeschlagen haben - ist das nicht doch § 224? Die FAZ berichtet über ein Bordell bei Stuttgart, welches eine Flatrate anbietet - Flat dürfte das passende Stichwort sein. Die Behörden meinen, sie hätten keine rechtliche Handhabe dagegen. Die Nachbarn regen sich wegen des aufblühenden Tourismus auf. Demjanjuk ist mit seiner Verfassungsbeschwerde schon beim Regierungsdirektor des BVerfG gescheitert - ausländische Staatsakte seien nicht angreifbar - ich dachte, er wehrt sich gegen die Aufnahme in unserem Land. Die SZ berichtet über den Prozess im Gerichtsbezirk Köln gegen einen SS-Mann, der staatenlos sei aber wie ein Deutscher behandelt werde, weil er einen Eid auf Hitler geschworen hatte. Aha.

Bei Berliner Gerichten müssen Anwälte keine Roben mehr tragen. Hat Berlin die Kompetenz für die Abschaffung von gesetzlich nicht vorgesehenen Roben? Die FDP will gegen den Bescheid des Bundestagspräsidenten klagen - ihre Aufklärungsarbeit sei nicht gewürdigt worden - ich sehe nicht, wo man das in § 31 c ParteiG unterbringen könnte. Zudem hätte die Partei ja gemäß § 27 III BGB gegen Herrn Möllemann rechtzeitig vorgehen können. Unser Minister des Äußersten will vermeiden, dass er von Israel nach Syrien in Zypern zwischenlanden muss und gibt an, er wäre Regierungschef, damit er nur eine Schleife fliegen darf. Amtsanmaßung? Mehrere Professoren haben sich zusammengetan - ein Novum - und wollen in der kommenden Sache Mangold und Honeywell dem EuGH die Möbel zurechtrücken. Beim Vertrag von Lissabon wurde der EuGH ja nicht erwähnt. Herr Böckenförde meint, das GG wolle einen europäischen Bundesstaat, der BVerfG-Präsident aber, man müsse dafür eine neue Verfassung machen, es würde

aber reichen, wenn in der 3 neue Artikel stünden. Sehr überzeugend. In der hessischen SPD wird in dem Ausschlussverfahren gegen den Ypsilanti-Gegner diesem verwehrt, einen Anwalt zu nehmen, der nicht in der SPD ist. Rechtslage - § 1042 II ZPO über § 10 V ParteiG? Das BVerfG meint, dass Honorarvereinbarungen von Strafverteidigern nicht an der Angemessenheit des Honorars gemessen werden dürfen - Privatautonomie. Man ist dann offensichtlich schön blöd, wenn man nach RVG abrechnet. Ein Grundsatzurteil des BGH zur Verjährung im Versicherungsrecht hat die beklagte Versicherung durch ein Anerkenntnis verhindert. Kann der Kläger nicht auf einem kontradiktorischen Urteil bestehen? Wie wäre das beim BVerfG oder wenn zwischen Urteilsverkündung und Rechtskraft die Klage zurückgenommen würde? Kam schon mal beim BAG vor - die haben sich nicht darum geschert. "Autobahngold" - ein angeblich benzinloser Mensch schwatzt Helfenden Kaugummiautomatenschmuck gegen 100 € auf. § 145 StGB? § 31 a BGB soll die bisherige Rechtsprechung - geringere Haftung der Vorstände von Idealvereinen zementieren - in meinem Golfverein haben die im Frühjahr eine unzulässige Blockwahl veranstaltet - keiner hat das gemerkt, bis das Vereinsregister sagte, bitte alles auf Anfang. Eiwei. Ich kann darüber lästern, weil ich bei der Veranstaltung nicht dabei war. Ich hätte das auch nicht gemerkt.

In der Prüfung Opitz/Wurm/Seier am 3.7. kam als Vortrag das Fahrtenbuch 1 Jahr für einen einmaligen Verkehrsverstoß, im Zivilrecht Anweisungsfall, im Strafrecht Betrug, im ÖR Baskenmütze als Kopftuchersatz - aus 57 wurde ein gut, aus 40 vb, aus 37 befriedigend und aus 26 ein anständiges ausreichend. VG Berlin: Heizpilze von Gastwirten - § 18 LStrWG - darf die Gemeinde sagen, der Klimaschutz geht vor, wenn überhaupt nicht erwiesen ist, dass der Heizpilz des Kneipiers K für den Klimawandel verantwortlich ist? Ja. Die Welt berichtet, dass die englischen Gerichte nun pre-nuptials - Eheverträge - anerkennen. Bei uns versucht man, die mit der Inhalts- und Ausübungskontrolle kaputt zu bekommen. Und ein weiteres englisches Problem der Superreichen: kann ein Scheidungsvertrag vom letzten Jahr mit dem Argument gekippt werden, er wäre jetzt ein armer Investmentbanker? § 313 bei Eheverträgen hinsichtlich der Stichtagsvermögensaufteilung? BGH VIII ZR 108/07: endlich mal wieder ein E-B-V-Fall beim BGH: V verkauft ein Auto unter EV an K, der verkauft es weiter nach Frankreich, der K2 bringt es zwecks Aufmotzens wieder zu V und der gibt es nicht wieder raus und verkauft es an den unbekanntem D - Art. 43 EGBGB - Statutenwechsel - § 366 HGB. In der Prüfung Hellebrand pp. am 26.6. kam der Fall des AG Berlin-Tiergarten: darf ich mal für einen Euro mit Ihrem Handy telefonieren? Dann haut der Täter ab - der Fall stand heute auch im Generalanzeiger. Betrug - so das AG - Mindermeinung - oder Diebstahl? Warum macht das einen praktischen Unterschied - beide Delikte haben doch das selbe Strafmaß? Im Zivilrecht: der Vater mietet für den Fahrradausflug mit seiner kleinen Tochter 2 Räder, der Tochter muss ins Krankenhaus, der Vater bittet einen 12jährigen, das Damenrad der Tochter zurückzubringen, der sagt ja, verkauft es dann aber. Im ÖR Kommunalwählertermin in NRW und Kommunalrecht. In Bonn läuft ein Schuhdieb rum. Der reißt Frauen auf der Straße einen Schuh vom Fuß und läuft weg. Strafbarkeit? Man regt sich hier über die Knöllchenquote auf - Polizeibeamte werden angeblich nicht befördert, wenn sie nicht genug Verwarnungen aussprechen. Ist das strafbar bzw. zulässig? SAT 1 dreht einen Film, in dem die Wiedervereinigung rückgängig gemacht wird - wäre das staatsrechtlich zulässig?

Claudia Pechstein. Sportrecht ist englisches = Völkerrecht = kein in dubio pro reo - und jetzt kommt noch der reine Indizienbeweis hinzu - haben wir auch - solange der Richter an die Indizien glaubt - § 261 StPO - bis der angeblich an die Schweine verfütterte Bauer tot aus dem Kanal gefischt wird. Dieter Baumann hatte versucht, seinen Fall in das deutsche Recht mit in dubio pro reo mittels Zahnpasta reinzuholen - Doping ist bei uns aber nicht strafbar. Die FAZ berichtet über eine fehlende Sonderstrafgerichtsbarkeit in der Bundeswehr - für den Verteidigungsfall sieht Art. 96 GG so etwas aber vor - vor Jahren wurde darüber berichtet, dass ein Gesetzesentwurf in den Schubladen liegt und die Roben der Richter, die schon Kurse absolvieren, im Schrank hängen - wenn wir uns verteidigen müssen, wird der Entwurf im Tohuwabohu schnell verabschiedet. Herr Gabriel und das AKW Krümmel - dann schalten Sie es doch ab - aber dann sitzt Hamburg im dunkeln und friert im Juli - er hat die Kompetenz und es ist Auftragsverwaltung.

Die Juni-Klausuren: im Strafrecht: § 241 a BGB aus Sicht des Verkäufers und Wettbetrug durch Mittwisser? Flatrateparty once again, das Verbot der Kippa an einer Schule, eine recycelte BGB-Klausur: der Vermieter übt präventiv sein Vermieterpfandrecht aus und dann zahlt der Mieter aus Empörung wirklich nicht. Blankbürgerschaft, Haftung eines Sachverständigen aus Vertrag mit Schutzwirkung und ein kleines Kind rennt nachts aus einer Weihnachtsfeier in ein Auto - gestörtes Gesamtschuldverhältnis? Der EuGH soll in Sachen Roca Alvarez entscheiden, ob bezahlte ANinnen-Stillzeiten männerdiskriminierend sind. Mal sehen, wie die das begründen. Das BAG will wissen, ob Kettenarbeitsverträge europarechtswidrig sind. Unseren § 622 II 2 - die Jugenddiskriminierung - legt wohl keiner vor, oder?

In der Prüfung Köndgen/Diesterheft/Maschler am 26.6. wurden aus 48 88, aus 48 65, aus 25 n.b. und aus ca. 40 82 Punkte - Heulen und Zähneknirschen. Im Zivilrecht benutzt die Ehefrau nach Widerruf der Bankvollmacht diese in einer Bankfiliale. Im Strafrecht Ladendiebstahlsfall und Ebay-Betrug mit Scheinbieter. Im ÖR anlässlich der beginnenden Sommerferien: wie man sich gegen Nichtversetzen in die nächste Klasse wehren kann. BGH Xa ZR 79/09: wieder der Fluggast, der seinen Anschlussflug nicht bekommen hat, diesmal nach Havanna. Eine pfiffige Begründung des BGH - die VO sei schlecht übersetzt worden - Nichtbeförderung setze voraus, dass der Fluggast beim Eincheckschalter gewesen sei, refus d'embarquement - denied boarding - träfen es besser - in die ungarische Übersetzung haben die aber wohl nicht reingeguckt. Das ist autonome Auslegung? Die FR druckt das Testament von Michael Jackson ab. Der Mann hat wegen seiner internationalen Einnahmen ein IPR-Problem. Welches Recht ist anwendbar? Art. 25 - 4 III EGBGB? Es gibt einen § 899 a BGB - die GbR muss entgegen dem BGH-Urteil vom Februar 2009 mit dem Namen der Gesellschafter eingetragen werden. Der Ministerpräsident Tillich hat vor einigen Jahren bei seinem Antritt als Minister falsche Angaben gemacht - das sei ein Anstellungsbetrug, meinen Zeitungen. Richtig? Ein römisches Restaurant nimmt japanischen Touristen für eine normale Spaghetti-Mahlzeit 695 € - "Die Preise seien so" - wie wäre das zivil- und strafrechtlich bei uns zu beurteilen? Ausländische Bußgelder, die nicht aus Österreich kommen,

werden hier vorerst nicht vollstreckt. Die U-Haft wird gesetzlich geändert - man hat sofort und nicht erst nach 3 Monaten einen Anspruch auf einen Verteidiger. Kalifornien ist zahlungsunfähig und gibt Schuldscheine aus - was ist rechtlich?
Geld

Im Zweiten kam am 17.6. als Vortrag BGH 4 StR 148/08. In der Prüfung Schmidt-Eichhorn pp. am 1.7. kam als Vortrag der Grundstücksverkäufer, der für 485 € pro Quadratmeter durch seinen Freund verkaufen will und ihm zwei Vollmachten mitgibt - für den Kaufvertrag und für die Auflassung. In der Kaufvertragsvollmacht findet sich ein Zahlendreher - 458 €. Es kommt wie es kommen muss und V will das Grundstück zurück. Der beste Vortragende hat geredet, bis es gepiepst hat. Alle 5 Prüflinge begannen den Vortrag "ich berichte über einen Fall aus dem Zivilrecht., in dem es um geht." Sagen Sie mal selber: wenn man der fünfte ist und sagt das, muss man sich doch doof vorkommen. Als wenn die Prüfer das nicht vorher gewusst hätten und das Publikum ist genervt - wir sind nicht beim Casting. Das sind so unreflektierte nervige Sachen, welche die Kandidaten aus Vortragsbüchern haben, ohne mal ein bißchen nachzudenken. Steigen Sie mit einem knallharten, präzisen Obersatz ein, in dem der Sachverhalt in einer Nußschale untergebracht ist. Im Zivilrecht kam der BGH-Fall mit dem Maserati Quattroporte, dessen Fensterheber nach der letzten Reparatur nicht gingen - alles zum Leasingvertrag und Beweislastregeln in der ZPO. Im Strafrecht verkauft jemand unwirksame Schlankheitspillen und Wahlfeststellung, im ÖR einstweiliger Rechtsschutz eines Kirmesanliegers - es wird erst nach der Kirmes entschieden. In der Parallelprüfung Köndgen pp. ist ein Mädels mit 25 Vorpunkten durchgefallen - ein Kandidat kam von 48 auf 65 Punkte - ein Prüfer - Zivilrecht - korrigierte Mitprüfer. Ich will ja keine Namen nennen. Die SZ meint, das BVerfG habe am 30.6. geklärt, dass die EG/EU nicht über die Hecke fressen dürfe, wenn es um Strafrecht, das Militär, Schulen und Medien ginge. Das hat der EuGH aber schon gemacht - § 284 StGB und Verlagerung des Umweltstrafrechts von der dritten in die erste Säule - Tanja Kreil in die Bundeswehr - Schulen (? österreichische Unis und deutsche Medizinstudenten?) - Medien (Feryn: er darf im Fernsehen nicht sagen, dass Marokkaner als Garagenbauer bei Kunden unbeliebt seien - Finanzierung der Rundfunkanstalten durch Rundfunkgebühren sprich -beiträge). Und die Brückenklausele ginge nicht - mit der passerelle hat der EuGH aber schon seit einiger Zeit gearbeitet, um einiges in die erste Säule mit ihrem Mehrheitsprinzip zu drücken. Die scharren mit den Hufen und beim Mangold II Urteil demnächst kommt dann High Noon mit dem EuGH. Karlsruhe hat Brüssel vors Schienbein getreten, meint aber Luxemburg. Ein Hotel in Thüringen bietet Liveschlachtungen - man guckt zu, wie das Schweinchen Babe geschlachtet wird und begrüßt es dann auf seinem Teller - könnte das Ordnungsamt etwas dagegen tun? In Burladingen baut sich der Textilunternehmer, der den Affen in seiner Werbung wohl selber synchronisiert, einen Privatfriedhof. Unter welche Vorschriften fällt das? Staatliche Bewertungen von Pflegeheimen im Internet - Verstoß gegen Art. 12 und 14? Sind Pflegeheime polizeifest oder eher nicht?

Der Vortragsfall am 26.6. war an OLG Düsseldorf NJW 1989 S. 906 angelehnt. In der Prüfung Nimtz, Ey, Hey am 26.6. kam im ÖR eine Prüfungsanfechtungsklage, im Strafrecht quer Beet, im Zivilrecht Erbrecht und Sachenrecht sowie § 1365. Das Urteil zum Vertrag von Lissabon hat einige keywords: Die EU sei kein Bundesstaat - was ist denn ein Bundesstaat? Unterschied zum Staatenbund, Staatenverbund, Konföderation und historische Beispiele? Das Schweigen des Bundestages dürfe in Brüssel nicht als Zustimmung gewertet werden - qui tacit consentire videtur gilt nicht für den Bundestag. Die Widerspruchslösung wurde bisher bei Schulgebeten in manchen Ländern praktiziert. Und im Verbraucherrecht diskutiert. Und im AGB-Recht. Aber nicht im Staatsorganisationsrecht - das hat schon Thomas Morus erfahren - als er der Kirchen- und Heiratspolitik Heinrichs des VIII. nicht schriftlich zugestimmt hat, bekam er einen Hochverratsprozess mit bekanntem Ausgang - er berief sich auf den lateinischen Spruch. Nach der FAZ ist das gescheiterte Begleitgesetz bisher nur als Entwurf vorhanden. Das Zustimmungsgesetz nach Art. 59 II GG sei von Herrn Köhler ausgefertigt, die Ratifikationsurkunde liege bei ihm aber noch in der Schublade. Das BVerfG habe eine Ultra-Vires-Kontrolle bestätigt. Den Begriff kennt man aus dem Gesellschaftsrecht - Vorstände dürfen alles in den Grenzen der Holz Müller-Gelatine-Entscheidung. GmbH-Geschäftsführer sind dagegen an die Weisungen der Gesellschafter gebunden. Wie ist es in der GbR und in der OHG und im Verein? Brüssel hat den Massekredit für Quelle nach Art. 87 ff... EG genehmigt. Gibt es eine europäische Konkurrentenklage dagegen?